15. Januar 1916.

nternationale Rundschau

Jahrgang. Erstes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 1. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber.
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli.
Zürich.

Mitarbeiter:

L. Barbår, Sofia; **A. Baumgartner,** Zürich; **C. Bergmann,** Russland; **J. Bergman,** Stockholm; **E. Bernstein,** Berlin; **G. Brandes,** Kopenhagen; **F. Brentano,** Zürich; **L. Brentano,** München; **C. Brockhausen,** Wien; **F. H. Broeksmit,** Holland; **G. Cardinali,** Bologna; **E. Clapp,** New York; **A. Daudé-Bancel,** Paris; **E. Dick,** Basel; **Fr. van Eeden,** Holland; **Fr. Foerster,** München; **Fr. Fritschi,** Zürich; **Gemelli,** Turin; **A. Germain,** Arcachon; **H. Gomperz,** Wien; **L. M. Hartmann,** Wien; **R. Hercod,** Lausanne; **P. Hiestand,** Zürich; **L. Hoesch-Ernest,** Amerika; **J. Jastrow,** Berlin; **E. Jones,** London; **Jong van Beek en Donk,** Haag; **Ellen Key,** Schweden; **A. Knapp,** Zürich; **J. R. Kjellén,** Göteborg; **H. Lambert,** Charleroi; **H. Lammasch,** Wien; **O. Lang,** Zürich; **C. Larsen,** Kopenhagen; **V. Lee,** London; **W. Lotz,** München; **E. Mach,** München; **G. Maier,** Zürich; **Rosa Mayreder,** Wien; **E. D. Morel,** London; **K. Oberoutcheff,** Russland; **J. Oehquist,** Helsingfors; **Oda Olberg,** Rom; **Cecil C. Palmer,** Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune,** Vaud; **H. Richardson,** England; **E. Rignano,** Mailand; **Ch. Roper,** London; **B. Russell,** London; **E. G. Smith,** England; **W. Schücking,** Marburg; **F. Tönnies,** Eutin; **E. Wavrinsky,** Stockholm; **E. A. Westermarck,** Helsingfors-London; **F. v. Wrangel,** Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

5-5-1916



Nationale und Internationale Staaten.

Von Dr. ROBERT SIEGER, Professor an der Universität Graz.

Die „Internationale Rundschau“ hat mich eingeladen, mich zu den Vorschlägen von Ramsay Macdonald in Heft 1 und der Forderung von rein nationalen Grenzen vom österreichischen Standpunkt aus zu äussern. Ich komme dieser Aufforderung gerne nach, möchte aber zunächst feststellen, dass ich in einem vorschnellen Frieden, durch welchen die grossen, in diesem Kriege aufgeworfenen Fragen keiner klaren Lösung zugeführt werden, keine Grundlage gegenseitiger seelischer Annäherung der Völker, sondern nur den Vater weiterer Feindseligkeiten und Kriege erblicken könnte. Denn die geographisch begründeten Spannungen, die sich aus Wachstum und Raumbedürfnissen der heutigen Staaten und ihrer Wirtschaft ergeben,*) müssen dauernd beseitigt werden, wenn sich eine gesunde Neuordnung und damit die Gewähr für eine längere Friedenszeit erreichen lassen soll. Um eine solche handelt es sich nämlich für uns Kontinentale, denen der Krieg nicht, wie bisher dem insularen England, eine „auswärtige Angelegenheit“, sondern ein Kampf um den Lebensraum ist. Deshalb ist er für uns ein Volks- und kein Regierungskrieg, und deshalb glaube ich, dass das deutsche Volk und die österreichisch-ungarischen Völker es ihren Regierungen sehr verübeln würden, wenn sie einem Friedenskongress, dessen Mehrheit die heute gegen uns verbündeten Staaten bilden, es überliessen, die Fragen der Abgrenzung zu regeln.

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, welche Rolle Abgrenzungen überhaupt bei den Friedensverhandlungen neben andern Problemen spielen dürften; aber

---

*) R. Kjellén, Die Grossmächte der Gegenwart. Leipzig 1914. — R. Sieger, Die geographischen Voraussetzungen des Weltkriegs. Österreichische Rundschau XLII, 249 ff. — S. auch unten.

es scheint mir sicher, dass es sich dabei nur zum allerkleinsten Teil um nationale Abgrenzungen — in dem bei uns üblichen, von mir wiederholt vertretenen Sinne des Wortes „Nation" — handeln kann. Wie immer wir das Verhältnis der Nation, d. i. der kulturellen Organisation des Volkes,*) zu dessen politischer Organisation, dem Staat, und zu den grösseren Kulturkreisen auch beurteilen mögen, immer stossen wir auf die Tatsache, dass das „Nationalitätenprinzip" für die Erscheinungen dieses Krieges, seine Vorbedingungen und die von ihm ausgehenden Entwicklungen nicht mehr die gleiche Bedeutung besitzt, wie für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Im Gegensatze zu der äusserlichen, ohne weiteres übertragbaren Zivilisation ist die Kultur in ihren tiefsten Wurzeln national und insbesondere auch von dem Wohn- und Wirkungsraume des Volkes beeinflusst. Jede Nation hängt an ihrer eigentümlichen Kultur, die kleinsten vielleicht am leidenschaftlichsten. Das Bestreben nach ihrer Sicherung, die man am vollständigsten von dem „festen Schutzdache des Staates" erwartet, hat bei den zersplitterten und unselbständigen Völkern das Streben nach dem Nationalstaat ausgelöst, das dort als Einheits-, hier als Freiheitsbewegung erscheint. Überragend starke Kulturen und die Beziehungen der Völker mit verwandter Kultur haben aber eine Zusammenfassung der einzelnen Nationalkulturen zu grösseren Gruppen, Kulturkreisen, zur Folge gehabt, denen sich die einzelnen nationalen Besonderheiten einordnen und mitwirken, ihnen eine charakteristische Färbung zu geben — in der Hauptsache sind aber für die Eigenart solcher Kreise die Art und die Leistungen eines oder mehrerer grosser Kulturvölker bestimmend. Insbesondere durch den lebhaften Austausch der Kulturgüter zwischen diesen rücken auch die grossen Gruppen einander näher und näher und können zu noch grösseren verschmelzen. So waren wir gewohnt, das ausgedehnte Gebiet einer „westlichen" oder „europäischen" Kultur

*) Sieger, Nation und Nationalität. Österreichische Rundschau, I, 659 ff.

denjenigen des Ostens gegenüberzustellen. Der Krieg und seine Begleiterscheinungen haben uns nun mit einem Schlage die grosse Kluft gezeigt, die zwischen dem romanischen und dem germanischen Kulturkreise noch besteht. Sie haben uns aber auch die für viele überraschende Erkenntnis gebracht, dass die Gemeinschaft der mitteleuropäischen Völker mit dem englischen eine viel weniger enge ist, als man auf Grund der „germanischen Rassenverwandtschaft" vielfach angenommen hatte. Wir können vielmehr in der Westhälfte Europas — wenn wir von der uns Deutschen so nahestehenden skandinavischen Hochkultur und von einer gewissen Sonderstellung der Pyrenäenhalbinsel innerhalb des Romanentums absehen — drei grosse Kulturkreise feststellen, deren Träger sehr wenig gegenseitiges Verständnis zeigen. Während die Engländer sich selbst für das auserwählte Volk im Staatsleben und in der Kultur halten und in ihrer Führerstellung das Heil der Welt erblicken, behaupten die Romanen, für die Freiheit zu kämpfen. Und wir Mitteleuropäer erblicken in der Einordnung des Einzelnen ins Ganze, in der ausgebildeten Organisation des Staats- und Volkslebens die sittliche Grundlage unseres Kampfes und die Gewähr unseres faktischen und ethischen Sieges. Kein Volk ist in so tiefe Schichten hinab (selbst in der heutigen Abwehrstellung noch) von dem Bestreben durchdrungen, fremde Eigenart und Leistungen zu verstehen und gerecht zu würdigen wie das deutsche. Es ist daher auf das Tiefste erschüttert worden durch die Erkenntnis, wie geringes Verständnis und wie geringes Vertrauen uns selbst und unserer Kultur von den anderen entgegengebracht wurde. Durch diese Erfahrung wird aber die sonst in unserem Volkscharakter begründete Erwartung grossenteils zunichte, dass gerade wir nach dem Frieden mit besonderer Bereitwilligkeit die Hand ausstrecken oder doch die ausgestreckten Hände ergreifen würden, um die alten internationalen Beziehungen wieder herzustellen. Müssen wir doch von dem künftigen Frieden eine ausgiebige Sicherung unseres heute von einem Weltbund

bedrohten Volkstums erwarten! Das hindert uns natürlich nicht, in eine Erörterung der Möglichkeiten einzutreten, durch welche bei und nach dem Friedensschlusse die internationale Arbeitsgemeinschaft und erträgliche politische Beziehungen wiederhergestellt werden können. Nur müssen wir von unseren Staats- und Heeresleitungen erwarten, dass sie alle Vorschläge einer strengen Prüfung vom Standpunkte unserer unerlässlichen Sicherung aus unterziehen. Das Nationalitätenprinzip scheint mir im grossen Ganzen mit dieser unvereinbar. Ich will es aber hier lediglich von geographischen Gesichtspunkten aus besprechen und dabei namentlich auch auf die von mir in einer besonderen Schrift behandelten Verhältnisse Österreich-Ungarns Gewicht legen.*)

Wie die Arten und die Individuen in der organischen Welt, muss sich die Menschheit und die Teile und Organisationen, in die sie sich gliedert, auf der Erdoberfläche und unter den Bedingungen entwickeln, welche deren Gliederung und Beschaffenheit bieten.**) Das Wachstum der Völker, Sprachen, Kulturen (und Kulturgemeinschaften höherer Ordnung) beruht zunächst auf der Volksvermehrung und der Ausbreitung von Ideen; es ist aber (gleich dem Wachstum der Staaten) beeinflusst durch natürliche Hindernisse. Als solche bezeichne ich die Hindernisse, welche die Grösse und Beschaffenheit der natürlichen geographischen Gebiete — d. h. der einander übergeordneten Kategorien von mehr oder minder scharf begrenzten, einheitlich ausgestatteten Erdräumen — und diejenigen, welche deren Erfüllung mit passiven oder entgegenwachsenden Völkern, Kulturen oder Staaten der Ausdehnung bereiten. Nun sind aber die Anforderungen an den „Lebensraum", welche eine kulturelle Organisation, insbesondere die einer Nation, stellt, vielfach

*) Vgl. Sieger, Die geographischen Grundlagen der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihrer Aussenpolitik. Leipzig 1915.

**) Die im Folgenden knapp ausgeführten Verhältnisse sind zum grossen Teil eingehend in Ratzels Werken, kürzer in meinen oben genannten Aufsätzen in der Österreichischen Rundschau dargelegt.

verschieden von den geographischen Lebensbedürfnissen der Staaten. Das Wohngebiet eines Volkes, das Geltungsgebiet einer Sprache oder Kultur und somit der Lebensraum einer Nation verändert sich ununterbrochen und allmählich; das Herrschafts- und Verwaltungsbereich eines Staates wird ruckweise durch Kriege oder Verträge erweitert oder verengt. Wo eine Nation über ihre bisherigen Grenzen überquillt oder getrennte Aussenposten und Auswanderungsgebiete besetzt, kann sie sich behaupten, sobald ihre Zahl, ihre wirtschaftliche und kulturelle Kraft sie den in Natur und Menschen gelegenen Hindernissen überlegen macht und solange dies der Fall ist. Der Staat dagegen kann sich mit Zufallsgrenzen nicht begnügen. Die Beschaffenheit der Grenzen, also vor allem ihre Einfachheit, ihre Verteidigungsfähigkeit, die Möglichkeit, an ihnen den Verkehr zu regeln und zu überwachen, die Geschlossenheit des Staatsgebietes, dessen Lage zu anderen, zum Meere, zu Gebirgen und Wüsten und anderen Schranken des Kriegs und des Verkehrs, seine Hilfsquellen und die grössere oder geringere Möglichkeit wirtschaftlicher Selbständigkeit sind für sein Gedeihen von ausschlaggebender Bedeutung. Seine Lenker müssen daher mit Bedacht nach „guten Grenzen“ streben, die ihm Sicherheit gewähren; sie müssen danach trachten, einheitliche Gebiete zu umfassen, deren gleichartige Beschaffenheit oder deren einander in Wirtschaft und Verkehr ergänzende Verhältnisse den Zusammenhalt kräftigen. Durch das Bestreben nach Sicherung gelangen sie dazu, die natürlichen Grenzwälle und Grenzzonen ganz zu umfassen und über sie hinaus in den Randlandschaften der benachbarten Naturgebiete festen Fuss zu fassen. Dabei stossen sie untereinander zusammen. Gewiss, auch die Ausbreitung der Nationen geht verwandte Wege; aber bei ihr spielt das Ausbreitungsbedürfnis an sich, ohne Rücksicht auf Art und Inhalt des Raums, eine grössere Rolle. Eine kräftige Nation kann sich als solche auch behaupten, wenn sie sehr verschiedene Gebiete einnimmt, die ihren einzelnen Teilen auseinandergehende Interessen auferlegen, ja selbst

in weitgehender Zersplitterung. Ein Staat hingegen, der sich über zu ungleichartige, wirtschaftlich, kulturell, national zu verschiedene, miteinander durch keine gemeinsamen Lebensbedürfnisse verbundene Gebiete erstreckt, läuft Gefahr, dass sich die einzelnen natürlichen Landschaften vom Ganzen ablösen. So hat der Gegensatz zwischen maritimer und kontinentaler Lage und den durch sie bedingten einseitigen Interessen den Anschluss Portugals an die übrigen spanischen Länder verhindert, die Trennung der Niederlande vom alten Deutschen Reich begünstigt, und in beiden Fällen ist aus der wirtschaftlichen und staatlichen Trennung auch eine nationale erwachsen, die ihren Ausdruck in der Ausbildung selbständiger Schriftsprachen findet. Ähnlich ist die Spaltung Skandinaviens, dessen Union auf den ersten Blick so natürlich scheint, in drei Reiche und die durch diese erfolgte Ausbildung dreier Nationen zu erklären.

Diese Beispiele zeigen, dass die politische Grenze für die Entwicklung von Volksbruchteilen zu selbständigen Nationen massgebend sein kann, freilich nicht als alleinbestimmende Ursache, sondern auf Grund bereits in Ausbildung begriffener, geographisch begründeter kultureller Verschiedenheiten. Immerhin machen sie uns nachdenklich gegenüber der bedingungslos gestellten Forderung: „Für jede Nation staatliche Existenz, für jeden Staat nationale Unterlage!“ Ein Jahrhundert lang beherrschte diese die europäische Politik. Und was ist das Ergebnis? Wir finden den Nationalstaat ganz oder doch nahezu verwirklicht in den Gebieten, wo er schon früher erreicht worden war, d. h. solchen, die besonders ausgesprochene geographische Individualitäten sind, wo also Naturschranken von besonderer Ausprägung auf die nationale und auf die staatliche Ausdehnungstendenz in gleichem Masse einwirkten, Inselländern, wie Grossbritannien und Japan, abgeriegelten Halbinseln, wie Spanien, dem immerhin Portugal zur Erfüllung des Ganzen fehlt; in Dänemark, das Halbinselland und Inselbrücke vereint, auf der Landbrücke Frankreich. Hier haben sich Staat

und Nation miteinander entwickelt. In Italien hat die Halbinsellage und die Abschliessung durch einen Gebirgswall einer alten Nation neuerlich den staatlichen Zusammenschluss ermöglicht. Alle anderen „Nationalstaaten", die als solche gegründet wurden, und die der Mehrzahl ihrer Bewohner auch als echte Nationalstaaten gelten, reichen entweder nicht an die Ausbreitungsgrenze der Nation heran oder greifen über sie hinaus, — nicht selten ist an der einen Stelle das eine, an der andern das andere der Fall. Selbst das insulare Vereinigte Königreich hat sein fremdnationales Irland, und ein selbständiges Irland hätte sein fremdnationales Ulster! Den Niederlanden fehlt das Gebiet ihrer südlichsten Stammesgenossen; Deutschland, Russland, alle Staaten der Südosthalbinsel werden von Sprach- und Nationsgrenzen durchschnitten, bald mehr randlich, bald tiefer im Inneren. Die Schweiz, Belgien, Österreich-Ungarn sind mehr- oder vielsprachig. Und selbst in den vorhin genannten „reinen Nationalstaaten" finden wir fremde Volkssplitter, die sich — soweit sie Teile grösserer Völker und Sprachgebiete darstellen — vielfach auch als Angehörige einer auswärtigen „Nation" fühlen. Mit ihrer Staatstreue hat dies nichts zu tun; diese kann an sich auch keine Aufhebung des kulturellen und gefühlsmässigen Zusammenhangs bewirken, wenn nicht andere, im inneren Leben der Nationen gelegene Momente dazukommen.

Die Forderung nach nationaler Abgrenzung bedeutet also die Forderung nach einer Neuverteilung eines sehr grossen Teils von Europa. Fassen wir sie näher ins Auge, so ergibt sich, dass die Grenzen, die sie zerstören würde, weit bessere Grenzen — in allen den oben namhaft gemachten Beziehungen — sind, als jene, die durch sie geschaffen würden. Die alten Staaten Europas sind, was ich hier nicht näher ausführen kann, durchaus nicht so schlecht begrenzt, wie man zumeist annimmt. Die Grenzen der Nationen aber zerschneiden fast überall einheitliche geschlossene Landschaften. Die Alpen sind keine Völkerscheide, sondern werden von den Sprachgrenzen zwischen

Franzosen, Deutschen, Italienern und Slovenen geschnitten. Von der Natur so einheitlich gestaltete, von so ausgesprochenen Gebirgswällen umschlossene Gebiete, wie Böhmen und Ungarn und ebenso das so überaus einheitliche Gebiet der Russischen Tafel werden von verschiedenen Völkern bewohnt. Nationen, wie die Rumänen oder die Ruthenen (Kleinrussen, Ukrainer) greifen über trennende Gebirgslandschaften hinaus und finden ihre Grenzen in offener, ungeschützter Ebene. Weit mehr als die heutigen geschichtlich gewordenen (und daher der Natur sowie gewissen stetigen Macht- und Kraftverhältnissen einigermassen angepassten) Staaten müssten die auf rein nationaler Grundlage errichteten ihre Grenzen befestigen und verschliessen, um eine leidliche Sicherheit zu geniessen.

Nehmen wir indes die nationale Abgrenzung als vollzogen an, nehmen wir an, die Staaten, die sie erschweren, wären teils zertrümmert worden, teils hätten sie auf die mit Mühe erreichten schützenden Grenzwälle verzichtet; nehmen wir an, es hätte ein Ende mit allen Versuchen friedlicher und gewaltsamer Entnationalisierung, mit aller vom Staate geförderten „inneren nationalen Kolonisation", — je weniger wir einen Einfluss des Staates auf die weitere nationale Entwicklung übrig lassen, desto weniger Dauer wäre den geschaffenen nationalstaatlichen Grenzen gewährleistet. Denn es gibt kräftige und schwächere, ausbreitungslustige und passive Nationen, solche mit starker und schwacher Vermehrung und Widerstandskraft. Man denke etwa an ein Volk, wie die Afrikander (Buren), das seine Wohnsitze über alle politischen Grenzen hinweg durch beständige Wanderungen erweitert! Man vergegenwärtige sich den Einfluss wirtschaftlicher Verhältnisse, welche zur Ein- oder Auswanderung veranlassen! Man werfe einen Blick in die Sprachenstatistik der österreichischen Volkszählungen, welche zeigen, wie verhältnismässig rasch die Mehrheit ganzer Gemeinden aus der Hand eines Volkes in die eines andern übergehen kann! Die nationale Abgrenzung unterliegt allmählichen Verschiebungen, die ich mit den Worten gekennzeichnet habe: „Staat und

Nation wachsen, gemäss ihren verschiedenen Wachstumsbedingungen, immer wieder auseinander, so oft auch das eine dem andern in seine Neuländer nachfolgt." Über kurz oder lang stünde also die Staatsleitung vor der Frage, ob sie den ursprünglich nationalen Charakter des Staats durch Zwangsmassregeln aufrecht erhalten oder ob sie einer fremdnationalen Minderheit gewisse Sonderrechte zugestehen soll. Eine dritte Möglichkeit, nämlich nach gewissen Perioden durch Grenzverschiebungen den Ergebnissen der neuesten Sprachzählung Rechnung zu tragen, widerspricht aller staatlichen Selbständigkeit und würde vielfach eroberungslustige Nationen zur Verfälschung der Zählungsergebnisse veranlassen. Sie würde auch die wirtschaftlichen Interessen der von der Verschiebung betroffenen Gebiete des öftern recht erheblich berühren. Erfolgt doch die Einwanderung in einen Nachbarstaat vielfach gerade wegen seiner wirtschaftlichen Verhältnisse und Gesetzgebung! Die strengnationale Abgrenzung an sich ist ja schon nicht ohne wirtschaftliche und auch nicht ohne kulturelle Schädigungen denkbar. Diese müssen um so grösser sein, je engere und eingelebtere Interessengemeinschaften, Verkehrs- und Produktionsverbindungen zerrissen werden, je höher die Kultur- und Wirtschaftsform eines Landes ist, von dem nunmehr ein Volksteil abgelöst und zu seinen weniger entwickelten Stammesgenossen geschlagen wird. Nicht überall wird die verlangte Umgestaltung als „Erlösung", oft genug als schwerer Schaden empfunden werden. (Schluss folgt.)



Vergleicht man das Resultat des glücklichsten Krieges mit den dazu aufgebotenen Mitteln, so zeigt sich, dass man meistens ein viel grösseres mit geringerem Aufwand von Kraft auf gelinderen Wegen erreichen konnte.

Erzherzog Carl von Oesterreich.

Gesetzlosigkeit auf dem Meere.

Von Dr. EDWIN CLAPP, Prof. a. d. Universität New York.

Die Menschen sprechen und schreiben jetzt von weitreichenden Plänen, um zukünftige Kriege zu vermeiden. Einige Amerikaner haben eine internationale Friedensliga vorgeschlagen, welche sich aus den führenden Nationen der Welt bilden soll; diese mögen übereinkommen, ihre vereinigte militärische und ökonomische Macht gegen jeden Staat zu gebrauchen, der ohne Schiedsspruch und unparteiische Prüfung den Frieden bricht.

Dass Neutrale derartiges planen, ist überaus verständlich. Diese Kriegsmonate haben uns die ganze Ausdehnung der gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeit der Völker gelehrt. Der Krieg hat auch die neutralen Länder geschädigt, insoweit diese Seehandel treiben, weil eine der Parteien von Anfang an einen ökonomischen Krieg gegen den Gegner geführt und dessen Handel gänzlich zu zerstören gesucht hat. Dieser ökonomische Krieg berührt die Neutralen an dem einen Ende des Warenverkehres ebenso hart, als die Kriegführenden an dem andern. Selbst der Handel zwischen zwei Neutralen hat eine beispiellose Verrenkung erfahren. Die Unterseeboote machten bald das Leben auf dem Meere ebenso unsicher wie das Eigentum. Die Verluste und Leiden der neutralen Völker, die an der Entstehung und Führung dieses Krieges keinen Anteil haben, liessen in diesen den Wunsch nach einer Organisation erwachsen, die jedem künftigen Krieg vorbeugen sollte.

Mir scheint der Plan, den Krieg für immer verhindern zu wollen, überehrgeizig. Es ist besser, nur das Erreichbare anzustreben, nämlich, den Kriegsschaden auf die Völker zu begrenzen, welche kämpfen. Das Meer ist der Handelsweg aller Völker. Jenseits der Dreimeilengrenze bildet es nirgends die Domäne irgendeiner besonderen Nation.

Was Neutrale bei Kriegsende erreichen könnten, wäre die Festlegung eines Seegesetzes, welches die rechtliche Überlegenheit derer, welche den Frieden halten, über die Friedensbrecher zu klarem Ausdruck bringen soll. Soweit das Seegesetz in Betracht kommt, wäre das Ziel zu erreichen durch die Abschaffung des Rechtes zur Wegnahme von Privateigentum, ob nun die Waren und die Schiffe neutral oder feindlich sind. Denn schliesslich fördern auch feindliche Schiffe neutrales Gut und auch feindliches Gut kommt von den Neutralen oder ist für diese bestimmt.

Eine teilweise Erreichung dieses Zieles wäre die Abschaffung der Liste bedingter Kriegskonterbande samt der Gefahr einseitiger Auslegung durch den Kapernden. Die Konterbande würde genau umschrieben und es wäre den Kriegführenden untersagt, während des Krieges die Liste zu ändern. Es könnte vorgesehen werden, dass solche Schiffe, denen eine neutrale Macht amtlich bestätigt, dass sie keine Konterbande führen, von der Durchsuchung frei blieben. Tauchboote dürften nur Kriegsschiffe angreifen. Die neutralen Mächte könnten den Kriegführenden ein solches Gesetz aufzwingen, indem sie den Widerspenstigen jede Lieferung während des Krieges verweigern und für später die Auferlegung von Differentialzöllen gegen sie vereinbaren.

Das sind allerdings Betrachtungen, welche in der gegenwärtigen Krisis nicht helfen. Es geht das die Zukunft an, und ich fühle, dass die künftige Achtung vor dem Völkerrecht grossenteils davon abhängen wird, mit welchem Erfolg wir heute seine Beachtung durchsetzen können. Weiter reichende Pläne werden mehr Aussicht auf Verwirklichung haben, wenn wir das Nächstliegende tun: Dem Seegesetz Geltung verschaffen, so wie wir es vor dem Krieg gekannt haben. Wir werden auch darin das Erreichbare anstreben müssen; nicht die Beendigung des Krieges durch unser Hinzutun, sondern die strengere Einschränkung des Kriegsschadens auf jene Völker, welche Krieg führen.

Was ist nun das Seegesetz oder was war es? Müssen

wir einen Kongress der Neutralen einberufen, um die widerstreitenden Präzedenzfälle des Seerechts jetzt in Kriegszeit zu kodifizieren? Das alles ist schon geschehen. Im Jahre 1909 hat England, das jetzt im Kriege steht, die Londoner Konferenz einberufen, um die Transportgesetze zur See zu kodifizieren. Der Erfolg war die Londoner Erklärung, unterzeichnet von den Delegierten aller Mächte, welche dem Kongress beiwohnten, aber nicht ratifiziert vom britischen House of Lords, ebenso wenig von anderen Regierungen. Die Erklärung ist ein in ruhiger Friedenszeit entstandenes Übereinkommen, mit Bezug auf die Rechte, welche die Kriegführenden dem Handel neutraler Länder zugestehen.

Die amerikanische Regierung vertrat im August 1914 die Erwartungen aller Nichtkämpfer, als sie die Kriegführenden ersuchte, die Londoner Erklärung während des Krieges als Seegesetz anzuerkennen. Diese Erklärung hatte Listen von bedingter und unbedingter Konterbande festgestellt und Bestimmtes vorgesehen in betreff der Bedingungen, welche den neutralen Handel zu einem verdächtigen machen. Es wäre so eine feste Grundlage entstanden, auf welcher der internationale Geschäftsverkehr hätte fussen können.

Die Zentralmächte haben die Erklärung als Seegesetz angenommen, die alliierten Regierungen, — England als massgebend für den Seehandel, — nahmen sie „mit Veränderungen" an. Diese Veränderungen sind in den englischen Kabinettsorders vom August und Oktober 1914 enthalten, welche die dem neutralen Handel im ursprünglichen Dokument gewährleistete Unverletzlichkeit zum grossen Teil aufheben. Dabei fiel auch die Unterscheidung zwischen bedingter und absoluter Konterbande und man fügte die Liste der bedingten Konterbande zu jener der unbedingten Konterbande. In späteren englischen Konterbandelisten wurden alle wichtigeren Ausfuhrwaren hinzugefügt und so ihre Zufuhr nach Deutschland, sei es nun direkt oder über ein neutrales Land, verboten. Unter den neuen britischen Orders sind beispiellose Wegnahmen von Schiffs-

ladungen vorgekommen, die in guten Treuen an europäische Neutrale gemacht worden waren, auf den blossen Verdacht hin, sie könnten für Deutschland bestimmt sein.

Die deutsche Antwort war der Unterseekrieg, welcher, wie man weiss, die warnungslose Torpedierung von Passagierschiffen und den Untergang hilfloser Frauen und Kinder bedeutet. Und um das englische Vorgehen zu erwidern, wurden auch die deutschen Listen für Kriegskonterbande erweitert.

Auf die Unterseeboote antwortete England mit der Blockade. Die Engländer legten Hand auf jede Ware bei vermeintlich feindlichem Ursprung oder Bestimmung für Feindesland, eine Art Konfiszierung mit ungewisser Aussicht auf einstmalige Entschädigung. Diese Blockade ist nun weder effektiv noch unparteiisch, denn sie erstreckt sich nicht auf die deutschen Häfen im Baltischen Meere, noch vermag sie die skandinavischen Länder am Verkehr mit diesen Häfen zu hindern.

Die Blockade, der Unterseekrieg und die Kabinettsorders sollten in Zukunft wegfallen. Das Meer sollte offen sein und das Mass an Freiheit, welches die Londoner Erklärung den Neutralen sichert, sollte diesen erhalten werden. All das ist möglich und erreichbar. Es ist erreichbar ohne die Einberufung eines neutralen Kongresses. Erreichbar durch das Vorgehen eines einzigen neutralen Landes — der Vereinigten Staaten von Nordamerika. In der Tat, nur die Vereinigten Staaten können es wagen, auf ein kriegführendes Land einen Druck auszuüben. Europäische Neutrale würden mit Recht zaudern, einen solchen Schritt zu tun.

Der Druck, welchen die Vereinigten Staaten auf England ausüben können, müsste im wesentlichen durch ein Exportverbot geübt werden, durch eine sofortige Einstellung der Warenzufuhr. Der Druck, welcher auf Deutschland ausgeübt werden kann, ist die Androhung einer künftigen Beschränkung des Warenaustausches, in Form eines Straftarifs, sobald wieder Friede herrscht. Durch den Gebrauch seiner ökonomischen Macht kann

Amerika zugunsten der neutralen Welt heute während der Dauer des Krieges das beste Seegesetz erzwingen, das wir hatten, bevor der Krieg begann. Es wäre das ein moralischer Triumph für dieses Land. Dass die vorgeschlagene Zwangsmassregel Deutschland gegenüber genügen würde, wissen wir aus dem Tenor amtlicher deutscher Kundgebungen. Die Wirkung auf England ist nicht ganz so sicher. Aus praktischen Gründen darf man auch ein allgemeines Exportverbot nicht ins Auge fassen, das eine Börsenpanik zur Folge hätte. Und aus lediglich praktischen Motiven müsste sich das Ausfuhrverbot auf Kriegsmaterial beschränken. Den Munitionsfabriken könnte man durch Aufträge für eigene Rüstungen für die unerfüllten Abschlüsse mit fremden Regierungen genügend Ersatz bieten.

Unsere Regierung hat bei Kriegsbeginn die Ausfuhr von Munition für gesetzlich erklärt. Wir sind durch eine Haager Konvention gehalten, während des Kriegsfortgangs die für beide Teile gleichmässig angenommenen Gesetze der Neutralität nicht zu ändern, ausgenommen in solchen Fällen, „in denen die Erfahrung lehrt, dass eine solche Handlungsweise für die Aufrechterhaltung der nationalen Rechte notwendig wird“. Die Erfahrung hat gelehrt, dass eine solche Handlungsweise nötig ist: ein ganzes Jahr diplomatischer Proteste hat bei den kriegführenden Mächten keine Wirkung gezeitigt.

England und seine Verbündeten haben in unserem Lande für 500 bis 1000 Millionen Dollars Kriegsaufträge erteilt. Von der kontinuierlichen Ausführung dieser Aufträge hängt die Fortsetzung des Krieges ab. Niemand wird glauben, dass England einer Pression widerstehen könnte, wie sie hier angedeutet wird. Es käme gar nicht zum Ausfuhrverbot, die blosse Drohung würde genügen. Mit der bedingungslosen Annahme der Londoner Erklärung durch England und Deutschland würden die Unterseebootangriffe auf friedliche Schiffe, die Blockade und die Kabinettsorders verschwinden. Wir hätten wieder die gemässigten Konterbandelisten der früheren Kriege.

Die einzige Einschränkung des Handels wäre die Einschränkung des direkten oder indirekten Handels mit Deutschland in Kriegskonterbande; und in bedingter Konterbande, soweit diese direkt und nachweisbar für Heereszwecke bestimmt ist. Die Einmischung in den neutralen Handel würde aufhören. Die britische Seemacht würde immer noch England die ungehinderte Waffenzufuhr aus den überseeischen Ländern ermöglichen, von welchen Deutschland abgeschlossen ist.

Wenn Amerika der neutralen Welt diesen Dienst tun will, werden ihm selbst die jetzigen Gegner später Dank dafür wissen. Englands „ökonomischer Krieg“ kann Deutschland nicht aushungern. Die deutschen Unterseeboote konnten England nicht ernstlich treffen. Diese beiden Länder werden in vielen künftigen Streitfällen neutral bleiben und mit Grund dankbar dafür sein, wenn die Rechte der Neutralen in diesem Krieg durch uns geschützt werden. Vor allem wird die beste Gewähr für ein wirksames, neues Seerecht nach dem Kriege in der Wirksamkeit des Seerechtes jetzt während des Krieges bestehen. Wir wollen eine gesunde Basis errichten, auf welcher wir in Zukunft weiterbauen können.

Neu York, 24. November 1915.



Berichtigungen.

Auf Seite 576 unseres letzten Heftes ist der Name des Autors irrtümlich abgedruckt. Es sollte heissen: Die deutschen Juden und der Krieg von Prof. Dr. Ludwig Geiger. Das Werk erscheint eben in 2. Auflage.

Zu dem Artikel von Prof. Jones werden wir von berufener Seite aufmerksam gemacht, dass der fachtechnische Ausdruck der Freudschen Schule nicht Sublimation, sondern „Sublimierung“ ist, ebenso wie „unbewusst“ statt „unterbewusst“.

Zu dem Artikel Dr. E. Dicks über Carpenters „Heilung der Völker“ teilt uns Herr Leopold Katscher mit, dass von den Werken des englischen Schriftstellers zwei auch deutsch erschienen sind, nämlich: „Loves coming of age (Wenn die Menschen reif zur Liebe werden“, übersetzt von Carl Federer) und „Civilization: its cause and cure“ (übersetzt von Nuellers).

Der Weg zum Frieden.

Von Frau Dr. L. HOESCH-ERNEST.

Manches Kluge und manches Praktische ist über dies Thema gesagt worden, aber mir scheint, dass noch niemand das letzte „was not tut" berührt hat. Alle sind dabei an gewissen konkreten Vorschlägen hängen geblieben, z. B.: Soll irgend eine Macht annektieren oder nicht? Und jede Partei arbeitet immer mit der vorgefassten Meinung, dass die ihre siegen werde.

Macdonald macht den guten, berechtigten Vorschlag, dass „zunächst die verschiedenen Regierungen gedrängt werden sollen, zu erklären, was für jede Nation die wesentlichen und unentbehrlichen Bedingungen bildet, damit der Kampf aufhören könne." Der Druck auf die Regierungen soll durch die starke Zusammenarbeit der Demokratie bewerkstelligt werden. Ein internationaler Kongress soll zusammentreten, alle Mächte sollen daran teilnehmen.

Brentano singt uns das alte Lied von der Berechtigung des Neutralitätsbruchs. Doch soll sich Deutschland nur so viel aneignen, als nötig ist, künftig seine Grenzen sicherzustellen. Die Einwohner könnten eventuell expropriiert und ihnen Entschädigung gezahlt werden. Als ob es eine Entschädigung gäbe für das Fleckchen Land, was man sein eigen nannte, lieb hatte und dem man seine Sorgfalt angedeihen liess. Es ist, als ob man einer Mutter sagte: „Ich nehme dir dein Kind und gebe dir ein anderes, viel schöneres und klügeres dafür." Und dann wundert man sich, wenn die undankbare Frau diesen grossmütigen Vorschlag nicht annimmt.

Wrangel macht das System, nicht die Menschen verantwortlich. Er will, dass eine internationale Gewalt den Zusammenstoss der Nationen verhindern soll, so wie die Staatsgewalt bei innern Konflikten den Zusammenstoss der Parteien und der Mitbürger untereinander verhindert

und verbietet. Dies scheint mir einer der wichtigsten Gedanken, aber wie dies zu bewerkstelligen ist, das bleibt eine offene Frage. Alle spielen sie mit Belgien, wie mit einem Tennisball, den sie sich gegenseitig zuwerfen und wieder auffangen und von dessen Landung im richtigen Feld, — welches dies Feld sei, darüber sind die Parteien verschiedener Meinung, — zum grössten Teil die Möglichkeit eines Friedens (ob dauernd oder nicht) doch wenigstens vorläufig abhinge. Solch ein ähnlicher Ball, mit dem aber noch nicht geschlagen worden, sondern der bislang noch in sichern englischen Händen ruht, ist die Freiheit der Meere.

Aber sollte es wirklich letzten Endes auf diese praktischen Konstellationen am politischen Horizont, auf diese freilich ganz realen Werte ankommen, wenn wir den Weg zum Frieden suchen? Sie scheinen mir die reife Frucht am Friedensziel, aber nicht der Weg dahin. Beim Suchen nach diesen Heilmitteln kommt es mir vor, als ob ein Kollegium von Ärzten der verschiedensten medizinischen Schulen zusammenträte und — ein jeder auf seine Methode — Vorschläge machte, um die Symptome einer grossen Epidemie zu bekämpfen, anstatt nach dem Bazillus zu suchen, welcher der Erreger dieser immer wieder periodisch auftretenden Krankheit ist. Wäre dies in unserer wissenschaftlich so vorgeschrittenen Zeit möglich? Würden Ärzte, die den Typhus bekämpfen wollen, sagen: „Es ist der Kopfschmerz, den wir unterdrücken müssen, wir haben — diese dieses, jene jenes — Mittel gegen Kopfschmerzen, und deshalb müssen wir nun debattieren, wer das beste Mittel kennt.“ Oder würde ein internationaler Kongress gegen Tuberkulose dabei stehen bleiben, den Husten und das Blutspucken zu stillen? Würde dabei die Krankheit einer allmählichen Ausrottung entgegengehen? Sucht man nicht, bis man den ganz unscheinbaren, letzten Erreger gefunden hat? Und wie findet man ihn? Wie kam man zuerst auf den Gedanken, dass solche Erreger zugegen sein müssten? Man suchte nach dem letzten, allen von derselben Krankheit Ergriffenen gemeinsamen Symptom.

Aber auch dort blieb man nicht stehen. Man suchte nach der Ursache der letzten gemeinsamen organischen Veränderung. Es war nichts Grosses, nichts Greifbares, nichts mit blossem Auge Sichtbares, was man fand, es war bei sehr starker Vergrösserung ein Stäbchen, ein Häkchen, ein Komma, welches, wenn kultiviert und irgend einem Lebewesen eingeimpft, erst die kleinen organischen Veränderungen, dann die grossen, allen sichtbaren Symptome erzeugte. Als man den Krankheitserreger gefunden hatte, suchte man nach einem Mittel, diesen Stäbchen, Häkchen, Kommas zu Leibe zu gehen, und hier erst fand die fruchtbare Diskussion der Gelehrten statt: „Worin besteht dieses Mittel, wie töten wir den für jede Krankheit spezifischen Bazillus?“ Hier herrschen bei vielen Krankheiten noch Meinungsverschiedenheiten, aber eine jede Debatte bringt die Menschheit ihrem Ziele einen Schritt näher. Aber eine Debatte über die Beseitigung des Fiebers, des Hustens, der Schlaflosigkeit oder des Kopfschmerzes würde dies nie getan haben. Und so glaube ich auch, dass alle diese Debatten über die grössere oder kleinere Schuld oder Berechtigung von Annexionen nach links oder rechts, über Konzessionen hüben und drüben, über Richterspruch eines Dritten etc. wohl, (wenn sie nach der einen oder anderen Seite zur Ausführung kämen) die Symptome für einige Zeit niederhalten würden, uns aber in Wirklichkeit keinen Schritt näher auf den Weg zum wirklichen Frieden bringen könnten. Sie würden, um im Bilde zu bleiben, nicht imstande sein, die gefährlichste aller Epidemien, durch die Europa je bedroht war, effektvoll zu unterdrücken. Die Krankheit wäre für eine Weile scheinbar zum Stillstand gekommen, um mit erneuter Wut an einem andern Teile des Organismus wieder auszubrechen.

Ja, des Organismus! Denn als Organismus müssen wir das zivilisierte Europa, müssen wir vielleicht letzten Endes die ganze Menschheit auffassen. Und wenn wir das tun, gewinnen wir die richtige psychologische Einstellung zu dieser Frage. Das aber ist es, worauf es ankommt. Die richtige psychologische Einstellung allein ist das Instru-

ment, ist das Mikroskop, womit wir den Krankheitserreger suchen und letzten Endes finden können. Wenn wir die richtige psychologische Einstellung haben, werden wir fühlen, dass es nicht darauf ankommt, ob wir den Magen oder das Herz oder die Lunge stärken auf Kosten irgend eines andern Organs, dass nur die Zusammenarbeit aller Organe ein gesundes Ganze ergeben, dass das Blut nur dann rot und lebenskräftig kreisen kann, wenn die Fehde der Teile untereinander aufhört, — nur so kann die Krankheit die alle nacheinander ergriffen hat, gehoben werden.

Wie der Erzeuger dieser Epidemie heisst, habe ich in meinem Aufsatz über „Patriotismus und Patriotitis"*) zu zeigen versucht, auch wie es kam, dass er solche Macht über uns gewinnen konnte: Es ist der falsch verstandene, künstliche Patriotismus, und die Krankheit, die er erzeugt hat, ist die Patriotitis.

Das Gleichnis von den Organen, die durch eine Fehde untereinander den Körper, dem sie dienen, zugrunde richten, ist uralt: nur die Auffassung einer zivilisierten Menschheit (von der wahren Zivilisation sind wir, wie dieser Krieg gezeigt hat, noch weit entfernt) ist leider noch wenig verbreitet, wäre sie allgemein, so hätte es nie zu diesem andauernden Selbstmordversuch Europas kommen können. Die richtige psychologische Einstellung, der Wille zum Frieden, wäre uns dann so selbstverständlich wie dem normalen (nicht hysterisch-pathologischen) Menschen der Wille zur Gesundheit!

„Aber wir wollen ja den Frieden, wir haben ihn immer gewollt" entgegnen uns sofort alle kriegführenden Parteien, „der Krieg ist uns aufgedrungen worden, wir sind überfallen worden, wir waren immer friedliebend, wir wollten nichts, es waren die andern, die uns beneideten, die andern, die uns zwingen wollten, die andern, die uns bedrohten zu Land oder zur See, die andern, die uns unterdrücken und klein machen wollten."

„So, die andern! Aber wer sind die andern? Ich denke, wir sind alle Teile eines Organismus! Gibt es andere?"

*) In Nr. 6 dieser Rundschau.

„Das ist utopischer, unpraktischer, weltfremder Unsinn“, kommt die Antwort. „Nur als Nation kann man es zu etwas bringen, nur als Nation kann man aufstreben. Das Nationalgefühl, welches leider im Sinken begriffen war, wird gottlob durch den Krieg wieder gestärkt werden. Wir haben eine nationale Kultur, eine nationale Kunst, ein nationales Eigenleben. Nur das ist real, alles andere sind Ideen, die uferlos und utopisch sind.“

Mag sein, alles zugegeben! Wir haben es ja auch schon zu einem nationalen Gott gebracht! Wir haben einen wahren Olymp von Nationalgöttern geschaffen, und die Geistlichen muten einem jeden Volk zu, seinen eigenen Gott anzurufen und ihm für die erschlagenen „Feinde“ zu danken. War je ein solch blutiges Opferfest? Rauchten je die Altäre so von Blut? War je das Freudengeheul der Opfernden grösser? Das Seltsame ist nur, dass die Religionen der christlichen, jüdischen und mohammedanischen Völker offiziell nur einen Gott anerkennen! Wie sollen die Missionare ihren Seelenkindern das erklären?

Aber die Patriotitis hat die Menschen so geblendet, dass sie das Unlogische nicht sehen, wenn die Glocken läuten und die Menschen in die Kirchen, die Tempel, die Moscheen strömen, um ihrem Nationalgott zu danken und zu beten für weitere Opfer, weitere Siege über die „Feinde“.

„Diese Frömmigkeit, diese erneute Einkehr, die jetzt plötzlich so viele schon abgeirrte, ungläubige Menschen ergriffen hat, sie ist etwas Schönes, ist eine Rückkehr von dem Leichtsinn, von dem oberflächlichen Materialismus, der uns vor dem Kriege zu verrohen drohte. Es ist eine der schönsten Errungenschaften dieser grossen Zeit! Gott wird uns helfen in unserer gerechten Sache!“ — sagen die Patrioten.

Aber sie haben alle eine gerechte Sache. Sie kämpfen ja alle für ihre Nation, für ihr Vaterland, für die Erhaltung ihres ureigensten Seins. Denn wenn wir schon zugeben, dass eine jede Nation ein solches hat, so müssen wir auch dies gelten lassen.

„Aber die andern stehen nicht so hoch wie wir! Wir

haben allein die wahre Kultur, der Fortschritt der Menschheit liegt in unserer Hand! Nur wenn wir siegen, wird die Unterdrückung, der Neid, der Militarismus, die Lüge aufhören. Wir wollen die Menschheit erretten, erlösen von der Missgunst, dem Egoismus, der Übermacht der andern."

Ist das die objektive Anerkennung eines Nationalgefühls, einer Nationalkultur? Also nicht Nationalkultur, Nationalkunst ist an und für sich etwas, was erhalten werden soll, sondern nur unsere Nationalkultur: die des auserwählten Volkes?! Aber wer hat es auserwählt? „Wir selbst." Wo findet es Anerkennung? „Bei uns selbst!" — Dann ist es also eigentlich nicht Anerkennung des Nationalgefühls, sondern das Recht des Stärkern, und mit Feuer und Schwert und allen Teufelskünsten, welche die Wissenschaft dem Menschen in die Hände gegeben hat, soll es den „andern" aufgezwungen werden — und Gott soll dazu helfen!"

So weit hat uns die Verblendung, die Unlogik, die das schlimmste Symptom dieser jetzt beinahe universellen Epidemie ist, gebracht. Denn die grosse Majorität glaubt es wirklich, man redet es nicht nur so hin, es ist nicht Heuchelei. Die Minorität, die Führenden, sie glauben es wohl nicht. Sie wollen die Macht, der Ehrgeiz treibt sie. Nicht immer persönlicher Ehrgeiz, auch das wollen wir zugeben, Liebe zu einem partikularistischen Vaterland, welches gross und stark werden, welches die beste, die erste Stelle unter den Nationen haben soll! Auch sie wollen den Frieden, sagen sie, aber einen „ehrenvollen Frieden", einen Frieden, der ihnen in ihrem Lande diese Macht sichern soll. Und auf der Spitze ihres Schwertes wollen sie diesen Frieden erhalten, jenen Frieden, den die Furcht und die Ohnmacht notwendig macht, und der daher ein Scheinfrieden ist und nur so lange anhalten wird, als die Furcht und die Ohnmacht gross genug sind. Die Symptome sind für eine Weile unterdrückt, aber die Krankheit zerrüttet und untergräbt den Organismus, sie wird neu ausbrechen und das Ende wird beschleunigt. Ein Organ hatte sich auf Kosten der andern Organe zu stärken ge-

sucht, aber es muss auch sterben, wenn die andern sterben. Was nützt es, wenn der Magen sich mästet und das Herz still steht?

„Der Vergleich hinkt, eine jede Nation, ein jeder Staat ist ein Organismus für sich."

Gut, auch das zugegeben. Aber er ist ein Organismus im Kosmos der Organismen, er ist wie ein Korallentierchen an einem Korallenstock, er kann nur leben in engster Symbiose, in Vergesellschaftung mit den verwandten Lebewesen. Ihr, die ihr immer mit praktischen und konkreten Vorschlägen prahlt und über die Utopie eines Staatenbundes lächelt, versucht es doch nur einige Jahre lang, wie ein Staat allein leben kann. Wie sieht es jetzt schon aus, nachdem man es unter dem Hochdruck des bittern „Muss" und getragen von einer künstlich erzeugten Bereitwilligkeit eine kurze Weile versucht hat!

„Aber so soll es ja nicht sein und bleiben — wir alle, die wir den Weg zum Frieden suchen, wir kommen mit praktischen Vorschlägen; die Neutralen sollen uns helfen, sie ausführen; ein gegenseitiges Entgegenkommen, ein Herabschrauben der Ansprüche hüben und drüben soll den Frieden bringen."

Den Frieden! — Einen Waffenstillstand meint Ihr? Ihr alle wisst ja, dass es nur ein Waffenstillstand, eine Erholungspause sein kann, denn ein jeder wird über kurz oder lang finden, dass er doch übervorteilt wurde, dass nach all der Anstrengung wenig oder nichts gewonnen ist; eine neue Generation mit neuen Kriegsparteien wird aufwachsen und die Menschenschlächterei mit Dankgebeten und Opfern wird wieder nach der Kunstpause mit erneuten Kräften losgehen. All dies, solange dem verderblichen Krankheitserreger nicht kräftig zu Leibe gegangen worden ist, so lange mit der Erkenntnis, dass es „andere", dem Gesamtorganismus fremde, feindliche Nationen überhaupt nicht gibt, sich nicht auch der wahre, reale Wille zum Frieden eingestellt hat.

Der Weg zum Frieden führt nur über den Willen zum

Frieden und dieser kommt nur mit der richtigen psychologischen Einstellung.

Der Wille zum Frieden muss daher stärker sein als alles andere. Ihm gegenüber muss es als sekundär erscheinen, ob Deutschland Belgien behält oder nicht, ob die Freiheit der Meere existiert oder nicht, ob irgend ein Landstrich unter der Kontrolle des einen oder des andern Staates steht. Wir sind nicht so blind oder so weltfremd und utopistisch, diese Dinge für nicht wichtig zu halten, — natürlich sind sie sehr wichtig, aber sie sind sekundär; sie sind Folgeerscheinungen, sie sind das Ziel des Weges, nicht der Weg selbst. Sie sind Symptome der Gesundheit, ebenso wie der Kampf, das wütende Bestehen auf dem Recht der einzelnen, das Verlangen nach Vorherrschaft, das Streben nach Unterdrückung, ja Unfähigmachung der Andern, Symptome der Krankheit sind. Symptome der Gesundung aber ergeben sich von selbst, wenn die Krankheitserreger dezimiert sind.

Woher soll aber jenes Gegengift gegen den Patriotitisbazillus, jene richtige psychologische Einstellung kommen? Woher sollen wir jenen Willen zum Frieden nehmen, welcher auf der bis zum Einheitsgefühl gehenden Erkenntnis beruht, dass ein verständnisvolles Zusammengehen die einzige Basis bildet, auf welcher über die praktischen Details der Arbeitsteilung in einer Staatensymbiose beraten werden kann; denn Arbeitsteilung würde auch Gebietsverteilung oder Machtverteilung zu Wasser und zu Lande bedeuten. Was nützt es, den von der Kriegsneurose Ergriffenen zu predigen: „Werdet vernünftig, dann kommt ihr zur Erkenntnis?“

Viele haben, natürlich nur innerhalb der Grenzen, in denen man ihnen erlaubt, den Mund aufzutun (diese Grenzen sind in England viel weiter als in Deutschland), versucht, in Rede und Schrift die Wege zu bahnen, die zur Erkenntnis führen und die uns aus diesem Chaos erlösen könnten. Aber viel geholfen hat es bis jetzt nicht, die Stimmen waren schwach und sind verhallt, vielleicht

liessen sie hier und da ein kleines Echo zurück, aber was ist das gegen das Dröhnen der Kanonen?

Doch eine andere Macht gibt es, die allmählich, leider nur ganz allmählich, der von der Patriotitis geschlagenen Menschheit die Augen öffnen wird, diese Macht ist die Not, die furchtbare, gemeinsame, krasse Not. Sie führt mit einem langen Umwege über Hass, Leid, Mitleid zum Verständnis. Sie zwingt die Ringenden Brust an Brust, Auge in Auge, Herz an Herz. Am eigenen Elend zeigt sie das Elend der „andern", die keine „andern" sind, sondern Geist von einem Geist und Fleisch von einem Fleisch und deren Wohlbefinden eng mit dem unsrigen verknüpft ist, deren Glück, Freude, Macht und Ansehen mit dem unsern steht und fällt und mit denen uns daher ein einziges Band der Interessen verbindet. Es ist ein langer Weg, auf dem die Majorität zu dieser Erkenntnis kommen wird, ein blutiger, dicht am Abgrund vorbeiführender Weg, am Abgrund, in dem nicht nur der einzelne Staat, sondern die ganze Menschheit zu zerschellen droht, aber wenn wir sie erreichen, diese Erkenntnis, ehe es zu spät ist, dann war der Weg nicht umsonst begangen, und wenn die Majorität diese Erkenntnis einmal erfasst hat, so hilft kein Sträuben, so helfen keine donnernden Gegenbefehle, dann muss die Minorität mit: biegen oder brechen muss sie zu ihrem eigenen Heil.

Dann haben wir die psychologische Einstellung auf den Willen zum Frieden, dann sind wir auf dem sichern, geraden Weg; dann werden alle Detailfragen sich wie von selbst lösen, so wie das Fieber und der Kopfschmerz schwindet, wenn der Kranke geheilt ist. Bei der Gesundung der Menschheit von dieser fürchterlichen, selbstmörderischen Verirrung werden auch die Symptome der Gesundung sich von selbst ergeben.

Wir geraten jedoch nicht in den utopistischen Fehler, zu glauben, dass schon dadurch ein ewiger Frieden für alle Zeiten gesichert werden könnte, dass sich nun die einzelnen Staatenorganismen zu einem einzigen, unteilbaren, grossen Organismus zusammenschlössen, etwa wie im

Korallenstock die einzelnen Korallentierchen; denn ebenso wie wir auch nicht, wenn wir die Krankheitserreger entdeckt und das abtötende Serum gefunden haben, mit einemmal die Krankheit ohne Rückfälle vom Erdboden verschwinden lassen und ausrotten können, ebenso wird der Krieg nicht mit einem Male zu tilgen sein. Rückfälle werden noch kommen, aber ebenso wie die ansteckenden Krankheiten seltener und seltener und weniger verheerend werden, werden auch die blutigen Kämpfe nicht mehr so allgemein sein; denn die Majorität wird von der — durch so furchtbare Erfahrungen errungenen — Erkenntnis nicht mehr ganz abzubringen sein.

Der Zusammenschluss der Staaten wird nicht für die ganze Erde zugleich geschehen, ebensowenig wie die psychologische Einstellung zum Willen zum Frieden. Ich denke mir, dass diese Einstellung sich gleichsam in geistigen Radien ausbreiten wird. Zunächst ergreift sie die Verwandtesten, daher am Kriege am meisten Beteiligten (denn Liebe gebiert nicht nur Hass — der Hass kann sich auch wieder in Liebe rückverwandeln), dann wiederum die Nächsten und so fort, bis die immer kleiner werdende Minderheit und die dem Interessenzirkel anscheinend am fernsten Stehenden auch nachkommen müssen.

So wird die durch die bittere Not hervorgerufene psychologische Einstellung, die, obwohl sie an und für sich die natürliche gewesen wäre, durch komplizierte pathologische Vorstellungen verdrängt war, zum tiefinnersten Willen zum Frieden, zu immer grössern und engern Staatenbündnissen führen. Sie bedeutet nicht den ewigen Frieden, aber sie ist der einzige sichere Weg dahin.

Zur Autonomie Elsass-Lothringens.

Von HERM. FERNAU.

Es bedarf kaum einer Begründuug und muss doch immer wieder in Erinnerung gerufen werden: Der heut tobende Weltkrieg ist letzten Endes aus jenem deutsch-französischen Gegen-

satz entstanden, der seit 1871 der heimliche Krankheitsherd der europäischen Politik gewesen ist.

Deutschland suchte dem besiegten Frankreich gegenüber eine Sicherheit gegen neue Kriege. Die deutschen „Militärs" und Professoren von damals sahen — ganz wie diejenigen von ihnen, welche heute die Annexion Belgiens verlangen — diese Sicherheit in der Annexion Elsass-Lothringens. Aber schon wenige Jahre später wurde uns („uns", das heisst den deutschen Demokraten, Pazifisten und Sozialisten) klar, dass diese Annexion dem neuen Deutschen Reiche nicht nur keine Sicherheiten, sondern beständige neue Sorgen bringen würde. Denn um die durch diese Annexion verschärften französischen Revanchegelüste zu entmutigen, musste Deutschland nicht nur zu fortwährenden Armeeverstärkungen schreiten, sondern Bismarck hielt es auch für angezeigt, 1882 den Dreibund zu bilden. Die Franzosen sahen in diesem Zusammenschluss von drei europäischen Grossmächten gegen ihr isoliert gebliebenes, besiegtes Land eine Drohung, der sie — wohlgemerkt erst zehn Jahre später — mit dem französisch-russischen Bündnis und — zwanzig Jahre später — mit der französisch-englischen Verständigung antworteten.

So wurde die Annexion Elsass-Lothringens eine Ursache für die europäische Mächtegruppierung in Dreibund und Drei-Verständigung. Und dieses auf Misstrauen und Furchteinflössung beruhende System von Allianzen und Verständigungen wiederum war schuld daran, dass heute alle an ihm beteiligten Mächte auf Grund eines Streites Krieg miteinander führen, der eigentlich nur zwei von ihnen, Österreich und Russland, näher angeht. Hätte Deutschland 1871 Elsass-Lothringen nicht annektiert, dann wäre alles anders gekommen: Die durch diese Annexion bedingte Bündnispolitik, die wiederum die Riesenrüstungen der letzten Jahrzehnte hervorrief, wäre uns erspart geblieben, Österreich hätte, des deutschen Beistandes beraubt, in der unterwürfigen Antwort Serbiens Genugtuung gefunden (denn sie war ein diplomatischer Erfolg ersten Ranges für die Doppelmonarchie) und der Weltkrieg wäre nicht ausgebrochen; im schlimmsten Falle wäre er auf zwei oder drei Staaten beschränkt geblieben. Wer daran zweifelt, der lasse sich durch das deutsche Weissbuch belehren: „Wir waren uns hierbei wohl bewusst, dass ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Russland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in den Krieg verwickeln könnte" heisst es dort in dem einleitenden Schriftstück. Es war also nur die „Bundespflicht", die Deutschland veranlasste, entscheidend einzugreifen und Russland den Krieg zu erklären. Für Frankreich gilt in bezug auf Russland das gleiche.

Diese Erkenntnis, dass nämlich Elsass-Lothringen das Eitergeschwür war, ohne dessen gründliche Operation der Frieden beständig bedroht blieb, ist seit zwanzig Jahren ein Gemeinplatz geworden. Auf wie vielen deutsch-französischen Kongressen und Versammlungen hat man nicht betont, dass eine deutsch-französische Annäherung dem Übel des Wettrüstens und der damit bedingten Gefahr eines drohenden Weltkrieges abhelfen würde? Wie viele Liguen, Verbände und Komitees sind nicht gegründet, wie viele Bücher, Zeitschriften und Aufrufe sind nicht veröffentlicht worden, um diese Erkenntnis in ganz Europa populär zu machen?

Wie kam es, dass alle diese Arbeiten keine Früchte trugen? Wie war es möglich, dass alle Welt eine so klare Kenntnis des Krankheitsbazillus besass und dass man doch nicht imstande war, ihn zeitig genug zu entfernen, um die Katastrophe zu vermeiden? Von der richtigen und gründlichen Beantwortung dieser Frage wird die Vermeidung künftiger Irrtümer abhängen.

* * *

Zunächst muss beachtet werden, dass bei dem elsass-lothringischen Problem, das durch die Annexion von 1871 geschaffen wurde, zwei grundverschiedene Welt- und Rechtsauffassungen aufeinander platzten. Der Franzose huldigt seit der grossen Revolution der Idee, dass die Völker das unbedingte Recht haben müssen, frei über sich selbst zu verfügen, dass also die „Eroberung" eines Volkes durch Waffengewalt ein Verbrechen wider die Völkerrechte ist. Wenn man ihm entgegenhält, dass er seit der Proklamation dieses Prinzips ja selbst die Tunesen, Indochinesen, Sudanneger und Marokkaner „erobert" hat, ohne sie vorher um ihre Meinung zu befragen, dann präzisiert er seine Idee dahin, dass sie nur für weisse, einander gleichberechtigte Völker gelten könne und dass der zivilisierte Europäer sich natürlich nicht dem Veto unzivilisierter Völker unterwerfen könne. Savoyen und Nizza wurden 1859 auf Grund einer Volksabstimmung französisch, desgleichen Venetien italienisch. Von der Aufteilung Polens aber bis zur Annexion Bosniens 1908 durch Österreich waren nach der französischen Auffassung alle gewaltsamen Besitzergreifungen in Europa Vergehen gegen das souveräne Selbstbestimmungsrecht der Völker, die den Keim neuer Vergehen und Konflikte in sich tragen mussten.

Folglich war die Annexion Elsass-Lothringens, nachdem die Abgeordneten dieses Landes feierlich dagegen protestiert hatten, mit französischen Augen gesehen, nicht nur eine Demütigung Frankreichs, sondern auch ein Verbrechen an der

elsass-lothringischen Bevölkerung, der man wider ihren Willen eine neue Nationalität aufzwang. — Wer einen demokratisch gesinnten Franzosen nach der Grundidee der „Revanche“-lust fragt, wird die Antwort erhalten, dass es sich dabei durchaus nicht nur um die gewaltsame Zurücknahme eines entrungenen Besitztums handelt, sondern noch viel mehr um den Wunsch, die mit der Annexion Elsass-Lothringens beleidigten Völkerrechte wieder zur Anerkennung zu bringen. Wir hatten kein Recht, Elsass-Lothringen abzutreten, sagen die Franzosen, denn es gehörte nicht uns, sondern den Elsass-Lothringern. Nur unter der Drohung der Waffengewalt haben wir, gegen den Willen der Bewohner (der allein oberster Richter sein muss) in diese Abtretung gewilligt. Das durch Waffengewalt geschaffene Recht aber kann nicht bindend sein; im demokratisch-republikanischen Staatswesen steht das souveräne Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung höher. — Diese Logik der Franzosen macht es uns auch begreiflich, warum heute die französischen Sozialisten von einer „Zurücknahme“ Elsass-Lothringens sprechen, wobei sie sich energisch gegen die Idee verwahren, dass dies eine Eroberung sei. „Weil Elsass-Lothringen wieder französisch werden will, darum gehört es zu uns.“*)

Ganz anders die deutsche Auffassung: Die Entwicklung der deutschen Staats- und Rechtsidee ist von keiner Revolution beeinflusst worden. In Deutschland hat allein die Tradition, das historische oder dynastische Recht bestimmend eingewirkt. Durch Eroberungen und Annexionen entstanden, hat Preussen in seiner Aussenpolitik niemals ein anderes Recht als das der Eroberung anerkannt. Von Brandenburg ausgehend, eroberte und germanisierte es nach und nach Ost- und Westpreussen, Pommern, Schlesien, die Rheinlande, Posen und Schleswig-Holstein, bis es mit den Siegen von 1866 die Führerschaft über die deutschen Stämme an sich riss und 1871 auch seine politische Hegemonie über sie verwirklichte. Begriffe wie Völkerrechte, Volkssouveränität, Selbstbestimmung und dergleichen sind darum von preussischen Regierungen höchstens auf dem Papier (und auch da noch mit grosser Vorsicht) entwickelt worden. Auf sein gutes Schwert gestützt, proklamierte Bismarck, 70 Jahre nach der grossen Revolution, dass Recht

*) Freilich ist dies, wie gesagt, nur der Standpunkt der Sozialisten; wogegen seit Kriegsausbruch die Kammermehrheit die Zurückeroberung Elsass-Lothringens ohne Befragung der Einwohner verlangt. Doch hätte sich vor dem Kriege wahrscheinlich die Mehrheit in Frankreich damit abgefunden, den Urteilsspruch eines freien Plebiszits als entscheidend für das fernere Schicksal des Landes gelten zu lassen.

Die Redaktion.

nichts als umgesetzte Gewalt sei, und dass der Starke auf nichts Rücksicht zu nehmen brauche. Elsass-Lothringen war mit der Schneide des Schwertes erobert worden. Eine ganze Armee von deutschen Professoren hatte bewiesen, dass das Elsass durch Sprache, Sitten und geschichtliche Entwicklung ein deutsches Land sei (von Lothringen sprachen sie weniger) und dass man folglich undiskutierbare historische Rechte auf dieses Land besitze. Man hätte den für wahnsinnig erklärt, der es gewagt hätte, darauf hinzuweisen, dass man im 19. Jahrhundert nicht mehr dieselbe Eroberungspolitik treiben dürfe wie im „ancien régime". Bebel und Liebknecht bezahlten diese Kühnheit bekanntlich mit zwei Jahren Gefängnis.

Darüber gingen 44 Jahre ins Land. Trotzdem alle Welt fühlte, dass hier die heimliche Ursache für die beginnende Aera der Riesenrüstungen sei, konnte und durfte niemand davon sprechen. Man hoffte auf die Heilwirkungen der Zeit und einen Augenblick schien es auch, als könne sich das Geschwür von selbst lösen. Bismarck hatte Elsass-Lothringen eine Verfassung versprochen, Wilhelm II. hatte dieses Versprechen wiederholt und war sogar bis zur Schaffung einer Art von elsass-lothringischem Landtag gegangen. Das Übel war aber, dass dieser Landtag keine Rechte besass, dass die Elsass-Lothringer nach wie vor als Unterdeutsche behandelt wurden, dass den „Reichslanden" also die Würde und Selbständigkeit eines deutschen Bundesstaates vorenthalten blieb.

Durch das militärische und industrielle Wachstum Deutschlands eingeschüchtert, hatten viele vernünftige Köpfe in Frankreich seit langem auf die Idee einer gewaltsamen Zurücknahme der verlorenen Provinzen verzichtet. Seit der Dreyfusaffäre hatte die Revancheidee zeitweilig nur noch ein Schattendasein in den — manchmal freilich geräuschvollen — nationalistischen Zirkeln und Revuen geführt.

Aber Verzichtleistung auf die Revancheidee war dem französischen Volke nicht gleichbedeutend mit Aussöhnung. Die deutsch-französische Spannung blieb bestehen. Frankreich grollte und hoffte. Es grollte der deutschen Regierung auch deshalb, weil sie die annektierten Provinzen selbst noch nach 30 Jahren unter einem Ausnahmeregime liess, statt ihnen eine Autonomie zu bewilligen, wie es die Engländer sogar mit den Buren kaum zwei Jahre nach deren Unterjochung getan hatten. Es hoffte, dass früher oder später etwas in diesem Sinne geschehen würde, dass dann der Groll im französischen Volke allmählich schwinden und damit die Möglichkeit zu einer Annäherung geboten werden würde. Denn kein Land litt so sehr unter der immer wachsenden Rüstungslast wie

das geburtenarme Frankreich. Niemand sah die Zwecklosigkeit und Gefährlichkeit der Riesenrüstungen mehr ein und wünschte sehnlicher von diesem Alpdruck loszukommen als Leute wie Jaurès, Millerand (der ersten Periode), Combes, Briand, Viviani, Caillaux und andere, die seit 15 Jahren bestimmend auf die Geschicke der Republik eingewirkt haben. Seitdem die Republik von Demokraten regiert wird, hat sie übrigens das Menschenmögliche getan, um jedem Konflikt mit Deutschland auszuweichen. Die Haltung, die Deutschland und das deutsche Volk in diesem Kriege gegen Frankreich einnimmt, ist eine stumme Anerkennung dieser Tatsache. Nicht nur, dass man den Franzosen keine Schuld an dem gegenwärtigen Kriege vorwirft, man weiss und fühlt in Deutschland auch, dass es ein grosses Glück gewesen wäre und vielleicht nur einer einzigen grossen Konzession bedurft hätte, um die Franzosen heute zu Freunden statt zu Feinden zu haben.

Um die fortdauernde Empfindlichkeit in Sachen Elsass-Lothringens zu beruhigen, hätte man den Reichslanden die Selbstverwaltung bewilligen und sie in jedem Sinne als ebenbürtigen deutschen Bundesstaat behandeln müssen. Damit hätte man vielen nationalistischen Schreihälsen in Frankreich den Mund gestopft und jene Leute, die in Frankreich für eine deutsch-französische Annäherung eintraten (sie waren, wie uns die parlamentarische Verständigungskonferenz in Bern im Mai 1913 bewies, erstaunlich zahlreich) hätten Oberwasser bekommen; es wäre ihnen vielleicht gelungen, die öffentliche Meinung Frankreichs für ihre Ziele zu gewinnen.

Eine deutsch-französische Annäherung war also möglich, ohne in eine von vornherein aussichtslose Diskussion über das durch die Annexion Elsass-Lothringens aufgeworfene Rechtsproblem zu treten. Das muss heute abermals mit allem Nachdruck festgestellt werden. Die deutsche Regierung hat es nicht gewollt.

Das Ausnahmeregime für Elsass-Lothringen blieb mit verstärkter Wirkung in Kraft. Der deutsch-französische Gegensatz blieb daher trotz aller Bemühungen der Pazifisten bestehen, und die deutschen Imperialisten schienen ihre heimliche Freude daran zu haben. Lebten sie doch in der Einbildung, Frankreich sei ein dekadentes, zur Verteidigung ganz unfähiges Land, das man eigentlich überhaupt nicht mehr als Grossmacht behandeln könne und dem man in dem kommenden Kriege im Handumdrehen den Garaus machen würde. Man lese nur, was die deutschen Gelehrten und Militärschriftsteller nach Art der Mommsen, Treitschke, Woltmann, Reimer, Chamberlain,

Schiemann, Lamprecht, Bernhardi usw. über Frankreich geäussert haben.

So entstand und festigte sich die Idee in Deutschland, dass es eine „Demütigung" oder „Schwäche" sei, wenn man mit den Nachbarn über die Möglichkeit rede, Frieden zu halten. So erklärt es sich, dass die Anregungen des Zaren zwecks Gründung eines internationalen Schiedsgerichts im Haag von Deutschland aus ebenso abgewiesen wurden wie die zahlreichen Vorschläge der englischen Regierung, mit dem Flottenbau wenigstens eine Zeitlang zu pausieren. Den von der französischen Seite ausgehenden diskreten Anregungen, über die elsass-lothringische Frage zu sprechen, erging es womöglich noch schlimmer. Wollte man dem umzingelten Deutschland nicht eine Falle stellen, es in Sorglosigkeit einlullen und entwaffnen, um es nachher um so sicherer besiegen zu können?

Doch dies war nicht der einzige Grund für die Ablehnung der Verständigungsidee. Die — oft schon halb offiziösen — französischen Anregungen, die, nochmals sei es wiederholt, auf ein Autonomieverlangen für Elsass-Lothringen hinausliefen und im übrigen weitgehende französische Gegenkonzessionen kolonialer oder finanzieller Art in Aussicht stellten, wurden von den deutschen Regierenden namentlich auch aus innerpolitischen Gründen zurückgewiesen. Aus Elsass-Lothringen einen sich selbst regierenden deutschen Bundesstaat mit allgemeinem, gleichem Wahlrecht, Ministerverantwortlichkeit vor dem Parlament und eigener Polizeiverwaltung machen, wäre entschieden ein schlechtes Beispiel für das übrige Deutschland gewesen, wo diese Rechte und Freiheiten bekanntlich nicht existieren. Eine mehr oder weniger republikanische Verfassung für die Reichslande hätte wie eine beständige Aufforderung zur politischen Emanzipation an das übrige Deutschland gewirkt. Und das war es, was die Junker unter gar keinen Umständen zugeben konnten. Es wäre der Anfang vom Ende der Junkerherrlichkeit gewesen.

Und hier berühren wir die heimliche Ursache für den Fortbestand einer 40jährigen Feindschaft zwischen zwei Nachbarn (Frankreich und Deutschland) mit dem Finger. So sehr wir auch aus den Handlungen und Reden Wilhelms II. entnehmen können, dass er persönlich wahrscheinlich gern eine Einigung mit Frankreich gesehen hätte (bei jeder Gelegenheit sandte er Beileidstelegramme nach Frankreich, hatte liebenswürdige Unterhaltungen mit französischen Diplomaten, zeichnete französische Künstler aus usw.), so wenig besass er andererseits die Macht, diese Einigung in der für Frankreich allein annehmbaren Weise in die Wege zu leiten. Denn die Junker wachten.

Das gesamte deutsche Volk wusste und fühlte zwar, dass ein magerer Ausgleich (Autonomie der Reichslande gegen ein Stück französischen Kolonialbesitzes, Zulassung deutscher Werte zur Pariser Börse usw.) auf alle Fälle besser gewesen wäre als der heutige fette Kriegsprozess. Aber die regierende Kaste Preussens wollte es nicht zulassen. Die blosse Idee eines solchen Vergleichs galt darum in Preussen als Landesverrat und jeder moderne Völkerverständigungsgedanke wurde im Namen der Prinzipien, mit denen Preussen gross geworden ist, energisch abgelehnt. So wie die Junker sich nach innen hin trotz der vier Millionen Sozialdemokraten nicht ein Jota ihrer Feudalprivilegien entreissen liessen, so stützten sie sich nach aussen hin nach wie vor nur auf ihr gutes Schwert, getreu dem Bismarckschen Grundsatz: Mögen sie uns auch hassen, wenn sie uns nur fürchten!

Und die preussisch-junkerliche Maxime für die deutsche Politik hat durch ihre Anwendung auf Elsass-Lothringen zum Ausbruch der heutigen grässlichen Weltkatastrophe zweifellos beigetragen.

* * *

Was folgt aus alledem? Erstens, dass die Annexion Elsass-Lothringens am Ursprung des heutigen Krieges steht; zweitens, dass der Zankapfel Elsass-Lothringen mit dem jetzigen Kriege beseitigt werden sollte, aber n u r d a n n beseitigt werden kann, wenn Deutschlands Regierung demokratisiert wird.

Es muss betont werden, dass die endgültige Liquidation der elsass-lothringischen Frage wichtiger ist als alle Balkan- und Orientprobleme zusammengenommen. Denn sobald einmal aus dem deutsch-französischen Gegensatz eine ehrlich-friedliche Nachbarschaft und — wer weiss — mit den Jahren vielleicht gar eine Freundschaft geworden wäre, würden die beiden Nationen so mächtig sein, dass allen Ruhestörern im Balkan und sonstwo auf immer die Lust vergehen dürfte, ihre Sonderwünsche bis zur Entstehung kriegerischer Konflikte zu treiben.

Resümierend kann man also sagen, dass eine Grundbedingung für ein friedliches Europa in der Demokratisierung Deutschlands und der damit möglich werdenden deutsch-französischen Annäherung liegt.

Ein Prüfstein aber für die Ehrlichkeit des demokratischen Geistes in Deutschland wird immer die Behandlung Elsass-Lothringens sein. In diesem Sinne ist es tief bedauerlich, dass die deutsche Sozialdemokratie in der historischen Reichtagssitzung vom 9. Dezember 1915 nicht mit derselben Energie,

mit der sie den Gedanken der Abtretung Elsass-Lothringens zurückwies, auch die Notwendigkeit der Autonomie für dieses unter Frankreichs Herrschaft an die Freiheit gewöhnte Land, aussprach. Ein solcher Zusatz hätte den Gegnern Deutschlands bewiesen, dass die fortschrittlichen deutschen Elemente ehrlich gewillt sind, an der Demokratisierung der deutschen Politik nach innen und aussen zu arbeiten, weil sie in ihr eine der sichersten Friedensgarantien erblicken. Eine wirklich freie Verfassung für Elsass-Lothringen sollte hier den Anfang machen,

Wenn der grässliche Weltkrieg von heute so oder so diese Demokratisierung Deutschlands zur Folge haben könnte, dann wird er nicht umsonst gewesen sein.

Anm. Unserer Überzeugung getreu, dass der Krieg am besten bekämpft wird, wenn die Bewohner der kriegführenden Länder in ihrem eigenen Lager die Verfehlungen und Irrtümer aufzudecken suchen, geben wir dieser Stimme eines Deutschen gerne Gehör. Sollte es möglich sein in der Frage Elsass-Lothringen zu einer beiden Teilen annehmbaren Einigung zu gelangen, so wäre ein grosser Schritt im Sinne des Friedens geschehen.

Die Redaktion.



Französische Frauen und der Frieden.

Ein Heftchen wird uns zugesendet, in welchem französische Frauen vom „Internationalen Komitee für einen Dauerfrieden“ *) es als ihre dringendste Pflicht bezeichnen, allen Friedensstimmen Gehör zu geben. Mit kluger Sachlichkeit und scharfer Präzision sind die Gedanken gegeben. Kein Name ist gezeichnet. Wir wissen nicht, wie viele oder wie wenige Frauen hinter dieser Kundgebung stehen. Wir wünschten, es wären Zehntausende, Millionen, aus allen Ländern stünden sie auf, um sich die Hände zu reichen. Die Frauen könnten es, ohne dem Lande den Schein der Schwäche zuzuziehen. Wir bringen im Auszug den Inhalt der Schrift:

Niemals hat es einen Krieg gegeben, der mit diesem verglichen werden könnte. Nicht blosse Heere, sondern ganze Völker kämpfen gegen einander, von denen jedes einzelne weiss, dass es für die heiligsten Güter, für das Recht, für seine Existenz kämpft. Beispiellos ist in der Geschichte ein solch unerhörter Kraftaufwand, der zu keinem Resultat führt. Nach so langer Kriegführung sind alle Völker siegreich, denn sie sind alle unbesiegbar.

*) Section Française du Comité International des femmes pour la Paix permanente, 32, rue Fondary, Paris.

Was will nun Frankreich wirklich erreichen? Eroberungen machen zu wollen liegt uns ferne.

Will man Deutschland zerschmettern? Denkt man daran, hundert Millionen Menschen zu vernichten, um ihnen einen fremden Willen aufzuzwingen? Will man den Gegner erschöpfen? Selbst die fanatischesten Anhänger des Krieges haben den Gedanken an eine Zerschmetterung des Feindes aufgegeben. Die Befreiung der unterdrückten Völker würde sich viel sicherer auf dem langsamen und friedlichen Wege einer Demokratisierung Europas vollziehen. Ein dauernder Friede kann durch den ernsten Willen der Nationen besser gefördert werden, als durch Gewalt der Waffen.

Und soll man den Krieg aus ökonomischen Gründen bis zum Ende führen? Wird denn die Frage des wirtschaftlichen Übergewichts auf dem Schlachtfeld entschieden? Oder will man gar für eine Kriegsentschädigung weiter kämpfen? Es ist diese Aussicht bei den Massen sehr beliebt, bei unsern Feinden ebenso wie bei uns. Nun belaufen sich die Kriegskosten und -Schäden nach 12 monatlichem Kampfe für uns und unsere Verbündeten auf etwa 100 Milliarden. Wenn jemals ein Volk eine solche Summe aufbringen könnte, wer wäre stark genug, es während 30, 40, 50 Jahren zu diesen Zahlungen zu zwingen?

Die französische Abteilung der Frauenliga für einen Dauerfrieden hat deshalb den Mitgliedern des Senates und der Kammer folgende Forderungen unterbreitet:

„Wir, Frauen Frankreichs, erklären zunächst ausdrücklich, dass wir jeden Frieden ablehnen, welcher unmittelbar oder mittelbar die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit, sowie die territoriale Integrität Frankreichs oder Belgiens verletzen würde.

Doch mit Hinblick auf die Schwerfälligkeit und die Fehler, welche die geheime Diplomatie sich hat zuschulden kommen lassen, sowie auf die Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle sprechen wir den Wunsch aus

1. *Dass die verbündeten Regierungen ihre Friedensbedingungen formulieren und veröffentlichen;*
2. *Dass diese Regierungen nicht von vorneherein Friedensvorschläge zurückweisen, von wem immer sie kommen mögen;*
3. *Dass die französische Regierung derartige Vorschläge der Abstimmung der Kammer und damit der öffentlichen Meinung unterwerfe . . . .*

Wenn dies geschähe, würde die Energie der Kämpfenden nicht herabgemindert werden, aber die Möglichkeit einer ruhigen, friedlichen Verständigung könnte ihre Auferstehung feiern, und wir hätten den Ausblick auf eine erlösende Hoffnung vor uns.

□□□

Kriegshärten, Kriegserfolg, Kriegsabkürzung.

Von Prof. Dr. LEO STRISOWER, Wien.

Besonders harte Massregeln, wie sie Kriegführende gegen Personen und Sachen anwenden, werden gerne damit gerechtfertigt, dass sie die Kriege abkürzen. Diese Argumentation, im Munde eines Kriegführenden, braucht durchaus nicht den heuchlerischen Sinn zu haben, dass er sich mit solchen Härten ein Verdienst um die Allgemeinheit vindiziert; bestenfalls würde die Abkürzung des Krieges nur bedeuten, dass er damit die Übel vermindert, die er der Welt zufügt; er könnte den Krieg am einfachsten dadurch abkürzen, dass er nachgibt. Aber auch abgesehen davon beruht die Argumentation in dieser Form auf einer Unterstellung. Wir sehen gerade im gegenwärtigen Kriege, wie Kriegführende es lieben, ihren Sieg als das unter allen Umständen Selbstverständliche hinzustellen, und der Beschleunigung, Abkürzung, soll dieser oder jener Vorgang dienen. Nun ist es ja richtig, dass sich, wenn die eine der Parteien sicher siegen muss und das Übermass von Härten, das sie anzuwenden in der Lage ist, die Niederringung des Gegners befördert, eine Abkürzung des Krieges daraus ergibt. Aber eine einfache Erwägung lehrt andererseits, dass die Anwendung solcher besonderer, den Erfolg fördernder Härten seitens desjenigen Kriegführenden, der abgesehen davon der schwächere ist, umgekehrt den Sieg seines Gegners in Frage stellt und daher wahrscheinlich den Krieg verlängert. Die Argumentation aus der Abkürzung des Krieges ist also in ihrer Allgemeinheit, und insbesondere bei der Unsicherheit der Kriegschancen, erschlichen.

Aber es kommt gar nicht wesentlich darauf an. Man kann von keinem Kriegführenden erwarten, dass die Abkürzung des Krieges sein oberstes Interesse bilde, es

handelt sich in erster Linie um den Erfolg, und der eigentliche Gedanke, der sich immer wieder in der Praxis geltend macht, viel erörtert wird und auch zu jener Argumentation führt, ist der, dass auch besondere Härten der Kriegführung, nämlich solche, welche mit den geltenden humanitären Tendenzen in Widerspruch stehen, den Erfolg zu fördern, die Besiegung des Feindes herbeizuführen geeignet sind. Gegen diese Härten sprechen regelmässig starke sittliche Erwägungen, auch Völkerrecht und Völkersitte, Gewalten von grosser spezifischer Autorität. Aber wir wollen vom Ethos, so hoch seine Bedeutung zu veranschlagen ist, absehen, wie auch die Diskussion der Parteigänger oft (öfter als die Entschliessungen der handelnden Personen) von ihm absieht. Es bleibt zu erwägen, ob und inwiefern wirklich die besonderen Härten zum Erfolge beitragen. Von sonstigen Funktionen, die solche Härten erfüllen mögen, ist hier nicht zu handeln, namentlich nicht von ihrer Anwendung als Repressalie. Sie spielt im gegenwärtigen Kriege eine grosse Rolle; doch ist es keine echte Repressalie mehr, sondern nur ein Vorwand, wenn der Kriegführende bei seiner „Repressalie“ beharrt, obwohl der andere Teil bereit ist, seinerseits die Kriegsmittel, die diese Repressalie vergelten soll, aufzugeben und den normalen Zustand herzustellen.

Anscheinend liegt die Sache ziemlich einfach. Der Kriegführende erreicht sein Kriegsziel mittelst überwiegender Schäden, die er dem Feinde zufügt, regelmässig so, dass er eine doppelte psychologische Wirkung ausübt. Durch die Beschädigung wird die Kraft des Feindes geschwächt, so dass er nicht mehr erwarten kann, dem Kriege eine andere Wendung zu geben, und die Besorgnis vor weiterer Schädigung veranlasst ihn, auf die Vorschläge seines Gegners einzugehen, wenn dieselben für ihn weniger ungünstig sind. Hienach könnte es scheinen, dass jede Handlungsweise, die Schaden und mehr Schaden zufügt, erforderlichenfalls dazu hilft, das Kriegsziel zu erreichen, und dass, weil ein bestimmtes Mass von Schädigung erforderlich ist, die Vermehrung der Schädigung in dem-

selben Zeitraum die Erreichung beschleunigt. Aber zwei Momente kommen namentlich dagegen in Betracht. Schädigungen können unter Umständen, mit Rücksicht auf das Mass von Schädigung, zu dem sie erst hinzutreten, keine Rolle mehr spielen, insbesondere keine psychologische Wirkung mehr ausüben. Auch können Beschädigungen einer gewissen Art nicht bloss, wie dies bei allen Beschädigungen zutrifft, der Grund sein, dass auch der andere Teil das für ihn jetzt geforderte grössere Mass von Schädigung zuzufügen unternimmt, sondern auch, dass er besondere Energie und grössere Kraft zu solcher Schädigung gewinnt.

Das gewöhnliche Objekt der Kriegführung besteht in der Lähmung der feindlichen Staatsgewalt, die sich namentlich durch fortschreitende Besetzung des feindlichen Gebietes vollzieht. Dem feindlichen Staate wird die Kraft entzogen, über Land und Menschen zu Kriegszwecken zu verfügen, und er und sein Volk leiden, indem er in gewissem Umfang aufhört, als Staat zu funktionieren, nach moderner Empfindung so schwer, dass er gedrängt wird, sich zu fügen. Auf dieses letzte Objekt der Kriegführung, auf dieses Kriegsübel als solches, bezieht sich unsere Frage nicht, dieses Vorgehen widerspricht nicht unserer humanitären Anschauung, wird vielmehr als normaler Weg der Kriegführung betrachtet. Die besondern Härten, mit denen wir uns beschäftigen, liegen in schweren Beschädigungen von Menschen und Sachen, die der Kriegführende begeht. Zu jenem letzten Objekt der Kriegführung verhält sich solche Schädigung entweder wie Mittel zum Zweck, die Lähmung der feindlichen Staatsgewalt wird dadurch erreicht; oder sie ist eine Begleiterscheinung jener auf Desorganisation des Staates gerichteten Aktion, der Kriegführende, der die feindliche Staatsgewalt verdrängt, behandelt seinerseits Menschen und Land in besonders harter Weise; oder aber sie wird zu einem selbständigen Objekt der Kriegführung erhoben, durch dessen Verfolgung der Kriegszweck unmittelbar erreicht werden soll.

Greuel für den Kriegszweck als Begleiterscheinungen der Niederringung der feindlichen Staatsgewalt, nicht um sie zu bewirken, sondern auf der Grundlage der bereits in gewissem Umfange durchgeführten Bezwingung, sind wegen ihrer Kleinlichkeit in besonderer Weise anstössig. Sie kommen trotzdem vor, z. B. als Ausschreibung grosser Kontributionen in einem besetzten Gebiet, um das Übel ferneren Widerstandes fühlbarer zu machen; sie werden auch oft aus ähnlichen Gründen vom Pöbel heftig verlangt, wie etwa schlechte Behandlung von Kriegsgefangenen. Die Übel, die da zugefügt werden, sind für die Chancen des Krieges so gut wie gleichgültig und im Vergleich mit dem Übel, zu dem sie hinzutreten, so gering, dass sie als Bedrohung des Gegners kaum Bedeutung besitzen. Nach einem allgemeinen Gesetze wirkt die blosse Verstärkung eines Reizes um so weniger, je intensiver der Reiz war, zu dem sie hinzutritt. Namentlich sind Schmerz und Sorge um entrissene Gebiete und Menschen so gross, dass dem gegenüber die materiellen Übel, die sie erdulden, kaum in Betracht kommen.

Im allgemeinen aber, und auch wo zugefügte Übel wirklich erhebliche Bedeutung für die Schwächung des Gegners und als Drohung besitzen, ist es ein ernstes Rechenexempel, ob nicht die Reaktion, die besondere Härten beim Gegner hervorrufen, schwerer als diese Schädigung wiegt.

Unbestritten kann der militärische Zweck der Niederringung der feindlichen Staatsgewalt durch besondere Härten gefördert werden. Sie können als Mittel einer auf Erreichung dieses Zweckes gerichteten Aktion, also in dem ersten der oben nebeneinandergestellten drei Fälle, wirklich notwendig werden. Zwar bestehen absolute Völkerrechtssätze, die gewisse inhumane Schädigungen verbieten. Viele Völkerrechtssätze verbieten die Schädigung allerdings nur innerhalb der Grenzen militärischer Notwendigkeit, wie wenn im Landkriege die Zulässigkeit der Zerstörung und Wegnahme feindlichen Eigentums oder das Mass der Requisitionen durch die militärische

Notwendigkeit bestimmt wird. Aber es gibt auch absolute Verbote des Kriegsrechts, die sich ohne Rücksicht auf die militärische Notwendigkeit gewissen Schädigungen widersetzen, z. B. der Satz, der die Tötung eines wehrlosen, sich ergebenden Feindes verbietet, oder der verbietet, dass die Bevölkerung eines okkupierten Gebietes zur Teilnahme an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland gezwungen werde. Es ist auch falsch, wenn man die „Kriegsräson" als ein höheres Prinzip im Völkerrecht geltend macht, und die rechtliche Verpflichtung durch solche Rechtssätze in dem Falle der Not (der übrigens oft nicht klar oder nicht gleichmässig aufgefasst wird) passieren lässt. Aber zugegeben bleibt, dass jene rechtlichen Milderungen mitunter der Erreichung des Kriegszwecks Eintrag tun. So könnten wirklich Schandtaten gegen einen als besonders treu bekannten Teil der Bevölkerung andere zum Verrat reizen; so könnte die vielerörterte, ganz ausnahmsweise in früheren Kriegen vorgekommene, entsetzliche Grausamkeit der Niedermetzelung von Kriegsgefangenen, die nicht in sicherer Verwahrung gehalten werden können, unter Umständen für den mehr oder weniger weit gefassten militärischen Zweck notwendig sein. Dasselbe gilt mitunter von solchen Akten, die zwar ohnehin nicht durch Kriegsrecht verboten, also dem Ermessen der Kriegführenden überlassen sind, aber sonstiger Übung oder allgemeinen humanen Tendenzen widersprechen und daher als besondere Härte empfunden werden. Dahin gehört der eigentliche, auf Zerstörung gerichtete Luftkrieg, vornehmlich insoferne er die friedliche Bevölkerung, auch unabsichtlich und bloss faktisch, besonders leicht in Mitliedenschaft zieht. Als in ausgiebiger, allerdings starrer Weise die rechtliche Einschränkung des Luftkrieges versucht wurde, scheiterte sie wesentlich 1907, besonders an französischem Widerstande; das Werfen von Geschossen aus Luftschiffen ist innerhalb der für jede Beschiessung bestehenden Schranken rechtlich zulässig und mag trotz der Bedenken vom militärischen Standpunkte aus vielfach erforderlich sein. Aber bei allen be-

sonderen Härten hätte der Kriegführende, auch von dem rein „realistischen“ Standpunkte aus, folgende Erwägung wohl zu pflegen: Wenn ein besonders hartes Vorgehen eine wirklich entscheidende Bedeutung für die ganze Niederwerfung des Feindes hat, bewährt es in der Tat für den derzeitigen Krieg erfolgreich seinen militärischen Wert. Wenn aber die Kraft des Gegners nicht in hohem Masse unmittelbar geschwächt wird, dann steht seinem militärischen Werte die psychologische Wirkung mächtig gegenüber, die jede besondere Härte nach sich zieht. Sie bringt einen leidenschaftlichen Drang nach Genugtunng hervor, der weit stärker ist, als es dem erlittenen materiellen Schaden entspricht. Sie erweckt dadurch in besonderem Masse neue Energie zum Kampfe, da durch Nachgiebigkeit jenes erhöhte Streben nach Genugtuung aufgegeben würde. Sie führt auch neue Kräfte zum Kampfe heran. Hier, wie in anderer Beziehung, gilt die seit jeher besprochene Erscheinung, dass das, was im Grossen als vollendete Tatsache hingenommen wird, im Kleinen Widerstand erregt.

Für die Besiegung des feindlichen Staates bietet sich ausser dem normalen Wege der Zerstörung der feindlichen Staatsgewalt, auch der direkte Weg der Zerstörung der Elemente des Staates. Es kommt in grösserem oder geringerem Masse, wenn auch entgegen Grundsätzen oder doch Tendenzen des modernen Völkerrechts und als besondere Härte vor, dass die Verletzung und Beseitigung der Menschen, Verwüstung, Vernichtung und sonstige Entziehung von Grund und Boden und beweglichen Sachen nicht bloss als Mittel zur Niederringung der Staatsgewalt und nicht bloss als Verschärfung des Übels bei solcher Niederringung, sondern selbständig als Objekt der Kriegführung behandelt werden. Namentlich gilt dies von der Kriegführung zur See und gerade der gegenwärtige Krieg zeigt merkwürdige und wichtige Situationen dieser Art. Die Wegnahme oder Zerstörung feindlichen Privateigentums bildet nach positivem Recht ein Institut des Seekriegs, das mindestens nach der auf dem europäischen

Kontinente und in Amerika vorwiegenden Auffassung der Natur des modernen Krieges widerspricht, im Namen der auch im Kriege fortbestehenden allgemein menschlichen Lebensgemeinschaft zurückzuweisen ist. Im gegenwärtigen Kriege haben diese Aktionen in der derzeitigen Form des deutschen Unterseebootkrieges gegen Privatschiffe eine noch in anderer Weise harten Charakter erlangt, der aber, als Repressalie, hier nicht in Betracht kommt. Andererseits ist von englischer Seite die Verhinderung der Zufuhr von Waren, die für die feindliche Bevölkerung bestimmt sind, so namentlich von Lebensmitteln und damit die Vernichtung der feindlichen Zivilbevölkerung durch Hunger zu einem selbständigen Objekt der Kriegführung erhoben worden, und zwar in gewissem Masse von vorneherein, in vollem Umfange prinzipiell allerdings auch erst aus dem Titel der Repressalien. Insofern das Abschneiden der Zufuhr von Waren, die für die Zivilbevölkerung bestimmt sind, nur indirekt die Streitkräfte treffen, ihnen die für die Kriegführung notwendigen Sachen mit Sicherheit entziehen will, liegt der früher erörterte Fall vor, wo mit besonders harten, auch völkerrechtswidrigen Mitteln der normale militärische Zweck des Kampfes gegen die Staatsgewalt verfolgt wird. Dieser Gesichtspunkt ist indes, ausser etwa bei den auch für die Zivilbevölkerung unentbehrlichen Waren, wie gerade Lebensmitteln, unter den schwierigsten Verhältnissen, wenig begründet. weil der kriegführende Staat jedenfalls alle vorhandenen Mittel in erster Linie für die Bedürfnisse der Streitkräfte verwenden, das Abschneiden der Zufuhr also in Wahrheit fast nie die Streitkräfte, sondern nur die Zivilbevölkerung treffen wird. Insofern aber die direkte Absicht vorhanden ist, die Zivilbevölkerung zu vernichten oder zu schädigen, handelt es sich um eine selbständige besondere Härte.

Vom Gesichtspunkt des Erfolges aus kommt es auch in diesen Fällen darauf an, ob ein solches Vorgehen eine sehr grosse und daher für den Feind unerträgliche Wirkung auszuüben vermag. Eine wirkliche „Aushungerung" auch der Zivilbevölkerung durch Abschneidung der übersee-

ischen Lebensmittelzufuhr würde gewiss, rein realistisch, eine höchst wertvolle Form der Kriegführung bilden, den Krieg entscheiden. Gewöhnlich scheitert eine umfassende Anwendung aller solche, die Zufuhr betreffenden Härten schon an den Interessen der Neutralen. Im gegenwärtigen Kriege fällt dieses Interesse aus verschiedenen Gründen anscheinend wenig ins Gewicht und es handelt sich hauptsächlich darum, ob die Zentralmächte mit ihren eigenen Vorräten und Erzeugnissen wirtschaften können. Das ist eine Frage der Berechnung, über die sie in den letzten Monaten gewisse beruhigende Erfahrungen gesammelt haben. Misslich ist es dabei jedenfalls, wenn sich ein kriegführender Staat, der diese Kriegsweise anwendet, die Berechnung dadurch färbt, dass er unbegrenzte Dauer der Zeiträume zugrunde legt, wo er den Krieg fortsetzen und die Zufuhr abschneiden will, auf die er daher die Vorräte des Gegners beziehen möchte. Andererseits ist die Bedrängung der ganzen Bevölkerung durch Hunger oder sonstigen Mangel, sobald sie einen ernsten Druck ausübt, besonders geeignet, zu verbittern und zu entflammen und daher, wenn nicht sehr wirksam, so gerade nachteilig. Wenn wirklich die Stimmung in Deutschland und Österreich-Ungarn gegen England jetzt sogar weniger erbittert ist, als zu Anfang des Krieges, so ist daraus wohl nur zu schliessen, dass sich jener Druck bisher nicht sehr fühlbar machte. Auch wäre folgendes zu beachten. Soweit bisher Vernichtungsmittel gegenüber ganzen Bevölkerungen bekannt sind, beruht ihre Wirksamkeit, wie oben bemerkt, darauf, dass das Land keine genügenden Vorräte angesammelt hat, und das ist ein Mangel, der, einmal erkannt, alsbald nach Friedensschluss nachgeholt werden und zu neuen Kriegen führen würde.

Der Kampf gegen das feindliche Privateigentum zur See gehört zwar hieher, hat aber von vorneherein nur kleine Bedeutung. Er mag nach den Verhältnissen der Kriegs- und Handelsflotten der Streitteile etwa das leisten, was sich bisher im gegenwärtigen Kriege äussert, den einen von der See vertreiben, wie dies mit der Handelsschiffahrt der Zentralmächte grossenteils geschehen ist und den an-

deren, wie dies bei England der Fall ist, beträchtliche, unmittelbare Opfer kosten, ohne aber für das ganze Kriegsziel den Ausschlag zu geben. Man erkennt allgemein an, dass kaum je der Ausgang eines Krieges durch die Wegnahme oder Zerstörung des Privateigentums zur See vorzugsweise bestimmt worden ist, aber man behauptet auch, dass diese Massregeln zur Entscheidung beitragen. Die Sachlage ist wohl folgendermassen zu charakterisieren. Bei dem Kampfe gegen das Privateigentum, wo sich die Streitkräfte nicht notwendig treffen, ist es überhaupt nicht immer leicht, festzustellen, welcher Teil den schwereren Schaden erleidet. Insofern dies bei dem einen Kriegführenden zutrifft, ist doch der Schaden gewönlich im Vergleich zu den anderen Schädigungen des Krieges so klein, dass er seine Entschliessungen nicht in erheblichem Masse bestimmen kann. Bei gewissen Lagen der Streitteile und namentlich bei den Verhältnissen eines Inselstaates verschiebt sich allerdings der Sachverhalt. Zwischen Staaten, die durch das Meer getrennt sind, ist, wenn nicht oder sobald nicht mehr Bundesgenossenschaften modifizierend einwirken, der normale Weg der Kriegführung nur in verhältnismässig nicht grossem Umfange oder nur sehr schwer gangbar, sind überhaupt die anwendbaren Formen der Kriegführung meist von geringer Bedeutung, so dass auch der Kampf gegen das Privateigentum zur See verhältnismässig mehr oder weniger in Betracht kommen könnte. So hat man denn in verschiedenen Erörterungen, einerseits im ganzen und grossen überwiegend von englischer Seite, andererseits mitunter auch gerade von kontinentaler Seite gegen England, auf diese Kriegsweise nicht verzichten zu können geglaubt. Aber sie bleibt auch in solchen Fällen an sich wenig wirksam, und ein bedeutenderes Kriegsziel dürfte in einem solchen Kriege mit wenig weitreichenden Kriegsformen überhaupt kaum erreicht werden können.

Wenn aber das erreichbare Kriegsziel unter ein gewisses Mass sinkt, hat der Krieg überhaupt keinen Sinn mehr. Die Kriegführenden gelangen leicht zu dem Punkte, wo

sie ohne irgend einen erheblichen Erfolg zu erreichen, vom Kriege abzustehen haben, wenn sie nicht etwa ihre Differenzen so hoch und schwer einschätzen, dass sie sich mit gigantischen Anstrengungen zur Führung des Krieges in einer anderen Form entschliessen, neben der wieder jene kleinen besonderen Härten keine Rolle mehr spielen.



Ein französischer Lehrer, der als Telephonist im Felde steht, berichtet mir:

„Ich kam eines Tages an einen unterirdischen Posten, der wenige Schritte von dem Stacheldrahtverhau der feindlichen Stellung entfernt war. Zwei Soldaten sprachen ganz leise, aber aufgeregt miteinander. Ich konnte Bruchstücke ihres Gespräches erhaschen: „Töte du ihn" sagte der eine: „Ich habe den Mut nicht dazu, er ist alt, er muss Familie haben", erwiderte der andere. „Nein, tue du es, ich habe nicht das Herz", war die Antwort. – Ich gehe näher und frage die Leute, was sie verhandeln. Sie sagen mir: „Wenige Schritte von uns befindet sich ein Deutscher, der unsern Posten verlassen glaubt, denn er sägt ganz ruhig Holz hinter dem Stacheldrahtzaun. Wir könnten ihn leicht erschiessen; aber wir finden den Mut nicht ..., er ist Familienvater. „Aber", sagte ich ihnen, „Ihr müsst Euch klar machen, dass wenn Ihr ihn heute nicht tötet, er vielleicht morgen schon Euch töten wird". – „Es ist wahr", antworten sie, „aber wir können uns nicht dazu entschliessen, wir würden uns wie Mörder vorkommen; tun Sie es doch." Ich machte mich fertig, legte an, und sah den feindlichen Soldaten, der ganz in seiner friedlichen Beschäftigung aufzugehen schien. Nach einigen Sekunden stand ich wieder auf: „Es hilft alles nichts, ich finde den Mut auch nicht". Und so fuhren wir fort, aus unserm sichern Versteck den Deutschen zu beobachten, der sein Holz ahnungslos zusammenlas, und dann in seinem unterirdischen Graben verschwand, ohne zu wissen, dass sein Leben während einiger Minuten an einem Faden gehangen hatte".

R. Hercod.



Epikur und der Krieg. I 469

Von Prof. Dr. FRANZ BRENTANO.

Die „Internationale Rundschau“ hat unter dem gleichen Titel kürzlich einen Artikel gebracht, der insofern meinen vollen Beifall findet, als er betont, dass auch vom Standpunkt des extremsten Egoismus Kriegsgelüste unter keinen Umständen gebilligt werden können. Der Verfasser erkennt auch mit Klarheit die Absurdität derjenigen, welche den Staat gegenüber dem einzelnen, als ein höheres Lebewesen, für dessen glückliches Gedeihen die niederen ihr Gut und Blut hinzugeben haben, betrachtet wissen wollen, und welche deshalb auch behaupten, es sei als ein minderes Übel anzusehen, wenn ein ganzes Volk seines Glückes beraubt und den unsäglichsten Leiden preisgegeben wird, als wenn der Staat sich nicht in voller Macht erhalte, ja, aufhöre, dieselbe des weiteren noch zu vermehren. In diesem heute nur allzusehr verbreiteten Wahn liegt eine der seltsamsten Verkehrungen der Ordnung von Mittel und Zweck, da ja gewiss nicht der Mensch wegen des Staates, sondern der Staat wegen der Menschen da ist, indem jener sich gar nicht als etwas in sich selbst Gutes, sondern nur als etwas Nützliches darstellt. Ein Patriotismus, der so weit geht, dies zu verkennen, kann nicht als Tugend bewundert werden; wir müssen ihn vielmehr geradezu als eine moralische Verirrung verdammen, ähnlich dem Verhalten eines Geizhalzes, welcher der Ansammlung von Reichtümern, als wären diese ein wahres Gut, ja, höheres Gut in sich, sein persönliches Glück aufopfert.

Allein, wenn es verdienstlich genannt werden kann, eine in unserer Zeit vielverkannte Wahrheit aufs neue mit Nachdruck hervorgehoben zu haben, so ist es aufs höchste zu bedauern, wenn einer, wie der Verfasser des Artikels es getan, mit der Behauptung, dass vom egoistischen Standpunkt solche Ausschreitungen verurteilt werden müssten,

noch die andere verbindet, dass man den Anhängern einer theistischen Weltanschauung Schuld geben müsse, sie veranlasst zu haben oder zu begünstigen. Der Verfasser hat auch nicht das Geringste vorgebracht, was einem Beweis dafür ähnlich sähe, wenn nicht etwa dies, dass jede Lehre, welche ein göttliches Prinzip annimmt, indem sie das Gebiet der Erfahrung überschreite, zum reinen Unsinn werde, oder, wie der Verfasser sich ausdrückt, ganz irrational sei; bei solchen Verirrungen ins Unsinnige habe man sich auch über jene widersinnige Verkehrung von Zweck und Mittel, die zu einer Art Staatsfetischismus führt, nicht mehr zu verwundern.

Indem er gegenüber allen theistischen Denkern einer so verächtlichen Sprache sich zu bedienen wagt, erweist er sich, als mit der Geschichte der Philosophie wenig vertraut; er müsste sonst wissen, dass gerade die bedeutendsten und scharfsinnigsten Denker des Altertums wie der neueren Zeit, ein Anaxagoras, Plato, Aristoteles, wie ein Descartes, Locke, Leibniz und in gewisser Weise auch der jetzt so viel gepriesene Kant, obwohl er das Transzendente für unerforschlich hält, zu den Theisten zählen. Selbst Albert Lange, der Verfasser der „Geschichte des Materialismus", sieht sich genötigt, anzuerkennen, dass wir die grossen Entdeckungen, die schon im Altertum auf dem Gebiete der exakten Wissenschaften gemacht worden sind, nicht Materialisten, sondern sämtlich Spiritualisten zu danken haben; und ähnlich bekennt Romanes, der Psychologe des Darwinismus, dass er mit äusserster Verwunderung bemerkt habe, wie von den zeitgenössischen Forschern, welche sich in England am meisten durch mathematischen Scharfsinn auszeichneten (er nennt neben Maxwell und Lord Kelvin noch eine ganze Reihe der berühmtesten Professoren von Cambridge), fast alle theistischer Überzeugung waren; um zu zeigen, wie Ähnliches von grossen Forschern auf dem Gebiet der exakten Wissenschaften auch in Deutschland gilt, braucht man nur Johannes Müller, Liebig, Schwann, Pflüger und Helmholtz zu nennen. Mit dem Beweise unseres Verfassers, mit dem es auch

sonst sehr locker bestellt sein würde, steht es also auch aus diesem Grunde herzlich schlecht.

Es ist aber auch im praktischen Interesse der Sache des Friedens höchlich zu beklagen, wenn einer, der sich zu seinen Freunden bekennt, beleidigende Angriffe gegen andere unter ihnen macht, denn dies heisst, die Kräfte zersplittern, wo es gilt, sie möglichst zusammenzuhalten. Franklin, als er alle, die das Gute zu tun bestrebt sind, zu einer geselligen Verbindung zu führen suchte, die er als die „Society of the doers of good" bezeichnete, gab uns, indem er im übrigen an den grössten Divergenzen der Meinungen keinen Anstoss nahm, ein Beispiel für die auch in unserem Falle gebotene Toleranz. Gegen sie verstösst der Verfasser in um so auffälligerer Weise, als wir gerade in unserer Zeit kaum irgend jemand mit grösserem Eifer um die Herstellung des Friedens sich bemühen sehen, als Benedikt XV, das Oberhaupt der katholischen Kirche.

Das Christentum ist seinem ganzen Geiste nach eine Religion des Friedens, und dieser Charakter bleibt ihm noch heute, wenn es auch durch die Unvernunft der Menschen wiederholt zu Kriegen in vermeintem religiösen Interesse gekommen ist. Und so konnte dies denn auch durch die Unvernunft von Anhängern einer egoistischen Moral sehr wohl und noch viel häufiger geschehen. Gerade in unseren Tagen liegt die Wurzel, aus welcher alles Unglück entsprungen ist, gewiss nicht in religiösen Überzeugungen, sondern in egoistischen Antrieben. Würde ich nicht fürchten, in einen ähnlichen Fehler der Intoleranz gegenüber solchen zu verfallen, die mit mir in der Liebe des Friedens einig sind, so würde ich nicht bloss den Nachweis hiefür mit Leichtigkeit erbringen, sondern auch zeigen, wie der Vorwurf irrationaler Philosophie, statt den theistischen Denkern, vielmehr vor allem den Anhängern Epikurs gemacht werden muss, der sich in seiner Oberflächlichkeit schier mehr als jeder andere Philosoph die sichtlichsten Blössen gegeben hat.

□□□

Zur Frage der Pressreform.

Vom Wesen der Presse.

Von ERNST POSSE, Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung“.

Zu der Erörterung in den Heften 7 und 9 der Internationalen Rundschau darüber, wie den mit dem Zeitungswesen verknüpften Missbräuchen und den daraus dem Gemeinwohl entstehenden Schädigungen wirksam vorgebeugt werden könne, bitte ich, mir die folgenden skizzenhaften Bemerkungen zu gestatten.

G. Maier glaubt in Heft 7 das Übel durch die Einführung einer auf gesetzlicher Grundlage ruhenden Berufsorganisation der Presse beseitigen zu können. Der Gedanke hat viel Bestechendes, und es ist darauf hinzuweisen, dass Berufsorganisationen in der Presse der grossen Staaten schon vorhanden sind. Seine Durchführung aber an den Befähigungsnachweis, die Regelung der Gehalts- und Invaliditätsverhältnisse u. dergl. zu binden, würde der Presse so grosse Geldopfer auferlegen, dass die kleinen Zeitungsunternehmen unter diesen Auflagen erstickt würden und verschwinden müssten.

Der weitere anonyme Vorschlag*), der sich mit den Ausführungen Feilingers in der Zeitschrift „Die Tat“, Heft 8 1915/16 deckt, die Herausgabe der Zeitung dem Privatunternehmer zu verbieten und nur die politischen Parteien zur Herausgabe von Zeitungen auf genossenschaftlicher Grundlage zu ermächtigen, ist m. E. ganz verfehlt. Die dagegen sprechenden Bedenken sind in Heft 9 der Internationalen Rundschau dargelegt worden.

Dagegen verdienen die in demselben Heft enthaltenen Ausführungen Frh. v. Wrangels nach meiner Ansicht eingehende Beachtung. Der Verfasser sagt zusammenfassend: „Der Unfug ist am leichtesten zu bekämpfen, indem man die Presse unter besondere Jurisdiktion stellt, mit Hinzuziehung gewählter Berufsgenossen und international vereinbartem Strafkodex, worin Verbreitung falscher Nachrichten und Verleumdung durch wirksame, d. h. sehr hohe Geldbussen belegt würden.“ Der Plan ist nicht neu und hat auch seit Franz Draks Ausspruch: „Das Pressgesetz brauchte eigentlich nur den einen Paragraphen zu enthalten: Du sollst nicht lügen!“ in der einen oder der andern Form Aufnahme in die Strafgesetzbücher

*) Der Verf. ist Feilinger. *Die Red.*

einiger Staaten gefunden. Aber damit allein ist es nicht getan; einer gründlichen und wirksamen Lösung des Problems muss eine vollständige Umgestaltung der Auffassung vorangehen, die bisher Publikum und Staat von der Presse haben, und eine solche Umgestaltung kann nur erzielt werden durch eine unablässige Aufklärungsarbeit über das Wesen der Presse.

Die Zeitung ist,*) summarisch ausgedrückt, ein kapitalistisches Erwerbsunternehmen, das mit öffentlicher Meinung Geschäfte macht. Aus dieser Wesensart der Zeitung entspringen alle ihre Vorzüge und Nachteile. Die Gewinnquelle des Zeitungsunternehmers ist die Angliederung des Anzeigenteils, der, von Ausnahmen abgesehen, privatwirtschaftlichen Interessen vorbehalten bleibt, an den Allgemeinen Teil, der ausschliesslich öffentlichen Interessen dienen soll. Die Anzeige ist um so wirksamer, je weiter die Zeitung im In- und Auslande in dem Kreise verbreitet ist, auf den die Anzeige wirken soll; die Verbreitung der Zeitung aber ist wiederum abhängig davon, was der allgemeine Teil an Inhalt öffentlichen Interesses jenem Kreise bietet.

Es liegt im Interesse des Zeitungsunternehmers, den allgemeinen Teil seines Blattes möglichst zugkräftig zu gestalten, damit seine Zeitung die Publizität erlangt, die wünschenswert und erforderlich ist, um möglichst hohe Einnahmen aus dem Anzeigenteil zu erzielen. Die erforderlichen Mittel, durch eine scharfe Konkurrenz immer mehr in die Höhe getrieben, wachsen in unserm Zeitalter des Telegraphen, des Telephons und der Rotationsmaschine ins Ungeheuerliche, und da Abonnement und Einzelverkauf knapp die Hälfte der Gestehungskosten decken,**) müssen alle diese Ausgaben, nebst dem Unternehmergewinn aus dem Anzeigenteil hereingebracht werden. Daraus ist zu ermessen, wie gross diese Einnahme unter Umständen ist, aber auch wie notwendig sie ist, um den redaktionellen Teil leistungsfähig zu erhalten. Somit hat die natürliche und gesunde Entwicklung unsres Wirtschaftslebens es mit sich gebracht, dass wirtschaftlich der allgemeine Teil und der Anzeigenteil der Zeitung unlöslich aneinander gebunden und aufeinander angewiesen sind, so dass jeder Versuch, sie zu trennen, den Ruin des Zeitungswesens bedeuten würde. Trotz dieser engen wirtschaftlichen Verbindung besteht ideell und inhaltlich eine strenge Scheidung beider Teile, denn es ist grundsätzlich daran festzuhalten, dass der allgemeine Teil der Zeitung

*) Vgl. meinen Artikel: „Deutsche Revue" v. Juni/Juli 1914.

**) Nach Bücher, „Unsere Sache und die Tagespresse" (Tübingen, J. C. B. Mohr, 1915, S. 50) bei den grossen Blättern nur ein Drittel bis zwei Fünftel. *Die Red.*

einzig und allein öffentlichen gemeinnützigen Interessen dient, während der Anzeigenteil dem privatwirtschaftlichen Verkehr nach Angebot und Nachfrage vorbehalten ist.

Jede Zeitung stützt sich auf ihr Publikum. Was ist das Publikum? Eine Gesamtheit von Individuen, die — im Gegensatz zur „Masse" — räumlich von einander getrennt sein können und durch die Übereinstimmung ihrer Ansichten eine Einheit darstellen. Ein Publikum kann sich nur dort bilden, wo Vorgänge von öffentlichem Interesse die Entstehung einer öffentlichen Meinung begünstigen. Voraussetzung dazu ist also eine Gemeinschaft, meist die nationale, die staatliche Gemeinschaft; die Presse ist nichts anderes als ein Mittel, und zwar das wirksamste Mittel, die geistigen Beziehungen zwischen den Individuen eines Publikums herzustellen. Ist dieser geistige Zusammenhang einmal vorhanden, so ist die Zeitung das hauptsächlichste Sprachrohr dieser geistigen Gemeinschaft, die in gemeinsamen Interessen wurzelt. Und nun entsteht das eigentliche Problem der Presse: Wie ist es zu machen, dass die Zeitung nicht den Mindestbegabten, den Ungebildetsten, den Unedelsten, die in ihrem Publikum noch mitgehen können, zum Siege in der öffentlichen Meinung verhelfe, sondern der besseren Einsicht, der höheren Kultur, den Gegenströmungen gegen die Vorurteile und selbstischen Interessen der kompakten Majorität von Mächtigen, Einflussreichen, Privilegierten?

In diesen Zusammenhängen hebt sich denn auch die Aufgabe ab, die dem Redakteur der öffentlichen Meinung gegenüber zufällt. Er hat zwar stets das Ohr an der öffentlichen Meinung, ist aber oder sollte doch keineswegs ihr sklavischer Verkünder sein. Getreu dem Wesen der Zeitung, nur der Öffentlichkeit, nur dem gemeinen Wohl zu dienen, konstruiert er sich ein Ideal von öffentlicher Meinung, dem er dann unter Umständen auch gegen die öffentliche Meinung, wie sie sich in dem einzelnen Falle äussert, Geltung zu verschaffen sucht. Wie dieses Ideal beschaffen ist, wird von den Anschauungen über die Mittel und Wege abhängen, mit denen der Redakteur und seine Zeitung dem Gemeinwohl am besten zu dienen, die Glückseligkeit der Gemeinschaft am besten zu erreichen glaubt. Kommt die staatliche Gemeinschaft in Betracht, die wir ja hier in erster Linie im Auge haben, so wird das Ideal sich je nach Weltanschauung und Parteimeinung verschieden formen; aber auch dann ist es natürlich nicht ausgeschlossen, dass der Redakteur in der einen oder andern Frage gegen die Partei Stellung

nimmt und in diesem Sinne die öffentliche Meinung zu beeinflussen sucht.

Nun ist aber die Zeitung ein kapitalistisches Unternehmen, der einzelne Redakteur arbeitet im Auftrage des Unternehmers, des Verlegers, der — neben idealen — doch auch seine materiellen Interessen wahrnehmen muss, wenn nicht das gewaltige Kapital, das in einer grossen Zeitung steckt, zugrunde gehen soll.

Man hört häufig und aus allen Parteilagern die Behauptung, die Angliederung des Anzeigenteils mache den allgemeinen Teil untauglich zur Vertretung öffentlicher Interessen, mache die Zeitung als Instrument der öffentlichen Meinung stumpf und unwirksam. Diese Behauptung kann zutreffen, sie braucht aber nicht richtig zu sein und trifft glücklicherweise für die meisten deutschen Zeitungen nicht zu. Bei ihnen ist vielmehr — wie übrigens auch in England — das gerade Gegenteil der Fall: durch die Angliederung des Anzeigenteils wird die grosse Zeitung erst wirtschaftlich und politisch unabhängig und dadurch erst befähigt, ein unbestechlicher Hüter und Diener des Gemeinwohls zu sein. Ob sie dies wirklich ist, hängt aber von der Einhaltung des bereits erwähnten obersten und unverrückbaren Fundamentalsatzes ab:

> Der redaktionelle Teil der Zeitung ist ausschliesslich den öffentlichen Interessen vorzubehalten.

Ob der Redakteur diesen Grundsatz unweigerlich durchführen kann, darüber entscheidet in letzter Linie der Verleger, der Unternehmer der Zeitung. Denn in dem Bureau des Unternehmers entspringt fast stets die Fehlerquelle, auf die es zurückzuführen ist, wenn die Zeitung die öffentlichen Interessen schädigt, statt sie zu fördern. Wenn nun eine Zeitung eine Richtung einschlägt, die das Gemeinwohl schädigt — von einzelnen Entgleisungen ist hier nicht die Rede —, so ist dafür zweifellos in erster Linie der Verleger verantwortlich. Denn wie der Zeitungsunternehmer mit seiner Persönlichkeit unter Umständen die Gewähr und — wie die Dinge liegen — oft die einzige Gewähr dafür bietet, dass die Zeitung ihrem Beruf nicht entfremdet wird, so liegt in seiner Person auch die Gefahr, dass das geschieht.

Wie stellt sich nun der Staat zur Presse?

Bis jetzt zeigt sich in der Gesetzgebung aller Länder nur ein unsicheres Tasten und Fühlen, das zwar den rechten Weg zum Ziele ahnt, ihn aber nicht zu finden weiss, weil das Wesen der Zeitung, öffentlichen Interessen und nur solchen zu dienen, nicht allgemein klar genug erkannt oder

zugestanden, und infolgedessen die logische Folgerung, dass Verstösse gegen das Wesen und den Zweck der Zeitung strafbar sind, nicht gezogen wird. Ansätze nach dieser Richtung sind zwar überall zu erkennen. So wären die Kämpfe um die Pressfreiheit, das Recht der freien öffentlichen Meinungsäusserung, nicht verständlich, wenn sie lediglich ein Individualrecht und nicht ein Recht der Allgemeinheit, ein Recht des Volkes erstrebt hätten, das unter dem Schutze der Anonymität dem Gesamtwillen im Gegensatz zu irgendeinem Einzelwillen durch die Zeitung Ausdruck geben, der öffentlichen Meinung Gehör verschaffen will. So schlägt der Entwurf des neuen deutschen Strafgesetzbuches als Konsequenz der Anonymität für Verleger und Redakteure die Aufhebung des Zeugniszwangs zur Ermittlung des Verfassers vor, erhebt also den Redakteur gewissermassen zum öffentlichen Beamten, indem er wie beim Arzt, Rechtsanwalt und Geistlichen seine berufliche Pflicht zur Verschwiegenheit anerkennt. So beruht auch der § 76 des Reichsbörsengesetzes auf der Pflicht der Zeitung gegen die Allgemeinheit, indem er es unter Strafe stellt, wenn der Redakteur sich Äusserungen zugunsten oder zum Nachteil gewisser Unternehmungen bezahlen lässt, oder wenn er Schweigegelder annimmt, also Handlungen begeht, die gegen das Wesen der Presse, dem Gemeinwohl zu dienen, verstossen. Auch der Begriff der pressrechtlichen Fahrlässigkeit im Reichspressgesetz entspringt der Auffassung, dass die Zeitung Pflichten gegen die Allgemeinheit zu erfüllen hat und der Redakteur dafür verantwortlich zu machen ist, dass diese Pflichten nicht verletzt werden. Der gleichen Auffassung gemäss wird in Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, Italien und England der Redakteur ohne Zulassung zum Wahrheitsbeweis bestraft, wenn er sich der Beleidigung schuldig gemacht hat, und nicht nachweisen kann, dass er in Vertretung öffentlicher Interessen gehandelt hat. Der schon erwähnte Kommissionsentwurf zum deutschen Strafgesetzbuch hat sich dieser Auffassung angeschlossen, während das Reichsgericht in geradem Gegensatz dazu noch heute dem der Beleidigung beschuldigten Redakteur die Entlastung durch § 193 — Zuerkennung berechtigter Interessen — abspricht, wenn er nicht nachweisen kann, dass er ein eigenes, persönliches Interesse an der Behandlung des Falles hatte. Das höchste deutsche Gericht leugnet also immer noch die am Tage liegende Tatsache, dass die Zeitung öffentliche Interessen vertritt, es hält das sogar für unnütz und strafbar, und entschuldigt den Redakteur, der diesem seinem Berufe nachkommt, nur dann, wenn er dabei egoistische Zwecke verfolgt hat.

Diese Unklarheit über das Wesen der Presse und diese

Verschiedenartigkeit der Meinungen darüber, wie Pressschäden zu steuern ist, zeigen, wie dringend es nottut, dass sich Publikum, Parlamente und Presse mehr als bisher mit dieser wichtigen Materie beschäftigen. Alle Versuche, die Presse gesetzgeberisch zu erfassen, müssen aber, wenn sie Erfolg versprechen sollen, von dem Wesen der Presse, von der Voraussetzung ausgehen, dass die Zeitung ein privatwirtschaftliches Erwerbsunternehmen ist, das den Zweck hat, öffentliche Interessen zu vertreten. Die Geschichte des Zeitungswesens hat den Beweis erbracht, dass alle Bemühungen, diese Voraussetzung umzustossen und das Wesen der Zeitung umzugestalten, vergeblich sind. Man hat versucht, das Anzeigenwesen unter Trennung von der Zeitung zu verstaatlichen. Das Ergebnis war, dass man z. B. in Preussen im Jahre 1848 das staatliche Anzeigenmonopol, den Intelligenzzwang, wieder aufhob, weil diese Form der indirekten Besteuerung des Privatverkehrs dem Staate nicht viel einbrachte, dagegen die wirtschaftliche Entwicklung hemmte und zugleich der Zeitung die Mittel entzog, erfolgreich als Instrument der öffentlichen Meinung zu wirken. Widersinnig ist auch der mehrfach gemachte Vorschlag, dem Staate das Monopol zur Herausgabe von Zeitungen zuzuerkennen. Geschähe das, so würde unser öffentliches Leben erstarren, und zugleich würde der Regierung ein Machtmittel an die Hand gegeben, das ihren Willen dem Volke ohne die so notwendige Kontrolle der öffentlichen Diskussion auferlegte und die wohltätige Regelung durch die Konkurrenz der Meinungen und Interessen, wie sie jetzt durch die vielgestaltige Presse geschieht, ausschlösse. Kurz, man mag die Angelegenheit drehen und wenden wie man will: wenn man die durch die Presse hervorgerufenen Schäden ausrotten will, ohne zugleich ihrer Vorzüge verlustig zu gehen, so muss man das Wesen der Presse erkennen und anerkennen; erst dann können, fussend auf dieser Tatsachengrundlage, die Versuche zur Besserung einsetzen. Wenn die von der Internationalen Rundschau veranlasste dankenswerte Diskussion nach der Richtung klärend wirken wird, so hat sie, meine ich, ihren Zweck erreicht.



Die Geschichte liefert der Politik jedes Argument, welches sie eben braucht, für jede Sache, welche sie eben verficht.

Romain Rolland.

Nationalismus und Patriotismus.

Unſere Zeit ſteht im Zeichen des Nationalismus. Wenn auch ſie ihn nicht geboren hat, ſo nahm er doch vorher nicht dieſe überragende Stellung im Bewußtſein der Völker ein. Für andere Ideale nahmen ſie das Kreuz und zogen das Schwert. Aber heute ſind die Worte, die dieſen Zeilen voranſtehen, gar mächtige, und in ihrem Namen wird nicht nur an dem Gefüge der Staaten, ſondern auch an den ſcheinbar ewigen Satzungen gerüttelt. Was bedeuten die Worte?

Die Antwort ſcheint einfach: Liebe zum eigenen Volk und Förderung ſeiner Wohlfahrt nach beſten Kräften. Aber es gibt eine große und eine kleine, ein edle und eine unedle Liebe und viele Weiſen ſie zu betätigen. Im Namen der Liebe iſt ſchon viel geirrt und geſündigt worden. Es ſind eben viele Auffaſſungen möglich. Die verbreitetſte wird immer diejenige ſein, die ſich den Meinungen und Leidenſchaften des Tags am nachgiebigſten anpaßt. Dieſe Auffaſſung iſt heute, daß ein Volk nur an ſich und ſeine Intereſſen denken dürfe, von einem „heiligen Egoismus" geleitet; daß die das Leben des Einzelnen beſtimmenden Begriffe wie Treue, Wahrheit, Gerechtigkeit und Mitleid im Völkerringen nicht gelten dürfen und durch herbere Ideale und einen rückſichtsloſen Willen zur Macht erſetzt werden müſſen; daß dementſprechend auch die Wahl der Mittel freier, daß kurz geſagt die Staatsmoral von der Privatmoral verſchieden ſein, daß über dem Einzelgewiſſen die Pflicht gegen die Nation ſtehen müſſe. „Right or wrong, my country", ob Recht oder Unrecht, mein Land.

Hierüber ſind ſich die Vertreter des extremen Nationalismus in allen Ländern einig und rechtfertigen dies damit, daß nur ſo die Völker gedeihen und wachſen, nur ſo leben und der Unterdrückung und Vernichtung durch andere entgehen können. Wenn dem ſo iſt, ſo ſtehen wir hier vor einem großen Naturgeſetz, ähnlich dem vom Überleben der Geeignetſten. Aber die Geſetze, welche das Leben der Völker, insbeſondere ihr höheres Leben bedingen, decken ſich nicht mit den eben genannten Forderungen. Dieſe werten nur die Oberfläche, nur äußere Macht und Ausbreitung; die durch Prinzipientreue errungene innere Höhe und Stärke gilt ihnen nichts. Und doch iſt ſie das Entſcheidende, die Grundlage für alles übrige.

Das Ziel eines jeden Volkes, das ſich über die Stufe des Wilden erheben will, iſt Ziviliſation und Kultur. Beide ſind aufgebaut auf dem Begriff des Rechts. Eines Rechts, das ſtärker iſt als Gewalt. Ein ſolches ermöglichte erſt ein Leben, in dem nicht nur das Schwert entſchied; erſchloß das Reich der Gedanken und ſchuf die nötige Sicherheit zur Geſtaltung von Kunſt und Wiſſenſchaft. Der heutige Nationalismus aber iſt ein Todfeind des Rechts und ſeiner Schöpfung, des Geſetzes, indem er lehrt, daß die Nationen darüber, daß ſie „jenſeits von Gut und Böſe" ſtehen.

Überall vergab er Herrenrechte aber keine Herrenpflichten. Es iſt manchmal gut uns für Könige zu halten, wenn es uns königlich handeln läßt, aber die Politik der letzten Jahrzehnte hat nichts Königliches. In ſeltſamem Gegenſatz zu ihren ſonſtigen Anſprüchen war ſie eine rückſichtsloſe, aller höheren Beſtrebungen bare Intereſſenpolitik, die ein gegenſeitiges tiefgewurzeltes Mißtrauen erzeugte, welches allein ſchon die Erhaltung des Friedens ſchwer, wenn nicht unmöglich machte. Jedes Volk wußte oder glaubte zu wiſſen, daß in „vitalen" Intereſſenfragen ſich keines von Verſprechen und Verträgen binden laſſen würde; während wiederum als Gegenſatz oder vielleicht als Kompenſation dieſer kraß materiellen Auffaſſung von Staat und Staatskunſt eine krankhafte Empfindlichkeit in bezug auf nationale Ehre - man ſollte wohl ſagen Eitelkeit, denn wie kann die Ehre eines Volkes, das ſeine Intereſſen über alles andere ſtellt, verletzt werden? – platzgegriffen hatte, welche den mächtigen Hebel abgab, womit einige Wenige die Maſſen Leib und Seele mit ſich in den Krieg reiſſen konnten.

Es bedurfte kaum einer großen Anſtrengung; nicht einmal um ſie glauben zu machen, daß ſie, indem ſie Unrecht begingen, Recht taten. Denn der Nationalismus iſt zu klug, um ſich, wenn viel auf dem Spiele ſteht, der Macht zu begeben, die dem Wort „Recht" immer inne wohnt, und auch hier war ſeine Aufgabe leicht. Er hatte ja ſchon im Frieden immer mit zweierlei Maß gemeſſen und jedes Urteil getrübt, hatte jedes Volk gelehrt ſich für das Salz der Erde, für dasjenige zu halten, an deſſen Weſen die Welt geneſen müſſe und die Anderen nur für Hinderniſſe des Fortſchrittes und der Kultur zu betrachten. Jeder Tadel des Vorgehens der Nation gegen andere wurde als unpatriotiſch gebrandmarkt, und erſchien wie ein Majeſtätsverbrechen. So drückte der Nationalismus auf die Gemüter Aller, ſelbſt auf die derjenigen, welche geiſtige Führerſchaft beanſpruchten. Unwahrheit und Furcht überwucherten den

Garten des Lebens, und die Hetzpreſſe gedieh in dieſer Wildnis. So konnte auch dieſer Krieg durch Härte, Lüge und Haß entehrt werden, wie es viele in weniger fortgeschrittenen Epochen nicht wurden. Eine große Entartung des Denkens war notwendig, um ſolches in unſerer Zeit zu ermöglichen und die mühſam genug erworbene Erkenntnis einer höheren Menſchlichkeit kalten Blutes zu zerſtören. Wenn auch nicht alle Völker hierin gleich gefehlt haben, ſo erſchollen doch unter allen Rufe nach eben dieſem Nationalismus, der nicht Aufſtieg, ſondern ſeeliſchen Verfall gebracht hat.

Es ließe ſich an der Hand der Geſchichte beweiſen, daß er auf die Dauer — denn Völkerſchickſale reifen nicht innerhalb einer Generation — auch die äußere Macht, die ihm allein gilt, nicht verbürgt; denn in dieſer Welt, wo ſtets Eines auf dem Anderen ruht, bedingt aller rückſichtsloſe Egoismus einen langſamen aber ſicheren Zerſetzungsprozeß. Ein eigentümliches Geſetz bindet alles Leben und zwingt es nicht nur zu nehmen, ſondern auch zu geben, wenn anders es leben und dauern will.

Auch Nationen ſind nichts Ewiges. Sie bilden ſich und zerfließen. Es iſt gut ſich manchmal daran zu erinnern. Aber wenn ihr Leben Größe und Dauer haben ſoll, muß ihr Volksbewußtſein den Höhen ihres Empfindens, nicht ſeinen Niederungen entſpringen. Nur dann kann es den höheren Intereſſen des Volkes, ewigen Wahrheiten und nicht dem Schein des Tages dienen. Nur dann gebührt ihm der Name Patriotismus, nur dann verdient dieser einen Platz auf den Altären.

Fürſten werden heute gelehrt, daß ſie die Krone nicht empfangen zur Befriedigung perſönlicher Wünſche und Machtgelüſte, ſondern zur Erfüllung einer Miſſion. Ein großer Herrſcher hat geſagt, daß der Fürſt der erſte Diener des Staates iſt. Ich glaube nicht, daß ſeine Perſon dadurch an Würde und Größe verloren hat. Ein weiter Weg trennt dieſe Worte von denen eines anderen Monarchen: „Der Staat bin ich"; eine große Höhe iſt mit den erſtgenannten erklommen worden. Auch Völker müſſen lernen, daß ihre Exiſtenz nicht Selbſtzweck iſt, ſondern daß ſie der Welt gegenüber eine Miſſion und eine Verantwortung haben, die, wenn es ſein muß, auch Opfer an äußerer Macht und Reichtum erheiſchen; daß das Wort des Staatsmannes (von vielen anderen befolgt, wenn auch nicht nachgeſprochen), welcher ſagte, daß, wenn ſeines Volkes Macht in Frage käme, er kein Geſetz kenne, in Abgründe führt; daß ſie Pflichten haben nicht nur gegen ſich ſelbſt, ſondern auch gegen die großen Prinzipien von Recht und Kultur, welche das menſchliche Leben

erst lebenswert machen und über die Stufe des Tiers hinausheben. Der „heilige Egoismus" tut dies nicht. Macht, wenn sie Großes bedeuten soll, muß Dienst bedeuten. Und die Stufen zu einer solchen bilden auch im Völkerleben nicht Unrecht und Gewalt, Mord und Verrat. Wie kann ein Volk, das derlei nicht scheut, das ethische Bewußtsein besitzen und bewahren, welches nötig ist um eine höhere Mission zu erfüllen? Schließlich besteht jedes Volk aus Menschen und die Vernichtung des kollektiven Gewissens kann nicht ohne Rückschlag auf das des Einzelnen bleiben; am wenigsten heute, wo derlei Ideen in alle Kreise des Volkes getragen, und alle an ihrer Ausführung beteiligt werden. Darum ist ohne Idealismus wahre Realpolitik nicht möglich.

Und so spreche ich einem Volksbewußtsein das Wort, welches unbekümmert um die Irrtümer der Zeit das Höchste erstrebt — ja sogar das bisher in der Geschichte Unerhörte: Großmut eines Volkes gegen das andere. Ich tue dies in der Überzeugung, daß damit nicht Don-Quixoterie getrieben, sondern ein sicherer Schritt in die Zukunft getan wird. Ein solcher Nationalismus wird für Recht stehen, nicht für Unrecht, und er wird auch beide unterscheiden können, was der heutige Nationalismus niemals im stande sein wird. Auch ein solcher Nationalismus wird vielleicht gezwungen, sein Schwert zu ziehen; aber er wird es weder für politischen oder kommerziellen Imperialismus tun, noch um des Ehrgeizes und der Eitelkeit einiger Weniger willen, die im besten Falle bloß des Staates Diener sind, sondern nur für eine große Sache, so daß sein Volk selbst im Unterliegen über den Gegner triumphieren wird. Aber es wird nicht unterliegen. Denn so zu handeln wird nur ein Volk fähig sein, das in seiner Seele über das gewöhnliche Maß hinaus erstarkt ist. In seinem Inneren, im Herzen eines Volkes entscheiden sich die Schlachten, die sein Schicksal bestimmen. Schließlich quillt alle äußere Macht aus der inneren. Der ungeheuere Zuwachs an Prestige, an Einfluß und zu guterletzt auch an materiellem Gewinn, der einem Volke, dessen Wort man unbedingt vertrauen, auf dessen Gerechtigkeitssinn und Ritterlichkeit man bauen kann, zu teil werden würde, läßt sich heute noch gar nicht ausdenken. Ihn aber leugnen, hieße die Bedeutung alles Geistigen und Seelischen im Leben leugnen. Er würde ja vielleicht nicht schon im ersten Jahre in Form einer Millionendividende gebucht werden können. Aber wirklich große Politik wird nicht für den nächsten Tag und auch nicht für das laufende Jahr gemacht. Dies bedeutet einen Wandel der Anschauungen, welche sonstigen Volksverherrlich-

ungen zum Trotz nur mit den Untugenden der Völker als ausſchlaggebenden Faktoren rechnen. Aber ohne dieſen Wandel werden alle Bemühungen, die Beziehungen der Nationen nach höheren Geſichtspunkten zu regeln nicht in die Tiefe greifen.

Es geht auch nicht an zu warten, bis die anderen beginnen. Von dem, der auf Führung Anſpruch macht, wird mehr verlangt als von den anderen. Adel legt Pflichten auf. Das möge jedes Volk bedenken, das ſich ihn zuſpricht. Als Paul IV. erzürnt über die Verderbnis der Welt wieder einmal laut nach Reformen rief, antwortete ihm ein Kardinal: „Heiliger Vater, die Reform muß bei uns ſelbſt beginnen."

Der Weg, der in obigem kurz angedeutet wurde, iſt ein Weg für Starke. Dies iſt ſein Reiz und ſein Hemmnis. Denn das Schwerſte iſt ſich ſelbſt zu überwinden. Es iſt gut dies offen zu bekennen; denn nur auf dem Boden der Wahrheit und Wirklichkeit kann Wirkliches entſtehen. Man wird den Weg auch nicht wandeln können, ohne dem Ideal eine grössere Macht einzuräumen. Auch dies ſoll nicht verhehlt werden; aber diejenigen, welche ihm Wirklichkeitswert abſprechen, mögen bedenken, daß, ſelbſt wenn es nur Wahn ſein ſollte, es doch über das menſchliche Bewußtſein eine Gewalt beſitzt, die ihm nie genommen werden kann und die ſchon oft ſcheinbar Unüberwindliches überwunden hat; daß, wer die Macht des Ideals leugnet, die Wirklichkeit leugnet. In ihm begegnet ſich die größte Torheit mit der höchſten Weisheit.

Darum ſchreibe ich getroſt die Schlußworte nieder. Der Wettſtreit der Völker wird nie verſchwinden, und das iſt gut ſo. Ein nationaliſtiſcher Schriftſteller wählte als Motto: ›Im Anfang war die Tat‹. Ich gehe noch weiter und ſage: ›Im Anfang war der Kampf‹. Aber er soll ein würdiger ſein, kein unwürdiger; ein heiliger, kein unheiliger. Zur Erfüllung dieſes Worts gehört Stärke; aber ſelig ſind die Starken unter den Völkern, denn ſie werden das Erdreich besitzen.

Paul Bertram.



Eine der verhängnisvollsten Ursachen der herrschenden Übelstände ist die stilischweigende Vorraussetzung der Menschen, dass gewisse Ungerechtigkeiten, weil sie immer gewesen sind, auch in Zukunft immer sein müssen.

John Ruskin.

Zur Krise des Pazifismus.

Durch den Weltkrieg ist der Pazifismus in eine Krise getreten. Er kann nachher nicht derselbe bleiben wie vorher, da der bisherige Pazifismus den Ausbruch des Krieges weder verhindern noch beeinflussen konnte. Wir eröffnen deshalb gerne die Diskussion über diese Krise und werden in der nächsten Nummer die ausführliche Stellungnahme Prof. Natorps zur Kenntnis unserer Leser bringen. *Die Redaktion.*

Offener Brief an Herrn Professor Paul Natorp.

Sehr geehrter Herr Professor!

Mit Befremden und tiefem Bedauern sah ich aus Ihrem Aufsatz „Wissenschaftlicher Pazifismus“ (Kunstwart, 2. Oktober-Heft 1915), in welchem Masse auch Sie noch die Art und den Wert pazifistischer Arbeit verkennen. Als ein Führender aus der erlauchten Schar der Marburger Idealisten und als erprobter Meister in der „transzendentalen Methode“ Kants sind Sie gewohnt, von der quaestio facti, dem wissenschaftlichen Problembestand, wie er, um ein bekanntes Wort Hermann Cohens zu gebrauchen, „in gedruckten Büchern vorliegt“, auszugehen, um alsdann den Rechtsgrund dieses Faktums (das stets ein fieri ist) zu untersuchen. Für diesmal aber scheint es Ihnen begegnet zu sein, dass Sie bei Ihrer Kritik des Pazifismus nicht das Faktum, sondern eine durchaus willkürliche, subjektive Vorstellung vom Wesen der Friedensbewegung zum Ausgangspunkt wählten. Wenigstens werden Sie kaum in der Lage sein, diejenigen „gedruckten Bücher“ unter der überhaupt ernst zu nehmenden neueren pazifistischen Literatur anzugeben, deren Inhalt sich auch nur annähernd mit Ihrer überaus merkwürdigen Vorstellung vom Denken und Treiben der organisierten Friedensfreunde deckt.

Im Mittelpunkt Ihres Aufsatzes steht der Gedanke: die Pazifisten wollen den Frieden „machen“ (wie schon ihr Name sagt, der sich aus den Worten pax und facere herleitet). Und nun fragen Sie mit bedenklichem Stirnrunzeln: „Kann man überhaupt Frieden „machen?“ und antworten: „Ein Friedenmachen, wo kein Friedenswille, der Gebrauch der Formen der Rechtsprechung, wo kein gegenseitiger Rechtswille vorhanden ist, ist eine Lüge ....“. „Jede Verkündigung des nahe bevorstehenden Abschlusses eines ‚Traktats zum ewigen

Frieden' ist entweder Betrug oder Dilettantismus, wie Gesundbeten und Tränkleinmischen ...." Man „unterfange sich nicht, Frieden von heute auf morgen „machen" zu wollen. „Machen" setzt Mechanismus voraus. Und nach Mechanismus sieht es nur zu sehr aus, wenn man meint, Frieden durch Abstimmung, durch Mehrheitsbeschluss zustande bringen zu können." — Wo in aller Welt, Herr Professor, haben Sie gehört, dass wir Pazifisten den Weltfrieden „machen" wollen? Sollte diese seltsame Unterstellung am Ende auf die Lektüre des ebenfalls im Kunstwart (2. Dezember-Heft 1914) erschienenen Aufsatzes „Krieg und Friedensbewegung" von Avenarius zurückzuführen sein, in dem, neben anderen onkelhaften Ermahnungen, die Sätze stehen: „Den „ewigen Frieden" — könnten wir nicht bei weiteren Bemühungen seine „Ewigkeit" dahingestellt lassen? Kommt er wirklich einmal, so erwächst er wie Blume und Frucht aus dem, was grünt. Dass sich der ewige Frieden „machen" liesse, erscheint den Kennern der Wirklichkeit solange undenkbar, wie von den Völkergruppen die eine aufblüht, die andere altert ...." Einer Erwiderung, die ich damals dem Kunstwart auf diesen Erguss sandte, verweigerte er mit einigen ausweichenden und wenig höflichen Redensarten die Aufnahme. Ich hatte darin u. a. bemerkt, man solle, statt uns Pazifisten allerlei kindliche Phantastereien nachzusagen, „sich lieber aus unserer Literatur darüber unterrichten, dass wir genug „Kenner der Wirklichkeit" sind, um einzusehen, dass der „ewige Frieden" sich nicht „machen" lässt, wie irgend eine Kanalisationsanlage." Es tut mir leid, dass ich just dieselben Worte heute Ihnen gegenüber wiederholen muss, Herr Professor. Nein wirklich, wir sind nicht ganz so schwachsinnig, um die Gesetze mathematisch-mechanischen Denkens ohne weiteres auf geschichtliche Phänomene zu übertragen und deren Eigengesetzlichkeit völlig zu übersehen. Wir täuschten uns keineswegs darüber, dass auch das vollkommene System von völkerrechtlichen Verfahrensregeln die Kriegsgefahr nicht völlig bannen könne, solange die wirtschaftlichen Triebe der Völker anarchisch durch- und gegeneinander strebten und das materiellrechtliche Völkerrechtsbewusstsein im Wachstum hemmten. Wir kannten die Wechselwirkungen, die zwischen innerer und äusserer Politik bestehen; und viele von uns verschlossen sich längst nicht mehr der Erkenntnis, dass das Problem des Pazifismus aufs innigste mit dem des Sozialismus verquickt ist; dass die letzten und tiefsten Kriegsursachen in der kapitalistischen Wirtschaft der modernen Grosstaaten zu suchen sind und dass eine vollkommene Garantie des europäischen Friedens, ein unerschütterlicher „gegenseitiger Rechtswille", erst durch eine wirtschaftliche Umgestaltung

Europas geschaffen werden könne. Wir durchschauten die sozialorganischen Zusammenhänge, die hüben wie drüben zwischen Schutzzollpolitik, kapitalistischem Ausdehnungsdrang, Rüstungsindustrie und Hetzpresse bestanden, und haben unermüdlich auf sie hingewiesen in der Hoffnung, durch die Propagation solcher Einsicht den verhängnisvollen Einfluss jenes Kräftespiels auf die internationalen Beziehungen wenigstens mildern zu können. Darin vielleicht lag unser Fehler: wir dachten zu „ideologisch", zu wenig im Geiste der Marxistischen Geschichtsauffassung. Wir rechneten stets von neuem den Völkern die falsche Rechnung eines künftigen Weltkrieges vor und glaubten so allmählich die Vernunft der Massen, auch der Regierungen zum Verbündeten zu gewinnen. Diesen Faktor der Vernunft, den immerhin ja selbst der Marxist nicht ganz beiseite lässt, haben wir freilich wohl überschätzt und hätten darum vielleicht gut getan, schon eher offen mit dem Sozialismus Fühlung zu nehmen. Wenn aber wir Vorkämpfer für den „zwischenstaatlichen Sozialismus" es häufig vermieden, das Wort „sozialistisch" laut auszusprechen, so geschah es wesentlich deshalb, weil wir uns zahlreiche wertvolle Mitarbeiter erhalten wollten, die der Klang dieses Wortes unfehlbar aus unseren Reihen getrieben hätte. Vielleicht hat diese Zeit des allgemeinen Umlernens und des angeblichen Ausgleichs politischer Gegensätze wenigstens das Gute, dass die Scheu des staatserhaltenden Bürgers vor der Berührung mit der „Umsturzpartei" ein wenig nachlässt. Dann wird der Tag nicht fern sein, an dem auch die letzte Scheidewand zwischen bürgerlichem und sozialistischem Pazifismus fällt.

Wenn Sie aber, hochverehrter Herr Professor, in Ihrem Aufsatz die Meinung durchblicken lassen, dass wir Pazifisten, in mechanistischer Denkart befangen, die Bedeutung der Völkerindividualitäten unterschätzten und die „qualitativen Unterschiede" der Nationen gänzlich ausser acht zu lassen pflegten, so möchte ich auch dagegen ausdrücklich Verwahrung einlegen. Unser bis zum Kriegsausbruch hüben wie drüben rastlos bestätigtes Streben, das Verständnis für die Eigenart des Volksnachbarn, für seine Staatseinrichtungen, Sitten, Anschauungen zu wecken und zu fördern, sollte uns wahrlich vor solchem Vorwurf schützen. Nur das Kräfteverhältnis der trennenden Momente, die die Verschiedenheit der nationalen Charaktere erzeugt, zu gewissen, aus ganz anderer Quelle stammenden Einigungstendenzen haben manche von uns vielleicht ein wenig anders eingeschätzt, als Sie es gegenwärtig zu tun scheinen, anders — und vielleicht, mag auch die Tatsache dieses ungeheuerlichen Krieges uns noch so laut Lügen zu strafen scheinen, richtiger. Lassen Sie mich, statt

alles weiteren, einen einzigen Satz aus dem klassischen, vom Geiste der transszendentalen Methode beseelten und darum aller „falschen deutschen Mystik oder Methaphysik" abholden Werke Ihres Freundes Rudolf Stammler, „Wirtschaft und Recht" (3. Auflage 1914, Seite 305), hier anführen: „Es ist keine Unwahrheit, dass heutzutage Angehörige derselben Klasse aus verschiedenen Nationen sich vielfach leichter verstehen, als Glieder des einen Volkes, die getrennten Klassen desselben zugehören; mehr Gemeinsames im Wissen und Urteilen, im Wünschen und Wollen bringen jene sich entgegen, als die Kinder unseres Vaterlandes es zu tun vermögen, die der Ständegegensatz gespalten auseinanderreisst." Im Lichte dieses vielsagenden, übrigens ja seinem Inhalte nach keineswegs neuen Satzes gewinnt, wie Sie zugeben werden, die von Ihnen behauptete „traurige Tatsache des schier grenzenlosen Hasses, des bitter ernsten Vernichtungswillens" der Völker, der nicht erst seit heute oder gestern, sondern seit Jahrzehnten bestehe, ein immerhin etwas problematisches Aussehen.

Um endlich noch von Ihrer Bemäkelung des Wortes vom „wissenschaftlichen Pazifismus", das Sie „irreführend" nennen, zu reden, so darf ich mich um so kürzer fassen, als Sie selbst die richtige Erklärung dafür geben, wie es „vielleicht gemeint war". Ein bisschen guter Wille zum Verständnis scheint demnach die angebliche Irrtumsgefahr vermeiden zu können. Ob der Ausdruck „pazifistische Wissenschaft" in formaler Hinsicht zu bemängeln ist, sei dahingestellt. „Wissenschaftlicher Pazifismus" scheint mir in jedem Falle unanfechtbar. Oder gedenken Sie den berühmten Streit, den vor Jahren Eduard Bernstein um den Begriff des „wissenschaftlichen Sozialismus" entfachte, am Pazifismus zu erneuern? Ich sollte meinen, gerade ein Kantianer hätte am allerwenigsten Grund, den systematischen Zusammenhang zwischen Empirie und Ethik — und just diesem gilt doch jene Verkoppelung der Begriffe „Wissenschaft" und „Pazifismus" — zu beanstanden.

Sie sind, Herr Professor, ein Bahnbrecher auf dem Felde der Psychologie nach kritischer Methode. Vielleicht machen Sie es einmal, doch erst n a c h dem Kriege, ganz privatissime, zum Gegenstand einer psychologischen Spezialuntersuchung, wie es zuging, dass Sie so sonderbare Gedanken über den wissenschaftlichen Pazifismus hegen, niederschreiben und veröffentlichen konnten. Ich für mein Teil stehe vor einem Rätsel.

In vorzüglicher Hochachtung ergebenst

Otto Koester.

□□□

Eine Anregung für Männer der Wissenschaft.

Der unermüdlich fleissige Rudolf Virchow, einer der Begründer und eifrigsten Förderer der anthropologischen Wissenschaft in Deutschland, verfehlte nie, sobald eine Schaustellung von fremden Volksstämmen (Polynesier, Somalis usw.), in Berlin stattfand, dieselben genau zu mustern, Messungen der Körperdimensionen usw. vorzunehmen und Material für vergleichende Völkerkunde zu sammeln. Es konnte zuweilen fast eigenartig berühren, den alten würdigen Vertreter der neuesten Wissenschaft inmitten solchen burlesken Jahrmarktzaubers zu sehen, der sicherlich eher zu allen anderen als wissenschaftlichen Zwecken unternommen war. In Wirklichkeit hatte der greise Forscher jedoch Recht, die Gelegenheiten wahrzunehmen wie sie kamen. Da er nicht zu den Exoten gehen konnte, nützte er die Möglichkeit aus, sie zu studieren, wenn sie, gleichviel durch welche Veranlassung, in seine Nähe kamen. Professor Dr. Georg Wegener, der weitbekannte Weltreisende und praktische Geograph, seinerzeit Reisebegleiter des deutschen Kronprinzen in Indien, äusserte bei einem Vortrag über seine Erlebnisse und Erfahrungen während des Chinafeldzuges in der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin vor Jahren sein lebhaftes Bedauern und Befremden darüber, dass weder von deutscher noch anderer Seite auch nur die geringste Veranstaltung getroffen sei, diese Expedition auch wissenschaftlich auszunützen. Er verwies mit Nachdruck auf das Beispiel Napoleons vor 100 Jahren, welchen auf seiner ägyptischen Unternehmung ein ganzer Stab von Gelehrten begleitete. Dass später die Ägyptenforschung wissenschaftlich und praktisch wesentlich in französischen Händen blieb, dürfte in dieser geschichtlichen Tatsache seinen Ursprung und Grund haben. Heute bietet uns der Weltkrieg eine andere, ganz besondere Gelegenheit. Weit über eine Million Kriegsgefangener befinden sich in den Grenzen des Deutschen Reichs; in der Mehrzahl Russen, der verschiedensten Stämme und Rassen; aber auch weisse und farbige Engländer und Franzosen, vom bronzefarbenen Sikh und Gurkha, bis zum dunkelsten Senegalesen. Wohl nie ist ein derartig buntes Völkergemisch in solcher Menge in Deutschland anwesend gewesen.

Für Anthropologen, Ethnologen und Physiologen böte sich nunmehr ein Beobachtungsfeld ohne Gleichen. Ich bin fest überzeugt, wenn Virchow noch lebte, wäre er schon längst bei der Arbeit.

Zu allererst käme die Beobachtung, Prüfung und Feststellung der äusseren Rassenmerkmale, wobei die jetzigen Ansichten und Ergebnisse der Wissenschaft durch Messungen und Erhebungen aller Art vervollständigt und geprüft werden könnten. Um nur ganz Naheliegendes und Oberflächliches zu erwähnen, könnte der Typus des Grossrussen, Kleinrussen, Weissrussen und Ruthenen einmal schärfer festgestellt und bezeichnet werden, als

es bis jetzt der Fall war. Ein sehr reiches Feld würden die asiatischen Typen bilden, vom Grusiner und Tschetschenzen an bis zum Beschkiren und Turkmenen.

Weiter liesse sich über die seelische Beschaffenheit, die Sprache, Auffassungs- und Ausdrucksweise und -Fähigkeit reiches Material sammeln. Um nur eins anzuführen, dürfte es von hohem Interesse sein, zu erforschen, mit welchen religiösen Vorstellungen und Empfindungen diese Fremdlinge in den Kampf gezogen sind und jetzt sich mit der Gefangenschaft abfinden.

Ein sehr reiches Gebiet würde dann für den Physiologen und wissenschaftlichen Mediziner die Ernährungsfrage sein. Was die Gefangenen zu ihrer Ernährung erhalten, steht in Menge und Beschaffenheit unzweifelhaft fest; leicht ist jetzt zu untersuchen das Ergebnis dieser Ernährung für Gesundheit, Körpergewicht usw. der Zwangspensionäre. Männer der Wissenschaft haben schon vor und seit geraumer Zeit Angaben über die für Erhaltung der Lebens- und Arbeitsfähigkeit des menschlichen Organismus erforderlichen Mengen an den chemischen Hauptbestandteilen der Nahrung: Eiweiss, Kohlenhydrate usw. gemacht, welche nur leider vor der praktischen Erfahrung nie Stich hielten. Als alter Weltreisender und Beobachter von Völkern und Menschen habe ich nie verstanden, weshalb solche Forscher, statt mit dem spärlichen Material der Klinik und des Laboratoriums zu arbeiten, nicht lieber ins volle Menschen- und Völkerleben hineinstiegen. Hätte der verstorbene Voit z. B. die Lebensweise des einfachen italienischen Arbeiters oder des ägyptischen Fellachen genau verfolgt und ihre Nahrung in Menge und Gehalt geprüft, so hätte er schwerlich Sätze über Eiweissbedarf aufstellen können, welche von diesen gewiss arbeitsfähigen Völkern nicht zur Hälfte erreicht werden. Also, Männer der Wissenschaft, an die Arbeit!

Dass diese Untersuchungen und Erhebungen in humanster Weise geführt werden würden, versteht sich bei wissenschaftlichen Forschern von selbst.

In erster Linie wären natürlich die Militärärzte berufen und imstande, auf den angezeigten Gebieten zu arbeiten. Da dieselben jedoch meist mit dringenderen unmittelbaren Aufgaben bei der Verwundetenpflege bis zum äussersten beschäftigt sind, müssen schon die nicht kriegstauglichen Zivil-Spezialforscher sich der Sache annehmen. Sicherlich werden ihnen die Ärzte der Gefangenenlager, soweit möglich, gern Beistand leisten.

Unerschwingliche Kosten würden durch diese Arbeiten voraussichtlich nicht entstehen. Unvermeidliche Aufwendungen dürften, soweit sie der Forscher nicht selbst tragen kann, von wissenschaftlichen Anstalten wohl bestritten werden können.

Dass die deutsche Militärverwaltung den Forschungen unüberwindbare Hindernisse in den Weg legen würde, glaube ich nicht. Abgesehen von dem zu erwerbenden Verdienst um die Wissenschaft würde sie aus den praktischen Feststellungen selbst Belehrung und Nutzen ziehen können. *W. Kessler.*

□□□

15. Februar 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Zweites Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 2. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.

Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber.
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli.
Zürich

Mitarbeiter:

Kriegsbetrachtungen.

Von Lord JAMES BRYCE.*)

Da diesmal über Leistungen in den Arbeitsfeldern der Akademie nichts zu berichten ist, so könnte man vielleicht von mir Bemerkungen über den Krieg selbst erwarten, über die Ursachen, welche ihn hervorgerufen haben, über die so überraschend tiefen Gegensätze, welche er blossgelegt hat, und die Umwälzungen, die er nach sich ziehen dürfte. Aber viele von Ihnen werden es selbst erprobt haben und alle werden es zugeben, dass nicht geringe Gefahren denjenigen umlauern, welcher sein Urteil über die Ereignisse der letzten elf Monate jetzt dem Drucke übergeben wollte, wo er noch von mächtigen Leidenschaften beeinflusst ist und die Tatsachen nur unvollkommen kennt. Es wird wohl jeder von uns schon Ursache gehabt haben, Worte, die er in der Hitze des Augenblicks geschrieben hat, zu bereuen, wenn er sie nach Jahren wieder zu lesen bekam. Die Zeit berichtigt unsere Urteile beständig, wie sie auch unsere Leidenschaften abkühlt. Weder die Freundschaften noch die Feindschaften der Nationen können ewig unverändert bleiben. Sie erinnern sich an die Worte, mit welchen Ajax in dem Drama des Sophokles beteuert, er habe nun gelernt,

„Den Feind auch darf man nimmer anders hassen,
als ob zum Freund er wieder werden sollte."

Es ist daher besser, dass heute in einer Ansprache an die Akademie nichts gesagt werde, was irgend eines ihrer

*) Die nachfolgende Ansprache an die Jahresversammlung der „British Academy" (1915) wird uns von dem Verfasser mit einem liebenswürdigen Begleitschreiben eingesendet, in welchem der berühmte Historiker unserer Zeitschrift seine Sympathien ausspricht. Es ist eine der merkwürdigsten psychologischen Erscheinungen dieses Krieges, dass derselbe Forscher, welcher in den nachfolgenden Betrachtungen hoch über aller Einseitigkeit steht, durch seine Sammlung von Kriegsgreueln und durch seine Parlamentsreden beweist, dass er als handelnder Mensch der gleichen sachlichen Gerechtigkeit nicht fähig ist. *Die Red.*

Mitglieder aus irgendwelchem Lande nach 10 oder 20 Jahren nicht ohne peinlichen Eindruck lesen könnte. Zeitungen und Flugschriften werden der Nachwelt genug und selbst mehr als genug von den Urteilen, Stimmungen und Leidenschaften der Gegenwart mitteilen.

Wollen wir aber etwas Nützliches vollbringen, so könnten wir etwa unsere Eindrücke verzeichnen und im Geiste eines über den Dingen stehenden Beobachters darstellen, die Eindrücke, welche die Ereignisse auf uns machen, wie wir sie selbst sehen und beobachten, während sie sich in Geschichte verwandeln. Auf Jahrhunderte hinaus werden die Ereignisse dieses Jahres die Federn der Schriftsteller in Bewegung setzen und Streitfragen ohne Zahl werden aus ihnen hervorwachsen. Es ist wohlgetan, wenn jeder, dessen Studien den Sinn für Geschichte geweckt haben, von Monat zu Monat seine Eindrücke im Geiste eines Historikers berichtet. Ein solcher Bericht wird fast ebenso wertvoll sein, wenn diese Eindrücke sich als Irrtümer herausstellen sollten, als wenn sie durch die nachfolgenden Ereignisse bekräftigt werden, weil der künftige Historiker nicht nur wird erfahren wollen, was sich wirklich zugetragen hat, sondern auch, was die Leute sich vorgestellt und gedacht haben zur Zeit, als es sich zutrug. Was übergangen wird, hat auch seine Bedeutung. In 50 Jahren werden die Leute die Wichtigkeit gewisser Dinge anstaunen, deren Tragweite den zeitgenössischen Beobachtern entgangen war, und sie werden sich bemühen, zu erkennen, warum jene Beobachter diese Tatsachen nicht bemerkt oder nicht verstanden haben, welche sich doch vor den Blicken der Nachwelt in scharfem Relief herausheben.

Gestatten Sie mir also den Versuch, in aller Kürze die Umstände aufzuzählen, die auf uns den tiefsten Eindruck machen und der Gegenwart ein ebenso neuartiges wie erschreckendes Gepräge geben.

Erstens fällt die unermessliche Weite des Rahmens auf, innerhalb dessen die Kriegsereignisse sich abspielen. Schon Thucydides hebt hervor, dass die Menschen jedes

Zeitalters glauben, ihr Krieg sei der grösste der Weltgeschichte. Aber hier haben wir Tatsachen, welche beweisen, wie weit der jetzige Zusammenstoss über alle Kämpfe der früheren Zeitalter hinausgeht. Dies hätte man nun freilich schon vor 20 Jahren voraussagen können, selbst unter der Voraussetzung, dass nur Russland, Deutschland und England in einen Krieg verwickelt würden; so ausgedehnt sind die Besitzungen, so gewaltig die Ansprüche und Ambitionen dieser drei Staaten. Aber die Wirklichkeit geht noch weit über alles hinaus, was irgend jemand voraussehen konnte. Innerhalb Europas nehmen nicht drei, nein, alle sechs Grossmächte und vier*) kleinere Staaten an dem Kampfe teil. Überdies ist ausserhalb Europas die ganze alte Welt in die Kriegsereignisse verwickelt, abgesehen von China, Persien**) und den Kolonien Hollands und Portugals. In der Neuen Welt freilich werden bloss die englischen Kolonien und Herrschaftsgebiete in Mitleidenschaft gezogen, ein denkwürdiger Beweis für die Unabhängigkeit der westlichen Halbkugel von den Streitigkeiten der östlichen Erdhälfte.

Zweitens: Die erstaunlichen Einwirkungen des Kriegs auf die neutralen Völker. In einem gewissen Masse konnte auch dies vorausgesehen werden, da es sich als eine natürliche Folge aus der Entwicklung des Welthandels und aus dem internationalen Zusammenhange der Finanzwelt ergibt. Aber auch hier übertrifft die Wirklichkeit alle Erwartungen.

Drittens: Die Veränderungen in der Technik und im Charakter der Kriegführung gehen viel weiter als in irgend einem früheren Zeitalter. Nach der Erfindung des Schiesspulvers hat es noch reichlich zwei Jahrhunderte gedauert, bis der Kampf mit Pfeil und Bogen, Lanze und Schild veraltet war. Der lange Wurfspeer hat durch mindestens 2½ Jahrtausende als Waffe gedient und wurde noch beim Aufstande Irlands im Jahre 1798, ja selbst bei der missfehlten Erhebung von 1848 verwendet. Jetzt aber ist der

*) Seit dem Eintritte Bulgariens: 5.

**) Seither ebenfalls Kriegsschauplatz. D. Red.

Krieg etwas ganz anderes als er noch 1870/71 und selbst im russisch-japanischen Feldzug von 1904 gewesen ist. Die Chemie hat alles umgestaltet, indem sie die Tragweite und Durchschlagskraft der Geschosse vermehrte; zugleich hat die drahtlose Elektrizität neue Mittel geschaffen, um Nachrichten zu befördern nicht bloss längs der Gefechtslinie, sondern sogar über feindliches Gebiet hinweg. Und wer hat früher an einen Luft- oder Unterseekrieg auch nur im Traume gedacht?

Viertens: Die Kriegskosten sind ins Unermessliche gewachsen, nicht nur, weil die Armeen stark vermehrt worden sind, sondern auch noch über dieses Verhältnis hinaus. Auf mehr als 10 Millionen Pfund Sterling täglich werden die Ausgaben der zehn kriegführenden Staaten Europas geschätzt. Nach diesem Massstab dürften sie in einem Jahre nicht weniger als 4000 Millionen ausmachen, wohl aber können sie noch höher ansteigen. Einige Fachmänner des Finanzwesens veranschlagen die Jahresausgabe dieses Krieges sogar auf 5000 Millionen Pfund Sterling, Ziffern, mit denen wir kaum eine deutlichere Vorstellung verbinden als mit denjenigen, in welchen die Entfernungen der Fixsterne ausgedrückt werden.

Fünftens: Innerhalb jeder Nation sind die breiten Massen des Volkes extensiv und intensiv stärker vom Kriegswillen ergriffen und in ihm geeinigt, als dies jemals in einem früheren Kriege der Fall gewesen ist. Noch während des ganzen 18. Jahrhunderts waren es in den meisten Ländern nur der Monarch und die regierende Klasse, die wussten, was vorging, und sich darum kümmerten. Erst der grosse europäische Zusammenstoss, der mit dem Jahre 1793*) begann, brachte hierin Wandel. Aber der jetzige Krieg ist in weit höherem Grade Nationalkrieg als irgend ein früherer, insofern er in allen Ländern die Leidenschaften des ganzen Volkes bei hoch und niedrig in Aufruhr gebracht hat und überall mit der finstersten Entschlossenheit durchgekämpft wird. Er erinnert in

*) Bryce rechnet offenbar von der Kriegserklärung an England an (1. Februar 1793). D. Red.

dieser Beziehung an die Bürgerkriege der kleinen Stadtstaaten von Griechenland und Italien im Altertum oder von Italien im Mittelalter. Sicherlich war noch niemals ein grosser Krieg weniger eine bloss dynastische Angelegenheit als der jetzige.

Sechstens: Vor einige tiefernste Fragen der Ethik ist der menschliche Geist noch niemals schärfer hingestellt worden. Steht der Staat über der Moral? Kann der Staat durch die Berufung auf eine militärische Notwendigkeit (über deren Vorhandensein er selbst der Richter ist) die Missachtung des Rechtes anderer Staaten rechtfertigen? (Vgl. Thucydides v. 84—113, betreffend die Angelegenheit der Insel Melos.)

Siebentens: Alle Voraussagen, dass es niemals mehr zu einem europäischen Krieg kommen werde, sei es wegen der Grösse der bedrohten Interessen oder wegen der vermehrten Kraft der Verteidigung gegenüber dem Angriff oder vermöge der gesteigerten Friedensliebe der Völker, haben sich als trügerisch erwiesen. Diese Weisheit der Weisen, wo ist sie geblieben? Kaum 12 Jahre sind vergangen, seitdem Moritz v. Bloch in einem Aufsehen erregenden Werke den Beweis geführt hat, dass die wachsende Schwierigkeit, militärische Operationen in so ungeheurem Massstabe durchzuführen, vom Kriege abschrecken werde. Und noch jünger ist die Darlegung eines formvollendeten und eindrucksvollen englischen Schriftstellers *), dass jede Nation durch einen Krieg mehr zu verlieren habe als sie selbst im Falle des glorreichsten Sieges gewinnen könnte. Andere waren der Ansicht, dass die internationale Solidarität der Arbeiterschaft in allen Industriestaaten hinreichen würde, um ihre Regierungen von jedem anderen als einem blossen Defensivkrieg abzuhalten. Wieder andere haben behauptet, alle Demokratien seien ihrem Wesen nach friedliebend, weil die Massen mit ihrem Blute, die oberen Klassen nur mit ihrem Gelde den Krieg bezahlen müssten. Ich will nicht behaupten, dass diese Argumente nichts Wahres enthielten; aber soviel ist sicher:

*) Gemeint ist offenbar Norman Angell. D. Red.

die Kräfte, auf welche sich diese Denker verlassen haben, waren dem Ernstfalle nicht gewachsen. Für die Zwecke der Praxis hat sich die Weisheit dieser Weisen als nichtig erwiesen, weil die herrschenden Nationen durch andere Motive geleitet worden sind als durch die Forderungen der reinen Vernunft.

Die bisherigen Behauptungen beziehen sich auf die handgreiflichen Tatsachen, die wir alle miterlebt haben. Nun wollen wir uns einigen von den Gedanken zuwenden, zu welchen uns diese Tatsachen anregen können. Es ist nicht leicht, diese Gedanken mit jener kühlen Sachlichkeit auszudrücken, welche der Historiker anzustreben verpflichtet ist; aber der Versuch muss mit aller Anstrengung gemacht werden. Bei jener Erwägung, welche sich uns bei Kriegsbeginn zuerst aufdrängte und noch heute den düstern Hintergrund jedes neuen Eindruckes bildet, will ich jetzt nicht verweilen. Nach mehr als vier Jahrtausenden der Kultur und neunzehn Jahrhunderten des Christentums entscheidet die Menschheit — in unserem Falle mehr als die Hälfte der Menschheit — ihre Streitigkeiten nach derselben Methode wie im Steinzeitalter. Wohl sind die Waffen mannigfaltiger und zerstörender geworden: denn sie sind das letzte Erzeugnis der hoch vervollkommneten Wissenschaft. Aber der Geist der Kriegführung und ihre Wirkungen sind dieselben. Es hat noch kein Zeitalter gegeben, in welchem die Verbindungen so leicht und die Mittel, Neuigkeiten zu erfahren und zu verbreiten, so zahlreich und mannigfaltig gewesen wären. Wie wenig ist aber trotzdem noch jetzt mit Sicherheit bekannt über die Ursachen, welche diesen Krieg zuwege gebracht haben! Die Meinungen, welche darüber bei verschiedenen Völkern im Umlaufe sind, sind verschieden, um nicht zu sagen, entgegengesetzt. Einige davon sind nachweislich falsch. Selbst in einigen neutralen Ländern wie der Schweiz, Holland und Spanien, sind die Meinungen äusserst geteilt, und zwar nicht bloss inbetreff der Rechtsfragen, sondern auch in bezug auf die Tatsachen. Das ganze deutsche Volk scheint fest und sicher zu glauben, dass dieser ganze Krieg

für die Deutschen ein Verteidigungskrieg sei, während die Franzosen von dem Gegenteil ebenso zuversichtlich überzeugt sind; und wenn auch einzelne Punkte uns Engländern vollkommen klar zu sein scheinen, dürften andere Fragen noch viele Jahre im Dunkeln bleiben.

Wie wenige Menschen sind es doch in jedem Staate, die über Krieg und Frieden zu entscheiden haben! In einigen von den kriegführenden Staaten wurde die letzte Entscheidung über Leben und Tod unzähliger Menschen von vier oder fünf, in anderen von sechs oder sieben Personen getroffen. Selbst in Grossbritannien waren es in Wirklichkeit nicht einmal fünfundzwanzig, auf die es ankam; denn wenn auch einige wenige Personen ausserhalb des Kabinetts auf die Entscheidung einen Einfluss übten, so waren dafür nicht alle Mitglieder des Kabinetts als wirksame Faktoren tätig. Selbstverständlich müssen die Gefühle des Volkes berücksichtigt werden, selbst wo der Staat mehr oder weniger despotisch regiert wird; gegen das starke und klare Gefühl der Massen zu handeln würden die Wenigen, die herrschen, wohl nicht wagen. Aber praktisch stehen die Massen unter der Führung Weniger; besonders in kritischen Zeiten wird ihre Meinung durch das Ansehen und die Ratschläge der Wenigen geformt, denen zu vertrauen oder zu gehorchen sie gewohnt sind. Und so bleibt doch die schicksalsschwere Entscheidung im schicksalsschweren Augenblicke bei den Wenigen; hätten sie anders entschieden, so würden die Dinge nicht so geschehen sein, wie sie gekommen sind. Später vielleicht wären sie doch gekommen, immerhin wäre der Krieg nicht damals schon und nicht in dieser Weise ausgebrochen.

Wie rasch kommen ungeheure Ereignisse ins Rollen, wie schnell werden Entschlüsse von unabsehbarer Tragweite gefasst! In den zwölf Tagen des Verhängnisses vom 23. Juli bis zum 4. August war keine Zeit zur Überlegung. Zwischen sieben Hauptstädten flogen die Depeschen hin und her, wie rasche Pfeile, die einander kreuzen; ein Geist von übermenschlicher Spannweite (amplitude) und Energie wäre erforderlich gewesen, um alle einschlägigen Fragen

zu erfassen und voll zu erwägen und die Folgen der verschiedenen denkbaren Handlungsweisen in einer so verwickelten Partie vorauszusehen. Dieser Aufgabe würde selbst der Intellekt eines Cäsar oder Bonaparte nicht gewachsen sein. Diesmal hat der Telegraph Unheil gestiftet.*) Wären die Mitteilungen brieflich erfolgt, wie dies vor achtzig Jahren geschehen wäre, so hätte wahrscheinlich der Krieg vermieden werden können.

Manchmal hat man das Gefühl, als ob die modernen Staaten für die Männer, denen ihre Schicksale anvertraut werden, zu gross und gewaltig geworden wären. Das Menschengeschlecht als Ganzes wächst beständig an Ausdehnung, an angesammeltem Wissen, an Einsicht in die Kräfte der Natur. Aber die Geisteskraft der einzelnen Menschen nimmt nicht zu. Weit grösser als je wird die Masse der zu beherrschenden Tatsachen, die Fülle der verfügbaren Hilfsmittel, die Tragweite der Entscheidungen über Wohl und Wehe unübersehbarer Menschenmengen, aber die Geisteskraft, mit der das alles erfasst, überblickt und beurteilt sein will, ist begrenzt und kann nicht erweitert werden. Von den herrschenden Menschen wird jeder einzelne durch persönliche Vorurteile, persönliche Vorliebe, durch das eigene Interesse und durch Eitelkeiten aller Art beeinflusst. Das Missverhältnis zwischen der persönlichen Bedeutung der Staatsmänner und den nicht auszudenkenden Konsequenzen ihrer individuellen Entscheidungen wird immer erschütternder, immer verhängnisvoller. Da hatten die kleinen Stadt-Staaten des Altertums vor unseren Grossstaaten doch manches voraus. Eine einzelne Stadt konnte verfallen oder verschwinden, die Nation als Ganzes blieb doch bestehen, und eine andere Stadt blühte empor, an Stelle der dahingewelkten. Jetzt aber sind Riesenvölker unter einer Regierung vereinigt, deren Niederlage gleich das ganze Volkstum in Gefahr setzt. Ein moderner Grossstaat

*) Mit Lord Bryce, der bekanntlich nicht bloss als Historiker, sondern auch als Botschafter gewirkt hat, trifft in dieser Überzeugung ein Völkerrechtslehrer vom Range unseres verehrten Mitarbeiters Prof. H. Lammasch zusammen (Vgl. Nr. 1 dieser Rundschau).

gleicht einem Riesenschiff ohne wasserdicht getrennte Abteilungen, welches, wenn es ungeschickt gesteuert wird, an dem Zusammenstoss mit einer einzigen Klippe scheitern kann.

Wie sind doch die modernen Völker, mit all den überreichen Informationsmitteln der Gegenwart ausgestattet, dennoch unwissend, wenn es sich um Charakter und Bestrebungen eines anderen Volkes handelt! Jede von den kriegführenden Nationen hat offenbar eine falsche Vorstellung von ihren Feinden und ist dadurch irregeführt worden. Jede hat die innersten Gedanken der anderen verkannt und ihre Politik missdeutet. Zur Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges wurde behauptet, dass die falsche Vorstellung der Südstaaten von den Nordstaaten, und ihr Glaube, dass der Norden sich um nichts kümmere als um den Dollar, die wahre Ursache gewesen sei, welche die friedliche Beilegung ihrer Differenzen verhindert habe, — und doch waren beide Glieder derselben Republik und sprachen dieselbe Sprache. Man kann von den europäischen Nationen nicht voraussetzen, dass sie sich gegenseitig ebenso intim kennen sollen; immerhin dürfte man erwarten, dass ihre mannigfaltigen Handelsbeziehungen, ihre rührige Presse und der gewaltige Aufschwung ihres privaten Reiseverkehrs sie besser befähigen würden, einander gegenseitig abzuschätzen und zu beurteilen.

Die Historiker bis zu Thucydides zurück haben über das Benehmen der Nationen in Kriegszeiten viele allgemeine Beobachtungen aufgezeichnet, welche vor unseren Augen durch die Tagesereignisse in ein schärferes Licht gesetzt werden. Von diesen will ich einige erwähnen, um zu zeigen, wie man die Illustrationen verwerten kann, welche uns der europäische Krieg liefert.

Wenn einem Volke Gefahr droht, ändern sich seine Gewohnheiten. Die Verteidigung wird das höchste Gebot. An Stelle der gewöhnlichen Regierungsmaschinerie erhebt sich eine Diktatur, ähnlich derjenigen des alten Rom, als noch vierundzwanzig Liktoren den Magistrat umgaben und das Veto der Tribunen samt dem Rechte auf Berufung

gegen Todesurteile in nichts versank. Im Namen des öffentlichen Wohls setzt man sich über jedes Bedenken hinweg. Die verfassungsmässigen Garantien der Freiheit sind suspendiert, man fügt sich darein; und Akte der Willkür, selbst der Gewalt, werden gutgeheissen, weil sie als Zeichen einer starken Regierung gedeutet werden. Selbst die Zurückhaltung von Nachrichten lässt man sich gefallen; die Stimme der Kritik wird zum Schweigen gebracht. Cedit toga armis. Die Militärs treten in den Vordergrund, sprechen mit grösserer Autorität als die Staatsmänner in Zivil, und man lässt alles geschehen, wovon sie erklären, dass es unerlässlich sei für die Sicherheit der Nation. Solange diese Sicherheit verbürgt ist, wird alles andere verziehen, und der Sieg erhöht ihr Prestige ins Ungeheure.

Wer immer diese Dinge beobachtet, muss einsehen, wie gefährlich der Krieg für die Freiheit ist, von solchen Gemeinwesen abgesehen, in welchen die verfassungsmässigen Gewohnheiten durch eine lange Tradition tief eingewurzelt sind. Im alten Griechenland bahnte bewaffneter Aufruhr den Weg zur Tyrannis. Nach Waterloo vermutete Napoleon, der Herzog von Wellington würde sich zum Herrn von England aufwerfen. Und wirklich hätte dies ein Sieger von anderer Sinnesart, welcher einen solchen Triumph wie Wellington gefeiert hätte, tun mögen, wäre nicht eine alte Monarchie und das Parlament im Wege gestanden. Krieg ist Gift für Demokratien. Ist er ein Bürgerkrieg, so wird derjenige, welcher den Frieden herstellt, mit Jubel begrüsst, wie Augustus. Selbst ein Louis Napoleon mag willkommen sein, wenn er nur dem Privateigentum Sicherheit verspricht. Ist er ein auswärtiger Krieg, so überragt der Mann des Schwertes, hoch zu Ross, den friedlichen Mann zu Fuss, der nur sprechen und die Geschäfte führen kann.

(Schluss folgt).

□□□

Zur Krise des Pazifismus.

Antwort Prof. Dr. Paul Natorps an Dr. Otto Koester.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich kenne Ihre Stileigenheiten nicht genug, um ganz darüber sicher zu sein, wieviel in Ihrem an mich gerichteten Briefe scherzhaft, wieviel ernst genommen sein will. Als Pazifist und Mitarbeiter der Friedschen Zeitschrift sollten Sie eigentlich nicht darüber im Zweifel sein können, auf welche gedruckten Beweisstücke meine Kennzeichnung, nicht des Pazifismus überhaupt, sondern des aktuellen Pazifismus sich stützt. Ich nehme deshalb lieber an, dass Sie mich nur haben veranlassen wollen, für minder unterrichtete Leser meine Quellen bestimmter zu bezeichnen, als es durch den Hinweis auf die neutralen Länder als Quellgebiet geschehen war. Vor mir liegt ein mächtiger Stoss Flugschriften und Broschüren, der sich seit dem Ausbruch des Krieges, fast nur durch unverlangte Zusendungen, bei mir angehäuft hat. Da ich keiner Friedensgesellschaft, nur dem Verband für internationale Verständigung angehöre und auch in diesem nicht besonders hervorgetreten bin, so ist zu vermuten, dass alle diese Schriften oder die meisten davon in weite Kreise verschickt worden sind. Ich bin ausserdem seit lange Abonnent der Friedschen Zeitschrift („Friedenswarte", dann „Blätter für zwischenstaatliche Organisation"; ich zitiere im folgenden FW, BZO) und der „Dokumente des Fortschritts" (DF), erhielt auch längere Zeit das in Lausanne erscheinende Wochenblatt „Menschheit" (M) mit dem französischen Parallelblatt „La Voix de l'Humanité" (VH). Auf diese Literatur verteilen sich die Äusserungen, im Hinblick auf welche ich sprach von „Ratschlägen zum Frieden, die jetzt, besonders in „neutralen" Ländern, wie Pilze nach dem Platzregen aufschiessen". Ich bitte Sie, zu beachten, dass es „Ratschläge zum Frieden" sind, gegen die meine Kritik sich richtete, das heisst Vorschläge über Abmachungen der Staaten, der kriegführenden und der neutralen, welche zugleich mit dem demnächstigen Friedensschluss oder in unmittelbarem Anschluss an diesen getroffen werden sollen, mit dem Ziele, durch Einführung einer rechtlichen Verfassung, die der zwischenstaatlichen Anarchie ein Ende mache, den Krieg für die Zukunft auszuschliessen. Diese Vorschläge, sagte ich, „sind mannigfach, doch kehren

zwei Hauptforderungen ständig wieder ... 1. zwar nicht Abrüstung ..., aber Rüstungsbeschränkung, nach dem Verhältnis der Kopfzahl der Bevölkerung, unter Ausschluss von Sonderbündnissen einzelner Staaten, gleichviel ob zu Schutz oder Angriff; 2. Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes, gestützt auf eine von allen Staaten, wieder im Verhältnis zur Kopfzahl, zu stellende bewaffnete Macht als internationale Exekutivgewalt. Der Gerichtshof entscheidet ... nach Stimmenmehrheit alle internationalen Streitfragen und setzt seine Beschlüsse, soweit nötig, mit Gewalt durch". Diese Vorschläge sind gemacht worden; zwar wie gesagt nicht von allen genau gleichlautend, aber im Grundgedanken übereinstimmend. In obiger Fassung habe ich die bestimmteren Vorschläge wiedergegeben, das heisst die, welche überhaupt angeben, nach welcher Massgabe die Rüstungsbeschränkung, die Zusammensetzung der Exekutivgewalt und die Entscheidung des Gerichtshofes erfolgen soll; einfach weil, wenn nichts darüber festgesetzt wird, solche Vorschläge überhaupt in der Luft schweben. Ich habe ferner, wo diese bestimmteren Festsetzungen auseinandergehen, diejenigen bevorzugt, welche dem Grundgedanken und der ganzen Absicht aller dieser Vorschläge am besten zu entsprechen scheinen. Um alle grösseren und kleineren Abweichungen der sehr zahlreichen Vorschläge einzeln zu verzeichnen, fehlte der Raum; ich kann es auch hier nicht tun; aber wenigstens will ich, um Ihnen und den Lesern zu dienen, im folgenden die Unterschiede namhaft machen, die allenfalls Beachtung verdienen.*)

Am nächsten entspricht die obige Formulierung den Vorschlägen von Auguste Forel (M 1914, Nr. 10 und 1915, N. F. 6). Er fordert einen „supranationalen Areopag oder Gerichtshof", der, um „auf gerechter Grundlage" gebildet zu sein, „aus einem Mitgliede für jede Millionengruppe Einwohner jedes Landes und Bruchteil darunter", z. B. je einem Abgeordneten auf fünf Millionen, bestehen soll. Dieser Gerichtshof entscheidet, obligatorisch und endgültig, alle Konflikte zwischen den Staaten. Er wird aber „erst dann lebensfähig sein, wenn man ihn mit der notwendigen Macht ausstattet". Diese muss „stärker sein als die Waffenmacht der einzelnen Staaten, die sie allmählich ersetzen soll". Die bewaffnete Macht jedes

*) Eine Übersicht soll zu finden sein im „Mouvement pacifiste", Bern, Juni 1915, S. 30—35 (nach Broda, DF, Okt. 1915, S. 193 Anm.). Eine Auswahl pazifistischer Hauptschriften von Broda (ebenda); Organisationen für den Weltfrieden aufgezählt von Forel, M., N. F. 9 u. 13. S. ferner die österreichische Zeitschrift „Para Pacem", Heft 1 u. 2, Sept. 1915, S. 17 ff.; Zeitschriften ebenda 32 f.; die regelmässigen, reichhaltigen Literaturverzeichnisse der Friedschen Zeitschrift etc.

Staates wird auf eine bestimmte Zahl Männer pro Million der Bevölkerung so festgesetzt, dass diese Bedingung erfüllt wird. — Um dem hochdenkenden Gelehrten keinesfalls Unrecht zu tun, will ich nicht unterlassen, zu bemerken, dass er keineswegs auf die äusserlich rechtliche Organisation allein und die dieser zur Verfügung gestellte Polizeigewalt alles baut, sondern sehr ernste Forderungen für die innere Umwandlung der Völker, für eine tiefgreifende soziale Erziehung derselben stellt, Forderungen, die ihm gleich wichtig, ja wohl noch wichtiger gelten als die der äusseren Organisation. Aber allerdings denkt er sich die Verwirklichung seines organisatorischen Programms nicht erst nach Erfüllung solcher inneren Vorbedingungen, sondern sogleich mit dem Friedensschluss. Das geht aus vielen Einzelstellen und besonders aus dem Schluss (M, N. F. 9) hervor, wo es heisst: „Um dieses Ziel zu erreichen, darf kein Tag verloren gehen, sobald die Friedensbedingungen unterzeichnet sein werden".

Bestimmter spricht dies Camille Sabatier aus (VH 14, vgl. DF, Apr. 15, S. 84),der ebenfalls eine Exekutivgewalt, stark genug, selbst den mächtigsten Staat zum Gehorsam gegen die Sprüche des Gerichtshofs zu zwingen, verlangt und den Anteil der einzelnen Staaten an dieser, sowie die zulässige Zahl der stehenden Heere in festem Verhältnis zur Bevölkerungsziffer vorsieht. — Ich nenne ferner die Vorschläge des Barons F. von Wrangel (VH 33, und in der Schrift „Internationale Anarchie oder Verfassung?" Zürich, Orell Füssli, 1915), der, gestützt auf die Schrift des italienischen Philosophen Umano, „Essai sur une constitution internationale" (1907), ebenfalls einen internationalen Gerichtshof mit Exekutivgewalt fordert, an der die einzelnen Staaten im Verhältnis der Bevölkerungsziffer — oder auf einer anderen Grundlage beteiligt sein sollen. Die Zahl der Vertreter jedes Staates soll sich nicht schlechtweg nach der Einwohnerzahl richten, sondern nach der Stärke der bewaffneten Macht, nach dem nationalen Vermögen und den industriellen Leistungen. Das möchte schwerlich einwandfrei durchzuführen sein. Man erkennt das Bestreben, über den Mechanismus der Zahl irgendwie hinauszukommen. — Ein Dr. S. M. (DF, Juli 15) wünscht, als Bestandteil des Friedensvertrags, die Einrichtung einer „Friedensschutztruppe" von zunächst einer halben Million Mann, die nicht von allen verbündeten, sondern von den neutral gebliebenen, doch mobilisierten Staaten (Schweiz, Holland und den drei nordischen Reichen) gemeinsam gestellt werden soll; die übrigen dem Bunde beitretenden Staaten dürfen nur ein stehendes Heer von höchstens ein Promille der Bevölkerung unterhalten. Die

Kosten der Schutztruppe tragen die Vertragschliessenden gemeinsam nach Massgabe der Bevölkerungsziffer. — Weniger bestimmt, aber in verwandtem Sinne wie die vorigen lauten die Vorschläge von Charles Deloncle (VH 41), von Paul Otlet (DF, Okt. 15) usw.

Nun mag man solche Vorschläge einzelner, deren noch eine ziemliche Zahl angeführt werden könnte, als nicht der Beachtung werte Privatphantasien kurzerhand beiseiteschieben, wie Sie, Herr Doktor, es vielleicht mit der Bemerkung haben tun wollen: ich würde kaum in der Lage sein, in der „überhaupt ernst zu nehmenden neueren pazifistischen Literatur" Zeugnisse für meine Zeichnung der Bestrebungen der „organisierten Friedensfreunde" aufzuweisen. Aber weshalb sollten vernünftige Vorschläge eines einzelnen darum, weil er damit vorläufig allein steht, weniger ernst zu nehmen sein, als solche, die im Namen irgendeiner Organisation gemacht werden? Immerhin verdienen die letzteren insofern besondere Berücksichtigung, als eine Organisation die Überzeugungen ganzer Gruppen vertritt, daher auch im allgemeinen über grössere Machtmittel verfügt, ihrer Meinung Gehör zu verschaffen. Aber die von den verschiedenen pazifistischen Organisationen ergangenen Vorschläge zeigen durchweg das gleiche Grundgepräge; nur lauten sie in der Regel nicht ganz so bestimmt, sie lassen für die Einzelheiten weiteren Spielraum. Sehr begreiflich, da auf ganz bestimmte Festlegungen nicht so leicht ein Verein als ein einzelner sich einlassen wird. Übrigens gehören die mit besonderen Vorschlägen aufgetretenen Einzelpersonen wohl sämtlich auch irgendwelchen Organisationen an; andrerseits stehen die verschiedenen Organisationen zueinander in mannigfachen Beziehungen; sie sind teilweise schon zu gemeinsamer Aktion zusammengetreten und erscheinen, auch wo dies bisher nicht geschehen ist, doch im ganzen als verbündet. Es war daher wohl gerechtfertigt, alle Vorschläge, die auf Einführung einer internationalen Friedensorganisation sofort mit dem zu erwartenden Friedensschluss zielen, als im wesentlichen gleichartiges Ganzes ins Auge zu fassen. Indessen will ich nicht unterlassen, auch die wichtigsten von Organisationen ausgegangenen Vorschläge einzeln vorzuführen und die beachtenswerteren Unterschiede bemerklich zu machen.

Prof. Dr. R. Broda, der seit mehr als sieben Jahren die verdienstliche Zeitschrift „Dokumente des Fortschritts" (bis zum Kriege parallel in mehreren Sprachen), seit dem Kriege, der wohl seine Übersiedlung von Paris nach Lausanne veranlasst hat, auch die dort erscheinenden parallelen Wochen-

schriften „Menschheit" und „La Voix de l'Humanité", herausgibt, ist der Begründer und Vorsitzende eines zu Lausanne am 29. Januar 1915 konstituierten „Bundes für Organisierung menschlichen Fortschritts". Zum Schweizer Aktionskomitee des Bundes gehören (nach BZO, Apr. 15) u. a. Nippold und Forel, zum internationalen Ehrenausschuss W. Förster, Ed. Bernstein, Masaryk, Buisson, Ramsay Macdonald, E. Vandervelde. Der Bund will dafür eintreten, dass im künftigen Friedensvertrag die schiedsgerichtliche Regelung aller Streitigkeiten und die Einsetzung eines internationalen Rates vorgesehen wird, der alle entstehenden Gegensätze untersuchen und nach Gesichtspunkten der Billigkeit und des Menschheitsinteresses regeln soll. Über Mittel und Wege dieser Regelung wurde nicht sogleich näheres festgesetzt. Aber es wurde dann bald eine Denkschrift über die „Grundlagen eines dauernden Friedensvertrags" hauptsächlich von Nippold ausgearbeitet (Bericht darüber: Para Pacem, S. 17). Sie wurde sofort von Forel (M, N. F. 9) wegen der „ebenso schlagenden wie erfreulichen" Übereinstimmung mit seinen eigenen Vorschlägen lebhaft begrüsst. Kein Wunder, denn sie fordert: Aufhebung aller politischen Sonderbünde, Beschränkung der Rüstungen, Festlegung einer internationalen Rechtsordnung durch gegenseitige Garantie der Staatsgebiete und internationalen Konventionen, Ausbau der Schiedssprechung und ständigen Gerichtsbarkeit usw. Von einer Exekutivgewalt ist hier nicht die Rede; doch will der Entwurf überhaupt nur eine vorläufige Grundlage zu weiteren Beratungen bieten. Die grundsätzliche Frage der Aufnahme einer Bestimmung über schiedsgerichtliche Entscheidung aller Streitigkeiten in den künftigen Friedensvertrag wurde in DF (Apr. 15) von einer grossen Zahl von Stimmen bejahend, von einigen zweifelnd, allein von A. H. Fried mit kategorischem Nein beantwortet. (Über den genaueren Sinn dieses „Nein" siehe weiter unten!) Ein Schlusswort von Dr. Broda aber fordert zugleich mit dem Friedensvertrag: Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofs mit Kompetenz der Entscheidung aller Völkerkonflikte und Verfügung über eine von allen Vertragsstaaten gemeinsam zu stellende ständige internationale Polizeimacht. Derselbe betont weiterhin (DF, Okt. 15, S. 209 ff.) unter anderm (215), dass durch ein allgemeines Landfriedensgesetz jede kriegerische Selbsthilfe als Aufruhr erklärt und mit Niederwerfung durch die gesamten Machtmittel des Bundes bedroht werden müsse. Um solcher Drohung Nachdruck zu geben, soll ihm eine internationale Polizeitruppe zu Gebote stehen. Übrigens werde

die blosse Existenz einer solchen Exekutivgewalt und die vertragsmässige Garantie des Beistands aller Verbündeten im Falle einer Bundesexekution voraussichtlich genügen, jede Absicht der Friedensstörung von vornherein auszuschliessen; die Exekutivgewalt werde also wahrscheinlich gar nicht in Aktion zu treten brauchen (217). — Dem Lausanner „Bund“ steht zur Seite das schon länger bestehende „Internationale Friedensbureau Bern“. Es versandte auf Grund einer Sitzung vom 6. Januar 1915 gegen Ende desselben Monats einen Aufruf an die Friedensgesellschaften aller Länder. Der Aufruf fordert eine internationale Staatenorganisation mit ständigem gemeinsamen Vertretungskörper und Vollzugsorganen; eine vertragsmässig festzulegende, unter internationale Kontrolle zu stellende Rüstungsbeschränkung; Expropriierung der gesamten Rüstungsindustrie; Verbot aller Offensiv- wie Defensivbündnisse; alles in allem eine „neue Organisation der Welt“. Und zwar „sobald ernsthafte Friedensverhandlungen beginnen, wird die grosse Stunde des Pazifismus geschlagen haben“. „Aus diesem entsetzlichen Kriege muss der Pazifismus als Triumphator hervorgehen.“ Der ganze Aufruf atmet heiligen Ernst und unentwegten Glauben an die grosse Sache der Weltorganisation.

Neben den schweizerischen Verbänden tritt besonders der niederländische „Anti-Oorlog Rad“ hervor; er wurde schon im Oktober 1914 begründet. Ein Aufruf an das niederländische Volk (8. Okt.) und ein bald nachher in weite Kreise versandtes Schreiben enthält noch kein bestimmtes Programm zwischenstaatlicher Organisation. Aber in einer internationalen Zusammenkunft, die vom 7.—12. April 1915 im Haag stattfand, an der Vertreter parlamentarischer, politischer, wissenschaftlicher und pazifistischer Organisationen aus zehn Ländern teilnahmen, wurde ein Mindestprogramm aufgestellt (M, N. F. 12), welches u. a. Verminderung der Rüstungen, obligatorisches Schiedsgericht, einen ständigen internationalen Gerichtshof und eine zu vereinbarende „diplomatische, wirtschaftliche oder militärische Aktion“ vorsieht für den Fall, dass ein Staat, statt den Streitfall dem Schiedsgericht zu unterwerfen, militärische Massnahmen ergreifen sollte. Eine Zentralorganisation für einen dauernden Frieden wurde gleichzeitig begründet, welche das Mindestprogramm aufnahm und in einem noch im April erlassenen Aufruf erklärte: die vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zur Einführung zwischenstaatlicher Organisation biete der demnächstige Friedensschluss. Das Mindestprogramm wurde sodann von

einer nach Bern (28. und 29. Mai) einberufenen internationalen Tagung (M, N. F. 13) einstimmig angenommen. Voll Stolz berichtete über den Erfolg der Tagung die „Menschheit“ (N. F. 18): es sei durch sie der Beweis der vollkommenen Einmütigkeit der Elite aller Kulturvölker, der wahren Träger der Menschheitsideale über alle wesentlichen Fragen erbracht worden. Als geistiger Führer, als „fester Pol“, als der, „dessen Ruf die Wissenden der internationalen Verbände aller kriegführenden Nationen, voll Vertrauen auf seine Integrität und seine Unparteilichkeit, rückhaltlos Folge leisten konnten“, wird Dr. Broda hingestellt. Unter den Teilnehmenden werden, als um das Zustandekommen der Einigung besonders verdient, Forel, Umfrid, Vogtherr, Hubbard hervorgehoben. Eine aus dieser Verständigung zwischen Haag und Bern hervorgegangene „Internationale Zentralorganisation für einen dauerhaften Frieden“ erliess Ende September 1915 die Einladung zu einem „Internationalen Studienkongress“ nach Bern auf den 14.—18. Dezember desselben Jahres, der wie ich aus der letzten Nummer der BZO ersehe, einstweilen vertagt ist. Das „Mindestprogramm“ soll auch hier die Grundlage abgeben. Erwähnt sei endlich das vierte Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft (erster Vors.: Quidde-München, zweiter Vors.: Umfrid-Stuttgart), welches nicht nur nach dem Kriege „Legionen von neuen Anhängern“ für den Pazifismus erwartet, sondern, ganz wie das Manifest des Internationalen Friedensbureaus, erklärt: „Mit dem Friedensschluss wird die grosse Stunde unserer Bewegung schlagen.“ Alle Welt fordert, dass dieser Friede ein Friede anderer Art als alle früheren Frieden werden muss, ein dauernder Friede, gesichert durch eine neue Organisation der Welt.“ Die Regierungen müssen einen Vertrag auf pazifistischer Grundlage schliessen usw.

Angesichts dieses durchgehends gleichartigen Gepräges der Vorschläge so vieler und verschiedenartiger Organisationen wie Einzelpersonen ist es eine befremdende Zumutung, diesen ganzen, kurz gesagt „aktuellen“ Pazifismus — „überhaupt nicht ernst nehmen“ zu sollen. Zwar hat, wie schon gesagt, A. H. Fried die Frage der Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts zugleich mit dem demnächstigen Friedensschluss verneinend beantwortet. Aber, näher zugesehen, doch nur in dem Sinne, dass „die blosse Einfügung einer Schiedsklausel in den künftigen Friedensvertrag keine Bedeutung hätte, wenn dieser Vertrag nicht gleichzeitig ... Grundlagen für ein Staatensystem schaffe“. Aber eben das wollen ja die Berner wie die Haager Pazifisten. Am klarsten

spricht sich über den Standpunkt der deutschen Friedensfreunde, den Fried mit jenen Vorbehalten wohl wahren wollte, O. Umfrid (BZO, Juli 15) aus: Es war falsch, alles auf die eine Karte des Schiedsgerichts zu setzen. Das Schiedsgericht ist kein Allheilmittel; das habe er schon seit 20 Jahren betont. „Als Krönung des Gebäudes internationaler Organisation können arbitrale Abmachungen gute Dienste tun. Zur Fundamentierung des Gebäudes aber gehören Staatengrundverträge". Was für Grundverträge aber? Solche, die eine „dauerversprechende, friedengarantierende Staatenorganisation" bedeuten. Für diese wird das neue Europa — das Europa, das aus dem Kriegs-Chaos herausgeboren werden wird — reif sein, wenn — ja wenn „die Sieger sich die wünschenswerte Mässigung auferlegen". Das ist sehr vorsichtig umzirkelt, aber es bejaht doch unumwunden die Forderung einer sogleich mit dem Friedensschluss einzuführenden Staatenorganisation; ganz entsprechend dem Aufruf der Deutschen Friedensgesellschaft, die ja Umfrid (früher als erster, seit 1914 seines Alters wegen als zweiter Vorsitzender) vertritt. Irgendeinen prinzipiellen Gegensatz zwischen dieser Stellungnahme und der der niederländischen und schweizerischen Pazifisten, an deren Einigung Umfrid selbst hervorragenden Anteil hat, vermag ich nicht zu erkennen. Keiner von diesen allen will auf die einzige Karte des Schiedsgerichts alles setzen, alle fordern dieses nur als einen Punkt eines umfassenden Programms einer „dauerversprechenden, friedengarantierenden Staatenorganisation". Niemand konnte auf den Gedanken kommen, dass die um Fried und Umfrid das etwa grundsätzlich ablehnten, da Frieds Zeitschrift unter dem Titel „Die Vorbereitung des künftigen Friedens" über fast alle oben aufgeführten Vorschläge und manche ähnliche ohne die geringste Andeutung des Nichteinverständnisses berichtete: FW XVII, H. 1/2 (Jan./Febr. 15) über den Januar-Aufruf des Internationalen Friedensbureaus, ebenda über den Aufruf des Anti-Oorlog-Rads; BZO, Apr. 15 über Brodas Bund für Organisierung menschlichen Fortschritts; ebenda über den Internationalen Frauenkongress im Haag, 28.—30. April, der wieder ganz gleichartige Forderungen, besonders auch die von internationalen Zwangsmassregeln stellt (vgl. Juliheft, S. 170 ff.); dann im Maiheft über das Mindestprogramm der Zentralorganisation; im Augustheft über einen Entwurf der Fabiergesellschaft, der sonst zwar massvoller erscheint als die meisten der vorgenannten, aber doch auch den Vorschlag, als „vielleicht wichtigsten von allen", enthält, gegen jeden den Beschlüssen des internationalen Gerichtshofs sich nicht fügenden Vertragsstaat „gemeinsame Sache selbst bis zur Kriegführung

zu machen"; endlich im Septemberheft (S. 275) über die Einladung zum Studienkongress nach Bern, mit dem Schluss: „Man sieht, der grosse Heerbann der Friedensparteien und rechtspolitischen Organisationen soll aufgeboten werden. Dem Zusammentritt ihrer Anhänger wird man ... grosses und allgemeines Interesse nicht absprechen können."

Nach dem allen ist es etwas überraschend, zu vernehmen, dass Fried zu dem Ganzen dieser Bestrebungen des aktuellen Pazifismus sich schroff ablehnend stellt, darin eine für den echten Pazifismus gefährliche, ihn verfälschende Richtung erblickt, an der übrigens kein vernünftiger — Sie sagen dafür noch etwas kräftiger: kein überhaupt ernst zu nehmender — Pazifist beteiligt sei. Macht sich Fried denn nicht klar, dass er dieser falschen und gefährlichen Richtung selber Vorschub tut, wenn er fast von Nummer zu Nummer seiner Zeitschrift ihre Kundgebungen, ohne Andeutung seines Dissenses, mitteilt und verbreiten hilft?

Zwar hat Fried in seinen zahlreichen Aufsätzen und Schriften oft genug erklärt, dass er den Glauben nicht teilt, man könne schon heute alle internationalen Streitigkeiten durch Schiedsgericht zum Austrag bringen, schon heute den Weltstaat einrichten, schon heute die Nationen in einen Menschheitsverband aufheben; es brauche dazu noch eine vielleicht lange Entwicklung. Sogar finde ich (in: „Kurze Aufklärung über Wesen und Ziel des Pazifismus", Berl.-Leipz. 1914) den für solchen Friedensmann merkwürdig — friedlichen Satz: „Jeder, der in der Richtung der Kultur arbeitet, wirkt im Dienste des Pazifismus." In der Richtung der Kultur wollen wir alle arbeiten, so sind wir alle Pazifisten! Aber um so verwunderlicher wirkt es, wenn derselbe Friedensmann dann wieder genau nur für seinen Pazifismus, als die zurzeit „höchststehende wissenschaftliche (Friedens-)Doktrin", den Ehrentitel des Pazifismus in Anspruch nimmt, alles was davon, sei es nach rechts oder links, auch nur um Haaresbreite abweicht, für Fälschung und Verderb des Pazifismus erklärt. So wendet er sich — allerdings soviel ich weiss zum erstenmal — im Oktoberheft 1915 (S. 316 ff.) unzweideutig gegen die ganze „umfangreiche Literatur", welche den Plan einer Staatenorganisation, die mit dem demnächstigen Friedensschluss ins Leben treten solle, bereits bis in alle Einzelheiten auszuführen unternimmt. Er greift hier besonders Broda heraus, zunächst hinsichtlich eines Einzelpunkts: Broda will, dass der internationale Gerichtshof mit einfacher Stimmenmehrheit beschliesst, während Fried an dem Prinzip der Einstimmigkeit festhält. Mögen die beiden es unter sich

ausmachen, welche von beiden Ansichten die grössere Utopie ist; mir scheinen beide utopisch zu sein und damit nur den Utopismus der gemeinsamen Voraussetzung zu bestätigen. Die Forderung der Einstimmigkeit ist theoretisch richtig, sie allein ist im Sinne echter Demokratie, die nicht Majorisierung bedeuten darf. Aber ebenso sicher ist, dass diese Bedingung bei gegebener Lage den internationalen Gerichtshof zu einem praktisch völlig untauglichen Instrument machen würde. Differenzen, die durch einstimmigen Beschluss der verantwortlichen Vertreter aller Staaten geschlichtet werden können, werden längst auch ohne Schiedsgericht, durch Verhandlung von Staat zu Staat, beigelegt und würden nie zum Kriege führen. Handelt es sich aber um solche Gegensätze, die nach der Überzeugung der in Streit geratenen Staaten deren Lebensinteressen betreffen, so ist ein einstimmiger Entscheid eines Gerichtshofs, in dem die streitenden Parteien selber vertreten sind, offenbar ausgeschlossen. Insoweit ist Broda gegen Fried zweifellos im Recht. Dennoch ist auch sein Vorschlag utopisch: einem Schiedsgericht, in dem von vornherein die Mehrheit die Entscheidung in der Hand hat, wird sich die durch eben diese Mehrheit sich bedroht glaubende Minderheit (z. B. gegenwärtig die Zentralmächte) offenbar nicht unterwerfen wollen noch können. Broda fühlt das selbst und entschliesst sich deshalb, in offenem Widerspruch mit den stets von ihm bekannten „demokratischen“ Grundsätzen, für Deutschland den Beitritt dadurch möglich machen zu wollen, dass man ihm eine verhältnismässig grössere Stimmenzahl zugesteht! Wir erkennen darin gern, dass das Lob, das man seiner Integrität und Unparteilichkeit erteilt hat, nicht grundlos ist. Aber wie kann man darüber im Unklaren sein, dass die Mächte, die seit lange nichts anderes als die Niederzwingung Deutschlands bezwecken und die fortwährend ihrerseits auf die Grundsätze der Demokratie sich berufen, auf eine solche, nach ihren Begriffen ungerechte Bevorrechtung Deutschlands sich niemals einlassen würden? Gegen diese Utopie hat wiederum Fried tausendmal recht, zu sagen: „Broda rechnet nicht mit dem Willen der die Staaten heute beherrschenden Kräfte und nicht mit den Widerständen, die diese seinem Plan entgegensetzen.“ Das ist ganz, was ich gegen den „aktuellen“ Pazifismus überhaupt einzuwenden fand. Alles, was in dieser Richtung von Fried gegen Broda ausgeführt wird, ist durchaus im Sinne meines vor Erscheinen dieser Kritik gedruckten, ungefähr gleichzeitig (15. Okt.) erschienenen Kunstwart-Aufsatzes. Also, worum streiten wir eigentlich? Nun, es soll eben dies, was wir gemeinsam und grossenteils aus denselben Gründen ablehnen, beileibe nicht „Pazifismus“

genannt werden dürfen. Nenne man es denn, wie man will, ich finde keinen Geschmack am Streit um Worte. Indessen ist die Sache damit leider nicht abgetan. Denn jener Kritik an Broda steht gegenüber die „Kritik einer Kritik", nämlich der in dieser Rundschau (H. 4, S. 227) erschienenen des Herausgebers über Frieds „Europäische Wiederherstellung" (BZO, H. 7, S. 261 ff.). Da spottet Fried ziemlich unfriedlich über die „Höflichkeits-Pazifisten", die „Nur-Verständiger", die „Guten-Beziehungs-Meier", über das „Scharwenzeln mit den Halbheiten", über das unerwünschte Mitsprechen der „Halben und Gleichgültigen", und fordert — was? Die „grundsätzliche Anerkennung der Notwendigkeit einer zwischenstaatlichen Ordnung zur Vermeidung von Gewaltentscheidungen", ohne welche das Übel nicht von Grund aus überwunden werden könne, denn man könne die Völker nicht wieder versöhnen, solange man die Möglichkeit solcher Kriege (wie des gegenwärtigen) über ihrem Haupte schweben lasse! Jeder unbefangene Leser wird dies so verstehen, dass, ehe man auf andern Wegen auf eine Versöhnung der Völker mit Erfolg hinarbeiten könne, also doch wohl sofort (sonst bliebe ja das Damoklesschwert des Krieges über den Völkern schweben), eine solche zwischenstaatliche Organisation, durch welche „Gewaltentscheidungen vermieden" werden, eingeführt sein müsse. Und das scheint die vollste Bestätigung zu finden, wenn man in der nächsten Nummer (8, Okt., S. 314) die Zurückweisung Chamberlains liest. Auf die Frage, ob man wirklich glaube, dass diplomatische Abmachungen, Verträge, Schiedsgerichte usw. einem derartig tiefwurzelnden Gegensatze, wie dem zwischen Deutschland und England, gewachsen sein könnten, erfolgt da die Antwort: „Und ob wir das glauben! Glauben, weil schliesslich die Vernunft noch immer über den Humbug (!) triumphiert hat und weil keine noch so geistreiche Charlatanerie (!) die Menschheit daran verhindern wird, das Köpfespalten und Bauchaufschlitzen als widersinnig zu erkennen. Der Kampf wird nach dem Kriege weiter gehen, aber nicht im Chamberlainschen Sinne, in Form einer philosophischen Katzbalgerei (!) zwischen Engländern und Deutschen, sondern als — Polizeiaktion einer internationalen Vernunftschutztruppe gegen die randalierenden Störer der internationalen Ordnung!" — Also „nach dem Kriege" — man kann nach dem Zusammenhang nur verstehen: nach diesem Kriege — die internationale Vernunftordnung der Staaten, mit obligater internationaler Vernunft-Schutztruppe! Man fasst sich an die Stirne und fragt sich: ist das derselbe A. H. Fried, der nur zwei Seiten weiter nicht minder heftig

gegen die — „exekutionsbefugte Polizeitruppe“ Brodas eifert? Oder welcher tiefsinnige Unterschied ist zwischen „Polizeiaktion einer internationalen Vernunft-Schutztruppe“ und „internationaler Polizeitruppe mit Exekutionsbefugnis“ — dass das erstere zu fordern „wissenschaftlicher“ Pazifismus, das letztere verwerflicher „Konstruktionismus“ ist? Und wiederum: wie reimt es sich mit der Erklärung wider Chamberlain, wenn es jetzt heisst: es sei „heute ein Gemeinplatz des organisatorischen Pazifismus“, dass „das Schiedsgericht nicht das gegebene Mittel zur Überwindung des Krieges“ ist? Kenne sich da einer aus! Ich versuche zu verstehen: „grundsätzliche“ Anerkennung (s. o. gegen Feilbogen!) bedeutet theoretische Anerkennung, ohne unmittelbare praktische Konsequenzen; „nach dem Kriege“ heisst — irgendwann; und „nicht das gegebene Mittel“ heisst: nicht das Allheilmittel. Auch so verstehe ich längst noch nicht alles; vor allem nicht, wieso dann nicht mehr das Damoklesschwert des Krieges über den Völkern schweben bleibt. Vielleicht, Herr Doktor, lösen Sie mir das Rätsel.

Indessen, indem ich mich an Sie wende, fällt mir selbst auf, dass ich noch kaum auf Ihren Brief geantwortet, sondern mich durch den Gegenstand habe fortreissen lassen, mir allerlei von der Seele zu schreiben, was sich bei der erneuten Durchsicht der pazifistischen Literatur mir aufgedrängt hat. Immerhin dürfte damit wenigstens auf Ihren ersten Einwand geantwortet sein: dass ich dem Pazifismus „allerlei kindliche Phantastereien nachsage“. Man denke gar nicht daran, Frieden „machen“ zu wollen „wie eine Kanalisationsanlage“. Ich könnte mich vielleicht begnügen, darauf zu antworten: Warum bekämpft denn der „wissenschaftliche“ Pazifismus den „Konstruktionismus“, wenn es keinen gibt? Fried spricht von einer „umfangreichen Literatur“. Es ist die, von der ich oben ein paar Proben gegeben habe, die sich noch um Dutzende hätten vermehren lassen. Aber das trifft noch nicht den Kern der Frage. Die „Phantasterei“ (wenn ich Ihr hartes Wort mir aneignen darf) besteht darin, zu glauben, dass überhaupt unter den Völkern, wie sie heute sind oder wie sie aus diesem Kriege hervorgehen werden, mit deren Willen eine zwischenstaatliche Organisation, die durch gerechte Regelung der gegenseitigen Beziehungen den Krieg ausschliesst, möglich sei. Das aber glauben die Pazifisten alle, bis zu Fried und Umfrid hinauf. Der „wissenschaftliche“ Pazifismus bestreitet zwar den „Konstruktionismus“, aber nur als halber den ganzen. Indessen sind auch unter Irrtümern die ganzen besser als die halben. Der ganze Irrtum stellt sich zum Kampf; fällt er,

so hat er seine Schuldigkeit getan und sein Fall dient dem Siege der Wahrheit. Dagegen hält der halbe Irrtum immer die halbe Wahrheit als Schild vor; so wird, denkt er, der Pfeil der Kritik ihn nicht treffen, er darf ja der Wahrheit nicht wehtun. Man sieht ein, man spricht aus, dass mit den heute die Staaten beherrschenden Kräften die Welt organisieren zu wollen kindlicher Wahn ist und verspricht uns diese selbe Organisation — auf morgen; als ob von heute auf morgen die ungeheure Wandlung der Willen, die dazu nötig wäre, vollbracht sein könnte. An diese „Schnellkur", oder wenn Sie lieber wollen: Schnellbekehrung also — glaubt man? Nein, man glaubt eigentlich nicht, aber folgert doch so, als ob das möglich wäre; man ist eben mit sich selbst darüber nicht im Reinen. Möchte doch der Pazifismus mit dem Friedenstiften erst einmal bei sich selbst anfangen, die eigenen Gedanken miteinander verständigen, ihren Widerstreit einem inneren Schiedsgericht unterbreiten! Denn „erst muss das Inwendige rein sein", hat ein grosser Pazifist gesagt — der dennoch nicht gekommen war, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert. Warum? Das Inwendige — der Gedanken und Willen — war noch nicht rein, und solange konnte alles äussere Bereinigen der Gefässe nichts helfen. Ein internationales Schiedsgericht mit Exekutivgewalt, als Ergebnis dieses Krieges, wäre ein Betrug; wäre nichts als ein Instrument mehr in der Hand des Siegers zur dauernden Niederhaltung des Besiegten. Es wäre ein Pazifismus wie der des Römerreichs, der Pazifismus des Imperiums. Der Imperialismus wird aus diesem Kriege vielleicht geschwächt, aber keineswegs vernichtet hervorgehen. Fällt er je, so fällt er nicht von den Lufterschütterungen der Friedensschalmeien, sondern vom Schwertschlag derer, die da singen: „Wir siegen oder sterben hier den süssen Tod der Freien". Wer diesen Schwertschlag zu führen weiss, der ist der rechte Friedensbringer.

Der Pazifismus — gestehen Sie zu — hat den Faktor der Vernunft überschätzt. Das trifft keinen so wie Fried, der nicht nur das Wort „Vernunft" beständig im Munde führt, sondern mit seinem ganzen Denken über den vorkantischen Rationalismus nicht hinaus ist. Der „Pazifismus der reinen Vernunft" (Umfrid) hat die Kritik der reinen Vernunft in sich noch nicht erlebt. Aber wenn Sie nun gegen diesen falschen Rationalismus die „Marxistische Geschichtsauffassung" ausspielen, so übersehen Sie, fürchte ich, dass die Kritik der reinen Vernunft zugleich die Kritik der vernunftfeindlichen oder doch vernunftflüchtigen Empirie bedeutete. Sozialis-

mus und Pazifismus sind gewiss nur zwei Seiten eines Problems: der eine sucht die wirtschaftliche, der andere die rechtliche Friedensordnung der Menschheit. Der eine aber glaubt die rechtliche Ordnung abhängig von der wirtschaftlichen, der andere die wirtschaftliche von der rechtlichen. Beide verkennen, dass alle Ordnung der Mittel nur ausgehen kann von der Ordnung der Zwecke; Wirtschaft wie Recht sind Mittel, aber nicht Selbstzwecke. Nicht die Erfahrung regelt die Idee, sondern die Idee die Erfahrung; nicht aus dem Endlichen bestimmt sich das Unendliche, sondern aus dem Unendlichen das Endliche; nicht der Weg bestimmt das Ziel, sondern das Ziel den Weg. So bleibt der Sieg allerdings der „Vernunft" — aber der „kritischen": der „Idee" als ewiger Aufgabe; nicht der „dogmatischen", die das ewige Ziel in der Luftlinie erreichen oder in die Erfahrung selbst herabzwingen zu können glaubt. Sie haben völlig recht, dass die rechtliche Friedensordnung nur zugleich mit der wirtschaftlichen, nur als die andere Seite von ihr, zu verwirklichen wäre. Aber für beide gilt gleichermassen, dass „der Weg alles" ist, „das Ziel nichts"; nämlich nichts als — der Richtpunkt des Weges, der „unendlich ferne" Punkt für alle endlichen, — der somit aber richtend, also bestimmend bleibt für den ganzen Weg, ins Unendliche.

Auch die ferner von Ihnen berührte Frage der Völkerindividualitäten löst sich allein auf dieser Grundlage. Der entschlossene Pazifismus fusst erklärtermassen und aus innerer Notwendigkeit auf dem ganz äusserlich, individualistisch verstandenen Prinzip der „Demokratie" und verfährt unter dieser Voraussetzung nur folgerecht, wenn er in seinen Vorschlägen von qualitativen Verschiedenheiten unter den Völkern einfach absieht. Der „wissenschaftliche" Pazifismus zeigt in dieser Frage dieselbe Halbheit und innere Zwiespältigkeit wie in jeder anderen: bald sieht auch er über die tiefsten Gegensätze der Völkercharaktere blind hinweg oder schiebt sie als „trennende Momente" einfach beiseite; bald behauptet er für die „Eigenart" der Völker gerade eintreten und für sie das gegenseitige „Verständnis" wecken zu wollen. Wie aber, wenn aus der „Eigenart" des russischen, des englischen und (ich leugne es gar nicht) auch des deutschen Volkes ein russischer, ein englischer, ein deutscher Imperialismus erwächst — und es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, dass die Völker an diesem unschuldig wären — soll also nicht nur z. B. der englische mit dem russischen Imperialismus sich „herzlich verständigen" — nämlich zur Niederzwingung des deutschen, sondern auch der deutsche mit beiden — dahin, sich als der

schwächere von ihnen niederzwingen zu lassen? Wir sind allmählich misstrauisch geworden gegen einen Pazifismus unter der Ägide des — Zaren. Das will man nicht? Ich glaube es; wenigstens scheint es nur eine mehr und mehr zurücktretende Minderheit zu sein, die unter der Flagge des Pazifismus — Ententepolitik einzuschmuggeln versucht. Aber die Klarheit darüber vermisse ich auch bei den bestgläubigen Pazifisten, dass bei solchen inneren Gegensätzen unter den Völkern, wie sie aus sehr tiefliegenden Ursachen heute bestehen und in alle für uns absehbare Zeit leider bestehen bleiben werden, eine wie immer konstituierte äussere Friedensordnung ohne Vergewaltigung der einen oder andern — oder aller Völkerindividualitäten eine Lüge wäre. Also muss die Verschiedenheit der Völkercharaktere fallen? Nein; so wenig wie die Individualität des einzelnen dem Sozialismus, darf die Individualität der Völker dem Internationalismus zum Opfer fallen; sondern die Völker, alle ohne Ausnahme, müssen eine innere Umwandlung von Grund aus erfahren, die das Verhältnis von Seele zu Seele der Völker so gestaltet, dass ein organisches Zusammenwirken, eine organisierte Weltwirtschaft und ein organisierendes Weltrecht überhaupt erst möglich wird. Sind die „nationalen Charaktere", wie Sie sagen, die wesentlich „trennenden Momente", so kann nicht aus „ganz anderen Quellen" die Einigung kommen; dann käme sie eben von aussen, nicht von innen; sie wäre „mechanisch" erzwungen, „gemacht", nicht „organisch" erwachsen, „geworden". Sondern sie muss aus nur tieferen Tiefen der „nationalen Charaktere" selbst fliessen. Willenseinheit allein ist zentral, alle anderswoher herbeigeführte Einigung bleibt peripherisch. Das nenne ich „organischen Pazifismus".

Sie erinnern mich an ein Wort meines Freundes Stammler. Ich habe dasselbe oft ausgesprochen. Aber wir beide meinten es anders als Sie es verstanden zu haben scheinen. Wir beklagten es, wenn Deutscher und Deutscher verschiedener Klassen sich weniger verstanden als Deutscher und Fremder derselben Klasse; wir freuen uns, dass es heute anders geworden ist. Denn uns beiden gilt zwar die Sache der Menschheit noch höher als die der Nation; aber nur über die Nation führt der Weg zur Menschheit. Heute hat man für die Nation einzustehen und wäre es — scheinbar, für heute und morgen — auf Kosten der Menschheit. Die Bahnen des Fortschritts verlaufen nicht immer gradlinig, sondern vielfach im Zickzack. Dies war meine Überzeugung von je, seit ich sozial denken gelernt habe. Ich hatte darin durch die Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges nicht „umzulernen", sondern nur

meine alte Überzeugung zu erproben und freilich auch weiter, schärfer zu entwickeln. Da Sie, nach dem Schluss Ihres Briefes, um meine Psyche angesichts der grassierenden „Kriegspsychose" ernstlich besorgt zu sein scheinen, so möchte ich Sie bitten, die innere Festigkeit ihrer Konstitution zu erproben durch Vergleichung dessen, was ich zur Kriegsfrage in letzter Zeit (in der Schrift „Der Tag des Deutschen", Hagen, O.Rippel, 1915, und in den vier Kunstwartaufsätzen, die unter dem Titel „Krieg und Frieden" demnächst als Dürerbundflugschrift vereint und erweitert erscheinen sollen) mit dem, was ich früher ebendarüber gesagt habe, etwa in „Volkskultur und Persönlichkeitskultur" (1911, S. 150) und schon vor bald 20 Jahren in freundschaftlichen Auseinandersetzungen mit Franz Staudinger (Arch. f. syst. Philos. II, 248 ff. und Eth. Kultur IV, Nr. 26). Ich sage noch wie damals: „Krieg ist an sich und unbedingt unsittlich"; und sage gleichwohl wie damals: Man hat treu zum Staate zu stehen, treu auch bis zum Tode (so im Krieg): wie Sokrates, da er, um nicht dem Gesetze des Staates ungehorsam zu werden, der Flucht aus dem Kerker zur Rettung seines Lebens sich weigerte. Denn der Staat ist der „allein denkbare Träger des gemeinsamen sittlichen Fortschritts der Menschheit." Der allein denkbare? Ja: denn wir sind Menschen, das heisst stets auf dem Wege, nie am Ziel. Der Weg ist — empirisch, für uns Menschen — alles, das Ziel — empirisch, für uns Menschen — nichts; nämlich „Idee", das heisst aber: der ewige Richtpunkt des unendlichen Weges der „Erfahrung". — Nachdem ich hiermit Ihnen, als Genossen in Kant, auch auf Ihre letzte Frage, vom „systematischen Zusammenhang zwischen Empirie und Ethik", Rede gestanden habe, darf ich diese etwas lang geratene Epistel wohl beschliessen.

In vorzüglicher Hochachtung ergebenst

Paul Natorp.



Das Urteil eines Feindes ist oft gerechter und nützlicher als das eines Freundes. Denke daran und verachte nicht den Tadel deiner Feinde.

Leonardo da Vinci.

Der Krieg für Ideen.

Von Univ.-Prof. Dr. C. BROCKHAUSEN, Wien.

„Wir kämpfen nicht für uns selbst, sondern für die höchsten Güter der Menschheit", so sagen die Kriegführenden gerne, und es liegt etwas Versöhnendes darin, dass niemand den Krieg aus Egoismus, Ländergier, Hass, Revanche, Handelsvorteil usw. geführt haben will, sondern jeder es für nötig hält, eine grosse Idee als Kriegsgrund voranzutragen. Bedenklich ist es nur, wenn die grosse Idee nicht Grund, sondern Vorwand ist.

Bekanntlich haben die Ententemächte und deren geistige Vorkämpfer als eine ihrer Hauptideen ausgesprochen, dass sie den in einem national fremden Staate „unterdrückten" Nationen zur „Befreiung" verhelfen wollen; dies sei eines ihrer vornehmsten Kriegsziele: Deshalb müsse Elsass-Lothringen zurückerobert, Polen von Österreich und Deutschland getrennt, Serbien vergrössert, das italienische Österreich erlöst werden. Aus dem gleichen Gesichtspunkte wurden verschiedenen neutralen Staaten, die gar keine Lust hatten, in den Krieg zu ziehen, Versprechungen gemacht, für den Fall, als sie es doch täten, so Dänemark und Rumänien. Endlich wurde vornehmlich aus diesem Gesichtspunkte jeder Friedensschluss als verwerflich erklärt, der Belgien oder Nordfrankreich in deutschen Händen belasse. Nicht die Eroberung schlechthin sei verwerflich — denn Veränderungen der Landkarte in Europa und ausserhalb desselben wurden keineswegs für unzulässig erklärt — wohl aber die Eroberung national fremder Gebiete.

Diese Idee des reinen Nationalstaates ist bekanntlich eine der Grundtendenzen des vorigen Jahrhunderts; sie hat eine ungeheure suggestive Wirkung und man wird gerade dieser Idee gewiss nicht den Vorwurf machen können, dass sie eine innerlich falsche sei, die als blosse Phrase abgetan werden könne. Sie muss als eine der grossen Ideen der Menschheit eingeschätzt werden, und wenigstens für jene, die überhaupt den Krieg unter gewissen Voraussetzungen billigen, wird sie als eine der relativ entschuldbaren Kriegsursachen gelten.

Deshalb erhebt sich die sehr konkrete Frage: Ist diese Idee des einheitlichen Nationalstaates wirklich einer der leitenden Gesichtspunkte der Entente-Mächte gewesen, so dass sie für diese Idee zu siegen oder zu sterben bereit sind, — oder werden sie diese Frage, falls ihnen ein anderes besser passen sollte, in zweite Reihe setzen, oder sogar gänzlich verleugnen?

Betrachten wir die Sache ganz ohne Voreingenommenheit, rein sachlich, so zeigt sich, dass der wirkliche Sieg der Idee

vom nationalen Einheitsstaate das Todesurteil für vier europäische Staaten bedeuten würde: für die Schweiz, für Österreich-Ungarn, für Russland und für Belgien, — merkwürdig, je zwei neutralisierte Staaten und je zwei kriegführende Staaten müssten zerfallen.

Vor allem müsste die Schweiz ein Opfer dieser Idee werden, zumal jede von ihren drei Nationen an konnationale Grossstaaten grenzt und hier mehr als anderswo eine ziemlich reinliche Absonderungsmöglichkeit vorläge. Wenn wirklich der einheitliche Nationalstaat Trumpf wäre in der Weltgeschichte, — die Schweiz wäre verloren; hier aber würde diese Idee ihre staatenzerstörende Wirkung sehr wider den Willen aller interessierten Bestandteile des Staates ausüben.

Das gleiche Todesurteil würde sowohl Österreich als Ungarn treffen; die von den Ententemächten als Kriegsidee ausgesprochene „Nationalitätenbefreiung" war geradezu gegen dieses komplizierte Staatengebilde gemünzt. Freilich die Vollstreckung des Urteiles wäre wesentlich schwieriger als bei der Schweiz, weil hier acht (oder zehn) Nationen durcheinander wohnen, von denen nur einige an Konnationale „angegliedert" werden können, während andere erst recht „unterdrückt" würden. Überdies würde selbst die feinste anatomische Zergliederung des Delinquenten nicht imstande sein, die zusammengehörenden nationalen Bestandteile reinlich herauszulösen, — trotz massenhafter Amputationen.

Dass Russland beim Siege des nationalen Gedanken zerfallen müsste, lehrt ein Blick auf die buntscheckige Landkarte des Riesengebietes, das nicht bloss nationale, sondern sogar Rassenverschiedenheiten aufweist. Schliesslich kommt Belgien in Betracht; dass Vlämen und Wallonen eine Nation seien, wird niemand behaupten, und wer einmal das Prinzip des einheitlichen Nationalstaates aufstellt, wird schwerlich die französischen Belgier dem Staate Frankreich vorenthalten dürfen.

Da überdies England vom Gedanken des nationalen Einheitsstaates einigermassen getroffen würde — Iren, Kanadier, Buren und Angelsachsen bilden schwerlich eine Nation — so konnten eigentlich nur Frankreich, Italien, Serbien und Montenegro als nationale Einheitsstaaten mit ruhigem Gewissen grade für diese Idee ins Feld ziehen, und da schliesslich die Gewissensreinheit der Franzosen durch den Besitz der italienischen Gebiete von Korsika, Savoyen und Nizza auch ein wenig getrübt ist, so kann die Vermutung wenigstens nicht ganz abgelehnt werden, dass die grosse Idee doch eigentlich nicht Selbstzweck, sondern von Anfang an mehr ein utilitarischer Gesichtspunkt war: die Idee war geeignet,

Vorspanndienste insbesondere gegen Österreich-Ungarn zu leisten; sie wurde nicht um ihrer sittlichen Grösse willen, sondern deshalb auf den Schild gehoben, weil sie dem Gegner Schaden stiften konnte.

Nun ist es eine für das Zusammenleben der Menschen sehr gefährliche Sache, wenn ausser den ohnedies bestehenden reellen Interessengegensätzen auch noch an sich bedeutsame Ideen vorgeschoben werden, um weitere Gegensätze zu schaffen, so dass die Völker überdies Phantomen nachjagen, und sich um solche Ideale blutig schlagen, die sie in Wahrheit gar nicht trennen.

Da hat es eine merkwürdige Ironie der Ereignisse an den Tag gebracht, dass die grosse Idee des nationalen Einheitsstaates grade von denjenigen vergessen wird, die diese Idee kurz vorher auf den Schild erhoben hatten. Diese Ironie des Schicksals verdient einige Beachtung, weil sie zugleich eine Erlösung gewährt von der Furcht, dass dieser Krieg nicht enden könne, bevor nicht diese Idee verwirklicht und somit eine umstürzende Änderung der heutigen Staatsgrenzen durchgeführt seien.

Das genaue Gegenteil des nationalen Einheitsstaates ist der national gemischte Staat. Wenn die Vertreter des einheitlichen Nationalstaates den Gedanken aussprachen: jede Nation hat die letzte und höchste Aufgabe, zugleich einen Staat zu bilden; daher ist es widernatürlich, national geschiedene Völker in einem Staate zusammenzuschmieden, oder umgekehrt eine Nation auf mehrere Staaten aufzuteilen, so gerieten die Anhänger des gemischten Staates in einige Verlegenheit; sie verteidigten ihn hauptsächlich nur mit historischen Gründen: die Zufälle der Geschichte, vergangene Entwicklungsepochen haben ihn zutage gefördert; er möge mehr notgedrungen als vernünftig aus Gründen konservativer Art fortbestehen. Ganz schüchtern nur wagten sich Versuche hervor, diesem gemischten Staat als eine höhere Form menschlicher Vereinigung über dem Nationalstaate zu erheben und in ihm das Vorbild der künftigen friedlichen Symbiose der verschiedenen Nationen zu erblicken. Man kann nur der einen oder der anderen Meinung zuneigen, beiden zugleich natürlich nicht; aber dieser Krieg hat das wunderbare Erlebnis gebracht, dass die Vorkämpfer der einen Idee vielleicht unbewusst die direkten Vertreter der gegenteiligen Meinung wurden.

Allen voran Italien; es ist der national einheitlichste Staat Europas — kein Fremdkörper stört die innere Volksgemeinschaft; fast nur Italiener leben in Italien. Dieser Staat konnte das hohe Lied des einheitlichen Nationalstaates am kräftigsten singen, und dieses Lied bedeutete für Italien

zugleich eine praktische Lockpfeife, da italienische Stammesgenossen in Frankreich, Korsika, Malta, in der Schweiz, in Tirol und anderen österreichischen Ländern wohnen. Und als nun der Augenblick kam, aus dem klingenden Liede eine ernsthafte Tat zu machen, hat Italien zweierlei getan: auf die Gelegenheit, seine Konnationalen in Frankreich, Korsika und Malta zu gewinnen, verzichtete es, hingegen verlangte es, weite Gebiete deutscher und slavischer Völker in sich aufzunehmen. Also überwogen die Handels-, die Macht- und militärischen Fragen weitaus den Gedanken der nationalen Einheit, — eine Realpolitik, für welche Italien im entscheidenden Augenblicke sein Glaubensbekenntnis vom nationalen Einheitsstaat opferte.

Nicht anders hat Frankreich gehandelt, nach Italien der national einheitlichste Staat Europas. Sein ausgesprochenes Kriegsziel ist nicht nur die „Erlösung“ französischer Volksgenossen an seiner Ostgrenze, sondern auch Einverleibung rein deutscher Gebiete im Elsass; den grossen Staaten folgte das kleine Serbien, das seine heftigsten Nationalfeinde, Kroaten und Albaner, sich einzuverleiben bereit war.

Für den künftigen Weltfrieden ist es höchst wahrscheinlich gut, dass es sich klar und unverwischbar gezeigt hat, dass eine Reihe anderer Interessen selbst bei national-einheitlichen Staaten über die nationale Idee den Vorrang beanspruchen. Aber noch ein zweites, viel wichtigeres Resultat ist an den Tag gekommen: der nationale Einheitsstaat findet gar nicht sein Genüge an den Mitgliedern der eigenen Nation, er ist durchaus nicht gesättigt; er strebt vielmehr über die Grenzen seiner Nation hinaus. Der Gedanke, dass der Weltfrieden nur auf der Grundlage der von einander abgesonderten Nationen möglich sei, ist hinfällig geworden, und der übernationale Staat, der eine Mehrheit von Nationen umfasst, ist nicht mehr ein verabscheuungswürdiges Missgebilde, nicht mehr ein Produkt des leidigen Zufalles, er erscheint vielmehr grade denjenigen, die ihn angeblich aus der Welt schaffen wollten, als der angestrebte Staat der Zukunft, und so sind durch den Krieg die Staaten Europas, die diesen übernationalen Staatsgedanken schon jetzt verkörpern, wie Österreich-Ungarn und die Schweiz, innerlich gefestigt worden. Die Idee von der Erlösung der Unerlösten hat sich als ein Trugschluss erwiesen, der gerade von denjenigen aufgedeckt wurde, die ihn bisher im Munde führten.

Ich kehre zum Anfange dieser Betrachtung zurück: es ist erhebender, für grosse Ideen als für Egoismus zu kämpfen; nur müssen die Ideen echt sein, ein Ziel, nicht bloss einen Vorwand bilden.

Zur Autonomie Elsass-Lothringens.

Die „Internationale Rundschau“ vom 15. Januar d. J. enthält einen Artikel von Hermann Fernau „Zur Autonomie Elsass-Lothringens“. Je bemerkenswerter einige darin enthaltene Ausführungen sind, um so mehr bedarf ein darin enthaltener Satz der Berichtigung. Es heisst da, auf Seite 29:

„Bismarck hatte Elsass-Lothringen eine Verfassung versprochen, Wilhelm II. hatte dieses Versprechen wiederholt und war sogar bis zur Schaffung einer Art von elsass-lothringischem Landtag gegangen. Das Übel war aber, dass dieser Landtag keine Rechte besass, dass die Elsass-Lothringer nach wie vor als Unterdeutsche behandelt wurden, dass den „Reichslanden“ also die Würde und Selbständigkeit eines deutschen Bundesstaates vorenthalten blieb.“

Das ist für die Zeit nach 1911 nicht zutreffend. Es ist allerdings richtig, dass die Beschlüsse des 1875 ins Leben getretenen Landesausschusses vom Bundesrat unter Zustimmung des Reichstags aufgehoben werden konnten; aber mit der neuen Verfassung von 1911 fielen Reichstag und Bundesrat nahezu völlig weg; die Regierung ist seitdem in der Hauptsache ganz in das Land selbst verlegt; die Volksvertretung in der Zweiten Kammer wird durch allgemeine, gleiche und direkte Wahl gebildet; und die Erste Kammer ist in ihrer Zusammensetzung nicht mehr und nicht weniger anormal als dies bei den Ersten Kammern der übrigen deutschen Staaten der Fall ist. Das allgemeine, direkte, geheime Reichstagswahlrecht besitzt jeder Elsass-Lothringer so gut wie jeder Deutsche. Die früheren Ausnahmegesetze sind nacheinander beseitigt worden: der Diktaturparagraph, der seit 1897 nur noch auf dem Papier bestanden hatte, ist gefallen, der Passzwang ist seit 1891 nur für ausländische Militärpersonen in Anwendung gewesen; für Vereine gilt in Elsass-Lothringen das allgemeine Reichsvereinsgesetz; fremdsprachliche Presseerzeugnisse, also auch französische Zeitungen, konnten unbeschränkt in Elsass-Lothringen gedruckt werden und erscheinen, im Gegensatz zu Frankreich, wo fremdsprachliche periodische Druckschriften wie ausländische behandelt, das heisst durch einfache Verfügung unterdrückt werden können. Es ist richtig, dass die Minister dem elsass-lothringischen Landtag rechtlich nicht verantwortlich sind; aber Herr Fernau schreibt selbst (Seite 31), dass auch im übrigen Deutschland die Ministerverantwortlichkeit vor dem Parlamente fehlt. Man mag das beklagen; aber jedenfalls sind die Elsass- Lothringer nicht schlechter als die übrigen Deutschen behandelt worden.

Prof. Dr. *Lujo Brentano* (München).

□□□

Der arabische Orient und der Krieg.*)

Von Dr. MI-BASCHAN.

Mit dem Einsetzen der deutsch-österreichischen Offensive in Serbien ist der Orient wieder Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit und das bedeutendste Schlachtfeld geworden.

Streng genommen ist der ganze gegenwärtige Krieg, trotz seiner Ausdehnung auf alle Weltteile, letzten Endes doch nichts anderes als eine gewaltige Fortsetzung des letzten Balkankrieges, oder, noch richtiger, der letzte und grösste aller Kriege, die seit Jahrhunderten zwecks Schlichtung der so verwickelten orientalischen Frage geführt werden. Bagdadbahnunternehmen, Verkehr im Mittelmeer und auf dem Suezkanal, Dardanellenfrage, Beherrschung der Handelsmärkte im nahen und fernen Orient, politische Rivalität auf dem Balkan und in der Türkei — alle diese Ursachen zusammengenommen machen mehr oder weniger bewusst einen Hauptgrund des grossen Krieges aus. Der Orient steht also im Brennpunkt aller europäischen Interessen — und da ist es nur berechtigt die Frage aufzuwerfen, die sich naturgemäss jedem denkenden Menschen von selbst aufdrängt: Was soll nun aus diesem vielumstrittenen Orient werden, wenn endlich einmal die ersehnte Entscheidung gefallen und der Krieg auf die eine oder andere Weise zu Ende sein wird? —

Eine Antwort auf diese allerschwierigste Frage, die seit Alexander I. und Napoleon immer wieder aufgeworfen und halbwegs „gelöst" wurde, zu geben ist noch schwieriger, als etwa die genaue Verteilung der Schuld am Ausbruch des jetzigen Krieges durchzuführen. Und zweifellos wird das Orientproblem einst beim Friedensschluss die unüberwindlichsten Schwierigkeiten bieten und

*) Unter dem gleichen Titel wird demnächst bei Orell Füssli, Zürich, eine ausführliche Studie desselben Autors erscheinen, welcher wir diesen Schluabschnitt entnehmen.

den Diplomaten und Friedensdelegierten das schlimmste Kopfzerbrechen verursachen. In der Tat was bedeutet diesem Jahrhunderte alten Sphynxrätsel gegenüber eine Frage wie die Regelung der Besitzverhältnisse in Elsass-Lothringen? Oder ist nicht etwa die Eroberung der deutschen Kolonien durch die Ententetruppen lediglich ein Mittel, Deutschland zur Freigabe Belgiens und der Champagne zu zwingen, wonach sie ihm zurückgegeben werden? Auch über die Annexion Polens durch Deutschland werden die „ehrlichen Freunde“ Russlands unschwer zur Tagesordnung schreiten und die Königin der Meere wird eine stille, aber aufrichtige Freude an dieser Entfettungskur Russlands haben. Aber das Orientproblem? Ist man doch selbst in den Kreisen der Ententediplomaten, die gewohnt sind die Haut des noch nicht erlegten Bären aufzuteilen, zu keinem endgiltigen Beschlusse in Bezug auf die Aufteilung des Orients gekommen! Die seit Jahrhunderten betriebene Politik Englands und Frankreichs im Orient, die auf Schaffung von Interessenzonen ausging, hat ja diese beiden Mächte unter sich und neuerdings auch mit dem russischen Bundesgenossen nicht selten zu kleineren und grösseren Reibungen und Verdriesslichkeiten gebracht; nun soll die orientalische Frage gar noch im Beisein der Zentralmächte (und vielleicht nicht zu deren Schaden) erledigt werden. Welches Diplomatengenie wird solche Aufgabe auch nur halbwegs befriedigend lösen?

Und diese Aufgabe — das steht fest — muss diesmal endgiltig und erschöpfend gelöst werden; die Ruhe der gesamten zivilisierten Menschheit verlangt es, endlich einmal in diesen den Frieden beständig gefährdenden Angelegenheiten vollständig reinen Tisch zu machen. Die höchsten Interessen der europäischen Grossmächte und der ganzen Kulturwelt überhaupt fordern gebieterisch eine Beseitigung jener Plänkeleien und Zänkereien auf dem Balkan und im arabischen Orient, die stets wie ein vollgepropftes Pulverfass in gefährlichem Rollen und Gären sich befinden und bei der ersten Gelegenheit einen neuen Weltbrand heraufbeschwören können.

Betrachten wir nun die Möglichkeiten einer Lösung dieses verwickelten Problems näher, so ergeben sich deren zwei: Die eine ausgehend vom bisherigen Standpunkt der europäischen Diplomatie, die andere mehr den Lebensinteressen der Orientvölker und letzten Endes auch denen der gesamten zivilisierten Welt entsprechend. Erstere ist die bekannte sogenannte nationale Verteilung des Balkans und die Einführung europäischer „Kontrolle“ in die Verwaltung Vorderasiens, gesetzt dass eine Aufteilung des Besitzes vom „kranken Mann am Bosporus“ nicht erfolgt. Bei einer derartigen „Lösung“ würde, wie die Aufteilung des Balkans von 1913 zur Genüge gezeigt, das System der „politischen Wirkungskreise“ und wirtschaftlichen „Interessenzonen“ wie bisher fortdauern, die Treibereien der Agenten der verschiedenen Mächte würden auch fernerhin über kurz oder lang Stoff zu einem neuen Zusammenprallen der europäischen Grossstaaten liefern. Gesetzt den Fall, dass die Türkei wirklich auch weiter und mit voller, uneingeschränkter Ausübung ihrer Macht in ganz Vorderasien herrscht, — so muss man sich auf eine Periode unerhörter Kämpfe zwischen der zentralistischen und nationalistischen Konstantinopeler Regierung und den ihr untergebenen Stämmen gefasst machen, und Massakres, Revolten und politische und kulturelle Repressalien würden an der Tagesordnung sein, was ja schliesslich wiederum „Kontrollen“ und Einmischungen von seiten der europäischen Regierungen zur Folge haben müsste. Abgesehen davon ist nach den bisherigen, leider noch nicht genügend gewürdigten Erfahrungen, die türkische Regierung allein, ohne Hilfe oder Zwang der Europäer, in administrativer und volkswirtschaftlicher Beziehung von grosser Schwäche; die Misswirtschaft im Orient würde also wie bisher weitergehen und die blühenden Provinzen und lebensdurstigen Völker weiter verkommen. Nehmen wir nun an, dass — was ja immerhin möglich ist — die Türkei oder wenigstens die arabischen Provinzen unter den verschiedenen Mächtegruppen aufgeteilt werden, so ist wiederum, selbst bei noch so genauer Abgrenzung der Teile und Verklausulierung

der Rechte auf dieselben, eine politische Rivalität nicht ausgeschlossen und die vermeintliche, mit der Sklaverei der Einheimischen erkaufte wirtschaftliche Entwicklung dieser Provinzen, ein Gegenstand des Neides zwischen den verschiedenen Besitzern; eine solche Lösung ist auch nichts als ein Produkt der krankhaften Kolonialpolitik und kann zu keinem dauernden Frieden führen.

Die zweite Möglichkeit hingegen ist die der Schaffung einer aus allen in Betracht kommenden Völkern zusammengesetzten orientalischen Eidgenossenschaft, mit vollständiger, verbürgter Selbständigkeit nach aussen hin, etwa nach dem Muster der Schweiz oder der amerikanischen Vereinigten Staaten. Eine Vereinigung der verschiedenen auf dem weiten Raume zwischen dem Mittelmeer und dem iranischen Hochland lebenden Völkerschaften, geleitet von den Vertretern aller vorhandenen Nationen, mit einer entsprechenden allgemeinen Gesetzgebung, bei Wahrung aller nationalen Interessen der einzelnen Gruppen würde, zweckentsprechend durchgeführt, allen bisherigen Übeln in jenen Gegenden abhelfen, und die Stätte der ewigen Revolten und Verfolgungen in eine Stätte der Ordnung und des Friedens umgestalten. Auch auf dem mittleren Balkan, wo christliche und mohammedanische Albanier, Kutzovalachen, Griechen, Slaven, Türken, usw. zusammengewürfelt sind, würde eine ähnliche Lösung viel besser die Ruhe herstellen als die Gründung von unlebensfähigen, sich feindlich gegenüberstehenden Kleinstaaten. Im arabischen Orient aber, wo die einzelnen ethnischen Gruppen noch verworrener bei- und ineinander leben, wäre die Gründung einer grossen Staatsgenossenschaft das wahre Paradies. Freilich wird mancher Leser fragen: Wie soll es denn möglich sein, diese rohe Völkermasse sich ganz zu überlassen, wo der Verfasser selbst von ewigen Feindschaften und Reibungen zwischen den einzelnen Stämmen spricht, die zu dämpfen kaum eine starke, bewaffnete Macht ausreichen würde: Nun, die beste Antwort darauf haben die Einwohner des Libanesischen Autonomiestaates bereits vor Jahren gegeben, sobald sie nur von ausländischen Ein-

flüssen einigermassen frei waren. Jeder, der im Libanon war, weiss Wunder von der Ordnungsliebe und der Tüchtigkeit dieser Bergbewohner zu erzählen, deren Miliz musterhafte Polizeidienste leistete und für die Sicherheit im Lande sorgte. Es gibt heute bereits im Orient genug gebildete und einsichtige Männer aller Nationalitäten, die bei der Konsolidierung einer Eidgenossenschaft die Leitung und die Verantwortung übernehmen, und die nötigen administrativen und wirtschaftlichen Reformen allmählich durchführen könnten. Man könnte noch in der ersten Zeit bei der jungen Genossenschaft einen aus Angehörigen europäischer Kleinstaaten oder anderer nicht eroberungssüchtiger Länder zusammengesetzten Beamtenstab anstellen, der politisch unbefangen und daher völlig neutral sein würde. Den europäischen Mächten würden in der neuen Republik gleiche Rechte auf den vollständig freien Handel, sowie die jeder politischen Schattierung entbehrenden Konzessionen für Industrieunternehmungen eingeräumt werden, etwa so, wie man dem europäischen Kapital und der europäischen Arbeit in Amerika freien Zutritt oder doch die Möglichkeit der Beteiligung an Geschäften zugesteht. Ähnlich wie es gewisse Staaten oder Meere und Meerengen gibt, für die aus allgemeinen Sicherheits- und Wohlfahrtsgründen die vollständige Neutralität und Gleichberechtigung aller Nationen garantiert wird, wie z. B. die Donau auf der Strecke zwischen Orsowa und Sulina, früher der Suezkanal und das schwarze Meer.

Dass eine ähnliche Lösung zur Erleichterung des Verständnisses zwischen den Mächten und bei genauer Durchführung zur Herstellung des politischen Gleichgewichtes in Europa beitragen kann, ist nicht schwer einzusehen. Dass aber eine derartige Regelung der Orientfrage den in Frage kommenden Völkerschaften selbst am liebsten ist, beweisen für den Balkan die Versuche, die man nach dem Bukarester Frieden machte, trotz aller Gegensätze eine Balkanföderation zu gründen, und auch im asiatischen Teile der Türkei fehlten und fehlen die Bestrebungen nicht, eine Autonomie nach den oben angenommenen Grundsätzen

ins Leben zu rufen. Jede fremde Herrschaft, ob sie nun von gleichgläubigen Türken, von „liberalen" Engländern oder ordnungliebenden Deutschen gehandhabt wird, ist diesen so lange Jahrhunderte geknechteten Völkerschaften Vorderasiens gleich lästig und verhasst. Nach nichts sehnen sie sich so sehr wie nach einer ihre Sprache und Eigenart, sowie ihre freie Entwicklung schützenden Regierungsform, und keine ist imstande ihnen diese zu gewähren, wenn nicht eben die eidgenössische Selbstverwaltung ihrer Provinzen.

Mögen diese Ausführungen von „praktischen" Politikern als Utopien bezeichnet werden — die Abwicklung der jetzt noch verworrenen Ereignisse wird zu ihren Gunsten sprechen. Mögen die Diplomaten der einzelnen kriegführenden Staaten auch noch so viele Pläne von Kompensationen und „Erfolgen" auf Rechnung des zu verteilenden Orients entwerfen, sie werden alle früh genug zur Überzeugung gelangen, dass sie gerade nach diesem gewaltigen Kriege die Politik der reinsten Interesselosigkeit werden einhalten müssen, damit der kommende Friede nicht mehr durch die Streiche einzelner Völkeraufwühler gefährdet werden könne. Es wird schwer genug fallen, zu einer solchen Lösung zu gelangen, die, weil die einfachste, deshalb auch die am wenigsten beliebte ist, aber nur eben dieses grösste aller Opfer, der Verzicht auf tiefe Diplomatenweisheit allein, kann dem Orientproblem seinen der menschlichen Entwicklung so unentbehrlichen, würdigen Abschluss geben.



Die neue Geschichte ist einem tauben Manne gleich, der auf Fragen antwortet, die man ihm nicht stellt.

Leo Tolstoi.



Nationale und Internationale Staaten.

Von Dr. ROBERT SIEGER, Professor an der Universität Graz.

(Schluss.)

Alles Gesagte gilt für die Fälle, in denen eine nationale Abgrenzung überhaupt möglich ist. Möglich ist sie aber nur unter der Voraussetzung, dass die einzelnen Nationen und — was damit in der Hauptsache, wenn auch nicht völlig zusammenfällt, namentlich nicht im Orient — die einzelnen Sprachgebiete mit einfachen, glatten Grenzen aneinanderstossen. Als einfache sollen uns hiebei neben wirklich linearen Grenzen auch „Naturgrenzen" gelten, wie sie das Meer und andere unbewohnte und unbewohnbare Zwischengebiete (Hochgebirgsland, Sümpfe, breite, verwilderte Ströme und dergl.) darstellen und selbst schmale Übergangs-, Misch- und Sprachinselgebiete, wenn sie den Charakter eines dem Ganzen gegenüber verschwindenden Saumes tragen, sollen uns nach dem Grundsatze „Minima non curat praetor" als ausreichend scharfe Völkergrenzen gelten. Wir wollen auch grosse Sprachinseln, wenn sie vereinzelt sind, ganz unberücksichtigt lassen. Trotz all dieser Zugeständnisse bleiben aber Gebiete genug über, die man als gemeinsame Wohngebiete mehrerer Nationen bezeichnen muss, wenn auch darin mitunter — keineswegs immer — eine davon die absolute Mehrheit aufweisen mag. Schon ein Blick auf die Völkerkarte Europas lässt das erkennen. Eine genauere Betrachtung einer Sprachenkarte Österreich-Ungarns, Russlands, der Südosthalbinsel — beispielsweise sei an die Darstellungen Albaniens und Makedoniens durch den serbischen Geographen Cvijić erinnert — zeigt uns grosse Gebiete, in denen eine sprachliche Abgrenzung geradezu Kartenbilder von der Art des vornapoleonischen Deutschland hervorrufen müsste. In Albanien und Makedonien leben Serben, Albanesen, Griechen, Rumänen, Bulgaren, zum Teil in förm-

lichem Gewirr durcheinander. Wie immer das Land geteilt würde, in jedem Teil blieben „Unterdrückte“ in nennenswerter Zahl. Nur wenig einfacher liegen die Verhältnisse in Südungarn und andern Teilen Österreich-Ungarns und des Orients.

Im Orient kommt noch die konfessionelle Zugehörigkeit dazu. Sie bestimmt das Zusammengehörigkeitsgefühl mehr, als die Sprache und fällt auch kulturell fast mehr ins Gewicht als diese. Nach Sprache und anderen Merkmalen sind Serben und Kroaten Glieder einer Nation; wesentlich nach der Konfession aber sondern sich die orthodoxen Serben und die katholischen Kroaten von einander scharf ab, und ein drittes Element sind die bosnischen Mohammedaner. Grosskroatentum und Grosserbentum sind politische und nationale Gegensätze ausgesprochenster Art und mit eine der Veranlassungen des Weltkriegs. Hier gehen also sogar die Ansichten der Beteiligten untereinander und ebenso die der Aussenstehenden darüber auseinander, wer zu der Nation gehört!

Werfen wir nun gar noch die Frage der Kolonien auf — deren Völker ja auch Ansprüche auf Selbständigkeit erheben könnten und deren weisse Einwandererbevölkerung grossenteils nicht aus dem „Mutterlande“ stammt (französische Kanadier, italienische Tunesier) — so türmen sich die Schwierigkeiten noch höher. Wir sehen, das „Nationalitätenprinzip“ ist eine Theorie, ein Ideal, wie man es nennen mag, aber keine Richtschnur, nach der sich die Wirklichkeit einfach gestalten lässt. Wo die historische Entwicklung zum Nationalstaat drängt, wird er sich aus eigener Kraft durchsetzen; wo er künstlich geschaffen wird, muss er zerfallen, wie alles Unechte. Die geographischen Verhältnisse erklären Staaten, die jenem Prinzip so völlig widersprechen, wie Österreich-Ungarn. Dieses ist nach der von mir eingehend begründeten Ansicht österreichischer Geographen, insbesondere A. Pencks und seiner Schüler, eine ausgesprochene geographische Einheit, und der seither für das Vaterland gefallene A. Grund schrieb 1905: „Österreich-Ungarn ist ein Beweis für den staaten-

bildenden Einfluss geographischer Verhältnisse. Diese haben die zahlreichen widerstrebenden Nationen zu einem Staate vereinigt." Zusammenfassend habe ich die geographischen Grundlagen für die Entstehung der Monarchie und die Gewähr ihres Bestandes erblickt in folgenden Tatsachen: in der Aufschliessung ihrer einzelnen, an sich mehr oder weniger selbständigen natürlichen Teilgebiete gegen einander; in ihrer Verknüpfung durch das Wiener Becken und durch die Übergangs- und Zwischenlandschaften, die dieses umgeben; in der Geschlossenheit der Gebirgsmauern rings um dieses nach Wien gravitierende Gebiet, in denen am Nordwestrande gegen das Deutsche Reich und am Südostrande gegen die Südosteuropäische Halbinsel hin breite Tore sich auftun; in der damit zusammenhängenden Vorherrschaft der Nordwest-Südost-Richtung in Gebirgen und Flussläufen, wie auch in der Längsrichtung der Adria, „die den physischen wie den geistigen Bewegungen innerhalb jenes Rahmens und darüber hinaus den Weg weist; endlich in den engen natürlichen Beziehungen zu dem übrigen Mitteleuropa, welche den Inhalt dieser Bewegungen so stark beeinflussen".*) Wirtschaftlich und kulturell erscheint die „Donaumonarchie" als ein Bindeglied zwischen Mitteleuropa und dem Orient, selbst aber als ein Teil — kurz gesagt, als die südöstliche Verkehrsabdachung — Mitteleuropas. Jede Teilung der Monarchie würde weniger geschlossene, weniger gut begrenzte Staatsgebilde an ihre Stelle setzen, eine Teilung nach der nationalen Gliederung aber geradezu solche mit unmöglichen und unhaltbaren Grenzen. Deshalb hat man Österreich-Ungarn als „europäische Notwendigkeit" bezeichnet und seine eigenen Völker haben mit bewaffneter Hand bewiesen, dass sie es erhalten wollen!

Nun könnte man ja meinen, nationale Staatsgebilde bedürften geringeren Grenzschutzes als solche auf rein politischer, territorialer oder dynastischer Grundlage. Solche Vorstellungen können sich in national einheitlichen, von Natur scharf abgegrenzten Staaten, die an „nationale

*) Meine oben genannte Schrift, S. 51.

Eroberungen" nur in ihren Kolonien denken, leicht entwickeln. Sie widersprechen aber den tatsächlichen Verhältnissen an offenen Sprachgrenzen. Benachbarte Völkerschaften kämpfen miteinander durchaus nicht nur um „Gleichberechtigung", „Freiheit" oder „Herrschaft", sondern einfach um die Erweiterung ihres nationalen Wohn- und Geltungsgebietes. Das zeigt uns Österreich-Ungarn ebensowohl wie die „deutschen Ostmarken", das westliche Russland und andere Sprachgrenzländer. Da sich nach dem Gesagten „nationale Staaten" nur ganz ausnahmsweise reinlich und dauerhaft abgrenzen lassen, wird nicht zu erwarten sein, dass diese Kämpfe innerhalb neuer Staatsbildungen aufhören, ja sie werden zu Reibungen zwischen den Staaten selbst führen, wenn sich diese ihrer abgetrennten Volksgenossen oder ihrer Auswanderer annehmen, wozu sie als „Nationalstaaten" eigentlich verpflichtet wären. Jedenfalls waren nationale Streitigkeiten in der „internationalen" Türkei weniger heftig, als in und zwischen den aus ihr hervorgegangenen Staaten mit nationaler Tendenz. Nicht unbemerkt darf auch bleiben, dass die „Nationalstaaten" der Gegenwart selbst, sobald sie genügend erstarkt sind, über das Nationalitätenprinzip hinausgreifend, die ihnen durch ihre geographische Lage und ihre wirtschaftlichen Interessen nahegelegten Ansprüche geltend machen. Italiens „Adriaprogramm" und sein „Mittelmeerprogramm" sind solche, im Gegensatz zum nationalen Prinzip stehende Äusserungen eines gewissen Imperialismus. Die heute so lebhaft auftretenden Bestrebungen nach der Beherrschung wichtiger Meer- und Landengen, der Strasse von Gibraltar, von Calais, von Konstantinopel, der Dardanellen usw. sind Ergebnisse geographischer, wirtschaftlicher und militärischer Erwägungen, nicht des Nationalitätenprinzips. So konnte man selbst die Ansicht aussprechen, dass dieser Krieg das Ende des Rassen- und Nationalitätengedankens als staatsbildende Kraft bedeute. Das ist wohl übertrieben. Jedenfalls aber haben die bisherigen Ereignisse dargetan, dass neben ihm noch andere starke, Staaten bildende und er-

haltende Kräfte wirksam sind, wie z. B. der vielverspottete, österreichische Staatsgedanke.

Ich habe schon angedeutet, welche Bedeutung der Völkerstaat Österreich-Ungarn als Kulturvermittler zwischen Mitteleuropa und dem Osten besass und trotz der nationalen Hochflut noch besitzt. Soll der vorhin besprochene Gegensatz der verschiedenen grossen Kulturkreise nach dem Frieden wieder gemildert, soll jenes „Europäertum" wieder entwickelt werden, das uns schon fast erreicht schien und nun auseinandergerissen ist, so wird dies ohne die Vermittlung „internationaler Staaten" noch viel schwerer möglich sein, als mit ihr. Die Nationalstaaten werden alles Sondernde und Trennende nur mit verstärktem Eifer pflegen. Auf Schweizer Boden aber berühren sich germanische und romanische Weltanschauung, und Österreich-Ungarn hat die mitteleuropäische Form der abendländischen Kultur auch solchen Völkern mitgeteilt, die von Hause aus den Kulturkreisen des Ostens angehören.*) Die politischen Wirkungen solcher Vermittlungen darf man nicht überschätzen, ebensowenig aber ihre kulturellen und sittlichen unterschätzen. Auch deshalb, meine ich, dass gerade die „Friedensfreunde" allen Grund hätten, nicht der Zerstörung, sondern der Aufrechterhaltung internationaler Staatswesen das Wort zu reden.

Graz, Juli 1915.

*) Auf die Auffassung F. W. Foersters und C. Brockhausens, dass Österreich-Ungarn, indem es seine Völker zum nationalen Frieden führen wird, Vorbild und Anstoss des Völkerfriedens in Europa werden kann, gehe ich in diesem Zusammenhange nicht ein.



Der blos niedergeworfene Feind kann wieder aufstehen, aber der versöhnte ist wahrhaft überwunden.

Schiller.

Nochmals Epikur und der Krieg.

Eine Erwiderung von PAUL HIESTAND.

In der letzten Nummer dieser Zeitschrift ist mein in Nr. 9 des letzten Jahrgangs erschienener Artikel „Epikur und der Krieg“ von Herrn Professor Dr. Franz Brentano mit einer Kritik bedacht worden, die eine Erwiderung meinerseits nötig macht.

Die Kritik des Herrn Professor Brentano geht im wesentlichen dahin, dass mein Aufsatz in seinem die religiöse Mystik betreffenden Teile einerseits nicht die Spur eines Beweises der aufgestellten Behauptungen enthalte, anderseits einen in verächtlicher Sprache geschriebenen, beleidigenden Angriff gegen die Anhänger des Theismus und damit einen auffälligen Akt der Intoleranz bedeute.

Was den ersten Einwand anbelangt, so will ich von vornherein zugeben, dass es vielleicht etwas gewagt war, auf wenigen Seiten Fragen zu behandeln, die das A und das O aller Philosophie bedeuten. Allein, wenn es auch bei solcher Kürze nicht möglich war, die Kette der Schlussfolgerungen in voller Anschaulichkeit zu entwickeln — ich werde das Versäumte zu gelegener Zeit nachholen — so sollte die in dem Aufsatze gegebene Skizze meines Gedankenganges dem gebildeten und einer Erörterung des Themas nicht zum voraus abgeneigten Leser doch wohl verständlich sein. Wie er derselben entnehmen konnte, habe ich dagegen Stellung genommen, dass, wie dies häufig geschieht, die Schuld an dem Kriege dem Individualismus und der religiösen Indifferenz überbunden wird. Nicht logisch überlegte Interessenpolitik, sondern ein in den letzten Jahren herangewachsener fanatischer Nationalismus hat den Völkerkrieg entfesselt. Der fanatische Nationalismus aber ist psychologisch durch eine gefühlsmässige, übernatürliche Auffassung vom Staate bedingt, und diese Auffassung findet ihrerseits ihren Urgrund und Nährboden in einem das Gefühlmässige bevorzugenden und daher zu Fanatismen aller Art disponierenden Geistesleben. Sie muss somit mächtig dadurch gefördert werden, dass die namentlich in der Massenpsychologie und ihren religiösen und politischen Ideen sich entfaltenden mystischen, d. h. illogischen Geistesrichtungen das Übergewicht über die nüchterne individualistische Logik erlangen.

Wenn nun Herr Professor Brentano findet, dass ich nicht das Geringste vorgebracht hätte, was einem Beweise meiner These ähnlich sehe, so bitte ich zu überlegen, was man in den Geisteswissenschaften, auf deren Gebiet unser Thema liegt, unter Beweisen versteht. Man wird dann zugeben, dass es sich hier nicht, wie in den Naturwissenschaften, um greifbare experimentelle Nachweise handeln kann, sondern dass der Beweis in der Evidenz des Gedankenganges liegt, dessen tatsächliche erfahrungsmässige Grundlagen von jedem Gebildeten und Denkenden zu überprüfen sind und den daher anzunehmen oder abzulehnen

vollständig im Belieben des — natürlich je nach Geistesanlage, Umwelt und Erziehung mehr oder weniger geneigten — Lesers steht.

Es scheint mir, dass die von Herrn Professor Brentano gegebene, sehr summarische Zusammenfassung meines Gedankenganges nicht unerheblich schärfer klingt, als das, was ich tatsächlich ausgeführt habe. Obwohl ich an einigen Stellen die Kirche und den Glauben erwähnte, so liegt doch, wie die oben von mir gegebene Skizze zeigt, das Schwergewicht meiner Ausführungen nicht in einer Anfechtung des Theismus, den ich nicht einmal genannt habe, sondern in der Opposition gegen die neuerdings wieder im Wachsen begriffene, auf die Länge vielleicht selbst die Denkfreiheit gefährdende Herrschaft der irrationalen Geistesrichtungen und vor allem gegen deren Einmischung in Recht und Politik. Dass im übrigen der Theismus zahlreiche und angesehene Vertreter der Philosophie und der Einzelwissenschaften zu seinen Anhängern zählt, war mir auch bei meinen bescheidenen Kenntnissen in der Geschichte der Philosophie doch nicht so unbekannt, wie Herr Professor Brentano annimmt.

Allein ganz abgesehen davon, dass meine Ausführungen sich gar nicht in erster Linie mit dem Theismus beschäftigten, ist in Sachen der Auffassung und Wertung der geistigen Erscheinungen unserer Tage die Berufung auf Autoritäten doch kaum mehr ein Beweismittel.

Und nun der Vorwurf der Intoleranz und Beleidigung. Ich war und bin noch der Meinung, dass es gerade den Friedensbemühungen eher dienlich sein möchte, einmal einer Ansicht Ausdruck zu geben, welche den Kampf auf ein neutrales geistiges Gebiet hinüberrückt, indem sie die Schuld am Kriege oder wenigstens einen Teil derselben nicht bei bestimmten einzelnen Völkern, sondern in psychologischen Zuständen und Tendenzen sucht, die überall vorhanden und daher überall zu bekämpfen sind. Darin, dass dieser Kampf ein sachlicher bleiben muss und nicht in persönliche Beleidigung ausarten darf, bin ich mit Herrn Professor Brentano vollkommen einverstanden, nur halte ich dafür, dass letzteres in meiner Arbeit nicht geschehen ist. An meinen Ausführungen kann doch wohl nur derjenige ein Ärgernis nehmen, der eben jede Kritik, welche dahin geht, dass weitverbreitete, durch Autorität und Überlieferung befestigte Anschauungen und Denkmethoden psychologisch ein Hindernis des Friedens sind, als Beleidigung empfindet. Dass ich solchen Empfindungen und Empfindlichkeiten begegnen würde, musste ich natürlich voraussehen, allein ich fühlte mich „des rechten Weges wohl bewusst“ und anderseits über die Zeiten hinaus, da selbst ein Kant — in dem berühmten Briefe an Moses Mendelssohn — seiner Versicherung, dass er niemals etwas sagen werde, was er nicht denke, die Bemerkung vorauszuschicken sich veranlasst sah, er denke vieles mit der allerklarsten Überzeugung und zu seiner grossen Zufriedenheit, was er niemals den Mut haben werde zu sagen.

□□□

Aufruf an die Jugend Englands.

Von einem englischen Freunde unseres Blattes wird uns der nachfolgende Aufruf zur Verfügung gestellt, der wegen seiner mustergiltigen Haltung auch gegenüber den Feinden von hoher Bedeutung ist. *Die Red.*

Meine lieben Knaben und Mädchen.

Es ist euch beschieden, in ereignisreichen Zeiten zu leben, obwohl ihr noch nicht berufen seid, selbst zu handeln, sondern nur, euch für eigene Betätigung in der nächsten Zukunft vorzubereiten. Ihr braucht noch nicht Fragen zu lösen, über welche die älteren Leute uneins sind. Ihr könnt noch, als blosse Zuschauer bei den täglichen Vorgängen, versuchen, im Lichte eigener Erfahrung euer eigenes Urteil zu formen.

Es ist gerecht Euch zu warnen, da euch zur Zeit nur ein kleiner Teil der Wahrheit zugänglich ist. Nicht nur Tatsachen, sondern auch Meinungen werden heute unterdrückt, und es mag sein, daß ihr noch einmal entdeckt, daß euere Landsleute viel weniger einmütig sind, als man uns glauben machen will.

Daß es der jetzigen Generation nicht gelungen ist, in Europa Gerechtigkeit und Fortschritt aufrecht zu erhalten, sollte euch zur Überlegung drängen, was ihr einmal tun wollt, wenn es an euch sein wird, ihren Platz einzunehmen. In vierzig Jahren werden die meisten von uns nicht mehr da sein, und ihr werdet dann die Verantwortung tragen.

Viele von uns glauben, daß große Änderungen kommen müssen, bevor gerechte Zustände herrschen können. Nicht nur zwischen allen Rassen — schwarz, braun, weiß und gelb — sondern auch zwischen den verschiedenen Gliedern unseres eigenen Volkes — Männern und Frauen, Alt und Jung, Arbeitern und Müssiggehern. Man wird sich irgendwie einrichten müssen, um die Welt nicht nur zu erhalten wie sie ist, sondern es jeder Generation möglich zu machen, die vorangehende zu übertreffen. So lassen auch wir uns nicht daran genügen, daß euere Schultage sein sollen was die unseren waren, noch solltet ihr euch daran genügen lassen, Schule oder Welt unverbessert wie ihr sie angetroffen habt zurückzulassen.

Fragt euch ſelbſt, welches beſtimmte Ziel ihr anſtrebt. Was wollt ihr in der Welt ſein, was wollt ihr tun? Und dann fragt euch, ob ihr jede Möglichkeit eure Ziele zu erreichen auf das Beſte nützt.

Ihr habt Möglichkeiten, welche eueren Eltern verſagt waren. Ihr tretet das Erbe einer großen Überlieferung an von Menſchenliebe und von ſozialen Reformen. Wir glauben heute nicht mehr daran, daß Sklaverei oder Trunkenheit, oder Armut, oder Krieg unvermeidliche Übel ſind. Aber wir erwarten auch nicht, daß guter Wille allein den wahren Fortſchritt herbei führen ſoll, nicht einmal, daß angeſtrengte Bemühungen dazu genügen werden, es ſei denn, daß dieſe Bemühungen vom Lichte der höchſt erreichbaren wiſſenſchaftlichen Erkenntnis erhellt werden. Kein Ingenieur unternimmt es, eine Brücke ohne Kenntniſſe, blos mit guten Abſichten zu bauen, eben ſo wenig wird der Abgrund zwiſchen den Völkern ohne Gedankenflug und Wiſſensreichtum überbrückbar ſein. Nur die ſtärkſten Mikroſkope haben die Ärzte in den Stand geſetzt, einige der tötlichſten Krankheiten zu ergründen und zu beſiegen. Wir lernen es in dieſen Kriegsmonaten, daß Produkte kunſtvoller Herſtellungsarten und Induſtrien, wie die Anilinfarben und die Gläſer für optiſche Zwecke, nicht mit Panzerſchiffen, ſondern mit Gehirnarbeit geſchaffen werden können. *Der verdiente Erfolg unſerer feſtländiſchen Rivalen baut ſich auf Fleiß und beſte techniſche Schulung auf.**)

Würdet ihr uns fragen, ob es etwas beſonderes gibt, was ihr jetzt für die Zukunft Europas tun könnt, ſo würden wir euch ein genaues und eingehendes Studium der Probleme der verſchiedenen Völker und ihrer Mentalität anraten, ein Studium auch der jetzigen nationalen Grenzen und der Urſachen, die zu ihrer Feſtlegung führten, Urſachen für welche ihr von jeder Wiſſenſchaft Erklärung fordern müßt. Endlich ein Studium betreffend die Beziehungen zwiſchen Großbritannien und anderen Ländern, und die allmälige Ausbildung des Völkerrechts. Zu dieſem Ende müßt ihr lernen, moderne Sprachen fließend zu ſprechen und müßt euch mit engliſcher und europäiſcher Geſchichte, Geographie und Naturwiſſenſchaft vertraut machen.

Wir hörten, daß einige von euch Erſtehilfeleiſtung und Krankenpflege erlernen. Doch*) *ſeid eingedenk, daß es wichtiger iſt, Menſchen vor Verletzung zu bewahren, ſtatt ſie hinterdrein*

*) Der geſperrte Druck rührt von der Redaktion her.

zu heilen. Wir wiſſen, daß in einigen Schulen bei der Lehrerſchaft oder unter den Schülern Ausländer ſich befinden. Das gibt euch Gelegenheit, jene Höflichkeit Fremden gegenüber zu üben, welche von mancher anderen Nation ſo viel beſſer verſtanden wird als von uns.

Wenn ihr die Morgenblätter leſt, verſucht bei jeder Streitfrage, auch andere Geſichtspunkte zu erkennen. Denkt darüber nach, was ihr tun würdet, wenn ihr zu entcheiden hättet. Pflegt in euch ſelbſt die geiſtige Einſtellung eines Schiedsrichters.

Unterſucht die Bedingungen, unter welchen Gerechtigkeit und Fortſchritt in euerer eigenen Schulgemeinde aufrecht erhalten werden. Prüfet in der Betätigung eueres Alltags, ob es wirklich möglich iſt, gleichzeitig zu gehorchen und Gehorſam zu finden ohne die Anwendung von äußerer Gewalt.

Unſer Wahlſpruch für Schule, Geſchäft und öffentliche Angelegenheiten muss lauten: ›Meiſterſchaft für den Dienſt‹. Ohne Meiſterſchaft im Einzelnen kann kein Sieg errungen werden.

Wir ſenden euch unſere Grüße für das beginnende Jahr mit der Hoffnung, wir alle mögen ernſthaft und beharrlich mittun am großen Werk das uns bevorſteht.

Die Lehrerschaft der «Freunde» (Quäker), in ihrer Jahresversammlung von 1915 an der Londoner Universität.



Allerlei.

In der Weihnachtszeitung des „Berner Intelligenzblatt" erzählt Isabella Kaiser den ergreifenden Vorgang auf einer französischen Bahnstation. Ein sterbender deutscher Soldat verlangt flehend den letzten Beistand eines Geistlichen. Ein schwerverwundeter französischer Priester aus demselben Transport lässt sich, allen Warnungen zum Trotz, zu ihm tragen, spricht in deutscher Sprache zu ihm, spendet den letzten Trost.

Hand in Hand entschwinden sie dem irdischen Leben: der französische Priester, der deutsche Soldat.

* * *

Die zahlreichen leerstehenden Hotels der Schweiz erhalten jetzt segensreiche Verwendung. Kranke Militärs werden aus den kriegführenden Ländern in die erprobten Kurorte gebracht, um

dort zu genesen. Schon sind viele Züge eingetroffen und mehr werden erwartet. Unsere warmen Willkommen- und Genesungswünsche seien ihnen dargebracht.

* * *

Unter dem Titel „Aus der Kriegschronik" bringt die „Menschheit" vom 5. Januar eine Zusammenstellung von 36 Behauptungen, welche jeder kriegführende Staat nur für sich oder nur für den andern gelten lassen will. Wir wählen einige davon aus:

Jeder behauptet von sich:

er führe einen Verteidigungskrieg und kämpfe für die gerechte Sache,
er kämpfe für die Freiheit und Zivilisation aller Völker,
er werde durchhalten und kämpfen, bis der Gegner vollständig niedergerungen,
er dringe immer siegreich vor und habe geringe Verluste,
seine Bomben aus der Luft hätten militärische Anlagen mit sichtlichem Erfolge getroffen,
Gott sei mit ihm.

Jeder behauptet vom andern:

der andere habe den Krieg angefangen und ihn überfallen,
der andere trete das Völkerrecht mit Füssen,
der andere habe die Neutralität kleiner Staaten verletzt und bedrohe weitere,
der andere schiesse mit Dum-Dum-Geschossen,
der andere werfe Bomben auf ungeschützte Städte, töte einige Frauen und Kinder, richte aber niemals militärischen Schaden an,
die Nachrichten des andern seien nur Lügen und Verleumdungen,
der andere bearbeite die neutralen Staaten mit Lügen, Drohungen oder Bestechungen,
beim andern herrsche Geldmangel, wirtschaftliche Not und ungeheure Teuerung,
die Kriegsanleihe des anderen sei ein Fiasko und nur durch Täuschungen zustande gekommen,
der andere sei kriegsmüde.

* * *

Ein hübscher Gedanke der Leiter des „Journal" in Paris war es, alle Inhaber des Kriegskreuzes zu Gaste zu laden. Gegen 6000 Militärs, Offiziere und Soldaten, wurden im grossen Festsaale versammelt und von ersten Künstlern und Musikern das Beste ihnen geboten. Schade nur, dass diese menschlich schöne Veranstaltung durch gleichzeitiges Aufpeitschen der Hassgefühle keine reine Freude aufkommen lässt.

□□□

Dokumente der Menschlichkeit.

An die Redaktion der Internationalen Rundschau, Zürich.

Sehr geehrter Herr!

Es schien mir immer, dass etwas getan werden könnte, um die allgemeine Besorgnis daheim zu beruhigen, wenn es für Frauen, die jetzt in kriegsgegnerischen Ländern leben, möglich wäre, ihre eigenen Erfahrungen durch die Presse bekanntzumachen. Deshalb ergreife ich als englische Frau gerne die Gelegenheit, Ihnen einige Tatsachen zu berichten, wie die Dinge in Wien wirklich stehen; ich brauche wohl kaum zu erwähnen, dass ich mich nicht an ein Urteil über den Krieg selbst heranwagen werde.

Vom Kriegsausbruch an wurde den Frauen, mit Ausnahme der polizeilichen Meldung, vollkommene Freiheit gelassen und seit November letzten Jahres blieb die Sachlage für uns Engländer gleich und man liess uns ziemlich tun, was immer wir wollten. Unsere Männer sind immer noch frei. Bis auf die wöchentliche Meldung und die Verpflichtung, um acht Uhr abends zu Hause zu sein, können sie ihre gewohnten Wege gehen. Manche von ihnen sind in gar keiner Weise eingeschränkt und diejenigen, welche als Lehrer der englischen Sprache in öffentlichen Schulen oder sonst angestellt sind, geniessen ebenfalls vollkommene Freiheit. Das ist natürlich eine kleine Anzahl. Was die andern, weniger Glücklichen anbelangt, so sind sie bekanntlich entweder interniert oder unter polizeilicher Aufsicht. Die ersten werden in den Konzentrationslagern bei beschränkter Freiheit gehalten; die Überwachten erfreuen sich ihrer Freiheit mit einer gewissen Begrenzung. So sind sie verpflichtet, in vorgeschriebenen Orten zu leben. Keine Frau wurde interniert und, so viel ich weiss, nur eine unter Aufsicht gestellt. Und in diesem Falle wurde ihre Stellung für sie offen gehalten und ihr Gehalt wird ausbezahlt wie sonst. Manche Frauen zogen es vor, ihren Männern nachzufolgen, doch das geschah aus ihrem eigenen freien Willen, niemand hat sie dazu gezwungen. Meines Wissens wurde nur einer Frau befohlen, Österreich zu verlassen. Einige Frauen müssen sich jede Woche melden und um acht Uhr abends zu Hause sein, doch wird die Regel nicht streng gehandhabt. Die meisten von uns sind frei von jedem Zwang. Von Anfang an wurden wir von Offizieren

und seitens der Polizei mit der grössten Höflichkeit behandelt. Es kamen persönliche Akte von Unhöflichkeit seitens Einzelner vor, von denen man Besseres erwartet hätte, doch diese waren ganz selten und vereinzelt. Solche Chauvinisten gibt es überall, in allen Ländern und zu jeder Zeit. Wir dürfen in englischer Sprache telephonieren, sprechen auf der Strasse englisch und manche von uns, wie ich selbst, lesen ruhig englische Bücher in der Elektrischen und auf der Eisenbahn. Es hat das in keinem einzigen Falle Proteste hervorgerufen.

Hier ist immer noch Nachfrage nach englischen Erzieherinnen, doch das Angebot ist gering, weil viele in der Furcht vor Stellenlosigkeit das Land aus eigenem Willen verliessen oder von ängstlichen Eltern zurückgerufen wurden. Die hier ansässigen Erzieherinnen werden sehr gut behandelt; von einer weiss ich sicher, dass sie unnötigerweise moralisch gezwungen wurde, ihren guten Platz zu verlassen und nach England zurückzukehren, weil falsche Gerüchte über angebliche Gefahren für englische Frauen ihre Heimat erreicht hatten.

Dieses Jahr ist eine gesteigerte Nachfrage nach englischen Lehrern vorhanden und im allgemeinen werden sie besser bezahlt als früher. Ich höre das von meinen Freunden und mache selbst die gleiche Erfahrung. Ich persönlich habe übrigens mehr mit Volkserziehung zu tun: Männer, Frauen, Burschen und Mädchen, welche tagsüber beschäftigt sind; diese Tätigkeit am Volksheim und am Volksbildungshaus, die zusammen die Volksuniversität Wiens bilden, habe ich eingerichtet und nun schon mehrere Jahre durchgeführt. Hier fand bisher keine Verminderung der Frequenz statt, denn die Plätze der zum Kriege Einberufenen wurden von Flüchtlingen aus Galizien, Bukowina und dem Süden ausgefüllt. Über sechshundert Schüler lernen jetzt in diesen beiden Anstalten Englisch. Die oberste Klasse ist bekannt als der John Ruskin-Klub, deren Präsidentin zu sein ich die Ehre habe. Wir haben dieses Jahr mehr als dreissig neue Mitglieder. Die durchschnittliche Frequenz schwankt zwischen vierzig und fünfzig Personen. Das letzte Jahr las ich über John Ruskin, William Morris und über angewandte Kunst. Dieses Jahr widmen wir Shakespeare. Unsere Bibliothek, die nur englische Bücher besitzt, wird stark benützt. An Sonntagen machen die verschiedenen Lehrer mit ihren Studenten Ausflüge. Unterwegs wird ausschliesslich englisch gesprochen. Ich darf wohl hinzufügen, dass von den französischen und italienischen Klassen ähnliches gilt.

Meinem Berufe nach bin ich Korrespondentin des „Studio“ für Österreich-Ungarn, eine Stellung, welche ich seit vielen Jahren innehabe. Ich komme dadurch in Fühlung mit Men-

schen aller Klassen und Berufe; meine Tätigkeit führt mich nach allen Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie; ich darf behaupten, überall Freunde und Bekannte zu haben. Diese haben mich nun nicht im Stich gelassen. Ich bekomme ständig Briefe von der Front, meist in englischer Sprache. Die, welche hier leben, kommen sich zu verabschieden, wenn sie gehen müssen, und besuchen mich, wenn sie zurückkehren. Wie immer, werde ich auch jetzt zu den Ausstellungseröffnungen und privaten Schaustellungen eingeladen und ich nehme diese Einladungen an in dem Geiste, in welchem sie gemacht werden. Bei solchen Gelegenheiten trifft man vielerlei Leute und es wird vorgestellt. Die, welche Englisch können, sprechen stets in dieser Sprache zu mir, es ist alles wie zuvor. Die Leute sind nicht freundlicher geworden, sie haben sich einfach nicht verändert. Diese Erkenntnis veranlasste mich dazu, dem Herausgeber des „Studio" vorzuschlagen, auch weiterhin über österreichische Kunst Veröffentlichungen zu bringen. Seine Antwort war freundlich und entgegenkommend. Er stimmte mit mir darin überein, dass Kunst und Krieg nichts miteinander zu tun haben, dass hier wenigstens das Band zwischen den Völkern unzerrissen bleiben solle, und er veröffentlichte einen Artikel, welchen ich durchbrachte.

Auch in Österreich bleibt das Band der internationalen Kunst wie zuvor. Ich sah dies erst vor vierzehn Tagen, als mir die Kunstzeitschrift „Graphische Kunst" in die Hände fiel. Ich fand darin Reproduktionen führender englischer graphischer Künstler, darunter W. Strang, W. Rothenstern, A. Walcott, G. Spencer, Dodd und Bentley. Ich erfuhr, dass bei der Jahresversammlung der Gesellschaft für vervielfältigende Kunst, deren Organ die „Graphische Kunst" ist, eine Resolution angenommen wurde des Inhalts, dass Kunst und Politik einander ferne stehen und dass, da die Kunst international sei, die Gesellschaft ihre Arbeit ohne Rücksicht auf den Krieg weiterführen werde. In keinem einzigen Falle wurde der Name eines Künstlers, der einer feindlichen Nation angehört, von den Listen gestrichen und dies ist ebenfalls von den wissenschaftlichen Gesellschaften zu sagen. Und in dieser Hinsicht gilt von Ungarn ausnahmslos dasselbe wie von Österreich.

Ich persönlich, wie viele andere britische Untertanen hier, kann kommen und gehen wie es mir gefällt und in der lieblichen Umgebung der Stadt Ausflüge machen. Das bedeutet, wir dürfen Tagesausflüge machen. Wenn wir Wien für irgend längere Zeit verlassen wollen, so bedarf das einer besonderen Erlaubnis, doch wurde diese selten, wenn überhaupt, verweigert. Das ist sehr wertvoll für uns. Viele konnten so im

Sommer aufs Land gehen, welche sonst gezwungen gewesen wären, in der heissen Stadt zu verbleiben.

Ich besuche oft die Spitäler, wo ich nicht nur die Verwundeten sehe, sondern auch in die Wunder der Chirurgie Einblick bekomme. Alles wird mir offen gezeigt. Alle diese Dinge, über welche ich geschrieben habe, bekunden den feinen Geist der Österreicher. „Persönlich haben wir nichts gegeneinander, wir bedauern nur, dass die Dinge so liegen, wie sie liegen", sagte neulich ein junger Seeoffizier und fügte hinzu: „Es schmerzt uns, gegen britische Seeleute kämpfen zu müssen, sie sind so gute Kameraden". Man hört nie ein Wort von Hass oder Feindschaft von denen, welche dem Feuer des Feindes ausgesetzt waren und die Schrecken der Schlacht erlebten. Ich bin gewiss, dass sich das auch in andern kriegführenden Ländern so verhält.

Im übrigen herrscht Friede in der Stadt. Die Gärten von Schönbrunn und die Höfe der kaiserlichen Hofburg stehen wie immer dem Publikum zum Durchgang offen und die Strassen sind zu jeder Tages- und Nachtzeit vollkommen sicher, wie ich mehr wie einmal selbst erprobt habe, und seit dem Ausbruch des Krieges sind keinerlei Unruhen vorgekommen.

Wien, 26. November 1915.

Amelia S. Levelus.

* * *

Pierre Loti hielt bei der Eröffnung der Akademie eine Rede, in der er sagte:

„Ja, dort liegen die Soldaten tief vergraben im Schutze der französischen Erde. Ihre Gräben ähneln unschuldigen Schafen auf grünen Wiesen, und die Häuser, wo der Generalstab wohnt, gleichen alten Ruinen. In Wahrheit, ich hatte das Gefühl, dass man dort in der Erde überall ein leises Flüstern hört, und ich konnte den deutschen Tonfall genau unterscheiden. Die deutschen Soldaten sprachen ebenso, wie die unsern, leise und diese Unsichtbaren unterhielten sich lebhaft miteinander. Mitten in dem unendlichen Schweigen der Natur ringsumher schien es mir, als ob ihr gedämpftes Geflüster von oben zu uns herniedertöne, oder auch aus dem Innern der Erde zu uns herüberklinge. Hie und da hörte man den kurzen Zuruf eines Vorgesetzten und dann waren die deutschen Soldaten wieder mäuschenstill. Aber wir hatten sie ganz in unserer Nähe gehört und das Geräusch, ähnlich wie von Tieren, die sich in aller Heimlichkeit vorwärtsgraben, klang ebenso schicksalsschwer in unsere Ohren, wie der Lärm eines Schlachtfeldes. Ihre Stimmen klangen durchaus nicht unangenehm, vielmehr ganz harmonisch. Hätte man nicht gewusst, wer da in der Tiefe flüsterte, würde man sicherlich nicht diese Woge aufwallender Erregung empfunden haben, man hätte sich sonst viel mehr dazu veranlasst gefühlt, ihnen zuzurufen: „Genug mit diesem Spiel mit dem Tode! Sind wir nicht alle Menschen und Brüder? Kommt heraus aus euern Höhlen und reicht uns die Hand"!

Ein russischer General gerät verwundet in österreichische Gefangenschaft. „Da lag er nun, der General, betreut von einem österreichischen Arzt und von den Pflegerinnen. Dann deutete er dem Arzt, dass er allein mit ihm sein wolle. Kaum war er dem Arzte allein gegenüber, raunte er ihm zu:

„Geben Sie mir Gift, das überlebe ich nicht."

Der Arzt verwehrte ihm die Erfüllung dieser Bitte.

„Hier in meiner Tasche sind sechstausend Rubel, sie gehören Ihnen, wenn Sie mir helfen. Geben Sie mir Gift."

Der Arzt tat so, als wollte er die Bitte des Verwundeten erfüllen, und eilte zum Fernsprecher, um die Armeeleitung in Lemberg von dem sonderbaren Begehren des Generals zu verständigen, und zu bitten, dass man sofort ein Krankenauto nach Kamionka schicken möge, das den General in sicheren Gewahrsam und auch Hilfe bringen könnte. Es sei dringend eine Operation nötig, die hier nicht ausgeführt werden könnte. Wenige Stunden später befand sich der General auf dem Wege nach Lemberg, wo sich ärztliche Kunst ernstlich um ihn bemühte; aber vergeblich. Seine letzte Verfügung, in der sich der Dank für die ihm gewordene Hilfe ausdrückte, war die, dass er die sechstausend Rubel, die er dem Arzte angeboten hatte, dem österreichischen Roten Kreuz vermachte." (*Arbeiter-Zeitung*, 18. Dez. 1915.)

* * *

Der Zürcher „Tagesanzeiger" vom 5. Januar erzählt:

Bei der Erstaufführung des Spektakelstückes „Die Heldentaten einer kleinen Pariserin" im Pariser Chatelet-Theater kam es zu heftigen Missfallenskundgebungen des Publikums. Als die „Heldin" im letzten Aufzug einen deutschen Oberst in einen Stickgasbehälter warf und das Stöhnen des „Barbaren" mit Händeklatschen begleitete, erhob sich ein grosser Teil der Zuschauer und verliess das Haus. Andere schrien: „Das ist französische Barbarei! Das ist Sadismus!" Der Vorhang fiel rasch; das Stück wurde nicht zu Ende gespielt.

* * *

Pfarrer Alexander Morel erzählt im „Freien Schweizer Arbeiter" (5. Nov.): Als die Züge deutscher und französischer Schwerverwundeter auf einer schweizerischen Bahnstation kreuzten, warfen die Franzosen den Deutschen Blumen zu, mit denen sie selbst eben beschenkt worden waren. Man hörte Rufe: „Das sind auch Kameraden!" „Wer weiss, vielleicht haben wir sie verwundet!"

□□□

Aus Büchern und Flugschriften.

S. **Grumbach,** *Das Schicksal Elsass-Lothringens.* Reden eines elsässischen Sozialisten an zwei Nationen. Verlag Delachaux & Niestlé A.-G. Neuchâtel 1915. Preis Fr. 1. 50.

Das unheilvollste Problem der europäischen Politik, eine der Ursachen des jetzigen Weltbrandes, die elsass-lothringische Frage, hat auch die Sozialdemokratie diesseits und jenseits vom Rhein sehr stark beschäftigt. Schon am 5. September 1870 erliess der Braunschweiger Ausschuss der Eisenacher ein Manifest, in dem vor einer Eroberung gewarnt wurde, wofür dieser Ausschuss vier Tage darauf verhaftet und in Ketten geworfen wurde. Ebenso wurde Johann Jacoby verhaftet, der gegen die Annexion von Elsass-Lothringen protestierte. Am 9. September erliess der Generalrat der Internationale einen Aufruf, in dem die Vorherrschaft Russlands und der kommende europäische Krieg als Folge der Annexion von Elsass-Lothringen vorausgesagt wurden. Seitdem hat die Sozialdemokratie immer wieder auf diese als verfehlten Schritt hingewiesen. Grundsätzlich ging sie dabei nicht vom geschichtlichen „Rechte" der Völker auf gewisse Gebiete aus, sondern von der prinzipiellen Negation jeder Vergewaltigung, auch ganzer Völker.

Wie sie praktisch dieses Problem zu lösen suchte, erzählt uns in der vorliegenden Schrift der elsässische Sozialist Grumbach aus persönlichen Erfahrungen, die er seit 12 Jahren im Elsass machte. Die Sozialdemokratie war damals für die Lösung der elsässischen Frage, die H. Fernau empfiehlt, nämlich für die republikanische Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches. So hiess es auch im Manifest der sozialdemokratischen Fraktion des elsass-lothringischen Landtages vom 16. März 1913, als die Gefahr eines Weltkrieges vor der Tür stand: „Wollen die Elsass-Lothringer noch einen Krieg? Und darauf antworten wir im Namen der elsass-lothringischen Arbeiterschaft, auf Grund der genauesten Kenntnisse ihrer Wünsche und ihrer Stimmung: Nein, Nein! Dreimal: Nein!" Dann konstatiert das Manifest, dass auch die überwiegende Mehrheit des Bürgertums einen Krieg um Elsass-Lothringens willen ablehnt. „Das berührt weder, noch vermindert es — im Gegenteil —, die tiefe Liebe der Elsass-Lothringer für jene Seiten der französischen Kultur", heisst es dort weiter, „die das Volk Frankreichs zu einem der ersten der ganzen Welt machten und für seine revolutionären Traditionen, seine republikanischen Einrichtungen ..."

„Was Elsass-Lothringen vor allem hofft, das ist gewiss nicht seine Rückeroberung infolge eines neuen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland, der an Entsetzlichkeit alles überbieten würde, was das menschliche Gehirn sich ausdenken kann, —

sondern das ist die Erhaltung des Friedens, die den Elsass-Lothringern sowohl über Frankreich als über Deutschland steht.“

Mit diesen Gedankengängen war damals auch die französische sozialistische Partei einverstanden. Die republikanische Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches wurde von der ganzen Internationale als Basis für die Annäherung der sozialistischen Parteien und auch der Länder selbst betrachtet. Der Ausbruch des Krieges hat aber dieses Problem plötzlich wiederum aufgerollt.

Grumbach meint, jetzt müsse die Losung heissen: „Die Elsass-Lothringer selbst darüber entscheiden zu lassen, zu welchem der beiden Staaten, die seit Jahrhunderten um den Besitz des Landes streiten, sie in Zukunft gehören wollen.“ Gewiss, das wäre die beste Lösung des Problems. Grumbach scheint aber diese Lösung von einem Siege der französischen Waffen zu erhoffen. Da irrt er gewaltig. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien Frankreichs zeigt, dass sie ebensowenig geneigt sind, die elsass-lothringische Bevölkerung zu befragen, wie dies die deutschen Parteien tun wollen. Kaum dürfte es auch zutreffen, dass sich die Bevölkerung dieser Provinzen für die Rückkehr an Frankreich aussprechen werde: die materiellen Bande, die sie jetzt an Deutschland knüpfen, sind stärker als die ideelle Anhängerschaft an Frankreich. Die zahlreichen Fälle der Verfolgungen von Elsass-Lothringern erklären sich einfach aus dem Protest gegen das preussische Militärregime.

Was uns aber in diesem Zusammenhang interessiert, ist die bedauerliche Tatsache, dass die Mehrheit der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sich ebenfalls gegen die Befragung der Bevölkerung Elsass-Lothringens ausgesprochen hat, wodurch sie nicht allein die Stellung der Internationale in den 70er Jahren, sondern ihre eigene Vergangenheit einfach verleugnet hat. Anderseits wünscht die französische Partei zunächst die Wiederherstellung des „Rechtes“. „Ce droit rétabli“, erklärt ihr neuestes Manifest, auf dem Parteitag von Paris beschlossen, „la France saura se montrer prévoyante et juste en demandant à l’Alsace-Lorraine elle-même d’affirmer à nouveau, solennelement, ... sa volonté d’appartenir à la communauté française“. Das sieht ebenfalls nicht danach aus, als ob die Mehrheit der französischen Partei eine vollständig freie Willenentscheidung der elsass-lothringischen Bevölkerung wünschte. Vor allem steht für die französische Partei das Problem anders als für die deutsche Sozialdemokratie. Während die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu diesem Prinzip im Interesse des Völkerfriedens liegt und die einzige Möglichkeit der gegenseitigen Verständigung bildet, bedeutet diese Forderung durch die französische Partei die Verlängerung des Krieges bis ins Unendliche. Hier tritt nun das Problem wiederum so, wie es vor dem Kriege gestanden war, auf: soll der Krieg um Elsass-Lothringens willen verlängert werden?

Ich begreife wohl die Psychologie der Franzosen, denen es unmöglich scheinen mag, auf dieses populäre nationale Kriegsziel

zu verzichten und somit den Schwung der kämpfenden Armee zu lähmen. Objektiv betrachtet, wird aber diese Stellungnahme der Sache Frankreichs und vor allem dem internationalen Befreiungskampfe des Proletariats sehr schaden.

Die Anerkennung des Prinzips des freien Verfügungsrechtes jeder Nation ist gewiss eine unerlässliche Vorbedingung für jede demokratische Bewegung. Allein, wir müssen es jedem Volke überlassen, sich dieses Recht zu erkämpfen. Von aussen her bringt man niemandem die Freiheit; Kriege dürfen unter keinen Umständen als Mittel im Kampfe um Volksrechte in modernen Ländern mit ihrer mehr oder weniger freien Verfassung gelten, die der Bevölkerung die Möglichkeit gewährt, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Wie die französischen Sozialisten das Eroberungsrecht verdammen, so müssen sie einmal einsehen, dass die durch Kriege aufgezwungene Freiheit nur die Reaktion stärkt, was schon die Revolutionskriege bewiesen haben. Insbesondere aber heute ist es ausgeschlossen, dass der Sieg irgendeiner Mächtegruppe, irgendwem die Freiheit bringen könnte. Den Sturz des preussischen Militarismus könnte nur eine deutsche Volksbewegung, auf keinen Fall ein Sieg fremder Heere herbeiführen, nach dem, wie nach Jena, der Militarismus nur gestärkt hervorgehen müsse.

Wie sich Grumbach in der Stellungnahme der französischen Sozialisten irrt, so hat er auch übersehen, dass es keineswegs ratsam ist, von französischer Seite diese Forderung des Selbstbestimmungsrechtes für Elsass-Lothringen aufzustellen. Was aber seine Schrift besonders beachtenswert macht, ist die Tatsache, dass sie einmal klar vor Augen führt, wie verhängnisvoll Kompromisse in solchen Fällen werden: die Demokratie in Deutschland müsste längst darauf bestehen, dass der elsass-lothringischen Bevölkerung die freie Verfügung über ihr staatliches Schicksal anheimgestellt werde. Dadurch wären nicht allein die Elsass-Lothringer fester an Deutschlgnd geknüpft, sondern auch eine Brücke zwischen Dentschland und Frankreich geschlagen und vielleicht der jetzige Krieg vermieden worden. Die wahrhaft demokratische Politik erweist sich als die „praktischere“ und vorteilhaftere. Möge das Beispiel Elsass-Lothringens als eine Warnung gegen weitere Annexionen dienen und so wenigstens eine, wenn auch furchtbare Lehre für die Zukunft sein.

Dr. M. Nachimson.

Leopold v. Wiese, *Gedanken über Menschlichkeit.* Duncker & Humbolt, München und Leipzig. 1915. XIV und 126 S.

Seit dem Erscheinen dieser Rundschau ist kein Buch in die Öffentlichkeit getreten, dessen Gedankengänge der Grundstimmung dieser Zeitschrift so nahe verwandt wären...

Welchem unserer gleichgesinnten Leser ist nicht gelegentlich das Bedenken aufgestiegen : Habe ich denn auch in dieser Not des grossen Krieges das Recht, bei aller Opferwilligkeit für das Vaterland doch über so vieles anders zu denken, als die meisten meiner

Mitbürger, und dies selbst auszusprechen? Auf diese Frage bietet schon das Vorwort eine Antwort von erquickender Klarheit. Wir müssen das allgemein Menschliche, die Generationen und Völker Überlebende, gegen die Übertreibungen des Tages in Schutz nehmen, und zwar jeder von uns für sein Volk und in jeder Zeit. Zu unserer eigenen Rechtfertigung aber müssen wir uns ruhelos immer wieder die Frage stellen: Wo und wie entfernen sich die Bestrebungen der Gegenwart von der dauernden Grundlage alles Guten?

Da gilt es nun zunächst, die Bestrebungen unserer Zeit tief eindringend zu verstehen und an dem Massstabe echter Menschlichkeit zu prüfen. Verfasser erfüllt diese Forderung für die deutsche Gegenwart im ersten Abschnitt, in einer tiefgründigen Untersuchung über die neudeutsche Ethik, ihre Ewigkeitswerte und ihre Verirrungen. Einen besseren Führer für die Erkenntnis der deutschen Seele und für eine gerechte Kritik ihrer Kriegsphilosophie wird der Franzose und Engländer, aber auch der Deutsche, welcher sich selbst einmal vorurteilslos erkennen möchte, nicht leicht finden.

In zwei weiteren Abschnitten über Kosmopolitismus und über Menschlichkeit entwickelt L. v. Wiese sein — ich möchte fast sagen: unser — positives Programm: Rettung der vorläufig „heimatlos gewordenen" friedensmässigen Werte der Menschlichkeit auch für die sich immer trostloser dehnende Kriegszeit und Bewahrung der kriegsmässigen Errungenschaften des Idealismus auch über den Krieg hinaus, Ergänzung preussischer Pflichtstrenge durch anmutige Lebensfreude, für die Verfasser in Mandalay (Hinterindien) sein Vorbild sucht, obwohl vielleicht München, ergänzt durch Wien, als Schule froh- und feinsinniger deutscher Kultur zunächst noch ausreichen könnte. Aber Wiese wollte offenbar die Einheit alles Menschentums betonen, und dafür sind wir ihm dankbar. *S. F.*

Wilhelm Jerusalem, *Der Krieg im Lichte der Gesellschaftslehre.* Enke, Stuttgart 1915.

Festschrift für W. Jerusalem. Braumüller, Wien und Leipzig, 1915.

Durch hervorragende Arbeiten auf seinen philosophischen und soziologischen Spezialgebieten weit über die Grenzen seines Vaterlandes hinaus bekannt und angesehen, bietet W. Jerusalem durch seine liebenswürdige Persönlichkeit einen sympathischen Typus des Wiener Denkers und erfreut sich in seiner Heimat einer Beliebt eit, von der seine vollen Hörsäle und die Freude des Publikums an seinen philosophischen Feuilletons Zeugnis geben. Ein neuer Beleg hiefür ist das schöne Buch, welches ihm aus Anlass seines sechzigsten Geburtstages von seinen Freunden und von seinen Schülern gewidmet wurde. Eröffnet durch eine poetische Widmung des jüngstwiener Dichters Wildgans, beschlossen durch einen erschütternden Dankbrief der taubblinden Amerikanerin Helen Keller, umfasst dieses Buch Themen von

Laotse bis zur französischen Solidaritätsphilosophie und vom Problem der Väterlichkeit bis zur Interferenz des Lichtes. Unter den angesehenen Namen der Verfasser begegnen sich vielleicht zum erstenmal als Nachbarn Ernst Mach und Rosa Mayreder.

Zugleich mit dieser Festgabe erscheint als Beweis für die immer neue Gebiete ergreifende Produktivität des Verfassers das Buch, in welchem er seine intellektuelle Reaktion auf das erschütternde Erlebnis des Weltkrieges verkörpert hat. Die wissenschaftliche Bedeutung der Arbeit liegt einerseits in der Untersuchung des Krieges als soziologischen Problems, wobei die Symptome des Rückschlages der Gesellschaft in den Urzustand, aber auch die erlösenden Wirkungen gegenüber der Überkultur feinsinnig dargelegt werden. Andererseits wird durch den Begriff der Staatenwürde ein Baustein zu einer neuen Staatsethik geformt. In der Anwendung seines neugeprägten Begriffes ist freilich der Verf., seinem Vorsatze gemäss (s. Vorwort) mehr aufrichtig als unparteiisch. Seine „objektive Untersuchung" ergänzt daher in glücklichster Weise die objektiven Untersuchungen der Franzosen, Engländer und Italiener, die ihre Sache ohneweiters mit dem Siege der Freiheit und Gerechtigkeit identifizieren. So ist die Schrift auch unseren westlichen Lesern zu empfehlen, wenn sie neben der soziologischen Vertiefung der Zeitereignisse, einen durch Geist und Belesenheit ausgezeichneten Vertreter des deutschösterreichischen Standpunktes kennen lernen wollen, um sich mit ihm auseinanderzusetzen. *S. F.*

Dr. Otfried Nippold, *Der deutsche Chauvinismus* (Veröffentlichungen des Verbands für internationale Verständigung, Heft 9). W. Kohlhammer, Berlin, Stuttgart und Leipzig, 1913. S. VIII, 131; Preis 1 Mark.

Das Interessanteste an dieser interessanten Arbeit ist, dass sie im Jahre 1913 veröffentlicht wurde, also zur Zeit, als die meisten Europäer den Ausbruch des Weltkrieges für unmöglich oder doch für eine in weiter Ferne liegende Gefahr hielten. Man muss den Pazifisten die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass sie die einzigen waren, welche unablässig dringende Warnungsrufe ausstiessen. Ein solcher Warnungsruf ist diese, noch heute und gerade heute lesenswerte Schrift. Nippold zeigt an den Stimmen der Presse (Dezember 1912 bis Juni 1913) die wachsende Flut des deutschen Chauvinismus, denunziert die wichtigsten Agitationsbroschüren, legt die Kriegstreiberei der Organisationen (Alldeutscher Verband und Wehrverein) bloss und stellt Äusserungen hervorragender Kriegshetzer zusammen (Generäle Keim, Bernhardi, Eichhorn; Maximilian Harden, Bassermann). In einer Schlussbetrachtung zieht Verf. aus seinem Material den Schluss, dass das deutsche Volk im letzten Jahrzehnt systematisch zur Kriegslust erzogen worden sei. Der Krieg wurde nicht nur als eine Möglichkeit dargestellt, die kommen kann, sondern als eine Notwendigkeit, die kommen muss, und zwar je eher desto lieber. Das deutsche Volk braucht nach der Überzeugung dieser Hetzer zur

Erhaltung seiner Kraft und gesunden Sittlichkeit einen Krieg, der nötigenfalls herbeigeführt werden muss. Bei der Jugend beginnt der Unterricht mit der Suggestion der Sehnsucht nach dem Ruhme der kriegerischen Vorfahren, die jüngere Generation der deutschen Historiker ist durchwegs alldeutsch gesinnt und erzieht den deutschen Lehrstand zu denselben Idealen. Dazu kommen die Sensationsjournalisten à la Harden, ehrgeizige Parteiführer wie Bassermann und die Organisationen der Alldeutschen; diese unheimliche Wühlarbeit wird durch das Geld der Waffenfabriken in jeder Weise gefördert. Natürlich sind ähnliche Kräfte auch in den andern Ländern an der Arbeit. Nippold hebt immer wieder hervor, dass eben solche Sammlungen von Dokumenten der Unmenschlichkeit in Frankreich gerade so wie in Deutschland, in Österreich gerade so wie in Russland, England oder Italien möglich und notwendig wären. Überall, mahnt er um Mitte 1913, sollten Regierungen und Völker den Chauvinismus ebenso systematisch bekämpfen wie er systematisch genährt wird. In Deutschland besonders sollte man das auf Weltpolitik gerichtete nationale Streben auf positive Ziele im Dienste des Weltfriedens ablenken. „Diese internationalen Probleme waren national im besten Sinne, sie erheischten aber ein Zusammenarbeiten mit anderen Nationen. Die Arbeiten der Haager Friedenskonferenzen will ich dafür als Beispiel anführen. Deutschland aber, das jüngste Glied der grossen internationalen Kulturgemeinschaft, glaubte sich gegen diese Aufgaben auflehnen zu sollen.“ — Hier hätte allerdings die für jedes Volk unerlässliche Gewissenserforschung in Deutschland einzusetzen. Das Verhalten Deutschlands gegenüber dem Haager Friedenswerke bedarf einer ernsten Überprüfung, auch vom Standpunkte des nationalen Interesses. *S. F.*

Rudolf Broda, Prof. Dr., *Besitzt die Menschheit hinreichende Organe für Erforschung und Wahrung ihrer Gemeinschaftsinteressen?* Ein Versuch zur Erklärung der Gegenwartswirren und ein Weg zu ihrer Lösung. Bern 1915. Max Drechsel. (Bund für Menschheitsinteressen und Organisierung menschlichen Fortschrittes, 3. Veröffentlichung).

Die Grundauffassung des um den Pazifismus seit vielen Jahren hochverdienten Verfassers besteht in der These: Die Menschheit ist ein werdender Organismus, dessen Glieder — die Staaten oder Völker — bereits voll entwickelt sind, während für die Zentren des einheitlichen Menschheits-Bewusstseins und des Willens nur kümmerliche Ansätze vorhanden sind. Diese Zentren müssen also geschaffen werden, und Broda schlägt hiefür u. a. eine ins Einzelne ausgearbeitete Verfassung der Menschheit vor. Da die Schrift über die wichtigsten vor dem Krieg entstandenen Einrichtungen des Internationalismus orientiert und sich mit den neuesten Arbeiten der Vorgänger auseinandersetzt, so bietet sie eine bequeme Einführung in den gegenwärtigen Stand des Pazifismus, nebst vielen selbständigen Anregungen, mit wissenschaftlicher Anknüpfung an die neuesten Leistungen der Soziologie (Ferrière u. a.).

Auch den Gegnern des Pazifismus sei sie als Hilfsmittel zu gewissenhafter Selbstprüfung dringend empfohlen; sie werden durch das kleine Opfer einer gemeinverständlichen Lektüre von 77 Seiten viel Neues lernen und ihren Standpunkt vielleicht modifizieren, jedenfalls aber tiefer begründen. *S. F.*

Ed. Bernstein, *Die Internationale der Arbeiterklasse und der europäische Krieg.* Tübingen 1915, Mohe.

Auf 56 Seiten gibt Bernstein eine Übersicht darüber, in welchem besonderen Lichte sich den Sozialisten jedes Landes der Krieg und sein Anlass darstellen musste. Die Schrift enthält also in Umrissen eine Geschichte der sozialistischen Parteien während der ersten Kriegsmonate, von ihnen selbst aus gesehen. B. hat dabei in vollstem Masse jene schöne Eigenschaft der Sachlichkeit bewahrt, welche den Deutschen auch von ihren Feinden zuerkannt zu werden pflegte, bevor alle Völker es gelernt hatten, ihre früheren Werturteile so zu vergessen, als ob sie „Hektoliter von Lethe getrunken hätten." B. kann man diesen Vorwurf nicht machen, und so behält die Broschüre auch heute, nach einem Jahre, ihren vollen Wert als Brücke zum gegenseitigen Verständnis der internationalen Sozialdemokratie. *S. F.*

F. v. Wrangel, *Die Kulturbedeutung Russlands.* Zürich 1916, Orell Füssli. 67 S. 1 Fr.

Eine feinsinnige, vielseitige, von warmer Liebe zum Vaterlande des Verfassers getragene und von seiner reichen Lebenserfahrung und Weltkenntnis durchleuchtete Würdigung Russlands, von liebenswürdiger Lesbarkeit, auch von liebenswürdigem Optimismus. Besonders interessant: Agrarreform, Adel, Sekten, Kunst. *S. F.*

Hanns Withalm. *Der Deutsche Sieg.* Concordia, Berlin 1915. 2 Mk.

Das Buch bringt — ohne die Möglichkeit, vollständig zu sein, und ohne Anspruch auf Geordnetheit — eine Fülle von Zuschriften, Zeitungsausschnitten und Berichten zum Kriege. Im unstraffen Begleitwort wird das Wort „Kultur" wieder einmal müdegegriffen. Nationale Selbstbetonung ohne Ende ... und der Ausdruck richterlicher Anmassung taugt wenig der heutigen Not der Völker.

Schön ist, was der Verfasser vom deutschen Lied zu sagen weiss, und aus dem reichen Auftisch blickt viel Interessantes auf den Leser. Osthaus fand wundervoll versöhnende Worte. Er begriff die grosse deutsche Dankesschuld an das Ausland, wie deutsche Sehnsucht nach Wissen und Schönheit sie entstehen liess. Osthaus und andere. Man blickt dankbar zurück und merkt sich die vorangestellten Namen. Besonders erfreulich wirkt ein Zitat aus dem Gaulois vom 1. Mai 1915: „Zwischen Deutschland und Frankreich findet kein Rassenkrieg statt, denn die deutsche Rasse trug dazu bei, unsere Nation zu bilden und ihr Kraft, Festigkeit und Ernst zu verleihen." *F. B-n.*

Max Dauthendey, *Des grossen Krieges Not.* Albert Langen, München 1915.

In seinem schönen Buch „Der Geist meines Vaters“ erzählt der Dichter, wie er, von den obersten Gymnasialklassen angeödet, ein Jahr lang durchaus nach Java gehen wollte. Nun ist er dort, von den Schicksalen des Weltkrieges dahin verschlagen, und sendet der Heimat eine köstliche Gabe in Form von Kriegs- und Sehnsuchtsliedern. „Ach, daheim der Mondstrahl überm Flieder“, „Ich mag keine Rosen hier sehen“, „Einsamkeit“, „Nacht um Nacht“ sind wahre Tränenperlen dichterischen Heimwehs. Machtvoll ertönt des Vaterlandes Hochgesang; „Das deutsche Herz“ wird vielleicht einmal in allen Lesebüchern zu finden sein. Daneben aber macht sich das Weh der Menschheit in gramvoll schweren Versen geltend, wie: „Es regnet Tränen“, „Wann wird es Friede?“ u. a. „Im Acker liegt er todeswund“ ist der Klage des Deutschen um einen sterbenden jungen Engländer gewidmet. Das sind Gedichte, die nicht nur im deutschen Volke, sondern bei den Besten aller Völker Wiederhall finden können. *S. F.*

Ed. Meyer, *„England, seine staatliche und politische Entwicklung und der Krieg gegen Deutschland.“* Berlin 1915.

(Wir entnehmen diese Besprechung des deutschen Gelehrten der Wiener „Zeit“.)

Die erstaunlichste Leistung von all den zur Herabsetzung Englands publizierten „Kriegsbüchern“ ist jedenfalls die Schrift von Prof. Ed. Meyer über England („England, seine staatliche und politische Entwicklung und der Krieg gegen Deutschland“. Berlin 1915). Ich habe selten ein Buch mit solch innerster Indignation gelesen, wie dieses — mit Indignation nämlich über die dem Ruf der deutschen Universitäten durch solche Pamphlete angetane Schmach. Wenn ein Ordinarius der Geschichte an der ersten Universität Deutschlands es wagen darf, als Ergebnis seiner Studien zum Beispiel ein solches Kapitel zu publizieren, wie es dasjenige ist, in dem er den „Charakter des englischen Staates“ behandelt, dann kann man sich über die Tagespresse wirklich nicht mehr wundern. Das Buch ist wieder ein Zeichen für die so oft beobachtete Erscheinung, dass Fachgelehrte, die sehr solid arbeiten, wo sie ihre besondere Methode sicher anwenden können, doch völlig versagen, sobald es sich um Feststellungen und Interpretationen handelt, zu denen eine universellere Lebenskenntnis und die Beschäftigung mit Problemen und Tatsachen ausserhalb ihres Faches unbedingt notwendig ist. Wie kann man beurteilen, was England dem sozialen und politischen Leben wirklich gegeben hat, wenn man konkreten soziologischen Fragen so fremd gegenübersteht wie E. Meyer? Das ganze Buch ist nichts als eine Schmähschrift auf die ganze kulturelle Existenz der englischen Nation; wohin das Auge blickt, nichts als Beschränktheit, Heuchelei, Egoismus, Ausbeutung, Unfreiheit unter dem Schein der Freiheit; der Massstab zur Beurteilung scheint dem Verfasser nur die Tatsache zu sein, dass bei uns alles ganz anders ist; nirgends ein Versuch, dem

Wesen und der Kulturleistung der englischen Freiheit gerecht zu werden; die Betrachtungen über den englischen Staatsbegriff und den englischen Freiheitsbegriff könnten auch von einem besseren deutschen Handlungsreisenden geschrieben sein, so gänzlich bleiben sie an der Oberfläche; es wird nur konstatiert, dass man in England in manchen Dingen keine Freiheit hat, wo man in Deutschland machen kann, was man will; damit ist die englische Freiheit schon gerichtet und als blosser Schein gekennzeichnet; keine Ahnung davon, dass die starke soziale Bildung, durch die das Individuum in England oft sehr eingreifend zur Rücksicht auf die Bedürfnisse der Umgebung erzogen wird, gerade dazu dient, in anderen Beziehungen eine ausserordentliche persönliche Unabhängigkeit und Freiheit von staatlicher Bevormundung möglich zu machen; die eigenartige Scheu des Engländers vor der Staatsinitiative, die auf sozialem, pädagogischem und politischem Gebiet so viele Errungenschaften von hoher allgemeiner Kulturbedeutung hervorgebracht hat, wird nur vom Standpunkt des deutschen Staatsphilisters verhöhnt; „Nachtwächterstaat“ wird der englische Staat genannt. Gewiss ist es wahr, dass hinter unserem Militarismus, der dem Ausland als schreckliche Tyrannei erscheint, viel „Liebe des freien Mannes“, viel Freude an rationellem Zusammenwirken steckt — ebenso wahr aber ist auch, dass unser zentralistisches Staatswesen mit seiner stark polizistischen Tradition die konsequente Entwicklung bürgerlicher Freiheit und Selbstverwaltung sehr bedenklich gehemmt hat und dass England uns in dieser Beziehung sehr wohl ein Vorbild sein kann. Wie verhängnisvoll hat die Staatsautorität bei uns auf der Entwicklung der Arbeiterbewegung gelastet, sie in Staatsfeindschaft und Passivität getrieben, während der sogenannte englische „Nachtwächterstaat“ auf dem Gebiete der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Institution grossartigen Organisationen die Bahn freigegeben hat! Ohne das Beispiel von dorther wäre unsere Arbeiterbewegung nicht über die revolutionäre Kinderei hinausgekommen. Wer hätte ferner noch nicht die ausserordentliche Redefreiheit bewundert, die in England selbst mitten in der Nervosität des Weltkrieges weiterbesteht? In der absoluten Sicherheit des englischen Bürgers vor behördlicher Gesinnungskriecherei und Bevormundung liegt keineswegs staatliche Ohnmacht, sondern vielmehr gerade ein sehr grosses und beruhigendes Vertrauen auf die Unerschütterlichkeit der staatlichen Ordnung. In diesem Mangel an zentralistischer Zudringlichkeit und Nervosität liegt auch das Geheimnis des englischen Kolonialerfolges. Warum das nicht willig anerkennen? Warum nicht vom anderen lernen? Begriff und Wort für „Staat“ und für „Vaterland“ fehlen nach Meyer dem Engländer überhaupt, als ob der Engländer nicht "my country" mit der gleichen Innigkeit sagte, wie der Deutsche „mein Vaterland“, und als ob die Konvergenz aller Volksteile zu gemeinsamen Zwecken und das daraus entspringende staatliche Bewusstsein in einem auf self-government gestellten Gemeinwesen nicht ebenso stark, ja oft noch stärker sein könnte als dort, wo eine starke äussere Repräsentation des

politisch organisierten Volkes vorhanden ist! Die Zusicherung des Verfassers: „Wir Deutsche werden niemals vergessen, was England uns angetan hat“, kennzeichnet den nobeln Geist des Buches und den Grad seiner historischen Einsicht in die komplizierte Vorgeschichte des Weltkrieges. „Es wäre eine Versündigung an unserer Nation, wollten wir noch einmal in die Bahnen des Internationalismus treten und ihm von neuem wichtige Interessen opfern.“ Wo haben wir denn dem Internationalismus wichtige Interessen geopfert? Etwa auf den Haager Konferenzen, die der Verfasser einfach als „Possenspiel“ bezeichnet? So springen diese Vertreter deutscher Wissenschaft mit den besten Vermächtnissen deutschen Wesens um, so wagen sie es, Bestrebungen lächerlich zu machen, an die viele der besten Männer unserer Zeit ihr Herzblut gegeben haben, um einen Damm gegen das unverantwortliche Treiben all jener Elemente aufzurichten, die sich in ihren groben Antipathien und ihren nationalen Leidenschaften gehen lassen, ohne an die blutige Saat zu denken, die unvermeidlich früher oder später daraus entspriessen muss! Wahrlich, man kann nur wünschen, dass diese Art von „Historie“ und Völkerschilderung durch ein anspruchvolleres Publikum endlich der gebührenden Ablehnung teilhaftig würde! Prof. Dr. *F. W. Foerster*, München.

„demain“. Pages et Documents paraissant le 15 de chaque mois. Redaktion: Henri Guilbeaux. Verlag: J. H. Jeheber, 28, rue du Marché, Genf. Die Einzelnummer Fr. 1.25, halbjähriges Abonnement Fr. 6.25.

Eine neue Zeitschrift, deren erste Nummer am 15. Jänner erschienen ist. Wir begrüssen sie freudig als eine willkommene Ergänzung, als eine etwas andère Erfüllung unseres Wunsches nach einer französischen Ausgabe.

Henri Guilbeaux, ein nicht mehr unbekannter französischer Dichter, ist ein warmer Verehrer Romain Rollands. In einer gediegenen und feinsinnigen Arbeit hat er vor kurzem die Bedeutung und den Werdegang des Meisters, der gerade jetzt ebenso stark angefochten als bewundert wird, dargestellt und will nun auch sein Blatt im Geiste dieses grossen Franzosen führen, der es nicht vergessen hat, Europäer zu sein.

So bewahrt denn schon die erste Nummer gegenüber den Vorurteilen aller Nationen in beachtenswerter Weise ihre kritische Haltung bei eingehendster Berücksichtigung und genauester Kenntnis französischer Verhältnisse. Worte der Anerkennung finden sich u. a. für Männer wie Merrheim und Bourderon, die sich neuerdings wieder beim nationalen Kongress der französischen Sozialisten (Ende 1915 in Paris) unerschrocken zu den vielfach angefeindeten Resolutionen der Zimmerwalder Konferenz bekannten und erklärten, ihre Arbeit unentwegt fortzusetzen, obwohl sie sich bekanntlich den Chauvinisten gegenüber in einer schwachen Minderheit befinden. Gerühmt wird auch Jean Marnold, der Musikkritiker des „Mercure de France“; er wirkt wie eine Oase in der Wüste des „supatriotisme“, der auch diese ehemals antimili-

taristische Zeitschrift erfasst hat. Dass sogar die „Humanité“, einst das Organ des gewaltigen Rufers zum Frieden, Jaurès, keine selbständige Stellung einnimmt, wird bedauernd hervorgehoben. Übrigens sei Amédée Duonis, ihr einziger freier Kopf, eines Tages „zufällig“ zum Militärdienst requiriert worden.

Man erfährt überhaupt vieles über den Terrorismus, der zurzeit — leider nicht nur — im freien Frankreich geübt wird. Louise Saumonneau, welche unter Frauen für den Frieden wirken wollte, wurde hinter Schloss und Riegel in Sicherheit gebracht und die Tageszeitungen vergassen darüber zu berichten. Die Redakteure M. Capy und A. Desbois mussten aus der „Bataille Syndicaliste“ nunmehr „Bataille“ austreten und als sie bei den „Hommes du Jour“ Unterkunft fanden, wurden diese für sechs Monate suspendiert.

Englische und deutsche massvolle Organe werden ebenfalls rühmend besprochen. Beiträge von Forel, R. Rolland, von den Engländerinnen Ethel Sidgwick und H. M. Swanwick, zwei wenig bekannte Briefe Tolstois über den Frieden eingeführt von der feinen Feder des Herausgebers, vervollständigen den reichen Inhalt dieser ersten Nummer, zu deren Vorzügen auch gehört, dass sie in ihrer äusseren Erscheinung an das leider zu früh dahingeschiedene „Forum“ erinnert. Man wird diese selbständige Haltung der neuen Zeitschrift umso höher anrechnen, als sie auf dem schwierigen Boden der Westschweiz die Fahne gleicher Gerechtigkeit für alle Nationen aufpflenzt.

Wir können dem schönen Unternehmen nur von ganzem Herzen Erfolg und Verbreitung wünschen.



Aus den Resolutionen der deutschen Frieden gesellschaft.

Antrag v. Möller (Hamburg):

Resolution 4: „Die Deutsche Friedensgesellschaft erneuert angesichts der Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges ihre Anklage gegen die rücksichtslose Verfolgung wirtschaftlicher Interessen, gegen die eigensüchtige Tätigkeit des Rüstungskapitals und gegen die verhetzende Wirksamkeit eines grossen Teils der Presse aller Nationen. Dieses Treiben trägt zum erheblichen Teil die Verantwortung für den Ausbruch und die Verlängerung des Krieges und für die ihn überdauernde gegenseitige Verbitterung der Völker.“

Antrag der Frau Dr. Hoesch-Ernst:

Resolution 5: „Die Versammlung spricht ihre Sympathie allen unterdrückten und misshandelten Völkern aus, insbesondere den Armeniern und den russischen Juden. Sie appelliert an das Gewissen aller Regierungen, um im Interesse der Menschlichkeit Abhilfe zu schaffen.“

Leipzig, 5. u. 6. Nov. 1915.



5. März 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Drittes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 3. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.

Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion: **R. W. Huber.** **Zürich.**

Verlag: **Art. Institut Orell Füssli.** **Zürich**

Das Milizsystem als Wehrsystem der Zukunft.

Von Oberst ANDERLINTH.

Über die verschiedenen Wehrsysteme und damit auch über das Milizsystem ist schon viel gesprochen und geschrieben worden. Wir wollen das alles nicht noch durch eine neue Abhandlung vermehren, die das bereits Gesagte historisch und kritisch verarbeitet, sondern einfach, von der Hand weg, unsere Gedanken äussern, wie wenn noch nie über das Milizsystem diskutiert worden wäre. Dabei werden begreiflicherweise die Ereignisse der Zeit ihre Wirkung auf die Gedankengänge ausüben.

Jeder Staat organisiert seine Wehrkraft nach einem bestimmten System, das in enger Beziehung und Wechselwirkung steht zu der Art, wie er politisch entstanden und gewachsen ist. Aus dieser Wechselbeziehung heraus erfolgt eine gewisse Notwendigkeit, ein Zwang, die Wehrkraft zu organisieren, je nachdem, ob die Wehrkraft als ein Mittel zum Zweck zu dienen hat, den Staat zu bilden und zu stärken oder ob sie nur der Ausfluss der politischen Macht des schon bestehenden Staates ist und seiner Erhaltung dient. Die Wehrkraft und damit das Wehrsystem wird sich umbilden nach der politischen Machtstellung und Betätigung eines Staates, wobei vorauszusehen ist, dass der Staat, der zur vollkommensten politischen Form gelangt ist, auch das vollkommenste Wehrsystem erhalten wird. Unfertige Staaten werden unfertige, fertige Staaten fertige Wehrsysteme haben. Als eine vollkommene Lösung wird diejenige gelten müssen, bei der im Staate selbst, neben der politisch-bürgerlichen Macht, nicht noch eine zweite, eine Militärmacht als besonderes Organ geschaffen wird, so dass neben dem Volk noch ein Heer besteht, das wohl aus dem Volk entstanden ist, aber nicht mit ihm identisch ist und nicht in ihm lebt.

Der gegenwärtige Krieg wird seine grossen politischen und nationalökonomischen Folgen haben, die noch grösser sein werden, als seine Ereignisse selbst sind; er wird den Entwicklungen der kommenden Zeiten das Programm geben, in welcher Richtung sich die Ausbildung der Wehrsysteme bewegen wird.

Wie ein Staat seine Kraft, seine Kräfte organisiert, so dokumentiert er gleichzeitig, wie er seine Existenz auffasst, ob in erster Linie nur für sich und im Nebeneinanderleben mit andern Staaten oder gegen solche andere Staaten. Sich zeitweise gegen andere Staaten stellen zu müssen, wird im allgemeinen jedem Staate vorausbeschieden sein; aber es wird ein Unterschied darin bestehen, ob es aus eigenem Willen erfolgt oder gezwungen durch andere Staaten, die selbst gegen ihn sich stellen. Nach der Art des Wollens im Verhältnis zu den andern Staaten wird das Instrument geformt werden, mit dem der Wille durchgeführt werden soll. Ein noch hungriger oder hungernder Staat wird seine Kampfwerkzeuge anders ausbilden als ein gesättigter, der nur noch daran denkt, das zu bleiben und das immer noch mehr zu sein, was er ist: einfach ein nützliches Glied in der Gesellschaft der Staaten.

Ein Staat ist eine Gemeinschaft von Menschen, die ein von Grenzlinien umschriebenes Stück Erdboden bewohnen und darauf nach bestimmten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Satzungen leben, für sich und neben andern Staaten und Menschen. Der Boden, der, als Land, von dieser Gemeinschaft bewohnt ist, steht unter deren Macht, wenn er auch in seinen einzelnen Teilen, den Grundstücken, Eigentum der einzelnen Individuen oder ökonomischer Gesellschaften ist. Für die gesicherte Erhaltung dieses Eigenbesitzes ist die ganze Gemeinschaft verantwortlich, und dieses Verantwortlichkeitsgefühl ist das wirksamste Agens, das die Gemeinschaft erzeugt hat und das Band, das sie zusammenhält. Das „Land“, das aus Wünschen und Forderungen entstanden ist, erhält ein Wesen, Aufgaben und Pflichten. Aus seiner Verantwortlichkeit gegenüber sich und seinen Bürgern entspringt

in erster Linie die Pflicht, in gemeinsamem Wollen und Wirken die Macht über den Boden des Landes zu erhalten, indem sie ihn schützt. Es ist das die Wehrpflicht des Staates, die er überträgt auf die einzelnen Angehörigen, auf die Bürger des Staates, und zwar ebenso gleichmässig auf alle, wie diese alle mit Leib und Leben, Hab und Gut, sich unter seine Hut stellen. Aus der Wehrpflicht des Staates erwächst naturgemäss eine Wehrpflicht des einzelnen Bürgers.

Zu dieser Wehrpflicht gehört, aus seinem eigenen Wesen heraus, ein Wehrrecht, nicht nur ein passives Recht darauf, dass sich der Staat für den einzelnen wehre, sondern auch ein aktives, dass der einzelne Bürger sich auch für den Staat wehren dürfe und müsse. Dem Sklaven hat man je und je Freiheit und Bürgertum geraubt, indem man ihm, mit der Waffe, das Wehrrecht entzog. Der Staat selbst hat auch sein Wehrrecht. (Wo es ihm, etwa durch absolute Neutralisierung, genommen wäre, müssten es andere für ihn ausüben.) Er besitzt es, für sich und gegen andere, die ihm Sein und Bestand schmälern und beeinträchtigen wollen. Mit ihm besitzt es auch der einzelne Bürger, aber mit dem Unterschiede, dass dieser einzelne es nicht individuell, sondern nur als Glied und Organ der ganzen Gemeinschaft ausüben kann, ebensowenig, wie er seine Wehrpflicht nicht einzeln abzuleisten vermag. Wehrrecht und Wehrpflicht gehören zusammen und bilden einen Titel, den des Bürgertums, der seelischen und werktätigen Teilnahme des einzelnen an der Existenz und Funktion des Ganzen.

In der Demokratie, der höchsten Form der staatlichen Vereinigung einer Anzahl von Menschen, sind allen Bürgern die gleichen politischen Rechte zugemessen. Man erwirbt sie durch die Geburt, beim Eintritt in die Gemeinschaft, als neuer Teil dieser Gemeinschaft. Die Rechte erhält oder hat man, ob man schwach oder kräftig sei. Die Pflichten werden einem zugemessen, je nach der Kraft, die einem verliehen ist. Nicht im Bestehen der Pflicht, sondern nur im Masse der Erfüllung derselben bestehen

Verschiedenheiten, je nach der körperlichen und geistigen Befähigung, die einem jeden von der Natur aus gegeben ist. Sind also Besitz und Genuss der Rechte nicht an die Kraft der Person, sondern an ihr Sein gebunden, ohne Abstufung einfach an den Menschen, so bestehen solche Abstufungen der Pflichten für die Personen nach ihrer Eignung, aber immerhin in der Art, dass von gleichgearteten das Gleiche verlangt wird. Es ist das logisch, da wohl auch alle Geborenen aus dem grossen Besitztum des Staates und der Menschheit ihren gleichen Teil empfangen, aber ihn im Leben nicht in gleicher Weise auszunützen und zu betätigen vermögen.

Im Rechte hat man etwas empfangen; in der Pflicht muss man etwas geben, selber darbringen. Empfangen kann man, ob man stark oder schwächlich ist; geben nur nach dem Mass der Kraft, wobei einem aber doch das Recht des Gebens nie geschmälert werden darf. Dass ein solches Recht auch für den Schwächsten besteht, macht den Stolz des Bürgers des demokratischen Staates aus und der Staat selbst dankt ihm und ehrt ihn und misst ihm auch einen seinen Kräften angemessenen Teil an Pflicht zu, ohne die Leistung der Pflicht nur einer ausgewählten Klasse von Bürgern zuzuteilen. Das ist zunächst der schönste Zug und der schöne Sinn des Milizsystems; er bedeutet für jeden Bürger ein inneres Glück, dem Lande, dem Ganzen ein nützliches und opferwilliges Glied zu sein. Und damit ist auch der Staat glücklich.

Die allgemeine Wehrpflicht ist das oberste und lauterste Kennzeichen der Entwicklung und des Wesens eines Staates. Was der Mensch in seinem Urzustande besass, ein Recht und eine freie Verfügung über seine geistigen, körperlichen und materiellen Mittel, und damit einen Willen, sich zu wehren, was alles auch ein Staat von seinem Anfang an hatte, das werden Staat und Mensch auch zu allerletzt wieder haben, wenn auch zwischenhinein allerlei Abweichungen vorkamen. Alle Staaten, als politisch organisierte Menschengesellschaften, werden als Gemeinschaft die gleichen Individual-Rechte

und Pflichten erwerben und sie endgültig und sinngemäss ausbilden, wie sie der einzelne staatsbildende Mensch und Bürger befasst und besitzt.

Das Wehrrecht des einzelnen ist nach der heutigen Ordnung der Dinge auf den Staat übergegangen. Kein einzelner Bürger kann sich zum Kampfe gegen einen andern Staat oder einen seiner Bürger entschliessen und diesen Kampf austragen. Das darf er nur in der Gemeinschaft gegen die Gemeinschaft. Umgekehrt soll der Staat auch sein Wehrrecht nicht nur einzelnen, sondern allen zuteilen.

Aus dem Selbsterhaltungstrieb, dem obersten, natürlichsten Rechtstitel des Staates, erwächst für ihn die Pflicht, sich für diese Erhaltung zu wehren, seine Wehrpflicht. Auch diese kann er nicht auf einzelne abladen; er muss sie auf alle verteilen, nach dem Mass ihrer Kräfte, wie diese rationelle Verteilung im Interesse seiner Kraft und Erhaltung liegt. Dem Starken wird mehr aufgebürdet werden können, als dem Schwachen; aber alle müssen ihren Teil zu tragen bekommen, damit sie sich ihrer Stellung als Angehörige, als Träger des Staates bewusst werden.

Sich für den Staat wehren, heisst nicht nur, ihn in der Gefahr verteidigen, ihn in seinen Regungen in einer kriegerisch-gewaltsamen Entwicklung unterstützen. Der Staat muss auch in seiner friedlichen, in seiner wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und Stellung verteidigt werden, wobei alle mitzuhelfen berufen sind, denen geistige und körperliche Kraft beschieden ist. Da haben alle die gleiche Wehrpflicht. Sollen sie diese nicht mehr haben, wo das Wehren gerade am wichtigsten wird, in der akuten Gefahr eines Krieges? Die Pflicht jedes einzelnen Bürgers, sich nach seinen Kräften für den Staat zu wehren, die in den Zeiten des Friedens besteht, kann in den Zeiten des kriegerischen Kampfes nur eine Steigerung, nie aber eine Verminderung erleiden.

Die Wehrpflicht ist die Krone der Bürgerpflichten, die allgemeine Wehrpflicht das Zeugnis des Staatsgewissens. Wehrrecht und Wehrpflicht

sind die Säulen der Freiheit und Selbstbestimmung, die wirkenden Kräfte im Entstehen und Fortleben der Staaten.

Es wird unter den Staaten, auch unter den mächtigsten, keinen geben, der für alle Zeiten so fertig und gefestigt ist, so dass er keines Mittels mehr bedarf, sein Bestehen oder seinen Bestand in einem Kampfe gegen andere zu verteidigen. Jeder Staat wird für den immer möglichen Fall eines Krieges einer besondern Wehrkraft bedürfen. Das wird je nach seiner Landesnatur in der Hauptsache ein Landheer oder eine Kriegsflotte sein. Noch unfertige Staaten werden einer Kraft bedürfen, um sich in ihrem Werdeprozess fertig auszugestalten, schon gebildete oder in ihrem Bestand — aus äussern oder innern Gründen — gefährdete Staaten, um sich vor Schädigung oder vor dem Untergang zu erwehren. Je vollkommener und bewusster die Wehrpflicht des Staates auf alle seine Bürger übertragen ist, desto mehr Kraft wird er aus allen diesen Bürgern beziehen und damit für sich selber besitzen.

Dabei wird sich auch abklären müssen, was unter Freiheit zu verstehen ist. Frei ist der, von dem ein anderer nichts verlangen kann und mächtig der, der von andern fordern darf. Welche Freiheit muss da obenan stehen, die des Staates oder die des einzelnen Bürgers? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein: Freiheit und Macht gehören vor allem dem Staat. Durch ihn haben sie dann auch die einzelnen Bürger, sofern sie sich selbst dem Staate gegenüber so verhalten und ihm so dienen, dass er *seine* Freiheit erhalten und *seine* Macht ausüben kann. Die persönliche Freiheit des einzelnen muss vor der der Gesamtheit zurücktreten. Der einzelne Bürger hat sich nicht zu besinnen, ob er dem Staate seinen Arm leihen wolle. Er hat die Pflicht, sich für den Staat zu wehren, mit seinem Leib und seiner Seele, mit seinem Gut. Das ist die *allgemeine Wehrpflicht*.

Aus dem *Wehrfähigen* unter den Wehrpflichtigen formt der Staat seine *Wehrmacht*. Das wird er nach einem bestimmten System tun. Er kann die Wehrpflicht, als eine Verpflichtung des Bürgers dem Staate gegenüber,

in Geld umsetzen und daraus Landesverteidiger, Krieger, Soldaten gegen Bezahlung und nach Dienstvertrag in seine Dienste nehmen. So entsteht das Söldnerheer, die tiefste Stufe des Heeres. Der Bürger löst sich mit Geld von der Pflicht los, dem Vaterland sein Leben darzubringen, und der Soldat macht aus seiner Hingabe von Seele und Blut ein Geschäft. Niedrigeres kann man sich kaum denken. Eine Wehrpflicht wird ja durch Leistung einer Wehrsteuer in gewissem Sinne noch erfüllt, hie und da vielleicht noch freudig, aber in einer unvollkommenen und unwürdigen Form. Die Söldnerheere sind eine Schande für beide Teile. Sie passen nicht mehr in eine geläuterte Auffassung des Wesens von Bürger und Staat. Sie sind eine Gefahr für sich und für die sie haltenden.

Sittlich begründet und erlaubt ist nur die Bildung der Wehrmacht aus den Bürgern selbst, kraft ihres Wehrrechtes und ihrer Wehrpflicht, wobei zum eigentlichen Wehrdienste naturgemäss nur die dazu körperlich und geistig fähigen ausgezogen werden. Diese wehrfähigen Bürger beruft man zur militärischen Ausbildung ein und entlässt sie nach einer längern oder kürzeren Ausbildungszeit wieder nach Hause, unter der Voraussicht, dass sie wieder zum Dienste einrücken, sobald der Staat ihrer Arbeit bedarf. Sie sind die Elemente zur Bildung des Heeres, wobei man einen Grossteil dieses Heeres beständig beisammen halten oder die Soldaten nach vollzogener Ausbildung wieder nach Hause entlassen kann. Das eine oder andere wird man tun, je nach der möglichen, wahrscheinlichen oder beabsichtigten Verwendung des Heeres nach der politischen Stellung und den Zielen, die ein Staat hat oder befolgt.

Aus den lange Zeit, gezwungen oder freiwillig, unter den Waffen gehaltenen Soldaten werden die sogenannten stehenden Heere gebildet, die zum Teil nur Cadresheere sind, indem wesentlich nur die Offiziers- und Unteroffiziersbestände vollständig, die Mannschaftsbestände aber unvollständig erhalten werden.

Stehende Heere in ihrer Reinheit und Vollständigkeit vermag heutzutage kein Staat mehr zu halten. Bei der fortwährenden Steigerung der Volksgesundheit und der Schulung mehren sich in einzelnen Staaten die Wehrfähigen so, dass aus ökonomischen Gründen nicht mehr alle ins Heer aufgenommen und auch die Aufgenommenen nicht mehr darin zurückbehalten werden können. Ein Teil der Truppen wird nur noch zeitweise zu Übungen einbezogen oder ständig beurlaubt.

Ein drittes System der Bildung des Heeres besteht darin, dass alle wehrfähigen Bürger zur militärischen Ausbildung eingezogen, nach erfolgter Ausbildung aber wieder nach Hause entlassen und nur von Zeit zu Zeit behufs Auffrischung des Gelernten und Weiterbildung zu Übungen wieder einberufen werden. Stehend, berufsmässig im Dienste, sind dann nur die Lehr- und Verwaltungsorgane des Heeres und noch etwa die Kommandanten der Heereseinheiten als Inspektoren. Es ist das das sog. Milizsystem, wie es in seiner Reinheit die Schweiz besitzt.

Bei der Entwicklung, wie sie das Staatswesen und damit das Wehrwesen naturgemäss nimmt, wird das Milizsystem das Wehrsystem der Zukunft sein.

Mag man über die innern Gründe, welche zur Wahl dieses oder jenes Wehrsystems führen, streiten so viel man will, es wird ein äusserer Grund vor allem massgebend und zwingend sein, zum Milizsystem überzugehen: die Unmöglichkeit, die finanziellen Mittel für die Haltung von grossen, zweckentsprechenden Söldnerheeren oder von stehenden Heeren weiter aufzubringen. Sollen die Kriegführenden und auch die neutral gebliebenen Staaten an den erlittenen Verlusten und gebrachten Opfern zugrunde gehen oder wollen sie weiter leben? Wie werden die hundert und mehr Milliarden Staatsschulden, die dieser Krieg mit sich bringt, verzinst und abgetragen werden können, anders, als dass man dort spart, wo man jetzt verbraucht hat, im Wehrwesen? Alle Staaten, ohne Aus-

nahme, werden ein neues Haushaltungssystem einführen müssen, wobei an den Arbeiten des Friedens, der Erziehung und des Verkehrs, ausser etwa in einem vernünftigeren Verwaltungsbetrieb, nichts erspart werden kann, wohl aber im Wehrwesen.

Da hören wir den entrüsteten Einwurf: So, gerade im Wehrwesen, dessen Stand die Erhaltung des Staates garantiert hat! Da zu allerletzt!

Darauf antworten wir ganz einfach mit einer Frage: Wäre der jetzige grösste aller Kriege so gekommen, wenn die Staaten anstatt Söldner- und stehende Heere Milizheere gehabt hätten? Mag sich da jeder selber an den Kopf greifen.

Hätte die Schweiz mitten in dem furchtbaren Sturme ruhig standgehalten, wenn sie ein ihrer wirtschaftlichen und politischen Stellung entsprechendes stehendes Heer gehabt hätte? Ihr Wehrsystem war ihr Glück.

Ein weiterer Einwurf wird sein, dass die Milizheere den Krieg verlängern, anstatt ihn fachmännisch und damit rasch durchzuführen. Heisst das den Krieg verlängern nicht auch, die Niederlage aufschieben, sie hinausziehen und schliesslich gar abwenden? Sind die Truppen der Grossmächte, die jetzt in und vor den Gräben stehen, nicht im Grunde auch Milizen, wenn auch teilweise noch in einem stehenden Cadre drin?

Das letzte, allerletzte Ende jedes Krieges, der sich um die Existenz eines Staates und Volkes dreht, wird der Volkskrieg selber sein, wo sich die Weiber an die Geschütze spannen und die Kinder Kugeln zutragen, wo der Krüppel noch den ihm gebliebenen Stachel weist. Das sind dann nicht einmal mehr Milizen; das sind dann nur noch ein Wehrrecht und eine Wehrpflicht ausübende Bürger. Ist dieser Volkskrieg auch der allerschrecklichste, so ist er eben auch der allerreinste und natürlichste und so schliesst sich der Ring wieder: aus dem Naturkampf der Menschen im Urzustande wird wieder der natürliche Kampf der entwickelten Völker.

Endlich der Einwurf — um nur noch einen zu nennen — dass auch das Milizsystem ein kostspieliges sei. Es ist wahr, die Schweiz gibt auf den Kopf der Bevölkerung theoretisch berechnet so viel oder fast noch mehr aus als Italien, Österreich-Ungarn und Russland. Aber dabei wird nicht berücksichtigt, dass die Schweiz dem Soldaten einen achtmal grössern Sold ausbezahlt, als ihn z. B. der italienische Soldat erhält, wobei das Geld wieder in die Tasche des Bürgers zurückfliesst und eine Volkseinnahme bildet, und dass in der friedlichen Betätigung der Wehrfähigen grosse ökonomische Werte geschaffen werden, während die militärische Arbeit solche aufbraucht. Dadurch wird dann das scheinbar kostspielige Milizsystem für den Staat wieder zu einem billigen. Wir stehen nicht an, zu sagen, dass nur der rationelle Staatshaushalt der Schweiz, die keine Meeresküste, Kohlen und Erze hat, ihr diesen Nachteil auszugleichen vermag.

Wenn jetzt ein Staat einem von ihm gehassten andern Staat etwas wünschen kann, so kann es nur das sein, dass dieser andere Staat nicht zum Milizsystem übergehe, dass er nicht die Einsicht gewinne, sich durch die Einführung eines bessern Wehrsystems wieder rascher zu erholen und neu zu kräftigen.

Einzelne Machthaber und Besitzende haben die „Soldaten", die stehenden Heere, erfunden und entwickelt. Aus der Demokratie, aus dem Volksgeist und Volkswillen sind sie nicht entstanden; der Republik in ihrer hoch entwickelten Form sind sie fremd. (Wenn Frankreich noch ein stehendes Heer hat, so geschieht dies als Nachwirkung von den Zeiten der Monarchie her und aus Zwang, weil ein anderer Staat, mit dem es noch einmal Abrechnung halten wollte, auch ein solches hat. Hätte es nach dem Übergang zur Republik das der wahren, aufrichtigen Republik zukommende Milizsystem angenommen, so stünde es heute nicht im Krieg. Frankreich ist noch nicht volle Republik geworden, d. h. ein Staat, der sich selbst genügt, in dem, was er ist, der sich aus seinem eigenen Volk heraus regiert,

nach den Lebensinteressen, die nur dieses sein Volk berühren, wie es nun einmal ist.)

In der Republik ist die Einheit des Staatsgedankens als des Gedankens des Zusammenschlusses und Zusammenwirkens eines Volkes, absolut verkörpert. Nach dieser Einheit des Staatsgedankens müssen aber alle Staaten streben und sie werden sich ihr auch immer mehr nähern, je höher sie sich entwickeln. Es kann im Staate nur eine Macht geben; das ist das Volk und sein Wille, wie er aus dem Trieb, zu leben, hervorgeht. Je geschlossener in ihrer Einheitlichkeit diese Macht ist, desto kräftiger wird sie sich äussern.

Das grosse stehende Heer wird sich, je mächtiger es ist und je mehr es am allersichtbarsten nur von Einem und von diesem absolut kommandiert ist, gerne verleiten lassen, wie es im kritischsten Moment — im Kriege — sich ausschlaggebend fühlt, sich auch im Frieden als die bestimmende Macht zu betrachten. Dann treten zwei Mächte im einen gleichen Staate auf, wobei es leicht zu einem Zwiespalt kommen kann. Dieser Zweispalt ist beim Milizsystem von vornherein vermieden. Da gibt es in Frieden und Krieg nur eine Macht, diejenige des Volkes, aus dem, nicht neben dem das Heer gewachsen ist.

Was macht heute die Kraft aller im Kampfe stehenden Heere aus? Eben dieses Zusammenhalten zwischen Heer und Volk, welches Verhalten nicht einerseits aus dem stehenden Heere und anderseits aus dem Volke stammt, sondern davon her, dass bei dem ungeheuren Verbrauch an Kämpfenden nun das Volk selbst mit seinen Männern und Söhnen sich in das Heer einreiht und den Kampf des Landes, nicht bloss des Heeres mitkämpft. Das ist der Triumphzug des Milizsystems.

Verwechsle man nicht Wesen und Name. Unter Miliztruppen verstund man bisher wesentlich sog. Bürgermilizen-Truppen die in kurzer Zeit notdürftig ausgebildet und bewaffnet wurden, um in Zeiten der Gefahr Ruhe und Ordnung im Innern des Landes aufrecht zu erhalten und die Unabhängigkeit des Landes nach aussen zu verteidigen.

Ein Staat, der ein Milizheer besitzt, ist sich dessen bewusst, dass die Ausbildung dieses Herres, soll es seiner Aufgabe ein Genüge leisten können, eine wichtige und heilige Sache ist. Mit der Anspannung aller Kräfte, im Suchen nach einem Gleichgewicht zwischen erwartetem Nutzen und aufzuwendenden Mitteln, wobei man seine Kräfte in der Stärkung der Armee nicht überspannt und dabei die Kräfte des Landes für das friedliche Leben nicht zu sehr schwächt, wird das Heer geformt, geschult und ausgerüstet. Als solches wird es der wahre Kraftmesser der Kraft seines Staates sein. Seine Moral ist die seines Volkes und sein Glaube und sein Ruhm der seines Landes, sein Glück oder Unglück Rettung oder Ende der Heimat. Da geht dann im Frieden und im Krieg, allezeit und einheitlich ein Gedanke durch das Volk und jeden einzelnen Wehrmann, dass es gilt — Einer für alle und alle für Einen — Körper und Seele herzugeben für den einen Zweck: Leben und Ehre des Vaterlandes zu schützen.

In einem Zuge, vom Knaben- bis ins Greisenalter, geht das grosse Empfinden und der Entschluss durch den Geist, dem Vaterland zu gehören vom Augenblick an, wo man eine Armbrust zu heben vermag bis zur Zeit, da die Arme müd herabsinken. Dann wirkt auch die Schule des Militärdienstes, als des höchsten Bürgerdienstes, nicht bloss durch die Jahre des Dienstes selber durch, sondern durch das ganze bürgerliche Leben. In diesem bürgerlichen Leben, in der zivilen Schule, wird der Soldat erzogen, um darauf im eigentlichen Militärdienst nur noch seine besondere Ausbildung für das Waffenhandwerk und den kriegerischen Kampf, also als Krieger zu erhalten.

Der Zweck einer Verteidigungseinrichtung oder -Massnahme wird letzten Endes nicht nur der sein, einen notwendig gewordenen Kampf durchzufechten, sondern einen Kampf überhaupt zu vermeiden, nicht einen Krieg zu führen, sondern ihn zu verhüten. Einen Krieg herbeizuführen wird in einem stehenden Heere, das im Kriege seine spezielle Arbeit sieht, einen grössern Anreiz finden als in einem Milizheer, das nur die Wehr eines im

Frieden leben wollenden Volkes bildet, in Zeiten, da es in seiner Arbeit und Entwicklung gestört, in seiner Sicherheit und in seinem Bestande gefährdet wird.

Das Milizsystem und Milizheer wird auch nicht den ewigen Frieden bringen können. Aber es wird die Kriege vermindern, nackte Macht- und Erwerbskriege verhüten; denn im Wesen seiner Bildung liegt es, dem Staate Kraft und Sicherheit für sein friedliches Leben und Bestehen zu verleihen und seine Kraft nur aus der Kraft des Staates zu schöpfen, die um so grösser sein wird, je nachhaltiger der Staat seiner friedlichen Arbeit leben kann, in der er nicht durch Kriege gestört und beeinträchtigt wird.

So wird denn nicht nur ein äusserer Grund bestimmend sein, dass die Staaten vom System des stehenden Heeres zu dem des Milizheeres übergehen werden — der der Einsparung grosser Summen, die im Frieden tilgen sollen, was jetzt der Krieg verschuldet hat. Es werden auch innere Gründe massgebend und zwingend sein: die Erkenntnis und die Hoffnung, Kriege zu verhüten und die Einsicht, dass diese Verhütung am sichersten durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und des Milizsystems zu erreichen ist.

Die Wehrsysteme nähern sich in ihrem Wesen. Die reinen Söldnerheere werden verschwinden; sie sind für sich und für die Staaten, die sie hegen, ehrlos, im grossen Kampfe wehrlos. In stehenden Heeren muss sich die Dienstzeit vermindern, damit die Militärlasten einerseits kleiner werden, anderseits die Arbeitskraft des Volkes produktiver verwertet wird. In den Milizheeren wird die Ausbildungszeit nach Möglichkeit immer noch erhöht, so dass sich stehendes Heer und Milizheer immer verwandter werden.

Es wird für lange Zeit hinaus kein Staat mehr der Irrlehre fröhnen, dass er grosse stehende Heere als nur verbrauchende Medien halten müsse, damit nicht soziale Not und politischer Kampf entstehe, wenn so und so viel Hunderttausende aus Verzehrenden zu Erzeugenden werden. Das wird nun anders kommen und es werden andere Mittel

zu suchen sein, die soziale Frage zu lösen. Nicht die soziale Frage wird zu lösen sein; sie selbst wird andere lösen.

Der Schweiz war bis jetzt nicht Gelegenheit gegeben, im kriegerischen Kampfe zu zeigen, wie sich ihr Wehrwesen und damit das Milizsystem bewähre. Wir denken, es habe sich diese Bewährung am besten dadurch nachgewiesen, dass es der Schweiz bis heute, trotz ihrer Lage inmitten von vier kriegführenden Staaten, möglich geworden ist, den Frieden zu bewahren. Das mag die Lehre für die Welt sein!

Zürich, den 30. Januar 1916.



Eine Heilsarmee des Friedens.

Aus dem Land des Friedens ist sie herübergekommen, aus den Vereinigten Staaten, und Frauen haben der Fahrt ihr edles Ziel gesteckt! Es war Jane Addams, die Präsidentin des Haager Frauen-Kongresses, eine der bedeutendsten Frauen der Gegenwart, und ihre rührige Kollegin Rosika Schwimmer, welchen es gelungen ist, das Grosskapital einmal in den Dienst des Friedens zu stellen, welches so oft im Dienste des Krieges arbeitet.

Auf Anregung der beiden Damen hat Henry Ford, der grösste Automobilfabrikant Amerikas und zugleich ein tatkräftiger Menschenfreund ein Schiff zur Verfügung gestellt und auch reiche Mittel flüssig gemacht, durch die getrieben es flott heranschwimmen konnte, um den Weltkrieg zu belagern. Und nun sind sie von einer neutralen Hauptstadt Europas zur andern gepilgert, sie, die grossen Journalisten Amerikas, die Meister der Reklame, welche in diesem Falle ausnahmsweise eine wohltätige Macht ist, und zu dieser Stunde weiss in ganz Europa jeder, der etwas Nützliches für die Friedenssache vorzuschlagen hat, an welche Adresse er seine rettenden Ideen versenden soll. Sie lautet: Mr. Louis F. Lochner, Generalsekretär der Vermittlungskonferenz, Grand Hotel, Stockholm.

Was dort geschieht? Je fünf angesehene Persönlichkeiten aus jedem von 5 neutralen Staaten (Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark) tagen dort in unablässigem Bemühen, Friedensvorschläge zu erstatten. Experten in jedem kriegführenden Lande stellen ihre Ratschläge brieflich zur Verfügung. Generalsekretär Lochner sagt u.a. (in dem bei Jent & Co., Bern, gedruckten Vortrag):

„Wir machen uns kein Hehl daraus, dass die Vorschläge der neutralen Konferenz vielleicht zuerst schroff zurückgewiesen werden. Gerade diese Möglichkeit ist das beste Kreditiv für unoffizielle Aktionen. Die neutralen Regierungen sind so durch diplomatische Traditionen gebunden, so dass sie nur eingreifen zu können glauben, wenn sie mit Sicherheit auf sofortigen Erfolg rechnen können. Die Furcht, ihr Prestige zu verlieren, hindert sie daran, zu vermitteln, ehe sie glauben, dass der „geeignete Zeitpunkt" gekommen sei. Eine unoffizielle Konferenz jedoch hat kein Prestige zu verlieren .... Und was die Frage der geeigneten Zeit und des günstigen Augenblicks anbetrifft, so ist für Privatpersonen jeden Augenblick ein günstiger ...."

Alle Achtung! Wenn jeder so denken, wenn jeder einzelne in seinem Kreise so energisch am Frieden arbeiten wollte, dann wäre der Frieden längst schon eine Tatsache.

Statt dessen wurde von müssigen Leuten vom ersten Augenblick an alles Missgünstige über die Expedition verbreitet. Die Herren Evans und Lochner haben in ihren Reden besonders auch in Zürich und Bern diese ungünstigen Gerüchte bekämpft. Es ist nicht wahr, dass die Expedition in den skandinavischen Ländern kühl oder höhnisch aufgenommen worden wäre; es ist nicht wahr, dass Mr. Ford oder Mrs. Addams sich entmutigt zurückgezogen hätten, vielmehr werden beide sobald als möglich sich persönlich an den Arbeiten in Stockholm beteiligen. Auch Mr. Bryan hat sich keineswegs reserviert verhalten, sondern will von dieser neutralen Konferenz aus persönlich seine bekannten Ideen bezüglich der künftigen dilatorischen Behandlung von Kriegsanlässen auch für Europa nutzbar machen. Und alles soll zusammenwirken, um einen dauernden Frieden vorzubereiten, der nicht auf Erwägungen militärischer Natur, sondern auf die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit gestützt ist.

Mit einem Worte, es ist ein Eroberungszug des amerikanischen Pazifismus auf europäisches Gebiet. Der äussere Erfolg wird offenbar vom Verlaufe der Kriegsereignisse und seinem Einflusse auf den Friedens-

willen der einzelnen Staaten abhängen. Der moralische Erfolg, die Sympathie aller Menschenfreunde in Europa ist dem hochherzigen Unternehmen schon jetzt gesichert.

* * *

Neben dieser völlig unoffiziellen Konferenz von Privatleuten aus den neutralen Staaten läuft die Aktion des holländischen Anti-Orloog-Raad fort, durch welche die holländische Regierung zur Einberufung einer offiziellen Vermittlungskonferenz der neutralen Staaten bewogen werden soll. Die Rotterdamer Friedensgesellschaft „Si vis Pacem, para Pacem" wünscht das Programm dieser offiziellen Konferenz energischer auszugestalten. Zunächst sollen die neutralen Staaten sich verpflichten, in Zukunft alle Kriege unter einander zu vermeiden, gleichzeitig sollen sie die Friedensvermittlung behufs Beendigung des Weltkrieges vorbereiten und den Beitritt der Kriegführenden zur dauernden Friedensorganisation der Neutralen vorbehalten. Wir wünschen von Herzen, dass es unseren holländischen Gesinnungsgenossen gelingen möge, die dortige Staatsgewalt zu einer Einladung an die Neutralen im angeregten Sinne zu vermögen.

□□□

Die Rolle der Frau.

Die Zeit wird kommen, wenn die erschöpften Überlebenden dieses Krieges den Frauen mit Recht Vorwürfe machen werden für ihre Untätigkeit während dieser schrecklichen Zeit. Sie werden dann vielleicht sagen, dass als die Ideale des Patriotismus tausende von Männern in den Krieg trieben, die Frauen sich geweigert haben, ihrer innern Stimme zu folgen und im Moment des Schreckens versäumten, die Heiligkeit menschlichen Lebens und den Wert der geistigen Güter klar und mutig zu behaupten.

Aus Jane Addams Ansprache an den Haager Frauenkongress.

□□□

Kriegsbetrachtungen.

Von LORD JAMES BRYCE.

(Schluss).

So sind auch die psychischen Vorgänge, welche von den Beobachtern der Vergangenheit verzeichnet wurden, wenn ein Land in Krieg oder Aufruhr hineingerissen wurde, dem Europäer der Gegenwart wieder als lebendige Wirklichkeit vor Augen getreten. Wir sehen, wie dieselbe Leidenschaft alle und jeden gleichzeitig erfasst und in jedem einzelnen durch das Gefühl noch erhitzt wird, dass auch die andern sie teilen. Man sagt, dass Schafe, welche zerstreut im Gebirge weiden, bei der Annäherung einer Gefahr sich dicht zusammendrängen, indem die Widder an der Front sich dem Feind entgegenstellen. Die ganze Herde wird Eins, mit einem Geist, einer Furcht, einer Panik. So auch die menschliche Gemeinschaft in Zeiten der Gefahr: das ganze Volk fühlt und handelt wie ein Mann. Die Nation wird von ihrem Gesamtbewusstsein so lebendig durchdrungen, dass sie sich selbst das einzige Gesetz ist und auf die Meinung anderer wenig Rücksicht nimmt. Das Individuum ist in der Masse verloren und die Masse wird mehr durch Gefühle als durch Gedanken getrieben. Die gesteigerte Leidenschaft schaltet nicht nur den Einzelwillen aus, sondern selbst die individuelle Vernunft. Aus Furcht und Zorn entsteht leichtgläubiger Verdacht; und wenn einmal jemand verdächtig ist, so ist jeder bereit, das Schlimmste von ihm zu glauben. Die sogenannte Suggestion wird so unwiderstehlich, dass einen Menschen anklagen schon so viel bedeutet, wie ihn verurteilen. Lavoisier wird zum Tode durch die Guillotine verurteilt; er beruft sich darauf, dass er ein harmloser Chemiker sei, aber man erwidert ihm: Die Republik braucht keine Chemiker. Nach der Ermordung Julius Cäsars wird Cinna, der Poet, von der Menge erwischt; er

beteuert, er sei nicht Cinna, der Verschwörer; tut nichts, er wird wegen seines Namens erschlagen, wobei allerdings ein Zuschauer bei Shakespeare hinzufügt: Erschlagt ihn wegen seiner schlechten Verse! In solchen Zeiten genügt ein ausländischer Name als Beweis, dass sein Träger ein Spion ist. Da gibt es keine Toleranz für abweichende Meinungen; die herrschenden Leidenschaften mit Argumenten zu bekämpfen, ist Hochverrat. Jede Anerkennung für den Charakter oder selbst für die geistige Begabung eines Feindes wird missbilligt. Vollends Gefühle der Menschlichkeit gegenüber dem Feind werden verdammt, wenn man nicht etwa die Vorsicht übt, sie in den Worten der heiligen Schrift zu zitieren. Die steigende Flamme des Hasses umhüllt nicht bloss Regierung und Armeen des Feindes, sondern selbst die schuldlosen Privatleute des feindlichen Landes. Diese längst bekannten Erscheinungen sind alle auch im heutigen Europa zu sehen, in höherem oder in minderem Grade, letzteres z. B. in unserem Lande, wo die Kühle des nationalen Temperaments und die Tatsache, dass kein Eroberer bei uns eingedrungen ist, sie in einem verhältnismässig milden Typus hervortreten lässt.

Die Erhitzung der Leidenschaften greift auch auf die religiösen Gefühle über und lässt sie nicht immer ihre reinste Form bewahren. In den meisten Ländern sind es nur die aufgeklärtesten Köpfe, welche sich davon zurückhalten können, die Gottheit als besonderen Protektor ihrer Nation in Anspruch zu nehmen und in jedem Sieg ein Zeichen der besonderen göttlichen Gunst für ihr Land zu erblicken. Der moderne Mensch scheint bei solchen Gelegenheiten in die Sinnesart primitiver Zeitalter zurückzufallen. Damals zog noch jeder Stamm für seinen Gott zu Felde; man erwartete auch wieder von diesem, dass er für den Stamm kämpfe; so rief Moab seinen Gott Chemosh und Tyrus seine Göttin Melkarth zu Hilfe. Jetzt allerdings pflegt ein Volk sein Anrecht auf göttlichen Schutz damit zu beweisen, dass seine Sache die gerechte sei. Aber da dies von jeder Nation in ganz derselben Weise verkündet

wird, so ist das praktische Ergebnis ungefähr das gleiche wie in den Tagen des Chemosh und der Melkarth. Das Sonderbarste ist, dass gerade dasjenige Volk, dessen religiöser Fanatismus ehemals der leidenschaftlichste zu sein pflegte, jetzt schwächer als jemals auf den Appell zum heiligen Krieg reagiert hat. Geschieht dies vielleicht deshalb, weil die Muselmanen ungläubige Staaten zu Verbündeten ebenso wie zu Feinden haben? Erscheint ihnen deshalb dieser Krieg weniger heilig, als die Eroberungszüge früherer Jahrhunderte?

Viele andere Symptome, welche einen Rückfall in die Kriegssitten früherer Zeitalter bedeuten, will ich aus dem früher angegebenen Grunde nicht ausführlicher erörtern. Erfreulicher ist es festzustellen, dass einige von den Tugenden des Krieges sich noch niemals glänzender betätigt haben. Der Mensch ist unter der Herrschaft der Kultur keineswegs entartet, weder an Kraft des Körpers, noch an Energie des Willens. Die Tapferkeit und Opferwilligkeit der Soldaten ist bei allen Nationen so hervorragend gewesen wie nur je zuvor. Das Geschlecht der Helden, das von den Thermopylen bis Lucknow eine einzige Kette bildet, mag die Krieger der Gegenwart als Brüder begrüssen; auch die Zurückgebliebenen, welche den Verlust von Söhnen und Brüdern erleiden mussten, die ihnen oft teurer waren als das eigene Leben, haben oft durch schweigende Würde des Ertragens und Entsagens bewiesen, dass sie den römischen Stoikern oder den christlichen Heiligen ebenbürtig zur Seite stehen.

In dieser und in mancher ähnlichen Weise sehen wir gar viele Züge menschlichen Charakters, gar viele Erscheinungen des politischen und religiösen Lebens, welche uns von den Geschichtschreibern früherer Zeiten überliefert werden, durch die Erfahrung der Gegenwart bestätigt. Besser als zuvor können wir jetzt verstehen, was aus Nationen werden kann, wenn die höchste Gefahr ihnen droht, wenn die höchste Anstrengung von ihnen gefordert wird; und diejenigen von uns, welche sich der Geschichtsforschung gewidmet haben, werden es nützlich

finden, die Gegenwart zu studieren, um die Vergangenheit zu beleuchten.

Aber die Zukunft stellt höhere Forderungen an uns. Jeder einzelne fühlt, dass die Welt, die wir nach dem Kriege sehen werden, eine andere sein wird als die jetzige; aber niemand kann voraussagen, was für eine Welt es sein wird. Wir alle versuchen, uns davon eine Vorstellung zu machen, aber wir wissen, dass es sich nur um Phantasiebilder handeln kann; wer will alle Möglichkeiten berechnen? Immerhin ist es für jeden von uns der Mühe wert, niederzuschreiben, welche Fragen in bezug auf die Zukunft die Öffentlichkeit und den eigenen Geist des Beobachters am lebhaftesten beschäftigen.

Wird dieser Krieg die Wirkung haben, den kriegerischen Geist noch mehr zu entflammen oder ihn zu dämpfen und herabzustimmen? Es gibt Leute, welche glauben, dass das Vorbild derjenigen Staaten, welche für den Krieg ungeheure Vorbereitungen gemacht haben, fortan von allen Staaten, soweit nur ihre Mittel reichen, nachgeahmt werden wird, dass also überall die Armeen noch zahlreicher, die Flotten noch grösser, die Geschütze noch mächtiger werden müssen und dass Krieg auf Krieg folgen wird, bis die Vorherrschaft eines Staates oder einer Rasse endgültig entschieden ist. Andere Beobachter von mehr sanguinischem Temperamente stellen sich vor, dass die Entrüstung des Menschengeschlechtes die Herrscher der Völker zwingen wird, irgendein Mittel zu finden, das den Krieg in Zukunft wirksamer verhüten könnte, als dies der Diplomatie bisher gelungen ist. Jede von diesen beiden Anschauungen wird von Männern vertreten, die ein umfassendes Wissen mit gründlichem Denken vereinigen; und für jede lassen sich starke Argumente anführen.

Auch die Wirkungen, welche der Krieg auf die Verfassung und innere Politik der kämpfenden Staaten ausüben wird, liegen noch völlig im Dunkel, obwohl allgemein angenommen wird, dass sie jedenfalls weittragender Natur sein werden. Diejenigen, welche gerne von der Politik als einer Wissenschaft zu reden pflegen, mag es nachdenklich

stimmen, wenn sie vor die Frage gestellt werden, was uns die Erfahrung der Vergangenheit in bezug auf die innere Entwicklung von Staaten wie etwa Deutschland oder Russland vorauszusehen erlaubt unter der Voraussetzung, sei es des Sieges, sei es der Niederlage dieser oder jener Grossmacht.

Auch die wirtschaftlichen Fragen der Zukunft sind kaum weniger rätselhaft als die politischen, und doch kommt die Nationalökonomie dem Wesen einer Wissenschaft näher als irgendein anderer Zweig der sich mit der Untersuchung menschlicher Angelegenheiten befasst, zum Unterschied von den Naturwissenschaften. Wer will z. B. die Frage beantworten, wie lange die grossen Staaten brauchen werden, um die wirtschaftlichen Verluste wieder hereinzubringen, die sie jetzt erleiden? Die Zerstörung von Kapital während der Kriegsmonate ist grösser gewesen als jemals vorher in einem so kurzen Zeitraum und wird mit wachsender Geschwindigkeit zunehmen. Fast zwei Jahrhunderte hat Deutschland gebraucht, um sich von der Verwüstung durch den dreissigjährigen Krieg zu erholen — und vier Jahrzehnte mussten nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkrieges verstreichen, bevor das Volksvermögen der Südstaaten den Stand von 1860 wieder erreichen konnte. Wohl darf man erwarten, dass in unseren Tagen der Genesungsprozess sich rascher vollziehen dürfte; aber andererseits muss die Ausrottung von Millionen von produktiven Köpfen und Händen notwendig diesen Prozess verlangsamen; auch wird jede von den handeltreibenden Nationen durch die Verarmung ihrer Kundschaften zu leiden haben.

Dies aber legt uns die schwierigste aller Fragen nahe, mit welchen wir uns auseinanderzusetzen haben: Wie wird die Bevölkerung an Zahl und Tüchtigkeit durch den Krieg beeinflusst werden? Vor 1914 war die Geburtenzahl in Deutschland und in England in der Abnahme begriffen. In Frankreich war sie bereits so stark zurückgegangen, dass sie keinen Überschuss über die Sterbezahl ergab. Wird die Ausschaltung der im Kriege Gefallenen oder

Verstümmelten die Geburtsrate günstig beeinflussen? Und wie lange kann es dauern, bis jedes einzelne Land seine frühere industrielle Leistungsfähigkeit wieder erlangt haben wird? Von einigen unserer Universitäten ist die grössere Hälfte der Studenten und jüngern Professoren zu den fernen Schlachtfeldern hinausgezogen; viele von diesen werden nie mehr wiederkehren. Wer will es abschätzen, was da verloren geht, an Literatur, Kunst und Wissenschaft, wenn diejenigen sterben, welche durch ihre starke und wohlausgebildete Begabung zu grossen Entdeckungen und Bereicherungen der Geisteswelt berufen waren? Auch gehören diejenigen, welche jetzt ihr Leben verlieren müssen zu den gesündesten und kräftigsten Elementen der Bevölkerung, und man konnte von ihnen einen starken und gesunden Nachwuchs erwarten. Wird nicht die körperliche und geistige Kraft der Generation, welche in 30 oder 40 Jahren zu ihrer vollen Reife kommen wird, Zeichen des Verfalles aufweisen? Die Daten für eine Voraussage sind unzureichend; denn in keinem früheren Kriege hat Europa als Ganzes einen so ungeheuren Verlust an Menschenleben erlitten, selbst relativ, im Verhältnis zu einer Bevölkerungszahl, welche weit grösser ist als vor einem Jahrhundert. Man behauptet — ich weiss nicht mit welcher Berechtigung —, dass die Statur und Körperkraft der französischen Bevölkerung nach den Verlusten der Kriegsepoche von 1793—1814 sich nur langsam wieder dem früheren Stande genähert hat. Niebuhr war der Ansicht, dass die Bevölkerung des römischen Reiches sich von der grossen Pest des zweiten Jahrhunderts niemals völlig erholen konnte; und doch sterben bei einer Pest eher die Schwächeren, während dem Kriege zumeist Stärkere zum Opfer fallen. In der Tat sind unsere Freunde, die Eugeniker, für die Zukunft der kriegführenden Staaten ernstlich besorgt. Einige von ihnen versuchen sich allerdings zu trösten, indem sie die ausgezeichneten moralischen Wirkungen betonen, welche durch den Ansporn des Krieges auf den menschlichen Geist hervorgerufen werden. Was die Rasse an Körper

verliert, das mag sie — so hoffen unsere Freunde — an Seele gewinnen. Aber das ist eine hochphilosophische Hypothese, auf welche die geschichtliche Erfahrung kein sicheres Licht wirft. Gewiss, man kann nicht zweifeln, dass der Kriegsdienst bei denjenigen, welche aus edlen Motiven kämpfen, begeistert durch den Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Sache, zu einer Veredlung des Charakters führen kann. Wir erleben es heute, wie unsere Vorfahren es früher erlebt haben. Aber erstreckt sich diese Veredlung des Charakters auch auf den nicht kämpfenden Teil jedes Volkes? Und wie lange mag sie vorhalten? Ein geschichtliches Beispiel, welches unserer Zeit besonders naheliegt und um so beweiskräftiger sein könnte, als die Mehrzahl der Kämpfer auf beiden Seiten vom reinsten Patriotismus beseelt war, ist der amerikanische Sezessionskrieg. So lange er dauerte, wurde er geradezu als moralische Wiedergeburt der Nation empfunden. Doch möchte ich hier und jetzt mich nicht so weit vorwagen, zu untersuchen, inwieferne jene Hoffnungen durch das dauernde Resultat bestätigt worden sind; denn eine solche Untersuchung würde uns zu weit führen.

Das also wären einige von den Fragen, welche jetzt als unsere Gegenwartssorgen zu verzeichnen interessant sein könnte, auf dass künftige Generationen die Ansichten und Besorgnisse derjenigen besser verstehen mögen, welche die grossen Probleme dieser schicksalsschweren Zeit „sine ira, metu, studio" zu erfassen bemüht waren. Es wäre verfrüht, schon jetzt die Aufgaben lösen zu wollen, welche sich an uns herandrängen. Aber wir können mindestens den Versuch machen, klar zu sehen, welche Probleme es sind, und einen Unterschied zu machen zwischen den dauernden und den vorübergehenden, den moralischen und den materiellen Ursachen, welche das Menschengeschlecht in diesen Abgrund von Unheil geschleudert haben; und wir können einer den andern fragen, wo die Kräfte sein mögen, welche dazu helfen könnten, die Menschheit von diesem Unglück zu erlösen. Es ist jetzt die Zeit, Fragen zu stellen, nicht aber Antworten zu geben.

Einst werden die Menschen auch die Antworten auf diese Fragen erhalten. Aber vorher dürften wohl die meisten von uns, die wir heute hier versammelt sind, den tiefen Fluss des ewigen Vergessens überschritten haben, jenen nachfolgend, welche heute ihr Leben hingeben, damit Britannien desto länger leben möge.



Aus der Kriegspresse.

Wir entnehmen den „Süddeutschen Monatsheften“ (Jänner 1916), *dem bislang so vornehmen Organ, welches immer bedenklicher ins alldeutsche Lager einschwenkt, die folgende Stelle, welche einen Artikel abschliesst, in dem die Tätigkeit des Grafen Reventlow eine starke Lobrede erfährt:*

„In England beginnen manche Kreise zu bemerken, dass der Krieg, wenn er noch länger dauert, Grossbritannien die Herrschaft über die Meere und damit die Grundlage seines Reichtums und seines beherrschenden Einflusses auf die festländischen Völker Europas kosten wird. Schon ertönen drüben Stimmen, welch furchtbare Verheerungen der ‚Menschheit‘, ‚Europa‘, der ‚Zivilisation‘ drohen, wenn der Krieg nicht bald endigt, wenn Deutschland nicht bald einen ‚ehrenvollen‘ Frieden schliesst, bei dem Grossbritannien vielleicht die Freiheit der Meere beschwört, tatsächlich aber seine die Meere versperrende und Meere beherrschende Stellung behält und damit die Möglichkeit, die grosse Koalition nach zehn oder fünfzehn Jahren neuerdings, dieses Mal aber mit ganz anderer Aussicht auf Erfolg, gegen uns heranzuführen. Wenn solche, auf die deutsche Sentimentalität und Gutgläubigkeit berechneten Überlistungsversuche in deutschen Zeitungen begrüsst werden als Stimmen der ‚wiedererwachenden Vernunft‘, als sympathische Stimmen ‚verständiger Männer, ehrwürdiger Liberaler alten Schlages‘, die leider bis jetzt nur eben noch vereinzelt und von der herrschenden ‚Clique‘ noch nicht zur Macht zugelassen seien, so sind solche Äusserungen im guten Falle naiv, in jedem Falle aber in ihrer Wirkung bedenklich.“

Unwillkürlich fragt sich der unbefangene Leser: Wie soll man England schon jetzt verhindern, in fünfzehn Jahren etwa eine feindliche Koalition zustande zu bringen? Unter dieser Voraussetzung muss man sich zum ewigen Krieg gegen England entschliessen.

Der „Temps" bringt am 1. Febr. unter dem Titel „Contre les Barbares" den folgenden interessanten Beitrag zur Geschichte der Verheerungen, welche die Pfalz unter Ludwig XIV. erleiden musste:

„Es ist bemerkenswert, dass die Deutschen durch ihre Greueltaten den Gegner fast immer zu Repressivmassregeln gezwungen haben. Die berüchtigten ‚Instruktionen' über die Pfalz, welche man der Härte Louvois so oft vorgeworfen hat, fanden ihre einzige Ursache in den deutschen Wildheiten (férocités), welche damals das linke Rheinufer zur Verzweiflung getrieben hatten. So schreibt Louvois: ‚Man muss die Deutschen an Unmenschlichkeit übertreffen, da sie sich doch nicht entschliessen können, einen ehrlichen Krieg zu führen.'

Um den Ruhm dieser historischen Entdeckung streiten nun schon zwei französische Gelehrte: C. M. Savarit und Dr. Gustave Le Bon („Temps" vom 7. Februar). Letzterer befindet sich in der besonders unangenehmen Lage, vor dem Kriege in verbreiteten Werken gewisse Vorzüge der Deutschen soziologisch erklärt zu haben, was er freilich in seinem letzten Buch: „Les Enseignements psychologiques de la guerre européenne" nach Kräften wieder gut macht.

Die „Pall Mall Gazette" vom 24. Dez. 1915 veröffentlichte unter dem Titel „Deutsche, welche die Wahrheit eingestehen" ein Weihnachtsmanifest einer „Deutschen Menschheitsliga" (German Humanity League) in welchem sich „die schärfsten Dinge finden, welche bisher über den Kaiser und Deutschlands herrschende Klassen geäussert worden sind." U. a. wird da gesagt:

„Betrachten wir die Lage des Deutschen Reiches, wie sie sich im Juli 1914 darstellte. Wir haben damals die vollste Freiheit des Handels genossen. Auf jedem Markte der Welt wurden wir willkommen geheissen und konnten in friedlichem Wettbewerb mit andern Staaten unsere Industrie, unsern Handel, unseren Seeverkehr entwickeln. Alle unsere berechtigten wirtschaftlichen Interessen waren gesichert und durch Verträge geschützt. Wir wurden in der ganzen Welt geehrt und respektiert.... Heute dagegen ist der deutsche Name der Spott aller Kulturvölker; die deutsche Flagge ist zum Abzeichen der Infamie geworden, die Ritterlichkeit ist aus unseren Reihen verbannt".... und in diesem Ton geht es weiter bis zum Schluss der Kaiser und seine Ratgeber in der schroffsten Weise denunziert werden.

Derselbe Text ist auch durch viele andere Blätter der englischen Presse gegangen. Als Weihnachtsgruss von Deutschen war er jedenfalls sehr auffällig. Wir haben nun bei den bestinformierten einschlägigen Kreisen in den verschiedensten Ländern nach dem Bestande dieser Liga geforscht und konnten nirgends einen Bescheid erhalten. Es scheint sich hier um einen plumpen Schwindel zu handeln.

□□□

Vom „aktuellen" Pazifismus und vom „Pazifismus überhaupt".

Erwiderung auf Professor Dr. Paul Natorp

von Dr. ALFRED H. FRIED.

Gegenüber der im Herbst v. J. im „Kunstwart" erschienenen Artikelreihe Professor Natorps über den Pazifismus (die in jener Zeitschrift ihre Erwiderung finden wird, sobald die Zensur dies gestattet) enthält der in diesen Blättern (15. Februar) veröffentlichte Aufsatz eine Einschränkung, die für die Klärung der Erörterung von grosser Wichtigkeit ist. In diesem Aufsatz will Natorp seine Kennzeichnungen nicht mehr auf den „Pazifismus überhaupt", sondern nur auf einen von ihm sogenannten „aktuellen" Pazifismus bezogen wissen.

Wie ich über diesen aktuellen Pazifismus denke, mag eine Stelle meines Artikels „Der Pazifismus von morgen" erhärten, den ich im April 1915 (Friedenswarte XVII. Jahrg., Heft 3/4) veröffentlichte. Darin schrieb ich:

> „Millionen Menschen fangen heute an, durch den Krieg dahin gebracht, über ihn nachzudenken und über die Möglichkeit seiner Ausmerzung. Das ist die propagatorische Wirkung des Krieges, die zu erwarten war ... Diese neuen Millionen von Gleichgesinnten haben entweder von einer seit Jahrzehnten an der Arbeit befindlichen Friedensbewegung nichts gehört, oder sie haben so unsinniges Zeug über sie vernommen, dass sie sich scheuen, es einzugestehen, dass sie jetzt selbst in der Richtung jener vielgeschmähten Bewegung denken. In beiden Schichten der neu aufkommenden Pazifisten macht sich, da sie durch unsere Schule noch nicht gegangen, ein schrecklicher Dilettantismus geltend. Ideen, die schon längst überwunden sind, die heute das Lächeln jedes ernsten Friedenstechnikers hervorrufen, kommen wieder zum Vorschein und suchen sich Geltung zu verschaffen. Zahllose neue Organisationen werden begründet, glänzende Namen finden sich, um diese Organisationen zu decken und ihren Programmen und Forderungen Kredit zu verschaffen. Was der wissenschaftliche Pazifismus schon längst über Bord geworfen, das Konstruieren sozialer Gebilde, die künstliche Schaffung von Staatenbünden, von „Vereinigten Staaten

Europas“, von Zwangsschiedsgerichten und internationalen Exekutionen taucht jetzt neuerdings auf und wird mit dem frischen Eifer des Neophytentums vertreten.“

Die literarische Produktion dieses von mir so gekennzeichneten Pazifismus ist es wohl überwiegend, die sich „als mächtiger Stoss Flugschriften und Broschüren seit dem Ausbruch des Krieges fast nur durch unverlangte Zusendungen“ bei Professor Natorp angehäuft hat, und die ihm als Grundlage seiner Kritik diente. Ich kann ihm dabei nur zustimmen. Er selbst hebt ja (S. 84) unsere Übereinstimmung in der Beurteilung hervor, was ihn zu der Frage veranlasst: „Worum streiten wir eigentlich?“ Bedauern muss ich jedoch, dass seine Ausführungen vielfach missverstanden und als eine Kritik des „Pazifismus überhaupt“ angesehen werden dürften. Dies um so mehr, als er durch einige, dem Zusammenhang entfremdete Zitate meine Übereinstimmung mit dieser „aktuellen“ Richtung erhärten wollte, während ich in der Tat seit einem halben Menschenalter*) (nicht erst seit Oktober 1915!) jene Richtung, die durchaus nicht so „aktuell“ ist wie sie aussieht, sondern nur einen durch die Aktualität des Problems gezeitigten Rückfall in alte und längst überwundene Ideengänge darstellt, auf das nachdrücklichste bekämpfe. Dass es für Professor Natorp „etwas überraschend“ ist, „zu vernehmen, dass Fried zu dem Ganzen dieser Bestrebungen des aktuellen Pazifismus sich schroff ablehnend stellt“ (S. 83), ist wahrhaftig nicht meine Schuld; denn ich habe seit Jahren diesen Standpunkt in zahlreichen Schriften vertreten.**) Diese Tatsache wird durch Natorps Nachweis nicht erschüttert, dass in meiner Zeitschrift unter der Rubrik „Die Vorbereitung des künftigen Friedens“ auch über dilettantische Vorschläge „ohne die geringste Andeutung des Nichteinverständnisses“ berichtet wird, da es sich dabei nur um eine Materialzusammenstellung handelt, die den allgemeinen Umfang der Anti-Kriegsbewegung andeuten und dem spätern Nachschlagebedürfnis dienen soll. Auch wird das Zitat aus meinen Bemerkungen gegen Chamberlain (S. 85) über die „Polizei-Schutz-Aktion einer internationalen Vernunftschutztruppe gegen die randalierenden Männer einer internationalen Ordnung“ doch schwerlich als eine Be-

*) Vgl. u. a. meine bereits 1902 erschienene Schrift „Die Ausgestaltung der Friedensaktion in Deutschland. Eine Denkschrift zum zehnjährigen Bestand der Deutschen Friedensgesellschaft“, Berlin. Auch abgedruckt: „Friedens-Warte“ 1902. S. 145—160.

**) So in meiner grundlegenden kleinen Schrift „Die Grundlagen des revolutionären Pazifismus“ Tübingen (Mohr) 1908, in meinem „Handbuch der Friedensbewegung“ 2. Aufl. 1912, und in zahlreichen Artikeln.

fürwortung der in dem Programm der Konstruktionisten empfohlenen Staaten-Gendarmerie angesehen werden können, sondern nur als der bildliche Vergleich einer Vernunftbetätigung mit einer Polizeiaktion.

Der Versuch, gerade mich zum Eideshelfer jenes eben durch mich so sehr bekämpften pazifistischen Dilettantismus zu machen, ist Herrn Professor Natorp sicherlich misslungen. Er ist auf ein totes Geleis geraten und hat die Hauptlinie überfahren. Die höchst ehrenwerten Persönlichkeiten, die er zitiert, gehören nicht zu den führenden Geistern der Bewegung. Er übersieht, was Männer wie Lammasch, Schücking, Wehberg, Niemeyer, Nippold, Quidde, Max Huber, Goldscheid, Müller-Lyer, W. Förster, Fr. W. Foerster, Rade, Ostwald, Umfrid (von dem er uns nur einen Satz zitiert), Kammerer, Vierkandt u. v. a. — um nur deutsche Gelehrte zu nennen — für und über den Pazifismus geschrieben und wie z. B. Männer wie Harnack, Lamprecht, Zorn ihn gewertet haben.*) Auch Schlief ist ihm nicht bekannt, der sein fundamentales Werk „Der Friede in Europa" schon 1891 veröffentlichte; denn sonst hätte er bei dem Zitat aus Umfrid (S. 82), wo dieser von „Staatengrundverträgen" spricht, die Frage „Was für Grundverträge aber?" nicht gestellt. Dieses Wort ist ein von Schlief geschaffener technischer Ausdruck für ein von ihm ausgearbeitetes, aller utopischen Konstruktionen fernstehendes Staatensystem. Diese Männer vertreten allerdings nicht den „aktuellen" Pazifismus, in ihrer Mehrzahl wohl aber den Pazifismus.

Nach diesen Feststellungen über den Grundirrtum, dem Professor Natorp zum Opfer gefallen ist, erübrigt es sich, weiter auf die zahlreich von ihm angeführten Einzelheiten einzugehen, die ja alle aus diesem Grundirrtum entspringen. Doch eine kurze Bemerkung über den Umfang des Pazifismus und der sogenannten pazifistischen Bewegung möchte ich noch hinzufügen: Der Pazifismus ist keine geschlossene Körperschaft, keine Partei, kein Verein, wo man auf ein Programm verpflichtet wird, wenn man sich anschliesst. Er ist vielmehr eine Zeitströmung, für die einzutreten (leider!) jedem freisteht, der den Wunsch hat, ihr zu dienen. Jeder kann daher seine eigenen Ideen und Grundsätze aufstellen. Aber ebensowenig wie Herr Jedermann durch ein ihm auferlegtes Programm gebunden werden kann, ebensowenig kann der Pazifismus im allgemeinen für die Anschauungen der einzelnen Personen oder

*) Vgl. u. a. „Die Deutsche Wissenschaft und der Pazifismus" im 2. Band meines „Handbuch der Friedensbewegung" S. 246 u. f., abgesehen von eigenen Werken der genannten Persönlichkeiten.

Organisationen, die sich in seinen Dienst stellen, verantwortlich gemacht werden. Hier kann man mit vollem Recht das Goethewort über Gott variiert anwenden: ... „darum ward auch der Pazifismus so oft zum Spott“. Oder wie einer unserer französischen Mitkämpfer einmal gesagt hat: „Der Pazifismus hat den einen grossen Fehler, dass er zuweilen schlecht interpretiert wird“. Zugegeben, dass es schwer ist, in diesem Chaos, das jetzt täglich grösser wird, den richtigen Kern zu finden. Um so grösser ist aber die Pflicht derjenigen, die nicht grundsätzliche Gegner sind, ihn auch auf das Sorgfältigste zu suchen und dabei die Spreu vom Weizen zu sondern. Es ist eben nicht alles Pazifismus, was glänzt. Wenn man aber eine Definition der pazifistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit geben will, so muss man zu einer negativen Feststellung greifen. Die Einheit liegt nicht in dem, was ihre so verschieden gearteten Anhänger wollen, sondern in dem, was sie nicht wollen. Nur die Ablehnung des gegenwärtigen Zustandes der zwischenstaatlichen Beziehungen und der sich daraus ergebenden Verhältnisse bildet das einigende Band der Bewegung. Über die Mittel und Möglichkeiten zur Abänderung des verneinten Zustandes und der verneinten Verhältnisse gehen die Meinungen auseinander und verschieden weit, entsprechend der verschiedenartigen geistigen Veranlagung, des sozialen Empfindens und der Erkenntnisfähigkeit der Ideenträger. Es bleibt aber auch einem jeden überlassen, bei dem die Vorbedingung der Verneinung der gegenwärtigen Zweckmässigkeiten der Zwischenstaatlichkeit gegeben ist, sich demjenigen Ideenkreis anzuschliessen, den er für den richtigen hält. Der Kritiker der Bewegung wird jedoch nur dann für sein Vorhaben berufen sein, wenn er einen Standpunkt erringt, der ihm den Überblick über den Gesamtkomplex ermöglicht.

Zum selben Thema schreibt uns ein ***Staatsmann des Vierverbandes:***

Je länger der Krieg dauert, um so deutlicher wird es jedem, der sehen will, dass er die Umwandlung, die Reinigung, auf die man hoffte, nicht gebracht hat. Die Menschen sind die gleichen geblieben, nur dass Gewalttaten und Willkürherrschaft jetzt als etwas Alltägliches, Normales betrachtet werden und dass die in Friedenszeiten mühsam angezüchtete Gesittung den Völkern entschwindet. Die Überzeugung gewinnt immer mehr an Boden, dass schon jetzt die Mittel gesucht werden müssten, durch die eine Wiederholung solchen Weltkrieges verhindert wäre. Dazu sind zwei Bedingungen

nötig: die Schaffung einer öffentlichen Meinung, welche die Lösung dieses Problems gebieterisch erfordert, und die schöpferische Arbeit führender Geister, welche den Weg angeben, der zur Lösung führt.

Einen Napoleon des Friedens kann man nicht hervorzaubern, ebensowenig wie einen Napoleon des Krieges. Für die Schaffung einer öffentlichen Meinung über die Frage der künftigen Rechtsordnung Europas scheint mir Ihre Zeitschrift einen besonders günstigen Boden zu bieten, da sie den Vertretern des aktuellen Pazifismus ihre Spalten ebenso gastfreundlich öffnet wie denjenigen, die ihn verbessern wollen. Zu diesen rechne ich besonders den italienischen Rechtsphilosophen Umano.*) Eine kleine Vereinfachung möchte ich allerdings auch zu diesem System vorschlagen.

Bekanntlich gipfeln die Gedanken Umanos in der Schöpfung eines Völkerparlaments, das schon zur Friedenszeit tunlichst das Kräfteverhältnis der Schlachtfelder nachahmen soll. Darum würde die Zahl von Vertretern, auf welche jeder Staat Anspruch hätte, nicht rein quantitativ nach der Bevölkerungszahl zu regeln sein, sondern es wären auch drei qualitative Momente zu beachten und durch Koefizienten der Vertreterzahl auszudrücken. Statt dieser komplizierten Vorschrift möchte ich vorschlagen, dass die jedem Staat gebührende Vertretungs-Ziffer nach den jährlichen Staatsausgaben, nach Abzug der für Rüstungszwecke bestimmten Summen und der Zinsen für die Staatsschulden, zu berechnen wären. Diese Berechnungsweise stimmt zwar nicht mit den Wrangel'schen Vorschlägen überein, hat aber den Vorzug der Einfachheit und es kämen dabei die Opfer, die der Staat für Kulturzwecke verwendet, zu gebührendem Einfluss.

Doch ist diese Ergänzung nicht der eigentliche Zweck meiner heutigen Ausführungen. Ich wünsche vielmehr die Kontroverse zwischen dem Pazifisten Köster und seinem Kritiker Natorp weiterzuführen.

Worüber streiten die Herren? Doch wohl über die Frage, ob der Friedenswille der Nationen schon jetzt stark genug ist, um eine zwischenstaatliche Ordnung Europas mit Exekutivgewalt nach Ende des Krieges zu schaffen und auf die Dauer zu ertragen. Ich möchte nun auf folgende Tatsachen aufmerksam machen.

Im gegenwärtigen Kriege stehen sich zwei Gruppen von Mächten gegenüber. Innerhalb jeder Gruppe muss, zum Zwecke der gemeinsamen Kriegführung, jeder Staat einen

*) s. Internationale Anarchie oder Verfassung? von F. v. Wrangel, Zürich, 1915.

Teil seiner Freiheit dem Gesamtinteresse zum Opfer bringen. Die gegenseitige Verständigung wird, je nach Bedarf, von Fall zu Fall erzielt, wobei im Vierverbande die Übelstände einer gemeinsamen Aktion ohne entsprechende feste Organisation immer mehr zutage treten. Da dieser Erschöpfungskrieg noch lange dauern kann, wird es für die Mächte des Vierverbandes immer dringender, sich eine feste föderative Organisation zu geben, sowohl zwecks einer wirksameren Kriegführung, wie auch in Voraussicht des gemeinsamen Friedensschlusses und für die fernere Gestaltung des durch gemeinsamen Kampf gefestigten Bündnisses.

Diese Organisation müsste schon jetzt so ausgestaltet werden, dass nach Friedensschluss auch jeder neutrale Staat ihr beitreten könnte, ja selbst die Zentralmächte, jede einzeln oder gemeinsam.

Die Verfassungsgrundlagen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, sowie des Deutschen Reiches, sind in Kriegszeiten ausgearbeitet worden. Dazu sind zwei Bedingungen nötig: das Bedürfnis, sich zu organisieren, und Staatsmänner, die den Willen und die Macht haben, diesem Bedürfnis die rechte Form zu geben.

Es will mir scheinen, dass sich aus der immer zweckmässiger ausgestalteten Organisation für eine Einheit der Aktion im Vierverbande leicht die gewünschte Organisation für eine Einheit Europas im Friedenszustande entwickeln könnte.



Durch die Abschaffung des Faustrechtes wurden die Privatrechte und die Kräfte der Einzelnen auf die Beherrscher der Staaten übertragen.

Der Missbrauch, den diese damit zur Befriedigung ihrer Eitelkeit und Vergrösserungssucht machten, verursachte hauptsächlich die Stürme, welche seit 1788 Europa beunruhigten.

Sie können nicht vollenden, bis man allgemein den Gang der Politik nicht mehr ausschliesslich der Berechnung seiner Kräfte, sondern den Grundsätzen der Moral unterordnen wird; und davon sind wir am 1. Januar 1915 noch sehr weit entfernt.

Erzherzog Karl von Oesterreich.



Das Friedensproblem.

Von Professor EUGENIO RIGNANO (Mailand).
(Übersetzt von Clara Sokolowsky).

Die Zeitschrift „Scientia“ hat unter meiner Leitung eine internationale Enquête über die Ursachen des Krieges veranstaltet und hervorragende Gelehrte der verschiedenen Länder, der neutralen sowohl als der kriegführenden, eingeladen, diese Ursachen objektiv und unparteiisch zu erforschen. Zu diesem Zwecke musste die Auswahl der Mitarbeiter gerechterweise unter den verschiedenen Staaten und verschiedenen Nationalitäten, namentlich den kriegführenden, so getroffen werden, dass die von den einen wegen ihrer leidenschaftlichen Befangenheit nicht hervorgehobenen Faktoren sicherlich von den anderen infolge ihrer entgegengesetzten Parteirichtung untersucht und aufgedeckt würden.

Dabei kam es uns hauptsächlich darauf an, eine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Kriegsfaktoren zu machen und vor allem jene, die wahrscheinlich oder sicher fortbestehen werden, von jenen zu trennen, die eventuell aufhören können, zu bestehen; und bei diesen letzteren musste man wieder einen Unterschied machen zwischen jenen, deren eventuelles Verschwinden sich unserer Willkür entzieht und jenen, deren Ausschalten unter gewissen Umständen vom Willen des Menschen abhängen kann.

In den verschiedenen Artikeln, die als Antwort auf unsere Umfrage eingesendet und veröffentlicht worden sind*), werden folgende Kriegsursachen eingehend erörtert: Die deutsch-französische Spannung wegen Elsass-Lothringen; die englisch-deutsche Spannung wegen der imperialistischen Bestrebungen Deutschlands, die das britische Weltreich und England selbst bedrohten; die Spannung zwischen der deutsch-österreichischen Gruppe einerseits und Russland andererseits wegen der ernsten Bedrohung, die das neue, durch Russland begünstigte Gleichgewicht auf dem Balkan für jene deutsch-österreichischen Bestrebungen bedeutete, welche die türkische

*) In den Heften 1—5 der „Scientia“ von 1915. Die Verfasser dieser Antworten sind: in Heft 1: L. Lévy-Bruhl — W. J. Ashley — W. Wundt; Heft 2: A. Landry — O. Lodge — G. von Below; Heft 3: V. Pareto — W. J. Collins — E. Meyer; Heft 4: N. Kostyleff — L. M. Hartmann — Lujo Brentano; Heft 5: P. Vinogradoff — J. Andrassy — W. L. de Jaworski.

„res nullius“ zum Zwecke hatten; und schliesslich die allgemeine Spannung der gegenseitigen Bedrohung halber, die jede Gruppe für die andere bildete. Dies waren die Kräfte, die mit immer wachsender Macht zum Kriege drängten. Das Gesamtergebnis dieser Untersuchungen ist keineswegs entmutigend. Die gefährlichsten Ursachen des gegenwärtigen Krieges können durch den Friedensschluss abgeschwächt oder ganz beseitigt werden*). Die demokratische Entwicklungsrichtung und die fortschreitende Volksbildung, sowie andere Ursachen, werden die bisher zu schwachen Barrieren gegen den Ausbruch eines Krieges befestigen.

Sobald der zukünftige Vertrag so gut als möglich die Hauptfaktoren ausgeschaltet haben wird, die dazu beitrugen, die gegenwärtige Verwicklung hervorzurufen, — und in allen Ländern Europas sich die Widerstände gegen den Krieg vermehrt haben werden, wird der Rüstungswahn keine Daseinsberechtigung mehr haben. Zugleich wird der finanzielle Aderlass, den alle Staaten erlitten haben werden, es ihnen, durch viele Jahre hindurch, materiell unmöglich machen, den tollen Reigen wieder zu beginnen. Infolgedessen werden die internationale politische Lage einerseits und die finanziellen Notwendigkeiten andererseits dazu beitragen, wenn schon nicht eine eigentliche Abrüstung, so doch wenigstens eine sehr bedeutende Herabsetzung der Rüstungen zu ermöglichen, ja den Staaten aufzuerlegen. Es erscheint daher nicht mehr als unmöglich, dass nach dem Kriege zwischen den verschiedenen Staaten in dieser Hinsicht formelle Vereinbarungen getroffen werden, — trotz der grossen praktischen Schwierigkeiten, die es zu überwinden gelten wird, um zur Abfassung der Einzelheiten dieser Vereinbarungen und der Kontrolle ihrer Durchführung zu gelangen.

Das Haager Schiedsgericht wird dann mit erneuter Kraft und unter günstigeren Auspizien seine edle Mission als Staatenversöhner wieder aufnehmen können. Aber da entsteht wieder jene Frage, der der Vorrang vor allen anderen gebührt: wird es wirklich genügende Macht besitzen, um jedweden Zwist zwischen zwei Staaten schlichten zu können?

Es sei hervorgehoben, dass das Haager Schiedsgericht in bezug auf die zwischen zwei Staaten entstehenden Zwistigkeiten dieselbe Bedeutung hat, wie die Institution der

*) Den ausführlichen Nachweis für die Richtigkeit dieser Behauptung findet der Leser in meiner im Verlage Art. Institut Orell Füssli erscheinenden Schrift über „die Friedensfrage und die Ursachen des Krieges“ (nebst kritischen Einleitungen Ludo M. Hartmanns und Ramsay Muirs vom österreichisch-deutschen und englischen Standpunkt).

Gewerbegerichte für die Zwistigkeiten, die zwischen den gegnerischen Mächten der kapitalistischen Unternehmung und des organisierten Arbeiterwiderstandes entstehen. Wenn nun aber das Gewerbegericht die Zwistigkeiten rein technischer Art schlichten kann, die aus der Auslegung bereits abgeschlossener Arbeitsverträge entstehen, so darf es sich nicht über die in einem neuen Arbeitsvertrag festzulegenden Bedingungen äussern. Bei Ablauf eines Arbeitsvertrages besitzt das Gewerbegericht kein Recht, sich über die grössere oder geringere „Billigkeit" einer eventuellen Lohnerhöhung oder Kürzung der Arbeitszeit auszusprechen. Diese neu aufzustellenden Bedingungen werden also für die eine oder die andere der unterhandelnden Parteien vorteilhaft sein, und zwar einzig und allein auf Grund ihrer jeweiligen Macht; keinerlei Gerechtigkeitsformel wäre imstande, dieses Spiel entgegengesetzter Kräfte zu ersetzen. An Stelle des technischen Organs, des Gewerbegerichtes, tritt dann das politische Organ, das aus den Einigungsämtern besteht, diesen Versammlungen von Vertretern sowohl der Unternehmer als auch der Arbeiter. Hier sucht jede Partei die andere von ihrer eigenen Macht zu überzeugen und unter Androhung von Arbeitseinstellungen und Aussperrungen nähern sie sich nach und nach, indem sie ihre übertriebenen Ansprüche herabsetzen, jenen vermittelnden Bedingungen, die später dem neuen Kontrakt als Grundlage dienen werden.

Und auch das Haager Schiedsgericht, das immer ganz ausgezeichnet dazu gedient hat und dienen wird, Zwistigkeiten rein technischer Natur beizulegen, die durch Auslegung bereits bestehender Verträge zwischen den verschiedenen Staaten entstanden sind, wird die politischen Zwistigkeiten nicht zu schlichten imstande sein, die gerade dann entstehen, wenn es sich darum handelt, zu neuen Vereinbarungen zu gelangen.

Bei solchen zwischen zwei Staaten entstehenden politischen Streitigkeiten müsste also, wie bei den wirtschaftlichen Konflikten, in der Industrie das technische, im Haager Schiedsgericht verkörperte und mit der blossen juridischen Auslegung betraute Organ durch ein politisches ersetzt werden, in dem jeder Staat im Verhältnis zu seiner wirklichen Macht vertreten sein müsste. Dies ist im Grunde genommen mit allen wichtigen europäischen Fragen geschehen, die im Laufe der letzten Jahre durch das sogenannte „Europäische Konzert" gelöst wurden, bei dem die von jedem Vertreter ausgeübte Autorität, wenn schon nicht formell und öffentlich, so doch tatsächlich im Verhältnis zu der politi-

schen Macht des Staates stand, der hier vertreten wurde. Es würde also genügen, ein für allemal das zu sanktionieren und genau zu umschreiben, was bis jetzt stillschweigend, ich möchte fast sagen unbewusst, zugelassen wurde, ohne irgendwelche Regel, die das Spiel der gegnerischen Kräfte leiten und festigen konnte. Die Folge wäre, dass die politischen Zwistigkeiten auch fernerhin je nach der Macht der verschiedenen Staaten oder Staatengruppen geschlichtet würden; aber man müsste zu einer endgiltigen Entscheidung der Streitfragen mittelst motivierter Abstimmung gelangen, anstatt diese Probleme mittelst versteckter Drohungen und diplomatischer Intrigen zu lösen, oder, was noch schlimmer ist, mittelst der Kanonen, die heute die einzige Lösung bilden, wenn die Zwistigkeiten von grosser Bedeutung sind und man keinerlei Verständigungsweg findet.

Diesem Gedanken ist schon von mehreren Autoren Ausdruck und warme Fürsprache verliehen worden, u. a. von dem unter dem Pseudonym „Umano" bekannten italienischen Schriftsteller in seinem „Essai de constitution internationale" (1907). Von besonderer Bedeutung ist es aber, dass dieser Vorschlag im Bundesrat des deutschen Reiches schon verwirklicht ist.

Bekanntlich setzt sich diese Versammlung aus 58, die verschiedenen verbündeten Staaten vertretenden Mitgliedern zusammen. Preussen hat siebzehn, Bayern sechs Vertreter, Württemberg, Baden, Sachsen haben immer weniger Vertreter bis zu den kleinsten Staaten, die nur je einen entsenden. Die Mitglieder des Bundesrats werden von den Regierungen der verschiedenen Staaten ernannt; sie dürfen nicht nach eigenem Gutdünken stimmen, sondern gemäss den Instruktionen ihrer Regierungen. Jeder Staat kann sogar alle Stimmen, die er besitzt, einem einzigen Vertreter übertragen, ja zu diesem Zwecke den Vertreter eines anderen Staates entsenden. Preussen verfügt schliesslich in Wirklichkeit über zwanzig Stimmen, wovon siebzehn ihm selbst zukommen, die anderen drei gehören zwei kleineren Staaten, die im Bundesrate erst nach der Begründung des Reiches Sitz und Stimme erhielten. Um die Majorität zu erlangen, braucht Preussen sich daher nur 10 andere Stimmen von anderen Staaten zu sichern.

Der Massstab, nach welchem die Stimmen auf die verschiedenen Staaten des deutschen Reiches verteilt wurden, war offenkundig derjenige der politischen Macht. Es sollte ein annähernd richtiges Verhältnis zwischen der Stimmenzahl und der politischen Macht der betreffenden Staaten herge-

stellt werden. Dieser Massstab hat aber keineswegs den Vorzug einer leichten Anwendbarkeit. Die politische Macht eines Staates beruht nämlich nicht bloss auf seiner Bevölkerungszahl; diese politische Macht wird noch weit mehr durch die wirtschaftliche Stärke des Staates beeinflusst, deren sichersten Massstab das durchschnittliche Vermögen seiner Untertanen bildet, nämlich der Quotient, den man erhält, wenn man die gesammten öffentlichen und privaten Kapitalien durch die Einwohnerzahl dividiert. Man müsste also die Einwohnerzahl mit einem empirischen, je nach der wirtschaftlichen Stärke des Staates sehr verschiedenen Koeffizienten multiplizieren (dieser Koeffizient könnte zum Beispiel durch die Quadratwurzel jener Zahl gegeben werden, die das durchschnittliche Vermögen des einzelnen ausdrückt). Und auf Grund dieses Gesichtspunktes könnte mittelst leicht zu erhebender statistischer Daten die Zahl der Stimmen festgesetzt werden, die jeder Staat im Bundesrate von Europa erhalten soll.

Eine Vereinfachung wäre zum Beispiel dadurch möglich, dass man, auf Grund der oben geschilderten Gesichtspunkte, alle europäischen Staaten nur in 7 bis 8 Grössenkategorien einteilen und allen Staaten derselben Kategorie dieselbe Stimmenanzahl zuweisen würde: zum Beispiel sieben bis acht Stimmen jeder der drei Grossmächte, England, Deutschland, Russland, und immer weniger Stimmen den anderen Mächten, endlich je eine Stimme den kleinsten Staaten, wie Portugal, Schweiz, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen etc. Die Summe der Stimmen aller diesen Kleinstaaten wäre dann wahrscheinlich grösser als die Anzahl, welche ihren Bevölkerungsgrössen und ihrem Nationalvermögen entsprechen würde; das würde aber die Wahrscheinlichkeit nur erhöhen, dass eine höhere Gerechtigkeit in den Verhandlungen und Beschlüssen des europäischen Bundesrates vorherrschen würde.

Jedenfalls wäre es nötig, — mag man das eine oder andere System zur Anwendung bringen, — in bestimmten Intervallen, etwa alle 20 bis 30 Jahre, eine Revision dieser Stimmenzahl oder dieser Einteilung in Kategorien vorzunehmen, um die Stimmenzahl jedes Staates immer wieder in das richtige Verhältnis zu seiner tatsächlichen Macht zu setzen, die sich ja mit der Zeit ändert.

Und da die Anwendung des ein für allemal gebilligten Vertretungsmassstabs eine rein technische Sache ist, könnte jede solche Revision dem Haager Schiedsgerichtshof anvertraut werden. Die Berechnung der Einwohner-

zahl sowie des Vermögens jedes Landes dürfte sich nur auf das Mutterland erstrecken, und nicht auf die Kolonien oder andere aussereuropäische Niederlassungen; in die Vermögenssumme würden jedoch auch die Kapitalien einberechnet, welche die Bewohner des Mutterlandes in den Kolonien besitzen, so dass sich in einer solchen Ziffer des Gesamtkapitals auch der Machtzuwachs spiegeln würde, der dem Mutterlande aus dem Besitze grosser und reicher Kolonien erwächst. Gewisse, statutenmässig festgelegte Prinzipien, wie Unverletzlichkeit des europäischen und aussereuropäischen Besitzstandes jedes Staates in dem Ausmasse, wie er anlässlich des nächsten Friedens festgesetzt werden wird, Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Staates etc. — würden im voraus als unantastbar erklärt und daher jedweder Diskussion oder Beratung durch den europäischen Bundesrat entzogen.

Allerdings bliebe noch immer die Schwierigkeit der internationalen Sanktion, also der Nachteile, die eventuell dem Staate anzudrohen wären, der sich weigern würde; den strittigen Fall der Abstimmung des Bundesrates zu unterwerfen, oder der sich gegen seine Beschlüsse auflehnen würde. Diese Schwierigkeit ist jedoch nicht unüberwindlich; denn schon vor dem Kriege hatten die mannigfaltigsten internationalen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten hohe Bedeutung und werden nach demselben gewiss wieder auf breiterer Basis aufgenommen werden. Alle im Bundesrate vertretenen Staaten könnten sich, wie es schon zahlreiche Schriftsteller vorgeschlagen haben, dahin einigen, den aufrührerischen Staat durch Abbruch der diplomatischen, sowie aller wirtschaftlichen und kommerziellen Beziehungen zu bestrafen; keiner der Staaten würde die Vertretung oder den Schutz der Untertanen des aufrührerischen Landes bei dem Staat (oder der Staatengruppe) übernehmen, mit dem sich der rebellische Staat in Kriegszustand befände; jeder Einzelstaat des europäischen Bundes würde sogar auf seinem eigenen Boden die Vertretung und den Untertanenschutz aufheben, die bis dahin durch die Konsulate des aufrührerischen Staates gewährleistet waren; alle privaten Rechte, die dessen Bürger in den anderen Staaten geniessen (Kredite, Patente, Vertragsrechte, etc.) würden als nichtig erklärt; ja, sogar der Grundbesitz oder das sonst erreichbare Vermögen, welches seine Untertanen in diesen Staaten besitzen, würde konfisziert werden u. a. m. Dies wäre nun freilich eine Sanktion, die man wohl nur als streng pazifistisch und gesetzmässig bezeichnen könnte; und doch würde ihre Wirkung wohl nicht

ausbleiben, noch ehe man zur „ultima ratio“ schreiten müsste, nämlich zur Androhung eines allgemeinen Angriffes gegen den aufrührerischen Staat, durchgeführt von allen übrigen Staaten zur Verteidigung jenes Staates, dem der aufrührerische Staat den Krieg erklärt hätte.

Gewiss, wir wollen nicht behaupten, dass durch diese oder durch irgend eine andere Einrichtung bewirkt werden könne, dass dieser entsetzliche Krieg der letzte sei und fortan keine Kriege mehr geführt werden. Aber in einer mehr oder weniger entfernten Zukunft — das hoffen wir allerdings, — wird der Krieg unter Kulturstaaten ganz aufhören, wie die Menschenfresserei, die Menschenopfer, die Niedermetzelung ganzer Bevölkerungen oder ihr Verkauf in die Sklaverei bereits für immer aus den Sitten der zivilisierten Menschheit verbannt sind. Auch ist es für uns keineswegs so wünschenswert, zu wissen, dass dieser Krieg der letzte sein wird, wie zu lernen, auf welche soziale Faktoren und mit welchen Methoden man auf sie einwirken muss, damit die Ursachen für künftige Kriege rechtzeitig beseitigt werden. Wüssten wir, dass dieser Krieg der letzte bleiben wird, so konnte dies für uns eine Ursache sein, in sorgloser Zufriedenheit müssig die Hände in den Schoss zu legen. Da wir aber nur soviel wissen, dass es von uns, von unserer Energie und von unserem Einwirken auf diesen oder jenen Faktor, abhängen kann, ob die Gefahr neuer Kriege vermieden wird, so kann dies uns allen eine Tatkraft geben, die Wunder zu wirken vermag.

Und wir hoffen, dass dies der neue Glaube sein wird, der die erlesenen Geister aller Länder entflammen und einander nähern wird, sobald jedermann seine Pflicht gegen sein Vaterland mit aller Kraft erfüllt hat und die obersten Grundsätze eines internationalen Rechtszustandes garantiert sind. Dann wird jeder einzelne wieder von den alten Gefühlen der Solidarität und Brüderlichkeit aller Menschen beseelt sein können.



Es war die grosse Aufgabe meines Lebens an dem herzlichen Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich zu arbeiten und die Ränke der Feinde der Demokratie zu vereiteln, welche die internationalen Vorurteile und Animositäten zu ihrem Nutzen ausbeuten.

(Aus dem Testament H. Heines von 1851.)



Internationalismus und Gewerkschaften.

Von ADOLF BRAUN.

Die Blüte des Internationalismus, welche durch den Weltkrieg in so verhängnisvoller Weise gestört worden ist, beruht glücklicherweise nicht bloss auf dem wechselnden Spiel der Gefühle, sondern auf einer viel solideren Grundlage, auf dem internationalen Zusammenhang der Lebensinteressen. In diesem spielen nun die Gewerkschaften der Arbeiterklasse eine bedeutende Rolle. Durch ihre Einrichtungen für Arbeitsvermittlung geben sie dem wandernden Arbeiter oft erst das richtige Ziel, durch ihre Reisegelder ermöglichen sie die Abwanderung zur Verhütung des Lohndruckes, durch ihre Streikunterstützung schützen sie die Lebenshaltung des Arbeiters gegen Ausbeutung; durch Presse und Wanderlehrer erziehen sie die Arbeiterschaft zum Verständnis ihrer wirtschaftlichen Interessen und ihrer Solidarität mit Berufsgenossen, selbst in fernen Ländern. Alle diese Einrichtungen werden nach dem Kriege um so kräftiger aufblühen, als die von der Front heimkehrenden Arbeiter nur zu oft ihren Platz besetzt, oder ihre Industrie stillstehend finden und daher zu Wanderungen genötigt sein werden, welche übrigens auch einem Bedürfnisse der Arbeitgeber und der Regierungen entsprechen werden, so oft es sich darum handeln wird, durch Einwanderer die Schäden des Krieges in den verheerten Landstrichen zu reparieren. Da diese Wanderungen vielfach internationaler Natur sein werden, so werden sie häufig zu einem internationalen Zusammenwirken der Gewerkschaften im Abwanderungs- und im Zuwanderungs-Orte Veranlassung geben.

Das ungefähr ist der Gedankengang einer Abhandlung, welche Adolf Braun in dem Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik *) veröffentlicht hat. In dieser Arbeit schildert der gründliche Kenner des Gewerkschaftswesen die Einrichtungen des gewerkschaftlichen Internationalismus in ihrer Entwicklung bis zum Ausbruch des Weltkrieges; lehrreich sind besonders die Schwierigkeiten, mit welchen sie zu kämpfen hatten, namentlich auch der Gegensatz zwischen der deutschen und der englischen Auffassung. Nach voller Einschätzung der Schwierigkeiten gelangt Braun zu dem Ergebnis:

„Die internationale Verbindung der Gewerkschaften, die man rein materiell zu begründen vermag, dürfte früher zu wacherem Leben gedeihen, als die internationale Verbindung der politischen Parteien der Arbeiterklasse der sich heute bekriegenden Länder". (S. 736).

---

*) Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen. Neuerdings ist von demselben Autor erschienen: „Gewerkschaften", Leipziger Buchdruckerei, 1915.

Mit Erlaubnis des Verfassers reproduzieren wir die Schlusskapitel der Abhandlung. Sie behandeln die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Internationalen während des Krieges und deren Aussichten nach dem Kriege.

Die gewerkschaftlichen Internationalen während des Krieges.

Es ist selbstverständlich, dass dieser ungeheure Weltkrieg, der in jedem Lande Millionen Menschen aus den Berufen ruft, und ihr Leben, Wollen und Denken aufs innigste mit dem Kriege verknüpft, dass ein derartiger Weltkrieg die ungünstigste Zeit ist, internationale Beziehungen zu pflegen, internationale Beziehungen vor allem zwischen den Ländern, deren Kapitalisten wie deren Arbeiter sich mit allen Waffen der modernen Kriegskunst gegenüber stehen, und sich als Glieder eines Riesenkörpers bemühen, von ihrem Vaterlande möglichst viel Unheil abzuwehren und, um das zu erreichen, möglichst grossen Schaden den Gegnern bereiten wollen. Das in einer derartigen Zeit, in der auch ein erbitterter Krieg mit Druckerschwärze neben dem blutigen erbarmungslos geführt wird, die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften nicht völlig vernichtet worden sind, dass sie nicht zusammengestampft und vergessen wurden, das ist ein Zeichen für die Stärke und für die Notwendigkeit dieser internationalen Verbindungen, wie man es sich gar nicht stärker denken kann. Nicht dass so vieles in den internationalen Verbindungen gelitten hat, sondern dass so vieles von dem in Frieden an internationaler Beziehung Aufgebauten von den Arbeitern erhalten und weiter gepflegt wird, das ist eine der merkwürdigen Erscheinungen innerhalb dieses Weltkrieges, die gerade diejenigen beruhigen muss, die in dem Frieden das Dauernde und Grundlegende sehen.

Die internationalen Korrespondenzblätter der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Buchbinder und andere erscheinen weiter, die gewerkschaftlichen Fachblätter in deutscher Sprache enthalten noch immer ihre „Internationale Rubrik", die im Gegensatze zu dem übrigen Text dieser Blätter in Antiquaschrift gesetzt ist. Aber durchaus nicht bloss in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern pflegt man weiter die internationale Gesinnung. Hierfür erbringen diese internationalen Gewerkschaftszeitungen ihre Belege. So veröffentlicht das Bulletin der internationalen Union der Holzarbeiter einen Artikel mit der Überschrift „Erklärung unserer französischen Kollegen zum Kriege" *). Eine rührt vom Verband der Bauindustriearbeiter her, sie übersendet einen Aufruf der Confédération Générale du Travail, er schliesst mit den Worten: „Es lebe die Internationale, stets und trotz alledem". Eine Zuschrift des Verbandes der französischen Bürstenmacher, Drechsler, und Kammacher bezieht sich auf den gleichen Aufruf. In den beiden Zuschriften wird zum Schluss der unerschütterliche Glaube

*) Bulletin der internationalen Union der Holzarbeiter 12. Jahrgang (1915) Nr. 3, S. 37 ff., insbesondere Seite 41.

an die Internationale der Arbeiter zum Ausdruck gebracht und die Versicherung ausgesprochen, dass man bereit sei, die guten gewerkschaftlichen Verbindungen mit allen Ländern auch nach dem Kriege fortzusetzen. Die englischen Arbeiter haben es auch an Beweisen internationaler Gesinnung nicht fehlen lassen, so heisst es in einem Manifest an die Mitgliedcr des Vereinigten Möbelarbeiterverbandes*) u. a.: „Wir glauben, als Gewerkschafter ist es unsere Pflicht, unsere Köpfe klar und unsere Herzen wahr zu erhalten, für den einzigen Zweck, der den Interessen der Menschlichkeit dienen wird und das ist organisierter Widerstand gegen die nationale und internationale Politik, welche die gegenwärtige Katastrophe herbeigeführt hat". Der Verband der englischen Möbelarbeiter erklärt in seinem Vorstandsbericht**), dass er sich mit Schärfe gegen eine „kleine Anzahl seiner Mitglieder wenden musste, die in Streik zu treten drohen gegen zwei unserer deutschen Mitglieder, die dem Zweigverein Nr. 2 angehören". Nachdem er sich über diese beiden Mitglieder geäussert hat, sagt der Vorstandsbericht weiter: „Beide Mitglieder geniessen hohe Ehrerbietung, und wir verurteilen solch eine gemeine und verachtungswürdige Handlungsweise jener, die vorgeben, Gewerkschafter zu sein, aufs schärfste". Auch die englischen Seeleute haben sofort nach Kriegsausbruch ihrer internationalen Gesinnung unter grossen Opfern Ausdruck gegeben, indem sie die deutschen und die österreichischen Seeleute vor der Abführung in das Konzentrationslager bewahrten und ihnen auf Kosten der Organisation und unter kameradschaftlichen Verhältnissen die Möglichkeiten des Aufenthaltes in England, wenn auch natürlich nicht die Bewegungsfreiheit, schufen. Die englischen Bergarbeiter unterstützten ihre deutschen, in die Konzentrationslager abgeführten Kameraden. Dass die holländischen Arbeiter zugunsten der in ihr Land verschlagenen belgischen Arbeiter grosse finanzielle Opfer brachten, ist durch eine Reihe von Berichten festgestellt. Die deutschen Gewerkschaften erklärten sich während des Krieges zur Unterstützung der belgischen Gewerkschaften bereit, freilich wurde dieses Anerbieten abgelehnt. Eine Reihe weiterer Kundgebungen liessen sich leicht anreihen, so zahlreiche Feldpostbriefe über den freundschaftlichen Verkehr organisierter deutscher Arbeiter mit organisierten französischen und belgischen im Feindesland. Wir möchten nur noch aus den Verhandlungen der Konvention der Federation of Labor, die im November in Philadelphia stattfand, den Beschluss***) erwähnen, der betont, dass brüderliche Beziehungen zwischen den nationalen Arbeiterbewegungen auch während des Krieges aufrecht erhalten werden sollen, soweit es möglich ist, um dann eine regelmässige Verbindung bei Beendigung des Krieges wieder aufzunehmen.

*) Monthly Report (Märznummer) abgedruckt und auch übersetzt im Bulletin der internationalen Union der Holzarbeiter 12. Jahrgang (1915) Nr. 4, S. 59 ff.

**) Bulletin etc. 12. Jahrgang Nr. 3, S. 45.

***) Schlüter, Hermann, die amerikanischen Arbeiter während des Krieges in der Neuen Zeit, XXXIII. Jahrgang, 2. Band, S. 47 ff.

Diese Beispiele werden in ihrer Bedeutung noch unterstrichen, wenn man erwägt, dass auch am 1. Mai des Kriegsjahres die Gewerkschaftszeitungen in Deutschland und Österreich, aber auch in Frankreich, nicht davon abgesehen haben, Festartikel aus Anlass des Weltfeiertages der Arbeit zu bringen, in denen allen die Notwendigkeit der Internationale und der Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen betont werde.

Im Rahmen dieser Abhandlung musste ich der Versuchung ausweichen, die gewerkschaftliche Internationale historisch zu betrachten und die einzelnen Berufsvereinigungen in ihrer geschichtlichen Entwicklung darzustellen. Wäre das möglich gewesen, so wäre klargestellt, dass aus ganz nebelhaften Sympathieäusserungen die Gewerkschaften zu immer näherem Zusammenschluss und dieser Zusammenschluss zu stärkerer innerer Festigung und zu finanzieller Kräftigung, zu höherem gegenseitigen Verständnis und zur Betonung der wirtschaftlichen Grundlagen der gewerkschaftlichen Internationale geführt hat. Von den internationalen Gewerkschaftskongressen zu Wien, die für den August 1914 vorgesehen waren, erwartete man, dass sie diese Verbindungen der Arbeiter zu gewerkschaftlich wirksameren Beziehungen geführt hätten.

Die Aussichten nach dem Kriege.

Wenn wir nach diesem Krieg, wie es sehr notwendig werden wird, schnell wieder lernen werden, nüchtern wirtschaftlich zu denken, so werden die realen ökonomischen Notwendigkeiten bei dem Aufbau der gewerkschaftlichen Internationale viel kräftiger wirken, als die ideologischen politischen Hintergründe, die in den vorangegangenen Entwicklungsperioden der gewerkschaftlichen Internationale desto ausschliesslicher entschieden haben, je weiter diese Zeiten hinter uns liegen. Freilich werden die verletzten Ideologien geraume Zeit Hemmnisse der internationalen Zusammenfassung für die Gewerkschaften bleiben, wie sie ja auch in der Wissenschaft und in allen anderen Beziehungen Hemmnisse der Verständigung zwischen den Völkern sein werden. Vieles was trotz offensichtlicher Unkontrollierbarkeit während des Krieges geglaubt wurde, viele in ihrer Entstehung nicht feststellbaren Missverständnisse, viele persönliche Entfremdung, manche Betonung unfreundlicher Äusserungen, manche geringe Bewertung der Fortdauer internationaler Stimmung werden die Wiederherstellung der alten Beziehungen hemmen.

Die allgemeine politische Überhitzung während des Krieges wird wohl in die Zeiten des Friedens hineinragen, aber sie wird ganz naturgemäss, wenn die Völker die Vorwürfe gegeneinander abwägen werden, die sie sich in der Stimmung des Krieges gemacht haben, einer kühleren Überlegung Raum geben. Man wird sich, wenn der Krieg vorbei ist, den Hass gegen die Feinde erklären mit der psychischen Erschütterung jedes einzelnen in jedem Volke, man wird den Feind zu verstehen lernen, und man wird auch sich nicht mehr für völlig unschuldig halten. Man wird dann an die Macht der Tam-Tamleistungen, um ein

Wort des alten Fontane zu gebrauchen, wieder den Massstab wissenschaftlicher Kritik anlegen, und man wird wieder bestimmt werden durch Erwägungen nicht der Kriegszeit sondern der individuellen wie der kollektiven Interessen, die die Menschen vor dem Kriege zusammengeführt und im Frieden dauernd gruppiert haben.

Es wird nach dem Kriege wieder internationale Wetterkarten geben und der internationale Sanitätsdienst wird wiederum in Kraft treten. Man wird wieder den Mut haben, eine Pariser Kunstausstellung in Deutschland und eine deutsche wissenschaftliche Leistung in Frankreich sachlich zu würdigen. Aber bevor noch Kunst und Wissenschaft zu ihren Rechten gekommen sein werden, werden Handel und Industrie, Banken und Börsen, wie die Verkehrseinrichtungen Brücken geschlagen haben über die Klüfte, die der Krieg zwischen den Volkswirtschaften gerissen hat. Der Parallelismus der kapitalistischen Tendenzen wird wieder in Erscheinung treten, von da ab ist nur noch ein Schritt zur gemeinsamen Wahrung der kapitalistischen Interessen. Dieser Gemeinsamkeit wird gegenüber treten, vielleicht gleichzeitig mit ihr entstehen oder ihr doch auf dem Fusse folgen, die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen. Zuerst werden die wirtschaftlichen Tatsachen bei den Arbeitern wirken, nachher werden sich die Ideologien ganz von selbst einstellen. Gerade dieser Weg muss aber die gewerkschaftliche Internationale der Zukunft stärker machen, als der umgekehrte Weg, den die gewerkschaftlichen Internationalen in der Vergangenheit gingen.

Es wird nicht eine völlige neue gewerkschaftliche Internationale sein, denn die alte ist nicht ausgerottet. Nicht ist völlig verloren die gewerkschaftliche internationale Arbeit der Friedenszeit. So vieles auch der Krieg zerstört hat und noch zerstören wird, es wird, wenn der Friede zurückkehren wird, die Möglichkeit gegeben sein, die Internationale der Gewerkschaften anzuknüpfen an die unzerstörten und im Frieden zu neuer Wirksamkeit gedeihenden internationalen Einrichtungen der Gewerkschaften.



Vom Irrtum zur Wahrheit fortschreiten, ist Sache des Weisen. Die Toren halten an ihrem Irrtum fest.

Emerson.



Zeitschriftenschau.

Das Problem des Friedens. Dr. *L. V. Birk*, Professor an der Universität Kopenhagen veröffentlicht in der „Revue Politique Internationale“ (Dez. 1915, Herausgeber Felix Valyi, Lausanne), eine Studie zur Begründung seines Vorschlages einer Konferenz der europäischen neutralen Staaten zur Vermittlung des Friedens. Dabei analysiert er die Kräfte, welche die Verlängerung des Krieges anstreben und jene, welche auf die Beschleunigung des Friedens hinwirken. Zu den ersten zählt er, ausser dem Trägheitsgesetz, welches die Völker in ihrer einmal eingeschlagenen Bahn erhält, den Einfluss der Generäle, welche jetzt überall die Herren spielen dürfen, der Kriegslieferanten und ihrer Presse, der romantischen Kriegs- und Heldenschwärmer in jedem Lande, endlich die Angst der Staatsmänner vor der Rechenschaftslegung nach dem Kriege, und zwar in drei Beziehungen: 1. Wegen der materiellen Not; 2. Wegen der geringen Errungenschaften des Krieges; 3. Wegen der einzugestehenden Niederlagen und ihrer Ursachen. Deshalb versuchen die feigen unter den Staatsmännern, den Tag der Rechenschaft hinauszuziehen.

Für die Beschleunigung des Friedens wirkt die Besorgnis der mutigeren und weitsichtigeren Staatsmänner vor einer endlosen Verschlechterung der Finanz- und Wirtschaftslage und der damit aufgezwungenen Wahl zwischen Staatsbankerott nach dem Frieden oder Revolution. Ferner die Sehnsucht der Parlamentarier und der Zivilbeamten nach Wiedererlangung ihres durch die Militärgewalt verdrängten Einflusses, die Zunahme der Verzweiflung im Lande wegen der vielen Gefallenen und Verstümmelten und wegen der unerträglichen Teuerung; endlich die Angst der Kapitalisten, dass ihre Wertpapiere bei allzulanger Dauer des Krieges völlig entwertet werden könnten.

Der politische Kindergarten. *Bernard Shaw* macht in einem seiner sarkastischen Artikel den Vorschlag, alle Intellektuellen von England zu einem Bund der „Intelligentsia“ zu vereinigen zu dem einzigen Zwecke, dass ihnen die Staatsmänner nicht die Kindermärchen aufbinden mögen, die sie für den politischen Kindergarten, genannt Parlament, in so meisterhafter Weise zu erzählen wissen.

„Für mich ist Mr. Asquith der wunderbarste Staatsmann, der jemals gelebt hat. Jede Kriegswoche erhöht meine Bewunderung für ihn und bestätigt meinen Verdacht, dass er wirklich der richtige Mann für England ist. Mr. Asquith behandelt die englische Nation genau so, wie eine gütige, kluge, gründlich erfahrene Nurse einen Kreis von kleinen Kindern behandelt. Er weiss immer genau die Art von Rede, welche ihnen gefallen und sie beruhigen wird.

Und er lässt sich davon niemals durch den geringsten Zweifel abhalten, ob sie nicht eine halbe Stunde später alles, was er ihnen gesagt hat, vergessen haben werden und sich nur noch erinnern, dass es ihnen gefallen hat und dass sie ihn deshalb sehr lieb haben. Wenn sie unartige Anfälle bekommen und unausstehlich werden, so macht er ein weinerliches Gesicht und fragt sie, wie sie es nur übers Herz bringen können, ihre gute alte „Nursey" so zu kränken; und wie durch Zauber lösen sich ihre Unarten in eitel Liebe auf. Seit der Krieg begonnen hat, — ja seit die europäische Situation nach Agadir sich zu verdunkeln begann — hat er in der Öffentlichkeit kein Wort darüber gesprochen, das er etwa an Herrn Chesterton oder einen andern intelligenten Privatmann auch im Zwiegespräch hätte äussern können ohne zu lächeln. Unergründlich tief muss seine Verachtung für die Leute von der „demokratischen Kontrolle" und von der unabhängigen Arbeiterpartei sein, wenn solche Brocken der Wahrheit, wie er sie ihnen nicht vorenthalten kann, so unbesonnen ausgeschwätzt werden, als ob sie es mit erwachsenen Wählern oder mit erwachsenen Abgeordneten zu tun hätten. Ich kann mir sehr gut vorstellen, was ich selbst fühlen würde, wenn ein Kindermädchen, deren kleine Schützlinge fragen, was denn dieser Lärm und dieses Geschrei bedeuten solle, ihnen die Antwort gäbe, dass der Vater die Mutter schlägt, statt ihnen einzureden, dass es der Schweinemetzger in der nächsten Strasse sei, der die lieben runden Schweinchen tot macht, damit sie alle morgen ihren guten Speck haben können."

Sollte diese geistreiche Satire Bernard Shaws nicht auch auf andere Staatsmänner als Mr. Asquith und auf andere Parlamente als das englische zutreffen?

„The New Statesman", 12. Feb. 1916.

Erziehungsfragen. In der „Allgemeinen Rundschau" macht *Joseph Weber* den Vorschlag, das weichende Autoritätsgefühl der Jugend durch rasches Handeln zu befestigen, ehe es zu spät ist. Da die Jugend erst mit dem 17. Jahr unter militärische Kontrolle fällt, so müsste schon früher das Generalkommando es übernehmen, öffentlich die Verpflichtungen der Jugend bekannt zu geben. Im Falle der Nichteinhaltung dieser Befehle oder der Klageführung der Lehrer, der Eltern, der Arbeitgeber, der Amtspersonen, kann die Militärbehörde die Jungens zu Strafdienst in der Kaserne einziehen, ihnen eine Geldbusse auferlegen und in einer „Führungsliste" über die jugendlichen Sünder Buch führen."

Zu diesem Vorschlag bemerkt Prof. *F. W. Foerster* (München), dass die militärische Erziehung der Jugend, welche ja während des Krieges unvermeidlich sei, bei dauernder Festsetzung nur schädlich wirken könnte.

Viel wichtiger als der militärische Drill, der die jungen Menschen zur „Grossmannsucht" verführt, eine Neigung zu „Landsknechtsitten und Privilegien" entwickelt, die natürlichen Kameradschaftsgefühle ertötet, sei das sittliche Fundament der Wehrkraft: die Charakterbildung, die Erziehung zu ernster Arbeit, die

Formung des Gewissens und die damit verbundene „kategorische Selbstgesetzgebung". Seine eigene Erfahrung habe ihn gelehrt, „dass die jungen Leute, die zu früh unter jenen Drill gebracht sind, dann in Schule und Haus nur zu oft geradezu verwildert auftreten." „Berliner Tagblatt" vom 10. Feb.

Neues Christentum. Professor *Ragaz*, der angesehene Schweizer Theologe, begrüsst das neue Jahr mit einer Betrachtung von tiefem Ernst und grosser Freiheit der Stimmung unter dem Titel „Neue Fahrt". Ragaz lehnt es aufs schärfste ab, die Schuldfrage in diesem Kriege zu erörtern oder einer Partei recht zu geben und damit alle die grossen Völker, die auf der andern Seite stehen, in ein einziges Verdammungsurteil einzuschliessen. Ganz besonders warnt er vor der Verirrung, welche er mit dem treffenden Ausdrucke „Religiöser Militarismus" geisselt, nämlich vor der Sucht, Gott für die eine Kriegspartei in Anspruch zu nehmen. Ihm ist daher der ganze Krieg der erste Akt eines neuen Kommens Christi. Wie die römische Kultur, weil sie selbst in ihren Vorzügen dem Reiche Christi entgegenstand, unter furchtbaren geschichtlichen Erdbeben verschwinden musste, so musste Christus selbst die jetzige Katastrophe herbeiführen, weil es seine ewige Aufgabe ist, die Welt in göttlicher Unruhe zu erregen, und sittliche Entscheidungen herbeizuführen. „Neue Wege", Basel, Januar 1916

Völkerhass und Vaterlandsliebe. Die bekannte Vorkämpferin des Mutterschutzes, Dr. *Helene Stöcker*, schreibt im holländischen Wochenblatt „De Amsterdamer" (14. Nov. 1915) einen Artikel, in welchem sie es als höchste vaterländische Pflicht bezeichnet, gegen die Völkerverhetzung zu kämpfen, welche in letzter Linie zum Weltkrieg geführt habe.

„Dass ganze „Kulturvölker" — man kann dieses Wort, diesen Begriff nur noch in Anführungszeichen gebrauchen — gegenseitig voneinander nur noch das Schlechteste, Grausigste, Grausamste denken und sich dieser Vorstellung gemäss gegen diese „Bestien in Menschengestalt" wehren — welcher halbwegs intelligente, gebildete Mensch müsste nicht in ruhigen Zeiten so groteske, ungeheuerliche Verzerrungen für unmöglich halten!

Nun hat sich trotz dessen jetzt das Seltsame, immer wieder Unbegreifliche begeben, dass Millionen von Menschen, die einander nie gesehen, sich nun schon ein Jahr lang darin überbieten — mit Tod und Verderben draussen im Felde, mit Hass und Verachtung, mit Verleumdung und Vergiftung in geistigem Kampfe einander zu überschütten. Diese furchtbare Tätigkeit rechtfertigen sie mit der seltsamen Ausrede, das geschehe nicht aus persönlichem Egoismus, sondern um eines grössern Ganzen willen, um dem „Vaterlande zu dienen"! Kann aber wirklich dem Einzelstaate im letzten Grunde dienlich sein, was so furchtbares, aller Menschlichkeit, aller Gesittung und Gerechtigkeit Hohn sprechendes Handeln fordert; und wenn es als „sittlicher" gilt, über den Rahmen des

eigenen Lebens, der Familie hinaus, das Wohl des grösseren Ganzen, der Nation, der man angehört, im Auge zu haben, — ist es dann nicht noch „sittlicher", das Wohl des noch grösseren Ganzen: der Menschheit nämlich, über die Interessen des einzelnen Staates zu stellen?!

Interessant ist auch ihre Auffassung von Nietzsche, der gewöhnlich als Verherrlicher brutaler Machtpolitik zitiert werde. Sie empfiehlt dem Nachdenken Neutraler und Kriegführender die folgende Stelle aus dem 3. Band der Ges. W. (1900, S. 3456): „Das Mittel zum wirklichen Frieden".

„Keine Regierung gibt jetzt zu, dass sie das Heer unterhalte, um gelegentlich Eroberungsgelüste zu befriedigen. Sondern der Verteidigung soll es dienen; jene Moral, welche die Notwehr billigt, wird als ihre Fürsprecherin angerufen. Das heisst aber: sich die Moralität und dem Nachbar die Immoralität vorbehalten, weil jener angriffs- und eroberungsustig gedacht werden muss, wenn unser Staat notwendig an die Mittel ler Notwehr denken soll: überdies erklärt man ihn, der genau ebenso wie unser Staat die Angriffslust leugnet und auch seinerseits das Heer nur aus Notwehrgründen unterhält, durch unsere Motivierung, weshalb wir ein Heer brauchen, für einen Heuchler und listigen Verbrecher, welcher gar zu gern ein harmloses und ungeschicktes Opfer ohne allen Kampf überfallen möchte. So stehen nun alle Staaten jetzt gegeneinander: sie setzen die schlechte Gesinnung des Nachbars und die gute Gesinnung bei sich voraus. Diese Voraussetzung ist aber eine Inhumanität, so schlimm und schlimmer als der Krieg: ja, im Grunde ist sie schon die Aufforderung und Ursache zu Kriegen, weil sie, wie gesagt, dem Nachbar die Immoralität unterschiebt und dadurch die feindselige Gesinnung und Tat zu provozieren scheint. Der Lehre von dem Heer als einem Mittel der Notwehr muss man ebenso gründlich abschwören als den Eroberungslüsten. Und es kommt vielleicht ein grosser Tag, wo ein Volk, durch Krieg und Siege, durch die höchste Ausbildung der militärischen Ordnung und Intelligenz ausgezeichnet und gewöhnt, diesen Dingen die schwersten Opfer zu bringen, freiwillig ausruft: ‚wir zerbrechen das Schwert' — und sein gesamtes Heerwesen bis in seine letzten Fundamente zertrümmert. Sich wehrlos machen, während man der Wehrhafteste war, aus einer Höhe der Empfindung heraus — das ist das Mittel zum wirklichen Frieden, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muss: während der sogenannte bewaffnete Friede, wie er jetzt in allen Ländern einhergeht, der Unfriede der Gesinnung ist, der sich und dem Nachbar nicht traut und halb aus Hass, halb aus Furcht die Waffen nicht ablegt. Lieber zu Grunde gehen als hassen und fürchten, und zweimal lieber zu Grunde gehen als sich hassen und fürchten machen — dies muss einmal auch die oberste Maxime jeder einzelnen staatlichen Gesellschaft werden."

Herrscht der Geist? *Alberto Vedrani* begrüsst den Vorschlag *Jean Finots* zu einer geistigen Verbrüderung der Franzosen, Engländer und Italiener mit Worten der Sympathie, welchen er jedoch folgende kritische Bemerkungen hinzufügt:

„Ich verhehle nicht, dass mich dieses Programm noch mehr freuen würde, wenn ich glauben könnte, dass die Handlungen der Intellektuellen wirklich etwas in dieser Welt bedeuten.... Die hohe Philosophie, die grosse Kunst, die reine Wissenschaft leben in der Region der Adler und der Morgenröte. Es möge nicht als

paradox erscheinen, wenn ich sage: ‚Ihr Reich ist nicht von dieser Welt.‘ Denn diese Welt wird beherrscht, erschüttert, durchwühlt und bekämpft von furchtbaren Gewalten des Instinktes, der Volkswirtschaft, der Geschichte und daraus entstehen die ungeheuren Kämpfe der Völker, der Klassen, der Gemeinden, um den grössten Reichtum, um die grösste Macht, um den reichsten Genuss. Inmitten dieses ‚hurley-burley‘, wie Macbeths Hexen sagen, spielen jene sogenannten höheren Geisteskräfte die klägliche Rolle von geprügelten Hunden. Nicht die Wissenschaften führen die Welt, sondern die Welt nimmt sich aus ihnen, was ihr passt und verwendet sie nach Belieben zu würdigem Gebrauch oder zu schnödem Missbrauch. Darum kann ich leider von den Bündnissen der Intellektuellen keine allzugrossen Wirkungen erhoffen.“ Der Autor, wie Jean Finot selbst, liebt zweifellos die Deutschen nicht, aber er kann sich doch nicht enthalten, auf die grosszügigen Opfer hinzuweisen, durch welche das deutsche Volk seinen Vorsprung auf dem Gebiete der technischen Wissenschaften gewonnen hat. Er erzählt, wie der berühmte französische Physiologe *Longet* in Gesellschaft des Russen *Cyon*, der, nebenbei bemerkt, auch der erste Schöpfer der russisch-französischen Allianz war, eines Tages das Laboratorium ihres deutschen Fachgenossen *Ludwig* in Leipzig besucht und wie, angesichts der glänzenden Ausstattung dieser Werkstatt der reinen Wissenschaft der Franzose einen Verzweiflungsanfall bekommt und erklärt, wenn er an das elende Loch in einem dunklen Hofe denke, wo er nun schon sein ganzes Leben lang seine Versuche anstellen müsse, so möchte er sich am liebsten gleich hier vom obersten Stock hinunterstürzen. Und der Italiener fährt fort: „Was ich damit sagen will? Wenn Ihr wirklich die geistige Solidarität unserer Völker der deutschen Kultur gegenüberstellen wollt, dann fangt damit an, einen tiefen Griff in die Tasche zu tun. Reden und Programme, Beschimpfungen des Gegners und glorreiche Erinnerungen an unsern dreifachen historischen Adel, das ist alles sehr gut, aber besser wäre es, der geistigen Tätigkeit die notwendigen finanziellen Grundlagen zu geben, denn — der Hungrige singt nicht.“ (*Critica Sociale*, v. 16. II. 1916.)



Wir sind nicht eingeweiht in die Zwecke der ewigen Weisheit und kennen sie nicht. Dieses kecke Antizipieren eines Weltplanes führt zu Irrtümern, weil es von irrigen Prämissen ausgeht.

Weltgeschichtliche Betrachtungen. Jakob Burckhardt.



25. März 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Viertes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 4. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:	Verlag:
R. W. Huber.	**Art. Institut Orell Füssli.**
Zürich.	**Zürich**

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner,** Zürich; **C. Bergmann,** Russland; **J. Bergman,** Stockholm; **E. Bernstein,** Berlin; **G. Brandes,** Kopenhagen; **F. Brentano,** Zürich; **L. Brentano,** München; **C. Brockhausen,** Wien; **F. H. Broeksmit,** Holland; **G. Cardinali,** Bologna; **E. Clapp,** New York; **A. Daudé-Bancel,** Paris; **E. Dick,** Basel; **Fr. van Eeden,** Holland; **Fr. Foerster,** München; **Fr. Fritschi,** Zürich; **Gemelli,** Turin; **A. Germain,** Arcachon; **H. Gomperz,** Wien; **L. M. Hartmann,** Wien; **R. Hercod,** Lausanne; **P. Hiestand,** Zürich; **L. Hoesch-Ernest,** Amerika; **J. Jastrow,** Berlin; **E. Jones,** London; **Jong van Beek en Donk,** Haag; **Ellen Key,** Schweden; **A. Knapp,** Zürich; **J. R. Kjellén,** Göteborg; **H. Lambert,** Charleroi; **H. Lammasch,** Wien; **O. Lang,** Zürich; **C. Larsen,** Kopenhagen; **V. Lee,** London; **W. Lotz,** München; **E. Mach,** München; **G. Maier,** Zürich; **Rosa Mayreder,** Wien; **E. D. Morel,** London; **C. Oberoutcheff,** Russland; **J. Oehquist,** Helsingfors; **Oda Olberg,** Rom; **Cecil C. Palmer,** Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune,** Vaud; **H. Richardson,** England; **E. Rignano,** Mailand; **Ch. Roper,** London; **B. Russell,** London; **E. G. Smith,** England; **W. Schücking,** Marburg; **F. Tönnies,** Eutin; **E. Wavrinsky,** Stockholm; **E. A. Westermarck,** Helsingfors-London; **F. v. Wrangel,** Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Gerechtigkeit in Kriegszeiten.

Von FERDINAND TÖNNIES (Eutin).

I.

Unter den Kundgebungen dieser Zeit haben mich wenige so tief ergriffen, wie der kleine Aufsatz von Bertrand Russell, der im 4. und 5. Heft dieser Zeitschrift abgedruckt war. Nicht weil mir der Verfasser persönlich bekannt ist und eine wehmütige Erinnerung in mir wachruft an den englischen Freund, der diese Bekanntschaft vermittelte; nicht weil Russell auf mehreren Gebieten des Wissens einen hochgeachteten Namen erworben hat; sondern wegen des Gegenstandes und Inhaltes. Denn was er auf den ersten Seiten ausspricht, das habe auch ich in tiefster Seele empfunden, und ich habe schon in den ersten Monaten des Krieges einen kleinen Aufsatz geschrieben, der diesen Empfindungen einen, wenn auch schwachen Ausdruck verlieh; einige Sätze daraus sind auch drüben bemerkt worden. Nachher habe ich eine Streitschrift gegen die englische Weltpolitik, auf Grund englischer Selbstzeugnisse, verfasst. Geschah dies aus Parteileidenschaft, ohne Sinn für Gerechtigkeit? Ich glaube nicht. Was mich dazu bewog, war das Lesen englischer Zeitungen, die mir auf einer Reise in Skandinavien, im Oktober 1914, zuerst wieder zugänglich waren. Ich fand sie erfüllt von höchst moralischen Betrachtungen über die Schandbarkeit deutscher Kriegführung in Belgien und Frankreich, von Anpreisungen der edlen sittlichen Beweggründe, die England zum Eintritt in den Krieg, zum Bündnis mit Serbien und Montenegro, Russland und Frankreich bewogen hatten. Von den Beweggründen, die es bewogen hatten, trotz des schon vorhandenen enormen Zahlenübergewichtes und der vollkommenen Siegesgewissheit, auch noch Japan zu einem völlig grundlosen Angriff zu veranlassen und bei fast allen

neutralen Staaten um fernere Hilfe zu werben, von diesen Beweggründen war weniger die Rede.

Ich habe dies gelassen aufgenommen und zunächst nur den übrigen psychologischen Erfahrungen hinzugefügt, die uns in dieser Zeit so reichlich erblühen. Aber es rief auch den Gedanken in mir wach, der mich nicht mehr verliess: wie steht es denn im allgemeinen mit den sittlichen Beweggründen einer Staatsleitung, deren Weltherrschaft oft, und mit gutem Grunde, derjenigen des alten Roms verglichen worden ist, wie mir dieser Vergleich gerade bei englischen Schriftstellern nicht eben selten begegnet ist? Ich wusste genug von diesen Beweggründen, um zu bemerken, dass die ungeheure sittliche Entrüstung, die mir in der englischen Presse begegnete, nicht aus der Gesinnung eines Gerechten, sondern eines Pharisäers entsprang, der sein eigenes schweres Schuldbewusstsein hinter dem Dankgebet, dass er nicht sei, wie andere Menschen, ein Zöllner und Sünder, zu verstecken beflissen ist.

Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich mich der Mühe unterzogen, die Zeugnisse englischer Schriftsteller zusammenzutragen, die in meinem Büchlein „Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung" enthalten sind.

Ich habe geglaubt, der Gerechtigkeit insofern damit zu dienen, als es geboten schien, den ungerechten Urteilen über Deutschlands Verhalten im Kriege, die in England einen so hohen Kurs gewonnen hatten, zu begegnen und ihnen einen Spiegel vorzuhalten.

Andererseits habe ich in den Chor der Hassgesänge niemals eingestimmt, vielmehr habe ich im Widerspruch gegen die seit Kriegsbeginn in Deutschland überwiegenden Urteile oft auf die grossen und starken Eigenschaften hingewiesen, die mir das englische Volk, seit ich es kenne, bewunderungswürdig erscheinen liessen. Ich habe auch immer das Urteil vertreten, dass der gegenwärtige Leiter der englischen Auslandspolitik, gegen den auch heute noch der deutsche Unwille sich am stärksten verdichtet, mit subjektiver Redlichkeit gehandelt hat, dass er zu tun glaubte, was das Heil seines Landes und zugleich dessen Ehre notwendig

machte, dass er nur mit starkem Widerstreben in den Krieg eingewilligt hat. Ich weiss wohl, dass dieses günstige Urteil über Sir Edward Greys Charakter angesichts mancher Tatsachen schwer aufrecht zu erhalten ist; wenn aber seine Unaufrichtigkeit, ja Unwahrhaftigkeit angeschuldigt wird, so kann man geltend machen, dass die staatsmännische Vorsicht und die — wirkliche oder unwirkliche — Notwendigkeit des Geheimnisses oft eine zweideutige und gewundene Ausdrucksweise unvermeidbar macht. Bei anderen Niederträchtigkeiten, die ihm vorgeworfen werden, dergleichen aber die Staats-Raison von jeher gedeckt hat, ist es auch fraglich, wie weit er persönlich oder ihm untergeordnete Organe dafür verantwortlich gemacht werden müssen.

Um so mehr aber halte ich für verhängnisvoll, dass in gegenwärtigen Zeitläufen ein so wenig weltbürgerlicher Mann, ein Mann von so ausgeprägter insularer Beschränktheit wie Grey, einen höchst bedeutenden Einfluss auf die Weltgeschichte gewinnen konnte. Und ich hege die Meinung, dass dies nur aus den aristokratischen Lebensbedingungen erklärt werden kann, denen die Politik des angeblich demokratischen England, auch, ja in ganz besonderer Weise unter einer liberalen Administration unterliegt.

Wenn ein hervorragender Oxforder Gelehrter (H. Conybeare) die Fähigkeiten jenes Ministers durch einen sehr starken Ausdruck („that stupid ass“) herabgesetzt hat, so möchte ich diese Bezeichnung mir nicht zu eigen machen, aber auch ich halte Sir Edward Grey für einen Mann von mittelmässiger Begabung, wenigstens für solche Einsichten, die jenseits des platten politischen Geschwätzes liegen.

In einer seiner kinderhaften Reden klagte er Preussen an, als die Macht, die die meisten Kriege im neueren Europa verschuldet habe, und er zählte den dänischen, den österreichischen, den französischen Krieg mit bewunderungswürdiger Geschichtskenntnis auf, aber, wie es scheint, ohne zu wissen, dass die deutsche Nation in diesen Krisen, nach zweihundertjähriger politischer Zersetzung, einen

deutschen Staat schaffen wollte und wollen musste, und dass an dem grössten jener Kriege der Mann des 2. Dezember mindestens ebenso viel Schuld trug, wie sein überlegener Gegner, ohne eine gleiche sittlich-historische Rechtfertigung dafür geltend machen zu können.

Wer das sittlich-historische Recht der deutschen Einheitsbewegung leugnet, der muss — a fortiori — auch dasjenige der französischen Revolution bestreiten. Natürlich wird Sir Edward als guter Liberaler in dieser einen der grössten menschlichen Fortschritte erblicken.

Schuld geben mag man Preussen und dem Deutschen Reiche, dass sie sich entwickeln wollten, dass sie mit so grosser Kraft und Energie sich entwickelt haben, dass sie durch den erfolgreichen Wetteifer in Weltindustrie und Welthandel und zumal durch den Bau einer Kriegsflotte zum Schutze dieser Errungenschaften, die Feindschaft des Reiches auf sich gezogen haben, das Jahrhunderte lang in Handel und Schiffahrt, Jahrzehnte lang durch seine Exportindustrien die Alleinherrschaft auf dem Erdball in Anspruch genommen und besessen hatte und in kaum bestrittener Macht die Weltmeere mit steter Kriegsbereitschaft beherrscht.

Man mag sagen, dass Grossbritannien — durch welche Mittel auch es diese Erwerbungen gemacht und gefestigt habe — mit Recht um seine Weltstellung besorgt war, mit Recht alles tat, um den lästigen Mitbewerber vom Sonnenlicht auszusperren; mit Recht die Feindseligkeit von zwei anderen Grossmächten gegen das Deutsche Reich diplomatisch ausnützte, um eine Koalition zu schmieden, die stark genug wäre, den „preussischen Militarismus“ — d. h. eben das in so gefährlichem Tempo fortschreitende Deutsche Reich — zu zermalmen; und man mag es entschuldbar finden, wenn dies — zumal im Bewusstsein der „Viel- aber Leichtgebildeten“, die in allen Ländern so zahlreich sind — als ein Kampf für die Freiheit Europas und für alle möglichen Ideale sich darstellte.

II.

Herr Russell findet eine der grössten (und er will offenbar sagen: der peinlichsten) Überraschungen dieses Krieges in dem überall begegnenden Appell an atavistische Moralbegriffe. „Die Deutschen sprechen von Englands brutalem Egoismus . . ., Engländer sprechen von dem rücksichtslosen Militärismus der Deutschen, von ihrer masslosen Herrschsucht“ . . . „Solange man nicht einsieht, dass alle in den Krieg verwickelten Völker durchaus und gleichermassen aus Selbsterhaltung handeln, kann man sich von den wahren Kriegszielen keine richtige Vorstellung machen . . . „Die Völker sind alle eigennützig und waren es zu allen Zeiten.“

Woraus freilich nicht folgt, dass sie es in gleichem Masse und mit gleichen Mitteln immer gewesen sind. Aber zugegeben, das wäre der Fall: dann würde folgen, dass von den Deutschen England nur vorgewerfen werde, was allgemein-menschlich sei; denn das Adjektiv („brutal“) würde höchstens die Formen dieses Egoismus kennzeichnen. In Wahrheit ist es aber nicht sowohl der nationale Egoismus, der von deutscher Seite England zum Vorwurf gemacht wird, als vielmehr die Art, wie dieser Egoismus verleugnet wird, die Dreistigkeit, mit der es behauptet (um Herrn Russells Worte zu gebrauchen), „für die Heiligkeit der Verträge und die Rechte der kleinen Völker“, für die Zivilisation, Demokratie, die Freiheit Europas und andere schöne Dinge zu kämpfen. Gelegentlich und in Erwiderung wird auch die Brutalität angeklagt, mit der England selber, sonst und in diesem Kriege, Verträge verletzt und das Völkerrecht mit Füssen getreten hat. Immer und unablässig wird der englischen Politik ihre verschämte Heuchelei — wie ich das Wort cant wiederzugeben vorschlage —, die aber nicht selten auch als unverschämte bezeichnet wird, zum Vorwurfe gemacht. Ich halte sie für verschämt; denn ich bin überzeugt, dass sogar bei den Leitern der gegenwärtigen Politik der Wunsch lebhaft ist, diese Politik nach sittlichen Grundsätzen zu führen, und dass sie fast immer an ihre vorgeschützten und leider allzu durch-

sichtigen Beweggründe selber glauben. Man darf nie vergessen, dass das englische Volk auch in einem grossen Teile seiner höheren Schichten immer noch ein verhältnismässig gläubiges Volk ist.

„Engländer sprechen von dem rücksichtslosen Militarismus der Deutschen, von ihrer masslosen Herrschsucht . . .“ Ja, sie sprechen davon, und diese Eigenschaften sollen den Krieg verursacht haben.

Sofern das deutsche Heerwesen dem französischen, russischen und vollends dem englischen überlegen ist, so ist dies natürlich ärgerlich für die Mächte, die es angreifen und vernichten wollen. Sofern es auf das Volksleben stärkeren und zum Teil als lästig empfundenen Einfluss übt, so ist dies ganz und gar eine innere Angelegenheit, im höheren Grade noch als etwa das Verhältnis des eigentlichen England zu Schottland und zu Wales, um von Irland ganz zu schweigen.

Überdies haben die englischen Politiker eingestandenermassen niemals an dem spezifisch-preussischen Militarismus (der ihnen s. Zt. Kanada erobert und die Schlacht bei Waterloo gewonnen hat), um so mehr aber an der Flottenbegeisterung, dem Flottenverein, kurz an dem ihnen so wesensverwandten Marinismus Anstoss genommen, der seine Wurzeln weit mehr in den nicht altpreussischen Ländern, in Mittel- und in Süddeutschland, gehabt hat, und von manchen Vertretern jenes älteren Militarismus mit Bedenken betrachtet wurde.

Aber „die masslose Herrschsucht“ — wo sind die Beweise dafür? Das Deutsche Reich hatte allerdings ein grosses Ansehen gewonnen; und, zumal dank der gewaltigen Persönlichkeit Bismarcks, nahm es 1871 bis 1890 eine überragende Stellung in Europa ein. Hat es in dieser Stellung Herrschsucht bewiesen? War es Herrschsucht, dass „der ehrliche Makler“ 1878 im Einvernehmen mit Grossbritannien den masslosen Eroberungsgelüsten Russlands entgegentrat, das sich durch Rumänien hatte heraushauen und zum Sieger über die Türkei hatte machen lassen? War es Herrschsucht, dass Bismarck die unab-

lässige und gewaltige Expansion Frankreichs in Afrika nicht nur duldete, sondern begünstigte, obgleich zu derselbigen Zeit der Revanchegedanke üppig wucherte? Und nun gar in den letzten 25 Jahren! Man mag sagen (obschon es bestritten werden müsste), dass Deutschland bei Begründung seines Kolonialreiches nicht rücksichtsvoller, gewiss nicht selbstloser, als andere Staaten, da sie ihre weit grösseren Kolonialgebiete anlegten, vorgegangen sei; dass aber masslose Herrschsucht dabei obgewaltet habe, kann nur ein Blödsinniger oder ein Träumender behaupten, wenn es nicht etwa ein Individuum ist, wie der Verfasser des Buches „J'accuse“, den ein holländischer Arzt als „Typus der Minderwertigkeit“ bezeichnet hat.*)

Und nun gar der Fall Marokko! Hier genügt es, das Zeugnis eines Engländers und Afrikakenners anzurufen. „Das wahre J'accuse unserer Zeit“ — so schrieb S. F. in dieser Zeitschrift (3. H. 1915) — „ist E. D. Morels: „Ten years of secret Diplomacy“. Dies Buch ist vor dem Kriege herausgekommen; es war im Interesse der deutsch-englischen Verständigung geschrieben worden; es rechtfertigt von Anfang bis zu Ende die deutsche Marokko-Politik; wie denn diese Politik wegen ihres friedlichen Charakters von allen friedliebenden Deutschen, d. h. von der Gesamtheit, mit Ausnahme eines kleinen Kreises, gebilligt wurde; dieser kleine Kreis (die „Alldeutschen“) verlangte ein energischeres Auftreten, und er hat insofern Recht behalten, als er behauptete, dass das von England unterstützte Verhalten Frankreichs einen dauernden Frieden als ausgeschlossen erscheinen lasse.

Am Schlusse des Artikels „Zehn Jahre geheimer Diplomatie“ heisst es, an den „anderen Ländern“ sei es nun, denselben Weg der Selbstkritik zu betreten.

An Kritik unserer Diplomatie hat es in Deutschland wahrlich, zumal in der ersten Zeit nach Ausbruch des Krieges, nicht gefehlt, wenn nach Lage der Dinge auch

*) Vergl. E. van Dieren, Amsterdam: Is de „Telegraaf“ een engelsche Krant? u. s. w. Uitgave van W. ten Have, Kalverstraat 154, Amsterdam. 1915. S. 62—99.

wenig davon in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Was ihr aber — ob mit Grund oder Ungrund, bleibe dahingestellt — zum Vorwurf gemacht wurde, ist nicht, dass sie Herrschsucht betätigt, sondern dass sie zu viel Vertrauensseligkeit bezeigte, zu sehr auf Versöhnung und Verträglichkeit bedacht gewesen sei; dass sie nicht rechtzeitig genug und nicht scharf genug erkannt habe, was dem Gesandten Belgiens in London, Graf Lalaing, schon am 24. Mai 1907 vollkommen „klar“ war, „dass das amtliche England im Stillen eine Deutschland feindliche Politik befolgte, die auf eine Isolierung Deutschlands abzielte“, und dass „die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland die Eifersucht war, eingegeben durch die ausserordentliche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie“ und dass „dieser Hass dauern werde, solange bis die Engländer von dem Gedanken durchdrungen sein würden, dass der Welthandel kein Monopol ist, welches England von Rechtswegen gehöre“ — so hatte schon am 18. Februar 1905 ein anderer belgischer Diplomat, Baron Greindl, zutreffend berichtet.*)

III.

Kein gerechter Richter wird diese urkundlichen Zeugnisse übersehen oder gering achten können. Sehr richtig spricht Herr Russell von einer Gruppe von Unwahrheiten, bei denen die absichtliche Täuschung eine grössere Rolle spiele (als bei den Redensarten über Militarismus usw.). Das sind die Unwahrheiten bezüglich politisch wichtiger Tatsachen.

Als Beispiel für Deutschland führt er an, dass auf deutscher Seite geglaubt werde, England habe die Neutralität Belgiens noch früher verletzt als Deutschland. Diese Behauptung lasse die Tatsache ausser Acht, dass „alle diese Verabredungen“ nur für den Fall eines vorherigen deutschen Einfalls in Belgien gelten sollten.

*) vgl. Belgische Aktenstücke, herausgegeben von Auswärtigen Amt 1905—1914, S. 2 und S. 35.

Die deutsche Anklage sei lediglich ein Zeichen schlechten Gewissens.

Herr Russell kannte, als er dies schrieb, die Tatsachen nicht in ihrem vollen Umfange. Aber nehmen wir des Argumentes halber an, er habe Recht. Die Militärkonvention zwischen England und einem neutralen Staat sei eine völkerrechtlich erlaubte Handlung gewesen, wie erklärt sich doch — trotz dieser weisen Voraussicht, die England zugunsten Belgiens betätigte — das einstimmige Urteil und die stete Beunruhigung der belgischen Staatsmänner über „die Feindseligkeit des englischen Publikums gegen die deutsche Nation“ (Lalaing), über die Tatsache, dass „dieser Hass von der Times und einer Anzahl Zeitungen und Zeitschriften sorgsam genährt werde, die auch Verleumdungen nicht scheuen, um dem Geschmack ihrer Leser zu schmeicheln“ (Greindl) über die „seit langem bestehende britische Empfindlichkeit Berlin gegenüber“ (Lalaing), über die Beobachtung, dass „wo immer England Deutschland Schwierigkeiten bereiten kann, es die Gelegenheit sofort wahrnehme“ (L. d'Ursel), über die vielen Symptome des „Mauvais vouloir de l'Angleterre vis-à-vis de l'Allemagne“ (derselbe), über die neue Tripel-Entente, als Ursache dauernder Beunruhigung (Greindl), über die Einladung des Königs von England an Herrn Delcassé während seines Aufenthaltes in Paris 1906, „die nur als Herausforderung gedeutet werden kann“, und dass, wenn noch irgend welche Zweifel darüber bestehen konnten, sie durch den sonderbaren Schritt (démarche) des Obersten Barnardiston bei General Ducarme zerstreut worden seien (Greindl), dass „die ganze Kraft der englischen Diplomatie auf die Isolierung Deutschlands gerichtet sei“ (E. de Cartier) usw. usw.

Diese höchst merkwürdigen Schriftstücke sind ohne Zweifel auch Herrn Russell bekannt geworden. Es wäre interessant zu erfahren, wie sich sein Gerechtigkeitssinn damit abfindet. Er wird vielleicht sagen, es gehe aus ihnen hervor, dass sich die belgische Diplomatie keineswegs England freundlich verhalten habe, keineswegs von Vertrauen

in den mächtigen Beschützer der kleinen Staaten erfüllt gewesen sei. Aber warum wohl nicht? Warum hiess sie den uneigennützigen englischen Helfer nicht willkommen? Warum fürchtete sie nicht den vorherigen deutschen Einfall in Belgien, wohl aber das Verhalten König Eduards und seiner Leute, das angeblich auf den Schutz ihres Landes, Belgiens und seiner Neutralität angelegt war? Aus besonderer Vorliebe für den Deutschen Kaiser? Aus Begeisterung für die deutsche Nation? Nur politische Kinder können es annehmen. Sie waren belgische Patrioten und von Amtswegen Vertreter belgischer Interessen. Sie erkannten, dass die englische Politik den europäischen Krieg herbeiführen musste, und dass dieser europäische Krieg ein Verderben auch für Belgien war.

Der deutsche Reichskanzler — betont Herr Russell — habe anfänglich zugegeben, dass der Angriff auf Belgien ein Unrecht war. Offenbar ist die Meinung, er habe dies später durch Berufung auf die englisch-belgische Militärkonvention widerrufen. Ich vermute, dass der Reichskanzler jetzt nicht anders über die Sache denkt als früher. Nur mit Widerstreben, und weil eine dringende Notlage es fordert, wird ein gewissenhafter Staatsmann zu einem solchen Akte sich verstehen. Unrecht ist es, so gut wie jede gewaltsame Verfassungsänderung ein Unrecht ist, die so oft gerade von englischen Schriftstellern nicht nur gerechtfertigt, sondern verherrlicht worden ist. So gut wie manches private, kann manches öffentliche Unrecht sittlich in höchstem Masse gut und richtig sein, wie ebenso der Gebrauch, der von manchem unzweifelhaften Rechte gemacht wird, im höchsten Masse unsittlich und verabscheuenswert ist. So sehr das ungebildete Bewusstsein, das an den Worten klebt, die Gebiete von Recht und Moral immer wieder vermischt und verwirrt, so nahe und innig sie einander in manchen Stücken berühren: das wissenschaftliche Denken weiss längst, dass sie auseinandergehalten werden müssen: „beide Wissenschaften (die der Moral und die des Rechtes) sind, nach Fichtes Worten, „schon ursprünglich und ohne unser Zutun durch

die Vernunft geschieden, und sind völlig entgegengesetzt" (Grundlage des Naturrechts, S. 53).

Notstand macht aus Unrecht Recht; einen Notstand anzuerkennen wird aber der gerechte Richter oft sich weigern, wo die Partei gewiss ist, im Notstande gehandelt zu haben. Wird der Notstand nicht anerkannt, so bleibt Unrecht Unrecht. Aber man kann auch juridisches Unrecht mit vollkommen gutem Gewissen tun, wenn höhere Interessen als das sehr hohe sittliche Interesse, dass die Rechtsordnung aufrecht erhalten werde, es gebieten.

Der Staat Belgien ist durch staatsrechtliches und völkerrechtliches Unrecht entstanden. Die Urheber dieser Revolution mögen vor ihrem *forum conscientiae* ebenso gerechtfertigt dagestanden haben, wie ohne Zweifel die Urheber der Handlungen, die den Staat Belgien zertrümmerten, vor dem ihren dastehen. Eine andere Frage ist noch, wie das Weltgericht der *Geschichte* über die eine und über die andere Katastrophe urteilen wird. Es wird die Frage zu entscheiden haben, ob dem Anspruch des belgischen Volkes oder dem des deutschen Volkes, als eine Nation zu leben und zu atmen, grösserer Wert und höheres Recht zuzuerkennen sei.

IV.

Herr Russell will ein Beispiel dafür geben, dass auch auf der Gegenseite (der englischen) Unwahrheiten bezüglich politisch wichtiger Tatsachen verbreitet werden, bei denen die absichtliche Täuschung eine grössere Rolle spiele (als bei dem Geschwätz über Militarismus). Er will seinen Gerechtigkeitssinn damit bekunden. Das Beispiel ist die in England umlaufende Behauptung, dass die allgemeine Mobilisierung Österreichs früher begonnen habe, als die Russlands, während fast zweifellos das Gegenteil wahr sei.

Schlimm genug, dass auch dieser einfache Tatbestand auf den Kopf gestellt wird; anerkennenswert genug, dass der englische Gelehrte dies offen zugibt. Aber, wenn ich nicht irre, wird mit weit stärkerer Betonung geltend gemacht, dass *Deutschland* den Krieg angefangen habe,

und zwar auf Grund der wirklichen Tatsache, dass Deutschland zuerst — wenn man von der österreichisch-serbischen Sache absieht, der Verschwörung und Meuchelmord zugrunde lagen — den Krieg erklärt hat. (Herbert Spencer nannte es 1902 eine "transparent excuse" der Engländer, dass die Buren den Krieg „angefangen" hätten).

Hierauf hauptsächlich beruht doch das ebenso betäubende wie schwachsinnige Kreischen, dass der Kaiser und der „Kaiserismus" die Wurzel des Übels sei. Und ich erinnere mich, wie die Gruppe britischer Theologen, die sich an den von ihnen verehrten Professor Harnack wandte, im Anfange des Unheils ihre politische Weisheit dadurch kundgab, dass sie sagte: Deutschland hätte allerdings Recht gehabt, wenn es auf die russische Mobilmachung mit eigener Mobilmachung geantwortet hätte: eine Mobilmachung sei noch kein Krieg usw.

Die Oxforder Theologen wissen vielleicht besser, was die Lebenserhaltung des Deutschen Reiches geboten und notwendig gemacht hat, als unsere Staatslenker es wissen können. Sie sprechen aus, was viele gedacht haben.

Wer die Tatsachen kennt, kann nicht bezweifeln, dass die unmittelbare deutsche Mobilmachung einen Krieg ohne Kriegserklärung zur Folge gehabt hätte. Denn dass zwei Riesenheere an einer Grenze von 1183 km (= mehr als 776 englische Meilen) einander nicht gegenüberstehen können, ohne dass alsbald Feindseligkeiten begonnen werden, ist offenbar (zumal wenn das eine Heer ein russisches ist). Militärisch betrachtet, wäre die unmittelbare deutsche Mobilmachung ein grosser Vorteil gewesen; die deutsche Regierung gab ein Tempo preis, um der Forderung der Haager zweiten Konferenz, die das alte Erfordernis der Kriegserklärung erneuert hat, gerecht zu werden. Persönlich hegte sogar der Deutsche Kaiser, wie aus seiner damals gehaltenen Ansprache hervorgeht, noch eine leise Hoffnung, dass auf das Ultimatum hin Russland einlenken werde.

V.

Vielleicht wird Herr Russell alle diese Ausführungen nur als einen Beweis ansehen, dass auch ich zu den Gelehrten gehöre, die sich nach ihm (S. 255) genau so wie ihre ungebildeten Landsleute jenen Vorurteilen hingeben, die ... „in ihren feinsten Schattierungen nur durch den Instinkt des Kampfes eingegeben seien“.

Als Volks- und Staatsangehöriger kann ich allerdings nicht umhin, in diesem ungeheuren Prozess Partei zu sein, so wenig als es Herr Russell kann. Ebenso wie er nehme ich aber für mich in Anspruch, dass ich mich fortwährend und sehr ernstlich bemühe, gerecht zu urteilen, dass ich eben deshalb immer die Frage nach der Schuld zurück- und die wissenschaftlich reinere Frage nach Ursachen und Wirkungen in den Vordergrund gestellt habe.

Wenn aber — unter englischen und französischen Einflüssen — ein grosser Teil der öffentlichen Meinung in neutralen Ländern die Schuld auf den deutschen Kaiser und die deutschen Staatsmänner geschoben hatten — die belgischen Dokumente und andere Urkunden haben inzwischen aufklärend gewirkt — so ist meine vollkommene wissenschaftliche Überzeugung, dass jeder unbefangene und gerechte Richter, wenn ihm irgendeiner jener Männer vorgeführt würde, zu dem Ausspruch des Pilatus kommen müsste:

Ουδεν ευρισκω αιτιον εν
τῳ ανθρωπῳ τουτῳ.

Was die wahren Ursachen betrifft, so kann ich mir freilich nicht Herrn Russells Erklärung (S. 259), der Krieg werde ausgefochten, weil die Völker anfangs kriegslustig waren und nun erbittert seien oder entschlossen, den Sieg zu erzwingen, zu eigen machen. Er selber vergleicht zwei Seiten vorher die gegenwärtige Katastrophe mit dem peloponnesischen Kriege. Ich möchte daran erinnern, wie der grosse Geschichtsschreiber dessen Ursprünge deutlich macht: zuerst wolle er die angeführten Gründe erzählen; mit denen habe es aber nicht viel auf sich. „Denn für die wahrste Ursache, wenn sie auch am wenigsten

ausgesprochen wird, halte ich das Wachstum der athenischen Macht; diese setzte die Lakedämonier in Furcht, und machte den Krieg notwendig" ... (Thucyd I, 23 fin.)

VI.

Wenn ich aber hier einige Abweichungen von den Ansichten kundgegeben habe, die in Herrn Russells Artikel enthalten sind, so darf ich um so wärmer meine Zustimmung zu dem ganzen Geist seiner Ausführungen bezeugen. Wenn auch einige besondere Gedanken über die Herabwürdigung der Wissenschaft nur daraus zu erklären sind, dass er von der Notlage, in die unser Vaterland gezwungen war, sich keine genügende Vorstellung zu bilden in der Lage ist, so sind doch seine Schlussätze in ihrem allgemeinen Charakter so vortrefflich gedacht, dass ich seinen „Weckruf" nur zu wiederholen und zu verstärken wünschen kann. „Die Männer der Wissenschaft", sagt er (S. 263), „sind berufen, eines von den heiligen Feuern zu hüten, welche dem menschlichen Geist das Dunkel der Welt erhellen sollen; von den Männern der Wissenschaft kommt das Ideal des richtigen Denkens, des uneigennützigen Strebens nach Wahrheit, welches, wenn es in weiteren Kreisen geherrscht hätte, allein genügt haben würde, um diese Schreckenszeit zu verhindern."

Ich halte es allerdings für eine unangreifbare Wahrheit: dass die westeuropäische Menschheit die Folgen davon tragen muss, dass sie dem ihr gemeinsamen Wissen und Denken über die moralischen und politischen Dinge, nur einen spärlichen Einfluss auf ihre Geschicke gegönnt hat, obgleich das naturwissenschaftliche Wissen und Denken ihr gesamtes materielles und ökonomisches Dasein auf ganz neue Grundlagen gestellt hatte. Auf jenem Gebiete ist die Erkenntnis jämmerlich zurückgeblieben, und was vorhanden ist an Erkenntnis, wird selten angewandt.

□□□

Das Milizsystem als Friedensbedingung.

Von C. OBEROUTCHEFF.

Aus dem Russischen übersetzt von C. B.

In unserer letzten Nummer (v. 5. März) brachten wir den Artikel eines Schweizers, eines hohen Offiziers, über denselben Gegenstand. Ganz unabhängig davon erhielten wir von einem Russen die nachfolgenden Ausführungen. Von der Überzeugung ausgehend, dass mit der allgemeinen Einführung des Milizsystems eine entscheidende Wendung im Sinne eines gesicherten Friedens erfolgt wäre, geben wir unsern Lesern gerne davon Kenntnis und schliessen daran eine sachkundige Aufklärung über die Wehrordnung der Schweiz, welche eine bewährte Probe dieses Systems darstellt. *Die Redaktion.*

Es mag merkwürdig erscheinen, ist aber trotzdem wahr, und ich möchte es ganz besonders betonen, dass der furchtbare und anscheinend unvermeidliche Krieg plötzlich und unerwartet hereingebrochen ist; denn noch unmittelbar vor dem Kriege versicherten erfahrene Diplomaten ihre besorgten Mitbürgern, die sich in den gegenwärtig kriegführenden oder in neutralen Ländern aufhielten und die damals in ihre Heimat zurückzukehren bemüht waren, dass der Kriegsfall nicht eintreten werde und dass kein Anlass zu Befürchtungen vorliege. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Krieg ebenso plötzlich aufhören wird, wie er unerwartet hereinbrach; es ist sogar sehr wahrscheinlich. Deshalb mag es auch an der Zeit sein, von dem möglichen und von allen herbeigesehnten, auf dauernden Grundlagen beruhenden Frieden zu sprechen.

Wie ist nun dieser Krieg so plötzlich gekommen? Die Menschheit in dem Sinne der Gesamtheit der Völker ist in den Krieg hineingezogen worden. Nicht der Wille der Masse ist es, der sie in den Krieg treibt, sondern die historisch gewordenen Voraussetzungen, von welchen die Regierungen in ihrer Form der bewaffneten Macht getragen werden. Auch diesen Krieg haben die Regierungen Jahrzehnte lang vorbereitet, und zwar unter

der stillschweigenden Billigung ihrer Völker. Man vergegenwärtige sich einmal, welcher Aufwand an geistiger Energie allein zur Anfertigung von Waffen und Mitteln für den Kampf nötig gewesen ist, und wie alle wissenschaftlichen Erfindungen dem einen Zwecke nutzbar gemacht worden sind, die Mittel zur Vernichtung der Menschen und insbesondere zur eigentlichen Kriegführung vollkommener zu gestalten. Versucht man darüber sich klar zu werden, so kann man von einem drückenden Gefühl der Furcht für die weitere Entwicklung der Menschheit erfüllt sein. Muss man doch den Eindruck gewinnen, dass sie mit aller Kraft bestrebt gewesen ist, Mittel zu ersinnen, um Menschen zu töten und zu vernichten und aus dem blühenden Lebensgarten der Menschheit ein Leichenfeld zu gestalten, statt ihr Leben zu verschönern, ihr Dasein zu veredeln und an der Förderung des Allgemeinwohles mitzuwirken. Man braucht nur in eine jener Sammlungen zu gehen, wie etwa in das Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern, in dem die Werkzeuge der Vernichtung gesammelt sind, und deren historische Entwicklung zu verfolgen, damit das Bild der gegenseitigen Vernichtung und des dazu erforderlichen Aufwandes in seiner ganzen furchtbaren Grösse erstehe.

Erst in der Gegenwart, und zwar zumeist in den letzten vierzig Jahren sind jene furchtbaren Kampfwerkzeuge erfunden und geschaffen worden, mit denen die heute kriegführenden Armeen ausgerüstet sind und denen Millionen von kräftigen und gesunden Menschen zum Opfer fallen, die wir sonst als Träger einer besseren Zukunft anzusehen pflegen. Erst wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Vergrösserung der Heereskräfte bis zum gegenwärtigen Umfange ein Produkt der letzten vierzig Jahre ist, und wenn man sich einmal vor Augen führt, mit welcher Überstürzung die Ausgaben für die Unterhaltung des regulären Heeres in den sogenannten Grossstaaten gesteigert wurden, ergibt sich eine richtige Vorstellung von der ungeheuren und von der noch zu erwartenden Last der Völker, die für die Unterhaltung ihrer grossen Heere und für alle militärischen Ausgaben aufkommen müssen.

Gleichzeitig mit der Unterhaltung dieser Heeresmächte und dem gesteigerten Militärbudget ist auch die Masse der Menschen bis zur letztmöglichen Grenze angewachsen, die mehr oder weniger lange der produktiven Arbeit entzogen werden, und die ihre besten Jahre dem Kasernen- und Wehrdienst opfern müssen, um die Werkzeuge der Vernichtung beherrschen zu lernen, die sie einmal, wenn auch nicht gegen die eigenen Landesgenossen werden zu richten haben, aber immerhin gegen Menschen ihresgleichen, welche sich jenseits der Grenze des eigenen Staates befinden.

Aber auch die Gesetzgebung aller Länder hat sich in der Richtung fortentwickelt, die den Regierungen die Möglichkeit einräumt, nicht allein zu Friedenszeiten die bewaffneten Kräfte zu steigern, sondern auch die für den Fall eines Krieges zur Ausgleichung der Verluste erforderlichen ausgebildeten Reserven zu erhöhen.

Vor hundert Jahren genügten Napoleon 500,000 Menschen, um die so gewagte Expedition bis in das Innere Russlands zu unternehmen, während der gegenwärtige Krieg mehr denn eine halbe Million allein brauchte, um Belgien zu überfluten und die Grenzdistrikte von Frankreich zu besetzen. Man wird die Anzahl der auf allen Fronten beteiligten Kräfte mit Einschluss der ohne Unterbrechung in der Ausbildung begriffenen und sich stets erneuernden Reserven mit etwa 20 Millionen kaum überschätzt haben.

Man kann mir entgegenhalten, dass die Menschheit nicht allein für den Krieg, sondern auch viel für den Frieden gearbeitet hat, und wird dabei in erster Linie an die Bestrebungen der Friedensvereine denken. Ebenso wird man auch darauf hinweisen können, dass die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit mehr und mehr das Denken der Menschen beherrschte und dass sie selbst in den Kreisen der Regierungen sehr überzeugte Anhänger fand, was in der grossen und stets steigenden Anzahl von Verträgen der verschiedenen Länder zum Ausdruck gekommen ist. Aber auf Grund der Diagramme des Museums

von Luzern können wir uns überzeugen, dass weder Russland noch Deutschland, ebensowenig Frankreich oder England einen unbedingten Friedensvertrag geschlossen haben. Allein diese Länder sind es doch vornehmlich, die in der Erweiterung der stehenden Heeresmacht den ersten Platz einnehmen, und die in den letzten vierzig Jahren in dieser Frage den ersten Rang sich gegenseitig abzulaufen bemüht waren und unermessliche Mittel dafür aufgewendet haben.

Man wird mir entgegnen, dass noch eine andere kraftvolle Organisation in dieser Beziehung zu Hoffnungen berechtigte. Das war die Arbeiterinternationale, die sich auf die breiten Massen der Arbeiterbevölkerung stützte und die bei jeder Gelegenheit sich an sie wandte. Sie hat wiederholt und laut genug ihren Protest gegen die unaufhörliche Steigerung der bewaffneten Kräfte und der versteckten Kriegsvorbereitung zum Ausdruck gebracht und die Arbeiterschaft zum tätigen Widerstand gegen jeden Kriegsausbruch aufgefordert, da derselbe auf alle Fälle zur Verelendung der Massen führen musste.

Zur Zeit des letzten Balkankrieges erhob sich die Stimme der auf dem Basler Kongress versammelten Arbeiterschaft besonders laut, und es wollte scheinen, als ob es diesem Worte gelingen sollte, einen europäischen Zusammenstoss, der sich aus der Verwicklung auf dem Balkan ergeben konnte, zu verhindern. Allein es ist bei einem blossen Austausch der Gefühle geblieben, welche sich auf den unerschütterlichen Glauben der Teilnehmer in die Wahrheit der Idee und in die Kraft der internationalen Solidarität der arbeitenden Massen stützten. Die Wirklichkeit hat dieses bezaubernde Phantasiegebilde sehr bald zerstört und sich in ihrer unverhüllten Blösse an dessen Stelle gesetzt. Nicht zwei Jahre waren seit dem Basler Kongress vergangen, als der europäische Krieg ausbrach, und die Arbeitermassen sind nicht für den Frieden eingetreten.

So gingen die von den gegenwärtigen Regierungen gedrillten Heere in den Kampf. Es konnte nicht anders sein.

Der Staat in seiner heutigen Form ist durch die ihn vertretenden Kreise von jeher bestrebt gewesen, sich auf

Kosten seiner nähern und entfernter gelegenen Nachbarn zu erweitern, und hat aus diesem Grunde sehr wohl erkannt, welche Bedeutung einer zum Angriff bereiten und bereitwilligen, militärischen Organisation zuzumessen ist. Deshalb hat der Staat sich auch stets an das alte System der stehenden Heere gehalten und die Frage einer radikalen Abänderung nie ernstlich zu Worte kommen lassen, auch wenn er seine Friedfertigkeit betonte und der Aufrechterhaltung des Friedens seine Unterstützung lieh.

So sind die stehenden Heere in den Händen der gegenwärtigen Regierungen eine logische Folge ihrer Eroberungsgedanken geworden, indem diese an sich zu reissen versuchten, was im gegebenen Augenblick vorteilhaft oder auch wirtschaftlich notwendig erschien. Denn einige Hunderttausend oder gar eine Million gut bewaffneter und geschulter Menschen, die stets bereit sind, ihren Stoss dahin zu richten, wohin die Regierung des betreffenden Landes es für gut befindet, sind ein unschätzbares Mittel jeder Eroberungspolitik, weshalb kein Staat irgendwelche, auf die Abänderung der Militärmacht abzielenden Vorschläge annehmen oder darüber verhandeln will. Wenn aber der Staat auf die Unterhaltung der stehenden Heere nicht verzichten will, so beweist er damit entschieden, dass er nicht die Absicht hat, sich von seiner Eroberungspolitik loszusagen, sondern nach wie vor bestrebt sein wird, jede Blösse seines Nachbars im geeigneten Moment auszunutzen und ihm das zu entreissen, was für ihn selbst vorteilhaft zu sein scheint.

Der Krieg geht seinen Weg weiter. Millionen von Menschen ringen miteinander und zwar mit einer Beharrlichkeit und einer Stosskraft, die einer besseren Anwendung würdig wären. Inzwischen hat sich die Zusammensetzung der Heere wesentlich geändert. Denn in keinem Lande und an keiner Front finden sich die ehemaligen Bestandteile der stehenden Heereskomplexe mehr vor, die seinerzeit „im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens“ von den Staaten so sorgfältig ausgebildet waren. Heute kämpfen bereits die bewaffneten Völker, da ein

grosser Teil des geschulten Soldatenstandes als Verlust zu buchen und durch neu einberufenes und kurzfristig ausgebildetes Material ersetzt worden ist. Die Heere rekrutieren sich grossenteils bereits aus jenen Elementen der Völker, die man sonst mit dem Namen der Miliz zu bezeichnen pflegte, und bilden somit ein Heer, das in bezug auf das Offizierskorps keine Fachschulung besitzt, und dessen Armee aus den Bevölkerungsteilen zusammengesetzt ist, die nicht in unnötiger Weise und ohne bestimmte Notwendigkeit übermässig lange in den Kasernen haben zubringen müssen. Und diese in kurzer Zeit neu formierte bewaffnete Macht, die gegenwärtig an einer Front von mehreren tausend Kilometern steht, leistet einen überaus ernsten und unbezwingbaren Widerstand und beweist damit aufs schlagendste, dass zum Schutze des Landes und zur Abwehr des Angriffs ein Heer genügt, das nicht ein stehendes zu sein braucht. Der gegenwärtige Krieg hat den treffendsten Beweis geliefert, dass die Abwehr durch die Kraft des bewaffneten Volkes in der Form der Miliz möglich ist.

Auch dieser Krieg wird sein Ende finden. Es wird die Zeit kommen, in der die durch den Krieg erschöpften und verelendeten Massen des Volkes in nicht misszuverstehender Weise ihrem Willen Ausdruck geben werden, dem Kriege ein Ende zu bereiten, um unter den Voraussetzungen eines sicheren Dauerfriedens wieder an die produktive Arbeit zu gehen. Dann wird auch die Zeit gekommen sein, wirklich dauernde Bedingungen für den Frieden auszuarbeiten.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, diese hier zu erörtern. Einzig auf einen Ausschnitt dieser Frage — auf die Beschaffenheit der bewaffneten Macht — möchte ich die Aufmerksamkeit lenken. Wenn die Völker in Wahrheit einen dauernden Frieden anstreben — und daran zu zweifeln, liegt nicht der mindeste Grund vor —, so werden sie bei Gelegenheit des Friedensschlusses und der Friedensunterhandlungen bedingungslos eines fordern müssen: dass man in den zukünftigen Friedensunterhand-

lungen sich offen zu einem unbedingten Verzicht auf die Unterhaltung der stehenden Heere, als der wesentlichsten Grundlage des Friedens, bekenne, und dass ein Übergang zum Milizsystem geschaffen werde, welches nur und ausschliesslich zum Schutze des eigenen Landes bestimmt ist und nicht zum Zwecke eines Angriffskrieges verwendet werden kann. Wenn die erschöpften Völker diese Forderung erheben, so wird es sich ohne weiteres zeigen, welche Regierungen einen dauernden Frieden zu garantieren bereit sein werden. Es ist klar, dass diejenigen, welche diesen Forderungen nicht beitreten oder deren Unzweckmässigkeit zu beweisen versuchen werden, den Frieden nur auf der Zunge tragen, ohne ihn ernstlich realisieren zu wollen. Denn in ihren Händen bleibt das Angriffsmittel für den Krieg nach wie vor erhalten, auch wenn sie vorgeben, es nur zum Schutz und zur Abwehr des Angriffs benutzen zu wollen.

Das stehende Heer ist und bleibt das Mittel des Angriffs, die Miliz dagegen vornehmlich das Mittel der Abwehr. Deshalb wird man sagen müssen, dass, solange auch nur in einem Lande die Organisation des stehenden Heeres beibehalten wird, die Möglichkeit einer zukünftigen Verwicklung offen bleibt, und dies ganz abgesehen davon, welches die Bedingungen des künftigen Friedens sein werden und welche Sicherungen für ein friedliches Nebeneinander der Völker sie auch anscheinend gewähren mögen.



Die Wehrordnung der Schweiz nach dem Milizsystem.

Jeder Schweizer ist wehrpflichtig. Er erfüllt seine Pflicht entweder direkt durch die Dienstleistung im Heere oder indirekt durch eine Steuer, die sogenannte Militärpflichtersatzsteuer. Die Wehrpflicht dauert vom zwanzigsten bis zum achtundvierzigsten Altersjahr (zwölf Jahre im „Auszug“, acht Jahre

in der „Landwehr“ und acht Jahre im „Landsturm“). Die Dienstpflicht der Stabsoffiziere ist nicht beschränkt. Aus den zum Militärdienste tauglichen Bürgern wird das Heer gebildet. Diese Tauglichen werden durch eine Rekrutierung ausgezogen, mit der eine Prüfung über den Bildungsstand und die körperliche Leistungsfähigkeit der sich Stellenden verbunden wird. Diese Rekrutenprüfungen wirken wohltätig und anregend zurück auf den Betrieb der Volksschule und damit auf den Stand der Volksbildung. Die ausgehobenen Rekruten werden einer bestimmten Truppengattung zugeteilt oder, wenn sie nur bedingt tauglich sind, Hülfsdienstzweigen zugewiesen. Von der Dienstleistung im Heere sind für die Dauer ihres Amtes oder ihrer Anstellung befreit die unentbehrlichsten Beamten des Bundes und der Kantone und der öffentlichen Verkehrsanstalten, sowie die Direktoren und Krankenwärter der öffentlichen Spitäler. Alle diejenigen, die durch strafrechtliches Urteil ihr Aktivbürgerrecht verloren haben, haben auch ihr Wehrrecht verwirkt und werden nicht in die Armee aufgenommen, oder, wenn sie schon Glieder derselben waren, wieder aus ihr ausgestossen.

Die Wehrmänner erhalten ihre militärische Ausbildung und die Bewaffnung durch den Bund, die Bekleidung und Ausrüstung durch die Kantone gegen Entschädigung seitens des Bundes an die Kantone. Der Dienstpflichtige behält seine persönliche Bewaffnung und Ausrüstung in eigener Verwahrung, was eine rasche Mobilmachung ermöglicht. Die Pferde werden den Kavallerierekruten durch den Bund geliefert, zur Hälfte des Schatzungswertes erlassen und in folgenden jährlichen Raten ganz abbezahlt; sie bleiben während der Dauer der Dienstpflicht und nach abgelaufenem Dienst im Besitz der Milizen. Das gleiche gilt für die Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung der übrigen Wehrmänner, so dass sich im Lande eine grosse Reserve an Waffen und Ausrüstungsgegenständen bildet, deren Unterhalt dem Staate keine Kosten verursacht. Die Offiziere haben sich selbst auszurüsten, erhalten aber vom Bunde eine entsprechende erstmalige und periodische Entschädigung.

Die Verpflegung der Truppen geschieht durch den Bund. Dazu erhalten die Wehrmänner einen Tagessold, der für den gemeinen Mann achtzig Rappen, für die Gradierten entsprechend mehr beträgt. In Fällen von Dürftigkeit wird den Angehörigen der Wehrmänner eine Notunterstützung ausgerichtet, die nicht den Charakter eines Almosens haben soll oder zurückgefordert werden kann. Ausserdem versichert der Bund die Militärpersonen gegen die wirtschaftlichen Folgen von im

Dienste zugestossenen Unfällen und Krankheiten. Eidgenössische und Kantonale „Winkelriedstiftungen“ sind bestimmt zur Hebung der Not im Kriegsfalle.

Die soldatische Erziehung der Bürger beginnt schon vor dem Eintritt des Rekrutenalters durch den sogenannten „militärischen Vorunterricht“ und in dem vom Bunde unterstützten Kadettenunterricht an den Mittelschulen (1913: 55 Korps mit zusammen 7883 Kadetten). Nach dem obligatorischen Turnunterricht in der Volksschule folgt nach Ablauf der normalen Schulzeit ein turnerischer Vorunterricht zur körperlichen Ausbildung, namentlich in der Übung im Marschieren und Hindernisnehmen und ein bewaffneter Vorunterricht zur Ausbildung im Schiessen. Bei den bürgerlichen Schiessvereinen werden sogenannte „Jungschützen“ erzogen. „Wandervögel“- und „Pfadfinder“-Vereinigungen fördern namentlich die Landeskunde und erwecken patriotischen Sinn. All dieser Unterricht ermöglicht, dass auch die nicht ins Heer aufgenommenen Bürger eine etwelche soldatische Erziehung genossen haben, was für die Landesverteidigung von Bedeutung ist.

Die eigentliche militärische Ausbildung erhalten die Wehrmänner in den Rekrutenschulen (Dauer derselben für die Infanterie sechzig, für die Kavallerie neunzig, für die Artillerie und Festungstruppen fünfundsiebzig Tage) und in jährlichen Wiederholungskursen, in denen Übungen in grössern und kleinern Verbänden stattfinden. Die Ausbildung der Unteroffiziere erfolgt in Unteroffiziersschulen und in Rekrutenschulen mit der Truppe; die der Offiziere in Offiziersbildungsschulen, Schiessschulen, Zentralschulen und Generalstabsschulen und -Kursen, sowie in allerlei taktischen und technischen Spezialkursen. An der eidgenössischen technischen Hochschule werden militärwissenschaftliche Vorlesungen gehalten, die für die Hörer unentgeltlich sind. Eine eigentliche „Militärschule“ von drei Semestern Dauer, als besonders organisierte Abteilung der Technischen Hochschule, dient im speziellen der Ausbildung von Berufsoffizieren. An die Einstellung solcher Offiziere als militärische Lehrer ist die Forderung des Besitzes eines Maturitätszeugnisses geknüpft.

Die Instruktion der Truppen geschieht im Prinzipe durch die eigenen Cadres unter Leitung und Aufsicht von entsprechend ausgebildeten und ständig im Dienste stehenden „Instruktionsoffizieren“. Für den Ausbildungsstand der Heereseinheiten (Divisionen) sind deren Kommandanten verantwortlich. Jedem Kommandanten einer Truppe oder Einheit ist der ihm zustehende Einfluss auf die Kriegstüchtigkeit und Kriegsbereitschaft seiner Truppe gewahrt. Die Führer der

Heereseinheiten (Divisionen und Gruppen von solchen — Armeekorps), sowie die Chefs der Waffen und Abteilungen in der Militärverwaltung mit ihren Angestellten sind ständige Funktionäre. Alljährlich finden grössere Übungen, abwechselnd im Regiments-, Brigade- und Divisionsverbande statt.

Ein grosses Gewicht wird in bezug auf die militärische Ausbildung der Offiziere und Mannschaften auf die freiwillige Tätigkeit im Selbstunterricht gelegt. Es ist sich jeder dem Milizheere Angehörige bewusst, dass, wenn er ein wackerer Soldat sein will und die Armee, der er dient, ihrer Mission gerecht werden soll, er neben seiner bürgerlichen Tätigkeit auch beständig der militärischen Weiterbildung leben muss. Dazu ist ihm Gelegenheit geboten in einem lebhaft entwickelten Vereinsleben mit allerlei speziellen Kursen (Reiten, Fechten, Kriegsspiel, Landeskunde etc.), zu denen sich reges Selbststudium gesellt. Ein vielfaches Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Vereinen, in körperlichen Übungen und in geistiger Tätigkeit, in Geschichte, Geographie, Technik, frommt den bürgerlichen und militärischen Kreisen zugleich und entwickelt den patriotischen Sinn in Volk und Heer. Die gewehrtragenden Angehörigen der Armee haben sich über die Mitgliedschaft in einem Schiessverein und über ein Minimalmass an jährlichen Schiessübungen auszuweisen. Ausserdem fördern die zahlreichen im Volke beliebten Schützenfeste, bei denen das militärische Schiessen besonders berücksichtigt wird, die Schiesskunst. Im Vorunterricht beginnen die Knaben mit der altgewohnten Armbrust Auge und Arm zu üben. Neuerdings werden auch die nicht dem Heere zugeteilten schiesskundigen Bürger des Landes militärisch organisiert.

Im Frieden erfolgt die Leitung des Militärwesens durch das schweizerische Militärdepartement, dessen Chef ein Mitglied des Bundesrates ist. Bei einer Mobilmachung des Heeres und im Kriege führt ein von der vereinigten Bundesversammlung (National- und Ständerat) ernannter General den Oberbefehl über die Armee. Nach der Demobilisierung der Armee geht dieses Amt wieder ein. Die Kommandanten der Armeekorps, Divisionen und Brigaden tragen den Oberstengrad. Die Einteilung der Truppen erfolgt nach Territorien (einzelne Kantone und Gruppen und Teile von solchen). Für die Offiziere besteht Freizügigkeit je nach den bestehenden Bedürfnissen. Die Dreisprachigkeit des Landes bedingt umfassende Sprachkenntnisse der Offiziere und das Zusammenarbeiten der Truppen verschiedener Rasse und Sprache fördert den nationalen, gemeinschweizerischen Geist.

Die Militärausgaben des Bundes belaufen sich jährlich

auf rund vierzig Millionen Franken; sie betragen etwa ein Viertel der Gesamtausgaben des Bundes. Bei den durchschnittlich hohen Soldansätzen und bei der entwickelten Industrie des Landes fliesst ein grosser Teil des ausgegebenen Geldes wieder in die Tasche des Volkes zurück.

Das Milizsystem, wie es in der Schweiz durchgeführt ist und wie es nach der Lage des Landes inmitten von Grossmächten hohen Anforderungen gerecht werden muss, bedingt bei der verhältnismässig kurzen Ausbildungszeit ein aufs höchste gesteigertes Anspannen der Kräfte jedes einzelnen Wehrmannes während der Zeit seines Dienstes, sowohl im Unterricht als bei den Übungen, und ein immerwährendes Weiterarbeiten an der militärischen Ausbildung auch ausser Dienst. Das fördert und erhält den militärischen Geist im ganzen Volk. Wird einerseits der Arbeitseifer und der Ernst der bürgerlichen Arbeit in den Militärdienst gebracht und hier noch gehoben und gefestigt, so fliesst auch umgekehrt aus dem Militärdienst mit seinem intensiven Wirken und Streben wieder Anregung und Befruchtung ins bürgerliche Leben zurück, wobei der Wehrmann nicht das Gefühl hat, er sei eine Zeitlang aus diesem bürgerlichen Leben ausgeschaltet gewesen. So lernt und weiss das Volk nichts anderes, als dass es tatsächlich ein „Volk in Waffen“ ist in der Vereinigung von emsiger Arbeit und sorgsamer Wehr.



Duldsamkeit.

... Die Chriſten haben ihren Judenhaß und die ewige Verfolgung, die ſie dieſes bewunderungswürdige Volk haben erdulden laſſen, mit der Kreuzigung Chriſti entſchuldigt. Seien wir ganz ehrlich gegen uns ſelbſt.

Was würden wohl die heutigen Chriſten tun, wenn Chriſtus wieder erſchiene? Ich fürchte, ſie würden nicht einmal Hoſianna ſchreien, ſondern ihn ſofort für einen gefährlichen Sozialiſten erklären und wenigſtens in ein Irrenhaus ſperren. Tolſtoi hat dem Chriſtentum ſtreng nachleben wollen und es in der Tat verwirklicht, und er iſt moraliſch ſo gut wie gekreuzigt worden, zumal als er die Schächer aus dem Tempel zu jagen anfing und ſie Otterngezüchte nannte, als er ſo viel Wahn und Heuchelei aufdeckte, mit dem das Chriſtentum umhängt worden.

Sagen wir, daß Dante, Shakespeare, Sophokles, Michelangelo, Goethe keinem Volke angehört haben, und Christus erst recht nicht, so müssen wir doch gestehen, daß es nicht ohne Bedeutung ist, in welchem Volke der Menschheit höchste Geister erscheinen, und daß man sich fragen sollte, warum hier und nicht dort, warum in diesem Gewande und in keinem andern? Christus konnte nur in einem leidensvollen, unterdrückten, traurigen Volke des Leidens Apotheose errichten, zu den Armen sprechen und die Reichen mit Schande überhäufen. Das Christentum selbst blieb nur so lange rein, als es verfolgt war. In der Stunde, da es zu Macht und Ehren gelangte, hörte es vollkommen auf, Christentum zu sein. Kehrte Christus jetzt wieder, so würde er erstaunt sein, zu sehen, wer sich Christ nennt.

Es ist, als wollten die Völker sich selbst ihren Untergang bereiten. Sie müssen gerade das tun, was ihnen am unzuträglichsten ist und sie am schnellsten ins Verderben stürzt oder in ausgebrannte Schlacken verwandelt. Die Erde brauchte keine Hölle zu sein, wenn man sie selbst zum Paradiese machte. Sie wird immer ein Ort der Prüfung sein, da der Körper dem Verfalle bestimmt ist, und der Tod das einzig Sichere. Aber an einem so ernsten Orte, wo der Tod der Kern und Schlüssel und das Schlußwort von allem ist, sollte der Leichtsinn verbannt sein, statt immer wieder in Aehren zu schießen.

Es nannte jemand die Erde: „L'île du Diable". So schlimm braucht sie aber nicht zu sein, wenn man sie selbst zu etwas Besserem machen wollte, aber nicht durch Luxus, Prunksucht und Tollen, sondern durch Mitleid und Vergeben, durch Dulden und Befreien, durch Sanftmut und Frieden.

Carmen Sylva,
aus „Mein Penatenwinkel".



Zur Krise des Pazifismus.

Wir setzen die Diskussion, zu der einige interessante Beiträge vorliegen, in der nächsten Nummer fort.

Die Redaktion.



Zu Ernſt Siepers Gedächtnis.

(geb. 1864, geſt. 1916.)

Als ich den ſo plötzlich und ſo früh aus dem Kreis ſeiner Freunde Geriſſenen zum letzten Male ſprach, fühlte ich mich wärmer denn je zu dem edlen Mann und klugen Forſcher hingezogen. Ich verehrte in ihm ein Stück deutſcher Kultur, den Ausdruck des erhaben eigenſinnigen Idealiſten. Er gehörte zu denen, die geduldig mit begeiſterter Sachfreude ſeine Studien bis ins kleinſte verfolgen, aber nicht, um ſich im Kleinkram zu verlieren, ſondern um gerade vom geringſten aus dem großen nahe zu kommen; zu denen, die ſo weitherzig ſind, daß ein tiefes, beſtändiges Verſenktſein in die Arbeit nicht nur beſchränkte Fachkenntniſſe zur Folge hat. Durch gewiſſenhaftes Beherrſchen des eigenen Gebiets gewann Profeſſor Sieper Einblick in die notwendigen Zuſammenhänge der Völker untereinander und wußte ſie ſtets als bedeutungsvoll ins rechte Licht zu rücken. Er litt unſäglich unter der Zerriſſenheit Europas beſonders in geiſtiger Beziehung. Der Gram, den er darum empfand, hat gewiß zur Erſchütterung ſeiner Geſundheit und zu ſeinem frühen Tod beigetragen. Er litt, aber er ſchwankte nicht und hielt treu zu ſeinem Ideal.

Ernſt Sieper gehörte zu denjenigen, die ſich im Lauf des Weltkriegs die Ruhe des Urteils bewahrten und für ihr Vaterland eintraten, ohne Haß zu predigen, ohne jeden Gegner für geiſtig oder moraliſch minderwertig zu achten. Er kannte auch die Menſchen und deren Geſichtspunkte jenſeits der Grenzen und betonte, daß auf beiden Seiten Irrtümer, Mißverſtändniſſe und Vorurteile ausgerottet werden müſſen. Wo er konnte, war es ihm ein Bedürfnis, die Begriffsverwirrung und den Unverſtand internationalen Fragen gegenüber zu bekämpfen.

Am 30. Auguſt 1863 zu Durchsholz bei Lennep geboren, wurde er zu Beginn ſeiner Laufbahn Volksſchullehrer, ſtudierte dann in Heidelberg und Bonn, und wirkte von 1895 ab als Privatdozent, ſchließlich von 1904 ab als außerordentlicher Profeſſor für engliſche Philologie an der Univerſität in München. Größere Reiſen erweiterten ſeinen Umblick und gaben ihm jenes welterfahrene Gepräge, das ihn beſonders inſtand ſetzte, bei den Engländern gute Stellung und Anerkennung zu finden. In London trat er denjenigen Kreiſen nahe, die vor dem Kriege im Intereſſe einer deutſch-engliſchen Verſtändigung tätig waren und kam

besonders mit Lord Haldane in nähere Beziehungen. Die Enttäuschung der Augusttage von 1914 war schmerzlich, aber er teilte sie mit allen Friedensfreunden, die einst in versöhnlichem Sinn zu wirken versucht hatten. Es war natürlich, daß ihn der Riß zwischen beiden Ländern, der auch seine eigene Lebensarbeit durchschnitt, besonders verwunden mußte und ihm als unseliges, verbrecherisches Mißverständnis erschien.

Ich kann heute nicht beurteilen, ob Sieper das gegenwärtige England richtig verstehen mochte und nicht manchmal einen für früher gültigen Maßstab anzulegen liebte; das Einstige, in dem ich mich so gern wie er zu Hause fühlte, hat er mit hingebender Treue durchforscht und den Deutschen nahe zu bringen gesucht. Das treffliche Büchlein „Shakespeare und seine Zeit“ (Leipzig, Verlag von Teubner) ist im schönsten Sinn volkstümlich geworden. Mit so lebendiger Frische hat er das Zeitalter der Königin Elisabeth geschildert, so anspruchslos anmutig die Schätze seines Wissens ausgebreitet, daß dieser Band der Sammlung aus „Natur und Geisteswelt“ jedem den geistigen Besitz Shakespeares vermitteln kann. Das ist ein großes Wort.

Weiß sich Ernst Sieper in diesem Werk und in verschiedenen zerstreut erschienenen Aufsätzen volkstümlich zu geben und die verschiedensten Kreise mit den Gaben zu bewirten, die das 18. Jahrhundert treffend „Gaben der anmutigen Gelehrsamkeit“ nannte, so hat er in anderen Schriften dem Fachmann wertvolles Gedanken- und Beobachtungsmaterial gesammelt, den Literaturfreund durch das Aufdecken seltsamer, interessanter Zusammenhänge erfreut. Alles, was Sieper geschrieben, weist auf das Ineinandergreifen ferner und oft fernster Gedankenverbindungen hin. Er sieht, wie Dichtkunst und Wissenschaft Brücken von Volk zu Volk schlagen und sein Lebenswerk bestand darin, diese Brücken gangbar zu erhalten.

Schon die Inaugural-Dissertation „Die Geschichte von Soliman und Perseda in der neueren Literatur“ zeigt das Bestreben, die Abhängigkeit der Dichter von äußeren, d. i. fremden Einflüssen darzulegen und noch unbewußt den später formulierten Satz zu verfechten; „Es ist in der Literatur keine seltene Erscheinung, daß plötzlich in ganz verschiedenen Ländern und unter äußerlich ganz verschiedenen Verhältnissen ohne sichtbaren Zusammenhang dieselben Ideen lebendig werden. Hier öffnet sich dem Literaturhistoriker die schwierige Aufgabe, nach den tiefern Ursachen zu forschen.“ (Das Evangelium der Schönheit in der engl. Lit. u. Kunst des XIV. Jahrh. Seite 94.)

Mit unsäglichem Fleiß aber ohne Pedanterie und willkürliche Wertungen, stets ebenso geistvoll wie geduldig hat Sieper dann in der Studie über die altenglische Elegie, seinem zuletzt erschienenen größeren Werk (Straßburg bei Trübner 1915) aufgedeckt, wie verwandt, verschwägert versippt unser Geistiges mit dem Geistigen anderer Nationen immer gewesen ist. In dem Buch sind wichtige Beiträge geliefert zu den Stammtafeln euroqäischer Geistesgemeinschaft. Der Zusammenhang der altenglischen Elegie mit den altgermanischen Grabgesängen, mit den Klagen der Skandinavier und Irländer sowie mit keltischen Formen weist auf jene geistig-seelische Einheit hin, aus der sich die Uranfänge der Poesie entwickelten. Professor Sieper wollte mit diesem Buch eine Reihe von Einzeluntersuchungen beginnen, in denen er die wissenschaftliche Vorarbeit sah, Schlüsse allgemeiner Art über das Gemeinsame und Trennende in den Literaturen zu ziehen und über die Möglichkeit, auch auf diesem Gebiet die Evolutionstheorie anzuwenden. In einem sehr lesenswerten Kapitel über die Psychologie der alten Germanen zeigt er an der Hand verschiedener Dichtungen, wie einzelnes sich aus fremdem Pfropfreis bildet, anderes bodenständigen Keimen entwächst und zur Veredlung ferner Geisteswerke wiederum beiträgt. Also überall geben und nehmen, wo von Fortschritt die Rede ist.

Auch schon die früher (1898) veröffentlichte Forschung über die altfranzösische Nachahmung des Rosenromans und ihre englische Übertragung läßt Ernst Siepers festausgeprägte Lebensrichtung erkennen. Sie ist das wissenschaftliche Ergebnis eines längeren Aufenthalts in England. Das menschliche darin möchte ich in den Worten erkennen, die der damalige Präsident der „Early English Text Society" Dr. Furnivalt, an Sieper richtete. Der Mitarbeit deutscher Forschung gedenkend, meinte er, daß ihre Sympathie und Hilfe „have been among the pleasantest experiences of the Society's life, a real aid and cheer amid all troubles and discouragements."

In solcher Mitarbeit sah Ernst Sieper ein so bedeutendes internationales Bindeglied von Volk zu Volk, daß er glaubte, sie könne auch nach der politischen Richtung vermittelnd und aussöhnend oder wenigstens aufklärend wirken. Weit über Katheder und Hörsaal schweiften seine Blicke, um jeden Punkt zu erspähen, an dem geistige Anknüpfung möglich sei. Seinem Studiengebiet entsprechend wählte er die englische Gelehrtenwelt, um ihr bestes deutsches Wesen vor Augen zu führen und anderseits dem deutschen Publikum eine Fülle neuer Gesichtspunkte

über englisches Geistesleben zu verschaffen. Er ist zu einer Zeit abberufen worden, in denen sein Takt und sein Wissen besonders wertvoll hätten werden können, abgerissene Verbindungen zwischen den geistigen Führern, wenigstens im Reich neutralen Gelehrtentums, wieder aufzunehmen.

Wie er diesen Fragen innerlich gegenüberstand, kann man aus der im Jahre 1912 erschienenen Vorrede zu Hermann Hüffers Lebenserinnerungen herauslesen. Dort steht über den Bonner Professor ein Wort, das Ernst Sieper ebenso gut auf sich selbst münzen konnte: „Im Reich der Wissenschaft und Kultur schienen ihm nationale Grenzen von geringem Belang." Der Glaube an eine geistige Gemeinschaft war ihm heilig und er hat nicht daran rütteln lassen. Es war sein Traum, dieses Bewußtsein, das heute verdüstert ist, wieder ins Licht zu bringen und diesem Streben hat er seine ganze Kraft gewidmet.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts hielt Sieper in München vielbesuchte Vorträge über die Entwicklung der ästhetischen Kultur in England.*) Gerade solchen, dachte er, die im Dienst der Kultur ihre Kräfte regen, müsse es willkommen sein zu sehen, wie ähnliche Bewegungen in anderen Ländern unter ganz anderen Umständen hervorbrachen und sich entfalteten. Daß keine Kultur ohne die andere benachbarte möglich sei und entstehen oder sich ausbauen konnte, klingt als Grundmotiv durch die Vorträge wie durch die andern Schriften, die von dem Weitblick des Verfassers begünstigt, sämtlich über das reinphilologische Fachgebiet hinausragen. Diesen Zusammenhang besonders England gegen über zu fördern und inniger zu gestalten, war der geistige oder vielmehr menschliche Inhalt von Siepers Schaffen, Sein Traum zerrann. Und es ist heute, als könne man – wie so viel anderes – auch das Werk des Münchner Professors nur mit tiefster Wehmut betrachten, als läge alles, was er gehofft, verschüttet und auf ewig zerstört am Boden.

Aber geistige Güter können nur scheinbar der Vernichtung anheimfallen. Sie sind unausrottbar, wenn sie eine starke Seele trägt und wenn sie in edlem Gemüt bewahrt werden. Im letzten Gespräch, das ich mit Sieper hatte, nannten wir uns traurig scherzend Genossen der kleinen Schaar letzter Europäer. Wir letzten Europäer von gestern hatten nicht die Macht, das Verhängnis aufzuhalten. Wir waren gering an Zahl, vereinzelt und glaubten harmlos dahinleben zu dürfen.

*) E. Sieper, das Evangelium der Schönheit in der englischen Literatur und Kunst des 19. Jahrhunderts (Ruhfus, Dortmund.)

Aber die Überlebenden hegen die Hoffnung, daß die Vorarbeit für ein neues Europäertum nicht umsonst geleistet ist. Lebensbejahender und stärker wird die Bewegung einsetzen. Dabei darf nicht vergessen werden, in Ehrfurcht jener zu gedenken, die tapfer gearbeitet in schwerer Zeit und das Ziel ihres Strebens nicht einmal mit den Blicken erfaßten. Wohl konnte ein Vermittler wie Sieper die Antwort auf all die bangen Fragen nicht finden, die uns das Weltgeschehen aufgibt, aber er hat eingesehen, daß Vertrauen die beste und letzte Weisheit ist, die wir Menschen gleich Shakespeares Prospero lernen können und müssen.

Alexander v. Gleichen-Rußwurm.



Gedankensplitter.

Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit.

Macht ist Pflicht — Freiheit ist Verantwortlichkeit.

Wir sind in Todesangst, dass die Nächstenliebe sich zu weit ausbreiten könnte, und richten Schranken gegen sie auf — die Nationalitäten.

Am weitesten in der Rücksichtslosigkeit bringen es die Menschen, die vom Leben nichts verlangen als ihr Behagen.

Immer wird die Gleichgültigkeit und die Menschenverachtung dem Mitgefühl und der Menschenliebe gegenüber einen Schein von geistiger Überlegenheit annehmen können.

Nur was für die Gegenwart zu gut ist, ist gut genug für die Zukunft.

Wenn man das Dasein als eine Aufgabe betrachtet, dann vermag man es immer zu ertragen.

Marie von Ebner-Eschenbach.



Der Krieg und die internationalen kulturellen Bande.

Eine Weltenquête.

Die angesehene schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet“ hat an eine Reihe führender Männer in Europa und Amerika eine Rundfrage gerichtet über die Aussichten, die für eine Wiederanknüpfung der durch den Weltkrieg zerrissenen Kulturbande vorhanden sind. Der bekannte schwedische Literaturkritiker Fredrik Böök hat sodann die Ergebnisse dieser Rundfrage in einem übersichtlichen Artikel des „Svenska Dagbladet“ zusammengestellt, den wir mit Genehmigung der Redaktion der genannten Zeitung und des Verfassers unserem Leserkreis zugänglich machen. Leider ist die Publikation dieses Aufsatzes durch die derzeitigen Schwierigkeiten der Verbindungen nicht unwesentlich verzögert worden.

Die Rundfrage über den Krieg und die gemeinsame Kulturarbeit, die „Svenska Dagbladet“ an eine ausgewählte Reihe von Männern der intellektuellen Arbeit richtete, hatte einen ungewöhnlichen Erfolg. Im ganzen sind 65 Antworten eingelaufen, unter denen so gut wie sämtliche Nationalitäten vertreten sind. Unter diesen befinden sich 16 Deutsche (zu denen auch H. S. Chamberlain gezählt wurde), 15 Engländer, 12 Franzosen, 7 Schweden, 5 Österreicher, 2 Holländer, 2 Amerikaner, 2 Norweger, 1 Belgier, 1 Däne, 1 Italiener und 1 Spanier.*) Die Rundfrage bietet also ein ausgezeichnetes Material für die Beurteilung der Stimmungen, die der Krieg bei der geistigen Elite in allen Ländern Europas hervorgerufen hat, und sie wird auch ohne Zweifel für die Zukunft einen Wert als historisches Dokument behalten. Die Bedeutung der gewaltigen Krisis, die unsere Generation durchlebt, wird in einer grösseren zeitlichen Entfernung gewiss klarer erkannt werden, es wird aber immer von grösstem Interesse bleiben, zu sehen, wie die Zeitgenossen die grossen Geschehnisse betrachteten, welche Enttäuschungen, Befürchtungen, Zweifel und Hoffnungen die politische Katastrophe bei den Männern hervorrief, welche sich der Verantwortung für die gemeinsamen Güter der Menschheit, die Kultur und die Wissenschaft, bewusst waren.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, das grosse und wichtige Material bereits jetzt einer Bearbeitung zu unterwerfen. Das Vertrauen, das uns von einer so grossen Anzahl Gelehrter und

*) Es ist wohl nur ein Zufall, dass in dieser reichen Liste die Schweiz fehlt.

Schriftsteller von höchstem Rang bewiesen worden, macht es uns zur Pflicht, mit vollkommener Unparteilichkeit all die wechselnden, oft einander widersprechenden Zeugnisse vorzulegen und sie für sich selbst sprechen zu lassen. Das Einzige, was in Frage kommen kann, ist: mit einigen Worten die hauptsächlichsten Richtungslinien in den eingelaufenen Antworten anzudeuten, um dadurch die Übersicht zu erleichtern.

Die Frage nach der Möglichkeit, die kulturellen Beziehungen nach dem Kriege wieder anzuknüpfen ist im grossen und ganzen auf zwei verschiedene Arten beantwortet worden. In dem einen Lager wird der Standpunkt vertreten, dass die politische Feindseligkeit auf das Gebiet der geistigen Kultur weder übertragen werden kann noch darf, in dem anderen Lager wird hervorgehoben, dass ein erneutes internationales Zusammenarbeiten nicht verwirklicht werden kann, es sei denn unter gewissen Vorbehalten von mehr oder weniger tiefgehender Art.

Die deutschen und österreichischen Verfasser sind ausnahmslos und so gut wie ohne alle Vorbehalte in dem ersten Lager zu finden. Exzellenz Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff drückt mit offizieller und diplomatischer Korrektheit diesen Standpunkt aus: das Auftreten einzelner Gelehrter darf nicht nachteilig auf die wohlwollende Haltung der wissenschaftlichen Institutionen gegen fremde Forscher einwirken. Der Sanskritforscher Hermann Oldenberg formuliert klar die Auffassung, welche die für seine Kollegen typische zu sein scheint: „Wir wollen und dürfen nicht vergessen, wie viel die Weltkultur und die Kultur Deutschlands französischem und englischem Geist zu verdanken haben.“ Dieser Standpunkt schliesst jedoch nicht eine gewisse Bitterkeit aus: der Physiker Professor Wilhelm (Wien) fragt sich, ob es sich lohne, in nähere persönliche Verbindung mit den Vertretern eines Volkes zu treten, „das so geringe Fähigkeit und guten Willen hat andere Völker zu verstehen“ wie das englische. Der Philosoph Prof. Alex. Meinong deutet an, dass die deutschen und österreichischen Gelehrten wohl bereit sind den ersten Schritt zu einer Annäherung zu machen, dass aber, wenn dieser Schritt zurückgewiesen wird, ihre Selbstachtung ihnen Zurückhaltung gebiete.

Die französischen Schriftsteller sind fast ebenso ausnahmslos in dem entgegengesetzten Lager zu finden. Der einzige, der sich in direkt versöhnlichem Geiste äussert, ist der Dichter Romain Rolland. Die übrigen stellen sich entweder abweisend oder sie machen gewichtige Vorbehalte. Der Chemiker Paul Sabatier glaubt, dass „die bereits entstandene Kluft nie ausgefüllt werden wird“, obgleich er doch mit der Möglichkeit rechnet, dass internationale Beziehungen irgend

welcher Art auch in Zukunft aufrecht erhalten werden können. Der Archäologe Professor Salomon Reinach meint, dass die intellektuelle Weltgemeinschaft nur wiederhergestellt werden kann, wenn Deutschland sich zuerst einer „Busse und Strafe“ unterwirft. Der Chemiker Professor Victor Grignard ist dagegen der Ansicht, dass „nicht einmal eine öffentliche Busse sie (die Gemeinschaft) wiederherstellen könnte“; seines Erachtens kann ein unparteiischer Preisrichter nicht einmal das Recht haben, einen internationalen wissenschaftlichen Preis einem Forscher zuzuerteilen, „der nicht eine genügend hochgesinnte Seele besessen hat, um in den ernsten Augenblicken die Stimme der Gerechtigkeit und der Wahrheit vernehmen zu lassen.“ Professor Grignard ist bekanntlich Nobelpreisträger. Der Historiker Frédéric Masson versichert, dass er und seine Gesinnungsgenossen „entschlossen sind, literarische und wissenschaftliche Beziehungen mit keinen anderen Deutschen wieder aufzunehmen oder zu unterhalten, als mit denen auf dem linken Rheinufer, nachdem dieses linke Ufer französisch geworden“; er findet übrigens, dass bei der Verteilung des Nobelpreises eine Parteilichkeit für Deutschland zu Tage getreten ist, die bei allen französischen Schriftstellern Verdruss erregt hat. Der Soziologe Durkheim erklärt, dass die rein wissenschaftlichen Beziehungen weiter aufrechterhalten werden sollen, aber ohne Sympathie und freundschaftliches Vertrauen, da es ihm unmöglich ist, „ohne einen Stich durch sein ganzes Wesen zu empfinden, seine Hand in die eines Deutschen zu legen.“ Der Literaturhistoriker Professor Gustave Lanson ist der Ansicht, dass von einer persönlichen Annäherung zwischen deutschen und französischen Gelehrten keine Rede sein kann, da die Deutschen „sich selbst von der Zivilisation ausgeschlossen und uns gezeigt haben, dass sie der Seele und den Idealen derselben fremd gegenüber stehen“; sie können ihren Platz erst dann wieder erlangen, wenn sie, „vom Militarismus befreit und von der preussischen Raubtierwildheit gereinigt, eine menschliche Seele wieder erworben haben“. Ungefähr in demselben Geiste sprechen sich der Philosoph Emile Boutroux und der Sprachforscher Antoine Meillet aus.

Die englischen Schriftsteller geben keine solchen Proben nationaler Einigkeit wie sie die deutschen und französischen Schriftsteller auszeichnet. Eine Gruppe unter ihnen spricht Ansichten und Empfindungen aus, die mit denen der Franzosen übereinstimmen. Der Literaturhistoriker Edmund Gosse meint, dass es bereits früher eine Kluft zwischen englischer und französischer Kultur einerseits und deutscher anderseits gegeben habe und dass der Krieg diese Kluft noch tiefer und breiter

machen werde: der „teutonische Geist“ übt, wie er feststellen zu können glaubt, „keine Anziehungskraft auf englische und französische Wissbegierde aus“. Der Chemiker Sir William Ramsay ist der Ansicht, dass Deutsche und Österreicher durch eine Art Ostrazismus von allen wissenschaftlichen Kongressen in Zukunft ausgeschlossen werden sollen; „Individuen von diesem Stamm“ können während der nächsten Generationen nicht als ebenbürtig behandelt werden. Der Schriftsteller H. G. Wells findet, dass die deutschen Schulen und Universitäten „systematisch korrumpiert“ sind, und dass „Deutschland seine Professoren und Lehrer zu Sklaven gemacht hat.“ Der Archäologe Sir Arthur Evans meint, dass unter die Friedensbedingungen „die Erhängung und Erschiessung hoher deutscher Beamten“ aufgenommen werden müsse; nach einer solchen Säuberung Deutschlands glaubt er, dass eine schliessliche Versöhnung auf dem neutralen Boden der Wissenschaft und Literatur möglich sein wird. — Bei einer anderen Gruppe tritt eine ganz andere Anschauung zu Tage. Der Hellenist Gilbert Murray schreibt, dass nach Beendigung des Krieges alle Völker sich in dem Gefühl einigen können, dass sie „weit mehr als genug gelitten und einander haben leiden lassen.“ In einem ebenso versöhnlichen Geiste sprechen sich der Geograph Sir Martin Conway und der Physiker Professor S. Thompson aus. Die Schriftstellerin Vernon Lee (Violet Paget) wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Germanophobie in England und der Mathematiker Bertr. Russell spricht sich für die Wiederherstellung der Einheit in der wissenschaftlichen Welt aus und hält es für wahrscheinlich, dass alle Nationen nach Beendigung des Krieges das „Urteil fällen werden, dass ihre Feinde tapfere Männer sind, die letzten Endes keinen Hass verdienen.“ Der Religionshistoriker Dr. F. C. Conybeare vertritt eine ähnliche Auffassung und behauptet, dass England mit einem Feinde kämpft, „mit dem es ehrenvoll ist sich zu schlagen, und mit dem es noch ehrenvoller sein wird, sich zu versöhnen, um ihn für immer zum Freunde zu gewinnen, nachdem der Krieg beendet.“

Im Zusammenhang mit der Beantwortung der Hauptfrage haben viele von den Gefragten Beobachtungen, Ideen und Prophezeiungen ausgesprochen, die oft von grossem Interesse und jedenfalls immer von symptomatischer Bedeutung sind. Die meisten von ihnen scheinen darin einig zu sein, dass sie den neutralen Ländern, insbesondere den skandinavischen, und ganz speziell Schweden, als dem Verwalter des Nobelpreises, eine wichtige und verantwortungsvolle Rolle als Vermittler zuschreiben. Romain Rolland erweist sich als zu derjenigen

Gruppe der Pazifisten gehörig, die die Ansicht hegen, dass der Weltkrieg die Bluttaufe für die Einheit und den Frieden der Zukunft bildet, dagegen scheint der Physiologe Charles Richet den Glauben an die Möglichkeit eines internationalen Zusammenarbeitens verloren zu haben: die menschlichen Individuen sind zur vernünftigen Arbeit fähig, die menschlichen Kollektivitäten dagegen sind wahnsinnig und unheilbar. Der Soziologe Ferdinand Tönnies glaubt, dass die Frauen vor allen berufen sind, durch erhöhten politischen Einfluss die Zersplitterung zwischen den Nationen zu überwinden, und der Pädiatriker Freiherr Clemens von Pirquet meint, dass das zielbewusste Eingreifen der Ärzte in das öffentliche Leben und die Erziehung der Journalisten zu wissenschaftlicher Wahrheitsliebe und Gewissenhaftigkeit neue Kriege in Zukunft unmöglich machen würden. Der Schriftsteller Thomas Mann spricht den Gedanken aus, dass Deutschland nach dem Kriege eine Entwicklung zur Humanität, Freiheit und Freude durchmachen wird, den alten Idealismus und das neue Machtgefühl in einer grossen Synthese zusammenfassend. Eine ähnliche Überzeugung hegt der Dichter Hugo von Hofmannsthal: er glaubt, dass der Krieg den Abschluss des Nationalismus bezeichne, der der Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts den Inhalt gegeben, und dass ein neuer rationeller Humanismus hervortreten werde. Als Träger desselben denkt er sich eine neue geistige Autorität „in Übereinstimmung mit dem Wiedererwachen des religiösen Sinnes und des bei den Massen latenten Ehrfurchtsbedürfnisses." Ein anderer Österreicher, der Kunsthistoriker Josef Strzygowski, bewegt sich auf einer verwandten Gedankenbahn, wenn er ausspricht, dass die zu Tage getretene Ohnmacht der Wissenschaft darauf beruht, dass sie den Zusammenhang mit dem wirklichen Leben verloren und mit einseitigem Historismus sich in das Antiquarische vergraben hat. Wenn die Wissenschaft die Fähigkeit hat, wieder systematisch zu werden und ihren Ausgangspunkt aus den Forderungen des umgebenden Lebens zu nehmen, dann wird sie, meint er, erhöhten Einfluss gewinnen und in das Leben der Staaten eingreifen können.

Derartige Äusserungen geben eine Vorstellung von dem tiefen Einfluss, den der Krieg auf die Männer der geistigen Kultur ausgeübt hat, zur Selbstkritik treibend, und neue Zweifel, aber auch neue Hoffnungen hervorrufend. Es ist noch nicht möglich zu entscheiden, in welchem Masse diese schwankenden Zukunftsträume betrügerisch sind. Vielleicht wird man nach einem halben Jahrhundert unterscheiden können, welche Perspektiven sich als richtig erwiesen, welche Gesichtspunkte den

Kern der Dinge getroffen haben. Die zahlreichen widerspruchsvollen Äusserungen, welche die Dokumentensammlung des „Svenska Dagbladet" zusammengestellt hat, werden dann die Verwirrung in der gegenwärtigen Krisis beleuchten und die Schwierigkeit darlegen, die auch für den intellektuell Geübten besteht, wenn es die Gegenwart gilt, in dem was zu geschehen scheint, das zu entdecken, was wirklich geschieht.



Glossen zum Kriege.

Von John Galsworthy.

Heute lesen wir in den Zeitungen, dass in den Reihen unserer Feinde ein Sozialist oder ein Pazifist seine Stimme erhoben hat gegen die Pöbel-Leidenschaft und die Kriegswut seiner Landsleute, und wir denken: „Wahrlich, welch aufgeklärter Mann!"; am nächsten Tag lesen wir in denselben Zeitungen, dass der Herr Soundso dasselbe getan hat, aber in unserem eigenen Land, und wir sagen: „Herrgott, den sollte man aufhängen!"

Jetzt hören wir begeistert einem unserer Staatsmänner zu, der uns von dem letzten Blutstropfen und von dem letzten Pfennig spricht: „Das ist Patriotismus!" Dann lesen wir, wie ein feindlicher Staatsmann seinem festen Entschluss Ausdruck gibt, auch Hunde und Katzen zu bewaffnen, und wir schreien: „Welch ein barbarischer Wahn!"

Am Montag erfahren wir, dass ein verkleideter Mitbürger bis ins Innerste des Feindeslandes vorgedrungen ist, um uns irgend eine wichtige Aufklärung zu verschaffen. Wir denken uns: „Das ist echter Heldenmut!". Am Dienstag erbittert uns die Nachricht, dass mitten unter uns ein Feind gepackt wurde, der spionieren wollte, und wir sagen: „Gemeiner Spion!"

Unser Blut kocht am Mittwoch, weil wir von der schlechten Behandlung hören, die einer der Unsern in Feindesland erdulden musste. Am Donnerstag Abend nehmen wir den Bericht von der Zerstörung feindlichen Eigentums durch unsern Pöbel mit Befriedigung zur Kenntnis: „Was können Leute anderes erwarten, wenn sie zu dieser Nation gehören?"

Unsere Feinde singen einen Hassgesang, und wir verachten sie deshalb. Wir selbst hassen und schweigen. Aber wir fühlen uns ihnen sehr überlegen.

Sollten wir nicht lieber unsern Kampf ehrlich zu Ende kämpfen und auf diese Ironie verzichten?

Aus „Scribners Magazine".

Pädagogiſche Friedensbedingungen.

Von GUSTAV WYNEKEN.

Von den Faktoren, die die öffentliche Meinung und Geſinnung eines Volkes beeinfluſſen, iſt ſicher der wichtigſte die Preſſe. Und wir wiſſen ja alle, in wie hohem Maße ſie für den europäiſchen Krieg mitverantwortlich iſt. Es iſt darum begreiflich, daß man auf den Gedanken kommt, das Preßweſen irgend einer ſtaatlichen Kontrolle zu unterwerfen, die wenigſtens den Mißbrauch der Zeitung für privatkapitaliſtiſche Intereſſen unterbindet. Es würde das freilich der erſte Schritt zu einer Verſtaatlichung der Preſſe ſein, zu einer Umwandlung der Zeitung in eine öffentliche Inſtitution, und ich brauche die großen Bedenken, die dem entgegenſtehen (wie jeder Verengung der Ventile und Verkürzung der freien öffentlichen Meinungsäußerung) nicht aufzuführen. Dagegen gibt es eine der Preſſe verwandte Inſtitution zum Zweck der Beeinfluſſung der öffentlichen Meinung und Geſinnung, die an Bedeutung der Preſſe vergleichbar iſt, und die der Staat gegenwärtig noch mehr oder minder vollſtändig in der Hand hat.

Was für die Erwachſenen die Preſſe iſt, das iſt für die heranwachſende Generation die Schule. In ſeinem öffentlichen Erziehungsweſen beſitzt der Staat einen mächtigen Hebel zur Lenkung der öffentlichen Meinung, mindeſtens der kommenden Jahrzehnte. Und gerade jetzt, wo wir uns auf ein zukünftiges, ein neugeſtaltetes und hoffentlich neugeartetes Europa vorbereiten, erhält die Möglichkeit der Beeinfluſſung der kommenden Generation erhöhte Bedeutung.

Ich will hier nicht davon reden, was die Schule und die Erzieher, amtlich und halbamtlich, bisher zur politiſchen Geſinnungsbildung der ihnen Anvertrauten getan haben; daß in verſchiedenen der jetzt kriegführenden Staaten nationaliſtiſch-chauviniſtiſche, kriegsfreundliche Propaganda ſich (natürlich nicht durchweg, aber doch in ſchon ſehr bedenklichem Umfang) des Vehikels der öffentlichen Erziehung bedient hat, ſteht ja außer allem Zweifel. Da aber der Staat die Kontrolle des Erziehungsweſens hat, ſo läßt ſich hier, bei allgemeinem Einverſtändnis und gutem Willen, verhältnismäßig leicht eine Beſſerung herbeiführen.

Ich denke also an einen den künftigen Friedensverträgen einzufügenden Paragraphen, durch den sich die Staaten verpflichten, die Verherrlichung des Krieges als solchen und jede kriegerische Propaganda in ihrem öffentlichen Erziehungswesen zu verbieten, vielmehr immer auf die Schrecken des Krieges hinweisen und ihn als ein mit allen Kräften zu verhütendes Übel hinstellen zu lassen, desgleichen keinerlei Aufreizung zum Haß gegen ein anderes Volk zu dulden.

Eine solche Verpflichtung würde sich noch ganz im Rahmen des ethisch eigentlich Selbstverständlichen halten; sie würde noch durchaus nicht die Einführung einer pazifistischen oder gar „antimilitaristischen" Erziehung bedeuten. Von einer solchen kann gegenwärtig keine Rede sein. Im Gegenteil, der Staat müßte sich immer vorbehalten, zugleich die Forderung unbedingter Hingabe an den Kriegsdienst *für den Fall*, daß dennoch ein Krieg ausbrechen sollte, einzuprägen. Es soll keinerlei Erweichung und Erschlaffung des staatlichen Sinnes in der Jugend eintreten, sondern nur an einem bestimmten Punkt ein Fortschritt in der Ethisierung dieses Sinnes, und es soll eine Bürgschaft geschaffen werden gegen unberufene und unverantwortliche Benützung der öffentlichen Erziehung zu gefährlichen Treibereien.

Eine solche Regelung muß international sein, denn sonst kommt der ethische Staat gegenüber dem skrupellos politischen leicht ins Hintertreffen; dieser würde über eine fanatisierte und eventuell also psychisch kriegstüchtigere Jugend verfügen. Wenigstens würde die Gegenpartei so etwas befürchten und dann ihrerseits sich auch bald auf denselben Weg drängen lassen. Es ist also hier Gegenseitigkeit notwendig (etwa so, wie man eine internationale Regelung der sozialen Gesetzgebung gefordert hat, um den ethisch fortgeschrittenen Staat nicht durch den sozial rückständigen wirtschaftlich überflügeln zu lassen).

Diese Verpflichtung würde sich vielleicht noch mannigfach erweitern lassen, z. B. durch Ausdehnung auf die Jugendwehrübungen und -organisationen. Man mag solche Übungen als Vorbereitung auf den Heeresdienst für wünschenswert halten (obgleich selbst die militärischen Sachverständigen hierüber nicht einig sind) — jedenfalls aber dürfte sich dabei keinerlei Gesinnungsdrill, keinerlei Beeinflussung der politischen Meinung (die bei diesen Gelegenheiten natürlich nur in *einer* Richtung denkbar ist) eindrängen.

Ich bin mir wohl bewußt, daß die Einhaltung einer solchen Verpflichtung sich der Kontrolle entzieht; und es dürfte auch gerade sie

nicht zum Anlaß eines Streites zwischen den Völkern werden; es empfiehlt sich also vielleicht, sie nicht in den feierlichen Friedensvertrag einzugliedern, sondern sie durch eine nebenhergehende diplomatische Verabredung festzusetzen. Der Gewinn wäre eben doch, daß die Staaten sich auf eine bestimmte Gesinnung prinzipiell festgelegt hätten. Und möchte die internationale Verpflichtung hie und da von einzelnen Undisziplinierbaren durchbrochen werden — im ganzen würde sie doch, sozusagen durch das Ehrenwort der Nationen bekräftigt, auch einen praktischen Fortschritt bedeuten.

Allerlei.

Ein Berliner Staatsanwalt beantragte 1½ Jahre Gefängnis für Herrn Dr. Ernst Meyer, Redakteur des „Vorwärts", welcher durch zwei Broschüren „Wer hat die Schuld am Kriege" und „Annexionswahnsinn" zur „Gewalttätigkeit" und zum „Ungehorsam wider die Gesetze" aufgereizt habe. — Meyer wurde freigesprochen; nur wegen Verwendung falscher Namen für Drucker und Absender zu einer Ordnungsstrafe von einer Woche verurteilt, welche mit der Untersuchungshaft abgebüsst war. — Man freut sich über dieses schöne Urteil.

Liest man zu diesem Vorfall den Bericht in „L'Homme Enchaîné" (12. II), dann bekommt man eine Vorstellung, wie heutzutage das Publikum informiert wird: Ein Redakteur des „Vorwärts" verurteilt. Die Vossische Zeitung meldet, dass Dr. Ernst Meyer, Redakteur des Vorwärts, zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, wegen der Publikation zweier aufreizender Broschüren, betitelt: (Folgen die richtigen Titel).

* * *

Eine originelle Annonce eines Schweizer Geschäftshauses:

Franzose, Russe, Türke, Prüsse
Wänd nu no haue, steche, schüsse,
Von England bis zun Piramide
Mag keine meh der ander lide,
Lueg wie du witt, lueg wo du witt,
's fehlt überall — — de richtig Kitt.
Drum säg ich dir ganz ohni Spass:
De Sibler a der Storchegass
Bim Münsterhof, grad lingger Hand,
Hät usem Zürcher Oberland
Der allerbesti Schwizerkitt!
Der hebt, fast het i gseit, bim Eid
So fest wie d' Schwizer Einigkeit.
Es git e Tube für sechs Batze,
So viel chan jede z'säme chraze

Dokumente der Menschlichkeit.

In O. Borngräbers Weltfriedensdrama frägt das Kind, den aus dem Kriege heimkehrenden Vater: „Vater, wann wachsen Deine Hände wieder?" Das rührende Kinderwort erfährt eine tröstlichere Deutung angesichts der Tatsache, dass ärztliche Kunst und die Technik heute ihr Bestes geben, um für fehlende oder verstümmelte Gliedmassen Ersatz zu schaffen. Und es gelingt, die ihrer Hände oder Füsse oder der ganzen Arme und Beine beraubten Menschen selbständig zu machen für die Funktionen ihres täglichen Lebens, ja sie arbeitsfähig zu machen. Zu nützlichen, ihrer Nützlichkeit mit Genugtuung bewussten Menschen. Es ist, als ob ihnen nach des Kindes angstvoller Frage die verlorenen Hände wieder wachsen könnten.

In Berlin hat das Reichsamt des Innern eine Ausstellung solcher Ersatzglieder und Arbeitshilfen veranstaltet. Erwähnenswert sind die für Invaliden besonders gebauten Zweiräder, Drehbänke und Schreibmaschinen und die Apparate, welche ihnen das Lochen von Fahrscheinen und damit die Verwendung im Bahndienst ermöglichen.

* * *

Ein junger Arzt erzählt in der Revue de Paris von der Einrichtung einer Lehrwerkstätte für Kriegsbeschädigte in Lyon. Er weiss von bureaukratischen Hindernissen zu berichten, vom Misstrauen der verstümmelten Soldaten, vom Achselzucken der Berufshandwerker. Dr. Jean Breton bringt Geduld und Enthusiasmus für seine Aufgabe mit. Es gelingt ihm auch, ein paar Soldaten heranzubekommen, doch dazu muss er sie aufsuchen, muss ihnen zureden und für seine wohltätige Aufgabe Werbedienste tun. So spricht er einmal vor einer ganzen Gemeinde solcher Kriegsopfer, welche versammelt wurden, um ihre künstlichen Glieder von staatswegen in Empfang zu nehmen: „Welch beklemmender Anblick! Kein Schaustück aus Friedenszeit hat die Phantasie auf einen solchen Aufzug vorbereitet. Der Lahme erscheint sonst vereinzelt. Hier ist er Legion. Und der vollständige Mann schämt sich fast seiner selbst. Man hat die beengende Vision, plötzlich vor einer neuen Rasse zu stehen. Unsymmetrisch und hinkend. Eine armselige Menschenrasse, die der Krieg geboren hat." Schliesslich sind die ersten Zöglinge fleissig bei der Arbeit. Die Zögernden, die Zweifler kommen ihr Werk betrachten. Sie überzeugen sich, sie gewinnen Zutrauen und machen mit. Der Lustigmacher stellt sich ein und die Lahmen und Einarmigen sind unter sich und vergessen ihr Schicksal und das Traurigsein. Hier sind

sie sicher vor neugierigen und vor mitleidigen Blicken. Sie fühlen sich gleichwertig und wissen sich bei nützlicher Arbeit, die zudem das schmale Jahrgeld kräftig zu überrunden verspricht. — Allerdings, da die ersten gelernten Gesellen ins praktische Handwerk hinaus sollen, da gibt es neue Schiwerigkeiten. Es heisst, die Zöglinge unterbringen, ihnen Verdienst sichern, sie gegen Ausbeutung schützen. Jean Breton scheint da der Mann am richtigen Platz zu sein

* * *

Romain Rolland veröffentlicht in der „Semaine Littéraire" den Brief eines französischen Offiziers von der Front. Dieser gibt der Überzeugung Ausdruck, dass die Kämpfer von heute, und auch die tapfersten unter ihnen, die zuverlässigsten Friedensfreunde von Morgen sein werden. Er bestreitet entschieden, dass der Krieg vermocht hat, die Menschen zu neuen Eigenschaften zu steigern. „Und wer darüber staunt, dass jetzt so viele Millionen Menschen bescheiden und heldenmütig ausharren, wer das dem Krieg als Folge zuschreiben will, der hat das Frankreich von gestern nicht gekannt und irrt sich über das Frankreich von morgen." Die Menschen sind geblieben was sie waren und sie halten durch, in der Hoffnung, dass es nicht wieder Krieg geben wird und dass es ihren Kindern erspart bleibe, seine Schrecken kennen zu lernen.

* * *

Unzählige Vorkommnisse bekunden, dass der Soldat gefangene oder verwundete Gegner als Kameraden ansieht. Die gleichen Fälle wiederholen sich an allen Fronten und mit der Note der Barmherzigkeit für alle Nationen.

Notre Petite Feuille, Rivaz, erzählt von einem sterbenden Deutschen, der zwei schmachtende verwundete Franzosen mit dem Aufgebot letzter Kräfte zu sich heranwinkt, damit sie seine Feldflasche nehmen. Sie glauben erst, dass er selbst gelabt sein will, doch er hat den Trunk ihnen zugedacht.

La Coopération Bâle, 14. Jänner 1916. Ein russischer Soldat muss einrücken. Auf dem Wege begegnet er einem deutschen Gefangenen, der ins Innere des Landes transportiert wird. Er geht auf ihn zu und drückt ihm Geld in die Hand. „Da nimm!" sagt er, „ich gehe sterben, ich brauche es nicht. Dir wird es von Nutzen sein."

Der Tod ihres geliebten Leutnants hatte den französischen Korporal und seine Leute rachsüchtig gemacht. Der erste Deutsche, der ihnen unterkam, sollte es zu entgelten haben. Und den gleichen Abend in einer Scheune fallen ihnen zwei Feldgraue in die Hände. Sie stürzen auf sie los und — da die Deutschen sehr hungrig waren — gaben sie ihnen zu essen.

* * *

Der Labour Leader vom 23. Dezember veröffentlicht den Brief einer Dame, welche sich über die deutsche Hilfstätigkeit in Belgien äussert. Die Dame hatte besonders die Mission unternommen, belgische und französische Kinder ihren, des Krieges halber im Ausland lebenden Eltern zuzuführen und die Erlaubnis hiefür zu erlangen. Sie schreibt: „Die ganze Unternehmung wird mir als angenehmste Friedenserinnerung dieses Krieges verbleiben. Es war mir eine besondere Freude und eine Wohltat zu sehen und persönlich zu erfahren, nach wie vielen Richtungen und mit wie ehrlich gutem Willen der General-Gouverneur sich bemüht, persönliches Leid zu mildern und wie er für die Kinder sorgt, welche von ihren Eltern getrennt sind."

* * *

Das gleiche Blatt weiss von einem kleinem Mädchen zu berichten, welches ein englischer Soldat im Vormarsch aufgelesen hatte. Sie wurde im Schützengraben schnell zum allgemeinen Liebling. Das Kind kam auf seinen verspielten Wegen eines Tages auf das freie Feld, wo es Kugeln regnet. Die Deutschen bemerkten es, riefen es zu sich und beshenkten es mit Süssigkeiten. So ging sie zwischen Engländern und Deutschen hin und her, die kleine Französin von La Bassée. Nach dem seither gefallenen Soldaten Philip Impey, der sich ihrer zuerst angenommen hatte, wurde sie Phillis Impey benannt.

(*Labour Leader* vom 9. März.)

* * *

Ein Brief an das Zürcher Bureau für die Aufsuchung Vermisster: „Wie wir aus Ihrer werten Mitteilung ersehen, ist nach Angabe des Kanoniers S... nun keine Hoffnung mehr vorhanden, dass der Vermisste W... M... noch am Leben ist. Für Ihre freundlichen Worte des Mitempfindens sage ich Ihnen meinen besten Dank. Meine Schwester, die nun ihren einzigen Sohn verloren hat, wird Ihnen noch selbst danken, sobald sie sich etwas gefasst hat. — Wenn auch die letzte Nachricht das Schlimmste bestätigt, wie wohltätig ist nun doch die Erlösung aus der monatelangen Ungewissheit. Ohne Ihre menschenfreundliche Tätigkeit würden wir noch weiter hoffen und bangen, um nachher doppeltes Leid erfahren zu müssen. Und wie vielen Mitmenschen erweisen Sie die gleiche Liebestat; möchte Ihnen Gleiches mit Gleichem vergolten werden!' (Folgt die Unterschrift und eine freiwillige Spende.)

* * *

Die französische Zeitung des deutschen Okkupationsgebietes in Frankreich La Gazette des Ardennes bringt in jeder Nummer Namen und Aufenthaltsort von etwa 400 französischen Kriegsgefangenen. Es ist das meist die einzige Möglichkeit für die Angehörigen dieser Gefangenen, von ihnen zu vernehmen und sich mit ihnen in Verbindung zu setzen. So sichert sich die Zeitung in den Reihen des Gegners einen dankbaren Leserkreis.

"The Wooden City" in englischer Sprache, dann "Le Camp de Göttingen" und die „Goettingen Revue" in französischer Sprache sind Beispiele für die von den Kriegsgefangenen in Deutschland selbst redigierten, hübsch ausgestatteten Zeitschriften von recht unterhaltlichem Lesestoff. Ausführliche Kritiken über stattgehabte Konzerte im Gefangenenlager und Berichte über sportliche Veranstaltungen daselbst wechseln ab mit feuilletonistischen Beiträgen und Gedichten, wobei den Mitarbeitern und Lesern willkommene Anregung entsteht.

* * *

Freiherr von Ompteda schreibt in der Woche über Sächsische Gefangenenlager: ... Fremdländische, graugelbe Gestalten, Russen. Die Leute machen behäbig zufriedene Gesicht ter, froh, dem Schlachtentod entronnen zu sein. Und zwei deutsche Landstürmer schauen trotz aufgepflanztem Seitengewehr nicht eben drein, als würden sie den Feinden etwas vergelten .... Alle Spielarten menschlichen Wesens leben unter diesen Hunderten. Da sehen einzelne nach einem Jahr Gefangenschaft noch aus, als kämen sie eben vom Schneider, andere wieder haben Krieg und Zeit Abgabe bezahlt an Rock und Kleid. Einer, von dem man erzählt, er sei so reich, dass er sie alle aus eigener Tasche kleiden könnte, fühlt Märthyrerlust, indem er daherschreitet in gebleichtem, abgeschabtem und geflicktem Rock, mit wildem Haar und Bart. Soll er für den Feind sich schmücken? Muss das Leid der Gefangenschaft nicht auch von den Gewändern triefen? ..... Um die Zeit zu erwürgen, die endlosen Tage und Wochen, das Leid, das am härtesten auf jedem lastet, der seiner Freiheit beraubt ist, haben sie sich tausend Dinge erdacht. So wurde das Wohnzimmer zum Arbeitsraum, Künste wurden hervorgesucht, in der Jugend einst geübt und längst vergessen. Die Laubsäge knirscht, das Messer des Schnitzers holt Spähne aus dem Holz, eingelegte Arbeiten verraten fast Meisterschaft. Für die Bücherei sind fleissige Hände dabei, Hände, die sonst nie derartiges geübt, die Schriften zu binden. Künstleraugen haben auf Leinwand und Papier Kameraden festgehalten. Manche Blätter zeigen fremde Bauweisen, fremde Pflanzenwelt, eine ferne Landschaft; des Zeichners Gedanken irrten heim. Wer irgend einer Wissenschaft Herr ist, lehrt sie die Kameraden. Man lernt Sprachen, Stenographie, Mathematik; Werte für ein späteres freies Leben.

* * *

„La Semaine Littéraire" erzählt von einem Franzosen, der in den Schützengräben Nordfrankreichs stand und einen mehrtägigen Urlanb ansuchte, um in Paris zu promovieren. Seine Dissertation beschäftigt sich mit Jean Jaques Rousseau und dessen Stellungnahme zur Religion. Sie stand zum Teil im Satz, als der Krieg ausbrach. Es schien dem Doktoranden richtiger, nicht eine ungewisse Friedenszeit abzuwarten, nm seine Arbeit

zu vollenden. In den Kampfpausen des Stellungskrieges korrigierte er an seinen Druckbogen, während die Soldaten gleichfalls zu friedlichen Künsten zurückkehrten, um sich die Zeit zu vertreiben. Jene schufen aus Geschossmänteln Schmuckstücke, seine „bague de souvenir“ wird die Doktorarbeit sein. (18. März).

* * *

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bringt aus Lyon einen Bericht über: „l'Oeuvre du paquet du prisonnier“. Von diesem Unternehmen werden ganze Berge von Lebensmittelpaketen für die Kriegsgefangenen in Deutschland gesammelt und abgesandt. Sie enthalten im Rahmen des vorgeschriebenen Gewichts von 5 Kg.: 1 kg Brot, 1 kg Biscuit, je 1 Büchse Gemüse, Fleisch, Confituren, eine Tafel Schokolade, ein Stück Seife und ein Taschentuch. Die Kleider und Wäsche werden jeweilen in besonderen Sendungen vereinigt: die Menge an Tricots, Cachenez, Strümpfen, Hemden, soliden Sammthosen, die für den Winter bereitgestellt waren, spottet jeglicher Vorstellung. Aber auch Kugeln für das Bocciaspiel, Spielkarten und selbst der Lyoner Guignol werden den Gefangenen mitgesandt, um ihnen über die Öde des Lagerlebens hinwegzuhelfen. Gegen 40,000 Pakete haben bereits ihre Bestimmung gefunden und meist vergessenen Söhnen Frankreichs den Gruss der Heimat überbracht.

* * *

The People's Relief Committee in New York macht es sich zur Aufgabe, den jüdischen Märtyrern des Weltkriegs helfend beizustehen. Eine Reihe von Persönlichkeiten und Korporationen, Männer und Frauen, hat sich der guten Sache mit Eifer angenommen und ist bemüht, auf jede erdenkliche Art Geld zu sammeln. Die grösste Werbekraft liegt wohl in der Bekanntmachung der tatsächlichen Ereignisse.*) Es ist eine teuflische Grausamkeit und verzweifelte Kurzsicht, mit der die Regierung des Zaren die eigenen Landesangehörigen behandelt. Familien, deren Männer im Kampfe stehen und sich dabei vielfach Auszeichnung verdient haben, Familien, welche reiche Summen spenden, werden über Nacht heimatlos erklärt, aus Haus und Besitz verjagt, ihr Heim geplündert und zertrampelt und die gepflegte Weiblichkeit stinkenden Kosakentieren hingeworfen. Eine halbe Million dieser Unglücklichen wurde aus friedlichen Bürgern, mächtigen Handelsherren, stillen Gelehrten und dem Schwarm der Arbeiter und Kleinhändler zu einer unselig irrenden Bettlermenge gestampft. Verfrachtet wie Vieh, über endlose Strassen getrieben, durch Kälte und Hunger, ohne Schonung für Greise und Kranke, für gebärende Mütter und ihre jüngste Last. Und zur Misshandlung jeder Art fügt man die Schmach und be-

---

*) Les persecutions des juifs en Russie, Berne, 1915. Editeur Carl Moor.

schuldigt, ohne einen erwiesenen Einzelfall, die ganze jüdische Bevölkerung, deren Männer für Russland kämpfen, des Verrats am Vaterland. Fünfhunderttausend Verräter? Fünfhunderttausend Opfer! Präsident und Senat der Vereinigten Staaten haben nun beschlossen, in ganz Amerika einen Judenhilfstag zugunsten der russisch-jüdischen Opfer des Weltkriegs abzuhalten.

* * *

Aus den „Etudes de la Cie des Pères Jésuites": Wenn ein verwundeter Franzose bei den Deutschen eingebracht wurde, legte man ihn zu den kaiserlichen Soldaten. Die Pflege, die er erhielt, die Nahrung und Behandlung war die gleiche. Niemals sah ich durch die Offiziere, Pfleger oder Krankenschwestern in der Behandlung unserer und ihrer Verwundeten den kleinsten Unterschied machen. —

Ein junger Major aus Westphalen lief stets nach dem Gefecht auf die französischen Verwundeten zu und suchte sie über ihr Schicksal zu beruhigen. Er drückte ihnen die Hände und rief: Kamerad! Kamerad! pas peur!

In einem einzelstehenden Bauernhaus lag die junge Frau in Wehen. Um sie her die Schrecken des Krieges und weit und breit kein Arzt. Drei deutsche Soldaten hatten das Haus zu bewachen und von Franctireurs frei zu halten. Hin und wieder ein Kugelwechsel. Da wagt sich einer der deutschen Soldaten vor das Tor. Bald kehrt er wieder und hat seinen Major mitgebracht. Und es zeigt sich, dass der Herr Major auch Arzt ist. Er nimmt Helm und Mantel ab, beruhigt die über alles erschreckte Frau in gutem Französisch und schickt sich an, bei der Geburt Hilfe zu leisten. „Si garçon, mon prénom! Si fille, ma bague!" Und er zeigt einen Goldreif an seinem Finger. — Es war ein Mädchen und so legt der Major seinen schönen Ring auf den Tisch. „Dann, mit der Hand grüssend, nahm er seinen Helm und in aller Ruhe, wie er gekommen war, ging er wieder in die Schlacht."

* * *

Die Neue Zürcher Zeitung schreibt zur Ankunft der ersten kranken Krieger in Davos:

Schon ein paar Tage sind die Feldgrauen bei uns und alles geht famos. Nicht der kleinste Zwischenfall hat sich ereignet, auch die Engländer, die Franzosen und die Belgier sehen nur die armen, kranken Mitbrüder in unseren neuen Gästen. — Einem hatte beim Empfang ein fünfjähriges Bübchen Blumen hingestreckt. „Nein, die will ich nicht! Aber gib mir die Hand, du Kleiner. Daheim habe ich einen Jungen wie du, den habe ich seit sechzehn Monaten nicht mehr gesehen." — In einem Hotel hatten am ersten Tag nicht alle Einquartierten gebadet werden können. Die waren nun beinahe nicht in die Betten zu kriegen. „Nein, wir legen uns dann morgen hinein. Die eine Nacht mehr auf der Erde, was tut's?" Und endlich erklärt ein scheuer, bartloser Artillerist: „Nein, dass nun alles wirklich so ist und nicht einfach

wieder vergeht, das kann ich noch immer nicht glauben." Und wer sein Vertrauen gewinnt, vernimmt seine qualvolle Gefangenen- und Krankheitsgeschichte. —

Indes ist die Davoser Sonne an der Arbeit, und der Erfolg an diesem jungen Material wird nicht ausbleiben. Aber die Hauptsache ist, dass dieser ersten Schar von hundert Bevorzugten bald die neunhundert nächsten des ersten Kontingents folgen, und diesem ersten Tausend bald weitere Tausende. Die Schweiz ist ein gastliches Haus mit vielen Wohnungen, die allen offenstehen.

* * *

P. J. Jouve, ein französischer Schriftsteller hat lange an der Front gestanden und ist jetzt zur Herstellung seiner Gesundheit in Montana. Dort schrieb er ein Buch: „Ihr seid Menschen!" „Vous êtes des hommes". (Nouvelle Revue Française, 1915).

Wir zitieren aus seinem Lied vom Mitlied:

Mein erstes Mitleid gehört den Soldaten, den Handlangern des Todes.
Denen, welche töten, ohne zu sehn, tagelang, nächtelang.
Und den anderen, welche den Mann, den sie töten, zu ihren Füssen sehn.
So genau seh'n, dass sie seine letzten Zuckungen miterleben müssen,
Sein Starrwerden, seinen Zusammenbruch, seine erschreckende Ohnmacht,
Seine Gedanken sogar — an das Leben und die Seinen, die ihm verloren sind.
Er war grausam! Was tut das? Da stirbt er . . . .
Ich habe Mitleid mit dem, der noch einmal
Seinem tapfern Leib abverlangt, was er zu geben nicht vermag,
Mit dem, welcher die Erschöpfung fühlt und den letzten Verzicht
Im Regen, der ihm bis ins Herz schauert, und eingegraben bis zur Seele.
Mit dem, der sich selbst langsam vermodern weiss.
Ich habe Mitleid mit den Franzosen und den Engländern, welche leiden,
Und mit den Deutschen und Russen, welche leiden,
Ich sehe sie mit denselben Augen — es sind dieselben,
Sie sterben zur selben Stunde. Mitleid für sie!

Felix Beran.

□□□

Im längsten Frieden spricht der Mensch nicht soviel Unsinn und Unwahrheit als im kürzesten Krieg.

Jean Paul. Friedenspredigt in Deutschland 1908.

Aus Büchern und Flugschriften.

„Einem dauernden Verständnis entgegen„ (Towards a lasting Settlement) von C. R. Buxton, G. L. Dickinson und anderen. London, Allen & Unwin, 1915, 1916. 216 S.

Es ist das eine Erörterung verschiedener Fragen, welche unvermeidlich bei Kriegsende erstehen werden. Das Buch masst sich nicht an, letzte Lösungen zu bieten, aber es setzt sich zum Ziele, das eigene Denken der Leser anzuregen und so an einer öffentlichen Meinung zu bauen, welche fähig ist, Probleme zu beurteilen und zu lösen, die mit Dauerfrieden, Selbstregierung und Frauenrecht zusammenhängen. Eine ausgezeichnete, starke Arbeit von Anfang bis Ende.

Im ersten Kapitel bringt Dickinson einen sehr klaren Überblick über die englische und deutsche Stellungnahme vor der Kriegserklärung. Er zitiert und unterstützt Baron Griendls Ansicht, dass die Bildung der Triple Entente in Deutschlands Augen den Dreibund und den europäischen Frieden bedrohte. Er zeigt, wie und warum jedes Volk das andere der Falschheit verdächtigte und er weist auf die Tatsache hin, dass gerüstete Länder eine dauernde Bedrohung des Friedens bedeuten. Gegenseitige Zugeständnisse und die „offene Türe" bilden die Basis des Internationalismus. Dieser wendet sich nicht gegen das Gefühl „Wir gehören uns selbst" sondern gegen dessen Umkehrung „Wir gehören nicht zu Euch". Das Ziel der Zukunft muss Zwischenabhängigkeit und nicht Unabhängigkeit sein. Er schliesst so: „Was führt zum Frieden? Nicht Religion noch Wissenschaft, Gelehrsamkeit oder Erziehung. Alle diese dienen dem Krieg ebensowohl als dem Frieden. Es gibt nur eines, das für den Frieden arbeitet, das ist menschliche Vernunft, welche auch menschliche Nächstenliebe ist. Mit diesem weissen Schwert allein können wir siegen."

C. R. Buxton's Beitrag, ein Kapitel über das „Nationalitätsprinzip" (Principle of Nationality) würde die internationale Mentalität stärker ansprechen, wenn nicht aus sehr unzureichenden Gründen Irland, Indien und Ägypten ganz aus dem Spiel gelassen würden. Das ganze Kapitel ist mehr eine Feststellung der gegenwärtigen Anwendung des Prinzips wie sie von den verschiedenen Regierungen geübt wird, und eine Voraussage von dem Wenigen das der Vierverband dafür tun will — als eine Anregung, wie das Nationalitätsprinzip am besten durchzuführen wäre.

H. Sidebotham's „Freiheit der Meere" (Freedom of the Seas) beginnt mit einer Rechtfertigung der wirtschaftlichen Einschnürung Deutschlands durch England. Deutschland habe sich durch sein wahlloses Minenlegen und seine Unterseeblockade diese Massnahme selbst zuzuschreiben. Die Alliierten

hatten sich zu der nicht ratifizierten Londoner Erklärung bekannt, mit der Abänderung, dass es dem Feind nicht gestattet sein solle, Kriegskontrebande über neutrale Häfen einzuführen. Eine Blockade Deutschlands wäre also unwirksam gewesen ohne die nicht durchführbare Blockade Hollands. Der Verfasser missbilligt aufs schärfste Herrn Asquiths eigenmächtigen Plan, die englischen Beschlagnahmen durch gesetzliche Feinheiten nicht stören zu lassen. Er ist der Ansicht, dass, wenn Deutschland nicht in den Vereinigten Staaten durch törichte Unmenschlichkeit sich selbst geschadet hätte, die Beziehungen zwischen England und den Staaten sehr gespannte geworden wären. Amerika war ein scharfer Gegner von Englands „Navalismus". Ein Vergleich wird gezogen zwischen deutschem Militarismus und Englands vorgeblichem Recht auf eine Seemacht, welche jeder andern zweifach überlegen sein muss; beides sind dauernde Friedensbedrohungen. Warum soll die Plünderung auf dem Festland ein Verbrechen sein und die Plünderung auf dem Meer ein gesetzliches Vorgehen? Wenn es unser Ziel ist, Europa vom deutschen Militarismus zu befreien, so müssen wir uns logischerweise bereit erklären, auch unsern Navalismus aufzugeben. Es ist das eine unerlässliche Bedingung für engere Freundschaftsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Dieses gesunde aber britische „neutrale" Kapitel sollte man in Verbindung mit einem Artikel lesen, den ein deutscher „Neutraler" zum selben Thema schreiben würde. Der Autor hat einen internationalen Kuchen gebacken, dem er gerade genug nationalen Sauerteig zugesetzt hat, um den Kuchen für einen englischen Magen leicht geniessbar zu machen. Wir nehmen an, das sei seine Absicht gewesen.

J. A. Hobson's „Offene Türe" (Open Door) bringt die alten Beweisgründe zugunsten des Freihandels, gestützt auf Cobden's Lehre, dass die beiderseitigen Gewinne am freien Warenaustausch eine echte Friedensgarantie bilden. Deutschland, der Spätkommer, fand sich in der neuen Welt und in den Tropen überholt. Es besass keine eigenen Absatzgebiete und fürchtete, dass England seinen offenen Markt schliessen werde und durch diese Furcht wurde es zu einem herausfordernden Militarismus gedrängt. Der Autor sucht den weit verbreiteten Irrtum zu zerstören, dass Kolonien dem Mutterlande grosse kommerzielle Vorteile zuführen. Der Preis für Englands Imperium, wenn man die Kosten der Erwerbung, Erhaltung und Verteidigung in Betracht zieht, ist ein so hoher, dass er in keinem Verhältnis steht zu dem Zuwachs, welchen in Gegenwart oder Zukunft der Volksreichtum dadurch erfährt. — „Wer, wie wir, mehrere Jahre in Kolonien zugebracht hat, dem ist diese Theorie nicht neu. Der Kampf um vergrösserten Landbesitz hat uns immer mit Staunen erfüllt. Um ein einziges Beispiel zu erwähnen, die Erschliessung Südafrikas für den Handel aller Völker hat in Pfund, Schilling und Pence und an Menscehn

leben weit mehr gekostet, als wir je für uns selbst daraus zurückgewinnen werden. Jedes andere Volk hat von der Aufhebung der Beschränkungen in der Burenpolitik den gleichen Nutzen wie wir.“ Nach Hobson's Ansicht hängt der Weltfrieden davon ab, dass man unentwickelte Länder vor einer Politik der Ausplünderung bewahrt und allen vorgeschrittenen Nationen an der Entwicklung der natürlichen Hilfsmittel und des Handels rückständiger Länder den gleichen Anteil sichert. Diese beiden Bedingungen können erfüllt werden, wenn man die Türe weit offen hält.

Irene Cooper Willis zieht eine Parallele zwischen Englands gegenwärtigem Kampf gegen Deutschland und seinem Krieg mit Frankreich vom Jahre 1793. Deutschlands Verbrechen bei der Vergewaltigung Belgiens wird auf ein Unrecht (misdemeanour) verkleinert und England angeklagt, an der Provozierung beider Kriege seinen vollen Anteil gehabt zu haben. Wir sehen nicht, was wir diesem Artikel entnehmen könnten, das uns einem dauernden Frieden näher brächte. Er fordert vielmehr dazu auf, jedem Friedensvertrag rasch zuzustimmen, mit der Begründung, dass ein halber Leib Brot besser sei als kein Brot.

A. Maude Royden wendet sich an die Frauen als die Erhalterinnen der Rasse, damit sie den Krieg als das schlimmste aller Übel erkennen. — Die Frauen in ganz Europa haben den Krieg als unvermeidliches Unglück ertragen. Die physische Kraft als Argument hat im Prussianismus Ausdruck gefunden, wie in der Doktrin der Gegner des Frauenstimmrechts, und die Welt soll von der rohen Gewalt beherrscht werden. Der Militarismus wächst und schwindet im umgekehrten Verhältnis zur Frauenbewegung. Eine deutsche Stimmrechtlerin sagt: „Sie wissen nicht, was es heissen will, als Frau in einem Land zu leben, welches sein Dasein ganz auf einen erfolgreichen Krieg aufgebaut hat.“

So ist in Schweden, Norwegen und Amerika die Stellung der Frau in rascher Verbesserung begriffen. „Frauen können der Welt keinen grösseren Dienst erweisen, als wenn sie den gesunden Zweifel daran, dass man Ideale mit Gewalt einsetzen kann, vermehren, nachdem die Geschichte der religiösen Verfolgung diesen Zweifel begründet hat ... Wenn die sittliche Kraft der wahre Grundstein menschlicher Beziehungen ist, dann baut die Frauenbewegung auf guter Basis und geht ihrem unvermeidlichen Sieg entgegen. Ihr Sieg wird ein Element bilden zur Herstellung des dauernden Friedens. Nicht deshalb, weil Frauen dem Kriegsfieber weniger ausgesetzt sind als Männer, oder weil sie mehr als jene sich sträuben, den hohen Preis für den Krieg zu zahlen, sondern deshalb, weil ihre Forderung und deren Erfüllung die Bestätigung dessen in sich schliesst, was der Krieg dauernd verneint.“

H. N. Brailsford hofft auf eine europäische Organisation, welche grosse internationale Veränderungen ohne Krieg

möglich macht. Anders kann ein Frieden nicht von Dauer sein. Der Autor erörtert Sir Eduard Grey's Vorschlag eines Vermittlungs- oder Schiedsrates mit seinen Vorzügen. 1. Der Gewinn einer Verzögerungsfrist, welche der öffentlichen Meinung, wenn dieselbe friedlich ist, Zeit gibt, einzugreifen. 2. Die Ausarbeitung eines unparteiischen Verständigungsvorschlages bei jedem Streitfall. 3. Die Aufstellung eines klaren sachlichen Tatbestandes, nach welchem die Bürger einer kriegslustigen Macht beurteilen können, ob ihre Regierung herausfordernd handelt. 4. Die Isolierung eines Angreifers durch den Abfall seiner Verbündeten. Der Verfasser zeigt dann die Gefahren dieses Vorschlages. Während der Verzögerungsfrist würde jede Macht Munitionen anhäufen, Truppen vorbereiten und strategische Eisenbahnen bauen. Dagegen müssten Vorkehrungen getroffen werden. Der Erfolg des Schiedsrates würde von seiner Fähigkeit abhängen, jede Frage nach ihrer Wichtigkeit und sachlich zu beurteilen. Wenn man weiss, wie Kongresse heutzutage gemacht werden, scheint das schwierig. Keine Gewalt würde zugeben, von einer Majorität überstimmt zu werden, wenn sich diese aus rivalisierenden Mächten zusammensetzt, die ihre eigenen besonderen Zwecke verfolgen. Eine zweite vorgeschlagene Lösung wäre ein europäisches Parlament, dessen Diskussionen wir mit der Zeit so ansehen würden, wie die Gegensätze unserer inneren Politik, nämlich als einen Beweis dafür, dass wir am Leben sind und uns unserer Umgebung anpassen. Alle Einwürfe gegen ein internationales Parlament werden gründlich behandelt und die meisten gut widerlegt. Es ist unmöglich, einen kurzen Auszug aus diesem Kapitel zu geben, welches keine überflüssige Zeile enthält. Eine ausgezeichnete und überaus anregende Behandlung der festen Struktur eines Staatenbundes.

Philip Snowden nennt sein Kapitel „Demokratie und Öffentlichkeit in auswärtigen Angelegenheiten" (Democracy and Publicity in Foreign Affairs) und kritisiert die selbstherrliche Methode, welche bei der Führung auswärtiger Geschäfte geübt wird. Er verweist auf den Krieg, welcher in der marokkanischen Angelegenheit England und Deutschland bedroht hat und sagt uns, dass die Verträge, welche damals unterschrieben und veröffentlicht wurden, in direktem Widerspruch standen zu geheimen Abmachungen, in welchen sich die Signatäre zu einer Angriffspolitik verpflichtet haben. Er rät zur Einsetzung von Komitees für Auswärtige Angelegenheiten. Diese hatte man zuerst den Königen überlassen, dann den Adeligen und zuletzt den Geldmachthabern. Sie alle haben schmählich versagt, es ist nun Zeit, dem Volk zu vertrauen.

Diese wertvolle Sammlung von Artikeln schliesst mit einem Kapitel aus der beredten Feder unserer geschätzten Mitarbeiterin Vernon Lee über „Das demokratische Prinzip und die zwischenstaatlichen Beziehungen" (The Democratic Principle and International Relations). Das

Recht des Volkes auf Selbstregierung wird ausführlich erklärt und der Hoffnung Ausdruck gegeben. dass Elsass-Lothringen nicht ohne Volksabstimmung wieder an Frankreich fallen würde. Die wirkliche Wesenheit des demokratischen Prinzips besteht darin, Menschen und Frauen als willenbegabte Personen und nicht als willenlose Tiere anzusehen. Demokratischer Fortschritt könnte definiert werden als das, was der Sittenregel „Tue andern wie Du willst, dass man Dir tut" eine stetig wachsende Bekräftigung und so eine selbstverständliche Anwendung sichert ... Selbstbestimmung wird mit sich bringen, dass das demokratische Prinzip das andere Prinzip — wenn man da überhaupt von einem Prinzip sprechen kann — verdrängt, dessen krasseste und veraltetste Verkörperung wir gegenwärtig miterleben: Jede einzelne Nation versucht den gesicherten Frieden durch Gewalt herzustellen und die Freiheit durch rohen Zwang zu verteidigen, um die ökonomischen und sittlichen Segnungen des Friedens durch den ökonomischen Ruin und die moralischen Verwüstungen des Kriegs zu erreichen.

P. A. H. Muschamp.

A Way to prevent War. (Wie ist der Krieg zu verhüten?) Appeal to Reason by Allan L. Benson, Girard, Kan.

Der Amerikaner Benson hat die gleichen Ziele wie die „Union of Democratic Control". Er will hindern, dass die Entscheidung von Krieg und Frieden bei den Wenigen liegt, bei Herrschern, Fabrikanten, Kapitalisten. Er will das auch gleich praktisch verwirklichen mit einer allgemeinen direkten Abstimmung über Krieg und Frieden. Die Majorität entscheidet und wer für den Krieg stimmt, dessen Unterschrift verpflichtet ihn gleichzeitig zum Felddienst. Leere Stimmzettel gelten als Nein, doch wenn es zum Kriege kommt, verpflichten sie gleichfalls zum Dienst. Auch die Frauen sollen stimmen und auch sie, wer für den Krieg stimmt, Dienst tun wie die Männer.

Nur auf Grund einer ernstlichen Kriegshandlung des Gegners, eines wirklichen organisierten Angriffs, darf die Regierung die Verteidigung mit der Waffe selbst anordnen. Doch auch dieser Möglichkeit soll vorgebeugt werden, indem ein strenges Gesetz befiehlt, dass diplomatische Mitteilungen jeder Art sofort veröffentlicht werden müssen. Bei Androhung strenger Strafe für jede Unterlassung oder Verzögerung. So könnte das Volk wissen, was sich vorbereitet und könnte die Handlungsweise seiner Regierungsorgane beaufsichtigen, wenn nötig eingreifen und würde nicht vor plötzliche unerwartete Tatsachen gestellt.

Von Sozialismus und Frauenstimmrecht erwartet der Verfasser Hilfe und Mitarbeit für sein Programm. Und von dieser Hilfe und Mitarbeit erwartet er ein wachsendes Verständnis der Allgemeinheit für Sozialismus und Frauenstimmrecht.

Für die Vereinigten Staaten, das eigene Land, hofft Benson zuerst auf die Verwirklichung seiner Reformen und ein Zurückgehen der imperialistischen Politik die sich dort regen will. So steht auf seinem Wunschzettel, dass Uncle Sam die

Philippinen als kostspieliges Besitztum und wahrscheinlichen Anlass künftiger Konflikte ihrem eigenen Schicksal überlassen soll. Die Philippinen und was sonst die Vereinigten Staaten an fernem Inselbesitz haben. Allan Benson hat bereits eine Verfassungsänderung im Sinne seiner Idee beantragt. *F. B-n.*

Theodor Niemeyer. *Zur Vorgeschichte des internationalen Privatrechts im deutschen bürgerlichen Gesetzbuch.* (Veröffentlichungen des Seminars für internationales Recht an der Universität Kiel, Heft 1) München und Leipzig 1915, Dunker & Humblot. 10 M.

Der Band enthält die Gesetzentwürfe nebst Motiven, die der Kommission für das deutsche bürgerliche Gesetzbuch in den Jahren 1881 und 1887 vorgelegt wurdeu und die den badischen Ministerialrat Gebhard zum Verfasser hatten. Dieselben sind daher auch als die „Gebhardschen Materalien“ bezeichnet worden und waren der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt, da sie seinerzeit nicht zur Annahme gelangt sind. Wenn die Entwürfe aber auch praktisch nicht zur Geltung gelangten, so haben sie doch, wie der Herausgeber Niemeyer richtig bemerkt, ihren geistigen Wert, der unabhängig von dem äusseren Erfolg ist. Es ist daher zweifellos sehr verdienstvoll, dass man diese Gesetzentwürfe endlich der Vergessenheit entrissen und das Material für das wissenschaftliche Studium und für künftige Gesetzgebungsarbeit allgemein zugänglich gemacht hat. Man wird die bisherige Lücke in der Kenntnis der verschiedenen Phasen, die schliesslich zu dem heutigen Gesetzeszustand geführt haben, die im Einführungsgesetz zum B. G. B. zum Ausdruck gelangt, aber auch um so lieber ausgefüllt sehen, als die Schwankung, die seinerzeit in der Gesetzgebungspolitik vorgenommen wurde, keineswegs von allen Seiten begrüsst worden ist. Der Einblick in das, was vielleicht hätte werden können, gewinnt dadurch an Interesse. Im übrigen kann auf den Inhalt der Gesetzentwürfe an dieser Stelle natürlich nicht eingetreten werden. *O. N.*

M. D. Horowitz, *L'organisme des états-tampons gardiens de la paix, La Haye,* M. Nijhoff, 1915 120 S.).

Verf. weist zunächst in einem theoretischen Teile nach, dass keine von den angeblichen Kriegsursachen, wie der deutsche Militarismus, die englische Rivalität, die französische Revanchelust, der russische Panslavismus, die Orientfrage, die eng sche Seeherrschaft, etc. zur Entfesselung des Weltkrieges ausgereicht hätte, dessen wahre Ursache vielmehr das allgemeine Misstrauen gewesen sei. Dieses würde weder durch Abrüstung und obligatorisches Schiedsgericht, noch durch einen einseitig auferlegten Frieden beseitigt werden, wohl aber durch die bewaffnete Neutralität aller Pufferstaaten von Europa, einschliesslich der erst zu schaffenden: Lothringen und Polen. Die Grossstaaten hätten dazu nach Verhältnis ihres Kriegsbudgets beizutragen. „Dieser Polizei-Organismus

der Pufferstaaten beruht auf dem Prinzipe, dass die Staaten gross und klein im Grunde nur friedliche Absichten hegen, sobald sie sich auf ihrem eigenen Gebiete in Sicherheit wissen" (siehe die Balkanstaaten 1912 oder Italien vor der Tripolis-Expedition oder Russland und Konstantinopel usw.). *S. F.*

Enrico Catellani (Università di Padova), *Fattori ed effetti sociologici della guerra* (Separatabdruck aus d. Rivista Italiana di Sociologia, Dez. 1915, Rom).

Ein streng wissenschaftlicher Versuch, die soziologischen Wirkungen des Krieges zu studieren und auf Ursachen zurückzuführen, die auch im Frieden tätig und im Kriege nur gesteigert sind, so die Vereinheitlichung des Denkens und Fühlens in jedem Volke, die dadurch ermöglichte Repression und innere Schwächung der Opposition, die Umwälzungen im Verfassungs- und Parteiwesen, in der inneren Verwaltung und im internationalen Verhalten der Staaten. Ganz nebenbei bekommt man einen Überblick über die erschreckenden Eingriffe der öffentlichen Gewalt in die Freiheit des Individuums. *S. F.*

Groupe interparlamentaire Suédois, *Recueil de documents*, 1914, Centraltryckeriet, Stockholm.

Unser schwedischer Mitarbeiter E. Wavrinsky hat die Liebenswürdigkeit gehabt, uns den hübschen Band zuzusenden, welcher zur Begrüssung der interparlamentarischen Union von der Stockholmer Gruppe vorbereitet wurde und mit Porträts und Bibliographien hervorragender pazifistischer Parlamentarier aller Länder ausgestattet ist. Auch enthält der Band zwei interessante Arbeiten, eine Geschichte der interparlamentarischen Union von ihrem rühmlichst bekannten Sekretär Chr. Lange und eine Studie von E. Löfgren über das in Schweden bestehende Amt eines „Justizsachwalters des Reichstags" und die Anwendbarkeit einer ähnlichen Einrichtung auf internationalem Gebiete *S. F.*

A. de Morsier, *La Paix par le Droit.* Genève, Soc. Gén. d'Imprimerie, 1915 (160 S.).

Lese- und Nachschlagebuch für Pazifisten, enthaltend das Wichtigste über die Kosten der Kriege und Rüstungen, über Geschichte und Organisation des Pazifismus, französisch-deutsche Annäherung, die elsass-lothringische Frage, nebst einer wohl gewählten Bibliographie und interessanten Dokumenten (z. B. Schiedsgerichtsklausel im Schweizer Eidgenossenschaftsvertrag von 1291). *S. F.*

P. D. Fischer, *Der internationale Nachrichtenverkehr und der Krieg* (46 S.).

Die Schrift ist in der beachtenswerten Sammlung „Zwischen Krieg und Frieden" (Verlag S. Hirzel, Leipzig) erschienen,

welche unter anderem die bekannten Hefte von Hoetzsch, Liszt, Losch, Philippovich, Riesser umfasst. Die Forderungen des Verf. sind auf Durchbrechung des englischen Kabelmonopols und Unverletzlichkeit des Kabels im Kriegsfalle gerichtet. Sie sind mit interessanten Tatsachen belegt. (Beispiel: Eine von den zwölf englischen Gesellschaften besitzt fast doppelt so viel Kabellänge als alle staatlichen und privaten Kabellinien Deutschlands zusammengenommen.) *S. F.*

Dr. Alfred H. Fried, *Kurze Aufklärungen über Wesen und Ziel des Pazifismus.* Berlin und Leipzig, Verlag der Friedenswarte, 1914.

Dr. Alfred H. Fried, *Die Forderung des Pazifismus.* 1916. (Art. Inst. Orell Füssli, 60 c.).

Die zweite Schrift liest sich wie eine neue Auflage der ersten. Beide geben eine kurze und klare Einführung in die Anschauungen des bekannten Pazifisten, nach welchem der wahre Friede den Zustand des organisierten Nebeneinanderlebens der Staaten bedeutet. Nicht die friedliche Schlichtung des bereits entstandenen Streites ist das Wichtigste, sondern die Regulierung des normalen Zusammenlebens, welche an Streitlösung durch Mittel der Vernunft gewöhnen würde. Verf. ist überzeugt, dass die grossen internationalen Konflikte nur infolge des Mangels einer solchen zwischenstaatlichen Verfassung in Kriege ausarten. *S. F.*

Albert Reichen, *Die Hilfstätigkeit der Schweiz im Weltkriege* (Zürich, Orell Füssli, 60 c.)

Das erste Heft einer Sammlung, welche verspricht, eine reiche Fundgrube von Dokumenten der Menschlichkeit zu werden. Es bietet einen Überblick über all das Edle, was das kleine Land geleistet hat und täglich noch leistet, um das grosse Weltleid zu mildern, nebst hübschen Erlebnissen und Illustrationen. Für Schulen zu empfehlen. *S. F.*

Ludwig Bauer. „*Von den Schlachtfeldern in Galizien*". S. Hirzel, Leipzig.

Ein Quodlibet aus den Geschehnissen in den österreichischen Kampflinien gegen Russland; aus dem Tag und für den Tag geschrieben. Man kämpft beim Lesen hin und wieder damit, dass das Erzählte weniger miterlebt als geschickt verwertet wurde. Doch ist der Ton gefühlswarm und bietet in knapp geformten Abschnitten gut gezeichnete Ansichtskarten vom Leben an der Front. *F. B-n.*

Der Schweizer Volkswirt, Monatsschrift, herausg. v. Walter Eggenschwyler (Orell Füssli, Zürich, 5 Fr. jährlich).

Die tüchtig geleitete Zeitschrift erscheint seit Nov. 1915. Sie bietet reiche Aufschlüsse über Handel und Verkehr, Steuerwesen und Sozialpolitik besonders der Schweiz, über den Krieg

und die Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens. Die originellste Note ihrer Wirtschaftspolitik ist die scharfe Wendung gegen die Ausdehnung der Staatstätigkeit, welcher die praktische Geschäftsorganisation als Trägerin des wirtschaftlichen Fortschritts entgegengestellt wird. Besonders empfehlenswert ist die Friedensnummer (Dez. 1915) mit dem Vorschlage des Herausgebers zu einem Frieden auf den Grundlagen: Nachgeben Deutschlands im Westen und seiner Gegner im Osten. Deutschland würde das Geschäft wahrscheinlich sofort abschliessen, aber die Gegner sind noch nicht so weit. Beachtenswert ist auch folgende Bemerkung Eggenschwylers: „Entgegen den pazifistischen Absolutisten, die unbedingt nur von einem Dauerfrieden hören wollen, finden wir, es wäre schon viel erreicht, wenn nur der Kanonendonner wieder verstummte, ja, wenn man sich auch nur über eine weniger blutige Kriegführung einigte. Zur Begründung eines dauernden Friedens tut vor allem Überlegung, kühle, unvoreingenommene Überlegung not. Und diese pflegt erst nach Jahren politischer Windstille und Einkehr zu reifen. Dass es die jüngste Friedensperiode nicht zu einem solchen Friedensvertrag gebracht hat, ist keine Gewähr dafür, dass es der Kriegszeit besser gelingen werde, im Gegenteil ... Wir brauchen nur zu bedenken, dass der Krieg in allen Ländern die kriegerischen Kreise und Interessen obenauf bringt, während die Friedensinteressenten wohl oder übel verstummen müssen, um das Aussichtslose solcher Forderungen zu begreifen. So, wie die nationalen Gegensätze nun einmal angefacht, die besonnenern Elemente überall zurückgedrängt sind, besteht so gut wie keine Hoffnung, den Weltfrieden anders als stufenweise, auf Grund einer langsamen Aussöhnung und politischen Neuerziehung zu erreichen. Da ist es denn doch etwas riskiert, einen vorläufigen Frieden von der Hand zu weisen, bevor der Beweis der Möglichkeit eines Dauerfriedens erbracht ist.“ Wichtig sind die immer wiederholten Voraussagen bezüglich der Jahrzehnte der Depression nach diesem Kriege und die Anwendungen dieser Prognose auf die künftige Handels- und Unterrichtspolitik. *S. F.*

Der Schriftsteller. Diese wackere Zeitschrift, welche als Organ des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller (Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 173a) wirkt, sollte in den Händen jedes Schriftstellers sein, dessen Mittel ihm die jährliche Auslage von 15 Mark gestatten, durch die man Mitglied des Schutzverbandes wird. Dieser hat während der Kriegsmonate an hilfsbedürftige Schriftsteller und Schriftstellerinnen 55,000 M. ausgezahlt; sein Arbeitsamt pflegt jeden tüchtigen Arbeitsuchenden in kurzer Zeit unterzubringen. — Wer sich für unsere Diskussion zur Pressreform interessiert, findet in diesem (5.) Jahrgang reiches Material. *S. F.*

15. April 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Fünftes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 5. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag. Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind an **die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber.
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli.
Zürich

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner,** Zürich; **C. Bergmann,** Russland; **J. Bergman,** Stockholm; **E. Bernstein,** Berlin; **G. Brandes,** Kopenhagen; **F. Brentano,** Zürich **L. Brentano,** München; **C. Brockhausen,** Wien; **F. H. Brocksmit,** Holland; **G. Cardinali,** Bologna; **E. Clapp,** New York; **A. Daudé-Bancel,** Paris; **E. Dick,** Basel; **Fr. van Eeden,** Holland; **Fr. Foerster,** München; **Fr. Fritschi,** Zürich; **Gemelli,** Turin; **A. Germain,** Arcachon; **H. Gomperz,** Wien; **L. M. Hartmann,** Wien; **R. Hercod,** Lausanne; **P. Hiestand,** Zürich; **L. Hoesch-Ernest,** Amerika; **J. Jastrow,** Berlin; **E. Jones,** London; **Jong van Beek en Donk,** Haag; **Ellen Key,** Schweden; **A. Knapp,** Zürich; **J. R. Kjellén,** Göteborg; **H. Lambert,** Charleroi; **H. Lammasch,** Wien; **O. Lang,** Zürich; **C. Larsen,** Kopenhagen; **V. Lee,** London; **W. Lotz,** München; **E. Mach,** München; **G. Maier,** Zürich; **Rosa Mayreder,** Wien; **E. D. Morel,** London; **C. Oberoutcheff,** Russland; **J. Oehquist,** Helsingfors; **Oda Olberg,** Rom; **Cecil C. Palmer,** Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune,** Vaud; **H. Richardson,** England; **E. Rignano,** Mailand **Ch. Roper,** London; **B. Russell,** London; **E. G. Smith,** England; **W. Schücking,** Marburg; **F. Tönnies,** Eutin; **E. Wavrinsky,** Stockholm; **E. A. Westermarck,** Helsingfors-London; **F. v. Wrangel,** Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Quousque tandem Europa!

Von GEORG GOTHEIN, M. d. R.

Im 19. Monat tobt der Weltkrieg. Noch ist sein Ende nicht abzusehen. Man wird hinter der Wahrheit weit zurückbleiben, wenn man annimmt, dass er täglich durchschnittlich 10,000 in bester Blüte ihrer Jahre stehende Männer das Leben kostet; dass er weiteren 30,000 schwere Wunden schlägt, die trotz aller glänzenden Kunst der Kriegschirurgie eine Verminderung ihrer Erwerbsfähigkeit, eine Verkürzung ihres Lebensfadens zur Folge haben. Dass vielleicht weitere 20,000 täglich durch die Strapazen, Entbehrungen, durch Kälte und Infektionskrankheiten dauernd in ihrer Gesundheit und damit in ihrer Lebensdauer und Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt werden. Schätzt man bei den beiden letzten Kategorien den Verlust an Arbeitsfähigkeit und Lebensdauer auf nur 20%, so würde die Einbusse an Männern sich in jedem Monat, den der Krieg länger dauert, auf über 600,000, im Jahr auf 7,3 Millionen berechnen.

Damit ist aber der Bevölkerungsverlust keineswegs erschöpft: In Ländern wie Russland und Serbien wird von den Kriegsschäden auch ein sehr erheblicher Teil der Zivilbevölkerung betroffen. Die vielen Hunderttausende, die die russische Heeresverwaltung zwangsweise nach dem Innern abschob, erleiden — da weder für den Transport noch für ihre Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung ausreichend gesorgt ist — unsagbare Verluste durch Strapazen, Entbehrungen, Krankheiten. Die Überfüllung der Ortschaften, in die sie gebracht worden sind, bringt epidemische Krankheiten und Mangel an Lebensmitteln auch in die ortsansässige Bevölkerung. Die Überlastung der Bahnen mit Truppentransporten und Heeresbedarf hindert sie, ihre Aufgaben in der Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungs-

mitteln und Heizmaterial zu erfüllen. Um so mehr, als die Überanstrengung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen die Leistungsfähigkeit der Bahnen Russlands ständig mehr herabdrückt. Kommt doch noch hinzu, dass dort eine Reihe der wichtigsten Fabrikationsstätten und Reparaturwerkstätten für rollendes Eisenbahnmaterial verloren gegangen sind. Russland geht daher einer furchtbaren Zukunft mit schweren Menschenverlusten, mit gewaltiger Schwächung seiner Volkskraft entgegen. Aber auch in den andern Ländern leiden weite Kreise der Bevölkerung unter der Einschränkung der Ernährung, weil der Ernährer im Kriege oder weil er verwundet, gefangen, gefallen ist und weil die Staatshilfe für seine Angehörigen, bei der mit dem Krieg nun einmal überall und stets verbundenen Teuerung unzulänglich ist. Die heranwachsende Jugend kann darüber vielfach nicht ausreichend ernährt werden; das muss sich später in verringerter Arbeitsleistung rächen.

Bei der Trennung der im Felde stehenden oder in Gefangenschaft befindlichen Männer von ihren Familien, muss die Geburtenziffer einen enormen Rückgang erfahren. Ist dieser wohl auch nur ein vorübergehender, so bedeuten die Millionen von Gefallenen, die fast alle im zeugungsfähigsten Alter standen, eine dauernde Minderung der Regenerationskraft der im Kriege stehenden Völker. Wie kann Frankreich, dessen Geburtenüberschuss schon vor dem Krieg auf die minimale Ziffer von 0,18% zurückgegangen war (gegen 1,36% in Deutschland), diese Einbusse ertragen, ohne dass eine erschreckende Entvölkerung eintritt, die seine Wirtschafts- wie Wehrkraft dauernd auf das Tiefste schädigt!

Und werden nicht die Schrecken des Krieges, die Furcht vor einer baldigen Wiederholung eines solchen in vielen der kriegführenden Staaten zu einer Massenauswanderung nach den Ländern der neuen Welt führen, wo die Menschen hoffen, in Frieden ihrer Arbeit und ihrer Familie leben zu können. Selbst in Deutschland erreichte nach dem siegreichen Krieg von 1870/71

die Auswanderung die hohe Ziffer von 111,000 Seelen im Durchschnitt der Jahre 1871/76, während sie in den langen Friedensjahren bis auf 13,734 in 1912 zurückging, der das Mehrfache an Einwanderung gegenüberstand. Österreich-Ungarn dagegen wies noch in den letzten Jahren vor dem Kriege Auswanderungsziffern von 315,000 = 6,25‰ auf. Und nun gar Italien, das dadurch 1913 einen Menschenverlust von 872,598 = 24,69‰ seiner Gesamtbevölkerung hatte! Dort, wo der Krieg gerade in den ärmeren, entrechteten Schichten der Bevölkerung so unpopulär ist, müssen die fürchterlichen Verluste, das Elend, das sie im Gefolge haben, zu einem weiteren gewaltigen Anschwellen der Auswanderung führen. Nicht minder wird das bei Russland der Fall sein. Und Irland, das widerwillig und notgedrungen mitkämpft, dessen Auswanderung regelmässig über 20‰ der Bevölkerung betrug, wird sich hinterher weiter entvölkern.

Es sind bekanntlich ganz überwiegend die jungen kräftigen Männer, deren Aufzuchts- und Erziehungskosten das Heimatland getragen hat, die auswandern; die nun ihre damit erlangte Arbeitskraft dem Lande widmen, in dem sie sich niederlassen; diesem fliessen damit Kapitalwerte von ungezählten Millionen zu. Was allein Italien jährlich an für die Auswandernden aufgebrachten Aufzuchts- und Erziehungskosten verlor, dürfte auf mindestens 12 bis 1500 Mill. M. im Jahr zu schätzen sein. Dabei ist gar nicht in Rechnung gestellt, was die Auswanderer an Habe und Kapital mit sich führen.

Solche Auswanderung wird aber nach dem Krieg für die davon betroffenen Länder um so verhängnisvoller werden, als sie all ihre Arbeitskräfte bedürfen werden, um die Lasten der Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihen, der Renten für die Kriegsbeschädigten, für die Witwen und Waisen der Gefallenen aufzubringen. Wie diese Steuerlast überhaupt getragen werden soll, ist ohnehin für jeden, der sich ernsthaft mit dem Wesen der Staatsfinanzen beschäftigt, ein Rätsel. Werden so reiche Staatswesen wie England und Deutsch-

land, deren Produktionsstätten im wesentlichen unversehrt aus dem Kriege hervorgehen, — wenn auch unter beispielloser Anziehung der Steuerschraube, unter weitgehender Einschränkung der Lebenshaltung der weitesten Kreise des Volks — das allenfalls vermögen, so die anderen schwerlich; ja bei Russland, Serbien, Montenegro — wahrscheinlich auch bei Italien ist der Staatsbankerott unausbleiblich. Selbst Österreich-Ungarn wird auf die Hilfe Deutschlands nicht ganz verzichten können.

Ob letzteres diese gewähren kann, wenn der Krieg sich noch unabsehbar hinzieht, ob England seinen Verbündeten hinterher noch finanzielle Unterstützung zu teil werden lassen kann, ist höchst fraglich. Jeder weitere Kriegsmonat kostet Deutschland 2000, England sogar 3000 Millionen Mark; bei Frankreich wie bei Russland dürften die monatlichen Kosten jedenfalls nicht unter 1600 Millionen M., bei Österreich-Ungarn sicher 12 bis 1300 Millionen M., bei Italien kaum unter 1 Milliarde betragen. Das sind die reinen Kosten für Heer und Flotte. Welche Summen daneben von Staat, Gemeinde und Privaten zur Linderung der Kriegsnot aufgebracht werden müssen, entzieht sich der rechnerischen Feststellung; aber zweifellos geht es für die europäischen Staaten allmonatlich auch in die vielen hunderte, wenn nicht tausende, von Millionen. Dazu treten noch die Kriegsaufwendungen der Türkei, Bulgariens, Serbiens, Montenegros, überdies die Mobilmachungskosten neutraler Länder wie der Schweiz, der Niederlande, Rumäniens, Griechenlands.

Man wird kaum die Wahrheit erreichen, wenn man die monatlichen Gesamtkosten, die Europa aus dem Krieg erwachsen, auf 15 Milliarden Mark schätzt. Daneben her geht die Zerstörung von Wohn- und Wirtschafts-Gebäuden, Fabrikanlagen, von Bahnen und Wegen, von Viehbeständen, von Schiffen und den auf ihnen verladenen Gütern. Gleichzeitig stockt der Verkehr, stockt die auf die Erzeugung von Friedensgütern gerichtete wirtschaftliche Tätigkeit in weitestem Masse. Nicht neue

Produktionsmittel, sondern nur neue Zerstörungsmittel werden geschaffen. Für neue Werkstätten zur Herstellung von Friedensgütern, selbst nach dem Krieg, ist ja auch kein Platz. Wo sollten die Arbeiter dafür herkommen, da Millionen gefallen, weitere Millionen arbeitsunfähig oder in ihrer Arbeitskraft geschwächt sind? Konnte Europa im Frieden jährlich viele tausende von Millionen Mark Kapital in Verbesserung seines Grund und Bodens, in der Vermehrung und Hebung des lebenden und toten landwirtschaftlichen Inventars, in Fabriken, Verkehrswegen und Verkehrsmitteln anlegen, die der Schaffung neuer grösserer Werte dienten, so gilt es jetzt nur, alle Gewinne der Kriegsindustrie zuzuführen. Mit dem Ende des Krieges sind deren Neuanlagen aber weitgehend entwertet. So lukrativ sie heute arbeiten, so sehr sind sie dann verlorenes Kapital.

Erst nach dem Frieden wird es den kriegführenden Völkern voll zum Bewusstsein kommen, welch unsagbares Elend, welch fürchterliche Schwächung ihrer Volkskraft, welche beispiellose Schädigung ihrer wirtschaftlichen Kraft dieser Krieg im Gefolge hat. Heute berauscht man sich an den glänzenden Ergebnissen der Zeichnungen auf die Milliardenanleihen und überlegt nicht, dass sie im Frieden verzinst und getilgt werden müssen. Man denkt nicht an die das Doppelte davon betragenden Summen, die alljährlich die Renten der Kriegsbeschädigten, der Hinterbliebenen der Gefallenen verschlingen werden. Man überlegt nicht, dass diese ungeheuern Beträge aufgebracht werden müssen von einer um Millionen ihrer besten Arbeitskräfte verringerten Bevölkerung. Man sagt sich nicht, dass mit der Schwächung der Kaufkraft der Bevölkerung der kriegführenden Staaten auch die Rentabilität der Produktion einen Rückgang erfahren muss; dass diese zudem belastet wird durch die gewaltige Steigerung der Steuern; dass damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückgehen muss gegenüber der solcher Staaten, die vom Krieg verschont geblieben sind, die von ihm sogar direkte Vorteile gehabt haben.

Zu diesen gehören die europäischen Staaten, die während des Krieges den Kriegführenden zu den enorm gestiegenen Preisen Nahrungsmittel und Kriegsbedarf liefern. Die skandinavischen Staaten und die Niederlande erhalten für die Erzeugnisse ihrer Landwirtschaft und Fischerei gewaltige Summen, die freilich erheblich beeinträchtigt werden durch die starke Preissteigerung der von ihnen eingeführten Rohstoffe (Getreide, Futter- und Düngemittel) und durch die Erschwerung ihres Verkehrs. Ein industrielles Land wie die Schweiz, deren riesige Fremdenindustrie zudem fast brach gelegt ist, leidet aufs schwerste unter den Verkehrserschwerungen, unter der Verteuerung der Lebensmittel und Rohstoffe; unter der Mobilmachung, die ihr die wertvollsten Arbeitskräfte entzieht. Auch für die Niederlande dürfte aus dem gleichen Grund der Krieg eher grössere Verluste als Gewinn bringen.

Politisch den grössten Vorteil von der Selbstzerfleischung Europas hat Japan. Es ist dadurch zum Herrn Ost-Asiens geworden; selbst die Vereinigten Staaten von Amerika sind — mangels einer übermächtigen Flotte — ausser stande, ihnen dort ein Paroli zu biegen. Und England ist in diesem Krieg auf die Freundschaft Japans angewiesen. Durch ihn hat es Europa an Japan verraten, hat ihm China ausgeliefert.

Wirtschaftlich bringt Japan der Krieg Vorteil aus Waffen- und Munitionslieferungen an Russland zu exorbitanten Preisen. Der Gewinn daraus dürfte aber durch die Kosten der eigenen Kriegsmassnahmen mehr wie aufgezehrt werden. Im übrigen ist Japan industriell zu wenig entwickelt, um den Ausfall an Industrieerzeugnissen zu decken, die sonst Mittel- und Westeuropa lieferte. Der Versuch, in dieser Zeit die deutschen Friedensartikel auf dem russischen Markt zu ersetzen, scheiterte an der völlig ungenügenden Qualität der japanischen Waren.

Das grosse Los aus der Kriegslotterie haben die Vereinigten Staaten von Amerika gezogen.

Ihre Bilanz der Ein- und Ausfuhr von Gold hat sich im ersten Semester 1915 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um rund 1 Milliarde Mark gebessert. Dabei kaufen sie jetzt in beispiellosem Umfang ihre in Europa untergebrachten Eisenbahn- und Industriepapiere zurück. Aus einem Schuldnerstaat werden sie in diesem Krieg zu einem Gläubigerstaat. Die wirtschaftliche Macht, die infolge seines grossen Kapitalbesitzes Europa gegenüber den andern Erdteilen besass, geht jetzt an sie über. Nicht mehr London, sondern New York dürfte in Zukunft der Zentralpunkt des Geldverkehrs, des Kapitalmarkts sein. Die schwere Erschütterung des Sterlingkurses dürfte die Welt nötigen, für ihren Zahlungsausgleich ein Land zu wählen, dessen Währung und Wechselkurs nicht durch europäische Kriege gefährdet wird. Und weit mehr noch als während des Krieges werden sie nach ihm Geldgeber sein; nicht nur Europas, sondern auch der Kolonialländer, deren ständige Kapitalbedürfnisse ersteres in absehbarer Zeit nicht mehr wird befriedigen können.

Englands Ausfuhr ist im ersten Kriegsjahr trotz der riesigen Kriegslieferungen an seine Verbündeten um 3500 Millionen zurückgegangen und zwar mit Ausnahme Frankreichs nach allen Ländern. Die der Vereinigten Staaten von Amerika ist gleichzeitig um 2625 Millionen Mark gestiegen, obgleich sie nach den Mittelmächten gesperrt war. Ihre Handelsbilanz besserte sich gegen das Fiskaljahr 1914 um 3535 Millionen Mark. Freilich die Ausfuhr von Baumwolle ging um 975 Millionen Mark zurück, aber die von Lebensmitteln und Tieren stieg um 2400 Millionen Mark, weit weniger dem Gewicht als dem Preis nach. Über 3000 Millionen Mark der amerikanischen Ausfuhr kamen auf Kriegsmaterial: Waffen, Munition, Heeresbekleidung, Automobile, Lasttiere.

Amerika liefert Europa die Waffen, mit denen es sich umbringt, das Gift, das sein politisches und wirtschaftliches Siechtum zeitigt. Und wie ein Morphinist verlangt das kranke Europa nach immer stärkeren Dosen des Giftes,

das ihm die von moralischen Bedenken nicht angekränkelten amerikanischen Rüstungsindustriellen liefern.

Vom Standpunkt reiner Machtpolitik, die als Macht nur die Überlegenheit über die andern sieht, handelt Amerika politisch klug — wenn auch gewissenlos. Eine weitschauende Politik müsste sich aber doch zweierlei sagen: Erstens, dass die Vereinigten Staaten nicht einmal während des Krieges imstande sind, den Industriebedarf auch nur der Kolonialländer zu decken. Ihre Ausfuhr in allen Friedensartikeln hat im ersten Kriegsjahr einen riesigen Rückgang erfahren, so in Eisen und Stahl und Waren daraus um 162 Millionen Mark, in Eisenbahnwagen um 88 Millionen Mark, in Holz und Holzwaren um 210 Millionen Mark, in landwirtschaftlichen Maschinen um 96 Millionen Mark, in Nähmaschinen um 24, in elektrotechnischen Erzeugnissen um 25 Millionen Mark. Sodann aber muss, je länger der Krieg dauert, um so mehr die wirtschaftliche Kraft der Kriegführenden und damit ihre Aufnahmefähigkeit auch für amerikanische Produkte zurückgehen. Das muss für Amerika um so nachteiliger wirken, als die vom Krieg nicht betroffenen Staatswesen ihm nicht entfernt Ersatz für den Ausfall bieten können. Letzten Endes ist es also politische Kurzsichtigkeit, wenn die Vereinigten Staaten durch ihre Waffenlieferungen den Krieg verlängern.

Freilich diese Kurzsichtigkeit ist verschwindend gegen die Europas, das nicht weiss, weshalb es sich zerfleischt, wo man in blindem Hass seinen Gegnern unerhörte Kriegsziele unterlegt.

G i b t   e s   f ü r   e i n e   d e r   k r i e g f ü h r e n d e n   G r o s s m ä c h t e   d e n n   ü b e r h a u p t   e i n   K r i e g s z i e l ,   d a s   d i e   V e r l ä n g e r u n g   d e s   K r i e g e s   a u c h   n u r   u m   e i n   V i e r t e l j a h r ,   j a   n u r   u m   e i n e n   M o n a t   r e c h t f e r t i g e n   k ö n n t e ! Die Frage stellen heisst sie verneinen; denn auch der grösste Erfolg könnte die Verluste an Menschen wie an wirtschaftlichen Gütern nicht aufwiegen. Deutschland hat gar kein Interesse daran, französisches oder belgisches Gebiet zu erobern; seine Stärke liegt in der überwiegenden nationalen Geschlossenheit seines Staats-

wesens. Deshalb kann es auch nicht den Wunsch haben, das von ihm besetzte russische Gebiet für sich zu behalten. Allerdings würde der Ausgang dieses Krieges ein überaus trauriger sein, wenn es nicht gelänge, das unter dem russischen Joch seufzende Polen wieder herzustellen. So wenig in gemischtsprachigen Gebieten die Abgrenzung der Staaten nach der Sprachgrenze möglich ist, so sehr zeigt ein einfacher Blick auf die Karte, dass der Besitz von Polen, Litauen, Kurland für Russland keine geographische Notwendigkeit ist, dass sie vielmehr in russischem Besitz nur eine Bedrohung der Zentralmächte darstellen.

Deutschland braucht als Friedensgarantie nur die Sicherheit, dass Polen, ebensowie Belgien, nicht das Sprungbrett für den Angriff feindlicher Nachbarn sein wird.

Das Gleiche braucht Österreich-Ungarn hinsichtlich Serbiens, wobei freilich die Sicherstellung der direkten Verbindung mit Bulgarien eine unbedingte Notwendigkeit ist. Das heisst allerdings Verzicht Russlands auf den Panslawismus, auf die Dardanellen.

Aber hat denn Frankreich, hat etwa England ein Lebensinteresse daran, dass Russland im Besitz Polens bleibt, dass es das Volk dort weiter entrechtet, die Juden auf das fürchterlichste misshandelt! Hat nicht früher das eine wie das andere Land seine Stimme im Interesse der Menschlichkeit für eine Wiederherstellung Polens erhoben! Lohnt es für sie den Krieg etwa deshalb noch ein Jahr hinauszuziehen, damit sich Europa völlig ruiniere!

Und hatten nicht England und Frankreich gemeinsam mit Österreich den Krimkrieg gegen Russland geführt, um die russische Gefahr vom Mittelmeer fern zu halten, seinen bedrohlichen Einfluss auf dem Balkan zu schwächen? Ist denn Österreich-Ungarn mit seinen 56 Millionen Einwohnern oder das unersättliche Russland mit 176 Millionen die grosse Gefahr der Zukunft!

Man kommt an der Tatsache nicht vorüber, dass es Franzosen, Belgiern und Engländern trotz aller unerhörten Blutopfer seit länger als Jahresfrist nicht gelungen ist, die Deutschen um mehr als ein paar nichtssagende

Kilometer zurückzudrängen, dem an andern Stellen deren entsprechendes Vordringen gegenübersteht. Dass ihre Hoffnung, die deutsche Linie zu durchbrechen, sich selbst mit der Hinopferung von Hunderttausenden nicht erreichen lässt; dass aber die von uns besetzten Gebiete — wenn sich unsere Feinde zum Frieden verstehen — freiwillig aufgegeben werden könnten. Wären nicht einige Milliarden Kriegsentschädigung verschwindend gegen die entsetzlichen Blut- und Geldopfer, die dort dauernd gebracht werden! Oder würde etwa der Verzicht Belgiens auf militärische Macht ein solch unendlich schweres Opfer sein, dass dem gegenüber weitere Millionen blühender Menschenleben nicht ins Gewicht fielen!

Man kommt an der Tatsache nicht vorüber, dass Italien — trotzdem Österreich-Ungarn an drei Kriegsschauplätzen kämpfen muss — sich an der Alpen- und Karstkette verblutet, ohne vorwärts zu kommen. Dass es schliesslich das gleiche Schicksal befürchten muss, das den Russen bei ihrem Ansturm gegen die Karpathen zu teil wurde.

Man kann die Augen nicht davor schliessen, dass Deutsche und Österreicher die Russen aus ganz Polen, Litauen, Kurland und darüber hinaus verdrängt haben und siegreich alle Angriffe auf ihre so weit nach Osten vorgeschobene Front abweisen. Dass sie gleichzeitig im Verein mit Bulgarien die serbische Armee in glänzender Offensive vernichtet, das Land besetzt, den Donauweg und die Orientbahn sich eröffnet haben. Dass damit die Aktion gegen die Dardanellen noch hoffnungsloser als vorher geworden ist. Dass das Saloniki-Unternehmen zu spät kommt, um nicht Fiasko zu machen. Dass der Landweg zum Suezkanal wie nach Bagdad jetzt offen steht, zumal auch der Adanatunnel inzwischen fertig gestellt ist.

Die Hoffnung der Engländer, Deutschland durch Unterbindung aller Zufuhr auszuhungern, ist endgültig gescheitert. Wenn man sie jenseits des Kanals an die Einführung fleisch- und fettloser Tage knüpft, so beweist das

nur, wie wenig man dort das deutsche Streben, die Vorräte gerecht zu verteilen, versteht.

Unsere Ernährung ist durchaus gesichert; nur eine übertriebene Sorge und eine schwer auszuschliessende spekulative Zurückhaltung einzelner Produzenten haben manche an sich nicht notwendige einschränkende Anordnungen gezeitigt. Können wir uns so aus eigener Produktion ernähren, so ist mit der Öffnung des Donauweges und der Orientbahn die Möglichkeit weiterer reichlicherer Versorgung gegeben.

Und wie in Nahrungsmitteln halten wir auch in allem andern durch. Wir brauchen weder den Salpeter Chiles, noch das Benzin Amerikas, Russlands, Rumäniens oder Sumatras, nachdem wir den Stickstoff der Luft billig in Salpeter verwandeln und unsere Motoren auf Benzol eingerichtet sind, das wir selbst erzeugen.

Wohl muss der Friede eines bringen: das Verbot der Lieferung von Waffen und Munition an kriegführende Parteien, und den Schutz des Privateigentums zur See. Um das durchzubringen, einen Bund aller, dass kein Neutraler einem Staat, der gegen diese Bestimmungen fehlt, während der Kriegsdauer etwas liefern darf. Die Freiheit der Meere, das Recht der Neutralen wird nur von England bedroht; aber kein Land ist so wie es selbst auf die Zufuhr angewiesen.

Nach einem weiteren Jahr voll unsagbarer Opfer wird die Lage unserer Feinde keine günstigere, aber Europa am Ende seiner Kräfte sein. Auch für Deutschland würden noch so grosse Annexionen kein Äquivalent bilden für die Menschen- und wirtschaftlichen Opfer, die es in dieser Zeit bringen müsste. Wie die andern Völker sehnt auch das deutsche Volk das Ende des Mordens, den Frieden herbei.

□□□

Die Kriegskosten und ihre ökonomische Folgen.*)

Von Prof. CHARLES GIDE (Paris).

.... Ich sehe in dem Anwachsen der öffentlichen Ausgaben keinen genügenden Grund gegen die Verlängerung des Krieges. Was jedoch die Steigerung der Preise betrifft, bin ich versucht, anders zu denken. Die beiden Bewegungen stehen unter einer gewissen Wechselwirkung, denn das Anwachsen der Ausgaben führt zu einem entsprechenden Anwachsen der Notenausgabe, und das Anwachsen der Notenausgabe bringt eine Preissteigerung mit sich, welche ihrerseits wieder eine Vermehrung der Ausgaben zur Folge hat, derart, dass man in einen endlosen Kreislauf gerät, einen circulus vitiosus. Wenn die Preissteigerung den Produzenten und Verkäufern günstig ist und ihre Gewinne mehrt, so belastet sie andererseits die von ihrem Gehalt lebenden Schichten und läuft Gefahr, eine allgemeine Unzufriedenheit zu verursachen und so den „herrlichen Aufschwung" des Volkes zu hemmen, statt ihn anzufachen. Wir können hier diese schwierige Frage der hohen Preise nicht nebenher behandeln, aber es scheint uns, dass sie die Dauer des Krieges stärker beeinflussen kann, als das Anwachsen der Kosten, und dass sie deshalb den Regierungen mehr zu denken geben muss. Das wirksamste Gegenmittel könnte die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften sein. Leider sind diese in den meisten Ländern, und besonders in Frankreich, noch zu wenig entwickelt, als dass sie ihre Nützlichkeit hätten erweisen können; nur in England und in der Schweiz ver-

*) Diese Ausführungen bilden den wesentlichen Teil eines in der „Scientia" (Internationale Monatsschrift für wissenschaftliche Synthese, Vertreter: Engelmann, Leipzig) im Februarhefte erschienenen Artikels, welchen wir mit gütiger Erlaubnis des Herausgebers hier zum Abdruck bringen.

mochten sie Dienste zu leisten, die heute noch wenig bekannt sind, deren Bedeutung man später würdigen wird.

Wir glauben demnach nicht, dass das Anwachsen der öffentlichen Ausgaben die Dauer des Krieges abkürzen wird, noch dass einer der Kriegführenden in dieser Beziehung etwas zu fürchten hat, soweit es ihn selbst angeht — oder etwas zu hoffen hat — was den Gegner betrifft. Im übrigen glaube ich nicht, dass irgendein Krieg der Vergangenheit aus Mangel an Geld beendet wurde — nicht einmal aus Mangel an Mannschaft, doch das ist eine andere Frage. Ich weiss wohl, dass die Kriegsausgaben von ehedem mit denen von heute nicht zu vergleichen sind, aber damals waren auch die Wunder des Kredits noch nicht bekannt.

* * *

Man wird mir entgegenhalten, dass der Krieg aber doch nicht mit Papier und mit Schriftstücken geführt wird, sondern mit Eisen, mit Pulver und mit Brot. — Der Krieg ist der grösste Verzehrer von Reichtümern, wie auch von Menschen, den es gibt; ja, bei der Art des jetzigen Krieges, der ausserordentlichen Vielheit der Zerstörungsmittel und bei der Notwendigkeit, für die Bedürfnisse von Millionen Kämpfern zu sorgen, verschlingt er alles: nichts mehr, was nicht mobilisiert oder sozusagen militarisiert wurde, so auch die unschuldige Baumwolle, welche als Kriegskontrebande erklärt worden ist. Fast die ganze Produktion des Landes wird aufgezehrt und verbraucht. Und nicht nur die Produkte werden zu Rauch, sondern die Herstellungsfaktoren — die Fabriken, die Maschinen und besonders die Arbeit — werden von ihren eigentlichen Zwecken abgelenkt, um einzig Verwendung zu finden zum Töten oder zur Herstellung von Zerstörungsmitteln, gar nicht zu sprechen von den Fabriken und Landgütern in der Kriegszone, welche verbrannt, bombardiert und verwüstet wurden. Dreissig bis sechzig Milliarden sind wohl nicht viel, wenn man sie als Papier betrachtet, aber stellen sie

nicht einen gleichen Wert vor an verbrauchten Gütern und an geleisteter Arbeit? Ist es in diesem Sinne nicht richtig zu sagen, dass die Hilfsmittel der kriegführenden Länder sich erschöpfen und zu einem langen Kriege nicht reichen werden?

Dieses ist eine andere Frage. Es handelt sich nicht mehr darum, was der Krieg den Staat kostet, sondern darum, was er verbraucht, nicht an öffentlichen Ausgaben, sondern an nationalem Gut. Die Gefahr, die sich da erkennbar macht, ist nicht mehr der Bankerott, sondern die Verarmung. Man darf diese beiden Angesichte des Krieges nicht verwechseln. Diese ist es nicht, womit ich hier eigentlich zu tun habe. Immerhin lasse ich ein paar kurze Bemerkungen zu diesem Gesichtspunkte folgen:

Ich glaube durchaus nicht, dass der Wert der zerstörten Reichtümer dem Betrag der öffentlichen Ausgaben gleichkommt. Glücklicherweise nicht! Die Gewinne der Lieferanten, die Zuwendungen an die Familien der Mobilisierten, die Heeresbesoldung, die Jahrgelder für die Invaliden, die Anleihenverzinsung bedeuten nicht die Zerstörung, sondern die Übertragung von Besitz. Und man muss dabei die hohen Preise bedenken, welche wohl einerseits die öffentlichen und die privaten Budgets belasten aber andererseits auch die Verkäufer bereichern. Es ist das keine Kleinigkeit ,wenn man bedenkt, dass die Preiserhöhung für Frankreich und England 40—45%, für Deutschland gegen 80% ausmacht. Man braucht nur zu berechnen, wie viele Milliarden diese Erhöhungen bedeuten, die man abziehen muss, um die Werte auf ihr normales Mass zurückzuführen! Andererseits gibt es eine wirkliche Zerstörung von Werten, die in den öffentlichen Ausgaben nicht figurieren, wie etwa die Beschädigungen an privatem Eigentum.*) Es sind das demnach zwei verschiedenartige Kategorien, welche, wenn man sie graphisch durch Kreise oder Rechtecke darstellen wollte, sich nicht decken würden.

*) Sie werden sich zweifellos teilweise im französischen Budget vorfinden, denn der Staat hat sich verpflichtet, die Besitzer zu entschädigen und hat für sie vorläufig 300 Millionen ausgeworfen.

Ist es überhaupt ganz sicher, dass die kriegführenden Länder jetzt viel mehr verbrauchen als in normalen Zeiten? Für gewisse Produkte ist das der Fall, wie zum Beispiel in Frankreich für Rindfleisch zufolge der übertriebenen Ration, die man den Soldaten gibt, das dreifache von dem, was sie im bürgerlichen Leben verzehren. Vielleicht auch noch für gewisse seltene Metalle, welche kaum anders verwendet werden, als zur Anfertigung von Granaten, aber gewiss nicht für die Mehrzahl der Produkte. Da ist z. B. das Kupfer und die Baumwolle, über deren Gebrauch zur Fabrikation von Granaten, Patronen und Sprengmitteln so viel gesprochen wurde. Glaubt man, dass das Quantum Kupfer für die Granathülsen oder die Patronenköpfe grösser sei, als das, welches man früher gebraucht hat, um Dynamodrähte herzustellen, die zur Kraftübertragung dienen? Es ist dies sehr zweifelhaft. Als Beweis mag gelten, dass der Preis des Kupfers, nachdem er zuerst gefallen war, dann nur wenig gestiegen ist und dass man jetzt daran ist, die Vorräte zu ergänzen.*) Und glaubt man, dass die Baumwollmengen, aus welchen Schiessbaumwolle gemacht wird, grösser sind als die, welche von den vielen, heute geschlossenen Spinnereien verarbeitet wurden? Bei weitem nicht!

Wenn man aber selbst annehmen darf, dass der Krieg nicht mehr Rohstoffe als der Friede verbraucht, so verbleibt doch das beunruhigende Moment, dass er sie unproduktiv verbraucht, ohne sie zu erneuern. Statt Kraft weiterzuleiten, verbreitet das Kupfer den Tod. Statt die Menschen zu kleiden, hilft die Baumwolle sie zu zerreissen. Und die Arbeiter sind fast alle damit beschäftigt, Menschen umzubringen, oder die Mittel zum Töten zu liefern.

Gewiss! Nur muss man nicht vergessen, dass es in unserer modernen Gesellschaft eine riesige Menge von Arbeit und Materialwert gibt, welche für die Bedürfnisse des Luxus unproduktiv vertan werden. Und gerade der

*) Der Kupferpreis vor dem Krieg betrug 72 Pfund Sterling per Tonne, in den ersten Kriegsmonaten fiel er auf 53 £ und heute ist er auf 78 £ angelangt.

Luxus wird vom Krieg unterdrückt oder wenigstens erheblich eingeschränkt. Unter den Männern an der Front, wie viele Tausende und Tausende von Kellnern, Lakeien, Variétésängern, Inhabern von Schnapsläden und Verkäufern von Flittertand! Findet man, dass durch ihre anderweitige Verwendung das Land vom ökonomischen Gesichtspunkt viel verloren hat? Wie viele Chauffeure, welche früher ihre Herrschaft von Palast zu Palast gefahren haben, fahren heute vielleicht mit denselben Automobilen Rekruten oder lesen Verwundete auf? Alles in allem genommen, könnte man den Krieg — ökonomisch betrachtet — als Luxusindustrie auffassen, den einzigen Luxus, den sich die Kriegführenden augenblicklich leisten: er absorbiert jeden Privatluxus. Und, so paradox die Behauptung auch klingen mag, ich glaube nicht, dass die Anzahl der Männer unter den Waffen sehr viel grösser ist, als die der Männer, welche in normalen Zeiten unproduktive Arbeit verrichten.

Aus allen diesen Gründen können wir nicht daran glauben, dass der Krieg beendigt werden wird, weil alle Mittel erschöpft sind, noch auch durch die Steigerung der staatlichen Ausgaben. Wir glauben das nicht von den Zentralmächten — nicht einmal, wenn die ökonomische Blockade, gegen die sie zu kämpfen haben, sich noch fester schliessen sollte — und wir glauben es noch weniger von den Ländern der Entente, welche die halbe Erde heranziehen können. Im übrigen, trotz einer sehr verbreiteten Ansicht, welche keine andere Stütze hat als den historischen Materialismus, glauben wir nicht an die Macht ökonomischer Faktoren, Kriege zu entfesseln — oder ihnen ein Ende zu setzen.

* * *

Aber kommen wir auf die Staatsausgaben zurück. Wenn es uns möglich scheint, dass diese während der Kriegsdauer leicht und unbegrenzt ertragen werden, so wird das vielleicht nicht mehr der Fall sein, wenn einmal der Krieg beendet ist, denn man wird sie dann auf die eine

oder andere Art begleichen müssen. — Schmerzliche Stunde! Nehmen wir Frankreich als Beispiel. Die Gesamtsumme der bisherigen, von Kriegsbeginn bis zum 31. März 1916 veranschlagten Kriegskosten beträgt 36,238 Millionen Franken. Nehmen wir an, dass, wenn nicht der Gesamtbetrag, doch ein Grossteil durch die Ausgabe einer grossen Liquidationsanleihe gedeckt würde. Man wird die Zinsen dafür aufbringen müssen. In Anbetracht der Höhe der geschuldeten Summe und des, durch die Verminderung disponibler Kapitalien, steigenden Zinsfusses, welcher heute schon fast eine Verdoppelung erfahren hat, wird die Belastung des künftigen Budgets eine ganz gewaltige sein. Wenn der Staat nicht mehr zu zahlen hätte, als 5,70% wie jetzt, so wären das schon mehr als zwei Milliarden Zinsen im Jahr. Aber der Krieg kann viel länger dauern als bis zum 31. März. Überdies wird man noch die Pensionsgelder für Invalide, Witwen und Waisen hinzufügen müssen und den feierlich zugesagten Ersatz für entstandene Kriegsschäden, was eine weitere Milliarde ergibt. Es wir dalso vorsichtig sein, die Mehrbelastung des Budgets mit 3 Milliarden zu veranschlagen.*)

Im Jahre 1871 musste Frankreich für 700 Millionen neue Steuern erheben zur Tilgung seiner Kriegskosten, welche sich, die 5 Milliarden Kriegskontribution an Deutschland eingerechnet, auf 13 Milliarden beliefen. Diesmal wird es mehr als das vierfache sein. Wie soll das geschehen? Man wird zwischen folgenden vier Wegen zu wählen haben; ich wenigstens sehe keinen andern, und was ich von Frankreich sage, versteht sich ebensowohl für alle andern Kriegsländer:**)

*) Das englische Budget von 1915/16, welches Mr. Mac-Kenna vorgelegt hat, beziffert sich bereits auf 387 Millionen Pfund Sterling, oder gegen 10 Milliarden Franken, das ist das Doppelte des Budgets vor dem Kriege.

**) In England hat sich jetzt schon die Schuld verdreifacht; sie stieg von 18 Milliarden Franken auf 55 Milliarden (2200 Millionen Pfund Sterling). Ich habe hier den Fall nicht zu erwägen, dass die Kriegskosten den Besiegten auferlegt würden; es ist in keinem Fall wahrscheinlich, dass sie in ihrer Gesamtheit durch eine Gruppe der andern aufgelastet werden können.

1. Man könnte versuchen, Ersparnisse zu machen. Aber, es gibt ausser dem Ressort der Staatsschuld in den Budgets moderner Staaten nur noch eines, welches gross genug wäre, um nennenswerte Ersparnisse daraus zu gewinnen: Es sind das die militärischen Aufwendungen, welche sich vor dem gegenwärtigen Krieg für die Grossmächte um die zwei Milliarden Franken bewegten (1700 Millionen für Frankreich, fast 2½ Milliarden für Deutschland und England). Gewiss! Wenn man diese durch eine allgemeine Abrüstung sparen oder wenigstens erheblich einschränken könnte, so würden die finanziellen Folgen des gegenwärtigen Krieges erheblich gemildert werden. Es ist das die Hoffnung der Pazifisten. Obwohl wir uns schmeicheln, zu diesen zu gehören, rechnen wir kaum auf diese glückliche Nachwirkung. Damit eine allgemeine Abrüstung möglich sei, müsste man als Tatsache voraussetzen:

Erstens, dass eine der Gruppen einen so entscheidenden Sieg erringt, dass sie die Besiegten zur Abrüstung zwingen kann;

Zweitens, dass man im Lager der Sieger genug moralische Kraft habe, sich die Abrüstung selbst aufzuerlegen. Erscheint schon die erste Voraussetzung fraglich, so ist die zweite noch viel unwahrscheinlicher. Wie soll man annehmen, dass siegberauschte Staaten den Mut hätten (andere würden sagen die Undankbarkeit), das Werkzeug zu vernichten, das ihnen den Sieg gebracht hat? Und wenn man selbst glaubt, dass die Regierung den Wunsch hätte, hätte sie auch die Macht diesen Wunsch der siegreichen Armee aufzuzwingen, ohne einen Staatstreich gewärtigen zu müssen? Um übrigens zu beurteilen, wie gross die Zuversicht auf eine allgemeine Abrüstung ist, genügt es zu beobachten, was jetzt schon die friedlichsten Staaten Holland, Schweden und die Vereinigten Staaten von Nordamerika beginnen: sie beeilen sich, Heer oder Flotte zu vergrössern und, soweit sie die militärische Dienstpflicht noch nicht eingeführt haben, scheinen sie sich jetzt dazu entschliessen zu wollen.

Vielleicht wäre ein günstigerer Boden für eine Abrüstung geschaffen, wenn es keiner der beiden Gruppen gelänge, einen entscheidenden Sieg zu gewinnen. Dann würde tatsächlich der Militarismus bei allen Kriegführenden gleichmässig gedemütigt und entmutigt sein und auch die anderen Völker wären weniger versucht, sich auf einen Weg zu begeben, welcher augenscheinlich zu keinem Ziele führt.

2. Wenn so wenig Hoffnung besteht, das finanzielle Gleichgewicht durch Ersparnisse herzustellen, wird nichts anderes übrig bleiben, als nach neuen Einnahmequellen zu suchen. Nach den grossen früheren Kriegen hat man diese meist durch die Erhöhung der Zölle beschafft, so nach dem Sezessionskrieg der Vereinigten Staaten und in Frankreich nach 1871. Es scheint uns jedoch zweifelhaft, dass man sich nach dem jetzigen Krieg darauf einlassen wird. Wem gegenüber könnte man daran denken, die Zollschranken zu erhöhen? Nicht gegenüber den Allierten, wo man im Gegenteil schon heute bei beiden Kampfgruppen von künftiger Zollunion spricht. Gegen die gestrigen Feinde also? Ja, und es ist sogar wahrscheinlich, dass diesen gegenüber die Zolltaxen prohibitiven Charakter haben werden. Darum können sie auch nichts einbringen! Übrigens, wie auch immer die Tarife sein mögen, es wird lange Zeit brauchen, bis die Handelsbeziehungen zwischen den früheren Kriegsgegnern wieder hergestellt sind.

3. Man wird eher zu Staatsmonopolen greifen, um so mehr, da diese Monopole durch zahlreiche industrielle oder komerzielle Unternehmungen schon eingeleitet sind, die der Staat im Laufe des gegenwärtigen Krieges unter seine Leitung gebracht hat. So die Herstellung von Munition und sogar die Einfuhr von Getreide. Die Sozialisten haben ihre Genugtuung nicht verhehlt, da sie alle Regierungen diesen Weg einschlagen sahen, welcher ihnen als Beginn der Sozialisierung der Produktion erscheint, und sie hoffen, dass es nicht bei diesem ersten Schritt bleiben wird.

Es steht aber zu befürchten, dass die Einfuhrmonopole vom fiskalischen Gesichtspunkt grosse Enttäuschungen

bringen, denn die Existenzberechtigung des gesellschaftlichen oder der städtischen Betriebs besteht weniger darin, dem Staatsschatz Einnahmen zuzuführen, als darin, den Gewinn auszuschalten! Selbst wenn der fiskalische Gesichtspunkt für die Einführung des Monopols den Ausschlag gibt, wird sich dieses doch im Sinne seines wirklichen Zieles entwickeln: das ist die Bedienung des Publikums zum Selbstkostenpreis.

Das einzige Monopol, von welchem Einkünfte zu erwarten sind, die zu dem Riesenmasse des aufzufüllenden Defizits im Verhältnis stehen, wäre das Alkoholmonopol. Man hat es soeben in Russland abgeschafft, und zweifellos nicht, um es wieder aufleben zu lassen. Der französische Finanzminister hat es mit einem ausführlich begründeten Bericht zurückgewiesen. Man hofft allgemein, dass der gegenwärtige Krieg, als ein Gegengewicht zu den zahllosen Übeln, die er verursacht hat, die Abschaffung des Alkoholismus bringen wird. Und wenn uns auch diese Hoffnung sehr übertrieben erscheint, wäre es andererseits immerhin gar zu paradox, auf die Entwicklung des Alkoholismus zu zählen, um die Kriegskosten zu bestreiten.

4. Man wird also, ob man will oder nicht, sich auf die letzte Einnahmequelle werfen: Die Besteuerung des Einkommens. Aber nicht mehr die nichtssagende und doch von den französischen Rentnern schon so gefürchtete Steuer, welche dieses Wort bezeichnet. Wenn wir wirklich von der Besteuerung des Einkommens die 3 Milliarden erwarten, auf welche wir das Defizit für Frankreich geschätzt haben — wobei man unmöglich die Gehälter und die kleinen Renten besteuern kann — und wenn, als Steuerbasis, das Gesamteinkommen der reichen Klassen auf etwa 12 Milliarden veranschlagt wird, so müsste man durchschnittlich den Steuerzahlern 25% der Rente abverlangen, ausser den 1130 Millionen direkten Steuern, welche jetzt schon entrichtet werden. Mit anderen Worten: mehr als ein Drittel des Privateinkommens würde durch den Staat sequestiert. Es wäre das eine wahre Expropriation

des privaten Einkommens und so auch des Kapitals! Und dasselbe wäre „mutatis mutandis" in den anderen Ländern der Fall.*)

Überdies würde dieses Verhältnis eines Drittels für die reichen Steuerzahler noch eine starke Erhöhung erfahren, wenn, wie man bestimmt voraussetzen darf, die Kriegssteuer nach dem progressiven System berechnet wird. In diesem Fall würde das Verhältnis, welches für die bescheidenen Einkünfte unter dem Durchschnitt verbleibt, für die sehr grossen Einkünfte eine Höhe erreichen, welche wir nicht wagen würden zu befürworten. Man hat das Wort eines deutschen Regierungsvertreters zitiert, der zu einer Versammlung von Mitgliedern der Grossfinanz gesagt haben soll: „Meine Herren, machen Sie sich darauf gefasst, nach dem Kriege einen wesentlichen Teil Ihres Vermögens opfern zu müssen!" Die Berechnungen, welche wir gemacht haben, zeigen, dass diese Vermutung in keiner Weise übertrieben ist.

Vielleicht werden die Sozialisten glauben, sich über diese Konfiszierung der grossen Einkünfte freuen und darin eine Art Sozialisierung des Kapitals und beginnende Verwirklichung des Kollektivismus erblicken zu sollen? — Sie mögen aber bedenken, dass diese gewaltige Belastung der Einkünfte nicht zum Nutzen des Volkes, sondern einzig zum Nutzen der Rentner geschieht. Der Staat nimmt die Einkünfte des arbeitenden Kapitals zur Speisung der Einkünfte des toten Kapitals, eines Kapitals, welches man leichtlich als parasitär bezeichnen wird, sobald man vergessen hat, dass es der nationalen Verteidigung gedient hat.

Das wird unseres Erachtens die beunruhigendste wirtschaftliche Nachwirkung des jetzigen Krieges sein, und nicht der Verbrauch der Waren und die Zerstörung an

*) Die nachstehenden Zahlen gestatten eine Beurteilung der Ausdehnung und der Progression der Einkommensteuer, wie sie in England zur Anwendung kommt. Wir entnehmen die Daten der Zeitung "Cooperative News": Für einen Arbeiter, welcher 70 Fr. die Woche verdient (3600 Fr. per Jahr) und kinderlos ist, beträgt die Steuer 60 Fr., etwas weniger als 2%); für einen Kapitalisten mit 2,500,000 Fr. Rente beträgt die Steuer 858,000 Fr. (etwas über 34%).

Kapital. Wie hoch man auch immer diesen Verlust bewertet — wobei leicht Übertreibungen mitlaufen — man könnte sich darüber beruhigen, wenn man sich der berühmten Schrift erinnert, in welcher John Stuart Mill zeigt, wie schnell vom Krieg zerstörte Länder sich wieder erholen, wovon Frankreich 1871 ein unvergessliches Beispiel gegeben hat. Es wird auch diesmal nicht weniger rasch gehen. Aber die wahre Gefahr sehe ich darin, dass die produktiven Kräfte der kriegführenden Länder durch diese dauernde Steuerlast gehemmt sind — und auch, dass durch die Vermehrung des Einkommens in Rentenform der unproduktive Verbrauch stark anwächst: 3 Milliarden weniger für jene, 3 Milliarden mehr für diese.

Freilich, Steuerzahler und Rentner, Schmarotzer und Ausgewucherte werden in ihrer Mehrzahl demselben Land angehören und oft sogar dieselben Personen sein! Diese Erkenntnis vermag uns etwelche Beruhigung für die Zukunft zu geben.



Wenn ich jetzt die Nationen im Kriege gegeneinander begriffen sehe, so ist es, als ob ich zwei besoffene Kerle vor mir hätte, die sich in einem Porzellanladen mit Prügeln herumschlagen. Denn nicht genug, dass sie an den Beulen, die sie sich wechselseitig geben, lange zu heilen haben, so müssen sie hinterher noch allen den Schaden bezahlen, den sie anrichten.

David Hume.



Zur Krise des Pazifismus.*)

Von W. EGGENSCHWYLER, Zürich.

Weshalb hat der Pazifismus den Krieg nicht verhindert? — Aus vielen Gründen, subjektiven wie objektiven. Schwerer Irrtum wäre es, die Schuld daran allein auf den Gegner, auf unpersönliche, unvermeidliche Tatsachen zu schieben. Die Friedensbewegung rechtfertigt sich durch ihr Ziel. Erklärt sie ihr Ziel für unerreichbar oder verlegt sie seine Verwirklichung in eine bessere Welt, in ein christliches, sozialistisches oder feministisches „Jenseits", so ist sie überflüssig.

Jeder von uns war mit einem grossen Ausschnitt seines Ichs Pazifist. Er verabscheute den Krieg als den Greuel aller Greuel, wusste, dass selbst ein „Sieg" den Nationen nichts, rein nichts einbringt, und pfiff auf Weltmacht und Kolonialpolitik.

Aber unter diesem, mit guten Vorsätzen gepflasterten, bewussten Ich lauert ein unbewusstes, lauerten allerlei kampflustige Instinkte, nationale und persönliche Reizbarkeiten, lauerte vor allem die Schwäche gegenüber der patriotischen Phrase, gegenüber der Aussicht auf Auszeichnung und Avancement, die denn auch einen grossen Teil der Friedensfreunde beim ersten Kanonenschuss zum Umkippen brachte.

Die Grundfehler des Pazifismus waren — und sind noch grossenteils dieselben, die wir bei vielen politischen Parteien beobachten können: Mangelnde Kenntnis des zu reformierenden Tatbestandes, des zu Krieg und Frieden führenden sozialen Kräftespiels, Phrasenhaftigkeit, Überschätzung der Macht der guten Absicht in der Politik, Übersehen der guten Motive auf Seiten des Gegners und der schlechten im eigenen Lager.

Vor allem fehlte es den Friedensfreunden am realen Erkennen der zu bekämpfenden Kräfte. Selbst weit zahlreicher als die Kriegsinteressenten, unterlagen sie infolge mangelnden Zusammenhalts, mangelnder Organisation. Es bewährte sich hier der in politischen Dingen so oft erprobte Satz, dass starke Einzelinteressen stärker sind als schwach gefühlte

*) Wir begrüssen mit Freude das starke Interesse für diese Diskussion und legen besonderen Wert darauf, den verschiedenen Stimmen Gehör zu geben. Wir drücken damit unsere Bereitschaft aus durch ernsthafte Erörterung und Vertiefung aller einschlägigen Fragen die Friedensbewegung zu stärken. Die Red.

Allgemeininteressen. Für die wenigen (wirtschaftlichen und moralischen) Kriegsinteressenten, für Militärs, Kriegslieferanten, Kriegsfanatiker stand der Krieg im Mittelpunkt ihres Gesichtskreises. Für die pazifistische Mehrheit, die nie recht an ihn glauben wollte, an der Peripherie. So musste das Interesse der Vielen dem der zielbewussten Minderheit unterliegen — umsomehr, als diese Minderheit selbst ihr Treiben irrtümlich für viel ungefährlicher hielt, als es wirklich war, grösstenteils nicht wirklich Krieg, sondern nur Rüstung, Drohung, Kriegsbereitschaft und — Avancement wünschte....

Genau so wird in der modernen Demokratie das allgemeine Interesse an einem sparsamen Staatshaushalt immer wieder starken Sonderinteressen geopfert, die — stärker empfunden als die erstern selbst — in der „Volksvertretung“ nachdrücklicher verteidigt werden.

Nur zu oft liess und lässt sich der Friedensfreund durch seine Wünsche blenden, nimmt er Seinsollendes für Seiendes. Nur so erscheint die unglaubliche Überschätzung des geschriebenen und gesprochenen Wortes als politisches Kampfmittel erklärlich, wie sie ebenfalls allen politischen Parteien gemein ist. Man glaubt, einem Idealzustand am wirksamsten vorzuarbeiten, wenn man viel Geschrei darum macht, möglichst grosse Mengen von seiner Wünschbarkeit überzeugt — als wenn mit der Überzeugung auch die Entschlossenheit zum tätlichen Eingriff gewonnen wäre! — Tiefer Irrtum: Denn nicht nur sind es gewöhnlich die willensschwächsten, unzuverlässigsten Elemente der Bevölkerung, die am leichtesten auf solche Rhetorik (wie auf feministische, sozialistische, theologische, antialkoholische) hereinfallen, sondern um damit den Gang der Geschichte zu beeinflussen, müsste man sie auch zur Tat — nämlich zum Soldatenstreik bewegen können, an dessen Möglichkeit heute nicht einmal der rabiateste antimilitaristische Agitator glaubt.

Sodann wurde das Streben nach Frieden mit allen möglichen andern (religiösen, demokratischen, sozialistischen usw.) Bestrebungen vermengt. Im Grund wünscht fast niemand den Frieden tout court, sondern er will einen „deutschen“, einen „französischen“, einen bürgerlichen oder sozialistischen, einen christlichen, einen feministischen usw. Frieden. Mindestens will er bei den Friedensverhandlungen eine gewisse Rolle spielen, das Verdienst am Frieden für sich und seine Glaubensgenossen beanspruchen. Der Sozialdemokrat will keinen Frieden aus der Hand des „infamen“ Kapitalismus, und selbst das Gros der bürgerlichen Demokraten würde lieber weiterkämpfen als die — internationale Hochfinanz als Friedensmacht über sich anerkennen.

Die Feministinnen sind überzeugt, dass nur ein Mitreden der Frau im künftigen Weltparlament einen dauerhaften Frieden verbürge — nach der Fabel: Deux coqs vivaient en paix, etc. Der Katholik möchte die Gelegenheit zu einer Wiederauffrischung des Papsttums, jede Nation zu einer Bekräftigung ihres politischen Ideals benützen.

Ganz allgemein bekennt man sich in Europa zu der Überzeugung, dass der künftige Friedensschluss zugleich die Herrschaft der Volksparteien kräftigen, die innere und äussere Politik „demokratisieren müsse" — als wenn nicht gerade die wachsende Abhängigkeit der Staaten von ihren Gläubigern und die rapide Konzentration in Bank, Presse, Handel und Industrie jede solche Hoffnung illusorisch machten! Die ganze Weltgeschichte lehrt uns, dass sich demokratische Staatsformen und Gebräuche im Frieden ausbilden, während der Krieg unter allen Breitengraden die Rückkehr zur Despotie und Oligarchie begünstigt (trotz 1870).

Zweifellos wird dadurch die Rückkehr zum Frieden nicht unerheblich erschwert, dass die grosse Mehrzahl der Friedensfreunde nur von einem demokratischen Frieden etwas wissen will, die Hoffnung auf Frieden unauflöslich mit der auf eine Stärkung der modernen Massenherrschaft verknüpft, während die objektive Entwicklung (trotz des vergänglichen „Burgfriedens" und des ebenso vorübergehenden Einkommensausgleichs) gerade den entgegengesetzten Weg einschlägt.

Davon ausgehend, dass sich die europäische Diplomatie von 1914 ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt habe, dass sich die Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten durch eine kleine, unverantwortliche Personenklasse als verderblich herausgestellt habe, fordert man als sicherstes Mittel zum Frieden eine weitere Demokratisierung der Staatsform, eine Vermehrung der regierenden Personenklasse, eine weitere Belastung des parlamentarischen Arbeitsprogramms.... Als ob nicht gerade das Zuviel an staatlichen und parlamentarischen Aufgaben ihre rationelle Erledigung immer mehr hinderte! Als wenn nicht gerade die masslose Vermehrung der Bureaukratie die Hauptursache der überall beklagten Verantwortungslosigkeit wäre!

Es ist die alte Methode der Unfähigkeit der bestehenden Organe des Staates, immer nur durch ihre Vermehrung, durch die Schaffung neuer Kontrollorgane oder durch Überladung der bestehenden (des Parlaments) mit neuen Kompetenzen abhelfen zu wollen. Man verschliesst sich demokratisch der Einsicht, dass der Unfähigkeit oder Leichtfertigkeit der regierenden Personen nicht dadurch abgeholfen werden kann,

dass man ihre Zahl vermehrt! Und doch ist die ganze Geschichte des Parlamentarismus seit 20 Jahren eine ununterbrochene Bestätigung dieses Satzes: Je mehr sich seine Aufgaben mehren, um so weniger vermag er sie zu bewältigen! Dies und nichts anderes ist die Ursache der so oft beklagten Dekadenz des modernen Parlamentarismus: Man kann die Kompetenzen einer gegebenen Körperschaft nicht endlos vermehren. Die Arbeit verliert an Intensität, an Gründlichkeit, was sie an Ausdehnung gewinnt. Je mehr neue Aufgaben wir dem Parlament aufbürden, um so unfähiger erweist es sich zur Erledigung seiner Hauptaufgabe: zur Kontrolle des Staatshaushaltes, um so mehr verkehrt es sich aus einer budgetbeschneidenden in eine sinekurenvergebende, verschwendende Körperschaft!

Gemäss der Gewohnheit unserer politischen Parteien, vor allem für zahlreichen Anhang unter der Wählerschaft zu sorgen, die Rhetorik allen andern Aktionsmitteln voranzustellen, hat sich der Pazifismus nur zu oft dazu verleiten lassen, der sogenannten „Verbomanie“ zu huldigen, d. h. die Wirksamkeit schwungvoll vorgetragener Gefühle zu übertreiben. Vergessend, dass die dem Volksredner zujubelnden Massen selten zu den in der grossen Politik entscheidenden Elementen gehören, dass diese heute ebensogut im Kontor der Banken und Geschäftshäuser wie im Parlament „gemacht“ wird, unbekümmert um die unser politisches Leben umgestaltende „Verwirtschaftlichung der Kulturwelt“, stellten die Friedensfreunde (wie übrigens fast jede gemeinnützige Bewegung) vor allem auf Massenerfolge ab, die ihnen auch wirklich zahlreiche Rekruten — aber wenig Offiziere zuführten.

Erst nachträglich lernten sie einsehen, dass es vielleicht besser gewesen wäre, in aller Stille ein paar Bankdirektoren und Zeitungsverleger zu gewinnen, als Tausende begeisterter Demokraten, die ja die friedfertigste Gesinnung nicht von der Pflicht des Kriegsdienstes entbindet. Von echt demokratischem Geiste getragen, hatten unsere Weltverbesserer wieder einmal Seinsollendes mit Seiendem verwechselt, die Menschen fälschlich als gleich behandelt — und dabei vergessen, ihren Anhang zu wägen anstatt nur zu zählen.

Es darf heute offen gesagt werden, dass unter dieser Massentaktik der Ernst der ganzen Bewegung mehr als einmal bedenklich litt, ja dass oft Leute das grosse Wort führten, die sie in den Augen überlegterer Personen geradezu lächerlich machten — und so viele wertvolle Elemente von ihr fernhielten. — Auch dies eine allen politischen Parteien und Bewegungen gemeinsame Erscheinung: Wo immer auf den Applaus der Masse abgestellt wird, da opfert man die Qualität der Quantität und wirkt man auf die tüchtigsten Elemente abschreckend.

Sollen diese Gefahren fortan verhütet werden, so ist dringend nötig, dass der Massenaktion die Bildung von verantwortlichen, hochqualifizierten Ausschüssen, die Bildung eines keine Seite des Problems ignorierenden Führertums vorausgeht. Oft werden ja gerade auf diesem Gebiet die wertvollsten Einsichten zu kompliziert sein, um dem grossen Publikum in extenso vorgetragen zu werden. Die Schwierigkeiten z. B., die sich einem Friedensschluss ohne Verletzung der verschiedenen National-Eitelkeiten, der Bekehrung der Staatsmänner zu diesem Friedensschluss, dem Funktionieren eines internationalen Gerichtshofes usw. entgegen stellen, sind ja durchweg derart, dass sie sich für die Diskussion vor einem grossen Publikum nicht eignen.

Viel eher dürfte es dem mit Diplomatengabe und gründlichem Wissen ausgerüsteten Pazifisten (und andere als solche sind unnütz) gelingen, durch persönliche Rücksprache die in Handel, Industrie, Bank und Presse ausschlaggebenden Männer für seine Ziele zu gewinnen. Der Verkehr mit diesen wird auch deshalb ganz besonders ratsam sein, weil der Friedensapostel erfahrungsgemäss gerade von den in diesen Kreisen ausschlaggebenden Kräften und Beweggründen nie zu viel wissen kann. Keine Friedensaktion, wie überhaupt keine soziale Reformtätigkeit wird fortan ohne sorgfältigste Ergründung der unser Erdreich durchwühlenden wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen möglich sein. Gerade an deren Kenntnis fehlte es aber dem bisherigen Friedensapostel in bedenklichem Masse, wie schon die bewundernde Aufnahme der so wenig gründlichen Bücher eines Norman Angell zeigt.

Ein so ungemein weitläufiges und delikates Werk wie die Neuorganisation der europäischen Staatenwelt kann unmöglich die Aufgabe grosser und wortreicher Elemente von alle Bildungsstufen umfassenden Versammlungen sein. Wichtiger als die Gewinnung zahlreicher Mitläufer ist die Bildung eines mit Ernst und gründlichstem Wissen ausgerüsteten Studienausschusses mit fortwährend tagenden Unterabteilungen für jede der einschlägigen rechtlichen, volkswirtschaftlichen, inner- und ausserpolitischen Fragen. Mit der Diskussion dieser hundert Probleme vor der grossen Menge — hat es keine Eile, da dadurch der Ernst der ganzen Sache fast unvermeidlich gestört würde.

Auch in der Propaganda durch die Presse dürfte man mit Gewinn die Regel verfolgen, mehr auf die Qualität als auf die Zahl der zu Bekehrenden zu achten, die gefundenen Lösungen nicht sowohl in Allerweltsblättern, als in ernsten Fachorganen der Geschäfts-, Bank-, Beamtenwelt usw. zur Sprache zu

bringen. Es hätte dies den doppelten Vorteil, dass erstens jede Frage vor den für sie ganz besonders zuständigen Areopag käme (die Gesetzgebungsfragen vor die Juristen, die Wirtschaftsfragen vor die Geschäftsleute usw.), und dass für den Friedensapostel selbst bei dieser Gelegenheit gar manche gute Einsicht abfiele. Der oberflächliche Demagoge und Gefühlskrämer wird natürlich dieser schweren Arbeit nach wie vor die leichten Erfolge der Propagandaversammlungen, Teekränzchen usw. vorziehen, aber am grossen Getriebe des modernen Staats- und Wirtschaftslebens werden seine Ratschläge abgleiten wie ein Wasserstrahl an einer Panzerplatte.

Der Kampf um Kolonien.

Von Dr. M. NACHIMSON, Russland.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die wichtigste Triebfeder des jetzigen Krieges der Kampf um Kolonien ist. Welcher sein unmittelbarer Anlass sein mag, im Hintergrund aller Bestrebungen der Grossmächte liegt der Drang nach überseeischem Gebietserwerb. Ein Krieg ist ja bekanntlich nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, und die Politik der Mächte dreht sich seit drei Jahrzehnten fast ausschliesslich um koloniale Fragen.

Man darf aber noch weiter gehen und die These aufstellen, dass, solange der Wettbewerb um Kolonien bestehen bleibt, keine Aussicht auf eine friedliche Entwicklung besteht. Folglich ist es auch für die pazifistische Bewegung die höchste Zeit, diesen Problemen ihre Aufmerksamkeit zu schenken, während sie sich bis jetzt in der Hauptsache mit den kontinentalen Problemen beschäftigt hat. Sie will es noch immer nicht begreifen, dass die „Organisation Europas" von der der übrigen Weltteile abhängt. Man trifft sogar Pazifisten an, die in kolonialen Fragen den Standpunkt der Imperialisten vertreten, ohne den Widerspruch zwischen ihren Friedensbestrebungen und ihren Ansichten in bezug auf die kolonialen Probleme einzusehen.

Eine scharfe Absage an die Kolonialpolitik habe ich, mit Ausnahme der sozialistischen Schriften, nur noch in einer einzigen Kriegsschrift von Ernst Müller-Holm, „Der englische Gedanke in Deutschland", getroffen, die zur Abwehr des Imperialismus dienen sollte. In ihr findet man manches recht Lesenswerte. Nur geht der Autor vom Stand-

punkte der „Selbstgenügsamkeit" des Staates aus, ein Standpunkt, der ihn zu Inkonsequenzen verleitet und überhaupt unhaltbar ist. Klarer und von allgemeinen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus beurteilt das koloniale Problem ein hoher deutscher Diplomat, der unter dem Pseudonym Ruedorffer eine beachtenswerte Abhandlung über die Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart veröffentlicht hat (1914). Hier wird der Zusammenhang zwischen den Expansionsbestrebungen der modernen Staaten und den Kriegen beleuchtet.

Sobald Ruedorffer von seinen Abstraktionen zur konkreten Wirklichkeit übergeht, gibt er sehr interessante Aufklärungen. Die moderne Expansion, meint er, unterscheide sich vielfach von der früherer Zeiten. In unserer Zeit sei aus dem Kampf um Grund und Boden zu einem wesentlichen Teil ein Kampf um Absatzmärkte geworden. „Zudem war in früheren Zeiten viel mehr als heute die direkte politische Beherrschung des fremden Landes Vorbedingung für die wirtschaftliche Ausnutzung seines Marktes." Heute kann es nur noch für Länder mit schwach entwickelter Industrie der Fall sein. Eine hoch entwickelte Industrie findet für ihre Waren leicht überall Absatz, selbst in fremden Kolonien. So „hat Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen in England und einem grossen Teil der englischen Kolonien frei und ungehindert entfalten können."

In der Tat lässt sich feststellen, dass der Handel der Kolonien mit den anderen Ländern sich rascher entfaltet als mit dem Mutterlande. Frankreich betreibt eine besonders engherzige koloniale Handelspolitik und ist bestrebt, den kolonialen Handel für das eigene Land zu monopolisieren. Trotzdem ist die Einfuhr der französischen Kolonien aus Frankreich im Jahrzehnt 1903—1912 bloss von 216,3 auf 284,2 Millionen Fr., die aus anderen Ländern aber von 219,9 auf 377 Millionen gestiegen. Ebenso hob sich die Ausfuhr der französischen Kolonien nach dem Mutterlande in der entsprechenden Zeit bloss von 154,3 auf 301,6, nach den anderen Ländern aber von 185,1 auf 448,2 Millionen Fr. Wir können beliebige andere Kolonien betrachten, stets steigt ihr Handel mit den anderen Ländern rascher an als mit dem Mutterlande. So versorgt auch Ägypten Deutschland ebensogut mit Baumwolle wie England. Und wenn es sich tatsächlich bloss darum gehandelt hätte, Absatzmärkte und Rohstoffquellen für die Industrie zu erlangen, so wäre der Kampf um Kolonien so gut wie überflüssig.

Ein so scharfsinniger Politiker wie Prof. H. Delbrück gibt auch in seiner Schrift „Bismarcks Erbe" offen zu, dass „der letzte Zweck der Kolonialpolitik nicht im Wirtschaftlichen,

sondern im Nationalen und Politischen zu suchen ist." Was versteht aber er darunter, der in der Schaffung eines deutschen zentralafrikanischen „Indien" das wesentlichste Ziel des Krieges sieht? Er meint, Kolonien seien notwendig, um das schwerste aller sozialen Probleme zu lösen, um für die aufsteigenden Söhne des Volkes, den Überschuss der Intelligenz, der zuhause keinen Arbeitsplatz findet, eine befriedigende Tätigkeit zu schaffen. Sicherlich ist dies eine der wichtigsten Triebfedern der Kolonialpolitik und gibt uns eine Erklärung dafür, warum gerade in der „Intelligenz" die imperialistischen Bestrebungen so festen Boden gefasst haben. Dieser „Überfluss in der Intelligenz" ist es, der den „alldeutschen Verband" bildet und der in der jüngsten politischen Geschichte Deutschlands seine verhängnisvolle Rolle spielt. Nicht anders ist es auch in anderen Ländern. Überall drängen die „beschäftigungslosen" Intellektuellen oder die Militärs a. D. auf eine politische und koloniale Expansion hin.

Trotzdem wäre ihr Einfluss nicht ausreichend, um Kriege heraufzubeschwören und die Regierungen für Kolonialpolitik intensiv genug zu engagieren. Ruedorffer berührt hier den springenden Punkt: „Ein grosser Teil des modernen Kampfes der Nationen ist ein Kampf der Kapitalien um Arbeitsgelegenheit und höhere Zinsfrucht."

An einer anderen Stelle spricht er diesen Gedanken noch deutlicher aus: „Die Rivalität dreht sich nur um den Prozentanteil am Gewinn..." „Der politische Einfluss ist hier der Weg zum wirtschaftlichen Gewinn, weil durch ihn der Anteil an den Gewinnen der Erschliessung über den der reinen wirtschaftlichen Leistung entsprechenden Prozentsatz gesteigert werden kann. Zunächst folgen alle grossen Geschäfte, die Staatslieferungen, die Anleihen, die Eisenbahnbauten dem politischen Einflusse. Er ist nötig zur Erlangung von Konzessionen, kann dazu dienen, die Handels- und Zollgesetzgebung und die Art und Weise ihrer Handhabung in den zu erschliessenden Ländern so zu beeinflussen, dass sie dem Konkurrenten von Nachteil, dem eigenen Kaufmann von Nutzen ist. Diese Ausnutzung des politischen Einflusses zu wirtschaftlichen Zwecken ist der halbe Inhalt der modernen Weltpolitik — zumal in den politisch neutralen und unabhängigen Neuländern, z. B. in Südamerika. Das Ziel ist natürlich auch hier die politische Beherrschung, die wirtschaftliche Monopolstellung unter Verdrängung der Konkurrenz".*)

In der Tat, die imperialistische Politik dient in der Hauptsache dazu, dem Grosskapital die monopolistische Aus-

*) Gesperrt von mir.

beutung fremder Gebiete zu ermöglichen, wie die Zollpolitik und die Kartelle die monopolistische Ausbeutung des inneren Marktes zum Zwecke haben. So meint auch K. Wiedenfeld („Der Sinn deutschen Kolonialbesitzes"), dass die deutschen Kolonien zwar „grösseren und sicheren Gewinn für Handels- und Pflanzkapital" bringen, dass aber „keine Rede davon ist, dass der Güteraustausch (mit ihnen) für die Heimat eine Unentbehrlichkeit und zum Ersatz für sonstige Rohstofflieferanten und Fabrikatabnehmer werden könne." Ebenso meint Müller-Holm, dass der Handel mit den Kolonien eine Angelegenheit sei, die zwar für einzelne grosse Firmen sehr wichtig ist, das deutsche Volk aber völlig kalt lassen muss. Wiedenfeld konstatiert übrigens, dass der koloniale Handel den technischen Fortschritt und folglich die kulturelle Entwicklung des Landes aufhält.

Das alles ist gewiss sehr richtig. Trotzdem schwärmt ein Teil der sozialistischen Arbeiter — von den vielen „sozialpatriotischen" Intellektuellen ganz abgesehen — noch für die Erwerbung von Kolonien. Das zeigt, wie wenig die kolonialen Probleme studiert und aufgeklärt sind.

Welche Lösung der Kolonialprobleme könnte man aber vorschlagen? In einer sehr interessanten Arbeit: „La Belgique industrielle et commerciale de demain", von Ingenieur R. Billard (Paris 1915), die vom Präsidenten des Internationalen Friedensbureaus, Senateur H. La Fontaine, eingeleitet wird, finden wir ein ganzes pazifistisches Friedensprogramm, und darunter einen Vorschlag in bezug auf die Kolonien. Während Henri Lambert, der sofort den Grund des jetzigen Krieges im Kampfe um Kolonien erkannt hat, in seinem Briefe an Wilson die vollständige Internationalisierung der Kolonien vorschlägt, glaubt R. Billard doch dem Mutterlande einen Vorzug von 2—5% einräumen zu müssen. Indes auch die vollständig „offene Tür" in den Kolonien garantiert bekanntlich nicht die Gleichheit aller Staaten in den Kolonien. Gewiss würde die „offene Tür" den Wettbewerbseifer um Kolonien dämpfen und somit die Kriegsgefahr vermindern. Eine noch gründlichere Lösung des Kolonialproblems wäre aber, wenn man den Kolonien überhaupt die vollständige Selbständigkeit gewährt hätte und, wo dies noch nicht völlig angängig erscheint, wo die Kolonien selbst noch keine Rechtsordnung geschaffen haben, internationale Kommissionen einsetzt, die bloss auf die Rechtspflege achten, im übrigen den Eingeborenen die Selbstverwaltung überlassen sollen.

Es scheint, dass der jetzige Krieg uns gerade in dieser Hinsicht einen bedeutenden Schritt weiter bringen werde. Wenig-

stens scheint die Selbständigkeit der bedeutendsten Kolonien der Welt, Indiens und Ägyptens, sich bald verwirklichen zu wollen. Beachtenswert ist auch der Versuch der Vereinigten Staaten Nordamerikas, den Philippinen die Selbständigkeit zu gewähren. Scheidet aber Asien und Vorderafrika als zukünftiges Kolonialland aus, was bleibt noch übrig? Die Wüsteneien Afrikas? Sollen sich die europäischen Völker um dieser willen zerfleischen?

* * *

An die Redaktion der Internationalen Rundschau,

Zürich.

Sehr geehrter Herr,

Hier in kurzen Worten meine Ansicht über den Pazifismus, welche ich übrigens ausfürlicher in Heft 1 und 2 der Monatsschrift „demain" dargelegt habe.

Ich meine, dass die Pazifisten vor dem Krieg — abgesehen von einigen ganz seltenen Ausnahmen — eine wenig kühne und wenig wirksame Propaganda entwickelt haben. Sie fürchteten sich vor dem Radikalismus ihrer eigenen Ansichten, und sie verdienen in diesem Punkt die Vorwürfe, welche Tolstoi in seinem Briefe an den Weltfriedenskongress in Stockholm (1910) an sie gerichtet hat.

Die Zahl der „konsequenten" Pazifisten war verschwindend klein, und die meisten gefielen sich darin, über irgendein juristisches Thema zu diskutieren, Gemeinplätze zu entwickeln und Bankette abzuhalten. Gerade so wie die Sozialisten verdienen die Pazifisten den schärfsten Tadel. Ihrer beider unverzeihlicher Fehler war es, ihre Stellung zum Militarismus nicht klar auseinandergesetzt zu haben.

In diesem Punkte darf es keine Zweideutigkeit geben. Man ist für den Krieg oder man ist gegen den Krieg, für oder gegen die Armeen, für oder gegen den Militarismus. Alles andere ist Literatur.

Es ist auch unbegreiflich, dass die Pazifisten nicht daran gedacht haben, eine zentrale Informationsstelle einzurichten, mit der Bestimmung, den unglückseligen Einfluss der Tagespresse und die von ihr verbreiteten Nachrichten zu bekämpfen. Ein anderer wichtiger Punkt ist der Alkoholismus, diese Hauptstütze des Militarismus, dessen Bekämpfung und Ausrottung eine Aufgabe der Pazifisten wäre.

Aber ich sehe eine bessere Zukunft voraus. Wenn unter den erklärten Pazifisten die Mehrheit versagt hat — es war kaum anders zu erwarten —, so gibt es heute eine grosseAnzahl

Besonnener, die mit starker Unerschrockenheit die Zukunft vorbereiten. Es gilt schon jetzt ein neues Programm aufzustellen, das von neuen Gesichtspunkten getragen wird, es gilt insbesondere, überzeugungstreue Männer zu finden, zu sammeln und zu ermutigen. Unter anderem hat der Krieg auch den Beweis erbracht, dass Programme und Ideen genau so viel Wert haben als die Menschen, welche dahinter stehen.

Um von Anfang an alle Ängstlichen, alle Schwachen und Unentschiedenen — welche bisher die Reihen der Friedensfreunde füllten — abzuschrecken, muss ein radikales Mindestprogramm aufgestellt werden, zu dessen Einhaltung und Ausgestaltung die Anhänger sich verpflichten.

Genehmigen Sie usw.

Genf, 31. März 1916. Henri Guilbeaux,
Herausgeber des „demain".



Gleichwie wir die Anhänglichkeit der Wilden an ihren gesetzlosen Zustand, sich lieber unaufhörlich zu balgen als sich einem gesetzlichen, von ihnen selbst zu konstituierenden Zwange zu unterwerfen, mithin die tolle Freiheit der vernünftigen vorzuziehen, mit tiefer Verachtung ansehen und als Rohigkeit, Ungeschliffenheit, tiefe Abwürdigung der Menschheit betrachten, so, sollte man denken, müssten gesittete Völker, jeder für sich, zu einem Staate geeinigt, eilen, aus einem so verworfenen Zustand je eher desto lieber herauszukommen . . .

Da es nun mit der unter den Völkern der Erde einmal durchgängig überhandgenommenen Gemeinschaft so weit gekommen ist, dass eine Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt wird, so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrecht überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden, nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf.

Immanuel Kant: „Zum ewigen Frieden."

Der Turm zu Babel.

Von STEFAN ZWEIG.

Die tiefsten Legenden der Menschheit walten um ihren Anbeginn. Die Symbole des Ursprungs haben eine wundervolle dichterische Kraft und gleichsam selbsttätig deuten sie auf jeden späteren großen Augenblick der Geschichte zurück, in der sich Völker erneuern und bedeutende Epochen ihren Anbeginn nehmen. Und so ist in den Büchern der Bibel, noch auf den ersten Blättern, bald nach dem Chaos der Schöpfung, ein wunderbarer Mythos der Menschheit erzählt. Damals, kaum erstanden aus dem Unbekannten, noch umschattet von der Dämmerung des Unbewußten, hatten die Menschen sich zusammengetan zu einem gemeinsamen Werk. Sie standen in einer fremden, weglosen Welt, die ihnen finster schien und gefährlich, hoch über sich aber sahen sie den Himmel stehen, rein und klar im ewigen Spiegel des Unendlichen, nach dem eine Sehnsucht ihnen eingeboren war. Sie traten zusammen und sprachen: „Wohlauf, lasset uns eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis in den Himmel reiche, daß wir uns einen Namen machen für die Ewigkeit". Und sie taten sich zusammen, kneteten Lehm und brannten Ziegel daraus und huben an, ihn zu bauen, daß es ein Turm werde, der hineinreiche in Gottes Saal zu seinen Sternen und zu der blanken Schale des Mondes.

Gott sah vom Himmel das kleine Mühen und mochte gelächelt haben, wie er die Menschen erblickte, die, selbst klein, durch die Ferne wie winzige Insekten, noch Kleineres zusammentaten, geknetete Erde und behauene Steine. Ein Spiel mochte es ihm dünken, einfältig und ungefährlich, was die Menschen da unten begannen in ihrem wirren Verlangen nach Ewigkeit. Aber bald sah er die Grundfesten des Turmes wachsen und wachsen, weil die Menschen einträchtig waren und einhellig, weil sie nicht innehielten in ihrem Werke und einträchtig sich halfen, einer dem andern. Und da sagte er sich: „Sie werden nicht ablassen von dem Turm, ehe sie ihn nicht vollendet haben". Zum ersten Mal erkannte er die Größe des Geistes, den er selbst in die Menschen getan. Er ward inne, daß es nicht mehr der seine war, der dann ewig ruhte nach sieben Tagen des Werks, sondern ein anderer, gefährlicher, wundervoller Geist der Uner-

müdlichkeit, der nicht abläßt vor der Erfüllung. Und zum ersten Mal ward Gott bange vor den Menschen, denn sie waren stark, wenn sie ähnlich waren wie er selbst, eine Einheit. Er begann nachzusinnen, wie er das Werk hemmen könnte und ihre Kraft zerbrechen. Und er fand, daß er nur stärker wäre als sie, wenn sie nicht mehr einträchtig wären und tat die Zwietracht zwischen sie. Er sprach zu sich selbst: „Lasset uns sie verwirren, daß keiner des andern Sprache vernehme." Damals wurde Gott zum ersten Mal grausam gegen die Menschheit.

Und Gottes finsterer Entschluß wurde Tat. Er reckte die Hand aus gegen die Fleißigen, die unten Schulter an Schulter in emsiger Eintracht wirkten und schlug ihren Geist. Die bitterste Stunde der Menschheit war gekommen. Plötzlich über Nacht, mitten am Werk, verstanden sie einander nicht mehr. Sie schrieen sich zu, aber keiner begriff des andern Rede, und da sie sich nicht verstanden, ergrimmten sie gegeneinander. Sie warfen ihre Ziegel weg, Haue und Kelle, sie stritten und zankten und schließlich liefen sie alle fort vom gemeinsamen Werke, jeder in sein Heim, jeder in seine Heimat. Über alle Felder und Wälder der Erde zerstreuten sie sich, bauten jeder nur mehr seine eigene enge Heimstatt, die nicht in die Wolken reichte und nicht zu Gott, sondern nur eben sein Haupt schützte und seinen nächtlichen Schlaf. Der Turm Babels aber, der gewaltige, blieb verlassen. Regen und Wind rissen an seinen Zinnen, die schon den Himmel nahe gesehen, allmählich sanken sie ein, bröckelten ab und zerbrachen. Bald war er Legende, nur aufgezeichnet im Lied, und die Menschheit vergaß das größte Werk ihrer Jugend.

Hunderte und Tausende Jahre gingen darüber hin, die Menschen lebten seitdem in der Abgeschiedenheit ihrer Sprachen. Sie taten Grenzen zwischen ihre Felder und Länder, Grenzen zwischen ihre Glauben und Sitten, fremd lebten sie nebeneinander und wenn sie ihre Marken überschritten, so war es nur, um sich zu berauben. Jahrhunderte, Jahrtausende gab es keine Einheit zwischen ihnen, nur abgesonderten Stolz und eigensüchtiges Werk. Aber doch wie von einem Traum mußte aus ihrer gemeinsamen Kindheit noch eine Ahnung des großen Werkes in ihnen sein, denn allmählich ansteigend in die Reife der Jahre, begannen sie wieder einander nachzufragen und unbewußt den verlorenen Zusammenhang zu suchen. Ein paar kühne Menschen machten den Anfang, sie besuchten fremde Reiche, brachten Botschaft heim, allmählich befreundeten sich die Völker, eines lernte vom andern, sie tauschten ihr Wissen,

ihre Werte, ihre Metalle, und allmählich entdeckten sie, daß verschiedene Sprachen keine Entfremdung sein müßten und Grenzen kein Abgrund zwischen den Völkern. Ihre Weisen erkannten, daß keine Wissenschaft aus einem Volk allein die Unendlichkeit begreifen könnte, bald empfanden auch die Gelehrten, daß der Austausch der Erkenntnisse rascher den gemeinsamen Fortschritt befördere, die Dichter übertrugen die Worte der Brüder in die eigenen Nationen, und Musik, die einzige, die frei ward vom engen Band der Sprache, durchdrang gemeinsam aller Gefühl. Die Menschen liebten das Leben mehr, seit sie wußten, daß auch eine Einigkeit möglich war jenseits der Sprache, ja sie dankten Gott für das, was er als Strafe über sie verhängt, dankten ihm, daß er diese Vielfalt ihnen zugeteilt, weil er ihnen damit die Möglichkeit gegeben, vielfach die Welt zu genießen und an den Verschiedenheiten die eigene Einheit stärker bewußt zu lieben.

So begann er allmählich auf Europas Boden wieder zu erstehen, der Turm zu Babel, das Denkmal der brüderlichen Gemeinschaft, das Monument der menschlichen Solidarität. Nicht die stumpfe Materie war es mehr, Ziegel und Ton, Mörtel und Erde, den sie wählten, um den Himmel zu erreichen, Gott und Welt zu verbrüdern; aus dem feinsten, unzerstörbarsten Stoff des irdischen Wesens, aus Geist und Erfahrung, aus den sublimsten seelischen Substanzen war er erbaut, der neue Turm. Breit und tief war sein Fundament, die Weisheit des Morgenlandes hatte es vertieft, christliche Lehre gab ihm das Gleichgewicht und die Menschheit der Antike die ehernen Quadern. Alles was je die Menschheit getan, was der irdische Geist vollbracht, ward eingefügt in diesen Turm und er stieg empor. Jede Nation steuerte bei, was sie schuf zu diesem Denkmal Europas, junge Völker drängten sich heran und lernten von den alten, gaben ihre unberührte Kraft zu der weisen Erfahrung. Sie lernten von einander die Kunstgriffe, und daß jeder anders arbeitete, erhöhte nur den gemeinsamen Eifer; denn wenn einer mehr tat, so war es Ansporn für den Nachbarn und die Zwistigkeiten, die manchmal manche unter den Nationen verwirrten, konnten keinen Einhalt tun an dem gemeinsamen Werk.

So wuchs der Turm, der neue Turm von Babel, und nie stieg seine Spitze so hoch empor als in unserer Zeit. Nie waren die Nationen gegenseitig so sehr in ihren Geist eingedrungen, nie die Wissenschaften ähnlich innig verknotet, nie der Handel so sehr verwoben zu einem wundervollen Netz, und nie hatten die Menschen Europas ihre Heimat und

die ganze Welt ſo ſehr geliebt. Schon mußten ſie in dieſem Rauſch der Einheit den Himmel fühlen, denn die Dichter aller Sprachen begannen gerade in den letzten Jahren in Hymnen die Schönheit des Seins und des Schaffens zu preiſen und fühlten ſich wie einſt die Erbauer des mythiſchen Turms, ſchon ſelbſt der Gott durch die Nähe der Erfüllung. Das Denkmal ſtieg auf, alles Heilige der Menſchheit war darin verſammelt, und Muſik umflutete es wie ein Sturm.

Aber der Gott über ihnen, der unſterblich iſt wie die Menſchheit ſelbſt, ſah erſchreckt den Turm wieder wachſen, den er ſchon einmal zerſchlagen, und ihm bangte wiederum. Und wiederum wußte er, daß er nur ſtärker ſein könnte als die Menſchheit, wenn er wieder Zwietracht ſendete und es vollbrachte, daß die Menſchen einander nicht verſtünden. Wieder war er grauſam, wieder ſandte er Verwirrung unter ſie und nun, nach tauſend und tauſend Jahren, iſt dieſer entſetzliche Augenblick mitten in unſerem Leben erneuert. Über Nacht verſtanden die Menſchen einander nicht mehr, die friedlich miteinander geſchaffen, und weil ſie ſich nicht verſtanden, ergrimmten ſie gegen einander. Wieder warfen ſie ihr Arbeitszeug weg oder wendeten es als Waffe gegen einander, die Gelehrten ihre Wiſſenſchaft, die Techniker ihre Entdeckungen, die Dichter ihre Worte, die Prieſter ihre Glauben, alles wurde törichte Waffe, was früher Handhabe war zu lebendigem Werk.

Das iſt unſer furchtbarer Augenblick von heute. Der neue Turm von Babel, das große Denkmal der geiſtigen Einheit Europas iſt verlaſſen, die Werkleute haben ſich verlaufen. Noch ſtehen ſeine Zinnen, noch ragen ſeine unſichtbaren Quadern über der verwirrten Welt, aber ohne die gemeinſame Mühe, die erhaltende und fortdauernde, wird er ſtürzen in Vergeſſenheit. Wie jener andere in den Tagen der Mythe. Viele ſind heute unter allen Völkern, die ſolches wünſchen, die das, was ihre Nationen beigetragen zum Gemeinſamen, am liebſten auslöſen möchten aus dem wundervollen Bau, unbeſorgt darum, ob er in Brüche ginge, um allein mit der verminderten Kraft ihrer Volksgemeinſchaft den Himmel und die Unendlichkeit zu erreichen. Aber andere ſind noch zur Stelle, die meinen, es könne niemals einem Volke, einer Nation gelingen, zu erreichen, was kaum die vereinte europäiſche Kraft in Jahrhunderten heroiſcher Gemeinſamkeit vermocht. Menſchen, die gläubig glauben, daß dieſes Denkmal hier ſich vollenden müſſe in unſerem Europa, wo es begonnen ward und nicht vielleicht in fremden Weltteilen, in Amerika, in Aſien. Noch iſt die Stunde nicht reif zu gemeinſamer

Tätigkeit, noch zu groß die Verwirrung, die Gott in die Seelen geſendet, und Jahre werden vielleicht vergehen, ehe die Brüder von einſt wieder Schulter an Schulter in friedlichem Wettſtreit gegen die Unendlichkeit ſchaffen. Aber doch müſſen wir wieder an den Bau zurück, jeder an die Stelle, wo er ihn verließ im Augenblick der Verwirrung. Vielleicht werden wir einander bei der Arbeit Jahre nicht ſehen, vielleicht kaum hören voneinander. Aber wenn wir nur ſchaffen, jeder an ſeiner Stelle, mit der alten Glut, ſo wird der Turm wieder aufſteigen und auf den Höhen werden ſich die Nationen wieder finden. Denn der uns zum Werke ruft, ſoll nicht der Stolz ſein des einzelnen Volkes, das in Raſſe und Sprache geſteigerte Selbſtgefühl, ſondern der alte Ahnherr, unſer Geiſt, der gleich iſt in allen Geſtalten aller Legenden, jener namenloſe Werkbauer von Babel, der Genius der Menſchheit, deſſen Sinn und Seligkeit es iſt, mit Gott, ſeinem Schöpfer, zu ringen.

Carmel, Schweden.



So sehr wir, die wir als Deutsche geboren sind, von Natur geneigt sein mögen, alle höchsten und tiefsten Köstlichkeiten uns zuzuschreiben — so viel Besonnenheit und Gerechtigkeit müssen wir doch haben, zu wissen, dass höchster menschlicher Wert unmöglich einem Volke allein zufallen kann. — Dass vielmehr dieser Pharisäismus, diese Selbstgefälligkeit aller Völker, sich für das auserwählte Volk zu halten, — eben die Ursache all des Grauens und der Schrecknisse um uns ist. Ihre Fehler zu bessern und abzulegen, ist die Sache jener Völker selbst; wer wollte sich anmassen, vom Schicksal auserwählt zu sein, jene zu „züchtigen"? — So wenig wie wir von jenen gezüchtigt zu werden wünschen. Notwendiger wäre es, den Balken in unserem eigenen Auge zu entdecken — anstatt allein des Splitters der andern zu gedenken.

Helene Stöcker, „Die neue Generation", Feber 1916.



Ernst Mach und der internationale Gedanke.

Von Prof. Dr. WILHELM JERUSALEM, Wien.

Ernst Mach, der grosse Naturforscher und Philosoph, der vor kurzem aus dem Leben schied, war durch und durch Österreicher und hat sich zeitlebens immer als Deutscher gefühlt und bekannt. Trotzdem ist Ernst Mach, und zwar äusserlich und innerlich, eine internationale Gestalt und ein internationaler Charakter geworden. Ja, es lässt sich für den, der nicht bloss die Werke, sondern die Persönlichkeit Machs kennen gelernt hat, an dieser Forschernatur zeigen, dass der Internationalismus nicht bloss ein Name ist für vorhandene oder wünschenswerte Beziehungen zwischen den Kulturvölkern der Erde, sondern auch eine Gesinnung und eine seelische Struktur, von der einige wesentliche Züge bei Ernst Mach besonders scharf ausgeprägt waren.

Bevor wir daran gehen, diese Charakterzüge herauszustellen, ist ein kurzes orientierendes Wort über Machs naturwissenschaftliche und philosophische Leistungen unerlässlich. Mach war dreissig Jahre lang — zuerst in Graz und dann in Prag Professor der Physik. Er hat diese Wissenschaft durch eine Reihe von Einzeluntersuchungen bereichert und mehrere sinnreiche Apparate konstruiert. Seine Haupttätigkeit bestand aber darin, durch historisch-kritische Untersuchungen die theoretischen Grundlagen der Physik neu zu prüfen und zu klären. Dies hat er in seinen Werken „Die Mechanik in ihrer Entwicklung“ und „Prinzipien der Wärmelehre“ mit solchem Erfolge getan, dass eine stattliche Anzahl von Physikern ihn als ihren Führer betrachtet und in seinem Sinne weiterforscht. Durch diese Studien wurde er aber weit über das Gebiet der Physik hinausgeführt und zum Nachdenken über die Methode, den Sinn und die Bedeutung der Wissenschaft

überhaupt angeregt. Die Ergebnisse dieser wahrhaft bahnbrechenden Arbeiten sind in seinen „populärwissenschaftlichen Vorlesungen", in der „Analyse der Empfindungen", ganz besonders reich und tief aber in seinem vollendetsten Werke, in dem Buche „Erkenntnis und Irrtum" niedergelegt.

Was Mach hier zu leisten unternimmt, lässt sich in Kürze etwa folgendermassen charakterisieren. Er dringt zunächst auf strenge Erfahrungsmässigkeit des Wissens und ist deshalb mit aller Strenge darauf bedacht, die subjektiven Zutaten aus dem Weltbilde zu entfernen. Deshalb leitet er sein erstes erkenntnistheoretisches Buch, die „Analyse der Empfindungen" ein mit „antimethaphysischen Vorbemerkungen". Mach will ferner einen Standpunkt finden, den er nicht sogleich verlassen muss, wenn er von der Physik zur Psychologie übergeht. Das heisst aber nichts anderes, als der grosszügige Versuch, das dem Menschen erreichbare Wissen zu vereinheitlichen. Zu diesem Zwecke bemüht er sich in derselben Weise wie Avenarius, der Züricher Philosoph, den Unterschied zwischen physischen und psychischen Vorgängen als nicht vorhanden zu beweisen. Das Weltgeschehen besteht aus elementaren Vorgängen — Mach sagt kurz „Elementen", die mit einander in funktionalen Beziehungen stehen. Diese Beziehungen möglichst vollständig zu ermitteln, zu beschreiben, ökonomisch zu ordnen und in brauchbare Formeln zusammenzufassen, das ist die Aufgabe der Wissenschaft. Die Welt ist für ihn kein beharrendes Sein, sondern eine Summe ineinandergreifender Ereignisse. Ich habe diese Denkrichtung, die Mach und Avenarius vertreten, als „Monismus des Geschehens" bezeichnet und Mach hat diese Bezeichnung ausdrücklich gebilligt.

Auf diesem Wege zur Vereinheitlichung des Wissens stellte sich nun der Begriff eines konstanten, unzerstörbaren Ich als starkes Hindernis entgegen. Mach ist nun mit grosser Energie daran gegangen, den Ich-Begriff zu überwinden und zu zeigen, dass das, was wir unser Ich nennen,

nur ein etwas stärker in sich zusammenhängendes Bündel von Vorgängen ist, die mit andern Vorgängen, die sich in unserm Körper und in der sogenannten Aussenwelt abspielen, ganz ebenso in funktionalen Beziehungen stehn, wie alle andern kosmischen Ereignisse. Das Ich ist also nur ein Teil des Weltgeschehens und es ist, wie Mach einmal sagt, gänzlich unbegründet, „wenn sich der Mensch, die kleine Narrenwelt, gewöhnlich für ein Ganzes hält". Mach war immer sehr stolz darauf, dass es ihm gelungen sei, das Ich zu überwinden, und in gewissem Sinne entsprach seine Ich-lose Erkenntnistheorie seinem innersten Wesen. Zu dieser streng empirischen und zugleich vereinheitlichenden Methodenlehre trat nun ein neues, überaus wichtiges und interessantes Moment hinzu. Unter dem Einfluss Darwins, dessen Werk über die Entstehung der Arten kurz nach seinem Erscheinen (1859) auf den damals zweiundzwanzigjährigen jungen Forscher starken Eindruck machte, kam Mach zur Überzeugung, dass alle menschliche Erkenntnis als eine Anpassungserscheinung und zugleich als eine sehr wirksame Waffe im Kampf ums Dasein aufgefasst werden müsse. Aus dem Lebenstrieb ist das Wissen geboren, und seine höchste Aufgabe muss immer darin bestehen, dem Leben zu dienen. In dieser fruchtbaren Synthese von antimetaphysischer und vereinheitlichender Forschungsmethode mit der biologischen Denkrichtung besteht die eigenartige Struktur, der besondere Reiz und zugleich die wissenschaftliche und menschliche Bedeutung des Mach'schen Geistes. Versuchen wir nun zu zeigen, wie all das mit dem internationalen Gedanken zusammenhängt.

Wir sagten oben, Mach sei äusserlich und innerlich eine internationale Gestalt und ein internationaler Charakter geworden. Äusserlich zeigte sich das zunächst darin, dass er in Amerika viel früher bekannt und berühmt war, als in Deutschland und Österreich. Die „populär-wissenschaftlichen Vorlesungen" sind zuerst in englischer Sprache erschienen, und die amerikanische Ausgabe der „Analyse der Empfindungen" hat weit früher eine zweite Auflage erlebt als die deutsche. William James, der berühmte

amerikanische Psychologe, hat Mach schon im Jahre 1881 in Prag besucht, bevor noch eines seiner Hauptwerke erschienen war. Er hatte die Aufsätze über den Satz von der Erhaltung der Arbeit und über die Bewegungsempfindungen gelesen und schon daraus die grosse Bedeutung des Mannes erkannt. Mach hat ihm später die deutsche Ausgabe der „Vorlesungen“ gewidmet, und William James hat mir gegenüber in mehreren Briefen immer mit der grössten Verehrung von Mach gesprochen. Auch in Russland sind Machs Schriften sehr bald bekannt geworden. Dort hat sich ein nicht kleiner Kreis sozialistischer Denker gefunden, der die Erkenntnistheorie Machs als einen philosophischen Unterbau für die Lehre von Karl Marx benützen wollte. Der österreichische Sozialphilosoph Max Adler hat in seinem Buche „Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus“ (Stuttgart, 1914, bei Dietz) einen Aufsatz „Mach und Marx“ veröffentlicht, in dem diese Bestrebungen dargestellt und auf ihre Haltbarkeit geprüft werden. Wie immer man über diesen Punkt denken mag, jedenfalls ist das Interesse der russischen Sozialisten für Machs Arbeiten ein Beweis seiner Internationalität. In den letzten zwei Jahrzehnten von Machs Leben mehrten sich seine Beziehungen zu fremdländischen Gelehrten in starkem Masse. Mit den Franzosen Couturat und Duhem, mit den Italienern Henriquez und Vailati, mit dem Serben Petroniewicz stand er in brieflichem und in persönlichem Verkehr. Wiederholt erhielt er spanische Werke zugeschickt. Immer neue Übersetzungen seiner Arbeiten wurden publiziert, und ich war oft Zeuge davon, mit welcher Sorgfalt Mach alle diese Übersetzungen durchsah, Versehen berichtigte und Erklärungen beifügte.

Diese Tatsachen beweisen das, was ich die äusserliche Internationalität Machs nannte, zur Genüge. Solche Anerkennung ist aber auch vielen andern deutschen Gelehrten zuteil geworden. Worauf es uns eigentlich ankommt, das ist der Nachweis, dass Mach innerlich, d. h. seelisch eine internationale Natur war, und das wollen wir jetzt versuchen. Wir müssen uns dabei allerdings auf wenige

charakteristische Züge beschränken, die aber vielleicht ein Beitrag werden zu einer künftigen Psychologie des Internationalismus, für die gerade jetzt das Material schwer zu finden und das Interesse nicht leicht zu erwecken ist. Deswegen scheint mir gerade die „Internationale Rundschau" dazu berufen, solche Dokumente und derartige Darstellungen für eine hoffentlich nicht allzuferne Zukunft bereitzustellen.

Machs Denkweise erinnerte vielfach an die Aufklärungszeit des achtzehnten Jahrhunderts. Für diese Epoche hat er immer eine grosse Vorliebe gehabt. Er besass die grosse Enzyklopädie und schlug darin lieber nach als in einem modernen Konversationslexikon. In Diderots Werken, die ebenfalls in seiner Bibliothek standen, las er viel und gern. Das vielbekämpfte Buch seines besten Freundes, des bekannten Sozial-Philosophen und Ethikers Josef Popper-Lynkeus über Voltaire machte ihm wegen seines kräftigen Eintretens für den streitbaren Gegner der Kirche sehr viel Freude. Was ihn zu dieser Geschichtsperiode hinzog, das war die sich immer kräftiger durchsetzende Herrschaft der Vernunft und der daraus entspringende Kampf gegen traditionelle Vorurteile, die als Hemmnisse des Denkfortschrittes empfunden wurden. Das entsprach der vorwiegend intellektualistischen Struktur von Machs Geist. Wenn er Psychologie trieb, so beschäftigte er sich mit Empfindungen, mit dem Vorstellen und mit dem Denken, aber fast nie mit dem Gefühlsleben. Er hat dies sogar selbst als Einseitigkeit empfunden und mir mehr als einmal gesagt, dass er für die Psychologie der Gefühle weniger Sinn und Verständnis habe. Ihm löste sich auch das Fühlen in Denkelemente auf. Dort aber, wo das Denken als die herrschende Macht, ja als der einzige Inhalt der Seele betrachtet wird, dort schwinden fast von selbst die Unterschiede von Sprache und Nationalität. Der strenge Intellektualismus ist eine der wichtigsten Grundlagen und Bedingungen internationaler Denkungsart. Wir finden das schon im Altertum bei den Stoikern. Sie nannten das Denken den führenden Teil der Seele (das Hege-

monikon) und schrieben ihm eine ganz ausserordentlich grosse Kraft zu. Zugleich waren die Stoiker die entschiedensten und konsequentesten Kosmopoliten des Altertums. Bei Mach trat zu der so entschieden intellektualistisch gearteten Natur seines Geistes noch ein besonderes Moment hinzu, das ihn dem Internationalismus zuführte. Wir meinen sein oben erwähntes Streben nach Vereinheitlichung des Wissens, und die damit verbundene Tendenz, herkömmliche Unterscheidungen zu überwinden und zu beseitigen. Es ist fast selbstverständlich, dass für einen solchen Geist die Unterschiede der Sprache und Nationalität neben den allem menschlichen Denken gemeinsamen Gesetzen an Bedeutung sehr zurücktreten müssen. In der Tat hat denn auch Mach alles, was auf Vereinheitlichung der Menschheit abzielte, sympathisch begrüsst und nach Kräften gefördert. An der Begründung einer internationalen Bibliographie der Naturwissenschaften hat er kräftig mitgearbeitet; die Bestrebungen Couturats und Ostwalds nach Ausbildung und Verbreitung einer Universalsprache hat er freudig begrüsst und die Unterstützung durch die Akademie der Wissenschaften — allerdings vergeblich — dafür zu gewinnen gesucht. Auch die ausgesprochenen Sympathien Machs für die Sozialdemokratie sind darauf zurückzuführen, dass er in dem Gedanken einer allgemeinen Arbeitspflicht und einer gleichmässigen Verteilung der Kulturgüter, die er allen Menschen aller Länder zugänglich machen wollte, Bestrebungen fand, die ihm geeignet schienen, eine Vereinheitlichung der Menschheit herbeizuführen.

Machs Intellektualismus war somit eine wichtige Grundlage für seine internationale Gesinnung. Man darf aber deswegen nicht glauben, dass nur kalte Vernunft den Menschen international und kosmopolitisch macht. Es gibt zweifellos auch einen Internationalismus des Gefühls. Im deutschen Neuhumanismus, wie er sich an der Wende des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts entwickelt, finden wir eine solche gefühlte Einheit der Menschen bei Herder und Goethe, bei Schiller und ganz besonders bei

Wilhelm von Humboldt als inneres Erlebnis und als heiss ersehntes Ziel. Der Seele Machs war auch dieses Gefühl nicht fremd, allein seinem innersten Wesen entsprach das Gefühlsmässige weniger. Beruht doch dieses Weltbürgertum des Gefühls auf einem starken Individualismus, der aus der ledendig gefühlten Einheit des eigenen Ich die Welt verstehen und mit dem überquellenden Herzen die ganze Menschheit umschlingen möchte. Eine solche Anschauung widersprach aber vollkommen der Ich-losen Erkenntnistheorie Machs. Er glaubte niemals, dass wir die Welt aus dem Ich heraus können verstehen lernen. Ganz im Gegenteil. Nur indem wir das Weltgeschehen in seine Elemente zerlegen, diese ökonomisch ordnen und ihre Gesetzmässigkeiten studieren, haben wir Hoffnung, uns selbst und unsere Mitmenschen richtiger zu verstehen und unbefangener zu würdigen. Der Weg der Erkenntnis führt bei Mach von der Welt zum Menschen und viel weniger vom Menschen zur Welt. Vielleicht hat Mach diesen Weg etwas zu einseitig als den einzig sichern, als den einzig objektiven angesehen und das innere Entgegenkommen von seiten des Menschen zu wenig beachtet. Jedenfalls aber führt ihn dieser Weg zum Internationalismus, weil dieser eine höhere Stufe der Entwicklung, eine vollkommenere Anpassung der Gedanken an die Tatsachen bedeutet. Machs Menschenliebe, die an einzelnen Stellen seiner Schriften zum Ausdruck kommt, ist darum nicht kälter und nicht schwächer, weil sie aus dem Denken hervorgegangen ist. Sie ist nirgends sentimentale Schwärmerei, sie ist ein „amor hominum intellectualis.“ Von diesem durch eindringende Denkarbeit entwickelten Gefühl getragen, spricht er am Schlusse seines Buches „Erkenntnis und Irrtum“ die Überzeugung aus, dass wir auf Grund unserer psychologischen und soziologischen Einsichten an der Verwirklichung des Ideales einer sittlichen Weltordnung eifrig mitzuarbeiten verpflichtet sind. Er hat sich diese sittliche Weltordnung gewiss nur in internationalem Sinne denken können, weil sie ja sonst keine Weltordnung, keine ökumenische, d. h. die bewohnte Erde umfassende Ordnung wäre.

Mach hat durch seine Lehre und durch sein Leben bewiesen, dass internationale Gesinnung mit der Treue zum Vaterlande und zum eigenen Volke durchaus vereinbar sei. Die strenge Sachlichkeit seines Denkens, sowie die bewundernswerte Weite und Universalität seines Geistes und nicht zum mindesten endlich sein tiefes Bedürfnis nach Vereinheitlichung des Wissens haben jedoch seinen Blick über die Grenzen der Nation hinaus erweitert und ihm die gemeinsamen Interessen der ganzen Menschheit klar vor die Augen gestellt. Mach hat mit Heraklit das ewige Werden als das Wesen der Welt erkannt und war ebenso wie dieser tiefe Denker des Altertums überzeugt,dass die Vernunft etwas allen Menschen gemeinsames sei. Er hat das Ich nicht nur methodisch, sondern auch seelisch überwunden und in selbstloser Hingabe für die Aufklärung und für die Vervollkommnung der Menschheit gearbeitet, darin zeigt sich seine wahrhaft internationale Gesinnung, und darin liegt auch seine unvergängliche internationale Bedeutung.



Im Reiche des Gedankens gehen alle Schlagbäume billig in die Höhe. Es ist des Höchsten nicht so viel über die Erde zerstreut, dass heute ein Volk sagen könnte, wir genügen uns vollständig, oder auch nur: wir bevorzugen das Einheimische, hält man es doch nicht einmal wegen der Industrieprodukte so, sondern greift bei gleicher Qualität, Zoll und Transport mitberechnet, einfach nach dem Wohlfeilern oder bei gleichen Preisen nach dem Besseren. Im geistigen Gebiet muss man einfach nach dem Höheren und Höchsten greifen, das man erreichen kann.

Jakob Burckhardt.



Zur Pressreform.

Die an dieser Stelle erschienenen Artikel zur Reform der Presse (s. Heft 7 u. 9, 1. Jahrgang) haben auch anderen Ortes ein Echo gefunden. So knüpft Regierungsrat Dr. Wettstein an diese Artikel mit einer Arbeit, welche „Die Rundschau des Auswärtigen Dienstes" (15. März, Zürich, Horneggstr. 15) veröffentlicht.

Der erfahrene Mann der Presse spricht darin einer journalistischen Vorbildung das Wort. Er denkt an eine Art Universität mit sprachlichen Fächern und Vorlesungen über die Geschichte der Presse und das Presserecht der wichtigsten Länder, über vergleichenden Journalismus und über die Politik und die politische Parteibildung der Jetztzeit. Weiter ist die Rede von der Besichtigung von Papierfabriken und Druckereien, dann wieder vom Besuch von Vorträgen und von Parlamentssitzungen und von der praktischen Betätigung junger Journalisten im Ausland behufs besserer Einfühlung in sprachliche, volkswirtschaftliche und politische Eigenart fremder Völker. Die Berechtigung der gemachten Vorschläge ist nicht anzuzweifeln und es lässt sich denken, dass, im Laufe von Jahren, das allgemeine Niveau des Standes, seiner Leistungen sowie seiner gesellschaftlichen Einschätzung, gehoben würde.

Theodor Wolff, Chefredakteur des „Berliner Tageblatt", schreibt in der Jubiläumsnummer von „De Amsterdammer" über den Krieg und die Presse. Er drückt darin den Gedanken aus, dass in Holland, der Heimat der grossen Traditionen der Buchdruckerkunst, ein Forum für die Aburteilung journalistischer Übergriffe geschaffen werden sollte:

„Will die Presse vom Anblick all des ungeheuren Jammers, der jetzt die Welt erfüllt, nicht lernen, welche Verantwortung auf ihr lastet und welche Pflichten gegen die Menschheit, gegen das eigene Volk und gegen sich selber sie hat? Und wenn der internationale Journalismus, der aus einer sehr gemischten Schar von Persönlichkeiten besteht, sich nicht selber zügeln kann oder will — kann nicht ein Mittel gefunden werden, um die Welt gegen Ausschreitungen von Journalisten zu schützen, denen das notwendige Verantwortungsgefühl fehlt? Wir haben Gesetze gegen die Aufreizung zum Klassenhass — warum sollte es nicht möglich sein, beim Friedensschluss oder nach dem Friedensschluss eine internationale Vereinbarung zu treffen, die wenigstens die schlimmsten Auswüchse der Völkerverhetzung zu hindern versucht?

Der Friedenspalast im Haag würde wirklich seiner hohen Bestimmung dienen, wenn dort ein sachkundiges Tribunal, mit allen Vollmachten ausgestattet, bestrebt sein dürfte, über diejenigen, die mit der ihnen zufällig anvertrauten Macht fortgesetzt Missbrauch treiben, den blossstellenden, verurteilenden Spruch zu fällen."

Jean Debrit im „demain“*) schreibt gleichfalls zum selben Thema. Er unterzieht in seiner Arbeit die Stellungnahme der Presse im Krieg einer eingehenderen Betrachtung. Er scheint sich damit abzufinden, dass während des Krieges jeder Kämpfer unvermeidlich „durch die Zeitung die tägliche Äthereinspritzung erhält, welche allein es ihm ermöglicht, durchzuhalten — bis zum Siege.“

Aber nachher? Auch Debrit spricht von Journalisten, die sich im Ausland einfühlen sollten und auch ihm schwebt eine Universität vor, eine internationale Akademie des Journalismus, an der nicht nur die feindlichen Sprachen sich brüderlich begegnen, sondern auch Weltgeschichte, Ethnographie, Nationalökonomie und andere Fächer in einem wesentlich anderen Geist gelehrt werden, als bisher in unseren Anstalten zur Hervorbringung nationaler Intellektueller.

Der Verfasser ist nicht frei von Skepsis. Er weiss, wie wenigen Menschen, Redakteuren und anderen, es gelingen will, sogar nach jahrelangem Aufenthalt im Ausland, von diesem viel anderes zu wissen, als die Gegensätze und die Angriffspunkte für spöttische Herabsetzung. Er fragt: Wird unsere Akademie auch Studenten finden und wieviele? Und doch ruft Debrit vertrauensselig die fähigsten Männer auf zum „Beruf des Journalisten, einem der edelsten, dessen Aufgaben so schwierig sind, und zugleich von so zarter Art.“

Die von Begeisterung getragene Arbeit enthält einen Hinweis, der, in gewissem Sinne, sich als lebensfähig schon erwiesen hat. Es handelt sich um die Schaffung einer Presse, einer Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften in verschiedenen Ländern, die sich zur Aufgabe stellen, Versöhnendes hervorzuheben, dagegen lügenhafte Behauptungen, Anschuldigungen und feile Stimmungsmache zu brandmarken. Das Forum, das Wolff im Friedenspalast tagen lassen will, erführe so demokratischere und elastischere Gestaltung. Publikationen wie unsere „Internationale Rundschau“, der „demain“ und andere haben sich heute schon zur Aufgabe gemacht, den Auswüchsen der Presse entgegenzutreten. Diese Aufgabe liess sich im Sinne Debrits ausgestalten und eine Stätte loyaler Beurteilung schaffen für das, was die Presse soll, und für das, was sie leistet. Debrit ist sich klar darüber, dass auch diese Verwirklichung am Geldpunkt zu scheitern droht, und er regt deshalb an, die sozialistische Presse als die Vertreterin der naturgemässen Kriegsgegnerschaft zu einem solchen Forum des Zeitungswesens auszubauen. Auch dazu sind Anfänge schon vorhanden, doch Parteigeist und Parteidisziplin werden an solcher Stelle die überall notwendige Kritik leichtlich auf die Schäden der bürgerlich kapitalistischen Presse begrenzen. **)

*) Nr. 3, 28, rue du Marché, Genf.

**) C. Langelaan in Stoop, schlägt vor, eine pazifistisch orientierte Tagespresse zu gründen, welche allen Auswüchsen der Presse entgegentritt. Wo die erheblichen nötigen Mittel fehlen, soll bestehenden Zeitungen eine Spalte für pazifistische und „pressereinigende“ Tendenzen unter unabhängiger Sonderleitung angegliedert werden.

Dem Wesen der Presse selbst, mit ihrem Schuldanteil am jetzigen Weltkrieg, wird man mit all diesen Mitteln nicht an den Leib können und solange die Zeitung ein Geschäft ist, in welchem das Publikum die Meinungen zu kaufen erhält, wie sie den einflusshabenden, geldgebenden Kreisen genehm sind, ist eine wirkliche Besserung nicht zu erhoffen. Es seien immerhin nachstehend noch einige Anregungen gebracht über das spezielle Verhältnis von Zeitung und Zeitschrift zum Schriftsteller:

Die Vergewaltigung des Redakteurs durch unerbetene Beiträge von offiziöser Stelle und andererseits die Vergewaltigung des Mitarbeiters durch das sinnwidrige, jedes Nachdenken verhöhnende Zeilenhonorar, das den erlesenen Vorzug einer knappen Gestaltung gleichsam unter Strafe stellt, dann das Verschleppen der Manuskripte und die überhebliche Verstümmelung derselben, gestalten die heutigen Beziehungen zwischen Redaktion und Mitarbeiterschaft wenig erquicklich. Diese Beziehungen sind nicht der geeignete Nährboden für eine wertvolle Mitarbeiterschaft, deren die Presse doch bedarf.

Es widerspricht schon jeder geschäftlichen Auffassung, dass der Käufer einer Ware allein den Preis zu bestimmen hat, dass er ihn einheitlich bestimmt nach einem willkürlichen Mass und ohne Ansehen der Qualität. Dass er die Ware erst bei Verbrauch bezahlt — dann oft noch mit befristeter Zahlung — und dass er den Kauf erst bei Eintritt des Verbrauchs als vollzogen anerkennt.

Bernhard Shaw sagt irgendwo, dass jedem Artikel die genaue Adresse des Verfassers und der genaue Betrag des erhaltenen Honorars beigedruckt werden soll. Das wäre ein Anfang, und, wenn ehrliche Durchführung möglich ist, ein Schritt voran. Ich möchte hinzufügen, dass jeder Beitrag anonym — mit Kennwort und Name in verschlossenem Umschlag — an die Redaktion gelangen soll. Über jedes Manuskript muss innerhalb einer vereinbarten Frist verfügt werden. Die überzähligen und ungeeigneten Arbeiten werden vernichtet. Sobald hingegen ein Beitrag geprüft und angenommen ist, wird der Name des Verfassers festgestellt und dieser sofort verständigt. Der Redakteur ist so davor geschützt, wegen eines Titels oder einflussreichen Namens Beiträge annehmen zu sollen, die er nur aus diesem Grunde anzunehmen gewillt ist, und auch die zeitraubende Abfassung von Absageschreiben käme in Wegfall. Der Verfasser erleidet keinen Schaden durch lange Ungewissheit über die Annahme seiner Arbeit. Wenn er innerhalb der ihm bekannten Frist nicht von der Annahme des Manuskriptes verständigt wird, dann weiss er dieses abgelehnt und kann anders darüber verfügen.

Gleichzeitig mit der Annahme einer Arbeit hat die Redaktion dem Autor ein Angebot zu stellen für den Preis, den zu zahlen sie bereit ist und für die Frist, innerhalb welcher das Manuskript zum Abdruck kommen soll. Dieser Preis — hoch oder niedrig — kann sich nicht nach der wirklichen oder vermutlichen Zeilenzahl berechnen, sondern es muss versucht werden, die Arbeit nach Inhalt und Wiedergabe zu bewerten. Wenn der Verfasser diesem

Angebot zustimmt oder auf anderer Basis eine Verständigung erzielt, so hat er Anspruch auf die sofortige Auszahlung des Honorars, sowie darauf, dass seine Arbeit innerhalb der festgelegten Frist veröffentlicht wird. Im Falle diese Frist unbenützt verstreicht, ist das bezahlte Honorar verfallen. Das Eigentumsrecht des Verfassers an seiner Arbeit ersteht dann neu und er kann frei darüber verfügen.

Wenn es eine Redaktion geben sollte, welche diese Bedingungen zu den ihren macht, so wird sie zweifellos die besten Mitarbeiter haben. Es lässt sich leider nicht bestimmt voraussagen, ob damit auch die Abonnentenzahl günstige Beeinflussung erfährt.

Felix Beran.



Aus der Heimat.

Brief an einen russischen Soldaten.

Wie soll ich ohne Dich leben, da ich weder Vater noch Mutter habe. Meine Mutter ist gestorben. Wie soll ich leben. Nun bin ich auf immer verwaist. Du bist auch nicht da, ich weiss nicht, an wen ich mich halten soll. Wenn ich an meinen Kummer denke, weiss ich nicht, wie ich leben soll; wie bin ich doch unglücklich, mutterseelenallein stehe ich auf der Welt. Wenn ich Deiner gedenke, muss ich weinen. O weh, o weh, wie schwer ist es für mich zu leben. Ich weiss nicht, ob ich Deiner werde ausharren können, wenn ich es nur erleben könnte, dass Du unversehrt und unverwundet heimkommst, dass Gott Dich behüte vor der Kugel und dem Bajonett und allem. Wir haben die Truhe von Dir erhalten, alles ist angekommen. Wie man die Truhe brachte, wie ich sie erblickte, da habe ich geweint, den ganzen Tag habe ich geweint. Wärest Du lieber gekommen, wäre die Truhe lieber nicht hier, wärest Du hier. Hiemit auf Wiedersehen, mein teurer Mann.

Die neue Rundschau, Dezember 1915.



Die japanische Handelsherrschaft im Stillen Ozean.

Man hat fast den Eindruck, dass die ungeheure Ausdehnung, die das amerikanische Exportgeschäft gegenwärtig gewinnt, und die in der Hauptsache auf die Lieferung von Heeresartikeln an die Alliierten zurückzuführen ist, es mit sich gebracht hat, dass die amerikanische Initiative nicht genug Kräfte entwickeln kann, um jene Interessen zu vertreten, welche die amerikanische Republik auf dem Stillen Ozean zu verfechten hat. Man könnte sonst schwer eine Erklärung dafür finden, dass japanische Unternehmungen daran sind, die amerikanische Flagge zwischen Amerika und Japan gänzlich zu verdrängen. Im übrigen ist diese Verdrängung bereits eine vollzogene Tatsache, und wenn wir uns einleitend nur vorsichtig ausgedrückt haben, so steht dies im Zusammenhang mit der Erwägung, dass nach dem Kriege die Amerikaner sich doch wieder aufraffen werden, um der japanischen Tätigkeit Einhalt zu tun. Bis auf weiteres aber sind jedenfalls im Verkehr zwischen der Union und Japan die Japaner die Herren der Situation. Sie aus dieser Herrschaft später wieder zu verdrängen, wird bei der bekannten Zähigkeit der Japaner und bei der ihnen von ihrer Regierung stets bereitwillig gewährten Unterstützung, wenn nicht unmöglich, so doch nicht leicht sein. Die Amerikaner also werden in Zukunft ein gutes Stück Arbeit auf dem Stillen Ozean zu leisten haben.

Während die Amerikaner in industrieller Hinsicht bei den Alliierten und in Südamerika ganz bedeutende Fortschritte machen, sind sie gleichzeitig im japanisch-amerikanischen Schiffahrtswesen durch die Japaner geschlagen worden. Die einzige im Stillen Ozean verkehrende regelmässige Schiffahrtslinie der Vereinigten Staaten, die „Pacific Mail Steamship Company", die schon von jeher unter der scharfen Konkurrenz ihrer japanischen Wettbewerber zu leiden hatte, hat vor wenigen Wochen ihren Dienst vollständig eingestellt. Den letzten Anstoss zu diesem für das amerikanische Ansehen auf dem Pacific ohne Zweifel folgenschweren Entschluss, hat das Anfang letzten Jahres erlassene und seither am 4. November in Kraft getretene, amerikanische Seemansgesetz gegeben. Die Flotte der amerikanischen Schiffahrtsgesellschaft ist zum Teil in den Besitz der japanischen Reederei „Toyo Kisen Kaisha" übergegangen, während der andere Teil in der

Fahrt nach Europa Verwendung finden soll. Mit dem Verschwinden dieser amerikanischen Schiffahrtslinie ist auch die letzte „weisse" Linie zwischen Amerika und Asien erledigt und alle Reisenden, die in Zukunft den Stillen Ozean durchqueren wollen, werden sich der japanischen Flagge anvertrauen müssen. Die Amerikaner konnten nicht einmal verhindern, dass die Japaner Selbstherrscher würden auf der Linie zwischen den Vereinigten Staaten und Hawai, welches letztere eine Kolonie der Union ist. Wenn also die Amerikaner, um ein Beispiel zu nehmen, Munitionstransporte nach Hawai haben, werden sie diese in Zukunft nur durch japanische Schiffe transportieren lassen können.

Was diese Entwicklung der Dinge für die Union bedeutet, wird man am besten daran ermessen können, dass die Weststaaten sich bisher mit Händen und Füssen gegen alles gewehrt haben, was japanischen Ursprungs war. Es ist noch erinnerlich, dass es fast bis zum Kriege gekommen ist wegen der Schwierigkeiten, welche die radikale Opposition der Weststaaten der japanischen Einwanderung machte.

Was aber die Japaner von diesen Wandlungen auf dem pazifischen Schiffahrtsgebiete halten, beweist die Tatsache, dass sie bereits daran gegangen sind, neue Schiffe in Bau zu geben, die nicht nur den Verkehr zwischen San Francisco und Japan vermitteln, sondern auch die Südamerikanische Japanlinie verstärken sollen. Also auch der Verkehr zwischen Japan und Südamerika wird gänzlich in japanische Hände gelegt.

Zwar verlautet jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit die Nachricht, dass amerikanische Schiffahrtskreise im Verein mit chinesischen Interessenten gewillt sind, eine Schiffahrtsgesellschaft mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Dollar zu gründen, welche mit den japanischen Schiffahrtsgesellschaften in Wettbewerb treten soll. Ob sie aber gegen die gutorganisierten und staatlich unterstützten japanischen Gesellschaften die Konkurrenz mit einigermassen guten Aussichten auf Erfolg werden aufnehmen können, muss zunächst bezweifelt werden. Bis auf weiteres sind jedenfalls die Japaner in maritimer Beziehung Beherrscher des Stillen Ozeans in den Verbindungen mit Amerika, und die japanische Handelsherrschaft im Stillen Ozean wird selbstverständlich nur eine Folgeerscheinung dieser Übermacht des japanischen Einflusses auf den Schiffsverkehr sein.

Eugen Löwinger.

□□□

Aus der Kriegspresse.

Die „Pariser Handelskammer" gibt „Dokumente über den Krieg" heraus. Im Dezember 1915 kann sie mit Befriedigung berichten, welche Eindrücke der ehemalige schwedische Finanzminister Baron Adelsward von seinem Besuch in Frankreich erhalten hat. Er sagte:

„Ein ganzes Volk ist hier mobil gemacht, ein Teil in den Schützengräben, mobilisiert und in Waffen, ein anderer Teil hinter der Front, bei der Arbeit mobilisiert, und diese beiden Teile des Volks gleich ruhig, voll Vertrauen, einig und ganz von einem und demselben Gedanken beseelt: dem Vaterland zu dienen. Wir haben gesehen, wie diese Einheit, dieses Zusammenhalten überall mit gleicher Kraft zum Ausdruck kommt, beim Waisen wie beim Greis, bei der Witwe wie bei der Mutter, die ihre Söhne auf der Front verloren hat, bei Arm und Reich. Und, bei diesem grossartigen, herrlichen Schauspiel der Parteien, welche ihren Streitigkeiten Halt gebieten, der Menschen, für welche die Interessen- und Meinungsverschiedenheiten schwinden, stellt man sich die Frage: , Was ist wohl die Ursache dieses Wunders?"

„Ist es nur der einhellige Gedanke, das Vaterland zu verteidigen, den Feind, der ins Land eingebrochen, zu vertreiben? Nein, dahinter ist noch etwas anderes, das wir entdeckt zu haben glauben: im Grunde seines Herzens ist nämlich jeder Franzose ganz deutlich davon überzeugt, dass er nicht allein für sich selbst, nicht nur für sein Vaterland aus allen Kräften kämpfen will, sondern auch für die Freiheit und das Recht, wie es seine Vorfahren getan."

Ein vornehmer österreichischer Dichter, Rudolf Hans Bartsch, macht eine Reise durch Deutschland und schreibt — keineswegs unkritisch — seine Eindrücke nieder. Nachdem er ergreifende Erlebnisse über das stille Heldentum der deutschen Mutter erzählt hat, spricht er über die Siegeskraft des deutschen Volkes:

„Deutschland war die Erde der allerbuntesten Kontraste und Möglichkeiten; sein Westen hat gefiebert vor Unordnung, Individualismus und Schönheit. Erst die Feinde, die Feinde haben es so fürchterlich geeint, dass nun, als Notwehr bis zum äussersten, der pflichttreue, harte, tausendselig geeinte Termitenstaat entsteht, vor dem nun, als ihrem eigenen Werke, die Nachbarvölker erzittern. Die Frauen, die eher irrsinnig werden, als dass sie dem Staate geringsten Schaden antäten, deren Herzen sind wahrlich nicht im trauten Daheim so erzogen worden. Nur dies fürchterliche: „Einsam sind wir auf Erden und unsere Feinde machen uns siebzig Millionen zur Familie, durch die Einhelligkeit ihres Hasses", das hat sie so übermenschlich gemacht!

Und dieses Volk gedenkt man zu besiegen, ehe es so reich und satt geworden wäre, wie das morsche Rom!?" *(Die Brücke, 15. I. 1916.)*

Das Wunder dort, das Wunder hier! Unvergleichliche Seelengrösse, düstere Entschlossenheit, Liebe zum Ideal, alles in den Dienst der endgültigen, Vernichtung des Gegners gestellt, beide durch ihren Willen an den Sieg zum Siege bestimmt. Wenn nun überall die gleiche Überzeugung gleich stark lebt, wie wird die harte Logik der Wirklichkeit entscheiden?

□□□

Ein französischer Dichter in deutscher Kriegsgefangenschaft.

Man darf begierig sein, was er zu sagen hat. Ist es eine jener zahllosen, von der Leidenschaft diktierten Schriften, in denen am Feinde alles verwerflich, an den Volksgenossen alles herrlich erscheint — und auch die geschmackvollsten Menschen scheinen im Rauch des Pulvers den Geruch des Eigenlobes nicht mehr unangenehm zu empfinden — dann wäre sie wohl kaum eingehender Betrachtung wert. Hier wird aber doch anderes geboten. Wohl sieht der Verfasser,*) der kurz vor Kriegsausbruch ein vornehmes Buch über die Zukunft seines Landes veröffentlicht hat („Aux écoutes de la France qui vient"), die Dinge wie er sie sehen will und man wird gut tun, seine Ausblicke in die Zukunft der Deutschen mit Vorsicht und starker Kritik aufzunehmen. Er sieht aber auch Gutes am Feinde, sieht mit hellen Augen und erzählt mit liebenswürdiger Anmut. Durch das äußerlich so ereignisarme Leben eines Kriegsgefangenen führt er uns, und wo sein Dichterstab vorüberstreift, da sprießen Blumen aus der steinigen Erde.

Anfang September 1914 geriet der Sanitätssoldat Riou in deutsche Gefangenschaft und verbrachte zehn Monate auf der Festung Orff bei Ingolstadt in Bayern. Dann wurde ihm die Heimkehr gestattet, wohl durch seine Zugehörigkeit zum roten Kreuz. Man erfährt hierüber nichts Näheres, kann aber wohl annehmen, daß man durch einen Austausch das beiderseitige Unrecht der Gefangennahme von Sanitätstruppen wieder ausgeglichen hat.

Wir erleben es mit, wie sich in dieser abgeschlossenen Welt ein eigenes Leben entwickelt. Zu Anbeginn fehlt es an Allem. Der Erfindungsgeist lebt auf wie in den primitivsten Zeiten; Robinson auf seiner Insel. Aus allem, was der Zufall in die Hände spielt, entstehen neue Zwecke; Faßreifen oder Sardinenbüchsen dienen zur Herstellung des Werkzeuges und mit den einfachsten Hilfsmitteln wird Holz und Stein bearbeitet, werden Tische und Bänke gebaut. Ist einmal das Notwendigste da, dann darf es auch an dem Überflüssigen nicht fehlen. Die Stroh-

*) Gaston Riou, Journal d'un Simple Soldat. Guerre-Captivité, 1914—15, Hachette & Cie., Paris 1916.

säcke, aufeinander geschichtet, können zugedeckt als Chaiselongue dienen, ihres kostbaren Inhalts beraubte Konservenbüchsen nehmen Blumen auf, vor die Fenster kommen kleine Vorhänge, die man sich irgendwie zu verschaffen wußte und – aus den vier kahlen Wänden ist ein Wohnraum geworden.

Es wird uns auch erzählt, wie sich aus dem Nebeneinander dieser zusammengewürfelten Menschheit allmählich eine Gesellschaft entwickelt. Sind alle sozialen Schichtungen aufgehoben, so tritt die natürliche Vorherrschaft der Begabungen umso wirksamer in Kraft. Und auch hier sind es die Geschickten und Findigen, die über die innerlich Vornehmen den Sieg davontragen. Mancher erwirbt sich in kurzer Zeit ein kleines Vermögen, der Starke mißbraucht auch hier den Schwachen, der Schlaue den Dummen. Rigus feinsinnige Organisation leidet unter diesen Betrachtungen. Wäre das Leben seinem innersten Wesen nach unmoralisch?

Er leidet noch mehr unter der Not des beständigen Zusammenseins mit andern. „Jetzt weiß ich es, so ein Leben unter Männern alle Tage und Nächte, ohne Einsamkeit, ohne die Gegenwart der Frauen, – jene andere Einsamkeit – das ist die Hölle!*) ...Wie fühle ich jetzt die Wohltat der Höflichkeit, des Kulturfirnis, der gesellschaftlichen Schminke. Das sind wohl Äußerlichkeiten, die das Innere des Menschen eher verhüllen. Gerade deshalb erscheinen sie mir groß... Seit ich die Menschen besser kenne, weiß ich auch, daß die kleinen Hemmungen und feinen Schleier, welche ihnen die gesellschaftliche Höflichkeit auferlegt, durchaus unentbehrlich sind" (S. 164).

Durch diese schwermütigen Stimmungen hindurch bewahrt sich der liebenswürdige Franzose die Fähigkeit, dieselben Menschen in schönem Lichte zu sehen und darzustellen. Einige kleine Züge: Noch vor der Einführung der Briefe und Pakete aus Frankreich, welche die knappe Nahrung verbessern, bringt ein diensthabender deutscher Gefreiter aus seiner heimatlichen Sendung dem Gefangenen willkommenen Mundvorrat und dankbar ruft dieser aus: „Welches Glück! Herr Magen, wenn Sie auch Bayer sind, Sie sind „ein Bruder", ein echter Kamerad!

*) S. 210. Ich finde bei einem Deutschen die gleiche Klage: „denn schlimmer fast als alle Entbehrungen, die man im Felde zu ertragen hat, ist für viele Menschen die ständige Gemeinschaft mit andern. Man ist gezwungen, in jedem Augenblick die unmittelbare Nähe zufällig zusammengewürfelter Leute zu ertragen und das Männliche, allzu Männliche kann einem auf die Dauer zur Qual werden. Jeder will einmal ganz allein sein". Dies Zitat ist einer feinen psychologischen Studie Karl Busses entnommen. „Krupsky", Deutsche Rundschau, März 1916.

Ich liebe Sie" (S. 89). Und als ihm ein andermal ein Österreicher in kurzen Worten seinen Liebeskummer erzählt hat, da bleiben die Beiden, die ja kaum mit einander sprechen können, noch stumm zusammen. „Nous savions seulement que nous étions contents d'être là, l'un près de l'autre."

Worte vornehmster Anerkennung und Wärme findet Riou für seinen deutschen Festungskommandanten. Bei dessen Versetzung spricht Riou in Anwesenheit aller gefangenen Franzosen und in ihrem Auftrag den Abschiedsgruß:

„Herr Kommandant, Ihre Abreise ist für jeden von uns ein persönlicher Kummer. Sie sind unser Feind; aber niemals gab es einen ritterlicheren Feind.

Sie haben uns als Soldaten behandelt, ohne den leisesten Hintergedanken; Sie haben uns als der vollendete Edelmann behandelt, der Sie sind.

Da stehen wir uns gegenüber, Herr Kommandant, und unsere Anschauungen sind die denkbar verschiedensten. Aber einen Punkt gibt es, in dem meine Kameraden hier nach ihrer Rückkehr alle übereinstimmen werden, in der Überzeugung, daß der Festungskommandant, Major Baron von Stengel die Bewunderung und die Liebe aller jener erworben hat, deren Gefängniswärter er drei Monate hindurch sein mußte.

Danke, Herr Kommandant und Gott schütze Sie!" (S. 206).

Mit feinem Humor wird ein Elsässer geschildert, der zu seinem Schmerz nur kurze Zeit in der Lage war, seinen Haß an den Deutschen im Kampfe zu betätigen, denn — schon im ersten Kriegsmonat wurde er gefangen genommen. Nun dient er Frankreich auf seine Weise. Jeder Tag ein verlorener, an dem er nicht wenigstens einem Deutschen die Panik geben kann, die Angst vor der Niederlage. Er nennt das „semer le cafard"*). — So beweist er allen seinen Wachen, daß Deutschland seiner unfehlbaren Vernichtung entgegengehe und forscht nach Neuigkeiten, um sie seinen Wünschen entsprechend auslegen zu können. „Für ihn ist jeder französische Rückzug eine Kriegslist, jeder deutsche Rückzug eine Niederlage" (S. 66). Und wenn er von den Nachrichten und seinem Siegesrausch ganz erfüllt ist, dann stürzt er zu Riou, der in

*) Das Wort scheint in dieser Bedeutung bei den französischen Legionären in den Kolonien gebräuchlich zu sein und bedeutet eine Art Verzweiflung, welche die davon Befallenen zu den extravagantesten Handlungen veranlaßt.

seiner Eigenschaft als Zugehöriger des „Ministerrates" den Vorzug eines kleinen Kämmerchens mit Tisch und Sessel genießt. Auf diesem Tischchen steht aber eine Tafel mit der warnenden Inschrift: „Bitte nicht mit mir zu sprechen." Eine Weile läßt sich der temperamentvolle Elsässer in Respekt halten, wenn aber die Lust sich mitzuteilen unüberwindlich wird, dann dreht er schnell die Tafel um und legt los ... (S. 65)

Für die wunderbare Anpassungsfähigkeit der Menschen gibt uns dies Buch einen neuen Beweis. Nach einigen Monaten fühlt sich Riou heimisch und wird gut Freund mit der deutschen Bevölkerung, mit der er bei Beaufsichtigung der durch die Gefangenen besorgten Feldarbeit in Berührung kommt. Mit viel warmer Herzlichkeit und naiver Aufrichtigkeit sprechen sie mit dem Franzosen. In Friedenszeiten würde man es nicht ohne Unbehagen sehen, welchen Gebrauch Riou von diesen ganz persönlichen Mitteilungen macht, denen wohl auch an sich wenig Bedeutung zukommt. Aber bekanntlich „ – all is fair in love and war". – Sonderbarerweise läßt jedes Volk diese mittelalterliche Devise nur für sich selbst, aber ja nicht für die Andern gelten.

Zum Schluß gedenkt Riou mit dankbarer Huldigung der Schweiz, welche ihm und seinen Kameraden bei ihrem Durchzug mit ihrem liebevollen Willkommengruß das Herz erwärmt hat. Und eines kräftigen Wortes über diesen ganzen Krieg sei noch gedacht:

„Dieser Krieg wird die große Schande Europas sein."

F. Rink.



Das Gewissen fordert von allen Menschen — welchem Volke, welcher Religion sie auch angehören mögen —, dass sie so handeln sollen, wie es ihnen als recht erscheint. Diese leise innere Stimme befiehlt dem Einen, was sie dem Andern verbietet. Wenn so die Vorstellungen von dem, was unsere Pflicht ist, auseinandergehen, ist das ein Grund, dass du mich, dass ich dich mit Steinen bewerfe? Unsere Ideen, die mögen hart und fest an einander geraten; aber es ist kindisch, wenn wir uns gegenseitig verachten, weil jeder von uns auf eine andere Weise versucht, seinem Glauben und seinem Ideal nachzuleben.

A. W. Haycock.



Zeitschriftenschau.

Verständigung oder Vernichtung? Der englische Pazifist *Radnor H. Hodgson* findet in den Reden des englischen Premiers und in denen des deutschen Reichskanzlers eine gemeinsame Note: es könne nur ein solcher Friede geschlossen werden, welcher eine sichere Gewähr gegen erneuerte Überfälle von seiten des Feindes biete — denn jede Seite hält sich ja für die überfallene.

Der Prüfstein nun, welche von beiden Parteien es ehrlich meine, läge in der Bereitwilligkeit, auf künftige pazifistische Regelungen aller Streitfragen einzugehen. Ein erneuerter Friede, wie der der letzten 44 Jahre, in Waffen starrend mit der Schlusskatastrophe, dürfe sich nicht wiederholen. „Falls Deutschland aber eine absolute Versicherung abzugeben bereit wäre, dass es die Bedingungen, welche für die allgemeine Sicherheit durchaus erforderlich sind, befolgen will, so wäre die vielberufene ‚Gefahr eines vorzeitigen Friedens' beschwichtigt und ein wichtiger Schritt gegen eine annehmbare Grundlage für Friedensunterhandlungen wäre gemacht."

Eine Ergänzung zu diesem kleinen Aufsatz bietet *H. N. Brailsford* in derselben vortrefflichen Nummer der „Holländischen Nachrichten" (15. März 1916). Verlange England von Deutschland eine permanente Organisation zur friedlichen Schlichtung von Streitigkeiten und eine Gewährleistung wider den Militarismus, so müsste es sich seinerseits bereit erklären, seinen Marinismus zu beschränken. Und er befürwortet eine Regelung, in der Deutschlands ökonomische Wünsche nach Möglichkeit befriedigt werden. „Die riesenhafte Energie jenes Volkes muss einen Ausweg finden; kann es keine Schienen für Bagdad anfertigen, so macht es eben Kanonen in Essen."

Werden so von englischer Seite Möglichkeiten für ein baldiges Ende des Krieges gesucht, so mahnt von deutsch-österreichischer Seite eine Stimme ernst und energisch zur Besonnenheit.

Professor Dr. *Carl Brockhausen* macht aufmerksam, dass aus dem ursprünglichen Überwältigungswillen ein Vernichtungswille geworden ist. Nur durch die unermüdlich täglich wiederholte Arbeit der Hetzorgane werden die Menschen dazu bereitet, in dem Feind den Barbaren zu sehen, der ausgerottet werden müsse. Dieser verlogenen Idee werden verlogene Ideale vorgespannt, die je nach Bedarf im eigenen Fall zur Seite geschoben werden können. „Der Schutz der Neutralen wurde bei Belgien in den Vordergrund geschoben, bei Griechenland zurückgestellt. Der Kampf für die Zivilisation wird stark in den Vordergrund gestellt, wenn es gegen „deutsche Barbaren" geht; aber wenn Kosaken, Japaner, Singhalesen und Kaffern auf den Plan treten, wird diese Frage in den wohltuend dunkleren Hintergrund geschoben. Der Militarismus der Deutschen wird bekämpft, aber das gleiche System in England

nachgeahmt. Der übernationale Staat Österreich-Ungarn, der doch das Zusammenleben verschiedener Nationen in einem Staate repräsentiert und das Vorbild der Symbiose der europäischen Völker bietet, wird als eine vernichtungswürdige Missgeburt hingestellt und demgegenüber der nationale Einheitsstaat als Ideal aufgestellt — freilich nur, wenn es sich um französische Lothringer handelt, und schleunigst wieder zurückgestellt, wenn von deutschen Elsässern oder von den Italienern in Nizza, Savoyen, Korsika und Malta oder den Deutschen in Südtirol und den Slaven in Dalmatien die Rede ist. Bezüglich der Polen lautet die Frage, ob Selbstbestimmung des Volkes als eigener Staat oder Einverleibung in ein fremdes Reich, einmal so, einmal umgekehrt, je nachdem die Heere Russlands oder die der Zentralmächte im Besitze des Landes sind. Die Serben in Österreich sollen befreit werden, die Iren in England, die Vlämen in Belgien kommen natürlich weniger in Betracht. Ja dieselben Mächte, welche die „Erlösung der Unerlösten" als ein hohes Menschheitsideal auf ihre Fahne schreiben, begehren dennoch, fremde Nationen sich einzuverleiben, weil diese einen guten Hafen oder Küstenschutz, Handelsvorteile oder dergleichen abgeben."

Der Deutsch-Österreicher sieht mit Schrecken, dass dieses Kriegsprogramm der Gegner im eigenen Lande jene, vorerst noch in der Minderheit, aber immerhin vorhandenen Kräfte stärkt, welche „die Ausblutung des Gegners bis aufs Weisse" als Kriegsziel hinstellen, und „wenn das Programm der Vernichtung auf der andern Seite unabwendbar geworden ist, wird sie naturgemäss auch bei uns zur Majorität werden." Möge es den Neutralen gelingen, „den Völkern Europas ihr wahres Interesse an ihrer gegenseitigen Erhaltung klarzumachen, und die falsche Meinung zu beseitigen, dass sie den Frieden fördern, indem sie andere vernichten wollen."

Die Kulturmission der Schweiz. Unter diesem Titel veröffentlichte Dr. *J. Benrubi*, Privatdozent an der Universität Genf, einen Artikel in der „Internationalen Monatsschrift" (Jahrgang 10, Heft 2, begründet von Fr. Althoff, herausgegeben von Max Cornicelius). Darin wird zunächst die Tatsache festgestellt, dass die Auffassung der Schweiz als Vermittlerin der gegenseitigen Durchdringung und Ergänzung deutscher und französischer Eigenart, historisch betrachtet, ihren Ursprung in der Westschweiz hat. Unter den Welschschweizern der Vergangenheit, die sowohl ihre Landsleute als auch die Franzosen mit dem deutschen Geistesleben bekannt zu machen suchten, hebt der Verfasser hervor: Frau von Staël, Benjamin Constant, Barante, Bonstetten, Madame Necker de Saussure, Alex. Vinet, Charles Secrétan, M. Monnier, V. Cherbuliez, Ed. Rod und H. Fr. Amiel. Eingehend würdigt der Verfasser die Vermittlungsbestrebungen *Amiels.* Wie die meisten geistigen Vertreter der Westschweiz des 19. Jahrhunderts, so war auch der Genfer Dichterphilosoph stark von deutscher Kultur beeinflusst. Kein Wunder daher, dass Amiel infolge des Ausbruchs

des deutsch-französischen Krieges im Jahre 1870 qualvoll gelitten hat. Er empfand den Krieg als einen wahrhaft brudermörderischen. Es ist ein Jammer, meint Amiel einmal, dass zwei Völker, die durch ein harmonisches Zusammenarbeiten die Menschheit mächtig vorwärts bringen könnten, einander zerfleischen. Trotz seiner aufrichtigen Bewunderung der deutschen Kultur, ist Amiel weder ein blinder Anbeter Deutschlands noch ein Franzosenhasser. Es gibt nach seinem Dafürhalten kein einziges Volk, bei dem das Böse nicht das Gegengewicht des Guten bildet. Kein Volk ist wert, die anderen zu verdrängen. Vielmehr haben alle von allen zu empfangen. Der einzige Typus, der Amiel gefällt, ist die Vollkommenheit, der Idealmensch. Was den nationalen Menschen anlangt, so duldet er ihn und studiert er ihn, aber er bewundert ihn nicht. Amiels „Wahlheimat" ist, um mit Frau von Staël zu reden, die der auserwählten Individuen. Die engherzig patriotische, chauvinistische, familiale, berufliche Illusion existiert für ihn nicht. Seine Antipathie geht nicht gegen dieses oder jenes Volk, sondern gegen den Irrtum, die Voreingenommenheit, das Vorurteil, die Dummheit. Er liebt nur die Gerechtigkeit und die Geradheit. Aber gerade, weil Amiel „ein guter Europäer" ist, betrachtet er die Schweiz als das Salz der Erde, denn die Schweiz ist, nach seinem Dafürhalten, wie kaum ein zweites Land berufen und auserwählt, germanisches und romanisches Wesen in sich aufzunehmen, es zu verarbeiten und so daraus etwas Ursprüngliches zu schaffen, welches am besten geeignet ist, das Werk der Menschenverbrüderung zu fördern, worin eigentlich der Sinn der Geschichte liegt.

Der Verfasser gibt zum Schlusse der Überzeugung Ausdruck, dass es im gegenwärtigen kritischen Moment der Weltgeschichte die heilige Pflicht der Schweiz ist, sich dieser ihrer besonderen europäischen Kulturmission bewusst zu werden und mit allen Kräften an deren Realisierung weiterzuarbeiten.

Friedensgedanken. Die Berliner „National Zeitung" bringt aus amerikanischen Blättern einige Mahnungen *Shaws* an seine Landsleute. Schade, dass sie in zu grossem Widerspruche mit der öffentlichen Meinung Englands stehen und dass sie darum nicht genügend Gehör finden werden. Er fordert sofortigen „Beginn der Friedensverhandlungen". Er will wissen, wofür England kämpft und welcher Nutzen für England von diesem ganzen Kriege zu erwarten ist? Hat England nicht Ursache, in Zukunft ein starkes Deutschland zu wünschen? Und er schliesst mit einem positiven Programm:

„Unser Streben sollte eine Liga der westlichen Zivilisation sein. Es wird keinen Frieden in der Welt geben, bis ein Frieden zwischen England, Frankreich und Deutschland geschlossen ist. Und das war mir nie klarer als jetzt. An diese Liga würden sich noch andere Staaten anschliessen. In diesem Kriege ist alles geschehen, was ein Krieg im Gefolge hat, und meiner Meinung nach könnte die Kampffrage jetzt erledigt sein. Ich möchte den Vorschlag machen, dass wir Deutschland zwingen und es überzeugen,

dass es besser ist, unser Freund als unser Feind zu sein, weil ja schliesslich keiner von uns noch Krieg auf lange Jahre wünscht. Ich meine, die Zeit wird kommen, wo die gesamte weisse Zivilisation gegen die Gelben wird kämpfen müssen, und wir müssen streben, eine Kombination zu schaffen, die diese Gefahr ausschaltet."

Von deutscher Seite wurde dieser selbe Gedanke durch den bekannten Soziologen Rudolf Goldscheid schon vor längerer Zeit ausgesprochen und in einer lesenswerten Broschüre: „Deutschlands grösste Gefahr" (Orell Füssli, Zürich) eingehend dargelegt.

Denkmäler. Eine interessante Anregung gibt *Robert Breuer* („Die Schaubühne", Dernburgstr. 25, Charlottenburg, 7. März 1916). Er fürchtet, dass nach dem Kriege „die Heuschreckenplage mehr oder weniger anspruchsvoller, aber stets unzulänglicher Denkmäler" sich auf das Land „niederschlagen" könnte, die neben die grossen Taten gestellt, nicht anders wirken wie ein „Geschwätz von Unberufenen". Zur Ehrung der Gefallenen gebe es nichts Würdigeres und Wirkenderes als eine Verewigung der Namen in Marmor oder Erztafeln. Und wenn es gilt, den grossen Führern oder dem grossen Volkswillen ein Denkmal zu setzen, so soll man die Tapferkeit durch Lebendiges ehren. „Darum: wo sich auch immer Gesellschaften zusammengefunden haben mögen, die Bronzegiesser und Steinklopfer in Tätigkeit zu setzen, sie sollten zur Einsicht kommen und statt der toten Puppen, die keinem was zu sagen haben, Häuser des Lebens, Erziehungsanstalten, Volkshallen oder öffentliche Gärten, Schwimmhallen und Parkstreifen dem Kriege als der Geburtsstunde einer neuen Zeit zum Gedächtnis schaffen. Ein Hindenburg-Gymnasium, den Söhnen und Töchtern des ganzen Volkes gleichmässig, nur Begabung, nicht Besitz fordernd, erschlossen und mit allen Hilfsmitteln der Erziehung ausgestattet, dürfte gewiss mehr für das Gedächtnis des grossen Mannes leisten als die unzulängliche, klischeehafte, tote Bronzefigur, die, von irgend einem halbwertigen Gesellen fix gemacht, den Ausblick über einen Platz versperrt . . . . Tafeln mit einer Inschrift, die den Paten des Hauses ehrt, können angebracht, Brunnengehäuse, Gedenksteine oder schlichte, hermenartige Bildsäulen können in das Grün gestellt werden."

Gelingt es dann einem echten Künstler, das grosse Erleben des Volkskrieges zu gestalten, so wird seine starke Kunst den Stoff unverbraucht vorfinden.

Die Schule nach dem Kriege. Eine der wichtigsten Aufgaben des Friedens wird es sein, die Menschen, die durch ihre Seltenheit um so wertvoller geworden sind, hinaufzubilden. Woher aber sollen die erschöpften, verschuldeten Staaten die Mittel nehmen? Diese Frage nur zu stellen, sei ein Armutszeugnis für den Staat, meint *Ludo M. Hartmann*. (Arbeiter-Zeitung, 30. März 1916.) „Schon vom rechnenden Standpunkt des weitblickenden Kaufmannes müsste sich die Regierung sagen, dass eine gute Schule

Steuern und Zinsen trägt. Zunächst durch die Intensivierung von Landwirtschaft und Gewerbe, dann aber auch durch die individuellen und staatlichen Ersparnisse, die eine Verkürzung der Dienstpflicht mit sich bringt, die dann ermöglicht ist, wenn der Soldat nicht ungeschult an Geist und Willen, sondern zum Denken und Wollen erzogen in den Dienst tritt.“

Die wichtigsten Verbesserungen, welche Verfasser vorschlägt, sind: die Einheitsschule, Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen bis auf höchstens 30 mit Hilfsklassen für minder Begabte; Überweisung des Religionsunterrichtes an die konfessionellen Körperschaften, erweiterte Bildung der Volksschullehrer.

Das Ziel der Schule sei die Erziehung zum Selbstdenken; nur in freier Selbsttätigkeit wirkende Menschen werden durch Zusammenarbeit die beste Leistung hervorbringen; in diesem Sinne aufgefasst, und nicht als stumpfer Drill, ist die Organisation der sicherste Weg höchster Kraftentfaltung.

Der Weltfrieden. *Graf Michael Karolyi*, der ungarische Reichstagsabgeordnete, hat in einer Festsitzung der Friedensversammlung in Budapest am 3. Februar eine Rede gehalten, der wir die folgenden Stellen entnehmen:

„Mich aber hat der Krieg noch fester von der Notwendigkeit des Weltfriedens überzeugt, und es hat in mir gerade der jetzt tobende Krieg die Überzeugung ausgelöst, dass das Weltfriedensproblem kein Phantasiegebilde und keine Utopie sei, sondern gerade eines der greifbarsten Programme, die auf der Welt auftauchen, das nie so zeitgemäss gewesen, als gerade inmitten der jetzigen, traurigen Ereignisse . . . .

Gleich wie auch das Christentum erst dann zur Weltmacht wurde, nachdem es die grossen Massen an sich zog, so wird auch der Weltfriede nur dann verwirklicht werden, wenn er das Bestreben von Millionen und Hunderten von Millionen bilden wird.

Ich muss allenfalls Protest erheben gegen eine Auffassung, die es für unzeitgemäss oder gar für unpatriotisch erachtet, heute vom Frieden in diesem Sinne zu sprechen; denn wir sprechen ja jetzt nicht von einem Frieden ad hoc, sondern wir behandeln als mit sozialem Sinn begabte Menschen auf wissenschaftlicher Grundlage das Thema des Weltfriedens. Selbstverständlich sprechen wir darüber nicht, um die Widerstandskraft und Kampflust unserer Krieger zu schwächen, sondern im Gegenteil, um sie zu stärken; denn wenn wir ihnen im Weltfrieden ein hohes Ideal vorstecken, damit sie wissen, warum sie eigentlich kämpfen und eventuell ihr Blut vergiessen, wenn wir ihnen zurufen, eure Mühen, Leiden und Blutopfer sind nicht vergeblich, denn aus diesem Kriege muss eine wahrhaftige, grosse Verständigung hervorgehen — so flössen wir denen Mut ein, die heldenmässig Stand gehalten haben.“

Ehret die Toten. *Gilbert Cannan* fordert in glühenden Worten, dass wir unsere Toten ehren sollen, indem die Lebenden sich zur Friedensarbeit die Hände reichen.

„Sieg und Niederlage sind leere Worte geworden, und wenn wir an den Frieden denken, steigen nicht mehr die alten Gedanken und Vorstellungen in uns auf. Für uns bedeutet dies Wort Leben, ein Leben unbegrenzter Werkfreudigkeit, erfüllt und überfüllt mit dem nimmer endenden, edeln Krieg des Geistes, der daran arbeitet, das wirkliche Leben wertvoller zu gestalten...... Unsere Toten haben den menschlichen Willen erschüttert, wie niemals früher irgend eine Erscheinung des Göttlichen, und dieser Wille ist unweigerlich einem neuen Europa zugekehrt, welches die Stürme der Freiheit durchbrausen sollen, aus allen Winkeln der Erde, bald wie linde Musik ertönend, bald wie Wutgeheul über der dumpfen Stickluft. Möge dann die Freiheit den Toten den Ehrengesang anstimmen, Ehre, Ehre, Ehre dem Leben, welches wir durch sie gewonnen haben. Möge uns dieser Gedanke jetzt schon ermutigen, ein Ende dieses Krieges zu fordern, dieses Krieges, der zur Blasphemie, zur schamlosen Schmach geworden ist. Es muss ein Ende gemacht werden, denn wir wollen nicht länger warten auf den grösseren Krieg der Geister, den unendlichen, unsichtbaren Krieg, der nicht aufhören kann, solange es Leben auf der Erde gibt. Nur in der Ewigkeit gibt es Frieden, und dieses Wissen gibt uns die Kraft die eiteln, oberflächlichen Kriege zu bekämpfen, um uns als wahre Soldaten dem hohen Kampf für Wahrheit und Güte hinzugeben.“ (The Labour Leader, 16. März 1916.)

Wenn die Deutschen England eroberten. .... Unter diesem Titel bringt „*The New Stateman*“ vom 1. April einen Artikel, wie er heute leichterdings in keinem andern kriegführenden Lande geschrieben würde. Bekanntlich pflegen die Gerichtshöfe, die über die Einstellung von Rekruten zu entscheiden haben den Widerstrebenden mitunter auch die Frage vorzulegen: Welche Folgen würde es wohl für Ihr Geschäft haben, wenn Deutschland aus dem Kriege als Sieger hervorginge? — Und der Verfasser des Artikels beantwortet die Frage. Gelänge es auch den Deutschen — der Fall ist wenig wahrscheinlich — England zu erobern, gelänge es ihnen selbst das Einkommen des einzelnen ganz wesentlich zu erhöhen, seine materiellen Lebensbedingungen zu verbessern — doch gäbe es keinen Engländer, der nicht sein Leben lassen würde für die Wiedererlangung der Freiheit. Und ebenso werden wohl alle stolzen Völker empfinden . . . .

Das deutsche Kriegsziel. „Verglichen mit dem ‚Platz an der Sonne‘, den Grossbritannien, Frankreich, Russland, die Vereinigten Staaten, Holland und Belgien einnehmen — wobei noch die Zunahme der Bevölkerung, der Industrie, des Handels der verschiedenen Nationen zu erwägen ist — stellt sich der Teil der Erdkugel, den Deutschland einnimmt, als unbedeutend dar. Das ist eine Tatsache, die man anerkennen muss. Wenn man noch die andere bedauernwerte Tatsache in Erwägung zieht, dass alle Nationen, insbesondere die grossen, schutzzöllnerisch sind oder schutzzöllnerische Bestrebungen zeigen, so waren die sicheren

Märkte Deutschlands sogar noch begrenzter als die Gebiete, die es besitzt.

Deutschland hatte also vor dem Kriege eine sehr ernste Beschwerde den übrigen Nationen zur aufmerksamen Erwägung vorzulegen. Es hatte einen sehr stichhaltigen Grund von ihnen zu verlangen: Entweder Erleichterungen für seine überseeische Ausdehnung oder Garantien für wirtschaftliche Gleichheit und Handelsfreiheit in ihren kolonialen Märkten. Zwar hatte sich Deutschland über das freihändlerische Grossbritannien nicht zu beklagen, aber es hatte doch gerechtfertigte Befürchtungen wegen der schutzzöllnerischen Bestrebungen, und es hatte auch Grund, sich über die Unterstützung zu beschweren, die England der schutzzöllnerischen Kolonialausdehnung Frankreichs und Russlands gewährte."

Diese verständigen Worte finden sich nicht etwa in einem deutschen Blatt, sondern im „*Manchester Guardian*", der es bedauert, dass Deutschland nicht bei Anbeginn des Krieges schon sein Kriegsziel bekanntgegeben habe. Man hätte durch Garantien für Freihandel in den Kolonien zu einem Verständnis gelangen und unter dieser Bedingung auch Kolonien an das Deutsche Reich abtreten können. So aber „steht Europa am Rande eines verheerenden Abgrundes, der nicht nur den besten Teil seines Menschentums und seiner Reichtümer, nein auch die ganze Kultur zu verschlingen droht, um Jahrhunderten anarchischer Barbarei Platz zu machen". Zum Schluss ein Appell an die verantwortlichen Staatsmänner, den einzig offenen Weg der „gerechten ökonomischen Beziehungen" zwischen den Völkern einzuschlagen, ehe es zu spät ist.

Als Beweis seiner Zustimmung hat einer unserer Mitarbeiter, der Belgier *Henri Lambert*, den ganzen Artikel, von dem wir hier nur einen kurzen Auszug bringen, in dem derzeit in London erscheinenden Blatt „L'Indépendance Belge" (v. 2. März) abgedruckt.



Glücklicherweise kann der Mensch nur einen gewissen Grad des Unglücks fassen; was darüber hinausgeht, vernichtet ihn oder lässt ihn gleichgültig. Es gibt Lagen, in denen Furcht und Hoffnung eins werden, sich einander wechselseitig aufheben und in eine dunkle Fühllosigkeit verlieren. Wie könnten wir sonst die entfernten Geliebtesten in stündlicher Gefahr wissen und dennoch unser tägliches gewöhnliches Leben immer so forttreiben?

Goethe: Wahlverwandtschaften.

15. Mai 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Sechstes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 6. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.

Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber.
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli.
Zürich

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner**, Zürich; **C. Bergmann**, Russland; **J. Bergman**, Stockholm; **E. Bernstein**, Berlin; **G. Brandes**, Kopenhagen; **F. Brentano**, Zürich; **L. Brentano**, München; **C. Brockhausen**, Wien; **F. H. Broeksmit**, Holland; **G. Cardinali**, Bologna; **E. Clapp**, New York; **A. Daudé-Bancel**, Paris; **E. Dick**, Basel; **Fr. van Eeden**, Holland; **Fr. Foerster**, München; **Fr. Fritschi**, Zürich; **Gemelli**, Turin; **A. Germain**, Arcachon; **H. Gomperz**, Wien; **L. M. Hartmann**, Wien; **R. Hercod**, Lausanne; **P. Hiestand**, Zürich; **L. Hoesch-Ernest**, Amerika; **J. Jastrow**, Berlin; **E. Jones**, London; **Jong van Beek en Donk**, Haag; **Ellen Key**, Schweden; **A. Knapp**, Zürich; **J. R. Kjellén**, Göteborg; **H. Lambert**, Charleroi; **H. Lammasch**, Wien; **O. Lang**, Zürich; **C. Larsen**, Kopenhagen; **V. Lee**, London; **W. Lotz**, München; **E. Mach**, München; **G. Maier**, Zürich; **Rosa Mayreder**, Wien; **E. D. Morel**, London; **C. Oberoutcheff**, Russland; **J. Oehquist**, Helsingfors; **Oda Olberg**, Rom; **Cecil C. Palmer**, Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune**, Vaud; **H. Richardson**, England; **E. Rignano**, Mailand, **Ch. Roper**, London; **B. Russell**, London; **E. G. Smith**, England; **W. Schücking**, Marburg; **F. Tönnies**, Eutin; **E. Wavrinsky**, Stockholm; **E. A. Westermarck**, Helsingfors-London; **F. v. Wrangel**, Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Die Legende vom Störenfried.

Von Professor Dr. HUGO PREUSS.

„Nur muss der eine nicht den andern mäkeln;
Nur muss der Knorr den Knubben hübsch vertragen;
Nur muss ein Gipfelchen sich nicht vermessen,
Dass es allein der Erde nicht entschossen.
Lessings „Nathan“.

In dem Brief Vernon Lee's, den die Internationale Rundschau vom 10. Dezember 1915 abdruckt, findet sich neben vielen treffenden Gedanken der besonders treffende Satz: „Wenn Völker in Hass einander gegenüberstehen, dann liegt dem einen Mann zur rechten Hand, was dem andern zur linken, selbst wenn ihre Gestalten, ihre Haltung und Bewegung identisch sein mögen“. Das ist's. Die Stimmung des Hasses, die einen gangbaren Ausweg aus dem tränenreichen Wirrsal des grossen Krieges versperrt, nährt sich mehr aus den einfach groben Instinkten, die allen Völkern gemeinsam sind, als aus den feineren Unterschieden und Gegensätzen der staatlichen Individualitäten. Es scheint ein Paradoxon und ist doch eine furchtbare Wahrheit: die feindlichen Völker empfinden sich gerade deshalb als absolute Gegensätze, weil sie in der Hauptsache diesen Krieg mit absolut gleichen Empfindungen durchkämpfen. Zeigt doch überhaupt diese weltgeschichtliche Tragödie die scheinbar paradoxe Wahrheit, dass sich die Ungeheuerlichkeit des internationalen Konflikts nur aus der weit fortgeschrittenen internationalen Verflechtung erklärt. Wenn die internationale Gemeinschaft wirklich nur ein Phantasiegebilde oder eine Lüge wäre, wie es die überhitzigen Rufer im Streit verkünden, dann wäre Umfang und Art dieses Weltbrandes ganz unbegreiflich. In der Erbitterung, mit der der Kampf geführt wird, schwingt bewusst oder unbewusst etwas mit von dem bitteren Gefühl des Bruderkrieges, in dem der Kämpfer im Gegner zugleich sich selbst verwundet. Die internationale Verflechtung des Wirtschaftslebens macht jedes Wirtschaftssubjekt, jeden Menschen zum Mitkämpfer und verstärkt so die Entwicklung zum Volkskriege, deren Grundlage schon durch die internationale Ausbreitung der gleichen Wehrverfassung gegeben ist. Diese letztere schreitet ja mitten im Kriege fort, indem sie den einzigen bisher noch abseits stehenden europäischen Grosstaat, England, in

ihren Kreis zu ziehen beginnt. Die internationale Entwicklung der Technik hat die Waffen wie die Art der Kriegführung völlig umgestaltet, ihre Furchtbarkeit masslos erhöht, und zwar für alle Kriegführenden in wenigstens annähernd gleicher Weise. Mit alledem hat die düstere Verbissenheit dieses Völkerringens nichts, gar nichts mehr an sich von dem, was ehemals für manchen den Reiz eines „frischen, fröhlichen Krieges" bilden mochte. Diese Erkenntnis hat sich nachgerade wohl überall auch derer bemächtigt, die vor nun bald zwei Jahren den Kriegsausbruch mit jenen Empfindungen aus einer „guten alten Zeit" begrüsst haben.

Eine „Kriegspartei" in diesem Sinne hat es in jedem grossen Volke gegeben; das ist ebenso natürlich, wie es begreiflich ist, dass jetzt ihre Existenz von jedem Volke bestritten wird, und zwar in gutem Glauben. Denn das, was gekommen ist, hat sicher hüben und drüben niemand gewollt. Das pro und contra der Lehre von der „Great Illusion" soll hier nicht erörtert werden; aber die herrschende Geschichtsauffassung ist jedenfalls überall von der Überzeugung durchdrungen, dass siegreiche Kriege der Vergangenheit das Emporkommen der Staaten und Völker mächtig gefördert und Hemmnisse beseitigt haben, die auf friedlichem Wege unüberwindlich schienen. Zur Verteidigung des bedrohten Vaterlandes ist jedes gesunde und lebensfähige Volk naturgemäss bereit; wo aber ist die klare Grenze der Verteidigung gegen Angriff und der Förderung seiner Interessen gegen den Widerstand anderer Interessen? Sie ist so ununterscheidbar fein wie der Übergang vom Guten zum Bösen.

Nun gab es seit langem in jedem Grosstaat und auch in manchem Kleinstaat, der gern Grosstaat werden wollte, Anhänger der Meinung, dass seine Lebensinteressen gegen die feindlichen Interessen anderer Staaten auf die Dauer doch nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt oder behauptet werden könnten, dass also der Krieg über kurz oder lang unvermeidlich sei. Mit dieser politischen Anschauung verbanden sich leicht mancherlei Interessen von minder politischer Art. Überall auch hatte die kleine Sekte etliche Anhänger, die an die Heils lehre von dem an sich guten Kriege als das Zaubermittel nationaler Verjüngung glaubt und glauben machen will. Zu einer parteiähnlichen Bildung hat es diese Sekte, soweit ich sehe, nur in Italien gebracht, wo sie den Krieg als solchen predigte, gleichviel ob gegen die Entente oder gegen die Zentralmächte; entscheidend war sie wohl auch dort nicht. Will man also die Anhänger all jener Meinungen und Gedanken als Kriegspartei bezeichnen, so gab es eine solche überall. Doch überall auch war sie in jedem Falle eine verschwindende Minderheit inner-

halb der Volksgesamtheit, die überall den Frieden als Glück, den Krieg als Unglück und den willkürlichen Angriff als Verbrechen empfand. Als dann der grosse Krieg doch hereinbrach, da hat sich jedes der kämpfenden Völker in leidenschaftlichem Zorn erhoben, von der Überzeugung durchdrungen, dass die feindlichen Völker blind ihrer Kriegspartei zum Angriff gefolgt seien, während es selbst, aus seiner Friedensliebe aufgestört, sein Vaterland und seine Existenz verteidige. Gerade weil diese leidenschaftliche Überzeugung in der Hauptsache bei allen Völkern die gleiche ist; gerade weil jedes Volk fest in dem Glauben steht, nicht für bestimmte Machterweiterungen, sondern für die Sicherheit seiner friedlichen Existenz gegen raublustigen Angriff zu kämpfen, — gerade deshalb scheint jede Verständigung vor der völligen Vernichtung des Gegners unmöglich zu sein. Weil alle kämpfenden Völker im wesentlichsten gleich empfinden, sehen sie im Feinde den absoluten Gegensatz ihres eigenen Wesens. Und dieser Wahn wird eifrig genährt und aufgepeitscht durch eine Kriegsliteratur, die zum grossen Teile auch wieder merkwürdig einheitlich ist, indem sie unter dem Banne des einen feindseligen Gedankens die feineren, ihren verschiedenen Völkern eigenen Nüancen vielfach verleugnet: die Franzosen ihre geistvolle Eleganz, die Engländer ihren gesunden politischen Menschenverstand und die Deutschen die voraussetzungslose Gründlichkeit ihrer Wissenschaft.

Es sind unendliche Variationen auf das eine Thema: „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“. Wenn auch nicht jeder der Wortführer und mancher ihnen nahestehende Kreis, so ist doch jedes Volk in seiner Gesamtheit sich ehrlich und mit Recht bewusst, den Frieden gewollt zu haben, und daher um so empfänglicher für den Nachweis, dass das böse Nachbarvolk und seine Regierung der Friedensstörer gewesen sein müsse. Den direkten Urkundenbeweis dafür beizubringen, hat sich natürlich jede Regierung in ihren verschiedenfarbigen Sammlungen diplomatischer Aktenstücke mit mehr oder minder Geschick angelegen sein lassen. Und die private Kriegsliteratur hat diese Beweislinien mannigfach nachgezogen und ergänzt. Aber die geschichtliche Erfahrung hat schon bei den soviel einfacher liegenden Kriegswirren der Vergangenheit gezeigt, dass es meist schwierig, oft unmöglich war, einen direkten Beweis dafür zu erbringen, wer eigentlich angefangen hat; um wieviel mehr bei den überaus mannigfachen und komplizierten ursächlichen Zusammenhängen dieses ungeheuren Konflikts. Unentwirrbarer als jemals früher laufen heute die Grenzen von Angriffs-

und Verteidigungskrieg durcheinander. Dass für diese Unterscheidung die Tatsache in keiner Weise massgebend sein kann, wer schliesslich den Krieg erklärt hat, ist unstreitig; dem allgemeinen Bewusstsein ist es ja schon heute bei diesem Kriege aller gegen alle fast entrückt, wer wem eigentlich den Krieg erklärt hat. Demgemäss fühlt denn auch die Kriegsliteratur auf allen Seiten das Bedürfnis, tiefer zu schürfen, um die politische und moralische Schuldfrage zu entscheiden. Dafür versagen jedoch alle direkten Beweismittel; man muss vielmehr zum indirekten, zum Indizienbeweis, seine Zuflucht nehmen. Das muss auch die Kriminalistik leider oft genug; aber der gute Kriminalist tut es stets nur mit misstrauischester Vorsicht. Ist solche aber zu erwarten von irgendeinem Volke in der leidenschaftlichsten Erregung eines beispiellosen Kampfes und als Richter in eigener Sache? Und der unsicherste von allen Indizienbeweisen ist es für den Kriminalisten, wenn der Ankläger dartun will, dass der Angeklagte ein Mann sei, von dem man sich der Tat wohl versehen könne. Gerade darum aber handelt es sich hier; und zwar soll dieses Urteil von einem ganzen Volke über ein anderes ganzes Volk gefällt werden! Auf so schwankem Grunde steht also von vornherein das ganze Gebäude all dieser Beweisführungen.

2.

Die Behauptung, dass man sich von diesem Manne dieser Tat wohl versehen könne, stützt sich entweder auf frühere Taten ähnlicher Art oder auf die Beschaffenheit seines Charakters, die aus irgendwelchen Symptomen, Äusserungen, Lebensumständen konstruiert wird. Dass auch die erste Beweisführung höchst unsicher ist, liegt auf der Hand; denn weil der Mann früher gestohlen hat, braucht er es gerade diesmal nicht getan zu haben. Ohne Zweifel ist jedoch die zweite Art der Beweisführung noch viel unsicherer, da sie nicht einmal mit Taten, sondern nur mit einem vom Ankläger konstruierten Charakter arbeitet.

Auf dieses Leitmotiv ist eine ganze Sammlung französischer Kriegsschriften abgestimmt: „*Etudes et Documents sur la Guerre*“, die in dem Pariser Verlage von *Armand Collin* erscheint. Die Freunde der Entente halten offenbar die hier gebotene Aufklärung über die Triebkräfte des Weltkrieges für so bedeutsam, dass sie sich ihre Verbreitung auch im deutschen Sprachgebiet angelegen sein lassen durch Übersetzungen, die der Verlag Payot & Co. in Lausanne herausgibt. In der Tat sind es bekannte, zum Teil berühmte Schriftsteller, die sich hier zusammengetan haben unter der Führung von Ernest Lavisse: die Professoren Andler, Bergson, Boutroux,

Denis und Durkheim, Seignobos, André Weiss u. a. m. Ist diese Sammlung ein typisches Beispiel für eine ganze Richtung des Geisteskampfes, der den gegenwärtigen Waffenkampf begleitet, so ist typisch für die Tendenz der ganzen Sammlung die Schrift *Durkheims:* „*L'Allemagne au-dessus de tout. La mentalité allemande et la guerre*".

„Habent sua fata libelli"; doch nicht nur Bücher, auch Lieder. Kein Schicksal kann abenteuerlicher und erstaunlicher sein als das von Hoffmann von Fallerslebens schönem Sang: „Deutschland, Deutschland über alles". Wie unter dem Banne einer Massensuggestion erblicken unsere Gegner in diesem Liede das Selbstbekenntnis der deutschen Volksseele zur ehrgeizigen Machtpolitik einer weltumspannenden Gewaltherrschaft!! Daran glaubt sogar einer, dessen radikaler Skeptizismus sonst an nichts glaubt: Bernard Shaw. Treffend hat ihm schon Gustav F. Steffen entgegengehalten, ob er die Entstehung, ja auch nur den Text dieses Liedes überhaupt kenne; er möge ihn einmal mit dem Text von „Rule Britannia" vergleichen und dann sagen, wo der Ruf nach Herrschaft erhoben werde. Nicht ein Ton von Herrsch- und Eroberungssucht klingt in diesem Liede mit. Seine erste Strophe ersehnt deutsche Einheit; seine zweite Strophe feiert: „Deutsche Frauen, deutsche Treue, deutschen Wein und deutschen Sang", was doch wahrlich friedlich genug ist; und endlich die Schlussstrophe:

„Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland;
Danach lasst uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand —
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland!"

Ich weiss wirklich nicht, was ein englischer oder französischer Liberaler oder Demokrat an dieser Strophe aussetzen könnte; ja ich glaube, er könnte sie ruhig mitsingen. In der Tat ist dies Lied geboren aus jenem Geiste des vormärzlichen Liberalismus, den uns heute unsere Gegner als den Zustand unserer verlorenen Unschuld mahnend vorhalten. Und sein Verfasser hat ja auch die Faust des Polizeistaates zu fühlen bekommen; er wurde aus seiner Breslauer Professur hinausgemassregelt, so dass er wehmütig sang:

„Einst bin ich Professor gewesen,
Jetzt bin ich abgesetzt;
Einst konnt' ich Kollegien lesen,
Allein was kann ich jetzt?"

Übrigens darf im Dienste der Wahrheit nicht verschwiegen werden, dass unser schönes Lied schon einmal so unbegreiflichen Missbrauch und solche Verdrehung seines Geistes erlebt hat; und zwar in Deutschland, indem es zum Kampfgesang einer reaktionär-antisemitischen Hetze gegen „Einigkeit und Recht und Freiheit" prostituiert wurde. Indessen beweist dies doch nur, dass blindwütiger Fanatismus immer und überall Verstand und Sinn für die Wahrheit und Natur der Dinge verliert.

So entbehrt die oben genannte Schrift durchaus jener scharfen und eleganten „lateinischen Logik", auf die die Franzosen so stolz sind. „Deutschland, Deutschland über alles" soll der treue Ausdruck der deutschen Mentalität sein. Wenn dabei an den wirklichen Wortlaut und Sinn des Liedes gedacht wäre, müssten wir diese Behauptung als allzu schmeichelhaft ablehnen; denn so, wie es der Sänger als vollendetes Ideal ersehnt, ist in Wirklichkeit kein Volk, sogar wir nicht. Aber Durkheim kennt vielleicht und erwähnt jedenfalls von dem Liede nur die ersten Worte; im übrigen substituiert er ihm schlankweg etwas ganz anderes, nämlich: — Treitschkes Politik! Dieser erstaunliche Salto mortale der Logik zieht mit logischem Zwange sofort einen noch erstaunlicheren nach sich. Die Mentalität eines ganzen Volkes an einem einzigen literarischen Erzeugnis aufweisen zu wollen, ist schon an und für sich ein unmögliches Unterfangen. Indessen kann ihm allenfalls der Schein einer gewissen Glaubhaftigkeit gegeben werden, wenn man dazu ein Lied auswählt, das dem Volke in Fleisch und Blut übergegangen, zum Volkslied geworden ist; „Folklore". Wie aber kann man dem Lied, — weil sein Inhalt das Gegenteil dessen beweist, was es beweisen soll, — etwas ganz anderes substituieren; und gar das einzelne wissenschaftliche Werk eines einzelnen Schriftstellers! Freilich erklärt Durkheim, er habe Treitschke gewählt, nicht wegen dessen Bedeutung als Gelehrter oder Philosoph, sondern im Gegenteil deshalb, weil „er viel weniger die Gedanken eines einzelnen als diejenigen einer Gesamtheit ausspricht". „Treitschke ist .... eine in hervorragendem Masse repräsentative Persönlichkeit und als solcher lehrreich". (Seite 5). Ja, gerade dies wäre doch vor allem zu beweisen; jedoch wird dieser Beweis nicht einmal versucht, vielmehr gerade das zu beweisende einfach als petitio principii an die Spitze gestellt. Die ganze Schrift ruht also auf diesem doppelten Zirkelschluss: was „Deutschland, Deutschland über alles" bedeutet, sagt uns nicht dies Lied, sondern Treitschkes Politik; denn Treitschke sagt uns, was das deutsche Volk denkt; dies ist massgebend, nicht weil es Treitschke sagt, sondern weil das deutsche Volk so denkt!!

Es könnte auffallen, dass Durkheim gerade Treitschkes „Politik" und nicht seine „Deutsche Geschichte" als Paradigma gewählt hat. Denn wenn Treitschke nur jene und nicht diese geschrieben hätte, wäre er kein berühmter Mann geworden, und kein Mensch könnte auf den Gedanken kommen, ihn als repräsentative Persönlichkeit anzusprechen. Aber offenbar ist es für die Zwecke dieses Libells handlicher, aus einem Lehrbuch der Politik eine Anzahl von Dogmen und Sätzen herauszugreifen, als den Zusammenhängen einer geschichtlichen Darstellung kritisch nachzugehen; obwohl wenige bedeutende Geschichtswerke der Kritik eine so breite Angriffsfläche bieten wie das Treitschkes. Und solche Kritik ist denn auch in Deutschland selbst reichlichst geübt worden. Weit entfernt davon, ihn als Verkünder einer gemeinsamen Volksüberzeugung anzuerkennen, schwankt das Urteil über ihn, von der Parteien Gunst und Hass verwirrt. Das kann auch gar nicht anders sein; denn ganz bewusst einseitige Parteilichkeit ist das Charakteristikum und ist die Stärke von Treitschkes literarischer Individualität. Unleugbar hat er damit mächtig gewirkt, anziehend und abstossend zugleich. Aber das Geheimnis dieser Wirksamkeit liegt keineswegs darin, dass er etwa die deutsche „Mentalität" am reinsten zum Ausdruck brächte; vielmehr gerade umgekehrt darin, dass von ihm der Reiz einer in Deutschland fast einzigartigen Seltenheit ausgeht: der Reiz der unbezwingbaren Leidenschaftlichkeit eines politischen Temperaments. Politisches Temperament ist unter uns Deutschen etwa so häufig, wie musikalisches Genie unter Engländern. Aus Treitschkes Schriften weht es glutheiss den überraschten, oft auch überwältigten Leser an. Das wirkt; jedoch eine unsinnige Überschätzung dieser Wirkung wäre die Annahme, dass er damit den Volksgeist nach seinem Ebenbilde umschaffen konnte.

So wenig angenehm ihm selbst der Vergleich gewesen wäre: Treitschkes Beredsamkeit erinnert stark an den zornmütigen Eifer der Propheten des alten Bundes. Und wie den grossen die kleinen Propheten folgten, so sind auch ihm etliche kleine Jünger gefolgt. Wenn nun die Propheten für den reinen Dienst Jahves und gegen alle Götzendienerei eifern, wenn sie die Abschliessung des auserwählten Volkes vom Verkehr mit den Heiden predigen, — was folgt daraus für die „Mentalität" ihres Volkes? Etwa dass sie diesen Forderungen der Eiferer entsprach? Doch wohl das Gegenteil; denn wozu sonst der Eifer? In langen Jahrhunderten der Staatlosigkeit hatte das deutsche Volk notgedrungen Wissenschaft und Kunst, die ganze unpolitische Kultur hoch über die politische Staatskultur stellen

müssen; diese durch Jahrhunderte eingewurzelte Neigung der Volksseele bekämpfen Treitschke und seine Jünger durch die fanatische Predigt des reinen Staatsgedankens. Jahrhundertelang war Deutschlands Elend die Kleinstaaterei gewesen; und die hieraus erwachsenen Hemmnisse seiner Entwicklung sind noch bei weitem nicht völlig überwunden. Darum wettert Treitschke gegen den Kleinstaat, der gar kein wahrer Staat sei; hätte Deutschland seine Einigung in der Weise Italiens vollzogen, so hätte er gewiss kühler von den Kleinstaaten gesprochen. Treitschke ist der einseitig fanatische Verherrlicher des preussisch-deutschen Staates, der zu seiner Zeit Deutschland aus der Staatlosigkeit heraushob. Es entstand ein freilich nur unvollkommener Nationalstaat. Aber es ist doppelt seltsam, wenn Durkheim dieser Anschauung die „Leugnung des Nationalitätsprinzips" vorwirft und zugleich behauptet: „daher kommt Deutschlands Eroberungs- und Annektierungslust" (Seite 42/43). Müsste doch gerade umgekehrt das volle Bekenntnis zum Nationalitätsprinzip Deutschland zu Eroberungen und Annektierungen drängen; denn kein Volk hat so viele und grosse Irredenten wie das deutsche. Es ist wahr, dass Treitschke und seine Jünger den Willen zur politischen Macht eifervoll predigen; aber es ist das denkbar grösste Gegenteil der Wahrheit, der deutschen Volksseele solchen Willen zur politischen Macht, ja gar „eine krankhafte Ausbildung des Willens, eine Art übermässige Sucht des Wollens" (Seite 48) zuzuschreiben. Ach, wenn Treitschkes Beredsamkeit vermocht hätte, die Schwäche des Willens zu politischer Macht aus der deutschen Volksseele herauszupredigen, müssten wir ihn als den grössten aller Deutschen verehren! Wir hätten weniger Feinde in der Welt, wenn der Wille zur politischen Macht nach aussen und im Innern stark wäre im deutschen Volke.

Im übrigen knüpft Durkheim seine Ausführungen an etliche Lehrsätze der theoretischen Politik, die Treitschke vorträgt wie sie hundert andere innerhalb und ausserhalb Deutschlands vorgetragen haben; die ihre Anhänger und ihre Gegner haben unter deutschen und nichtdeutschen Gelehrten. Ein einziger davon sei hier herausgegriffen, weil ihm Durkheim und ebenso auch Seignobos die entscheidendste Bedeutung beilegen; und weil ich persönlich dabei ein bisschen interessiert bin. Durkheim wie Seignobos bezeichnen als die Quintessenz und den tragenden Begriff der von ihnen bekämpften Staatsanschauung den Souveränitätsbegriff; denn in ihm stecke der Grundgedanke des nach innen absoluten, nach aussen isolierten Staates. In der Souveränität komme die Staatsidee zum Ausdruck, die in der Hauptsache die kontinentalen Staaten in dem Zeitalter von der

Reformation bis zur grossen Revolution beherrscht habe. Ich bin nun in der eigentümlichen Lage, mein volles Einverständnis mit dieser Ansicht aussprechen zu müssen; denn ich vertrete sie fachwissenschaftlich seit siebenundzwanzig Jahren. Dass ich in der deutschen Fachwissenschaft damit bisher nicht durchgedrungen bin, können Durkheim und Seignobos nicht lebhafter bedauern als ich. Nur steht es damit in der ausländischen Fachliteratur nicht wesentlich anders. Dass der Vater der Souveränitätslehre der Franzose Jean Bodin gewesen, mag auf sich beruhen; denn es ist lange her. Doch auch Jean Jacques Rousseau vertrat den Souveränitätsbegriff in schärfster Ausprägung, nur sozusagen in demokratischer Inversion. Und noch heute operiert die herrschende Meinung in der staatsrechtlichen Literatur, soweit ich sehen kann, überall mit diesem Begriff, wenn vielleicht auch die Opposition dagegen hie und da ein wenig stärker sein mag als in Deutschland. Mit der „Mentalität“ des deutschen Volkes hat das doch aber wahrlich wenig zu tun. Vollends nicht bloss grundfalsch, sondern verhängnisvoll für die internationale Stimmung ist es, aus solchen und ähnlichen Voraussetzungen den ungeheuerlichen Schluss zu ziehen: „Jetzt versteht man, wie Deutschland sich der Handlungen schuldig machen konnte, die ihm vorgeworfen werden. Sie sind die konsequente Anwendung der oben entwickelten Gedanken“ (Durkheim, Seite 37)!! Vor solcher Art eines Indizienbeweises muss doch wohl jeder Unbefangene zurückschaudern.

3.

Eine Art Fortsetzung der Konstruktion Durkheims ist die Schrift von *Andler: „Le Pangermanisme. Ses plans d'expansion allemande dans le monde*“. Wie jener in den Schriften Treitschkes, so sieht dieser in denen der kleinen Propheten alldeutscher Richtung die Offenbarung der Mentalität des deutschen Volkes. Mit Bienenfleiss trägt Andler das Belastungsmaterial aus allen möglichen Schriften und Aufsätzen bekannter und unbekannter Schriftsteller zusammen. Neben Namen, die Andler mit mehr oder minder Fug als „presque illustre“ bezeichnet, finden sich solche, denen auch der politisch belesene Deutsche hier vermutlich zum ersten Male begegnet; deren Privatmeinungen ihm aber als Emanationen der deutschen Volksseele vorgestellt werden. Was kann nun dieses ganze Material, meinetwegen in Bausch und Bogen auf Treu und Glauben hingenommen, besten- oder schlimmstenfalls beweisen? Allenfalls dies, dass das bekannte Wort heute nicht mehr unbedingt gilt, wonach dem deutschen Volke jeglicher Chauvinismus so völlig fremd sei, dass die deutsche Sprache nicht einmal einen Ausdruck dafür

habe. So haben wir denn unsere Alldeutschen, wie die Franzosen ihre Chauvinisten, die Engländer ihre Jingos, die Russen vollends ihre Panslavisten, die Italiener ihre Irredentisten und heiligen Egoisten haben. Und was weiter? Will man den Einfluss dieser seelenverwandten Strömungen auf die öffentliche Meinung ihrer Länder und damit ihren Wert als Offenbarungen der Mentalität ihrer Völker vergleichen, so gibt es dafür einen sehr brauchbaren Massstab. Als Pressorgane des Pangermanismus nennt Andler die „Deutsche Tageszeitung", die (meines Wissens eingegangene) „Deutsche Zeitung" und die „Alldeutschen Blätter"; ich könnte noch ein und die andere von diesem Geiste mehr oder weniger infizierte Zeitung hinzufügen. Und nun vergleiche man die Verbreitung und den Einfluss dieser Pressorgane in Deutschland mit dem der nationalistischen Presse nach Art des „Matin" und vieler anderer in Frankreich, der Northcliffe-Blätter in England, der „Nowoje Wremja" und Genossen in Russland, des vielstimmigen Hetzkorps italienischer Blätter! An solchem Masse gemessen, verdiente unsere Presse das Lob: „Dies Kind, kein Engel ist so rein"; womit ich gewiss nicht behaupten will, dass ihre Haltung in internationalen Dingen nichts zu wünschen übrig liesse. Und wenn man den Vergleich fortführt auf das Verhältnis der Regierungen zu dieser chauvinistischen Presse, so kann kein Unbefangener leugnen, dass ihr die deutsche Regierung sehr viel unabhängiger gegenübersteht als die Regierung irgendeines feindlichen Landes. Diese Tatsache bleibt in ihrer Bedeutung bestehen, auch wenn man sie darauf zurückführen mag, dass die deutsche Regierung von der Presse und öffentlichen Meinung überhaupt unabhängiger ist als die der anderen Staaten.

Von besonderem Interesse ist die Beobachtung, wie die Wirksamkeit internationaler Verflechtungen und Übertragungen sich bei den chauvinistischen Richtungen mindestens ebenso stark geltend macht wie bei ihren Gegnern. So sind die verhältnismässig besten Köpfe der Alldeutschen beim englischen Imperialismus in die Schule gegangen; und andererseits hat neuestens die alldeutsche Agitation auf den englischen Imperialismus abgefärbt. Andler bringt aus den alldeutschen Schriften kaum einen ernsthafteren Gedanken bei, den man nicht und meist besser auch bei Seeley „Expansion of England", in Crambs „Germany and England" und anderen ähnlichen englischen Schriften finden könnte. Und jene alldeutsche „Mythologie", die freilich in den pseudowissenschaftlichen Lehren von der germanischen Edelrasse in der ganzen Weltgeschichte die närrischsten Purzelbäume schlägt, kann Andler, der doch wohl in der französischen Literatur nicht minder als

in der alldeutschen belesen ist, ohne Mühe auf einen französischen Ahnherrn zurückführen: den Grafen Gobineau. Auch das Satyrspiel dieser Internationalität des Chauvinismus fehlt nicht; der vielleicht unsympathischste und gefährlichste Alldeutsche ist ein in Frankreich erzogener Engländer. So sehen die Offenbarungen der Mentalität des deutschen Volkes aus!

Die Beweismethode Andlers ist nun verblüffend einfach. Er stellt aus allen jenen alldeutschen Schriften und Artikeln die Punkte zusammen, wo nach der Meinung des Verfassers eine Ausdehnung des deutschen Einflusses wünschenswert oder möglich wäre. Da kommt denn freilich so ungefähr der ganze Erdglobus zusammen. Also plant das deutsche Volk eine ungeheuerliche Weltherrschaft und ist folglich der internationale Störenfried; quod erat demonstrandum. Mir scheint aus diesem Beweismaterial, wenn überhaupt etwas, eher das Gegenteil zu folgen: dass nämlich dem deutschen Volksgeist ein bestimmter, praktisch irgendwie ausführbarer Expansionsplan durchaus fremd war. Darin unterscheidet es sich allerdings von allen ihm feindlichen Grosstaaten, die sämtlich solche sehr praktischen Expansionspläne hatten und haben. Das war und ist ja eben der Schmerz der Alldeutschen. Und man braucht kein Alldeutscher zu sein, um darin vielleicht eine Schwäche der politischen Stellung Deutschlands zu erblicken; jedenfalls aber ist es das Gegenteil dessen, was ihm die Sündenbocklegende vorwirft.

An ernsthafter Bedeutung überragte schon seit langem alle diese Pläne oder auch Grillen einzelner der Gedanke, der in den Stürmen dieses Weltkrieges festere Gestalt angenommen hat. Man mag ihn mit dem populär gewordenen Schlagwort: Berlin—Bagdad bezeichnen. Gerade dieser Plan läuft aber nicht auf Eroberung und Annexion hinaus; vielmehr steht und fällt er mit der Erhaltung einer unabhängigen Türkei. „Aussi les Allemands la protègent“, höhnt Andler. „Mauvais signe pour un pays que d'être protégé par l'Allemagne. Cela annonce que le partage est proche“ (Seite 37/38). Das ist doch aber eine völlige Verkennung — ich sage nicht der Tugendhaftigkeit; wohl aber — des entscheidenden Interesses der deutschen Politik. Hätte sie die Teilung der Türkei gewollt, so hätte sich vielleicht dieser grosse Krieg vermeiden lassen. Und es ist unvorsichtig von Andler, den kritischen Leser darauf zu stossen, wie viel besser seine Glosse auf die Art passt, in der Frankreich die Unabhängigkeit von Tunis und Marokko beschützt oder der russisch-englische Vertrag die Integrität und Unteilbarkeit Persiens und dgl. mehr; gar nicht zu reden von den Absichten des russischen Fuchses auf die Trauben von

Byzanz. Das Schmerzlichste an solcher Art der Argumentation ist nicht, dass sie dem Gegner unrecht tut; dafür ist ihre Falschheit allzu handgreiflich. Aber sie ist aus einer Stimmung blinder Wut geboren, die keinen Blick mehr hat für die Unhaltbarkeit der Beweise, die ja doch nur dartun sollen, was für sie gar keines Beweises bedarf: dass einzig der Gegner der Sündenbock ist. Sie rechnet leider mit Recht auf die gleiche Stimmung bei ihren Lesern und verschärft so die blinde Wut hüben und drüben. Die Germanisierungspolitik der Regierung in der Provinz Posen, in Nordschleswig und Elsass-Lothringen verdammt Andler als Ausführung der wildesten Gewaltträume alldeutscher Fanatiker. Ich fühle mich zur Verteidigung jener Regierungspolitik keineswegs berufen. Aber ist es noch diskutabel, wenn sich dem gegenüber Andler mit der gewaltsamen Russifizierungspolitik des Zarismus lächelnd abfindet: „qui souvent fut un peu vive"!? (Seite 5.)

An die Wiedergabe einer ganz besonders verstiegenen Bravade eines der wildesten Alldeutschen knüpft Andler die rhetorische Frage: „Est-ce un fou qui parle?" Ja, offen gesagt, ähnliches hat sich bei ähnlichen Ausbrüchen der weit überwiegende Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland auch gefragt; und man hat's dann kopfschüttelnd zum übrigen gelegt. In der Tat hat man bei uns die politische Bedeutung dieser geräuschvollen Bewegung fehlerhaft unterschätzt; nicht ihre Bedeutung im Inland, für die „Mentalität" unseres Volkes; wohl aber ihre Wirkung auf das Ausland. Die politische Bewegung ist ja im allgemeinen bei uns wenig lebhaft. Vollends in der auswärtigen Politik begnügt sich herkömmlich die öffentliche Meinung, Presse und Reichstag dem Lied zu lauschen, welches das Auswärtige Amt angestimmt hat, und wenns hoch kommt, den Refrain mitzusingen — auch ohne Zensur und Belagerungszustand. In diese Eintönigkeit schrillten die alldeutschen Dissonanzen nun etwas überlaut hinein, und mochten daher leicht das erstaunt aufhorchende Ausland über die wirkliche Stärke ihres Chors täuschen. Aber diese erklärliche Täuschung hat doch ihre vernünftigen Grenzen; und die überschreitet Andler weit, wenn er auf den Einwurf, was denn nun all diese Bücher und Flugschriften für die wirkliche Politik bedeuten, antwortet: „Pareillement on se demandait déjà quelle responsabilité les philosophes français du XVIIIme siècle avaient dans les évènements de la révolution" (S. 55). O lala! Das haben sich unsere guten Landsleute gewiss niemals träumen lassen, von einem gelehrten Franzosen mit Montesquieu und Rousseau, mit Voltaire und Diderot und der ganzen erlauchten Enzyklopädie auf eine Stufe gestellt zu werden. Und wo bleibt unsere Re-

volution? Einer solchen hätte es doch bedurft, um den Geist dieser Literaten an die Herrschaft zu bringen. Zwar will Andler auch so schon die „complicité du gouvernement allemand dans le pangermanisme“ nachweisen; aber wieder besteht sein Material nur aus Literarischem und etlichen Redewendungen Bülows und anderer. Das schafft doch die Tatsache nicht aus der Welt, dass die Alldeutschen seit ihrer Entstehung aus Anlass des Helgoland-Vertrages in scharfer Opposition zur Regierung gestanden haben und noch stehen, dass sie in allen Hauptpunkten die auswärtige Politik der Regierung für fehlerhaft erklärt haben. Man kann freilich aus anderen Gründen dieser Meinung recht nahe stehen, ohne Alldeutscher zu sein; aber das beweist doch nicht, dass die Regierung alldeutsch sei.

(Fortsetzung folgt.)



Nachdenkliches.

Eine Meinung, sogar schon ein Gedanke, begründet bereits eine Verantwortung.

Der Betrug, das Gegebene für das Ideal zu halten, ist die letzte, aber sichere Rettung des Denkers — und des Politikers.

Der Gedanke ist nicht zu ertragen, dass alles vollendet ist. Jede realisierte Utopie, auch die der Gegenwart, wirkt absolut tödlich.

Wir wollen den Utilitarismus anerkennen — wenn er ein Mindestmass darstellt.

Die historische „Erklärung“ ist eben keine Erklärung, sondern eine mehr verbindende als bindende Feststellung.

Psychologie: es ist ein so aristokratisches Gefühl, auf der unterliegenden Seite zu sein!

Ein Parteimann sagte: „Ich glaube, dass ein Gefühl des Rechts mich meinen Standpunkt wählen liess. Wer aber jetzt gerechte Abwägung meiner Sache walten zu lassen von mir verlangt, ist ihr und mir schlimmer als ein Feind.“

Verwaltung ist erstarrte Politik.

Der Staat ist ein Entwurf zur Utopie der Gesellschaft.

Politik ist so sehr das Alltägliche des Geistes wie das Geistige des Alltäglichen.

In der Politik gibt es ein Unglück noch weniger als eine Schuld, sondern nur Fehler, die beides zugleich bedeuten.

Es ist das politisch klügste und moralisch verwerflichste, Moralitäten als politische Mittel zu brauchen.

Revolutionäre aller Richtungen sind, die an den bestehenden Verhältnissen rütteln; die an ihnen nagen, sind Politiker, aller Richtungen.

Nur Gläubige können revolutionieren.

Die Opposition soll aus der Geschichte lernen, dass sie der Konservativismus von morgen (oft genug übrigens zugleich der von gestern) ist, aber sie darf nicht daran denken, und diese Erkenntnis ist kein Grund, nicht zu opponieren.

Das widerwärtigste der Unterdrückung ist, dass sie den Unterdrückten schon für das Ausbleiben einer gewohnten Beschimpfung zu einer gemeinen Dankbarkeit bringt.

Empörend bei einem Befehlsverhältnis ist nicht das Kommando, aber der Gehorsam.

Die Unterdrückung, die eine Rechtsordnung durch Zwangsgesetze nicht wagen oder nicht erreichen kann, gelingt ihr durch Schutzgesetze.

Es gibt keine Einrichtung des äusseren Lebens, die nicht durch ihre Ausführung gemildert, also zugleich erheitert, befreundet, erträglich — und widerlegt würde.

Der Militarismus ist im Kriege, die Polizei nach dem Verbrechen gerechtfertigt; aber sie brauchen Krieg und Verbrechen zu ihrer Rechtfertigung.

„Die Schlachtfelder," sagte ein Soldat, „sind nur ein vager Ausdruck dessen, was geschieht. Und glaubt mir," fuhr er müde lächelnd fort, „nicht das Sterben im Kriege, sondern das Leben im Kriege ist das Fürchterliche!"

Es ist nicht wahr, dass der Krieg Tugenden schafft, — er macht sie nur evident. Und sollte es dazu — und sollte es, selbst wenn er sie schüfe — nicht weniger kostspielige Mittel geben?

Über den Krieg als Zweck liesse sich allenfalls reden, und das Verbrechen dieser Meinung steht zu bekämpfen; aber der Krieg als Mittel ist nicht nur sinnlos und gottlos, sondern auch zwecklos.

Wüssten doch die Patrioten, dass „deutsch sein", wovon sie so viele mit „heisst" fortfahrende Sechsteldefinitionen haben, kein Zustand und kein Verdienst, sondern eine Tat und eine Aufgabe bedeutet!

Rudolf Leonhard.

Anklage und Versöhnung.

Von F. MELLIAN STAWELL, London.

Inmitten der Ströme nationalen Hasses und völkischen Elendes, welche dieser Krieg entfesselt hat, werden hier und dort zu beiden Seiten Stimmen laut, welche von einer Einigkeit sprechen, die noch höher steht als die des Volkes, die Einigkeit der Menschheit. Die weisesten dieser Stimmen unterschätzten keineswegs den Begriff der Nation, sie erinnern nur an den göttlichen, halbvergessenen Gemeinplatz, dass die Grösse der Nation der Menschheit dienen muss, wenn sie nicht geistig zugrunde gehen soll. Es ist der Mühe wert, zwei typische Stellen miteinander zu vergleichen, welche in den letzten Monaten dieses sorgenvollen Jahres geschrieben wurden. Die eine ist deutsch und die andere ist englisch. Ich will mit der deutschen beginnen, schon deshalb weil sie von der Hand des Gegners stammt.

Ich übersetze den Auszug von der Titelseite des „Berliner Tageblatt", einer Zeitung, welche in den letzten drei Monaten durch die Veröffentlichung grosszügiger und menschlicher Anschauungen viel Gutes getan hat. Wolfgang Heine, ein Mitglied des deutschen Reichstages, schrieb am Weihnachtstag 1915 (Nr. 658) ernste Gedanken nieder über diesen Tag und über die Zukunft: Letztes Jahr gab es in den Schützengräben Weihnachtsruhe. Wird dies auch heuer so sein?

„Was da draussen geschehen mag an diesem zweiten blutigen Weihnachtsfeste, wissen wir nicht ... Aber wir vergessen auch nicht, was die Menschheit denken und empfinden muss, wenn sie sich auf die Weihnachtsbotschaft besinnt, die allen Menschen Frieden und Wohlgefallen verheisst. Allen! Wir lieben gewiss zuerst unser Vaterland und lieben es trotz aller seiner Mängel. Unsere Liebe würde vielleicht weniger tief gehen, wenn wir nicht wüssten, wie schwer und schmerzhaft wir noch mit ihm ringen müssen, bevor es uns segnet mit Erfüllung alles

dessen, was der deutsche Geist verlangt; und wir lassen nicht von ihm. Wir lieben auch alle Kämpfer, die unsere Heimat schützen mit Preisgabe ihres eigenen Daseins ... Jedoch wir nennen auch die andern, die gegen unsere Söhne und Väter in Waffen stehen, Menschen und Brüder; auch ihnen gebührt unsere Liebe, und auch für sie erheben wir den Wunsch nach Erfüllung des Friedens, den das Weihnachtsevangelium der Welt verheisst. Wir Deutschen haben immer gewusst, dass man über seinem Vaterlande und seiner Nation nicht die grössere und weitere Heimat vergessen darf, die der Geist in der Menschheit als ganzer findet. Wenn es auch manche unter uns gegeben hat, die dagegen Verwahrung einlegten, die von „Humanitätsdusel" sprachen und den Frieden gering schätzten, so war es doch eine verschwindende Zahl, und niemals hat sie Deutschlands Gesicht und Handeln bestimmt. Jetzt im Kriege, wo jeder Tag neue Kämpfe und blutige Menschenverluste meldet, wird das Bewusstsein stärker wie jemals, dass zwischen den miteinander ringenden Völkern eine Einheit im Menschlichen, im Geistigen besteht. Diese Einheit beginnt schon bei den schlichtesten Empfindungen. Wer am Weihnachtsbaum die Kinder sich freuen sieht und noch mehr, wessen Kinder nach dem fernen Vater oder Bruder rufen, in wessen Hause Tränen fliessen um einen, der für das Vaterland gefallen ist, der weiss, dass heute auch in den andern Ländern unzählige dasselbe erleben, dass das gleiche menschliche Gefühl bei unseren Feinden lebt ... Wenden wir uns aber von diesen einfachen Empfindungen von Leid und Freud zu dem bewusst schaffenden Geiste, so sehen wir erst recht die unlösbare Verbindung, in der die Völker Europas miteinander stehen, die sich jetzt wechselseitig Tod und Verderben bereiten. Diese europäische Kulturgemeinschaft ist eine geschichtlich feststehende Tatsache; was haben schon wir Lebenden vor unseren Augen sich entwickeln sehen an künstlerischen und wissenschaftlichen, technischen und politischen Einflüssen, die eines der Kulturvölker auf die anderen ausübt!" —

Kein vorurteilsfreier Leser wird hier das Vorhandensein

aufrichtiger und tiefer Empfindungen bestreiten. Wir wollen uns nun dem englischen Artikel zuwenden: kühler im Ton, vielleicht etwas geschäftsmässiger, eher an den Verstand als an das Gefühl appellierend, aber ebenso aufrichtig und tief. Er ist einer führenden Zeitschrift entnommen "The round Table — A quarterly Review of the Politics of the British Empire" (Dezember 1915). Niemand kann diese Zeitschrift als „Winkelblatt" abtun oder des Pazifismus und der Weltfremdheit zeihen. Doch das ist es was mutvoll darin gesagt wird:

„Sowohl der Nationalismus als der Staat, welche beide in ihrer Wesenheit gut sind, sind zu unwürdigen Zwecken missbraucht worden. Die Ziele des nationalen Staates wurden rein selbstsüchtig. Dieser Eigennutz hat zwei Formen angenommen. Einerseits bekundet er sich in einem Stolz, welcher auf jeden Rivalen eifersüchtig ist und welcher unter der Maske des Patriotismus andern jene Rechte und Freiheiten verweigert, die er für sich selbst beansprucht. In dieser Form wird er zur Quelle von Jingotum, Imperialismus, Militarismus und anderen Doktrinen, welche Tyrannei, Unterdrückung, Schreckensherrschaft und Verrat zur Folge haben. Andererseits äussert sich dieser Eigennutz in harter Gleichgültigkeit gegen das Schicksal irgendeines andern Volkes, solange die nationalen Interessen unberührt bleiben. Da gelten Gemetzel Barbarei und Sklaverei als geringere Übel, denn der Krieg. Das führt zu einem zynischen Pazifismus und einer Heuchelei, welche ein Übel eher gutheissen will, als sich für seine Abhilfe einsetzen. Eigensüchtiger Nationalismus ist die wirkliche Ursache des modernen Krieges ... Zur Errettung vom Kriege muss das Idol vom eigensüchtigen Nationalismus gestürzt und der Dienst für die Menschheit an seine Stelle gesetzt werden. Der Grund hiefür ist offenbar: es gibt nur eine Menschheit. Es ist eine grosse Familie, deren Glieder die verschiedenen Rassen und Völker bilden. Solange diese Mitglieder einander als Rivalen und Feinde betrachten, können sie nicht vorwärtskommen oder glücklich sein und müssen in Kampf und Streit geraten."

Die letzten Sätze sind einem Abschnitt mit der besonderen Überschrift "Humanity First" entnommen. Die "Round Table", wie aus dem Schluss des Artikels klar hervorgeht, will ihre Ansicht praktisch durchgeführt wissen. Sie ist entschlossen, zum Ideal der Verständigung zurückzukehren, es neu zu beleben und wenn möglich, unbeirrt durch frühere Misserfolge, eine europäische Verständigung zu einer Völker-Verständigung, auszudehnen. Alle menschlichen Neuerungen tragen die Wegmarken des Misserfolgs, dennoch hat das Menschengeschlecht immer weiter gestrebt. Wenn das erste Konzert der Mächte ein Misserfolg war, dann wird sich der Ausspruch von Gentz, dem Schriftführer des Wiener Kongresses, bewahrheiten. „Wenn jemals", schrieb er „die Mächte zusammenkommen sollten, um ein politisches System zu gründen, welches Eroberungskriege unmöglich macht und die Rechte aller gewährleistet, dann wird der Wiener Kongress als vorbereitende Versammlung nicht vergeblich getagt haben." Die Nutzanwendung, welche sich aus den damaligen Vereinbarungen ergeben, ist leicht zu ziehen. Die Verständigung musste versagen, weil nur unter dem Druck der gemeinsamen Furcht vor Napoleon die Mächte ihre verschiedenen Interessen dem Gemeinwohl Europas unterordneten und, weil sie nur Europa und nicht die ganze Erde umfasste. Sobald die Gefahr vorbei war, kam jede Regierung wieder dazu, internationale Fragen nur noch vom eigenen Gesichtspunkte aus zu betrachten. Das Gefühl der Einigkeit wurde schwächer und schwächer. Sogar König Georg IV. erklärte 1825, „dass die englische Politik in letzter Zeit die wohltätigen Bande gelockert hatte, indem sie ein unruhiges Anstreben ihrer Sonderinteressen bekundete in direktem Gegensatz zu jenen weisen und umfassenden Grundsätzen, welche dem Frieden für das allgemeine Wohl Europas gedient hatten." Das letzte Zitat enthält das Zugeständnis, dass die englische Politik manchmal eigennützig und bedrohlich war und dass sie es in Zukunft wieder sein könnte.

Dieser Geist edler Offenherzigkeit ist unschätzbar.

Ohne ihn wird jede Zusammenarbeit unmöglich sein. Es ist wertlos, wenn eine Nation alle Männer für Brüder erklärt und hinzufügt, aber ich handle immer richtig und alles, wonach ich verlange, sollte ich bekommen! Und wenn Zusammenarbeit möglich sein soll, darf keine Nation darauf bestehen eigenmächtig Fragen zu erledigen, welche sie für ihre eigenste Angelegenheit erachtet, wenn in Wirklichkeit diese Angelegenheit auch andere mitangeht. Der Schreiber in "The Round Table" ist unparteiisch genug, nicht nur Österreich-Ungarn und Deutschland zu tadeln, weil sie die serbische Frage, eine europäische Angelegenheit, selbst zu erledigen wünschen, sondern er tadelt auch das Vorgehen von Grossbritannien, Frankreich und Spanien, welche die nordafrikanische Frage ganz unter sich geregelt haben. Und seine Schlussfolgerung geht dahin, dass nach diesem Krieg, welcher begonnen wurde, um für die Freiheit zu kämpfen, die weitaus grössere Aufgabe noch zu tun übrig bleibt, die Aufgabe, Einigkeit und Brüderlichkeit unter die Menschen zu bringen. Neben diese Worte möchte ich den Schlussatz des deutschen Artikels halten, aus dem ich anfangs zitierte: „Es kann keine höhere Aufgabe geben, als diesem schrecklichen Kampf ein Ende zu machen und der Erde den Frieden wieder zu geben."

Wenn man diese beiden Schriftstücke liest, wäre man versucht, den Krieg für einen hässlichen Traum zu halten. Was ist es, das solche Völker einander ferne hält? Dann erinnert man sich wieder an all die furchtbare Bitterkeit, welche durch diesen Krieg in Deutschland gegen England und in England gegen Deutschland wachgerufen wurde. Wie darüber hinauskommen, wenigstens während jene Menschen noch leben, welche als Erwachsene den Krieg mitgemacht haben? Es wäre töricht, nicht zu sehen, wie tief das geht und nicht zu erkennen, woher es kommt. Vor dem Krieg bestand, wenigstens in England, wohl etwas Misstrauen gegen die fremde Regierung, aber doch kein Hass gegen das fremde Volk. Wie die Dinge jetzt stehen, glaubt der Durchschnittsengländer von Deutschland wie der Durschnittsdeutsche von England, dass die gegnerische

Nation mit Vorbedacht den Krieg erzwungen hat. Doch das allein rechtfertigt nicht den starken Gefühlswechsel. Dieser ist vor allen dem Glauben an die Grausamkeiten zuzuschreiben, welche in der Kriegsführung erwogen, begangen oder zugelassen wurden. Dieser Glaube kann nicht als grundlos beiseite gestossen werden. Mit der Versenkung der Lusitania und der Ancona ist, wie richtig gesagt wurde, eine reichere Fracht untergegangen als selbst die Menschenleben an Bord, eine Fracht von Welthoffnungen. Es ist kaum möglich, die Wirkung in England zu überschätzen. Eine ähnliche Wirkung hat zweifellos in Deutschland die Überzeugung ausgelöst, dass die englische Regierung die Unterbindung des deutschen Handels, wenn immer möglich, bis zur Aushungerung deutscher Frauen und Kinder treiben würde. Und in den letzten Wochen (Januar 1916) hat die für einen Engländer kaum denkbare deutsche Auffassung, dass England im Baralongfall mörderische Handlungen zuliess, Zündstoff zur Flamme getan. Zugunsten Englands wäre zu sagen: Erstens, dass das englische auswärtige Amt vorgeschlagen hat, die Baralong-Affäre neutralen Richtern zu unterbreiten, wenn Deutschland dasselbe mit den Anklagen von englischer Seite tun wolle. Dann, dass die englische Regierung Deutschland im wörtlichen Sinne weder ausgehungert hat, noch es zu können glaubte. Ich zweifle auch nicht daran, dass unser eigenes Volk gegen unsere Blockade nur deshalb nicht Protest erhoben hat, weil niemand daran dachte, dass wirkliche Aushungerung in Frage käme. Wir halten uns hier wohl mit Recht an die Feststellung der deutschen Regierung, dass sie genügend Lebensmittel habe. Und gegen einen ökonomischen Druck, der nicht das Leben von Nichtkämpfern opfert, gibt es keine Einsprache aus Gründen der Menschlichkeit. Der Gesichtspunkt des Durchschnittsengländers ist mit bewunderungswürdiger Billigkeit im „Berliners Tageblatt" (11. Dezember, Nr. 633) erkannt worden. Der typische Engländer verteidige die Blockade so: „Sie ist sogar ein sehr humanes Kriegsmittel. Wenn eine solche Politik glückt, so wird

nämlich niemand verhungern, denn ehe es soweit käme, wäre der betroffene Staat auf unblutige Weise gezwungen, Frieden zu schliessen."

Immerhin muss zugegeben werden, dass es in England ebenso wie in andern Ländern, Fürsprecher einer rücksichtslosen Blockade gab, und ich möchte in allen Völkern jenen glühenden Protest erwecken, welchen jede geplante oder durchgeführte Gewissenlosigkeit hervorrufen muss. Einige dieser Fürsprecher, an sich menschlich empfindend, wurden durch den ehrlichen Wunsch verführt, den Krieg so rasch als möglich zu beenden. Sie vergessen, dass der Sieg der einen Partei noch nicht das Weltende herbeiführt und dass der kürzeste Weg diesen Sieg zu gewinnen, auch der kürzeste Weg sein mag, den nächsten Krieg herbeizuführen. Aber eines muss hier hervorgehoben werden: Wir sind in England überzeugt, dass es keine triftige Entschuldigung gibt für die Torpedierung von Passagierschiffen, eine Zerstörung die, selbst nach der Ansicht unparteiischer Dritter, den Krieg auch nicht einen Tag verkürzen kann. Und eine Grausamkeit, welche man für willkürlich hält, ruft die grösste Erbitterung hervor.

Es kann wenig Zweifel darüber sein, dass bei den Anklagen wegen „Greueltaten" eine Untersuchung durch einen neutralen Gerichtshof der richtige Weg wäre. Es kann nicht Vertrauen erwecken, wenn eine Regierung unter solcher Anklage Anspruch erhebt, in eigener Angelegenheit selbst Richter und Gerichtshof zu sein. Aber auch dann sind die Schwierigkeiten immer noch ungemein gross und können nur gelöst werden, wenn die Menschen mit starker Urteilskraft den Willen zur Versöhnung verbinden. Diese Worte wird man als Gefühlsduselei verschreien. Man wird meinen, dass die Nachsicht gegen Grausamkeiten als Zustimmung aufgefasst wird. Man wird sagen, dass der Krieg, obwohl er immer schrecklich ist, seine Abstufungen geringeren und grösseren Schreckens habe. Das Schlimmste verbergen, hiesse die Flagge der Menschlichkeit senken. Das ist auch so. Und wenn ein Volk grausamer war als

ein anderes, soll man sich offen zur Tatsache bekennen. Doch, trotz alldem, Verzeihung ist nicht Schwäche. Sie bedeutet vielmehr, dass wir stark genug sind, um nicht an der Menschheit zu verzweifeln, wie tief die Menschheit auch gesündigt haben mag. Und Vergebung wird unterstützt durch Ehrlichkeit und durch Wissen. Für die, welche mit den Tatsachen des Krieges einigermassen vertraut sind, liegt etwas unbedingt revoltierendes in den offiziellen oder journalistischen Äusserungen, die so lauten, als ob Kriegsgreuel nicht, wenigstens gelegentlich, auf beiden Seiten vorkommen würden. Diejenigen, welche nicht damit vertraut sind, täten besser, zu lernen, oder zu schweigen. Damit soll nicht gesagt werden, dass alle Völker im Krieg einander gleich sind, und dass es keine Abstufungen von Schuld gibt. Die Völker sind ungleich und Volksteile sind ungleich und selbst das eine Regiment unterscheidet sich vom andern. Das wird von den Männern an der Front immer wieder festgestellt, und es besteht kein Grund, daran zu zweifeln. Doch wir sollten auch die ungewöhnlichen Erscheinungen der Kriegspsychologie in Rechnung ziehen, die merkwürdige Mischung von Härte und Grossherzigkeit, von Roheit und Ritterlichkeit bei vielen Kämpfern. Dieselben Männer, welche keinen Pardon geben, wenn ihr Blut in Wallung ist, oder wenn sie am Vordringen gehindert wären, Männer, von welchen bekannt ist, dass sie einzelne Gefangene kalten Blutes getötet haben, oder dass sie sich, den Wilden gleich, zur Logik der Rache bekennen, dieselben Männer werden zu anderer Zeit den letzten Bissen oder den letzten Trunk mit ihren Gefangenen teilen. Nichts wird die Unerfahrenen mehr überraschen als der Widerspruch zwischen dem zweifellos verdienten Lob, welches unsere Soldaten den Türken für ihre ritterliche Kampfweise zuerkennen und der erschreckenden, ebenfalls beglaubigten Tatsache von den Grausamkeiten, welche diese Türken an den Armeniern begangen haben. Aber wenn wir irgend etwas von der menschlichen Natur verstehen wollen, dann werden wir gerade an diesem Widerspruch lernen. Würden wir seine Bedeutung missverstehen, dann

stünde es schlimm um die Zukunft Europas. In milderer Form können wir ähnlichen Widersprüchen während des Krieges immerfort begegnen. So hat es zugleich sein Lächerliches und sein Schönes, wenn die Verteidiger eines Volkes sich weigern, an seine Verbrechen zu glauben, weil sie seine Tugenden kennen; lächerlich, weil Tugend und Verbrechen, selbstischer Fanatismus und edle Duldsamkeit tatsächlich in jedem Land eng beieinander wohnen und alle durch die Kriegsleidenschaft in unglaublicher Weise gestärkt werden; schön, weil man dem Glauben an die Menschheit treu bleibt, wenn man stärker an das Gute des eigenen Volkes glaubt, als an sein Böses, und überzeugt ist, dass die Vernunft über den Wahnsinn siegen wird. Burke war im Recht, als er sich weigerte, eine ganze Nation zu verurteilen.

Wir sollten deshalb unsern Kampf zu Ende führen und uns doch den Glauben an eine künftige Wiederanknüpfung bewahren, auch wenn wir das Unrecht, welches vom Gegner oder von uns selbst verübt wird, nicht gutheissen. Das ist möglich, denn es ist innerhalb der Gedenkzeit der lebenden Generation geschehen. Nichts Schlimmeres hat sich zwischen den Soldaten in diesem Krieg ereignet als zwischen den Armeen von Nord und Süd im grossen amerikanischen Krieg. Und doch, die Feinde jener Zeit schlossen Freundschaft und mehr als das: sie vereinigten sich wieder zu einer Nation, inniger denn zuvor. Die Welt vergisst, was Krieg ist, selbst die Soldaten scheinen es zu vergessen. Historiker idealisieren den Krieg oder aber ihre Leser lesen und vergessen. Dann stürzen sie sich ihrerseits in die Hölle und sind überrascht, eine Hölle zu finden. Es kann uns nützen, heute einen getreuen Bericht von Whitman über Vorkommnisse im amerikanischen Bürgerkrieg zu lesen. „Ein Blick in die Kriegshöllenszenen“, *) lautet der Titel, — und doch sind und waren die Amerikaner ein menschliches und edles Volk:

*) Specimen Days in America“, George Routledge & Sons, London, unter dem Titel „a glimpse of war's hell-scenes“. Der Zeitpunkt ist Oktober 1864.

„Kaum hatten unsere Leute sich ergeben, so begannen die Rebellen sofort den Zug auszurauben und ihre Gefangenen zu ermorden, sogar die Verwundeten. Unter den verwundeten Offizieren in der Ambulanz war ein Leutnant und ein höherer Offizier. Diese beiden wurden auf dem Rücken über die Erde gezerrt und waren nun umgeben von den Guerillas, einer teuflischen Bande, deren jeder einzelne auf die verschiedenen Körperteile einstach. Einem der Offiziere wurden die Füsse mit Bajonetten an den Boden genagelt . . . andere, noch nicht tot, aber fürchterlich verstümmelt, stöhnten und ächzten. Die meisten unserer Leute, welche sich ergeben hatten, wurden so gefoltert oder hingeschlachtet."

Die Truppen der Union machten Jagd auf die Rebellen, „erwischten zwei Offiziere und siebzehn Mann" und den nächsten Tag erschossen sie sie alle. „Die Mannschaft wurde auf einen leeren Platz getrieben — halb besetzt von zwei unserer Kavallerieregimenter — entfesselt, und ironische Bemerkungen wurden gemacht, man wolle ihnen nun Gelegenheit geben, sich zu retten. Ein paar versuchten zu rennen. Doch wozu? In ein paar Minuten bedeckten siebzehn Leichen das Feld. Ich war begierig, zu wissen, ob irgend einer von den Union-Soldaten, vielleicht einer der jüngsten, es unterlassen hatte, auf die hilflosen Leute zu schiessen. Nicht einer . . . Man multipliziere das obenstehende mit Zwanzig, nein, mit Hundert, — man verwirkliche es sich in allen Formen, welche unterschiedliche Umstände, Individuen und Orte hervorbringen können — man erleuchte es mit jeder düsteren Leidenschaft — den kochenden Vulkanen menschlicher Rache für Kameraden und erschlagene Brüder — mit den Flammen brennender Gehöfte und Haufen von beschmutzter, rauchender, schwarzer Asche — und im überall schwarzen menschlichen Herzen schlimmere Asche — und man hat einen dunkeln Begriff von diesem Krieg."

Und nun eine andere Szene: wenn möglich noch schrecklicher. *)

*) "Released Union Prisoners from South". Frühjahr 1865 — ebda.

„Die entlassenen Kriegsgefangenen kommen nun aus den südlichen Gefängnissen. Der Anblick ist schlimmer als der Anblick eines Schlachtfeldes oder einer Versammlung von Verwundeten, selbst der blutigsten. Da war zum Beispiel ein grosses Boot mit einigen Hunderten beladen — und aus der ganzen Zahl waren nur drei fähig zu gehen. Sind das Männer — diese kleinen, blassen, gelben, berussten, affenähnlichen Zwerge? . . . Es gibt Taten, Verbrechen, die man vergeben kann; aber das ist keines davon . . . Über fünfzigtausend mussten den Hungertod erleiden . . . in jenen Gefängnissen, im Land des Überflusses.*) Ihre Wachen haben gelegentlich unter dem nichtigsten Vorwand ins Gefängnis geschossen, aus leidiger Teufelei und Willkür. Alle nennbaren Schrecken: Hunger, Erschöpfung, Schmutz, Ungeziefer, Verzweiflung, Verlust von Selbstachtung, Stumpfsinn, Wahnsinn und häufigen Mord gab es da."

Dennoch konnte Whitman verzeihen: Er hatte in seinem Herzen Raum für alle Männer seines Volkes, Rebellen und Regierungstreue. „Or South or North, ours all (all, all, all finally dear to me)"**) Er wartete nicht auf das Ende des Krieges, er empfand Kameradschaft, für alle als er durch die Kriegsspitäler schritt. Am Bette eines jungen Südländers: dieser sagt plötzlich zu ihm, der ihm in seinem Schmerz beisteht: „Ich glaube nicht, dass Ihr wisst, wer ich bin, ich will Euch nicht täuschen, ich bin einer von den Rebellen." Whitman erwiderte, er habe das nicht gewusst, aber es mache keinen Unterschied. Im nächsten Abteil starb der Bruder dieses Burschen, ein begeisterter Regierungsmann. Sie wurden beide in derselben Schlacht verwundet, jeder starb für sein Ideal, und Whitman selbst hatte nie den geringsten Zweifel über die Rechtmässigkeit der Sache der Union. Wenn die Weltgeschichte, wie manche glauben, eine heilige Schrift ist, aus der wir lernen sollen, dann können wir gewiss hieraus lernen. Eine Macht geht aus von Whitmans Erfahrung, welche uns Kraft gibt,

*) "Union Prisoners South". Sommer 1864.

**) Am 28. Mai 1865.

wenn wir stark genug sind, sie zu erfassen. Wir wollen nicht auf den kleinlichen Einwand hören, dass diese Männer zu eine Rasse gehörten, und dass wir jetzt mit Männer von anderer Rasse kämpfen. Es gibt ein Geschlecht auf Erden, das Menschengeschlecht, und wir alle gehören ihm an.



Internationalismus.

Von ARTHUR PONSONBY.

Was ist der Internationalismus wirklich? Nicht Kosmopolitismus. Dieser verneinende Geisteszustand mit einem sanften Wunsch, allen Menschen alles zu sein, einer oberflächlichen Würdigung vieler Länder ohne wahre Liebe zu einem einzigen ist ein haltloses Dahintreiben und auch in dem Individuum weniger ein Glaube als eine Schwäche.

Auch nicht Anti-Nationalismus, welcher einen sauertöpfischen Geist anarchistischer Auflehnung, eine kraftlose Selbstverkleinerung voll Unzufriedenheit und Lieblosigkeit bedeutet. Nein. Der wahre Internationalismus ist aufbauend und umfassend, die natürliche Ausweitung des aufgeklärten Altruismus des Individuums. Seine wesentlichen Elemente — gleich der Selbstachtung für den Einzelnen — sind die Liebe zum Vaterland und der Stolz, ihm anzugehören. Nur liegt ihm ein tieferes, lebendigeres Bewusstsein zugrunde als der Begriff isolierter, sich selbst genügender Staaten, welche nur durch ihre Herrscher und Regierungen miteinander in Verbindung stehen. Unter den oberflächlichen Verschiedenheiten der Rasse, Sprache, Sitte entdeckt er die fundamentale Gleichheit der Ziele und Absichten in allen Individuen, welches auch ihre Rasse, ihr Glaube, ihr Wohnort sein möge. Er erkennt, dass die Zusammenarbeit der Völker der einzige Weg ist, die wirklichen Übel, unter denen sie alle leiden, zu bekämpfen, der einzige Weg zu dem Ideal, nach welchem sie alle streben, während die Feindschaft nur ein künstlicher Ausweg ist, die übermächtige Stärke geeinigter Demokratien ihrer Geltung zu berauben. Er erkennt die wachsende ökonomische Unabhängigkeit der Völker und möchte sie ausnützen — nicht bloss zu finanzieller und kommerzieller Zusammenarbeit — sondern zur Herstellung der Brüderlichkeit und der Solidarität unter den Menschen. *The Labour Leader 27. April.*



Die französischen Sozialisten.

Über den Verlauf des im Dezember in Paris abgehaltenen nationalen Sozialistenkongresses bringt „demain“ (15. April) einen Bericht, der um so interessanter ist, als die französische Presse gar nichts darüber schreiben durfte.

Wir ersehen daraus, dass die veröffentlichte Resolution keineswegs der Ausdruck einheitlicher Überzeugungen war. Im Verlauf der Debatten wurden „harte Worte laut gegen den nationalen Götzendienst mit seinen Dogmen“. Der deutschen Sozialdemokratie und ihrer früheren Leistungen wurde mit Anerkennung gedacht und ein Redner (Thomas) weigerte sich „in die Verleumdungen der Gegenwart einzustimmen und widmete ihr Worte der Gerechtigkeit und des unerschütterlichen Vertrauens (paroles de justice et de confiance invincibles)“. „Der ganze Saal stimmte ihm lebhaft zu, wie das geschieht, wenn grossherzige Worte die Gemüter beruhigen und einander nähert.“

Der Berichterstatter meldet, dass 900 Stimmen, etwa ein Drittel der Anwesenden, sich zur Opposition gesellten und dass das Verhältnis sich noch günstiger gestaltet hätte, wenn man die Vertreter der besetzten Gebiete hätte zuziehen können. Als wichtigste Programmpunkte wurden aufgestellt: Freie Wahl der Staatszugehörigkeit für Elsass-Lothringen; aufmerksame Prüfung aller Friedensvorschläge; unmittelbare Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen.

Die endlich proklamierte einheitliche Resolution sei die Folge einer Überrumpelung gewesen, die um so leichter war, als die letzte 24 Stunden währende Sitzung die Beteiligten aufs äusserste ermüdet hatte. So liess man sich durch einen Apell zur Einigkeit und „wäre es nur um das Andenken Jaurès zu ehren“, in eine Falle locken.

So sei dem Manifest keine Bedeutung zuzumessen, resumiert der Bericht.

□□□

Finis Armeniae?

Von MAX FUNCK-MISOUTCH, St. Francisco.

Durch die jüngsten Ereignisse an der anatolischen Front ist die schon vielfach erörterte armenische Frage wieder in den Vordergrund des Interesses getreten; ist doch das von den Russen bisher besetzte Gebiet in Kleinasien fast ausschliesslich armenisches Land. Wir glauben daher zum Verständnis der neugeschaffenen Armenierfrage einiges beizutragen, wenn wir im folgenden Land und Leute näher ins Auge fassen und einen kurzen, geschichtlichen Überblick bieten.

Türkisch Asien besteht in ethnographischer wie in geographischer Hinsicht aus drei Einheiten: Anatolien, Armenien und Syro-Mesopotamien.

In Kleinasien vorerst, d. i. also in Anatolien, besteht die Bevölkerung aus einer kompakten türkischen Masse oder assimilierten Muselmanen (etwa vier Fünftel der Bevölkerung), während die Ottoman-Griechen die Meeresküste bewohnen. Auf dem armenischen Hochland, dessen Höhen sich auf 3500 m erheben, modifiziert sich die Bevölkerung, wie es die Natur mit sich bringt. Nicht mehr die Türken bilden hier die Mehrheit. Ihre Zahl überchreitet nicht einmal zwei Fünftel der Bevölkerung. Der übrige Teil besteht aus einem Gemisch kurdischer Räuberstämme, die im Schatten unzugänglicher Täler ein unabhängiges Leben führen, Ackerbau und Viehzucht treibender Armenier, jahrhundertelang Opfer ihrer brutalen Nachbarn und endlich einige griechische Handelsleute.

Wenn man die Schnee- und Eisberge Hoch-Armeniens verlässt und zur heissen Sandwüste Syriens oder in die Palmentäler des Euphrat und des Jordan hinabsteigt, hört man nur einen Dialekt, die Sprache des Korans, aus Arabien von den ersten Eroberern des Islams gebracht, welche heute die Ulemas in den Moscheen, wie die Priester der orientalischen Riten in den christlichen Kirchen anwenden. Dort liegt Syrien und im Osten breitet sich die berühmte Ebene Mesopotamiens aus.

Was ist Armenien? Ein Hochland, das in den Gebirgen von Kurdistan beginnt und sich bis nach Russisch-Kaukasien ausbreitet und im Ararat seinen höchsten Grat besitzt.

Die Wilajets, welche Armenien ausmachen, sind: Siwas,

Erzerum, Bitlis, Wan, Diarbekir und Mamuret-el-Aziz. Es sind dies jene sechs Provinzen, wo Sultan Abd-ul-Hamid am 20. Oktober 1895 verpflichtet wurde, die von den Grossmächten auferlegten Reformen in Anwendung zu bringen. Aber bis heute, nach 20 Jahren, ist durch die unverantwortliche Nachsicht der Gesandten in Konstantinopel nichts geschehen. Zu Armenien müssen wir noch die Meeresküsten der beiden Wilajets Trebizond und Adana, sowie die zwei Sandschaks Marach und Urfa des Wilajets Aleppo hinzunehmen.

Die nachstehende, mehr oder weniger offizielle Statistik gibt Aufschluss über die religiösen Verhältnisse der Völkerschaften Armeniens.

Muselmanen:			
Türken und assimilierte Völker . . .		2,226,000	
Kurden und verschiedene Stämme . .		1,664,000	3,890,000
Christen:			
Griechisch-Orthodoxe		339,000	
Nestorianer, Jakobiner		165,000	
Katholiken, Chaldäer, Syrier		51,000	
Armenier:			
Gregorianer	691,000		
Katholiken	57,000		
Protestanten.	79,000	827,000	1,382,000
Juden			6,000
Verschied. Religionen: Yezid, Zigeuner			98,000
		Total	5,376,000

Die Proportion der Muselmanen (62,2%), obgleich geringer als jene, welche man in Anatolien findet, ist bedeutend; indes bilden die Türken nur 41,3% von der Gesamtbevölkerung Armeniens, also nicht einmal die Hälfte. Der Rest der Muselmanen besteht zur grössten Mehrheit aus Kurden, dann aus Lazen, Kikassiern, mit den Türken nicht assimilierte Nationen, ähnlich wie die muselmanischen Albanen auf dem Balkan.

Die armenische Nation umfasst nicht nur Grossarmenien, sondern sie erstreckt sich einesteils bis zum Schwarzen Meer, eine Landschaft, die politisch dem Wilajet Trebizond angehört, andernteils bis zum Golf von Alexandrette im Wilajet Adana, d. i. das historische Cilicien. Wir betonen noch, dass vom historischen Gesichtspunkte aus Cilicien eine reiche, von mehr als 100,000 Armeniern bewohnte Provinz ist, und zum grössten Teil das Königreich Klein-Armenien umfasst, welches im Mittelalter durch die vom Hochland abgestiegenen Armenier gegründet wurde.

Vom diplomatischen Standpunkt aus dagegen müssen wir für Armenien statt acht armenische Wilajets nur sechs in Betrachtung ziehen, wo die armenische Bevölkerung vorherrschend ist. Es sind das die Wilajets Erzerum, Wan, Bitlis, Kharput, Diarbekir und Siwas. Untenstehend veröffentlichen wir eine neue Statistik, die wir der armenischen Kultusbehörde verdanken, wobei aber von den obgenannten Wilajets einige Gebiete abgetrennt sind, die wir als Bruchstücke muselmanischer Provinzen bezeichnen. Die nicht erwähnten Gebiete sind Hekkian im Wilajet Wan, der Süden von Sighert im Wilajet Bitlis, Bicherik im Wilajet Diarbekir, der Süden von Malatia im Wilajet Kharput, der Nordwesten des Wilajets Siwas. Nur das Wilajet Erzerum ist in der Statistik ganz aufgenommen.

So gekürzt umfasst nun Türkisch-Armenien folgende Bevölkerungszahlen:

Muselmanen	
Türken	666,000
Kurden	424,000
Andere Muselmanen	88,000
	1,178,000
Verschiedene Religionen:	
Kizilbachen	140,000
Zaza-Timbli-Tschariklis	77,000
Yezid	37,000
	254,000
Christen:	
Armenier	1,018,000
Nestorianer	123,000
Griechen	42,000
	1,183,000

Gesamt-Einwohnerschaft:		
Christen	1,183,000	(45,2%)
Muselmanen	1,178,000	(45,1%)
Verschiedene Religionen	254,000	(9,7%)
	2,615,000	

Die Armenier Türkisch-Asiens sind zahlreich, eine unverwüstliche Rasse, dem Gehorsam ergeben und geniessen zum grössten Teil eine gewisse Wohlhabenheit. In Konstantinopel ging man einmal mit dem Gedanken um, in jede Kompagnie der türkischen Armee einen Armenier einzureihen, so dass ihr zwanzigster Teil aus Männern dieser Nation bestehen würde. Eine solche Mischung der türkischen Völkerschaften in der Armee käme dem Lande nur

zustatten. Die Armee würde eine grössere Leistungsfähigkeit erhalten und die Emanzipation der christlichen Bevölkerung könnte leichter und gerader ihre Wege zum Ziele einschlagen. Hierin liegt ein Programm nicht allein in militärischer Hinsicht, sondern noch mehr auf politischem und sozialem Gebiet.

Auf die Anteilnahme der ottomanischen Regierung bei den Niedermetzelungen in den Jahren 1895 und 1896 komme ich hier nicht zurück, da in erster Linie die abendländischen Staaten den grössten Teil der Verantwortlichkeit für diese Vorfälle tragen müssen; denn sie waren die direkten Folgen der Nichtanwendung des Art. 61 des Berliner Vertrages von 1878.

Der Text des Art. 61 des Berliner Vertrages lautet: „Die Hohe Pforte verpflichtet sich, ohne Verzug die notwendigen Verbesserungen und Reformen in den armenischen Provinzen ausführen zu lassen und ihre Sicherheit gegen die Kirkassier und Kurden zu garantieren. Periodisch wird sie den Grossmächten Bericht erstatten, die über ihre Anwendung wachen werden."

Um zu wissen, inwieweit die Reformen den Armeniern zugute gekommen sind, möge der Leser das Gelbbuch (Armenische Angelegenheiten 1893—1897) aufschlagen. Dort findet er, wie weit die türkischen Reformen für Armenien gediehen waren. Von 1897 bis heute, trotz der erneuten Versicherungen der Hohen Pforte, sind strenge Reformen zugunsten der Armenier nicht zur Anwendung gebracht worden. Ich täusche mich keineswegs, wenn ich sage, dass im Jahre 1909 unter jungtürkischem Regime im Wilajet Adana armenische Metzeleien sich erneut abgespielt haben.

In der Tat hat es nie eine armenische Frage in der Form gegeben, wie sie heute leider existiert. Sie ist erst durch die Pforte selbst geschaffen worden, die durch ihre Untätigkeit den guten Willen der Armenier ins Wanken brachte. Die versprochenen Reformen sind nicht zur Ausführung gelangt. Das Betragen der Beamten verblieb skandalös, die Gründung der kurdisch-hamidischen Regimenter, angeblich zur Überwachung der Grenzen, war weiter nichts als eine staatliche Organiation zur Ausplünderung christlicher Armenierdörfer. Auch Griechen, Syrier und Araber beklagen sich über das Fehlen jeglichen Rechts, über die Korruption der Beamten und über die Unsicherheit des Lebens. Vorläufig gibt es gar keine Möglichkeit, die armenische Frage zu lösen; sie wird offen bleiben, wenn nicht die abendländischen Grossmächte sich für dieses arme, brave Christenvolk bald ins Mittel legen.

Ja, aber diese stehen jetzt selbst im Krieg. Also müssen wir warten.

Die meisten armenischen Reformen sind heute immer noch auf dem Papier geblieben und keine Massnahmen sind getroffen worden, um die Kurden als ärgste Missetäter bei den Armeniergreueln in Respekt zu halten. Kurz nach den erwähnten Armeniermassakers in den 90er Jahren brach 1897 der türkisch-griechische Krieg aus, wodurch die allgemeine Aufmerksamkeit auf das ottomanische Reich gelenkt wurde. Dann wandte Russland sein Augenmerk mehr dem fernen Osten zu, bis der Krieg mit Japan ausbrach. Hatte es einmal seine Rolle als Beschützer der Christen im türkischen Reich verfehlt, zeigte es sich bald ganz indifferent dem armenischen Elend gegenüber. Dank der gesunden Friedenspolitik Deutschlands in Kleinasien schien eine Besserung in Armenien sich anzubahnen, wenigstens hörten die unmenschlichen Massakers auf. Inzwischen kam die mazedonische Frage aufs Tapet und mit ihr die jungtürkische Revolution, die bei den Armeniern grossen Enthusiasmus auslöste und die plötzliche Erfüllung ihrer Hoffnungen in Aussicht stellte. Doch nicht lange liessen die Enttäuschungen auf sich warten. Neue Niedermetzelungen begannen zu Adana, bis schliesslich die Balkankriege die Aufmerksamkeit der Welt auf die europäische Türkei lenkten. Darnach hatte man immer noch keine Zeit gefunden, sich der Armenier anzunehmen, weil man zu sehr mit Albanien beschäftigt war. Und dann kam der Weltkrieg und brachte auch die armenische Frage in einer bisher nie dagewesenen Form wieder auf die Tagesordnung.

Die armenische Frage muss unbedingt geregelt werden, sei es in den Friedensverhandlungen selbst, sei es unmittelbar nach dem Frieden. Es liessen sich drei Wege einschlagen:

1. Den armenischen Wilajets eine weitgehende Autonomie unter der Oberherrschaft des Sultans zu gewähren. So sollte man z. B. diesen Wilajets ein Spezialstatut ausarbeiten nach der Art desjenigen von Libanon. Für die Bevölkerung von Armenien und Kurdistan würde ihr Mangel an Selbstständigkeit ein Hindernis sein, bei der Konstituierung einer gesetzgebenden Regierug; denn wohl bemerkt, besteht das Land aus einer sehr gemischten, intellektuell sehr verschiedenen Bevölkerung, zu je einem Drittel Türken, Kurden und Armeniern.

2. Ist eine Annexion durch Russland erwünscht? Diese Frage drängt sich jetzt, wo die russischen Truppen nun ganz Armenien unterworfen haben, wie von selbst auf. Auch ist Russland der nächste Nachbar der Armenier durch Kau-

kasien, welches selbst zum grossen Teil von Armeniern bewohnt ist. Aber die Praxis lehrt, dass gerade die Armenier unter russischer Herrschaft fast mehr leiden als jene unter türkischer Macht. Letztere verspüren wenig Lust sich unter die russische Knute zu begeben.

3. Welche Zukunft bietet sich den Armeniern in Türkisch-Asien unter deutschem Schutz? Seit einigen Monaten erregen sich die Gemüter des deutschen Volkes für Armenien. Dem deutschen Kaiser ist es zu verdanken, dass man sich in Deutschland für die armenische Frage interessiert. Man sandte Missionen aus, deren Berichte ja genügend bekannt sind. In Berlin und in anderen deutschen Städten hat man Vorträge über Armenien und seine Bewohner gehalten, um unter dem deutschen Volk für die türkisch-asiatischen Probleme, insbesondere für die armenische Frage ein gewisses Interesse zu erwecken.

Deutschland hat nun allen Grund, den status quo in Türkisch-Asien aufrecht zu erhalten, denn die Deutschen können vorläufig infolge ihrer noch unentschiedenen Lage im Weltkrieg an keine territorialen Eroberungen denken. Kleinasien soll auch in Zukunft das unbestrittene Feld der industriellen und kommerziellen Unternehmungen bleiben. Die Trümmer des ottomanischen Kaiserreiches werden durch Deutschlands Kraft zu einer neuen, starken und vereinigten Türkei erhoben, worin die Armenier das berufenste Volk sein werden, eine bedeutende Rolle zu spielen. Die Armenier, wie die Ottomangriechen sind doch die besten und wertvollsten Stützen der deutschen Unternehmungen in Kleinasien. Infolgedessen ist eine Europäisierung Türkisch-Asiens ohne die Mithilfe der armenischen Nation ganz unmöglich. So verfolgen die deutschen Interessen gleiche Ziele wie die armenischen. Sollten die Deutschen siegreich aus dem Weltkrieg hervorgehen, so werden sie nicht verfehlen, ihre Kulturarbeit in Kleinasien intensiver denn je in Angriff zu nehmen. Und unter dem Schutze der deutschen Macht könnten einst die Armenier, als die treu ergebene Nation des türkischen Sultans, einer grossen Zukunft entgegensehen.

□□□

Noch einiges zur Armenierfrage.

In der letzten Nummer der französischen, protestantischen Halbmonatsschrift „Foi et Vie“ wird diese Frage von Emile Doumergue (Montauban) zusammenfassend behandelt und naturgemäss von dem Gesichtspunkt des Franzosen beleuchtet. Der deutsche „Imperialismus“ wird nicht nur für die Armenierverfolgungen, sondern auch für alle in den letzten Jahrzehnten im Orient überhaupt vorgekommenen Ungerechtigkeiten verantwortlich gemacht. Es wird bei diesen Anschuldigungen nur zu gerne übersehen, dass der Einfluss jener Staaten, welche die Entente bilden, bis in die allerletzte Zeit in den inneren türkischen Angelegenheiten massgebend war, während die Deutschen sich nur langsam und allmählich in der Türkei einen Platz erwarben, der noch heute nicht als zu hoch angesehen werden darf.

Von dem reichhaltigen Material, welches Doumergue bringt, seien hier besonders die im Jahre 1915 verübten Armeniergreuel erwähnt, welche von zuverlässigen — auch deutschen — Augenzeugen bestätigt werden. Diesen zufolge sollen alle in den armenischen Gauen seit mehr als einem Jahre vorgekommenen Austreibungen, Vergewaltigungen und Niedermetzelungen in der Weise vorgenommen worden sein, dass die türkischen regulären Truppen oder Gendarmen in die armenischen Siedlungen drangen, um die männliche Jugend als Soldaten wegzuführen, während Kurden und andere fanatische mohammedanische Stämme — darunter nicht wenig Räubergesindel gemeinster Gattung — die hinterbliebenen Angehörigen vertrieben, mordeten, die Frauen und Mädchen vergewaltigten (was leider in einem kaum denkbaren Masstabe und mit unerhört barbarischem Zynismus geschah), kurz wie die schlimmsten Mordgesellen hausten. An Stelle der ausgewiesenen und verhafteten Armenier kommen bosnische und mazedonische Türken und andere Muslimen, die, durch den „heiligen Krieg“ angefacht, in Grausamkeiten gegen Andersgläubige noch gar eine religiöse Handlung erblicken. Der Verfasser nimmt als bestimmt an, dass anfangs die deutsche Regierung sich zu diesen Massakern und Verfolgungen aus politischen Gründen passiv verhalten habe, dass sie sozusagen den Türken zuliebe ein Auge zudrückte — einige Zitate dunkler pangermanistischer Blätter sollen das belegen —, dann aber sei auch in Deutschland eine Bewegung pro Armenia entstanden, die wiederum

gleich politisch ausgebeutet würde, indem die deutschen Organe den Armeniern weiszumachen versuchen, dass nur in einer Annäherung Deutschlands an die Türkei alle Übel behoben werden könnten.

Der Verfasser seinerseits sieht eine Lösung der Armenierfrage naturgemäss in dem endlichen Sieg der Alliierten, weist aber energisch die Anklage zurück, dass diese durch Hetzpropaganda auf die Armenier gewirkt hätten. Deren revolutionäre Gesinnung finde ihre Ursache einzig in der unerträglichen Behandlung, die sie seit vier Jahrhunderten von den erst starken, dann schwachen und daher grausameren Türken erfahren haben.

Man kann es sehr wohl verstehen, dass Herr Doumergue die Lösung der Armenierfrage nur in dem endlichen Sieg der Alliierten über die Türkei und dessen mächtigeren Verbündeten sieht, und in dieser Ansicht kann er ja durch die letzten Ereignisse auf der anatolischen Front nur ermutigt worden sein. Den objektiven Leser aber ergreift bei der Durchsicht dieser und ähnlicher Schriften, deren Zweck alles andere als die reine Humanität ist, ein Gefühl von Scham und Unbehagen, dass man soweit gehen kann, mit dem Blut und den Leiden ganzer Nationen „Politik“ zu treiben und die von anderen begangenen Greuel nicht als das, was sie sind, anzuerkennen, sondern als diplomatische Erfolge auszuspielen.

Wenn man diese immerhin interessanten, in wissenschaftlichem Ton gehaltenen Ausführungen gelesen hat, mag man zum Gegensatz einige deutsche Schriften über denselben Gegenstand heranziehen, deren bedeutendste „Georgien und der Weltkrieg“ von einem ungenannten Autor und „Die armenische Frage“ von C. A. Bratter erst vor wenigen Tagen die Presse verlassen haben. Erstere will beweisen, dass die Russen in ihren von Armeniern bewohnten Provinzen ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer hausen, als man es den Türken zur Last legt, während letztere, die auch einige offizielle Dokumente wiedergibt und von einem als Türkenkenner bekannten Verfasser stammt, sich bemüht, den Beweis zu erbringen — nach offiziellen und anderen Dokumenten —, dass erstens die gegen die Armenier ergriffenen Massnahmen weit davon entfernt sind, den Charakter vorsätzlicher Verfolgungen oder gar Massakers zu tragen, und zweitens, dass diese Massnahmen durch die armenischen Revolutionäre und die mitunter echt rebellischen Umtriebe einzelner armenischer Gruppen verursacht und provoziert worden seien. Die Armenier haben in den wichtigeren Gegenden Aufstände angezettelt, zu denen sie wiederum durch englisch-russische Agenten ermutigt worden

seien, haben den Gehorsam verweigert und so eine direkte Gefahr für die türkische Oberhoheit, besonders in den Grenzgebieten nach Russland zu, gebildet, was die Türkei zu Massnahmen wie Ausweisungen und Verhaftungen der Schuldigen und deren Überweisung an die Militärgerichte bewegen musste.

Die erwähnte Schrift will übrigens trotz einiger historischer und geographischer (recht wertvoller) Notizen keine wissenschaftliche Abhandlung sein, sondern verfolgt lediglich den Zweck, der Propaganda der Feinde Deutschlands und der Türkei dadurch entgegenzutreten, dass sie die genannten offiziellen Mitteilungen, sowie einige ältere englische und amerikanische Zeugnisse bringt, die den Ausführungen des Verfassers Nachdruck verleihen. Für uns in der Schweiz ist diese Broschüre besonders dadurch interessant, dass sie sich gewissermassen direkt an die Schweizer Leser wendet, um sie von der Schuldlosigkeit der türkischen Regierung und der Unwahrheit der über die Armenierfrage ausgestreuten Gerüchte zu überzeugen.

Was aber in Wirklichkeit in Armenien geschehen ist und noch geschieht, können uns jetzt die beiderseits gefärbten und tendenziösen Berichte durchaus nicht erzählen. Wir werden die volle Wahrheit und den Anteil der einen und anderen Macht an den Geschehnissen in Anatolien erst nach dem Kriege richtig kennen lernen, wenn unser Gefühl für Wahrheit und alle menschlichen Empfindungen überhaupt bis dahin durch so viele Kriegsgreuel und deren vielfältige Darstellung nicht gänzlich abgestumpft worden sind. Dr. *A. B.*



Die Menschheit hatte in der Bewusstwerdung einen Sprung nach vorwärts gemacht. Die Erforschung und Abgrenzung des Unbewussten war hiefür ein sicheres Zeichen; ebenso das starke Verlangen nach Selbstanalyse, nach kritischer Zerstörung unklarer Ideale.

Nun kam der Krieg und mit ihm die Herrschaft des Triebes, der Leidenschaft — des Unbewussten. Und was geschah?

Der Geist in seinen höchsten Formen als Kunst, Religion, Philosophie, Wissenschaft ward aus dem Führer zum Knecht, zum armseligsten Diener des Instinktes, der vor der Wirklichkeit anbetend auf den Knieen liegt. Und dieser Chor der Führer singt sein Lied über „die grosse Zeit“.

Spottet sein selbst und weiss nicht wie. *F. R.*

Wie viel Erde braucht der Mensch?

Von LEO TOLSTOI.

Wir entnehmen einer der Volkserzählungen des russischen Dichters diesen tiefsinnigen Schluß, der in seiner Anwendung über das Einzelschicksal hinaus, zu denken geben könnte. Die Red.

... Während noch die Baschkiren streiten, tritt ein Mann mit einer Fuchsmütze auf dem Kopf unter sie. Alle schweigen und stehen auf. Und der Dolmetsch sagt:

„Das ist der Älteste."

Pachom brachte demselben sofort den besten Schlafrock und fünf Pfund Tee dar. Der Älteste nahm die Geschenke an und setzte sich auf die erste Stelle. Die Baschkiren sprachen zu ihm. Er hörte zu, lächelte und begann russisch:

„Nu," sagte er, „das läßt sich machen – greife zu, wo es dir gefällt. Land ist genug da."

Wie werde ich denn nehmen, so viel ich will, denkt Pachom. Irgendwie muß ich eine gerichtliche Bestätigung haben. Sonst sagen sie: nimm – und nachher nehmen sie es mir wieder ab. Laut sprach er:

„Habt Dank für Euer gutes Wort. Land habt Ihr viel, und ich brauche wenig. Nur muß ich wissen, welches mir gehören wird – dasselbe muß abgemessen werden, und dann brauche ich eine Bestätigung. Denn Gottes Wille waltet über Tod und Leben. Ihr seid ja gute Menschen, ihr gebt mir das Land; aber es kann geschehen, daß Eure Kinder es mir wieder abnehmen."

Der Älteste lachte.

„Gewiß läßt sich's machen," beteuerte er, „so fest, wie es fester gar nicht sein kann."

Da begann Pachom: „Ich habe gehört," sagte er, „daß bei Euch ein Kaufmann war. Ihr gabt ihm Land und machtet einen Kaufbrief. So möchte ich es auch halten."

Der Älteste begriff sogleich.

„Das kann man alles," rief er. „Wir haben ja einen Schreiber; wir fahren in die Stadt und legen alle Siegel an."

„Und welchen Preis werdet Ihr nehmen?"

„Wir haben nur einen Preis, tauſend Rubel für den Tag.“

Pachom konnte nicht verſtehen, was für ein Maß ein Tag wäre.

„Wie viele Deßjatinen werden auskommen?“

„Das verſtehen wir nicht zu rechnen. Für einen Tag verkaufen wir ſo viel Land, wie du an einem Tage umgehſt. Der Preis des Tages iſt tauſend Rubel.“

Pachom wunderte ſich.

„In einem Tage,“ meinte er, „kann man viel Land umgehen.“

Der Älteſte lächelte.

„Alles wird dein ſein. Eine Bedingung nur: kommſt du im Laufe des Tages nicht zu dem Platze zurück, von welchem du ausgegangen biſt, ſo iſt dein Geld verloren.“

„Aber wie kann man vermerken, wo ich gegangen bin?“

„An den Abgangsort, den du ausſuchſt, werden wir uns ſtellen – wir bleiben ſtehen und du gehſt – hinter dir reiten unſere Burſchen – wo du befiehlſt, ſchlagen ſie Pfähle ein – dann ziehen wir mit dem Pflug Furchen von Pfahl zu Pfahl. Nimm deinen Kreis, wie es dir beliebt – nur ſei vor Sonnenuntergang an der Stelle, von welcher du ausgegangen biſt. Alles Land, das du umgehſt, iſt das deine.“

Pachom willigte ein. Man beſchloß, in der Frühe aufzubrechen, unterhielt ſich noch, trank Kumyß und Tee und aß Hammelfleiſch. Als die Nacht einbrach, legte Pachom ſich ſchlafen, die Baſchkiren gingen auseinander. Frühmorgens wollte man ſich verſammeln, um vor Sonnenaufgang zur Stelle zu fahren.

* * *

. . . . . .

Pachom ſtand auf, weckte ſeinen Knecht, der im Tarantaß ſchlief, ließ anſpannen und ging, die Baſchkiren zu wecken.

„Es iſt Zeit,“ ruft er, „auf die Steppe zu fahren.“

Die Baſchkiren ſtehen auf, verſammeln ſich, auch der Älteſte kommt. Sie trinken wieder Kumyß und wollen Pachom mit Tee bewirten. Der aber drängt zur Abfahrt.

„Wenn wir fahren,“ ruft er, „ſo ſoll es gleich geſchehen. Es iſt hohe Zeit.“

Die Baſchkiren machen ſich auf den Weg, die einen reiten, die anderen fahren im Tarantaß. Pachom, begleitet von dem Knecht, fährt in ſeinem Tarantaß. Sie kamen zur Steppe, als die Morgenſonne den

Himmel rötete, fuhren auf den Hügel und versammelten sich. Der Älteste näherte sich Pachom und wies mit der Hand auf die Steppe.

„Das alles," sagte er, „was du mit den Augen erfassen kannst, ist unser. Wähle dir beliebig aus."

Pachoms Augen leuchteten: weithin sieht er Pfriemengrasland, glatt wie eine Handfläche, schwarz wie Mohn, in den Vertiefungen wächst verschiedenes Gras hoch bis zur Brust. Der Älteste nahm die Fuchsmütze ab, legte sie in die Mitte des Hügels und sagte:

„Dieses ist das Merkzeichen; darauf lege dein Geld. Dein Knecht wird auch hier stehen. Von hier gehe fort und hierher komme zurück. Alles Land, welches du umschreitest, ist dein."

Pachom nahm das Geld heraus und legte es in die Mütze, er zog den Kaftan aus, so daß er in einem Halbrock blieb, steckte eine Tasche mit Brot zu sich, eine flache Flasche mit Wasser band er am Gürtel fest, zog die Schäfte glatt und rüstete sich zu gehen. Er dachte und dachte, welche Richtung er nehmen solle. Überall ist es hier herrlich. Er denkt: alles einerlei, ich gehe dem Sonnenaufgang zu, und stellte sich mit dem Gesicht zur Sonne – nun reckt er sich und wartet, bis die Sonne über den Horizont tritt. Zeit ist nicht zu verlieren, meint er, in der Kühle läßt sich's sogar leichter gehen. Die Reiter nehmen hinter ihm Stellung. Wie nur die Sonne sichtbar wurde, setzte er sich in Bewegung – die Reitenden hinter ihm.

Er ging weder langsam noch schnell. Eine Werst mochte er etwa zurückgelegt haben, als er, ohne anzuhalten, den Befehl erteilte, einen Pfahl einzuschlagen. Einmal in Bewegung, beschleunigte er seine Schritte und ließ bald einen zweiten Pfahl einschlagen. Er sah sich einen Augenblick um: der Hügel ist noch zu sehen, auch die Menschen darauf. Wie er zur Sonne blickt, vermutet er, daß er an fünf Werst gegangen sei. Da er warm geworden war, zog er den Halbrock aus. Nach weiteren fünf Werst belästigte ihn die Hitze; ein Blick auf die Sonne belehrte ihn, daß es Zeit zum Frühstück sei. Eine gute Strecke habe ich schon gemacht, denkt er – freilich handelt sich's um deren vier am Tage – indes ist's noch zu früh, einzubiegen. Die Stiefel will ich ausziehen. Er setzte sich nieder, zog die Stiefel ab und ging weiter; jetzt war ihm das Gehen leicht. Er denkt: noch fünf Werst kann ich gehen, dann biege ich nach links. Je weiter, je schöner wird es. Und er ging noch geradeaus. Wie er sich umblickt, ist der Hügel kaum zu sehen und die Menschen darauf nehmen sich aus wie Ameisen.

Jetzt aber muß man umbiegen, meint er. Wie ich heiß geworden bin! Ich habe Lust zu trinken. Er nahm die Flasche, trank im Gehen, ließ noch einen Pfahl einstecken und bog nach links ein. Er ging, er ging – das Gras stand hoch, ihm wurde immer heißer. Müdigkeit stellte sich ein. Ein Blick auf die Sonne zeigt ihm an, daß es Mittag sei. Man muß ausruhen, meint er. Er bleibt stehen und ißt etwas Brot. Setzest du dich, dann schläfst du ein. Er stand also ein wenig, verpustete sich, ging weiter. Anfangs hatte er es leicht, vom Essen war ihm neue Kraft gekommen. Aber es wurde zu drückend heiß, und Schlaf überkam ihn – er fühlte sich überanstrengt. Nu, denkt er: eine Stunde voll Beben werd' dafür ein Jahrhundert leben.

Auf dieser Seite ging er wohl an zehn Werst. Er wollte links einbiegen, aber siehe – die Gegend ist so schön – eine üppige Talsenkung – 's wäre schade, dieselbe aufzugeben: Flachs muß hier trefflich gedeihen. Geradeaus geht er, eignet sich so die Talsenkung zu und läßt einen Pfahl einschlagen. Jetzt erst macht er den zweiten Winkel. Wie er einen Blick auf den fernen Hügel warf, konnte er die Menschen kaum wahrnehmen. Bis zu ihnen werden's an fünfzehn Werst sein. Die zwei Seiten habe ich zu lang genommen, die dritte muß deshalb kürzer gemacht werden. Zwar wird es auf diese Weise ein schiefliniger Besitz – was ist aber anders zu tun? Einbiegen muß ich – dann geradeaus zum Hügel – ich muß mich beeilen – nicht überflüssig abschwenken – Land habe ich ja jetzt in Fülle. Und er wendete und schritt geradeaus dem Hügel zu.

* * *

Die Füße schmerzen Pachom, er hat sie durchgelaufen. Er knickt ein – ausruhen möchte er – aber er darf's nicht – er hat keine Zeit – vor Sonnenuntergang muß er ankommen. Die Sonne wartet nicht. Als triebe ihn jemand an, so läuft er.

Irrte ich mich nicht? griff ich nicht zu viel? Wenn ich nicht zur Zeit ankäme! Es ist noch weit, und ich bin schon ganz abgerackert. Wenn nur nicht alle meine Ausgaben und Mühen darüber verloren gehen! O ich muß mich bis aufs äußerste bemühen!

Er schüttelte sich, lief im Trabe. Die Füße bluten – er läuft. Er läuft, er läuft, wirft den Halbrock fort, die Stiefel, die Flasche, die Mütze. War zu gierig – habe alles verdorben – bin vor Sonnenuntergang nicht am Ziel.

Noch ärger wird es: vor Angst geht ihm der Atem aus. Er läuft – Hemd und Hosen kleben am Körper – der Mund ist wie ausgetrocknet – wie mit Blasebälgen in der Schmiede arbeitet es in der Brust – im Herzen schlägt es wie mit Hämmern – die Knie, als seien es nicht seine eigenen, knicken ein.

Kaum denkt er noch an das Land; er denkt wie er es anfangen solle, um nicht zu sterben vor Anstrengung. Ja, er fürchtet zu sterben, aber stehen bleiben kann er doch nicht. So viel bin ich gelaufen, und halte ich jetzt ein, so nennt man mich einen Narren.

Die Baschkiren – deutlich hört er's – quieken und rufen. Von ihrem Geschrei brennt sein Herz noch mehr. Mit Aufwendung seiner letzten Kraft läuft er – die Sonne steht fast am Rande – aber bis zum Hügel ist er schon ganz nahe. Die Baschkiren winken, rufen – er sieht die Pelzmütze – sieht das Geld darin – sieht den Ältesten, wie er auf der Erde hockt und sich den Bauch hält. Und es kommt ihm der Traum in Erinnerung: Erde, denkt er, ist viel vorhanden – aber wird Gott darauf leben lassen? Ach, ich habe mich zu Grunde gerichtet – und dabei läuft er, läuft . . .

Er blickt auf die Sonne.

Sie ist groß, rot, berührt die Erde, beginnt schon unterzutauchen.

Jetzt hat er den Hügel erreicht – die Sonne ist unter.

Ein Wehschrei entringt sich ihm: er wähnt, alles sei verloren. Jedoch erinnert er sich, daß man vom höheren Ort aus die Sonne noch sehen müsse. Er stürzt den Hügel hinauf – da liegt die Mütze. Er stolpert, fällt, langt mit den Händen bis zur Mütze.

„Tüchtiger Kerl!" ruft der Älteste. „Hast viel Erde gewonnen."

Wie der Knecht Pachom beispringen, ihn aufheben will, sieht er: aus dem Munde fließt ihm Blut, er ist tot.

Der Knecht jammert.

Der Älteste hockt auf dem Boden, er lacht laut und hält sich den Bauch. Jetzt erhebt er sich und wirft dem Knecht den Spaten zu. „Hier, grabe!"

Die Baschkiren stehen auf und fahren fort.

Der Knecht bleibt mit der Leiche allein. Er gräbt Pachom ein Grab, gerade so groß, wie er von Kopf zu Fuß mißt – drei Arschin – und vergräbt ihn.

□□□

Jugendbildung und Krieg.

Von JAMES REICH, Zürich.

I.

Der Krieg kam mit elementarer Gewalt über die Schule und riss die Masse der Jugend aus ihrem friedlichen Leben. Gefühlsausbrüche, verdichtete Massenstimmungen, Ekstasen beherrschten vorerst das gesamte Leben, und für Reflexionen und intellektuelle Erwägungen war kein Platz. Der kritische Blick blieb verschleiert. Der Krieg äusserte sich noch nicht in unmittelbaren, schrecklichen Erscheinungen, der Mythus vom modernen nationalen Heros wurde gedichtet.

Die Jugend fand jetzt die Möglichkeit romantischer Erlebnisse mit eigener Betätigung. Mit dieser Erscheinung und mit der Stellungnahme der Presse wird sich der Geschichtsschreiber der Zukunft auseinandersetzen müssen.

Die reifere Jugend fand sich in krasseste Wirklichkeit versetzt, vor der greifbaren Tatsache, den heimatlichen Boden verteidigen zu müssen, von heute auf morgen reif zu werden, als vollgültiges Wesen in Aktion zu treten.

Die Äusserungen der geschichtlichen Katastrophe machten sich bald auf den Gebieten der Erziehung und des Unterrichts geltend, und der ungünstige Einfluss des Krieges auf die Jugend wurde bemerkbar.

Prof. F. von Liszt sagt in seinem Berliner Vortrag über Kriminalität der Jugendlichen, dass alle Organisationen und Instanzen die Verwahrlosung und Verrohung der Jugend während des Krieges bestätigen. Frühere Untersuchungen haben solche Fälle meist auf äussere Verhältnisse zurückgeführt. In einer Verfügung des Landesgerichtspräsidenten in Hamm an die ihm unterstellten Beamten wird hervorgehoben, dass Ursachen verschiedener Art, sämtlich durch den Krieg hervorgerufen, die Erziehung der Jugend ungünstig beeinflussen. Diese Wirkung des

Krieges auf die Jugend in rein hygienischer Hinsicht zeigt die Untersuchung des Charlottenburger Schularztes Dr. Kettner, (Deutsche Medizinische Wochenschrift 1915) der den ungünstigen Einfluss des ersten Kriegsjahres auf die Gewichtszunahme und das Längenwachstum bei seinem Untersuchungsmaterial hervorhebt.

Der Krieg übt auch einen starken psychischen Einfluss auf das Seelenleben der Kinder aus. Prof. W. Stern hat unter Mitwirkung der Breslauer Ortsgruppe des Bundes für Schulreform „Materialien und Berichte über jugendliches Seelenleben und Krieg“ veröffentlicht und Äusserungen der Begeisterung, der Opferfreudigkeit, des Mitgefühls, der Vaterlandsliebe, aber auch Hassäusserungen, Zeichen der Mitleidslosigkeit, Minderung der Unterrichtserfolge bei den Jugendlichen festgestellt. Dass die negativen Rückschläge des Kriegserlebnisses durch die positiven voll ausgeglichen werden, bezweifeln wir vorerst. Bezeichnend für die drohende Gefahr ist der „Aufruf an Eltern, Lehrer und Erzieher“,*) welcher im Dezember 1915 durch die Presse ging.

„. . . Hass, Rachedurst, Verachtung und Schadenfreude gegenüber den feindlichen Nationen und eigener nationaler Hochmut haben eine so erschreckende Ausdehnung genommen, dass es an der Zeit ist, das Schweigen hierüber zu brechen und sich ernstlich an alle zu wenden, welche die schwere Verantwortung der Erziehung tragen“ . . .**)

Auch in Frankreich meldet sich die pädagogische Vernunft in Kreisen der Lehrerschaft zum Wort. So hat die Lehrergewerkschaft des Seine-Departements die Aufreizungen zum Hass für ungesund und gefährlich erklärt.

„Ungesund, weil sie an die brutalsten und niedrigsten Instinkte appelieren und so eine Verleugnung aller Moralprinzipien sind; gefährlich, weil sie auch zu einer Verlängerung des jetzigen Krieges führen können und notwendigerweise durch die Erhaltung der Feindseligkeiten zwischen den Nationen eine wirkende Kraft neuer Kriege sein müssen.“

*) In unserer Nummer vom 20. Dezember v. J. haben wir Seite 514 f. diesen Aufruf unseren Lesern zur Kenntnis gebracht. Die Red.

**) Kurz darauf wurden im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. Verordnungen über das Volksschulwesen erlassen, mit einem Schreiben an die Kreisschulinspektoren (vom 15. Januar 1916). Wir lesen dort: „Es drängen sich in letzter Zeit an die Lehrer und die Schule Wünsche heran, aus erziehlichen Gründen der Ausbreitung und Vertiefung des Völkerhasses entgegen zu wirken und der künftigen Versöhnung der Kultur-

Wir wollen aus der Reihe pädagogischer Schriften, welche sich mit dem Kriege und der Jugend beschäftigen, die typischen hier kurz besprechen.

Ludwig Gurlitt*) gibt unnatürliche Leitsätze für die Behandlung der daheim gebliebenen Jugend, indem er im Grunde genommen ein oberflächliches Erleben der Kriegszeit befürwortet. „Die Jugend müsse dabei sein, wenn Truppen ausziehen, Gefangene zu sehen sind, wenn geflaggt wird und die Glocken läuten. Man lasse ihnen auch ihre Kriegsspiele und gebe ihnen dazu Zeit und Gelegenheit... Da wird Karl May lebendig und alle Kriegslisten seiner Indianer, von denen er so überzeugend zu erzählen wusste. Endlich hat Jugend ihre Romantik" (S. 39). Was Gurlitt noch über die Gestaltung des deutschen Unterrichtswesens nach dem Kriege sagt, ist die Wiederholung der Forderungen, welche er in seinen früheren Arbeiten umschrieben hatte, freilich ohne das bejahende Pathos alles dessen, was nach seiner Meinung im heutigen Kriege sich bewährt hat, z. B. der monarchische Gedanke, die Parteiführer, die deutsche Familie, die Kirche, die Schulen (S. 42).

Einen Weg, aus dem Kriege ein ethisches, positives Erlebnis für die Jugend zu machen, zeigen uns F. W. Foerster und Wilhelm Börner.**)

Foerster will nicht eine äusserliche, demonstrative Teilnahme der Jugend am Weltkriege. Er versucht, den Krieg zu einem geistigen und sittlichen Erlebnis zu vertiefen, und meint, wir müssen unsere Jugend dazu erziehen, dass sich

völker vorzuarbeiten. Diesen aus dem Gefühl allgemeiner Völkerverbrüderung und internationaler Friedensschwärmerei entspringenden Bestrebungen darf kein Raum gewährt werden... Vor allen Dingen muss ganz allgemein die Überzeugung in unserem Volke einwurzeln, dass Deutschlands Frieden und Sicherheit nur durch seine Wehrmacht zu Lande und zur See verbürgt wird, und dass alle Verbrüderungsbestrebungen mit anderen Völkern auf kulturellem Gebiete niemals dazu führen dürfen, auch nur das geringste von seiner kriegerischen Rüstung abzubröckeln. Zum andern sollen die Schulen die Überzeugung festigen, dass Deutschland einig bleiben muss und dass alle Parteien oder Sonderbestrebungen sich dieser Forderung unterzuordnen haben."

*) „Die deutsche Jugend und der Krieg", Otto Henning, Greiz.

**) Dr. F. W. Foerster: „Die pädagogische Behandlung des Weltkrieges in Schule und Haus." „Die deutsche Jugend und der Weltkrieg." W. Börner: „Werdet Helden!"

die künftige doch unausbleibliche Wiedervereinigung der Völker schon heute in ihren Seelen vollzieht. Ihm ist es wichtig, die Jugend frei zu halten vom Völkerhass und von „den verrohenden Wirkungen des ungerechten und einseitigen Aburteilens, vor dieser blöden Pauschalverdammnis von ganzen Völkern". Er zeigt an praktischen Beispielen, wie die Schule diese natürliche Kulturarbeit schon heute erfüllen kann.

Im Gegensatz zu der vorherrschenden Strömung der offiziellen deutschen Pädagogik hat Foerster auch heute den Mut, den Krieg nicht als „Grosses", „Heiliges", sondern als „ein furchtbares Unglück" anzusehen. „Nicht weil er uns Schmerzen bringt, sondern weil er uns zum Töten zwingt; in allem Töten aber liegt ein tiefverborgener, weithin wirkender Fluch."

Wilhelm Börner wendet sich in seinem „Offenen Brief in der Kriegszeit" an die deutschen Kinder und legt ihnen ruhig und eindringlich dar, wie sie Helden des Alltags und der Tugenden friedlichen Lebens werden können. „Ihr könnt Helden werden, so bald Ihr nur wollt," das ist das Leitmotiv seines Briefes, die starke Betonung der Charakterbildung durch Selbsterziehung. Und auch er ermahnt die Jugend: „Lieber erzählt etwas wahres Schlechtes über den Feind nicht, als dass Ihr nur die kleinste Unwahrheit weiter traget!" Er lässt sie das Gute und Schöne bedenken, dass wir alle den Franzosen, Engländern, Italienern und Russen verdanken.

Eine andere Aufgabe stellt sich Gustav Wyneken in seinem in der Münchner Freien Studentenschaft gehaltenen Vortrage: „Der Krieg und die Jugend". Er entwirft das geistige Bild der Jugend, für welche der Krieg „in erster Linie nicht ein politisches, sondern ein ethisches Ereignis ist." Und diese Jugend, die im friedlichen Leben vor dem Kriege ihre eigenen Wege ging, „der man sittlichen Anarchismus glaubte zutrauen zu müssen", sieht im Kriege die Gelegenheit zu wirklicher Pflichterfüllung. Auch er betont die Schattenseite der Massenstimmung, welche sich durch Hervortreten der Masseninstinkte kundgibt. Ein

Mangel an Wahrhaftigkeit ist es, ein scharfes Auge auf die Misstände beim Feind zu haben, ohne die eigenen Mängel zu bemerken. Dieser billige Patriotismus soll von der Jugend verschmäht werden. „Billig ist es, den Feind zu beschimpfen; billig und unklar scheint es auch gehandelt, jetzt auf einmal die Brücke geistiger Beziehungen, wissenschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Anerkennung zwischen den kämpfenden Völkern abbrechen zu wollen". (S. 25) In Wynekens Vorstellung bringt der Krieg der Jugend „Sinn und Ernst des Lebens, eine Eingliederung ins Leben ihres Volkes". Und aus dieser Feststellung leitet Wyneken seine Zukunftsprognose ab: Der Krieg muss der Jugend eine neue Erziehung bringen.

(Schluss folgt.)



Aus „Kriegsbriefen deutscher Studenten".

„. . . gab es doch Stunden in der letzten Zeit, die in der Erinnerung liegen werden, wie Stockungen des Herzens, wie schwarze Wellen, die nicht mehr wegzuleugnen sind. Kindheit und Jugend ist unwiederbringlich vorüber. Die Zeit der Überschattung hat angefangen."

„. . . Die Dehnbarkeit des Lebens ist unbegreiflich ; niemals hätte ich gedacht, dass solche Dinge zu überleben wären. Komme ich heil durch diese Zeit der Prüfung, so muss alles von neuem begonnen werden."

„Ich sehe den Tod und rufe dem Leben. Wenig geleistet hatte ich in meinem Leben, das doch meist mit Studium angefüllt war. — Gott dem Herrn habe ich meine Seele befohlen, in ihm habe ich sie ganz und fest versiegelt. Frei bin ich, alles zu wagen. Meine Ewigkeit gehört Gott, mein Leben dem Vaterland, mir selbst aber bleibt übrig Freude und Kraft."

(Herausgegeben von Prof. Dr. Ph. Witkop. Perthes, Gotha.)

Geistige Kriegführung.

Schon sind der Toten zu viel, und die Waffen bringen keine Entscheidung; da greift man wieder zum Wort. — Die Presse hat viel verschuldet in diesem Krieg, doch es gibt auch Zeitungen, die ihren Pflichtzielen treu geblieben sind. Man erkennt diese Zeitungen daran, dass sie von allen Seiten viel gelesen und viel getadelt werden. Ein solches Blatt ist die „Neue Zürcher Zeitung". Da darf zu Wort kommen, wer etwas zu sagen hat und darf weiten Widerhalls gewiss sein. Lord Cromer und Prinz von Hohenlohe fanden hier den Fechtboden für ihre Kontroverse. A. H. Fried, Baron D'Estournelles de Constant und Prof. Fr. W. Förster pflegten ihren Meinungsaustausch, und so entschieden die Gegensätze sich bekunden, es dämmert doch auch der Begriff des Gemeinsamen in ihnen auf. Und D'Estournelles' zweiter Brief ist ein Schritt vorwärts, wenn schon Frankreichs Schuldanteil nicht zugegeben wird und sein Eintreten für Russland — ein stilistischer Versuch bleibt. Die ersten Maitage brachten einen grösseren Artikel von „Spectator". Wer mag Spectator sein? Jeder freidenkende Weltbürger würde dieses Pseudonym willig mit dem eigenen Namen decken.

„Ihr alle habt nicht zu eueren Worten gesehen, habt eure Presse und eure bösen oder verrückten Patrioten nicht diszipliniert und desavouiert." — Die Faktoren der Mitschuld am Kriege, Spectator zählt sie auf, unterstreicht sie und entwertet sie wieder mit den Schuldmomenten des Gegners. Es hatte keiner den Mut zum Frieden, und so wurde der Krieg. Nach Russell's Wort: ein Kind der Furcht. Keiner fand den Mut zurückzustehen mit Rüstung, mit Mobilmachung. Und als die Zeit kam, war keine internationale Aussprache mehr möglich. Schon allzulaut tönte der Lärm der kriegsbereiten Truppen. Die Zentralmächte mochten nicht eine Konferenz abwarten, und Russland beschleunigte seine Mobilisierung. „Es war so, als ob die Beteiligten sprächen: Wir haben einander wechselseitig allen guten Willen verdorben, wir haben jahrzehntelang unser Vertrauen auf einander vergiftet — der Krieg ist nichts als die unvermeidliche, volle Klarstellung dieser Sachlage und zugleich ihre furchtbarste Verurteilung —, gehen wir nun hinein in das selbstbereitete Fegfeuer und hoffen wir jenseits davon auf ein neues Europa."

Die Tonart der Pariser Hetzpresse und die französische Allianz mit Russland hat den kriegerischen Instinkten innerhalb des deutschen Volkes verhängnisvolle Nahrung gegeben. Den deutschen Machttheoretikern kann man Engländer mit gleicher Tendenz gegenüberstellen. Doch in England sind in diesem Kriege einsichtsvolle Männer mit gerechten Worten an die Öffentlichkeit gelangt, indes man sich in Deutschland „in eine schier undurchdringliche nationale Selbstgerechtigkeit hineingeredet und hineingeschrieben hat, als könne von keiner, wenn auch noch so geringen Mitschuld Deutschlands am Weltkriege die Rede sein." — Und doch wurde

in Deutschland viel laute und drohende Weltmachtpropaganda betrieben, die das Vertrauen des Auslandes erschüttern musste. Vor allem das „unverantwortliche Machtgerede der Alldeutschen, deren unerträgliche Tonart dem deutschen Volke, gerade auch im neutralen Ausland, eine Unsumme von Hass und Abneigung zugezogen hat". Die Kriegshetzer in allen Ländern hat die Wirkung ihrer Worte im Ausland wenig bekümmert und das kriegerische Echo das sie erweckten, haben sie für weitere Hetze genützt. Das deutsche Volk war nicht auf kriegerische Eroberungen aus, aber es liess den unverantwortlichen Schreiern das Wort. Auch seine Stellungnahme zur Friedensbewegung machte es einer aggressiven Weltpolitik verdächtig. Deutsche Gelehrte sprachen von einem, allen Naturgesetzen hohnsprechenden Friedensdusel, und von Friedensvertretern als von bleichsüchtigen Narren. Da kann man nicht verlangen, das Ausland solle an das friedliebende deutsche Volk glauben. — Die Selbstisolierung Deutschlands auf den Haager Konferenzen, die harte Absage gegen jede Diskussion von Abrüstung oder Rüstungseinschränkungen waren politische Fehler. Die ausländischen Diplomaten mussten in Deutschland das Hindernis sehen gegen die Einstellung des europäischen Wettrüstens.

Freilich war diese ablehnende Haltung durch ewige Revanchegelüste in Frankreich, durch den englischen Imperialismus und durch die russischen Intriguen auf dem Balkan nur zu begreiflich. Ein Auseinanderrechnen der Schuldposten ist da nicht mehr möglich, eine Klärung nur denkbar, wenn jeder sich tapfer zum eigenen Schuldanteil bekennt. Deutschland hat im Marokkohandel sein gutes Recht bewahrt. Doch auf eine Weise, die seit Agadir den französischen Nationalismus neu entfachte. Und Deutschland hat in bedauerlichem Irrtum einen Wettlauf mit der englischen Weltmacht einer deutsch-englischen Verständigung vorgezogen, deren friedliche Entwicklung die deutsche Weltwirtschaft am besten gefördert hätte. „Es entwickelte sich da eine nationale Grossmannssucht, die zu Konflikten mit gewissen, historisch und weltpolitisch nicht unberechtigten Ansprüchen Englands führen musste." Es wäre für den kommenden Weltfrieden von grösster Bedeutung, wenn Deutschland über seiner berechtigten Empörung gegen viele falsche Anklagen gleichwohl den eigenen Schuldanteil an der gegenwärtigen Weltnot und an der eigenen Einkreisung nicht übersehen würde. —

Hiezu ist zu sagen, dass auch aus Deutschland Stimmen verständnisvoller Selbsterkenntnis laut wurden. Dann, dass es auch in England nicht die offiziellen Organe sind, welche vorurteilsfreie Beurteilung zeigen. Zu einer Zeit da das Wort von der Zensur eingeschnürt ist, lässt sich überdies die Mentalität eines Volkes schwer erkennen. Wenn nun der Verfasser vornehmlich nach Deutschlands Abkehr von übergrosser Selbstbetonung ruft, so bekundet er damit — er und die vielen die ihm beipflichten — gewiss keine animose Stimmung gegen Deutschland, von dessen anerkannter geistiger und sittlicher Triebkraft er die höchste Selbstüberwindung erhofft und verlangt. *Felix Beran.*

Der Zusammenbruch der Goldwährung.

Dr. M. NACHIMSON, Russland.

Je länger der Krieg dauert, um so verheerender sind seine wirtschaftlichen Folgen. Haben wir vor einem Jahre an dieser Stelle festgestellt, dass der Krieg den Staaten mit dem finanziellen Bankrott droht, falls sie nach dem Kriege nicht tiefgehende Änderungen in ihrer Wirtschaft, vor allem bedeutende Kürzungen der Rüstungsausgaben vornehmen werden, so können wir heute den Zusammenbruch des Geldsystems der meisten kriegführenden Staaten konstatieren. Seit Ausbruch des Krieges sind die Staaten faktisch zur Papiergeldwirtschaft zurückgekehrt. Alles Gold wird in den Zentralnotenbanken aufgespeichert, dem Verkehr werden nur Noten zur Verfügung gestellt. Mit Ausnahme von England wurde in allen kriegführenden Staaten die Einlösbarkeit der Noten aufgehoben und die Goldausfuhr verboten. In England bestehen zwar keine diesbezüglichen Gesetze, aber faktisch hat auch England eine Papiergeldwirtschaft, da die Bank von England Gold an Private doch kaum noch hergibt. Da dabei die Herausgabe von Papiergeld nicht durch die Bedürfnisse des Warenverkehrs, der stark zusammengeschrumpft ist, sondern durch die speziellen Anforderungen des Krieges hervorgerufen wird, so ist die zirkulierende Papiergeldmenge auch unheimlich angewachsen. Die Folge ist natürlich nicht ausgeblieben: eine starke Entwertung des Papiergeldes hat sich eingestellt und wird immer drohender.

Man hat versucht, diese Erscheinung auf das Missverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot von fremden Geldsorten (Wechsel, Schecks, Noten usw.) zurückzuführen. Was hat aber dieses Missverhältnis selbst verursacht? Doch nicht allein die Absperrung der Zentralmächte von den überseeischen Ländern, da der Rückgang des Exports der Zentralmächte viel bedeutender ist, als er nur infolge

des Ausfalls der Ausfuhr nach den feindlichen und überseeischen Ländern gewesen wäre und da doch der Export, selbst Englands, stark zurückgegangen ist. Umgekehrt steigt die Einfuhr der kriegführenden Länder doch in erster Linie infolge des Kriegsbedarfs. Es sind allerdings noch manche andere Momente, die die Zahlungsbilanz der beteiligten Länder ungünstig beeinflussen, wie die Unmöglichkeit, die Zinsen vieler ausländischer Anleihen einzuziehen, Unterbrechung der Schiffahrt der Zentralmächte, Verminderung des Fremdenverkehrs, der Auswanderung usw. Doch alle diese Momente reichen nicht aus, um die immer steigende Entwertung des Geldes zu erklären, die in der fortschreitenden Erschöpfung der kriegführenden Länder ihren wahren Grund hat. Diese bewirkt auch die sinkende Ausfuhr und steigende Einfuhr. Infolgedessen haben alle zur Hebung des Wechselkurses getroffenen Massnahmen vorläufig versagt.

Die Staaten haben sich bekanntlich veranlasst gesehen, die private Einfuhr, vor allem von Luxusgegenständen, zu erschweren oder gar zu verbieten. Man ist noch weiter gegangen, hat den ganzen Verkehr mit ausländischen Geldsorten zentralisiert und unter die Kontrolle der Zettelbank und des Staates gestellt. So in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland. Nichts hat indes vermocht, das Sinken der Kurse irgendwie aufzuhalten.

So waren beispielsweise die Kurse in Zürich:

	Parität	31. Dezember 1914
Deutschland . . .	123. 45 Fr. für 100 Mark	114. 5
Österreich-Ungarn.	105. 01 „ „ 100 Kronen	91. —
Russland	266. 64 „ „ 100 Rubel	217. 5
Frankreich . . .	100. — „ „ 100 Franken	101. 6
Italien	100. — „ „ 100 Lire	98. 65
England	25. 22 „ „ 1 Pfund	25. 48 3/4

	31. Dez. 1915	27. April 1916	—%
Deutschland	99. 7	95. 9—96. 5	—22
Österreich-Ungarn . .	67. 1	66 1/4—67. 65	—37
Russland	156. 6	160—165	—40
Frankreich	89. 7	87—87. 5	—13
Italien	79. 7	80. 5—81. —	—19. 5
England	24. 9	24. 6—24. 7	—2. 4

Wie zu erwarten war, haben das russische und das österreichische Geld die stärkste Entwertung erfahren, um 40% und 37%! Aber auch das deutsche und das italienische Geld sind im Kurse stark gesunken, obgleich Deutschland alle möglichen Mittel dagegen anwendet. Die deutsche Reichsbank hat ihren Goldvorrat um 1104 Millionen (am 22. April 1916) auf 2461 Millionen Mark erhöht, wovon allerdings 205 Millionen Mark auf die Kriegsgoldreserve kommen, die beim Kriegsausbruch der Bank aus dem Juliusturm zugeführt wurden. Man bemüht sich auch den Notenumlauf durch die Ausbildung des geldsparenden Zahlungsverkehrs zu vermindern. Deutschland hat schliesslich vier feste Anleihen im Betrage von 35 Milliarden Mark ausgegeben. Und trotz alledem ist der Notenumlauf von 1891 Millionen am 23. Juli 1914 auf 6988 Millionen am 31. März 1916 angestiegen und ist infolge der starken Einzahlungen auf die vierte Kriegsanleihe bis auf 6479 Millionen am 22. April zurückgegangen, wozu aber noch 2200,6 Millionen Darlehenskassenscheine hinzukommen, von denen sich allerdings 963,6 Millionen in den Kassen der Reichsbank befanden, so dass die Menge des umlaufenden Papiergeldes, ohne die Reichskassenscheine, am 22. April auf 7716 Millionen angestiegen ist, d. h. auf das Vierfache des normalen Umfanges.

Nicht so bedeutend hat sich der Notenumlauf der Bank von Frankreich erhöht, nämlich von 5912 Millionen auf 15280 Millionen Franken. Den Grund der vermehrten Ausgabe von Noten gibt die Bank von Frankreich offen an: 7200 Millionen Vorschüsse an die französische Regierung und 955 Millionen Franken Vorschüsse an andere Staaten, in der Hauptsache an Russland. Rechnet man noch die prolongierten Wechsel im Betrage von 1580 Millionen Franken hinzu, so ergibt sich zusammen mit dem Notenumlauf vom 23. Juli eine Summe von 15600 Milliarden Franken, also fast genau die gleiche Summe.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der russischen Staatsbank. Der Notenumlauf ist von 1,63 Milliarden auf 6,18 Milliarden Rubel (am 21. April 1916), also um 4,55

Milliarden Rubel (d. h. auf das Dreifache) angestiegen. Dabei hat die Staatsbank der Regierung gegen Schatzscheine 3,79 Milliarden und an Private gegen „Wertpapiere“ (in der Hauptsache wohl ebenfalls Staatsanleihen) 0,52 Milliarden Rubel, zusammen also 4,31 Milliarden Rubel geliehen.

Die Bank von England hat wenig mehr Noten in Umlauf gesetzt als in Friedenszeiten. Dafür aber steigt der Umlauf von Kriegsnoten (currency notes), die in kleinen Abschnitten in Verkehr gebracht worden sind, sehr stark an und hat schon am 19. April die Menge der vor dem Kriege im Umlaufe gewesenen Noten um das Dreifache überstiegen, so dass auch in England die heute umlaufende Menge von Papiergeld diejenige von vor dem Kriege ebenfalls wie in Deutschland viermal übersteigt. Wenn trotzdem der Kurs des englischen Wechsels nur wenig zurückgegangen ist, obgleich England nicht nur seine eigene gewaltige Einfuhr (im ersten Quartal 1916 betrug sie 228,3 Millionen Pfund gegen 197 Millionen Pfund zu gleicher Zeit (im Jahre 1914), sondern auch zum grossen Teil die seiner Verbündeten zu bezahlen hat, so erklärt sich dies dadurch, dass die englische Regierung die amerikanischen Wertpapiere von Privaten kauft oder borgt und mit ihnen die Kriegsbestellungen in Amerika bestreitet. Für die anderen neutralen Länder bleibt England noch immer der Mittelpunkt des Weltverkehrs, so dass bei ihnen die Nachfrage nach englischen Wechseln noch lebhaft ist. Durch Abstossung von fremden Effekten vermochte auch Frankreich eine Zeitlang den Kurs seines Geldes zu halten. Frankreich verfügt aber bei weitem nicht über so viel ausländische Effekten wie England; dazu ist der Verkauf von russischen, balkanischen und südamerikanischen Effekten heute nicht leicht vorzunehmen. England soll aber allein in den Vereinigten Staaten etwa 1 Milliarde Pfund investiert haben, so dass es noch eine Zeitlang den Kurs seines Wechsels über Wasser halten kann.

Der gewaltige Papiergeldumlauf, der selbst im Inlande zur Herausbildung eines bedeutenden Goldagios geführt

hat, bedeutet nun nichts anderes als die Verwandlung von realen materiellen Gütern in Papier, d. h. die tatsächliche Verarmung der kriegführenden Länder. Die durch den Krieg vernichteten Güter sind nicht ersetzt worden; das dafür erhaltene Papiergeld wird nicht weiter verausgabt, nicht gegen neue Produktionselemente ausgetauscht, sondern staut sich in den Händen einzelner Unternehmer auf und verleitet leicht zu grossen Luxusausgaben für den persönlichen Bedarf, da der industrielle Bedarf unterbunden ist. Papiergeld erhält aber seinen Wert aus der Menge der Güter, die es im Zirkulationsprozess vertritt. Sinkt die Menge der zirkulierenden materiellen Güter im Verhältnis zu der Menge des umlaufenden Papiergeldes, so muss auch der Wert des Papieres sinken. Eine Zeitlang kann man durch künstliche Mittel dem entgegenwirken; durch Organisation des Devisenhandels die Spekulation ausschalten, die den Devisenkurs noch eventuell tiefer herabdrückt, als er sonst gefallen wäre; auf die Dauer erweisen sich aber die wirtschaftlichen Gesetze stärker als alle künstlichen Mittel. Wenn England durch Mobilisation und Abstossung sonstiger Effekten den Kurs seines Wechsels zu halten vermag, so kann es dies, weil es im internationalen Verkehr doch noch mit realen Werten (die amerikanischen Wertpapiere repräsentieren eben wirkliche Werte!) zahlt, während die anderen Staaten Papiere gegen Waren geben, die tatsächlich nur eine geringe Menge Waren vertreten.

Daraus ergibt sich eben die verhängnisvolle Lage der kriegführenden Länder. Wie soll denn nach dem Kriege die Menge des umlaufenden Geldes getilgt werden? Es ist heute ein völliges Rätsel, wie selbst ein finanziell so kräftiger Staat, wie Deutschland, seinen Notenumlauf auf einen normalen Stand werde zurückführen können. Beträgt doch die Golddeckung der Noten heute nur 38% und gar der Noten und Darlehenskassenscheine nur 31,9%. Man muss also auch nach dem Friedensschlusse mit einer mehr oder weniger dauernden Periode der Papiergeldwirtschaft mit all ihren ungeheuerlichen Folgen für die Wirtschaft und

den Kredit des Staates, sowie mit der durch die dauernde Geldentwertung verursachte Teuerung und Lohnentwertung rechnen.

Das einzige Gute bei dieser düsteren Perspektive ist vielleicht die Tatsache, dass bei dem jetzigen Stand der Valuten keine Rede mehr von Kriegsentschädigungen sein kann. Vielleicht mit Ausnahme Englands ist kein Staat nun mehr imstande, eine bedeutende Summe als Kriegsentschädigung zu zahlen, ohne sein Geldwesen völlig zu ruinieren. Da heute jeder Staat an der Erhaltung der Handelsbeziehungen mit seinen Nachbarn im hohen Masse interessiert ist, so kann er es nicht wünschen, dass dieser bankrott wird oder nur noch mit schlechtem Gelde wirtschaftet, gegen das er keine Waren kaufen kann. So müssen die kriegführenden Staaten tatsächlich jeden Gedanken, noch Kriegsentschädigungen zu erhalten, aufgeben, was einsichtige Politiker übrigens schon offen zugeben. Vielmehr wird jeder Staat schon jetzt darauf bedacht sein müssen, seinen Export nach dem Kriege möglichst auch nach den feindlichen Ländern zu forcieren, um allmählich den Kurs seines Wechsels zu heben und zur Goldwährung rasch zurückzukehren. An dieser absoluten Notwendigkeit, den Warenexport zu fördern, werden übrigens auch all die zahlreichen Pläne des kommenden Handelskrieges zerschellen, die heute hinter den Gefechtslinien, in Berlin, Wien, oder Paris, Rom, Petersburg und London, ausgeheckt werden. Die eherne Wirklichkeit wird die durch den Krieg verrückt gewordenen Wirtschaftspolitiker schon zur Raison bringen.

Die Geldentwertung der kriegführenden Länder bewirkt noch eine Vermögensverschiebung unter den einzelnen Gesellschaftsschichten, sowie auch eine Verschiebung in der internationalen Stellung der einzelnen Länder auf dem Weltmarkte, vor allem im Verhältnis zwischen England und den Vereinigten Staaten. Darauf wollen wir bei Gelegenheit speziell zurückkommen . . .

□□□

Aus Büchern und Flugschriften.

Arthur Bonus. *Religion als Wille.* Jena 1915, Eugen Diederichs. Broschiert Mk. 2,50, gebunden Mk. 2.80.

Arthur Bonus ist ein vom Wissensschatz der Jetztzeit gesättigter Denker, dabei ein Dichter an Blüte des Ausdrucks und im freien Vorstoss der Gedanken. Sein Buch ist im Kriege entstanden und scheinbar durch den Krieg angeregt, doch es weist höher.

Arthur Bonus ist ein gläubiger Zweifler. Er glaubt an den Bankerott des Christentums als ernstes Offenkundigwerden längst eingetretener Dinge. Er glaubt an Zweck und Ziel der Schöpfung, an des Menschen Mitarbeit daran, und an menschliches Glück im „Sichbewusstwerden“ dieser Mitarbeit, und Arthur Bonus glaubt an eine Mission des Volkstums, an das Emporgedeihen des Volksleibes, vorab seines — des deutschen — Volkes. Der Krieg erscheint Bonus nicht als eine Frage von Schuld oder Nichtschuld, sondern als tragische Not, die über Völker wie einzelne den Kampf verhängt, durch den die Entwicklung gesund bleibt, das Überlebte erledigt wird, und das Jüngere, Zukunftsvollere aufsteigen kann. Es ist die aufquellende Feindschaft des Mündigen, Selbständigkeit Heischenden, der von sich stösst, weil er allein zu stehen begehrt. Eine Feindschaft, welche am eigenen Ziel sich überlebt, und oft zu dankbarer Freundschaft sich wandelt.

Die Gesetze der Moral setzen stets eine Welt von determinierten Grössen voraus, darum entsprechen sie nicht der ewig sich wandelnden Wirklichkeit. Die Schöpfung als Begriff der schon gewordenen Welt schreitet stetig fort, auch in der täglichen Lebensschöpfung des Ich, vermöge jener Kraft, deren wir im Innersten ein Teil sind. Gegen die Religion der Moral steht der Glaube an die immerwährende Schöpfung, die keine fertigen Verhältnisse kennt, noch anerkennt und überall empordrängende Kräfte sieht, welche sich ihres Grundes und ihres Zieles bewusst werden wollen.

Die Weltabwendung alter Religionen und die Selbstkasteiung des früheren Christentums brachte die Menschheit dazu, den eigenen Trieben und Leidenschaften mit ruhiger Festigkeit gegenüber zu stehen, sie zu leiten, die höheren über die niedrigeren siegen zu lassen. Diese Phase, welche auch der Lebensgang jedes Einzelmenschen zeigt, ist aus einem Ziel zu einem Mittel geworden. Beim jugendlichen Menschen ist es die ernsthafte Vorbereitung der erst wachsenden Kraft. Die Kraft für den Lebenskampf, wie auch für den Krieg der Völker kommt uns nicht aus unserer religiösen Überzeugung, sondern sie nimmt Stellung zu dieser Überzeugung und sucht Ausgleich mit ihr.

„Wir dürfen nicht vor dem Anblick der grausamen Notwendigkeit zurückschrecken, wie sie im Kriege Gestalt gewinnt. Wir

müssen uns von dem verdummenden Missverständnis befreien, als hätten wir irgend einen Kontrakt mit der Gottheit, der uns das Recht auf ein freundliches Schicksal sichert, oder auf eines, das wir als gerecht anerkennen. Das Leben ist roh und grausam.“ Es fragt sich nur, ob wir uns die Erleichterung verschaffen wollen, ohne uns selbst etwas vorzutäuschen, einen Sinn in ihm zu finden, der es erträglich oder gar zu einem Geschenk, zu einem Wunder macht, „einer singenden Schöpfung, in deren Rhythmen der Mensch sich einschliesst, ein Ton von einem grossen, alles Kleinere übertönenden Chor.“ Die Einordnung des Leides in die Weltbejahung ist die Bedeutung des Kreuzes. Wer darüber hinaus will, darf vor allem nicht darunter sinken.

Ein jeder weiss, dass ihm das Gute ist, was er mit Ernst will. Nicht freilich, was er möchte oder wünscht, sondern was er will, wenn die Tagesstimmen schweigen. Diesen seinen tiefsten Willen verspürt er stets zuerst als ein Sollen. Wenn es ihm gelingt, aus diesem Sollen ein Wollen mit Freuden und aus diesem Wollen ein Können mit Lust zu machen, gewinnt er sich selbst und wird versöhnt und einig mit der Kraft, deren er sich ein Teil fühlt im grossen Werk der Schöpfung.

Im Volkstum, wie es im Kriege sich formt, sieht der Autor den natürlichen Übergang zwischen der Einzelindividualität und der Menschheit, weil darin die Kräfte der Abschliessung und der Zusammenschliessung lebendig und gleichzeitig wirken. „Was für den Menschen überhaupt errungen werden soll, muss im Einzelwillen errungen werden, was für die Menschen-Organisation erkämpft werden soll, muss in Volks-Organisationen gebaut werden.“ Der Verfasser schildert, wie der Krieg die Völker nach aussen abgrenzt und nach innen eint. Er rühmt die sozialistische Durchdringung des deutschen Volkes mit Sinn für Organisation und verspricht sich Förderung von der Pädagogik der Brotkarte. Und Arthur Bonus verkündet eine Bereicherung des geschichtlichen Lebens durch die kleinen neutralen Völker, welche das Versuchsgebiet der Weiterentwicklung bilden.

Über den Idealismus: „In der Mehrzahl seiner Erscheinungsformen ist der Idealismus Ersatz für Tat, nicht Antrieb zu ihr. Seine Probe macht der Idealismus erst, indem er seine Arbeit tut, den Stoff und seine Aufgabe dem Stoffe gegenüber ernst nimmt.“

Sozialismus: „Eine Ordnung steht im Ziel, die bessere und wirksamere Bürgschaften dafür schafft, dass die wirklichen Kräfte über die Stellung im Volksganzen entscheiden, nicht ererbte Vorrechte oder Besitztümer.“

Solche Werte, Satz um Satz, bietet das schöne Buch der Plünderung. Gewiss lässt sich den letzten Schlussfolgerungen des Autors Wesentliches entgegenhalten. Latenter Idealismus, wie er sich in Parteinahme und literarischer Verbreitung ausdrückt, führt doch wohl weiter als hier zugegeben wird. Auch gibt es der Persönlichkeiten manche, welche den Halt der nationalen Betonung nicht mehr brauchen und jenseits davon in übernationaler

Menschenliebe wurzeln. Und Volkstum als höchstes Glück wird den wenigsten Menschen Möglichkeit und den Besten nicht immer Ziel sein können. Aber wie gerne lässt sich der Leser von Bonus führen, den Berg hinauf, der seine Aussicht zeigt. In Beifall und in Widerspruch wird man durch Anregung bereichert. *F. B-n.*

Alfons Paquet. *In Palästina.* Jena 1915, Eugen Diederichs.

Es war im Frühling des Jahres 1914, als unser Direktor in der Gymnasiumskanzlei von Jaffa einen deutschen Schriftsteller empfing, den er dann den übrigen Lehrern vorstellte mit der Bemerkung: Dieser Herr ist nach Palästina gekommen, um sich das Wunder der Auferstehung eines tot geglaubten Volkes in seinem für wüst gehaltenen Vaterlande anzusehen. Paquet machte alles mit, was mit dem aufblühenden Leben des jungen Kolonistenvolkes irgendwie Beziehung hatte, sah vieles, was andere bisher nicht sehen konnten oder wollten, sammelte die einzelnen Notizen und Eindrücke und schrieb bereits auf der Heimreise an den Essays, die später zum vorliegenden Buche wurden.

Im ersten Aufsatz, „Jerusalem" betitelt, finden wir eine prächtige Schilderung der alten heiligen Stadt, farbenreich und gefühlvoll gehalten, doch zugleich nüchtern realistisch und streng natürlich. Der Stimmung des überall mit politisch geschärftem Blick beobachtenden Europäers beim Anblick dieser Stadt, der in ihr zusammenströmenden religiösen Pilger aller Weltteile und der im Innern der Grabeskirche wachehaltenden türkischen Soldaten, gibt Paquet in drei kleinen Gedichten Ausdruck, welche in den Ruf der Türken ausklingen: Unser bleibt Jerusalem!

Der nächste Abschnitt bietet in den drei Gestalten des Joseph von Arimathia eine formvollendete, mystisch-symbolische Umdichtung der neutestamentlichen Legende, etwa in der Art André Gides.

In dem folgenden Aufsatz „Zion" betritt der Verfasser das bisher in der allgemeinen Literatur nicht genug verarbeitete Gebiet junghebräischen Lebens in Palästina. Er verfolgt die zionistische Bewegung bis in ihre Anfänge in Russland zurück, und lässt sich des längeren über die modernere, „herzlianische" Form dieser Volksbewegung aus. Paquet widmet dem einstigen Feuilletonisten der Wiener „Neuen Freien Presse", dem in der Folge oft und schwer verkannten Idealisten, eine warme Würdigung, und geht dann zur Besprechung der jüdischen Kolonisationstätigkeit über. Er zeigt, wie der Zionismus, trotz aller Bestrebungen, neutral zu bleiben, dennoch bald in englisches, bald in deutsches Fahrwasser geriet und daher ein Teil der zionistischen Gründungen unter englischem, ein anderer unter deutschem Schutze steht. Er schildert in grossen Zügen die Vorteile, die die jüdische Arbeit in Palästina dem Lande und dem ganzen Orient gebracht hat, und gelangt zum Schluss, dass der Traum Herzls und seiner Anhänger vielleicht doch kein leeres Hirngespinst war, und dass eine Rückkehr der Juden nach Zion keine Unmöglichkeit sei.

In einem weiteren Teil des Buches, „Tempel" genannt, behandelt der Verfasser ebenso liebevoll die christlich-deutsche

Kolonisationsbewegung in Palästina, die im 19. Jahrhundert aus den Bestrebungen württembergischer Pietisten unter der Leitung von Chr. Hoffmann und Hardegg hervorgegangen ist. Der Beschreibung der wichtigeren Templerkolonien und des vom Traume der Gründer allerdings sehr abweichenden Lebens in ihnen folgt eine interessante historische Darstellung der Bewegung, in Verbindung mit ähnlichen religiös-ethischen Erscheinungen der christlichen Kirche.

Die leicht hingeworfenen, künstlerisch gerundeten Essays, die mit derselben Flottheit Wirtschaft und Poesie, Naturschönheiten und Politik behandeln, gewinnen noch besonders durch die Einfachheit des an Kellermanns beste Leistungen erinnernden Stils und durch den feinen Humor, welcher auch die düstersten jener zum Teil noch unkultivierten Landstriche heiterer und freundlicher erscheinen lässt. Vielleicht ist es ein Segen, dass Paquet das Land vor dem Ausbruch des Krieges gesehen hat — heute würde er kaum noch die fröhliche Note anschlagen können, die seinen Schilderungen ihren anmutigen Stempel aufgedrückt hat.

A. B.

Das Ziel. Herausgegeben von Dr. *Kurt Hiller* bei Georg Müller, München 1916.

Wer Freude hat, wenn letzte Dinge in unverhüllter Deutlichkeit gesagt werden, wer den starken Trank gedanklichdichter Äusserung erträgt, wem alle Revolution schon längst im Herzen pocht, sehnsüchtig nach der ersten Befreiung durch die Tat des Wortes, der lese „Das Ziel", das Jahrbuch der Aktivisten. Von achtzehn Schriftstellern wird da auf 217 Seiten viel gesagt. So prägnanter Ausdruck lässt sich nicht mehr zusammenziehen. Wir versuchen deshalb einen Hinweis in Zitaten.

Heinrich Mann: Geist und Tat. Der Literat: Gerade er wirkt in Deutschland seit Jahrzehnten für die Beschönigung des Ungeistigen, für die sophistische Rechtfertigung des Ungerechten, für seinen Todfeind, die Macht . . . Ein Intellektueller, der sich an die Herrenkaste heranmacht, begeht Verrat am Geist.

Die Geistesführer Frankreichs, von Rousseau bis Zola, hatten es leicht, sie hatten Soldaten . . . In Deutschland hatten sie es schwerer. Niemand hat gesehen, dass hier, wo so viel gedacht ward, die Kraft der Nation je gesammelt worden wäre, um Erkenntnisse zur Tat zu machen. Weder die Abschaffung ungerechter Gewalt, noch die Befreiung von den Ansprüchen eines lächerlich gewordenen Glaubens hat Hände bewegt.

Hans Blüher: Die Untaten des bürgerlichen Typus. Der Bürger ist in einem Staate der eigentlich passive Teil. Das Thema seines Lebens ist die Ruhe, sein Ziel der Genuss . . . Nicht die sind die Geistigen, die den Geist dulden, sondern die, welche eine Form des Geistes bejahen, scharf bejahen, die andere, ihr entgegengesetzte, verneinen. Man muss intolerant sein.

Wir glauben, dass alles Wirkliche unvernünftig sei, unser

Ethos verbietet es uns im Grunde überhaupt, dem Seienden gut zu sein . . . . .

Es ist eine Erfindung des Priestertums, dass die Religion etwas zum Seligwerden sei . . . .

Leonhard Nelson: Vom Beruf der Philosophie unserer Zeit. Die Vergötterung des Staates führt nicht nur bei konsequenter Anwendung in der inneren Politik zur Unterdrückung alles individuellen Lebens, sondern hat auch auf die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten den verderblichsten Einfluss.

Kurt Peschke: Rechtsphilosophie. Nicht fühlen wir Freien uns als gehorsame Jünger einer Hinterwelt, deren Befehle irgendwelche Autoritäten hier verkünden.

Alfred Kerr: Aufgaben für die Friedenszeit. Krieg ist: das intellektloseste Mittel mit sehr intellektvollen Mitteln zustande gebracht. Die notgedrungen gewaltsame Schreckensherrschaft des Geistes ist einmal erforderlich, um den Intellekt an das Intellektuelle zu schirren.

Max Brod: Organisation der Organisationen. Wir glauben, dass irdisches Unglück mit allen Mitteln gelindert werden muss. Dann erst wollen wir uns um uns selbst, sogar im metaphysischen Sinne, kümmern.

Franz Werfel: Brief an einen Staatsmann. Des Dichters Zweck aber scheint mir keinesfalls der zu sein, für die Revolution die Trompeten zu blasen . . . Er ist da, das Leben unerträglich und heilig zu machen, und dich, o Leser, bis zu den Schatten zu verfolgen.

Ludwig Rubiner: Die Änderung der Welt. Wir sind nicht mehr allgegenwärtig, allwissend, allsehend; doch am Tage unserer Besinnung werden wir allwollend. Damit hat jeder von uns die Verantwortung für jeden Menschen der ganzen Mit-Erde auf sich genommen. Jeder von uns die Verantwortung für jeden andern . . .

Gustav Wyneken: Schöpferische Erziehung. Die grösste Gefahr, die der Krieg im Gefolge hat, besteht darin, dass die Bejahung unseres Volkstums, Nationalgefühl, Vaterlandsliebe ganz und gar in die Hände der Unberufensten gleiten . . . Es gilt, zu begreifen, was die Weltenstunde fordert. Nicht wer durch Tat und Lehre Geschehnisse dieser Zeitläufe breit wiederholt, lockt ihren Geist hervor; seiner lacht im Verborgenen ihr Sinn. Der nur kann die bräutliche Zeit erlösen und heimführen, der ihr eigenen Geist und Mannessinn entgegensetzt.

Rudolf Leonhard: Die Sezession der Universität. Über Strafrecht soll einer lesen, der bis ins innerste Eingeweide von dem Ungeheuren betroffen wurde, dass seit Jahrtausenden die Menschen strafen und gestraft werden, ohne sich über die Begründung dieses ihres Rechtes einigen zu können . . .

Ernst Joël: Kameradschaft. Wir sollen nicht von Verweichlichung reden bei denen, die das Visier falsch einstellen und mit Willen vorbeischiessen (es sind mehr, als uns je bekannt werden wird) und die uns auf die Frage, ob sie nie daran dachten,

dass sie selbst sich den Feind dadurch um so gefährlicher machten, antworten: Das ging mich nichts an. Wir sollen vielmehr von Verweichlichung und Trägheit des Gewissens bei denen reden, die dergleichen „nicht begreifen" können . . .

Kurt Hiller: Philosophie des Ziels. Der metaphysisch Gescheiterte rettet sich gern in den Hafen der Kunst . . .

„Alles Leben im Dienst des Geistes!" gilt erst, wenn aller Geist im Dienste des Lebens steht. Verehrung einer „in sich ruhenden" Geistigkeit, die nicht aufs Leben abzielen, nicht Ziel, sondern Spiel sein würde, ist Götzenkult . . . .

Sich verantwortlich fühlen: das Erlebnis seiner Sendung tragen; an der Welt furchtbar leiden; von der Idee, sie zu verbessern, besessen sein, — ohne zu überlegen, ob Befolgung der Idee auch dem Privatdasein Besserung bringe . . .

Die skeptische Prognose ist nichts als der intellektualisierte Mangel an Pflichtbewusstsein und Wagemut . . .

Kurt Hiller ist allem Kunst- und Literatenwesen böse, weil er fühlt, dass man darüber hinaus muss, dass die Schönheit der Form nur Schönheit sei, wenn sie einen Inhalt birgt. Es stellt sich da allerdings die Frage, ob wirklich schöne Form ohne bezwingenden Inhalt jemals entstehen konnte, oder ob nicht l'art pour l'art Formen-Ausdruck herangezüchtet hat, festlich bereitete Schalen für neuen Wein. *F. B-n.*

Alexander von Gleichen-Russwurm: *Kultur-Aberglaube.* Forum-Verlag, Antonienstrasse 3, München.

Wilhelm Herzog, der mutige Vorkämpfer der ideellen Gemeinsamkeit unter den Völkern, hat die neue „Forum-Gesellschaft" gegründet, mit dem Sitz in München und Berlin. Zweck dieser Vereinigung soll es sein „die von der früheren Zeitschrift ‚Das Forum' erarbeiteten kulturellen Werte in Literatur und Kunst zu erhalten und zu vertiefen".

Das erste Heft erfüllt diese Aufgabe in vornehmer Weise. Das vielverhöhnte, zu Tode gerittene Wort „Kultur" wird auf seinen wahren Inhalt und seine missbräuchliche Verwendung hin geprüft.

Echte Kultur soll denken lehren und „das Ideal des Staatsbürgers bestand in letzter Zeit immer mehr darin, dass der Staat für ihn denken solle". Unbedingtes Erfordernis: straffe Selbsterziehung, stetes Lernen; „Nichts verkennen und nichts verschmähen, um Grund und Boden edel zu bebauen und zum Ertrag zu bringen, nichts Heimisches verleugnen und nichts Fremdes von vorneherein ablehnen, alles einbeziehen in unsere Gedankenarbeit und dadurch die reichsten Welten erobern".

Verfasser fordert, dass allen Talenten die Bahn frei gegeben werde, den Fähigen auch unter den Frauen. „Lasst jeden alles werden, was er fähig ist zu sein".

Was Kultur nicht sein soll, ergibt sich von selbst. Der „Gedanke eines durchgreifenden Drills für beide Geschlechter, für alle Lebensalter und Lebenskreise gilt den feindlichen Nachbarn als Deutsches Ideal und flösst ihnen Grauen oder Hass ein. Aber es ist nicht das deutsche Ideal, nicht das Ideal aller Deutschen".

Die kaum mehr als 20 Seiten lange Schrift betritt den Weg, der eingeschlagen werden muss, um den Frieden in den Gemütern vorzubereiten. Nicht die Frage, „was haben die andern verbrochen“, wird uns als Einzelperson oder als Staatsangehörigen fördern, sondern nur ein ehrliches Forschen nach dem eigenen Unrecht. Immer zahlreicher werden überall die Stimmen, welche diesen Weg einschlagen und Baron v. Gleichen-Russwurm, der von dem Hochmut und der Vermessenheit unseres Kulturaberglaubens spricht, gehört gewiss zu ihnen. *F. R.*

Joseph Bertourieux. *La Vérité.* Ferd. Wyss, Bern.

Das Buch ist ein Versuch, die Geschichte dieses Krieges schon jetzt während des Krieges zu schreiben, und die ganze Arbeit erhält durch die übersichtliche Anordnung und eine lobenswerte Enthaltsamkeit von jeglichem Pathos einen wissenschaftlichen Anstrich. Der Verfasser greift weit zurück, wenn er den Anfängen dieses Krieges nachspürt, und er sieht in England die bewusste Triebfeder in einem gewollten Konflikt. Gegen die urteilslose Billigung aller Handlungen der eigenen Regierung und der Bundesgenossen, wie sie unter den Kriegführenden allgemein üblich ist, bedeutet diese Kritik auch schon Fortschritt. König Eduard habe schon vor seiner Thronbesteigung dazu beigetragen, Frankreich zum autokratisch regierten Russland in Bündnisbeziehungen zu bringen. Er hat als König an der Einkreisung des wirtschaftlich unbequem gewordenen Deutschland weiter gearbeitet, und während des Krieges und nach Friedensschluss wird England immer in der Lage sein — ob Sieg, ob Niederlage — seine Ziele zu verfolgen. Der Verfasser wünscht einen baldigen Frieden und eine ehrliche Verständigung mit Deutschland herbei. Er kann in einer Fortführung des opferreichen Ringens keinen Sinn erblicken, und er tadelt seine Landsleute, dass sie durch ihren unheilbaren Ruf nach Revanche bei sich und beim Gegner den militärischen Geist haben überstark werden lassen.

Die Aussagen über Deutschlands Friedensliebe und über die kriegserzeugende Stellungnahme der Entente, werden hauptsächlich aus den Enthüllungen des belgischen Staatsarchivs dokumentiert, welche der Verfasser sehr ausführlich benützt. Gegen England spricht sich viel Erbitterung aus, und die Sorge für das eigene Vaterland steigert sich zu einer Sorge für Europas Zukunft, hinsichtlich der von den mongolischen Massenvölkern drohenden Gefahr. Poincarés weitschweifendem Ehrgeiz werden Absichten auf königliche Macht unterschoben, und die Kurzsichtigkeit der leitenden Staatsmänner, die scharfe Zensur, die Unterdrückung der persönlichen Freiheit unter gleichzeitiger Proklamierung eines Kampfes für die Freiheit erfahren herbe Beurteilung. Der Verfasser will nicht nur den Frieden, er will auch eine wirkliche Annäherung an Deutschland, und er will nicht nur ein Ruhen der Waffen, er will auch eine Vereinigung der Anschauung, ein Loskommen von giftiger Verleumdung und geringschätzigem Urteil des heutigen Gegners und — wie der Verfasser meint — des natürlichen Verbündeten von morgen.

Westschweizerische Blätter bestreiten Herrn Bertourieux sein Franzosentum. Der seit vielen Jahren bestehende Berner Verlag steht dafür ein. Wir könnten es für Frankreich nur bedauern, wenn ein Vorläufer vornehmer Eigenerkenntnis sich als apokryph erweisen sollte. *F. B-n.*

Karl Kumpmann, Dr. *Imperialismus und Pazifismus* in volkswirtschaftlicher Beleuchtung. 72. Heft der Flugschriftenserie „Der Deutsche Krieg", herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt. 47 Seiten. Preis 50 Pfg.

Die vom bekannten imperialistischen Schriftsteller E. Jäckh unter dem allgemeinen Namen „Der Deutsche Krieg" herausgegebene Flugschriftenserie setzte sich zum Zwecke, die Ziele und Wege des deutschen Imperialismus zu verteidigen. Die meisten von diesen Schriften tragen einen ausgesprochenen aggressiven Charakter. Um so erstaunlicher ist es, unter ihnen eine solche zu finden, die eine Versöhnung zwischen Imperialismus und Pazifismus anstrebt, allerdings nur zwischen dem deutschen Imperialismus und Pazifismus, während, nach der Meinung des Autors, der englische Imperialismus aggressiver Natur ist.

Kumpmann sagt: Der Imperialismus der Briten lässt sich auf einen Satz zurückführen: „Einer nur kann der Herr der Welt sein, der bin ich und niemand ausser mir"; der Deutsche stellt dem als Gegenforderung entgegen: „Keiner soll der Herr sein, niemand sei über mir, niemand verlege mir die Welt, frei sein sollen alle Länder zur Durchsetzung auch des deutschen Einflusses, der deutschen Wesensart." Das trifft sicher nicht zu. Es ist gerade England, welches eine Reihe von Bundesgenossen in diesem Kriege hat. England hat sich mit Frankreich und selbst mit Russland verständigt; Kumpmann gibt sogar zu, dass England eine Verständigung auch mit Deutschland ernstlich angestrebt hat.

Das sagen wir nicht etwa, um die englischen Imperialisten als Idealmenschen darzustellen. Nein, die englischen Imperialisten sind es ebensowenig wie die deutschen oder die französischen oder gar die russischen: sie alle betreiben eine aggressive Politik, sie alle tragen in geringerem oder grösserem Masse die Schuld an diesem ungeheuerlichen Kriege und bereiten schon den künftigen Krieg vor. Auch der „imperialistische Pazifist" Kumpmann wünscht Kolonien, die „in Zukunft Vorzugsgebiete unseres wirtschaftlichen Austauschverkehrs sein" sollen, wobei er dies dadurch zu rechtfertigen sucht, dass England angeblich Deutschland diesen Imperialismus aufzwinge. Wieso aber, wenn England in seinen Kolonien, abgesehen von den selbständigen, das Prinzip der offenen Tür bewahrt? Auf jeden Fall entpuppt sich der deutsche Imperialismus als derselbe ausschliessende Imperialismus, den man auch bei den anderen Ländern findet. Der Grund aber, warum sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England so verschärft haben, liegt, nach Kumpmanns eigenem Geständnis, in den Flottenrüstungen Deutschlands. „Der englisch-deutsche Gegensatz wuchs mit der deutschen Flotte" (S. 37). Wenn Kump-

mann eine starke deutsche Flotte zur Sicherung der „Freiheit der Meere“ wünscht, so begreift er immer noch nicht, dass gerade diese Flotte die Ursache des jetzigen Krieges geworden und wohl zu weiteren anderen Kriegen führen muss. Vor dem Kriege hat man uns die Rüstungen als eine Art Versicherung gegen Kriege dargestellt. Nach diesem furchtbaren Krieg kann man auch nicht den Schein der Berechtigung für diese durch und durch falsche Behauptung aufrecht erhalten. Man wird erst jetzt einsehen, dass entweder auch in Zukunft der Rüstungswettbewerb fortgesetzt und neuen Kriegen entgegengetrieben wird, oder aber man schreitet zur Verständigung, Rüstungseinschränkung und zu Schiedsgerichten, sowie zur Verselbständigung der Kolonien fort. Den ersten Schritt in letzter Hinsicht scheinen die Vereinigten Staaten zu machen, indem sie den Philippinen die Unabhängigkeit gewähren. Nur wenn alle Länder denselben Weg beschreiten, werden „Völkerfreiheit und Völkerfriede“ möglich sein. Nicht der Imperialismus, wie Kumpmann denkt, kann dahin bringen, sondern der entschiedenste Kampf gegen den Imperialismus in all seinen Formen und in allen Ländern ist der Weg dazu. *M.N.*

Wolfgang Krauel. *Neutralität, Neutralisation und Befriedung im Völkerrecht.* (Veröffentlichungen des Seminars für internationales Recht an der Universität Kiel, herausgegeben von Theodor Niemeyer, Heft 2.) München 1915, Duncker & Humblot. Mk. 2.80.

Der Verfasser handelt zunächst von dem Gedanken einer Beschränkung des Krieges und dem Neutralitätsgedanken im allgemeinen, indem er auf die geschichtlichen Anfänge derselben zurückgeht und den Begriff der völkerrechtlichen „Befriedung“ von den anderen Begriffen abzuheben sucht. In den folgenden Kapiteln werden dann die im Titel genannten drei Institute im einzelnen einer Betrachtung unterzogen, die sich auf reiches historisches Material stützt. Die Ergebnisse der Untersuchung sind nicht durchwegs befriedigend, die Behandlung erscheint etwas schablonenhaft. Und namentlich ist auch der Ausgangspunkt des Verfassers ein durchaus unklarer. Als die Grundlage des Völkerrechts überhaupt bezeichnet er das „Prinzip des europäischen Gleichgewichts“. Bekanntlich ist dieses aber ein *politisches* Prinzip und nicht einmal als soches unbestritten. Mit dem Völkerrecht hat dasselbe gar nichts zu tun. Das Völkerrecht auf eine solche unsichere Basis stellen, hiesse, die internationale Rechtsordnung den wechselvollen Schicksalen der politischen Maximen preisgeben. Das „Kriegsrecht“ ist nach dem Verfasser nichts anderes als das „Recht des Stärkeren“. Das Recht des Stärkeren ist aber in Wirklichkeit eine Negation des Rechts, was man *vielleicht* vom Kriege, aber doch sicherlich niemals vom Kriegs*recht* behaupten kann. Weiter behauptet der Verfasser dann aber trotzdem, der Krieg sei ein „Rechtsverhältnis“, „während die Vorkämpfer der allgemeinen Friedensidee den Krieg als ‚Unrechtsverhältnis‘ angesehen wissen wollen.“ Es ist zunächst nicht recht einzusehen, was die „Vorkämpfer der allgemeinen Friedensidee“ mit dieser Streitfrage

zu tun haben, die lediglich völkerrechtlicher Natur ist. D Krieg als solcher ist nun aber bekanntlich nur teilweise von ein rechtlichen Regelung erfasst und einer solchen auch nur teilwei zugänglich. Als Ganzes ist der Krieg daher einfach Anwendun von Gewalt, Selbsthilfe, aber niemals ein „Rechtsverhältnis", s wenig wie das Duell ein Rechtsverhältnis ist. An dieser Tatsach wird dadurch nichts geändert, dass für die Kriegführung bestimmt Regeln aufgestellt worden sind, die man als Kriegsrecht zu sammenfasst. Es sind dadurch eben doch nur bestimmte Seite des Krieges der Rechtsordnung unterstellt worden. Selbst wenn man aber den Krieg als solchen nicht als „Rechtsverhältnis" gelten lassen kann, so folgt daraus doch noch lange nicht, dass er ein „Unrechtsverhältnis" sei. Wenn man alles das, was von de Rechtsordnung nicht erfasst wird, als „Unrecht" bezeichne wollte, gäbe es noch reichlich mehr Unrecht auf der Welt, und wir haben davon wahrlich schon mehr als genug. Begnügen wi uns also mit der Tatsache, dass die internationale Rechtsordnung heute noch weit davon entfernt ist, alle Lebensverhältnisse recht lich regeln zu können, und hüten wir uns, irgend ein der rechtliche Ordnung entbehrendes Verhältnis, und sei es auch der Krieg, ohne weiteres als „Unrechtsverhältnis" zu bezeichnen. — Diese Bei spiele dürften genügen, um zu zeigen, an welchen Unklarheite die im übrigen fleissige Arbeit leidet. *O. N.*



Die italienischen Sozialisten.

Diejenigen, welche den Bankerott des Internationalismus aufgeregt proklamieren, vergessen bloss, dass er eben erst geboren wurde.

Was sind dreissig Jahre für einen Organismus, der wachsen muss und sich kräftigen, wenn es gilt die Tradition zu besiegen, sowie atavistische Hassgefühle, und vor allem die übermächtigen Waffen der Aufreizung, der Täuschung, der Verführung in den Händen der führenden Klassen? Ein Augenblick in dem Leben der menschlichen Gesellschaft .....

Von dieser Überzeugung beseelt, schicken wir unsern Brüdern nah und fern unsern Willkommengruss vom 1. Mai! (Avanti)



5. Juni 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Siebentes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 7. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber.
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli.
Zürich

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner,** Zürich; **C. Bergmann,** Russland; **J. Bergman,** Stockholm; **E. Bernstein,** Berlin; **G. Brandes,** Kopenhagen; **F. Brentano,** Zürich; **L. Brentano,** München; **C. Brockhausen,** Wien; **F. H. Broeksmit,** Holland; **G. Cardinali,** Bologna; **E. Clapp,** New York; **A. Daudé-Bancel,** Paris; **E. Dick,** Basel; **Fr. van Eeden,** Holland; **Fr. Foerster,** München; **Fr. Fritschi,** Zürich; **Gemelli,** Turin; **A. Germain,** Arcachon; **H. Gomperz,** Wien; **L. M. Hartmann,** Wien; **R. Hercod,** Lausanne; **P. Hiestand,** Zürich; **L. Hoesch-Ernest,** Amerika; **J. Jastrow,** Berlin; **E. Jones,** London; **Jong van Beek en Donk,** Haag; **Ellen Key,** Schweden; **A. Knapp,** Zürich; **J. R. Kjellén,** Göteborg; **H. Lambert,** Charleroi; **H. Lammasch,** Wien; **O. Lang,** Zürich; **C. Larsen,** Kopenhagen; **V. Lee,** London; **W. Lotz,** München; **E. Mach,** München; **G. Maier,** Zürich; **Rosa Mayreder,** Wien; **E. D. Morel,** London; **C. Oberoutcheff,** Russland; **J. Oehquist,** Helsingfors; **Oda Olberg,** Rom; **Cecil C. Palmer,** Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune,** Vaud; **H. Richardson,** England; **E. Rignano,** Mailand, **Ch. Roper,** London; **B. Russell,** London; **E. G. Smith,** England; **W. Schücking,** Marburg; **F. Tönnies,** Eutin; **E. Wavrinsky,** Stockholm; **E. A. Westermarck,** Helsingfors-London; **F. v. Wrangel,** Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Friedensdiskussionen.

Englisches Unterhaus und Deutscher Reichstag.

Von Jonkheer Dr. B. DE JONG VAN BEEK EN DONK.

Die Debatten über die Kriegszwecke, welche im Englischen Unterhaus am 23. Februar und im Deutschen Reichstag am 5. und 6. April gehalten worden sind, zeigen eine grosse Übereinstimmung.

In beiden Parlamenten waren drei verschiedene Richtungen am Worte: die „Friedens-Aktivisten" — mit Unrecht von ihren Gegnern als Pazifisten um jeden Preis dargestellt, dann die gemässigte Richtung, die man vielleicht „Friedens-Passivisten" nennen könnte, wie empört auch ihre Anhänger über diese Benennung sein würden — man bedenke, dass bei dieser Einteilung sowohl Asquith als von Bethmann-Hollweg zu der Gruppe gehören! — und endlich als dritte Gruppe die Verfechter des Krieges um jeden Preis, die Anhänger des Vernichtungskrieges, the war of attrition.

In beiden Parlamenten bildete die gemässigte Gruppe die Mehrheit, obwohl anerkannt werden muss, dass im deutschen Reichstage jene Parteien, deren Wortführer einen unversöhnlichen Standpunkt einnahmen — Zentrum, Nationalliberale, Konservative — numerisch sehr stark sind.

Doch verdient dieser Standpunkt der äussersten Kriegspartei keine besondere Besprechung. An erster Stelle nicht, da Überzeugen hier doch unmöglich ist. Aber auch deshalb wäre es nutzlos, nähere Betrachtungen des Standpunktes anzustellen, den die Verfechter der Kriegsfortsetzung um jeden Preis vertreten, da sie, wenn nicht alle Zeichen trügen, ohnmächtig sind, ihre Politik durchzuführen.

Die Reden der Friedens-Aktivisten jedoch verdienen ausführlichere Beachtung.

Snowden, Trevelyan, Ponsonby und andere im

Englischen Unterhaus, Lord Courtney of Penwith und Lord Loreburn im Oberhaus, Haase am 6. April im deutschen Reichstag, Scheidemann und Landsberg dort am 9. Dezember des vorigen Jahres, sie alle sind nicht genug zu loben für die Anregung, die Regierungen ihres Landes zum Beginn der Friedensunterhandlungen zu veranlassen. Die Kenntnisnahme ihrer Reden kann sowohl ihren eigenen Landsleuten, als den Bewohnern des feindlichen Landes nicht genug empfohlen werden.

Sie heben alle hervor, dass sie den Frieden wünschen, aber doch nicht den Frieden um jeden Preis. Im Gegenteil, kein Vorwurf kann ungerechter sein als dieser. Was Lord Courtney im Oberhaus in den bestimmtesten Worten erklärt hat, ist die Überzeugung jedes englischen Pazifisten. Und auch diejenigen, welche in Deutschland auf Friedensförderung dringen, haben ebensowenig die Auffassung, dass jeder Friede annehmbar sei.

„Ich glaube nicht, dass es in diesem Lande, auch nur einen Menschen gibt, welcher die Beendigung des Krieges mit einem unschlüssigen Frieden wünschen würde, wenn unter einem solchen Frieden ein Zustand der Dinge verstanden wird, welcher den ganzen Stoff für Entstehung neuer Kriege, neuer Aufregungen, durch neues Unrecht bestehen lassen würde, welcher die nationalen Bestrebungen, auch wo sie vernünftig sind, unerfüllt liesse, den Militarismus unbezwungen, die kleinen Nationen eine Beute der Grossstaaten, kurz einen solchen Zustand der Dinge, der die Aufrechterhaltung der gewaltigen Rüstungen in Europa auch fernerhin notwendig machen würde. Wenn das unter einem unschlüssigen Frieden verstanden wird, so zweifle ich, ob es auch nur e i n e n Mann im Lande gibt, der nicht sagen würde, dass eine Verlängerung des Krieges mit allen ihren Schrecken und Verwüstungen einer solchen Beendigung vorzuziehen ist.“ (*Snowden*, 23. Februar.)

„Ich habe gesagt, dass wir die Wiederherstellung Belgiens verlangen, dass wir die Regelung der Grenzen nach Nationalitäten in ganz Europa viel weiter durchführen wollen, als dies bisher der Fall gewesen ist; dass die Probleme von Serbien, Elsass und Polen nach diesem Grundsatze gelöst werden sollen, und dass wir Garantien für den Frieden und für eine solche internationale Verfassung fordern, wie sie von dem Ministerpräsidenten in seiner Rede in Dublin verlangt worden sind.“ (*Trevelyan*, Nov. 1915.)

„Das eine möchte ich jedenfalls mit Nachdruck sagen und habe das volle Recht zu dieser Behauptung, dass, wann immer es zum Friedensschlusse kommen wird, die Räumung Belgiens und Nord-Frankreichs ein unentbehrlicher Bestandteil der Friedensbedin-

gungen sein wird. Ohne dieses Zugeständnis müssten wir kämpfen und immer weiter kämpfen. Noch eines kann ich unbedenklich hinzufügen. Es herrscht in Deutschland eine weit verbreitete und tiefwurzelnde Vorstellung, als ob die deutschen Kriegskosten durch eine von unserem Lande zu zahlende Kriegsentschädigung gedeckt werden könnten. Es ist gut, dass festgestellt werde, dass es, ich möchte sagen, nicht einen einzigen Engländer gibt, der auch nur im Traume daran denkt, seine Zustimmung zu einer solchen Kriegsentschädigung zu geben. Das sind die beiden Punkte, welche einer Aufklärung bedurften."

(*Lord Courtney of Penwith*, November 1915.)

Ebenso scharf aber weisen wir auch die gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten gerichteten Eroberungsabsichten der feindlichen Mächte zurück." (*Scheidemann*, 9. Dez. 1915.)

„Wer das Messer erhebt, um Stücke vom Körper Deutschlands herauszuschneiden, der wird, mag er ansetzen wo er will, das in der Verteidigung einige Volk treffen, das ihm das Messer aus der Hand schlägt." (*Landsberg*, 9. Dezember 1915.)

Mit der Ablehnung eines Friedens um jeden Preis verbinden alle die Versicherung, dass es nicht ein Gefühl des Besiegtseins ist, welches sie zu Friedensbesprechungen drängt. Sie alle sind davon überzeugt, dass ihre eigene Partei unüberwindlich ist und den Kampf, wenn notwendig, noch auf unbestimmte Zeit fortsetzen kann:

„Man könnte behaupten, dass es als ein Zeichen von Schwäche oder Kriegsmüdigkeit ausgelegt werden könnte, wenn wir eine Neigung zur Erörterung von Friedensbedingungen an den Tag legen sollten. Aber diese Erwägung hat die deutsche Demokratie keineswegs davon abgeschreckt, von ihrer Regierung gerade dies zu verlangen. Keine Nation befindet sich in einer so starken Stellung wie wir, um einen solchen Schritt zu machen. Unser Land ist frei von feindlichen Soldaten und zur See gewährt unsere Flotte der Nation die vollste Sicherheit. Gerade wir können es uns deshalb vergönnen, alle Anwürfe wegen angeblicher Schwäche zu verachten." (*Snowden*, 23. Februar 1916.)

„Täuscht uns diese Hoffnung, weil unsre Gegner den Frieden nicht wollen, so werden sie sich überzeugen müssen, dass unser Ruf nach Frieden nicht hervorgegangen ist aus Sorge vor dem Ausgang des Krieges. Sie werden dann sogar noch eine Steigerung unsrer Kraft merken. Der Mut und die Ausdauer unsrer Krieger wird dann durch das Bewusstsein gestärkt werden, dass ihre Leiden auf das Schuldkonto unsrer Gegner kommen."

(*Landsberg*, 9. Dezember 1915.)

„Ich möchte nur noch für einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, ob man irgendwelche entscheidende Gründe dagegen anführen kann, dass die allgemeinen Grundzüge der Friedensbedingungen, zu denen unser Land geneigt wäre, aus-

gesprochen werden. Ich finde, dass gewöhnlich zwei Gegengründe angeführt werden. Der eine lautet, dass man darin ein Zeichen von Kriegsmüdigkeit, eine Anerkennung unserer Niederlage und eine Ermutigung des Feindes erblicken könnte. Ich wage zu behaupten, dass diese Auffassung nur in wenigen deutschen Zeitungen vertreten würde. Aber wenn selbst die Deutschen es vorziehen sollten, anzunehmen, dass eine klare Äusserung über die von uns geforderten Friedensbedingungen ein Beweis für die Erschöpfung unserer Mittel und für die Erschütterung unseres Kriegswillens sei, so wäre dies dann eben nur eine unglückliche Selbsttäuschung von ihrer Seite. Die entscheidenden Tatsachen der europäischen Situation und die entscheidenden Tatsachen der militärischen Lage würden darum doch genau dieselben bleiben. Was ist z. B. für uns die wichtigste und sicherste Tatsache dieses Krieges? Es ist der überwältigende Sieg der britischen Flotte."

(*Trevelyan*, 23. Februar 1916.)

„Man kann sich die Zukunft auf drei verschiedene Arten vorstellen. Die erste davon ist, dass unsere relative Stärke in der Zukunft nicht so günstig sein könnte, wie jetzt. Diesen Gedanken, das ist wohl allgemein zugegeben, können wir als etwas völlig Unwahrscheinliches ein für allemal beseitigen....."

(*Ponsonby*, 23. Februar 1916.)

„Werden wir also auch fernerhin Zeugen davon sein müssen, wie sich das Panorama dieses Krieges immerfort erweitert? Gibt es keine andere Möglichkeit? Einige Leute behaupten, es gebe keine. Können wir also — wird man sagen — in unserer Anstrengung auch nur im geringsten nachzulassen wagen, solange uns die Gefahr droht, von einer andern Grossmacht gewaltsam bezwungen zu werden? Wäre dies wirklich die einzige Möglichkeit, so würde ich nicht wagen, heute so zu sprechen. Wir müssen frei sein oder sterben. Der blosse Gedanke, dass dieses Land unter der Autorität einer fremden Macht organisiert werden könnte, ist mir unerträglich. Darum, wenn es keine andere Wahl gäbe, würde auch ich sagen: Kämpfen wir weiter."

(*Lord Courtney*, November 1915.)

„Vom Frieden kann und sollte zuerst der reden, dessen militärische Stellung und wirtschaftliche Stärke ihm gestatten, auch jede Missdeutung seiner Bereitschaft als „Zeichen der Schwäche" mit ruhigem Kraftbewusstsein hinzunehmen. Demnach können wir und müssen deshalb von Frieden reden."

(*Scheidemann*, 9. Dezember 1915.)

„Auch die Politiker in den feindlichen Staaten werden immer mehr zu der Einsicht genötigt, dass unseren Heeren eine entscheidende Niederlage nicht bereitet werden kann."

(*Haase*, 24. März 1916.)

Aber neben diesem Vertrauen in ihre eigene Kraft sind alle darin einig, dass andererseits die Gegner nicht so geschwächt sind, oder wahrscheinlich jemals sein werden,

dass die eigene Regierung imstande wäre, dem Feind die Friedensbedingungen einseitig aufzuerlegen:

„Ich bin dessen gewiss, es gibt nur wenige Menschen, welche bei verständnisvoller Betrachtung und leidenschaftslosen Beurteilung der militärischen Lage und der neuen Erfahrungen dieses Krieges die Behauptung wagen, es liege irgendein vernünftiger Grund vor, zu hoffen, dass einer von beiden kriegführenden Parteien ein entscheidender und zermalmender Sieg zufallen werde.

Seit 15 Monaten stehen sich schon diese zwei grossen Armeen auf der entscheidenden Front in denselben Stellungen gegenüber. Hüben und drüben sind ein paar Meter an Terrain gewonnen oder verloren worden um einen Preis an Blut und Geld, der bei weitem alles übertrifft, was in andern Kriegen die entscheidendsten Schlachten gekostet haben. Und noch immer stehen jene beiden grossen Armeen in denselben Stellungen einander gegenüber, so wie Lord Courtney es ausgesprochen hat: Unbesiegt und unbesiegbar.

Wir hören viel von dem künftigen Siege durch ökonomische Erschöpfung der Zentralmächte. Jeder Fetzen von einer mehr oder weniger verlässlichen Zeitung wird aufgegriffen, um uns die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Krieges infolge wirtschaftlichen Zusammenbruches der Gegner aufzuschwätzen. Natürlich ist jeder andere kriegführende Teil praktisch genau in derselben Lage.“ (*Snowden,* 23. Februar 1916.)

„Es ist möglich gewesen und vielleicht auch noch möglich, dass in einem Kriege der eine Teil auf die Knie gezwungen werden kann, nämlich dann, wenn kleinere oder mittlere Staaten gegen einander kämpfen — bei einem ganz Europa aufwühlenden Koalitionskriege ist das ausgeschlossen.“

(*Scheidemann,* 9. Dezember 1915.)

„Aber alles spricht dafür, dass unser Heer durch seine Erfolge die Gegner nicht auf die Knie zwingen wird. Zwei mächtige Koalitionen stehen sich gegenüber und am Schluss dieses fürchterlichen Ringens wird es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte geben.“ (*Haase,* 24. März 1916.)

In England wie in Deutschland bezeugen sie dann weiter, dass ein solches Vorschreiben der Friedensbedingungen eben **nicht** die beste Garantie für einen künftigen Dauerfrieden sein würde, welchen doch alle Regierungen als höchsten Zweck des Krieges angeben. Solche Garantie kann man dagegen nach ihrer Meinung nur erhalten durch internationale Reformen, aufgebaut auf dem festen Friedenswillen der Bevölkerung, ein Friedenswille, dessen unumgängliche Vorbedingung es ist, dass beim Friedensschluss kein Volk vergewaltigt oder gedemütigt werde:

„Keine siegreiche Feldschlacht kann die Bedingungen für einen dauernden Frieden schaffen, wenn nicht Neigung und ernster Wille vorhanden sind, sich jenem höheren Recht zu unterwerfen, welches anerkennt, dass das wirkliche Interesse einer Nation darin liegt, die Interessen aller anderen zu respektieren und zu beschützen. Die ruchlose Zertrümmerung Deutschlands würde wahrlich die schlimmste Vorbereitung für einen gerechten und dauernden Frieden sein .... Die weithin sichtbare Lehre dieses Krieges ist, dass der Militarismns widerlegt ist. Der Beweis ist erbracht worden, dass der Militarismus eine unwirksame Methode ist, Angriffspläne auszuführen. Eine grosse moderne Nation kann weder erobern noch erobert werden. Und diese Tatsache hat eine entscheidende Beziehung zu dem künftigen Friedenszustande. Sollte es nun der Fall sein, dass die militärische Macht keinen andern Zweck hat, als Angriff und Eroberung, dann müssen die Friedensbedingungen und die künftigen Beziehungen der europäischen Staaten von dieser Tatsache beherrscht werden. Ein unschlüssiges Ende dieses Krie, ges, welches bedeutet, dass alle kriegführenden Staaten die Nutzlosigkeit ihrer militärischen Anstrengungen zu fühlen bekommen- würde die sicherste Garantie sein gegen irgendeine Wiederholung des Krieges." (*Snowden*, 23. Februar 1916.)

„In ihrer Begeisterung über einen glorreichen Sieg ist eine Nation sozusagen gezwungen, die Grenzen der Gerechtigkeit zu überschreiten. Ich glaube, dikierte Friedensschlüsse haben nie etwas anderes bedeutet, als die Aussaat von Keimen für einen frischen Krieg. Es ist sicher, dass irgendwelche derartige erzwungene Friedensbedingungen Deutschland gedemütigt, verwundet zurücklassen würden und fest entschlossen, eine Rache anzustreben, wann immer der Augenblick dafür gekommen wäre. Das ist nicht der Weg, um jene bewunderungswürdigen Grundsätze und Ziele zu verwirklichen, welche der Premierminister in seiner Dubliner Rede ausgesprochen hat. Nach seinen damaligen Ausführungen bedeutet der Begriff des öffentlichen Rechtes — oder sollte es wenigstens bedeuten und wäre es auch nur durch eine langsame und allmähliche Entwicklung — den Ersatz der Gewalt und des Zusammenstosses von ehrgeizigen Kriegsheeren durch die Organisation einer friedlichen europäischen Völkergesellschaft, gegründet auf die Anerkennung gleicher Rechte und festgesetzt und durchgeführt durch gemeinsame Willenshandlungen. Noch vor einem Jahre würde dies wie eine Utopie geklungen haben; es sei auch wahrscheinlich eine Idee, welche weder heute noch morgen voll verwirklicht werden kann. Aber wenn und wann immer dieser Krieg zugunsten der Alliierten entschieden werden wird, dann wird diese Idee sofort wenigstens innerhalb des Gedankenkreises und binnem kurzen auch innerhalb der Machtsphäre der europäischen Staatsmänner auftauchen. Diese Worte des Ministerpräsidenten sind ein Zeugnis weiser Staatskunst, welche von einer hohen Warte weit über das Getümmel der Schlacht hinausblickt und für Europa einige reale Garantien der Sicherheit für alle Zukunft gewinnen möchte. Es ist die Pflicht jeder Nation, die Gemeinschaft der

Nationen zu berücksichtigen und nicht bloss für sich selbst und ihre Freunde materielle Vorteile durchzusetzen."

(*Ponsonby*, 23. Februar 1916.)

„Wenn Sie nicht aus diesem Kriege etwas hervorgehen sehen, was zu internationaler Freundschaft auf Grund nationaler Unabhängigkeit führen kann, so haben Sie nichts vor sich als eine ununterbrochene Reihe von Kriegen, Hass auf Hass, Ausrottung auf Ausrottung; eine Perspektive, vor der Sie mit Recht zurückschrecken mögen." (*Lord Courtney*, November 1915.)

„Annexionen volksfremder Gebiete verstossen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Solche Annexionen könnten die innere Einheit und Kraft des deutschen Nationalstaates nur schwächen und müssten unsre politischen Beziehungen nach aussen dauernd schwer schädigen. Eine immerwährende Kriegsgefahr mit stets steigenden drückenden Rüstungslasten wäre die sichere Folge. Wir stehen noch heute zu unsrer Erklärung vom 4. August 1914, dass wir in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich lassen, dass wir aber fordern, dass dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

(*Scheidemann*, 9. Dezember 1915.)

Dass schon jetzt die streitenden Völker einen Frieden herbeisehnen, der ein wahrhaft neues und glücklicheres Europa schaffen würde, glauben die Friedens-Aktivisten, glauben es von ihrem eigenen Volke und von der Gegnerpartei:

„Ich behaupte auf Grund der von mir angeführten Tatsachen, dass die Gegenwart eine günstige Gelegenheit bietet, die Hand zum Frieden zu reichen. Ich zweifle nicht daran, dass ein solches Bemühen, von dieser Regierung kommend mit all der Autorität, mit welcher sie sprechen könnte, aufs Herzlichste begrüsst würde. Es würde bei den schwer getroffenen Völkern anderer Länder die freudigste Aufnahme finden. Die deutschen Sozialisten aber würden darin eine Ermutigung erblicken, ihre Anstrengungen zugunsten eines solchen Friedens zu verdoppeln, der zweifellos von allen Parteien als ein ehrenvolles und befriedigendes Ergebnis dieses Krieges betrachtet werden könnte."

(*Snowden*, 23. Februar 1916.)

„Es ist meine Überzeugung, dass nach diesem Kriege überall harte Zeiten für den Militarismus kommen werden. Und könnte der Krieg morgen zum Stillstand gebracht werden, so würde es auf dem ganzen Kontinent nur selten eine Familie geben, welche keinen Todesfall zu betrauern hätte, selten ein Dorf, in welchem nicht ganze Banden von Krüppeln zu finden wären und in all den weiten Flächen von Europa kaum einen Ort, an welchem nicht zum mindesten der Druck der Not, vielleicht aber selbst der völlige Ruin zu fühlen wäre." (*Trevelyan*, 23. Februar 1916.)

„Ich spreche es nach reiflicher Überlegung aus: Alle Völker wären froh, wenn dem Kriege schleunigst ein Ende gemacht werden könnte. Man müsste an der Menschheit verzweifeln, wenn es anders wäre .... Mein Freund Ramsay Macdonald wirkt in England für den Frieden, im Oberhause wurden die bekannten Reden der Lords Ribblesdale, Loreburn und Courtney gehalten, in der italienischen Kammer verlangte der Sozialist Treves einen Frieden ohne Annexionen, Graf Andrassy rief im ungarischen Parlament aus: „Welch ein Glück würde es sein, wenn es gelänge, Frieden zu schliessen!" Die „Kölnische Volkszeitung" berichtet von riesiger Zunahme der Friedensstimmung in Frankreich, der italienische Abgeordnete Lucci rief nach dem Frieden, und Romain Rolland hat einen französischen Feldpostbrief veröffentlicht, worin es heisst: „Der lebhafteste Wunsch des Poilu ist der, nach Hause zurückzukehren und niemals wieder anzufangen." Wie bei uns, so ersehnen die Mütter, Frauen und Kinder der feindlichen Soldaten ebenso heiss das Ende dieses Wütens. Könnte die Presse in den kriegführenden Staaten frei über die Kriegsziele und den Willen zum Frieden schreiben, mit elementarer Gewalt würde in allen Ländern der Friedenswille zum Durchbruch kommen."

(*Scheidemann*, 9. Dezember 1915.)

Überzeugt, dass ihre Sache stark genug ist, um der eigenen Regierung zu erlauben, die erste Annäherung zum Frieden zu machen, ohne sich dadurch schwach zu zeigen; dass eine vollständige Unterwerfung einer der Parteien weder wahrscheinlich noch wünschenswert ist; dass nicht militärische Gewalt, sondern der aufrichtige Friedenswunsch in jedem Volke die beste Garantie für einen dauernden Frieden sei, und dass dieser Friedenswille schon im eigenen Volk wie bei der Gegnerpartei anwesend ist, — geben die Aktivisten ihrem Wunsch Ausdruck, dass ihre Regierung den ersten Schritt unternehmen möge, indem sie in deutlichen, unzweideutigen Worten erklärt, unter welchen Bedingungen sie zum Frieden bereit wäre.

Sie äussern dieses Verlangen nicht nur im Namen der Menschheit, sondern auch für die Ehre ihres eigenen Landes:

„Der Ministerpräsident kann Friedensanerbietungen ermutigen, indem er seine Guildhallrede in eine festere und bestimmtere Ausdrucksweise übersetzt. Der Regierung stehen zahlreiche Kanäle offen, durch welche sie Verhandlungen eröffnen kann. Und wir haben ein gutes Recht darauf, dass die Regierung die Bedingungen, unter welchen sie geneigt wäre, den Frieden in Erwägung zu ziehen, genauer und präziser bekannt gebe. Wenn es sich um eine Sache handeln würde, in welcher bloss das persönliche Prestige unserer Staatsmänner auf dem Spiele stünde,

so würde daran nicht gar so viel gelegen sein; aber wir müssen bedenken, dass jeden Tag Tausende von Menschenleben verloren gehen, tausendfaches Familienglück zerstört wird und Millionen vergeudet werden. ...... Scheidemann hat den Wunsch ausgesprochen, dass der unsterbliche Ruhm, diesem schrecklichen Kriege ein Ende gesetzt zu haben, Deutschland zufallen möge. Ich möchte diesen unsterblichen Ruhm unserer Nation zuwenden."
(*Snowden*, 23. Februar 1916.)

„Von Ihnen, Herr Reichskanzler, hängt in dieser Stunde unendlich viel ab. Alle Welt wird sich auf die Seite dessen stellen, der die Hand zum Frieden bietet. Wehe denen, die sie abweisen! Ihre eigenen Völker werden sie zur Rechenschaft ziehen. Fluchbeladen werden die in der Geschichte fortleben, die die Friedenshand zurückweisen, um den furchtbaren Krieg bis zur vollkommenen Verblutung Europas fortzusetzen. Ich schliesse mit dem Wunsche, dass der unendliche Ruhm, den ersten Schritt zu Beendigung des furchtbaren Krieges getan zu haben, unserem Lande gesichert wird." (*Scheidemann*, 9. Dezember 1915.)

„Einzelne Friedensbedingungen hat der Reichskanzler nicht genannt. Er glaubte das nicht zu können. Wir meinen, der Stellung an der Spitze eines Staates, dessen Heere den Krieg überall in die feindlichen Länder tragen konnten, hätte es wohl angestanden, Friedensbedingungen zu nennen, zumal seine Worte erkennen lassen, dass seine Bedingungen sich wohl hören lassen können."
(*Landsberg*, 9. Dezember 1915.)

Das Obenerwähnte gibt im kurzen das Streben derer wieder, die man Friedens-Aktivisten nennen könnte, weil sie, ihrem Pflichtgefühl gehorchend, sich bemühen, das Zustandekommen eines dauerhaften und gerechten Friedens auf diplomatischem Wege zu beschleunigen.

Wenn wir überlegen wollen, ob schon jetzt eine Friedensmöglichkeit bestünde, wenn anders die verschiedenen Regierungen vorläufig darüber beraten wollten, dann müssen wir auf die Äusserungen jener achten, welche zur Regierung gehören, oder zu einer Partei, welche die Regierung vollkommen unterstützt.

Beim Lesen der Antworten dieser Staatsmänner auf die von den Friedens-Aktivisten gestellten Fragen überrascht uns an erster Stelle das ausserordentliche Misstrauen in die Gesinnung der feindlichen Regierung. Die gemässigte Partei jedes Landes — und dazu gehört zweifellos die jetzige Regierung selbst — will es nicht glauben, dass die Regierung des feindlichen Landes auch zur gemässigten

Partei gehöre; sie glaubt vielmehr, dass die feindliche Regierung den Standpunkt derer einnimmt, die den Vernichtungskrieg predigen, den Standpunkt der äussersten Kriegspartei. Später wird es sich wahrscheinlich zeigen, dass in diesem Missverständnis die grosse Tragödie des Augenblickes wurzelt. Während Misstrauen die Ursache war, dass ein Krieg in diesem Jahrhundert noch möglich geworden ist, so ist vermutlich gegenseitiges Misstrauen auch der Antrieb zur Fortsetzung des Krieges. Monatelang, als mancher schon glaubte, dass eine Verständigung nicht unmöglich wäre, hat die gemässigte Partei in beiden Ländern es einfach zugelassen, dass dieses Misstrauen ungeschwächt fortdauerte. Erst in den letzten Wochen haben sowohl Asquith wie von Bethmann-Hollweg es der Mühe wert erachtet, zu erklären, dass ihr Kriegsziel für die Gegenpartei nicht so unannehmbar ist, wie der Gegner selbst es meint.

Was betrachtet doch die gemässigte Partei in Deutschland als das englische, und die gemässigte Partei in England als das deutsche Kriegsziel? Die Friedensdebatten im Unterhaus und im Reichstag schliessen jeden Zweifel aus: vollständige Vernichtung des Feindeslandes, Weltherrschaft für das eigene Land, dieses scheint das Kriegsziel des Gegners. Wäre dies in der Tat der Fall, so würde hierauf, nach dem stolzen Wort des Lord Courtney, nur eine Antwort passen: „We must be free or die.“ Einige Beispiele mögen auch hier zur Bekräftigung dienen:

„Es kann nicht der geringste Zweifel zugelassen werden an der Absicht der deutschen Nation, als Nation, ihre Bestes daranzusetzen, um sich über alle andern in der Gemeinschaft der Nationen emporzuschwingen. Solange die Deutschen an dieser Idee kranken, wie kann es für uns überhaupt möglich sein, Eröffnungen bezüglich des Friedens einzuleiten?“

(*Walch*, 23. Februar 1916.)

„Es kann keinen Frieden geben, solange es irgendwo eine Macht gibt, welche den Wunsch hat, die Rechte der andern Völker zu vergewaltigen. Da dies nun in Wirklichkeit der Fall ist, so scheint es mir völlig nutzlos, wenn über die Anbietung von Friedensbedingungen so viel geredet wird. Deutschland hat in diesem Kriege bewiesen, dass es den Grundsatz einer wahren Grossmacht vergessen hat, welcher darin besteht, die schwachen und hilflosen

Staaten gegen ihre Angreifer und Unterdrücker in Schutz zu nehmen und dass es jederzeit bereit ist, die Schwachen zu vergewaltigen. Solange derartiges vorfällt, scheint es mir, dass wir nichts anderes tun können, als unsere ganze Kraft anstrengen, um den Angreifer zurückzutreiben und jenes Land für das Volk zurückzugewinnen, dem es gehört.“ (*Finney*, 23. Februar 1916.)

„Es würde für die Regierung unseres Landes und die Regierungen der Verbündeten eine Absurdität sein, mit den herrschenden Klassen Deutschlands, wie sie nun einmal sind, schon jetzt in Verhandlung zu treten. Sie haben doch auch nicht einem der Pläne entsagt, mit denen sie in diesen Krieg gezogen sind. Worin bestehen diese Pläne? Sie wollten in erster Linie Europa und den näheren Orient unter ihre Herrschaft bringen, überdies aber Grossbritannien seine Seeherrschaft entwinden. Wollen die ehrenwerten Gentlemen, welche heute abend gesprochen haben, uns sagen, dass die deutsche Regierung darauf verzichtet hat irgendeine von diesen Absichten zu verwirklichen, wenn es sein kann? Wenn aber Deutschland auf alles das nicht verzichtet, was für Zweck könnte es haben, dass unsere Regierung oder unsere Verbündeten zur deutschen Regierung hingehen und ihr Friedensbedingungen anbieten! (Major *Murray*, 23. Februar 1916.)

„Wenn ich über Friedensbedingungen spreche, muss ich mir zuerst die Friedensbedingungen der Feinde ansehen. Unsere Feinde haben im ersten Rausche der Hoffnung, die sie zu Beginn auf einen leichten Sieg setzen zu müssen meinten, ausschweifende Kriegsziele aufgestellt. Sie haben die Zertrümmerung Deutschlands proklamiert. In England wollte man, wenn nötig, für diesen Zweck zwanzig Jahre aufwenden; inzwischen ist man über eine solche Dauer des Krieges besorgt geworden, aber das Endziel ist trotz aller Ereignisse der Zwischenzeit dasselbe geblieben. Ich verweise auf die von der vielgelesenen „National Review“ aufgestellten Kriegsziele, die mit wenigen Ausnahmen fast von der ganzen englischen Presse übernommen wurden. Sogar ein sehr gemässigtes englisches Blatt hat ausser der Zurückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich als Friedensbedingung aufgestellt die Vernichtung des sogenannten preussischen Militarismus, die Vertreibung der Türken aus Europa und die Herstellung eines Gross-Serbien im Osten. Von anderer Seite ist die Abtretung der ganzen linken Rheinseite und des ganzen deutschen Kolonialbesitzes gefordert worden. Und der „Labour Leader“ meint, mit dieser Forderung habe die Regierung Fühler ausstrecken wollen. Also ist alles beim alten geblieben. Deutschland muss vernichtet werden. So klingt es auch in der französischen Presse .... Es mag sein, dass bei den Feinden einzelne, nachdenkliche Männer, die sich von der militärischen Lage Rechenschaft ablegen, im Grunde ihres Herzens wünschen, dass dem entsetzlichen Blutvergiessen bald ein Ende gemacht werden möchte. Aber ich sehe nicht, dass diese Männer auch durchdringen. Vielleicht gehört ihnen einmal die Zukunft, die Gegenwart gehört ihnen noch nicht. Die Ober-

hausreden haben in der englischen Presse, mit sehr wenig Ausnahmen, keinen Widerhall gefunden."

(*Reichskanzler von Bethmann-Hollweg*, 9. Dezember 1915.)

„Solange aber die feindlichen Mächte bei ihren Zertrümmerungsplänen beharren, solange die feindlichen Mächte keinerlei Friedensneigungen zeigen, solange werden wir mit unserem Volke zur Verteidigung unseres Landes stehen." (*Ebert*, 5. April 1916.)

Man sieht, wie sich die gemässigte Partei in England die Wünsche der deutschen Machthaber, die gemässigte Partei in Deutschland die englischen Wünsche vorstellt. Ein Friede im Augenblicke ist nach ihrer Meinung unmöglich; der gute Wille prallt an den unannehmbaren Forderungen der Gegenpartei ab, die nichts weniger verlangt, als die Weltherrschaft und völlige Vernichtung der Gegenpartei.

Diese Auffassung scheint glücklicherweise einer objektiven Untersuchung nicht standzuhalten.

Zuerst: Was soll man sich darunter vorstellen, wenn behauptet wird, dass Deutschland nach der „Vorherrschaft" über die andern Staaten strebt, nach der Vergewaltigung (violating) der Rechte anderer, wobei dann an erster Stelle an Belgien gedacht wird?

Aus den Debatten des englischen Unterhauses geht hervor, dass die englische Kriegspartei in der Überzeugung lebt, dass in Deutschland nur die Minderheit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu einem Frieden geneigt ist, der Belgien selbständig lassen würde. Gegenüber dieser falschen Auffassung möge auf folgendes hingewiesen werden.

Die ganze sozialdemokratische Partei hat sich von Anbeginn des Krieges bis heute stets ohne Vorbehalt gegen jeden Annexionsversuch ausgesprochen, wer auch immer ihr Wortführer war, ob Haase oder Scheidemann, Landsberg oder Ebert. Sie alle sagten: Wir wollen keine Annexion.

„Wir fordern, dass dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht." (*Haase*, 4. August 1914.)

„Meine Partei hat bei den verantwortlichen Stellen gegen die Eroberungspläne sofort entschiedene Verwahrung eingelegt. Annexionen volksfremder Gebiete verstossen gegen das von uns vertretene Selbstbestimmungsrecht der Völker.“
(*Scheidemann*, 9. Dezember 1915.)

„Eine Sicherung gegen frivole Angriffe in der Zukunft würde nicht bedeuten die Unterjochung eines Volkes, die Vergewaltigung eines Volkes mit eigenem geistigen Leben. Ich entnahm den Worten des Reichskanzlers, dass eine solche Absicht der Unterjochung bei ihm nicht bestehe.“ (*Landsberg*, 9. Dezember 1915.)

„So sehr wir aber unsere Kraft für die Verteidigung der Unabhängigkeit unseres Landes, für die Sicherung unserer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit einsetzen, so entschieden wenden wir uns gegen alle Bestrebungen, die auf die Vergewaltigung fremder Völker hinzielen. Wiederholt haben wir hier gegen jene Eroberungspläne, die von politisch Unverantwortlichen ausgeheckt und propagiert sind, entschieden Verwahrung eingelegt. An diesem Zustand halten wir unter allen Umständen entschieden fest. Wir wenden uns nach wie vor auf das entschiedenste gegen alle Eroberungsabsichten. In diesem Zusammenhang muss ich deshalb auch auf das entschiedenste Verwahrung einlegen gegen die Ausführungen, die der Abgeordnete Spahn über Belgien gemacht hat. Was der Reichskanzler über Belgien gesagt hat, hat er gesagt, wenn ich ihn recht verstanden habe, selbstverständlich unter Bezugnahme auf seine vorangegangene Erklärung, dass wir nicht daran denken, andere Völker vergewaltigen zu wollen. An dieser Auffassung müssen wir Sozialdemokraten auf das allerentschiedenste festhalten und allen Vergewaltigungsbestrebungen aufs schärfste entgegentreten. (*Ebert*, 5. April 1916.)

Es sind also nicht zwanzig unter 110 Sozialdemokraten, nein, es ist diese so zahlreiche und einflussreiche Partei, die in diesem Sinne einen Frieden wünscht, in Übereinstimmung mit Englands Forderungen.

Aber auch ausser den sozialdemokratischen Parteien haben sich solche Stimmen hören lassen.

Die „Deutsche Friedensgesellschaft“, deren Vorsitzender der freisinnige Abgeordnete des bayerischen Landtages, Professor Quidde, ist, hat anfangs Dezember eine Eingabe an den Reichstag erlassen, um zu fordern, dass der Reichskanzler öffentlich seine Bereitwilligkeit zum Frieden aussprechen solle, unter Darlegung der vornehmsten Punkte des Friedensvertrags.

Bedeutender noch als die Eingabe der deutschen Friedensgesellschaft ist gewiss das sogenannte Manifest

Delbrück, von ungefähr hundert deutschen Gelehrten und Staatsleuten unterzeichnet, die sich ebenfalls gegenüber dem Reichskanzler als Gegner der Annexion ausgesprochen haben:

„Deutschland ist in den Krieg nicht mit der Absicht auf Eroberung gegangen, sondern zur Erhaltung seines von der feindlichen Koalition bedrohten Daseins, seiner nationalen Einheit und seiner fortschreitenden Entwicklung. Nur was diesen Zielen dient, darf Deutschland auch bei einem Friedensschluss verfolgen. Eingaben, welche Eurer Exzellenz zugegangen sind, verstossen gegen diese Ziele. Wir halten es daher für unsere Pflicht, diesen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und offen auszusprechen, dass wir in ihrer Verwirklichung einen folgenschweren politischen Fehler und nicht eine Stärkung, sondern eine verhängnisvolle Schwächung des Deutschen Reiches sehen würden.

In rein sachlicher Erwägung bekennen wir uns zu dem Grundsatz, dass die Einverleibung oder Angliederung selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker zu verwerfen ist."

War dies alles den englischen Parlamentsmitgliedern unbekannt? Es scheint so, denn selbst Asquith sagte, dass ihm die Mitteilungen Snowdens unbekannt waren! Eine traurige, aber gleichfalls hoffnungsvolle Äusserung! Betrübend als Beweis, wie wenig die verantwortlichen Staatsleute in den kriegführenden Ländern wissen, was in den feindlichen Ländern geschieht und zur Annäherung führen könnte; hoffnungsvoll, weil vielleicht eine bessere Stimmung folgen kann, wenn diese Unwissenheit einmal beseitigt ist.

Und was hat der Reichskanzler selbst erklärt? Ist es zu optimistisch, wenn man, wie Scheidemann es tat, diesen Satz hervorhebt: Für Deutschland, nicht für ein fremdes Stück Land bluten und sterben Deutschlands Söhne."

Diese Äusserung, welche ein „Leitmotiv" der viel längeren Rede ist, fand ihren Widerhall in der Versicherung, dass Deutschland in Zukunft mit Belgien als gute Nachbarn leben wollte. Ist hierdurch nicht schon auf jede Annexion verzichtet?

Gewiss, der Reichskanzler hat diese hoffnungsvolle Äusserung teilweise wieder verdorben, indem er von notwendigen realen Garantien sprach, damit Belgien nicht ein

französisch-englischer Vasallenstaat werde. Dieser Wunsch nach Garantien erregt die Furcht, dass Deutschland in dieser Form eine Oberherrschaft anstrebe, welche sowohl für England als für Belgien selbst unannehmbar wäre. Ist es nun aber notwendig, aus dieser Behauptung den Schluss zu ziehen, dass der Reichskanzler Belgien zu einem Vasallenstaat Deutschlands machen wolle? Wäre es nicht jedenfalls der Mühe wert, dass von befugter Seite eine nähere Prüfung der verlangten Garantien eingeleitet würde?

(Fortsetzung folgt.)



Die Grenze.

Schon auf der Herfahrt hält der Zug in zwei deutschen Ortschaften. Am Bahnhof, diskret im Hintergrund, eine deutsche Wache und der Kirchturm zeigt die deutsche Sommerzeit. Hier das wohlbekannte Seeufer und dort drüben liegt die Insel Reichenau, Deutschland. Vor drei Jahren fuhr man paßlos und unbehelligt hinüber und herüber. Auch heute zeigt das Schweizer Ufer sein friedliches Bild, drüben aber schiebt sich ein Wachtschiff den Weiden entlang und bedeutet die Grenze und den Krieg. Der unsichtbare Strich der Seemitte trotzt dem Ungeheuer und käfigt es ein. Und hat man dem Schlagbaum geflucht, der das Volk der Menschen immer noch in Völker trennt, so segnet man hier den Hutgruß, der Bestehendes achtet, solange sein Bestand noch not tut. Segnet die Grenze, diese Grenze, die den Krieg nicht geboren und vor seiner rauhen Allgewalt nicht fiel. Und zwischen ihren starren Gittern streckt sich herüber hinüber so manche Hand.

* * *

La Suisse, La Suisse. Nie ist ein geliebter Name zärtlicher, andächtiger von menschlichen Lippen gekommen. Kopf für Kopf, Fenster für Fenster, Wagen für Wagen der gleiche Ruf. In der Wiederholung steigend im Ton, kosender und inniger noch. La Suisse, La Suisse, La

Suisse. Sie wissen ſich eben erſt jenſeits der deutſchen Grenze und frei. Ihr Blick iſt zugewandt den grünenden maiumblühten Ufern des Bodenſees. Da grüßt Freude auf in den zertrümmerten Menſchen. Kriegsopfer, ausgewählte, zu den bedauernswerteſten der Bedauernswerten ernannte. Unglückliche mit der ärztlichen Note des Höchſtmaßes. Dicht gedrängt quellen ſie, Geſichter und Arme, aus den offenen Fenſtern, da in wenig verlangſamter Fahrt der Zug die Kurve nimmt, wo ich ſtehe und winke. Der ganze Zug ein in Wunden ſich windendes Rieſenweſen, wund jedes Glied und jeder Nerv, ein ſchreckendes Symbol der krankenden Menſchheit von heute und der Menſchheit gleich dieſe Menſchen, immer noch hoffend und immer noch irgendwie der Freude teilhaftig. Ich wußte nicht, daß ſie kamen. Ich konnte nicht mit ihnen ſprechen, die vorüberfuhren. Ich hatte für ſie keinen blühenden Willkomm und keine Gabe. Ich konnte nur ihnen winken, Wagen für Wagen. Aber mein volles Empfinden ſtrömte ihnen zu und das Aufleuchten ihrer ſchmerzdurchlebten Augen hat die meinen mit Tränen gefüllt.

* * *

Der See verglimmt in ſeiner abendlichen Spiegelung. Die letzten Sonnenſtrahlen – weit über deutſchen Landen – haben in ſeinen Wellen Feuerfanfaren erweckt. Das Bild iſt unendlich friedlich, unendlich groß und einfach und weit ohne jede Grenze dehnt ſich zum Schlummer die Welt.

Mannenbach, im Mai 1916. Felix Beran.

□□□

Es ist wichtiger, dass wir uns der eigenen Fehler bewusst werden, als jener des Feindes ... Abgesehen von dem Vergnügen, welches uns das Gefühl unserer Überlegenheit gewährt, wird durch das Verweilen auf den Sünden unserer Feinde nichts Gutes erreicht. Denn sie kümmern sich nicht um unsere Meinung, während wir von Selbstgerechtigkeit aufgeblasen sind.....

Die Gerechtigkeit kann erst geboren werden, wenn die Selbstgerechtigkeit gestorben ist.

(Labour Leader, 17. II. 1916.)

□□□

Die Einheit der Kultur.

Von E. TSCHARSKY (Russland).
Deutsch von Clara Sokolowsky.

Zu den beliebten Thesen der Gegenwart gehört die Lehre von dem gründlichen Gegensatz der beiden europäischen Kulturen.

Die eine bestände nur aus Recht, Gerechtigkeit, Freiheit, Duldsamkeit; die andere wäre die Verkörperung des Vandalismus, der brutalen Macht, der Missachtung jedweden Völkerrechtes, aller mörderischen Instinkte. Bei solcher Gegenüberstellung gibt es natürlich keine Möglichkeit, die beiden Kulturen miteinander zu versöhnen. Dem zwischen ihnen entbrannten Kampfe kann nur durch die endgültige Niederlage einer von beiden ein Ende bereitet werden. Entweder es erwartet uns das lichtvolle Reich des lateinischen Ormuzd, oder wir zerschellen im dunklen Abgrunde, über dem der germanische Ahriman herrscht! — Und nur in den Einzelheiten variiert dieser Lehrsatz; in seinem Kern bleibt er stets derselbe. — Meine Beispiele für diese geheiligte Formel muss ich bei der intellektuellen Elite der lateinischen Länder schöpfen. Durch Umkehrung der Ausdrücke werden wir den Lehrsatz jener erhalten, welche in Deutschland die öffentliche Meinung beherrschen; so z. B. den wissenschaftlichen Dünkel eines Ostwald, der im gegenwärtigen Konflikt den Kampf zweier Prinzipien sieht, des Prinzips der Individualität (lateinische Länder) und desjenigen der Organisation, das, als fortgeschrittener und der Komplexität des modernen Lebens angepasster, zu siegen berufen ist. Wäre da logischerweise nicht die Niederlage dieses überlegenen Prinzips ein grosses Unglück für die ganze Menschheit, ja sogar für die Sieger?

Die Vernichtung der Kultur unseres Feindes — dieser Gedanke ersteht in jenen, die den gegenwärtigen Kampf nur als einen gewissermassen vergänglichen

Ausdruck des ewigen Konflikts zwischen den beiden Rassen, den beiden Geistesrichtungen, den beiden Traditionen betrachten, — mit einem Wort, als Ausdruck des inneren Gegensatzes. Allerdings spricht man weniger von Rassen als von so manchem anderen. Es wäre zu unklug, die veralteten Formeln aufs Tapet zu bringen, die von der unparteiischen Wissenschaft, den besten Köpfen verurteilt worden sind. Wer würde von der „lateinischen Rasse" zu sprechen wagen angesichts der beissenden Ironie Renans, der den kurzsichtigen Anthropologen zuruft: „Die Rasse ist dabei nicht alles, wie bei den Nagetieren oder dem Katzengeschlecht, und man ist nicht berechtigt, überall herumzugehen, den Leuten den Schädel abzutasten, und sie dann an der Gurgel zu packen, um ihnen zu sagen: „Du bist von unserem Blute, du gehörst zu uns!*)

Nur journalistische Demagogen, die ihre Leser gut kennen und besonders auf ihr — — — wunderbares Gedächtnis rechnen, können vom Rassenkampf sprechen. Nur die schwerfällige deutsche Phantasie eines L. Woltmann**) kann Gefallen daran finden, in den theoretischen Sümpfen von Phrenologie und Physiognomik umherzuwaten, oder die Phantasie irgend eines anderen sogenannten Gelehrten, der im gegebenen Moment eine These über den „Germanismus" eines Dante oder Michelangelo vorzubringen weiss. — Es ist einfach lächerlich, von der „lateinischen Rasse" der Franzosen zu sprechen, die noch in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung durch und durch gallisch waren und so gut Latein verstanden, dass der heil. Irenäus, der Bischof von Lyon, ihnen das Wort Gottes in keltischer Sprache predigen musste (177 nach Chr. Geb.). Und sollten die Franken, diese wilden Eroberer, die so häufig Ehen mit den germanischen Frauen schlossen, in die Adern der guten Bewohner des schönen Frankreich ein wenig lateinisches Blut gegossen haben? Die wissenschaftliche Wahrheit ist so klar, so greifbar, dass ein verdienst-

---

*) E. Renan „ Qu'est ce qu'une nation?" Vortrag, gehalten in der Sorbonne am 11. März 1882.

**) Siehe sein Buch: „Die Germanen in Frankreich."

voller italienischer Gelehrter, N. Zingarelli, nicht zögert, zu behaupten, dass „Rassenbande zwischen Italienern und Franzosen nie existiert haben, ausser in äusserst naiven Köpfen oder bei schwachköpfigen Gelehrten."

Da die These von den beiden Rassen zu gefährdet ist, tritt diejenige von den beiden Kulturen in den Vordergrund. Hier ist es schwerer, „in flagranti" ertappt zu werden, denn nur zu wahr ist's, dass der Begriff Kultur immer ein vor allem geistiger Faktor bleibt, dessen genaue Bewertung stets ein heikles Problem ist. Und dennoch — man gelangt dazu, eine Art Wahrheit aufzustellen für jene, die sich leidenschaftlich gerne irreführen lassen, indem man aus der Geschichte sorgfältig Beispiele zugunsten einer vorgefassten Meinung herausfischt, dagegen die anderen, die ungünstigen, verschmäht, Tatsachen und Ideen klug anordnet und die Ereignisse nach eigenem Belieben interpretiert. — Man holt weit aus und beginnt bei Tacitus, der von den Grausamkeiten und dem Vandalismus der Germanen erzählte; man erinnert an Arminius, und gelangt so mittelst einiger lieblicher Abschweifungen zu Bismarck, Nietzsche, Treitschke, nachdem man Luther, Blücher, Kleist, Wagner mitgenommen hat. (Einige vergessen auch nicht die deutschen Romantiker, den nachdenklichen Schelling, die beiden Schlegel, jene verrückte Gesellschaft.) Welche Masse von übereinandergehäuften Namen, Tatsachen, Beziehungen, bei der alles dazu dienen soll, alles zu beweisen! — Es sei daran erinnert, dass die heutzutage so beliebte These von den beiden Kulturen nicht ganz neu ist. So oft ein historisches Bedürfnis Veranlassung dazu gab, eine der Epoche gerade nötige These zu fabrizieren, fand die oft edle, aber immer ungerechte menschliche Leidenschaft Mittel und Wege, sie durch ihren Schwung und ihre Echtheit zu verschönern. Man lese nur die Stellen wieder, die Michelet in seiner „Geschichte der französischen Revolution" als grosser Bewunderer der Revolution und der Demokratie, dem Egoismus, der Kleinmütigkeit und der Bosheit der Engländer gewidmet hat, jene Stellen, die seiner Feder entschlüpften, als ob sie die scharfen Sarkasmen

eines Carlyle vorausgeahnt hätte, jene Stellen, in denen die Vernunft eher verdunkelt als durch die Flamme der Leidenschaft erleuchtet erscheint! Es war wirklich schwer, bei einem Volke alles so schwarz zu sehen, dessen Geschichte voll edler Beispiele und heisser Kämpfe ist; und doch! wie vielerlei fand der französische Historiker zum Beweis der Unfehlbarkeit seiner These! Und was bezweckte seine These anderes, als die Hervorhebung jenes tiefen, angeblich grundlegenden Gegensatzes zweier Geistesrichtungen, „zweier Kulturen", der französischen und der englischen, — die so verschieden wären, dass der Triumph der einen der Tod der anderen bedeuten müsste? Was bleibt aber heute noch anderes von seiner These als die verspäteten Entschuldigungen der Franzosen, die seit dem Eintritt Englands in den gegenwärtigen Konflikt die von ihren Landsleuten begangenen Fehler — unter anderem auch den argen Irrtum Pierre Lotis, des Autors von „Indien ohne die Engländer" — zu sühnen trachten?

Die Literatur aller Länder liefert mannigfache Beispiele solcher Thesen, die zugunsten eines, die betreffende Zeit beherrschenden Gefühles, oder ganz einfach einer persönlichen Leidenschaft eines grossen Schriftstellers aufgestellt worden sind. In seinem Hass gegen Napoleon und die Revolution schrieb Chateaubriand: „Italien und Frankreich müssen sich besser kennen lernen, um für immer aufeinander zu verzichten". Selbstverständlich verkörperte der „Fremdling" Buonaparte neben den Medicis, den Galigai für den Autor der „Memoiren von jenseits des Grabes" den „verfluchten Geist Italiens" — — —. Und waren die Italiener nicht alle die Enkel Macchiavells, eine bösartige Rasse von berechnenden Höflingen, so ganz verschieden vom ritterlichen und edlen Geiste der guten Franzosen? — — —

Alle ähnlichen Lehren, die erfunden werden, um dem Publikum zu gefallen, ein Hassbedürfnis zu stillen oder einer Erbitterung Luft zu machen, sind im voraus dazu bestimmt, gleich wieder vergessen zu werden. Selbst die Verfasser, die sie aufs Geratewohl hinausposaunt haben,

legen ihnen keine grosse Bedeutung bei — — —. Wenn die geistige Atmosphäre Europas aber ganz gewitterschwanger ist, wenn aller Hass und alle Verleumdung leicht und mit doppelter Kraft aufflammen, weil die Luft ihrer Verbreitung günstig ist, dann bergen diese Lehren ganz andere Gefahren — — —. Sie finden dann ein weithin hallendes Echo, sie können in alle Ewigkeit währen, und es besteht die Gefahr, dass sie der gemeinsamen Kultur der nächsten Epoche schweren Abbruch tun.

Wo gibt es denn zwei in aller Ewigkeit von einander geschiedene Kulturen, von denen jede ihre eigenen Keime entwickelt, ihre eigenen Hoffnungen in sich trägt? Zwei Kulturen, die einander entgegengesetzt, feindlich sind, unabänderlich, ohne wechselseitige Einflüsse, ohne unaufhörlichen Kontakt ihrer Kräfte und Ideen?

So wie Shakespeare — einem Mitarbeiter des „Temps" zufolge — trotz seiner germanischen Abstammung in seinem Werk vollauf den Geist der italienischen und europäischen Renaissance verkörpert, als ein vom „Geiste des mittelländischen Meeres" angehauchter „Germane" (Nietzsche), so trägt auch jedwedes Menschenwerk, jedwede menschliche Betätigung, die sich in der Geschichte kundgibt, einen von Rasse und Nation freien, kosmopolitischen Stempel!

Und wenn Bossuet wie Chateaubriand, Michelet wie Burke sich alle in einem Irrtum befanden, als sie gewisse persönliche Voreingenommenheiten verallgemeinern oder für gewisse religiöse und politische Leidenschaften eine Grundlage liefern wollten, so befinden sich in einem noch ärgeren Irrtum all jene modernen Autoren, die ihren Zeitgenossen das falsche Bild zweier Kulturen — der lateinischen und der germanischen — entwerfen und behaupten, diese wären einander fremd nach Geistesrichtung und Entwicklung. — Wie kann man leugnen, dass alles, was bei diesen selben Germanen (die man jenseits des Rheines und der Alpen so sehr verabscheut), wahrhaft Wert und Dauer hat, geistig über die geographischen Grenzen der mitteleuropäischen Ebene hin-

ausgreift, und seine Inspiration, seine Kraft bei den bald befreundeten, bald feindlichen Nachbarvölkern schöpft? Muss bewiesen werden, dass alle genialen Köpfe Deutschlands etwas von ihrer Gedankenwelt und ihrem Werke der europäischen Kultur verdanken, jenem gemeinschaftlichen Schatz der barbarischen Völker, der selbst nicht etwas völlig Neues ist, sondern noch den Stempel des geistigen Niveaus römischer Kultur trägt, zu der die Gewohnheiten eines neu begonnenen Lebens hinzukamen?

Wissen wir nicht, dass der Kardinal Nicolas de Cusa, der erste der modernen Philosophen, geistig abstammt von dem heil. Anselm von Aosta — einem echten Lateiner — und den „Brüdern des gemeinsamen Lebens"; — dass A. Dürer in seinen Sympathien und seinem Werke Venezianer ist; — dass der dem Philosophen Descartes, sowie den Jansenisten so verwandte Leibniz mindestens ebenso sehr zu Frankreich wie zu Deutschland gehört, ja in seinen Werken sogar mit Vorliebe die französische Sprache anwendet; — dass Lessing in die Meisterwerke lateinischen Geistes vertieft ist, Shakespeare gegen Voltaire rehabilitiert und dass sein tiefer, vielseitiger Genius alle Spuren jenes eminent liberalen und toleranten Geistes trägt, den man heute als geistige Spezialität der „lateinischen Rassen" rühmt (die Verunglimpfer Deutschlands mögen nur seinen „Nathan der Weise" lesen!); — dass Winkelmann seine Nationalität sozusagen völlig aufgibt, um sich ganz der Kunst und Gedankenwelt der Griechen anzupassen und Europa ein wundervolles Werk über die Plastik der Alten zu hinterlassen; — dass die Lehre Kants sich ebensosehr auf die „französische Aufklärung" wie auf die englischen Empiristen, wie Hume, stützt; — dass Goethe, der einzige Deutsche, für den die zeitgenössischen „lateinischen Geister" ein wenig Zärtlichkeit haben, Beethoven, Mozart, H. Heine, Schopenhauer, Wagner, Nietzsche vor allem — Europäer waren, die die besten Eigenschaften ihres Geistes ganz Europa verdankten? — — Hier möchte ich gerne die so geschmackvollen, so kosmopolitischen Worte jenes Nietzsche zitieren, den ein alberner

Romane jüngst einen „germanischen Barbaren“ genannt hat. Nietzsche beurteilt die künstlerischen und geistigen Werte nur nach ihrem eigenen Sinn, ihrem innersten Kern, der immer kosmopolitisch ist. Er findet, dass „Mozart der letzte Ausdruck eines seit Jahrhunderten existierenden europäischen Geschmackes war.“ Er hört nur eine und dieselbe Sprache bei Rousseau, Schiller, Shelley, Byron, eine Sprache, „in der sich dasselbe Schicksal Europas äusserte, das Beethoven besang“ („Jenseits von Gut und Böse“, französische Übersetzung, Kap. VIII, S. 245).

Und zielen die einfachen Benennungen „Jahrhundert“, „Geist des Jahrhunderts“, „Geschmack des Jahrhunderts“ — so ungenau sie auch sind — nicht danach, kurzweg eine in den Werken verschiedener Nationen gefundene, gemeinschaftliche Tendenz zu bezeichnen? Spricht der Rokokostil, jene leichte, gekünstelte, bewusst kokette Kunstrichtung nicht ebensosehr aus der Komödie Goldonis (Commedia dell'Arte), den Bildern Watteaus, den Miniaturen anderer Maler des 18. Jahrhunderts wie aus der goldverzierten, tänzelnden Musik Mozarts?

Diese gemeinschaftliche Sprache, die Sprache der europäischen Zivilisation, entdecken wir später bei Wagner und den französischen Romantikern, besonders bei ihren Erben von der „L'art pour l'art“-Schule, und bekanntlich war es Baudelaire, der Wagners Musik in Frankreich eifrigst vertrat.

(Schluss folgt.)



Es kommt nicht darauf an, ob die Sonne in eines Monarchen Staaten nicht untergeht, wie sich Spanien ehedem rühmte, sondern was sie während ihres Laufes in diesen Staaten zu sehen bekommt.

Georg Chr. Lichtenberg.



Verdächtigte Neutralität.

Enrico Bignami gibt die italienische Monatsschrift „Coenobium“ heraus und gründete vor einiger Zeit eine „Liga der Neutralen“ mit dem Zweck, die Verständigung unter den Kriegführenden zu fördern. Er verfolgt als Italiener ähnliche Ziele, wie Guilbeaux im „demain“ und wir in dieser Zeitschrift. Kein Wunder, dass er von beiden Seiten verlästert wird.

So wird im „Temps“ und in einer Zuschrift an das „Journal de Genève“ unter dem Titel „Manoeuvres suspectes“ zu verstehen gegeben, Bignami sei ein Agent der deutschen Regierung.

Wir wurden andrerseits von österreichischer Seite vor dem „Coenobium“ als einem „Spionennest“ gewarnt. Diese beiden Vorwürfe in dieser Gegenüberstellung kommen einer Ehrenerklärung gleich.



Allerlei.

Viele französische Genesende lassen sich mit deutschen Kameraden zusammen photographieren. Ein Bild zeigte mit ineinandergeschobenen Armen einen französischen Soldaten mit zwei hölzernen Beinen und rechts und links von ihm je einen deutschen Soldaten mit nur einem Arm oder einem Bein. Über die Photographie hat der Franzose die Worte geschrieben: „Le malheur nous réunit“.



Eine Württembergerin schrieb an ihren Mann. Der Brief kam an die Frau zurück mit dem Vermerk „décédé“. Die arme Frau glaubte, das sei der neue Bestimmungsort, und adressierte einen von Liebe und Sehnsucht überquellenden Brief mit Grüssen und Wiedersehenswünschen von vier Kindern nach „Décédé (Gironde)“.



Ein Stabsarzt im österreichischen Heere war in russische Gefangenschaft geraten und wurde als Arzt in einem russischen Lazarett in Lemberg verwendet. Seine Frau war in Przemysl, das die Russen belagerten. Sie gab einem Flieger ein Schreiben mit, der dasselbe bei seiner Landung in einen k. k. österreichischen Briefkasten warf. Von hier kam der Brief nach Bern, von Bern nach Lausanne, um dort in den driekten Postsack nach Petrograd getan zu werden. In diesem Postsack machte er dann die Reise über Brindisi, Saloniki, Rumänien, Odessa nach Petersburg, um von da nach Lemberg an seinen Bestimmungsort befördert zu werden.

Aus der Kriegsgefangenenpost",, (Albert Reichen, bei Orell Füssli, Zürich).

* * *

Alfred Kitson, anstatt seinen Meldezettel auszufüllen, schrieb: „Ich verweigere jede Auskunft. Ich glaube nicht, dass ich meine Mitmenschen erschiessen darf, und will keinen Teil daran haben, indem ich Kriegsmunition herstelle. Ich bin ein freier Mann und verweigere deshalb, mich als Sklave einzuschreiben. Ich habe nicht mehr Vertrauen zu Euch wie zum Kaiser. Ihr alle glaubt an Mord und Raub. Ihr macht Kriege, so kämpft sie auch selbst aus. Macht, was Ihr wollt, ich weigere mich, mitzutun." Vor Gericht ist Kitson nicht erschienen. Es wurde ihm eine Geldbusse von 2 £ 20 auferlegt. Er weigerte die Zahlung und erhielt 29 Tage Gefängnis. Kitson sagt, er ziehe es vor, den Rest seines Lebens im Gefängnis zuzubringen.

Labour Leader, 24. Februar 1916.

* * *

Herr William von Straelborn, erster Sekretär der k. russischen Gesandtschaft in Bern, wurde beerdigt. Ausser dem russischen und französischen Gesandten und deren Personal war auch der deutsche und der österreichische Gesandte mit einigen Herren und Damen erschienen. Inmitten des Krieges ein Friedensbild um das offene Grab. *Berner Tagblatt*, 5. April 1916.

□□□

Die Legende vom Störenfried.

Von Professor Dr. HUGO PREUSS.

(Schluss.)

In der starken Betonung von Misserfolgen der neueren deutschen Politik gipfelt die Schrift von *Seignobos:* „1815—1915“. Hier verleugnet sich nicht völlig der ernst denkende Historiker, der das grosse und wertvolle Werk über die politische Geschichte des 19. Jahrhunderts 1897 veröffentlicht hat. Er gibt zunächst einen kurzen Auszug dieses Werkes; freilich nicht ohne allzu starke Tendenzlichter aufzusetzen. Gleich am Anfang erzählt er, wie auf dem Wiener Kongress gegenüber der Berufung Talleyrands auf das öffentliche Recht der alten Legitimität Wilhelm von Humboldt unwillig ausgerufen habe: „Was soll hier das öffentliche Recht?“ Der Zweck ist natürlich in dem Zusatz enthalten: „Finden wir hier nicht, hundert Jahre vor Bethmann-Hollwegs Erklärung im Reichstag, bereits die Formen der preussischen internationalen Moral?“ Ach, jede wirkliche und vermeintliche Gelegenheit zu einem boshaften Anwurf gegen den verhassten Störenfried verlockt so unwiderstehlich, dass auch der ernsthafte Historiker vor dem grössten historischen Widersinn nicht zurückscheut. So macht der Enkel der Revolution, der französische Republikaner dem preussischen Staatsmanne seinen Widerstand gegen die reaktionäre Politik der Pseudo-Legitimität Talleyrands und Metternichs zum Vorwurf! Und zwar gerade dem edelsten, humansten und liberalsten Staatsmann, der jemals die preussische Regierung geziert hat. Herr von Bethmann-Hollweg kann mit dem Vergleich zufrieden sein. Immerhin kommt in Seignobos' Darstellung der Politik Napoleons III. ein wirklich historisches Urteil zur Geltung; Herr Durkheim könnte aus dieser Schrift seines Mitarbeiters erfahren, wie die Politik des Kaisers der Franzosen den Kleinstaaten doch gefährlicher war, als das Lehrbuch eines deutschen Professors. Seignobos erkennt auch an, dass die Ereignisse von 1871 nur das Ende der europäischen Krisis waren, welche der Kaiser der Franzosen 1859 eröffnet hatte (Seite 20). Er schildert die folgenden Jahrzehnte des bewaffneten Friedens, des „preussischen Friedens“ in der bekannten Weise; fügt aber hinzu: „Deutschland verwandte seine militärische Macht nicht so, wie seine Nachbarn es befürchteten. Sein Übergewicht war drückend, aber nicht kriegerisch. Es drohte mit Krieg, wahrte aber den Frieden. Es strebte weder nach Eroberungen noch nach Abenteuern“ (Seite 26). Das habe sich aber seit dem Beginn des neuen Kurses geändert. „Fafner trat aus seiner Höhle

heraus und betrachtete die Welt. Was er sah, erfreute ihn nicht. Er sah, dass die besten Plätze besetzt seien .... Die Zukunft schien ihm versperrt" (Seite 28). Und nun schildert Seignobos die Schlappen der neudeutschen Weltpolitik mit dem reinen Behagen der Schadenfreude, das man dem Gegner nicht verargen mag. Seine Darstellung deckt sich inhaltlich fast genau mit der der Alldeutschen; nur dass sie natürlich mit Grimm erfüllt, was den Franzosen freut. Sie erheben deshalb den Vorwurf, dass die deutsche Politik unentschlossen und schwächlich gewesen sei, also das Gegenteil von kriegslustig und eroberungssüchtig. Wie aber will Seignobos aus eben diesen Tatsachen den Beweis ableiten, dass Deutschland der Störenfried sei, der diesen ungeheuren Krieg gewollt habe? Auf Beweise im einzelnen geht er allerdings nicht ein. Die überlässt er den Herren *Durkheim* und *Denis*, die in derselben Sammlung unter dem Titel: „*Qui a voulu la guerre?*" lediglich eine Paraphrase der uns feindlichen diplomatischen Aktensammlungen geben. Deren Resultat setzt Seignobos einfach als richtig voraus; und seine historische Skizze soll offenbar nur die sozusagen psychologische Erklärung nahelegen, dass sich Deutschland schliesslich aus Verzweiflung über alle diese Misserfolge kopfüber in den Weltkrieg gestürzt habe. Also eine Art Selbstmord aus Todesfurcht. Denn dass Deutschland einer unter gar keinen Umständen zu besiegenden oder auch nur auf die Dauer abzuwehrenden Übermacht gegenüberstehe, das erklären ja alle Wortführer der Entente einstimmig und unablässig; darauf beruht ja ausgesprochenermassen trotz aller Erfolge der Deutschen und ihrer Verbündeten die angeblich unerschütterliche Zuversicht auf die „victoire finale". Seignobos sagt von dem französisch-russischen Bündnis, es habe dem Übergewicht Deutschlands ein Ende gemacht und das europäische Gleichgewicht wieder hergestellt (Seite 27). Genau das gleiche sagt er aber wenige Seiten später (Seite 31) von dem Hinzutritt Englands zu jenem Bündnis. Das stimmt doch offenbar nicht. Denn wenn schon der Zweibund das Gleichgewicht hergestellt hatte, musste offenbar der Hinzutritt Englands das Übergewicht herstellen, von Italien und Japan und den Kleinen gar nicht zu reden. Das war auch ganz unzweifelhaft die gemeinsame Überzeugung aller Genossen dieses grössten Bündnisses der Weltgeschichte. Und Deutschland, das jahrzehntelang so manche günstige Gelegenheit zu einem Angriffskrieg unter den besten Aussichten bei einer anderen Gruppierung der Mächte unbenutzt gelassen hatte, soll sich nun blindwütig in diese furchtbare Phalanx gestürzt haben? Das ist doch zum mindesten sehr unwahrscheinlich trotz der psychologischen Diagnose von Seignobos.

Trotz alledem enthält mancher Satz Seignobos', so unangenehm er uns Deutschen ins Ohr klingen muss, unleugbar einen Kern bitterer Wahrheit. In Wendungen, die sich freilich nicht bemühen den kränkenden Stachel abzustumpfen, weist er auf das erstaunliche Missverhältnis hin zwischen dem ständigen Wachstum Deutschlands an physischer Macht, an Einwohnerzahl, an wirtschaftlicher, technischer Kraft und seiner politischen Weltstellung in den Jahren vor dem Kriege. Und dass so manches politische Missgeschick auf politisch-psychologisches Ungeschick zurückzuführen ist, das wissen und sagen auch viele gute Deutsche. Im Zusammenhang damit stehen die Ausführungen von Seignobos, die mit dem Satz beginnen: „Nicht nur wegen seiner äusseren Politik, auch wegen seiner inneren politischen Gestaltung war Deutschland einsam". (Seite 32). Ich bin um so weniger in der Lage, diesen Satz zu bestreiten, da ich erst jüngst in meinem Buch „Das deutsche Volk und die Politik" ähnliche Gedankengänge in ausführlicher geschichtlicher Darlegung entwickelt habe. Und die Aufnahme, die dieses Buch — selbstverständlich bei mancher Gegnerschaft — doch in weiten und nach politischer Parteirichtung recht verschiedenartigen Kreisen der deutschen Intelligenz gefunden hat, spricht doch immerhin für eine Selbsterkenntnis, die gerechterweise auch die Gegner bei der Würdigung der Mentalität des deutschen Volkes beachten dürften. Die Legende vom deutschen Störenfried würde schwerlich in der internationalen öffentlichen Meinung auf so fruchtbaren Boden gefallen sein, wenn jener politisch-psychologische Gegensatz zwischen uns und den anderen nicht wäre. Aber in der übereifrigen Ausnutzung dieses wirksamen Agitationsmittels übersehen die Gegner ganz, dass ohne jenen Gegensatz Deutschland die ihm zugeschriebenen Pläne einer Ausdehnungspolitik viel leichter hätte ausführen können, ohne das Odium zu erdulden, unter dem es jetzt leidet, trotzdem es nichts von jenen angeblichen Plänen ausgeführt hat. Dass ihm dazu weder die militärische noch die wirtschaftliche oder technische Kraft fehlte, steht doch nach diesen Jahren des Riesenkampfes gegen eine ungeheure Übermacht fest. Wie falsch man übrigens doch die Wirkung unserer andersartigen politischen Struktur bei einem auswärtigen Kriege beurteilt hat, das zeigt sich in der allgemeinen höchst unangenehmen Überraschung des Auslandes angesichts der nationalen Einmütigkeit Deutschlands; das zeigt sich darin, dass man die deutsche Sozialdemokratie mit Schmähungen überhäuft für eine nationale Haltung, die man bei der französischen, belgischen, englischen Partei einfach selbstverständlich findet.

Wie kann man angesichts solcher nationalen Einmütigkeit an dem Kampfruf festhalten, dies Volk im Namen der Selbstbestimmung der Völker durch die Gewalt der Waffen vom Militarismus befreien zu wollen?! Muss nicht dieser Kampfruf notwendig den militaristischen Geist zu höchst gesteigerter Selbstbehauptung aufstacheln? Wie will man ein Volk von der Zahl und Kraft des deutschen, selbst wenn man es besiegen könnte, physisch oder auch nur politisch vernichten? Zu diesem Ziel muss aber die Legende vom internationalen Störenfried die Gemüter aufreizen; darin liegt ihre wahre Verderblichkeit weit mehr, als in ihrer Falschheit und Unbeweisbarkeit.

Seignobos enthält sich vorsichtigerweise des gefährlichen Spiels, ein Bild der Gebietsveränderungen zu entwerfen, die der Krieg den Siegern bringen soll. Aber die Sicherung eines dauernden Friedens soll das Ziel sein. „Europa will nicht mehr, um nicht durch Preussen verschlungen zu werden, gezwungen sein, sich halb preussisch zu machen, aus Furcht vor dem Präventivkrieg zu dem bewaffneten Frieden verurteilt sein.“ (Seite 35). Und dieses Ziel soll erreicht werden durch die demokratische Selbstbestimmung der Völker, durch die Entfaltung des Nationalitätsprinzips unter Achtung der nationalen Minoritäten; durch Beseitigung der absolutistischen Rudimente in Deutschland und Österreich-Ungarn. Und Russland?! Um diese peinliche Frage kommen ja die Wortführer des völkerbefreienden Bundes nicht herum; und Seignobos erledigt sie mit einem herzhaften Kopfsprung. Die persönliche Regierung und der militärische Absolutismus werden in Deutschland und Österreich-Ungarn durch ihre — selbstverständliche! — Niederlage in den Augen ihrer eigenen Völker zugrunde gerichtet sein. „Eine glückliche Ausnahme bildet der Kaiser von Russland, der durchdrungen von Friedensliebe, der Grundstimmung der russischen Volksseele, bereit ist, sich den zum Frieden nötigen Regeln zu fügen“! (Seite 39.) Folgt die obligate Berufung auf die russische Anregung der ersten Haager Konferenz, selbstverständlich ohne Erwähnung der treibenden Ursache, der Witte'schen Finanzpolitik. Man täte doch wohl dem Verfasser Unrecht, wenn man ihm diese Apotheose des Herrn der Pogrome als ernst gemeint zurechnen wollte. Wie es auch unnütze Mühe wäre, sich auf eine Widerlegung der Schrift: „Deutsche Kultur, russische Menschlichkeit“ einzulassen, die *Gustave Lanson* dem Nachweis widmet, dass der Russe doch innerlich den Westvölkern näher stände als der Deutsche. Auf die bekannten Argumente, dass der russische Absolutismus eigentlich deutscher Absolutismus sei, bin ich in meinem oben erwähnten Buche eingegangen. Das deutsche

Volk erntet in diesen Verunglimpfungen den Dank für die Dienstwilligkeit, die seine Obrigkeiten leider so lange dem Zarismus geleistet haben. Im übrigen erkennt man in allen jenen Darlegungen das heisse Bemühen, die Legende vom Störenfried um jeden Preis, auch um den des gesunden Menschenverstandes aufrecht zu erhalten. „Dans toute alliance il y a un cheval et un cavalier"; diesen „Zynismus" Bismarcks zitiert Andler in seiner oben erörterten Schrift. Vielleicht ist schon heute die Zahl der Franzosen nicht gering, die in jenem Wort eine schmerzliche Charakteristik des franko-russischen Bündnisses empfinden, das ihr unglückliches Land ohne jedes eigene Interesse in die furchtbaren Leiden dieses Krieges gerissen hat.

4.

Man mag dem Nachweis, dass die Legende vom Störenfried mit ihrer Spitze gegen Deutschland falsch sei, den anderen entgegensetzen, dass es sich mit den Behauptungen von der französischen Rachsucht und der englischen Scheelsucht nicht anders verhalte. Darüber soll hier nicht gestritten werden. Aber nicht die Falschheit der Legende an sich ist das Wichtigste, sondern die dadurch erzeugte Stimmung, die einen Ausweg aus der furchtbaren Wirrnis dieses Krieges so ungemein erschwert, einen Ausweg, der nur auf dem Boden einer unbefangenen Würdigung der gegebenen Tatsachen gefunden werden kann. Und in dieser Beziehung hat die gegen Deutschland gerichtete Legende gerade wegen ihrer international so viel grösseren Verbreitung eine weit verhängnisvollere Wirkung. Sie ist das ideologische Seitenstück zu jener realen Politik, die alle Grossmächte ausser Österreich-Ungarn gegen Deutschland verbunden hat. „Ein Staat," sagt Durkheim, „kann sich nicht behaupten, wenn er die Menschheit gegen sich hat." Und die Menschheit gegen Deutschland aufzubringen, ist ja der eigentliche Zweck der Legende. Hat sich nun in dem furchtbaren Ringen dieser Staat gegen mehr als die halbe Welt doch behauptet, so soll jene Legende die blindwütige Stimmung wach erhalten, die den Erschöpfungskrieg gegen den Störenfried als eine sittliche Pflicht ohne Rücksicht auf die gegebenen Tat sachen fordert. Das ist das Verhängnis der gegenwärtigen Lage.

Freilich wird ja die gegen Deutschland gerichtete Einkreisungspolitik auch bestritten; jedoch lässt sich die Tatsache jener gewaltigen Grossmächte-Koalition doch nicht leugnen, sondern höchstens ihr aggressiver Charakter. Zugegeben, dass ein Angriffskrieg gegen Deutschland ursprünglich nicht in der Absicht der leitenden Staatsmänner namentlich Englands

gelegen haben mag; vielmehr der Gedanke, durch eine vermeintlich so offenbar und unbedingt überlegene Koalition die angeblich von Deutschland drohende Gefahr wirksam zu beschwören. Eben dies war aber schon die Tendenz der Legende vom Störenfried, die lange Zeit im geheimen Treiben der feind lichen Diplomatie umherschlich, bis sie beim Ausbruch des Krieges, den sie vorbereitet hatte, in alle Winde hinausgeschrien wurde. Das Entscheidende war der — wenn nicht formelle, doch — tatsächliche Beitritt Englands zum franko-russischen Bunde. Gleichviel wie man über die Lehre vom europäischen Gleichgewicht denken mag, sicher ist, dass mit dem Beitritt Englands und seiner Klientel zu jenem Bunde gerade nach der Meinung der Verbündeten nicht ein Gleichgewicht, sondern ein unzweifelhaftes Übergewicht gegen Deutschland und Österreich-Ungarn hergestellt werden sollte. Diese Reiche in solche Lage zu bringen, das hiess aber, selbst wenn es wirklich in der Absicht der Friedenserhaltung geschah, in Wahrheit die denkbar grösste Kriegsgefahr heraufbeschwören. Es wirkt tragikomisch, wenn sich der Streit über den eigentlichen Urheber des Krieges schliesslich auf die Frage zuspitzt, ob Russland einige Stunden früher oder später mobilisiert habe; darauf läuft letzten Endes auch die oben erwähnte Schrift von Durkheim und Denis: „Qui a voulu la guerre?“ hinaus. Mögen ihn kleine, mehr oder minder einflussreiche Kreise in jedem Lande gewollt haben; mögen ihn die Völker sicherlich nirgends gewollt haben; — der Krieg war durch die dynamische Lage der Dinge in dem Augenblick wahrscheinlich geworden, da gegen den deutschen „Störenfried“ der widernatürlichste Bund der Weltgeschichte zustande kam: der zwischen England und Russland.

Die „Internationale Rundschau“ enthält in ihrem 8. Heft (S. 414 ff.) einen geistvollen kleinen Artikel von Hugh Richardson, in dem der Engländer sein Land mit einem Wanderer vergleicht, der sich im Gebirge verstiegen hat und nun den Rückweg nach dem fehlerhaften Ausgangspunkt sucht. Wenn so unbefangenes Urteil in der starken öffentlichen Meinung Englands mächtiger würde, wäre es nicht schwer, den verhängnisvollen Punkt und den Rückweg auf den grossen Pfad seiner eigenen Geschichte zu finden, von dem England abirrte, da es sich mit Russland verband. Selbstverständlich mag man über den Deutschen lächeln, der mit so plumper Offenheit Zwietracht zwischen den beiden mächtigsten Feinden seines Vaterlandes erregen möchte. Dass der Schriftsteller dies nicht vermag, auch wenn er es schlauer anfinge, weiss ich; deshalb darf er unbefangen doch sagen, was ihm Wahrheit scheint. Dass diese Wahrheit ohnmächtig ist, scheint mir schmerzvoller noch für

die internationale, insonderheit die europäische Zivilisation als für Deutschland. Diesem hat jener widernatürliche Bund freilich eine furchtbar schwere und blutige Last auferlegt; aber zugleich auch einen hohen Beruf. Denn dadurch ist der deutsche „Störenfried“ in Stellungen hineingezwungen worden, die England leer gelassen hat. Nicht bloss als Schützer des nahen Ostens gegen die russische Erdrückung hat Deutschland an die von England verlassene Stelle treten müssen; es kämpft heute tatsächlich in West und Ost Europas für Europa gegen dessen Überflügelung durch die Mächte Ostasiens und Amerikas.

Nicht Überredung noch Beweisgründe können jenen widernatürlichen Bund lösen; aber die Macht der Tatsachen kann es tun. Wenn nicht alle Zeichen trügen, kann dieser grosse Krieg nicht zu Ende gehen, ohne dass jener Bund sich löst; und er wird zu Ende gehen, dadurch dass er sich löst. Was ihn schuf und was ihn hält, war der Gedanke, den deutschen „Störenfried“ niederzuzwingen, sei es im Frieden, sei es im Kriege. Im Frieden ist es misslungen; und dass es auch durch den Krieg nicht mehr gelingen kann, muss heute der Unbefangene endlich erkennen. Auch wer nicht an einen endgültigen und vollen Sieg Deutschlands glauben mag, kann doch nicht mehr hoffen, diesen „Störenfried“ durch die Gewalt der Waffen so niederzuzwingen, dass er ohnmächtig werde in Europa. Wenn selbst die Rechnung auf seine Erschlaffung so richtig wäre, wie sie unwahrscheinlich ist, so gibt doch das bisher Erreichte Deutschland überreiche Mittel in die Hand, sich vorher beizeiten durch einen grossartigen Verzicht vom Druck im Osten zu entlasten. Auch das wäre eine Lösung jenes widernatürlichen Bundes, die freilich zu einer politischen Konstellation führen müsste, die den englischen und französischen Wortführern des Krieges für „Völkerfreiheit“ höchst zuwider wäre. Und auch der überwiegenden Meinung des deutschen Volkes wäre solche Lösung wenig erwünscht, wenn sie nicht das Gebot der Selbsterhaltung fordert. Es gäbe eine andere nicht nur für Deutschland, sondern für die europäische Zivilisation und die internationale Entwicklung unendlich wünschenswertere Lösung. Sie aber setzt voraus, dass sich die öffentliche Meinung von dem Banne der Legende vom Störenfried befreit; sie könnte auch in Deutschland zu seinem Heile und zu dem Europas jene Entwicklung mächtig fördern, die dem wahren Geiste unseres zu Unrecht so viel gescholtenen schönen Liedes entspricht:

„Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand —
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland.“

A la guerre comme à la guerre.

Das Wort ist nicht von einem Deutschen. Im Grunde sind alle, aber auch alle Militäre von denselben Prinzipien durchdrungen, die nicht einmal sie geschaffen haben, sondern die ihnen von ihrer Waffe und deren äussersten Ausnützung aufgezwungen werden. Versteht es sich nicht von selbst, dass wer einmal den Krieg will, den Sieg mit allen Mitteln zu erringen sucht? Der Krieg hat längst aufgehört, ein Tournier zu sein, vielleicht ist er es noch bei irgend einem Negerstamm, der diesen Sport mit fachmännischer Gewissenhaftigkeit und überkommener Artigkeit pflegt. Je zivilisierter, je unkriegerischer die Völker aufwachsen, desto barbarischere Formen muss die ihnen ganz ungemässe Form des Massenmordes, die der heutige, der Völkerkrieg ist, annehmen. Dies gilt nicht für die und jene, es gilt für ganz Europa, und in selbem Masse, wie die und jene sich stärker oder schwächer fühlen und nach dem Umfang der ihnen nötig erscheinenden Anstrengung, um zu siegen, um trotz allem zu siegen. Die einzigen ethischen Kriterien, die für ein kriegführendes Volk gelten könnten, wären in den Verhältnissen vor dem Krieg und der geistigen Verfassung der Völker bei Kriegsschluss zu suchen."

René Schickele — Der Mensch im Kampf.
Die Weissen Blätter, April 1916.

„Warum tötest du mich?" „Wie? wohnst du nicht jenseits des Flusses? Ja, Freund, wenn du diesseits wohnen würdest, wäre ich ein Mörder und es wäre unrecht von mir, dich zu töten. Da du aber vom anderen Ufer stammst, bin ich ein Held und meine Tat ist gerecht."

Wenn es sich um die Frage handelt, ob man Krieg führen und so viele Menschen töten, so viele Spanier zum Tode verurteilen solle, liegt die Entscheidung bei einem einzigen Menschen, und dieser ist auch noch Partei. Man sollte sie einem unbeteiligten Dritten überlassen.

Pascal: Pensées.

□□□

Mitteleuropa und die europäischen Neutralen.

Von Dr. GUSTAV STOLPER,
Herausgeber des Österreichischen Volkswirt, Wien.

Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer Ideen, missverstanden zu werden, und darum darf man nicht wehleidig sein, wenn der politische Gedanke der Schöpfung eines engverbündeten „Mitteleuropa", der, an die alten imperialistischen Gedankengänge höchst unbedeutender Pamphletisten anknüpfend, bald nach Beginn des Krieges in die vorderste Reihe der politischen Ziele des Krieges gedrungen ist, seltsame Koalitionen von Gegnern zustande gebracht hat. Imperialisten bekämpfen ihn, weil er die koloniale Ausbreitung des Deutschen Reiches erschwere, Pazifisten, weil sie von ihm die Petrifizierung der heutigen Mächtegruppierung befürchten, Freihändler, weil sie die Meistbegünstigung gefährdet sehen, und Schutzzöllner, weil sie auch einem teilweisen Abbau der Zollmauer widerstreben, Konservative, weil sie die politische Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der Glieder des mitteleuropäischen Bundes nicht beengen lassen wollen, und Sozialdemokraten, weil sie die Verbrüderung mit dem Westen der mit dem Südosten vorziehen; Agrarier, weil sie sich die Konkurrenz des Balkans fernhalten wollen, Industrielle in Deutschland, weil „Mitteleuropa" ihnen den überseeischen Markt nicht ersetzen könne (was niemand behauptet oder anstrebt, der „Mitteleuropa" will) und in Österreich, weil man sich die industrielle Konkurrenz Deutschlands vom Leib halten möchte. Und all diese Argumente gehen die sonderbarsten ideologischen Verbindungen ein, so dass man sich schliesslich fragt, wie wohl vor so viel Gegengründen der Gedanke „Mitteleuropa" zu bestehen und täglich neue Anhänger zu werben vermag, obwohl doch nicht alle zugleich recht haben können. Wer freilich allen diesen

Argumenten auf den Grund zu sehen versucht, dem löst sich bald der Widerspruch: wo nicht offenbare Borniertheit im Spiel ist, dort ist es meist Anhänglichkeit an überlebte Ideologien, die den Widerstand gegen „Mitteleuropa" nährt, Unfähigkeit, unbeirrt durch überkommene Schlagworte zu den neuen weltpolitischen Problemen ein inneres Verhältnis zu gewinnen. Dem Einzigartigen des angestrebten politischen und wirtschaftspolitischen Gebildes gerecht zu werden, hat, soviel ich sehe, bisher noch niemand von den Gegnern „Mitteleuropas" versucht. Immer und überall wird mit inkommensurablen Maßen gemessen, und da dieses Gebilde sich in keines der bekannten geliebten Schemata einordnen lässt, so wird es verworfen. Besonders charakteristisch ist es für diese Art der politischen und wirtschaftlichen Kritik, wie sie sich an bestimmte Worte hält. Und wenn gar ein Grosser im Reich der Sprache, um seinen Gedanken Bildhaftigkeit zu geben, ein Wort prägt, dessen Buchstabensinn vor der Fülle der Anschauung, die es vermittelt, bedeutungslos wird, dann klammern sich die Phantasielosen und die Übelwollenden erst recht an den Buchstaben, weil ihre eingewurzelte Lehrmeinung keine Anschaulichkeit neuartiger Verhältnisse braucht. Das ist auch das — ich möchte sagen — selbstverständliche Schicksal des Naumannschen Buches geworden, wo es Widerspruch gefunden hat. Er, der keinen Augenblick daran gedacht hat, staatsrechtliche oder politische Formeln zu ersinnen, dem alles auf den Inhalt und nichts auf die Form ankommt, der nur dort nicht offen ist, wo äusserer Zwang ihm die Zunge bindet, für den „Mitteleuropa" die unmittelbare Vorstufe zur Erfüllung der Menschheitsidee ist, die sich in diesem Krieg so ohnmächtig gezeigt hat — er wird auf einmal zum Vorkämpfer des gewaltsamen deutschen Imperialismus gestempelt, dem die Deutschland verbündeten Staaten den notwendigen Unterbau bieten sollen, auf dem er sich machtvoll entfalten kann, um die Vorherrschaft in der Welt zu erobern. Und damit wird „Mitteleuropa", das er nicht ersonnen, aber dem er als begeisterter und begeisternder Prophet die Ziele weist,

zum Schreckbild aller kleinen Nationen, vor allem auch der kleinen neutralen Staaten Europas, denen dieser Krieg die ganze Schwierigkeit ihrer Stellung zwischen feindlichen Gruppen von Grossmächten offenbart hat. Die „Schützengrabengemeinschaft“ und der „Oberstaat“ — das sind vor allem die Worte, an die sich übelwollende Deutung hält. Mitteleuropa ein grosses militärisches und wirtschaftliches Heerlager mit straff zentralisierter — natürlich deutscher — Obergewalt, das ist so ungefähr das Bild, das geängstigten Gemütern die Zukunft bietet, wie sie Naumann und die anderen Anhänger des mitteleuropäischen Staatsgebildes angeblich wünschen. Und wenn dieses Zukunftsbild nun einige wesentliche Züge mit der Wahrheit gemein hat, dann haben die, welche nicht zu den Herren dieses „Mitteleuropa“ gehören, allen Grund, es zu fürchten und seine Entstehung zu bekämpfen. Dann haben vor allem die kleinen neutralen Staaten recht, in diesem imperialistischen Staatsgebilde, das kleiner und weniger volkreich, aber militärisch ungleich mächtiger und einheitlicher wäre als die grossen bestehenden Imperien, ihren gefährlichsten Feind zu sehen, der sie bald in tatsächliche, wenn auch nicht rechtliche Abhängigkeit bringen würde.

Wer ein wenig in mitteleuropäischen Dingen Bescheid weiss und fähig ist, nicht nur logisch, sondern auch anschaulich zu denken, der legt sich freilich erstaunt die Frage vor, wie ernste Männer sich so weit vom Boden der Tatsachen entfernen können, um zu solchen Schlussfolgerungen zu gelangen. Vor etwa fünf Vierteljahren wohnte ich in Berlin in einem Kreise von volkswirtschaftlichen Theoretikern und Praktikern einer Diskussion der Frage des Wirtschaftsbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bei. Ein Schweizer Professor, der in Berlin wirkt, gab sein Urteil über die Frage ungefähr in folgender Weise ab: Zollunion — national: vielleicht, wirtschaftlich: nein, politisch: zweimal nein. Damals wurde die Diskussion noch unter dem Schlagwort „Zollunion“ und nicht „Mitteleuropa“ geführt, und ich als Österreicher gab meine Erklärung in ähnlichem Sinn ab wie jener

Schweizer Professor. Aber freilich an jenem Abend wurde ein Referat über die Frage des künftigen Zollparlaments und Zollbundesrats erstattet, wobei es nicht ausbleiben konnte, dass man sich die Zukunft ungefähr in den Formen der Vergangenheit dachte. Und in ein Verhältnis zum Deutschen Reich zu treten, wie etwa seinerzeit Bayern und Sachsen zu dem unter preussischer Führung stehenden Zollverein, dazu hat Österreich so wenig Neigung wie die Schweiz und die anderen Staaten, die zum Deutschen Reich nicht in dem engen Bundesverhältnis stehen, wie die Donaumonarchie. Und ich beschwor damals die Teilnehmer an jenem Abend, von Dingen wie Zollparlament und dergleichen ja nicht zu reden, wenn sie nicht die ganze Idee einer wirtschaftlichen Annäherung der beiden verbündeten Grossmächte totschlagen wollten. Ich führe diese Erinnerung hier an, weil ein Zufall einen Schweizer und einen Österreicher zur gleichzeitigen Meinungsäusserung im gleichen Sinn veranlasst hat. Und wie damals, so will auch heute Österreich nichts von einem „Mitteleuropa" wissen, das seine staatliche Selbständigkeit nach innen und aussen gefährdet. Dass „Mitteleuropa" niemals ein imperialistisches Staatengebilde werden kann, dafür bürgt der Umstand, dass es zwei auf ihre Selbständigkeit eifersüchtig bedachte Grossmächte umfasst, von denen keine sich je in die Dienste der andern ziehen lassen wird. Und Österreich-Ungarn selbst ist, bei aller Macht, mit der es aus diesem Krieg hervorgeht, seiner ganzen inneren Struktur nach notwendigerweise ein zu imperialistisch ausgreifender Politik unfähiges Reich. Daran ändern auch die Bestrebungen nichts, die dem Bundesverhältnis zu Deutschland eine erweiterte Grundlage geben wollen. Man erinnere sich doch, dass der einzige Bündnisfall für Deutschland oder Österreich-Ungarn, dem Buchstaben des Vertrages gemäss, nur ein Angriff von Seiten Russlands auf einen der beiden Staaten gewesen ist! Auf diese einzige politische Konstellation war das ganze Bündnis eingestellt. Und wenn etwa Deutschland „nur" von England, Frankreich, Belgien, Japan, den Vereinigten Staaten angegriffen worden wäre,

(wie absurd hätte eine solche Koalition vor diesem Kriege geschienen!), während sich Russland mit dem Bruch der diplomatischen Beziehungen begnügt hätte (wie etwa heute Italien gegen Deutschland), so wäre für Österreich-Ungarn der Bündnisfall nicht gegeben gewesen. Und dass nun zwei Staaten, die einen solchen Kampf auf Leben und Tod miteinander in beispielloser Gemeinschaft durchgekämpft haben, ihr Bündnis von zufälligen politischen Kombinationen unabhängig machen und ihm eine festere Form geben wollen, soll nun auf einmal „Imperialismus", soll eine Bedrohung der Selbständigkeit anderer Staaten sein! Was ändert sich wohl für die Neutralen, wenn zwei Reiche, deren Macht tatsächlich seit Jahrzehnten in den gefährlichsten politischen Krisen ohne Vorbehalt für einander eingestanden ist, diesem tatsächlichen Zustand die ihm entsprechende vertragliche Form geben? Nur darum und um nichts anderes handelt es sich politisch bei allen Bestrebungen, die auf ein geeintes „Mitteleuropa" hinzielen. Was Naumann die „Schützengrabengemeinschaft" nennt, ist nichts anderes als das militärische Bündnis, das seine engste Form nicht erst zu finden braucht, weil es sie im Zwang des Krieges, wo deutsche Truppen unter österreichischer, österreichische unter deutscher Führung gekämpft haben, tatsächlich schon gefunden hat. Und Naumanns „Oberstaat" bezeichnet nur höchst unjuristisch die Summe der gemeinsamen Angelegenheiten, die sich aus dem engen politischen und wirtschaftlichen Verhältnis zwischen zwei Staaten auch bei bloss völkerrechtlicher Bindung ergeben.

Dabei beruht die politische Besorgnis mancher neutraler Kreise auf einer merkwürdigen Verkennung der hohen Bedeutung, die gerade für das Deutsche Reich die Erhaltung der Unabhängigkeit starker Kleinstaaten an den eigenen Grenzen hat.

Wie viel Deutschland dem schweren Kampf der benachbarten Kleinstaaten um ihre Neutralität zu danken hat, ist von deutscher Seite oft anerkannt worden. Dass die Neutralität in manchem dieser Staaten nur von der

Regierung, aber nicht von der Volksstimmung getragen war, hebt ihren Wert nicht auf. Wir meinen damit nicht nur, dass die Existenz neutraler Kleinstaaten die völlige Absperrung Mitteleuropas vom Weltverkehr verhindert hat. Viel höher ist das moralische Gewicht ihrer Neutralität einzuschätzen; dass es überhaupt Staaten in Europa gegeben hat, in denen ein unabhängiges Wort gesprochen wurde, die nicht allein von einseitiger Parteileidenschaft beherrscht waren, die auch im Krieg eine ständige Vermittlung zwischen den Kriegführenden herstellten und so zur Zufluchtsstätte des letzten Restes eines in seiner Kraft vor dem Krieg leider überschätzten Internationalismus wurden. Ob die neutralen Staaten noch einmal eine solche Weltkrise überstehen könnten, ohne zur Parteinahme gezwungen zu werden, wie sie sich mit den Existenzfragen, die dieser Krieg für sie aufgeworfen hat, auseinandersetzen, ob und wie ihre Stellung von den heute kriegführenden Grossmächten zu sichern sein wird — all diese Fragen haben uns in diesem Zusammenhang nicht zu beschäftigen. Aber wenn wir alle Schwierigkeiten zugeben, mit denen sich besorgte Geister in den neutralen Staaten beschäftigen, so sehen wir nicht, wie diese Schwierigkeiten durch die Neuformung der politischen Verhältnisse der verbündeten mitteleuropäischen Staaten vermehrt oder vergrössert werden können, da Mitteleuropa, wie wir gezeigt haben, niemals als solches ein imperialistisches Gebilde werden kann.

Ernster scheinen auf den ersten Blick die Gefahren für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der neutralen Kleinstaaten, da die beiden Grossmächte, die bisher nur militärisch verbündet gewesen sind, nach dem Krieg gegenüber dritten Staaten auch als wirtschaftliche Einheit auftreten sollen. Versuchen wir dieser Sorge, die ein Wust von unklaren Vorstellungen in ein merkwürdiges Dunkel hüllt, auf den Grund zu gehen. Deutschland und Österreich-Ungarn sollen in Zukunft gemeinsame Handelspolitik treiben und das werde ihre Stellung bei Vertragsverhandlungen gegenüber dritten Staaten ausserordentlich stärken,

daher die ihrer Vertragspartner entsprechend schwächen. Bekanntlich bedeutet eine solche handelspolitische Kooperation der beiden mitteleuropäischen Mächte nichts Neues. Die Schweiz und Belgien sind zur Zeit der ersten mitteleuropäischen Tarifverträge 1891/92 schon mit den einverständlich operierenden mitteleuropäischen Unterhändlern am grünen Tisch gesessen, und keiner der Staaten hat sich dadurch in seiner handelspolitischen Bewegungsfreiheit gehemmt gefühlt. Auch zeigt die handelspolitische Geschichte, dass Kleinstaaten gegen weit grössere durchaus nicht wehrlos sind. Der Zollkrieg der Schweiz gegen Frankreich und die Beeinflussung des autonomen französischen Tarifes durch die Schweiz schon in seiner Entstehung geben dafür drastische Beispiele. Gerade darauf verweisen ja manche Gegner „Mitteleuropas“ in Deutschland und Österreich-Ungarn selbst als eine Gefahr, die freilich wieder geflissentlich übertrieben wird. Eine andere Besorgnis richtet sich gegen die Gefahr, dass „Mitteleuropa“, um das höhere Schutzbedürfnis der österreichisch-ungarischen Wirtschaft zu berücksichtigen, sich mit noch höhern Zollmauern umgeben werde als vor dem Krieg, dass dadurch der Weltverkehr gehemmt würde und mittelbar auch die Handelsbeziehungen der Neutralen darunter leiden könnten. Man denkt dabei an die Pläne mancher ‚Anhänger‘ der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, die ungefähr die heutigen Zölle zwischen diesen beiden Staaten als Zwischenzölle bestehen lassen und die gegenseitige Vorzugsbehandlung durch eine noch schärfere Abschliessung gegenüber dem sonstigen Ausland markieren wollen. Dass damit der Zweck der Annäherung ad absurdum geführt würde, liegt wohl den Absichten dieser Anhänger der mitteleuropäischen „Annäherung“ nicht allzu ferne. Dass solche Pläne überhaupt ernsthaft diskutiert werden, zeigt nur, wie wenig Klarheit bezüglich der treibenden Kräfte zu „Mitteleuropa“ die längste Zeit geherrscht hat und in weitesten Kreisen wohl auch heute noch herrscht, was aber die Kräfte selbst nicht im geringsten von ihrer zwangsläufigen Richtung abzudrängen vermag.

Die Hochschutzzöllner würden ihre Zollerhöhung natürlich ebenso verlangen, wenn von „Mitteleuropa“ keine Rede wäre und die Wahrheit ist — so paradox das auf den ersten Blick erscheinen mag —, dass nur die wirtschaftliche Einigung „Mitteleuropas“ die weitere Abschliessung, die Erhöhung der Zollmauern bis zur Prohibition zu verhindern vermag.

Welches sind denn diese treibenden Kräfte? Deutschland und Österreich-Ungarn gehen aus diesem Krieg mit einer Schuldenvermehrung von annähernd 100 Milliarden Franken hervor. Am Tag des Friedensschlusses sind ihre Vorräte an Rohmaterialien, die nicht im Lande erzeugt werden, und an allen Lagern von Halb- und Ganzfabrikaten aus diesen Rohstoffen geleert. Milliarden werden erforderlich sein, um im Laufe der Jahre nach dem Krieg diese Lager — planmässig oder nicht — auf ihren früheren Stand und wahrscheinlich darüber hinaus zu bringen. Diese Milliarden können nicht in Gold aufgebracht werden, sondern müssen in Waren gezahlt werden, d. h. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen Waren ausführen und ihre ganze Handelspolitik der Förderung des Exportes dienstbar machen, weil sie auf den Bezug jener Rohstoffe nicht verzichten können. Exportieren aber können sie nur, wenn sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, d. h. wenn ihre Gestehungskosten im grossen Durchschnitt nicht höher sind als die der anderen Wirtschaftsgebiete, mit denen sie auf dem Weltmarkt in Wettbewerb treten. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist bedroht durch die hohen Steuern, welche die Verzinsung und Abtragung der Kriegsschulden der Wirtschaft auferlegt und durch das Disagio der Währung, das die Unterbindung der Aussenhandelsbeziehungen im Krieg hervorgerufen hat. Steuern und Disagio, dessen Verminderung gerade die stürmische Nachfrage nach Rohstoffen nicht wenig erschweren wird, bedeuten so lange Teuerung und damit Verschlechterung der Wirtschaftsbedingungen, als nicht durch die Intensivierung der Wirtschaft das alte Gleichgewicht wieder hergestellt ist. Schon diese lapidare Darlegung zeigt, wie töricht es ist,

in „Mitteleuropa“ ein handelspolitisches Offensivgebilde zu sehen. Mit Prohibitivzöllen kann man wohl einigen Industriezweigen ein ruhiges bescheidenes Auskommen auf dem Inlandmarkt sichern, aber sich nicht exportfähig machen. Und wer exportieren muss, nicht um den Kräfteüberschuss der Wirtschaft zu verwerten, sondern um ihre Lebensbedürfnisse zu decken, der hat allen Grund, sich mit der ganzen Welt auf möglichst guten Fuss zu stellen. Schon das schliesst jede Bedrohung aussenstehender Staaten aus. Aber wir dürfen die Kehrseite nicht übersehen: Kommt „Mitteleuropa“ nicht zustande, das grosse Wirtschaftsgebilde, welches allein die notwendige Intensivierung der mitteleuropäischen Wirtschaft ermöglicht, dann bleibt den beiden Grossmächten nichts übrig als ihre ungünstige handelspolitische Stellung und die Verschlechterung ihrer Produktionsbedingungen durch Einfuhrbeschränkung und Zollerhöhung zu korrigieren — durch Absperrung den Schutz ihrer Valuta und des inneren Marktes zu sichern.*) Daraus ergibt sich schliesslich auch die Widerlegung einer weiteren Besorgnis, welche der von Schlagworten beherrschte Kampf um „Mitteleuropa“ geweckt hat: Dass die Herstellung des geeinten „Mitteleuropa“ die „autarke“ Wirtschaft der Verbündeten und damit den Ausschluss aller anderen von ihrem Markt bedeutet. Ernste Wirtschaftspolitiker haben die Sinnlosigkeit des Schlagwortes der Autarkie sehr bald nach

---

*) Wir müssen es uns leider versagen, diese komplizierten Gedankengänge an dieser Stelle weiter auszuführen. Vgl. „Der Oesterreichische Volkswirt“ Studien zur künftigen Handelspolitik der Monarchie von Dr. Gustav Stolper, 8. Jahrgang Nummer 5 und folgende (bisher 16 Aufsätze) und einen demnächst im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, Heidelberg, erscheinenden Aufsatz desselben Verfassers über den „Wirtschaftsbund zwischen Deutschland Oesterreich-Ungarn“. Die handelspolitische Literatur zu unserer Frage versagt leider meist in dem entscheidenden Punkt, da sie die Frage statt aus den Verhältnissen nach dem Krieg aus denen vor dem Krieg, die eine so umwälzende Veränderung erfahren haben, zu beantworten versucht. Besondere Beachtung verdienen die Aufsätze Karl Renners, in seinem kürzlich veröffentlichten ausgezeichneten Buch „Oesterreichs Erneuerung“, Wien, Brandsche Volksbuchhandlung 1916, die vom sozialdemokratischen Standpunkt insbesondere auch der internationalen Seite des mitteleuropäischen Problems gerecht zu werden versuchen.

seiner Prägung nachgewiesen. Dass die volle Zolleinigung zwischen dem deutschen und österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebiet zunächst einzelne Wirtschaftszweige der Verbündeten auf dem inneren Markt günstiger stellt als die der aussenstehenden Staaten, soll nicht geleugnet werden. Bei der hohen Entwicklung, die namentlich die deutsche Industrie in nahezu allen Zweigen erlangt hat, ist der Verlust für die Aussenstehenden nicht grösser als bei jedem Fortschritt der Wirtschaft im Verlaufe einer Handelsvertragsperiode. Wo schon bisher die neutrale Wirtschaft im Zeitalter des Hochschutzzolles mit ihren Erzeugnissen Eingang in das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet gefunden hat, handelt es sich nicht um Massenprodukte, sondern um Spezialerzeugnisse, denen — von einigen Ausnahmen abgesehen — weder Deutschland in Österreich-Ungarn, noch Österreich-Ungarn in Deutschland eine überlegene Konkurrenz zu bereiten vermag. Gerade sie können durch Zölle, sofern diese nicht prohibitive Höhe erlangen — die, wie wir gesehen haben, „Mitteleuropa" im eigensten Interesse vermeiden muss — nicht wirksam ausgeschlossen werden. Aber diesem scheinbaren Nachteil steht der offenbare Vorteil gegenüber, den jede wirtschaftliche Hebung eines Wirtschaftsgebietes, jede Stärkung der Kaufkraft und jede Steigerung der Kulturbedürfnisse eines Volkes mit sich bringt: Die erhöhte Aufnahmsfähigkeit für hochwertige Erzeugnisse der Industrie und Landwirtschaft, an deren Ausfuhr vor allem die neutralen Staaten interessiert sind. War das Deutsche Reich vor dem Krieg einer der wichtigsten Abnehmer der Neutralen, so haben diese nur zu gewinnen, wenn Österreich-Ungarn durch die Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reich sich zu der wirtschaftlichen Höhe seines Verbündeten erhebt.

□□□

Zeitschriftenschau.

Rudolf Euckens Bedeutung für die Internationalisierung des Geisteslebens. Dr. *J. Benrubi* hat den Anlass des 70. Geburtstages Rudolf Euckens benützt, um den Anteil des Jenenser Philosophen an dem Werke der Internationalisierung des Geisteslebens zu würdigen. Eucken tritt energisch für das Recht und die Bedeutung der kleineren Nationen ein. Diese sollen nach Eucken nicht ein Opfer des Expansionsdranges der grossen Staaten werden. Vielmehr liegt es im Interesse des Kulturfortschrittes, dass jedes kleine Volk genau so wie jedes Individuum seine Eigentümlichkeit entfalte und so das Werk des Ganzen fördere, nicht nur in allgemein kultureller, sondern auch in politischer Hinsicht. Am charakteristischsten aber ist seine eminent internationale Auffassung der Wissenschaft überhaupt und der Philosophie insbesondere, und glücklicherweise braucht man in dieser Hinsicht bei ihm nicht zwischen einer Auffassung vor dem Kriege und einer anderen während des Krieges zu unterscheiden; denn trotz seines Patriotismus ist sich Eucken während des Krieges treu geblieben. Gewiss ist der nationale Staat bestimmt, dem Zusammensein Leben und Charakter zu verleihen, — aber nur dann, wenn die Nation sich von der Zufälligkeit der blossen Natur befreit, sich zu geistiger Art erhebt und ein Ganzes der Menschheit über sich anerkennt. „Aller blosse Nationalismus ist ein Rückfall in Naturalismus.“ Weder die Selbsterhaltung des blossen Subjekts noch die Wohlfahrt dieses oder jenes Volkes, sondern vielmehr „ein heisses Sehnen nach mehr Glück, nach mehr Entfaltung des Menschenwesens, nach einer Umwandlung, Erhöhung des Lebens“ — das ist die Grundtriebfeder der Euckenschen Lebensarbeit, die völlig frei von engherzig nationalen und konfessionellen Vorurteilen ist. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse charakterisiert der Verf. Euckens Würdigung des französischen Geisteslebens, um diese Vorurteilslosigkeit zu veranschaulichen, und hebt hervor, dass er in seinen Vermittlungsbestrebungen zwischen deutschem und französischem Geistesleben seit fünfzehn Jahren durch Eucken in der uneigennützigsten Weise ermutigt und unterstützt worden ist. Das tat Eucken namentlich deshalb, weil er selber in der Ergänzung und gegenseitigen Durchdringung von deutschem und französischem Geistesleben eines der erstrebenswertesten Ziele der europäischen Kultur erblickt.

Ein Protest gegen den Missbrauch der Philosophie. Bekanntlich stellt *Bergson* den Krieg als einen Kampf zwischen Leben und Materie dar, wobei er als Idealist den Feinden Frankreichs die verächtliche Rolle der Materialisten, den Engländern das adelige Vorrecht des Idealismus zuspricht. Und der deutsche Materialismus ist ihm die Hauptursache des Krieges.

Nun tritt aber ein Engländer auf, *Hugh Elliot*, der Philosoph und Materialist ist. Dieser hebt nachdrücklich hervor, dass die Deutschen von jeher Idealisten waren; er beruft sich dabei auf Hegel und selbst auf Treitschke (als Hegelianer), auf Fichte und Nietzsche. Dagegen seien die Engländer von jeher Materialisten gewesen, so Hobbes, Darwin, Huxley, Wallace und Spencer. — Mutig nimmt Elliot Stellung gegen Bergson, dessen Theorie in einem Kriege zwischen England und Frankreich wohl die leichte Wandlung erleben würde, dass dieselben Engländer, die heute den Deutschen gegenüber den Idealismus vertreten, als Materialisten gebrandmarkt würden. (Bekanntlich hat Wundt dies schon jetzt getan. D. R.) Der Engländer meint, dass es sich in diesem Kriege überhaupt nicht um Philosophie handle, sondern um eine Abwesenheit von Philosophie, um ein Vorherrschen von Emotionen mit Unterdrückung des Intellekts. Um so mehr sei es zu bedauern, dass man die Volkserregung dazu benütze, eine Lehre missliebig zu machen, welche man sachlich nicht widerlegt habe. (The Hibbert Journal, April 1916.)

Germanophilen und Anglophilen. *Luigi Einaudi* schreibt über Germanophilen und Anglophilen seines italienischen Vaterlandes, und macht sich besonders über diejenigen lustig, welche für England schwärmen, ohne es zu kennen. Er begreift noch eher die Deutschfreunde, welche entweder in Deutschland waren, wo ihnen manches schon durch seine Grösse imponiert hat, oder welche von dort nützliche Sachen gekauft, oder ihre Ware nach Deutschland zu einträglichen Preisen geliefert haben. Nun sind es meistens gerade diese Germanophilen, welche durch den Krieg gezwungen waren, ein neues Objekt ihrer Bewunderung zu suchen, und so ist aus dem „perfiden Albion“ der „alte und traditionelle Freund Italiens“ geworden. Einaudi erörtert die Möglichkeit, dass auf irgendwelche Art Italien wieder in Gegnerschaft zu England geraten könnte, und fragt, ob er dann auf den Genuss der englischen Literatur Verzicht leisten müsste. Es hat Sinn, englandfreundlich, deutschfreundlich oder franzosenfreundlich zu sein, wenn es dem intimen geistigen Bedürfnis entspricht, die Mentalität des andern Landes kennen zu lernen und sie sich zu eigen zu machen. Es ist aber grotesk, Deutschland zu lieben wegen seiner grossen Kanonen, seines guten Bieres und seiner Farbenfabriken, und lächerlich, für England zu schwärmen wegen seiner Kohlenminen und Panzerschiffe oder etwa wegen des Eiffelturms Franzosenfreund zu sein. Aber die gemeinsame Freude an Ideen und an Schönheit kann auch zu Kriegszeiten nicht zerstört werden. (La Riforma Sociale, April 1916.)

Warum ist Härte eine schlechte Politik? Aus zwei Gründen. Erstens sind Herrscher auch nur Menschen. Und es ist dem Menschen nicht gegeben, die Härte erbarmungslos mit allen ihren logischen Konsequenzen durchzuführen. So konnten weder die Römer die ersten Christen noch die Katholiken die Prote-

stanten ausrotten, obwohl die Verfolger in beiden Fällen glaubten, aus lobenswerten Motiven zu handeln.

Zweitens aber sind die auszurottenden Gegner oft geradezu unentbehrlich für die Prosperität des Verfolgers. Man denke nur an die Juden und Mauren in Spanien, an die Hugenotten in Frankreich. Hätte Elisabeth, hätte Cromwell in Irland nur ein Zehntel der Toleranz geübt, die sie in England walten liessen, so würde es England erspart geblieben sein, mitten in einem grossen Kriege einen Aufstand in Irland niederschlagen zu müssen. Die Milde des Starken erfordert Besonnenheit gerade dann, wenn fast niemand kaltes Blut bewahren kann. Sie ist darum der höchste Gipfel und das letzte Wort der menschlichen Vernunft.

(The New Statesman, 20. Mai 1916.)

Die Sendung Russlands. Der jüngst verstorbene Nationalökonom und Geschichtsphilosoph *M. Kowalewski* versucht in einer seiner letzten Arbeiten die Wurzeln des Panslavismus bei den russischen Schriftstellern der dreissiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts blosszulegen. Die Frage nach der historischen Mission Russlands tauchte damals unter dem Einfluss der philosophischen Romantiker Deutschlands auf. Die russischen Denker mussten sich dagegen auflehnen, dass der in die Erscheinung getretene Weltgeist mehr oder weniger mit den letzten Entwicklungen des Deutschtums identifiziert wurde.

Die russischen Schüler der deutschen Philosophen, wie *Kirejewski*, *Odojewski*, *Schewjirew* u. a. wurden von der Frage bewegt, welche Stellung und Bedeutung Russland in der Gesamtentwicklung des Weltgeistes zukomme. Diese Frage wird in einseitiger Auffassung der historischen Vergangenheit, der byzantinischen und orientalischen Einwirkung, der Reformen Peters des Grossen beantwortet. Es entsteht die Strömung, die mit den Schlagwörtern „Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit und Volkstum" arbeitete und deren Nachwirkungen heute fühlbarer denn sonst sind. Allein auch auf andern Gebieten fanden einzelne Probleme dieses Gedankenkreises Anhänger. Man denke an die Stellung *Tolstois* und seine Ansicht über den Bodenbesitz. So konnte es geschehen, dass selbst die schärfsten Gegner, wie *Tschaadajew*, ihnen durch die Kraft des Gedankens allein nicht gewachsen waren. Die Anregungen, die aus Kowalewskis Betrachtungen sich ergeben, gehen weit über die engen Grenzen seines Themas hinaus.

(Europäischer Bote, Dezember 1915.)

Jugendfürsorge. Eine wertvolle Anregung, um für die schulentlassene Jugend der Schweiz, die ein Bedürfnis nach Geselligkeit hat, den Wirtshausbesuch überflüssig zu machen. Es sollen die Gemeindehäuser benützt werden, um Lesezimmer und Unterhaltungsräume mit oder ohne alkoholfreies Büffett, je nach lokalem Bedürfnis, zu eröffnen. Ein Initiativkomitee soll zunächst durch eine Umfrage die lokalen Bedürfnisse und Sympathien für den Vorschlag feststellen, dann Lokalkommissionen und eine

Zentralstelle organisieren; endlich sollen Musterhäuser mit freundlichen, nicht ärmlichen Lokalitäten geschaffen und in jeder Beziehung neutral gehalten werden. Die Zentralstelle soll eventuell eine Propaganda-Kommission, ein Bureau für Ratschläge usw., eine Finanzkommission zur Herbeischaffung der Mittel, eine Hilfskolonne für praktische Mitwirkung, eine Aufsichtskommission für unterstützte Betriebe in sich schliessen. Die Sache ist in der Tat wichtiger als sie auf den ersten Blick scheint und könnte auch anderwärts in dieser praktischen Weise in Angriff genommen werden. (Neue Wege, Mai 1916.)

Das Schreckgespenst „Militarismus". In eindringlicher Weise wird *„von einem Deutschen"* der Versuch gemacht, den preussischen Militarismus, dessen Vernichtung bekanntlich von der Entente alsKriegsziel verkündigt wird, als „wesenloses Schreckgespenst" darzutun. Immerhin wäre es zu begrüssen, wollte die deutsche Regierung die versprochene „Neuorientierung der inneren Politik" im demokratischen Sinne rasch und energisch in Angriff nehmen, um die Feinde Deutschlands sittlich zu entwaffnen. Auch wäre die Diskussion der Kriegsziele freizugeben, damit die ganze Welt die Nichtigkeit der Behauptung erkenne, dass das deutsche Volk nach Weltherrschaft strebe.

(Züricher Post, Nr. 228, 230, 232.)

Der Traum eines Menschenfreundes. In der „Menschheit" entwirft *R. Broda* das Friedensprogramm des „Bundes für Menschheitsinteressen". Durch den Weltfrieden würde zunächst der mitteleuropäische Verband, umfassend Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen, mit einheitlicher Leitung der auswärtigen Politik und des Kriegswesens, von den anderen Mächten zugelassen werden. Polen würde mit Galizien den dritten Teilstaat der österreichisch-ungarischen Monarchie bilden, welche, für diesen Zuwachs von 12 Millionen Einwohnern, dem Dauerfrieden zuliebe Ostgalizien mit Lemberg an die innerhalb Russlands autonome Ukraine, die rumänischen Südbezirke der Bukowina an Rumänien, Welschtirol und Gradiska an Italien, vielleicht auch Bosnien und die Herzegowina an Serbien abzutreten hätte, wogegen diese Staaten einen bindenden Verzicht auf ihre sonstigen Aspirationen aussprechen würden. Dafür würde Albanien und der Lowcen Österreich zugesprochen, nur Skutari fiele an Montenegro. Elsass-Lothringen würde ganz oder teilweise an Frankreich zurückgegeben je nach den Ergebnissen einer freien und für Elsass und Lothringen sowie für deren vorwiegend deutsche, resp. französische Bezirke getrennten Volksabstimmung; in demselben Verhältnis wäre Marokko, ev. auch Madagaskar und das französische Kongo als Kompensation abzutreten. Deutschland würde nach Ansicht des Proponenten dabei durch ansiedlungsfähige Territorien an realen Werten, Frankreich an Affektionswerten mehr gewinnen als verlieren. Russland soll ausser Ostgalizien Armenien erhalten, Italien auch Valona, Bulgarien das serbische Mazedonien, Griechenland

Nord-Epirus. Belgien erhielte von Deutschland eine Entschädigung von drei Milliarden, welche jedoch in Wirklichkeit von Italien als Entschädigung für Welschtirol aufzubringen und von diesem an Österreich-Ungarn, von diesem aus Erkenntlichkeit an Deutschland einzuzahlen wären. Deutschland würde die Freiheit der Meere erlangen, überdies offene Türe resp. Meistbegünstigung in den Kolonien aller Staaten erhalten, selbstverständlich nach Rückstellung der eigenen. Zugleich soll eine dritte Haager Konferenz die internationale Rechtsordnung der Zukunft aufrichten, mit gesetzgebender Versammlung (Haager Konferenz), Bundesgericht und Exekutionsarmee, unter gleichzeitiger Abrüstung der Einzelstaaten. In der Beschränkung und allmählichen Beseitigung der Rüstungsausgaben, die vor 1914 für alle Grossmächte 10 Milliarden jährlich betrugen und sofort auf die Hälfte zu reduzieren wären, liegt ein gemeinsamer Vorteil für alle, in der Vermeidung der Gefahr eines nächsten Weltkrieges die Grundlage für einen gemeinsamen wirtschaftlichen Aufschwung, der die Schäden dieses Krieges gut machen würde. Der ganze Vorschlag ist auf die Voraussetzung eines unentschiedenen Krieges gegründet, in welchem Falle aber kaum so einschneidende Veränderungen bewilligt würden. Uns scheint überdies die Rechnung ohne den Wirt (England! Deutschland?) gemacht. Immerhin ist es dem Verf. gelungen, Jedem etwas von dem fremden Lande zu geben, nach dem er begehrt, worin das Wesen eines „ehrenvollen“ Friedens bestehen dürfte. Ein bemerkenswerter Versuch, die Vorurteile der Zeit mit den Idealen des Pazifismus zu versöhnen. *S. F.*



All der Völkerhass, all die Goldgier ist doch schliesslich eine Schuld der Menschheit. Es ist keiner da, der nicht irgendwie mitzutragen hätte an der grossen Schuld. Die aber sterben als tapfere Krieger oder als arme vertriebene Flüchtlinge in Not und Elend, sie alle fallen, um die Menschheit aufzuwecken. „Gestorben um euretwillen.“ Das neue Erleben dieser alten Frömmigkeit schafft die neue. Als stiller, ernster, treuer Freund wird solcher Glaube an das stellvertretende Leid im deutschen Hause stehen. In jeder Familie wird ein teurer Verlorener auf Jahrzehnte, ja Jahrhunderte hinaus zu den Späteren reden als Hüter dieser neuen deutschen Innerlichkeit.

Das ist unsre grosse Frühlingshoffnung von der Auferstehung des deutschen Volkes.

„Deutscher Wille“, Walther Classen. 1. Maiheft 1916.



25. Juni 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. 8. Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 8. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber.
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli,
Zürich

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner,** Zürich; **C. Bergmann,** Russland; **J. Bergman,** Stockholm; **E. Bernstein,** Berlin; **G. Brandes,** Kopenhagen; **F. Brentano,** Zürich; **L. Brentano,** München; **C. Brockhausen,** Wien; **F. H. Broeksmit,** Holland; **G. Cardinali,** Bologna; **E. Clapp,** New York; **A. Daudé-Bancel,** Paris; **E. Dick,** Basel; **Fr. van Eeden,** Holland; **Fr. Foerster,** München; **Fr. Fritschi,** Zürich; **Gemelli,** Turin; **A. Germain,** Arcachon; **H. Gomperz,** Wien; **L. M. Hartmann,** Wien; **R. Hercod,** Lausanne; **P. Hiestand,** Zürich; **L. Hoesch-Ernest,** Amerika; **J. Jastrow,** Berlin; **E. Jones,** London; **Jong van Beek en Donk,** Haag; **Ellen Key,** Schweden; **A. Knapp,** Zürich; **J. R. Kjellén,** Göteborg; **H. Lambert,** Charleroi; **H. Lammasch,** Wien; **O. Lang,** Zürich; **C. Larsen,** Kopenhagen; **V. Lee,** London; **W. Lotz,** München; **E. Mach,** München; **G. Maier,** Zürich; **Rosa Mayreder,** Wien; **E. D. Morel,** London; **C. Oberoutcheff,** Russland; **J. Oehquist,** Helsingfors; **Oda Olberg,** Rom; **Cecil C. Palmer,** Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune,** Vaud; **H. Richardson,** England; **E. Rignano,** Mailand, **Ch. Roper,** London; **B. Russell,** London; **E. G. Smith,** England; **W. Schücking,** Marburg; **F. Tönnies,** Eutin; **E. Wavrinsky,** Stockholm; **E. A. Westermarck,** Helsingfors-London; **F. v. Wrangel,** Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Zur Psychologie des Krieges.

Von Professor Dr. AUGUST MESSER, Giessen.

Der neueren Psychologie hat sich immer zwingender die Erkenntnis aufgedrängt, dass die Wertschätzungen zu den bedeutsamsten seelischen Erlebnissen gehören und dass sie in den tiefsten Gründen der Seele wurzeln. Es ist nun unverkennbar, dass der Krieg auch auf diesem Gebiet starke Wirkungen übt und so für uns vielfach eine „Umwertung der Werte" herbeiführt. Unter einem bestimmten Gesichtspunkt soll dieser psychische Einfluss des Krieges hier kurz erörtert werden: nämlich sofern in ihm die Tendenz waltet, die biologischen Werte in unserer Schätzung über die Kulturwerte zu rücken.

Ich kann nicht voraussetzen, dass diese beiden Begriffe ohne weiteres in dem von mir gemeinten Sinne aufgefasst werden; ich muss sie also erläutern.

Unter „biologischen" Werten verstehe ich das Leben selbst und alles, was zu seiner Gesunderhaltung und Fortpflanzung notwendig ist, also Nahrung, Kleidung, Wohnung, Geschlechtsbefriedigung, Abwehr von Bedrohungen und Schädigungen. Als „Kultur"werte bezeichne ich diejenigen, die ihre Verwirklichung finden durch die Betätigung im Dienste der Ideen des Guten, des Rechts, der Wahrheit, der Schönheit und des Heiligen.

Mancher wird denken: diese sogenannten „biologischen" Werte sind ja gar keine echten „Werte"; sie sind nichts, was diesen hohen Namen verdient. — Indessen ein solches Bedenken würde schon über die psychologische Betrachtung hinausführen. Wir fragen noch nicht, ob wir diesen biologischen Werten objektive „Geltung" und wohl gar eine höhere als den Kulturwerten zuschreiben: wir stellen nur fest, dass sie tatsächlich als Werte geschätzt werden. Alles nämlich, was Gegenstand eines Strebens ist, kann auch Objekt einer Wertschätzung

werden. Von welcher Macht aber ist das Streben nach Selbsterhaltung! Schopenhauer, der doch auch ein genialer Psychologe war, glaubt den innersten Kern der Menschen charakterisieren zu müssen als „Willen zum Leben“. Und eben diesen „unerschöpften zeugenden Lebens-Willen“ meint Nietzsche auch mit seinem Begriff „Wille zur Macht“, wobei er freilich glaubt, noch tiefer zu schürfen als Schopenhauer. So ist es also psychologisch begreiflich, dass das Leben und alles, was dazu notwendig ist, für die Menschen zum Werte wird, und dass unter besonderen Bedingungen diese Wertgruppe an die oberste Stelle sich zu drängen sucht. Eine solche Bedingung war schon vor dem Krieg die starke Entwicklung der biologischen Wissenschaft und die Verbreitung biologischen Denkens auch ausserhalb der Kreise der Fachgelehrten. Für die biologische Betrachtungsweise steht im Zentrum — das Leben; und alles andere wird beurteilt unter dem Gesichtspunkt, ob es das Leben fördert oder hemmt. Das begünstigte jene Schätzung, die sich in dem Worte aussprach: „Das Leben ist des Lebens höchster Sinn“; die also in aller Kultur nicht einen Eigenwert sieht, sondern nur ein Mittel im Dienste des Lebens; das begünstigte auch die Trübung des Wahrheitsbegriffs durch den „Pragmatismus“, der den Begriff „wahr“ in „biologisch nützlich“, „lebenfördernd“ umdeutete.

Derartige Tendenzen mussten eine Reaktion derer wachrufen, die Wert darauf legen, nicht bloss zu leben, sondern als Kulturmenschen zu leben. Von ihnen wurde die Frage aufgeworfen: „Ist denn diese Schätzung des Lebens als höchsten Wertes gültig? Wie stellt sich denn der Wert des Lebens im Lichte der Kulturwerte dar, insbesondere des obersten dieser Kulturwerte: des Sittlich-Guten?“

Schon ein antikes Wort warnt davor: propter vitam vivendi perdere causas (wegen des Lebens das preiszugeben, was das Leben rechtfertigt); Kant erklärt einmal: „Wenn es keine Gerechtigkeit gibt, so hat es keinen Wert, dass Menschen auf Erden leben“; und viel zitiert ist

Schillers Wort: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Übel grösstes aber ist die Schuld". Im Einklang mit solchen Sätzen kam man*) zu dem Ergebnis: das Leben — rein als Inbegriff der physiologischen Prozesse betrachtet — hat noch gar keinen Wert; es ist sozusagen wertindifferent; es erhält erst abgeleiteten Wert, sofern es Voraussetzung ist für die Verwirklichung von Kulturwerten und sofern es dieser dient.

Dass diese Schätzung und damit die Unterordnung der biologischen Werte unter die Kulturwerte tatsächlich im Bewusstsein der heutigen Kulturwelt lebt, ergibt sich schon aus der Tatsache, dass alle kriegführenden Nationen es als sittliche und rechtlich erzwingbare Pflicht ihrer Angehörigen betrachten, ihr Leben für die Verteidigung des eignen Staates und seiner Kultur zu opfern.

Wie steht es aber mit dem Rang der biologischen und der Kulturwerte, wenn die Wahl zwischen beiden nicht von einzelnen zu vollziehen ist, sondern wenn ganze Völker sich vor diese Wahl gestellt sehen?

In diese drangvolle Lage, in diese bange Wahl glaubte sich die deutsche Regierung versetzt bei Ausbruch des Krieges. Ein deutscher Völkerrechtslehrer, Ernst Zitelmann, schildert diese Lage**) so: „Deutschland bot bekanntlich die strenge Wahrung der belgischen Unversehrtheit, sowie des französischen Besitzstandes auf dem Festlande und eine Schonung der französischen Nordküste an, wenn England sich verpflichte, neutral zu bleiben. Nicht nur hat England das abgelehnt, sondern Sir Edward Grey hat dem deutschen Botschafter auf seine dringende Frage,

---

*) Vgl. Hermann Rickert in der Internat. Ztschr. f. Philos. d. Kultur: Logos Bd. II (1911/2) S. 131—166. Tübingen, Verlag Mohr.

**) In dem Werke „Deutschland und der Weltkrieg", herausgegeben von Hintze, Meinecke, Oncken, Schumacher. (Leipzig 1915) S. 651. Natürlich ist das deutsche Auffassung. Aber es scheint mir unerlässlich für eine Verständigung unter den Intellektuellen der kriegführenden Völker, dass sie die Selbstbeherrschung sich erwerben, die subjektiven Auffassungen der Weltlage, die zum Kriege trieben, auch bei den Gegnern kennen zu lernen. Kritik daran zu üben, bleibt ihnen ja unbenommen, und diese Kritik möge auf der anderen Seite ebenfalls ruhige Aufnahme finden!

ob er nicht die Bedingungen angeben könne, unter denen England neutral bleiben werde, erklärt, er müsse endgültig jedes Neutralitätsversprechen ablehnen, England müsse sich die Hände freihalten. Von diesem Augenblick an war für Deutschland kein Zweifel mehr, dass es in dem drohenden Krieg neben Russland und Frankreich auch England als Feind auf dem Plan finden werde. Damit war der Notstand gegeben, aus dem nur die Verletzung der belgischen Neutralität retten konnte."

Ob nun wirklich diese Neutralitätsverletzung das einzige Rettungsmittel war, das ist eine militärisch-politische Frage, zu deren Beantwortung ich mich nicht als kompetent ansehe. Ich erwähne den ganzen Sachverhalt hier nur als Beleg für den oben aufgestellten Satz, dass der Krieg die Tendenz zeigt, die biologischen Werte über die Kulturwerte zu rücken. Erhaltung der Selbständigkeit und Machtstellung eines Staates kann man doch sinngemäss als „biologischen" Wert in bezug auf das grosse Individuum „Staat" bezeichnen; dagegen die Wahrung des Völkerrechts und einer von ihm geforderten Neutralität als Achtung vor einem „Kultur"-wert, nämlich der Idee der rechtlich geordneten Kulturmenschheit.

Lässt sich nun aber die Hintansetzung dieses Kulturwertes hinter den biologischen der Selbstbehauptung eines Staates vor dem Kulturbewusstsein rechtfertigen? Unzweifelhaft scheint mir, dass dieses Bewusstsein eine allgemeine Zurückschiebung der Kulturwerte hinter die biologischen als ein Verfahren brandmarken würde, das mit Recht den Namen „Barbarei" verdiente. So müsste auch eine Regierung, die nach dem Grundsatze handelt: „Was schiert mich Recht oder Unrecht, mir gilt nur Macht und Nutzen meines Staates" — der schärfsten sittlichen Verurteilung preisgegeben werden.

In unserem Falle aber wird das Urteil nicht so leicht zu fällen sein. Hier handelt es sich ja nicht um irgendeinen beliebigen biologischen Wert, sondern um den zentralen, um das Leben des Staates selbst. Und anderer-

seits sollen nicht die Kulturwerte überhaupt hintangestellt werden, sondern die Verletzung eines einzelnen Kulturgutes, etwa einer einzelnen völkerrechtlichen Bestimmung soll als Ausnahmefall entschuldigt und damit sittlich gerechtfertigt werden.

Man versucht dies durch den Hinweis, dass das Privatwie das Strafrecht der Kulturnationen ein Recht des „Notstandes“ anerkennen. Indessen eine einfache Übertragung auf das Völkerrecht ist schon deshalb nicht durchführbar, weil ja auch der einzelne Staat dieses „Notstands-Recht“ des Individuums nicht schrankenlos anerkennt, vor allem nicht gegen sich selbst: er versagt es den Millionen von Soldaten, die er zwingt, ihr Leben aufs Spiel zu setzen.

So könnte man denn denken, dass im Namen der Kulturmenschheit einem Staat, der sich ihr gegenüber auf sein „Notstands-Recht“ berief, geantwortet würde: „Wenn du dich nicht retten kannst, ausser durch Verletzung eines Kulturgutes der ganzen Menschheit, so musst du eben untergehen.“

Ich für meine Person halte niemand für kompetent, über einen unserer Kulturstaaten also das Todesurteil zu sprechen. Würde damit nicht eine weit stärkere Beeinträchtigung der Kulturmenschheit gutgeheissen? Würde diese nicht durch das Verschwinden oder die Unterdrückung auch nur eines der Nationalstaaten mit seiner eigenartigen Kultur eine unersetzliche Einbusse erleiden?

So wird man die Anerkennung eines Notstands-Rechts innerhalb des Völkerrechts schwerlich in überzeugender Weise schlechthin ablehnen können. Um so energischer muss aber zur Wahrung der Kulturwerte Einspruch erhoben werden gegen jede nicht zwingend zu rechtfertigende Berufung auf dieses Notrecht. Denn damit wird eine schiefe Bahn betreten, die zu einer allgemeinen Missachtung der Kulturwerte gegenüber den biologischen Werten der Staaten — ihrer Macht, ihres wirtschaftlichen Nutzens führt — und damit die Menschheit wieder in einen Zustand der Barbarei hinabsinken lässt. Alle, denen Kultur

am Herzen liegt, in den kriegführenden wie in den neutralen Ländern, müssten einträchtig zusammenstehen gegen diese Gefahr.

Die Tendenz, den biologischen Werten die oberste Stelle einzuräumen, wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach sich noch weit über den Krieg hinaus geltend machen. Ein alter Spruch sagt: Primum vivere, deinde philosophari (Erst leben, dann philosophieren). Wie das Philosophieren, d. h. das reine Streben nach Erkenntnis, so ist vielfach die echt kulturelle Betätigung, vom Standpunkt der biologischen Notwendigkeiten aus beurteilt — „Luxus". Wie oft hat schon vor dem Kriege wegen der Rüstungsausgaben das Geld für hohe Kulturzwecke gemangelt! Wird das nach dem Krieg nicht noch weit schlimmer werden, nach den ungeheuren Verlusten an Menschen und wirtschaftlichen Gütern und nachdem nun das gegenseitige Misstrauen der Kulturvölker bis zu sinnlosem Sich-Verkennen und erbittertstem Hass gesteigert wurde! Dabei wird die beängstigende Überzeugung, immerfort in der Existenz bedroht, durch jede Machtsteigerung eines anderen Staates gefährdet zu sein, nicht nur die äusseren Mittel dem biologischen Wert der Selbstbehauptung und der Machtsicherung und -Mehrung zuwenden: sie hat auch die Tendenz, das Innenleben der Nationen der Schätzung der Kulturwerte um ihrer selbst willen zu entfremden. Wenn es das Wichtigste ist, zum Kampf gerüstet zu sein, und wenn alles nach seiner Bedeutung für die militärische Macht der Staaten abgeschätzt wird: muss dann nicht die Kunst als — überflüssig gelten?! Werden dann nicht auch die Wissenschaften lediglich nach ihrem Nutzen für wirtschaftliche und kriegerische Machtentfaltung abgeschätzt werden, so dass etwa die Chemie tausendfach höher gewertet wird als klassische Philologie oder Philosophie?! Wird nicht auch der Geist der ganzen Jugenderziehung ein anderer werden, wenn die Vorbildung für den Kriegsdienst als das wichtigste Ziel erscheint? Sparta wird Ideal werden: aber was hat denn Sparta für die — Kultur bedeutet?

Was über jene verhängnisvolle Richtung der Umwertung hinwegtäuscht, das ist vor allem die unleugbare Tatsache, dass der Krieg zur Entfaltung der edelsten Tugenden Anlass gibt und dass auch die Erziehung zum Kriegsdienst sittliche Kräfte übt. Aber werden wir darum im Krieg ein „Element göttlicher Weltordnung" erblicken und ihn also gleichsam heilig sprechen?! Das liege uns fern! Wie sehr der Krieg bereits von dem Bewusstsein der Kulturvölker als etwas Widersittliches empfunden wird, dafür spricht nichts unzweideutiger als das Bemühen aller, die Schuld am Ausbruch des Krieges von sich abzuwälzen. Sachlich ist das nicht nur begründet in dem namenlosen Unglück und Elend, das jeder Krieg mit sich bringt, sondern zugleich darin, dass er im tiefsten Gegensatz steht zu der sittlich geforderten Gestaltung der Völkerbeziehungen: Streitigkeiten finden ja in ihm ihren Austrag nicht nach der Kulturidee des Rechtes, sondern durch die Macht. Im Kriege geht „Macht vor Recht": darin enthüllt sich sein widersittliches Wesen und seine Tendenz, die biologischen Werte über die Kulturwerte zu rücken, d. h. die Kulturmenschheit in die Barbarei zurückzuschleudern.



Friedensdiskussionen.

Englisches Unterhaus und Deutscher Reichstag.

Von Jonkheer Dr. B. DE JONG VAN BEEK EN DONK.

(Schluss)

Man kann schon jetzt annehmen, dass der Reichskanzler die Garantien für die künftige Haltung Belgiens nicht in einer Annexion belgischen Gebietes sucht. Hoffnungsvoll sind in diesem Zusammenhang die Äusserungen zweier Parteiführer, welche die Absichten der deutschen Regierung kennen dürften. Graf Westarp, der Führer der Konservativen, protestierte schon im vorhinein dagegen, dass etwa die gewünschten Garantien nichts anderes bedeuten sollten als Verträge, was er für ungenügend erklärte. Seine Stimmung dem Reichskanzler gegenüber war denn auch nicht freundlich. Dagegen stützte die sozialdemokratische Partei während der letzten Reichstagsdebatte den Reichskanzler fast ohne Vorbehalt. Ist es anzunehmen, dass dieser Beistand ihm gewährt worden wäre, wenn Scheidemann und dessen Freunde sich nicht vorher überzeugt hätten, dass ihre Auffassung über die Tendenz seiner Rede die richtige ist? Nach dem, was aus zuverlässiger Quelle bekannt geworden ist, hatte auch Landsberg im Dezember jeden Grund zu der Annahme, dass seine Interpretation der Worte des Reichskanzlers mit dessen Absicht übereinstimmte.

Wenn also die Garantien gegen die Gefahr, dass Belgien ein französisch-englischer Vasallenstaat werden könnte, nicht in einer Gebietsänderung, sondern in den vom Grafen Westarp so sehr gefürchteten Verträgen zu suchen wären, besteht dann kein ausreichender Anlass dafür, dass

irgend eine neutrale Regierung hinsichtlich der deutschen Auffassung über den Inhalt dieser Verträge um Aufklärung bitte? Gegen das Ziel selbst — „Belgien kein Vasallenstaat“ — wird doch auch England keine Beschwerde erheben.

Man darf auch nicht übersehen, welchen Fortschritt diese Äusserung des Reichskanzlers bedeutet. Früher huldigte er der Anschauung, dass Belgien als Faustpfand grossen Wert hat. Eine Zusage, aus welcher man ableiten könne, dass Deutschland das besetzte Belgien beim Frieden zurückgeben werde, wurde als unvereinbar mit den deutschen Interessen erachtet. Denn Belgien sollte bei den Friedensunterhandlungen als „Tauschobjekt“ dienen, behufs Zurückerhaltung der bisherigen deutschen Kolonien und zur Erlangung neuer. Wenn die deutsche Regierung schon im voraus erklären sollte, Belgien nicht annektieren zu wollen, so wäre dadurch der bedeutendste Trumpf aus den Händen gegeben und würde Deutschland also bei den Friedensunterhandlungen in eine schlechtere Lage kommen. Diese Auffassung war aber sowohl sachlich unrichtig, als aus dem Gesichtspunkt guter internationaler Politik verwerflich. Diese Theorie nun findet man glücklicherweise in der letzten Rede des Reichskanzlers nicht wieder. Wie man auch über die von dem Reichskanzler geforderten Garantien denken möge, die Faustpfand-Lehre, mit ihren sogenannten Vorteilen, ist aufgegeben und hat der öffentlichen Verurteilung der Ländergier Platz gemacht.

„Wer kann ernstlich glauben, dass Ländergier die Sturmkolonnen bei Verdun beseelt, und immer neue Heldentaten vollbringen lässt?

Oder soll ein Volk, das der Welt so viel an geistigem Gut geschenkt hat, das 44 Jahre lang die friedliebendste aller Nationen war, sich wieder in Hunnen und Barbaren verwandelt haben?“

So lauten die scharfen Äusserungen des Reichskanzlers gegen die Eroberungslust. Ist, so darf man fragen, nach diesen Worten noch zu zweifeln an dem Schicksal Nord-

Frankreichs, Serbiens und Montenegros, auch wenn ein sofortiger Friede zustande käme?

Zum Schlusse noch die polnische Frage. Kann dasjenige, was der Reichskanzler darüber verlauten liess, sich als einen unheilbaren Bruch erweisen? Die Tendenz seiner Worte ist nicht recht deutlich. Einige ersehen daraus eine Vermehrung des deutschen Gebietes; andere — u. a. verschiedene holländische Zeitungen, die im ganzen eine richtige Einsicht in der internationalen Politik zeigen und sehr objektiv urteilen — ersehen daraus die Absicht, Polen und andere Gebiete, welche jetzt von deutschen Truppen besetzt sind, zu unabhängigen Pufferstaaten zu machen. Mit Ausnahme vielleicht der Baltischen Provinzen, von denen wenigstens ein Teil der Bevölkerung deutsch zu werden hofft, würde diese Lösung mehr in Übereinstimmung mit der Verurteilung der Ländergier und der Erwähnung des „Prinzips der Nationalitäten“ sein. Gleichfalls bemerkenswert sind die Worte des Reichskanzlers: „Deutschland würde niemals freiwillig die befreiten Völker der Herrschaft des reaktionären Russland wieder ausliefern“, ohne dass er dabei behauptete, er wolle diese Völker für immer in den deutschen Staatsverband aufnehmen. Ein neuer selbständiger Volksbestand mit dem Aufrichten neuer Pufferstaaten zwischen Deutschland und Russland würde auch der Forderung, dass Ost- und Westpreussen nicht von neuem einem Einfall Russlands ausgesetzt sein sollen, vollkommen Genüge tun.

So lehrt uns die Übersicht des Standpunktes des Reichskanzlers, der deutschen sozialdemokratischen Partei, von vielen Abgeordneten aus den freisinnigen Gruppen, von manchem Delbrückisten, auch aus den weniger fortschrittlichen Kreisen, dass es wenigstens, vorsichtig ausgedrückt, nicht ganz ausgeschlossen ist, dass sie, die jetzt am einflussreichsten sind in Deutschland, einer Politik anhängen, die mit den Wünschen der Alliierten in Übereinstimmung zu bringen ist. Man mag bedauern, dass durch gewisse Reserven noch Zweifel geboten ist; in jedem Fall wird sich

doch dieses gezeigt haben, dass die höhnende Sicherheit, mit welcher Snowden und Trevelyan im englischen Unterhaus von ihren Gegnern behandelt wurden, als ob jeglicher Friede, den Deutschland jetzt schliessen würde, mit Vergewaltigung anderer Völker verbunden sein müsse, durch das oben Erwähnte nicht gerechtfertigt wird.

Und nun andererseits Asquiths Erklärungen. Hat der Reichskanzler vielleicht Recht, wenn er betont, dass die Engländer Deutschlands Zertrümmerung proklamiert haben, dass sie Deutschlands Vernichtung wünschen? Der Satz Asquiths, der am meisten jede Annäherung als unmöglich scheinen liess, war der, welcher sich auf den preussischen Militarismus bezog. Seine letzte Rede, vor den französischen Parlamentariern gehalten, gibt hierüber eine ausführlichere Erläuterung als seine Erklärungen im englischen Unterhaus. Sie verdient die Aufmerksamkeit, die sie erregt hat, und bildet das hoffnungsvollste Zeichen dieser Zeit. Aber ihre Bedeutung entlehnt die hier gegebene Erläuterung mehr dem besonderen Zeitpunkt, als ihrem Inhalt. Es ist von besonderem Interesse, dass Asquith diese milde Interpretation von Englands Kriegszweck in bezug auf den deutschen Militarismus beinahe sofort nach den Worten Bethmann-Hollwegs ausgesprochen hat. Die letzteren waren von vielen Neutralen in günstigem Sinne aufgefasst worden. Asquiths Rede scheint zu beweisen, dass auch Englands Premier dieses günstige Urteil über die Rede des Reichskanzlers teilt, dass er die Worte Bethmann-Hollwegs als ein erstes Entgegenkommen gedeutet hat und darauf seinerseits entgegenkommend hat antworten wollen.

Denn entgegenkommend sind die Worte Asquiths. Jetzt endlich hat er sich Mühe gegeben, um mit einiger Ausführlichkeit zu erklären, was zwar denjenigen, die seine Rede sorgfältig gelesen hatten, deutlich war, nichtsdestoweniger aber viel Missverständnis verursacht hat.

Neu ist die Interpretation seiner Worte nicht: schon bei den Friedensdebatten im Unterhaus am 23. Februar

1916 hat er die Unrichtigkeit der in Deutschland geltenden Deutung ins Licht gestellt. Trevelyan hatte daran erinnert, wie der deutsche Reichskanzler die Worte aus der Guildhallrede Asquiths gedeutet habe, nämlich in dem Sinne, dass Deutschland zertrümmert werden müsse. Mit dem Schutze der kleinen Staaten sei nach Auffassung des deutschen Reichskanzlers das Bestreben gemeint, die Grossen zu vernichten, deren Entwicklung England schon lange mit Neid und Misstrauen betrachtet habe. Trevelyan fügte hinzu, dass er selbst nicht glaube, dass diese Interpretation die richtige wäre, meinte aber, dass eine ausdrückliche Verneinung wohl erwünscht sein würde.

„Ich meinerseits glaube nicht, dass die richtige Auslegung der Worte unseres Premierministers, die deutsche Vorherrschaft (domination) müsse vernichtet werden, auf die Zertrümmerung des deutschen Reiches oder irgend eines Grossstaates, auf den wir eifersüchtig wären, hinausläuft oder auf die Eroberung deutscher Provinzen. Aber ich möchte mir erlauben, unserer Regierung nahezulegen, dass sie einen Fehler begehen würde, wenn sie eine solche Auslegung ihrer Äusserung ohne ausdrückliche Zurückweisung sich gefallen liesse.“ (23. Febr. 1916.)

Er hoffe auch, dass Asquith nochmals dasjenige wiederholen würde, was er am 25. September 1914 zu Dublin ausgesprochen hatte:

„Der Begriff des öffentlichen Rechts bedeutet — oder sollte es wenigstens bedeuten und wäre es auch nur durch eine langsame und allmähliche Entwicklung — den Ersatz der Gewalt und des Zusammenstosses von ehrgeizigen Kriegsheeren durch die Organisation einer friedlichen europäischen Völkergesellschaft, gegründet auf die Anerkennung gleicher Rechte und festgesetzt und durchgeführt durch gemeinsame Willenshandlungen. Noch vor einem Jahre würde dies wie eine Utopie geklungen haben; es sei auch wahrscheinlich eine Idee, welche weder heute noch morgen voll verwirklicht werden kann. Aber wenn und wann immer dieser Krieg zugunsten der Alliierten entschieden werden wird, so werde diese Idee wenigstens sofort innerhalb des Gedankenkreises und binnen kurzen auch innerhalb der Machtsphäre der europäischen Staatsmänner auftauchen.“ (*Asquith, Dublin*, 26. Sept. 1914.)

Es ist merkwürdig, dass der Premier diesen beiden Wünschen des vielgeschmähten Trevelyan sofort in einer Antwort Genugtuung gegeben hat. Denn er erklärte schon damals, die Worte seiner Guildhallrede wiederholend:

„Meine Worte sind diesem Hause genau bekannt, sie sind unseren Verbündeten, sie sind unseren Feinden genau bekannt; niemand weiss besser, was ich meine als der deutsche Reichskanzler, der es aber vorgezogen hat, sie zu verdrehen und ihren Sinn zu entstellen."

Und zu den Worten: „die militärische Vorherrschaft Preussens" fügt er offenbar absichtlich hinzu: „so lautete meine Rede", um noch einmal hören zu lassen, dass eine Vernichtung Deutschlands oder eine vollständige Vernichtung des deutschen oder preussischen Militarismus nicht gemeint war. Trevelyans Wunsch nach einer Wiederholung von Asquith Zusage für „die Organisation einer friedlichen europäischen Völkergesellschaft, gegründet auf die Anerkennung gleicher Rechte und festgesetzt und durchgeführt durch gemeinsame Willenshandlungen" erfüllte Asquith durch die folgenden Worte: „Dies ist heute meine Überzeugung, genau so wie damals, als ich sie zum erstenmal aussprach".

So hatte Asquith also schon im Februar erklärt, was er in seiner Rede an die französischen Parlamentsmitglieder in ausführlichem Wortlaut wiederholte: seine Forderung betreffend „die Zerstörung der militärischen Herrschaft Preussens" bedeute keinesfalls das von den Deutschen darin gelesene Verlangen nach einer Vernichtung Deutschlands.

Doch hat leider der Reichskanzler dessenungeachtet in seiner Rede vom 5. April von neuem derselben Interpretation gehuldigt, die Trevelyan in dem englischen Unterhaus erwähnte und wovon Asquith sagte, dass der Reichskanzler dadurch seine Worte verdreht und entstellt habe. Denn der Reichskanzler sprach von einer „völligen und endgültigen Zerstörung der militärischen Macht Preussens" — man gebe Acht auf den Unterschied zwischen „militärische Macht" und „military domination" (militärische Vorherrschaft) — und er sprach von dem „einigen und freien Deutschland, das unsere Feinde vernichten wollen": „Ohnmächtig soll Deutschland wieder werden... Das verstehen unsere Feinde unter der Vernichtung der militärischen Macht Preussens."

Asquiths letzte Rede wird hoffentlich diese Phantasie bezüglich des Kriegszieles der Feinde für immer zerstört haben:

„England, und ebenso Frankreich, haben den Krieg unternommen, nicht in der Absicht, Deutschland zu erwürgen, seinen Staat von der Karte Europas auszulöschen, sein nationales Leben zu zerstören oder zu verstümmeln und gewiss nicht, die freie Ausübung seiner friedlichen Bestrebungen zu hemmen. Wir sind dazu getrieben worden, die Waffen zu ergreifen, weil wir Deutschland — was in diesem Zusammenhange soviel bedeutet, wie Preussen — daran verhindern wollen, sich eine drohende kriegerische Machtstellung und Herrschaft über seine Nachbarn einzurichten.... Das Kriegsziel der Alliierten besteht darin, diesen Versuch zu vereiteln und dadurch auch zugleich den Weg zu bahnen zur Herstellung einer internationalen Verfassung, welche den Grundsatz der Gleichberechtigung für alle zivilisierten Staaten sicherstellen soll. Als Ergebnis dieses Krieges wollen wir den Grundsatz festlegen, dass alle internationalen Fragen zwischen freien Völkern durch freie Verhandlung auf dem Fusse der Gleichheit gelöst werden müssen und dass derartige Vereinbarungen nicht mehr durch herrische Diktate einer Regierung gehindert oder erzwungen werden sollen, einer Regierung, die allerdings durch die Zerstörung der militärischen Vorherrschaft (domination) Preussens beseitigt würde. Nicht mehr wollen wir, aber auch nicht weniger."

So kann auch der englische Standpunkt für Deutschland nicht unannehmbar sein, ebensowenig wie der deutsche Standpunkt es für England und seine Bundesgenossen sein kann.

„Nicht die Vernichtung fremder Völker ist das, was wir erstreben," sagte Bethmann-Hollwg, und:

„nicht Deutschland zu erwürgen, nicht seinen Staat von der Karte Europas auszulöschen oder sein nationales Leben zu zerstören und gewiss nicht die freie Ausübung seiner friedlichen Bestrebungen zu hemmen",

ist der Kriegszweck Englands und Frankreichs, erklärte Asquith.

Diese Verneinungen eröffnen die Möglichkeit zu einem Vergleich. Und nicht minder der positive Teil der Wünsche beider.

„Das Europa, das aus dieser ungeheuersten aller Krisen erstehen wird, wird in vielen Stücken dem alten nicht gleichen. Das vergossene Blut kommt nie, das vertane Gut nur langsam zurück. Wie es auch sein wird, es muss für alle Völker, die es bewohnen, ein Europa der friedlichen Arbeit werden. Der

Friede, der diesen Krieg beenden soll, muss von Dauer sein. Er muss nicht den Keim neuer Kriege, sondern einer endgültigen friedlichen Ordnung der europäischen Dinge in sich tragen",

sagte der Reichskanzler. Dies stimmt doch sehr merkwürdig mit Asquiths Erklärung überein, welche lautete:

„Das Kriegsziel der Alliierten besteht darin, den Weg zu bahnen zur Herstellung einer internationalen Verfassung, welche den Grundsatz der Gleichberechtigung für alle zivilisierten Staaten sicherstellen soll."

Wäre es jetzt nicht endlich Zeit für einen Vermittlungsversuch der neutralen Staaten? Wäre jetzt nicht der Augenblick angebrochen, dass eine neutrale Regierung, oder dass eine Konferenz der Neutralen gemeinschaftlich an Deutschland die Frage richte, wie Deutschland sich die Garantien denkt, dass Belgien nicht „ein französisch-englischer Vasallenstaat und wirtschaftlich als Vorwerk gegen Deutschland ausgebeutet wird"? Was Deutschland will, ist billig, und kein Belgier wird dieses bestreiten. Aber es ist die Frage, wie Deutschland sich die „realen Garantien" denkt? Von der Antwort auf diese Frage hängt grösstenteils die Möglichkeit des Friedens ab.

Und eine zweite Frage, die an Deutschland gestellt werden sollte, ist die, ob Deutschland einverstanden ist mit Asquiths Devise: „dass internationale Probleme durch freie Verhandlung zwischen freien Völkern auf dem Fusse der Gleichheit gelöst werden müssen."

Wenn Deutschland auch hierauf eine befriedigende Antwort gibt, dann könnte die neutrale Regierung dies an England mitteilen, und mit Vertrauen die Frage stellen, ob ein Vermittlungsanerbieten nicht unwillkommen sei?

Oder besteht hier in der Tat ein Unterschied zwischen dem deutschen und englischen Kriegsziel? Ist es nicht wahr, was wir Neutralen glauben, dass schon jetzt das deutsche Volk sich des Elends dermassen bewusst ist, dass es, sei es auch in ungeschwächter Erkenntnis seiner wahrlich wunderbaren militärischen Kraft, den festen Willen hat, mitzuarbeiten am Zustandebringen eines internationalen Systems, worin die militärische Kraft nicht die Rolle

spielen wird, die sie vor dem Kriege hatte? Irren wir uns, wenn wir das deutsche Volk als ein Volk betrachten, das in der Mehrzahl in seinem Wesen ebenso friedliebend ist wie die anderen Völker, das daher nur aus Mangel an Interesse für die internationale Politik gestattet hat, dass auf den Friedenskonferenzen Deutschlands Vertreter die Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation und einer damit verbundenen Rüstungsbeschränkung vereitelten? Sind wir zu optimistisch, wenn wir glauben, dass dieses deutsche Volk sich jetzt jenes Fehlers bewusst geworden ist und es auf sich nehmen wird, dass, auch im Interesse des deutschen Volkes selbst, die von Asquith proklamierte internationale Lage als Ergebnis des Krieges entstehen soll, eine internationale Lage, in welcher nicht militärische Gewalt, sondern Rechtsbewusstsein und Verständigung die Entscheidung internationaler Streitigkeiten bringen werden? Wenn in der Tat das deutsche Volk in diesen einundzwanzig Monaten noch nichts gelernt hätte, wenn es wirklich zulassen könnte, dass nach diesem Kriege von neuem eine Zeit anbrechen würde, in welcher militärische Macht mehr als Gerechtigkeit gelten würde — die traurige Theorie, welche vor diesem Kriege überall herrschte, und keineswegs nur von Deutschland allein befolgt wurde —, dann würden die Neutralen leider nichts anderes tun können, als die Richtigkeit des Losungsworts auch manches französischen Pazifisten anzuerkennen: „jusqu'au bout"; eine Devise, welche die Neutralen im Vertrauen auf das deutsche Volk und auch auf die jetzige Stimmung seiner Regierung, so sehr bedauern und verurteilen.

Hier scheint eine grosse Aufgabe für die Edelgesinnten unter dem deutschen Volke vorzuliegen. Mögen sie öffentlich erklären, dass das von Asquith genannte System, das notwendige Resultat dieses Krieges, auch das ihrige ist! Es herrschen zahlreiche Missverständnisse über die jetzige Gesinnung des deutschen Volkes bei den Gegnern vor. Das Schweigen der deutschen Pazifisten und Sozialisten über die belgische Neutralitätsverletzung hat, so viel man

dieses Schweigen auch zu entschuldigen sucht, unsäglichen Schaden angerichtet. Auf diesen Männern ruht die Ehrenschuld, sich wenigstens jetzt unzweideutig über die Zukunft auszusprechen.

Manche wertvolle Veröffentlichung ist in späterer Zeit erschienen. Die Artikel Professor Schückings — nicht mit Unrecht von den englischen Völkerrechtsgelehrten „the brave Professor of Marburg" genannt —, die Ausführungen des Herrn Dr. Hans Wehberg, dem alle Pazifisten eine gute Rückkehr aus dem Kriege wünschen, die Artikel und Broschüren Professor Quiddes, dessen Pazifistenname unbefleckt ist, die Broschüren des Bundes „Neues Vaterland", die vortrefflichen Lieferungen des „Forum", alle diese Äusserungen nützen dem deutschen Weltrufe mehr als die ganze militärische Kraftentfaltung. Die aufrichtigen Freunde Deutschlands können es nur bedauern, dass die massgebenden Autoritäten sie alle, und so die edelsten Stimmen Deutschlands zum Schweigen verurteilt haben. Indessen besteht auch jetzt noch manche Gelegenheit, eine vernünftige und gerechte Anschauung zu veröffentlichen. Insbesondere in der Volksvertretung ist jedenfalls noch immer die unbeschränkte Gelegenheit gegeben, eine wahrhaft internationale Gesinnung kundzutun. Dort an erster Stelle sollte diese Pflicht verstanden und geübt werden. Es genügt nicht, dass Liebknecht und Haase die Ideale von internationaler Gerechtigkeit und Völkergemeinschaft verkünden, es wird selbst nicht genügen, dass Scheidemann, Ebert und andere Führer der Mehrheit der Sozialdemokraten in unzweideutigen Worten die Erklärung abgeben, dass sie die Rückkehr des gewaffneten Friedens verabscheuen würden und dass sie sich der Pflicht Deutschlands bewusst seien, zur Verhütung dieses Rückfalles mitzuwirken. Nein, wenn die Diskussion den Frieden anbahnen soll, so müssen auch die Führer anderer politischer Parteien sich in gleichem Sinne äussern. Hofft man zuviel, wenn man den Wunsch ausspricht, dass speziell die Freisinnigen und das Zentrum diese ihre Aufgabe verstehen mögen? Von ihrem Reden

und Schweigen kann die nächste Zukunft abhängen. Verhalten sie sich schweigend, dann wird bei einer nächsten Friedensdiskussion im englischen Unterhaus aufs neue an Männer wie Snowden und Trevelyan die höhnende Frage gerichtet werden: Wer sind diejenigen in Deutschland, die einen gerechten und dauernden Frieden ermöglichen wollen? Zwanzig der hundert Sozialisten? Haben wir mit ihnen Frieden zu schliessen??? Und dann mögen Trevelyan und Snowden, ebenso wie viele von den Neutralen, noch so sehr davon überzeugt sein, dass diese zwanzig Sozialdemokraten nicht allein stehen, diese Antwort würde doch nur auf „Intuition", nicht auf Wissen beruhen können, und unserer Zeit der „hard facts" kann dies am allerwenigsten genügen.

Aber wenn sie alle reden wollten, Scheidemann und die Freisinnigen und die Zentrumsabgeordneten, wenn sie den Mut zeigen, sich einem Grafen Westarp und einem Bassermann energisch und zielbewusst zu widersetzen, so wird die Entente davon überzeugt werden, dass auch in Deutschland der Wunsch nach einem dauernden Frieden stark und aufrichtig ist und dass auch ohne eine militärische Niederlage Deutschlands — die, wenn sie jemals möglich wäre, jedenfalls riesige Opfer fordern würde — die Schaffung eines neuen Europa schon jetzt möglich ist.

Vermutlich liegt das Leben Hunderttausender Menschen in den Händen der deutschen Parlamentsmitglieder, die friedlich gesinnt sind, aber aus allerlei taktischen Gründen glauben, die „Einheit" des deutschen Volkes nicht zerstören zu dürfen. Und doch ist es gerade diese Lossagung vom Junkertum und von den Militaristen à outrance, worauf die gemässigten Leute in der Entente warten, gespannt warten, damit dadurch der Frieden möglich werde. Der bekannte französische Pazifist Professor Ruyssen, der sich während des ganzen Krieges jede Verbindung mit Pazifisten aus den feindlichen Staaten versagt hatte, schrieb dieser Tage in einem Briefwechsel mit Dr. Fried: „Wenn übrigens die Zentral-

mächte geneigt sind, die weisen Ratschläge zum Frieden zu befolgen, wenn sie bereit sind, sich mit einem Frieden ohne Sieger und Besiegte zu begnügen, so mögen sie es laut und deutlich sagen. Eine solche Erklärung würde nicht verfehlen, bei den Alliierten ein mächtiges Interesse zu wecken und würde zweifellos folgenschwer sein. Aber wo sind in Deutschland jene, welche die Stimmen der Mässigung und der Gerechtigkeit vernehmen und ihnen Geltung verschaffen können?"

Auf den deutschen Staatsmännern und Gelehrten guten Willens ruht eine schwere Verantwortlichkeit, wenn sie diese Einladung unbeantwortet lassen. Gewiss, viele Deutsche haben schon Schritte zur Verständigung getan und die dargereichte Hand ist leider oft roh zurückgestossen worden. Aber, das Interesse, das hier auf dem Spiele steht, ist doch wahrhaftig zu gross und wichtig, um jetzt noch genau abzuwägen, welcher von beiden Teilen mehr verpflichtet sei, ein Wort zur Versöhnung hören zu lassen, ein Wort, das zum Frieden führen könne. Und hier kann sehr bestimmt die „nationale Ehre" nicht Schaden erleiden, wenn die Deutschen erklären, in der Zukunft ein System internationaler Gerechtigkeit annehmen zu wollen! So ist denn nach der Rede Asquiths eine glänzende Gelegenheit geboten, um den Frieden um einen Schritt zu fördern, ohne Gefahr, schwach zu scheinen. Mögen die deutschen Vorkämpfer eines neuen Völkerlebens dies einsehen! Frieden oder Krieg liegt vielleicht in ihrer Hand!

Haag, 11. Mai 1916.



Wir haben den Ausführungen des ausgezeichneten Pazifisten gerne Raum gegeben, wenn wir auch seine Überzeugung, dass der Friede in erster Linie von der Stellungnahme der Zentralmächte abhänge, nicht ganz teilen können. Immerhin könnten die geforderten Erklärungen dem Drängen der Friedenspartei auf der andern Seite zu Hilfe kommen. Auch eine genauere Erklärung über die künftige „Freiheit der Meere" wäre von grosser Wichtigkeit.

Die Redaktion.

Noch einmal die Pressreform.

Ein deutscher Fachmann schreibt uns:

Mehr als je ein früherer Vorgang hat der Krieg die verhängnisvolle Rolle beleuchtet, welche die Tagespresse im derzeitigen Kulturleben spielt, und hat demzufolge schon verschiedentlich — auch in diesen Blättern — Anregungen und Vorschläge gezeitigt, wie den heute vielfach von ihr ausgehenden schädigenden Einflüssen beizukommen ist. Aber alle Vorschläge, die ich bisher gelesen habe, haben den Mangel gemeinsam, dass sie das Unkraut nicht mit der Wurzel auszureissen wagen, sondern nur schüchtern daran herumstutzen wollen. Wenn dem „notwendigen Übel" der Presse überhaupt beizukommen ist, kann es nur durch radikale Umgestaltungen geschehen.

Zu diesem Zwecke muss man sich zunächst fragen: Worin besteht überhaupt das Wesen einer Zeitung? Antwort: Es ist ein kapitalistisches Geschäftsunternehmen wie jede Fabrik; es gehört zur Gattung der Verkehrsunternehmungen, und zwar ist es ein Reklameunternehmen. Es unterscheidet sich von anderen dieser Art dadurch, dass es gedruckte Anzeigenlisten täglich in die Häuser schickt. Um aber Sicherheit zu geben, dass diese auch gelesen werden, verbindet es sie mit einem solchen Text, von dem sich vorher sagen lässt, dass er die Empfänger interessiert.

Da ein kapitalistischer Unternehmer aus seinem Unternehmen selbstverständlich so viel Geld zu machen sucht wie angängig, so gibt er den Lesern die Zeitung nicht umsonst, sondern lässt sich auch von ihnen noch so viel dafür bezahlen, wie er ihnen nach Lage der Konkurrenzverhältnisse zumuten kann, ohne die für das Inseratengeschäft unerlässliche Erzielung einer grösstmöglichen Anzahl von Lesern zu beeinträchtigen.

Was wählt der Verleger nun als Lesestoff, um den zum „Abonnenten" gewordenen Kundenkreis seines Inseratengeschäftes an sein Anzeigenorgan zu fesseln, resp. recht viele Lese-Kunden dafür zu gewinnen?

Grundsätzlich lassen sich drei verschiedene Gebiete des Zeitungsinhaltes unterscheiden: 1. Nachrichtenvermittlung, 2. Kritische Betrachtungen, 3. Unterhaltungslektüre (zu letzterer sind auch wissenschaftliche Abhandlungen, technische Beilagen etc. zu rechnen).

Das wichtigste Material für den Verleger ist die Nachrichtenvermittlung. Denn wie hoch oder niedrig die einzelnen Individuen seiner Leserschicht stehen mögen, — was in der Welt vorgeht und was neues passiert ist, wollen sie alle wissen, wenn auch den einen mehr Raubmordaffären oder lokale gesellschaftliche Ereignisse, den andern Börsenkurse und Polizeiverordnungen, den dritten Parlamentsberichte und aussenpolitische Vorgänge, den vierten Kunstausstellungen oder wissenschaftliche Personalfragen interessieren. Darum haben sich die Verleger von Anfang an vor allem auf das Gebiet der Nachrichtenvermittlung gestürzt.

Die glänzende Möglichkeit, auch Stimmung und Gesinnung des Lesers schon durch geeignete Auswahl und Zusammenstellung des Nachrichtenmaterials, noch mehr aber durch daran gehängte, später selbständig daneben herlaufende Kommentare und Betrachtungen zu beeinflussen, hat dann, seit der Entstehung einer politischen Bewegung im Volke und vor allem seit Entstehen der Parlamente und damit der politischen Parteien, die Politiker veranlasst, sich ihrerseits nun wieder der Zeitungen zur Verfolgung ihrer politischen Ziele mitzubedienen. Da verschiedene Gruppen der Bevölkerung, auf die die einzelnen Zeitungen zugeschnitten waren, ohnehin auch politisch verschiedene Interessengemeinschaften darstellten (z. B. Stadt und Land, gebildetes Publikum und breite Masse, verschiedene geographische Gebiete etc.), so war es verhältnismässig leicht, mit den Zeitungen jeweils bestimmte mehr oder weniger ausgesprochene politische Tendenzen zu verbinden. Wo dies aber Schwierigkeiten machte, namentlich wo Minderheitsgruppen in Frage kamen, legten dann die politischen Cliquen und Parteien auch erhebliche Summen zu, um die Gründung eigener Blätter hier und dort zu ermöglichen. Es bedarf keiner Darlegung, dass alle auf diese Weise zu politischen Parteiorganen gewordenen Zeitungen von vorneherein tendenziös und einseitig, also unaufrichtig sein müssen. Denn ihr ganzer Daseinszweck ist ja, die Wählerschaft bei der Partei festzuhalten und neue Mitläufer zu gewinnen. Sie müssen deshalb — je besser sie geleitet sind, desto intensiver — bestrebt sein, die ganze Weltgeschichte so darzustellen, dass sie zu einer Apotheose der eigenen Partei, ihrer Programmsätze und ihrer Führer wird, die nahestehenden Parteien schont, die fernerstehenden ignoriert, die feindlichen ständig als dumm und schlecht erscheinen lässt. — Diesen Teil bezeichnen wir als kritische Betrachtungen.

Der Unterhaltungsstoff endlich bildet lediglich ein Füllsel,

um die Leser, soweit sie am übrigen Teil der Zeitung nicht genügend Interesse haben, anzulocken und die Konkurrenz zu schlagen, — ähnlich wie ein Warenhaus mit Zugaben und Restetagen, Schaufensterauslagen und unentgeltlichen Erfrischungsräumen arbeitet.

Will man nun den verwüstenden Einfluss beseitigen, den die Tagespresse in ihrer heutigen Gestalt auf das Publikum ausübt, so muss man ihren elementaren Grundlagen ans Leben gehen. Das Rezept dafür ist ziemlich einfach. (Inwieweit es den realen Machtfaktoren gegenüber, die mit der heutigen Tagespresse verbündet sind, durchführbar erscheint, mag vorläufig dahingestellt bleiben.)

Es gilt zunächst, der Presse den Boden zu entziehen, auf dem sie als Geschäftsunternehmen wuchern kann. Das ist das Inseratenwesen. Also 1.: Entziehung des Anzeigenteils durch ein staatliches Monopol für Inserate.

Es gilt des weiteren der Presse den Boden zu entziehen, auf dem sie als Verbreiterin von Unwahrheiten oder Halbwahrheiten wuchern kann. Also 2.: Entziehung des Nachrichtenmaterials durch ein Nachrichten-Vorkaufsrecht des Staates.

Praktisch würde sich dies folgendermassen gestalten:

In jedem Staate wird ein täglich mindestens zweimal erscheinendes Zentral-Nachrichtenblatt herausgegeben. Es bringt nichts als Tatsachen. Die Redaktion untersteht einem Pressausschuss des Parlamentes, in dem alle Fraktionen durch mindestens einen Delegierten, grundsätzlich aber je nach Stärke ihrer Wählerzahl vertreten sind. Der Redaktion dieses Zentral-Nachrichtenblattes, das in engstem organisatorischen Zusammenhang mit dem staatlichen, aber der Kontrolle des gleichen parlamentarischen Pressausschusses unterstellten Telegraphenbureau steht, ist jede durch privaten Nachrichtendienst erlangte Nachricht zunächst zum Abdruck anzubieten. Lehnt es ihre Aufnahme ab, was natürlich binnen allerkürzester Frist erfolgen muss, so steht jedem anderen Pressorgan die Aufnahme frei. (Die Vereinbarung darüber kann natürlich auch vor Einholung des betreffenden Berichtes erfolgen.) Wird sie angenommen, so muss sie auch in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden (besondere Vereinbarung vorbehalten). Legt der Überbringer der Nachricht besonderes Gewicht auf den Abdruck im Zentral-Nachrichtenblatt, so kann er gegen ablehnenden Bescheid an jedes Mitglied des Pressausschusses appellieren. Auf Verlangen auch nur eines Mitglieds des Ausschusses muss jede Nachricht aufgenommen werden.

Das Zentral-Nachrichtenblatt geniesst das Inseratenmonopol (soweit es sich um Inserate für die Tagespresse handelt). Seine Einnahmen werden dadurch so gross sein, dass das Blatt allen selbständig lebenden Staatsbürgern unentgeltlich geliefert werden kann. Dadurch steigt wieder der Wert der Inserate dermassen, dass es ziemlich hohe Preise für sie nehmen und damit das Inseratengeschäft weit über den heutigen Stand hinaus profitabel machen kann.

Da es sowohl für Nachrichten, wie für Anzeigen neben den allgemeinen auch solche von nur lokalem Charakter gibt, werden dem Zentral-Nachrichtenblatt allenthalben besondere Lokalbeilagen gegeben, die nach gleichem Grundsatze redigiert und verwaltet werden.

Das Zentral-Nachrichtenblatt bringt weder irgendwelche kritische oder erläuternde Betrachtungen, noch einen Unterhaltungsteil. Dies bleibt den selbständigen Zeitungen überlassen, denen jedoch dafür untersagt ist, Nachrichten zu bringen und Anzeigen aufzunehmen. Sie werden aber nur als genossenschaftlich organisierte Parteiblätter zugelassen, wie es schon früher in diesen Blättern empfohlen wurde (I., 7. November 1915, S. 389), damit die Parteileitung für ihre Redigierung verantwortlich ist und schon um ihres Renommees willen auf die Haltung des Blattes entsprechend einwirkt. Es muss ferner jeder Aufsatz gezeichnet werden, um ihn deutlicher als eine nur persönliche Meinung hervortreten zu lassen und damit der Zeitung den autoritativen Nimbus und suggestiven Einfluss zu nehmen, den sie auf weite Kreise des Publikums durch ihre heutige Aufmachung ausübt. (Pseudonym müsste jedoch gestattet sein.)

Selbstverständlich liegt der Einwand nahe, dass sich diese Vorschriften umgehen lassen: Die Grenze zwischen Nachricht und kritischer Betrachtung, sowie die Grenze zwischen redaktionellem Beitrag und bezahltem Inserat ist flüssig. Aber das tut nichts zur Sache. Besondere Gerichte für Prressvergehen, die ohnehin sehr wünschenswert wären, oder im Notfall auch die gewöhnlichen Gerichte werden im Einzelfall mit Leichtigkeit feststellen können, ob solche Umgehung der Vorschriften beabsichtigt war.

Ich bin mir natürlich darüber klar, dass eine solche Organisation des Zeitungswesens auf den derzeitigen Stand der Presse verheerend einwirken müsste; dass namentlich — was Herr Chefredakteur Posse (II. 1, S. 48) schon von der Einführung des Befähigungsnachweises erwartet — „die kleinen Zeitungsunternehmen unter diesen Lasten erstickt würden und ver-

schwinden müssten". Ich verstehe bloss nicht, was daran bedauerlich wäre. Im Gegenteil, ich sehe darin das eigentliche Hauptziel der Neugestaltung. Was hat es denn für einen Sinn und Zweck, dass in Deutschland etwa 4—5000 selbständige Tageszeitungen bestehen? Entweder sind es lediglich Einnahmequellen für den betreffenden Verleger; dann mag dieser sein Kapital künftig in Heringen oder Stiefelwichse anlegen. Oder es sind Parteiblätter; dann werden sie sowieso meist ohne Überschuss, wohl gar mit Zuschüssen der Parteikasse oder privater Parteifreunde nur deshalb über Wasser gehalten, weil im gleichen Bezirk ein anderes lokales Parteiblatt existiert, dem man um der dortigen Parteimitglieder und Parteipropaganda willen Konkurrenz machen muss; dann fällt die Notwendigkeit dieses Blattes zugleich mit dem Verschwinden des konkurrierten Blattes dahin. Gerade die Überfülle der Tageszeitungen und die dadurch erzeugte Unübersichtlichkeit der Presse ist mit ein Hauptübelstand. Denn gerade diese Masse kleiner, oft nur den lokalen Parteizank pflegender, verhältnismässig unkontrollierter, keine grosse Verantwortung fühlender Provinzblätter ist eine Brutstätte tendenziöser Stimmungsmache. Fort mit ihnen! Ihre Beseitigung*) wird überdies die begrüssenswerte Nebenwirkung haben, breite Nachfrage zu schaffen für die grossen führenden Parteiblätter der Zentrale oder doch der Provinzialzentren und daher diesen durch ganz bedeutende Steigerung der Abonnentenziffer die finanzielle Schädigung zu mildern, welche ihnen durch Fortfall der Inserateneinnahmen erwächst. Sie werden überdies zu solcher Steigerung des Bezugspreises in der Lage, freilich auch genötigt sein; denn — ohne Zweifel — ein beträchtlicher Bruchteil der Zeitungsleser wird sich dann mit der Lektüre des ihnen unentgeltlich zugehenden Zentral-Nachrichtenblattes begnügen, so dass der Leserkreis der Parteizeitungen zusammenschmilzt auf diejenigen Kreise der Bevölkerung, welche wirklich Anteil am politischen Leben nehmen. Auch dies aber betrachte ich als einen Segen und eine erwünschte Nebenwirkung der vorgeschlagenen Umgestaltung. Denn damit würde die grosse Masse der Bevölkerung wieder dazu gebracht, sich selbst ihre Ansicht über die Vorgänge der Zeit zu bilden und im mündlichen Gespräch miteinander zu klären, anstatt wie heute sich von vorneherein eine einseitige Ansicht — noch dazu, ohne es recht zu merken — oft schon mit der betreffenden Nachricht zugleich und

*) Dem Organ der deutschen Zeitungsverleger entnehmen wir die Feststellung, dass seit Kriegsausbruch 2362 deutsche Blätter das Erscheinen eingestellt haben, während 942 neu entstanden sind. Die Red.

hinterher noch durch besondere Artikel von der Redaktion ihres Leibblattes vorgekaut in den Mund stecken zu lassen.

Damit wäre ich aber noch nicht ganz am Ende. Es fehlt meines Erachtens nunmehr noch ein äusserst wichtiges Glied im Mechanismus der Tagespresse, das ist die „öffentliche Meinung".

Es wird heute in der Presse aller Länder darüber gejammert, dass durch die vom Kriegszustand geschaffene Zensur die „Freiheit der öffentlichen Meinung" unterdrückt sei. Allerdings ist dies heute der Fall. „Öffentliche Meinung" aber hat es in der Presse bisher überhaupt noch nie gegeben. Der Unterschied des heutigen Zustandes von dem vor dem Kriege besteht lediglich darin, dass die Zensur jetzt von Staatsbeamten ausgeübt wird und früher von den — Chefredakteuren und Verlegern.

Wie kann dieser Übelstand abgestellt, wie kann eine wirkliche „öffentliche Meinung" geschaffen werden? Meines Erachtens geht dies nur auf eine Weise: Es muss ein besonderes Pressorgan — am besten wohl gerade unter dem Namen „Die öffentliche Meinung" — geschaffen werden, dessen Redaktion jede nichtanonyme Einsendung, die mit (ev. pseudonymer) Zeichnung versehen ist und deren Fassung die vom Strafgesetzbuch gezogenen Grenzen innehält, grundsätzlich aufzunehmen verpflichtet ist. Dies Blatt hätte ebenfalls unter der Kontrolle des oben erwähnten Pressausschusses zu stehen. Es liesse sich erwägen, ob es vielleicht als besondere Beilage dem Zentral-Nachrichtenblatt bzw. seinen Lokalblättern beizufügen wäre. Jedenfalls wäre auch dies Organ sämtlichen Empfängern des Zentral-Nachrichtenblattes unentgeltlich zu liefern.

Die Frage, wie die Kosten für dieses Blatt aufgebracht werden sollen und wie man es verhüten kann, dass schreibselige, aber vielleicht sehr ungeeignete Mitarbeiter immer und immer wieder das Publikum in Anspruch nehmen, liesse sich verschiedenartig lösen, z. B. indem man die Beiträge nicht honoriert, sondern sogar umgekehrt ihre Aufnahme bei wiederholter Inanspruchnahme von den Mitarbeitern bezahlen lässt. Damit hierdurch nicht ein übles Privilegium der wohlhabenden Klassen und Mundtotmachung der breiten Bevölkerungsschichten entsteht, müsste der Grundsatz aber modifiziert werden, und zwar so: Jeder Einsender hat die Veröffentlichung eines Aufsatzes zunächst frei, wenn dieser sich innerhalb eines beschränkten Umfanges, sagen wir einmal von 20 Druckzeilen, hält und wenn sich der Verfasser nicht öfter als einmal innerhalb bestimmter Zeit über den gleichen Gegenstand äussert.

(Vielleicht könnte als Schutz gegen unangemessene Ausbeutung des Organs durch die Parteiorganisationen auch überhaupt die Aufnahme von Aufsätzen gleicher Tendenz über denselben Gegenstand in ähnlicher Weise kontingentiert werden.) Bei längeren Abhandlungen ist Zeilenhonorar für die Aufnahme zu bezahlen, und zwar mit steigendem Betrag für die Zeile, je länger der Aufsatz wird; also etwa bei einem Beitrag von 30 Zeilen 1 Pfennig, bis zu 40 Zeilen 2 Pfennig für jede Zeile usw. Auch bei wiederholten Beiträgen desselben Verfassers über denselben Gegenstand oder sogar überhaupt bei wiederholter Behandlung eines innerhalb bestimmter Frist schon einmal in gleichem Sinne behandelten Gegenstandes wäre ein wesentlich höherer Zeilenpreis zu entrichten. (Dagegen spielt die wiederholte Mitarbeit desselben Verfassers, wenn er über verschiedene Gegenstände schreibt, natürlich keine Rolle für die Berechnung.) Der Zeilenpreis wäre so anzusetzen, dass die dadurch zusammenkommenden Einnahmen lediglich die Gesammt-Gestehungskosten des Organs decken. Sie wären daher wohl — mindestens im Anfang — periodisch neu festzulegen. Eventuell wäre es noch angebracht, dass der Unterschrift eines jeden Beitrags auch Berufsstand und Wohnort des Autors beigefügt werden müsste. — (Ich beschränke mich hier auf kurze Andeutungen.)

Es sind sehr umstürzende Vorschläge, die ich im Vorstehenden der Diskussion unterbreitet habe, und ich bin mir wohl bewusst, dass sie sich nicht von heute auf morgen in die Praxis umsetzen lassen. Gleichwohl meinte ich sie einmal aussprechen zu sollen. Soviel wird man mir wohl zugeben, dass sich nur durch eine derartige rücksichtslose Reform „an Haupt und Gliedern“ die schweren Übelstände, welche der bisherige Betrieb der Tagespresse mit sich bringt, wirklich beseitigen lassen. Dass aber unser Zeitungswesen sicherlich nicht für alle Zukunft in seiner heutigen, höchst unzureichenden und mangelhaften Form verbleiben wird, darf ohnehin wohl als feststehend erachtet werden. Es trägt den embryonalen Charakter deutlicher an der Stirn als irgendeine andere Kulturerscheinung unserer Zeit. Vielleicht ist in den obigen Ausführungen doch einiges von richtunggebendem Wert für die Zukunft enthalten.

□□□

Die akademische Inquisition.

Ein katholisches Sehnen und ein Protestantengeist, ein konservatives Festhalten an der Tradition und ein vorwärtsstürmendes soziales Gefühl, inniges Christentum ohne kirchliche Dogmen, warmer Patriotismus bei übernationalem Bewußtsein, alle diese Dissonanzen aufgelöst in der Harmonie vornehmer Gesinnung, so denkt, so schreibt der unerschrockene Wahrheitskämpfer, den die philosophische Fakultät München in feierlicher Sitzung verdammt hat, so lebt Friedrich Wilhelm Förster.

Und nicht viel anders mag wohl auch der von ihm so liebreich in Erinnerung gebrachte Konstantin Frantz gewesen sein, der unabhängige Denker, der seine ganze diplomatische Karriere geopfert hat, um ungehindert dem Kampfe gegen Bismarck, seine kleindeutsche Lösung der deutschen Frage und seine Realpolitik mit ihrer Kultur von Blut und Eisen leben zu können.

Auch Förster ist ein Gegner der Einengung des deutschen Geistes auf nationalen Egoismus und des deutschen Wollens auf die Grenzen der Bismarckschen Reichsgründung. Schon das heilige römische Reich Deutscher Nation sei ein übernationales Gebilde gewesen, ebenso könne das ersehnte „Mitteleuropa“ nur eine freie Föderation autonomer Völker werden. Nicht andere Völker zu germanisieren, sondern deutschen Geist zu bereichern, deutsches Christentum zu vertiefen und durch eigene Freiheit befreundete Völker zu freiem Anschluß zu rufen, das sei die Aufgabe des deutschen Volkes. Man muß zugeben, daß vor Bismarck die Edelsten der deutschen Nation ebenso gedacht haben.

Seine Münchener Kollegen sind freilich anderer Ansicht. Sie huldigen dem heutigen Zeitgeist. Wen wird es Wunder nehmen? Mußten sie aber deshalb sich als ein Ketzergericht auftun, ihr heiligstes Gut — die Lehrfreiheit – mit eigener Hand antasten und das alles nur mit dem leicht vorauszusehenden Erfolge, den Anschauungen des verhaßten Kollegen, vor denen sie warnen wollten, eine Weltreklame zu verschaffen, die sogar den halbvergessenen Konstantin Frantz in die Mode bringen dürfte! Das begreife, wer es kann. S. F.

□□□

Jugendbildung und Krieg.

Von JAMES REICH, Zürich.

(Schluss.)

In einer Betrachtung über den schädlichen Einfluss des Krieges auf die Erziehung muss wohl auch des direkten Einflusses auf den Schulorganismus gedacht werden.

Abgesehen von den unmittelbaren Störungen, welche durch die militärische Einberufung von Lehrern und die damit verbundene Vergrösserung der Klassen, durch Ausfall des Unterrichtes usw. entstanden sind, abgesehen von der Minderung der Unterrichtserfolge in der allgemeinen Kriegsatmosphäre, wie auch von voreiligen Schlussfolgerungen bezüglich der bestehenden Schule, deren Zweckmässigkeit die im Felde militärisch sich bewährende Jugend bestätigen soll,*) wirkt der Krieg auf das gesamte Schulwesen in der Richtung der Militarisierung und Nationalisierung.

Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass die Regierungen nach dem Kriege „die Heranbildung der Jugend im Sinne einer Vorbereitung auf den Wehrdienst“ (Erklärung des Unterrichtsministers Dr. Hübsch im Haus-

*) Im Vorwort zu dem Sammelwerke „Die deutsche höhere Schule nach dem Weltkriege. Beiträge zur Frage der Weiterentwicklung des höheren Schulwesens“ sagt Dr. J. Norrenberg: „. . . die deutsche Höhere Schule kann mit berechtigtem Stolze darauf hinweisen, dass sie die ihr anvertraute Jugend bisher schon mit den Kenntnissen und Fähigkeiten, mit der körperlichen Gewandtheit und der sittlichen Kraft, mit der vaterländischen Begeisterung und der Willensstärke ausgestattet und erfüllt hat, die zu den anerkannt hohen Leistungen im Felde und in der Heimat anspornten und tüchtig machten.“

Wir erlauben uns, für den geschichtlichen Vergleich folgende Worte von Ludwig Gurlitt („Schülerselbstmorde“, S. 47) anzuführen: „. . . wenn die Jugend nicht mit einer guten Portion von Leichtsinn und mit einer schier unverwüstlichen Lebensfreudigkeit ausgestattet wäre, so würde sie nicht einzeln, sondern in Gruppen den Tod suchen. Zu ertragen ist die Schule nur durch den Gedanken, dass man mit List und durch Kriecherei doch zum Ziele kommen werde, durch den Gedanken, dass es auch andere ertragen und dass man sich nach überstandener Pein als Student schadlos halten kann.“

haltungsausschuss der zweiten badischen Kammer am 7. Februar 1916) in die Hand nehmen wird, und dass die Auswüchse, welche wir vor dem Kriege in der Form der verschiedenen Jugend-Wehrorganisationen*) hatten, nach dem Kriege der Schule ein eigentümliches und ausschlaggebendes Gepräge geben werden.

Es ist typisch, was einer der Verfechter dieser neuen Form des Militärs, Prof. Ferd. Kemsies, schreibt: „Die Jünglinge vom 16. Lebensjahre an militärisch vorzubereiten, gebietet die eiserne Zeit. Aber auch nach dem Kriege dürfte militärische Leistungsfähigkeit von der gesamten deutschen Jugend gefordert werden, will sie das mit den Waffen Errungene in starken Händen festhalten.“ Wie die Debatten im bayrischen Landtage zeigten, wird eine gesetzliche Festlegung der ganzen Angelegenheit in Aussicht gestellt.

Der deutschen Schule, und nicht nur der deutschen, droht auf solche Weise ernstlich die Gefahr, die vor dem

---

) Klaren Ausdruck findet Freiherr v. d. Goltz für den Zweck der jugendlichen Wehrorganisationen („Der Greif‘*, Februar 1914): Die Entwickelung der Jugend zur Wehrtüchtigkeit ist heute vielleicht die wichtigste nationale Aufgabe geworden, die uns überhaupt gestellt wird. Von ihrer Erfüllung hängt Deutschlands Grösse und Sicherheit ab.

Dr. Fritz Roeder bringt in seinem Aufsatze „Militärische Jugenderziehung“ (*Der Säemann,* 1911, S. 387) Tatsachen, die uns beweisen, wie schon vor dem Kriege in allen Staaten die Verschmelzung des offiziellen staatsbürgerlichen Unterrichts mit der militärischen Jugenderziehung angestrebt worden war.

Heinrich Scharrelmann schrieb im Jahre 1913 („*Roland*“, S. 176) über Schule und Militarismus: „Den ganzen Ernst der Sachlage begreift man, wenn man sieht, dass die Jugendpflege bereits anfängt, in die Hände der staatlich-militärischen Organe überzugehen. Sorgen ausgediente Feldwebel dafür, dass schon im schulpflichtigen Alter der militärische Firlefanz in sogenannten ‚Exerzierschulen‘ zur Einimpfung der wünschenswerten patriotischen Gesinnung bereits den kleinen Jungen eingedrillt wird, so sehen wir eine gefährliche Weiterentwicklung in der Jungdeutschlandbewegung und dem Pfadfinderwesen. Zu gefahrvoller Wirrnis gedeiht aber diese Entwicklung, seitdem man drauf und dran ist, zwei Weltanschauungen: christlichen Glauben und soldatische Gewöhnung der Jugend verbinden zu wollen! Dieses Beginnen ist in einem Masse kulturwidrig, dass sich alle ernsthaften Leute mit diesem Problem beschäftigen müssen“.

Und ein Kenner der deutschen Jugendbewegung, Hans Reichenbach, („Militarismus und Jugend“, „*Die Tat*“, März 1914) fasste sein Urteil über diese Erscheinung wie folgt zusammen: „Der Wandervogel war die Reaktion der Jugend gegen das herrschende Schulsystem. Die Wehrkraftbewegung ist politische Reaktion.“

Kriege bis zu einem gewissen Grade eroberten Entwicklungs- und Regenerationsmöglichkeiten nach dem Kriege durch unpädagogische Umgestaltung der körperlichen Erziehung im Sinne der Wehrtüchtigkeit zu verlieren. Die körperliche Ausbildung der Jugend unter dem Gesichtspunkte kriegerischer Verwendung bringt einen der Jugend schädlichen Geist in die Schule und verdrängt die natürliche Basis einer rationellen Erziehung (Kameradschaftlichkeit, menschliche Solidarität) durch militärische Hierarchie, Drill usw., welche in diesem Alter entschieden zur Karrikatur ausarten muss. Oberrealschuldirektor W. Neuendorff in Mülheim, Vorsitzender eines der grössten deutschen Wandervogelverbände, spricht sich in der „Monatsschrift für das Turnwesen" (1915, S. 172) gegen die Militarisierung der Jugend wie folgt aus: „. . . Sie wäre fürchterlich. Sie zerstörte, was wir mühsam aufgebaut haben: den freien, frischen, fröhlichen Betrieb, der so ganz der Jugend gemäss und erziehlich so wirksam ist. Mehr Freiheit brauchen wir in der Jugenderziehung, wenn schon einmal reformiert werden soll, nicht mehr Gebundenheit." Prof. Fr. W. Foersters Stellungnahme zu dieser Frage und seine unbedingte Ablehnung der militärischen Jugenderziehung vom pädagogischen Standpunkte aus wurde in dieser Zeitschrift erst vor kurzem wiedergegeben. (5. März, S. 173.)

Abgesehen von den psychologisch-pädagogischen Motiven, welche gegen die Militarisierung der Jugend sprechen, sollte man sie auch vom rein militärischen Standpunkte ablehnen. Körperliche Tüchtigkeit und Bildung der fünf Sinne machen aus dem Manne durch Spezialausbildung den Soldaten. Ich hatte persönlich Gelegenheit, im gegenwärtigen Kriege die alte und die junge Generation zu beobachten, wie auch deren Ausbildung zu sehen. Nicht die, welche Kriegsspiele und jugendliche militärische Ausbildung genossen hatten, haben sich am besten bewährt, sondern intelligente, gesunde, körperlich durch Turnen geübte Typen. Zukünftige erweiterte allgemeine Wehrpflicht, auch für das schulpflichtige Alter, würde der Jugend und

der neuen Jugendbewegung unabsehbare Schädigungen bringen.*)

Den zweiten charakteristischen Einfluss des Krieges sehen wir in der unnatürlichen Verdichtung des Nationalgefühls, welche bereits zu Auswüchsen geführt hat, wie die Vorschläge zur grundsätzlichen Ablehnung der Nachbarkulturen oder deren Herabsetzung. Schon vor dem Kriege machte sich in gewissen Kreisen die Tendenz bemerkbar, „den unfruchtbaren Patriotismus, der nur in Worten und Gefühlen schwelgt, der sich — oft auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit — rückwärts begeistert"**) in der Jugenderziehung zur Richtschnur de nationalen Erziehung zu machen.

In der offiziellen Schule fand diese Tendenz ihren Ausdruck in der Aufstellung neuer Ziele des Geschichtsunterrichts und auch in dessen Erweiterung durch die Einführung des staatsbürgerlichen Unterrichts.***) Schon im Jahre

---

*) Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands nahm bereits Stellung zu den Versuchen der Militarisierung der Jugend und schrieb in ihren Leitsätzen: „Die Erziehung zur Wehrhaftigkeit kann nur ein Teil der allgemeinen Jugenderziehung sein. Es gilt für sie lediglich der allgemeine Zweck der Erziehung: die harmonische Enwicklung aller körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte des Menschen. Ihre wirksamste Förderung ist deshalb durch eine gründliche Erziehungs- und Schulreform inVerbindung mit durchgreifenden sozial-politischen Massnahmen zugunsten der Mütter, Kinder und Jugendlichen zu erreichen. Dagegen ist eine von den übrigen Erziehungsmassnahmen getrennte militärische Jugendausbildung zu verwerfen."

Auch die Hauptversammlung der deutschen Friedensgesellschaft in Leipzig (6. und 7. November 1915) hat sich gegen die Militarisierung der Jugend ausgesprochen.

**) Aus einem „Aufruf der freideutschen Jugend".

***) Die Begriffe „national", „politisch", „staatsbürgerlich" sind besonders auf dem Gebiete des Geschichtsunterrichtes sehr verschwommen und vermengt. Die Analyse dieser neuen offiziellen Richtung im Geschichtsunterricht, sowie obligatorische Lehrmittel auf diesem Gebiete (Pollack, Neibauer, Kabisch usw.) zeigen, dass es eigentlich nur verschiedene Bezeichnungen für dieselbe Sache sind — für staatspatriotische Gesinnung. Bezeichnend ist ein Leitsatz, welcher der Versammlung des Verbandes deutscher Geschichtslehrer zu Marburg im September 1913 vorgelegt wurde. „Politische Bildung darf nicht mehr als selbstverständliches Ergebnis des geschichtlichen Unterrichtes betrachtet, sondern muss mit Absicht erstrebt werden". Der Reg.-Rat Oskar Poensgen schrieb („Der Säemann," 1911, S. 605): „Ich möchte doch bezweifeln, ob überhaupt eine überparteimässige, d. h. eine vollkommen politisch objektive Belehrung über moderne politische Verhältnisse möglich ist,

1909 forderte in Köln der Generalsekretär des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, Dr. Köhler, dass „ein Stück Politik in den Schulbetrieb eingeführt werde“ und in dem empfohlenen Buche des Oberlehrers Heinrich Wolf „Angewandte Geschichte“ (1910) haben wir den Ausdruck der nationalen, ja der imperialistischen Politik. Man könnte die Beispiele beliebig vermehren. Diese Vermengung des nationalen Elements mit dem politischen, die wir schulpraktisch in der Betonung des staatsbürgerlichen Unterrichtes im Geschichtsunterricht erblicken, bringt der Schule eine neue Gefahr.*)

Ich spreche hier nicht gegen die Betonung der nationalkulturellen Eigenart des eigenen Volkes, gegen die natürliche Pflege des nationalen Geistes, welche wir vornehmlich im rationellen Unterrichte der Muttersprache, in der Entfaltung der Sprachkräfte erblicken. „Und weil Sprache ohne Inhalt nicht Sprache wäre, so führt aller Sprachunterricht zugleich in die Gedankenwelt der Nation.“ (Otto von Greyerz: „Der Deutschunterricht als Weg zur nationalen Erziehung“, S. 184). Vornehme und natürliche Pflege der lebendigen Sprache und unmittelbare Behandlung der Dokumente der Sprache, zweckmässige Pflege der Literatur, schaffensfrohe Pflege des sprachlichen Ausdruckes, Studium der Geschichte der Menschheit als Kulturgeschichte mit besonderer Berücksichtigung der Kulturgeschichte des eigenen Volkes und auf der höheren

---

sobald sie über politische Begriffsbestimmungen und elementareKenntnisse hinausgeht.“

*) Erzieherisch können nur solche Formen des staatsbürgerlichen Unterrichts wirken, die auf pädagogisch-psychologischer Basis ausgebaut sind, z. B. eine freie Schulgemeinde (Siehe „staatsbürgerliche Erziehung“ im Wickersdorfer Jahrbuch 1909/10) oder der praktische Versuch des Schweizers Hepp: die Selbstregierung der Schüler. — Heinrich Scharrelmann schrieb 1912 („Erlebte Pädagogik“, S. 131) folgende tiefernste Worte: „... wir, Lehrer des Volkes haben zu tun, was in unsern Kräften steht, um die Unterschiede der Nationalitäten auszumerzen. Wir haben daher auch jeden Patriotismus zu bekämpfen, mag er eine Form annehmen, welche er will. Bewusste Erziehung zum Patriotismus aber bedeutet immer eine Unterminierung von Gesittung und Kultur im Volke und ist somit direkt unmoralisch. Je internationaler ein Volk denkt, je mehr Verständnis es auch für fremde völkische Eigenheiten und Anschauungen zeigt, desto ethischer denkt es und wird es handeln.“

Stufe quellenmässige, objektive Einführung in das Studium der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft, weitgehende Berücksichtigung der bildenden Kunst, lebendige, unmittelbare Heimatkunde — das wären Mittel und Wege, das Nationale in der Schule erzieherisch zu pflegen.

Die Rückwirkung des Krieges auf sozialwirtschaftlichem Gebiete bekundet sich durch den direkt zerstörenden Einfluss auf die Familie. Invalidität, Tod und Krankheit werden zweifelsohne die Möglichkeiten für die Erziehung der jungen Generation nach dem Kriege sehr ungünstig beeinflussen. Schon heute kann man die fast unabsehbaren Schäden in dieser Richtung feststellen. Es wird nach dem Kriege eine soziale Selbstbewahrungsmassregel des geschwächten gesellschaftlichen Organismus sein, die Ansätze der sozialpädagogischen Bewegung kräftig auszubauen, alle vor dem Kriege unzureichenden, zersplitterten Einrichtungen, deren Aufgabe darin besteht, entsprechende Erziehungsbedingungen zu schaffen, nicht nur vorbeugend, sondern heilend zu gestalten.*)

Die Flut der Schriften, die sich mit der „Schule nach dem Kriege" beschäftigen, wächst beständig, und fast überall klingt ein zukunftsicherer Ton. Es will uns scheinen, dass die Tatsachen die Zukunft eher dunkel als hell beleuchten. Es ist eine offene Frage, ob wir nach dem Kriege überhaupt einen durchgreifenden Aufschwung auf dem pädagogischen Gebiete zu erwarten haben. Jeder Kulturfortschritt, jede Reform oder zielbewusste Umgestaltung einer sozialen Einrichtung ist mit der allgemeinen sozial-

*) Die Frage der vorschulpflichtigen Erziehung müsste grössere Beachtung finden. 1913 gab es in Deutschland 1245 Kinderhorte mit 84,241 Kindern. Dieser Zweig wurde überall der privaten Initiative überlassen. Die Fürsorge der Gemeinden ist ganz unzureichend (S. Otto Rühle: „Das proletarische Kind", S. 118). Einschlägige Literatur: Montessori: „Selbsttätige Erziehung im frühen Kindesalter". — Prüfer: „Kleinkinderpädagogik". — Prüfer: „Die echte Idee des Kindergartens nach Fröbel" (Zeitschrift für pädagogische Psychologie 1914). — Fischer: „Hauptprobleme der Kindergartenreform (Zeitschrift für pädagogische Psychologie 1913).

wirtschaftlichen Höherentwicklung der gesamten Gesellschaft eng verbunden und wird reif durch die Erkenntnis, dass diese oder jene soziale Einrichtung sich überlebt hat. Inbezug auf die Schule hatten wir diese Erkenntnis schon vor dem Kriege gewonnen. Man sollte in der Pädagogik folgende Fragen aufstellen:

Welches sind die treibenden Kräfte, deren Summe für die Verwirklichung des Ideals der Erziehung und des Unterrichts nötig ist?

Ist nach dem Kriege das Zusammenwirken dieser ausschlaggebenden Faktoren im fortschrittlichen Sinne auf dem pädagogischen Gebiete zu erwarten?

Unser Ideal der neuen Erziehung ist das geschichtliche Ergebnis der neuen Zeit. Die Geschichte des Schulwesens und der erzieherischen Ideen zeigt uns, wie die Schule den sozialen Mächten sich unterordnet, wie die grossen Schöpfer der Pädagogik als Vorläufer der neuen Zeit ringen, wie Rousseau, Pestalozzi, Comenius, Heusinger, Fröbel, Beust, von Planta, Nesemann u. a. hellseherisch in die Zukunft blickten und, indem sie für eine neue Gesellschaft einstanden, in ihrer eigenen Zeit störend, wenn nicht zersetzend wirkten. Die Vorläufer der neuen Pädagogik gaben den für die Zukunft wirkenden Kräften ihrer Gegenwart den Ausdruck, und so ist es zu verstehen, warum diese oder jene Forderung von heute manchmal als Wiederhall der Vergangenheit klingt.

Koigen sagt in seinem grossangelegten Werke „Die Kultur der Demokratie“, S. 189:

„Das Schulwesen scheint dem Punkte sich zu nähern, wo es einer radikalen Revolution bedarf. Ist aber einmal diese Revolution, die auf die Einbürgerung des Arbeitsprinzips hinzielt, ausgemacht, so liegt es dem neu gestalteten Schulwesen ob, die Führerschaft im allgemeinen Bildungswesen zu übernehmen. Eine Schule aber, die im Schlepptau der sogenannten Entwicklung der Verhältnisse sich befindet, bringt es zu keinem positiven Resultat. Anstatt das Leben zu meistern, um damit einen neu gearteten Menschen hervorzubringen, wird sie fortwährend von diesem Leben überholt. Sie erscheint in der Folge als ein Hemmnis, als ein Verhängnis dieses neuen Lebens.“

Die kultursozialen Kräfte der Gegenwart, welche auf

die Zukunftsschule hinwirken, sind alle jene treibenden Kräfte der Gesellschaft, welche nicht opportun bei der sozialen Teilarbeit verbleiben, sondern an der neuen Weltanschauung bauen. Die Stufen des sozialen Fortschrittes bedeuten auch die Punkte der Entwicklung des Erziehungswesens, und der Fortschritt als eine bestimmte kultur-sozial-ökonomische Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft ist einzig und allein massgebend für die Verwirklichung des pädagogischen Ideals.

Manche Erscheinungen der Gegenwart deuten vielleicht dahin, dass nach dem Kriege ein starker unzweideutiger Kulturrückschlag der geschwächten Gesellschaft gegen den imperialistischen Militarismus der wirtschaftlich Mächtigen zustande kommen wird. Sollte das der Fall sein, so wird die Scheidelinie zwischen den Trägern des sozialen Fortschrittes und den Beschützern der sozialen Rückständigkeit auf pädagogischem Gebiete am schärfsten gezogen werden. Alle Erscheinungen der Gegenwart sagen uns aber, dass aus dem Kriege nicht der Fortschritt, sondern die Reaktion gestärkt hervorgehen werde. Der Krieg bedeutet ein Hemmnis, eine elementare Störung auch auf dem pädagogischen Gebiete. Sein direkter Einfluss ist zersetzend, verwirrend, seine Nachwirkungen und Folgen zögern die Möglichkeit des Zukunftsideals hinaus. Durch diesen Krieg wird die Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit tiefer, unüberbrückbarer.



Jeder hält seine Zeit für die Erfüllung der Zeiten und nicht bloss für eine der vielen vorübergehenden Wellen.

Jakob Burckhardt.



P. J. Jouve.

Der Franzose Jouve ist der Bringer einer religiösen Dichtung, einer politischen Dichtung, einer Dichtung, die zu den Menschen von heute kommt und Bekenntnis ablegt. Es geht nicht mehr an, in der schönen Unwirklichkeit zu weilen und von weltlichen Geschehnissen rein und ihnen fern zu bleiben. Es heißt, sich bekennen und den Patriotismus des Weltbürgertums mutig ins Leben rufen. Jouve predigt in seinen freien Rhythmen ohne Pose, als Glaubensjünger, der restlos sich freigibt, mit der Eindringlichkeit, die ihm eigen ist.

Im Krieg als freiwilliger Krankenpfleger tätig, dann selbst erkrankt, weilt Jouve zur Zeit in der Schweiz, um Heilung zu suchen. Er sucht auch innerliche Gesundung vom großen Leid, das er so stark erlebt, und findet sie in seinen Sängen von kirchenferner Gläubigkeit. Seine Ausdrucksmittel sind schlicht und frei. Von streng begrifflichen unpoetisierbaren Worten findet er hinüber zur höchsten Weihe, und aus der entsetzlichen Scharfzeichnung des Schauderhaften – aus der Wirklichkeit – geleitet uns der Dichter in sein Reich der Hoffnung und der Liebe. Jouve hat ein Buch*) geschrieben, das die Widmung trägt: „Aux frères ennemis."

Dieses Buch ist reich an Stimmungsgehalt. Es bringt ein Zurückträumen in das Leben im Frieden und die angstvolle Vorausahnung einer Zeit, wie der Krieg sie zeitigt. Es schenkt Gebärden der Liebe und des hoheitsvollen Abwendens vom blutigen Geschehen. Über dem Orchester Jouve'scher Rhythmen erheben sich eindrucksvolle Einzelstimmen. Das „Tue! Tue!" in seinem schmetternden Aufreiz und der Klageton des gehauchten „hélas!" Krieg, Krankheit und Tod, das Spital und die gütige Krankenschwester, wir erleben sie alle in einer herzlich menschlichen Art. Der sonnige Tag, der Herbstwind und dumpfes Gewitter ziehen über uns hin. Trauer und jenseits der Trauer Hoffnung und immer wieder auch der Ton der Freude. Freude, die uns überkommt, die aus Blut und Frühling entspringt, Freude am Mitleid, am Helfenwollen, Freude an der Erkenntnis, daß Freude als unverlierbarer Teil dem Menschen zufällt: „Denn ihr seid Kinder der Freude!"

Und aus der brüderlichen Umfassung der Völker Europas, aus allen Schilderungen und jeglicher Sehnsucht, steigt hier ein Gebet, das nichts erbittet, nur sich hingibt, dort schöngeformte Klage um Reims, um Belgien, um Europa und ein glühendes Bekenntnis des Glaubens an eine Zeit der Liebe.

„Und die Seele erfüllt von solcher Zukunft – kaum des Tages bewußt – harre ich der Herankunft einer unwandelbaren Liebe."

Felix Beran.

---

*) „Vous êtes des hommes." Nouvelle Revue Française, Paris 1915.

Die Einheit der Kultur.

Von E. TSCHARSKY (Russland).

Deutsch von Clara Sokolowsky.

(Schluss.)

Wenn man einmal die notwendige Einheit der europäischen Kultur erfasst und begriffen hat, wie weit jede einzelne Nation davon entfernt ist, ihre eigene, von den anderen Nationen unabhängige Entwicklungslinie darzubieten, dann fragt man sich angstvoll, ob die Urheber der modernen Thesen über die beiden Kulturen nicht eine Art Selbstmord planen, ob nicht eine Abneigung gegen die Kultur im Allgemeinen — und nicht nur gegen die germanische — alle ihre unzeitgemässen und dem gesunden Menschenverstand zuwiderlaufenden Ausfälle zeitigt?

Ersteht da nicht eine neue Barbarei — und diesmal nicht irgendeine nationale, sondern eine europäische Barbarei — unter dem Vorwand, den lateinischen Geist intakt erhalten und über sein Schicksal wachen zu wollen? Geht man von dem vollständig irrigen Standpunkt aus, dass zwei Kulturen bestehen können, ohne dass ihre Entwicklungslinien je einander treffen oder ihre Bestrebungen einander beiordnen, stellt man die „deutsche Kultur" als eine Reihe ununterbrochener, ausschliesslicher Barbareien dar, — Gedankenbarbareien, Geschmacksbarbareien, Barbareien in der Methode — alles Vorläufer der Beschiessung der Reimser Kathedrale —, dann kommt man wirklich dazu, sein eigenes Werk zu verkennen und zu verleugnen, jenes Werk, an dem der deutliche Einfluss all jener „Barbaren" zu sehen ist, die da Mozart, Goethe oder Kant hiessen. Hiesse es nicht, einen gemeinsamen Schatz Europas treffen, wenn man der deutschen Kultur grollte?

Es gab einen Augenblick in Europa, wo die Napoleonischen Befreiungskriege das Problem der europäischen

Einheit stellten durch den ungeheuren Zusammenstoss der Völker, die sie miteinander in Berührung brachten, und durch ihre, von der Grossen Revolution überkommenen, universellen Bestrebungen, die noch unter dem Kaiserreich lebendig waren.

Damals konnte dieses Problem nicht gelöst werden, wie überhaupt alle grossen, durch die Revolution geschaffenen oder eröffneten Probleme („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit"), aber es wurde auf dem literarischen und philosophischen Gebiet wenigstens kraftvoll beleuchtet durch jene Gegnerin Napoleons, die merkwürdige, kluge und unermüdliche Mme. de Staël (s. ihr Buch „De l'Allemagne"). Alle ihre Bemühungen gingen dahin, durch gegenseitiges Verstehen und Durchdringen das deutsche und das französische Volk einander zu nähern. Und zur gleichen Zeit arbeitete Heinrich Heine mit derselben Energie in demselben Sinne.

Was diese Annäherungs- und Versöhnungsversuche — denen nicht im entferntesten eine leere Sentimentalität oder das kindische Bestreben anhaftet, Vernunft durch Gefühl ersetzen zu wollen — am meisten charakterisiert, ist die klare Erkenntnis von der Gemeinschaftlichkeit der Kultur und der glühende Wunsch, diese Tatsache laut zu verkünden. Wie weit sind wir hier von jenem blinden Hass, bei dem man gerne auf tiefere Quellen für seine eigenen Inspirationen verzichtet, falls diese Quellen dieselben sind, aus denen unser Feind schöpft! Nichts dergleichen bei diesen feinen Köpfen, die keine andere Rivalität kannten als den edlen Wettbewerb von Talent und Genie, die, durch bittere Enttäuschungen am eigenen Volke, oft dazu kamen, ihm Schlechtes nachzusagen, und doch trachteten, es auf das geistige Niveau seiner Nachbarn emporzubringen ohne Furcht, dadurch je seine Würde oder Rangstellung unter den andern Völkern zu beeinträchtigen! Ja, wahrlich, zu einfach ist diese Wahrheit von der Einheit der Kultur als eines Ganzen, in dem sich alle lebendigen Kräfte der Geschichte begegnen, kreuzen, durchdringen und beleben, so fortwährend Werte schaffend, die keiner Nation

für sich allein gehören und auch nie Produkte vereinzelter Bestrebungen sind — — — . So einfach ist sie, diese Wahrheit, dass es vor dem Kriege sogar schien, sie sei selbstverständlich und lasse keinerlei Einwände aufkommen.

Nun rollt aber der Donner der Kanonen, und sogleich ist sie vergessen. Die deutschen Gelehrten und Dichter (die „93") bitten den preussischen Militarismus, ihre Werke, Erfindungen, Gedichte gegen die — — — bewaffnete Kultur eines Volkes zu schützen, das all diesen Wundern deutschen Geistes und deutscher Arbeit durchaus nicht fremd gegenüberstand.

Der Krieg wütet, und der Hass schwillt an auf beiden Seiten des Rheins; man schwört, die „Produkte" (Erzeugnisse) nicht mehr hereinzulassen, die „made in Germany" oder „made in France" sind, sich nie wieder von den „dekadenten" Dichtern oder der „barbarischen" Musik bezaubern zu lassen. Der ehrwürdige Saint-Saëns erklärt Wagners Musik in Acht und Bann, der kühne Harden schreibt den „Lateinern" den ewigen Zustand der Dekadenz zu. Die deutschen Ideologen äussern ihre Verachtung für alles, was „französischen Geist" verrät und bezichtigen ihn der Leichtfertigkeit, Eitelkeit, Leere, — jenen selben französischen Geist, von dem Goethe, seinem eigenen Geständnisse nach, soviel gelernt hat — — —. Und der vielseitige Ugo Ogetti sowie Paolo Orano schwören nicht höher als bei der italienischen Kultur, die jederzeit der deutschen Kultur feindlich gegenübergestanden sei.

Auf allen Seiten wimmelt es von Auslegungen. Bald ist's der Krieg der feinen Formen, der gemeisselten Linien gegen Formlosigkeit und Chaos, bald der lateinische Katholizismus, der gegen den germanischen Protestantismus Front macht. Dann ist's wieder die Vernunft, die den Glauben bekämpft. Man weiss nicht mehr, wie weit man mit all diesen vorurteilsvollen und albernen Formeln gehen soll!

Dieser sonderbare Mangel an Verständnis zwischen den zivilisierten Nationen wurde in seiner ganzen Ungeheuer-

lichkeit durch den gegenwärtigen Krieg offenbar; aber in latentem Zustande war er schon vor dem Kriege da. Wenn die Einheit der Kultur in den heiterklaren Friedenstagen nie bestritten, jedoch sofort in Zweifel gezogen wurde, als der Krieg Europa zu verwüsten begann, dann gehört diese „unbestreitbare Tatsache" eben ins Gebiet des Unbewussten. Sie gehört sozusagen zu den Erfahrungen jedes Augenblicks und kann doch nicht ans Licht gezogen werden, denn sie erfordert die Revision des Problems des Nationalstaates, des sozialen und politischen Verständnisses unter den Völkern, jenes echten europäischen Gleichgewichtes, das bei dem jetzigen System nicht bestehen kann. Hier offenbart sich der grundlegende, hauptsächlichste Widerspruch im Weltimperialismus. Nachdem er die mächtigen Mittel zu Verständnis und Eindringen in fremde Kulturen geschaffen, alle Bahnen eröffnet, alle Schranken niedergerissen, überallhin als Welteroberer seine Fühler ausgestreckt hat, lässt er zugleich alle atavistischen sozialen Formen mit ihrem egoistischen Konservativismus, ihren lokalen Spracheigenheiten, ihrer „Sonderkultur" bestehen, d. h. er lässt sie weiter beherrschen durch die dynastischen Grenzen — — —. Je revolutionärer er ist, desto konservativer wird er. Im Gegensatz zu Goethes Mephisto ist er ein Geist, der stets das Gute will und stets das Böse schafft. Er verallgemeinert die nationale Wissenschaft und Kunst; ähnlich der sozialen und politischen Verschmelzung der Völker bereitet er auch die Verschmelzung dieser beiden vor: kein literarisches Ereignis, das nicht sofortige Rückwirkungen zeitigt und überall in der Welt stärkere Anregungen auslöst denn je, und das mit einer Schnelligkeit, wie sie nur die Technik und Mechanik unserer Zeit kennt! — — — Aber durch Behauptung der Nationalstaaten mit ihrem Lokalpatriotismus richtet er zugleich Hindernisse auf der eigenen Entwicklungsbahn auf, nährt dauernd kleinliche Hassesgefühle und beschützt reaktionäre, mit seinen Grundideen im Widerspruch stehende Lehren.

Dies erklärt zur Genüge das grosse Rätsel unserer Zeit:

gerade in dem Augenblicke, wo alles der Einheit und Universalität zustrebt, — wo es immer schwieriger wird, bei jedwedem wissenschaftlichen Ereignis, jedem neuen Gedanken die nationalen Grenzen zu ziehen, — wo dieselben Lehren zugleich in den verschiedenen Ländern entstehen und sich in gleicher Richtung entwickeln (was z. B. beim „Pragmatismus" der Fall ist) —, ist es möglich gewesen, dass Europas Intellektuelle einander bis zu den Zähnen bewaffnet gegenüberstehen, ihre Länder am liebsten mit Schützengräben und chinesischen Mauern umgeben möchten, einen Geisteszustand heraufzubeschwören drohen, der dem „geschlossenen Handelsstaat" Fichtes ähnelt, und so beweisen, dass sie wie noch jetzt ihr eigenes Werk, ihre eigene Aufgabe, ebenso wie die allgemeinen Tendenzen der Kultur missverstehen.

So weicht wie immer das theoretische Bewusstsein vor dem Gang der Ereignisse zurück, um nachher einen plötzlichen Umschwung zu erfahren, wenn der Boden bereitet sein wird für die Behauptung der Einheit der Geschichte und des Werkes der Menschheit.

Das arme menschliche Bewusstsein sieht leider noch jenem weisen Vogel Hegels ähnlich, der nur des Nachts ausfliegt! — —

Ich kann in der modernen Geschichte nur zwei Fälle anführen, in denen eine soziale Kraft sich der Internationalität des Gedankens und der Kultur klar bewusst wurde und ihre Bestrebungen dieser Einheit anpasste:

Erstens die katholische Kirche, der es als der einzigen vereinigenden, vermittelnden Macht zwischen barbarischen Nationen gelang, die Internationalität und Universalität ihres grossen Werkes aufrecht zu erhalten. Und heute noch verspürt man den fernen Widerhall dieses Internationalismus einerseits im geistigen Gleichgewicht des römischen Kirchenfürsten, andererseits in der von den Katholiken gestellten Diagnose der europäischen Krise; denn diese sehen in dem Kriege nur eine der *ganzen* Menschheit auferlegte Geissel zur Sühnung ihrer Sünden vor Gott;

und wenn sie dabei an eine einzelne Nation denken, dann ist es ihr eigenes Land.

Später hat der internationale Sozialismus die Idee von der Universalität der menschlichen Kultur aufgenommen und zu seiner eigenen gemacht. Er ist es, der auf den Trümmern der nationalen Kulturen die universelle Gesellschaft errichten will. Er gibt sich vollständig Rechenschaft über die Einheit des Menschheitsbewusstseins und wird allem, was geschah, zum Trotz auf diesem Boden bleiben. Er wird auch die Rechte der Kultur gegen die „Barbareien" der „Intellektuellen" verteidigen.

Nun ist sein Werk durch das Feuer und Blut speiende Ungeheuer zertrümmert worden. Wir zweifeln jedoch nicht daran, dass es morgen glänzender und tiefgreifender, weil beschwert durch schmerzliche Erfahrungen, bereichert durch harte Prüfungen und grausame Enttäuschungen, wieder begonnen werden wird.

So dämmert fern am Horizonte der Menschheit das Morgenrot der Zukunft auf! — — —



Das Schicksal der kleinen Staaten.

Die kleinen Staaten! Wenn sie dem Krieg im Wege stehen, so mögen sie tun, was sie wollen, ihr Los ist nicht beneidenswert. Es ist, als ob unsere Zeit es abgesehen hätte, alle möglichen Fälle abzuwandeln.

Der kleine Staat ist neutral. Der grosse Nachbar verlangt den Durchmarsch. ***Belgien*** *leistet bewaffneten Widerstand. Es wird zertreten.* ***Griechenland*** *gibt nach: Das Ende ist klägliche Entwürdigung.*

Also keine Neutralität! Der kleine Staat soll sich ganz einer Partei anschliessen und mit voller Kraft und mit ganzem Vermögen für sie eintreten. ***Serbiens*** *tragisches Schicksal spricht dagegen.*

Was sollen also die Kleinstaaten tun, um ihre Unabhängigkeit zu schützen? Sollten sie nicht alle in bewaffnetem Bund jede Vergewaltigung eines Staates abwehren?

S. F.



Pro Causa Judaica.

Wir werden um die Aufnahme des nachfolgenden Programmes ersucht:

Das soeben gegründete Comité Pro Causa Judaica hat sich zur Aufgabe gestellt, die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt auf die Judenfrage zu lenken. Diese umfasst die zwei grossen jüdischen Probleme: die Forderung der Gleichberechtigung, durch deren Erfüllung Millionen von entrechteten Juden in den Besitz der Menschenrechte gelangen sollen, und die Frage der kolonisatorischen Emigration desjenigen Teiles des jüdischen Volkes, der nach eigener kultureller und wirtschaftlicher Existenz strebt.

Das Comité will zunächst und in erster Linie die Forderung der Gleichberechtigung der Juden in Russland, Polen und Rumänien zur Diskussion stellen und die Welt von der Notwendigkeit der politischen und wirtschaftlichen Befreiung der jüdischen Massen in diesen Ländern überzeugen.

In Russland und Polen leben mehr als sechs Millionen Juden in den traurigsten Verhältnissen, entrechtet, zusammengedrängt, ohne Freizügigkeit, immer blutige Pogrome fürchtend, der Willkür einer unverantwortlichen Bureaukratie ausgeliefert.

In Rumänien werden 250,000 Juden, trotz des Berliner Vertrages und der formellen Versprechungen der rumänischen Regierung, als Fremde betrachtet und einer Verfolgungs- und Unterdrückungsgesetzgebung ausgesetzt, die zur völligen Verarmung und Ausrottung führt.

Das Comité wird über alle diese Fragen Propagandabroschüren und Flugblätter herausgeben, Konferenzen einberufen, sich in Verbindung mit den grossen jüdischen Körperschaften in den neutralen und kriegführenden Ländern setzen, um zu einer gemeinsamen Aktion, hauptsächlich bei Anlass der Friedensverhandlungen, zu gelangen. Das Comité wird darauf achten, dass die Presse, alle politischen Parteien und gemeinnützigen Verbände, die das Ideal der Gerechtigkeit vertreten, sich der jüdischen Sache annehmen.

Das Comité ersucht Juden und Christen, welche die gute Sache unterstützen wollen, um Zustimmungserklärungen sowie materielle Spenden.

Bureauadresse: Zürich, Postfach 15.377.

Wertsendungen: Bankhaus Jul. Bär & Co., Zürich, Bahnhofstrasse 48.

Es folgen die Unterschriften von 180 angesehenen Schweizer Persönlichkeiten aller Konfessionen.

Aus Büchern und Flugschriften.

Walther Schücking, *Die Organisation der Welt.* Leipzig, Ad. Kröner. 1909. 84 S. 1 Mk.

„Niemals ist in Europa und ausserhalb von Europa mehr gerüstet worden wie im letzten Jahrzehnt. Und das Resultat? Eine ständige Spannung. Die fortgesetzte Gefahr eines Weltkrieges, der alle paar Monate akut wird“ (S. 76). „England will sich seine Vorherrschaft zur See erhalten. Dieses Streben ist offenbar berechtigt, denn mangels eines starken Landheeres braucht England eine überlegene Flotte. Wäre unsere Marine nur annähernd gleich stark, so hätten wir, das beste Landheer der Welt zugerechnet, das arbitrium mundi. Das mag den Träumen unserer „Knalldeutschen“ entsprechen, wie sie Dühring genannt hat, ich glaube aber nicht, dass die übrige Kulturwelt sich solche Ambitionen dauernd gefallen lassen wird“ (S. 77). Diese und ähnliche Stellen sind gerade deshalb besonders wichtig, weil die kleine Schrift Schückings schon fünf Jahre vor dem Weltkrieg erschienen ist.

Ausser derartigen aktuellen Betrachtungen enthält aber die Broschüre eine elegant geschriebene Übersicht des ganzen geschichtlichen Werdeganges der Idee einer weltumfassenden Völkerorganisation, unter deren interessanten Details der Vorschlag des Pariser Juristen Peter Dubois vom Jahre 1306 und das Organisationsprojekt des böhmischen Königs Georg Podiebrad (III. Kap.) auch vielen Kennern des modernen Pazifismus unbekannt sein dürfte. *S. F.*

S. Zurlinden, *Die Souveränität des Volkes.* [Zürich, Orell Füssli, 1914.

Das vorliegende Heft, dessen Inhalt zuerst in Form eines Vortrages an die Öffentlichkeit gelangt ist, enthält in knapper Form das eindringliche Credo des schweizerischen demokratischen Gedankens. Es wird an der Hand eindrucksvollster geschichtlicher Rückblicke gezeigt, wie leicht freiheitliche Normen verloren gehen, wenn nicht eifrige Wache gehalten wird gegen jede Grenzverletzung demokratischer Institution. Die menschliche Natur ist der Versuchung nicht gewachsen, die der unbeschränkte und unkontrollierte Besitz der Macht mit sich bringt und lässt sich immer wieder zum Missbrauch derselben verleiten. Seit der ersten gesetzgebenden Landsgemeinde von Schwyz im Jahre 1294 bis zum heutigen Tage wird die Entwicklung und der Bestand der schweizerischen demokratischen Einrichtungen klar und verständlich dargestellt. *F. B-n.*

Paul Pflüger, *Sozialpolitische Reden und Aufsätze.* [Zürich, Verlag des Schweizerischen Grütlivereins, 1913. 384 S.

Eine Fortsetzung der „Einführung in die soziale Frage“ nennt der Verfasser seine Sammlung von politischen Reden und Auf-

sätzen, die zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Gelegenheiten entstanden sein mögen. Allein sie sind mehr als nur eine Fortsetzung; sie bieten Aufklärung als Bewusstwerden der Triebfedern und als Einsicht in die ineinandergreifenden Komponenten, die sich als eherner Ring der Zusammenhänge der Zeit bieten. In der Ratlosigkeit, diese Gegebenheiten erkennen, beherrschen, ihnen Widerstand bieten zu können, liegt der Grund der Freudlosigkeit, die die allgemeine Unzufriedenheit veranlasst (S. 99) und als Begleiterscheinung Herabminderung der Energie, Unproduktivität, psychische Unlustzustände, beschränkten Lebensinhalt zeitigen. Doch der Glaube, dass die Vertrautheit mit bestimmten Ideenkomplexen mit der Fortschrittsbewegung in engstem Zusammenhange steht, anders ausgedrückt, dass der menschliche Intellekt als bedeutsamer Faktor der historischen Entwicklung anzusprechen ist, hat seinen Reiz noch nicht eingebüsst und wird dem werktätigen Optimismus stets eigen bleiben. (Vgl. S 146.) Von dieser Grundlage aus ist es eine logische Folgerung, das Prinzip des Abbaus zu betonen, und zwar des Abbaus im Sinne produktiver Neuschaffungen, die nicht allein den Wirkungskreis der bisherigen Produktionsweise einengen und zuletzt unrentabel gestalten (Gemeinde und Staatssozialismus als Konkurrenz der privatwirtschaftlichen Form), sondern die auch die Energie und damit das Selbstvertrauen steigern. In diesem Sinne werden die aus einem grossen Tatsachenmaterial erkannten negativen Formen der Gegenwart untersucht, die zur Lebensmittelteuerung (S. 5), zur Diskrepanz zwischen Arbeitsleistung und Entlöhnung (S. 144), zur „Geltendmachung des Prinzips der persönlichen Freiheit, der individuellen Willkür auf wirtschaftlichem Gebiet“ führten, und ihnen gegenüber die „neuen sozialen Ideen in der Richtung der Ausgleichung der schroffsten Gegensätze ... der Kraftzunahme des genossenschaftlichen Prinzips“ gestellt, kurz die wirtschaftlichen Voraussetzungen gedacht, „um jedem die Entfaltung seiner Individualität zu ermöglichen“ (S. 145; vgl. Einführung in die soziale Frage, S. 80 ff. a. a. O.). Dieser Formulierung des Ideengehaltes, die dem des alten Liberalismus nahe kommt, steht jedoch eine vollkommen andersgeartete Aus- und Durchführung gegenüber, die sich in den Anfängen bereits der Verwirklichung nähert, sei es auf dem Gebiete der Wohnungspolitik, der Altersversicherung usw., und sich somit in der Zeit als richtig erweist. Rückläufig gefundene historische Notwendigkeiten sind, wenn sie nicht mit Unabänderlichkeiten verwechselt werden, selten eine Ursache von Forderungen, noch seltener eine Ursache für Veränderungen auf Grund ethischer Postulate. Deshalb wird man den zweiten historischen Teil nur mehr als Material für die Erkenntnis zu betrachten haben. *C. B.*

R. Kjellen, Dr., *Die politischen Probleme des Weltkrieges,* deutsch von Fr. Stiede. B. G. Teubner, Leipzig und Berlin, 1916. 142 S. M. 2.40.

Die politische Kriegsliteratur ist schier unübersehbar angeschwollen. Eine Übersicht der politischen Probleme und Strö-

mungen, wie sie in dieser Literatur zum Ausdruck gekommen sind, nach bestimmten Gesichtspunkten geordnet, kann darum von grossem Werte sein, wenn sie objektiv und wissenschaftlich ausgeführt ist. Die angeführte Schrift von Kjellen sucht eben die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen übersichtlich zu ordnen. Er teilt sie nach folgenden Gesichtspunkten ein: nach geopolitischen, nationalen und Rassenfragen, dann nach sozialen, verfassungs- und kulturpolitischen Gesichtspunkten. Allein, für Kjellen kommt es weniger auf die Lösung dieser Probleme, als auf deren Zusammenhang mit dem Kriegsanfang an. Seine Arbeit ist ein Versuch, von dem Standpunkte dieser Probleme ausgehend, die Unvermeidlichkeit des Krieges und (was im Widerspruch dazu steht) die Schuld an ihm bei einigen Staaten zu finden. Dabei verfährt Kjellen keineswegs objektiv, vielmehr verhöhnt er die „Parteilosigkeit" und erklärt offen, dass seine „politischen Sympathien auf seiten der einen kriegführenden Staaten", d. h. Deutschlands sind.

Kjellen hat sich überhaupt eine sonderbare Geschichtsphilosophie zurechtgemacht, die für die Imperialisten aller Länder sehr charakteristisch ist, nämlich dass der Staat ein Organismus sei, der über die eigenen Grenzen hinauswachse und darum unbedingt mit anderen Staaten in Krieg geraten müsse. Sonderbar. Hat sich die Schweiz in den letzten hundert Jahren nicht entwickelt? Wenn dem aber so ist, wie sollen sich die zentraleuropäischen Staaten vereinigen, wenn sie doch auch unter einander in Konflikte geraten müssen? Typisch-mittelalterlich ist auch die Ansicht, dass der Krieg die Wahrheit sagt„", wohl wie der Zweikampf, das Anfassen des glühenden Eisens usw. Und welche Wahrheit hat beispielsweise der jetzige Krieg über Österreich-Ungarn, Frankreich oder Russland gesagt?

Schematisch und darum auch problematisch ist schliesslich die Gegenüberstellung zwischen Ost und West in der Verfassungsidee, wobei Deutschland die Synthese von beiden sein sollte. Es wird hoffentlich nicht lange dauern und auch vom russischen Absolutismus wird nur eine unangenehme Erinnerung bleiben. Ob dann die agrarische Oberherrschaft in Preussen-Deutschland noch aufrecht erhalten wird, wollen wir bezweifeln. Auf jeden Fall erweisen sich Kjellens Konstruktionen als blosse Phantasiebilder eines Imperialisten ... *M. N.*

Nostradamus, *Die Franzosen wie sie sind.* S. Bielefeld, Freiburg i/Br., 1916.

Das Kennenlernen eines fremden Volkes durchläuft meist ein kritisches Stadium. Gegensätzlichkeiten werden empfunden und überstark gewertet, günstige Voreingenommenheiten führen zur Enttäuschung und nur ein dauernder Aufenthalt im fremden Land kann über diese Eindrücke hinüberhelfen, ihre Fehler richtigstellen. Es ist gut, wenn dann die gereifte Einsicht ihr Material an die Öffentlichkeit bringt. Und es ist besonders verdienstlich, wenn

jetzt im Krieg deutschen Lesern französisches Volk und französische Zustände vor Augen geführt werden. Man wird sich einst wiederfinden müssen und dann kann ein solches Buch als Wegweiser dienen. Der Autor fand es für richtig, ein Pseudonym zu wählen, was den Wert eines Buches immer beeinträchtigt. Der Inhalt ist gut geordnet und erstaunlich vielseitig. Die Stellungnahme ist kritisch und nicht frei von Spott, der als Humor genommen sein will. Unter dieser Beleuchtung entsteht ein Bild von etwas pessimistischer Farbe, in dem jene Lücken am deutlichsten erkennbar sind, die das französische Wesen in Familie und Öffentlichkeit vom deutschen Wesen unterscheiden. *F. B-n.*

„Das englische Gesicht,“ England in Kultur, Wirtschaft und Geschichte. Ullstein & Co., Berlin-Wien, 1915. 1 Mk.

Ist es überhaupt ein gewagtes Vorhaben, das „Gesicht“ eines Volkes darstellen zu wollen, so ist es vollends unmöglich, dass während eines Krieges von Angehörigen eines feindlichen Staates eine solche Leistung mit der notwendigen geschichtlich-wissenschaftlichen Objektivität vollbracht werden könnte. In der angeführten kleinen Schrift nehmen Männer mit bedeutendem Namen teil: Prof. M. Frischeisen-Köhler schreibt über das „englische Volk und die Kultur“, Prof. J. Jastrow über die Quellen des englischen Reichtums, Dr. Ed. Freiherr von der Golz über das englische Volk in Religion und Sitte, G. Roloff über den englischen Weltherrschaftsanspruch in Geschichte und Gegenwart, V. Valentin über England als Beschützer kleiner Nationen, und Fr. von Liszt berichtet schliesslich über England und das Völkerrecht. — Was die Autoren beweisen wollen, dass die englische Politik keine selbstlose ist, dass England in seinem Interesse die Rechte der kleinen Nationen ebenfalls missachtet und dass auch England das Völkerrecht nur soweit respektiert, als es in seinem Interesse liegt, ist ruhig zuzugeben. Handeln aber andere Völker, vor allem Deutschland, anders? Wenn sie klagen, die Engländer betrachten sich als erwähltes Volk und erheben Ansprüche auf die Weltherrschaft, so können die Engländer mit dem gleichen Rechte dasselbe den Deutschen vorwerfen. Man lese darüber bei Ruedorffer in den „Grundzügen der Weltpolitik“ nach. Und wenn schliesslich Jastrow aus diesem Grunde den Engländern eine Niederlage wünscht, so antworten ihm die englischen „Patrioten“, dass eine Niederlage der preussischen Militärkaste im Interesse Deutschlands läge. In Wirklichkeit bedeutet die Niederlage in diesem Kriege den schwersten Schlag für die gesamte Nation; eine solche Niederlage muss umgekehrt die schlimmsten Folgen für die Kulturentwicklung Europas haben. Darum kann der Wunsch jedes Menschenfreundes nicht die Niederlage eines Volkes, sondern: weder Sieg, noch Niederlage, wohl aber sofortiger, für alle Teile ehrenvoller Friede ohne jegliche Annexionen und Kriegsentschädigungen sein! *M. N.*

Johannes Oehquist, *Das politische Leben Finnlands.* S. Hirzel, Leipzig. Mk. 1.50.

Auf 96 Seiten wird die Tragödie des finnischen Volkes an der Hand historischer Dokumente vorgeführt. Dieses kleine Volk von 3 Millionen verlangt nichts weiter als dass jegliche gesetzgeberische Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Verfassung erfolgen müsse, wie dies Alexander I. nach der Eroberung Finnlands 1809 in feierlichster Form zugesagt hatte. Aber der russische Imperialismus fordert die Russifizierung des ganzen Reiches; dagegen kämpfen die Finnen mit bewunderungswürdiger Ausdauer und Reichstreue. Die rührendste Episode in dem grossen Kampfe dieses kleinen Volkes und seiner angestammten Freiheiten ist wohl die grosse Volksadresse von 1899 mit 524,931 Unterschriften, welche binnen vierzehn Tagen von ein paar hundert jungen Leuten im weiten Lande (über 300,000 Quadratkilometer!) auf verschneiten Gehöften insgeheim gesammelt wurden, ohne Benützung von Druckereien, Post und Telegraph. Und die Deputation, welche diese Adresse dem Zaren überreichen sollte, wurde nicht empfangen! Das Erschütterndste aber ist das Martyrium der überzeugungstreuen finnischen Beamten, durch welches auch die Persönlichkeit des Verfassers geadelt ist. *S. F.*



Friedensvorschlag

der Lazedämonier an die Athenienser im zehnten Jahr des Krieges.

Es stehet also nunmehr bei euch, von eurem jetzigen Glück den schönsten Gebrauch zu machen, wenn ihr dasjenige, so ihr wirklich besitzt, zu behaupten sucht und euch im übrigen mit dem Zuwachs an Ehre und Ruhm begnüget . . . . Wir sind der Meinung, dass grosse Feindseligkeiten auf die bündigste Art beigelegt werden, nicht wenn der eine Teil mit den Waffen in den Händen, und bei merklicher Überlegenheit im Kriege, den andern durch erzwungene Eidschwüre zu binden sucht, ohne dass die Partie auf beiden Seiten gleich sei; sondern wenn er, ohnerachtet er es so machen könnte, doch mit Glimpf verfährt, und nach einem Siege, der seine Erwartung übertroffen, gleichwohl aus einem edelmütigen Trieb seinen Gegenteil zu verpflichten, sich auf leidliche Bedingungen vergleicht. Auf solche Art wird dieser Letztere, da er gehalten ist, nicht erlittener Gewalt wegen sich Recht zu verschaffen, sondern ein rechtschaffenes Betragen zu erwidern, allemal bereitwilliger sein, aus Empfindungen der Ehre bei einem Vergleich zu bleiben. Und dieses findet nach der gewöhnlichen Denkungsart der Menschen unter grösseren Feinden noch mehr statt als wo die Sache nicht viel zu bedeuten hat. Gibt der eine Teil freiwillig nach, so lässt sich der andere auch mit Vergnügen herunter; spricht jener hingegen aus einem gar zu hohen Tone, so lässt er es auf eine verzweifelte Gegenwehr ankommen.

(Thucydides 4. Buch, 17.—19. Kap.).

15. Juli 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Neuntes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 9. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind an **die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber.
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli.
Zürich

Mitarbeiter:

National gemischte Gebiete.

Von HUGH RICHARDSON, Newcastle-on-Tyne.

Es gibt mindestens drei Gebiete in Europa, von denen man behaupten kann, dass keine Regelung der nationalen Frage alle Einwohner zufriedenstellen kann, nämlich Mazedonien, Polen und Elsass-Lothringen. Im Gegenteil können alle Grenzverschiebungen in diesen Ländern, wenn sie durch Gewalt erfolgen, nur die Ursache künftiger Kriege sein. Blicken wir auf die Karte, so müssen wir, wenn wir unsere Parteilichkeit für einen bestimmten Staat beherrschen, in allen diesen Fällen sehen, wie verwickelt die tatsächliche Lage ist. Die verschiedenen Nationen durchdringen einander und sind so miteinander vermischt, dass es als geometrische Unmöglichkeit erscheint, irgendeine Grenzlinie zu ziehen, welche sie sauber auseinanderhalten könnte.

Auch das Plebiszit ist keine Lösung. Jede Volksabstimmung setzt den bedenklichen Grundsatz voraus, dass die Majorität zu entscheiden hat. Sollen die Magyaren in Ungarn, wenn sie beispielsweise 51% der Stimmen hätten, deshalb wirklich alles nach ihrem Willen einrichten können, ohne sich um die übrigen 49% zu kümmern? Die Tyrannei einer solchen Majoritätsherrschaft führt nur dazu, dass die unterdrückte Nationalität danach strebt, ihrerseits in die Rolle des Unterdrückers einzutreten.

Bevor man Grenzverschiebungen in Betracht zieht, würde es weiser sein, über Massregeln gerechten Minoritätsschutzes nachzudenken, neben denen die genaue Regelung der Grenzlinie als eine Sache von geringerer Bedeutung zurücktreten würde. Dies ist eine entscheidende Probe guter Regierung. Wenn ein Engländer nicht da-

nach fragt, ob er in dieser oder in jener Grafschaft lebt, ob in Yorkshire oder in Lancashire oder in Westmoreland, dann können die Grenzlinien dazwischen beliebig verschoben werden. Eine weit grössere Bedeutung sollte also den Vorschlägen betreffend Gleichheit vor dem Gesetze, religiöse Freiheit und freien Gebrauch der Muttersprache beigelegt werden als irgendwelchen Plänen zur Übertragung von Gebiet mit oder ohne Volksabstimmung.

Punkte von strategischer Bedeutung für die ganze Welt sollten international werden, sobald sie wieder einmal in andere Hände kommen. Die Bewohner von Konstantinopel z. B. mögen ja für ihre Hunde, ihre Wasserleitungen und ihre sonstigen Ortsangelegenheiten recht zweckmässig Sorge tragen; aber die Fragen freien Eisenbahnverkehrs durch einen Tunnel von Europa nach Asien und freier Schiffahrt zwischen dem Schwarzen und dem Mittelländischen Meere sind weitaus wichtiger und scheinen einen internationalen Stadtstaat zu erfordern, eine Art neuen Jerusalems, doch nicht für die Juden allein. Sir Edwin Pears hat angeregt, dass dies etwa nach Art der internationalen Donau-Kommission eingerichtet werden könnte.

Die Idee eines neutralen Staates, von welchem eifersüchtige Nachbarn sich gegenseitig fernhalten sollen, hat sich in der Praxis nicht besonders gut bewährt, weder in Afghanistan noch in Persien oder in Belgien. Bezüglich des letzteren Staates sind alle Leute darüber einig, in London so gut wie in Berlin, dass Ereignisse wie die von 1914 nie wieder vorkommen dürfen. Hat es also einen Sinn, wieder einen Vertrag wie den von 1839 zu unterzeichnen und so neues Unglück vorzubereiten? Die aussenliegenden Staaten haben reale Interessen, welche niemals dadurch befriedigt werden können, dass sie ganz aussen bleiben, so beispielsweise das Interesse am freien Handelsverkehr zwischen Antwerpen und Deutschland, auch zwischen Antwerpen und England.

Können wir uns nicht vorstellen, dass ein derartiger neutraler Staat in einen internationalen Staat verwandelt werden könnte? Die Aussenstaaten würden dann statt die „Neutralität zu garantieren“ — wie sie es eben verstehen mögen — lieber aktive Mitarbeiter an der Wohlfahrt des Pufferstaates werden. Wäre es nicht möglich, geradezu eine Art von gemeinsamer Herrschaft, etwa für Mazedonien, zu erfinden, durch welche die Nachbarn veranlasst würden, tatkräftig zu helfen, wenigstens solange die Wiederherstellung des verwüsteten Landes dauert, auf Wunsch auch länger? Man könnte sich ein Mazedonien vorstellen, welches durch eine Versammlung regiert würde; in dieser würden vor allem die Mazedonier selbst, aber auch Vertreter der umliegenden Staaten wie Serbien, Griechenland, Bulgarien Sitz und Stimme haben. Natürlich würden diese Vertreter auch finanzielle Hilfe zu verschaffen haben. Dadurch würde es leicht, auch Österreich, Russland und selbst andere Staaten heranzuziehen, falls diese finanziell mithelfen wollten. Die Verfassung eines solchen Landes würde derjenigen einer britischen Kronkolonie ähnlich werden, in deren Verwaltung die örtlichen Interessen ebensogut vertreten sind wie die Regierung Grossbritanniens.

Übrigens bietet das panamerikanische Bureau auch ein Muster, nach welchem Nachbarstaaten, wie die Balkanländer eine gemeinsame Amtsstelle für den Austausch nützlicher Tatsachen und für regelmässige Beratung gründen könnten. Dadurch bleibt ihre Souveränität und gegenseitige Unabhängigkeit unangetastet, und doch würde eine solche Einrichtung den Weg weisen für — eine Balkanföderation.

Damit zwei Staaten dieselben Gesetze haben, ist es nicht notwendig, dass sie auch unter einer gemeinsamen Regierung stehen. Amerika und Kanada waren einmal beinahe einig darüber, ihre Zollangelegenheiten übereinstimmend zu regeln. Ebenso könnten die Beratungen der

interparlamentarischen Union den Weg zu einer Vereinheitlichung des ganzen europäischen Rechtes bahnen. Jetzt versuchen englische und französische Parlamentarier in gemeinsamen Versammlungen zu beraten; und es ist gut so; ob ihre Beschlüsse weise sein werden, kann man freilich noch nicht wissen. In ähnlicher Weise liesse es sich denken, dass das deutsche, das russische, das österreichische Polen genau so abgegrenzt bliebe, wie es jetzt ist, dass aber die Abgeordneten der drei Gebiete zu einem gemeinsamen polnischen Kongresse zusammentreten würden, und dieser könnte unter Umständen Vorschläge machen, um selbst die Gesetze der drei grossen Kaiserreiche der Einheit näher zu bringen.

Der Gedanke einer Autonomie für Elsass-Lothringen innerhalb des Deutschen Reiches ist oft erörtert worden; ernste Vorschläge in dieser Richtung sind wohl von Berlin zu erwarten. Aus Elsass-Lothringen einen neutralen Staat zu machen, ist ein Plan, den das Schicksal Belgiens schwerlich besonders empfiehlt. Auch haben Frankreich und Deutschland beide in den Reichslanden ihre realen Interessen. Es ist ihnen beiden unmöglich, sich ganz abseits zu halten. Weist dies nicht wieder, vielleicht für eine ferne Zukunft, auf eine definitive Lösung hin, wenn einmal der Wunsch nach Zusammenwirken entstanden ist, wozu allerdings wieder von Berlin aus der Vorschlag ergehen müsste, etwa in Form einer gemeinsamen Herrschaft, einer regierenden Versammlung, welche in erster Linie die Einwohner der Reichslande, aber auch daneben die Deutsche Reichsregierung vertritt. Wenn eine solche Versammlung aus eigener Machtvollkommenheit eine gewisse Anzahl von Mitgliedern kooptieren dürfte (so etwas wäre doch schliesslich auch denkbar), wären sie dann nicht berechtigt, auch ein paar Vertreter der in Frankreich lebenden Landsleute in die Versammlung zu berufen? Und in Belgien, während des Prozesses der Wiederherstellung, wenn England, Frankreich und Deutschland alle zu den Kosten beitragen

wollen, sollten sie dann nicht auch alle berufen sein, mitzuberaten?

Wie kommt es, dass Europa so viele Soldaten braucht, während das ungeheure Gebiet des nordwestlichen Kanada mit 1000 berittenen Polizeileuten auskommt! Genügt dies, weil im wilden Westen die Gerichtshöfe so gerecht sind? In gewissen Balkangebieten scheint jeder Mensch sich selbst Recht zu verschaffen. In Kanada gibt es zu viel anderes zu tun, sie können nicht alle Helden von Beruf sein. Müssen gerade die Bewohner des europäischen Orients für alle Zeiten verdammt sein, den Stoff für Heldengesänge zu geben, damit wir in Westeuropa in müssigen Stunden Zerstreuung finden?



Internationaler Verein zum Schutze des Privateigentums.

Zu den aktuellſten wirtſchaftlichen Fragen des großen Weltkampfes zählen zweifellos die Privatintereſſen der Perſonen feindlicher Nationalität in den kriegführenden Ländern und Okkupationsgebieten. Die völkerrechtlichen Grundſätze über die „Unverletzbarkeit des Privateigentums" haben ſich nun als eine ohnmächtige Theorie erwieſen.

Groß iſt die Zahl jener, die ihr mühevoll erworbenes Vermögen in den feindlichen Ländern zurücklaſſen, oder aus ihrer eigenen Heimat vor dem eindringenden Feinde fliehen mußten. Häuſer, Geſchäfte und Warenlager wurden vernichtet, Güter, Werte und Effekten verſchiedener Art unter Sequeſter geſtellt, in vielen Fällen auch konfisziert. Teuer erworbene Patentrechte wurden rückſichtslos aufgehoben und Urheberrechte ignoriert.

Hunderttauſende von Intereſſenten ſtehen im Felde und ſind außerstande ſich ihren ökonomiſchen Intereſſen zu widmen. Und die Witwen und Waiſen – die Erben derjenigen, die auf den Schlachtfeldern gefallen, oder die in der Gefangenſchaft geſtorben oder verſchollen ſind – ſind zum großen Teil rat- und hilflos.

Nun warten alle dieſe armen, vom Kriege ſo bitter betroffenen Opfer der noch nie dageweſenen Zerſtörungswut auf die Friedensverhandlungen. Der obige Verein hat ſich den Zweck geſetzt, ihre Intereſſen zu verteidigen.

Zuerſt wird der Verein in den zahlreichen Todesfällen die Namen ſolcher, die Privatvermögen im Feindeslande hatten, an die betreffenden Sequeſter-Behörden des feindlichen Staates übermitteln und die geſetzlichen Erben in das Regiſter der zuſtändigen Behörde eintragen laſſen. Dadurch wird den Intereſſenten mindeſtens ein Jahr Wartezeit erſpart, weil es doch bekannt iſt, wie formell und kompliziert das internationale Erbſchaftsverfahren, zumal in Kriegszeiten, iſt.

Ferner wird der Verein eine praktiſchere Verwaltung der Privatvermögen anſtreben; es gibt z. B. unzählige Fälle, wo der Wert der Möbel, Geſchäftseinrichtungen, Warenlager durch die große Miete ganz aufgebraucht wird. In ſolchen Fällen wird der Verein beſtrebt ſein, die Gegenſtände in billigeren Räumen unterbringen zu laſſen.

Eine der Hauptaufgaben des Vereins wird aber die ſein, ſolchen Perſonen, die durch die lange Dauer des Krieges und durch die Beſchlagnahme ihres Vermögens in Not geraten ſind, nach Möglichkeit zu helfen. Es werden durch Vermittlung jener diplomatiſchen Vertreter, die mit dem Schutze des feindlichen Eigentums betraut worden ſind, an die betreffenden Regierungen Geſuche ergehen, in denen vorgeſchlagen wird, daß auf Grund abſoluter Gegenſeitigkeit eine Diſpenſation erteilt werden möge, die es geſtattet, den ſich in Not befindenden Perſonen aus ihren eigenen Mitteln (Bankdepôts) eine kleine Hilfe zukommen zu laſſen. Solcher Fälle gibt es Tauſende.

Das wären einige von den Aufgaben, die der Verein ſchon jetzt zu löſen hätte. Wir haben die beſten Ausſichten, die Unterſtützung unſerer Beſtrebungen erwirken zu können.

Die Zukunfts-Arbeiten des Vereins, nämlich die ſyſtematiſche Klaſſifizierung und Vorbereitung der ſonſtigen unzähligen Fälle, ſind natürlich noch bedeutender und von unabſehbarem Nutzen für alle Intereſſenten.

Der Verein iſt als juriſtiſche Perſon in das Handelsregiſter eingetragen worden. Intereſſenten erhalten auf Wunſch die vom Vorſtand gezeichneten Statuten durch das Sekretariat (Sonnenquai 10, Zürich).

□□□

Meeresfreiheit und Handelsfreiheit.

Zur Verständigung zwischen Deutschland und England.

Von Dr. HERMANN GELLMANN, Wien.

Offener Weg durch die offene Tür. Ist dies Ziel Utopie oder kann es vielleicht doch zur Verständigung zwischen Deutschland und England führen? Der offene Weg durch das Weltmeer ist Deutschlands Zukunftsprinzip nach dem Kriege, die offene Tür des Freihandels war Englands Prinzip vor dem Kriege. Soll es dort später anders werden?

Aus dem Munde von Englands berufenem Wortführer Sir Edward Grey, haben wir während des Krieges erfahren, dass England bereit wäre, über die Freiheit der Meere zu diskutieren. Der frühere Lord-Kanzler Loreburn hat in seinem Buche „Capture at sea" Abschaffung des Seebeuterechtes verlangt, Lord Courtney hat in der Friedensdebatte des Oberhauses die Frage erhoben, ob eine so „hochgesinnte Nation wie die deutsche ihren gesamten Überseehandel gestellt sehen kann auf eine englische Konzession". Das sind einzelne englische Bausteine zur Fundamentierung einer Meeresfreiheit. Den ersten Grundstein hiezu hat nicht Hugo Grotius, sondern Englands Königin Elisabeth gelegt, da sie ja zum erstenmal die Meeresfreiheit bewusst zum Rechtsprinzip erhoben hatte. Als der spanische Gesandte Mendoza sich darüber beschwerte, dass die Engländer nach den indischen Meeren schifften und er unter Berufung auf die Demarkationsbulle*) Alexander VI. für Spanien das ausschliessliche Recht, den Indischen Ozean zu befahren, in Anspruch nahm, gab sie ihm die berühmt gewordene Antwort: „Der Ozean ist zum Gebrauche

*) Vergl. meine Abhandlung: Völkerrechtl. Okkupation in Grünhuts Ztschr. für das Privat- u. öffentl. Recht der Gegenwart. Bd. 41.

aller Menschen frei wie die Luft, und er kann in keines Menschen Gewalt oder Besitz verfallen." In Wirklichkeit ist die Meeresfreiheit von England nur, wenn es selbst neutral war, respektiert worden. Jeder Seekrieg wird zugleich zu einem Kriege um das Recht der Neutralen auf Meeresfreiheit. Die Sätze des Seekriegsrechtes erweisen sich als ungenügender Schutz gegen Übergriffe der Kriegführenden. Schuld daran ist zum nicht geringen Teile die bisherige juristische Formulierung der Meeresfreiheit als einer Staatenlosigkeit. Die im Seekriege zwischen kleinen Staaten zur Anarchie, zwischen grossen Seestaaten zur Alleinbeherrschung durch die Kriegführenden ausartende bisherige Auffassung der Staatenlosigkeit des Meeres muss ersetzt werden durch einen auch die Ordnung im Kriege verbürgenden Zustand der Meeresfreiheit. Das Meer in seiner Funktion, dem Verkehr, dem Austausch materieller Güter, der Kulturvermittlung zwischen entfernten Völkern zu dienen, ist bloss Weg hiefür. Diesen Weg benützen zu dürfen, ist ein Attribut der äusseren Souveränität jedes Staates, die den ganzen Komplex des Verkehrs mit den andern Staaten umfasst, daher ein Persönlichkeitsrecht jedes Staates. Dieses Recht auf den freien Verkehr zur See steht allen Staaten in gleicher Weise zu. Auf der Hochstrasse des Verkehrs, high way of the trade, herrscht Meeresrechtsgleichheit. Die Meeresfreiheit ist die Befugnis aller Staaten, auf hoher See alles zu tun, was die Meeresrechtsgleichheit der anderen nicht beeinträchtigt. Jede Beeinträchtigung der Meeresfreiheit durch die Kriegführenden müsste als Attentat auf die äussere Souveränität von allen Neutralen pflichtgemäss abgewehrt werden. Die durch die fortschreitende Industrialisierung aller Staaten geschaffene Interessensolidarität auf hoher See würde dadurch umgestaltet werden zu einer Schutzsolidarität gegen Angriffe nicht auf blosse Interessen, deren Verletzung durch die Kriegsparteien von ihnen durch Kompensationen an die Neutralen erkauft werden könnte, sondern gegen An-

griffe auf die im Souveränitätsrechte der Meeresrechtsgleichheit verletzte staatliche Ehre, die kein Kompensationsobjekt für den Neutralen sein kann. Hiezu wäre aber auch eine präzisiertere Begriffsbestimmung der Neutralität erforderlich.

Die Unparteilichkeit und Parität erweisen sich als unbrauchbare Merkmale. Die Gleichheit der Behandlung beider Kriegsparteien durch die Neutralen bedeutet nur ein formelles Moment.*) Denn selten ist bei beiden Kriegsparteien eine solche Symmetrie der strategischen und politischen Lage vorhanden, dass die Wirkungen einer gleichen Behandlung seitens der Neutralen eine gleiche wäre. Die formelle Gleichheit kann oft die grösste materielle Ungleichheit bedeuten. Die Unparteilichkeit ist kein ergänzendes Merkmal zur Parität. Es kann Unparteilichkeit ohne Gleichheit, aber auch Gleichheit ohne Unparteilichkeit geübt werden. Die Unparteilichkeit berücksichtigt die Wirkung ihrer Handlungen, die Gleichheit verhält sich indifferent dagegen. Die Handhabung der Gleichheit beruht auf einer Sinneswahrnehmung, die der Unparteilichkeit dagegen auf einem Urteil. Es wird dadurch aber der Neutrale zum Richter über die Chancen der Kriegsparteien. Es müsste daher ein anderes Merkmal der Neutralität gefunden werden. Die Neutralität im modernen Sinne muss eine dreifache Funktion erfüllen: Den Krieg lokalisieren, seine Dauer abkürzen und die Interessen des Friedens schützen. Die bisher vorhandene Ungewissheit, stete Wachsamkeit und gegenseitiges Belauern der Kriegsparteien, ob und in welchem Umfange von irgend einer neutralen Seite unerwartete und unkontrollierbare, stetig sich erneuernde Stärkung der Widerstandskraft einer von ihnen erwachsen könnte, schaffen jene Atmosphäre des Misstrauens, die einen Neutralen oft zwingt, gegen die Schikanen einer Kriegspartei Schutz bei der andern zu suchen. Damit ist natürlich das Ziel der Lokalisierung des Krieges vereitelt. Die heutige Neutralitätsauffassung reizt weiter den Neutralen geradezu, den Krieg zu verlängern.

*) M. Huber: Festschrift des schweizerischen Juristenvereins

Das nationale Leben der kriegführenden Staaten wird vom Kriege völlig absorbiert. Die dadurch beeinträchtigte Stellung im Weltverkehr wird inzwischen von den Neutralen okkupiert. Dieser wird zum tertius gaudens und hat oft Interesse an der Verlängerung des Krieges. Die Kriegführenden müssen ihre durch den Kriegszustand vernachlässigte Volkswirtschaft aus fremden Quellen speisen, die Bedürfnisse zur Stärkung der Wehrkraft und Versorgung der Bevölkerung befriedigen. Die Neutralen treten in diese vom Kriege geschlagene Bresche ein und können durch ihre eigenen Interessen oft verleitet werden, neuen Zündstoff zur Aufrechterhaltung des Brandes zu liefern. So wird die Funktion der Neutralität, den Krieg abzukürzen, ebenfalls vereitelt. Die als Panacee dagegen empfohlene Enthaltsamkeit der Neutralen von jeder Lieferung an die Belligerenten würde die Neutralen, deren Import- oder Exportgebiet oft die kriegführenden Länder bilden, tödlich treffen, und so die weitere Funktion der Neutralität, die Interessen der im Frieden verbliebenen neutralen Staaten zu schützen, illusorisch machen. Zur Erfüllung der oben erwähnten dreifachen Funktion der Neutralität erscheint ein anderes Merkmal geeignet, das am besten mit Stabilitätsprinzip bezeichnet werden kann. Der Neutrale will durch den Krieg nicht verlieren, er soll aber auch durch ihn nicht gewinnen. Der zwischen den Belligerenten und den Neutralen zu pflegende Verkehr soll im Hinblick auf den Krieg weder eine Verminderung noch eine Erhöhung erfahren.*) Eine Umwandlung der nationalen Industrien bei den Neutralen in kriegstechnische Industrien zur Stärkung der Belligerenten soll ausgeschlossen sein. Die Kriegführenden sollen von den Neutralen nicht erwarten dürfen, was sie nicht schon bei Anfang des Krieges ins Kalkül hätten ziehen können. Der Handelsverkehr der Neutralen mit den Kriegführenden müsste Kraft des Stabilitätsprinzipes sich bezüglich der Artikel

*) Vgl. meine Abhandlungen über Meeresfreiheit im Kriege in der Oest. Ztschr. für öffentl. Recht. 1916. 1. u. 2. Heft.

der absoluten und relativen Konterbande, unter vollständiger Freilassung der auf der Londoner Freiliste figurierenden Waren, in denselben Grenzen bewegen wie vor dem Kriege.

Bei Ausbruch eines Krieges müssten die Neutralen obligatorisch zu normierende Neutralitätserklärungen erlassen, in denen sie sich verpflichten, unter Zugrundelegung der beispielsweise aus den letzten fünf Jahren ermittelten Durchschnittsziffer ihrer Ausfuhr sämtlicher aufzuzählender Artikel der absoluten und relativen Konterbande jeden über diese Ziffer hinausgehenden Handel ihrer Untertanen in diesen Artikeln nach den kriegführenden Ländern zu verbieten und durch ein dahingehendes landesrechtliches Gebot an die Zollbehörden die Durchführung zu garantieren. Mit Rücksicht auf die Fortschritte der Kriegstechnik könnte beispielsweise von zehn zu zehn Jahren durch eine allgemeine Staatenkonferenz die Zusammensetzung der drei Listen (absolute, relative Konterbande- und Freiliste) revidiert werden.

Um die Übersicht über die Hilfsmittel jeder Kategorie zu ermöglichen, welche dem Gegner während des Krieges vom Auslande zufliessen, könnte das Völkerrecht wohl ohne Schwierigkeiten für die Belligerenten die Pflicht normieren, gleich bei Beginn des Krieges eine nicht mehr zu ändernde Liste der absoluten und relativen Konterbande zu fixieren, wobei jedoch die Freiliste der Londoner Deklaration intakt bleiben müsste. Welchen Schaden die fortwährende Konterbandelistenänderung für die Neutralen verursachen, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Die leichtere Übersicht über die von jedem neutralen Lande den beiden Belligerenten voraussichtlich zukommende Bannware beider Kategorien würde die bisherige Jagd nach Bannwaren, die in unbestimmten Mengen aus unbestimmten Gegenden etwa zufliessen können, nicht in allen Weltmeeren erforderlich machen, sondern sie nur für bestimmte Wegrichtungen konzentrierter gestalten.

In Erwägung dessen, dass in den Meerengen und interozeanischen Kanälen der grösste Teil des maritimen Durchgangsverkehres vor sich geht, wären diese gerade der Ort für die Konzentrierung der Verhinderung des Konterbandehandels zugunsten der Entlastung des ganzen Weltmeeres von dieser Aktion.

In den für den Weltverkehr so bedeutenden Durchgangsstrassen, wie Suez- und Panamakanal, Gibraltar, müsste eine von Neutralen gebildete Untersuchungskommission (eventuell aus diplomatischen neutralen Vertretern dieser Gebiete mit marinetechnischen Beratern zusammengesetzt, ausgenommen die Nationalität des beanstandeten Schiffes), jedes durchfahrende Schiff anhalten und bei Verdachtsgründen auf Vorhandensein von Konterbande durchsuchen; im Falle der Schuld müsste die Kommission der Neutralen die Löschung der Konterbandeladung veranlassen und diese Ladung bis zum Kriegsende bloss zurückhalten, eventuell den Ladungseigner mit einer Strafe zugunsten menschenfreundlicher Akte in den vom Kriege getroffenen Ländern, belegen; für die Strafsumme würde die zurügehaltene Ladung haften. Der Haager internationale Prisengerichtshof könnte die Appellinstanz bilden. Diese Einrichtung wäre vielleicht der Keim zu einer neutralen organstaatlichen Bildung.

Da diese Vorkehrung den Ansprüchen der Belligerenten auf möglichst vollständige Unterdrückung der absoluten und relativen Konterbande nicht genügen dürfte, müsste bei dem Umstande, als der grösste Teil des Weltmeeres von den Belästigungen frei bleiben sollte, ihnen die Möglichkeit hiezu in ergänzender Weise geboten werden. Dieses Mittel hiezu wäre das im jetzigen Weltkrieg hinzutretende Novum der Kriegsgebietserklärung.

(Schluss folgt.)

□□□

F. W. Hirst.

Seit Beginn des Krieges gehört der bisherige Herausgeber des „Economist“ zu den unerschrockensten Vorkämpfern eines ehrenvollen Friedens und zu den heftigsten Gegnern aller Eingriffe in die überlieferte Freiheit des englischen Staatsbürgers. „Conscription“ ist ihm gleichbedeutend mit einer „neuen und todbringenden Sklaverei“, für welche die Verantwortung auf „das napoleonische Frankreich und das preussische Deutschland“ falle. Ihm ist die Wahrheit nicht feil, die Lüge keine patriotische Pflicht. So beschreibt er auch die Entstehung des Krieges keineswegs als Überfall des Dreibundes auf die friedlichen Lämmer der Entente, natürlich ebensowenig als Überfall Englands auf das friedliebende deutsche Volk, sondern so, dass alle Herrscher Europas in einem bestimmten Zeitpunkt der Versuchung nicht mehr widerstehen konnten, „den Knopf zu drücken“, welcher das namenlose Unheil dieses Krieges entfesselte. Nun ist endlich auch Hirst die Ehre zuteil geworden, von der Kriegsfurie verfolgt zu werden. Wie wir der „Frankfurter Zeitung“ vom 4. Juli entnehmen (Nr. 183, S. 2), soll Hirst von der Leitung des „Economist“ verdrängt und durch den früheren Finanzredakteur der „Times“ und der „Morning Post“, Hartley Withers, ersetzt werden.*) Es ist übrigens bezeichnend, dass die chauvinistische „Morning Post“ selbst nicht leugnet, dass der „Economist“ unter der bisherigen Leitung an Einfluss und Verbreitung zugenommen habe und grösser dastehe als je zuvor, was bei dem Blatte Walter Bagehots und Herbert Spencers nicht wenig besagen will. Wir benützen den Anlass, dem ausgezeichneten Streiter für die Sache der Vernunft und der Menschheit, die zugleich das wahre Interesse Grossbritanniens ist, unsere aufrichtige und tiefempfundene Huldigung darzu-

*) Vgl. das Abschiedswort S. 488.

bringen und veröffentlichen gerne aus diesem Anlass die Bemerkungen eines unserer Mitarbeiter über sein 1915 erschienenes und ebenfalls in erster Linie durch Wahrheitsliebe, Loyalität und sachkundiges Urteil ausgezeichnetes Buch. *Die Redaktion.*

The Political Economy of War by F. W. Hirst, Dent and Sons, London and Toronto, 1915 (pp. 326).

In meisterhaftem Englisch geschrieben, ist dieses Buch die gründlichste Arbeit über die volkswirtschaftliche Seite des Krieges, welche bisher in England erschienen ist. Es zerfällt in drei Teile; in den beiden ersten wird die Theorie und Politik des Krieges überhaupt, im letzten der „grosse Krieg von 1914—15" behandelt. Der Verfasser selbst bezeichnet sein Buch als „im besten Fall provisorisch"; seine Ziffern sind sehr interessant, freilich teilweise veraltet; aber die Wahrheit seiner Grundsätze ist durch die Ereignisse, welche seit Vollendung desBuches (Sommer 1915) stattgefunden haben, nur bekräftigt worden.

Zunächst wird eine kurze Skizze der Entwicklung des Krieges seit dem Kindheitsalter der menschlichen Gesellschaft geboten, verbunden mit einigen Grundgedanken über die Philosophie des Krieges, wobei der Verfasser die Vernichtung der „Lusitania" verdammt, aber ebensosehr auch die „dumme Barbarei" der Wegnahme von Privateigentum auf dem Meere. Dann geht Hirst zu den Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts über, wobei u. a. die wirtschaftlichen Verwüstungen des dreissigjährigen und siebenjährigen Krieges durch furchtbare Tatsachen geschildert werden. Verfasser vergleicht Englands Isolierung 1775—82 mit der heutigen der Zentralmächte. Ein Zeitgenosse sagt: Sie haben einen Krieg mit Amerika begonnen, einen anderen mit Frankreich, einen dritten mit Spanien und einen vierten mit Holland. Auf eine oder zwei Nationen mehr oder weniger scheint es ihnen dabei nicht anzukommen. — In diesem Kriege sank der Kurs der englischen Staatspapiere allmählich von 89 bis zu 47 hinab. Es war Englands gewalttätige Seepolitik gegen die Neutralen, welche den allgemeinen Unwillen erregte und den Staat so herunterbrachte. Der englische Handel wurde indessen völlig ruiniert, aufgeopfert den stärkeren Interessen einiger Piraten und Armeelieferanten ... Die französische Revolution und die Verwandlung der Republik in eine Militärtyrannei erzeugte jene furchtbare Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht, welche „wie die andern Formen der Sklaverei" scheinbar billig ist, in Wirklichkeit aber sehr teuer. Jedes Land in

Europa wurde durch diese Kriege geschwächt, Frankreich hatte am meisten unter dem Verlust an Menschenleben, Grossbritannien unter den Opfern an Geld zu leiden. Die durchschnittliche Preiserhöhung der Nahrungsmittel betrug 138%, die Löhne aber wurden bloss verdoppelt, so dass der Reallohn fast um 40% gesunken war. Zweihundertvierzig britische Banken stellten ihre Zahlungen ein, die Armengesetzgebung brach unter der Last des Pauperismus zusammen, da jeder elfte Einwohner der Armenpflege zur Last fiel (1914: einer unter sechzig).

An dieser Stelle finden wir zum erstenmal die Auffassung, dass eine stehende Armee der allgemeinen Wehrpflicht unbedingt vorzuziehen sei, und dass bei dieser die Soldaten Sklaven zu vergleichen wären. Wir möchten die Frage stellen, ob und inwieferne dies richtig ist? Ist nicht eine gezahlte stehende Armee eher ein Bild der Sklaverei als die allgemeine Wehrpflicht? Die Masse der Bürger bezahlt bei dem Söldnersystem eine Minderheit, welche für sie kämpfen und sterben muss, wenn die Masse sich entschliesst, Krieg zu führen. Was ist dies anderes als ein Ankauf von Sklaven? Dagegen kann man behaupten, dass bei einem Verteidigungskrieg, dem einzigen gerechten Kriege, der Kampf für Haus und Herd die natürliche Pflicht jedes wehrfähigen Mannes ist. Ein Militärsystem, ähnlich dem schweizerischen Milizsystem, also mit allgemeiner Wehrpflicht, scheint mir am wenigsten anfechtbar, da wir doch irgendein Militärsystem haben müssen. Um zur ökonomischen Seite der Sache zurückzukehren, müssen wir gegen die Behauptung des Verfassers, dass die Wehrpflicht mehr koste als eine Söldnerarmee, protestieren. Diese Behauptung ist offenbar unrichtig. Nach seinen eigenen Ziffern musste im Jahre 1898 England für seine wahrlich bescheidene Landarmee auf dem Friedensfusse nicht weniger als 20,8 Millionen Pfund bezahlen, während Deutschland für eine mehr als doppelt so grosse Armee 31,6 und Russland für eine viermal so grosse Armee nur 30,3 Millionen Pfund an Kosten zu leisten hatte.

Das Jahr 1815 bildet die Grenze zwischen einer Welt des Krieges und einer Welt des Friedens. Der erste Apostel des Friedens in Europa war die allgemeine Armut. Neununddreissig Jahre lang nach Waterloo hat England seinen friedlichen Handel gekräftigt und die Zeit zur Herabminderung der Steuern und Schulden benützt. Damals wurde nur ein kleiner Teil des Staatseinkommens für die Vermehrung der Rüstungen verwendet. Aber die Rivalität mit Frankreich führte schliesslich zu ihrer regelmässigen Steigerung. Hirst

illustriert durch zahlreiche interessante Tatsachen und Ziffern dieses Anwachsen der Rüstungskosten und zeigt schliesslich, wie weit jetzt jeder Staat im Wohlstand fortgeschritten und an Steuerlast erleichtert sein könnte, wenn Europa zur Zeit der ersten Haager Konferenz die Rüstungskosten bei dem damaligen Stande festgelegt hätte. Auch bietet er zahlreiche Belege zu dem völkerverhetzenden Treiben der privaten Rüstungsindustrie. Hirst zitiert dabei Briefe eines Agenten der englischen Firma Armstrong. Dieser wackere Mann, namens Thompson, arbeitete während der Wirren zwischen Chile und Argentinien mit Eifer daran, beide Staaten zum Kriege zu hetzen und beide mit Munition zu versorgen; dasselbe leistete er sich später gegenüber China und Japan. Wie der Verfasser scharfsinnig nachweist, ist die Rüstungsindustrie die einzige, welche niemals an Überproduktion leiden kann; denn je grösser ihr Angebot bei dem einen Staate, desto grösser die Nachfrage bei dessen Gegner. So haben beispielsweise dieselben britischen Firmen Kriegsschiffe für Griechenland gegen die Türkei und für die Türkei gegen Griechenland gebaut; als der Weltkrieg ausbrach, waren die türkischen Schiffe noch nicht abgeliefert; sie wurden mit Beschlag belegt und die Türken in ihrer Entrüstung schlossen sich den Feinden Englands an. Viele türkische Studenten, welche hier in der Schweiz wohnen, haben mir versichert, dass die Konfiskation ihrer Kriegsschiffe für die Stellungnahme der Türkei gegen England bedeutungsvoll war. Das einzige Ziel der grossen Waffenfabriken ist ihr Profit und deshalb haben sie alle Harvey, Krupp etc.) untereinander ein Kartell, sie teilen sogar ihre Patente miteinander. Es würde natürlich leicht sein, die Beispiele zu vermehren für die brüderliche Einigkeit, mit welcher die grossen Firmen der verschiedenen Nationen für Erzeugung von männermordender Maschinerie einander in die Hände gearbeitet haben, bis zu jenem furchtbaren Augenblick im August 1914, in welchem Diplomaten und Herrscher von Europa auf den Kriegsknopf drückten, der alle diese internationalen Patente für Zerstörung von Menschenleben durch die seit Jahren aufgehäuften mechanischen und chemischen Erfindungen, auf einmal in Bewegung setzte.

Hirst erörtert dann die Kriegsentschädigungen und zeigt u. a., dass selbst im scheinbar vorteilhaftesten Falle, als Deutschland von Frankreich 100 Millionen Pfund mehr als seine Eigenkosten erhalten hatte, die volkswirtschaftlichen Wirkungen für Deutschland schädlich waren. Hierauf widerlegt er drei landläufige Trugschlüsse, durch welche der Krieg als ökonomisch vorteilhaft hingestellt zu werden pflegt. In

ungemein lesenswerten Darstellungen bespricht der Verfasser die verschiedenen Methoden, die Kriegskosten abzuzahlen, und bringt dabei sehr interessante ältere Arbeiten zur Geltung, so eine Broschüre von Hamilton aus der Zeit nach den napoleonischen Kriegen und einen gedankenvollen Brief Gladstones über das Elend nach dem Krimkriege. Das ganze zweite Buch ist der Geschichte der Staatsschulden in den verschiedenen Ländern Europas gewidmet. Dabei kommt Hamiltons Grundsatz immer wieder zur Geltung, dass jede Hoffnung, die Staatsschulden anders abzuzahlen als durch Steigerung der Steuerlast unter gleichzeitiger Einschränkung der Staatsausgaben, auf Selbsttäuschung hinausgeht. Also private und öffentliche Einschränkung als Folge des Krieges.

Endlich gelangt Hirst im dritten Teile seines Werkes zur Darstellung der wirtschaftlichen Wirkungen des Weltkrieges. Er beginnt mit einem packenden Bilde der City, ihrer Blüte und ihres Glanzes, um dann zu schildern, wie das ganze Gebäude des englischen Kredits und Handels in den ersten Monaten des Krieges verwüstet wurde. Erst gegen den Oktober hin bessert sich die wirtschaftliche Lage, besonders dadurch, dass die englische Flotte den Seehandel Grossbritanniens zu schützen vermag. Mit reicher Statistik zeigt Hirst, was der Krieg als volkswirtschaftliche Belastung zu bedeuten hat. Fünfzehn Monate genügen, um die englischen Ersparnisse von vier Jahren und die deutschen von sechs Jahren zu verschlingen. Vier Millionen Menschen verlieren in dieser Zeit ihr Leben oder ihre Erwerbsfähigkeit; ihre Löhne, kapitalisiert, erreichen fast den Riesenbetrag von 2 Milliarden Pfund oder 50 Milliarden Franken. Und dieser Posten wird bei den Kriegskosten gewöhnlich gar nicht mitgerechnet. Es gibt für die europäischen Staaten nach dem Kriege keinen andern Ausweg als den Bankrott oder eine furchtbar drückende Einkommensteuer bei scharfer Einschränkung ihres Aufwandes besonders für Militärzwecke.

Das Buch schliesst mit einem kurzen Überblick über die Schädigung der verschiedenen neutralen Staaten durch den Krieg und mit einigen herzlichen Worten über die Leistungen der Schweiz und ihrer glorreichen Schöpfung, des Roten Kreuzes. Sein Ausblick auf die Zeit nach dem Frieden ist düster. Hirst zitiert die Worte Seldens während des englischen Bürgerkriegs: „Auch wenn wir Frieden bekommen sollten, wird es noch lange dauern, bis wir Ruhe haben werden; auch wenn der Sturm sich gelegt hat, bleibt die See noch lange Zeit bewegt.“ *P. A. H. Muschamp.*

Amerikanische Liebestätigkeit im Orient.

Von Dr. A. MI-BASCHAN.

In einigen Tagen werden es 24 Monate sein, seitdem der wahnsinnigste aller Kriege die ganze Erdoberfläche mit Strömen von Blut und Tränen überflutet. Die Menschheit hat sich nachgerade daran gewöhnt, die schrecklichsten Einzelheiten dieses Massenmordes einfach wie die Details eines beliebigen Unfalles hinzunehmen und der Sinn für das, was einst als edel und human galt, wird immer mehr abgestumpft. Umso erleichternder wirkt es, wenn man inmitten dieser düsteren Tage einen hellen Funken wahrer, ungefälschter Menschenliebe noch zu erspähen vermag, wenn das beinahe zum Schweigen gebrachte Gefühl sich in der Anschauung reiner, humanitärer Liebestaten menschlicher Wesen gleichsam von seiner Lethargie erholen kann.

Wir wollen im folgenden der Taten gedenken, die vor einem Jahre, genau zu Beginn des Kriegssommers 1915, von Bürgern und Vertretern der Vereinigten Staaten in einem gottvergessenen Erdenwinkel, im arabischen Orient, ausgeführt wurden. Es geschieht dies aus dem Grunde, weil gerade jetzt der Orient wiederum in eine Kriegsphase eingetreten ist, die, wenn sie noch lange dauert, die menschlichen Siedlungen daselbst völlig zugrunde richten muss. Es wüten augenblicklich in Syrien und Palästina die fürchterlichsten Seuchen, deren Bekanntschaft ja auch Europa zu machen beginnt: Flecktyphus, Pocken, Cholera und mitunter sogar die Pestepidemie, und zwar in einem Masse, wie es selbst Asien selten gesehen hat. In dieser schlimmen Stunde regt sich in Amerika das menschliche Gefühl und fordert, allen Kriegsbestimmungen und Konventionen zum Trotz, eine Intervention, um durch Zustellung von Medikamenten an die nichtkriegerische Bevölkerung die Sterblichkeit Tausender von unschuldigen Opfern zu dämmen. Das erinnert den Schreiber dieser Zeilen lebhaft, wie während einiger Monate die amerikanischen Botschafter und Konsuln, Schiffskapitäne und Matrosen, Kriegsschiffe und Transportdampfer der Rettung und günstigen Beförderung der Tausende von, als feindliche Untertanen aus der Türkei ausgewiesenen oder aus Mangel an Lebensmöglichkeiten freiwillig das Weite suchenden, Einwohnern

Syriens und Palästinas dienten. Wer das Elend im Orient seit Ausbruch des Krieges nicht kennt, der hat eigentlich gar keine Vorstellung von dem, was dieses Weltunglück an Not und Bedrängnis gezeitigt hat. Gleich nach Ausbruch des Krieges wurden einige Tausende in Syrien und Palästina lebende Untertanen der verschiedenen europäischen Staaten durch die Macht der Verhältnisse, für die sie nichts konnten, zu „Feinden" der Türkei gestempelt und mussten also das Land verlassen oder aber im Innern Anatoliens interniert werden. Wie aber alle diese Unglücklichen aus dem Lande schaffen, wenn durch die englisch-französische Blockade die sonst im Orient verkehrenden Dampfer ihre Fahrten einstellen mussten und es einen anderen als den Seeweg zur Beförderung dieser Ausgewiesenen nicht gab? Die armen, zwangsweise zu Auswanderern gemachten russischen, französischen etc. Untertanen mussten daher in provisorischen, furchtbaren Konzentrationslagern untergebracht werden, in Erwartung einer immer seltener werdenden Fahrgelegenheit. Kaum vernahm dies der amerikanische Botschafter, so sorgte er auch schon dafür, dass einige im Mittelmeer kreuzende, zum Schutze der neutralen Interessen dahin beorderte Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten zu Transportdampfern für die Unglücklichen wurden. Noch nie haben Kriegsschiffe und Soldaten edlere Verwendung gefunden, als es bei diesen Fahrten der Fall gewesen. Die Offiziere wetteiferten mit den Gemeinen in Verschaffung von Erleichterungen für die meistens aus Frauen und Kindern bestehenden Auswandererscharen, sie boten ihnen ihre eigenen Betten und Kabinen an, während sie sich auf dem Deck aufhielten, sie wurden zu leistungsfähigen Köchen für die hungrigen Erwachsenen, zu geschickten Pflegern für die hilflosen Kinder. So oft ein amerikanischer Offizier irgendeine Rohheit bei der Verschiffung dieser Leute durch die arabischen Bootsleute sah, schickte er sofort ein Motorboot hinaus, um die den Plackereien Ausgesetzten ihren Quälgeistern zu entziehen. Bei dem Respekt, den die Orientalen den fremden Waffen zollen, genügte es, dass das amerikanische Kriegsschiff einige Streifzüge längs der Küste machte, um die Sicherheit aller Europäer inmitten einer leicht entzündbaren, fanatischen Bevölkerung zu verbürgen. Was sonst als mit dem „Kriegsrecht" unvereinbar scheint, konnten die Vertreter Amerikas durchsetzen, nämlich dass man jeder Blockade zum Trotz nach Palästina nicht nur Geld und Medikamente für die ärmere Bevölkerung transportierte, sondern dass auch ein riesiger Nahrungsmitteldampfer in Jaffa seinen Segen über die verhungerte Bevölkerung ausschütten und so viele Menschen vom Hungertode retten

konnte. Der Name Amerika und die Flagge der Vereinigten Staaten wurden im Orient identisch mit denjenigen von Retter und Verteidiger in der Bedrängnis. Ein übriges taten noch die Konsuln der Vereinigten Staaten, indem sie jedermann die Visierung der Pässe, ja die Ausstellung von solchen selbst unter sonst im diplomatischen Verkehr kaum möglichen Bedingungen völlig kostenlos und auf ihre eigene Verantwortung hin gewährten, um ihnen so die Reise zu ermöglichen und ihnen Leiden zu ersparen, denn, wie der Generalkonsul Amerikas in Jerusalem sich ausdrückte, „auch der Staatsbeamte ist zuerst Mensch und dann Beamter."

Nach zuverlässigen Meldungen geht auch gegenwärtig die Regierung der Vereinigten Staaten daran nach dem Orient einen Transport von Medikamenten für die nichtkriegführende Bevölkerung zu bewerkstelligen. Es heisst nicht zu viel hoffen, wenn wir der Regierung der Union die baldige Entdeckung des heiligsten Arzneimittels für die ganze in ihrem Blute ertrinkende Welt, die Herbeiführung des so heiss ersehnten Friedens, wünschen und das zuversichtlich von ihr erwarten — ex Amerika nihil nisi bene!



Dokumente der Menschlichkeit.

Die Schweiz fährt fort, Europas kostbares Asyl zu sein und ihre Werke der Menschlichkeit immer weiter auszubauen. Bahnzug um Bahnzug hat erholungsbedürftige französische und deutsche Mannschaften aus den feindlichen Kriegslagern nach den schönsten Orten des Schweizerlandes befördert, Stadt für Stadt wurden diese Züge von der Bevölkerung begrüsst, beschenkt und mit einem Andrang empfangen, der es notwendig erscheinen liess, an grösseren Plätzen den Zutritt zu organisieren. Nun kommen auch englische Kriegsgefangene in die Schweiz im Austausch weiterer kriegsgefangener Deutscher. Die Anregung hiezu hat der Papst gegeben und sie wurde rasch zu gutem Ende geführt. Die Auswahl der besonders Erholungsbedürftigen wird von Schweizer Ärzten getroffen. Es befinden sich zurzeit in der Schweiz an schwerverwundeten und kranken ausländischen Kriegern 9647 Franzosen, Belgier und Engländer und etwa 2000 Deutsche. („*Neue Zürcher Zeitung*" 30. April 1916.)

Unter dem Vorsitz von Bundesrat Hoffmann fand im Bundeshaus die Konstituierung eines Damenkomitees zum Zwecke der Hospitalisierung erholungsbedürftiger Krankenschwestern kriegführender Staaten statt. Zahlreiche Mitglieder des Schweizerischen Hoteliervereins erklärten sich bereit, erholungsbedürftigen Krankenschwestern kriegführender Staaten einen kostenlosen Ferienaufenthalt in ihren Hotels zu gewähren. Es soll bereits im Juni ein Anfang gemacht werden. Das neue Liebeswerk dürfte etwa 2000 Pflegerinnen zugute kommen.

Im Einverständnis mit den deutschen Regierungen wurde für französische Schwerverletzte, welche nicht transportfähig sind, auf die Initiative von Professor Hust ein grösseres Grundstück mitten im Wald als Kolonie eingerichtet. Für die Verwundeten ist damit eine grosse Erleichterung geschaffen.
(„*Le Journal*" Paris 18. März 1916.)

Der König von Spanien soll eine Vereinbarung zwischen den Kriegführenden anstreben für raschere Hilfeleistung an Verwundete auf dem Schlachtfelde. König Alfons sucht hiefür an erster Stelle die Vermittlung des päpstlichen Stuhls, um die Schwierigkeiten, welche sich der Ausführung entgegenstellen, zu überwinden.

Ein norwegisches Schiff wurde von einem deutschen Unterseeboot torpediert. Der Kapitän mit seiner Mannschaft genossen während einiger Tage unfreiwillig die Gastfreundschaft des Unterseebootes. Er hat in anschaulicher Weise davon erzählt. Man gewinnt aus seiner Schilderung den Eindruck, dass es auch in dem engen Raum dieses neuesten Kriegsfahrzeuges weder an guter Luft noch an schmackhafter Nahrung fehlt. Beleuchtung, Heizung und Kochen geschieht auf elektrischem Wege. Die Norweger sowie auch zwei mitgefangene englische Matrosen erhielten die gleiche Verpflegung wie die Mannschaft des Unterseebootes, deren Verhalten als sehr liebenswürdig und überaus zuvorkommend bezeichnet wird. Ein norwegischer Dampfer nahm den Kapitän mit den Norwegern und den Engländern an Bord, wobei von letztern dem Führer des Tauchbootes ein herzliches Hurrah gebracht worden ist. *(Morgenbladed.)*

Von der englischen Front. Die Bewegungen der Deutschen werden beobachtet, um Feuer zu geben, sobald sich Soldaten zeigen. „Wir schiessen jedoch nicht immer' behauptet ein

Soldat zu seinem Vorgesetzten. „Ich sah gestern einen Deutschen, ich schoss aber nicht nach ihm, denn es war ein guter Kerl.“ Auf die Frage, wie es ihm möglich war, auf 800 Meter einen guten Kerl von einem schlechten zu unterscheiden, und wie er überhaupt dazu kam, einen „Boche“ als Freund und Bruder zu betrachten, erfolgte die Antwort: „Der Mann hatte sich gebückt, um einen Hund zu streicheln!“

The Daily Mail, Paris 25. Mai 1916.

Es war in der Frühe des im Vorjahre für abend- und morgenländische Christen gemeinsamen Ostertages, als die Russen einer weit vorgeschobenen deutschen Abteilung durch Schwenken weisser Tücher zu erkennen gaben, dass sie mit ihr zu unterhandeln wünschten. Alsbald wurden zwei Unteroffiziere beauftragt, in Begleitung eines Hornisten unbewaffnet vorzugehen und das Begehren der Gegner zu erkunden. Offiziere, prächtige, baumlange Gestalten, empfingen sie. Einer trat vor, legte, sich verbeugend, die rechte Hand aufs Herz und sagte: „Wir Kameraden von der Pechota (Infanterie) wünschen euch fröhliche Ostern!“ Dem Ostergruss folgten Ostergaben: Biskuits, in der von der Zarin den Offizieren gewidmeten Packung, Ostereier von Seife u. a. m. und als besonderes Geschenk ein Ring mit dem Bild der heiligen Barbara und der russischen Inschrift „Heilige Barbara schütze uns!“ Die überraschten Parlamentäre dankten für alle die Artigkeiten aufs beste, lehnten es aber höflich ab, sich mit ihnen zu einer photographischen Aufnahme zu stellen. Doch wurde verabredet, die Waffen bis Mitternacht des folgenden Tages ruhen zu lassen. („*Neue Zürcher Zeitung*“, 16. Mai 1916.)

Angelo Tortoreto beschreibt in der „*Stampa*“, Turin, unter dem Titel „Rekonstruierte Menschen“ ein italienisches Heim, in dem ihrer Gliedmassen beraubte Kriegsopfer nach Möglichkeit geheilt werden und in solchen Beschäftigungen Unterricht erhalten, für welche sie weiterhin fähig geblieben sind. Mit besonderer Freude spricht er von einer ganzen Anzahl junger Taglöhner, welche mit gutem Erfolg sich einer künftigen geistigen Tätigkeit zuwenden und die entsprechende Ausbildung erfahren.

Eine Resolution des Lehrersyndikats des Seine-Departements: „Das Syndikat erklärt die Aufreizungen zum Hasse für ungesund und gefährlich. Ungesund, weil sie an die brutalsten und niedrigsten Instinkte appellieren und so eine Verleugnung aller Moralprinzipien sind; gefährlich, weil sie

nur zu einer Verlängerung des jetzigen Krieges führen können und notwendigerweise durch die Erhaltung der Feindseligkeiten zwischen den Nationen eine fortzeugende Ursache neuer Kriege sein müssen."

(*Arbeiterzeitung Winterthur*, 28. April 1916.)

Herr J. Schmid (St. Gallen) sendet uns einen Aufruf zu, der an „Eltern und Lehrer aller Stufen und an Erzieher, Institutsdirektoren und Inhaber von Pensionaten, Privatschulen, Staatsmänner, Beamte und alle Jugend- und Volksfreunde" gerichtet ist. Alle Jugend- und Volksfreunde mögen sich „zu einer vereinten Jugendwehr gegen die gemeinsamen Feinde: die moralische Gleichgültigkeit, die chauvinistische Gesinnung und die hasserfüllte Kriegsleidenschaft" organisieren und in Schule und Presse die Idee der Begründung eines dauernden Weltfriedens verbreiten. Der Aufruf ist von etwa 20 Persönlichkeiten von St.Gallen, Zürich, Bern, Luzern, Basel im Juni 1916 gezeichnet, an deren Spitze Herr H.Scherrer, Ständerat und Erziehungsdirektor, St. Gallen, steht. Weitere Unterschriften werden vom Einsender erbeten.

Die Redaktion des „*L'arc en ciel*" in Genf erlässt ein Rundschreiben, in dem sie davor warnt, den Kindern Hass gegen andere Nationen einzupflanzen. Sie bringt hiezu eine Anekdote: „Ein kleiner Deutsch-Schweizer wird als ‚sale boche' von Mitschülern beschimpft und misshandelt. Zwei teilnahmsvolle Schulkameraden begleiten ihn heim. Einer davon Franzose, der andere Reichsdeutscher!"

Ein Trupp russischer Gefangener wird eingebracht. Aus der Menge wird ein höhnischer Zuruf laut. Ein Gefangener beugt sich vor, schüttelt den Kopf und sagt langsam mit grossen, traurigen Augen: „Du bist nicht schuld und ich bin nicht schuld!" („*Die Staatsbürgerin*", Berlin.)

Die „*Libre Pensée*", Lausanne, veröffentlicht einen Brief aus Paris, in welchem geschildert wird, wie die von der Front beurlaubten Soldaten ungleich menschlicher und hassfreier urteilen als die hinter der Front Gebliebenen. — „Les boches? ils sont comme nous, les pauvres diables!" Und sie erzählen von Franzosen, die gutes Brot den Feinden in die Schützengräben werfen und von Deutschen, welche vor der Explosion einer gelegten Mine Warnung geben. Sie kennen den Hass nicht und werden daheim etwas von dem Frieden verbreiten, den dieser blutige Krieg einst bringen soll.

Es hat sich in Berlin unter dem Patronat des amerikanischen Gesandten James W. Gerard und der Fürstin Hohenlohe ein amerikanisches Hilfskomitee für Kriegswitwen und Kriegswaisen gebildet. Dieses Komitee übernimmt die von der amerikanischen Hilfsküche begonnene Aktion, die neun Monate lang bedürftigen Personen der deutschen Hauptstadt, ohne Unterschied der Nationalität, zugute kam. Die von der amerikanischen Kolonie in Berlin gestifteten Mittel wurden knapp und so hat das neue Komitee es übernommen, die wohltätige Einrichtung zu gutem Ende weiterzuführen.

(„*Evening Post*“ New York.)

Der „Ausschuss für Rat und Hilfe“ in Frankfurt a. M. gibt ein neues Heft heraus über die deutschen Kriegsgefangenenlager und wiederholt in vertiefter Ausführlichkeit die bekannten Bemühungen der deutschen Regierung um das Wohl der Kriegsgefangenen. Der kleine Band ist besonders reich und gefällig illustriert. So bekommt der Leser eine anschauliche Vorstellung von dem Lager und dem ganzen Leben der Kriegsgefangenen: Ankunft, Waschanstalt, Entlausungsapparate, Brausebad, Barbierstube, Suppenverteilung, Milchhalle, Brotlager, das Sonnen der Betten; ihre Spiele wie: Fussball, Tennis, Freiübungen, Blumenanlagen, Krokett, Kegel, Ball; anderer Zeitvertreib: Holzschneiden, Orchester, Theateraufführungen, Variétéprogramm, Sängerchor, Lesehalle, Bücherei, Zeitungsausgabe. Kapellen verschiedener Konfessionen, dabei auch eine Moschee für Mohammedaner, für welche auch eine besondere Küche geführt wird. Auch Lazarettanlagen, ein Bankbureau, die Post- und Paketabfertigung, kleine Kunstwerke der Gefangenen; zum Schlusse folgen Bilder aus den behaglich eingerichteten Offizierslagern.



Chor: *Durch Jahre voll Tränen*
Und Fürchten und Sehnen,
Eine Hölle voll Blut und voll Hass und Leid,
Wir flogen und fanden
In wenigen Landen
Die welkende Blume der Glückseligkeit.

(*Der entfesselte Prometheus, Shelley.*)



Zeitschriftenschau.

Krieg und Judentum. In seiner neuen Zeitschrift: „*Der Jude*“ (Verlag R. Löwit, Berlin und Wien), rollt der Herausgeber Martin Buber die ganze Schwierigkeit des Judenproblems in diesem Kriege auf. Alle Völker sind untereinander, nur das Judentum ist in sich selbst geschieden. Es sieht so aus, als ob es nur noch Juden, aufgeteilte und gegeneinander kämpfende Juden, und kein Judentum mehr gäbe. Und doch ist dem nicht so. Es ist vielmehr eine Zeit tiefster Selbstbesinnung als Beginn zu wahrhafter Sammlung und Einigung. Wer dem Judentum treu bleibt, wird ihm stärker anhangen als zuvor: ernster, tätiger, verantwortlicher. Die einzelnen Juden kämpfen, treu ihrer Pflicht, jeder für sein Vaterland; das Judentum als solches steht über dem Kampfe, dienstbar nur dem Durchbruch des Menschentums, der hohen Aufgabe der Völkerverbindung. In dieser Aufgabe können die richtungslosen Juden des Westens, die gefesselten Juden des Ostens und die kolonisatorischen Juden von Palästina ein gemeinsames Ziel finden und aus diesem Streben nach Völkerversöhnung kann das Judentum ein neues Lebensrecht empfangen. Auf dieser Grundlage will die neue Zeitschrift, in ihrer Tendenz massvoll zionistisch, einen Einblick in die Arbeit der Juden als Pioniere geistigen und materiellen Fortschrittes, in die Sprachenfrage des Zionismus (jiddisch oder hebräisch?), in die notwendige Wandlung des jüdischen Nationalismus durch den Krieg, in das jüdische Gemütsleben und die neu-jüdische Literatur gewähren, auch den Kampf gegen die Forderung der deutschen Grenzsperre und andere antisemitische Veilleitäten aufnehmen.

Der Krieg und die französischen Universitäten. Unter diesem Titel hat *Louis Liard*, der Rektor der Pariser Universität, in der Nummer vom 1. Mai der „Revue de Paris“ einen Aufsatz veröffentlicht, in welchem er erklärt, es wäre kindisch und gefährlich, leugnen zu wollen, dass die französischen Universitäten unter dem gegenwärtigen Krieg entsetzlich leiden werden. In finanzieller Hinsicht werden die Privaten und wird der Staat für dringendere Aufgaben so ungeheure Summen ausgeben müssen, dass die Universitäten nur in sehr bescheidener Weise berücksichtigt werden können. Aber eine tiefere und schlimmere Wunde als die immerhin heilbare Geldwunde, eine Wunde, die sehr lange bluten wird, ist der ungeheure Verlust an Lehrkräften. So werden von den 189 Schülern der „Ecole normale supérieure“, die am Anfang des Krieges mobilisiert wurden, 77 nicht wiederkehren. Liard lässt bei dieser Gelegenheit auch der deutschen Kultur einige Gerechtigkeit widerfahren. Pasteur habe allerdings recht, wenn er sagt: „Wenn die Wissenschaft keine Heimat hat, so hat

der Forscher eine.“ Aber das Gegenteil sei ebenso wahr: „Wenn der Forscher eine Heimat hat, so hat die Wissenschaft keine.“ „Gesetzt den Fall, morgen taucht in Deutschland ein neuer Leibniz auf, der ein neues, schnelleres und schmiegsameres Rechnungsverfahren entdeckt als die Unendlichkeitsrechnung, so werden sämtliche Mathematiker der Welt davon Gebrauch machen. Man entdecke in einem deutschen Laboratorium ein besonderes Serum gegen die Tuberkulose, so werden alle Lungenkranken der Welt, diejenigen Frankreichs sowohl als die der anderen Länder, danach behandelt werden wollen. Und, um nicht unsere Zuflucht zu Hypothesen zu nehmen, hat denn jemand seit Ausbruch des Krieges daran gedacht, unseren Verwundeten die Wohltat der Radioskopie unter dem Vorwande zu entziehen, dass sie eine deutsche Erfindung sei?“ Endlich ist dieser Aufsatz beachtenswert, weil die Vorschläge zur Reform des akademischen Studiums an Einrichtungen erinnern, die schon längst in Deutschland bestehen, so z. B. die strammere Organisierung des Bildungswesens (Liard spricht allerdings nur von „Koordinierung“, weil das Wort „Organisierung“ als ein charakteristisches Merkmal der verpönten „deutschen Kultur“ gebrandmarkt ist), grössere Freiheit beim höheren Studium, Vervollkommnung des technischen Hochschulwesens etc. Im ganzen wird man sich darüber freuen dürfen, dass die höchste Autorität des französischen Bildungswesens den Mut gehabt hat, inmitten der gegenwärtigen Krise, trotz der teilweise schiefen Beurteilung Deutschlands, über die auch ein Liard nicht hinwegkommt, Worte der Vernunft zu sprechen.

Boutroux und die deutsche Philosophie. An der Spitze der Nummer vom 15. Mai der „*Revue des Deux Mondes*“ hat *Emile Boutroux*, den man gleichsam als den Generalstabschef des französischen Federkriegsheeres bezeichnen könnte, einen neuen Artikel unter dem Titel „Deutschland und der Krieg“ veröffentlicht, wo er die Anklagen, die er am Beginn des Krieges in einem Artikel unter demselben Titel und in derselben Zeitschrift gegen Deutschland erhob, in noch schärferem Tone zum Ausdruck bringt. Während nämlich Boutroux im ersten Artikel von dem Deutschland eines Leibniz, eines Kant und eines Goethe mit etwas Respekt sprach und wesentlich das heutige Deutschland für die „Greueltaten der Barbaren“ verantwortlich zu machen suchte, ist er im neuen Artikel bestrebt, nachzuweisen, dass die Keime der Lehren und Handlungen des heutigen Deutschland, die Keime des „Panbochismus“ also, bei den typischesten Vertretern des deutschen Idealismus, namentlich bei Goethe und Kant, enthalten sind. Wie es zu erwarten war, hat die Unaufrichtigkeit, die diesen ganzen Artikel durchzieht, unter den Franzosen selbst grosse Misstimmung hervorgerufen. Als ein charakteristisches Beispiel in dieser Hinsicht kann man die Kritik betrachten, die der bekannte Mitarbeiter des „Temps“ P. S. (Paul Souday) in dem grossen Pariser Blatt an diesem Artikel übt. Er kann z. B. nicht begreifen, wie Boutroux die Worte, die Goethe Mephistopheles in den Mund legt:

„Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft", dem Dichter selbst zuschreiben kann, so dass nach Goethe das Böse identisch mit dem Guten, ja die Quelle des Guten wäre! Ebenso ungerecht ist es, meint Souday, wenn Boutroux die Worte des Herrn „Drum gebe ich ihm den Gesellen zu . . ." als die Überzeugung Goethes charakterisiert, dass das Böse die treibende Kraft der menschlichen Handlungen sei. Es sei geradezu empörend, auf derartige aus dem Zusammenhang gerissene Worte eine ganze geschichtsphilosophische These zu stützen. Am unerträglichsten aber findet Souday den Selbstmord, den Boutroux bei der Kant-Interpretation in diesem Artikel übt. Boutroux charakterisiert Kant als einen Gegner der echten moralischen Freiheit, da nach Kant frei sein, heisse, dass der einzelne seinen Willen völlig mit der universalen, ursprünglichen und absoluten Notwendigkeit identifiziert. „Griechenland war bestrebt," schreibt Boutroux, „den orientalischen Fatalismus zu entthronen: Deutschland hat sich nach einer transzendenten Metaphysik die Aufgabe gestellt, ihn in seiner Souveränität wiederherzustellen." „Kant ein Fatalist!" ruft Souday aus, „darauf war ich wirklich nicht gefasst." „Man würde sich fast genieren," schreibt er zum Schlusse, „über solche Dinge mit einem so hervorragenden Professor der Geschichte der Philosophie zu diskutieren, wenn man nicht mit Argumenten aus dem berühmten Artikel der „*Grande Encyclopédie*" ausgestattet wäre, wo Boutroux selbst ein völlig anderes Bild von Kant entworfen hat.*)

Friedensstimmen. *Offenes Schreiben Ramsay Macdonalds an die französischen Sozialisten behufs Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen:*

. . . Es ist im allgemeinen anstössig und unfein, darüber Betrachtungen anzustellen, was die Toten getan haben würden. Ich glaube aber, dass ihre Lage sich anders gestaltet hätte, wenn Jaurès am Leben geblieben wäre. Er hätte Ihnen gesagt, dass es Ihre Pflicht ist, Ihr Vaterland zu verteidigen; er hätte Sie jedoch über die Verantwortung, die Sie am Kriege tragen, nicht getäuscht. Sie konnten nicht das Bündnis mit Russland haben und gleichzeitig vor einer Invasion gefeit sein. Dieses Bündnis bedeutete für Sie, dass im Augenblick des Ausbruches des europäischen Krieges die deutschen Armeen Ihre Grenzen überschreiten würden. An die Pflicht der Nationalverteidigung hätte auch Jaurès Sie gemahnt, aber eher mit der Ruhe eines Mannes, der sich ins Unvermeidliche fügt, als mit der Leidenschaft eines Eiferers, der gegen Ungerechtigkeit zetert . . .

---

*) In ähnlichem Falle befindet sich auf deutscher Seite Prof. *Kraus* (Prag), wenn er in seiner neuen Ausgabe von Benthams „Principles of International Law" den Versuch des greisen Wundt, die englischen Utilitarier durch die vulgäre Missdeutung ihres Prinzips der Gemeinnützigkeit in Eigennutz zu verunglimpfen, mit Argumenten ablehnt, die der Darstellung der Utilitarier in der Ethik desselben Philosophen entnommen sind. D. Red.

. . . er hätte den französischen sozialistischen Soldaten als Internationalisten erhalten. Kein Land hat mehr unter dem Krieg gelitten als Frankreich; die Geschichte keines Landes beweist deutlicher, dass Leere und Enttäuschung die Ernte des Krieges sind. Kriege können einem Lande aufgezwungen werden, wie Sie glauben, dass dieser Krieg Ihnen aufgezwungen wurde, und solche Kriege müssen als Verteidigungskriege durchgefochten werden. Wenn sie vorüber sind, sieht die Welt die Pfade, auf welchen die Nationen hingelangten. Es sind schlüpfrige, dunkle Nebenwege, nicht die offene Landstrasse . . . Wenn die deutschen Sozialdemokraten Sie hintergingen, wenn Sie Grund zur Klage gegen Sie haben, so müssen Sie bedenken, dass Sie beide in ein System verstrickt waren, mit dem keiner von uns die Macht oder die weise Voraussicht hatte, zu brechen. Ich verlange nicht von Ihnen, dass Sie die Klagen, die Sie gegen Ihre deutschen Kameraden vorbringen, aus Ihrem Gedächtnis streichen sollen; ich verlange nur, dass Sie sie verstehen sollen. Die Frage ist, inwieweit die deutschen Kameraden und Sie frei handelten, inwieweit die Initiative zum Guten mit Ihnen lag oder bis zu welchem Grade Sie die Opfer waren, deren Hände gebunden und deren Füsse von den Mächten getrieben, die äusserste Gewalt über nationale Handlungen erlangt hatten.

Selbst im Frieden erfreut man sich der Willensfreiheit in einem nur engen Kreis, im Kriege aber wird sie noch mehr eingeschränkt und die einzelnen werden getrieben, wie man Schafe in den Stall treibt. Ich habe die grosse Polemik mit Ihren deutschen Kameraden verfolgt; sie bildet ein unerfreuliches Kapitel in der Geschichte der Internationale; die Zeit jedoch wird selbst die schlimmsten Stellen in hellerem Lichte durch den Umstand erscheinen lassen, dass es für Ihre deutschen Kameraden ein Deutschland gab, gerade wie es für Sie ein Frankreich gab . . .

. . . Sie verhindern nicht nur den Zusammentritt des Internationalen Sozialistischen Bureaus, sondern auch jede internationale Aktion. Ich weiss, dass Sie in dieser Frage gespalten sind. Sie haben eine Minderheit, die für die sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ist; die Minderheit betrachtet die Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie als eine Aufforderung zur Wiederaufnahme dieser Beziehungen mindestens mit der deutschen Minderheit. In Ihrem letzten Nationalrat war die Abstimmung hierüber wie folgt: Mehrheit 1996, Minderheit 960, neutral 12, unvertreten 73. Wir wissen auch, dass etwa 800 Stimmen der Mehrheit aus Departements kamen, die vom Feinde besetzt sind. Gott weiss, diese Leute mögen wohl Ursache haben, bittere Gefühle zu haben. Aber ihre Stimmen haben doch eine besondere Bedeutung.

„Das unbesetzte Frankreich gab doch nur etwa 200 Stimmen gegen die Wiederaufnahme. Die französische Minderheit wächst überall. Ein Korrespondent schreibt mir, dass sie an Selbstbewusstsein und an Kraft zunimmt . . . Sie beginnen sich jetzt unglücklich zu fühlen. Renaudel behauptet, er wünsche keinen

Frieden der Regierungen, sondern einen der Völker. Aber wie kann man zu einem derartigen Frieden gelangen, ohne die Internationale in Bewegung zu setzen? . . . Die Diplomatie der Demokratie muss schon jetzt besprochen, eingeleitet und begründet werden. Lassen Sie sich nicht durch die deutschen Übeltaten blind machen gegen die sich sammelnden Gefahren der Zukunft. Helfen Sie uns, die Internationale wieder in Bewegung zu setzen."

„Labour Leader" vom 11. *Mai* 1916, *im Original hier nicht eingetroffen, nach der Übersetzung der „Internationalen Korrespondenz."*

* * *

Antwort Maximilian Hardens an einen amerikanischen Journalisten, bezüglich der Möglichkeit einer Friedensvermittlung :

„. . . Durchaus verstehe ich, dass ein bedeutender Mann, der eine grosse Nation vertritt, nicht nutzlosen Eifer zeigen und sich eine Ablehnung holen will. Was also kann, heute und morgen noch, geschehen? Dieses: an alle im Kriege stehenden Staaten kann, zu gleicher Zeit, die Frage gerichtet werden: ‚Seid ihr bereit, dem Grundsatz zuzustimmen, dass dem von der ganzen in Bürgersittlichkeit gewöhnten Menschheit zu beklagenden Krieg ein organisierter Friede folgen muss, der bei ungeschmälerter Wahrung aller Souveränitätsrechte internationale Vereinbarung über alle dazu geeigneten Wehrfragen zu Land und zur See sichert, und einem internationalen Schiedsgericht die Möglichkeit schafft, seine Beschlüsse, im Notfall, gegen Widerspenstige mit Gewalt oder durch Boykott durchzusetzen?'

„Wer diese Frage verneint, beweist damit, dass er die grossen Zeichen der Zeit nicht erblickt oder nicht richtig zu deuten vermag, und dass er das Schicksal seines Volkes auf die Waffen, nicht auf den Geist stellen will. Das ist sein Recht, aber er muss die Folgen tragen. Wer die Frage bejaht, kann sich der Gewissenspflicht nicht entziehen, sofort wenigstens den Versuch zu machen, ob auf der durch die Bejahung gegebenen Basis nicht eine Verständigung über den Machtstreit und die territorialen Fragen zu erlangen ist.. . .

„Jetzt erst, da erwiesen ist, dass die Stimmenmehrheit nicht der Ausdruck einer Übermacht war, ist eine neue Situation geschaffen und eine haltbare Grundlage für ein internationales Abkommen über Rüstungs- und Wehrfragen möglich geworden. Dieses Abkommen würde die Welt nicht nur von dem Gespenst des ‚Militarismus', sondern auch von der Seetyrannei befreien, unter der mit uns jetzt die friedlichen Völker zweier Erdteile leiden. Wird solches Abkommen, als Ziel des Krieges erreicht, dann war das furchtbare Völkerringen für Menschheit und Menschlichkeit (die uns nicht weniger heilig ist als andern Völkern) nicht ertraglos; dann kann aus der Blutsaat unverwelkliche Frucht reifen. Nur dann. . . . Diese öffentliche, nicht unüberhörbare Rundfragestellung scheint mir das heute noch (aber bald vielleicht nicht mehr) Mögliche und deshalb Notwendige. . . ."

(*„Die Zukunft"*, *vom* 27. *Mai* 1916.)

„Demain.“ Aus dem reichen Inhalt der Nummer vom 15. Juni möchten wir besonders zwei Mitteilungen hervorheben, welche uns den Einblick in entgegengesetzte Welten bieten. Professor Georges D. Herron (Jowa), bekannt als Mitgründer der Sozialistenschule von New-York, richtet einen Brief an das Komitee „Antipreparedness“, worin er die lärmende Rüstungsagitation beschreibt und ihren Zusammenhang mit dem „unsauberen und korrupten Gelde“ der Munitionsindustrie blosslegt, welche fürchtet, nach dem europäischen Kriege ihre masslosen Gewinne einzubüssen. In ein ganz anderes Lager führt uns Paul Birukoff mit seinem Berichte über die angeklagten Tolstojaner. Hier handelt es sich um die Propaganda für Tolstojs Ideal des Nichtwiderstandes, also auch für Antimilitarismus. Der Hauptangeklagte, Sergius Popov, ist eine wahre Christusgestalt. Aus einer angesehenen Familie von Petersburg stammend, führt er das Wanderleben der Apostel; er wohnt in Hütten, die er sich selbst baut, arbeitet mit den Bauern auf dem Felde, pflügt mit Hand und Schaufel, um die Tiere zu schonen, nimmt kein Geld an, sondern Brot, Kartoffeln, Gemüse, seine Nahrung. Grundsätzlich führt Popov keine Ausweispapiere mit sich und wandert so von Gefängnis zu Gefängnis. Ähnlich sein Freund, Leo Poullner, ein verkümmerter Sohn des Ghettos und Liebling des schlichten russischen Bauern. So sehen zwei von den 18 Angeklagten aus. Popov sagt zu seinem Kerkermeister: „Mein Bruder, lege Dein Amt nieder. Es ist eine Sünde. Befreie uns. Es ist nicht gut, hier lebende Menschen zurückzuhalten. Sieh, wie schön und frei die Welt ist.“ Nicht selten soll er seine Richter durch seine Güte entwaffnet haben. Ob es ihm auch diesmal gelingen wird?

Erschütternd ist der Reisebrief eines jungen Freundes vom Juli 1914, veröffentlicht von dem Schriftsteller Roger Pillet. Die „Tage der Angst“ vor der „ungeheuren und schmachvollen Katastrophe“ spiegeln sich darin, der Schrecken über die Ermordung Jaurès, die trostlosen Worte der Einrückenden. Gespräche von französischen Reisenden sind da notiert, welche es wagen, nicht ausschliesslich „Deutschland“ und „dem Kronprinzen“ die Schuld zu geben. „Es ist auch die Schuld der anderen, unserer schlaffen Philister, der Friedliebenden, die doch von ihrem Laden oder Redaktionstisch aus mitbrüllten: ‚Revanche, Revanche!‘“ Und das Ganze gipfelt in dem verzweifelten Ausrufe: „Unglück über Unglück! Gibt es denn in ganz Europa nirgends Männer, die es hinausschreien würden aller Orten, dass sie den Krieg verabscheuen, dass sie das Verbrechen nicht mitmachen?“

In demselben Sinne des Ankämpfens gegen das endlose Elend dieses Krieges sind die überaus lesenswerten Artikel des Herausgebers Guilbeaux, des Generalsekretärs Lochner, der englischen Sozialistin Dora B. Montefiore über die „Zukunft“, der offene Brief Macdonalds an die französischen Sozialisten, ein Friedens-Aufruf von G. Brandes und die Chronik aus den verschiedenen Ländern gehalten. Auch zwei kurze Beiträge von Romain Rolland (Voix de Femme, Liberté) zieren das stattliche Heft.

Die „Zerschmetterung" Deutschlands. In der „U. D. C." (Union of Democratic Control), die seit langer Zeit zum erstenmal wieder hier eingelangt ist, lenkt Neville M. Petrides die Aufmerksamkeit der englischen Leser in sehr zeitgemässer Weise auf historische Analogien, die in Deutschland längst beachtet worden sind. Heissblütige Jingoes sprechen so gern von der bevorstehenden Vernichtung des preussischen Militarismus. Schon der altpreussische Militarismus eines Friedrich des Grossen lässt sich in seinen Wurzeln auf den grossen Kurfürsten zurückführen, der die preussische Wehr aufrichtete gegen Schweden und Franzosen; die Vernichtung Deutschlands im 30jährigen Kriege ist so zur Geburtsstunde des altpreussischen Militarismus geworden. Gründlicher konnte dieser wohl nicht „vernichtet" werden, als es durch die eiserne Rücksichtslosigkeit Napoleons geschehen ist, der bekanntlich nach dem Tilsiter Frieden von 1807 das bei Jena niedergeschmetterte Preussen zwang, sich mit einer Armee von 40,000 Mann zu begnügen. Sein Stirnrunzeln genügte, um einen zu begabten oder zu patriotischen Minister zu stürzen. Dennoch haben es Scharnhorst und Gneisenau zustande gebracht, sich strenge an das Wort des Imperators zu halten, aber neben der kleinen „Armee" eine grosse „Landwehr" einzuüben, welche den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht verwirklichte. So ist die Stunde der „Zerschmetterung Preussens" zugleich zur Geburtsstunde des neupreussischen Militarismus geworden, der, allmählich auf ganz Europa ausgedehnt, den Krieg aus einem Kampfe zwischen rivalisierenden Berufsheeren zu einem Kampfe zwischen ganzen Völkern gemacht hat.... Das war das Ende von Napoleons Traum, Deutschland zu vernichten.

Eine Anregung. In der Juli-Nummer der Wiener sozialistischen Monatsschrift „der Kampf" ruft Adolf Braun nach einem „Buch, das fehlt". So viele Kriegsgeschichten es auch gebe, eine Geschichte der Friedensschlüsse, ihrer Technik, ihrer tieferen Ursachen besonders in den Strömungen der öffentlichen Meinung, und ähnlich auch der Waffenstillstande habe er bei eifrigstem Suchen in den bibliographischen Verzeichnissen der Geschichtswissenschaft und des Völkerrechtes nicht finden können. Es fehlt, so scheint es, jeder Versuch zu einer solchen Arbeit, die natürlich mit Memoirenliteratur über die Taugleistungen des Wienerkongresses oder die Streitigkeiten um den Vortritt während der fünfjährigen Verhandlungen vor Abschluss des westfälischen Friedens nicht zu verwechseln wäre.

Aus dem Jahrgang 1916 dieser gedankenreichen Zeitschrift möchten wir besonders in Erinnerung rufen: Max Adler, „Über Kriegsethik", gerichtet gegen die „Militarisierung der Philosophie" (Heft 1), die Polemik Karl Renners und Rudolf Hilferdings über Mitteleuropa (Heft 1 und 2) Friedrich Adlers Offenen Brief an Camille Huysmans mit seiner scharfen Unterscheidung zwischen Vertedigungswillen und Siegeswillen (Heft 5 und 6).

Ein Abschiedswort.

Ein letztes Wort schulde ich dem „Economist" und seinen Lesern. Ich bin von dem Finanzredakteur der „Times" beschuldigt worden, dem Economist den Stempel einer „betrübend pazifistischen" Politik aufgedrückt zu haben. In klaren Worten gesagt, ich bin angeklagt, ein Friedensstifter zu sein. Diese Anklage ist für mich keineswegs „betrübend". Ich selbst bekenne mich schuldig. Ja, es ist während des letzten Jahres mein höchstes Ziel gewesen, die öffentliche Meinung für den Friedensschluß vorzubereiten, indem ich Vernunft und Tatsachen gegenüber Leidenschaft und Lüge sprechen ließ. Und könnte ich glauben, daß ich den Friedensschluß auch nur um einen Tag beschleunigt habe, daß ich so viele Menschenleben und gesunde Körper gerettet hätte, als jetzt in 24 Stunden verloren werden, so würde ich das Gefühl haben, einen Preis gewonnen zu haben, der an Wert allen Auszeichnungen gleichkommt, welche irgend ein König über seine Günstlinge oder ein Minister über seine Anhänger auszuschütten pflegt. Daß die Friedensverhandlungen eine schwierige Aufgabe bilden, gebe ich zu; daß aber die Erreichung eines ehrenvollen und dauernden Friedens über die Kraft einer tüchtigen Diplomatie hinausginge, das stelle ich ganz entschieden in Abrede. Von allen kriegführenden Nationen wird der Friede herbeigesehnt, dessen fühle ich mich sicher; und die Tatsache, daß die Auflage des „Economist" gerade in den letzten Wochen ihre höchste Ziffer erreicht hat, mag als Anzeichen dienen für die Stimmung unserer Geschäftswelt.

Francis W. Hirst.

(„The Economist", 8. Juli 1916.)



15. August 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Zehntes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 10. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber.
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli.
Zürich

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner,** Zürich; **C. Bergmann,** Russland; **J. Bergman,** Stockholm; **E. Bernstein,** Berlin; **G. Brandes,** Kopenhagen; **F. Brentano,** Zürich; **L. Brentano,** München; **C. Brockhausen,** Wien; **F. H. Broeksmit,** Holland; **G. Cardinali,** Bologna; **E. Clapp,** New York; **A. Daudé-Bancel,** Paris; **E. Dick,** Basel; **Fr. van Eeden,** Holland; **Fr. Foerster,** München; **Fr. Fritschi,** Zürich; **Gemelli,** Turin; **A. Germain,** Arcachon; **H. Gomperz,** Wien; **L. M. Hartmann,** Wien; **R. Hercod,** Lausanne; **P. Hiestand,** Zürich; **L. Hoesch-Ernest,** Amerika; **J. Jastrow,** Berlin; **E. Jones,** London; **Jong van Beek en Donk,** Haag; **Ellen Key,** Schweden; **A. Knapp,** Zürich; **J. R. Kjellén,** Göteborg; **H. Lambert,** Charleroi; **H. Lammasch,** Wien; **O. Lang,** Zürich; **C. Larsen,** Kopenhagen; **V. Lee,** London; **W. Lotz,** München; **E. Mach,** München; **G. Maier,** Zürich; **Rosa Mayreder,** Wien; **E. D. Morel,** London; **C. Oberoutcheff,** Russland; **J. Oehquist,** Helsingfors; **Oda Olberg,** Rom; **Cecil C. Palmer,** Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune,** Vaud; **H. Richardson,** England; **E. Rignano,** Mailand, **Ch. Roper,** London; **B. Russell,** London; **E. G. Smith,** England; **W. Schücking,** Marburg; **F. Tönnies,** Eutin; **E. Wavrinsky,** Stockholm; **E. A. Westermarck,** Helsingfors-London; **F. v. Wrangel,** Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Unterwertigkeitsgefühle als Kriegshilfsmittel.

Von Dr. OSCAR STILLICH, Handelshochschule Berlin.

Es widersteht dem Menschen, seinesgleichen zu töten oder zu verstümmeln. Selbst niedrige und gemeine Charaktere schrecken davor zurück, andere niederzuschiessen, auch wenn der Staat es befiehlt. Wie viel mehr diejenigen, die auf hoher Stufe der Kultur und Zivilisation stehen. Dieses Widerstreben, Menschen zu töten, das sich bei manchem zu Gewissensbedenken steigert, finden wir sogar in denjenigen Kreisen, die den Kampfberuf zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben.

Würde allein diese Erwägung gelten, so könnten die Menschen keine Kriege führen. Es kommt daher für den Krieg darauf an, ein System von Mitteln zu erfinden und anzuwenden, um diesen in der Brust jedes Menschen wohnenden Abscheu vor der Tötung anderer Menschen zu überwinden.

Hier ist jedoch erst eine Unterscheidung zu machen. Dieselbe betrifft nicht die Handlung als solche. Diese bleibt die gleiche, ob sie auf eigenen Willensentschluss oder auf Staatsbefehl erfolgt. Nur ihre soziale und moralische Schätzung ist verschieden. In dem einen Fall ist sie Mord, in dem andern — wenigstens nach der herrschenden Auffassung — nicht nur erlaubt, sondern ein Verdienst, unter Umständen eine Tat, die mit höchster Anerkennung ausgezeichnet wird. Der Unterschied in der moralischen Wertung springt am grellsten in die Augen in der Gegenüberstellung eines Franktireurs und eines Soldaten. Wir sprechen im folgenden nur von der auf Staatsbefehl vollzogenen Tötung des Menschen durch den Menschen. Diese muss, da sie trotz ihrer anders gearteten sozialen Wertung jedem Kulturbewusstsein widerstrebt, durch ein System

von Einwirkungen der verschiedensten Art annehmbar, ja sogar erstrebenswert und verdienstlich gemacht werden. Dieses System ist aufs feinste ausgeklügelt und wir können gerade jetzt im Kriege seine Anwendung in hervorragendem Masse beobachten.

Eines dieser Mittel besteht in der Erregung von Unterwertigkeitsgefühlen auf der einen, von Überwertungsgefühlen auf der anderen Seite. Die ersteren stempeln den Feind, auch wenn er sich vor dem Kriege zum mindesten auf gleicher Kulturhöhe befunden hat, im Krieg zu einem Menschen minderen Ranges. Die letzteren potenzieren die Qualitäten der eigenen Nation in einer Weise, die weit über alles Selbstlob im Frieden hinausgeht. Das eigene Land ist der angegriffene Teil. Es ist unschuldig am Kriege. „Ich habe es nicht gewollt", sagte der deutsche Kaiser und ein Sozialdemokrat (Heine) mahnte im Reichstage (ich zitiere nach dem Gedächtnis): „Nehmen Sie unserem Volke nicht den Glauben, dass wir einen Verteidigungskrieg führen." Das eigene Volk selbst ist ein Volk von Helden geworden. Die eigene Kultur soll die kranke Welt gesund machen:

„Und es mag am deutschen Wesen,
Einmal noch die Welt genesen."

Das sind keine vereinzelten Auffassungen, sondern durchgehende Überzeugungen.

Demgegenüber sind alle anderen Völker und Kulturen minderwertig. Eine erbärmliche Gesellschaft ist es, die über uns, die Biedermänner, herfiel, und die uns unsere guten Eigenschaften nicht gönnte. Diese Erregung von Unterwertigkeitsgefühlen beherrscht die ganze Kriegsliteratur. Auf dieser Folie lassen sich die eigenen nationalen Tugenden (Ordnung, Ehrlichkeit, Fleiss, Treue etc.) um so schärfer abheben. Ein beliebtes Mittel für Romanschriftsteller, aber auch für andere Leute. So heisst es z. B. im Vorwort eines Romans von Rud. Stratz, „Das deutsche Wunder": „Wie kam es, dass auf einmal gegen uns der Hass eines Irrenhauses über die ganze Erde aufflackerte? Wie kam es, dass hysterische Lüge die Druckerschwärze

der fünf Kontinente in schwarzen Eiter verwandelte? Dass russische Grosse ihre Ehrenwörter gegen uns wie Zahnstocher zerknickten? Dass ein Bandit, nackt, mit dem Dolch in der Faust, hervortrat, und sich mit pathologischem Grinsen als der Verbündete jenseits der Alpen vorstellte? Dass Japaner und Bur einträchtig wie ein paar Schlächterhunde Deutschland an die Gurgel sprangen? Dass die schwarze, weisse, braune und gelbe Menschheit sich vor unseren Augen wie berauscht in einem Kotmeer von Eidbruch, Verrat, Niedertracht und Blutdurst wälzte?" Und dann bemerkt er, dass sich dieses Krieges die Menschheit noch nach Jahrhunderten schämen wird, — wir und unsere Bundesgenossen ausgenommen! Es liessen sich Bände über dieses System schreiben. Aber es mag genügen, noch einen Wissenschaftler zu hören, dessen Auffassung typisch sein dürfte.

In einem Artikel über „Das neue Völkerrecht" *) spricht Josef Kohler davon, dass die Völkergemeinschaft ein Wahngebilde gewesen sei, an das man sich vor dem Kriege gehalten habe. Dann bekennt er, dass auch er an das Haager Schiedsgericht geglaubt habe: „Auch wir waren in diesen Illusionen befangen und wir sind offen genug, es einzugestehen, mag man uns auch unpraktisch und kurzsichtig schelten: es war unser ehrliches deutsches Gemüt, das uns über Arglist und Schlechtigkeit hinwegsehen liess; es war unser Glaube an die Menschheit, der uns leitete und der Gedanke, dass mindestens ein Funke unseres deutschen Idealismus bei anderen Völkern zu finden sei. Der Glaube, dass wir es mit kulturwerten Völkern zu tun hätten, die sich wie wir bestrebten, die grossen Aufgaben der Menschheit zu fördern, hatte uns erfüllt. Wir nahmen an, dass jedes Volk genug zu tun habe, um in beständigen Bestrebungen der Geister die Kultur fortzubilden; wir glaubten, dass die Welt gross genug sei, damit alle Nationen in redlichem Verkehr, durch Förderung ihrer Interessen, die geistigen Güter der ganzen Welt zur Entwicklung

*) Zeitschrift für Völkerrecht, herausgegeben von Joseph Kohler und Max Fleischmann. 9. Band. 1. Heft. S. 7.

brächten. Diese Illusion war eine ungeheure völkerpsychologische Täuschung, aber es war die Täuschung des Ehrenmanns, der einer abgefeimten Bande in die Hände fällt. Ein solcher Irrtum ehrt den Irrenden und die getäuschte Sittlichkeit hebt den getäuschten Riesen hoch über das Gewürm, das ihn umschleicht."

In Konsequenz dieses Standpunktes stellt nun dieser Herausgeber einer deutschen Zeitschrift für Völkerrecht den Satz auf: „Ein auf Völkervertrag beruhendes Völkerrecht kann nicht mehr bestehen."

Man bedenke: Diese Ausführungen stehen nicht in irgend einer obskuren Zeitung oder in einem alldeutschen Blatt, sondern in einem wissenschaftlichen Organ, einer Zeitschrift für Völkerrecht, die ihrer Natur nach die Beziehungen zu anderen Völkern resp. Staaten zu pflegen die Aufgabe haben sollte. Sie sind nicht geschrieben von irgend einem Dummkopf oder geistig Minderwertigen, sondern von einem Mann der Wissenschaft, der einen bedeutenden Namen hat und einen umfangreichen Wirkungskreis an der grössten Universität im Reich. Sie sind die geistigen Entleerungen nicht irgend eines Fanatikers, sondern eines scharfen juristischen Denkers, der hier auf einer Eisfläche kläglich einbricht, die durch den Frost seiner Gedanken und die Kälte seiner Empfindungen sich gebildet hatte.

Aber es bedarf keiner weiteren Beispiele. Das Resultat ergibt sich ohne weiteres aus dem Angeführten. Danach findet der Staatsbefehl, Menschen zu töten, viel geringere moralische und psychologische Hemmnisse vor, wenn gleichzeitig die Vorstellung erweckt wird, dass diese Menschen gemeine Subjekte sind, die unser Volk überfallen haben, die es am liebsten aushungern möchten, und uns unser Land nehmen wollen, mit einem Wort, dass es Menschen sind, die von niederen, gemeinen und ruchlosen Beweggründen getrieben werden. Diese psychologische Basis, die wir hier in ihrer deutschen Eigenart schildern, fehlt in keinem der kriegführenden Länder. Sie ist inter-

national. Aber ihre Entwicklung ist je nach der Kulturhöhe des Volkes verschieden.

Das Hauptmittel, um die im Vorhergehenden geschilderten Unterwertigkeitsgefühle und Hass zu erregen, ist die Lüge. Die Lüge, die der Krieg erzeugt, von der die Presse der kriegführenden Länder strotzt, die unser ganzes öffentliches Leben auf falsche Punkte einstellt, hat ihre psychologische Wurzel in dem Bestreben, den Wert der Feinde herunterzusetzen, sie moralisch, intellektuell, ökonomisch zu disqualifizieren. Daher ist es verständlich, dass man in Deutschland jetzt in den Schriften, die z. B. über England erscheinen, das unglaublichste Zeug findet, das je über ein Land geschrieben wurde. In Deutschland erkennt man sehr wohl, was im feindlichen Auslande an Unwahrheiten über uns selbst verbreitet wird, was aber die deutsche Presse täglich an gelogenen und entstellten Ereignissen und Schilderungen über die Feinde zum besten gibt, erweckt weder Staunen noch Unwillen, sondern wird völlig kritiklos hingenommen. Ja, man glaubt sogar, dass sie die reine Wahrheit verzapfe.

Karl Bücher, der Leipziger Nationalökonom, hat sein Urteil über die Presse während des Krieges folgendermassen zusammengefasst: „Die Presse hat in allen Ländern ohne Ausnahme sich den Anforderungen des Krieges nicht gewachsen gezeigt. Sie hat ein beschämend geringes Bewusstsein von ihrer Pflicht offenbart, der Wahrheit und nur der Wahrheit zu dienen." Ich habe versucht, nur eine einzige Zeitung zu entdecken, die eine Ausnahme macht. Ohne Erfolg! Die einzige Zeitung, die wenigstens nicht auf fremde Völker schimpft, ist der „Vorwärts". (Andere sozialdemokratische Zeitungen habe ich nicht gelesen.) Aber auch seine Berichte sind weit entfernt von dem Wahrheitsziel, das die Kulturentwicklung der Presse gesteckt hat. Wenn auch nicht verkannt werden darf, dass in einer Zeit, wo die Zensur allenthalben die Freiheit der Meinungsäusserung völlig beseitigt, der Presse die Lösung einer schwierigen Aufgabe obliegt.

Dass nun aber das alles, was an Verzerrung, an Un-

wahrheit und böswilliger Entstellung während des Krieges öffentlich produziert werden darf, willige Aufnahme bei jedermann findet, liegt begründet in einer mit dem Triebleben der Menschen zusammenhängenden Erscheinung. Die grosse kollektive Massenerregung, die der Krieg zeitigt, hat mit dem Intellekt ohne Zweifel nicht das geringste zu tun. Sie ist eine Leidenschaft, die mit jeder anderen Leidenschaft eins gemein hat: nämlich die völlige Einseitigkeit im Urteil. Fehlt nun wie in der Kriegszeit, jedes Korrektiv, um z. B. den Entstellungen über die feindlichen Nationen ein Gegenstück zu bieten, dann ist der Verbreitung und dem Fortwuchern falscher Überzeugungen Tor und Tür geöffnet.

Was den objektiven Beurteiler jedoch am meisten überrascht, ist das Verhalten der Männer der Wissenschaft. Bei ihnen, sollte man meinen, wären die stärksten Antriebe vorhanden, sich ausschliesslich in den Dienst der Wahrheit zu stellen und gegen alle anderen Bestrebungen Front zu machen. Aber weit gefehlt. Nicht nur hört man von den Gelehrten in Deutschland — von wenigen Ausnahmen abgesehen — überhaupt kein Wort der Verurteilung, sondern sie machen sich im Gegenteil zu Schleppträgern jener oben gebrandmarkten Hilfsmittel des Krieges. Man sollte von wissenschaftlich gebildeten Männern annehmen dürfen, dass sie wissen, dass die Wissenschaft keine Magd der nationalen Interessen eines Volkes ist, sondern dass sie über den Nationen steht, dass sie international ist. Aber jetzt erlebt man das völlige Versagen dieser ihrer neutralen Stellung. Man lese z. B.. Sombarts „Händler und Helden" und man wird einen unwiderleglichen Beweis für diese Art wissenschaftlicher Prostitution haben. Ich will nicht behaupten, dass die ganze deutsche Gelehrtenwelt, von der man vor dem Kriege im Auslande mit grossem Respekt sprach, ihre Unabhängigkeit, Objektivität und Liebe zur Wahrheit völlig über Bord geworfen hat. Aber ein grosser Teil hat es öffentlich dokumentiert. Allerdings kann man eins zur Entschuldigung anführen. Die Wissenschaft ist hier wie überall stark spezialisiert.

Jeder Spezialist ist auf den andern Gebieten meistens gänzlich fremd. Wenn ein hervorragender Schiffsbautechniker, wie Klingenberg, in der Presse völkerrechtliche Anschauungen vertreten hat, die man, von anderen Leuten ausgesprochen, für offenbaren Wahnsinn halten könnte, so erklärt sich das, wenigstens zum Teil, aus der spezialisierten Beschäftigung, die die Denk- und Urteilskraft nach einer Richtung hin stark vorwärts treibt, während sie nach der anderen Richtung hin gänzlich versagt. Vor einer Reihe von Jahren erschien auch in deutscher Übersetzung das Buch des Franzosen Le Bon über „Die Psychologie der Massen". In diesem Buche weist er auf die Leichtgläubigkeit hin, die grossen Massen, namentlich wenn sie in Erregung geraten, eigen ist. Der Krieg hat gezeigt, dass die Gelehrten dem gleichen psychologischen Gesetz gehorchen wie die Massen. Nur zu häufig machen sie kritiklos jeden den kollektiven Volksbewegungen entspringenden Irrtum sich zu eigen. Ich komme hier zu demselben Resultat, wie Bertrand Russell, Professor der Mathematik an der Universität Cambridge, der in Nr. 4 und 5 dieser Zeitschrift in für wissenschaftliches Denken vorbildlichen Ausführungen schrieb: „Ich finde nicht, dass die Männer der Wissenschaft bisher erheblich weniger leichtgläubig gewesen sind, als die Masse. Die gelehrtesten Männer der verschiedenen Nationen bekennen sich hemmungslos zu den Vorurteilen ihres Volkes; sie sind ebenso unfähig, gerecht zu sehen, wie die erste beste Winkelzeitung; jeder verteidigt seine Sache und modelt die Geschichte in ihrem Sinne um. ... Durch ihre tägliche Arbeit geschult die Wahrheit zu erforschen, hätten die Männer der Wissenschaft wenigstens versuchen sollen, sich in dieser Zeit zu Stimmführern der Wahrheit zu machen, und auch das zu sehen, was bei ihrer Partei unrecht, was beim Feinde recht war.

Die wissenschaftliche Literatur unserer Tage bietet ein geradezu beschämendes Bild von der Richtigkeit dieser Behauptungen.

□□□

Ein Mahnwort.

Für eine kurze Zeit bin ich genötigt, meine Funktionen als Herausgeber des „Labour Leader" Andern zu überlassen. Ich benütze diese letzte Gelegenheit, um an alle meine Leser die dringende Mahnung ergehen zu lassen, daß sie, während der nächsten Wochen, jedes Wort, jede Tat der Sache des Friedens weihen mögen. Es werden kritische Wochen sein. Sie können entscheidend werden für die Frage, ob der Krieg fortgesetzt werden soll, bis die eine oder die andere Seite aufs äußerste erschöpft ist oder ob ein Ausgleichsfrieden erreicht werden kann, vielleicht durch die Vermittlung neutraler Staaten. Auf jedem Friedensfreunde ruht die ernste Verantwortung, nichts zu unterlassen, wodurch das Verlangen nach Friedensunterhandlungen allgemeiner verbreitet werden könnte.

Was jetzt in Frankreich und Belgien geschieht, übersteigt alle Kraft der Phantasie. Nur noch kurze Zeit wird die Aufregung der Offensive das Publikum über die Vorstellung von den unerhörten Menschenopfern hinwegtäuschen, die da fallen. Aber die Ernüchterung wird nicht ausbleiben. Wie sehr sich auch die Presse darüber ausschweigen mag, – wenn Hunderttausende von Menschen getötet und verwundet werden, so kann die Kenntnis davon nicht lange unterdrückt werden. Und wenn dies einmal Allen zum Bewußtsein kommt, dann wird die Kriegslust plötzlich gedämpft sein, und die Sehnsucht nach Frieden mag dann – vielleicht – unwiderstehlich werden.

Auch in Deutschland werden Hunderttausende von Familien in dieselbe Trauer, dieselbe Tränenflut gestürzt. Möchten doch die beiden Nationen in ihrem gemeinsamen Schmerze ein Band der Einheit finden! Was liegt an den Zänkereien der Diplomaten und Staatsmänner! Eine furchtbare Katastrophe ist über uns Alle hereingebrochen, mögen wir Alle die Kraft finden, ihr ein Ende zu setzen und ihre Wiederkehr für immer zu verhindern!

Fenner Brockway.

Diese Abschiedsworte richtete *Fenner Brockway* an seine Leser, bevor er die Gefängnisstrafe antrat, an Stelle der Geldstrafe von 100 Pfund, zu der er wegen Agitation gegen die all-

gemeine Wehrpflicht verurteilt worden ist. Er befindet sich in guter Gesellschaft. Dasselbe Urteil wurde über den grössten Mathematiker Europas, Professor *Bertrand Russell*, gefällt, der unsern Lesern durch seine rasch berühmt gewordene Abhandlung „Gerechtigkeit in Kriegszeiten“ (Jg. I, Nr. 4/5) näher getreten ist. Infolge dieses Urteils hat Russell auch seine Lehrstelle in Cambridge verloren. Es sei noch hervorgehoben, dass die Verurteilung auf Grund eines anonymen Flugblattes erfolgte, zu dem sich Russell freiwillig bekannte, als andere wegen Verbreitung dieser Schrift bestraft werden sollten. D. Red.



Es war in der Nähe von Arras. Beim ersten Vorstürmen wird ein Soldat verwundet. Er fällt, verliert aber nicht das Bewusstsein. Der Selbsterhaltungstrieb gibt ihm die Kraft zurückzukriechen. So schleppt er sich drei Kilometer weit. Rechts, links, überall Tote, Verwundete die zu trinken verlangen, Sterbende die nach ihrer Mutter rufen. Er kann nichts für sie tun. Endlich kommt er zu einem Verbandplatz. Da gab es schon andere Verwundete, unter ihnen einen Deutschen. Als an diesen die Reihe kam, zeigte er auf einen neu angekommenen Franzosen und meinte in leidlichem Französisch zu dem Krankenwärter: „Verbinden Sie diesen Mann vor mir, er braucht es nötiger als ich.“ Und so geschah es. Sprachlos vor Rührung dankte der verwundete Franzose dem deutschen Leidensgenossen mit einem Händedruck.

Ein anderes Faktum. In Ménilmontant, rue Sorbier, sitzt ein Soldat auf einer Bank, den linken Arm in der Binde. Auf seinen Knien hält er ein kleines Mädchen, welches belustigt den vorüberfahrenden Tramways zuschaut. Mit seinem freien Arm drückt der junge Vater die Kleine an sich, herzt und küsst ihre rosigen Wangen, ihre Locken. Mein Blick begegnet dem des Soldaten; er lächelt und in dem von Sonne und Regen gebräunten Gesicht leuchtet die Güte auf. Und dieses Lächeln sagte mir: „Ich bin Soldat, ich habe getötet, ich habe mein Leben in die Schanze geschlagen. Morgen kann ich fallen. ... Aber ich bin nur ein Mensch, wie alle, friedlich, bin Gatte und Vater. Dieses kleine Wesen da ist all mein Glück.“

(Aus „Une Voix de Femme dans la Mêlée“, Marcelle Capy.)*

**) Über dieses ausgezeichnete Buch werden wir demnächst berichten. Schon dieses kurze Zitat ist geeignet, eine Vorstellung zu geben von dem Geist echter Menschlichkeit, welcher darin lebt.*

Die Lehren der Balkankriege.

Infolge der Zwistigkeiten der Balkankönige konnte mancher Zipfel von dem Schleier des Staatsgeheimnisses gehoben werden, welches den wahren Hergang der beiden letzten Balkankriege ursprünglich verhüllt hatte. Diese Sachlage hat nun ein Diplomat benützt, um die Lehren der beiden letzten Balkankriege in einem Buche*) zu erörtern, dessen Tendenz mehr darauf gerichtet ist, die lebendigen Kräfte der Geschichte blosszulegen, als an der Oberfläche der Ereignisse zu verweilen. Lord Courtney von Penwith stellt dem Verfasser in einem Geleitworte das Zeugnis besonderer Sachkunde und Vertrautheit sowohl mit dem nahen Orient, als auch mit den verschiedenen Staatskanzleien aus. Wir wollen nun im folgenden versuchen, seiner Führung zu folgen, nicht ohne den Rat zu beherzigen: Prüfet alles und behaltet das beste.

Es ist immer dieselbe Ursache, welche die Balkankriege erzeugt hat: Die türkische Misswirtschaft. Aber schon bezüglich der Ursachen dieser Misswirtschaft stellt unser Autor eine merkwürdige Theorie auf. Nicht etwa die Unfähigkeit der echten Türken zu herrschen und zu verwalten sei die wahre Ursache dieses Misserfolges. Die echte türkische Aristokratie sei vielmehr ein geborenes Herrschergeschlecht, der englischen Gentry vergleichbar. Aber die vornehmen Familien der Türken sind seit Jahrhunderten im Aussterben begriffen und an ihre Stelle, sowohl in der Zentralregierung als auch in der Aussaugung der Provinzen, setzen sich die Griechen von Konstantinopel, der „Phanar", der Erbe des alten Byzantinismus mit seiner ränkevollen Politik und seiner Korruption. Dieses Leichengift des ehemaligen byzantinischen Reiches hat das Blut der Türkei zersetzt. Dass die Türken ihre Hauptstadt nach Kon-

*) Nationalism and War in the Near East (By a Diplomatist). Edited by Lord Courtney of Penwith. Carnegie Endowment for International Peace. Oxford, Clarendon Press 1915 (pp. 428).

stantinopel verlegten, sei ein ebensolcher Fehler gewesen, wie wenn die Engländer etwa den Sitz ihrer Regierung in der alten Residenz des Grossmoguls aufgeschlagen hätten. Die Türken gehörten und gehören nach Anatolien. Für die Theorie des Verfassers spricht der Umstand, dass jeder erfolgreiche Versuch zur Gesundung des türkischen Reiches fern von Konstantinopel beginnen musste, so die Verjüngung des Griechentums von Morea aus, das Jungtürkentum von Saloniki aus.

Wie dem auch sei, die alttürkische Misswirtschaft ist anerkanntermassen eine Ursache der immer wiederkehrenden Türkenkriege. Aber es tritt noch eine zweite Ursache hinzu, die Unzulänglichkeit der europäischen Diplomatie. Schon im Berliner Frieden von 1878 hatte sie die Aufgabe übernommen, die nötigen Reformen in Mazedonien zur Durchführung zu bringen. Aber trotz aller immer wieder ausbrechenden Wirren, trotz des Bandenwesens und der wiederholten Aufstände in diesem unglücklichen Lande hat sich die Diplomatie ein Menschenalter hindurch nicht dazu aufschwingen können, diese Aufgabe restlos zu lösen. Dabei kannte jeder Mensch die Lösung: Autonomie Mazedoniens unter europäischer Garantie. Aber die Diplomaten der verschiedenen Grossmächte waren zu sehr damit beschäftigt, ihren Einfluss gegenseitig lahmzulegen und dadurch das Ränkespiel von Konstantinopel zu erleichtern. So wurde diese Lösung erst vorgeschlagen, als es zu spät war: der österreichische Antrag auf garantierte Autonomie wurde überreicht, als Montenegro eben vor einigen Stunden den ersten Schuss im „heiligen Kriege“ getan hatte.

Auch das Werden des Balkanbundes ist ungemein lehrreich. Die Idee war den bulgarischen Revolutionären schon vor dem russisch-türkischen Kriege von 1877 geläufig, wie in dieser Zeitschrift ausführlich gezeigt wurde.*) 1891 wurde sie von dem griechischen Ministerpräsidenten Trikupis aufgegriffen; aber sein Plan wurde von den Bulgaren vereitelt, von den Serben verraten und endete mit

*) Vgl. L. Barbar, Zur Vorgeschichte des Balkanbundes (I. Jahrgang, 6. Heft).

der schmählichen Niederlage Griechenlands von 1897. Doch lebte die Idee des Balkanbundes 1905 als Projekt einer serbisch-bulgarischen Zollunion wieder auf; diesmal wurde sie von Österreich-Ungarn im Keime erstickt. Als aber Serbien im Gefolge der Annexionskrise in demütigender Weise sein Wohlverhalten versprechen musste, nahm der damalige Minister Milanovic noch in demselben Jahre 1909 den alten Plan wieder auf; man ersieht daraus, was erzwungene Versprechungen dieser Art wert sind. Ernst wurde es mit dem Balkanbunde aber erst, als die mächtige Hand Russlands das Spiel arrangierte. Hartwig, der verstorbene russische Gesandte in Belgrad, brachte den Bund zwischen Serbien und Bulgarien zustande, während ein einfacher Journalist, Herr Bourchier, Korrespondent der „Times“, die noch viel schwierigere Einigung Bulgariens und Griechenlands, der beiden sich ingrimmig hassenden Rivalen um Konstantinopel, herstellte. Wenn einmal ein Gedanke durch das Zeitbedürfnis getragen wird, wie der des Balkanbundes, so hat jeder Grosstaat nur die Wahl, ihn selbst in die Hand zu nehmen oder unter seiner Verwirklichung zu leiden.

Es ist nun lehrreich, den Text eines derartigen Vertrages anzusehen, durch welchen der Grund zu einem furchtbaren Eroberungskrieg gelegt wird. Er überfliesst von Friedensliebe und freundschaftlichen Gefühlen speziell für die aufzuteilende Türkei.*) Der Vertrag zwischen Griechenland und Bulgarien, gezeichnet am 9. Mai 1912, behufs Aufteilung der Türkei lautet:

In Erwägung, dass die beiden Königreiche den festen Willen haben, den Frieden auf der Balkanhalbinsel zu erhalten und diesem Bedürfnisse am besten durch eine festbegründete Defensivallianz entsprechen können,

In Erwägung, dass das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Völkerschaften in der Türkei auf Grund einer wirklichen und wahrhaftigen politischen Gleichheit unter Achtung vor den vertragsmässigen und sonstigen Rechten der christlichen Nationalitäten dieses Reiches eine unentbehrliche Bedingung bildet für die Befestigung der Ruhe im Oriente,

In Erwägung endlich, dass ein Zusammenwirken beider Königreiche im angegebenen Sinne geeignet ist, gerade im Interesse guter

*) Wir verweisen auf *Péguys* Gedanken über „die Sprache der Politik“ in diesem Hefte.

Beziehungen mit dem ottomanischen Reiche das gute Einvernehmen der griechischen und der bulgarischen Bevölkerung in der Türkei zu erleichtern und zu befestigen,

versprechen die Regierungen seiner Majestät des Königs der Bulgaren und Sr. Majestät des Königs der Hellenen sich gegenseitig, diesem rein defensiven Übereinkommen keine agressive Tendenz irgend einer Art zu geben und, da sie beschlossen haben, eine Friedensallianz zu gegenseitigem Schutz unter den angegebenen Bedingungen zu schliessen, ernennen sie zu ihren Bevollmächtigten...

Diese haben nach Austausch ihrer Vollmachten, die folgenden Artikel festgesetzt:

Artikel 1. Wenn, entgegen dem aufrichtigen Wunsche der hohen vertragschliessenden Teile und trotz einer Haltung ihrer Regierung, welche jeden Akt des Angriffes und jede Herausforderung gegen das türkische Reich vermeidet, einer von beiden Staaten durch die Türkei angegriffen werden sollte, sei es in seinem Gebiete, sei es durch systematische Verletzung seiner vertragsmässigen Rechte oder der Grundprinzipien des Völkerrechtes, so sollen die beiden hohen vertragschliessenden Teile verpflichtet sein, sich gegenseitig mit dem Aufgebote ihrer ganzen bewaffneten Macht zu Hilfe zu kommen, und den Frieden nicht anders als gemeinsam und geeinigt zu schliessen.

Hierauf folgen Artikel, in welchen sie versprechen, das friedliche Zusammenleben ihrer Stammverwandten zu fördern und deren politische Gleichheit zu schützen. Dem Vertrag wird eine dreijährige Dauer beigelegt und Geheimhaltung garantiert.

Gleichzeitig mit diesem von Friedensliebe triefenden Vertrage wird eine Militärkonvention abgeschlossen, welche genau festsetzt, mit welcher Truppenzahl, binnen welcher Frist und in welchen Gegenden beide Teile aufzumarschieren haben, wenn „gegen ihren Willen“ denn doch ein Krieg mit der Türkei ausbrechen sollte. In dem serbisch-bulgarischen Vertrage wird die gegenseitige Verteidigungspflicht auch auf den Fall ausgedehnt, wenn irgendeine Grossmacht nicht etwa das Territorium der Vertrag schliessenden Teile, sondern irgendein türkisches Territorium besetzen sollte, so dass beide Verbündete sich schon damals die Türkei als ihre ausschliessliche Beute vorbehalten. Dieser „Verteidigungsvertrag“ hat überdies bereits einen geheimen Annex, in welchem die beiden Verbündeten die Zerlegung der Türkei, soweit es sich um ihren Anteil handelt, mit aller geographischen Genauigkeit vornehmen.

Nach dieser Erfahrung gibt es heute noch naive Menschen, welche die Friedensformeln des neuen russisch-

japanischen Vertrages*) ernst nehmen und gar nicht neugierig darauf sind, ob nicht etwa schon jetzt in dem geheimen Annex dieses Vertrages die Aufteilung Chinas unter Vorbehalt der gebührenden Anteile für die Bundesgenossen im einzelnen geregelt worden ist. *S. F.*

(Schluss folgt.)

---

*) *Nach dem „Vorwärts" vom 22. Juli lautet der Text des russisch-japanischen Bündnisvertrages vom 3. Juli:*

„Die Kaiserliche Regierung von Japan und die Kaiserliche Regierung von Russland haben beschlossen, ihre Bemühungen für die Erhaltung eines dauernden Friedens im fernen Osten fortzusetzen und haben ein Einverständnis über Folgendes herbeigeführt:

Art. 1. Japan wird an keiner politischen Übereinkunft oder Kombination teilnehmen, die gegen Russland gerichtet ist. Russland wird an keiner politischen Übereinkunft oder Kombination teilnehmen, die gegen Japan gerichtet ist.

Art. 2. Wenn die territorialen Rechte und besonderen Rechte im fernen Osten, die der einen kontrahierenden Partei von der anderen kontrahierenden Partei zuerkannt worden sind, bedroht werden, so werden Japan und Russland sich über Massnahmen beraten, die im Hinweis auf die gegenseitige Unterstützung und Kooperation zum Schutze und zur Verteidigung dieser Rechte und Interessen getroffen werden müssen.

Dazu kommt ein Protokoll mit Zusage gemeinsamer Verteidigung der Sonderinteressen der beiden vertragschliessenden Parteien in China und Sibirien, falls eine dritte Macht versuchen sollte, diese Interessen zu verletzen. Die Interessen bilden den Gegenstand eines geheimen Annexes."

Bei der auffallenden Ähnlichkeit dieses Vertragswerkes mit dem ebenfalls von Russland inspirierten Vertrag zur Aufteilung der Türkei, muss man sich die Frage vorlegen: Welcher Massenmord wird da wieder vorbereitet? Und gibt es gar kein Mittel dagegen?

□□□

Die «Neutrale Konferenz» in Stockholm.

Wir haben in unserer März-Nummer die von Henry Ford freigebig ausgestattete Friedens-Expedition geschildert und als „Heilsarmee des Friedens“ begrüßt. Seither hat sie sich im Hotel Central von Stockholm mit amerikanischer Großzügigkeit organisiert und verrichtet emsig pazifistische Arbeit. Auf Grund zweimonatlicher Beratungen von 30 Persönlichkeiten aus 6 neutralen Staaten entstand ein Aufruf an die Regierungen, Parlamente und Völker der kriegführenden Länder im Sinne des Anti-Orlog-Raad und der Union of Democratic Control, der in mehreren Sprachen und zahllosen Exemplaren verbreitet wurde. Seither tagt jede Woche einmal ein engeres Komitee von 12 Mitgliedern, nimmt die Berichte der Subkomitees für Friedensvermittlung, Friedensbedingungen, Publizität etc. entgegen und veröffentlicht einen Wochenbericht (Weekly Summary). Eine Bibliothek nebst Zeitungssaal und Preßausschnitten aller wichtigen Ausschnittbureaux der Welt steht den Freunden der Bewegung zur Verfügung. Die Konferenz befindet sich in reger Fühlung mit den wichtigeren pazifistischen, feministischen, sozialistischen Organisationen und bemüht sich, durch Deputationen an den Papst, die skandinavischen Minister und dortigen Gesandten der kriegführenden Staaten, sowie durch Anregungen an die Parlamente neutraler Staaten der Friedensvermittlung zu dienen. Sie verbreitet Agitationsbroschüren, so Miss Julia Grace Wales' Schriften über die Notwendigkeit unablässiger Friedensvermittlung auch während des Krieges, Hardens bereits erwähnten Artikel etc. Die wichtigen Reden, welche den Mai so hoffnungsvoll erscheinen ließen, die Rede Wilsons in Taft's Friedensliga und die maßvollen Parlamentsreden Bethmann-Hollweg's und Grey's werden mit Kommentaren bedeutender Staatsmänner publiziert. Kurz, die „Neutrale Konferenz“ in Stockholm tut alles, was jetzt für den Frieden geschehen kann, und vervollkommnet rastlos ihre Organisation, um für bessere Zeiten bereit zu stehen.

□□□

Meeresfreiheit und Handelsfreiheit.

Zur Verständigung zwischen Deutschland und England.

Von Dr. HERMANN GELLMANN, Wien.

(Schluss.)

Durch die Konzentrierung der Störung des feindlichen Handels in bestimmter Wegrichtung würde das neue Kriegsmittel der Kriegsgebietserklärung für den Angreifer vielleicht eher bevorzugt werden, als die auf gleichen Zweck abzielende Blockade, die wegen des rücksichtlich der Effektivität erforderlichen Aufwandes eines Blockadegeschwaders ohnehin kein bequemes Kriegsmittel ist. Die Beschränkung auf den reduzierteren Kriegsschauplatz des erklärten Kriegsgebietes wäre mit Rücksicht auf die früher*) entwickelten, aus dem Stabilitätsprinzip des Neutralitätsbegriffes fliessenden Erwägungen und auf die bereits in den Meerengen vorgesehenen Massregeln für die Kriegführenden durchaus annehmbar. Durch die Kriegsgebietserklärungen (Weltstrassen müssten hievon ausgeschlossen bleiben) wäre das Risiko für neutrale Schmuggler an und für sich gross, wegen der durch die Minen und Unterseeboote drohenden Gefahr der Zerstörung.

Dieses Mittel der Kriegsgebietserklärung erscheint auch geeignet, den Seehandel der Feinde zu unterbinden. Die Blockade müsste aber als Kriegsmittel ganz entfallen. Durch Kriegsgebietserklärungen würden die beiderseitigen Seestreitkräfte bald gezwungen werden, miteinander ihre Kräfte zu messen, um sich von den nicht zu bestreitenden, äusserst schwerwiegenden Konsequenzen einer solchen faktischen Absperrung zu befreien. Der Seekrieg würde auf diese Weise zu dem früheren natürlichen Charakter eines rein militärischen Kampfes auf einem konzentrierten Wassergebietsstücke zurückkehren und dadurch nicht wenig dazu beitragen, die hohe See von den Schrecken seekriegerischer Aktionen zu entlasten. Wenn die Kriegsgebietserklärung

*) Vgl. Heft 9 dieses Jahrgangs.

als neuartiges Kampfmittel anerkannt und dementsprechend geregelt — nach dem abwägenden Grundsatze von Kriegsraison zu Kriegsmanier —, des jetzigen wilden Charakters entkleidet, zur Folge haben könnte, dass die Blockade als Kriegsmittel verschwinden, der grösste Teil der hohen See von den indirekten Kriegsmitteln der Anhaltung, Durchsuchung usw., durch welche die Neutralen geschädigt werden, befreit sein würde, wäre dies ein Fortschritt des Völkerrechtes.

An günstigen Punkten aller Weltmeere gelegene Kohlenstationen müssten, unter internationaler Verwaltung stehend, der Versorgung der Schiffahrt aller Seestaaten dienen, ohne freilich dadurch zu Waffenplätzen zu werden.

Die Sicherung der besonders für England so wichtigen Lebensmittelzufuhr während des Weltkrieges, die von der hiezu eigens eingesetzten Königlichen Kommission seinerzeit eingehend in Beratung gezogen wurde, soll folgendermassen erfolgen.

Wenn schon der Seekrieg auf Unterbindung des Seehandels abzielt und das Privateigentum nicht respektiert, so darf er doch keineswegs auf Aushungerung der nicht kombattanten Bevölkerung gerichtet sein. Die Lebensmittel sind nach jetzigem positiven Rechte relative Konterbande. Das kann auch weiter so bleiben. Zur Verhinderung der Benützung derselben für Kriegszwecke hat die Londoner Deklaration in dem Artikel 34 in Verbindung mit Artikel 33 die Präsumtion dieser Benützung aufgestellt, wenn die betreffende Ladung adressiert ist an die Verwaltung oder an einen mit ihr in Verbindung stehenden Händler. Die Schwäche dieser Bestimmung liegt offen zutage. Die Belligerenten sind de facto zur Praxis der Aushungerungsmethode übergegangen. Das soll verhindert werden.

Auf Grund des entwickelten Stabilitätsprinzipes im Neutralitätsbegriffe und der darauf basierenden Neutralitätserklärungen ist durch den früher erörterten Vorschlag genügend Vorsorge dafür getroffen, dass keiner der kriegführenden Parteien eine etwa für den Heeresbedarf

während des Krieges in Betracht kommende erhöhte Quantität von Lebensmitteln zugeführt werden soll. Nur die über dieses durch die Neutralitätserklärungen fixierte Quantum hinausgehende, etwa durch Täuschung der darüber wachenden neutralen Zollbehörden, durch Schmuggel erfolgende Zufuhr von Lebensmitteln soll wie jede andere relative Konterbande behandelt werden. Die im Rahmen der Neutralitätserklärungen erfolgende Zufuhr von Lebensmitteln müsste behufs Vermeidung der Konterbandebehandlung in eigens hiefür kenntlich gemachten oder von den neutralen Staaten an die Belligerenten eventuell notifizierten Schiffen befördert werden, durch deren Tonnageangabe überdies die Kriegführenden die freie Gesamtzufuhr an sich gegenseitig berechnen könnten. Auf diese Weise würde der erhöhte Bedarf und nicht die leicht zu umgehende Adressierung des Empfängers, wie es bis jetzt der Fall ist, jeweils Lebensmittel als Konterbande signalisieren. Anderseits wäre aber die Aushungerungstaktik ausgeschlossen.

Das ist in grossen Strichen die Meeresfreiheit, wie sie ohne Schädigung der Interessen der seegewaltigen Nationen, allen, auch den kleinsten, Seestaaten zugute kommen könnte. Vielleicht wird man in England eine Diskussion darüber nicht ablehnen. Die Gegensätze zwischen Deutschland und England in der Frage der Wegfreiheit sind nicht unüberbrückbar. Wie ist es nun mit dem anderen Problem der offenen Tür?

Das populationistische und industrielle Wachstum Deutschlands braucht Ausdehnung, die erreichte Höchstgrenze der englischen Expansion braucht Konzentration, nicht „expansion", wie Seeley dieses Bestreben bezeichnet („Expansion of England"). Diese Bestrebungen zur Reichseinheit waren ermöglicht worden durch die vorhergegangenen Konföderationen der Kolonien; so entstand 1867 die Dominion of Canada, 1900 der Commonwealth of Australia, 1903 die Vereinigung der südafrikanischen Kronkolonien zu einem Zollverein. Mit der 1884 gegründeten Imperial federation

League beginnend, hat die unionistische Bewegung in den — auf die erste im Jahre 1887 folgenden — weiteren Kolonialkonferenzen, in der British Empire League und vor allem in Josef Chamberlains unermüdlicher Agitation ihre Bannerträger gefunden. Dieser Imperialismus ist ein Produkt der Furcht politischer und wirtschaftlicher Natur und hat darum auch das doppelte Losungswort zum Schutze dagegen auf seine Fahne geschrieben: Reichsverteidigung und Schutzzoll. Die politische Gefährdung sah England in der wachsenden Grossmachtstellung der Vereinigten Staaten und Russlands, im Hinblick auf Canada und Indien. Die wirtschaftliche Gefährdung schien England von Deutschland zu kommen, das durch Kolonialerwerbungen und die Übertragung seines Schutzzollsystems auf diese das englische Absatzgebiet zu verkleinern drohte. Ähnlich wirkte auch der Mac Kinley-Tarif auf Canada. Soll der Zusammenschluss aller Kolonien den Reichsschutz gegen politische Gefahren bieten, so glaubten die Unionisten, durch Schutzzoll, wenn auch nur im Sinne eines Retaliationszolls, d. h. bis zum erzwungenen Übergang der Konkurrenten zum Freihandel, die Gefahr bannen zu können. Die Freihandelsbewegung in England erwies sich aber bis jetzt stärker als die Idee eines auf deren Trümmern zu errichtenden Greater-Britain. Soll die Vernichtung Deutschlands das leichtere Mittel dazu sein? Der Verlauf des Krieges dürfte auch England aus diesem Traum geweckt haben. Das bei den Kolonialerwerbungen der letzten Dezennien angewandte Prinzip der „offenen Tür" fand in England und Deutschland wirksame Förderung. Der noch unzivilisierte Teil der Welt ist gross genug, um beiden zur Kolonisation bestbefähigten Nationen ein reiches Betätigungsfeld zu gewähren; als Organe der Völkerrechtsgemeinschaft sollen sie beide, kraft deren unentziehbaren Mandats, die Mission erfüllen, die unkultivierten Stämme der Zivilisation und damit der Völkerrechtsgemeinschaft zuzuführen. Die Territorialqualität der Kolonialerwerbungen ist heute längst zurückgetreten gegenüber der Be-

deutung derselben als Absatzgebiet und Rohstoff- sowie Lebensmittelquelle für die Kolonisations- mächte. Der gegenseitige Ausschluss Englands resp. Deutschlands aus demselben muss rückwirkend bleiben auf ihren wechselseitigen zentralen Handelsverkehr selbst. Bei der Intensität dieses Verkehrs wäre dies von verhängnisvoller Wirkung. Der deutsche Handelsverkehr mit England beläuft sich auf ca. 25% des Gesamthandels in Ein- und Ausfuhr. Die Konkurrenzfurcht vor Deutschland hat den Wettkampf der Seerüstung ins Masslose gesteigert; schon vor dem Kriege konnte sich das reiche England eine dreifach höhere Steuerbelastung als Deutschland pro Kopf gestatten. Wie mag es erst nach dem Kriege aussehen? Zugegeben: Deutschlands Konkurrenz ist für England unbequem. Sind es die Vereinigten Staaten minder, besonders auch in politischer Hinsicht bezüglich Canadas? Haben es doch die Vereinigten Staaten sogar in der Hand, im Falle eines Krieges, wie es Loreburn zugibt, durch Sperrung von Halifax die Lebensmittelzufuhr von Canada nach England ganz abzuschneiden. Oder ist Japan für Australien nicht gefährlicher? Was tun zwei Geschäftskonkurrenten, die einander nicht unterkriegen können? Sie kartellieren sich.

Was auf dem in Englands Volkswirtschaft so breiten Raum einnehmenden Gebiete der Reederei möglich war, ein Schutz- und Trutzbündnis zwischen dem die englische Handelsschiffahrt beherrschenden Morgantrust und den deutschen Reedervereinigungen, was zwischen den deutschen und englischen Versicherungsgesellschaften möglich war, das dürfte bei der Auseinandersetzung zwischen deutschem Schutzzollsystem und Englands Freihandel nicht unmöglich sein: Eine Ausgleichung der schärfsten Gegensätze zur Verwirklichung des einen friedlichen Wettbewerb nicht ausschliessenden Zukunftsprinzips der offenen Tür. In der Forderung: Wegfreiheit durch die offene Tür ist der Friedensgedanke zwischen England und Deutschland enthalten. Hic Rhodus, hic salta. Die Nationalökonomen haben das Wort.

Die Sprache der Politik.

Von CHARLES PÉGUY.

Wenn einmal nach dem Kriege die friedliche Arbeit neu einsetzt, dann wird man die Menschenverluste von neuem erleiden. Wenn nicht mehr der blinde Gehorsam als höchste Tugend gelten muss, wenn an Stelle der Selbstdarbringung die Selbstbehauptung tritt und die Forderung an den Einzelnen zu schwerwiegenden Entscheidungen Stellung zu nehmen, dann wird man jene vermissen, in denen man die geistigen Führer gefunden oder erhofft hat.

Ein solcher war für die französische Jugend Charles Péguy, der im September 1914 im Alter von 42 Jahren gefallene, dessen Name oft neben dem ihm auch freundschaftlich verbundenen Romain Rolland genannt wird. Seine Seele schlug im Takt der heroischen Zeiten französischer Geschichte, seine innigste Bewunderung galt der frommen Heldin von Domrémy, der Jungfrau von Orléans, der er sich durch seine Abstammung von armen Bauern desselben Landes nahe fühlte. Ihr zur Ehre schrieb er seine tiefsten Werke und in allen Formen verherrlichte er diese Lieblingsgestalt. Doch seine mystische Gläubigkeit und sein französisches Nationalgefühl verdunkelten ihm nicht den Blick und stets fand man ihn als Kämpfer im Lager des Rechtes und der Wahrheit. So setzte er sich für Dreyfus ein und brach um dieses Kampfes willen seine unvollendeten Studien ab, so tadelte er an dem eigenen Volke und an dessen Einrichtungen. In der sozialistischen Partei litt es ihn nicht lange, dann gründete er sein besonderes Organ „Les Cahiers de la Quinzaine", in denen er Romain Rollands „Jean Christophe" publizieren durfte, in denen er selbst seine Ideen niederlegte. Oft trat er den Mitkämpfern von gestern entgegen, oft rücksichtslos und mit dem Mute eines Mannes, der arm ist und die Armut nicht fürchtet.

Dieser abseits wandelnde Starke hat auch einen eigenen Stil von zunächst bedrückender Monotonie. Nach Art der Mystiker wiederholt er dieselben Worte, dieselbe Wortfolge und bringt nur eine kleine neue Nuance hinzu. In einer vor dem Krieg geschriebenen und darum um so wertvolleren, feinsinnigen Studie vergleicht sein Freund Daniel Halévy *) diese eigenartige Sprache mit dem Meer: wie die Wellen bei steigender Flut immer mit der gleichen Bewegung zurückzukommen scheinen, aber doch mit jeder neuen Bewegung ein Stück vorwärts stossen, so seine Sprache. Aus jedem Wort muss der ganze Sinn herausgepresst, herausgezwungen werden. So lautet die Widmung zu einem von dem Studenten verfassten Drama „Johanna von Orléans":

„A toutes celles et à tous ceux qui auront vécu,

A toutes celles et à tous ceux qui seront morts pour tâcher de porter remède au mal universel;

---

*) Quelques nouveaux maîtres. Les Cahiers du Centre, Eug. Figuière, 7, rue Corneille, Paris. Februar März 1914.

En particulier,
A toutes celles et à tous ceux qui auront vécu leur vie humaine,
A toutes celles et à tous ceux qui seront morts de leur mort humaine
Pour tâcher de porter remède au mal universel humain; Parmi eux
A toutes celles et à tous ceux qui auront vécu leur vie humaine,
A toutes celles et à tous ceux qui seront morts de leur mort humaine,
Pour l'établissement de la République socialiste universelle, ce poème est dédié.
Prenne à présent sa part de la dédicace qui voudra.“

Unter den Schriften politischen Inhaltes findet sich manches, was gerade in diesen Tagen gut sein mag, in Erinnerung zu rufen. Der folgende Aufsatz *) wendet sich gegen die Heuchelei des Parlamentarismus, könnte aber eben so gut gegen die Diplomatensprache gerichtet sein. Gelegentlich wollen wir weitere folgen lassen. Wir sehen in Charles Péguy einen Mann, der die heisse Liebe zu seinem Vaterland mit der grösseren für die Menschheit zu einen verstand. *F. R.*

Es ist vielleicht eine der wichtigsten Tatsachen unserer zeitgenössischen Parlamentsgeschichte: das Volk der Wähler versteht und spricht seine eigene politische Sprache, die fast aufrichtig ist, während die Menge der Gewählten eine andere politische Sprache versteht und spricht, eine ganz verschiedene konventionelle Sprache, die aber dennoch mit dieser übereinstimmt und dieselben Worte gebraucht. Wenn das politische Volk der Wähler und die politische Menge der Gewählten sich zweier ganz verschiedener Sprachen bedienten, so wäre das Übel viel kleiner. Diese beiden Volksteile würden dann einfach getrennt und unabhängig von einander leben. Wäre die Sprache der Gewählten nicht aus denselben Worten gebildet, wie die Sprache der Wähler, dann wüssten die Wähler weiter nichts, aber sie wüssten zum wenigsten, dass sie nichts wissen. Sie hätten es mit einer fremden Sprache zu tun, welche sie als fremd erkennen würden. So aber — und hier liegt die grösste Gefahr der gegenwärtigen politischen Lage — sind die beiden Sprachen gleichlautend, übereinstimmend und nur dem Sinne nach grundverschieden ....

Volk und Politiker sprechen von der Republik, der Freiheit, der Revolution, aber es ist nicht dieselbe Republik, nicht dieselbe Freiheit, nicht dieselbe Revolution.

Dies ist offenbar die gefährlichste Form der politischen Lüge. Die bewusste Lüge des Einzelnen, die Massenlüge, die

*) Aus der Sammlung „Oeuvres Choisies“ 1900—1910 Bernard Grasset; ursprünglich erschienen in den „Cahiers de la Quinzaine“, 16. Juni 1903.

geheime Lüge, sie alle — so viele es ihrer sein, so geschickt sie erdacht sein mögen, sind immerhin Einzelfälle. Was könnte man aber Gefährlicheres ausdenken, als eine allgemeine Lüge, welche die Sprache selbst fälscht, unendlich wie die Sprache, unbewusst und von einem falschen Gefühl der Sicherheit begleitet.

Die politischen Zeitungen, welche in der parlamentarischen Politik eine so grosse Rolle spielen, haben zu diesem allgemeinen Falschverstehen ihr grosses Teil beigetragen; sie sind die Ursache der weiten Verbreitung und des unaufhörlichen Wachstums dieses Übels. Alle politischen Zeitungen .... sprechen ausnahmslos diese politische Sprache und die meisten Leser verstehen diese Sprache als französisch. Und Journalisten, sowie Deputierte wissen, dass ihre Leser und ihre Wähler auf französisch verstehen, was sie auf parlamentarisch sagen. Und das macht sie zu Mitschuldigen. Denn sie können unmöglich Unwissenheit vorschützen. Hier liegt auch das Geheimnis der Kunst. Der Unterschied zwischen der Parlamentssprache und der französischen Sprache des Alltags ergibt jederzeit den Gewinn aus dem Spiel — denn die Parlamentarier geben dem Volk ihre Versprechungen in der Parlamentssprache und das Volk hält seine Versprechungen auf französisch. Die Parlamentarier versprechen die Verbesserungen oder Umwälzungen in der Parlamentssprache, das Volk zahlt seine Steuern in französischer Sprache. Die Parlamentarier versprechen Monopole auf parlamentarisch; das Volk liefert seine Arbeit auf französisch. Die Parlamentarier machen Gesetze auf parlamentarisch, das Volk erleidet sie auf französisch. Es liesse sich eine interessante Studie machen, wollte man zeigen wie oft die Verwaltungsbeamten genötigt sind, den Übertreibungen der Parlamentsprache Rechnung zu tragen, wenn es zur Anwendung der Gesetze kommt. Die Volksführer halten ihre Hetzreden auf parlamentarisch, das Volk der Streikenden wird auf französisch zusammengeschossen ...

Verstände das Volk auf parlamentarisch, was die Parlamentarier parlamentarisch sagen, dann wäre es um die Herrschaft der parlamentarischen Politik geschehen. Aber das Volk versteht auf französisch und will es so verstehen und diese kaum bewusste Neigung ist die Voraussetzung einer Unterjochung, deren Ende unabsehbar ist.

Das Verhältnis zwischen der politischen und der alltäglichen Sprache bietet dem erfahrenen Leser in seiner beständigen Wiederkehr und seinen Übertreibungen so viel Regelmässigkeit der Steigerung, dass man für jeden bestimmten Zeitraum ein französisches Wörterbuch der parlamentarischen Sprache her-

stellen könnte oder — besser — eine Tabelle, in welcher die verschiedenen Bedeutungen derselben Worte, Wendungen, Phrasen, Formulierungen in der einen und andern Sprache dargestellt würden. Die Abschnitte Ehre, Tugend, Gerechtigkeit, Wahrheit wären nicht die wenigst interessanten.

Die ganze politische und parlamentarische Welt ist mit dieser Sprache so vertraut, dass aufsehenerregende Skandale nicht aus der Anwendung der Sprache entstehen, sondern daraus, dass ihre Anwendung unterlassen wird, dass ein Politiker einen Augenblick daran vergisst sie zu gebrauchen. Nicht durch die Lüge entsteht der Skandal; er entsteht, wenn ein Politiker aus Versehen einmal die Wahrheit sagt. Man erinnert sich noch an das Aufsehen, das ein unvorsichtiges Wort im Anfang der Dreyfussaffäre verursacht hat. Ein Herr Lebret — wenn ich mich nicht täusche — der in einem Anti-Dreyfus-Ministerium Justizminister war ... hatte zu seinen Kollegen gesagt: „Denken sie doch an Ihren Wahlkreis." Die Erregung war ungeheuer gross. Was taten aber doch die ehrenwerten Kollegen anders, was taten die Deputierten, was tun unsere Deputierten heute noch ... anderes als um ihre Wahl besorgt sein? Aber Herr Lebret hatte in einem Augenblick der Vergesslichkeit französisch gesprochen, statt parlamentarisch zu reden. Diese kleine Überschreitung machte seinen Namen bekannt, verursachte den Skandal und ist heute noch frischer im Gedächtnis der meisten als die andern Vorkommnisse der Affäre.



In der Kunst, mit vielen Worten gar nichts zu sagen, mache ich reissende Fortschritte, schreibe Berichte von vielen Bogen, die sich nett und rund wie Leitartikel lesen, und wenn Manteuffel, nachdem er sie gelesen hat, sagen kann, was darin steht, so kann er mehr wie ich. Jeder von uns stellt sich, als glaubte er vom andern, dass der voller Gedanken und Entwürfe stecke, wenn er's nur aussprechen wollte, und dabei wissen wir alle zusammen nicht um ein Haar besser was aus Deutschland werden wird und soll als Dutken Sauer. Kein Mensch, selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigtuerei in dieser Diplomatie steckt.

Bismarck, Frankfurt, 18. Mai 1851, an seine Frau.

Allerlei.

„Die Hoffnung auf Freiheit, der Durst nach Gerechtigkeit, der Wunsch ihren Nachkommen das Recht zu bewahren, nach dem eigenen Gutdünken zu leben“, das sind nach dem *Matin* vom 14. Juli „die uralten und sehr einfachen Ideen, welche die Soldaten Brussilows vorwärts treiben, genau so, wie diejenigen Joffres“. Ob die Soldaten Joffres mit den „uralten“ und allerdings „sehr einfachen“ Ideen Russlands über die Freiheit tätsächlich übereinstimmen?...

* * *

Schwerverwundete Franzosen in der Schweiz erzählen: In den Vogesen lebt man nun schon die langen Tage her immer in denselben Schützengräben. Die Zeit schleicht dahin, leer und öde, die einzige Freude ist die Mahlzeit. Auch die „Boches“ da drunten, die alten Landstürmer mit den grauen Köpfen warten wie die Unsrigen auf ihr Essen, gelangweilt, fröstelnd, bedrückt. Und dazu kommt, dass sie Hunger haben. Die Nahrung kommt unregelmässig, das Brot ist schlecht. Wissen Sie nun, was unsere Soldaten getan haben, an einem Tage, als der Schnee nur so wirbelte und die warme Suppe ihnen wohlgeschmeckt hatte? Keck gingen sie hinaus aus ihrem Unterstand und bombardierten die armen Teufel, die verhungerten „Boches“, mit Stücken unseres guten Brotes, mit Wurst, mit Käse. Und die „Boches“ strahlten, hielten den Mund weit offen und lachten und assen. Das Spiel erneuerte sich, doch die Offiziere begannen zu drohen. Es war zweifellos ein Verbrechen: Zuführung von Nahrung an den Feind, aber schliesslich mussten die Offiziere selbst ihre Ohnmacht eingestehen. Und was war die Folge? Eines Tages sehen unsere Soldaten ein paar Deutsche vorsichtig aus ihrem Schützengraben hervorkriechen um uns zuzurufen: Achtung, eine Mine! Die Unsrigen, ungläubig, treten doch zurück und gleich darauf zittert der Boden, die Erde wird in die Luft geschleudert und eine Hälfte vom ersten Schützengraben ist verschüttet. (*Coenobium*, Jänner 1916.)

* * *

In der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ warnt Medizinalrat Dr. W. Fuchs, Oberarzt einer Irrenanstalt, vor einem zu raschen Frieden mit folgenden Worten: „Nun wird niemand mehr der logischen Folgerung ausweichen können, dass der Friede eine Katastrophe wäre, dass die einzige Möglichkeit der Krieg bleibt. Der Krieg, bisher Reaktion auf Reiz, Ehrensache, Mittel zum Zweck, von jetzt ab wird er Selbstzweck! Die ganze Nation wird wie ein Mann den ewigen Krieg fordern.“

Wir würden dem Herrn Medizinalrat empfehlen, einmal mit den Leuten aus dem Volke darüber zu sprechen.

* * *

Prfofessor Bossi in Genua wirft den deutschen und österreichischen Frauen in einem Kriegsvortrage Mangel an Idealismus und Pflichtgefühl vor. Der *Corriere della Sera* erwidert hierauf in einer Weise, welche seiner Ritterlichkeit Ehre macht: „Wir können nicht vermuten, dass die deutschen und österreichischen Frauen in irgend einer Weise Anlass gegeben haben, sie geringer als unsere Frauen zu werten. Sie sind Mütter, Frauen, Schwestern und leben in denselben elementaren Gefühlen, die in jedem Lande, in jedem Klima, bei jeder Rasse, die gleiche Güte und die gleiche Opferwilligkeit auslösen. Sie sind dort wie hier für den Krieg nicht verantwortlich zu machen, und tragen dort wie hier die schwersten seelischen Lasten des Krieges. In den deutschen und österreichischen Spitälern wird man gewiss ebenso viel Erbarmen und schwesterliches Zartgefühl finden, wie in den unsern, in Mailand oder Paris, in London oder Petrograd. Auch dort sind es Frauen, die weinen in Erinnerung an jene, die nicht mehr zurückkehren... Legen doch bei diesem allgemeinen Ausbruch des Hasses und der Vernichtung die Frauen als Mütter, als Gattinnen und Schwestern Zeugnis ab für die Fortdauer einer heiligen menschlichen Gemeinschaft, die durch Liebe und Schmerz hindurch den Weg zur schönsten und edelsten Utopie sucht.

* * *

„Die englische Regierung erklärt mit Nachdruck und wahrheitsgemäss, dass wir dazu gedrängt werden, die Waffen zu ergreifen, nicht bloss durch die Pflicht zur Verteidigung unseres Bundesgenossen, sondern auch durch die Sympathie unseres Volkes für Recht und gegen Unrecht, durch den lebhaften Wunsch, von unserem Reiche die schädlichsten Folgen abzuwehren und vor allem, um Europa vor der Oberherrschaft eines Staates zu schützen, welcher die Achtung für die Verträge verletzt hat und die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt herausfordert“.

So weit die *Times* — aber nicht die von 1914, sondern vom 30. März 1854 und der Staat, welcher die „Achtung für die Verträge verletzt und die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt herausfordert“, ist — nicht Preussen, sondern Russland. Von dem Krieg aber, der mit diesen Worten als so segensreich angekündigt wird, hat Lord Salisbury später gesagt: „Damals haben wir nicht auf das richtige Pferd gesetzt“. (Aus dem *Labour Leader*, 20. Juli.)

* * *

Unter der Führung der bekannten Mrs. Pankhurst hat in London eine grosse Prozession stattgefunden, um die Fortsetzung des Krieges bis zum bittern Ende zu verlangen. „Ehret die Frauen, sie flechten und weben himmlische Rosen ins irdische Leben“.

* * *

Der Generalsekretär der französischen Akademie, Gaston Maspero, der bedeutendste Egyptologe unserer Zeit, hat kurz vor seinem plötzlich erfolgten Tode zu seinem Freunde André Michel die ergreifenden Worte gesagt: „Oui, on a du courage, mais on est bien malheureux".

* * *

Französische Universitätsprofessoren haben eine Studienreise an die englischen Hochschulen gemacht. Ihrem Berichte nach war ihr Eindruck ein höchst erfreulicher (réconfortant): „Wir fanden die Universitäten fast ganz von Hörern und Lehrern entblösst..."

* * *

In Deutschland wird derzeit für das Denkmal eines Franzosen gesammelt; seine Schriften sollen auf allgemeine Kosten den deutschen Soldaten zur Verfügung gestellt werden. Alldeutsche heraus! — Aber wie ist uns? Wir finden diesen tückischen Anschlag auf die Reinheit deutschen Wesens in den „Alldeutschen Blättern". An der Hand der Werke des französischen Grafen Gobineau sollen die Deutschen zum Bewusstsein ihrer überlegenen Rasse gebracht werden.

* * *

Eine Schützengrabenzeitung — zwischen zwei Angriffen redigiert und druckt sie der Soldat für die Kameraden. Wir sind bei den Franzosen. Müde kommen die Soldaten aus den vorderen Gräben. Sie gleichen Erdklötzen. Aber während sich der eine wie eine Kugel in seine Decke zusammenrollt und mit geballten Fäusten in Schlaf verfällt, zündet der andere, obwohl es verboten ist, eine Kerze an, öffnet seinen Tornister und entnimmt ihm ein Gelatinblatt, Papier, Feder und Tinte. Wir haben einen Journalisten vor uns, einen Redaktor, der an die Zusammenstellung seines Blattes geht. Er holt nun noch die sorgfältig aufbewahrten, ihm von freiwilligen Mitarbeitern zur Verfügung gestellten Manuskripte hervor, schreitet an die Verteilung des Stoffes, der auf zwei weissen Seiten Platz finden muss, schreibt den Titel der Zeitung und vergisst auch nicht den Namen des Herausgebers — seinen Namen — hinzusetzen. Nachdem er alles nochmals aufmerksam durchgelesen hat, schreitet er an die Herstellung der Matritze. Sorgfältig vermeidet er Korrekturen, Spritzer oder Kleckse, obwohl die Feder beim Zeichnen einer Skizze, einer Initiale oder einer Vignette oft rebelliert. Aber nichts bringt ihn aus der Fassung. Während seine Kameraden schlafen, zählt er, indem er sie hektographiert, die Exemplare ab „75, — 78! noch zwei!"

Mit seinem primitiven Material ist er an eine beschränkte Zahl gebunden. Ach, der achzigste Abzug ist schon so blass, dass man ihn kaum noch lesen kann. Und nun bricht auch schon die Morgendämmerung herein, der Redakteur geht an die Verteilung seiner „Zeitung". (*Züricher Post* vom 24. Juli 1916.)

Aus Büchern und Flugschriften.

Michael Artzybashev. *Krieg.* Ein Drama in vier Akten. In englischer Übersetzung in der amerikanischen Monatsschrift *The Drama* (Chicago) erschienen.

Der Name des Russen Artzybashev wurde vor einigen Jahren viel genannt. Sein Roman „Sanin“, in welchem er mehr den Naturtrieb als die Natur verherrlicht, ist in alle Sprachen übersetzt, in der ganzen Welt gelesen worden und — der Autor sträubte sich ein wenig gegen diesen Ruhm, der ihn erschreckte.

In seinem neuen Drama finden wir Artzybashev weit weg von diesem Ausgangspunkt. In vier Akten wird uns die Wirkung des Weltkrieges auf eine Familie geschildert. Könnte es anderes als ein Trauerspiel sein? Der erste Akt, eher ein Vorspiel, führt uns in die Familie ein, wie sie vor dem Kriege lebt: ein ausgedienter Oberst Piotr Ivanovich, seine Frau Olga Petrovna, die seit drei Jahren mit einem Offizier in glücklichster Ehe lebende Tochter Nina, ein Sohn Volodya — Student. Alltägliches Leben mit seinen Freuden und Sorgen, von dem man erst später weiss, wie glücklich es war. Es gibt nur Paradiese, aus denen man vertrieben ist. Der alte Herr hat den Krieg im Jahre 1877 mitgemacht und will immer davon erzählen, aber niemand will ihm zuhören. Was geht uns der Krieg an? Aber der Krieg kommt. „Irgendwo in der Welt gibt es einen Wilhelm, ein Deutschland. Sie haben Deutschland nie gesehen, nicht wahr? Ich auch nicht. Und doch müssen wir alle weinen, müssen Abschied nehmen, müssen unser Leben zerstört sehen. Ist es nicht zu lächerlich?“ So spricht die junge Frau. Sie ist eine Russin. Ist es nicht wirklich zu lächerlich, wie in der ganzen Welt dieselben Worte gesprochen werden, ehrlich im Volke, vielleicht auch bei den Regierungen ehrlicher als man meinen würde. Die Führenden wurden getrieben, sie konnten die Kräfte nicht mehr bemeistern, die Zügel entglitten den Händen. —

Als erster fällt ein Freund des Hauses, ein begabter Künstler, der gerade seinen Beruf als Musiker entdeckt hatte. Nach ihm der Sohn des Hauses, der sich unmittelbar vor seinem freiwillig übernommenen Dienst mit seiner geliebten Asya, einer frischen Studentin, verbunden hatte. — Nur Nina darf ihren Gatten zurückerwarten: ein Telegramm kündigt ihn an. Ob die Verwundung so sein wird, dass sie ihn von nun ab wird behalten dürfen? Sie hat die Trauerkleidung abgelegt und beleidigt mit ihrem vorbrechenden Jubel die Trauernden — Mutter und Schwägerin.

Das Automobil, das den Zurückkehrenden bringt, hält etwas abseits vom Hause. Ein Lehnstuhl wird verlangt; man flüstert; die junge Frau soll vorbereitet werden. Da kommen schon die Träger mit dem Verwundeten. Sie stellen ihn nieder. Nina stürzt auf ihn zu — die Decke gleitet herab — statt der Beine zwei Stümpfe.

Die tiefste Tragik ist vielleicht das Zukunftsbild, das man voraussieht. Ein weichlicher, schwacher Prinz umwirbt die junge Frau des Offiziers — Nina, ein schwindsüchtiger verbitterter Student die andere — Asya. — Ihnen werden die seelisch und

körperlich gesunden Frauen zufallen — kein Zweifel. Das ist der Fluch, den die künftigen Generationen zu tragen haben werden. *F. R.*

Ludwig Geiger, Prof. Dr. *„Los von Italien?"* „Globus", Wissenschaftliche Verlagsanstalt, Dresden und Leipzig 1916. Preis: Mk. 1.50.

„Niemals wieder oder wenigstens während vieler Jahrzehnte nicht, darf ein ehrlicher Deutscher nach Italien gehen; er muss vielmehr für alle Zeiten, oder wenigstens für lange Epochen das Land meiden, das er als Feindesland anzusehen hat." Diesem eifernden Ausspruch von deutschnationaler Seite tritt Dr. Geiger mit viel Mut und Sachlichkeit entgegen. Er leistet auf knappen 55 Druckseiten einen reich dokumentierten Nachweis für die Entwicklung und Befruchtung deutscher Art durch italienischen Einfluss und gibt der Überzeugung Ausdruck, dass es auch nach dem Kriege zum Heile beider Völker an wechselweiser Anregung nicht fehlen wird. — Die angeführte Statistik der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen vor dem Krieg lässt erwarten, dass die beiderseitigen Interessen auch nach dem Krieg zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen führen. *F. B-n.*

Germanicus. *Der springende Punkt.* Versuch einer Verständigung zwischen deutschen und französischen Sozialisten. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei Zürich. Alleinvertrieb durch die Buchhandlung des Schweiz. Grütli-Vereins in Zürich.

Als den „springenden Punkt" bezeichnet der ungenannte Verfasser die Frage, ob es sich für das einzelne Volk in dem jetzigen Kriege in Wahrheit um einen Verteidigungs- oder Angriffskrieg handle. Die Schuldfrage sei daher der Ausgangspunkt von allem anderen, man dürfe sie also unter keinen Umständen bei Seite schieben und sich auf eine Verurteilung des Systems beschränken. Insoweit wird man dem Verfasser auch ohne weiteres recht geben müssen. Nichts wäre für die künftige Entwicklung Europas bedenklicher, als eine Vertuschung der Wahrheit. Eine Besserung unserer politischen Zustände kann einzig und allein daraus resultieren, dass man der Wahrheit ohne Rücksichtnahme auf den Grund geht und dadurch eine Wiederholung der jetzigen Vorfälle ein für alle Mal verhindert. Wie sehr insbesondere die Frage, ob es sich um einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg handelt, von unmittelbarer Bedeutung für die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen den Kriegführenden ist, das erkennt man ohne weiteres aus den Erörterungen, die gegenwärtig in der Presse über die Möglichkeiten eines baldigen Friedensschlusses gepflogen werden. Der Blick auf „die Kriegskarte", von dem der deutsche Reichskanzler gesprochen hat, ergibt zweifellos ein ganz anderes Bild, je nachdem man sich Deutschland als Verteidiger oder als Angreifer vorstellt. Und so ist es auch mit allen anderen Fragen, die mit diesem Kriege zusammenhängen. Überall spielt die Schuldfrage hinein, so dass man um ihre Beantwortung nicht

herumkommen wird und sie in der Tat als „den springenden Punkt" bezeichnen darf.

Inwieweit dem Verfasser bei der Art, wie er nun seinerseits diese Schuldfrage beantwortet, zuzustimmen ist, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden. Bemerkt sei nur noch, dass er speziell eine Verständigung zwischen den deutschen und französischen Sozialisten, auf der Basis einer Einigung über die Schuldfrage, im Auge hat. Man wird ihm zweifellos zugeben müssen, dass dies der sicherste Weg für eine solche Verständigung wäre, muss aber hinzusetzen, dass über diesen parteipolitischen Gesichtspunkt hinaus auch ein allgemeines Interesse an einer künftigen Verständigung zwischen den kriegführenden Völkern besteht, und dass auch diesem Interesse sicherlich durch nichts so gedient werden könnte, wie durch eine rückhaltlose Feststellung der objektiven Wahrheit über die Geschehnisse, die sich vor unseren Augen abgespielt haben.*) *d.*

Ludo M. Hartmann. *Das Wesen der Politik.* München 1916, Duncker & Humblot. (Sonderdruck aus der Festschrift für Lujo Brentano zum 70. Geburtstag).

In knapper Form bietet der Wiener Historiker etwa folgenden, mit Beispielen und Literatur belegten Gedankengang.

In der Politik ist noch immer der Wunsch der Vater des sogenannten Gedankens. Zu fordern ist dagegen: Die Entwicklung der Politik von der Utopie zur Wissenschaft. Denn die politische Möglichkeit ist von gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen bedingt, deren Analyse die Aufgabe der soziologischen Wissenschaft ist. Wie der Techniker die Naturkräfte auf Grund der von der Wissenschaft entdeckten Naturgesetze in Maschinen usw. organisiert, so hat der Politiker die durch die Soziologie festgestellten gesellschaftlichen Tendenzen zu organisieren. Diese Organisation aber kann innerhalb des Staates nur als geltendes Recht in die

*) Bei aller Hochachtung für das Urteil des bedeutenden Pazifisten, der uns die vorstehende Besprechung zur Verfügung gestellt hat, möchten wir in diesem Punkte unsere Zweifel ausdrücken. Die wichtigsten Ereignisse der unmittelbaren Vorgeschichte dieses verhängnisvollen Krieges haben sich eben nicht „vor unseren Augen abgespielt". Wer kennt z. B. den Verfasser oder den intellektuellen Urheber des österreichischen Ultimatums an Serbien, wer weiss die Wahrheit über die russische Mobilisierung, wer kennt auch nur den Text der Militärkonventionen auf beiden Seiten, geschweige denn die wirklichen Vorgänge bei der Beschlussfassung auch nur Eines massgebenden Staates? Die Wenigen, die etwas davon erkannt, werden sich wohl hüten, es zu verraten, und man würde ihnen nicht glauben, wenn sie es täten. Wir kennen die Herrscher oder Staatsmänner, welche die entscheidenden Gesten ausführten, aber nicht diejenigen, welche die Motive suggeriert haben oder den Zeitpunkt, in welchem dies geschehen. Es fehlen also vorläufig die unentbehrlichsten Elemente für die Beurteilung der Schuldfrage. Wenn der Frieden nicht vor der Entscheidung dieser Frage geschlossen werden könnte, würde es schlecht um ihn stehen. Die Red.

Erscheinung treten. Man kann daher die Politik definieren als die Kunst, gesellschaftliche Tendenzen in rechtliche Formen umzusetzen. Selbst ein Caesar hat nach Mommsen nur die Fähigkeit gehabt, den ausgefällten Spruch der geschichtlichen Entwicklung zu vollziehen.“ Ihre Tendenzen für den Staatsmann zu analysieren und ihm dadurch die historischen Erkenntnisse und Masstäbe an die Hand zu geben, die er beachten muss, wenn er nicht vom Rade der Entwicklung zermalmt werden soll, ist die Aufgabe der Politik als Wissenschaft. *S. F.*

Jeremy Bentham. *Grundsätze für ein künftiges Völkerrecht und einen dauernden Frieden* (Principles of international Law), übersetzt von Dr. Klatscher. Halle a. S. 1915, Niemeyer.

Erst im Jahre 1843 wurde Bentham schon 1789 entworfenes, teilweise fragmentarisches Manuskript über Völkerrecht von Bowring herausgegeben und ist bis jetzt selbst den Pazifisten Deutschlands, trotzdem Fried in seinem Handbuch darauf hinweist, fast unbekannt geblieben. Umso verdienstlicher ist es, dass Prof. O. Kraus — als Bentham-Kenner auf Grund seiner Studie „Zur Theorie des Wertes“ (Halle 1901) längst geschätzt — die Anregung zu einer Übersetzung des erstaunlichen Werkes gegeben und dieselbe mit orientierenden Fussnoten und einem in der Form etwas zerfahrenen, aber inhaltlich überaus wertvollen Kommentar versehen hat.

Wir nennen das Werk erstaunlich, da Bentham schon im 18. Jahrhundert Gedanken ausspricht, welche mit den neuesten Programmen der Union of Democratic Control und des Anti-Oorlog-Raad fast wörtlich übereinstimmen; er fordert beispielsweise, ausser der Reduktion aller Armeen und Flotten und einem Völkergerichtshof, schon damals die Beseitigung der geheimen Diplomatie! Obwohl er den englischen Staatsmännern seiner Zeit wegen ihres Sacro Egoismo scharf die Leviten liest und von ihnen u. a. nichts Geringeres verlangt als den Verzicht auf die Seeherrschaft Grossbritanniens und auf seine Kolonien, ist auch Bentham von dem Fremdenhass unserer grossen Zeit nicht verschont geblieben. Der greise Wundt hat es für seine patriotische Pflicht gehalten, auch ein Holz zum Scheiterhaufen des englischen Philosophen beizutragen, indem er mit seiner im Publikum grenzenlosen Autorität das vulgäre Missverständnis unterstützt, das Wundt selbst früher in seiner „Ethik“ mit Recht bekämpft hat. Jetzt unterschiebt auch er dem Vater des Utilitarismus die rohe Lebensanschauung, als ob der materielle Nutzen des Individuums sein höchster Lebenszweck und der Masstab aller Sittlichkeit wäre. Umso mehr ist es anzuerkennen, dass Prof. Kraus sich der unpopulären Aufgabe unterzogen hat, den Engländer in Schutz zu nehmen, der in Wahrheit dem Individuum als obersten Lebenszweck zuerkannt hat, sich für den grössten Nutzen der grössten Zahl nützlich zu machen! Gerade in dieser Schrift hat Bentham die Kühnheit gehabt, seine Grundregel auch auf das Völkerrecht auszudehnen, indem er nicht den Nutzen des ein-

zelnen Staates, sondern den Nutzen aller Nationen als dessen oberste Maxime aufstellte. So erlebt denn der Leser auch die Überraschung, Dank der Arbeit des Herausgebers die Verwandtschaft von Benthams Völkerrecht mit Kants unsterblichen Gedanken über den ewigen Frieden kennen zu lernen. Auch sonst dürfte der Kommentar, der an Umfang die Schrift Benthams weit übertrifft, jedem philosophisch interessierten Leser Neues und Anregendes bieten. *S. F.*

Leopold von Wiese. *Staatssozialismus.* Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte. Berlin 1916, Verlag S. Fischer.

Das geistige Interesse, das zu Anfang des Krieges sich in mehr oder weniger konstruktiven und spekulativen Erfindungen über den seelischen Charakter eines Volkes, seine kulturelle Mission und in ähnlichen Gedankenkomplexen erging, wird bereits abgelöst durch ein zweites, das besorgt in die Zukunft schaut und für sie Werte hinübergerettet oder erzeugt wissen will. In diesem Zusammenhange gewinnt auch das kleine Werk von Leopold von Wiese an Bedeutung; denn die Frage, um die es sich darin handelt, besteht in nichts Geringerem, als in dem Berechtigungserweis des Liberalismus für die Entwicklung nach dem Kriege. Der Krieg hat die Einzelperson und alle mit ihr verbundenen Wirtschaftswerte im Gesamtganzen aufgehen lassen und das Bestimmungsrecht an die über dem Ganzen und für das Ganze sorgenden Stellen ausgeliefert. Damit ist eine Gleichstellung aller nach unten erreicht, daneben eine Sozialisierung der Verbrauchsmittel; mit dem Verschwinden der freien Konkurrenz aber glauben viele bereits dem Liberalismus die materielle Grundlage entzogen und mit der Sozialisierung eine Annäherung an die Prinzipien der Kollektivwirtschaft erreicht zu sehen. Gegen die Verwechslung dieser zwei Begriffe wendet sich L. v. Wiese, indem er die Begriffsinhalte des absoluten und relativen Staatssozialismus und die von Marx erhobenen Vergesellschaftungsformen einer genauen Prüfung unterzieht, und zu dem Schluss kommt, dass die im Liberalismus vorhandenen ideellen Elemente ebenso wirksam bleiben müssen, wie die wirtschaftlichen Auffassungsformen etwa der Sozialreformer. Denn der Staatssozialismus ohne Sozialreform (S. 40) liegt nicht im Interesse der Massenwohlfahrt, sondern lediglich in dem der Staatsmacht und der Rüstungen.

„Liberalismus ist ein sehr dehnbarer Begriff und es lässt sich viel darein fassen“. Unbestreitbar bleibt der ideologische Wert, aber selbst v. Wiese muss zugeben, dass der Liberalismus nur ein System für anständige Leute ist (S. 117); soweit er aber eine Gesinnungsrichtung, ein geistiges Element ist, wird er die von ihm vertretenen politischen Ideale der Gerechtigkeit, „die Achtung vor dem einzelnen Menschen und das Vertrauen zum Einzelnen, also etwas Liberales“ (S. 24), mit andern teilen: denn Gesinnung ist nicht ein charakteristisches Merkmal der Partei, sondern der einzelnen Menschen. *C. B.*

□□□

10. September 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Elftes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 11. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.
Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli
Zürich.

Die Eigenart des Völkerrechtes.

von ENRICO CATELLANI, Rektor der Universität Padua.*)

„Noch niemals war die Welt in gleichem Masse wie jetzt von dem Gedanken beherrscht, das Recht an die Stelle des Krieges zu setzen, einen durch Gesetz beherrschten Frieden an die Stelle des Triumphes nach blutiger Schlacht, den Sieg der Vernunft an die Stelle des Sieges der Gewalt.“ Mit diesen Worten eröffnete der angesehene Präsident der Columbia University, Murray Butler, am 24. Mai 1911 die Jahresversammlung der Gesellschaft für Internationale Verständigung und fünf Monate später erklärte Italien der Türkei den Krieg und nach weiteren drei Jahren wurden die Vorbereitungen für die dritte Haager Friedenskonferenz durch die Schrecken des Weltkrieges unterbrochen, der noch immer fortwütet. So ist es von jeher gewesen. Immer haben die Prophezeiungen eines dauernden Friedens durch die Ereignisse eine rasche und demütigende Widerlegung erfahren. Schon 1500 Jahre vor Christus ist es geschehen, dass eine Versammlung indischer Weisen, welche die Wohltaten des Friedens und die Mittel zu seiner Sicherung erörtern wollte, durch die furchtbare Schlacht von Kurukshetra bei Delhi unterbrochen wurde. Der indische Gelehrte S. M. Mitra knüpft an diese Mitteilung die wehmütige ironische Betrachtung: „Auch seither haben die Menschen nicht aufgehört, zwei Dinge zu suchen und sie vergebens zu suchen: den Stein der Weisen und den ewigen Frieden“.**

Auch jetzt empfinden viele Menschen eine grosse Ent-

*) Mit Genehmigung des Verf. veröffentlichen wir einen Auszug aus seiner diesjährigen Rektoratsrede, die als Broschüre unter dem Titel: Le Costruzioni della Dottrina e le Ricostruzioni della Storia (Padova, G. B. Randi, 1916 pp. 129) und als Artikel zum grössten Teile im Septemberheft der Rivista di Diritto Internazionale (pp. 343—73) erschienen ist.

**) Hibbert Journal von Juli 1915 („Die Philosophie des Krieges bei Hindus und bei Christen.“)

täuschung und einen tiefen Schmerz darüber, dass der Krieg mit seiner nur allzu brutalen Überzeugungskraft alle Argumente der Friedensapostel widerlegt hat. Wie eifrig haben vor dem Kriege die Meister einer neuen Lehre die Überzeugung gepredigt, dass jeder Mensch der Menschheit vor allem angehöre, dann erst seinem Vaterlande, und dass kein Staat sich ohne Hochverrat an der Menschheit seinen Pflichten gegen den brüderlichen Weltbund aller Staaten entziehen dürfe. Aber der Weltkrieg hat beide Lehren mit gleicher Schärfe dementiert. Der Krieg verstärkt in dem Individuum das Gefühl seiner Abhängigkeit von seinem Staatswesen und vermindert die Abhängigkeit dieses Staatswesens von der Staatengesellschaft und der Menschheit; ja er scheint diese Abhängigkeit mitunter gänzlich aufzuheben und dann entsteht die Klage, dass das Völkerrecht aufgehört habe zu gelten oder dass es wenigstens sich als unfähig erweise, seinen Normen für das Zusammenleben der Völker jenen unbedingten Respekt zu sichern, welcher für eine Rechtsordnung unentbehrlich ist.

Diese Enttäuschung beruht auf einer Unklarheit in der landläufigen Vorstellung vom Völkerrecht. Man ist geneigt, die Beziehungen der unabhängigen Staaten zueinander mit den Rechtsverhältnissen zwischen den Untertanen eines und desselben Staates zu verwechseln und gleichzustellen. Das Gemeinsame ist in beiden Fällen das faktische Zusammenleben der einzelnen Staaten und der Einzelpersonen, und zwar ein notwendiges, nicht erst von der Willkür der einzelnen Gesellschaftsmitglieder geschaffenes Zusammenleben, die soziologische Tatsache der wechselseitigen wirtschaftlichen und moralischen Abhängigkeit, welche durch die Entwicklung der modernen Verkehrsmittel beständig erweitert und gesteigert wird. So weit geht die Analogie zwischen den Bürgern im Staate und den Staaten in der Staatengesellschaft. Im Frieden bewirkt sie leicht die Illusion, als ob die innerstaatlichen und die zwischenstaatliche Rechtsordnung ihrem Wesen nach völlig gleich wären. Treten jedoch die abnormen

Verhältnisse des Krieges ein, so zeigt es sich bald, wo die Ähnlichkeit aufhört. Innerhalb des einzelnen Staates kann der einfache Bürger an den bestehenden Normen auch im Kriege nichts ändern, da jede Änderung der Rechtsnormen der übergeordneten Gewalt der Gesetzgebung vorbehalten bleibt. Anders die unabhängigen Staaten innerhalb der Staatengesellschaft; diese können die Normen, denen sie sich im Frieden unterworfen haben, im Kriege als veraltet und schädlich abschaffen. Im Kriege zeigt es sich auch sofort, dass die Staaten keineswegs eine juristische, durch einen höheren Willen geordnete und gesicherte Gesellschaft bilden, sondern bloss eine soziologische Gruppe, die trotz der Notwendigkeit ihres faktischen Zusammenlebens durch keine, von allen als die höhere anerkannte, Recht schaffende Gewalt zusammengehalten wird. Mit anderen Worten, die Staatengesellschaft befindet sich im Zustande der Kopflosigkeit („Akephalie").

Daraus folgt, dass sich das Völkerrecht von der Rechtsordnung eines Einzelstaates notwendig in mehreren Punkten unterscheiden muss.

Erstens: Durch seinen Ursprung, denn es entspringt lediglich aus dem Willen der einzelnen Rechtssubjekte, der einzelnen Staaten, und gilt nur so weit, als es durch diesen Willen getragen wird.

Zweitens: Durch seine innere Natur, welche die Form des Zwangsbefehles ausschliesst.

Drittens: Durch die Unsicherheit bezüglich seines Inhaltes infolge der fehlenden Einheitlichkeit in der Auslegung und Ausführung der Normen.

Viertens: Durch die Unsicherheit bezüglich seiner Dauer, da es, auf dem Willen der verpflichteten Staaten beruhend, hinfällig wird, sobald dieser Wille wegfällt.

Fünftens: Durch die Unsicherheit bezüglich der jeweiligen Grenzen seines Geltungsgebietes, welches niemals die ganze Menschheit umfasst hat, aber die Tendenz hat, sich zu erweitern, indem es z. B. eine Zeitlang nur für die Hellenen, später nur für die christlichen Staaten

gegolten hat und heute für alle sogenannten Kulturstaaten, d. h. für die Staaten einer bestimmten Kulturgruppe gilt.

Aber kann ein solches Recht ohne übergeordnete Autorität und Zwangsgewalt überhaupt noch als Recht anerkannt werden?

Das Wesen des Rechts besteht nicht in der Befehlsform, sondern vielmehr darin, dass es die feste Ordnung (forma stabile) ist, in welcher sich der Wille der Gesellschaft kundgibt. Darin liegt das wesentliche Merkmal alles Rechtes; der Befehl einer höheren Gewalt an die Untertanen ist nur eine von den möglichen Erscheinungsformen des Rechtes. Und auch bei ihr lässt sich nicht verkennen, wie sehr die Entstehung und Abänderung des Rechtes von seiner spontanen Entwicklung abhängt; diese lässt sich aber nicht durch willkürliche Befehle erzeugen, sondern wird durch die Natur der Verhältnisse bestimmt, in deren Rahmen sich die Tätigkeit der Menschen in der Gesellschaft vollzieht. Man kann sogar behaupten, dass die Normen, welche aus den überkommenen Gewohnheiten herstammen, als die natürlichen Formen des Rechtes zu betrachten sind, mehr als diejenigen Normen, welche unter der Form eines erzwingbaren Befehls aus der Höhe einer staatlichen Gewalt zu den Bürgern herunterkommen. Das Wesentliche einer Rechtspflicht besteht nicht darin, dass der Verpflichtete gezwungen werden könne, eine bestimmte Handlungsweise einzuhalten, sondern darin, dass es ihm ohne diese Handlungsweise nicht möglich sei, eine bestimmte Tätigkeit zu entfalten und bestimmte Zwecke zu erreichen. Dasselbe gilt für die internationalen Beziehungen, nur dass für diese die gewohnheitsmässigen Normen zweifellos wichtiger sind als die geschriebenen Satzungen, da doch die Gewohnheiten aus einem gemeinsamen Bewusstsein der Notwendigkeit einer bestimmten Norm entsprossen sind, einem Bewusstsein, das sich mit innerer Notwendigkeit im Kreise einer mehr oder minder ausgedehnten Staatengruppe ausgebildet hat. Es sind daher sicherlich im Irrtume diejenigen,

welche für die Rechtsbildung überhaupt und ganz besonders für die internationale Rechtsbildung den Satz behaupten wollen, dass die Rechtsnormen nur von einer höheren Autorität geschaffen werden können und dort nicht existieren können, wo es keine solche Autorität gibt; so dass eine überstaatliche Weltverfassung eine notwendige Bedingung für die Existenz eines Völkerrechtes wäre.

Es ist auch wahr, dass es ein allgemein geltendes System des Völkerrechtes in demselben Sinne und in derselben Art, wie es ein Rechtsystem für jeden einzelnen Staat gibt, derzeit nicht geben kann. Es ist auch wahr, dass man viel eher eine systematische Einigung darüber erzielen kann, welche Materien einer Regelung bedürfen, als darüber, welchen Inhalt die sie regelnden Normen haben sollen. Nach alledem wird das System des Völkerrechts an imaginärer Vollkommenheit und werden seine allgemeinen Schlussfolgerungen an Sicherheit und Präzision gewiss sehr viel verlieren; aber ebensoviel gewinnen dadurch diese Schlussfolgerungen an aufrichtiger Übereinstimmung mit der Wirklichkeit statt mit blossen Illusionen bezüglich der Tatsachen.

* * *

Aus der Schwierigkeit, zugleich die gemeinsamen Wurzeln und die verschiedenartige Ausgestaltung der staatlichen und der zwischenstaatlichen Beziehungen im Auge zu behalten, entsteht der Wechsel von grossen Illusionen und ebenso grossen Enttäuschungen, welche sich in dem allgemeinen Urteil über den Wert des Völkerrechtes ablösen.

Aber der Illusionär und der Enttäuschte, sie irren beide, jeder in seiner Weise betrogen durch die scheinbare Gleichheit zweier bloss ähnlicher Dinge: der Erste betrachtet als Rechtsgemeinschaft nach Art eines Staates eine bloss faktische Gemeinschaft der Völker, die selbst die Formen einer freiwilligen Assoziation nur in manchen Beziehungen angenommen hat; der Andere lässt sich durch die schmerzliche Wahrnehmung vom Nichtvorhandensein des Staaten-Staates, an dessen Existenz er

bis dahin geglaubt hatte, dazu fortreissen, auch jenes innere Band der Gesellschaftlichkeit zu leugnen, welches unabhängig von dem Willen der Einzelstaaten in Wirklichkeit vorhanden ist, selbst während des Krieges seine Wirksamkeit niemals ganz verliert und bei Rückkehr des Friedens seine frühere Wirksamkeit wieder aufnehmen muss, und wäre es auch nur in der unvollkommenen Form von neuen Vereinigungen und Verträgen. Und doch werden von dieser immanenten Sozialität der Kulturvölker auch die künftigen Fortschritte des Völkerrechts ausgehen, wie alle die früheren Fortschritte, welche in der Aufregung einer schmerzlichen Stunde von demjenigen vergessen werden können, der die Wirklichkeit von heute den Hoffnungen von gestern gegenüberstellt, aber niemals von demjenigen, der das Leben der Gegenwart am Massstab ferner Jahrhunderte misst.

In Wirklichkeit wird die Existenz eines Völkerrechts, durch welches den Notwendigkeiten ihres Zusammenlebens auch eine rechtliche Form gegeben werden soll, von allen Staaten selbst während dieses Krieges anerkannt. Um dies zu beweisen, genügt die Tatsache, dass unaufhörlich jeder Staat sich auf dieses Recht beruft und ebenso unaufhörlich von seinem Feinde angeklagt wird, es verletzt zu haben. Aber es bleibt der Kompetenz jedes einzelnen Staates überlassen, vorkommendenfalls die Grenzen dieser Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Staaten abzustecken, die konkreten Normen, die ihnen entsprechen, zu formulieren, und so den Inhalt des Völkerrechtes näher zu bestimmen und diesem die absolute Autorität in seinem Gebiete zu verleihen. Ob nun die Staaten über die internationalen Rechtsverhältnisse individuell Gesetze erlassen oder gruppenweise sich einigen, ob sie eine bestrittene Gewohnheit in ihrem Gebiete als Recht anerkennen oder eine bestehende zur Geltung bringen, immer können sie auf verschiedene Weise die Details eines und desselben notwendigen Verhältnisses je nach den mannigfachen zufälligen Formen regeln, die es in ihrem eigenen Leben annimmt. Und der-

selbe Prozess wie bei der ursprünglichen Anerkennung der völkerrechtlichen Normen wiederholt sich auch ununterbrochen bezüglich der Merkmale, welche zu Veränderungen derselben berechtigen und bezüglich des Inhaltes dieser Veränderungen. So können die Bedingungen für die Zulassung der Untertanen des einen Staates in dem Gebiete des anderen und für ihre dortige Rechtslage nicht für alle Staaten von einem einheitlichen Völkerrecht in gleicher und gleich zwingender Weise geregelt werden; sie werden vielmehr durch die Gesetzgebung jedes einzelnen Staates und durch Verträge innerhalb der Staatengruppen normiert; so wird ein und dasselbe internationale Rechtsverhältnis für jedes Gebiet oder jede Gebietsgruppe ganz unabhängig von den anderen geregelt. Diese Normen können nun in mehreren Staaten oder auch in allen identisch sein; aber auch in diesem Falle sind sie es nur vermöge der zufälligen Übereinstimmung mehrerer voneinander unabhängiger Willen und nicht schon, wie bei den Rechtsverhältnissen zwischen den Bürgern eines einzigen Staates, durch die Wirkung desselben Befehls oder derselben Gewohnheit. So kann auch dann, wenn mehrere Staaten bei der Regelung eines internationalen Verhältnises in einer identischen Norm zusammentreffen, weder bezüglich der Dauer dieser Norm, noch bezüglich der Übereinstimmung in ihrer Abänderung für alle diese Staaten eine Garantie übernommen werden.

Die Veränderung in den tatsächlichen Voraussetzungen und in den daraus abgeleiteten Forderungen ist von Staat zu Staat und von Staatengruppe zu Staatengruppe nicht immer dieselbe; auch kann dieselbe tatsächliche Veränderung in verschiedenen Staaten verschieden empfunden und, als Motiv für neue Normen, verschieden eingeschätzt werden. Auch ist in den verschiedenen Staaten die Wandlung des Gewissens, welche jene Wandlungen der Normen eingibt, rechtfertigt oder verurteilt, nicht die gleiche. So finden in der Praxis des Völkerrechtes oft Handlungen statt, welche inhaltlich einer bisher als geltend anerkannten Regel widersprechen; es handelt sich aber bei

ihrer Beurteilung nicht so sehr um die Unterscheidung zwischen Handlungen, welche auch von dem verantwortlichen Staate als Völkerrechtsbruch anerkannt werden und solchen, welche nach Ansicht des handelnden Staates als Inhalt neuer Normen zu betrachten sind. Vielmehr gilt es solche Handlungen, welche von allen interessierten Staaten als Völkerrechtsbruch qualifiziert werden, von solchen zu unterscheiden, welche ein Teil der Staaten als einem neuen Völkerrecht entsprechend erklären, während andere Staaten eine solche Neuerung nicht anerkennen und diese von den bisherigen völkerrechtlichen Regeln abweichenden Handlungen als Völkerrechtsbruch, somit auch als gerechten Grund zu Repressalien behandeln. (Schluss folgt.)



Bei der Bösartigkeit der menschlichen Natur, die sich im freien Verhältnis des Volkes unverhohlen blicken lässt, ist es doch zu verwundern, dass das Wort Recht aus der Kriegspolitik nicht als pedantisch ganz hat verwiesen werden können. Die Huldigung, die jeder Staat dem Recht, wenigstens den Worten nach leistet, beweist doch, dass eine noch grössere, ob zwar zur Zeit noch schlummernde Anlage im Menschen anzutreffen sei, über das böse Prinzip in ihm doch einmal Meister zu werden und dies auch von andern zu hoffen; denn sonst würde das Wort Recht den Staaten, die sich einander befehden wollen, nie in den Mund kommen, es sei denn, um bloss ihren Spott damit zu treiben.

Bei dem Begriff des Völkerrechts als eines Rechts zum Kriege lässt sich eigentlich gar nichts denken, es müsste denn darunter verstanden werden, dass den Menschen, die so gesinnt sind, ganz recht geschieht, wenn sie sich unter einander aufreiben und also den ewigen Frieden in dem weiten Grabe finden, das alle Greuel von Gewalttätigkeit samt ihren Urhebern verdeckt.

Kant, Zum ewigen Frieden.

Glossen zur baltischen Frage.

Von A. TOSI (Estland).

I.

Über 200 Jahre standen die russischen Ostseeprovinzen abseits der grossen politischen Ereignisse, sie führten ihr eigenes und eigenartiges, nach aussen hin stilles Leben. Dass sie jetzt in die Ereignisse des Weltkrieges mit hineingezogen sind, geschieht unabhängig von dem Willen der Völker dieser Provinzen. Nichtsdestoweniger hat aber der Krieg die baltische Frage aufgerollt. Ob die Völker dieses Gebietes es wollen oder nicht wollen: es muss als möglich angenommen werden, dass der Ausgang des Krieges die politische Zukunft des Gebietes in andere Bahnen lenken kann.

Daher ist es zu verstehen, dass der Krieg eine Flut von Schriften, Schriftchen und Abhandlungen entstehen liess, die die baltische Frage behandeln. — Die Mehrzahl der Schriften vertritt den Standpunkt, Alt-Livland solle wieder bis zum finnischen Meerbusen, bis zur Narowa, dem Peipussee etc. deutsch werden. Es sei ja eigentlich ein urdeutsches Land, mit deutscher Kultur und Zivilisation. Die Urbevölkerung des Landes — die Letten und Esten — die gleichwohl über 80% von der Gesamtbevölkerung des Gebietes ausmachen, diese „Undeutschen", wie sie von den baltischen Alldeutschen mit Vorliebe bezeichnet werden, finden dabei so gut wie gar keine Berücksichtigung. Die feudalen Oberklassen Alt-Livlands wandeln in dieser Hinsicht gleichsam im Mittelalter. Sie wollen es nicht sehen und anerkennen, dass jene „Undeutschen" im Lande nicht mehr die willenlosen Sklaven der früheren Jahrhunderte sind; dass sie im Lande zu einem bedeutenden Faktor geworden sind, der nicht nur seiner Zahl nach, sondern auch wirtschaftlich, politisch und kulturell Achtung abnötigt. Jene „Undeutschen" sind den Deutschen in Alt-Livland in vielen Dingen über den Kopf gewachsen, und — auch nur die bisherigen Kampfesbedingungen unter russischer Gewaltherrschaft vorausgesetzt — sie werden den Kampf gegen die deutschen Oberklassen erfolgreich fortsetzen.

Die zahlreichen Gegner der Baltischfeudalen und der Annexionsfreunde aus dem Lager der Alldeutschen nehmen natürlich den entgegengesetzten Standpunkt ein. Hier wird

mit Nachdruck betont, Alt-Livland sei mit Russland wirtschaftlich derart innig verwachsen, dass eine Lostrennung des Landes von Russland dem wirtschaftlichen Verfall und einer dauernden Hemmung des Fortschrittes gleichkäme. Ausserdem wünschten die Esten und Letten nichts weniger, als eine Angliederung an Deutschland. Die deutsche „Befreiung“ bedeute etwas noch schlimmeres als die Unfreiheit unter der russischen Gewalt mit der Hoffnung einer wirklichen Befreiung durch die Demokratie Russlands — die Revolution. Dabei wird mit dem Siege der Revolution in Bälde und mit Sicherheit gerechnet, obgleich die tatsächlichen Voraussetzungen für eine bevorstehende und siegreiche Revolution — für den Sieg der Demokratie — in Russland kaum grösser zu nennen sind als in irgendeinem anderen Staate der Kriegführenden. Dass auch die deutsche Demokratie mit der Reaktion ringt und den Staat zu demokratisieren trachtet, wird von jener Seite gar nicht beachtet.

Dadurch wird die baltische Frage noch komplizierter als sie schon an und für sich ist: Die gegenteiligen Meinungen offenbaren fast gar keine Berührungspunkte, sie reden und schreiben aneinander vorbei, während es doch angezeigt wäre, Anknüpfungspunkte zu suchen und die Frage auf einen mehr sachlichen Boden zu stellen. Alteingewurzelte Anschauungen zu wiederholen und mit dem Vergangenen Stimmung machen zu wollen, wie auch mit Wechseln auf die demokratische Zukunft zu operieren, das ist jetzt so Tagesbrauch. Man sollte aber von diesem Brauch abstehen.

* * *

Wenn wir uns über die baltische Frage orientieren wollen, so müssen wir uns vor allem mit wirtschaftlichen Fragen befassen, die für eine politische Neuorientierung ausschlaggebend werden können und mit welchen die national-politischen, wie auch die national-kulturellen Erscheinungsformen eng verknüpft sind.

Die statistischen Daten, die uns über die tatsächlichen Verhältnisse in den russischen Ostseeprovinzen unterrichten können, sind leider nicht mehr ganz neu. Die letzte allgemeine Volkszählung wurde in Russland 1897 durchgeführt, die Daten sind also bereits 20 Jahre alt. Aber der Gang der Entwicklung ist hier ein langsamer, so dass die damals gewonnenen Zahlen im grossen und ganzen auch heute noch brauchbar sind. Laut diesen Daten ist Alt-Livland, d. h. Estland, Livland und Kurland, ein ausgesprochenes Agrarland, und zwar ein solches,

das seine landwirtschaftlichen Produkte ausserhalb des Landes verkauft.

1897 betrug die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung in Alt-Livland ca. 71%. Seitdem hat die städtische Bevölkerung allerdings stark zugenommen. Riga wuchs von ca. 300,000 auf 600,000 an, Reval von 72,000 auf ca. 150,000. Die Industrie nahm besonders in den beiden genannten Städten gewaltig zu, aber der landwirtschaftliche Charakter des Gebietes wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Die baltische Landwirtschaft steht erst im Anfangsstadium der Möglichkeiten der Entwicklung, wenigstens trifft das auf die bäuerliche Wirtschaft absolut zu. Die letzten zehn Jahre bedeuten in der bäuerlichen Wirtschaftsentwicklung ausserordentlich viel. Es ist ein ganzes Netz von allerlei wirtschaftlichen Vereinigungen und Genossenschaften geschaffen worden, die einerseits das Erwachen des Bauerntums dokumentieren, andererseits aber zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaft sehr viel beitragen.

Es wird in dem Gebiet hauptsächlich Getreidebau getrieben, dem sich eine blühende Viehwirtschaft anschliesst, so dass ein starker Butterexport stattfindet. Neben der Landwirtschaft betreiben die Grossgrundbesitzer zahlreiche Spiritusbrennereien und Bierbrauereien, die mit der Viehmästung verbunden sind, und Forstwirtschaft mit Export von Bau- und Grubenholz etc. — Die bäuerlichen Betriebe befassen sich, neben Getreidebau und Milchwirtschaft, hauptsächlich noch mit Flachs- und Kartoffelbau. Der Flachs dient ebenfalls als ein sehr wichtiger Exportartikel, während die Brennereien der Rittergüter Abnehmer von Kartoffeln sind. Für den Spiritus ist die russische Regierung eine gute Abnehmerin gewesen, aber ein grosser Teil desselben ist ebenfalls exportiert worden.

Diese Schilderung hat den Zweck, zu zeigen, dass die baltischen Provinzen an einem guten Markt interessiert sind. Russland bietet ihn nicht, es führt ja meist dieselben Produkte aus. Allerdings kann frische Milch, Butter, Käse und Mastvieh in Petersburg abgesetzt werden. Trotzdem wird sehr viel Butter ausgeführt, weil die Handelsusancen im Auslande zuverlässiger sind und weil die sibirische Butter die baltische Ware durch ihren billigeren Preis verdrängt.

Für die meisten dieser baltischen Produkte wäre Deutschland ein guter Abnehmer. Die Nachfrage wäre genügend, der billige Wasserweg würde die Zufuhr begünstigen. Dem stehen aber die deutschen Zölle und für Fleisch und Butter die Grenzsperre im Wege. Der baltische Landwirt muss sein Korn um den Zollbetrag billiger abgeben oder er muss andere Märkte

suchen. Diese sind aber ungünstiger wegen der Konkurrenz anderer Kornländer, wo die Erzeugungskosten und -bedingungen nicht einen so hohen Preis bewirken. Diese Gunst der geographischen Lage käme dem Landwirt indes voll zugute, sobald das Land in die deutsche Zollgrenze eingeschlossen werden würde. Er würde dann in doppelter Hinsicht besser stehen: er würde für seine Produkte nicht nur einen höheren Preis erzielen, er könnte sie auch billiger erzeugen!

Denkt man sich nun die beiden Zollgrenzen weg — das würde mit der Angliederung der baltischen Provinzen an Deutschland geschehen — so wird der baltische Landwirt billiger produzieren können, denn er kann sich bessere Maschinen und Geräte billiger anschaffen, das Eisen wird billiger, ebenso die Dungstoffe, um nur bei diesen Beispielen zu bleiben. Gleichzeitig erhöht sich der Preis um den deutschen Zollsatz bei Getreide, während er ausserdem auch sein Schlachtvieh, Fleisch etc. auf dem deutschen Markt vorteilhafter verkaufen kann, was bis jetzt durch die Grenzsperre so gut wie ausgeschlossen war.

Dabei ist noch eines Umstandes zu gedenken, der sowohl für die Grossgrundbesitzer, wie auch für die bäuerlichen Grundeigentümer von grosser Bedeutung ist: Das ist die Steigerung des Bodenwertes als Verkaufsobjekt. Durch die Einverleibung der baltischen Provinzen in Deutschland würde hier eine Wertsteigerung des Bodens bewirkt werden, so wie jeder gesteigerte Agrarzoll in Deutschland den Bodenpreis erhöht hat.

Bei der Beurteilung der Frage fällt dieser Umstand jedenfalls ins Gewicht, abgesehen davon, ob eine derartige Wertsteigerung des Bodens volkswirtschaftlich zu begrüssen ist oder nicht. Wenn über 70% der Einwohner bei einer solchen Wertsteigerung mehr oder weniger interessiert sind, so wird das unbedingt von Wichtigkeit sein.

* * *

Wenn man besonders hervorhebt, dass die baltischen Provinzen mit Russland innig verwachsen sind, so denkt man dabei offenbar nur an die Industrie, an den Durchgangshandel und den Verkehr.

Die für den Durchgangshandel günstige Lage bleibt aber dem Lande stets erhalten, es ist gar nicht unmöglich, dass dieser Handel auch dann blühen wird, wenn die Provinzen politisch nicht mehr zu Russland gehören. Auch in der alten Zeit fand doch eine Warenvermittlung nach Russland durch diese Provinzen statt.

Was die baltische Industrie anbelangt, so muss allerdings konstatiert werden, dass diese sich vorwiegend, wenn nicht ganz auf den russischen Markt stützt. Namentlich die grossen Waggonfabriken, Maschinen- und Metallwarenfabriken, Textilfabriken, die chemische Industrie etc., sie alle entstanden und leben im Schutz der russischen Grenzzölle. Nun muss aber leider betont werden, dass der Krieg die bedeutendsten dieser Unternehmungen in Riga und in der Nachbarschaft, hauptsächlich in Kurland, bereits vernichtet hat. Die grössten Etablissements sind nach Russland evakuiert, ob sie nach dem Kriege zurückkehren werden, ist sehr fraglich, zumal angesichts der Tatsache, dass Russland in seinen Grenzgebieten eine grosse Industrie nicht mehr entstehen lassen will.

Die baltischen Provinzen stehen keineswegs auf der Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung. Namentlich die Landwirtschaft könnte noch sehr gehoben und gefördert werden. Nicht nur, dass der bereits in Anbau befindliche Boden fruchtbarer gestaltet werden könnte, das Land bietet Raum für eine weit zahlreichere Bevölkerung, gewaltige Landstrecken könnten noch urbar, Moore und Sümpfe entwässert und fruchttragend gemacht werden. Das wird gehindert durch eine schlechte Agrarverfassung, worauf näher einzugehen hier der Raum nicht gestattet. Dagegen soll auf einen anderen Umstand hingewiesen werden, wodurch die Erschliessung des Landes und seine Wirtschaft gefördert werden könnte.

Das Land ist arm an Verkehrswegen, und die russische Regierung hat sehr wenig dazu beigetragen, um diesem Übel abzuhelfen. Bezüglich der Eisenbahnen kann sich jedermann davon mit Hilfe einer Karte leicht überzeugen. Es gibt eigentlich nur eine grössere Bahnlinie, die die wichtigsten Orte mit Petersburg — mit Russland verbindet. Und auch diese Bahn ist eingeleisig. Das ganze Gebiet hat eine Bahnlänge von nur etwas über 2100 km aufzuweisen. Die baltischen Provinzen weisen ein grösseres Territorium auf als z. B. Bayern (baltische Provinzen 93,800 qkm, Bayern 75,870 qkm), während die Länge der Eisenbahnen nur ein wenig mehr als ein Viertel der bayerischen ausmacht (2128 km gegen 7791 km). Es ist klar, dass in dieser Hinsicht mehr geschehen müsste. Und es liegen sehr günstige natürliche Bedingungen für die Anlage von Wasserstrassen vor.

Ist es nun nicht wahrscheinlich, dass dies alles in ein viel schnelleres Tempo der Entwicklung käme, wenn das Land dem industriell entwickelten Deutschland angegliedert würde? Ein wirtschaftlich rückständigeres Land könnte dadurch doch nur gewinnen, einem Staate oder einem Wirtschaftsgebiet

anzugehören, das eine höhere Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung aufzuweisen hat. Das in der Entwicklung zurückgebliebene Land wird doch naturnotwendig von der höheren Entwicklung mitgerissen und weitergeführt. Unserer Meinung nach wäre das für die baltischen Provinzen entschieden von Vorteil.

(Schluss folgt.)



Gehorsam.

Durch Flackerschein und die Schatten der Nacht, die gegen den Morgen graut, schieben sich über breit gelegte Steine schabend viele Sandalen dem hohen Raum der Kirche zu. Eisige von Räucherduft durchwölkte Luft. Kaum ein Blinkstrahl löst sich vom Gold der Rahmen und von den metallenen Weihgeräten. Lateingemurmel, Genuflexionen. Und die Orgel atmet ihren mächtigen Hauch.

Von der Aussenwelt trennen die hohen Mauern. Hier drinnen aber schlägt jede Minute des Tages ihren strengen Schlag, zeigt mit hartem Finger Pflicht und Pflicht und des Priors Wort gebietet. Eine Regung seiner Lippe auferlegt vermehrte Last oder befreit von ihr. Schneidet und drückt am Stückchen eigen gewillter Lust, das in der Tage schmalem Rest sich klemmt. Und die Einsamkeit zwingt einen jeden zum Ertragen seiner selbst. Nicht kann er sich entfliehen. Und auch den Bruder gilt es zu ertragen. Sein höhnisches Auge unter frömmelndem Lid, seinen Stolz oder seiner breiten Gemächlichkeit Dunst in unentrinnbarer Nähe. Und die immergleichen Worte und Gebärden verbrauchen ihren Sinn. Die geweihten Stätten übertupft Fleck um Fleck stets wiederholte Berührung. Da löst sich mälig der Lippe Spannung, der Stirne Schnitte stumpfen ihre Schärfe, und es breitet sich und verflacht zu fettem Lächeln was eines Mannes Antlitz war. Des Gebotes Zwang löst sich zu beruhigtem Gewöhnen, und der Wille zerklirrt oder zerkrümmt und hinkt auf des Gehorsams Krücken den für ewig gelähmten Schritt. — Der Tage Notdurft wird gestillt. Im Klosterhof nisten Schwalben, und stille Wege ziehen durch den Garten. Feste bringen ihren Glanz und leckere Bissen und goldenen Schluck. Strafen und Zeiten der Busse fallen und gehen wieder, wie Kälte oder Regen fällt und wieder geht. Ein jeder leidet und geniesst. Doch kein eigenes

Tun und nicht den innern Kampf erlebt er. Er muss und muss, muss jedes Muss, nur muss er nicht das schwere Muss des Wollens. – –

Im Schützengraben. Drüben am Hügel ausgestreckt unheimlich stille Gestalten. Es ist eisig kalt. Der Posten stampft Fuss um Fuss. Der Wind ärgert den Schlaf von den Lidern müder Soldaten. Die Kleider hängen nass und schwer an den gepeinigten Leibern, die verzerrt und verschoben eine Schlafstellung sich schufen. Ein Stück Erdwall, ein Mantelärmel sind die Kissen. Oder das Haupt wiegt bald hin, bald her auf der Stütze des eigenen Kinns. Vier Uhr morgens. Kommando: „In Mützen antreten!" Der Major hat sich beklagt, dass nicht stramm gegrüsst wird. Und so wird der Gruss geübt. Eine ganze Stunde lang. Diese Stunde wird aus der Betäubung des Schlummers ausgerissen, wie eine tiefgreifende Zahnwurzel mit schmerzhaftem Zangenruck ausgerissen wird. Man gehorcht. Man isst, schläft, wohnt auf Befehl. Man übt und grüsst. Man kämpft, geht vor und zurück. Man hat tausend Entbehrungen und Anstrengungen zu ertragen. Man muss jedes Muss, nur kein eigenes inneres Wollen. Die Loslösung des Ich von Gewöhnung und Bequemlichkeit, die Fügung unter fremden Willen als Vorübung zur Selbstfügung kann Werte geben über allen Kriegszweck hinaus. Ein jeder hat es, so gut es angeht. Die andern haben es nicht besser, und man fühlt sich zugehörig den eigenen und den andern, all denen, die kämpfen, die hoffen, die fürchten. Wie dicht und vertraut ist die Anreihung von Kamerad und Kamerad. Ein Ruhetag, ein ungestörter Schlaf, ein Bad, ein Bett gar sind Geschenke von höchster Festlichkeit. Ehrgeiz und Siegeslust und Gefahrentrotz, Lebenswerte von höchster Steigerung! Und wer seine Pflicht tut, schwer oder leicht, der hat seiner Sorge Mass ausgeschöpft. Zu anderem ist nicht Zeit noch Not.

Der einstige Frieden wird der Männer Reihen gelichtet finden. Erkrankungen und schwere geistige Störungen, seelische Tiefstände werden über alle Gräber hinaus die Schauer des erlittenen Erlebens weitertragen. Von denen, die aufrecht bleiben dürfen, muss das Wohl der Zukunft abhängen. Ihre Hände werden zu bauen haben, wo Altes stürzte. Der nachrückenden Generation werden sie sorglich die wohnlichen Stätten bereiten und ihre Lehrer sein müssen und ihre Führer. Grosse neue Pflichten zu den Friedensgewohnten in Familie und Beruf. Die Abstumpfung des Selbständigkeitsinns im dauernden Kriegsdienst birgt die Gefahr, dass nach dem Kriege der einzelne vor den unge-

messen gesteigerten Ansprüchen an selbstbestimmende Tüchtigkeit versagen wird. Dass nur wenige in ein Leben sich zurückfinden, das nicht mehr ausserhalb ihres persönlichen Gewissens Regel und Vorschrift erhält. Wird es dann kommen müssen, dass auch im Frieden jeder Mann unter hörbarem Befehl steht? Die dauernde Unterordnung hätte dem Mönchsgelübde gleich etwas Entmannendes, und die Menschheit wird sich entscheiden müssen, ob der Begriff des Staates ein wichtiger Zweck bleiben soll, der für die Entwicklung der Persönlichkeit Schutz und Raum hergibt, oder ob das Individuum mit den besonderen, schier unersetzlichen Werten seiner Eigenart unterzugehen hat, um in einem massig gefügten Staatsgebilde nützlich und farblos aufzugehen.

Felix Beran.



Der Krieg unterbricht die Geltung der moralischen Werte; was lange unterbrochen ist, kann nur allzuleicht in Vergessenheit geraten.

Burke.

Daar twee kijven (streiten) hebben ze beiden schuld.

Holländisches Sprichwort.

Nach einer verlorenen ist das schlimmste eine gewonnene Schlacht.

Wellington.

Der Mensch gleicht dem Weber kostbarer Gobelins, der an der Rückseite arbeitend, nicht sieht, was er webt.

Renan.



Die Lehren der Balkankriege.

(Schluss.)

Der Ausfall des ersten Balkankrieges war, wie gewöhnlich, eine Überraschung, auch für die Diplomatie. Die Türkei hatte doppelt soviel Soldaten und doppelt soviel Geld zur Verfügung als alle Balkanstaaten zusammengenommen. Daher verkündete man, in Voraussicht eines türkischen Sieges, die Formel des Status quo, der durch die Kriegsereignisse in keinem Falle gestört werden dürfe. Kaum aber neigte sich der Sieg auf Seiten der Balkanstaaten, als von dieser Formel abgegangen wurde.

Die Türken hätten bei ihrer gewaltigen Überzahl vielleicht wirklich gesiegt, wenn sie die Kriegswelle einfach an sich hätten heranrollen lassen; aber stolz auf ihren alten Kriegsruhm, eilten sie an allen Fronten zugleich ihren Feinden entgegen, entfernten sich von ihrer Verpflegungsbasis und wurden in ihrer Zersplitterung aufs Haupt geschlagen. Hätten sie sich in Üsküb, Monastir oder Saloniki defensiv gehalten, wie sie dies in Janina getan haben, so konnten sie, bei günstiger Gelegenheit, Mazedonien wiedererobern, sowie sie tatsächlich Thrazien wieder erobert haben. War bei der Türkei das Prinzip der Offensive verfehlt, so lag bei Bulgarien der Fehler in ihrer Richtung. Wären die Bulgaren von Anfang an auf Mazedonien losmarschiert, dessen Eroberung ihr natürliches Kriegsziel war, so würden sie dort ihren Stammverwandten als ersehnte Befreier erschienen sein und einen durch ihre jahrzehntelange Agitation so gut vorbereiteten Boden gefunden haben, dass sie nicht leicht wieder hinausgedrängt werden konnten. Statt dessen trieb sie der Hass gegen ihre ehemaligen Unterdrücker und der Durst nach Kriegsruhm in die Richtung von Konstantinopel, dessen Eroberung ihnen ja doch, wie sie sich leicht sagen konnten, Russland niemals gestatten konnte. Deshalb endete der Doppelkrieg für sie mit dem Verluste eines strategisch wichtigen Gebietes an die Ru-

mänen, während der Zuwachs an Bevölkerung (ein Zwanzigstel ihrer früheren Einwohnerzahl) nicht einmal hinreichte, um die verlorene militärische Kraft (ein Zwanzigstel der männlichen Bevölkerung) zu kompensieren. Ein moderner Krieg ist zu kostspielig, um Gefühlsoffensiven aus Hass oder aus Ruhmbegierde zu gestatten.

Am glänzendsten hat Griechenland abgeschnitten. Es hat sein bisheriges Gebiet fast verdoppelt, seine Bevölkerung um zwei Drittel vermehrt und dabei im ersten Balkankriege seine Mittel an Menschen und Geld verhältnismässig geschont. Überdies ist das neue Gebiet durchwegs fruchtbar, während von dem Boden des früheren Griechenland nur der fünfte Teil anbaufähig war; auch bilden seine neuen Häfen Saloniki und Kavalla wichtige Errungenschaften. Mit einem Worte, dieser Krieg hat Griechenland, das im neunzehnten Jahrhundert ein Kleinstaat gewesen ist, zum Mittelstaate emporgehoben. Der älteste und kulturreichste Balkanstaat hat den grössten Erfolg gehabt. Darin erblickt der anonyme, vielleicht selbst griechische Diplomat, dessen Gedankengang wir folgen*), eine Bestätigung seiner Theorie, dass der Krieg nichts Neues schaffe, sondern nur vorhandene Tatsachen blosslege und vorhandene Entwicklungen beschleunige. Der Gedanke, den Hellenismus zum Erben Konstantinopels zu machen, hat schon dem älteren Pitt vorgeschwebt, als er mit Russland einen Türkenkrieg vereinbarte; aber damals gab es noch kein griechisches Volk, sondern nur das korrupte Griechentum Konstantinopels und das Ergebnis des Krieges war, statt einer Griechenherrschaft über die Balkanhalbinsel, die erste Festsetzung des russischen Protektorates über die Balkanchristen (1769). Aber die Geschichte hat weiter gearbeitet. Das neunzehnte Jahrhundert hat das Griechenvolk und seinen Staat werden und wachsen lassen, trotz aller Missgunst einer kurzsichtigen europäischen Diplomatie. Und während Russland jeden „Befreiungskrieg“ für die Balkanchristen mit dem

*) Nationalism and War in the Near East (By a Diplomatist). Oxford, Clarendon Press 1915 (Vgl. No. 10, S. 498).

Hintergedanken der Aufrichtung seiner eigenen Herrschaft auf der Halbinsel begonnen hat, ist das tatsächliche Resultat regelmässig die Unabhängigkeit irgendeines Balkanvolkes gewesen; kaum erstarkt, hat sich dieses dann aus Leibeskräften dagegen gewehrt, das alte Türkenjoch mit einem neuen Russenjoch zu vertauschen. Die richtige Politik der europäischen Diplomatie wäre daher nach Ansicht des Verfassers schon während des Krimkrieges und zur Zeit des Vertrages von San Stefanao gewesen, den Heimfall der Balkanhalbinsel an die Christenstaaten zu fördern, statt der vergeblichen Versuche, die Türkei in Europa zu stärken, was nur zu immer neuen Befreiungskriegen der Christenvölker führen musste.

Vom Standpunkte der europäischen Kultur habe übrigens der erste Balkankrieg zweifellos einen grossen Fortschritt erzielt, indem nach diesem Kriege die Grenze zwischen Europa und Asien jenseits der Balkanhalbinsel falle, während früher Asien schon auf der Balkanhalbinsel begonnen hat. Auch ist eine neue Nationalität frei gemacht worden, eine neue und doch uralte: das Volk der Albanesen. Auch für die Verbündeten des ersten Balkankrieges war dies eine unliebsame Störung ihrer Teilungspläne. Um das „Gleichgewicht" zwischen ihnen zu retten, musste Mazedonien, trotz seiner grösstenteils bulgarischen Bevölkerung und trotz der blutigen Opfer Bulgariens für seine Befreiung den Bulgaren abgesprochen werden. So wurde tatsächlich im Bukarester Frieden der Erfolg erzielt, dass Bulgarien, Griechenland und Serbien (zusammen mit Montenegro) je 4,7 Millionen Einwohner behielten, also ziffernmässig im schönsten Gleichgewichte waren. Aber, um eine halbe Million Bulgaren sich einzuverleiben, hatte der serbische Staat die Todfeindschaft von 5 Millionen Bulgaren auf sich genommen, deren Folgen nicht lange auf sich warten liessen. Nicht das Gleichgewicht der Ziffern von Quadratkilometern und Einwohnerschaften allein sollte bei Friedensschlüssen berücksichtigt werden, sondern auch das Gleichgewicht der Sympathien und Antipathien, welche der Krieg zurücklassen wird.

Der Vertragsbruch Serbiens gegen Bulgarien war nicht der einzige, welcher den zweiten Balkankrieg einleitete. Es kam dazu: die Verletzung des rechtsgültig angenommenen Petersburger Schiedsspruches zwischen Rumänien und Bulgarien und die Zerreissung des Vertrages von London zwischen der Türkei und Bulgarien. Standen die beiden ersten Vereinbarungen direkt unter der Sanktion Russlands, so war der dritte Vertrag sogar unter der Intervention Russlands und Englands geschlossen worden. Der Eindruck auf das europäische Publikum, auch in den Weststaaten, war der denkbar peinlichste. Im Rückblicke erschien der „Kreuzzug" der verbündeten Balkankönige als Raubzug. Vorausblickend sagte man sich: Was nützen in Zukunft alle Schiedsverträge, wenn man mit ansehen muss, wie der bulgarisch-serbische Vertrag, in welchem das mächtige Russland als Schiedsrichter vorgesehen war, ohne Ansuchen um Schiedspruch missachtet werden konnte und bei dem zweiten Vertragsbruch sogar das bereits gefällte Urteil desselben Schiedsrichters einfach ignoriert wurde, während im dritten Falle selbst von der soeben geschlagenen Türkei ein, von zwei Grossmächten zustande gebrachter Vertrag zerrissen werden konnte, als die Tinte auf den Unterschriften noch kaum getrocknet war. So hat das Vertrauen in alle Vertragstreue unter Völkern bereits vor Beginn des Weltkrieges eine furchtbare Erschütterung erlitten.

Die europäischen Grossmächte haben dies geduldet, weil ihre Interessen einander entgegengesetzt waren und die Diplomatie ihr gefährliches Spiel beliebig fortsetzen konnte, ohne von den Bevölkerungen der betreffenden Staaten darin gestört zu werden. Aber schon jetzt ist das Vertragswerk von 1913 vernichtet, und schwerlich wird der Weltkrieg mit dessen Wiederherstellung enden. Es ist eben die empörende Vergewaltigung Bulgariens nach seiner opferreichen Siegen und die Enttäuschung der bulgarisch-mazedonischen Bevölkerung, welche sich unter den Serben ebensowenig frei fühlte wie unter den Türken, eines der sprechendsten Beispiele von jenen Fällen, in welche die Diplomatie versucht, Völkergefühle zu ignorieren und ihre

künstlichen Kombinationen an die Stelle dessen zu setzen, was nach der Befreiung lechzende Völkerschaften mit ihrem Blute sich erstritten haben. Hier nun steigt unser „Diplomat“ zu seiner höchsten Folgerung empor. Nur wenn die diplomatische Kunst sich in den Dienst der demokratischen Strömungen stellt, kann sie Dauerndes schaffen; sonst säet sie nur die Keime zu neuen Kriegen aus. Soll die Diplomatie der Zukunft an dieser unheilvollen Tätigkeit verhindert werden, so bedarf sie der Kontrolle durch die Demokratie überall, besonders aber in jenen Staaten, wo die Demokratie auch die Macht dazu hätte. Darum müsse auch der einfache Bürger in Zukunft die auswärtige Politik nicht mehr als ein Mysterium betrachten, von dem sich der Privatmann bescheiden fernzuhalten habe. Im Gegenteil müsse er in Zukunft den alten Spruch „Humani nil a me alienum puto“ sich übersetzen: Keine Frage der leidenden Menschheit will ich als „auswärtige Angelegenheit“ mir ferne halten.

S. F.



Zur Frage der national gemischten Gebiete.

Von W. EGGENSCHWYLER, Turin.

In der „Internationalen Rundschau“ vom 15. Juli macht Hugh Richardson den beachtenswerten Vorschlag, Gebiete mit national gemischter Bevölkerung, wie Elsass-Lothringen, Polen und Mazedonien in „internationale Staaten“, d. h. in eine Art gemeinsame Kolonien der umliegenden oder an ihnen politisch interessierten Staaten zu verwandeln. Nur so, nicht durch die blosse Autonomie oder das Plebiszit, meint er, liesse sich die Gefahr der Majorisierung nationaler Minderheiten — und somit die dauernde Kriegsgefahr verhüten. — „Die Aussenstaaten würden dann statt die Neutralität zu garantieren, lieber aktive Mitarbeiter an der Wohlfahrt des Pufferstaates

werden. Wäre es nicht möglich, geradezu eine Art gemeinsamer Herrschaft, etwa für Mazedonien, zu erfinden, durch welche die Nachbarn veranlasst würden, tatkräftig zu helfen, wenigstens solange die Wiederherstellung des verwüsteten Landes dauert?" Verf. denkt sich ein Mazedonien, welches durch eine Versammlung regiert würde, in der ausser den Mazedoniern selbst Vertreter der umliegenden Staaten wie Serbien, Bulgarien, Griechenland Sitz und Stimme haben. Natürlich würden diese Vertreter auch finanzielle Hilfe zu schaffen haben. Kurz, die Regierung einer solchen Kollektivkolonie gliche einer Aktiengesellschaft mit Interessenbeteiligung der umliegenden Staaten.

Indessen will uns scheinen, dass es zur Lösung des oben gestellten Problems (Verhütung der Majoritätstyrannei in Gegenden mit unentwirrbar vermengter Bevölkerung) einen viel einfacheren und sicherern Weg gäbe als den einer ständigen ausländischen Einmischung, die schliesslich die Reibungsflächen zwischen den rivalisierenden Staaten eher vermehren als vermindern dürfte: Das konsequent durchgeführte Prinzip der Autonomie kleinster — und wenn möglich national homogener — Gebietsteile, seien es nun Kantone, Bezirke oder Gemeinden. Das strittige Gebiet wäre in eine grosse Zahl von national möglichst einheitlichen, sich selbst regierenden Verwaltungsbezirken aufzulösen. Den nationalen Minderheiten innerhalb jedes Bezirks (die ich mir in der Grösse von 5000 bis 20,000 Einwohnern denke) wäre die Übersiedlung in die benachbarten Bezirke möglichst zu erleichtern.

Wohl weiss ich, dass die Kunst der Selbstregierung so kleiner Gebiete nicht jedem Volke gegeben ist. Aber gerade hier, in der Organisation und allmählichen Erziehung der Einwohner zu ihrer neuen Freiheit könnten Kommissäre der umliegenden Nationalstaaten nützlich eingreifen. Es wäre jedenfalls für die Bewohner des Pufferstaates weniger demütigend als eine ständige ausländische Einmischung in ihre Geschäfte!

Nicht mitzuhassen, mitzulieben sind wir da.

Hans von Kahlenberg.*) „*Mutter*". Zürich, Rascher & Co.

Marcelle Capy. *Une Voix de femme dans la Mêlée.* P. Ollendorf, Paris.

Theodora Wilson Wilson. *The last Weapon.* A Vision. C. W. Daniel Ltd., Graham House, Tudor Street, London E. C.

Wem die Kriegsliteratur unserer Zeit zum Überdruss geworden, wer die Beklemmung kennt, mit der man heute ein neues Buch aufschlägt, weil man nicht weiss, ob man nicht abermals den Namen eines Langverehrten unter den Verblendeten finden wird, die sich in gehässiger Verkleinerung des Gegners und in selbstgefälliger Vergrösserung der eigenen Volkswerte nicht genugtun können, — wer dieses Leiden fühlt, der mag sich an den oben genannten Büchern erfrischen. Ganz besonders auch, weil es Frauen sind, die sich ihres echten Frauenberufes bewusst werden und weil wir in unserem Dank und in unserer Bewunderung Angehörige von feindlichen Nationen vereinigen dürfen. So verschieden die Werke sind, in einem Punkte gleichen sie sich: kein Wort des Hasses gegen den Kriegsgegner ist darin zu finden, keine andere Empörung, als jene, welche sich gegen die furchtbarste Verirrung der Menschheit richtet, und gegen den Geist, der sie möglich machte. Wie durften Frauen es geschehen lassen, dass man ihnen ihr Teuerstes nahm, um es ihnen nie mehr oder — oft noch schlimmer — an Geist und Körper verstümmelt zurückzugeben? Wie konnten Frauen in die Hassgesänge einstimmen, ja sie selbst noch wilder übertönen? Ist auch die erwachende Frau noch so sehr Sklavin des Mannes, dass sie die ihr einzig gemässe Wertung nicht aufzustellen vermag?

Dieser Standpunkt der Frau wird in dem deutschen Buche „Mutter" vertreten. Eine Frau aus dem wohlhabenden Bürgerstande hat ihren einzigen Sohn — ihre Hoffnung, ihr Glück, ihren besten Freund — im Kriege verloren. Ihr Leben hat keinen Sinn mehr, und sie will ihm freiwillig ein Ende bereiten. Als sie ein zweites Mal ihre wohlvorbereitete Absicht durchkreuzt sieht, glaubt sie hierin den Ausdruck eines höheren Willens zu erkennen, und da ihr, der Ungläubigen, ihr nunmehr entschwundener Sohn das Höchste bedeutet, den Ausdruck

*) Pseudonym einer bekannten deutschen Schriftstellerin.

seines Willens. Der treibt sie, alle Menschenangst und alle weibliche Scheu von sich zu werfen, um vor die Menschen, die Frauen, hinzutreten, und ihren Weckruf ertönen zu lassen. In ergreifender Steigerung wächst in der wohlgehüteten Dame die Forderung, ihr eignes Leben einzusetzen, um in den Frauen der ganzen Welt ein unüberwindliches Heer von Kriegsgegnern aufzustellen. —

„Ich will sein, was ich bin, — eine Mutter. Ich, die Kinderlose, will Menschenmutter sein! Ich will sagen: Kommt, die Ihr verstümmelt, armlos und beinlos seid! Ihr mit zerbrochenem Rücken, die Blinden, kommt! Die Wahnsinnigen, deren einziger verständlicher Schrei nur noch das Weh ist!

Ihr, die Toten aller Völker! Mögt Ihr aus der Unwissenheit des schwärzesten Erdteils stammen, schwarz und unbehauen wie er, wie die Urwaldtiere Eurer Heimat, — Halbaffen, Tiere oder Vieh nennt man Euch — — — Ihr hattet eine Mutter! Euer brechendes Auge im Schnee und im Pulverschrecken suchte das Mutterauge, — so gut wie das unserer edlen Söhne. Ihr seid Brüder — einer Mutter Kinder, mag man Euch Rassenfeinde oder tödliches Gift nennen! . . . .

Dir, der Frau, gehört das Leben und die Zukunft, wenn Du Mutter bleibst, — Güte für die Ungütigen, — Frieden den Friedlosen, — allen Gerechten und Ungerechten, den Liebenden und den Hassenden!

Du darfst nur lieben! . . . .

Diese Frau will nicht pharisäisch die Schuld an dem Weltkrieg irgendeinem Sündenbock zu schieben. Sie sieht tiefer:

„Alle haben wir gesündigt, wir, die hassten, und wir, die vornehm sagten: Wir hassen nicht. Aber haben wir geliebt? Setzten wir die Glut unseres liebevollen, schöpferischen Herzens gegen die verzehrend zerstörerische Idee ihres unfruchtbaren Willens? — Wir schwiegen. Darum mussten wir wie die anderen leiden und unser Leiden ist verdienter als ihres. Unseres straft die Feigheit, ihres die Leidenschaft bloss oder den Übermut . . . .“

Mit dieser Erkenntnis der Schuld jedes einzelnen muss sich das Bewusstsein verbinden, dass die Völker einander gegenseitig brauchen, und dass der Verzicht auf irgendeine Volksindividualität schmerzliche Verarmung bedeutet. Jede hat uns mit unersetzbaren Werten beschenkt:

„England, solange Hort der Völkerfreiheit und der persönlichen Wahrhaftigkeit; Frankreich, dem wir alle des Daseins Süsse und Weihe, Schönheit und Form verdanken! Grossmütiges Frankreich, das die Menschenrechte ausrief, grosses England, wo zuerst der Einzelne gegen die Gewalt unantastbar aufstand! Shakespeares England, Miltons, Cromwells und Carlyles, während von Frankreich Watteau und Sully, Voltaire und Rousseau kamen. Selbst der Kriegspresse greuliches Zerrbild, die Verheerung Ost-

preussens, konnte die heimliche Liebe für Russland nicht töten, Russland, dem, weil es viel geliebt hat, viel vergeben werden muss, „Mütterchen Russland" mit dem Kinderherzen und dem unklugen, dem verwirrten Kopf, dem wir Gedanken reichten für Gefühle, die es unerschöpflich hergab. Wer sagt, dass wir sie in unserer alten, schematisch gewordenen Gesellschaft nicht notwendiger brauchen werden, als alle Rezepte der Klugen. Dein frisches Blut, dein Kindersinn, offen, wandelbar und zärtlich? Wirst du nicht unser aller Kraftquelle, der Erneuerungsborn, einst sein? Und wir sollen dich hassen, dich ersticken, einzwängen?

Ich liebe Euch, Ihr Mütter über dem Meer! Für alle ist Raum, auch für die Gelben, die Braunen, für die Schwarzen. Wer weiss, welche Erkenntnispforten sie uns öffnen werden, sie, die zu lange bei uralter Weisheit sassen, schläfrig und unbeweglich wurden?"

Mit dem Verlangen, ein Volk möge auf jeden Widerstand verzichten, — eine Forderung, die bei ihr nicht durch den Glauben an Christus getragen und dadurch ihrer stärksten Stütze beraubt wird, geht die Dichterin wohl zu weit. Aber zunächst ist derzeit die Gefahr, vor der man die Welt warnen müsste, gewiss nicht ihr Übermass an pazifistischem Geist. Es bietet dieser Punkt nur gerade den Angriffen eine allzu bequeme Handhabe, und kann leicht der Verbreitung des mit so viel echter Glut geschriebenen Buches schaden.

Nicht zum wenigsten ob ihres persönlichen Mutes, bewundern wir die Französin, Marcelle Capy, deren Werk Romain Rolland das Geleitwort gegeben hat, als einer Stimme, deren einfache Wahrhaftigkeit sich wohltätig abhebt von der Heuchelei der Gesellschaft, „die niemals üppiger wucherte, niemals fürchterlicher war, als in unserer Zeit, wo sie in allen Ländern der Gewalt als Maske dient." Ganze Seiten in dem internationalen Weiss der Zensur beweisen, dass sie noch mehr und Stärkeres zu sagen hatte. In kleinen, frisch gesehenen Skizzen wird das Leben wiedergegeben, wie es sich an der Front und im Hinterlande abspielt. Wie eine weiche Hand dem Kranken Linderung sein kann, so möchte sie mit ihrem tiefen Mitgefühl den Soldaten das bringen, was ihnen vorenthalten wird: das Bewusstsein, dass ihre furchtbaren Opfer in ihrer Grösse erkannt und nicht mit lächerlichen Phrasen abgetan werden.

„Jenen, welchen es genügt, Menschen zu sein, ohne dass sie das Bedürfnis fühlten, sich zu Kriegsbarden aufzublähen, lasse man das Recht, allen Unglücklichen zu sagen, dass sie ihren Schmerz mitfühlen. Man gestatte ihnen, den Beweis zu erbringen, dass in unserem Vaterland nicht jeder dem Verbluten der Menschheit mit aufgeblasenem Hohn g eichgültig zusieht . . .

Glaubt man denn wirklich, wenn man nur den salbungsvollen Optimismus ehrengeschmückter Greise zu Worte kommen lässt, dass man dadurch das Vertrauen erhöhen, die Opferfreude spornen

kann? Glaubt man wirklich, die Härte der Prüfung zu mildern, wenn man uns zeigt, dass Einzelne sich ein Fest daraus machen? Glaubt man das Unglück zu vertreiben, wenn man tut, als sähe man es nicht? Glaubt man den Mut des einzelnen künstlich zu beleben, wenn man den Ausdruck des Mitgefühls und der Liebe niederzwingt?" . . . .

Auch hier hören wir es wieder, dass der Hass und der Hohn gegen den Feind nicht im Schützengraben entsteht, nicht dort wuchert, wo man sich dem Feind gerade durch die gleiche Qual der gleichen unnatürlichen Lebensweise verbunden fühlt. Wie anders sehen sie aus, wenn sie aus dem Felde zurückkommen, die als singende, glückliche Jugend ausgezogen sind; sie kommen gebeugt, gealtert, ernst, stumm, die Augen gesenkt, als fürchteten sie, man könnte noch etwas von dem Grauenvollen sehen, das sich darin gespiegelt hat.

Und ebenso wie der Soldat im Feind den Schicksalsgenossen erkennt, sind die Frauen und Mütter aller Länder in dem gleichen, alle Einbildungskraft übersteigenden Leid verbunden. Briefe deutscher Frauen bei deutschen Soldaten gefunden, werden zitiert, — schlichte, ergreifende Worte, wie sie das tiefe Gefühl findet. Wie wohltätig hebt diese natürliche Anerkennung sich von den sonst üblichen Verhöhnungen der „Barbaren" ab!

Jede grossherzige Initiative findet an Mlle. Capy eine Fürsprecherin. Gleichstellung der illegitimen Kinder mit den legitimen, gleiche Löhne für die Frauen, welche Männerarbeit leisten, Staatshilfe an Stelle von Almosen, Bekämpfung der Lüge, Hebung des geistigen Niveaus und sei es auch durch Bücher, deren Verfasser heute zu den Feinden gehören.

Appelliert Marcelle Capy an die Menschlichkeit, so spricht die Engländerin Miss Theodora Wilson Wilson im Namen des Christentums. Statt der christlichen Liebe herrsche der „Dämon der Furcht". In seinem Namen werden immer schrecklichere Waffen geschmiedet, werden die Geister aufgewühlt und verwirrt. Viel feine Satire steht der Dichterin zu Gebot. Aus einem neutralen Lande bietet jemand der englischen Regierung eine Erfindung an, welche in ihren Wirkungen so ungeheuer ist, dass sie, auf weiteste Entfernungen sich verbreitend, Städte und Menschen zerstört, sie von der Erde wegfegt, als wären sie nie gewesen. Der höchste Priester, dessen Zustimmung zur Anwendung dieses furchtbaren Mittels gewonnen werden muss, meint nach kurzer Überlegung, dass es für alle Fälle sicherer sei, wenn diese vernichtende Waffe von den Engländern gehandhabt werde, „die sie wenigstens mit Diskretion gebrauchen werden". „Wir würden dann die Welt beherrschen und die grossen Ideale verwirklichen, die der Allmächtige uns

anvertraut hat." Und der erste Staatsmann setzt hinzu, dass der Sieg Englands der Sieg des Rechtes und der Sicherheit der Nationen sei, und dass jedes Mittel, welches die Welt diesem Siege näherbringt, dem Fortschritt der Menschheit diene. Die Verfasserin meint dazu: „Wenn die gerechte Entrüstung eines Volkes sich mit den dunkeln Gewässern des Eigennutzes zu einem Strom verbindet, dann ist sie unüberwindlich."

Fein ist auch das Gespräch zwischen dem führenden Staatsmann und seiner Frau:

Er: „Es ist offenbar, dass unser Volk sich stark genug erweisen muss, um den Militarismus des Feindes zu vernichten. Nur, wenn wir ihnen augenscheinlich beweisen, dass es nicht den geringsten Vorteil für sie bedeuten kann, wenn sie die Waffen gegen uns erheben, wird derWeltfrieden gesichert sein und unser eigener Vorteil."

Sie: „Unser Vorteil? Wir kämpfen doch nicht für unsern Vorteil."

Er: „Nein — nein — gewiss — nicht, wenn wir auf der Rednertribüne stehen. Wir wissen aber doch alle, dass jedes Volk seinen Vorteil im Auge haben muss — natürlich immer neben den Idealen — oder es ist verloren."

Wie die Dichterin die Lösung herbeiführt, möge man von ihr selbst erfahren. Ein origineller Gedanke ist es auch, wenn sie die Gebete auffängt, wie sie zu Gott emporgesendet werden.

„Allmächtiger! Wir danken dir, dass du uns das Geheimnis wahrer Grösse anvertraut hast. Wir danken dir, dass wir nicht sind wie die andern, im besonderen wie dieser Feind. Sind unsere Hände nicht rein in diesem grossen Kampf und unsere Wege rechtschaffen? Stehe uns bei in der Stunde der Not, damit wir durch unsern Sieg die Welt deiner Wahrheit zuführen."

Oder: „Gott, lass mich treffen! Hilf mir, sie Glied um Glied zu vernichten, — die Teufel. — O Gott, habe Erbarmen mit uns!"

„Heiliger Vater, wir sind dein auserwähltes Volk, wir wissen es, vom Himmel bestimmt, Erde und Meer zu beherrschen. Erlaube es nicht, dass andere Völker ihre erbärmlichen Absichten an uns erfüllen. Fluche ihnen in ihrem Wahnsinn und mache, dass sie sich deinem heiligen Willen unterwerfen."

In der Anzeige dieses Buches im „Labour Leader" meint der Referent, dass die Millionen des Herrn Ford gut angewendet würden, wenn man mit ihnen die Verbreitung des Werkes in grossem Masstabe fördern wollte. Er hat vielleicht nicht unrecht. Nur würden wir seinen Vorschlag dahin erweitern, dass auch die beiden anderen Bücher in die Propaganda mit einbegriffen wären. Die Frau könnte so ihres herrlichsten Amtes walten, zu lieben, zu leiden, zu erlösen! *F. F.*

□□□

Zeitschriftenschau.

Fenner Brockway und der Labour Leader. Fenner Brockway, der Herausgeber des *Labour Leader*, ist wieder in Freiheit. Er scheint seine Geldstrafe nun doch erlegt zu haben, um den seither in Haft genommenen Präsidenten der „Liga gegen die Wehrpflicht“ zu ersetzen. Sein Bericht über seine Haft ist lesenswert und findet sich in der letzten Nummer des *Labour Leader*, deren Ausfuhr noch gestattet war. Die Gefangenen mussten um 5. 30 Uhr morgens aufstehen und erhielten um 4 Uhr nachmittags ihr letztes kärgliches Mahl. Nach einer Woche wurde die Kost verbessert. Brockway beklagt sich über das Trinken aus gemeinsamem Kruge und über die luftverpestende Tätigkeit des Rosshaarzupfens in enger Zelle. Sonst scheint es ihm nicht eben schlecht ergangen zu sein. Bei seinem Eintritt ins Gefängnis rief ihm ein junger Bursche zu : „Ich sitze, weil ich allerlei Zeugs genommen habe. Warum sitzen Sie?“ „Weil ich den Leuten allerlei Zeugs gegeben habe“, lautet die überraschende Antwort. Man geht im Hofe täglich vierzig Minuten spazieren; Gespräche sind nicht gestattet. Da brummt der Vorgänger, ohne sich umzuwenden: „Sind Sie nicht Brockway vom *Labour Leader?* Ich bin Keal vom *Freedom.*“ Es fehlt auch nicht an tragischen Akzenten. Ein unvergesslicher Moment: *Sir Roger Casement,* die Hände hinter dem Rücken gefesselt, wird vorübergeführt, zwei Wächter vor, zwei nach ihm. „Sein Antlitz war wundervoll ruhig, nicht eine Spur von Angst oder Furcht in den gefängniswelken Zügen, er schien schon in einer anderen Welt zu leben.“

Zum Prozess der Tolstojaner. Die angeklagten Russen, über deren Prozess wir in unserer 9. Nummer berichtet haben, sind nunmehr teils freigesprochen, teils zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, welche wenig über die bereits verbüsste und ihnen angerechnete Untersuchungshaft hinausgehen. Sie hatten mündlich und in Aufrufen erklärt: „Man soll nicht in den Krieg ziehen, noch daran teilnehmen. Wir sind alle Brüder. Die Deutschen haben die gleichen Seelen wie wir.“ (*Neue Wege,* August 1916.)

In einem **„Krieg nach dem Frieden“** betitelten Artikel vom 24. Juni deckt *The Nation* (London) den schroffen Widerspruch auf zwischen dem auf der Pariser Konferenz verkündeten künftigen Wirtschaftskrieg und dem offiziellen Kriegsziel der Alliierten, ein geeinigtes Europa mit pazifistischen Einrichtungen zu schaffen. Ein permanenter Wirtschaftskrieg würde ein zerrissenes Europa mit zwei waffenklirrenden Lagern bedeuten. Der Artikel schliesst mit folgendem Glaubensbekenntnis: Sobald die Unabhängigkeit unserer Produktion von den feindlichen Ländern als ein Ziel unserer ganzen Volkswirtschaft hingestellt wird, muss jeder Liberale in scharfe Opposition treten. Nicht die Un-

abhängigkeit, sondern gerade die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit der Nationen lässt uns auf eine Welt des Friedens hoffen. Das Ideal der sich selbst genügenden Nation gehört einer veraltenden Wirtschaftsstufe an; an die Stelle des geschlossenen Handelsstaates das geschlossene Gebiet einer durch die wechselnden Kombinationen der Diplomatie zusammengefügten Koalition zu setzen, hiesse den Vorurteilen früherer Zeiten noch eine neue und besonders unpraktische Anwendung geben. Freihandel bedeutet für uns mehr als eine Profitrechnung; er bedeutet für uns, dass der Welthandel kein Krieg, sondern eine Kooperation aller Völker an der Arbeit der Menschheit sein soll; jedes Hemmnis dieser weltweiten Arbeitsteilung vermehrt nur die Summe der unnötigen Mühsal in dieser Welt. Der Krieg hat an diesem unserem Glauben nichts geändert. Im Gegenteil! Ist er doch, selbst von einer hohen Warte gesehen, zum grossen Teile die Endwirkung des langen Kampfes der Völker um geschützte Absatzgebiete, Einflussphären, Plätze an der Sonne, strategische Bahnen und Gleichgewicht der Macht behufs Erlangung derartiger Vorteile. An diesem Glauben hält der Liberalismus und die Arbeiterpartei dieses Landes noch immer fest. Die Pariser Resolutionen verpflichten weder das Parlament noch das Kabinett noch die liberale Partei oder auch nur ihre Führer ... Aber sie stellen uns vor eine ernste Gefahr. Man verlangt von uns, auch im Frieden Geschäft und Moral den Gefühlen und Bedürfnissen der Kriegszeit unter zuordnen."

Wirtschaftlicher und Klassenkampf in England. Bezüglich des Wirtschaftskrieges nach dem Frieden wird im *New Statesman* (26. August) zur Besonnenheit gemahnt. Man dürfe nie vergessen, dass die Politik des möglichst selbstgenügenden britischen Weltreiches und die des möglichst reichen englischen Volkes keineswegs identisch sind. Auch die Politik des selbstgenügenden britischen Weltreiches und die der selbstgenügenden Alliance seien Gegensätze und werden als solche von den Alliierten empfunden. In Frankreich sei man überzeugt, dass selbst die Ausschliessung Deutschlands für die Bevorzugung der britischen Kolonien auf dem englischen Markte Frankreich nicht entschädigen könne. Ebenso sträuben sich die russischen Volkswirte gegen den drohenden Verlust des deutschen Marktes.

Der bei oberflächlichem Burgfrieden fortdauernde Klassenkampf stellt die englischen Arbeiter wieder einmal vor den alten Einwand gegen Lohnerhöhungen, welche die Preise steigern und die Lebenshaltung verteuern, daher wirkungslos seien. *The New Statesman*, das Organ der Webbs und der Fabier, ist auf diesem Gebiete besonders kompetent und schätzt den Anteil des Lohnkontos an den Produktionskosten für Grossbritannien im Durchschnitt auf ein Drittel. Die Verteuerung könne also auch nicht mehr als dieses Drittel betragen, wovon aber wieder ein Teil auf die Luxusgüter entfällt, die dem Arbeiter unzugänglich sind. Mindestens zwei Drittel der Lohnerhöhungen bleiben also wirksam, soweit nicht andere Teuerungsgründe Platz greifen.

Krieg und Bevölkerung. Die *Wiener Klinische Wochenschrift* (Nr. 15) veröffentlicht einen Vortrag, in welchem Universitätsprofessor Dr. Tandler von dem Einfluss des Krieges auf die Quantität und Qualität der Bevölkerung ein düsteres Bild entwirft, allerdings nicht ohne auch Heilmittel anzudeuten. In den ersten zwanzig Monaten sind von den Männern wehrfähigen Alters in Österreich (ohne Ungarn) 300,000, d. i. viermal so viel gefallen als von diesen Altersklassen im Frieden sterben. Nicht nur die Zahl der gegenwärtig lebenden Menschen hat abgenommen, sondern es dürften infolgedessen auch jährlich um 60,000 Menschen weniger geboren werden. Für die nächste Generation erhöht sich auf diese Art der Ausfall zeugungsfähiger Männer um mindestens ½ Million. Zu den Toten kommen diejenigen, welche durch Geschlechtskrankheiten unfruchtbar geworden sind. Wird auf diese Weise der Nachwuchs quantitativ geringer sein, so wird er überdies infolge syphilitischer Belastung und infolge der vielen militärisch untauglichen, also physisch minderwertigen Väter auch qualitativ hinter dem jetzigen Menschenschlage zurückstehen. Dazu kommt die Unterernährung infolge der jetzigen Teuerung, ferner die Gewöhnung der Soldaten an Alkohol und Tabak, Genussmittel, die nach dem Kriege auf Kosten wichtigerer Bedürfnisse werden beschafft werden müssen.

Allen diesen Tendenzen wird man nach dem Kriege energisch und beharrlich entgegenarbeiten müssen. Die Quantität muss durch Förderung der Geburten und der Aufzucht, Verminderung der Sterblichkeit besonders bei den Säuglingen, Erhaltung auch der unehelichen Kinder (in Österreich jährlich 120,000) vermehrt, die Qualität durch Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholismus, der Überarbeitung und Unterernährung verbessert werden.

Eine französische Würdigung Herders. Unter dem Titel *Herder, sa vie et son oeuvre* veröffentlicht der Verlag von Hachette & Cie. in Paris ein Buch, dessen Verfasser, A. Bossert, den die Franzosen für einen der besten Kenner der deutschen Literatur halten, eine in heutiger Zeit und im heutigen Frankreich ungewöhnliche, auffallend sympathische Würdigung Herders gibt. Allerdings hat aber auch Bossert der in seinem Vaterlande herrschenden deutschfeindlichen Stimmung Rechnung getragen und dem Titel die Bezeichnung „Un prussien libéré“ beigefügt und sowohl im Vor- als auch im Schlusswort zwischen Herder und dem heutigen Preussen eine Kluft zu graben versucht. Trotzdem muss man feststellen, dass Bossert im Verlauf seiner ganzen Darstellung sich Mühe gibt, beim Leser Interesse, Verständnis und Sympathie für den grossen Vertreter des deutschen Humanismus zu wecken. Er bemerkt ausdrücklich, dass er die Veröffentlichung dieses zum grössten Teil schon vor dem Kriege geschriebenen Buches inmitten der gegenwärtigen Krise nicht für unzeitgemäss halte, da nach seinem Dafürhalten die Geschichte inmitten der vorübergehenden Ereignisse „erhaben und unantastbar bleiben müsse“. Zum Schluss fasst Bossert seine Deutung des Herderschen Ideals folgender-

massen zusammen: „Der Humanismus ist der Inbegriff der ganzen Tätigkeit Herders und gibt den Schlüssel seiner sämtlichen Schriften. Er ist gleichbedeutend mit Kultur im geistig-sittlichen Sinne. Das Ziel des Humanismus besteht darin, das Menschenwesen in seiner substantiellen und unwandelbaren Eigentümlichkeit, unabhängig von der Besonderheit der Einzelpersonen und der Völker, zu bilden. Der Humanismus ist das Weltumfassende im höchsten Sinne, d. h. die Verneinung des nationalen Egoismus, das gemeinsame Werk, an dem alle Völker und in jedem Volk alle auserlesenen Geister mitzuarbeiten berufen sind."

Europäische Elemente in der russischen Volkswirtschaft von Alexinski. *Zeitgenössische Welt* („Ssowmenji Mir"), Januar 1915.

Mit reicher Statistik bekämpft der Verfasser das „eifrige Geschreibsel über die nationale Volksseele" und ihre Gefährdung durch die ausländischen Einwanderer, Waren und Kapitalien. Im allgemeinen hat Russland (nach der Statistik von 1897) einen Ausländer auf tausend Einwohner und steht in dieser Beziehung in Europa an letzter Stelle (an erster Stelle die Schweiz mit 77‰). Wenn Russland etwas zu beklagen hat, so ist es nicht der Überfluss, sondern der Mangel an fremden Elementen. 26% der Ausländer sind Deutsche, 20% Österreicher, beide zum grösseren Teile den ländlichen Berufen nachgehend, während es die Franzosen und Engländer zumeist in die grösseren Städte zieht. Auch das Geschrei von der Überflutung der russischen Industrie durch das deutsche Kapital ist wenig begründet, da das deutsche Kapital, soweit es industrielle Anlage sucht, von der emporstrebenden deutschen Industrie absorbiert wird, und soweit es in Russland Verwendung sucht, sich lieber den Staatsanleihen zuwendet. Man wird daher den europäisierenden Einfluss des deutschen Kapitals, wie ihn Ischchanian in seinem Werke über die ausländischen Elemente in der russischen Volkswirtschaft hervorhebt, in Frage ziehen müssen. Anders steht es mit dem Einfluss der Einwanderung und der importierten Waren, welche vor unseren Augen neue Sitten erzeugen. „Dieser Prozess der Europäisierung ist unvermeidlich und kann nur erwünscht sein." — In demselben Bande weist ein pseudonymer Mitarbeiter G. darauf hin, dass die gespannte Stellungnahme zum deutschen Kapital viel älter sei als der Krieg und führt dies darauf zurück, dass das deutsche Kapital auf russischem Boden nicht bloss eine produktive Anlage, sondern auch eine Verwirklichung von innerstaatlichen Aufgaben suchte (?).

Die Einheit der Kultur. In der neuen russischen Zeitschrift *Ljetopisj* (Chronik) findet sich ein interessanter Beitrag von W. Basarow zu diesem auch in unserer Rundschau von Tscharski behandelten Thema. Niemals habe man noch so viel von Kultur gesprochen wie in der Gegenwart, obgleich „dicht bevölkerte, blühende Provinzen entvölkert und verwüstet und ganze Völkerschaften in Massen obdachloser, nomadisierender Bettler verwandelt worden sind, — und alles um der Kultur und ihrer Glorifizierung willen."

Dabei verrate sich die Einheit der europäischen Kultur u. a. selbst darin, dass dieselben Vorwürfe der Dekadenz und des Materialismus, welche die deutschen Imperialisten gegen die französische und englische Kultur zu richten pflegten, von den russischen Imperialisten gegen das Deutschtum geschleudert werden. Es handelt sich eben in beiden Fällen nur um eine ideologische Rechtfertigung der aggressiven Kriegsziele. In Wirklichkeit hat kein Volk den anderen etwas anderes zu bieten, als einen Ausschnitt aus der gemeinsamen europäischen Kultur unter seinem Pseudonym; kein einzelnes Volk kann Vollkommenheit aus sich heraus entwickeln. „Auf der freien Mitarbeit aller europäischen Völker beruht die europäische Kultur, und die Zufälle des Erfolges oder Misserfolges werden einem Volke die Dominante über die andern nicht einräumen. Wenn die Geschichte die Unwesenhaftigkeit der imperialistischen Ansprüche Europas klargelegt haben wird, dann wird auch das nie gänzlich erloschene Bewusstsein von der Kultureinheit Europas zu neuem Dasein erwachen ...

Ein Sieg des reinen Nationalismus würde eine Vernichtung der gegenwärtigen Zivilisation, ein Sieg des Imperialismus nur eine tiefe Krisis bedeuten ..."

„Mitteleuropa". Mit viel Sachkenntnis und frischer Originalität erörtert Dr. Gustav Stolper schon seit Beginn des Jahres im *Österreichischen Volkswirt* die handelspolitische Einigung Deutschlands und Österreich-Ungarns. Bisher sind 22 Artikel erschienen, an denen kein Interessent dieser grossen Frage vorübergehen sollte. In der Nummer vom 26. August wird zunächst nachgewiesen, dass der wirtschaftliche Zusammenschluss der beiden Zentralmächte weder für England, Frankreich oder Russland noch für die Vereinigten Staaten eine wesentliche Beeinträchtigung bedeute, da es sich bei den Einfuhren jener Staaten grossenteils um zollfreie Rohstoffe, notwendige Lebensmittel oder um Fabrikate handelt, welche teils als unentbehrliche Spezialartikel, teils als feinste Luxusgüter jeden Zoll überspringen. Im Gegenteile würde der mitteleuropäische Wirtschaftsbund auch von dem wirtschaftlichen Interesse des Weltmarktes gefordert, da beide Staaten nach dem Kriege genötigt sein werden, behufs Tragung der schweren finanziellen Lasten ihren Export zu steigern und zu diesem Zwecke dem Auslande die Zahlung durch dessen Warensendungen zu erleichtern, also nach dem Zusammenschlusse die früheren Abschliessungstendenzen auch nach aussen hin aufzugeben. Überdies werde ein Österreich-Ungarn mit intensivierter Produktion nach deutschem Muster eine aufnahmsfähigere Kundschaft sein als je zuvor. Dagegen müsste die Doppelmonarchie ohne fördernden Zusammenschluss mit dem kräftigeren Bundesgenossen zu einer noch schärferen Schutzzollpolitik übergehen, um die Waren des Welthandels, die sie nicht mit eigenen bezahlen könnte, wenigstens von ihrem Gebiete fernzuhalten.

□□□

25. September 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Zwölftes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 12. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.
Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 16, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli
Zürich.

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner**, Zürich; **C. Bergmann**, Russland; **J. Bergman**, Stockholm; **E. Bernstein**, Berlin; **G. Brandes**, Kopenhagen; **F. Brentano**, Zürich; **L. Brentano**, München; **C. Brockhausen**, Wien; **F. H. Broeksmit**, Holland; **G. Cardinali**, Bologna; **E. Clapp**, New York; **A. Daudé-Bancel**, Paris; **E. Dick**, Basel; **Fr. van Eeden**, Holland; **Fr. Foerster**, München; **Fr. Fritschi**, Zürich; **Gemelli**, Turin; **A. Germain**, Arcachon; **H. Gomperz**, Wien; **L. M. Hartmann**, Wien; **R. Hercod**, Lausanne; **P. Hiestand**, Zürich; **L. Hoesch-Ernest**, Amerika; **J. Jastrow**, Berlin; **E. Jones**, London; **Jong van Beek en Donk**, Haag; **Ellen Key**, Schweden; **A. Knapp**, Zürich; **J. R. Kjellén**, Göteborg; **H. Lambert**, Charleroi; **H. Lammasch**, Wien; **O. Lang**, Zürich; **C. Larsen**, Kopenhagen; **V. Lee**, London; **W. Lotz**, München; **E. Mach**, München; **G. Maier**, Zürich; **Rosa Mayreder**, Wien; **E. D. Morel**, London; **C. Oberoutcheff**, Russland; **J. Oehquist**, Helsingfors; **Oda Olberg**, Rom; **Cecil C. Palmer**, Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune**, Vaud; **H. Richardson**, England; **E. Rignano**, Mailand; **Ch. Roper**, London; **B. Russel**, London; **E. G. Smith**, England; **W. Schücking**, Marburg; **F. Tönnies**, Eutin; **E. Wavrinsky**, Stockholm; **E. A. Westermarck**, Helsingfors-London; **F. v. Wrangel**, Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Mehr Völkerkunde!

Von Prof. LEVIN L. SCHÜCKING (Breslau).

Der grosse Triumph der letzten hundert Jahre waren ihre technischen Errungenschaften: Eisenbahn, Telegraph, Telephon, Rotationspresse, drahtlose Telegraphie und schliesslich die Luftschiffahrt. Der Wert von dem allen war mit den Händen zu greifen. Jede neue Entdeckung und Erfindung dieser Art bedeutete einen neuen Sieg über die alten Widerstände: Zeit und Raum. In der Tat, es war dem Menschen gelungen, der Elemente Herr zu werden. Aber die Welt war dabei immer kleiner geworden. Hausten die Völker früher von einander fern wie die Hofbewohner einer westfälischen Bauernschaft, so wohnten sie jetzt dicht bei einander wie die Parteien in einer hellhörigen Mietskaserne, wo kein Glücksfall und kein Trauerfall, noch eine gröbere familiäre Misshelligkeit bei der einen, von den andern unbemerkt bleibt. Aber die Entwicklung war zu schnell gekommen, und so brachten sie ihre Lebensgewohnheiten aus den gänzlich abweichenden früheren Verhältnissen mit. Es schadet wenig, wenn ein Bauer über seinen Nachbarn räsonniert, allerlei Niederträchtigkeiten von ihm zu erzählen weiss und Drohungen gegen ihn ausstösst, denn sie treffen sich selten; aber es ist auf die Dauer unmöglich, wenn die eine Mietspartei durch die dünne Wand hindurch oder auf dem gemeinsamen Korridor das Schelten der andern über sich anhören muss. Unter solchen Umständen suchen deshalb im privaten Leben verständige und namentlich gebildete Leute miteinander auszukommen, da sie doch einmal auf einander angewiesen sind. Man kann beobachten, wie sich dies als soziologisches Gesetz überall da herauszubilden scheint, wo Einzelexistenzen durch den äussern Zwang (etwa die Zugehörigkeit zur gleichen Behörde bei Beamten) zusammengeführt werden, dass man die natürlichen Reibungsflächen von vornherein zu ver-

mindern sucht, indem man die Beziehungen möglichst auf die Basis der menschlichen Sympathie stellt.

Die Völker haben es vorgezogen, den gegenteiligen Weg einzuschlagen. Das engere Zusammenwohnen im selben Hause hat sie einander immer stärker entfremdet. Sache der Gebildeten wäre es gewesen, als Aufgabe der Wissenschaft namentlich hätte es gelten müssen, hier aufzuklären. Aber es zeigte sich die alte Wahrheit, dass die grossen Gedanken für das Zusammenleben der Menschen aus dem Herzen kommen müssen, denn was der Kopf hervorbrachte, blieb unfruchtbar. Schlimmer als das: missverstandene Populärwissenschaft wurde eine gefährliche Waffe törichter Instinkte. Aus den Naturwissenschaften zog man die Lehre eines Kampfes ums Dasein, der auch für die Völker gelte, und blind gegen die augenfällige Erkenntnis, dass dieser Kampf zwar fortwährt, aber in vorgeschrittenen Entwicklungsformen überall mit geistigen Waffen ausgekämpft wird, rechtfertigte man seine roheste körperliche Form mit der Analogie der primitivsten Stufen, und missverstandene Sprachwissenschaft gab mit der irrtümlichen Gleichsetzung von Sprachverwandtschaft und Rassenverwandtschaft ein gut Teil der Argumente für lächerliche Rassentheorien her, deren Phrasenhaftigkeit in einem Jahrhundert, das sich so viel auf seine exakte Beobachtung zugute tut, besonders in Erstaunen setzen musste. Die gesunde Vaterlandsliebe erlebte ihre Karikatur im Nationalismus. Das Engländertum blähte sich in der göttlichen Aufgabe der Zivilisation der Welt, der Franzose prahlte, dass jeder Mann auf der Welt zwei Vaterländer habe, Frankreich und sein eigenes; der Deutsche stellte überheblich fest, dass am deutschen Wesen die Welt — die sich keineswegs krank fühlte! — noch einmal genesen solle, und der Russe erklärte sein Volkstum als den schicksalsbestimmten Erben des „faulen Westens“.

Diese Strömungen waren in verschiedenen Ländern verschieden stark, und Sache der Historiker wird es sein, festzustellen, inwieweit die eine von der andern hervorgerufen wurde. Die langsame Entwicklung der politischen

Verhältnisse in Deutschland z. B. hat es mit sich gebracht, dass hier der Nationalismus viel später als anderswo erwachte. Noch 1861 schrieb Levin Schücking einmal: „Die Liebe zum Vaterlande hat einen verschiedenen Wärmegrad. Der Ungar liebt es wie seine Braut, der Engländer wie seine Frau und der Deutsche wie seine Grossmutter". Ob der Nationalismus nachher freilich nicht hier gelegentlich um so grellere Farben annahm, bleibe dahingestellt. Von einflussreichen Elementen getragen aber war er in allen Ländern, und seine Bekämpfung nicht ernstlich genug betrieben zu haben, wird immer der grosse Vorwurf bleiben, der gerade auf den Intellektuellen aller Völker lastet. Was hier von Sozialisten, Friedensvereinen, Interparlamentariern, Verständigungsgesellschaften an dankenswerter Gegenarbeit geleistet worden ist, das bedeutete einen Tropfen auf einen heissen Stein. Alle Friedensorganisationen kamen nicht auf gegen die Organisationen der Verhetzung. Man bedenke, dass der eine Harmsworth den Feldzug der Völkerverfeindung mit über vierzig grossen und kleinen Zeitungen betrieb! Diesen feindseligen Bestrebungen lag ein gewisses, liebevoll gepflegtes Unverständnis des Gegners zugrunde. Wehmütige Dankbarkeit weckt deshalb heute die Erinnerung an diejenigen Stimmen, die sich in der Öffentlichkeit in entgegengesetztem Sinne erhoben, so in der englischen schönen Literatur die Namen dreier Frauen, Sidgwick, Wylie und Spottiswood, die noch 1910 und 1911 ihren Landsleuten die guten Seiten deutschen Wesens im Roman näher zu bringen versuchten. Leider ertrank ihre Stimme im Lärm antideutscher Spektakelstücke und fand gerade bei den führenden Schriftstellern des Landes kein Echo. Ein so fortschrittlicher Geist wie H. G. Wells z. B. begriff doch seine Aufgabe nicht, die beiden Völker, auf deren Verhältnis das Glück der Welt ruhte, sich innerlich annähern zu helfen, sondern machte in seinen, von der englischen Geisteselite vielgelesenen Büchern aus seiner Abneigung gegen die deutsche Art, trotz widerwilliger Bewunderung einzelner Seiten, an vielen Stellen kein Hehl, ja in einem seiner letzten

Romane lässt er gar seinen Helden „ein bisschen Amateurspionage in Deutschland“ betreiben! ... Hier wiederum zeigt sich dieselbe Erscheinung in anderer Form. Bücher wie Stratz' „Seine englische Frau“ dienten der Aufgabe, die englischen Schwächen in den allergrellsten Farben zu malen. Aber es verdient hervorgehoben zu werden, dass ein so ungeheuer gelesener Autor wie Frenssen in seinem „Peter Moor“ so anerkennende Worte für die Engländer fand, wie sie heute niemand mehr drucken dürfte.

Dann liess der Krieg ein wahres Pandämonium von Hassgeistern aus den Tintenfässern der Schriftsteller und Gelehrten wie aus der Phiole in Tausendundeine Nacht steigen. Französische Philosophen, die eben noch Herolde des deutschen Idealismus gewesen, predigten die Vernichtung des deutschen Gedankens, englische Gelehrte, die ihre Kinder in deutsche Erziehungsanstalten gegeben hatten, unterzeichneten Aufrufe über die Minderwertigkeit der deutschen Kultur, deutsche Universitätslehrer schmähten die englische Bürgerfreiheit und verketzteren die englische Vaterlandsliebe. Sich verstehen wollen, galt als schimpflich und der Völkerhass als die Tugend des Tages. Vieles daran wird durch die ungeheure Aufregung dieser Zeit und in Deutschland durch die Bedrohung, die ein Krieg gegen vier Fronten mit sich bringt, verständlich. Aber mit dem weitern Verlauf der Kriegsereignisse hätte man eine Wiederkehr ruhigeren Denkens erwarten sollen. Der Verständige macht sich die Folgen seiner Handlungen klar. Als die Angelsachsen im fünften Jahrhundert den Kampf gegen die Briten bis aufs Messer führten, da zogen diese übers Meer und besiedelten die Bretagne. Aber die Welt ist seitdem klein geworden, keine Partei kann mehr ausziehen aus dem grossen Mietshaus Europa. Trotzdem naht, sollte man den Zeitungsnachrichten glauben, eine Zeit nationaler Abschliessung, für die die chinesische Mauer das einzige Bild bleibt. In der City geht der deutsche Unterricht um 75% zurück und in Deutschland verlangen pädagogische Bilderstürmer die Einschränkung des neusprachlichen Unterrichts auf den Schulen. Aber will man auch die

Eisenbahngeschwindigkeit wieder rückgängig machen, die Luftschiffe und Flugzeuge abschaffen, die drahtlose Telegraphie aufgeben? Wollen wir in Zukunft Entdeckungen wie die Röntgenstrahlen und das Salvarsan für uns behalten und dafür auf die Fortschritte des Auslandes verzichten? Den Gedanken aussprechen, heisst ihn verspotten.

Wenn der Friede, auf den alle Völker Europas mit der gleichen Sehnsucht harren, mehr als eine Kampfpause sein soll, so muss er eine völlige Änderung des bisherigen Systems mit sich bringen. Dazu aber gehört in erster Linie, dass die Völker mehr von einander wissen als bisher. Man wird dagegen verschiedene Einwände erheben. Man wird geltend machen, dass heute doch zwischen Völkern, die einander innerlich ganz fern stehen, wie Russen und Franzosen, das beste Einvernehmen herrscht. Darauf wäre zu sagen, dass diese Völker sich nur in der Feindschaft gegen einen Dritten zusammenfinden, dass aber nach dessen eventueller Beseitigung übermorgen der Kampf untereinander ausbrechen könnte. Das aber wäre keine Änderung des Systems, sondern nur ein Rollentausch. Man wird weiter einwenden, dass man sich kennen und doch die gegenseitige Vernichtung anstreben kann, wenn die Existenz des einen den Nachteil des andern bedeutet. Aber wenn dieser Krieg eine Lehre in den Kopf der Millionen eingehämmert hat, so müsste es die sein, dass kein wirtschaftlicher Nachteil so gross sein kann, wie der durch den Krieg zwischen annähernd gleich starken Mächtegruppen. Die Weisheit des Volks, dass „ein magerer Vergleich besser als ein fetter Prozess“ ist, sollte sich auch für die kriegerischen Prozesse der Staaten bewährt haben. Deshalb erscheint die alte Forderung Cobden's: Goodwill among nations!“ als eine eminent praktische Forderung. Solches Wohlwollen unter den Völkern ist nicht möglich ohne ein gewisses gegenseitiges Verständnis. An diesem aber hat es bisher ganz und gar gefehlt, und zwar was seine primitivsten Grundlagen, nämlich die Kenntnis von einander, angeht. Man könnte durchaus daran zweifeln, dass sie

jemals kommen könnte, wenn man hört, wie der leitende Minister im Lande der Camorrha sich bemüht, den um „2000 Jahre Kultur" Überlegenen zu spielen, wenn französische Minister die Kultur an die lateinische Rasse (sic) gebunden erklären, wenn Schriftsteller wie Galsworthy, die die Humanität über alles stellen, hochmütig das Tischtuch zwischen West- und Mitteleuropa zerschneiden. Aber gerade, dass die Verkennung der Völker Formen angenommen hat, über welche hinaus keine Steigerung mehr möglich ist, flösst die Hoffnung ein, dass ein Rückschlag unausbleiblich ist. Ihm die Wege zu ebnen, wird eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft sein. Naturgemäss hat sie einen Friedensschluss zur Voraussetzung, der nicht ewig weiter brennende Wunden am Körper der Völker zurücklässt. Aber wenn dies Ziel erreicht ist, müsste das andere folgen. Gewiss sind die innern und äussern Schwierigkeiten gleich gross. Die Völker wie die Individuen werden sich niemals vollständig begreifen. Der Engländer z. B. wird es immer am Deutschen geringschätzen, dass er sich vor der Polizei fürchtet, der Deutsche am Engländer, dass er oft trostlos ungebildet ist. Aber nicht darauf kommt es an, sondern dass bei aller Verschiedenheit, die Völker sich wie die Individuen achten lernen, dass ihnen die Augen dafür aufgehen, was am andern gut und für die europäische Kulturgemeinschaft nützlich ist. Zwischen England und Deutschland war durch die Bemühungen ehrlich friedliebender Kreise ein schöner Anfang dieser Art vor dem Kriege bereits gemacht worden. Dass sich von den deutsch-französischen Beziehungen nicht dasselbe sagen lässt, hat mit zu der grossen Katastrophe beigetragen.

Unerhört erschwert ist die gedachte Aufgabe nun erst durch den Krieg selbst geworden mit seiner ungeheuren Aufpeitschung des Völkerhasses. Der nüchterne Beobachter wird sagen, dass wir froh sein können, wenn wir mit der grössten Anstrengung auch nur auf den Punkt gegenseitiger Duldung geraten, wie vor dem Kriege. Aber das wäre nicht genug. Es ist notwendig, sich zu verstehen, und dazu notwendig, mehr von einander zu wissen. Die Päda-

gogen, die die Einschränkung des neusprachlichen Unterrichts verlangen, stellen die Dinge deshalb auf den Kopf. Man muss mehr fremde Sprachen treiben als früher, nicht weniger. Die Gefahr der Fremdtümelei ist ganz gewiss dadurch nicht gegeben; sind doch die Leistungen aller Völker in diesem Kriege so ungeheuer, dass jedes mit berechtigtem Stolz auf seine eigenen zurückblicken wird. Aber man muss dies Sprachenlernen in Zukunft dazu benutzen, die Eigenart des andern Volkes besser zu begreifen als bisher. Die Universitäten müssen damit den Anfang machen; ist doch die Verhetzung gerade unter den höheren und mittleren Schichten die schlimmste. Europa ist blind gewesen, als es auf seinen höchsten Lehranstalten die Jugend über alles unterrichtete, nur nicht über das Seelenleben des Nachbarn. Von den Universitäten aus muss das Unwesen bekämpft werden, dass man in jedem Lande die Skandalia des Nachbarreiches eifrig verfolgt, und sich über die schlechten Seiten des fremden Volkscharakters klar ist, dagegen von seinen Vorzügen wenig weiss.

Leider flössen die Leistungen gerade der Gelehrten in diesem Kriege von ihren Fähigkeiten in der gedachten Richtung vielfach keine besonders hohe Meinung ein. Hat es doch auch in Deutschland nicht an solchen gefehlt, die gerade die Autorität ihrer speziellen Kenntnis des fremden Landes zu besonders giftiger und einseitiger Darstellung missbraucht haben, weswegen sie ein Berufsgenosse treffend „Hochverräter an ihrem eigenen Fach“ genannt hat. Aber der Grund, der dies Auftreten ermöglichte, muss auch darin gesucht werden, dass die Grenzen ihrer Aufgabe nicht weit genug gesteckt waren. Wer die Literatur und die Sprache eines Volkes nur im strengsten fachwissenschaftlichen Sinne beherrscht, der gilt durchaus mit Unrecht als massgebende Grösse für dessen Volkstum. Die gedachten wissenschaftlichen Fächer in Ehren, aber wir brauchen daneben ein vorurteilsloses Studium der fremden Kultur, ihrer Erziehungsprinzipien, politischer Grundanschauungen, sozialen Schichtung, Bildungsverhältnisse u. a. m. Zu all dem sind die Ansätze vorhanden und brauchen nur

ausgebaut und allgemein gültiger gemacht zu werden. Das Gleiche gilt von den höheren Schulen, die noch in viel zu hohem Masse die Traditionen der Antike fortsetzen, die auf ihren Lehranstalten den Kern des Unterrichts eigentlich nur in der Interpretation von Dichtern sah. Das war in einer Zeit, die alle geistigen Gebiete in den Rahmen der Dichtung spannen konnte, verständlich; aber mit dem Vorherrschen des Stimmungs- und Gefühlsmässigen in der Dichtung seit der Romantik hat diese Auffassung mehr und mehr von ihrer Berechtigung verloren. Im fremdsprachigen Unterricht herrscht sie noch zu stark vor. Den Ersatz müssen ausgewählte Kapitel von der fremden Kultur bilden, vor allem die Darstellung ihrer idealistischen Strömungen, wie sie für die Jugend geeignet ist. Alles das darf freilich nicht kritiklos vorgetragen werden, sondern zu dem Licht müssen die Schatten gefügt werden. Es ist zuzugeben, dass diese Aufgabe nicht leicht ist. An Schulen, wo Fremdsprachen nicht gelernt werden, muss sich der Geographieunterricht nicht ausschliesslich mit Flüssen, Gebirgen usw., sondern auch gründlich und achtungsvoll mit der Eigenart der Einwohner beschäftigen. Einer Möglichkeit, gerade diesen Weg zur Verhetzung zu benutzen, müsste durch staatlich überwachte Lehrbücher vorgebeugt werden. Naturgemäss müsste in den verschiedenen Staaten Europas in diesem Punkte Gegenseitigkeit herrschen. Die Kontrolle wäre Sache der Friedensvereine. Und von diesen und verwandten Vereinigungen wäre auch zu erwarten, dass sie mit den Mitteln, die die Technik heute in verschwenderischer Fülle an die Hand gibt, wie dem Kino z. B., die Bevölkerung des einen Landes sachlich über das andere aufzuklären sich bemühten. Daran fehlt es bis heute überall. Von allen Erfahrungen des Krieges ist mir keine lebhafter in der Erinnerung geblieben, als ein aufs Dorf nach Westfalen zurückkehrender Verwundeter, der, nach Frankreich gefragt, mit noch nicht ganz überwundenem Erstaunen treuherzig meinte: „Da sind die Leute genau so wie bei uns!“

Gewiss wird mancher geneigt sein, die gedachten Dinge

als curae posteriores anzusehen. Sie sind es auch in gewissem Sinne. Aber ebenso sicher ist, dass schon jetzt in dieser Richtung gearbeitet werden kann. Leute, die vom Gegner als „Boche“ oder „Hun“ oder „Erbfeind“ reden, sind nicht besser als die Kriegshetzer vor der Katastrophe. Wer den dauernden Frieden will, muss darauf ausgehen. ein internationales Verantwortlichkeitsgefühl zu erzeugen. Dass die Reichsregierung den Bericht über die Kosakengreuel in Preussen nicht öffentlich herausgegeben hat, ist ein dankenswerter Schritt auf diesem Wege. Was die „Independent Labour Party“ an Aufklärungsarbeit leistet, verdient das gleiche Lob. Aber es gilt, jedem einzelnen klar zu machen, was das Ziel ist, und was er persönlich tun kann, es zu erreichen.



Allerlei.

In England wurde am 13. September eine Verordnung erlassen, die zweifellos in kürzester Zeit von allen kriegführenden Staaten nachgeahmt werden wird. Demnach hat jeder Erfinder oder Entdecker die Pflicht, seine Erfindung vor ihrer Veröffentlichung der militärischen Behörde mitzuteilen, welche dann nach Gutdünken darüber entscheidet, ob sie die Bekanntmachung gestattet oder die neue Idee allein in ihrem eigenen Interesse verwenden will. Damit erfüllt sich die düstere Prophezeiung des französischen Professors Edgard Milhaud in Genf, die wir seinerzeit unsern Lesern mitgeteilt haben.

*

Kriegskinder. Ein vierjähriges Bübchen ist auf die Nase gefallen und hat sich das Gesicht zerschlagen. Die kleine Spielgefährtin läuft aufgeregt zu ihrer Mutter und meldet: „der Edwili hat einen Kopfschuss“. — Dieselbe Kleine wird gewarnt, von den gereiften Trauben nicht zu naschen. Es ist ja ohnehin ein „Drahtverhau“ herumgezogen, meint sie empört. — Ein englisches Kind betet: „. . . Und wenn ein ‚Zepp‘ kommt, lieber Gott, mach' die Fenster deines Himmels auf und stoss ihn fest herunter, dass unsere ‚Tommies‘ ihn treffen können.“

*

„*The Women's Legion*“ in London, ein Verein weiblicher Chauffeure. Sie schlafen und essen in den Garagen und bewähren sich so vortrefflich, dass man zehn von ihnen probeweise zu Fliegern ausbildet. Ein Schritt auf dem Wege zur Wehrpflicht der Frau!

Glossen zur baltischen Frage.

Von A. TOSI (Estland).

II.

Wie stellt sich die Bevölkerung der baltischen Provinzen zu der Frage der Annexion?

Bei der Beantwortung dieser Frage kommen hauptsächlich Esten, Letten und Deutsche in Frage. Daher ist es wichtig, die Zahl dieser Völker festzustellen. Deutsche Publizisten haben das Bestreben, die kleine Zahl der Deutschen möglichst zu verschleiern und den Anschein zu erwecken, es handle sich hier um ein urdeutsches Land mit einer grossen deutschen Bevölkerung. So z. B. sagt Valerian Tornius: Esten, Letten und Deutsche bilden 90% der Gesamtbevölkerung. Ganz richtig. Aber er vermeidet es, zu sagen, dass die Gesamtzahl der Deutschen — nach Abzug der deutschredenden Juden, Letten und Esten, die wohl Deutsch als ihre Umgangssprache angeben, sich aber nicht zu den National-Deutschen zählen lassen wollen — nur 148,225 Köpfe betrug, oder 6,21% von der Gesamtbevölkerung. Dagegen bilden die Esten und Letten 81,93% von der Gesamtbevölkerung.*) Überdies ist bei den Deutschen seit 1871 eine ständige Abnahme zu konstatieren. Von 1881 bis 1897 betrug diese Abnahme 10,56% oder 0,65% jährlich, während die Gesamtbevölkerung jährlich um ca. 1% wächst.

Aber bei der Beantwortung der obigen Frage fällt die deutsche Bevölkerung doch sehr ins Gewicht, denn der deutsche Besitz im Lande ist so gross, dass in dieser Hinsicht wohl gesagt werden könnte: es ist deutsches Land.

Wie die Bevölkerung sich zu der Frage der Annexion stellt, ist natürlich schwer zu beantworten! Denn im Lande selbst können andere Meinungen gar nicht laut werden, als jene, welche die russische Gewalt zulässt. Die öffentliche Meinungsäusserung kann also nur eine deutsch- und annexionsfeindliche sein. In diesem Sinne sind auch die Loyalitätskundgebungen aufzufassen, die von den Vertretern des deutschen Adels in der Duma und im Reichsrat laut geworden sind. Dass aber die

*) 1897 betrug die Gesamtbevölkerung 2,387,115 Köpfe, davon 1,069,805 Letten und 875,147 Esten. 1910 wurde die Gesamtbevölkerung auf rund 2,7 Millionen Köpfe geschätzt und darf für 1914 mit etwa 2,8 Millionen angenommen werden. Schätzungsweise kann die Zahl der Letten für 1914 mit ca. $1^1/_4$ Millionen und die der Esten mit ca. 1 Million angenommen werden.

deutsche Bevölkerung mit geringen Ausnahmen die Annexion gerne begrüssen würde, steht ausser Frage. Sämtliche Schichten dieser dünnen Bevölkerung sind dafür und müssen dafür sein, oder — sie müssten ihrem sicheren nationalen Untergange teilnahmslos entgegensehen.

Seitdem die Esten und Letten einige Bewegungsfreiheit erlangt haben, droht es mit der deutschen Machtstellung rapid abwärts zu rollen. In den Städten ist die deutsche Macht bereits entweder gebrochen oder doch ernstlich bedroht.

Von den livländischen Deutschen wohnten 1881: 80,69% in den Städten — zusammen 91,000 Köpfe. 1897 war die Prozentzahl auf 84,08% gestiegen, die Gesamtzahl aber auf 82,000 gefallen. 1867 zählte man unter je 100 städtischen Einwohnern 45,55 Deutsche. Sie hatten denn auch die Städte ganz in ihrer Gewalt. Aber nach dreissig Jahren zählte man unter je 100 städtischen Einwohnern nur noch 21,77 Deutsche! 1897 gab es unter den 64,500 Einwohnern von Reval 10,382 Deutsche, oder 16,08%. Jetzt ist die Einwohnerzahl auf ca. 150,000 gewachsen, die Zahl der Deutschen ist im besten Falle stationär geblieben, ihre Prozentzahl macht nicht mehr 16, sondern vielleicht nur noch 6% aus. Seit 1902 haben denn auch die Esten das Regiment im Rathause. Und so in den meisten estländischen Städten. Daher liegt es auf der Hand, dass die deutsche Vormachtstellung unter den bisherigen Verhältnissen verloren ist, und damit zugleich auch das baltische Deutschtum. — Die Adelsgeschlechter — durch ihren Riesenbesitz in ihren Herrenhöfen geschützt — können als Einsiedler ihr Deutschtum immerhin bewahren. Aber sobald sie genötigt sind, aus ihrer exklusiven Stellung in die Öffentlichkeit zu treten, ist mit dem Deutschtum nichts mehr zu beginnen, sie müssen es dann mit der russischen Regierung, mit den reaktionärsten Klassen Russlands, halten.

Übrigens ist die Russifizierung bei ihnen schon ziemlich tief gedrungen, tiefer als sie selber zugeben möchten. Der Widerstand gegen die Russifizierung in den 80er und 90er Jahren ist längst gebrochen: Man schickt die Kinder in die Staatsschulen und lässt sie russisch lernen. Insofern sie eine staatliche Karriere einschlagen wollen, ist sie nur mit einem gewissen Russifizierungsprozess möglich. Als die Reaktion während und nach der russischen Revolution reaktionäre Polizeiobersten brauchte und diese Posten den baltisch-deutschen Adeligen antrug, wurden diese Posten gerne angenommen, der Widerstand gegen die Russifizierung war vergessen ... Man schätzte die dadurch erlangte Kräftigung der Machtstellung und liess das Deutschtum gerne als eine häusliche An-

gelegenheit in den Hintergrund verschwinden. — Die lutherische Landeskirche ist schon jetzt von national gesinnten Esten und Letten sehr stark durchsetzt; werden aber die Rechte der Gutsherren bezüglich der Anstellung der Pfarrer eingeschränkt — und dies ist zu erwarten —, so hört die Kirche auf, deutsch zu sein. Das kann schon heute mit Sicherheit betont werden.

Somit ist es klar, dass, wenn das Deutschtum in den baltischen Provinzen erhalten, ihm zum Leben aufgeholfen werden soll, es allen denkenden Schichten einleuchten muss, dass dies aussichtslos ist, solange die Provinzen russisch bleiben. Durch die deutsche Annexion kann vielleicht das deutsche Element wieder Oberwasser erhalten, wenigstens müssen die Deutschen selbst das hoffen, daher auch die Annexion aus diesem Grunde wünschen.

Bei den Esten und Letten steht die Frage natürlich anders. Nach jahrhundertelanger Unterdrückung wünschen sie nichts sehnlicher, als Befreiung von dieser verhassten Unterdrückung. Obgleich sie gegen die russische Gewalt gar keine Liebe oder Sympathien hegen, haben sie sich mit dem gegenwärtigen Zustand doch teilweise abgefunden, insofern er den Kampf gegen die Macht der Deutschen begünstigt, ihn wenigstens nicht ganz unmöglich macht. In diesem Sinne kam der Deutschenhass diesen Völkern gelegen, denn jetzt scheint es ihnen, dass die russische Regierung sich endlich auch darauf besinnen und die Vorrechte der Deutschen hier abschaffen werde. Damit würde die Überwindung der Deutschen in den baltischen Provinzen nur noch eine Frage kürzester Zeit sein. Logischerweise müssen diese Völker gegen eine Annexion sein, denn es kann ihnen doch nicht verborgen bleiben, dass die Annexion die im Schwinden begriffene Macht der Deutschen neu beleben muss. — Das ist der nationale Standpunkt der Esten und Letten. Die nationale Intelligenz und das Bürgertum sind dessen Vertreter, die von der Intelligenz bediente nationale Presse steht fast ausnahmslos im Dienste dieser Schichten und Anschauungen. Die überschwänglichen Forderungen der deutschen Wirtschaftsverbände wurden bei den Esten und Letten daher als das Ende dieser kleinen Völker empfunden und ausgelegt. Was die Alldeutschen in diesem Sinne sagen, was deutscherseits von der Befreiung der baltischen Völker geschrieben wird, ist von der estnisch-lettischen Presse im Sinne der Wirtschaftsverbändler aufgefasst und erläutert worden. Dadurch wurde die Furcht noch vergrössert. Von eventuellen Vorteilen, die eine Annexion zeitigen könnte, ist natürlich kein Wort gesagt worden, und konnte nicht gesagt werden, so dass die grossen Massen in

diesen Dingen ganz unaufgeklärt sind. Man nimmt den Deutschenhass, der mit allen Mitteln propagiert wird, als berechtigt an und baut die schönsten Hoffnungen auf die grosse Zukunft Russlands, das natürlich siegen wird, weil es siegen muss ... Gleichzeitig setzt man auch den Sieg der Vernunft voraus, man tröstet sich durch die schwere Zeit hindurch und glaubt mit Recht erwarten zu dürfen, dass das Russland der Zukunft und des Sieges, auch der nationalen Eigenentwickelung der Esten und Letten freien Spielraum lassen wird. Dieses Recht auf die freie, nationale Eigenkultur glauben die nationalen Esten und Letten durch unverbrüchliche Treue gegen den russischen Staat, Tapferkeit und Opfermut im Kampfe gegen den „Erbfeind" besonders erwerben zu sollen. Man kann daher wohl mit Sicherheit annehmen, dass, wenn eine Abstimmung veranstaltet werden würde, die Esten und Letten sich gegen eine Trennung von Russland äussern würden.

Aber so einfach liegt die Sache doch auch nicht. Schaut man tiefer in die Seele des Volkes, so findet man vieles, was dem direkt widerspricht, nur dass alles Gegenteilige jetzt von der Oberfläche verdrängt ist, denn nur die offiziöse Meinung hat Kurs. — Die Esten und Letten sind — trotz ihres berechtigten Hasses gegen den baltischen Adel — mit Russland und mit den Russen durchaus nicht verwachsen, es bestehen keinerlei innigere Bande zwischen den beiden. Die zweihundert Jahre russischer Herrschaft haben die Esten und Letten Russland nicht näher gebracht. Wir wollen uns dies an einigen Beispielen erläutern.

Der baltische Bauer spricht heute noch von der „guten schwedischen Zeit", weil Schweden die Lage der Bauernschaft zu verbessern getrachtet hat. Russischerseits glaubt die Bauernschaft derartiges nicht erlebt zu haben, obgleich mit allen Mitteln seit jeher propagiert wird, der russische Zar hätte den leibeigenenen Bauern die Freiheit gegeben. Trotzdem lebt die Legende von der guten schwedischen Zeit! Ja, 1905 gab es sogar Einfältige, die bereit waren, zu glauben, der — König von Schweden werde den Esten zu Hilfe kommen gegen die — russischen Kosaken, die der Zar „zur Beruhigung des Landes" entsandt hatte! Ferner wurden damals gerne Gerüchte verbreitet, Deutschland käme den Letten und Esten zu Hilfe ... In Nord-Livland erwartete man Hilfe von den siegreichen — Letten. Diese sollten Riga erobert, den dortigen Adel bezwungen und die Regierungstruppen geschlagen haben, und sollten nun den Esten zu Hilfe eilen ... Man erkannte also die eigene Schwäche, wie auch die rücksichtslose und tückische Gewalt der eigenen Regierung, man wünschte und erwartete

Hilfe gegen diese Regierung von auswärts... Ist die jetzige Zuneigung zu derselben Gewalt echt? — so muss man fragen — wie hat sie in so kurzer Zeit Wurzel fassen können, was ist seitens der Gewalt dazu geschehen, um die Zuneigung in dem Masse zu gewinnen? Es ist nichts, total nichts in dem Sinne unternommen worden, vielmehr hat die Regierung das Land die ganze Zeit über mit Hilfe des Belagerungszustandes und von Ausnahmegesetzen „zur Ruhe regiert", von den Feldgerichten und Galgen angefangen, bis zu der „gelindesten" Strafe der willkürlichen Landesverweisung durch die Gouverneure und Polizeimeister. Jede national-kulturelle Regung der Esten und Letten wurde bis in die letzten Tage brutal unterdrückt. Was will man dazu sagen, wenn man z. B. ein Konzert von estnischen Liedern und estnischen Komponisten verbietet, wenn man nicht zulässt, den estnischen Namen „Tartu" = Dorpat zu gebrauchen, wenn es verboten ist, in sogenannten lettischen resp. estnischen Nationalhymnen für das Vaterland zu Gott zu beten? Alle Schulen sind zu einer Maschinerie der Russifikation gemacht, selbst die Privatschulen mit der estnischen resp. lettischen Unterrichtssprache, die man auf dem Wege der Revolution 1905 der Regierung abgetrotzt hat, sind entweder wieder „verboten" worden, oder auch diese müssen sich zu der Russifikation der Schuljugend benutzen lassen. Vorlesungen und Kurse im Interesse der bäuerlichen Landwirtschaft „gestattet" die Administration nur in russischer Sprache, aber die Esten und Letten verstehen kein Russisch. Kurz: wo man nur hinschauen will, nichts als Druck, Knebelung, Polizeigewalt, die Unfreiheit in höchster Potenz. Wie war es möglich, auf diese Weise, das Volk zu gewinnen? Nein, das Volk ist nicht gewonnen, der Kriegspatriotismus ist eine künstliche Pflanze, gehegt und gepflegt durch eine rückgratlose und selbstsüchtige Presse und aufgepfropft auf den historisch erklärlichen Hass gegen den baltisch-deutschen Adel. Den hat die russische Polizeikunst sehr geschickt in einen Hass gegen alles Deutsche zu verwandeln verstanden, während der Wahnsinn der Alldeutschen ihn indirekt unterstützt.

Wohin neigen die Esten und Letten durch ihre Kultur? Paul Rohrbach sagt, sie seien deutsche Bauern, freilich „noch" ohne deutsche Sprache. Und in Russland wurden die lettischen Kriegsflüchtlinge auch für „nur anders geartete Deutsche" erklärt und dementsprechend behandelt. Russische Soldaten hielten Kurland für Deutschland, das Leben, die Wirtschaft hatte nichts Russisches an sich ... Trotzdem hat Rohrbach nicht recht: Esten und Letten sind eben nur Esten und Letten! Sonst könnte und müsste man ja auch finnische und

skandinavische Bauern für deutsche Bauern erklären. — Die Eigenkultur der Esten und Letten ist von der deutschen Kultur entschieden beeinflusst. Es wäre ja auch ganz sonderbar, wenn die über 700 Jahre anhaltende Herrschaft der deutschen Oberklassen auf die Masse der Bevölkerung kulturell ohne Einfluss geblieben wäre. Die Esten und Letten benutzen z. B. die sog. deutsche und lateinische Druckschrift, die lateinische Schreibschrift; ihre Wirtschaftsart ist von dem Adel bestimmt worden, lehnt sich daher entschieden an westeuropäische Wirtschaftsart an; sie bekennen sich bis zu 90% zur lutherischen Religion, die Kirche ist beinahe preussisch organisiert; neben den deutschen Kirchenliedern haben sich auch deutsche Volksmelodien eingebürgert; aus der deutschen Literatur ist viel ins Estnische resp. Lettische übersetzt worden, manches ist sogar aus der russischen Literatur durch die Vermittlung der deutschen Sprache ins Estnische übertragen worden. Das ist gewiss nicht wenig und das alles spricht sehr für die Anziehungskraft der deutschen Kultur. Doch wird die Bedeutung alles dessen noch erhöht, wenn man daneben stellt, von wie geringem Einfluss die russische Kultur gewesen ist.

Es muss zugegeben werden, dass die Russifizierung in den letzten dreissig Jahren Fortschritte gemacht hat. Die jüngere und zahlreichere Schicht der lettisch-estnischen Intelligenz ist entschieden russisch orientiert, aber doch mit einem starken deutschen Einschlag. Die deutsche Kultur wird auch von dieser Schicht noch eingeschätzt: akademisch gebildete Herren, Künstler, Schriftsteller, Techniker usw. machen gerne Reisen nach Deutschland, um ihre Ausbildung zu vervollständigen. Auch die kürzeste Reise nach Berlin wird in diesem Sinne gedeutet. Wenn aber jemand nach Russland reist, wird der Zweck nicht so ausgelegt.

Bei den grossen Volksmassen findet man kaum eine Spur vom russischen Kultureinfluss. Das ist um so auffallender, da doch sehr viele Männer jahrelang in Russland dem Militärsdient obliegen. Der Russe ist weder beliebt noch geschätzt. Einen rohen Raufbold vergleicht man mit einem Russen: „just nagu wenelane = wie ein Russe". Der Finne verflucht den Russen: „perkeli ryssä = der verteufelte Russe". — — Was im Lande als russisch angesprochen werden muss, trägt den amtlichen Stempel irgend einer Behörde und wird von dem Volke geduldet, keineswegs geliebt, sei es im Dorfe, sei es in der Stadt. Man kann daher mit Sicherheit behaupten, dass, wenn die Provinzen Russland entrissen werden sollten, die Bevölkerung wohl anders als von der „guten" russischen Zeit sprechen wird.

Von einer Liebe zu Russland resp. zu den Russen ist also

keine Rede. Wenn aber trotzdem der Kriegspatriotismus vorhanden ist, so bleibt zu seiner Erklärung noch folgendes hinzuzufügen: Die Sympathien, die man Russland entgegenbringt, gehören dem demokratischen, dem freien Russland der Zukunft, dem idealen Russland der Freiheit. Nicht nur die Sozialdemokraten und Revolutionäre aller Richtungen, auch die Nationalisten der „Fremdvölker" bauen ihre Hoffnungen und Erwartungen auf ein ganz neues Russland. Vorab scheinen aber diese Hoffnungen nur Hoffnungen verbleiben zu sollen. Die Reaktion wütet in Russland stärker als je, und das nach zwei Kriegsjahren, nach sehr starken Niederlagen, nach so vielen neuen Beweisen des Zusammenbruchs des Systems. Wo sind, worauf warten die umgestaltenden Kräfte? Und — — ist in Russland wirklich nicht viel mehr als nur die Staatsleitung von Grund aus umzugestalten?

* * *

Wenn massgebende Kreise in Deutschland hinsichtlich der baltischen Provinzen wirklich Annexionspläne hegen, so müsste auf die Zuneigung der Letten und Esten Rücksicht genommen werden. Vor allen Dingen müsste die deutsche Regierung klar und deutlich erklären, welche Absichten sie hat, welche Politik sie befolgen will. Uns will es scheinen, dass die Letten und Esten für Deutschland gewonnen werden könnten. Aber gewiss nicht durch Projekte der deutschen Wirtschaftsverbändler. Mit solchen Plänen kann man Völker nur abstossen, nicht gewinnen. Die Letten und Esten lechzen nach Freiheit, nach einer Möglichkeit der eigenen volkstümlichen Entwicklung. Möge die deutsche Regierung klipp und klar erklären, dass sie diesen Völkern im Rahmen des deutschen Reiches die Freiheit verbürgen will, und sie wird diese Völker gewonnen haben.

□□□

Man kann nicht allen helfen! sagt der Engherzige und — hilft keinem.

Haben und nichts geben, ist in manchen Fällen schlechter als stehlen.

Ebner-Eschenbach.

Die Gründung Polens.

Von RUDOLF LEONHARD.

Als die Univerſität Warſchau wieder aufgerichtet wurde, war eine Gelegenheit geboten, die bei den letzten ähnlichen Unternehmungen, in Frankfurt und Hamburg, nicht beſtand, aber vor hundert Jahren in Berlin gegeben war: in der reinen Idee der Akademie nationalen Geiſt und Weltgeiſt der Wiſſenſchaft zu vergleichen und zu verſöhnen. Die akademiſchen Beſtrebungen in Frankfurt und Hamburg entſprangen nicht ſo ſehr geiſtigen (höchſtens, beſonders in der Frankfurter Erfüllung, methodiſchen) als vielmehr praktiſchen, faſt (ſelbſt im Geiſtigen) ökonomiſch zu nennenden und, ſoweit ſie überhaupt politiſch waren, landſchaftlichen, partikulären Geſinnungen; das zeigt ihre Geſchichte, zeigen die Erwägungen, die ihr Zuſtandekommen begleiteten, zeigt auch ihre Anknüpfung an jeweils vorhandene Anſtalten. Nicht die Gewalt beſtimmender Perſönlichkeiten, nicht die Idee wirkte in dieſen Plänen: ſondern ſtarke, nahe, reale Bedürfniſſe.

Nicht weniger ſtark, aber weiter greifend (nämlich mindeſtens bis an die Grenzen Polens) und ganz anders orientiert war der Gedanke, der Urſprung der neuen Warſchauer Univerſität wurde. Hier waren es nicht vereinzelte, wirtſchaftlich kontrollierte Bedürfniſſe, die eine Univerſität wünſchenswert erſcheinen ließen: hier war es die Sehnſucht nach voller Verwirklichung einer Geſamtperſönlichkeit, nach geiſtiger Auswirkung einer nationalen Gemeinſchaft, die um ſo ſtärker gemeinſam fühlte, als ſie, niedergehalten, ſich nicht äußern durfte. Dieſe Univerſität iſt nicht eine neue Gründung, nichts Beliebiges, Vertauſchbares – ſie iſt Symbol. Wieder, wie vor hundert Jahren in Berlin, ſoll eine ſolche Anſtalt als höchſte Form für das öffentlich erneuerte geiſtige Leben eines geretteten Volkes erſtehn – und wieder ſteht ſie darum vor der Aufgabe, gerade ſie, die ſo ungewöhnlich, die im höchſten Sinne politiſch iſt, ſich an der reinen Idee zu orientieren. Das Nationale, als Anlage und Auswirkung, iſt ihr nicht mehr Ziel und Aufgabe, ſondern geſicherte Grundlage; ſie hat ſeine Wärme in Geiſt umzuſetzen, ſie kann, ſelbſt ohne Geſchichte, das Ideal verwirklichen: höchſte Schule reinen Lehre, des wertenden Gedankens zu ſein. Sie hüte ſich nur,

sich nach dem Seienden, dem Betriebe andrer Universitäten zu richten; nur aus deren Fehlern lerne sie – und sie kann verwirklichen, was damals unerfüllt blieb. Ihr kann die Gewaltherrschaft Hegels erspart bleiben – wenn sie tiefer in den Geist von Fichtes damaliger Denkschrift (Fichtes, der auch am tiefsten das Nationale als Weg zum Menschlichen, als nächsten Ausdruck des Menschlichen verstand) eindringt, als es seinerzeit geschah oder geschehen konnte.

Aber ist es mit Polen selbst, dem ganzen Polen anders? Es braucht nicht gefragt zu werden, in welche Beziehungen Polen treten wird, ob es selbständig, ob es angegliedert wird; der einzige Fall, der die Verwirklichung der Idee hindern würde, der Rückfall unter das russische Joch, ist unwahrscheinlich. Somit ist Polen in einer bisher in der Geschichte unerhörten Lage: zum ersten Male kann sich ein längst existierendes Volk mit einer einzigen Handlung zum Staate gestalten; es darf sich besonnen lassen von dem Glück, ungebunden zu sein, keine Geschichte zu haben.

Eine Situation der hier geschilderten Art ist schon einmal erkannt und betont worden. Rousseau bemerkt am Schlusse des X. Kap. seines „Contrat Social". In Europa gibt es noch ein zu einer guten Gesetzgebung fähiges Land, die Insel Korsika. Die Tapferkeit und Ausdauer, mit der dieses gedemütigte Volk seine Freiheit wiederzuerlangen und zu verteidigen verstand, verdienten wohl, daß irgend ein Weiser es lehrte seine Freiheit zu bewahren.

Der jeweilige Stand aller europäischen – und außereuropäischen – Verfassungen beruht noch immer viel weniger auf Erwägungen, Erkenntnissen oder Entschlüssen, als er das zufällige Ergebnis von Entwicklungen ist, und zwar weniger (oder vielmehr, deutlich: gar nicht) geistiger, nicht einmal bestimmt wirtschaftlicher, als vielmehr technisch-politischer Entwicklungen. Daher alle diese Staaten Formen, Erscheinungen, Mechanismen aufweisen, die in nichts ihrem heutigen Status, geschweige ihrem Sinn entsprechen. Deutschland beispielshalber, ein voll entwickelter bürgerlicher Staat, spielt sein Leben in Formen ab, die sich zum beträchtlichen Teil als Reste feudaler Zustände darstellen. An diesen Verhältnissen ändern selbst einschneidende Verfassungsänderungen, die eben als immer neue Kompromisse doch nie das Wesentliche erreichen, nicht viel; als Amerika sich von England löste, geschah für sein Leben kein Einschnitt, geschweige eine Pause, und nur ein geschichtlich, nicht wesentlich Neues begann. Und was hat denn die Einführung der

Republik in China oder in Portugal bedeutet? Sie war nicht einmal der Ausdruck wirtschaftlicher Veränderungen, geschweige solcher der Struktur des Volksgeistes oder Volkswillens; es waren technisch-politische, fast waren es persönliche (dort eines Volksführers, hier des Monarchen) Bestimmtheiten, die zu eigentlich – auch Verlauf und Ergebnis beweisen das deutlich genug – nur persönlichen Änderungen führten.

Polen aber hat seit bald anderthalb Jahrhunderten keine Geschichte gehabt. Auch die polnischen Aufstände sind Ereignisse anderer Staatengeschichten, nicht der polnischen. Die Tradition bestand; denn das polnische Volk bestand, lebte, lernte, arbeitete, dachte; aber die Konvention hatte aufgehört, die Gewöhnung war erstorben. Und wenn man daran geht, Polen irgendwie wieder zu errichten – so wird es höchstens nach außen, in seinen Beziehungen zu andern Ländern, gebunden sein, im Diplomatischen. Im Innern, im Politischen, im Organischen, kann es, was noch nie einem Staate geboten wurde, seine Idee, kann es die Idee des Staates im Ausmaße heute möglicher Erkenntnis verwirklichen. Polen erhält eine Verfassung nicht aus den Zufällen der Geschichte - auch nicht etwa aus einem Nichts; sondern aus der reinen Höhe des Gedankens, aus der Philosophie. Es ist sogar anzunehmen, daß der wirtschaftliche Einfluß andrer Länder, der sonst vielleicht von außen her die politische innere Gestaltung bestimmen könnte, nicht allzu groß sein wird; das befreite Nationalgefühl, die Schwierigkeit der staatlichen Errichtung wird die Polen zu einer Art freiwilliger, unbewußter, ungewollter Autarkie zusammenschließen. Die wirtschaftlichen Bedingungen, die es im Innern vorfindet, sind wenig verschieden von denen der geschichtlich gebundenen Binnenstaaten: weite Strecken Ackerbaus, ein reiches Industriegebiet, und alle Arten bürgerlicher Tätigkeiten und Zustände. Man wird kaum von Zufälligkeit dieser sozialen und ökonomischen Bedingungen sprechen können; es sind die typischen des heutigen Lebens, da die Anomalien, die das alte Königreich zu Fall brachten, die Eingliederung in andre Staaten behoben hat.

An die staatliche Gestaltung dieses Materials (denn es ist ja Material; diese Dinge sind „Zufälligkeiten" nicht des Staates, sondern der Einwohner, und, ebenso wie deren nationalpsychologische Eigenheiten, Vorwurf, nicht Bindung des Staates) können die, die Polen zu statuieren haben, anders gehn als je Staatsmänner. Bismarck hatte, als er das Deutsche Reich schuf, sich tausend historischen Bindungen zu fügen und tausend Rückstände, zähneknirschend, herüber-, hereinzu-

nehmen. Hier ist eine freie Aufgabe für wahre Staatsmänner. Polen ist der erste Staat, der wahrhaftig „gegründet“ wird (in Europa, Ihr Freunde, nicht in einem legendären Utopia), ist kein Ergebnis, sondern ein Ausgang, hat keine Reminiszenzen, sondern ein Ideal. Es ist nicht geworden, sondern ward gemacht, von Menschen, Wollenden, Denkenden, absichtsvoll, bewußt geschaffen; und nur ein Kriterium gibt, nur eins gebe es; das Richtige. Fühlen auch alle die Bedeutung der Stunde: ein Staat entsteht nicht in der Historie, sondern in der Vernunft! Freiheit, Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Menschenwürde – alle so fest, fester als jede Geschichte, gegründeten Träume der Staatendenker können (mittels Konstruktion statt Revolution) Wahrheit werden, die ungebrochnen Prinzipien – Gott hat es gewollt – sollen herrschen.

Gewiß sind wir halbe Blinde und tasten uns mühsam dem Richtigen zu; hier also ist unverstellter Weg, nur an den Zuständen (aber sie einzuordnen ist ja die Aufgabe!), nicht am zufällig Gewordenen kann man sich stoßen. Man gehe, von den ewigen Gesetzen geleitet, weit genug auf das Richtige vor; hier ist die Geschichte nach vorn verlegt, hier kann man „Enkelland“ loben.

Man hat gesagt, Österreich sei ein föderatives Experiment des europäischen Geistes, ein europäischer Versuch; diese Westslaven haben vielleicht in dieser Zeit die Aufgabe, für den Menschen das weltbedeutsame Experiment des geschichtslosen, des geistig bestimmten Staates zu unternehmen, das Seinsollende, da es für sie kein Gewesenes gibt, möglichst rein darzustellen. Auch das ein Experiment, gewiß; aber sind denn die historischen Gebilde weniger, und etwa sicherere, kräftigere Experimente?



Wer Unrecht tut, schreit über Gewalt, wenn ihm recht geschieht; denn jeder ist in seinen eigenen Augen unschuldig.

Daniel Defoe.



Freude und Leid der neutralen Schiffahrt im Kriege.

Von E. TROTT-HELGE.

Wer die Nachrichten über die Schiffahrt der Neutralen und die Abschlüsse der verschiedenen Schiffahrtsgesellschaften aufmerksam verfolgt, macht sehr interessante Feststellungen. Was zunächst in die Augen springt, sind die beträchtlichen Steigerungen der Ertragsergebnisse, damit verbunden das Emporschnellen der Dividenden auf teilweise märchenhafte Höhen. Das Jahr 1915 umfasste, das muss berücksichtigt werden, zwölf volle Kriegsmonate, einen Zeitraum, der gleichzeitig unter die Periode des verschärften Handelskrieges fiel.

Ein zweites Moment, das auf die günstige Entwicklung der Schiffahrt der Neutralen zurückschliessen lässt, ist die Errichtung zahlreicher neuer Linien durch schon bestehende Schiffahrtsgesellschaften und die Neugründung solcher Gesellschaften mit dem Zwecke, Routen nach Ländern zu leiten, wohin sich bisher der Seeverkehr des betreffenden neutralen Staates gar nicht oder nur vereinzelt, nicht aber in regelmässiger Fahrt richtete.

Aus diesen beiden Feststellungen könnte man nun leicht Schlüsse ziehen, die allzurosig sein möchten. Wenn beispielsweise eine schwedische Gesellschaft die märchenhaft hohe Dividende von 250% zahlt, wenn holländische Gesellschaften ihren Aktionären drei- und vierfache Erträgnisse gegenüber dem schon günstigen Jahre 1914 bieten, wenn die Werften aller neutralen Länder bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit Aufträgen überhäuft sind und diese Aufträge zu Preisen übertragen wurden, die noch vor Monaten unglaublich hoch erschienen, so lässt sich daraus allerdings ein grosse Aufschwung der neutralen Schiffahrt deutlich feststellen. Auch die Gründung und Eröffnung neuer Schiffahrtslinien ist der deutliche Beweis dafür, dass man in den neutralen Staaten bestrebt ist, das Erbe der Schiffahrt derjenigen Länder anzutreten, in denen sie heute durch den Krieg teilweise oder vollständig lahmgelegt ist.

Vor allem Deutschland möchte man beerben. Die englische Blockade hat ja bewirkt, dass ein deutsches Handelsschiff auf den Meeren überhaupt nicht mehr seinen Kurs zieht. Eine Folge davon ist, dass die skandinavischen Staaten,

Holland und andere europäische Länder Schiffahrtslinien nach überseeischen Küsten einrichteten, die sonst durch die deutsche Flagge mit dem alten Europa verbunden waren. Als Beispiel sei hier nur eine neue Gesellschaft in Kopenhagen genannt, die der Ostasiatischen Compagnie nahe steht und mit zehn Dampfern den Verkehr nach Ostasien vermittelt. Die Ostasiatische Compagnie selbst errichtete in New-York eine Agentur, der vor kurzem die Gründung von Geschäftsstellen in San Francisco und Valparaiso vorausgegangen war. Dazu kommt die Errichtung einer Skandinavien-Ostindienlinie durch die Nordische Afrika-Australien-Linie in Christiania gemeinsam mit dänischen und schwedischen Gesellschaften, die Eröffnung eines Schnelldampferdienstes Spanien — New-York usw.

Ausserordentlich lebhaft betätigen sich auch Schweden und Norwegen, durch Vergrösserung ihrer Handelsflotte einen verstärkten Anteil an der Weltschiffahrt zu erringen. Gerade diese beiden Länder traten während der letzten Monate ausserordentlich häufig als Käufer von Schiffen auf. Die Schiffskäufe wurden besonders in Holland getätigt, zu Preisen, die so hoch waren, dass sie das Doppelte, oft sogar das Dreifache des Neuwertes älterer Fahrzeuge erreichten. Trotz dieser Heraufschraubung der Preise liess die Kauflust der skandinavischen Staaten nicht nach, so dass schliesslich die Vereinigung niederländischer Schiffskommandanten und Steuerleute der Kauffarteiflotte Hollands bei der Regierung eine Eingabe machte, dahingehend, dass durch ein Ausfuhrverbot auf Schiffe solche Verkäufe in Zukunft unmöglich gemacht werden möchten.

Solche Verkaufsverbote haben übrigens bereits zahlreiche europäische Staaten erlassen. An der Spitze das Deutsche Reich durch die Bundesratsverordnung vom Oktober 1915, Schweden, Griechenland, Dänemark und schliesslich Holland, das dem Gesuche der oben genannten Vereinigung durch ein unlängst erlassenes Gesetz stattgegeben hat.

Daraus folgt natürlich, dass sich die Schiffsparks der neutralen Staaten während der kommenden Zeit überwiegend aus Neubauten vergrössern werden. Schon im abgelaufenen Jahre ist das der Fall gewesen. Wie stark diese Bautätigkeit ist, zeigt das Beispiel Norwegens, für das zu Anfang des Jahres eine interessante Statistik vorlag. Durch Kauf und Neubau erfuhr die norwegische Handelsflotte nämlich im Jahre 1915 einen Zuwachs um 57 Dampf- und Motorschiffe, mit rund 100,000 Registertonnen Tragfähigkeit. Die Werften Norwegens aber verzeichneten Ende 1915 als im Bau befindlich oder in Auftrag gegeben 127 Dampf- und Motorschiffe von

insgesamt 150,000 Tonnen Gehalt. Die norwegische Schiffahrt kann sich derartige Vergrösserungen leisten. Veranschlagte doch der norwegische Rhederverband den Gewinn der norwegischen Handelsflotte während des Jahres 1915 auf 400 Millionen Kronen, eine Zahl, die dem Gesamtwerte der Handelsflotte jenes Landes vor Kriegsausbruch entspricht.

Dabei ist es trotz der eifrigen Bautätigkeit der Werften der Neutralen nicht entfernt möglich, den Mangel an Schiffsraum zu beseitigen, der sich seit Kriegsausbruch und mit dem Fortschreiten der kriegerischen Operationen zu Wasser und zu Lande immer stärker fühlbar macht. Eine Tatsache, die der Schiffahrt, und nicht zuletzt der neutralen, durch das Steigen der Frachtraten zugute kommt.

Auch die kriegführenden Staaten bauen Schiffe mit grösster Eile und unter Ausnutzung der Höchstleistungen der Werften. Frankreich sieht in einer Gesetzesvorlage die Verstärkung seiner Handelsflotte unter staatlicher Beihilfe vor. Eine Vorlage stellt den Rhedern unter Vorbehalt bestimmter Garantien 100 Millionen Franken für den Ankauf von Schiffen bei Verbündeten oder Neutralen zur Verfügung. Eine Massnahme, die auf dem Papiere recht gut aussieht, sich aber nicht so leicht in die Praxis umsetzen wird, schon mit Rücksicht auf die oben erwähnten Verkaufsverbote für Schiffe seitens des grössten Teiles der neutralen Staaten. Verschärft werden die Schwierigkeiten, die sich der Verstärkung der französischen Handelsflotte entgegenstellen, ausserdem noch dadurch, dass Voraussetzung für den Ankauf der Schiffe der Zustand bester Brauchbarkeit und die Freiheit von Privilegien oder hypothekarischer Belastung ist. Solche Schiffe wird Frankreich nur in verschwindender Zahl aufstöbern können, denn was heute noch frei am Markte verfügbar ist, dürfte mit wenigen Ausnahmen den älteren Typs angehören. Es wird sich überwiegend um solche Schiffe handeln, die weder leistungsfähig noch konkurrenzfähig sind. Frankreich aber braucht nicht schwimmende Särge, bestenfalls zum Holztransporte geeignet, es muss Schiffe haben, die seinen Söhnen und Töchtern wertvolle Ladungen an Getreide, Fleisch, Wolle, Baumwolle, Kohle usw. zuführen.

Wie verzweifelt England gegen den Mangel an Schiffsräumen ankämpft, ankämpfen muss, weil die Regierung in stets verstärktem Masse den Schiffspark für Kriegszwecke requiriert, weiss jedermann. Ein Beispiel für diesen Kampf mit allen Mitteln hat sein Vorgehen in Portugal abgegeben. Dieser Fall wird Schule machen! Zum mindesten wird es

England an Versuchen, internierte deutsche Schiffe für seine Seefahrt zu gewinnen, nicht fehlen lassen. Aber selbst die Tatsache, dass die Indienststellung von mehr als dreissig ehemals deutschen Schiffen, die friedlich in der Tajomündung lagen, für die englische Handelsflotte erfolgte, wirkt gegenüber dem Raummangel am britischen Frachtenmarkt wie der bekannte Tropfen auf den heissen Stein. Das alles illustriert das Emporschnellen der Frachtsätze, das wiederum der neutralen Schiffahrt zugute kam und bewirkte, dass die dänische Dampfschiffahrtsgesellschaft „Danebrog“ für 1915 eine Dividende von 50% verbuchen konnte, dass die dänische Dampfschiffahrtsgesellschaft „Torm“ 100% Dividende zahlt und dass eine schwedische Reederei sogar mit den schon erwähnten 250% aufwarten kann, während sich die Dampfschiffahrtsgesellschaft van Niewelt, Goudrian und Co. Rotterdam mit einem Gewinn von 4⅓ Millionen Gulden und daraus 100% Dividende für 1915 zufrieden gibt.

Aber auch bei den neutralen Schiffahrtsgesellschaften ist nicht alles Gold, was glänzt. Freude und Leid wohnen auch dort dicht beieinander. Denn die britische Blockade macht ihnen das Leben schwer und schwerer. Holland, das vor den Toren der Mittelmächte liegt, seufzt vor allen anderen unter dem Drucke der Blockade der Entente. England durchsucht jedes nach Europa schwimmende Schiff, es hält die Post zurück, um die Fakturen, Konossemente und Schiffspapiere genau zu durchschnüffeln. Daraus erwirbt es sich eine so genaue Kenntnis der Ladungen, dass es jede Kiste, jeden Doppelzentner Ware kennt, der von Holland nach Deutschland abgegeben wird.

Nicht viel besser ist Dänemark daran. Jedermann erinnert sich, dass Ende vorigen Jahres zwischen Dänemark und England ein Abkommen zustande kam, das die Ein- und Ausfuhr Dänemarks aufs genaueste kontingentierte. Neuerdings verweigert England Dänemark sogar die Kohle, sofern es nicht unterlässt, Deutschland Waren zuzuführen. Und Norwegen, ist wohl im allerstärksten Masse von England abhängig. Seine Handelsflotte arbeitet teils freiwillig, teils der Not gehorchend fast gänzlich im englischen Dienste. Und wenn seine Reedereien dafür auch den schon nachgewiesenen goldenen Lohn einheimsen, so seufzt das ganze Volk doch unter den strengen Massregeln, die die Blockade dem neutralen Handel bringt.

Am besten ist bisher noch Schweden davongekommen. Es hat in verschiedenen Fällen England gegenüber eine sehr entschiedene Haltung eingenommen. Man denke nur an die

Verweigerung der Lieferung von Eisenerzen und später an das Verbot der Ausfuhr von Holzzellulose und Papiermasse nach England. Die britische Regierung hat gerade Schweden gegenüber manchmal ein Auge zugedrückt, vor allem während der Winterszeit, als die Häfen im weissen Meere vereist waren und der einzig mögliche Weg von und zu dem Bundesgenossen im Osten über Schweden führte. Seine diplomatische Taktik aber wird sich ändern, sobald dieser Weg nicht mehr in Anspruch genommen werden muss, sowie das Eis des weissen Meeres gebrochen ist. Unter dieser Voraussicht hat Schweden denn auch die Initiative ergriffen und die Staaten Skandinaviens zu der zweiten Konferenz im Februar d. J. zusammengerufen. Die Beschlüsse, die man dort gefasst hat, sind nicht laut geworden, man kann sie nur ahnen. Sie gingen nicht allein auf die weitere Aufrechterhaltung der Neutralität hinaus, sondern sie haben ganz zweifellos auch diejenigen Forderungen berührt, die sich aufs ernsteste damit befassen, wie man die schwere Geissel der Blockade Englands zu lindern vermöchte.

Sehr erschwerend fällt auch für die neutrale Schiffahrt der U-Boot-Krieg ins Gewicht. Er schafft ihr laufend empfindliche Verluste. Denn wenn auch im allgemeinen die neutrale Schiffahrt von den Kriegführenden und von dem Torpedo des Lanzierrohres verschont bleibt, so kommen doch nicht selten Irrtümer vor, Verwechslungen infolge des Missbrauches, der leider auf den Weltmeeren mit den Farben der Neutralen getrieben wird; dann aber auch dadurch, dass sich neutrale Schiffe der Untersuchung durch die Kriegsschiffe widersetzen oder sich überhaupt weigern, dem Befehle zum Stoppen nachzukommen. Die schwersten und grössten Verluste aber erleidet die neutrale Schiffahrt wohl durch die Minengefahr, vor allem durch Treibminen. Ihnen fielen und fallen noch die meisten der gesunkenen neutralen Handelsschiffe zum Opfer.

Es ist noch nicht an der Zeit, über die Zukunft der neutralen Schiffahrt und über ihre weitere Entwicklung nach dem Friedensschlusse Genaues zu sagen. Fest steht aber, dass die Welt auch auf dem Gebiete des Seewesens vor einer Neuorientierung steht. Zunächst wird es gelten, das Seerecht von Grund auf neu auszubauen, denn unsere sich rasch entwickelnde Zeit mit ihren technischen Erfolgen, mit ihren epochalen Erfindungen hat die Bestimmungen des Jahres 1907, die sogenannte Londoner Deklaration, überholt. Dieses Seerecht ist veraltet, schon weil es keine Feststellungen über den Rechtsstandpunkt des Unterseebootes enthält. Das Unterseeboot aber ist ein Faktor, mit dem die Zukunft rechnet, rechnen

muss, nachdem auch jetzt der neue Typ des Handelsunterseebootes geboren ist und voraussichtlich schon in allernächster Zeit auch amerikanische Fahrzeuge dieser Art auf den Meeren erscheinen werden.

Es steht zwar noch nicht fest, ob dem Kriege ein Wirtschaftskampf folgen wird, gewiss aber ist, dass die jetzige Hochkonjunktur der Schiffahrt, von der die Neutralen so viel Nutzen haben, wenn auch unter mancherlei Opfern, nach Friedensschluss nicht so bald abflauen wird. Allerdings treten dann neue Mitbewerber um den Warentransport von und nach Übersee in den wiedererwachenden Handelsflotten der jetzt im Kampfe stehenden Mächte auf. Aber es werden auch ungeheure Mengen Güter zu bewegen sein, um die Stockungen aufzuheben, die sich durch das Ansammeln von Waren und Rohprodukten an fast allen Hafenplätzen der Welt ergeben haben. Wenn allerdings diese Hochkonjunktur abgeflaut sein wird, dann kommt es zweifellos zu einem scharfen Wettbewerb unter den Handelsflotten und Rhedereien der verschiedenen Staaten. Der Tüchtigste und Grosszügigste, der weitschauendste Kaufmann wird da im Vorteil sein, allerdings aber auch nur dann, wenn dem Rheder ein gutes Material zur Seite steht, wenn auf Grund des neugeschaffenen Seerechtes ein pflichtgetreues, gewissenhaftes und verantwortliches Seemannskorps die Handelsschiffe belebt, welches das Vertrauen des Publikums wie der Kaufleute, die den Meeren ihre Waren anvertrauen, im höchsten Grade besitzt, ein Seemannskorps, das neben diesen Eigenschaften zugleich auch mutig und unternehmungsfreudig ist.

In jedem Falle also wird seitens derjenigen, die während des Krieges ihre Flaggen über die Ozeane führten und die dafür reichen Gewinn einstreichen konnten, eine Zeit scharfen Wettbewerbes einsetzen. Sie werden nicht allein bezüglich der Preise und Frachtsätze, sondern vor allem durch die Entfaltung seemännischer Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit mit den grossen Handelsflotten der kriegführenden Mächte in Wettbewerb treten müssen. Daraus aber ergeben sich für die Zukunft erfreuliche Ausblicke; denn aus dem Streben nach Vervollkommnung, nach Erringung hochwertiger seemännischer Eigenschaften, kann die Zukunft und Sicherheit der Weltschiffahrt nur praktischen Nutzen ziehen.

□□□

Still, das Ausland hört zu!

Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat sich dieser Tage eine Szene abgespielt, welche mit ihrem geistreichen Humor in unserer Zeit wilder Leidenschaftlichkeit woltuend wirkt.

Die stürmische Opposition gegen Tisza war in einem Artikel des „Temps“ als „Zeichen der Verzweiflung und Geständnis der Niederlage“ gedeutet worden. Presse und Regierung benützten dies, um der Opposition das in allen Ländern so bequeme Losungswort zuzurufen: Still, das Ausland hört zu.

In der nächsten Reichstagssitzung nahm Graf Apponyi das Wort, indem er folgende Annahme machte:

„Der Einfall der Rumänen, die Tragödie der siebenbürgischen Landesteile wird dem Parlament mitgeteilt. Die Opposition verharrt in würdevoller Zurückhaltung. Kein Wort des Tadels ertönt; nur eine Kantate mit Soli und Chor und obligater Posaunenbegleitung; wieder „eine Episode“, nichts weiter. Unsere Regierungspresse ist natürlich entzückt. Im „Figaro“ aber erscheint mit Rücksicht auf diese Vorgänge ein Artikel, den ich in möglichst wortgetreuer Übersetzung wiedergeben will:

Le silence du désespoir. — Das Schweigen der Verzweiflung.

Die Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses am 9. September spricht laut für die verzweifelte Lage unserer Gegner oder doch eines derselben. Nicht als ob in jener Sitzung viel gesprochen worden wäre: im Gegenteil, es wurde geschwiegen! Ja, geschwiegen, als ein neues Meisterstück der österreichischen Diplomatie, ein neuer Schlag auf die österreichische Wehrmacht, das Erscheinen eines neuen Feindes an den Grenzen des Kaiserreiches, ja der Verlust eines kostbaren Juwels der Stephanskrone angemeldet wurde. Man erzählt dem ungarischen Parlament, dass Siebenbürgen, das teure Siebenbürgen, das Bollwerk der magyarischen Herrschaft, von Rumänen überflutet, wohl für immer verloren ist; man erzählt von dem Elend magyarischer Flüchtlinge, denen die Fahrlässigkeit der eigenen Regierung nicht einmal die Möglichkeit geordneten Fliehens gewährleistet hat: und das ungarische Parlament stammelt einige Phrasen aus dem Lexikon der üblichen Zuversichtsbanalitäten, an die niemand glaubt, aber keine Stimme erhebt sich, welche für diese — vom magyarischen Standpunkt entsetzlichen — Dinge Rechenschaft verlangt. Die Leidenschaft, die in jedem anderen Parlament auf solche Nachrichten hin aufgelodert wäre, sie versagt gerade im ungarischen Abgeordnetenhause, wo ja doch aus geringfügigeren Anlässen Tintenfässer geflogen sind, Tätlichkeiten auf der Tagesordnung waren, wo die Abgeordneten für gewöhnlich nur mit Revolvern bewaffnet erschienen! Wie weit muss es mit diesem Lande gekommen sein, wie tief muss die Volksstimmung in den Morast der Verzweiflung gesunken sein, um es dahin zu bringen, dass die temperamentvollsten Vertreter des temperamentvollsten Volkes für solch niederschmetternde Nachrichten nur „würdevolles Schweigen“ aufbringen können? Wo sind sie alle geblieben, die Andrassy, die Karolyi, die Apponyi — die stolzen Wortführer der oligarchischen Opposition? Was hat ihre Stimme erstickt, im Augenblick, wo

das Land ihrer am meisten bedurfte? Konnten diese Männer ihrem Patriotismus nicht einmal jene Worte abringen, welche sich bei solchen Vorgängen auf die Zunge jedes Patrioten drängen? Sind sie endlich zur Einsicht gelangt, dass für ihr Land alles verloren ist, dass daher jede Kritik nunmehr nutzlos ist? Oder waren sie etwa selbst in diesen schicksalsschweren Stunden auf ihre Regierungsfähigkeit bedacht, die durch freies Reden gefährdet sein mochte? Solch unnatürlichem Verhalten gegenüber ist jede Annahme zulässig, ausser jener, dass man wirklich zufrieden sei. An den ärgsten Skandalszenen hätten wir keinen Anstoss nehmen können; wo wären sie in ähnlicher Lage ausgeblieben? Nur dort, wo das Leben überhaupt dem Körper entflohen ist, wo dieser auf nichts mehr reagiert. Aber das Schweigen des ungarischen Parlaments stempelt die ungarische Nation zur Leiche: es ist das Schweigen der Verzweiflung — nein — des Todes!

Hand aufs Herz: wäre in dem Falle nicht Ähnliches geschrieben worden? Wäre es berechtigt gewesen? Gewiss nicht. Ich habe es auch nur deswegen ausgeführt, um zu zeigen, dass das feindliche Ausland unter allen Umständen und wie immer wir uns verhielten, daraus für die eigene Stimmung Kapital schlagen würde, dass es daher nicht angeht, wieder unsererseits aus solchen feindlichen Stimmen gegeneinander Kapital zu schlagen. Es steht bei den Lenkern unserer Geschicke, aus solchen kritischen Reden den möglichst grössten Nutzen zur Förderung des grossen Zieles zu ziehen. Mit ihrer Erstickung würde man auch die moralische Kraft ersticken, deren wir mehr als je bedürfen."



Beuge dich, stolzer Mensch, und brich vor allen Dingen erst deinen Hochmut. Beuge dich, müssiger Mensch und arbeite erst einmal auf deinem Acker.

Nicht ausserhalb deiner ist die Wahrheit, sondern in dir selber; suche sie in dir, unterwirf dich dir, bemächtige dich deiner, und du wirst die Wahrheit erkennen! Nicht in den äussern Dingen ist die Wahrheit und nicht irgendwo fern hinter den Bergen und Meeren, vor allem in deiner Arbeit an dir selbst! Besiege dich, bezähme dich — und du wirst frei sein, wie du es dir noch nie geträumt hast. Beginnst du aber ein grosses Werk, so machst du auch andere frei und wirst das Glück schauen. Dein Leben wird sich mit Inhalt füllen, und du wirst endlich dein Volk und seine heilige Wahrheit begreifen. Weder bei Zigeunern noch sonstwo ist die Weltharmonie zu finden, wenn du Bosheit und Hochmut in dir hast und das Leben umsonst haben willst, ohne auch nur zu vermuten, dass man für sein Leben zahlen muss.

Aus den „Zigeunern" von Puschkin.

Aus Büchern und Flugschriften.

C. Lowes Dickinson. *The European Anarchy.* London, G. Allen & Unwin Ltd.; pp. 153.

Der Verfasser ist bekanntlich einer der besten Vertreter der „Union für demokratische Kontrolle". Daraus folgt Gutes und Schlimmes: Wir dürfen erwarten, dass Dickinson nach bestem Wissen für Wahrheit und Gerechtigkeit eintreten wird, und zwar Gerechtigkeit auch für die Gegner. Wir dürfen dagegen nicht hoffen, dass die öffentliche Meinung seines Vaterlandes schon jetzt so urteilsfähig sein soll wie diese Elite, die in England ungefähr ebenso angefeindet wird wie in Deutschland die Männer um Herzog oder aus dem Kreise „Neues Vaterland".

Dies vorausgeschickt, möchten wir konstatieren, dass das Verhältnis Englands zu Deutschland den Hauptgegenstand des Buches bildet und mit umfassendem Wissen und grosszügiger Gerechtigkeit behandelt wird. Der Hauptschuldige ist weder England noch Deutschland, sondern die europäische Anarchie. Sie erzeugt einen Zustand gegenseitiger Furcht und allgemeinen Misstrauens; dieses ist nur zu begründet wegen des Machiavellismus, der mindestens seit Beginn der Neuzeit die internationale Politik tatsächlich beherrscht. Das Misstrauen erzeugte immer ausgedehntere Rüstungen, die Rüstungen wieder Misstrauen; der tiefste Grund dieser Unruhe aber war die falsche Weltanschauung des modernen Europa, die Gier aller Staaten nach Macht, Landerwerb, Reichtum, Bergwerks- und Eisenbahnkonzessionen, Kolonialgebieten. Deutschland war darin nicht schlimmer als England, Frankreich oder Russland, aber immerhin ein neuer Mitbewerber, der seit etwa 1900 durch seine Ansprüche auf Weltmacht die Unruhe noch steigerte und zugleich durch den Ausbau seiner Kriegsflotte die Besorgnisse Englands erregte. In diesem Buche eines Engländers wird weder die Friedensliebe der grossen Masse in Deutschland bezweifelt noch die Friedenspolitik Kaiser Wilhelms II. in Abrede gestellt. Auf Grund der bekannten Berichte der belgischen Gesandten und der Darstellung Morels von der Marokko-Affaire*) wird auch die Politik der Entente als Erregerin von Kriegsbesorgnissen gewürdigt. Selbst die ablehnende Haltung Deutschlands gegenüber den Abrüstungsanerbietungen Englands, die er sehr bedauert, erklärt der Verfasser aus der europäischen Atmosphäre von Misstrauen und zeigt, wie seit 1905 die Krisen im Westen und im Osten immer bösartiger wiederkehrten, wie alle Verständigungsversuche an dem gegenseitigen Misstrauen scheitern, wie diese Misserfolge und jene Krisen jedesmal neue Erbitterung zurücklassen, bis es endlich in der Krise des Juli 1914 so weit kommt, dass unter dem Drucke der russischen Mobilisation die Zügel den

*) s. „Internationale Rundschau" vom 20. Juli 1915.

deutschen Staatsmännern entgleiten, welche nach seiner Ansicht auch diesmal nur einen Bluff gegenüber Russland beabsichtigt hatten, wie er ihnen 1909 tatsächlich gelungen war. Gerade der Umstand, dass kein Staat, weder Deutschland noch England, planmässig das Unheil herbeigeführt habe, und doch beide im entscheidenden Momente es nicht verhindern konnten, sei der beste Beweis dafür, dass noch viele furchtbare Kriege in Aussicht stehen, wenn nicht die beiden Grundübel geheilt werden: die auf Macht und Reichtum gerichtete Weltanschauung und die europäische Anarchie, der Mangel einer auf eine Bundesarmee gestützten Verfassung Europas.

Es ist zu bedauern, dass Verf. Österreich gegenüber nicht dasselbe feine Verständnis der Einfühlung an den Tag legt. Da er aber diese Seite des Problems nur flüchtig behandelt, so kann dem Wert seiner sonstigen Ausführungen dadurch nicht wesentlich Eintrag geschehen. *S. F.*

Paul Otlet. *Les problèmes internationaux de la guerre.* Genève, Paris, 1916.

Man kann Werke wie das vorliegende unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten beurteilen: vom Standpunkte einer bestimmten Fachwissenschaft oder aber vom Standpunkte der Propaganda für bestimmte Ideen aus. Vom ersteren Standpunkte aus würde das Buch vielleicht nicht vollauf befriedigen. Es ist das Schicksal der meisten soziologischen Schriften, dass sie zu vielerlei auf einmal umfassen wollen und daher auf keinem Gebiete Hervorragendes oder Vollständiges zu bringen vermögen. Es kann einer eben nur in den seltensten Fällen gleichzeitig Politiker, Jurist, Nationalökonom, Moralist und noch Soziologe sein. Aber wir glauben, dass es unrecht wäre, das Buch von Otlet nur unter solchen Gesichtspunkten zu beurteilen und verzichten daher darauf, die kritische Sonde anzulegen. Der Verfasser hat sich durch die zusammenfassende Darstellung der in Betracht kommenden Probleme und die Bereitstellung zahlreichen Materials über die einschlägigen Fragen zweifellos ein grosses Verdienst erworben. Als Nachschlagewerk über den Internationalismus wird sein Buch vielen treffliche Dienste zu leisten vermögen, wenn es auch seiner Natur nach auf keinem Gebiete Erschöpfendes bringt. Otlet behandelt zunächst in einem Kapitel den Krieg, seine Ursachen, Methoden, Wirkungen usw., im allgemeinen sowohl wie im Hinblick auf den jetzigen Krieg. Im folgenden Abschnitt werden die Bedingungen und Faktoren des internationalen Lebens erörtert, historisch, geographisch, soziologisch, ethnisch, ökonomisch, kulturell, moralisch, juristisch und politisch. Der nächste Abschnitt behandelt die Organisation der internationalen Gesellschaft, und in einem Schlussabschnitt werden dann die Konklusionen für den Internationalismus, die internationale Soziologie, den Krieg und den dauerhaften Frieden gezogen. So ist das über 500 Seiten umfassende Werk eine Fundgrube für jeden, der sich über die zahlreichen Probleme orientieren will, die der jetzige Krieg für die Menschheit im Gefolge hat. *N.*

J. W. Mackail. *Was Russland der Welt geschenkt hat.* London, Hodder & Stoughton.

Das einzige Mittel um in Zukunft Weltkriege zu vermeiden, ist die Stärkung der internationalen Sympathien durch innere Annäherung der Völker, und dazu vollziehen sich unter unseren Augen die ersten Schritte. Mitten im Kriege streut der Weltgeist die Keime besseren Verständnisses aus zwischen den Nationen, allerdings vorläufig nur innerhalb der feindlichen Gruppen, aber das wertvolle Resultat wird auch nach ihrer Versöhnung bestehen bleiben. So ist in England eine ganze Literatur der Einführung in das russische Geistes- und Seelenleben entstanden, wie man ähnliches in Deutschland bezüglich der Türkei beobachten kann. Ist auch der momentane Zweck die erfolgreiche Fortführung des Krieges, so muss man diese Erscheinung, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft doch begrüssen. Das Bändchen: "Russias gift to the world", ist ein gutes Muster der englischen Versuche, den Landsleuten die Augen für das zu öffnen, was Russland bereits für die Kultur geleistet und was es der Welt des Geistes schon geschenkt hat.

Mit wohltuender Selbsterkenntnis wirft der Verfasser seinem eigenen Volke insulare Abgeschlossenheit, Unwissenheit und stupides Vorurteil in bezug auf ihren Bundesgenossen vor. Sodann werden in kurzen, übersichtlichen Kapiteln die Literatur, die Musik, die bildende und dramatische Kunst Russlands geschildert. Die zweite Hälfte ist der Wissenschaft, der Geschichte, der Philosophie und Soziologie gewidmet. Eine Vertiefung ist in diesem schmalen Umfange nicht möglich, aber als Anregung ist das kleine Buch zu empfehlen. *M. R.*

Felix Beran. *Krieg.* Zürich, Art. Institut Orell Füssli. 1916. 60 cts.

Nur wenige Gedichte, aber jedes von mächtiger Resonanz. In Versen von kraftvollem Zauber ringt der Albdruck, der an uns allen würgt, nach Befreiung, und der Dichter findet das erlösende Wort.

Erst ein Pochen des Schicksals: „Klirren und Splitter — Krieg! Freude flattert in Nacht ..."

Dann der Fehderuf: „Ich bin die Macht, Mein ist die ganze Welt ... Ich bin der Krieg, Ich spiele auf zum Tanz ... Die ganze Menschheit eilt und drängt zum Tanz." Immer toller wird der Sturm, am Ende wird es sich enthüllen: „Ich bin der Tod — Ich bin ein Schöpfungstag." Doch noch ist es nicht so weit, der „Albdruck" wird geschildert. „Kein Volk nennt sich besiegt Und sind besiegt doch alle, Besiegt vom Krieg, Gefangen durch den Hass ... Gefangne Menschen alle, In Europa, In Europas Käfig, Die Kriegsgefangnen und des Kriegs Gefangne, Wer gibt von ihnen Kunde?" ... Das bange Herz sucht Trost im „Gebet": O Gott! Erbittbar nennen Dich die Priester. Gnadenspendend ... Lass' Friede sein, Damit der heilige Kampf, Der Kampf, dem jetzt der Krieg die Kämpfer stiehlt, Der Kampf der Menschen für die Menschen Beginne ...

Und das Bangen löst sich; denn der Dichter hört „das Wort‘ : „Das Wort, das einmal unsern Hass besiegt — Das erste Menschenwort, Es werde Wort!“

In freien Formen, die an Walt Whitman erinnern, spricht hier, an Jouve anklingend, der Geist alliebender Menschlichkeit.

S. F.

Soldaten-Briefe. Anonym, mit einem Vorwort von *André Chevrillon*. Paris, Librairie Chapelot.

Authentische Briefe eines jungen Malers von der französischen Front an die Seinen. Wir lernen eine jener heroischen Seelen kennen, die, ungebrochen von dem Grauen und Entsetzen der täglichen Ereignisse, von der Härte des Soldatenlebens und der rauhen Umgebung, auch hier die Harmonie des Weltalls zu erkennen vermag und in dieser Erkenntnis Erlösung findet. Der Künstler liebt die Einsamkeit: nun, im vordersten Schützengraben, macht die Gefahr die Kameraden ernst und stumm, da kann er seinen Gedanken nachhängen. Das Leben ist hart, aber noch nie war er der Natur so nahe; nachts schläft er, oder, noch öfter, wacht er unter dem leuchtenden Sternenhimmel. Und der Krieger kann sich nicht satt sehen an der lieblichen Landschaft der Argonnen. Im Moment, als er der Entmutigung erliegen will, entzückt ihn der Anblick eines Baumes im herbstlichen Schmuck und die zarten Farben des Abendhimmels, der sich über die kampferschöpfte Erde breitet. Nach einer fünftägigen Schlacht findet er den Leichnam eines Freundes, aber die Klage verstummt vor der stillen Majestät des Todes, und er bettet sich neben dem verblichenen Kameraden zur Ruhe. Selbst der schreckhafte Anblick der Verwesung löst sich für ihn in Schein auf: ist es doch die Mutter Erde, die ihre müden Kinder wieder an ihre Brust nimmt. In einem solchen Gemüt findet der Hass keinen Boden; die Feinde sind für ihn „die armen Leute von drüben“, und mitten im erbitterten Kampf hofft er auf die Stunde, wo die Gegner von heute sich die Hände reichen.

Es gibt einen Ausspruch von Napoleon, dass nur korrumpierte Menschen zu Soldaten taugen. Hier tut ein Gotteskind als Soldat seine äusserste Pflicht und seine Seele bleibt rein. Hoch erhaben über der gewaltigen Erschütterung steht für ihn die Unzerstörbarkeit des Lebens. Am 6. April 1915 brechen die Briefe ab; seither weiss man nichts mehr von ihm.

M. R.



Ein klein Objekt der Ungerechtigkeit hindert nicht, dass die daran begangene Ungerechtigkeit sehr gross sei.

Kant.

15. Oktober 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Dreizehntes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 13. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.
Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli
Zürich.

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner,** Zürich; **C. Bergmann,** Russland; **J. Bergman,** Stockholm; **E. Bernstein,** Berlin; **G. Brandes,** Kopenhagen; **F. Brentano,** Zürich; **L. Brentano,** München; **C. Brockhausen,** Wien; **F. H. Broeksmit,** Holland; **G. Cardinali,** Bologna; **E. Clapp,** New York; **A. Daudé-Bancel,** Paris; **E. Dick,** Basel; **Fr. van Eeden,** Holland; **Fr. Foerster,** München; **Fr. Fritschi,** Zürich; **Gemelli,** Turin; **A. Germain,** Arcachon; **H. Gomperz,** Wien; **L. M. Hartmann,** Wien; **R. Hercod,** Lausanne; **P. Hiestand,** Zürich; **L. Hoesch-Ernest,** Amerika; **J. Jastrow,** Berlin; **E. Jones,** London; **Jong van Beek en Donk,** Haag; **Ellen Key,** Schweden; **A. Knapp,** Zürich; **J. R. Kjellén,** Göteborg; **H. Lambert,** Charleroi; **H. Lammasch,** Wien; **O. Lang,** Zürich; **C. Larsen,** Kopenhagen; **V. Lee,** London: **W. Lotz,** München; **E. Mach,** München; **G. Maier,** Zürich; **Rosa Mayreder,** Wien; **E. D. Morel,** London; **C. Oberoutcheff,** Russland; **J. Oehquist,** Helsingfors; **Oda Olberg,** Rom; **Cecil C. Palmer,** Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune,** Vaud; **H. Richardson,** England; **E. Rignano,** Mailand; **Ch. Roper,** London; **B. Russel,** London; **E. G. Smith,** England; **W. Schücking,** Marburg; **F. M. Stawell,** London; **E. Tcharsky,** Russland; **F. Tönnies,** Eutin; **E. Wavrinsky,** Stockholm; **E. A. Westermarck,** Helsingfors-London; **F. v. Wrangel,** Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Kriegsphrasen.

Von ROSA MAYREDER (Wien).

Es scheint, dass es den Menschen im allgemeinen noch immer so ergeht, wie jenem ägyptischen Neophyten in Schillers tiefsinnigem Gedicht, der den Schleier von dem Bilde der Wahrheit hebt und durch ihren Anblick vernichtet wird. Auch sie vermögen das wahre Bild des Lebens nur zu ertragen, wenn ein goldenes Gespinst darüber gebreitet bleibt. Je furchtbarer die Ereignisse, desto geschäftiger ist der menschliche Geist, das Gewebe auszubreiten, mit dem er sie verbirgt. Diese Eigentümlichkeit, die er schwerlich je ablegen wird, hat zudem das Verhängnisvolle, dass er die Gespinste, die er hervorbringt, als „Wahrheit" ausgibt, sie wohl gar dafür hält. Und so wird das geistige Leben zu einem unentwirrbaren Chaos von Irrtum und Wahn — und auch von Betrug. Die Formeln, in denen dieses Bedürfnis nach Täuschung Ausdruck findet, sind es, die man Phrasen nennt.

Aber es will mir scheinen, als wäre die offizielle Phrase in Kriegszeiten entschuldbarer als im Frieden. Denn in Kriegszeiten ist das seelische Gleichgewicht der Menge labiler und ihre Ohnmacht gegenüber den herrschenden Zuständen empfindlicher. Die beschwichtigende, ermutigende, bestärkende Kraft der Phrase, an die sich das irre Gefühl klammert, um in dem Wirrsal des Geschehens einen festen Halt zu finden, stellt sie jenen bewussten Unwahrheiten an die Seite, zu denen die Menschlichkeit den Arzt am Bette des Todgeweihten bewegt.

Wie aber soll man sich die schmerzliche Tatsache erklären, dass bei Kriegsausbruch auch die Intellektuellen aller Nationen in ihrer erdrückenden Mehrheit den herrschenden Phrasen anheimgefallen sind? Was den Intellektuellen vom Mehrzahlsmenschen unterscheiden soll, ist die höhere Differenzierung des geistigen Apparates, die stren-

gere Begrenzung zwischen Phantasie und Gedächtnis, Urteilskraft und Gefühlssphäre, welche eine Vermischung dieser Gebiete verhindert. Freilich tritt diese Vermischung zugleich mit der Illusionsbildung auch bei dem Intellektuellen bis zu einem gewissen Grade ein, sobald die Leidenschaft in ihm die Oberhand gewinnt. Aber auch dann kann er seinen Rang bewahren: denn nicht, dass er der Leidenschaft nicht unterliegt, ist seine Auszeichnung, sondern dass er ihre verblendende Wirkung kennt und einschätzt —dass er die Eingebungen der Leidenschaft nicht mit objektiv gültigen Urteilen verwechselt.

Dieses Versagen der Intellektuellen ist eine der deprimierendsten Begleiterscheinungen des Krieges. Verbeugen wir uns mit Ehrfurcht vor den Ausnahmen, die wie Friedrich Foerster, Romain Rolland oder Bernhard Shaw mannhaft unerschrocken gegen den Strom kämpften; die meisten aber haben sich von Hass und Wut leiten lassen, entweder indem sie die Kriegsphrasen der regierenden Gruppen ohne Kritik aufgriffen und sich als Gläubige derselben auf das Niveau der grossen Menge stellten, oder indem sie sie mit eigenen Illusionen vermehrten, ohne die subjektive Quelle zu prüfen, aus der sie schöpften. Ich meine damit nicht etwa, dass sie sich geschehenen und unabänderlichen Tatsachen widersetzen und so von der Gemeinschaft ihres Volkes hätten trennen sollen: nur hätten sie eingedenk bleiben müssen, dass sie vermöge des weiteren Gesichtskreises, der ihnen erschlossen ist, zum Amt der Vermittlung auf geistigem Gebiet berufen wären — einer Vermittlung, die ja trotz aller Verblendung des Augenblicks zwischen Angehörigen ein und derselben Kultur, wie es die europäische einmal ist, nicht dauernd unterbleiben kann.

Wenn man von den Kriegsphrasen im engeren Sinne, die überall die gleichen sind und sicherlich den Empfindungen der Mehrzahl Ausdruck geben, absieht, so kann man einige herausgreifen, die sich nach Nationalität unterscheiden. So ist es eine spezifisch den Westmächten eigene Kriegsphrase, dass sie den Krieg zur Verteidigung der

Zivilisation gegen die Barbarei führen — ein erstaunlicher Beleg, wie zähe sich historische Überlieferungen in einer Volksgemeinschaft erhalten. Denn sie bezeugt, dass in Frankreich noch immer die Vorstellungen über Deutschland aus der Zeit des dreissigjährigen Krieges herrschen. Für Frankreich erscheint diese Auffassung durch ihre Bodenständigkeit einigermassen entschuldigt; dass sie auch von den anderen Verbündeten — sogar von Russland!! — aufgegriffen wurde, zeigt nur, wie wenig reale Begründung eine Phrase zu haben braucht. Es erübrigt sich, gegen dergleichen Phrasen anzukämpfen; sie schwinden zugleich mit der leidenschaftlichen Verblendung oder der demagogischen Berechnung, aus der sie entsprangen.

In Deutschland aber haben sich zwei andere Kriegsphrasen erhoben, die eine viel nachhaltigere Wirkung auszuüben, eine viel verhängnisvollere Täuschung herbeizuführen imstande sind. Die Anerkennung anderer Nationen, ihrer Verdienste und Vorzüge, war bisher eine besondere Auszeichnung der Deutschen; auf deutschem Boden hätte eine so törichte Phrase wie die von der Verteidigung der Zivilisation gegen die Barbarei als dem höheren Zweck des Krieges nicht um sich greifen können. Dafür ist in der Kriegsnot das Selbstbewusstsein der Deutschen mächtig gewachsen; ihre organisatorische Überlegenheit hat den Glauben geboren, dass wir in einer unvergleichlich grossen Zeit leben, noch mehr, dass durch den Krieg eine neue Zeit heraufkommt, in der Deutschland die Führung der Welt übernehmen wird. Der „Weltdeutsche“ als Machthaber der Zukunft wird alle die grossen Eigenschaften, die ihn in diesem Kriege siegreich gemacht haben, in einer neuen Weltära zur Geltung bringen, und ähnliches mehr.

Am ehesten begreiflich erscheint die Vorstellung der „grossen Zeit“, weil sie aus einer Verwechslung der materiellen Grösse mit jener Grösse hervorgeht, die eine ideelle Überlegenheit bedeutet. Gross im materiellen Sinne ist die Gegenwart allerdings. Es hat nie vorher so grosse Heereskörper gegeben, die zu gegenseitiger Vernichtung

aufgeboten wurden, nie so grosse Geschosse, so grosse Munitionsmengen und so grosse Geldsummen zu dem gleichen Zweck. Aber verleiht dieser ungeheure Aufwand die Berechtigung, die Zeit im ideellen Sinne gross zu nennen? Die Zuerkennung der Grösse für den einzelnen wie für eine Epoche ist bisher immer der Nachwelt vorbehalten gewesen; denn nur sie besitzt den Massstab für die Überlegenheit des Wirkens über die Forderung des Augenblickes hinaus, die erst durch die Zukunft bestätigt werden kann.

Und zugegeben, dass sehr viele von jenen, die ihr Leben im Kampf mit diesen gigantischen Mordapparaten handelnd und leidend einsetzen, eine Todesverachtung an den Tag legen, die ihnen die Glorie des höchsten Heldentums verleiht — sind sie es denn, die der Zeit ihre geistige Orientierung geben, ihre besondere Gesinnung, ihr bestimmtes Gepräge? Bluten sie für das, was ihr Volk, die grosse Mehrzahl im Lande hinter der Front, um den Preis ihrer Aufopferung vollbringen will? Es ist sehr zu fürchten, dass Ursache und Wirkung hier die Rollen getauscht haben: eben weil die Opfer so ungeheuer sind, schliesst man, es müsse ein ideeller Zweck von höchstem Rang dahinter stehen. Und so folgt aus der Vorstellung der grossen Zeit als Steigerung die Vorstellung der neuen Zeit.

Mit dieser Vorstellung sind wir in das Gebiet der folgenschwersten Illusion eingetreten, die aus der Kriegspsychose entspringen konnte. Eine neue Zeit — das bedeutet neue Menschen, die neue Werte in die Welt setzen, Menschen, deren Empfinden gegenüber den bestehenden Einrichtungen und Zuständen anders reagiert als das der früheren Generationen. Aber wo sind die Anzeichen, dass ein neues Geschlecht mit der Fähigkeit heraufkommt, eine neue Ordnung der Dinge zu verwirklichen? Bei allen kriegführenden Völkern kann man gegenwärtig ganz allgemein drei an Umfang und Bestimmung sehr verschiedene Gruppen unterscheiden: die Gruppe der Regierenden, der Kämpfer und jene grosse Mehrzahl, die man als die Ausgeschalteten bezeichnen kann. Aber die Armen wie die

Reichen dieser Gruppe müssen gleicherweise alle männlichen Angehörigen einer bestimmten Altersstufe in die Gruppe der Kämpfer abgeben und sind, auch wenn sie sich an den Wohlfahrtsarbeiten, die der Krieg heischt, beteiligen, ohnmächtige Zuschauer der Kriegsereignisse und ihrer Folgen. Von der kleinen Gruppe der Regierenden, die gegenwärtig alle Macht in Händen haben, braucht hier nicht gesprochen zu werden, denn niemand erwartet, dass die neue Zeit von ihnen ausgehen könnte. Als deren Träger kommen nur die Gruppe der Kämpfer und die der Ausgeschalteten in Betracht.

Aber man sehe sich doch einmal die Städte an, die, fern von der Front, durch die Kriegsschrecknisse nicht unmittelbar betroffen werden! Sind nicht alle Theater, Kinos und Nachtlokale überfüllt von einem vergnügten Publikum, das den Operettenblödsinn und alle anderen hergebrachten Plattheiten dankbar beklatscht; sind nicht die Hauptstrassen durchwogt von derselben eleganten Menge, deren Gespräche sich um erotische und kulinarische Genüsse drehen? Hat nicht mitten in Teuerung und Not des Krieges die Damenmode nach dem Pariser Vorbild eine neue luxuriöse Gestalt angenommen?

Das ist das Hoffnungslose an den Generationen der Gegenwart: diese stumpfsinnige Gleichgültigkeit, dieser Mangel an Impulsen der Abwehr, der Auflehnung, der Empörung! Wäre etwas mehr Empfindung, eine stärkere Reaktionsfähigkeit in ihnen, sie könnten es nicht aushalten, über Clownspässe zu lachen, indes die Feuerschlünde der Mordmaschinen rasen und die Leiber ihrer Volksgenossen in Stücke reissen. Aber wir sind alle ohnmächtig gegenüber den Gewalten des Krieges und unter dem Druck dieser Ohnmacht erstarrt, überdies dem Einfluss der Gewöhnung unterworfen, die in dieser Kriegszeit unser Empfinden abgestumpft hat.

Nein, von der Gruppe der Passiven, also von der grossen Mehrzahl wird eine Änderung der herrschenden Zustände und Werte nicht ausgehen; es gibt kein Anzeichen, das auf eine solche Änderung deutet. Wer eine

neue Zeit erwartet, kann seine Hoffnung nur auf die Gruppe der Kämpfer setzen. Bei ihnen liegt eine Möglichkeit. Sie sind allen Einflüssen der alten Lebensbedingungen entrückt, vor ungeheure Aufgaben gestellt, mit dem eigenen Leibe täglich dem Tod und Verderben ausgesetzt — sie erleben eine andere, härtere Wirklichkeit als die Leute im Hinterland bei ihren Zeitungsblättern. Aber gestehen wir's nur: wir wissen sehr wenig über den Einfluss dieser grauenvollen Wirklichkeit auf die Psyche derer, die sie durchmachen. Und noch weniger wissen wir, wie weit die Eindrücke, die sie empfangen, anhaltend sein werden, geschweige denn, ob sie eine dauernde Wandlung der Lebensauffassung bewirken können. (Schluss folgt.)

Lehren der Geschichte.

In dem soeben erschienenen 4. Bande seiner Disraelibiographie erinnert Earl Burke an nachfolgendes Ereignis aus dem Krimkrieg, welches mit allen historischen Belegen berichtet wird:

Im Frühjahr 1855 trat in Wien eine Friedenskonferenz zusammen, welche dem Krimkriege ein Ende machen sollte. Russland war bereit, drei Forderungen seiner Gegner anzunehmen, nur die vierte lehnte es ab. Es wollte sich nämlich nicht verpflichten seine Kriegsflotte im schwarzen Meere fortan einzuschränken. Disraeli, damals Führer der Opposition, erklärte, eine solche Verpflichtung eines souveränen Staates sei auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten, daher praktisch völlig wertlos. Doch die Westmächte bestanden auf ihrer Forderung, Russland auf seiner Ablehnung. Deshalb musste der Krieg noch ein Jahr lang fortgesetzt werden. Endlich gab Russland nach, um diese Konzession schon 1871 eigenmächtig zurückzunehmen. Wozu hatten England und Frankreich noch ein Jahr lang Tausende von tapfern Menschen und Hunderte von Millionen Franken geopfert?

Heute kämpfen überdies dieselben Staaten für die Besitznahme Konstantinopels durch Russland; und damals hatte der ganze Krieg keinen anderen Zweck als diese zu verhindern.

Die Judenfrage vor der kommenden Friedenskonferenz.

Von Dr. A. MI-BASCHAN.

Der alles vernichtende Krieg wütet gegenwärtig in seinen letzten, fürchterlichsten Ausbrüchen. Das Völkermorden ist auf den Höhepunkt gelangt, die Ausrottung von ganzen oder halben Nationen schreitet ihrer schrecklichen Vollendung entgegen. Wie es nicht anders erwartet werden konnte, sind es eher die kleinen Völker und nationalen Gruppen, die in dem Weltkrieg ganz oder teilweise zugrundegehen. Belgier, Serben, Armenier, Griechen, alle haben sie vom Kriege ihr mehr oder minder blutiges Schicksal erhalten, bei allen ist eine nationale, politische oder wirtschaftliche Katastrophe das Resultat der bisherigen Operationen gewesen. In die Zahl dieser durch den Krieg arg mitgenommenen Nationen gehören die Juden, wenn sie auch nicht als selbständige ethnische Gruppe oder politische Einheit unter den Nationen figurieren. Sie zahlen dem rasenden Kriegsgott einen Tribut, der drückender ist als derjenige aller hier angeführten Völker, weil sie ihn völlig ziel- und zwecklos abgeben müssen, weil sie vom Krieg oft nichts zu erwarten haben, was bei den anderen Nationen doch wenigstens zum Teil in der Beurteilung ihrer durch den Krieg geschaffenen Lage mitspricht. Mehr als 600,000 jüdische Soldaten stehen im Kriege und kämpfen in den verschiedenen Fronten für verschiedene, sich feindlich gegenüberstehende Staaten, ohne dass sie immer wüssten, wofür und weshalb. Die Ironie des grausamen Schicksals will es, dass gerade auf russischer Seite, also in einem Lande, das mit jüdischem Blute auch in Friedenszeiten geradezu getränkt wird, für einen Staat, dessen reaktionäre Leiter die Pogrome zum Staatsprinzip und die Judenverfolgungen zur politischen Parole erhoben haben, mehr als die Hälfte aller im Kriege beteiligten Juden fechten.

Was hat der Krieg den Juden bisher gebracht?

Elend und Vernichtung; Austreibungen und Beraubungen der Eltern, deren Kinder ihr Blut auf den Schlachtfeldern vergiessen, in Russland; Erniedrigung, Zurücksetzung und Verdächtigungen in den meisten kriegführenden Staaten, nicht nur hinter dem Dniester und im Orient, sondern auch über diese Grenzen der Unkultur hinaus. All' diesen Übeln sollte nun der kommende Friede gründlich und für immer abhelfen, er sollte

mit anderen Worten die unglückschwangere Judenfrage endgültig lösen. Was ist nun aber die Judenfrage und in welcher Weise kann und muss sie gelöst werden?

Die Judenfrage als solche ist recht alt und kommt in ganz verschiedenen Formen zum Ausdruck. Im Mittelalter war es der Aberglaube, der die Juden zum Sündenbock der Menschheit machte, in neuerer Zeit sind es in manchen Ländern noch immer Rassenhass oder beschränkter Nationalismus und wirtschaftlich gefärbte Motive, die Judenpogrome, oder Bedrückungen und Verfolgungen weniger krasser Natur hervorrufen. An Versuchen zur Lösung der Judenfrage hat es nicht gefehlt. Das an fortschrittlichen Gedanken und Theorien so reiche 19. Jahrhundert hat auch den Juden in der einen oder anderen Form zu würdigeren und bequemeren Lebensbedingungen verholfen, hauptsächlich in den westeuropäischen Ländern, wo die Judenemanzipation seit nahezu einem Jahrhundert eingeführt wurde, und wo die Juden denn auch rasch genug zeigen konnten, dass sie in bezug auf alle menschlichen Errungenschaften ebenso wie andere Völker und Religionen dem Fortschritt Rechnung zu tragen wissen. Die Besserung der Verhältnisse im Westen Europas konnte aber auf die Lage der Juden im Osten keinen Einfluss ausüben. In Russland und Rumänien wurde diese vielmehr um so schlimmer, je weiter man in Westeuropa in der Erteilung der Gleichberechtigung an die jüdische Bevölkerung ging. Die russischen Pogrome und rumänischen Judenverfolgungen der achtziger und neunziger Jahre brachten in die Judenfrage im Osten eine neue Wendung — die Massenauswanderungen. Nach genauen Statistiken wuchs die Auswanderung der russischen Juden bis zu Zahlen wie 150—180,000 Köpfe jährlich, Galizien und Rumänien lieferten auch einige Zehntausende im Jahre. Der Hauptstrom dieser jüdischen (wie auch anderer europäischen) Auswanderer floss dem neuen Kontinent, speziell Nordamerika, zu. Die Emigration brachte den Juden des Ostens in der neuen Heimat individuell unstreitig viele Vorteile, sowohl in wirtschaftlicher wie auch namentlich in politischer Beziehung. Aber auch die Auswanderungsbewegung brachte keine vollständige Lösung der Judenfrage in Osteuropa, denn abgesehen davon, dass nur ein verhältnismässig geringer Teil der russischen und rumänischen Juden abwandert, werden einer Überflutung der Immigrationsländer von ihren Regierungen schwere Hindernisse in den Weg gestellt, die zwar nicht speziell gegen die Juden gerichtet sind, aber diese naturgemäss am empfindlichsten treffen.

Sodann aber bringt die Abwanderung der Juden nach dem einen oder anderen Erdteil dem jüdischen Volke selbst gar

keine Befriedigung. Die Frage nach einer seinen nationalen Eigenheiten Rechnung tragenden Existenz ist durch die Emigration in keiner Weise gelöst worden.

In Erkenntnis dieser Sachlage und in der richtigen Einsicht, dass die Judenfrage sowohl nach aussen wie nach innen keine rein religiöse oder politisch-humanitäre ist, sondern ihre Wurzeln tief in nationalen und physiologisch-soziologischen Motiven habe, gelangte man in den letzten Jahrzehnten zu einem neuen Versuch, um deren Lösung herbeizuführen, zum Zionismus.

Der Zionismus, dessen historische Anfänge eigentlich schon im fernen Mittelalter liegen, hat in den knappen vier Jahrzehnten, seitdem er existiert (der politische Zionismus ist kaum zwei Dezennien alt), dem alten, bis dahin brach und wüst liegenden Vaterlande des jüdischen Volkes zu einer Veränderung verholfen, wie sie die Geschichte der modernen Nationen kaum kennt. Durch eine gesunde und wohldurchgeführte Kolonisation in Palästina ist ein Teil der Ghettojuden Russlands und Rumäniens aus Krämern und Wucherern zu Feldarbeitern und Landleuten gemacht worden, die durch eine neue, wohlklingende Sprache, das Althebräische in moderner Fassung und Ausdrucksform, miteinander und mit den verschiedenen Teilen und Teilchen des über alle Weltteile zerstreuten Volkes zu verkehren begannen, und wie durch Zauber sind in Palästina eine junge, blühende Landwirtschaft, Ackerbau-, Real-, Gewerbe- ,Musik- und andere Schulen moderner und modernster Art, Versuchsstationen der verschiedenen wirtschaftlichen Zweige errichtet worden, wie sie das Land und auch der ganze Orient nie vorher gekannt hatten. Handel und Verkehr nahmen um das Doppelte und Dreifache zu, das bis dahin im Orient fast unbekannte Bank- und Kreditwesen errang sich eine wichtige Stellung in der Förderung der neuen Unternehmungen, kurz, es wurde durch die Juden ein Wunder geschaffen, worüber man anfing, auch in politischen Kreisen Europas nachzudenken, vor allem aber verschwand der Aberglaube, als ob die Juden nur in bereits bestehenden, wirtschaftlich organisierten Gesellschaften leben, hingegen kein urwüchsiges und naturentsprossenes Leben schaffen könnten. Auch die Stellung des Zionismus zur türkischen Regierung und zum arabischen Volke — zwei Faktoren, mit denen die Zionisten naturgemäss vor allem zu rechnen hatten —, brachte ihm selbst bei seinen Gegnern den Beinamen einer loyalen und friedlichen Bewegung ein. Mit grosser Begeisterung und wirklichem Opfermut entschlossen sich die Zionisten, einer von ganz Europa aufgegebenen Regierung zur Auferstehung zu verhelfen, und der Traum dieser Idealisten

war, die alte, freilich schon verjährte Schuld an die einstigen Toleranzherrscher der Türkei, mit Zinsen zurückzuzahlen. Die Juden der ganzen Welt erachteten es als etwas selbstverständliches, dass man im neuerwachten Vaterlande die Interessen der türkischen Oberherrschaft zu wahren habe, und die Fahne mit dem Davidstern wurde unter derjenigen mit dem Halbmond im jungen jüdischen Gemeinwesen aufgezogen und flatterte an Orten, wo bis dahin nur Schakale heulten und unruhige Beduinen ihr Wesen trieben. Mit der arabischen Landbevölkerung pflegten die Zionisten gute Beziehungen, die nur hie und da durch den Eifer einzelner, in den Jesuitenschulen erzogener christlicher Araber kleine Trübungen erfuhren. Die Araber schickten ihre Kinder bereitwilligst in die jüdischen Schulen, lernten die Landwirtschaft nach dem Muster der Juden zu betreiben und begannen auch, ein bequemeres, modernes Leben zu führen und für Kulturwerte Verständnis zu haben. Es konnte natürlich nicht ausbleiben, dass der Zionismus, als eine kolonisatorische Bewegung, von den verschiedenen europäischen Kolonialstaaten zu eigenen, politischen Zwecken ausgenützt wurde, doch hüteten sich dessen Leiter, sich in Bewegungen einzulassen, die anderen als den rein jüdischen Zwecken dienen konnten und wussten eine neutrale Haltung zu bewahren, die allerdings immer mehr durch die drohenden europäischen Wirren gefährdet wurde. Nur in bezug auf eine Macht waren die Zionisten bis zur letzten Stunde vor Ausbruch des Krieges unzweideutig in ihrer Haltung, das war die Türkei. Zu einer Zeit, wo jeder Ausländer, um im Orient überhaupt existieren zu können, sich des Schutzes der Konsularkapitulationen seiner Regierung versichern musste, legten viele Juden ihre fremde Untertanschaft ab und wurden türkische Staatsangehörige, während selbst Türken es vorzogen, angesichts der drohenden politischen Umwälzungen fremde Untertanschaften anzunehmen.

Nun kam der Krieg und warf alte und neue Fragen durcheinander. Jäh und roh erschien das Gespenst der Judenverfolgungen überall, und auch Palästina blieb davon nicht verschont. Wir wollen an dieser Stelle auf die einzelnen Massnahmen nicht eingehen,*) es genügt, wenn wir auf die Tatsache der fast gänzlichen Vernichtung der Resultate einer jahrzehntelangen Arbeit hinweisen, wie sie aus den immer wieder zu uns herüberdringenden Nachrichten aus Palästina ersichtlich ist. Nur eines lässt sich daraus mit Sicherheit entnehmen, dass die

*) Wir verweisen für nähere diesbezügliche Mitteilungen auf die im Verlag von Orell Füssli erschienene Broschüre: „Der arabische Orient und der Krieg", woselbst eine eingehende Darstellung der Verhältnisse im Orient vor und seit Ausbruch des Weltkrieges zu finden ist.

Leiden der Juden in diesem Kriege ein derartiges Mass erreicht haben, dass die Aufgabe der Verbesserung ihres Loses unwillkürlich von allen verständigen Völkerrechtsverteidigern zu den grossen Fragen gerechnet wird, die der kommende Friedensschluss entscheiden muss. Die amerikanischen Politiker vollends, die die Lage der Juden in Russland, Galizien, Rumänien und Palästina gut kennen, erachten es für eine unerlässliche Pflicht der heutigen und kommenden Menschengesellschaft, das Weltunrecht gegenüber dem unglücklichen jüdischen Volke durch eine grosszügige und endgültige Lösung der Judenfrage gutzumachen. Die verschiedenen Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Juden klingen sämtlich in folgende zwei Postulate aus, von denen eines allen warmherzigen Juden gemeinsam ist, nämlich Erreichung der Gleichberechtigung für die Juden überall, wo diese ihnen noch vorenthalten wird, während das andere spezifisch zionistischer Natur ist, nämlich Errichtung eines jüdischen Territoriums in Palästina nach völkerrechtlichen Grundsätzen, so dass alle die aus der unnationalen Existenz der Juden hervorgehenden Übel dadurch beseitigt werden, oder, wie Ottolenghi sagt, „dass wir die jahrhundertelang mit den Füssen getretene Ehre des jüdischen Volkes rehabilitieren." Die meisten europäischen Politiker haben gegen diese beiden Lösungsvorschläge nichts einzuwenden. Ersterer ist nicht neu und gehört zu den natürlichen Rechtsbegriffen, die seit der französischen Revolution Gemeingut der zivilisierten Menschheit geworden sind; wenn Frankreich und England jetzt ein Auge zudrücken und die russische Empfindlichkeit schonen, so wird dies beim Friedensschluss, wo die politischen Konstellationen zweifellos neue Orientierungen annehmen werden, nicht mehr in dem Masse der Fall sein, und die Stimme der Gerechtigkeit wird endlich durchdringen können. Von Rumänien nicht zu sprechen, welches, durch einen etwas energischeren Mahnruf Europas aufgerüttelt, sofort einwilligen wird, seine alten Verpflichtungen zu erfüllen und den Juden die versprochenen Rechte zuzugestehen.

Ungleich verwickelter gestaltet sich schon auf de ersten Blick die Haltung in bezug auf das zweite Postulat, welches aber leicht mit Schonung der türkischen Souveränität zu einer Wiederherstellung Palästinas mit jüdischer Autonomie unter öffentlich-rechtlicher Garantie gemildert werden könnte. Hiebei dürfte die von vielen europäischen Staatsmännern eingesehene und geäusserte Notwendigkeit, eine Anbahnung neuer Ordnungsverhältnisse im Orient vorzunehmen, auch für die Forderungen des jüdischen Volkes nicht ungünstig sein. Es würde sicherlich auch im Interesse des allgemeinen Fortschrittes der Menschheit liegen, dass, wie immer sich die Besitzverhält-

nisse im nahen Orient auch regeln mögen, am Verbindungspunkt zwischen Asien, Europa und Afrika ein absolut ordnungliebendes und kulturfähiges Volk sesshaft gemacht werde, damit die so heikle Gegend nicht wieder durch innere Unruhen und Einmischungen von seiten Europas zu einem für die Sicherheit der zukünftigen Menschengesellschaft bedrohlichen Konfliktgrunde werde und dadurch beitragen könne, die Schrecken des Weltkrieges wieder heraufzubeschwören. Zu diesem Zwecke ist es durchaus angebracht und vernünftig, wenn in Palästina die jüdische Kolonisation auf breiterer Basis und mit moralischer Unterstützung von seiten Europas unternommen wird, denn nur so wird diese wichtige Gegend der alten Welt zu einer Stätte der Ordnung und des Friedens werden. In der zukünftigen, allen Nationen der Welt möglichen freien Entwicklung darf der Anteil des jüdischen Volkes nicht fehlen; in der orientalischen Völkergenossenschaft, welche die edelste Lösung der Orientfrage bietet und hoffentlich nach dem Kriege ins Leben gerufen werden wird, soll ein so schaffensfreudiges Element wie das jüdische nicht vergessen werden.

Diese Forderungen werden von grossherzigen Fürsprechern der jüdischen Interessen auf dem Friedenskongress gewiss vorgebracht werden. Die Stätte, an der sich allem Anschein nach die Zukunft Europas entscheidet, wird auch über das jüdische Volk zu Gericht sitzen. Das Urteil wird von der Höhe der humanitären Bestrebungen Neu-Europas und von seinem guten Willen, Recht und Friede überall walten zu lassen, abhängig sein. —



Nicht die nationale oder ethnologische Wurzellosigkeit machen den Weltbürger, sondern das mit einem bestimmten Pflichtbewusstsein verbundene Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der grossen Völkerfamilie, die den geistigen Kosmos unseres Planeten bildet. Und weil dieser Kosmos kein formloses Durcheinander ist, sondern auf dem geordneten Neben- und Miteinander von Völkerschaften und staatlich organisierten Nationen beruht, ist das weltbürgerliche Empfinden kein Widerspruch gegen den nationalen oder ethnologischen Patriotismus, sondern deren zulässige und mit dem Aneinanderrücken der Völker, notwendige Ergänzung.

Eduard Bernstein in den Blättern für zwischenstaatliche Organisation (Nr. 8/9).



Die Eigenart des Völkerrechts.*)

Von ENRICO CATELLANI, Rektor der Universität Padua.

(Schluss.)

So zeigen sich in dem ganzen Zusammenleben der Staaten, im Frieden und im Kriege, die Folgen des Gegensatzes zwischen der tatsächlichen Vergesellschaftung aller Staaten, aus der sich für jeden Pflichten ergeben, und der Unabhängigkeit jedes einzelnen Staates in der Wahl der Mittel, um diesen Pflichten zu entsprechen. Und aus diesem Gegensatze ergibt sich für das ganze Zusammenleben der Staaten ein Mangel an Sicherheit und Geschütztheit, welcher in vollstem Widerspruche steht mit jener Sicherheit und Geschütztheit, deren sich die Bürger jedes einzelnen Staates erfreuen. Auch die Normen des Verfahrens, welches in friedlichen oder kriegerischen Konflikten der Staaten untereinander einzuhalten ist, werden infolgedessen unsicher bezüglich ihrer Übereinstimmung in den verschiedenen Staaten und bezüglich ihrer Dauer.

Selbst wenn ein Staat sich ohne Zeitbegrenzung anderen Staaten gegenüber durch einen Schiedsgerichtsvertrag bindet, behält er die Befugnis zur Kündigung. Meistens werden von der Schiedsverpflichtung gewisse Streitfälle ausgenommen, welche keineswegs einzeln und erschöpfend angeführt, sondern nach allgemeinen Merkmalen, nach ihrem Zusammenhang mit den wesentlichen Interessen der vertragschliessenden Staaten gekennzeichnet werden. So bleibt dann in jedem praktischen Falle die Entscheidung darüber, ob eine bestimmte Streitfrage zu jenen Ausnahmen gehört, die dem Schiedsgericht entzogen sind, der Beurteilung des interessierten Staates überlassen. ... Und wenn dann einer der Streitenden dem anderen die Einwendung einer solchen Ausnahme entgegenhält, so bleibt diese Einwendung fast immer definitiv, da keine Autorität

*) S. Internationale Rundschau v. 10. Sept.

besteht, an welche sich der andere Staat um eine Entscheidung über eine Meinungsverschiedenheit bezüglich der Gültigkeit dieser Ausnahme wenden könnte. So bleibt nichts übrig, als dass jeder von den Streitenden seine Auslegung oder Einwendung als die endgültige und unabänderliche festhält, oft mit der Folge, dass an die Gewalt der Waffen appelliert werden muss ...

Und nicht anders wäre die Lösung, auch wenn alle Staaten der Welt untereinander durch einen allgemeinen Schiedsvertrag gebunden wären. Es würde dasselbe stattfinden wie jetzt zwischen den einzelnen, durch einen solchen Vertrag verbundenen Staaten. Denn dieser ist entweder nur für einen bestimmten Zeitraum abgeschlossen, und seine Garantien gelten, selbst bei günstigster Auslegung nur innerhalb dieser Zeitgrenze und hängen darüber hinaus von dem künftigen guten Willen jedes einzelnen vertragschliessenden Teiles ab; oder der Vertrag ist für unbestimmte Zeit abgeschlossen und damit ist notwendig für jede Partei das Recht der Kündigung verbunden.

Dieses Recht entspricht übrigens, in dem heutigen Zustande der internationalen Gesellschaft, einer Notwendigkeit, die niemand bestreiten kann. In der Tat ist das positive Recht etwas Lebendiges und muss es sein. Es kann nicht zu unabänderlichen Formeln erstarren, sondern muss in beständigem Fortschritte den neuen oder veränderten Bedürfnissen des gesellschaftlichen Lebens angepasst werden. In jedem Staate entspricht diesen Anforderungen, mit ausschliesslicher und unbegrenzter Kompetenz, die gesetzgebende Gewalt durch eine stets bereite Tätigkeit.... In den zwischenstaatlichen Verhältnissen aber könnte einerseits selbst die etwa vereinbarte Ewigkeit eines Vertrages die Probe der Wirklichkeit nicht bestehen; andererseits gibt es kein Organ, welches, wie im Einzelstaate die gesetzgebende und richterliche Gewalt, die zeitgemässe und allgemeine Abschaffung oder Veränderung eines Rechtssatzes garantieren könnte. Die Unveränderlichkeit eines Vertrages würde in der Praxis für die Ver-

tragsstaaten zur unerträglichsten Tyrannei werden. Eine schlimme Probe davon hat die ägyptische Gerichtsreform geboten. Drei Jahrzehnte nach ihrer vertragsmässigen Festlegung haben sich Ägypten und die anderen beteiligten Staaten ratlos gesehen; der Unzulänglichkeit der vereinbarten Normen und Einrichtungen stand die praktische Unmöglichkeit gegenüber, die zu Veränderungen erforderliche Einstimmigkeit zu erzielen. Es ist dies ein beweiskräftiges Beispiel für die Unmöglichkeit, eine absolute und dauernde Garantie der internationalen Rechtsordnung durch Verträge zu schaffen, und wären diese zur Zeit ihrer Vereinbarung noch so umfassend und vollkommen, solange nicht für die zeitgemässe Veränderung derselben eine hohe Autorität, die über den einzelnen Staaten steht, vorgesehen ist.

Übrigens macht der Mangel eines solchen Organes für die Abschaffung, Veränderung oder Ergänzung des Systems der geltenden Verträge auch alle die Garantien unsicher und dauerlos, welche in jenem System so solid verankert zu sein scheinen, dass so mancher in ruhigen Zeiten, durch die äussere Ähnlichkeit getäuscht, glaubte, sie mit den Garantien gleichstellen zu können, welche die innere Gesetzgebung eines Staates bieten kann. In den internationalen Beziehungen bleibt jedem von den Staaten, die sich vertragsmässig oder auch durch übereinstimmende Gesetze einer Norm unterworfen haben, immer das gleiche souveräne Recht, die Notwendigkeit der Fortdauer oder der Abschaffung oder der Veränderung dieser Norm zu beurteilen. Und doch kann diese Notwendigkeit in einer für alle Beteiligten gleichen Weise nur durch die Übereinstimmung aller verwirklicht werden.

In der Tat, sobald die Einstimmigkeit der beteiligten Staaten in der Regelung eines bestimmten Verhältnisses nicht hergestellt werden kann, so entziehen sich die abweichenden Staaten jeder früher geltenden Verpflichtung ... es erfolgt ein Rückschritt im Völkerrecht infolge der aufhörenden Übereinstimmung einer Norm mit den veränderten praktischen Bedürfnissen. Bezieht sich nun diese

mangelnde Übereinstimmung auf die Gebietsverhältnisse der Staaten oder auf Rechtssätze von internationaler politischer Bedeutung, inbetreff welcher die einseitige Abänderung durch einen Beteiligten nicht bloss eine Verschiedenheit der Normen oder das Aufhören eines Vertrages nach sich zieht, sondern einen positiven Eingriff in den Rechtszustand bedeutet, so können die Konsequenzen viel ernster werden und sind es auch oft. Dies geschieht, wenn die Unterlassung oder Handlung oder Forderung eines Staates einem oder mehreren interessierten Staaten unerträglich erscheint, weil unverträglich mit ihren vermeintlich wesentlichen Existenzbedingungen. In solchen Fällen ergibt sich nicht nur das Aufhören eines friedlichen, sondern der Beginn eines feindlichen Verhältnisses, und oft ein Konflikt, dessen Lösung nur noch durch den Appell an die Gewalt der Waffen gefunden werden kann.

Auch kann diese keineswegs in jedem solchen Falle durch einen Schiedsspruch ersetzt werden. Denn es fehlt bei dem jetzigen Zustand der internationalen Gesellschaft an irgendeinem sachlich feststehenden und eindeutigen Ganzen von Rechtsnormen, welche auf die einzelnen Streitfälle mit Präzision angewendet werden könnten und müssten. ... Nicht geringere Schwierigkeiten erwachsen für die ständige Benützung des Schiedsverfahrens aus dem Mangel der Sicherheit, welche eine einheitliche und innerlich zusammenhängende Spruchpraxis gewährt, wenn es gilt, Normen auf Einzelfälle anzuwenden und in ihnen zu verkörpern. Auch darf man nicht vergessen, dass es für die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Schiedsspruches an jener vollkommenen Sicherheit mangelt, wie sie für die Beziehungen der Richter zu den Parteien innerhalb desselben Staates garantiert ist.

Die Lösung der internationalen Konflikte durch Anwendung der Gewalt seitens der Einzelstaaten ist also im jetzigen Zustande der Staatengesellschaft nicht bloss ein unvermeidliches Übel, sondern ist und bleibt, solange sich dieser Zustand nicht ändert, oft die einzig mögliche, durch den Mangel an wirksamen Garantien zur Notwendig-

keit gewordene und durch alle Rechtsgründe der gesetzlichen Notwehr gerechtfertigte Lösung. Und die Wirkungen derselben Unvollkommenheiten der Staatengesellschaft, welche den Krieg selbst unvermeidlich machen und rechtfertigen, erstrecken sich auch auf das Völkerrecht im Kriege und führen auch hierin zu abweichenden Grundbegriffen und Grundregeln in den verschiedenen Staaten, sowie zur Unsicherheit betreffs der Einhaltung und der Dauer der vertragsmässigen Normen, selbst wenn sie von allen Staaten derselben Kulturgruppe gemeinsam formuliert und vor dem Kriege als vollständiges und endgültiges System der Verhaltungsregeln gegolten haben, die schon im Frieden für den Fall des Krieges rechtsgültig vorgeschrieben worden sind.

* * *

Das Kriegsrecht kann nicht einmal mit dem Gesetze eines Staates gleichgestellt werden, welcher das Duell und die Privatfehde als gesetzliche Mittel für die Austragung von Rechtsstreitigkeiten anerkennen würde. Selbst ein so barbarisches Recht würde noch immer höher stehen als das heutige Völkerrecht, da in jenem Staate die einzelne streitende Partei wenigstens nicht befugt wäre, die bisher geltenden Regeln nach Belieben als veraltet aufzugeben, wie es heute jeder kriegführende Staat nach Willkür zu tun kein Bedenken trägt, ohne sich auch nur vorläufig an die hergebrachte Norm zu halten, bis eine Übereinstimmung der Staaten bezüglich ihrer Abschaffung erzielt werden kann. Genau dasselbe geschieht übrigens auch im Frieden, wenn ein Staat, wie z. B. Frankreich 1914 bezüglich der Haager Verträge über das internationale Privatrecht, eine vertragsmässig geregelte Materie in seine private Gesetzgebungssphäre zurücknimmt. Nur kann es im Kriege viel leichter sich ereignen, dass sich die im Frieden entworfenen Regeln für einen einzelnen Staat als über alle Voraussicht hinaus verderblich erweisen. In diesem Falle wird von ihm ein anderes Verhalten als „neues Völkerrecht“ geübt werden;

die Gegner aber werden gerade deshalb, weil diese Regeln schon in Friedenszeiten von allen Staaten behufs Milderung der Schrecken des Krieges angenommen worden sind, in dem einseitigen Abgehen eines Staates von der Regel einen offenen, bewussten und vielleicht perfiderweise schon vorher geplanten Völkerrechtsbruch erblicken. Und doch handelt es sich im wesentlichen um denselben Vorgang wie bei der Kündigung eines Vertrages in Friedenszeiten, nur dass die Erkenntnis vom Veralten des Vertragsinhaltes sich in ruhigen Zeiten langsam und allmählich vollzieht und man ohne Ruin des Staates die Kündigungsfrist abwarten kann, während im Kriegsfalle die veraltete Natur des Rechtssatzes sich dem Bewusstsein des gefährdeten Staates plötzlich aufdrängen und der vorher nicht geahnten Gefahr nur durch ebenso plötzliche Verletzung des Rechtssatzes abgeholfen werden kann. So konnte man erst im Laufe des jetzigen Krieges wahrnehmen, wie sehr die Zivilbevölkerung des feindlichen Staates durch ihre allgemeine Wehrpflicht und Munitionsarbeit, wie sehr auch das Privatvermögen und die privaten Forderungsrechte durch den modernen Wirtschaftskrieg eine ganz andere Bedeutung gewonnen haben als vorher, oder dass die alten Regeln der Blockade durch den englischen Aushungerungsversuch, die Regeln des Verfahrens bei Versenkung von Handelsschiffen durch die deutschen Unterseeboote unausführbar geworden waren. Alles das ist im Wesen der heutigen internationalen Verfassung, der „Akephalie" der Staaten gelegen, welche nur inbetreff der Regelung gewisser Streitfälle ein gemeinsames Bedürfnis empfinden, ohne aber die Mittel zu einer dauernd und verlässlich übereinstimmenden Gesetzgebung oder Rechtsprechung zu besitzen. Diese Unsicherheit bezüglich des lebenden Völkerrechts muss notwendig in jedem Kriege zu gegenseitigen Anklagen wegen Völkerrechtsbruches, zu immer schrofferen Repressalien und so zur Barbarisierung des Krieges führen.

* * *

Wird es immer so bleiben? Wird immer wieder die Barbarei des Krieges die Fortschritte des Völkerrechtes und der friedlichen Kultur in Frage stellen? Nach einer Erfahrung von 35 Jahrhunderten können wir nur zu der Überzeugung gelangen, dass, solange die menschliche Natur sich nicht in unvoraussehbarer Weise ändert, ein allgemeiner Völkerbund, welcher der ganzen Welt einen rechtlich geschützten Frieden sichern soll, die Wahrscheinlichkeit einer sehr nahen Verwirklichung nicht für sich hat. Auf ihn hoffen wäre Utopie. Aber nicht minder utopistisch denken — in ganz Europa — diejenigen, welche, weil der Krieg eine wiederkehrende Erscheinung ist und manche scheinbar verlorene Tugend wieder erweckt, ihre Mitbürger zur Verneinung alles friedlichen Zusammenlebens der Völker und zum Kultus der Gewalt verleiten wollen. Beide Generalisationen sind falsch; die eine eilt der Gegenwart voraus, die andere fällt in vergangene Irrtümer zurück. Die Geschichte der Völker ist ein Gewebe, in welches Zeiten friedlichen Zusammenlebens und bewaffneten Kampfes gewirkt werden. Ist also die Menschheit nichts anderes als ein Kranker, der seine Lage wechselt? Sind ihre Ideale nur Illusionen? Nach Bourdeau (L'individu et la société, 1912) ist die Quelle alles geschichtlichen Fortschrittes in der sich beständig vollziehenden Harmonie der Disharmonien zwischen Individuum und Gesellschaft zu erblicken, gewissermassen in einer beständigen Eintracht der Zwietracht. So auch unter den Völkern. Wer das heutige Geschehen nicht mit unserem Ideal unmittelbar vor dem Kriege, sondern mit den Idealen früherer Generationen vergleicht, wird zugeben müssen, dass die Geschichte seither bereits manchen Beitrag zu der ewigen Forderung des Friedens gemäss dem Recht geliefert hat, so die beständige Ausdehnung der in ihrem Inneren befriedeten Staatengebiete und Staatenverbindungen, die ständige Annäherung in den moralischen Idealen und die Verfeinerung im Rechtsgefühle der Völker, dessen Verdunkelung selbst zum Teil nur die Folge neuer Ideale wie des Nationalismus und Imperialismus ist. Trotz aller

Rückfälle glauben wir an den Fortschritt der Völker, in die Weite des Erdballs hinaus und zur Höhe des Ideals empor. Nur wie rasch und wie weit uns dieser Fortschritt in der nächsten Zukunft tragen werde, wäre vermessen festlegen zu wollen.



Der Kriegsgebrauch in alten Zeiten.

So ist der Kriegsgebrauch entstanden, die hartnäckige Verteidigung einer Festung mit dem Tode zu bestrafen, wenn der Platz nach den Regeln der Kriegskunst nicht behauptet werden durfte. Würde doch sonst jedes Nest sich herausnehmen, ungestraft eine ganze Armee aufzuhalten.

Als der Connétable von Montmorency bei der Belagerung von Pavia . . . durch einen hartnäckig verteidigten Brückenkopf aufgehalten wurde, liess er nach der Eroberung alles hängen, was darin angetroffen wurde; und nachher, als in dem eroberten Schloss Villane die Wut der Soldaten alles in Stücke gerissen hatte, mit Ausnahme des Kommandanten und seines Fähnrich, liess der Connétable auch noch diese hängen und würgen, aus dem eben erwähnten Grunde.

. . . . Da aber die Grösse oder Schwäche eines verteidigten Platzes nur im Vergleiche mit der Macht des Belagerers . . . eingeschätzt werden kann, und dabei auch die Grösse und das Ansehen des angreifenden Monarchen und der Respekt, den man ihm schuldet, mit in die Wagschale fällt, so entsteht die Gefahr, dass die Wage sich etwas zu stark nach dieser Seite hin neige; und es geschieht nur zu leicht, dass ein Angreifer eine so grosse Meinung von sich und seinen Kräften hat, dass es ihm als unvernünftige Anmassung erscheint, wenn irgend jemand sich für würdig halten könnte, ihm Trotz zu bieten. Solche lassen dann, wo immer sie Widerstand finden, alles durch ihr Schwert kurz und klein hauen; solange eben ihr Kriegsglück es gestattet.

Montaigne, Essais, 1580.



In eigener Sache.

In der annexionistischen Zeitschrift „Das neue Deutschland“ hat der Breslauer Historiker Prof. Dr. G. Kaufmann die „Internationale Rundschau“ vom Standpunkte der deutsch-nationalen Weltanschauung aus angegriffen; der Wiener Historiker Dr. L. M. Hartmann hat in derselben Zeitschrift in der dankenswertesten Weise auf diesen Angriff geantwortet. Die Originalartikel sind uns infolge der jetzigen Verhältnisse etwas verspätet zugekommen. Sie dürften deshalb auch unseren Lesern in neutralen und Entente-Gebieten kaum zugänglich sein. Wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutsamkeit bringen wir diese Polemik, soweit sie uns betrifft, zum Abdruck und fügen unsere eigenen Bemerkungen hinzu.

Prof. Dr. G. Kaufmann schreibt (25. Mai 1916):

... Auf dem durch die geistige Arbeit von Jahrhunderten gesättigten Boden der Universitäten wächst mancherlei Kraut, und neben der Begeisterung für unser Volk hat sich dort selbst in dieser Kriegszeit auch die kahle Abstraktion eingefunden, die in dem Manne und besonders in dem Forscher nur das Glied der Menschheit sieht und nicht in erster Linie das Glied seines Volkes. Sind diese Stimmen auch nur vereinzelt, so sind sie doch gefährlich, denn sie sind geeignet, der Jugend, und gerade der ideal gerichteten studierenden Jugend den Sinn zu verwirren. Diese Gedanken haben in der scheinbar neutralen, tatsächlich aber überwiegend die Interessen der Gegner Deutschlands vertretenden Zeitschrift „Internationale Rundschau“ (Druck und Verlag Orell Füssli, Zürich) Vorkämpfer gefunden, namentlich auch in dem Wiener Historiker Ludo Hartmann. Diese Männer sind befangen in Schlagworten, in denen sie hohe sittliche Forderungen zu verteidigen glauben. Sie möchten die Menschen von den Schranken befreien, die der Staat aufrichtet. Sie sind geblendet von dem Gedanken der Freiheit des Einzelnen, sie verkennen das Wesen des Staats, sehen in seinen, unserem Gefühl oft wenig genehmen Forderungen nur den Druck, der hemmt, nicht den Zwang, der unsere Kräfte zusammenfasst. Sie übersehen die grösseste Lehre, die der Krieg unserem Volke gibt, die Lehre von dem unschätzbaren Segen, den der Einzelne aus der Hingabe an den Staat empfängt.

Mir ist diese Lehre nie gewaltiger und nie zugleich so zart gepredigt worden als in dem Lazarett und sonst in Gesprächen mit Verwundeten, und zwar mit Verwundeten aller Gesell-

schaftsschichten, besonders aber der Arbeiterklasse. Ich gedenke dabei besonders an einen Landwehrmann, der ein Auge verloren hatte und um das andere besorgt sein musste, der auch in Not war um seine Familie und sein kleines Anwesen, und der doch den Sinn auf die grosse Sache, auf Volk und Vaterland gerichtet hielt. Dabei war das Lazarett, in dem er lag, keins von den gut besorgten, sondern die Leute hatten manche berechtigte Klagen. Ich habe mich hier und bei ähnlichen Erfahrungen beschämt gefühlt vor der einfachen Grösse, zu der dieser furchtbare Krieg so manchen erhebt, der sonst über seine persönlichen Interessen nicht hinausschaute. Ein Gedanke erfüllte hier alle: Wir dürfen keinen Frieden schliessen, der unseren Feinden die Macht lässt, nach wenigen Jahren von neuem über uns herzufallen. Wir dürfen uns nicht durch Worte täuschen lassen, die edel klingen und die Sache nicht treffen, sondern den Standpunkt festhalten, den auch unser Kaiser mit aller Schärfe und Klarheit betont hat. Soll das aber sein, so dürfen England und Russland die alte Weltstellung nicht behaupten, die ihnen gestattet, die Menschen von drei Erdteilen aufzubieten, um Rache dafür zu nehmen, dass ihr vom Neid geplanter und lang vorbereiteter Angriff an dem Heldenmute unseres Volkes gescheitert ist. Von alledem scheint die obengenannte Zeitschrift und insbesondere der Dozent an der Universität Wien Ludo Moritz Hartmann nichts wissen zu wollen. Hartmann ist bekannt als ein erfolgreicher Forscher und als ein sehr gewandter Redner und Schriftsteller. Hören wir, was er für seine Mahnung zu sagen weiss: „Schon die Forderung nach irgendeiner Annexion europäischen Landes aus äusseren Gründen erscheint im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, nachdem sich in hundertjährigem Ringen Europas der Nationalstaat emporgerungen hat, als ein Rückfall in frühere merkantilistische Zeiten, in denen der innere Zusammenhang des Staates, für den das Volk und die Volksbedürfnisse noch eine quantité négligeable waren, für nichts galt, und die Macht und die Blüte des Staates nach der Anzahl der Quadratmeilen abgemessen wurde.“ (Internationale Rundschau, September 1915, S. 245.)

Hartmann hat durch Gelehrsamkeit und durch die Energie seiner Rede ohne Zweifel auf die Studentenschaft grossen Einfluss, und hier und da sind auch andere Dozenten mit ähnlichen Theorien aufgetreten. Aber doch nur wenige einzelne, und ich habe guten Grund, anzunehmen, dass der Einfluss dieser Ansichten auf die Studenten nur gering sein wird: wenigstens auf die genügend vorbereiteten eigentlichen Studenten, eher auf die mit ungenügender Vorbildung zum Hören von Vorlesungen zu-

gelassenen Gruppen. Aber auch sie werden schon in der Erhebung des Volkes und in der Pflicht, die sie unter die Waffen ruft, genügende Stützen ihres vaterländischen Gefühls finden. Die ganze Tradition unserer Universitäten bäumt sich auf gegen diese abstrakte Behandlung von Fragen, die keine abstrakte Behandlung dulden.

Sehen wir doch auf die Dinge, wie sie sind. Hartmann sagt, wir sollen nach einem Siege über Russland, England und Frankreich, die sich zu unserer Vernichtung vereinigt haben, beim Friedensschluss in Europa keine Gebietsabtretung fordern dürfen aus „äusseren Gründen". Was soll das heissen? Doch wohl, wir sollen keinen Berg und kein Tal, keine Stadt oder kein sonstiges Gebiet fordern dürfen, weil wir es für unsere Verteidigungslinie nötig haben, oder weil das Gebiet für unsere Wirtschaft und unseren Verkehr besonders wichtig erscheint. Und das soll uns verboten sein, weil in Europa sich im neunzehnten Jahrhundert die Idee des Nationalstaats durchgesetzt habe, und man deshalb die Grenzen nicht verändern und nicht Bewohner einer fremden Nationalität oder überhaupt eines fremden Staates gegen ihren Willen unterwerfen dürfe! Welcher Staat in Europa hat denn dies Gesetz befolgt, und welcher will es befolgen? Frankreich hat im neunzehnten Jahrhundert nicht nur das deutsche Elsass festgehalten und seiner Nationalität zu berauben versucht, sondern auch nicht aufgehört, belgische, holländische und deutsche Gebiete zu begehren. Der Krieg von 1870 entsprang doch nur daraus, dass Frankreich grosse Gebiete der deutschen Rheinlande von uns forderte. Napoleon hatte von Italien die Abtretung von Savoyen und Nizza erpresst als eine Bezahlung dafür, dass er die weitere Einheitsbewegung Italiens nicht hinderte. Das gleiche forderte er von Deutschland, als es sich durch den Krieg von 1866 aus der Zersplitterung zu besserer Ordnung erhob. Und nicht bloss der Kaiser Napoleon, sondern auch das französische Volk war empört, dass König Wilhelm und sein grosser Minister diese dreiste Forderung ablehnten. Noch mehr, die Franzosen verlangten den Krieg auch als Revanche für Sadowa, wie sie die Schlacht von Königgrätz nennen, d. h. sie wollten Rache und Ersatz dafür, dass der glänzende Sieg der preussischen Heere den früheren Ruhm der französischen Siege über Russland und Österreich in den Schatten stellte. Diese verletzte Eitelkeit war der Hauptgrund, weshalb sie zum Kriege drängten.

Wenn Frankreich heute über uns siegen sollte, so würde kein Räsonnement nach Art der Internationalen Rundschau den Drang nach Annexionen mässigen. Die Franzosen reden vom Nationalstaat und Nationalitätsprinzip nur, wenn es ihre

Wünsche nicht stört. Sie verkünden ganz offen ihre Absicht, grosse Gebiete Deutschlands zu erobern, und in diesem Streben werden sie von England und Russland nicht nur unterstützt, sondern England und Russland würden sich an dieser Zerstückelung beteiligen.

Ebensowenig ist England ein Nationalstaat im Sinne Hartmanns, sondern England übt eine Gewaltherrschaft über weite Gebiete und widerstrebende Nationen. Zunächst in Irland. England hat im neunzehnten Jahrhundert Irland so gedrückt, dass die Bevölkerung um Millionen zurückging, während sie sich in England mehr als verdoppelte. Und ferner: England behauptet das spanische Gibraltar wie das italienische Malta und vernichtete in Afrika erst die Buren, dann die Deutschen. Von seiner Tyrannenherrschaft in Ägypten und Indien will ich nicht reden, weil Hartmann den Nationalstaat auf Europa zu beschränken scheint. Aber Buren und Deutsche in Afrika sind doch Europäer. Mag man es drehen wie man will. Für England ist die Nationalitätenfrage stets nur der Phrasenkasten, aus dem es seine Depeschen speist, seine Politik wird durch seine Interessen geleitet. Seine Flotte schiesst heute Kopenhagen zusammen und morgen Alexandria, opfert heute die Schleswig-Holsteiner und morgen die Türken. England kennt kein Recht der Nationalitäten, wo immer deren Rechte mit den Interessen Englands in Widerspruch stehen.

Ob wir Teile von Belgien in dem Frieden behalten werden, das vermag niemand zu sagen, und es ist schwer, heute auch nur zu sagen, ob oder wie weit es zu erstreben ist: Erwägungen, wie sie Hartmann anstellt, treffen aber gerade für Belgien gar nicht zu. Denn das Nationalitätsprinzip besteht in Belgien nicht. Freilich wurde mit diesem Prinzip Lärm gemacht, als sich Belgien unter dem Einfluss sehr verschiedener, besonders konfessioneller, Elemente von Holland 1830 losriss. Aber seither ringen dort eine niederdeutsche und eine französische Volksschicht miteinander. Die französische herrscht und tyrannisiert die niederdeutsche.

Unter dem Einfluss der deutschen Siege des Jahres 1870 hat sich ihr Widerstand gekräftigt. Auf die Siegeskunde von Sedan hat der Vlame Emanuel Hiels gesungen: Hoe zullen wij u danken, o Duitsche broederschaar, gij, die dor moedig kampen ons reddet van't gevaar der fransche rooverbenden, die van Germaniens Rijn en ook der Maas, der Schelde de Meesters willen zijn? Dieser Volksteil hatte seither von der die Regierung beherrschenden französischen Partei schwer zu leiden und sieht in dem Siege Deutschlands die Rettung. Im Oktober des vorigen Jahres haben 52 Vlamen eine vorläufige Regierung unter dem Namen „Rat von Gross-Flandern“ gewählt, die

unter dem 17. Oktober ein Manifest erlassen hat, welches fordert, dass Ost- und Westflandern, Antwerpen, Limburg, Vlämisch-Brabant mit Brüssel, die Strecken um Landen, Edingen (Enghien) und alle zum Wallonenlande gehörenden vlämischen Gemeinden, sowie die Umgebung von Belle (Bailleul), Hazebroek, Winoksbergen und Dünkirchen von dem romanischen Gebiete Belgiens getrennt und zu einem selbständigen vlämischen Staatswesen Gross-Flandern gebildet werden. Was wird denn Hartmann hierzu sagen?

Ähnlich liegt es in Russland. Hier versucht die blinde Leidenschaft einer grossrussischen Partei, wie in Belgien die französische, die Deutschen und die anderen Nationalitäten, die in dem Reiche vereinigt sind, mit rücksichtslosen Massregeln zu unterdrücken. Sie verbieten den Deutschen, den Polen, den Kleinrussen den Gebrauch ihrer Sprache, sie treiben die Deutschen von ihrem Besitz und gehen in allen diesen und ähnlichen Dingen mit einer Rohheit vor, die an die Zeiten der Mongolen erinnert. Ich denke, diese Erfahrungen sollten doch Hartmann und Genossen von ihren abstrakten Gedankenketten befreien.

Nicht anders ist das Ergebnis einer Betrachtung Italiens. Hier ist seit Jahrzehnten von dem Nationalitätsprinzip nicht bloss geredet, es hat dies Prinzip gegenüber der Zerstückelung des Landes in hilflose Fetzen, von denen keiner fähig war, die Aufgaben eines Staates zu lösen, auch eine grosse Kraft entwickelt und dem Volke die Anfänge eines gesunden Staates geschenkt. Aber alsbald greift nun dieser Staat unter dem Vorwande der Befreiung von Italienern auf Gebiete, in denen Hunderttausende von Deutschen wohnen, während er es duldet, dass die alt-italienischen Gebiete Savoyen und Nizza, die erst unter Napoleon III. an Frankreich abgetreten wurden, und dass ferner Korsika und Malta in fremder Hand bleiben. Weiter verlangt der italienische Staat Gebiete auf der Balkan-Halbinsel, die ebenfalls zum grossen Teile von Nicht-Italienern bewohnt sind.

Wohin man schaut, überall ergibt sich, dass das Prinzip der Nationalität auch heute nur eins der Elemente ist, aus denen sich die Staaten erbauen. Daneben haben die Lage, die wirtschaftlichen Verhältnisse und vor allem der Lauf der Geschichte ihren Anteil an der Kraft und dem Leben der Staaten und in diesem Anteil ihr Recht. Das Betonen des Nationalitätenprinzips durch unsere Feinde bietet also nicht den geringsten Schutz für unser deutsches Land, falls sie siegen sollten. Laut verkünden sie ja schon, wie weite Strecken sie im Osten und Westen abreissen wollen. Wenn die Macht der gegen uns verbündeten Weltstaaten England, Frankreich und

Russland, vor allem von England und Russland nicht gebrochen wird, wenn die europäischen Verhältnisse in dem Frieden nicht so geordnet werden, dass wir einige Sicherheit haben gegen die Wiederkehr solcher Angriffe, so wird der Friede nur ein Waffenstillstand sein. Die Friedensapostel nach Hartmanns Art eröffnen eine neue Periode von Kriegen.

Unser Volk will den Frieden und nichts als Raum für seine friedliche Tätigkeit, aber wir müssen auch den Mut haben, unsere Grenzen so zu gestalten, dass wir Hoffnung auf einen dauernden Frieden und für den Fall erneuten Angriffs besseren Schutz haben. Es heisst, den Geist schwächen, in dem unser Volk die Bürde dieses Krieges auf sich genommen hat, wenn wir einen Frieden erkaufen wollen unter Bedingungen, die uns keine Gewähr und kein Gefühl siegreichen Überwindens unserer Feinde geben. Die Zahl derer, die sich durch solche Abstraktionen den Geist dieser grossen Prüfungszeit unseres Volkes trüben und verwirren lassen, ist nicht gross an unseren Universitäten, aber darum ist es doch notwendig, diese Verirrung aufzudecken, um ihr entgegenzutreten.

In diesem Sinne habe ich mit meinen jungen Freunden derartige Fragen behandelt, wenn sie uns bei dem gemeinsamen Lesen bedeutender Geschichtswerke oder bei einer Untersuchung aufstiessen, und mit diesen Gedanken nehme ich Abschied von denen, die nun schon den Heldentod gestorben sind, und grüsse die, die noch im Schützengraben oder auf nächtlichem Patrouillenritt unseres Volkes Recht und Leben verteidigen. Wir aber, die wir nicht mitkämpfen können oder dürfen, wir wollen nicht durch Spielen mit Begriffen nach Art der Internationalen Rundschau das schwächen und zerstören lassen, was sie mit ihrem Herzblut verteidigen.

Dr. L. M. Hartmann erwidert (30. Aug. 1916):

Erst heute kommt mir die Sechsundzwanzigste Kriegs-Nummer des neuen Deutschland in die Hand, in der sich der von mir wegen seiner warmen Überzeugungstreue trotz aller Meinungsunterschiede hochgeschätzte Professor G. Kaufmann in seinem Aufsatz „Vom Geiste des Krieges“ u. a. auch mit meiner Person beschäftigt. Ich nehme die Gastfreundschaft Ihrer Zeitschrift in Anspruch, um kurz zu erwidern.

Prof. Kaufmann rechnet auch meine bescheidene Stimme zu denjenigen, welche vereinzelt, aber doch bis zu einem gewissen Grade gefährlich sind; „denn sie sind geeignet, der Jugend und gerade der ideal gerichteten studierenden Jugend den Sinn zu verwirren“. Und dann heisst es: „Die ganze Tradition unserer Universitäten bäumt sich auf gegen diese abstrakte Behandlung von Fragen, die keine abstrakte Behand-

lung dulden.“ Mit Verlaub: Prof. Kaufmann möchte ebenso ungerne wie ich an der Jugend — und auch am Alter — jenen echten Idealismus vermissen. Aber zum Idealismus gehören die Ideale; und die haben es nun leider einmal an sich, dass sie „abstrakt“ sind. Und die Tradition unserer Universitäten, die auf 1813 und auch auf 1848 zurückgeht, ist voll von solchen abstrakten Idealen, ob sie nun von Kant, Fichte und Hegel oder von der Revolution bezogen wurden. Und mehr als das: es bleibt der Ruhm unserer Hochschulen, dass sie diese Ideale wissenschaftlich geformt und, unbeirrt durch momentane Gefühlswerte — mitunter zweifelhafter Prägung — verteidigt haben. Auch Professor Kaufmann, ich wage es zu sagen, hat nicht nur seine Ideale, sondern sie sind auch durchaus auf Abstraktionen begründet. Wenn die, an welche die Versuchung in Gestalt von abstrakten Erörterungen herantritt, „in der Erhebung des Volkes und in der Pflicht, die sie unter die Waffen ruft, genügende Stützen ihres vaterländischen Gefühls finden“, so ist eben die Erhebung des Volkes in ihrer ganzen Grösse von ideellen Momenten recht abstrakter Art begleitet, und nicht die formale Pflicht, die zu den Waffen ruft, sondern das Bewusstsein, dass diese Pflicht hohen Zwecken dient, weckt den Enthusiasmus.

Es sei ferne von mir zu behaupten, dass meine Ideale und die von Professor Kaufmann sich decken. Aber „die Lehre von dem unschätzbaren Segen, den der Einzelne aus der Hingabe an den Staat empfängt“, brauchte mir als Sozialisten eigentlich nicht erteilt zu werden. Ich würde nur an die Stelle des Staates die Volksgemeinschaft setzen, weil es schlechte Sitte geworden ist, unter Staatsgefühl auch eine unbedingte Hingabe an — historisch betrachtet — vorübergehende Regierungen und Regierungsgrundsätze zu verstehen, staatssündlich die Personen zu nennen, welche den Staat in ihrem Sinne verbessern möchten. Ich bin weit entfernt Anarchist zu sein, preise den Segen der Organisation und verstehe „den Zwang, der unsere Kräfte zusammenfasst“ — könnte mich aber allerdings nicht dazu verstehen, diesen Zwang unter jeder Bedingung zu loben, auch dann, wenn er die Kräfte zum Schaden des Volkes, der Nation, ja des Staates selbst anwenden sollte.

Eben in dem, was wir als Schaden für Volk (und Staat) betrachten, sind wir verschiedener Meinung. Ich glaube aus der Geschichte gelernt zu haben, dass die Entwicklung auf die Bildung von Nationalstaaten hinarbeitet; in dieser Tendenz sehe ich das Todesurteil für das zaristische Russland und die Garantie für Deutschland; jede Annexion fremdsprachigen Gebietes in Europa erscheint mir daher nicht nur als Schädigung des von der Annexion betroffenen, sondern auch des annek-

tierenden Staates. Deshalb gilt mir als unglückliche Politik, wegen eines ertragreichen Bergwerksdistriktes oder sogar wegen einer kleinen Verbesserung der strategischen Grenze, die noch dazu vielleicht nur so lange Verbesserung ist, bis die Kanonen zweimal so weit schiessen gelernt haben, das nationale Prinzip aufzugeben. Kaufmann antwortet darauf mit dem Hinweise, dass viele Franzosen das linke Rheinufer erobern wollen, dass England Irland unterdrückt usw. Ja, ist es denn deshalb wünschenswert, dass wir das schlechte Beispiel nachahmen, und hat diese Politik denn Frankreich, England usw. selbst oder der Welt Nutzen gebracht? Wir wollen und sollen unser Schild reinhalten und die unvergleichliche Widerstandskraft des Deutschen Volkes nicht imperialistischen Träumen oder Sonderwünschen zuliebe für die Zukunft schwächen.

Denn — und darin liegt allerdings im wesentlichen Anschauungsgegensatz — ich sehe das Deutsche Reich nicht gleichsam im luftleeren Raume, ich kann es mir nur im Zusammenhange der Kulturwelt vorstellen und politisch und wirtschaftlich ebensowenig autark, wie irgend ein anderes Reich. Es gibt nun einmal eine Gesellschaft der Kulturnationen, die leider zeitweise durch die Schranken des Krieges gesprengt ist, aber sicher wiedererstehen wird. Der einzelne Mensch, auch der einzelne Forscher, ist allerdings nicht nur Mitglied seines Volkes, sondern durch dieses auch Mitglied der Menschheit. Die notwendige Arbeitsteilung zwischen den Nationen macht die Nationen voneinander und durch diese den Einzelnen auch von den anderen Nationen abhängig, und das wäre ein sonderbarer Forscher, der nicht über die Grenzen seines Volkes, so gross und mächtig und herrlich es auch sein mag, hinausblicken würde. Deshalb gilt der kategorische Imperativ auch für die Nationen, und nur die Lösung eines internationalen Problems kann gebilligt werden, die auch als Norm für die Lösung der übrigen gelten kann. Die Nation, die sich nicht einordnen wollte, wäre, um das aristotelische Bild zu gebrauchen, wie der Räuberstein im Brettspiele oder wie das Frankreich Ludwigs XIV. Vestigia terrent. Annexionen haben noch stets zu neuen Kriegen geführt.

Wenn mich Professor Kaufmann auf Grund dieser Anschauungen einen Friedensapostel nennt, so muss ich mir das in dem Sinne gefallen lassen, dass mir allerdings der Frieden als ein wünschenswerterer Zustand erscheint als der Krieg. Dagegen bin ich weit entfernt davon, in dem Sinne Pazifist zu sein, dass ich glauben würde, Kriege wären durch irgendwelche Institutionen zu vermeiden, solange die Ursachen der Kriege fortbestehen, und unter diese Ursachen rechne ich allerdings

eine ganze Reihe ungelöster nationaler Probleme und auch die Tatsache, dass die Welt so verschiedenartig besiedelt und kultiviert ist, dass nur in einem kleinen Teile die Grenzen definitiv festgestellt sind.

Auch die „Internationale Rundschau“, in der mein angegriffener Artikel erschienen ist, gerät bei Kaufmann in den Geruch des Pazifismus, obwohl ich meinerseits immer an ihr geschätzt habe, dass sie sich vom himmelblauen Pazifismus ferne gehalten und versucht hat, die durch den Krieg aufgerollten Probleme möglichst objektiv und vorurteilslos zu behandeln. Dass Männer aus verschiedenen Lagern in ihr ihre Gedanken niederlegen, und zwar in einer Form, die für die Gegenpartei nichts Verletzendes haben soll, erscheint mir als ein grosser Vorzug. Denn gerade in dieser Zeit ist es gut, wenn die Ehrlichen von beiden Seiten sich, wenn auch nur über das kleinste Problem miteinander zu verständigen trachten und wenn Kriegsmärchen von hüben und drüben aufgeklärt werden. Das kann der Deutschen Sache gewiss nicht schaden, da sie, wie mir scheint, die besseren Argumente für sich hat. Es ist darum auch bestimmt unrichtig, wenn Kaufmann behauptet, die Zeitschrift vertrete überwiegend die Interessen der Gegner Deutschlands. Wenn dieser Vorwurf gegen mich gerichtet wäre, würde ich ihn wohl auf das Allerenergischste zurückweisen. Aber auch Männer wie Brentano, Gothein, Lammasch, Messer, Preuss, Tönnies — um nur einige aufs Geratewohl zu nennen — werden wohl auch von Kaufmann nicht gemeint sein. Allerdings ist die „Internationale Rundschau“, wie ich höre, im Juni für Deutschland verboten worden; Franzosen haben schon ihre Gründung zu hintertreiben gesucht, so dass keine französische Ausgabe erscheinen kann; die englische Regierung aber sucht in ihrem Hasse gegen die tapferen Männer von der „demokratischen Kontrolle“, die mitgearbeitet haben, und aus offenbarer Abneigung gegen die ganze Tendenz der „Internationalen Rundschau“ ihre Verbreitung in England zu verhindern. Diese Symptome sprechen, wie mir scheint, dafür, dass ihr Bestreben, möglichst objektiv zu bleiben, von Erfolg gekrönt war, mag auch der eine oder der andere Artikel dem einen oder dem anderen oder vielen im eigenen oder im fremden Lande nicht genehm gewesen sein.

Wenn die Regierungen sich so verhalten, wie sie es tun, so mag man ihnen noch mildernde Umstände zubilligen. Der deutsche Forscher und Gelehrte aber legt am besten Zeugenschaft für sein Vaterland ab, wenn er die Wahrheit spricht und nichts als die Wahrheit; die „Begeisterung für unser Volk“ kann gewiss nicht darunter leiden, wenn man „auf dem durch die geistige Arbeit von Jahrhunderten gesättigten Boden der

Universitäten" auch dieses „Kraut" wachsen und wuchern lässt, das leider manchen — ich will nicht sagen: Kaufmann — für heute zu abstrakt erscheint, „die rücksichtslos ehrliche, im grossen wie im kleinen vor keiner Mühe scheuende, keinem Zweifel ausbiegende, keine Lücke der Überlieferung oder des eigenen Wissens überbrückende, immer sich selbst und anderen Rechenschaft legende Wahrheitsforschung" (Mommsen). In diesem Zeichen hat die deutsche Wissenschaft bisher gesiegt und wird Deutschland weiter siegen. —

Nachschrift der Redaktion.

Den lichtvollen Ausführungen Dr. L. M. Hartmanns, haben wir mit dem besten Dank für seine warme Fürsprache nur weniges hinzuzufügen.

In erster Linie ist es uns darum zu tun dem uns gemachten Vorwurf der „Deutschfeindlichkeit" zu begegnen, ein Vorwurf, dem wir jede tatsächliche Begründung absprechen. Unsere ganze Existenzberechtigung würde in dem Augenblicke aufhören, in welchem wir bewusst irgend einer Nation Unrecht täten. Das ist der Sinn unserer Devise: „Internationale Rundschau". Aber soweit ist die Vergiftung des europäischen Denkens durch die Kriegspsychose gediehen, dass jedes Volk es schon als Unrecht empfindet, wenn man es mit dem Gegner, dem „Banditen, der es angegriffen habe", auf eine Stufe stellt und sich ehrlich bemüht, auch ihm kein Unrecht zu tun. Dieser Wahn ist es, der zur Bekämpfung herausfordert und da das Bild der Deutschen in der Welt am meisten entstellt worden ist, so hat unsere Rundschau gerade ihnen, durch den Eindruck, den die Ausführungen deutscher Gelehrten gemacht haben, den grössten Dienst geleistet. Sie wird denn auch in der Schweiz mitunter ein deutsch-österreichisches Organ genannt und in den Ententeländern nach dem Rate der „Times" als „nuisance", behandelt. Die Einseitigen in beiden Lagern bekämpfen uns, eben weil wir uns die Aufgabe gestellt haben, den Besonnenen beider Parteien als Sprechsaal zu dienen.

Dass wir aus ethischen und historischen Gründen gegen jede Annexion einer zivilisierten Bevölkerung ohne ihre freie Zustimmung ankämpfen, sei ohne weiteres zugegeben. Aus ethischen Gründen, weil man menschliche Kulturgemeinschaften nicht wie Schafherden behandeln darf. Wo eine national bewusste Bevölkerung nicht selbst zugestimmt hat, ist ihre Annexion nicht Recht, sondern Gewalt und kann jederzeit wieder durch Gewalt in Frage gestellt werden. Aus historischen Gründen: Gerade der jetzige Krieg ist gegen alle gewaltsamen Annexionen beweiskräftig. Er ist der Revanchekrieg Frankreichs, dessen Rachedurst und ge-

kränktes Ehrgefühl vier Jahrzehnte hindurch immer von neuem durch Schmerzensschreie aus Elsass-Lothringen gereizt worden ist. Dass Frankreich eine annexionslose Niederlage zu überwinden weiss, hat es nach 1815 bewiesen, als ihm die Grenzen von 1792 zugebilligt wurden. Dass die Republik auch ohne die Annexion Elsass-Lothringens einen Krieg in diesem gigantischen Massstabe riskiert und bis zur Selbstverblutung getrieben hätte, mit völliger Unterordnung des gallischen Stolzes unter die maritime Alleinherrschaft Englands und der militärischen Dienstpflicht unter die Machtgebote des russischen Autokraten, ist eine völlig unbewiesene und psychologisch unberechtigte Annahme. Gewiss, die französischen Annexionisten würden, wenn sie könnten, die echt deutsche Rheinprovinz annektieren. Sie sind eben weder gerechter noch gescheiter als die deutschen Annexionisten.

Dazu kommt, dass der deutsche Annexionismus gegenwärtig eben zu jenen „kahlen Abstraktionen" gezählt werden muss, welche Prof. Kaufmann so sehr missbilligt. Oder heisst es, „die Dinge sehen, wie sie sind", wenn man von den künftigen Gebietserweiterungen spricht, angesichts einer Weltlage, welche diese immer unwahrscheinlicher macht? Es ist geradezu ein Unrecht am deutschen Volke zu nennen, wenn man seine glorreiche Abwehr einer feindlichen Welt erst zu einer Niederlage stempelt, indem man ihm die Gier nach ganz unmöglichen Annexionen suggeriert und so den Gegnern Recht gibt, welche behaupten, das deutsche Reich führe keinen ihm aufgezwungenen Verteidigungskrieg, sondern einen Raubkrieg um fremdes Gebiet.

In der Huldigung für die fast übermenschliche Hingebung der deutschen Soldaten stimmen wir mit Prof. Kaufmann voll und ganz überein. Nur glauben wir, dass man ihnen den schuldigen Zoll des Dankes und der Bewunderung besser abzahlt, wenn man den Krieg nicht so beendet, dass er den Keim eines Rachekrieges und die neue Notwendigkeit von dem Einzelnen das Letzte zu fordern, in sich trägt. Wir können uns ebensowenig der Tatsache verschliessen, dass Hingabe, Opfermut, Heldentum auch in den Staaten zu finden ist, die, gleich uns, „von dem Gedanken der Freiheit des Einzelnen geblendet sind". In dieser Feststellung können wir beim besten Willen keinen Tadel finden und glauben uns darum auch nicht verteidigen zu müssen. Über solche grundlegende Fragen zu diskutieren erübrigt sich. Jeder Einzelne hat hier das Recht und die Pflicht für die Ideale zu kämpfen, die er als die richtigen erkannt hat. Nichts anderes tun wir

□□□

Das baltische Problem.

Die Auffassung dieses Problems vom Standpunkt eines gebildeten Esten ist in den Nrn. 8 und 9 der „Internationalen Rundschau“ mit Sachkenntnis wiedergegeben. Es mag eine erwünschte Ergänzung bieten, wenn auch ein baltischer Edelmann zu Worte kommt, um den Standpunkt der deutschen Minorität zu kennzeichnen.

Ich muss vorausschicken, dass ich, aus persönlichen Ursachen, leider diese ganze schwere Kriegszeit habe in der Fremde zubringen müssen. Da der briefliche Verkehr mit meiner Heimat sich auf Tatsächliches beschränken muss, und man auch dann noch vor überraschendsten Zensureingriffen nicht sicher ist, so bin ich mangelhaft unterrichtet über die gegenwärtig unter meinen Landsleuten herrschenden Stimmungen; ich muss mir aus meiner Kenntnis der vorherigen Anschauungen einerseits, und aus der gegenwärtigen Sachlage andrerseits, die Gemütsverfassung meiner Freunde erst konstruieren. Die vor dem Kriege herrschenden Stimmungen und Bestrebungen sind mir freilich genau bekannt, und nur über die kann ich mit voller Sachkenntnis berichten.

Selbstverständlich gibt es unter den 150,000 Deutschbalten, die meist auf hoher Bildungsstufe stehen, fast ebensoviele Meinungen wie Köpfe. Ich will nur das hervorheben, was ich mit Sicherheit als das Gemeinsame bei der überwiegenden Mehrheit hinstellen darf.

Wir Balten *) betrachten es als unsere Pflicht nicht nur unseren Voreltern gegenüber, das von ihnen ererbte Deutschtum auch unseren Nachkommen zu erhalten, sondern auch als unsere Pflicht dem grossen Reiche gegenüber. Wir leben der Überzeugung, dass wir damit auch künftig, wie in der Vergangenheit, unserem russischen Vaterlande grössere, eigenartigere Dienste leisten können, als wenn wir in der Hundertmillionenmasse des russischen Volkes aufgelöst werden. Dieser Auflösungsprozess geht übrigens in natürlichem, unaufhaltsamem Gang auch ohne gewaltsame Russifizierungsmassnahmen, — vielmehr trotz dieser Massnahmen, vor sich. Denn darüber kann kein Zweifel herrschen, dass gerade die gegen unsere deutsche Kultur angewandten Gewaltmassregeln ein verstärktes Bewusstsein unseres Deutschtums hervorgerufen

*) Unter diesem Namen versteht man meist ausschliesslich die Deutschbalten; ich werde der Kürze wegen das Wort in diesem Sinn gebrauchen.

haben, und zwar auch in solchen Kreisen und bei solchen Individuen, denen dieses Bewusstsein abhanden gekommen war. Ich habe Männer gekannt, die, im Staatsdienst ergraut, ihre deutsche Muttersprache fast verlernt hatten, sich aber mit aller Kraft ihrer Seele gegen die Drangsalierungen auflehnten, welchen ihre in der Heimat lebenden Landsleute unterworfen wurden.

Freilich gab es auch solche , die anders dachten, die da meinten, es sei ein vergebliches Bestreben, seine Nationalität erhalten zu wollen im Kampf gegen die von unten drängenden Letten und Esten einerseits und gegen den von oben angewandten Druck der Regierung anderseits.

Dieser Ansicht huldigten viele der im russischen Reich zerstreut lebenden Balten, — einige aus Berechnung, um ein besseres Fortkommen für sich und die Ihrigen zu sichern, viele aber aus ehrlichster Überzeugung. Das Leben inmitten einer russischen Umgebung bewirkt sehr schnell ein Aufgehen in der herrschenden Nationalität. Dieser Wandlungsprozess, der besonders rasch bei Deutschen vor sich geht, wird in Russland dadurch beschleunigt, dass der Nationalrusse von Natur etwas Gewinnendes, Freundliches, Entgegenkommendes, Duldsames an sich hat. Diese Eigenschaften fehlen uns Deutschen. Wir sind zu rauh, zu ungeschlacht, wir haben keine leichte Hand. Il nous manque le doigté, wie Fürst Bülow sagt. Der Deutsche hat freilich grosses Verständnis für fremdes Wesen, aber er versteht es nicht anzuwenden da, wo er die Herrschaft hat. Die Fremden werden abgestossen, nicht angezogen von deutscher Art. Das ist bei anderen Völkern nicht der Fall. In England z. B. und den Vereinigten Staaten werden Fremdländische rasch anglisiert, in Frankreich französiert, auch ohne Zwangsmassregeln; und doch fehlt den Franzosen wie den Engländern *) im allgemeinen die Fähigkeit, auf fremde Art einzugehen, die den Russen, gleichwie den Deutschen, in hohem Grade eigen ist. Das erleichtert auch die Verschmelzung durch Mischehen.

Ich erinnere nur an diese bekannten Tatsachen, ohne hier in eine nähere Analyse der völkerpsychologischen Ursachen dieser Erscheinung einzugehen.

Die oben angedeutete opportunistische Auffassung der Russifizierungsfrage findet man nur bei Balten, die ausserhalb der Heimat in Russland leben und dort ihren Wirkungskreis haben. Bei den daheim Gebliebenen wird man sie kaum vertreten finden. Ich habe in der Heimat niemanden gekannt,

*) Die Schotten haben sie in weit höherem Grade. Wallace, der Verfasser des trefflichen Buches über Russland, war Schotte, Lewis, Carlyle, die tiefen Kenner deutschen Wesens gleichfalls.

der es nicht für seine Pflicht angesehen hätte, für Erhaltung unseres Deutschtums zu kämpfen.

Die gewaltsame Russifizierung, namentlich die Vernichtung unseres vortrefflichen Schulwesens mit der ruhmvollen Alma Mater Dorpatensis, ist von allen Balten schmerzlich empfunden worden und hat zu einer innerlichen Opposition geführt, namentlich auch bei den Frauen, die ins andere Extrem überschlug: russische Sprache, russisches Wesen wurden perhorresziert, weil sie an die Leute in der Gestalt minderwertiger Lehrer, rücksichtsloser Beamter und verlogener Presskorrespondenten herantraten. Je mehr und brutaler die äussere Russifizierung in die Erscheinung trat, um so tiefer griff die innere Entfremdung um sich.

Trotzdem kann ich es bei meiner Ehre bezeugen, dass ich, der ich mit den führenden baltischen Männern in nächster, intimster Beziehung gestanden habe, niemals von einem Landsmanne die leiseste Andeutung eines Wunsches nach Trennung vom Russischen Reich vernommen habe. Von einem Bestreben, eine solche Ablösung in die Wege zu bringen, konnte ja vor diesem Kriege keine Rede sein.

Diese, nicht nur dem Herrscher, sondern auch dem Reiche gegenüber empfundene Treue ist begreiflich. Wir Balten haben am äusseren Aufbau und am inneren Ausbau Russlands solch bedeutenden Anteil gehabt, dass schon aus diesem Grunde, aus der Liebe zum Werk eigner Mitarbeit unsere kollektive Anhänglichkeit erklärlich ist. Wir haben aber auch individuell, jeder von uns, die wir im Reich inmitten von Russen gewirkt haben, bis in die neueste Zeit stets freundliches Entgegenkommen seitens der Regierung, sowie seitens der einheimischen Bevölkerung erfahren.

Bekanntlich machen manche russische Nationalisten der Regierung den Vorwurf, man zöge Balten den Nationalrussen vor. Es wurden in der Hetzpresse statistische Daten zusammengestellt, um zu zeigen, wie relativ gross unsere Beteiligung an der Verwaltung des Reiches ist, und zwar in leitenden Stellungen. Das ist wohl eher eine Folge der Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit der Beamten und Offiziere deutscher Abstammung, als einer gewollten Bevorzugung. Aus dem gleichen Grunde zieht mancher russische Gutsbesitzer oder Industrielle einen deutschen Verwalter resp. Werkführer einem Nationalrussen vor.

Diese günstige Stellung jedes Balten in Russland beim „Kampf ums Dasein“ würde natürlich bei der Zugehörigkeit zu Deutschland fortfallen; diejenigen Eigenschaften, die uns Balten einen gewissen Vorsprung in Russland nehmen lassen, sind bei den Reichsdeutschen im Überfluss vorhanden, die Konkurrenz ist dort also weit schwerer.

Trotzdem haben, seit Beginn der Russifizierung unserer Heimat, d. h. seit den siebziger, namentlich aber seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, viele Balten sich, schweren Herzens, expatriiert, um für sich und die Nachkommen den seelischen Konflikten zu entgehen, welche durch die damals einsetzende deutschfeindliche Haltung massgebender russischer Kreise verursacht wurden. Namentlich unter den Intellektuellen, die von ihrer Geistesarbeit leben, und die weniger mit dem heimatlichen Boden verwachsen sind als der Grundbesitzer und der städtische Bürger, war diese Auswanderung lebhaft.

Einige Jahre nach Beginn der Russifizierung der baltischen Schulen und lokalen Behörden waren gleichzeitig 31 ehemalige Dorpatenser an Hochschulen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz tätig. Einige unter ihnen nahmen eine hervorragende Stellung auf ihrem Spezialgebiet ein, wie A. v. Harnack, W. Ostwald, A. v. Oettingen, G. v. Bunge, L. v. Schröder — um nur die Bekanntesten zu nennen.

Dass dieser erzwungene Abfluss geistiger Kräfte ein kultureller Verlust für Russland war, kann nur der fanatischeste Nationalist bestreiten.

Auch mancher baltische Gutsbesitzer hat sein Stammgut verkauft und sich in Deutschland niedergelassen, um seine Kinder auf deutschen Schulen bilden zu können und sie in einem Vaterlande einzuwurzeln, wo sie nicht als Fremdlinge behandelt und von einer Hetzpresse als unzuverlässige Mitbürger verleumdet werden. Die Auswanderer selbst haben sich selten in den engeren gesellschaftlichen Verhältnissen Deutschlands heimisch gefühlt, nach dem freien, grosszügigen russischen Lebenszuschnitt. Die Söhne aber hatten den Vorteil, es nicht erdulden zu müssen, während dieses Weltkrieges in empörendster Weise von lokalen Machthabern misshandelt zu werden und in der Presse des Hochverrats beschuldigt zu werden, während man für's Vaterland sein Blut vergiesst.

Solche unsäglich traurige Erfahrungen und Erlebnisse, welche meinen Landsleuten während dieses Krieges beschieden waren, werden — so denke ich — nach Friedensschluss eine starke Auswanderung der Deutschen aus Alt-Livland zur Folge haben. Ich kann mir auch denken, dass in manchem unter denen, die solche Kränkungen selbst erduldet haben, der Wunsch sich regen mag, ihr Heimatland unter der Herrschaft von Stammesgenossen zu sehen. Das halte ich psychologisch für wahrscheinlich. Direkte Andeutungen oder gar Nachrichten, welche diese Mutmassung bestätigen, habe ich nicht. Dessen bin ich aber sicher, dass es keinen Deutschbalten russischer Staatsange-

hörigkeit gibt, der sich die geringste disloyale Handlung hat zu Schulden kommen lassen.

Das werden die offiziellen Akten nach dem Kriege sicherlich bestätigen. Trotz der Schar berufsmässiger Spitzel und freiwilliger Angeber, hat man meinen Landsleuten keine grösseren politischen Verbrechen nachweisen können, als den Gebrauch der Muttersprache an öffentlichem Orte, als Sammlung von Unterstützungen für die unglücklichen, misshandelten deutschen Zivilgefangenen und als die, an Bauern gerichtete Mahnung, ihr Besitztum nicht zu verlassen, da die deutschen Heere aus wohldisziplinierten Truppen bestehen, welche den Einwohnern der von ihnen besetzten Gebiete nichts zu Leide tun, wenn man sich friedlich verhält. Diese letztere Art der Verschuldung hat namentlichen Landpredigern, — auf die blosse Angabe eines schlechtgesinnten Pfarrkindes hin — die sofortige Verschickung nach Sibirien „auf administrativem Wege", d. h. ohne Gerichtsverfahren, zugezogen.

Über die kulturelle Arbeit der Deutschbalten am grossen russischen Reich und an der Heimat werde ich in einem anderen Artikel kurz zu berichten suchen.

Oktober 1916. *Ein Balte.*



Alles schon dagewesen.

Der deutsche Demokrat und Revolutionär Carl Schurz, selbst General auf Seite der Nordstaaten, berichtet in seinen 1907 erschienenen „Lebenserinnerungen" über die Stimmung im amerikanischen Bürgerkrieg: Den Berichten aus den südlichen Staaten zufolge war die Rebellion auf dem besten Wege, sich zu organisieren . . und die Bürger stürmten zu den Waffen, mit einer Begeisterung gleich der, welche die Nordländer entflammte. Ein ergreifendes Schauspiel bot sich uns dar: Zwei Völker, die gegen einander die Waffen ergreifen, das Eine, um die Einheit der grossen Republik zu wahren und sie höheren Idealen zuzuführen, das Andere, um diese Republik zu zerstören, damit die Sklaverei in einem unabhängigen Reiche erhalten bleibe; beide von demselben Bewusstsein der Gerechtigkeit ihrer Sache durchdrungen, beide mit derselben Hingebung erfüllt für das, was jedes für seine heilige Aufgabe hielt, bereit, dafür zu kämpfen, zu leiden und zu sterben, beide überzeugt, dass das, was der Gegner vertrat der Inbegriff menschlicher Schlechtigkeit sei, und zum selben Gott um seine Hilfe gegen den anderen, den Feind betend.

Zeitschriftenschau.

England und die deutschen Kolonien. In der Artikelserie über den Frieden der Entente ("The Allied Peace") wird auch das Schicksal der deutschen Kolonien, im Falle des englischen Sieges, erörtert. Anfangs sei ganz England darüber einig gewesen, die deutschen Kolonien im Friedensschluss zurückzugeben. Aber bald zeigte es sich, dass Grossbritannien weder Japan zur Rückgabe von Kiaotschau noch seine eigenen Tochterstaaten zur Räumung der angrenzenden bisher deutschen Gebiete werde bewegen können. Togoland und Kamerun werden die Franzosen nicht zurückgeben wollen, zumal Deutschland zu Anfang des Krieges kein Hehl aus seiner Absicht gemacht habe, sich u. a. an französischen Kolonien für den Krieg schadlos zu halten. Freilich könne man sagen, die Rückbehaltung deutscher Kolonien würde beweisen, dass auch in diesem Frieden Gewalt vor Recht gehe. Aber gibt es eine tropische Kolonie mit einem andern Rechtstitel, gerade für die besitzende Nation? Daher schlägt der Verfasser als die ideale Lösung für alle tropischen Kolonien, auch die ehemals deutschen, wie die bisher französischen und englischen vor: die Internationalisierung. „Ganz Zentralafrika, von den Grenzen Marokkos und Ägyptens im Norden bis zu denen Rhodesias im Süden, sollte neutralisiert und von einer internationalen Kommission verwaltet werden.“ Dieses internationale Regime der „offenen Türe“ könnte für den Anfang als Verwaltung durch die alliierten Regierungen organisiert werden, aber zum Nutzen der Eingeborenen und der Kaufleute aller Nationen.

The New Statesman, 23. September 1916.

Eine italienische Würdigung des deutschen Geisteslebens. Giuseppe Prezzolini, einer der talentvollsten jungen Vertreter des italienischen Geisteslebens, hat in der August-Nummer der *Nuova Antologia* einen zeitgemässen und von einer gewissen Unabhängigkeit des Denkens zeugenden Artikel unter dem Titel „*La guerra e la cultura*“ veröffentlicht. Inmitten der gegenwärtigen Krise hat er es gewagt, gerade durch die angesehenste italienische Zeitschrift zu seinen Landsleuten Worte der Vernunft zu sprechen. Mit Schärfe wendet sich Prezzolini gegen diejenigen Intellektuellen, die in unverantwortlicher Weise Völkerhass säen und im Namen des Patriotismus Ideen einschmuggeln, die unter anderen Umständen als falsch und schädlich zurückgewiesen worden wären. Das gilt z. B. von den zahlreichen Angriffen, die seit Ausbruch des Krieges gegen die deutsche Kultur geschleudert worden sind. Es ist allerdings bedauerlich, dass ein so aufrichtiger und mutiger Mann wie Prezzolini die Ehrenrettung des deutschen Geistes durch das Graben einer geradezu unerträg-

lichen Kluft zwischen dem klassischen und dem heutigen Deutschland glaubt durchführen zu sollen und so sich von der seit Ausbruch des Krieges aufgebrachten konventionellen Schablone nicht ganz zu befreien vermocht hat. Anderseits wird man konstatieren müssen, dass es ihm gelungen ist, mit Ernst und Geschicklichkeit die grosse Gefahr der Herabwürdigung des deutschen Geisteslebens hervortreten zu lassen. Die Bewegung gegen die deutschen Professoren an den italienischen Universitäten ist nach Prezzolini schon deshalb zu verdammen, weil niemand garantieren kann, ob nicht in Zukunft diese Bewegung sich gegen alle ausländischen Dozenten richten würde, was dem Ruf der italienischen Universität, in bezug auf Wissenschaft international zu sein, in hohem Grade schaden müsste. Treffend bemerkt Prezzolini, dass er nicht einsieht, wie der gegenwärtige Krieg eine Umwälzung in den Dingen der Kunst, der Wissenschaft und der Philosophie zur Folge haben werde. Der Krieg kann unmöglich die Kriterien der Wissenschaft, die Triebkräfte der Kunst, die Lösungen der Philosophie und die Probleme der Religion von Grund aus ändern. In bezug auf die musikalische Erziehung wendet sich Prezzolini mit Entrüstung gegen die Entfernung der Namen der deutschen Musiker aus den musikalischen Programmen. Was endlich die deutsche Philosophie anlangt, so lasse sich kaum bestreiten, dass der Kern derselben dem Geiste der Eroberung, der Usurpation und der materiellen Herrschaft schnurstracks entgegengesetzt ist. „Die deutsche Romantik", schreibt er, „hat den Rechten des Gewissens, der Selbständigkeit des Individuums, dem Nationalitätsprinzip eine unerschütterliche Grundlage gegeben, und ihre Lyrik ward die treue Begleiterin jeder nationalen Rechtsforderung. Es wäre gut, bei dieser Gelegenheit die ‚*Lettera semiseria*' eines Patrioten wie Berchet wieder zu lesen. Lessing, die Brüder Schlegel, Herder, Kant aus der Erziehung verbannen, hiesse die grössten Prinzipien der modernen Kultur entfernen, diejenigen also, in deren Namen die Alliierten gegen die deutsche Übermacht von ihren Bürgern die höchsten Opfer verlangen." Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, dass auch der Lehrer Prezzolinis, der hervorragendste italienische Philosoph der Gegenwart, Senator Benedetto Croce, zu wiederholten Malen seit Ausbruch des Krieges gegen die ungerechte Beurteilung des deutschen Geisteslebens entschieden Einspruch erhoben hat.

Die Opferung Isaks. Die „*Nation*" (London, 12. August) weist darauf hin, dass in keinem kriegführenden Lande die wehrpflichtige Jugend zur Beratung über die Notwendigkeit des Krieges herangezogen wird. Die ältere Generation beschliesst, die jüngere ins Feld zu schicken. Abraham opfert Isak, ohne dass das stellvertretende Opfertier erscheint, wie in der biblischen Legende. Nie wird die Geschichte den Staatsmännern unserer Generation verzeihen, dass sie diese Opferung der Jugend nicht vorausgesehen, nicht verhindert haben. Der wahre Sieg für alle Nationen wäre die Abschüttelung der barbarischen Weltanschauung, welche den

Krieg als unentbehrliches Mittel des seelischen Aufschwunges preist, und die Nationen, welche den Krieg verabscheuen, als dekadent verachtet.

Gedächtnisworte auf Leibniz. Unter diesem Titel hat der Berliner Philosoph Benno Erdmann in der August-Nummer der „*Deutschen Rundschau*" die Rede veröffentlicht, die er in der Leibniz-Sitzung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 29. Juni gehalten hat. Die Lektüre dieser Rede wird inmitten der gegenwärtigen Krise unzweifelhaft allen Freunden einer Verständigung der Völker Freude machen. Denn Erdmann hat sich nicht mit der Würdigung der streng wissenschaftlichen Bedeutung Leibnizens begnügt; mit Nachdruck hebt er auch die Verdienste des grössten Weltbürgers unter den Philosophen für die Annäherung der Völker hervor, und zwar in der Absicht, zu zeigen, dass es auch heute, gerade heute heilige Pflicht ist, das von Leibniz begonnene Werk der Verständigung weiter zu führen. „Es ist wahrlich kein Geringes," meint Erdmann, „was uns Leibniz zum Erwerb hinterlassen hat: das Vermächtnis, dass nicht der Streit und Hass, sondern das wechselseitige Verständnis und die Versöhnung der unvermeidlichen Gegensätze der einzelnen wie der Völker der Vater aller Dinge ist ... Wir wollen nicht aufhören, daran zu denken, dass so wenig wie ein einzelner als solcher, so auch kein einzelnes Volk der auserwählte Kulturträger ist. Der Weg der Kultur ist der Weg der Völker zur Organisation der Menschheit, in deren Entwicklungsverlauf jedem Volk im Zusammenhang der Zeiten seine Funktion zuerteilt ist. Rechte nationale Gesinnung kann niemals nur nationale Gesinnung sein."

Heimatlos aus Liebe. Eine Schweizerin berichtet von einem Deutschen, der 35 Jahre lang in Paris sein Geschäft geleitet hat, und französisches Wesen, französischen Geist, französische Grazie lieben lernte. Alle Jahre besuchte er seine Verwandten in der deutschen Heimat und freute sich der Elitemenschen, die dort ebenso hohe Ziele anstrebten, wie die besten der Franzosen. Da kam der Krieg. Gerne fand sich unser Deutscher bereit, das Heldentum der Franzosen um ihn her bewundernd zu verstehen. Aber sie forderten mehr, forderten immer gebieterischer. Er sollte auch noch den Hass mitmachen, den törichten, den ungerechten, gegen sein eigenes Volk, das ebenso gute, ebenso grosse. Er flieht zu den Seinen, doch auch sie verlangen Hass. Und so verliert er seine Heimat, hüben wie drüben. „Nicht der ist heimatlos, der Haus und Hof verlor, der im fremden Lande am Wanderstabe geht, nur der ist heimatlos, dessen Herz, dessen Gedanken, dessen beste Gefühle keinen Ort mehr finden, wo sie wurzeln können. Der Hass hat mich heimatlos gemacht ..."

Er flieht nun nach der Schweiz, nach Luzern, weil es deutsch ist. Aber auch dort muten die Anhänger der deutschen Sache ihm zu, mitzuhassen. Nach vierzehn Tagen wird er weiter fliehen, in

die französische Schweiz, wieder nur für kurze Zeit. Und von dort — wohin?

„Ich bin alt,“ schliesst er, „das Hassgeschwür, das dieser Krieg gezeitigt, kann in Jahrzehnten nicht ausheilen, ich werde die Heilung nicht erleben, ich werde heimatlos bleiben.“

Anna Burg in „Wissen und Leben“ vom 15. August.

Der Kampf der Menschheit. In einigen hübschen Studien über den „Kampf der Menschheit“ bringt J. F. Nicolai die wahren Ziele im wirtschaftlichen Kampf der Menschheit zeitgemäss in Erinnerung. Die primitivste Art des menschlichen Daseinskampfes ist die Nahrungssuche mit gegenseitiger Abschlachtung bei Mangel an genussreifer Nahrung in der Natur. Die nächsthöhere Methode ist die landwirtschaftliche, durch deren Vervollkommnung seit etwa 20,000 Jahren für fünfzehn Menschen Nahrung geschaffen worden ist, wo zur Zeit der kriegerischen Nahrungssuche nur ein Mensch leben konnte. Doch gibt es auch jetzt im Durchschnitt der trockenen Erdoberfläche nur zehn Einwohner per Quadratkilometer. Die fünfzehnfache Menschenzahl könnte nach Ansicht des Verfassers — bei Anwendung der jetzigen Technik auf die ganze Erdoberfläche — genügende Nahrung finden; wie erst, wenn es gelänge, von der zur Erde strahlenden Sonnenenergie, die bisher nicht einmal zu einem millionsten Teile für die organische Welt verwertet wird, ein grösseres Quantum in menschliche Nahrung zu verwandeln oder auch nur durch die direkte Synthese von Eiweiss, diese wissenschaftlich fast schon reife Erfindung, den kostspieligen und mühsamen Umweg über die Pflanzen- und Tierform zu ersparen.

Mögen nun auch die Schätzungen Nicolais an optimistischer Übertreibung leiden, soviel wird man nicht leugnen können, dass bei Verbreitung der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Technik über alle hiezu geeigneten Teile der Erdoberfläche die Menschheit oder ihre durchschnittliche Güterversorgung, zum mindesten aber die europäische Menschheit, recht wohl verdoppelt werden könnte. Allerdings setzen diese Anwendungen der Technik die Verfügung über eine entsprechend wachsende Kapitalsmenge voraus, also rasche und reichliche Kapitalbildung, nicht Kapitalzerstörung. Engländer und Deutsche hätten auf der ganzen Erde noch reichlich nebeneinander „Plätze an der Sonne“ finden können, wenn ihre Staatslenker es verstanden hätten, die beiden Nationen, die den höchsten Aufgaben der Technik und Organisation gewachsen sind, zu friedlichem Zusammenwirken, statt zu gegenseitiger Bedrohung, anzuregen.

„*Die Aktion*“ (Nr. 33—40; wird fortgesetzt.)

□□□

15. November 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Vierzehntes Heft.



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 14. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.

Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli
Zürich.

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner**, Zürich; **C. Bergmann**, Russland; **J. Bergman**, Stockholm; **E. Bernstein**, Berlin; **G. Brandes**, Kopenhagen; **F. Brentano**, Zürich; **L. Brentano**, München; **C. Brockhausen**, Wien; **F. H. Broeksmit**, Holland; **G. Cardinali**, Bologna; **E. Clapp**, New York; **A. Daudé-Bancel**, Paris; **E. Dick**, Basel; **Fr. van Eeden**, Holland; **Fr. Foerster**, München; **Fr. Fritschi**, Zürich; **Gemelli**, Turin; **A. Germain**, Arcachon; **H. Gomperz**, Wien; **L. M. Hartmann**, Wien; **R. Hercod**, Lausanne; **P. Hiestand**, Zürich; **L. Hoesch-Ernest**, Amerika; **J. Jastrow**, Berlin; **E. Jones**, London; **Jong van Beek en Donk**, Haag; **Ellen Key**, Schweden; **A. Knapp**, Zürich; **J. R. Kjellén**, Göteborg; **H. Lambert**, Charleroi; **H. Lammasch**, Wien; **O. Lang**, Zürich; **C. Larsen**, Kopenhagen; **V. Lee**, London; **W. Lotz**, München; **E. Mach**, München; **G. Maier**, Zürich; **Rosa Mayreder**, Wien; **E. D. Morel**, London; **C. Oberoutcheff**, Russland; **J. Oehquist**, Helsingfors; **Oda Olberg**, Rom; **Cecil C. Palmer**, Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune**, Vaud; **H. Richardson**, England; **E. Rignano**, Mailand; **Ch. Roper**, London; **B. Russel**, London; **E. G. Smith**, England; **W. Schücking**, Marburg; **F. M. Stawell**, London; **E. Tcharsky**, Russland; **F. Tönnies**, Eutin; **E. Wavrinsky**, Stockholm; **E. A. Westermarck**, Helsingfors-London; **F. v. Wrangel**, Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Der neunte November.

Von Dr. B. DE JONG VAN BEEK EN DONK, Haag.

Der neunte November 1916 ist in der ganzen Welt mit grosser Spannung erwartet worden. Zwei bedeutsame Ereignisse waren für diesen Tag in Aussicht gestellt. Der englische Ministerpräsident Asquith sollte aufs neue, wie er es am 9. November 1914 getan hatte, eine Guildhall-Rede halten. Einige Tage später verlautete, dass auch der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg im neuen permanenten Reichstags-Ausschuss das Wort nehmen wolle. Beide Reden haben stattgefunden und beide waren wichtig, die englische diesmal in negativer, die deutsche in positiver Hinsicht.

Nicht weniger wichtig jedoch war das unerwartete Ereignis dieses neunten Novembers: die Nachricht aus Amerika, dass Hughes Wahl schliesslich doch noch unsicher war und dass sogar die Wiederwahl Wilsons immer wahrscheinlicher wurde. Diese Voraussage war für uns, die wir einen Frieden mit einer internationalen Rechtsorganisation als sicherste Garantie für dessen Dauerhaftigkeit herbeisehnen, recht erfreulich. Sie hat sich bestätigt. Und es ist für uns sehr beruhigend, dass der Mann aufs neue gewählt worden ist, der niemals versäumte zu betonen, dass es die Pflicht Amerikas sei mitzuhelfen, um dem künftigen Frieden einen dauerhaften Charakter zu verleihen. Das hoffnungsvollste Ereignis war jedoch die Rede des Reichskanzlers. Diese bedeutete einen ausserordentlich grossen Fortschritt auf dem Wege zur Friedensanbahnung. Hat doch jetzt auch der führende Staatsmann des Deutschen Reiches unzweideutig erklärt: „Deutschland ist jederzeit bereit einem Völkerbunde beizutreten, der Friedensstörer im Zaume hält.“ Er ist also mit den Zukunftswünschen einverstanden, welche schon oft vom Präsident Wilson, Lord Grey und Briand geäussert worden

sind und deren Verwirklichung von den Staatsmännern der Entente-Gruppe immer als eine „conditio sine qua non“ für den Frieden hingestellt worden ist. Mit überzeugenden und warmen Worten hat der Reichskanzler die Notwendigkeit anerkannt, dass alles versucht werde, um zur Begründung eines besseren Völkerrechts zu führen, welches künftige Kriege verhüten soll. Es ist nun klar, dass eine längere Fortsetzung des Krieges für den Zweck, dem Rechtsprinzip den Sieg über das Machtprinzip zu sichern, nicht mehr nötig ist. Auch die Staatsmänner der Zentralmächte, auf welche die schrecklichen Erfahrungen über die wahre Bedeutung eines Weltkrieges ihren Einfluss geübt haben, sind jetzt zu der zwischenstaatlichen Rechtsorganisation bereit.

Der Reichskanzler hat seine Worte über Deutschlands Bereitschaft, einem Völkerbunde beizutreten mit Aussprüchen in Verbindung gebracht, welche eine allgemeine Verurteilung von Annexionsabsichten in sich schliessen. Mit Recht hat er bemerkt, dass „eine solche Gewaltpolitik nicht die Grundlage zu einem wirksamen internationalen Friedensbunde abgeben kann,“ und in dieser Beziehung darauf hingewiesen, dass er bei der Besprechung der Kriegsziele niemals die Annexion Belgiens als Deutschlands Absicht bezeichnet habe. Dadurch wäre, streng genommen, noch nicht ausgeschlossen, dass die Annexion Belgiens nichtsdestoweniger die — bisher nicht ausdrücklich bezeichnete — Absicht der deutschen Staatslenker sein könnte. Aber diese Möglichkeit muss doch zurückgewiesen werden, da zugleich eine grundsätzliche Verurteilung der „Gewaltpolitik“ erfolgte, der „Annexionsabsichten“, welche der Reichskanzler den Gegnern Deutschlands vorwirft, im Gegensatz zu Deutschlands friedlichen Bestrebungen. So hat denn der deutsche Reichskanzler mit Beziehung auf die beiden Hauptfragen des Streites (die belgische Unabhängigkeit und die Garantierung des künftigen Friedens durch die Schöpfung eines internationalen Friedensbundes) eine Erklärung abgegeben, welche die Übereinstimmung zwischen den Gegnern offenkundig darlegt.

Was wird die Folge dieser Kanzlerrede in bezug auf die englische*) Friedensbereitschaft sein? Am Ende des vorigen Monats empfing ich einen Brief, dessen Verfasser zu den Führern der öffentlichen Meinung in England gehört, aber bis jetzt nicht zu den „Friedensaktivisten“ gezählt werden konnte. Dieser hervorragende Kenner der englischen Volksstimmung schrieb mir u. a. folgendes:

„In der Richtung des Friedens kann nur wenig fortgeschritten werden, wenn nicht und solange nicht Deutschland in den zwei Punkten, welche Sie hervorheben, eine bindende Verpflichtung übernehmen, nämlich das Versprechen geben will, die Souveränität der kleineren Staaten zu respektieren und die Lösung internationaler Konflikte durch internationale Vereinbarung und friedliche Mittel, statt durch Gewalt, zuzulassen. Es ist klar, dass diese beiden Punkte in jeder Vereinbarung geregelt sein müssen, an welcher unser Land teilnehmen soll. Ich denke, die Unklarheiten, welche in der Rede des Kanzlers bezüglich dieser beiden Punkte zu finden waren, haben den Fortschritt zu einer Einigung sehr gehindert.“

In ähnlicher Weise spricht sich ein kollektives Manifest von hervorragenden Engländern aus, wie Sir Gilbert Murray, William Archer, A. G. Gardiner, G. H. Perris, F. Maddison, J. Fred. Green. Die Verfasser nehmen zunächst scharf Stellung gegen Deutschland, seine Schuld am Kriege und seine Kriegsführung. Sie erklären, dass sie keinen Friedensversuch unterstützen können, solange das System nicht gestürzt worden ist, das Europa zu den Waffen gezwungen habe. Dieses Manifest nun sagt am Schluss: „Dieses System kann als beseitigt anerkannt werden, sobald Deutschland bereit ist anzunehmen, was die meisten anderen Nationen längst ersehnt haben, die

*) Wenn ich hier von der englischen Friedensbereitschaft spreche, meine ich hiermit keineswegs, dass vielleicht ein Separat-Frieden zwischen Deutschland und England möglich sei. Jeder Gedanke an einen Separatfrieden ist mir fern. Ich spreche nur deshalb speziell von einer englischen Friedensbereitschaft, weil ja die indirekte Diskussion über die Kriegsziele hauptsächlich zwischen England und Deutschland stattfindet.

Regelung internationaler Streitfragen durch friedliches Schiedsgericht oder Zusammenwirken in Konferenzen und nicht durch die offene oder geheime Drohung mit dem Schwerte."

Den Engländern, die dieses geschrieben haben — zahlreiche Äusserungen in „The Nation" und in „Manchester Guardian" lauten in ganz gleichem Sinne — kann jetzt zugerufen werden: Diese herbeigesehnte und mit Recht als conditio sine qua non für den Frieden geforderte Bereiterklärung Deutschlands zu einer friedlichen Erledigung künftiger internationaler Streitigkeiten, sie ist jetzt da! Die deutsche Regierung hat unzweideutig erklärt, dass in Zukunft nicht Gewalt, sondern Recht der entscheidende Faktor bei der Lösung internationaler Streitigkeiten sein soll. Handelt jetzt in Übereinstimmung mit Euren Worten! Überzeugt Eure eigenen Staatsmänner und Euer Volk, dass der Zweck des Krieges schon erreicht, dass ein weiteres Blutvergiessen unnötig ist!

Die zuerst bekannt gewordenen Äusserungen der englischen Presse über die Kanzlerrede sind freilich nicht günstig. Dies kann jedoch uns, die wir von der Kanzlerrede eine Friedensanbahnung erwarten, weder überraschen noch entmutigen. Die Londoner Tagespresse hatte auch früher niemals gemässigte Äusserungen im obenerwähnten Sinne gebracht. Man konnte also nicht hoffen, dass plötzlich eine einzige Rede die ganze Stimmung dieser Presse ändern würde. Die Hauptfrage ist nur, ob jetzt die gemässigten Elemente — „The Nation", „Manchester Guardian", Sir Gilbert Murray u. a. — ihren früheren Worten getreu bleiben werden und ob sie jetzt, wo klar ist, dass die deutsche Regierung gar keine Vergewaltigung kleiner Staaten beabsichtigt und einem wirksamen internationalen Friedensbund beizutreten bereit ist, ihre tatkräftige Mitarbeit zur Herbeiführung eines baldigen Friedens gewähren wollen, ob sie jetzt sich den Männern des „Labour Leader" und der „Union of Democratic Control" anschliessen werden. Die Frage ist auch, ob Lord Grey, den viele als einen Geistesverwandten dieser gemässigten

Engländer betrachten, die ihm vom Reichskanzler gebotene Hand ergreifen wird und mit dem ihm eigenen diplomatischen Takt die jetzt möglich gewordene Annäherung fördern will.

Die Rede Asquiths, am gleichen Tage wie die des Reichskanzlers gehalten, war, wie gesagt, in negativer Weise wichtig, d. h. in dem Sinne, dass sie die Hoffnung auf Friedensmöglichkeiten in keinerlei Weise abgeschwächt oder verdorben hat. Dies ist schon ein Verdienst, wenn man sich so mancher Rede von beiden Seiten aus dem vorigen Jahr erinnert.

Die Rede Asquiths sagt nichts neues. Am stärksten bekämpfte Asquith den Gedanken eines Separatfriedens. Weder ein englisch-deutscher, noch ein russisch-deutscher Separatfrieden ist möglich, versicherte der englische Premier. Hinsichtlich der ersten Frage, eines englisch-deutschen Separatfriedens, ist es zweifelhaft, obwohl überhaupt jemand an diese Möglichkeit denkt. Was einen russisch-deutschen Separatfrieden anbetrifft, so wird jeder Kämpfer für einen dauerhaften Frieden, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen freien Völkern, er sei Deutscher oder Engländer oder Neutraler, sich gefreut haben, von Asquith eine so ausdrückliche Erklärung zu hören, dass auch ein deutsch-russischer Separatfrieden, die grösste Gefahr der Zukunft,*) nicht ernstlich zu befürchten ist.

Asquiths Leugnung der Möglichkeit eines Separatfriedens hatte also für die Hoffnung auf eine Friedensannäherung nichts Neues, nichts Enttäuschendes.

Auch über seine anderen Erörterungen kann dasselbe gesagt werden. Was mancher fürchtete, war, dass Asquith, über den Rahmen seiner 1914er Guildhall-Rede hinaus, genaue Angaben über das gemeinschaftliche Programm der gesamten Entente-Gruppe machen könnte. Dies könnte nur zu leicht klar machen, dass eine unüberbrückbare Kluft zwischen den Kriegszielen der Entente-Gruppe und jener der Zentralmächte bestehe, dass also eine Kriegs-

*) Vgl. Goldscheid, Deutschlands grösste Gefahr (Zürich, Orell Füssli).

fortsetzung bis zur völligen Erschöpfung einer der beiden Parteien unumgänglich notwendig sei. Glücklicherweise hat Asquith nicht in solchem Sinne gesprochen und hat die Entente-Gruppe sich nicht festgelegt auf bestimmte Bedingungen, welche für die Zentralmächte vielleicht unannehmbar wären. So ist der Weg zu vertraulichen Unterhandlungen offen geblieben.

Nur eine Bedingung hat Asquith diesmal besonders hervorgehoben. In der Voraussetzung, welche durch die Kanzlerrede desselben Tags bestätigt wurde, dass Deutschland zur Wiederherstellung Belgiens bereit ist, hat der englische Minister sofort bemerkt, dass dies nicht hinreicht, dass auch Serbien seine Unabhängigkeit vollkommen zurückerhalten muss. Es scheint nun auf Grund der deutschen Pressstimmen, dass diese spezielle Bedingung in Deutschland auf keinen Widerstand stossen wird. Auch hat der Reichskanzler „Annexionsabsichten", „Gewaltpolitik" ganz im allgemeinen verurteilt. Es besteht gar kein Grund anzunehmen, dass diese allgemeine Verurteilung der Gewaltpolitik nur im Falle Serbiens nicht gelten würde. Auch Österreich-Ungarn hat von allem Anfang jeden Gedanken an eine Eroberung Serbiens abgelehnt.

Am Schluss versicherte Asquith, dass auch England und seine Bundesgenossen den Frieden herbeisehnen, aber nur unter der einen Bedingung, dass die gebrachten Opfer nicht vergeblich sein sollen. Man muss auch darin Asquith zustimmen, aber dabei die Hoffnung aussprechen, dass nach der letzten Kanzlerrede auch die Alliierten überzeugt sein werden, dass schon jetzt ein Friede möglich ist, ohne dass der Krieg umsonst geführt worden wäre. Die Anerkennung des Kanzlers, dass ein Völkerbund erwünscht sei, um künftigen Kriegen vorzubeugen, die Verurteilung der Gewaltpolitik auch kleinen Staaten gegenüber, das alles ist ein unschätzbarer Gewinn aus diesem Kriege, es ist die von Asquith geforderte „sichere und feste Grundlage für die Sicherheit Europas und für die freie Zukunft der Welt."

In der deutschen Presse wird als ein günstiges Symptom hervorgehoben, dass Asquith diesmal nicht mehr von einer „Vernichtung Deutschlands", oder einer „Zerstörung des preussischen Militarismus" gesprochen hat. Man meint, dass Asquith erst jetzt zu gemässigteren Äusserungen gekommen ist.

Dieses scheint aber unrichtig. Niemals hat Asquith die Vernichtung oder die Zerstückelung Deutschlands gefordert. Er hat im Gegenteil öfters mit Nachdruck erklärt, dass diese Auffassung ihm ferne liegt, u. a. in den Friedensdiskussionen im englischen Unterhaus, am 23. Febr. 1916 (vgl. Nr. 7 und 8 dieser Rundschau). Und bezüglich der Zerstörung der „Oberherrschaft des preussischen Militarismus" hat Asquith in seiner Rede vom 10. April 1916 gegenüber den französischen Parlamentariern diesen Ausdruck interpretiert, in dem Sinne, „dass internationale Probleme nach diesem Kriege durch freie Unterhandlung zwischen freien Völkern auf dem Fusse der Gleichheit gelöst werden sollen." Ob er sich so ausdrückte oder, wie jetzt: „Der kommende Friede soll auf eine dauernde und feste Grundlage die Sicherheit der Welt, die Freiheit Europas und eine freie Entwicklung für die ganze Welt aufbauen", ist ganz gleich; er meint nur dasjenige, wozu auch der Reichskanzler bereit ist: die Schöpfung einer zwischenstaatlichen Rechtsorganisation zur Erhaltung des Friedens.*)

So scheint denn die Kanzlerrede den Weg zum Frieden geöffnet zu haben und die Rede Asquiths hat ihn wenigstens nicht versperrt. Inzwischen wird man dem Prinzen Hohenlohe ohne weiteres zustimmen: „der Friede steht noch nicht

*) Man hat jetzt in der englischen Presse dem Reichskanzler vorgeworfen, dass Deutschland sich „an die Spitze" des Völkerbundes stellen will und hat aus diesen Worten ein neues Symptom der deutschen Sucht nach Welthegemonie herausgelesen. Es war zu fürchten, dass dieser unglückliche Ausdruck des Kanzlers zu solchen falschen Deutungen Anlass geben würde. Inzwischen ist die Bedeutung dieses Ausdrucks selbstverständlich nur diese, dass Deutschland nicht mit innerem Widerstreben, sondern ganz überzeugt und mit bestem Willen dem Völkerbunde beizutreten geneigt ist.

vor der Tür, es wird noch manchen harten Kampf geben".*) Insbesondere in England wird jetzt ein grosser Kampf notwendig sein, um für die Überzeugung Raum zu gewinnen, dass die internationale Lage durch die Kanzlerrede eine ganz andere geworden ist. Die Hoffnung scheint begründet, dass dies in England allmählich zur Volksüberzeugung werden wird, unterstützt auch von den gemässigten englischen Ministern.

Bis jetzt waren die Reden von Asquith und Grey im allgemeinen solcher Art, dass es für die neutralen Friedensfreunde eine Freude war sie zu lesen, während die deutschen Reden leider nur zu oft einen schroffen Gegensatz gegen die englischen bildeten. Bis jetzt war in den neutralen Ländern die Überzeugung lebendig, dass Deutschland durch seine Ablehnung bindender Versicherungen in bezug auf die Unabhängigkeit Belgiens und den künftigen Völkerbund die grösste Verantwortlichkeit für die Fortsetzung des Krieges trage. Jetzt hat aber der Reichskanzler die erlösenden Worte gesprochen. Es wäre eine der grössten moralischen Enttäuschungen in diesem Weltkrieg, wenn das Echo, welches diese Worte in England finden, zeigen würde, dass die Sympathien, welche fast jeder neutrale Pazifist auf Grund dieser Kriegsziele für die Entente hegte, unberechtigt gewesen waren.

*) Neue Zürcher Zeitung vom 14. November 1916.

□□□

Farbenblinde Neutralität.*)

Von GEORG BRANDES (Kopenhagen).

Da ich teils in ausländischen Zeitungen, teils in jenen anonymen Briefen, aus denen die Blüte des dänischen Plebs ihren Duft emporsendet, auch persönlichen Insinuationen begegnet bin, so sei nur Folgendes ein für allemal bemerkt: Ich habe die Ehre Mitglied dreier angesehener Londoner Klubs zu sein, war Präsident des einen, Vizepräsident des andern, bin Ehrenmitglied dreier wissenschaftlicher Gesellschaften und Ehrendoktor einer schottischen Universität. Ich bin mithin durch starke Bande an Grossbritannien geknüpft, ich bin Englands literarischer und künstlerischer Welt zu tiefem Dank verpflichtet und habe mich stets von britischem Leben und Geist mächtig angezogen gefühlt.

Von seiten des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns habe ich niemals auch nur die kleinste Ehrenbezeugung irgendwelcher Art erhalten, auch nicht das kleinste rote Vögelchen vierter Klasse, ich war weder je Mitglied irgendeines deutschen Vereins, noch einer wissenschaftlichen Gesellschaft und habe nie von einer deutschen Universität die kleinste Auszeichnung empfangen. Infolge meiner Auslassungen über Nord-Schleswig schmäht man mich seit fast zwanzig Jahren in der deutschen Presse nach Kräften.

Dass ich also bestochen wäre, Deutschlands Sache zu verfechten, lässt sich eigentlich nicht behaupten. Wenn ich unparteiisch ausgesprochen habe, was ich für Wahrheit ansehe, so dürfte das doch auf andern Eigenschaften

---

*) Dieser Artikel ist die Entgegnung des ausgezeichneten dänischen Schriftstellers auf eine ihn heftig angreifende englische Broschüre William Archers: „Colourblind Neutrality“. Wir machen darauf aufmerksam, dass die Argumente Archers mit denen Lord Greys in seiner letzten Rede teilweise zusammenfallen. Wir sind gerne bereit die Diskussion fortzusetzen. (Anm. d. Red.)

beruhen, als darauf, dass ich — wie Herr Clemenceau mir läppischerweise insinuiert — nach Kaisergunst schiele.

Mr. Archer geht von dem Grundgedanken aus, dass einzig die Zentralmächte (gewisse Männer dieser Mächte) an dem Krieg Schuld seien und sich auf ihn vorbereitet hätten. Es ist derselbe Grundgedanke, dem man immer wieder bei den Alliierten begegnet: die unvollkommene Vorbereitung auf den Krieg beweise, dass der eine Teil das Lamm, der andere der Wolf sei.

Meiner Ansicht nach beweist der Mangel an Kriegsbereitschaft einer Festlandsmacht im Sommer 1914 an sich nichts anderes als eine gewisse Sorglosigkeit, Nachlässigkeit, Unordentlichkeit und mangelnde Voraussicht der verantwortlichen Stellen. Deshalb kann eine Nation sehr wohl darauf gehofft haben, durch Krieg in den Besitz gewaltsam entrissener Provinzen zu gelangen. Man kann sich sehr wohl vorstellen, dass solch ein Krieg schon längst als eine heilige Pflicht von der öffentlichen Meinung bezeichnet wurde und dass man trotzdem saumselig genug gewesen wäre, sein Militärwesen nicht in Ordnung zu halten.

Und was von einer Landmacht gilt, gilt nicht minder von einer Seemacht.

I.

Am 27. November 1911 wurde im englischen Parlament die Anfrage gestellt, ob das Marokko-Übereinkommen zwischen England und Frankreich vom April 1904, sei es von der französischen oder englischen Regierung, so ausgelegt werden könne, als begreife es unter Umständen militärische Unterstützung zu Lande oder zur See in sich und welches eventuell diese Umstände seien. Die Antwort lief darauf hinaus, dass diplomatische Unterstützung keine militärische oder maritime bedinge. Am selben Tag äusserte Sir Edward Grey: Versuchen wir all den Argwohn in bezug auf heimliche Abmachungen loszuwerden. Wir haben dem Unterhaus alle nicht veröffentlichten Artikel des Übereinkommens mit Frank-

reich von 1904 vorgelegt. Es bestehen keinerlei andere Verpflichtungen. Wir selbst haben seit Antritt der Regierung nicht eine einzige heimliche Abmachung irgendwelcher Art getroffen.

Am 3. August 1914 verlas Sir Edward Grey im Parlament u. a. folgenden Passus eines Dokuments, das er am 22. November 1912 an den französischen Botschafter in London gesendet hatte: „Sie haben darauf hingewiesen, dass im Falle eine der Regierungen ernsten Grund haben sollte, einen nicht herausgeforderten Angriff einer dritten Macht zu erwarten, es für sie von Gewicht sein könnte, zu wissen, ob die betreffende Regierung in diesem Falle auf den bewaffneten Beistand der andern rechnen dürfe. Ich bin darin mit Ihnen einig, dass, sofern eine der Regierungen ernsten Grund haben sollte, einen unprovozierten Angriff einer dritten Macht oder etwas *(„something“)* den allgemeinen Frieden Bedrohendes (eine äusserst dehnbare Bestimmung) zu erwarten, sie augenblicklich mit der andern erörtern solle, ob beide Regierungen gemeinschaftlich vorgehen sollen, um dem Angriff vorzubeugen und den Frieden zu erhalten, und welche Massregeln sie in einem solchen Falle gemeinsam zu treffen hätten.“ In derselben Rede heisst es: „Wir sind an der französisch-russischen Allianz nicht beteiligt. Wir kennen nicht einmal die Ausdrücke, in denen sie abgefasst ist.“ (Eine höchst merkwürdige Aussage.)

Im Februar 1913 sagte Lord Hugh Cecil in der Adressdebatte: Es ist der Glaube ziemlich allgemein verbreitet, dass das Land eine Verpflichtung eingegangen sei, nicht gerade einen Traktat, aber eine Verpflichtung, die sich auf eine vom Ministerium gegebene Versicherung gründe, mit einer bedeutenden bewaffneten Macht in Europa zu operieren. Mr. Asquith unterbrach hier den Redner mit den Worten: „Ich fühle mich zu der Erklärung gezwungen, dass dies unwahr sei.“

Am 24. März 1913 wurde der Premierminister abermals befragt, ob britische Truppen unter gewissen Umständen einberufen werden könnten, um sie am Kontinent zu

landen. Er erwiderte: „Wie schon wiederholt hervorgehoben wurde, hat dieses Land keinerlei der Öffentlichkeit und dem Parlament unbekannt gebliebenen Verpflichtungen, die es zur Teilnahme an irgendeinem Krieg treiben könnten.“

Stimmte diese Antwort mit der Wahrheit überein? Als im folgenden Jahr neuerlich Gerüchte auftauchten, antwortete Sir Edward Grey am 28. April 1914: „Die Sachlage ist jetzt dieselbe, wie sie der Premierminister in seiner Antwort am 24. März 1913 festgestellt hat.“ Auf eine abermalige Anfrage am 11. Juni 1914 erwiderte Sir Edward Grey: „Es bestehen keine unveröffentlichten Abmachungen, die das Parlament oder die Regierung in der Freiheit ihrer Entschliessungen, ob Grossbritannien an einem Krieg teilnehmen solle, hindern oder einschränken würden.“

Das kann man wohl ohne Übertreibung Sophisterei nennen.

Es bestand doch der Brief an M. Cambon vom 22. November 1912, der in dem schrecklichen Kanzleistil der diplomatischen Sprache, aber unzweideutig England zur Teilnahme an jedem militärischen Wagestück verband, zu dem Russland Frankreich zu bewegen vermöchte.

Und noch merkwürdiger war der Schluss der Rede des Ministers des Äussern, der lautete: „Wenn jedoch irgendeine Verabredung getroffen werden müsste, die es notwendig machen sollte, die Erklärung des Premierministers vom Vorjahr zurückzunehmen oder abzuändern, so müsste sie meiner Meinung nach dem Parlament vorgelegt werden, und ich nehme es als gegeben an, dass dies auch geschehen würde.“

Die ganze Welt weiss, dass es nicht geschah.

II.

Diese aus Parlamentsreden angeführten Stellen beweisen, dass Grossbritannien auf einen Krieg mit Deutschland nicht unvorbereitet war.

Mr. Archer betrachtet es als ausgemacht, dass von Deutschlands Seite ein Krieg mit Grossbritannien leidenschaftlich herbeigewünscht wurde.

Bekanntlich ist es erwiesen, dass Englands Kriegserklärung von der deutschen Regierung so wenig vorausgesehen war, dass sie Bestürzung erregte. Man mag die deutsche Regierung in diesem Punkt naiv nennen, aber dass sie peinlich überrascht wurde, steht ausser Zweifel. Kaiser Wilhelm hatte, wie C. H. Norman schlagend nachgewiesen hat, einigen Grund, auf Englands Neutralität zu hoffen. Er hatte in den Jahren 1900—1901 einer europäischen Koalition vorgebeugt, die England zwingen wollte, den südafrikanischen Republiken unter günstigen Bedingungen Frieden zu gewähren. Er hatte England seine Freundschaft bewiesen, indem er sich weigerte, die Deputation des Burenvolkes, die in ganz Europa gefeiert wurde, in Berlin zu empfangen; er hatte, wie er ausdrücklich in dem bekannten Interview im „Daily Telegraph" 1908 veröffentlichen liess, die Aufforderung Russlands und Frankreichs abgelehnt, mit ihnen gemeinsam bei England Schritte zu tun, um dem Burenkriege ein Ende zu machen.

Weder Frankreich noch Russland haben dem je zu widersprechen gewagt.

Besonders erpicht auf einen Krieg mit England war also der Kaiser damals nicht. Und dass er sechs Jahre nach der Veröffentlichung jenes Interviews eifrig darauf bedacht gewesen sein sollte, auf einmal mit dem ganzen Erdball in Krieg zu geraten, davon einen denkenden Menschen zu überzeugen dürfte nicht leicht sein. Seine Regierung hat falsch gerechnet, hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht, das ist klar. Aber gewollt hat sie 1914 den Krieg mit England nicht, und der unbeherrschte Volkshass gegen die Engländer, der in so abstossender Weise in Deutschland zum Ausbruch kam, entsprang eben der Überraschung, in Grossbritannien einem unerwarteten, einem ungemein starken Feind zu begegnen.

Die deutsche Diplomatie tat, was in ihrer Macht stand,

um Englands Neutralität noch im letzten Augenblick zu erringen. Sie ging tastend zu Werke. Der deutsche Kanzler bot Sir Edward Goschen an, für die Unverletzlichkeit des französischen Landgebiets einzustehen für den Fall es Deutschland beschieden sein sollte, Frankreich und Russland zu überwinden. Sir Edward Grey verhielt sich ablehnend, da Deutschland die Zusicherung nicht auch auf die französischen Kolonien ausdehnen wollte.

Nun fragte Fürst Lichnowsky, der deutsche Gesandte in London, ob England zusagen wolle, neutral zu bleiben, wenn die Deutschen die Neutralität Belgiens nicht verletzten. Diese Zusage wollte Sir Edward Grey nicht geben, er wollte freie Hand bewahren. *(I did not think, we could give a promise of neutrality on that condition alone.)* Ob er diese Zusage geben würde, falls Deutschland die Integrität sowohl Frankreichs als seiner Kolonien zusicherte? Nein, er wolle sich nicht binden. Ob er also selbst die Bedingungen angeben wolle, unter denen er zum Versprechen der Neutralität geneigt wäre? Auch das nicht. *(The ambassader pressed me as to whether I could formulate conditions on which we would remain neutral. He even suggested that the integrity of France and her Colonies might be guaranteed. I said that I felt obliged to refuse definitely any promise to remain neutral on similar terms, and I could only say that we must keep our hands free.)*

Wenn Sir Edward Grey hinterher behauptete, Fürst Lichnowsky hätte bei diesen Anerbietungen sicherlich seine Vollmacht überschritten, so doch eben nur, weil der britische Minister des Äussern überzeugt ist und bleibt, dass Deutschland damals eine unbezwingliche Lust hatte, sich gleichzeitig mit Russland, Frankreich, England und Belgien zu schlagen.

Wie schon früher ausgeführt und wie es dem gesunden Menschenverstand einleuchtet, war Deutschland auf einen deutsch-russischen Krieg gefasst, falls ein solcher aus dem Einfall Österreichs in Serbien entstehen sollte. Es wollte Frankreich (und auch Belgien) unbehelligt lassen, falls

dieses sich neutral verhielte. Allein Frankreich war bekanntlich fest entschlossen, Russland zu Hilfe zu kommen, eine Politik, über deren Weisheit die Zukunft ihr Urteil fällen wird, die aber vorläufig dahin geführt hat, dass zehn Millionen Menschen die sieben Tage der Woche damit verbringen, einander kläglich hinzumorden.

Das englische Ministerium des Äussern hatte heimlich — ohne Wissen des Parlaments — Grossbritannien verpflichtet, Frankreich im Falle eines europäischen Krieges zu Hilfe zu kommen. Englands öffentliche Meinung hätte vielleicht, infolge der neuen aber starken Sympathie für Frankreich, diese Verpflichtung, wenn sie bekannt gewesen wäre, gebilligt. Doch sicher würde sie den Zwang nicht gebilligt haben, in den England versetzt wurde, wenn sie alles gewusst hätte; sollte doch durch das Verhältnis Frankreichs zu Russland, der einzigen Macht, die bei einem Krieg nichts zu verlieren hatte, England zum Kriege gezwungen werden. Russlands Menschenmaterial ist so gross, dass die Verluste an Menschenleben im Krieg nur wenig in Betracht kommen und würden die nationalen Leidenschaften entfesselt und führte der Krieg zum Siege, so konnte die konservative Regierung dadurch nur befestigt werden.

Die öffentliche Meinung in Grossbritannien würde, wenn sie um die politische Lage wie sie war, Bescheid gewusst hätte, erkannt haben, dass der Ausgang des Streites für die Freiheit oder das Heil der Menschheit nichts Gutes verheissen könne. Siegten die Alliierten, so bahnte dies nur eine ungeheure Steigerung der Macht Russlands an, den Sieg eines Regierungssystems, das dem Grossbritanniens entgegengesetzt ist. Für das russische Volk, das als Volk Europas Herz gewonnen hat, würde dieser Sieg keinen Fortschritt verheissen.

III.

Ich glaube nicht, dass mein geschätzter Widersacher Mr. Archer den preussischen Militarismus mehr verabscheuen kann als ich. Er wird bedingt durch die zwei

langen und gefährdeten Grenzlinien zwischen Deutschland und Russland auf der einen und Deutschland und Frankreich auf der andern Seite. Was ihn Frankreich gegenüber entschuldbar macht, ist die Tatsache, dass die Franzosen Berlin wohl an zwanzigmal besetzten, während die Deutschen nur zweimal in Paris waren. Er wirkt abschreckend durch sein Kastenwesen und seinen Hochmut. Doch viel schlimmer als der Militarismus anderer Länder ist er wohl kaum. Europa, auch England, beobachtete seinerzeit in der Dreyfusaffäre mit Besorgnis, welche Formen der französische Militarismus anzunehmen vermag. Was den russischen Militarismus betrifft, so schlachteten die idyllischen und liebenswürdigen Russen, für die mein geehrter Freund Wells so schwärmt und die es auch uns andern angetan haben, im Jahr 1900 kaltblütig die ganze chinesische Bevölkerung in Blagovestchenk und Umgebung. Die Kosaken banden die Chinesen an ihren Zöpfen zusammen und trieben sie auf Booten, die sie nicht zu tragen vermochten, auf den Strom hinaus. Wenn die Frauen ihre Kinder an den Strand warfen und flehten, wenigstens diese zu retten, spiessten sie die Kleinen auf ihre Bajonette.

„Ärgeres wie diesen Massenmord in Blagovestchenk haben sich auch die Türken niemals zuschulden kommen lassen," schrieb Mr. F. E. Smith, der vormalige englische Pressezensor im Jahr 1907, in eben dem Jahr, in dem England und Russland den Traktat vereinbarten, der Persiens Unabhängigkeit gewährleistete und untergrub.

Derselbe englische Schriftsteller hat die Schilderung bestätigt, die der Korrespondent der „Times" seinerzeit vom japanischen Militarismus gab. Am 21. November 1894 stürmte das japanische Heer Port Arthur und vier Tage lang schlachtete die Soldateska die Zivilbevölkerung, Männer, Frauen und Kinder mit äusserster Barbarei: „Vom Morgengrauen bis in die Nacht hinein vergingen die Tage mit Mord, Plünderung und Verstümmlungen, mit jeder denkbaren Art namenloser Grausamkeit, bis der Ort ein solches Bild des Entsetzens war, dass jeder Über-

lebende mit Schaudern bis an seinen Todestag daran denken wird."

Es kommt also nicht so sehr darauf an, von welcher Nationalität der Militarismus seine Färbung erhält. Er ist sich überall ziemlich gleich. Ich wünschte, Mr. Archer läse einen Vortrag, den Dr. Vöhringer am 30. Januar 1915 in Hamburg über Deutsch-Afrika hielt. Er würde daraus erfahren, was die deutschen Bewohner von Kamerun, etwa fünfzig Damen und Herren, die von der Kriegserklärung überrascht wurden, zu leiden hatten, als englische Offiziere sie einsperren liessen und dem Befehl von Schwarzen unterstellten, die sie misshandelten. Sie litten Hunger und Durst. Baten sie um Wasser, so reichte man es ihnen in Unratkübeln, und ein britischer Offizier sagte: „Gleichviel, ob die deutschen Schweine zu trinken haben oder nicht." Nicht einmal Waschwasser erhielten sie auf der Reise von Lago bis England.

So sieht der englische Militarismus aus. Ist er um vieles besser als der preussische, wenn das Nationalgefühl bei den Engländern wie bei den andern Völkerschaften der Erde bis zum Wahnwitz überhitzt ist?

IV.

Möchte nun Mr. Archer und andere hervorragende Männer in und ausserhalb Grossbritanniens endlich von der ewigen Untersuchung, in die auch ich hineingezerrt wurde, lassen, wer die Schuld an dem Krieg trage und an wem sie durch seinen Ausgang gesühnt werden müsse, und sich lieber der einzig wichtigen und entscheidenden Frage zuwenden, nämlich, wie man den Ausweg aus dieser Hölle finde, von der man in Wahrheit sagen kann, wie es in Macbeth heisst:

O horror, horror, horror! Tongue nor heart
Cannot conceive nor name thee.

Die Kriegführenden sind unersättlich. Wurde doch in Paris beschlossen, den Handelskrieg bis aufs Äusserste fortzuführen, auch wenn der Krieg der Waffen beendet sei. So soll denn die Tollheit nie ein Ende nehmen?

Der Krieg muss ja doch auf alle Fälle mit einer Übereinkunft schliessen; und da der Krieg wirtschaftlicher Natur war, muss auch die Übereinkunft eine wirtschaftliche sein. England hat als Freihandelsmacht der ganzen Welt den Weg gewiesen. Abmachungen hinsichtlich der Zollfragen werden unausweichlich sein, und man wird notgedrungen gegenseitige Zugeständnisse machen, grössere Freiheit für den Handel anstreben müssen, um schliesslich zum Welt-Freihandel zu gelangen.

Ein Mann aus dem Lande, das von Anfang an am schwersten unter dem Krieg gelitten hat, ein belgischer Fabrikant aus Charleroi, Mr. Henri Lambert, hat das erlösende, das dem Frieden den Weg bahnende Wort gesprochen, nämlich dass die einzige kluge und voraussehende Politik, in diesem Fall Zollpolitik, die ist, gerecht zu sein, auch dem Gegenpart das Leben zu gönnen. Er hat darauf hingewiesen, dass eine dauernde Besserung der europäischen Zustände sich nur dann erreichen liesse, wenn der den Frieden suchende Teil zur Abschaffung oder mindestens Herabsetzung der Zölle genötigt würde, doch unter dem Zugeständnis voller gerechter Gegenseitigkeit.*) Die Abschaffung des Zolls scheint das einzig vernünftige und wirksame Mittel, um die im ökonomischen Wettstreit bekannte Kampfmethode, die die Engländer „dumping“ nennen und den Deutschen so leidenschaftlich vorwerfen, auszuschliessen.

Zollkonventionen werden auch in dem unwahrscheinlichen Fall unausweichlich sein, dass der Krieg fortgeführt würde bis zu einem den Gegner vernichtenden Sieg, für den noch Millionen und Abermillionen Menschen draussen auf den Wahlplätzen geopfert werden oder daheim an Wunden, Krankheiten und Entbehrungen zugrunde gehen müssten. Gesetzt, der Sieger beschlösse (wie es die Pariser Wirtschaftskonferenz verlangt) eine solche Benachteiligung des Überwundenen in bezug auf die Zölle, dass er

*) S. Internationale Rundschau vom 1. Nov. 1915: Pax oeconomica von Henri Lambert. (Anm. d. Red.)

wirtschaftlich hiedurch auf eine niedrigere Stufe herabgedrückt würde, so wäre dies ein Rückfall der Menschheit zum System der Völkersklaverei!

Der Unterdrückte würde dann selbstverständlich mit aller Kraft danach streben, sich wieder aufzurichten, jeden Zwist zwischen den Siegern ausnützen und sich binnen einem halben Jahrhundert befreit haben. Allianzen halten ja doch kein halbes Jahrhundert vor:

Europas friedliche Zukunft beruht demnach auf dem Freihandel. Der Freihandel ist, wie Cobden sagte, der beste Friedensstifter. Er scheint noch mehr: der einzig mögliche Friedensstifter.

In frühern Zeiten stach man alten Pferden, die eine Tretmühle zu drehen hatten, die Augen aus. So, mit geblendeten Augen gegenüber der Wirklichkeit rings um sie her, drehen nun die unglücklichen Völker Europas notgedrungen und freiwillig die Tretmühle des Krieges.



Die Kriegskosten — sie sind der Hemmschuh, welche ein höherer Wille dem Ehrgeiz und der Eroberungslust der Völker entgegenstellt. Imposante Ereignisse, tägliche Aufregung, Ruhm und Begeisterung begleiten den Krieg und verleihen ihm einen Glanz, der die Augen der Menschheit gegen seine Schrecken und Qualen in einem gefährlichen und erschreckenden Masse verblendet. Die Notwendigkeit, die Ausgaben, welche er verursacht, Jahr um Jahr zu decken, ist ein gesunder, heilsamer Dämpfer, der den Menschen zum Bewusstsein bringt, welches Unheil sie entfesseln und sie zwingt zu überlegen, ob der erhoffte Erfolg die aufgewendeten Kosten wert sei. Dadurch kann das Volk zur Vernunft gebracht und veranlasst werden, die Notwendigkeit des Krieges streng zu prüfen und die erste Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens tatkräftig auszunützen.

Gladstone (während des Krimkrieges).



Auch ein Martyrium.

Von ED. PLATZHOFF-LEJEUNE (Waadt).

In dieser Zeit schweren Leidens für alle gibt es gar viele Märtyrer; Kranke, Verwundete und Verstümmelte, Gattinnen und Mütter! Es gibt aber auch Märtyrer der Überzeugung in dieser von mittelalterlichem Fanatismus und reaktionärer Intoleranz erfüllten Kriegswelt. Und unter diesen stehn die Neutralen und die Friedensfreunde an erster Stelle. Im Haß gegen sie, in ihrer Verdächtigung, in der Bekämpfung ihres „schädlichen" Einflusses, in ihrer ironischen Verhöhnung sind alle Kriegführenden einig. Der unabhängige Geist, der sich auf Grund objektiver Prüfung seine eigene Meinung bildet, dem starken geistigen Druck der Allgemeinheit widersteht, durch Begeisterung und Haß sich nicht beirren läßt; der Mann, der selbst denken und urteilen will, aufrichtig sucht, Tatsachen in keinem Falle fälscht und beugt, der mit dem Verstand und nicht mit dem Gefühl oder Willen denkt und ehrlich gegen Vorurteile kämpft – dieser Mann gilt heute als ein ganz gefährliches, geistig etwas gestörtes, mit Gewalt auszurottendes Individuum. Er ist der verkappte Feind, zehnmal gefährlicher als der offene Gegner im Felde; er ist der heimliche Wühler, der die „herrliche Stimmung in unserem Volke" zerstören will, der das Gift des Zweifels in die hochschlagenden Herzen träufelt, der die Begeisterung tötet und mit des Gedankens Blässe die Männer der Tat ankränkelt. Hic niger ist: hune tu Romane caveto! Auf ihn wird Jagd gemacht; er muß um jeden Preis zum Schweigen gebracht werden.

Zunächst der Neutrale, dieser Eiszapfen dicht bei der Kampfesglut, der nicht schmelzen will, dieser kalte und gleichgültige Egoist, der nur seinem Vorteil lebt und den nichts aus seiner Ruhe bringt; dieser stille Mann, der eine eigene Meinung zu haben wagt, bei all unsern glänzenden Siegen die Achseln zuckt, sich über unsere barbarischen Feinde so gar nicht entrüsten will! Als wenn man überhaupt in einem solchen Kampfe neutral bleiben könnte! Als ob es nicht eine Anstands- und Ehrenpflicht sei, auf unserer Seite einfach mitzumachen. Als ob der Neutrale nicht selbst von unserem Feinde mitgefährdet wäre, als ob wir nicht für ihn mitkämpften! Und dieses undankbare und unvernünftige

Geſchöpf, deſſen Vorteil und deſſen Ehre allein durch den Bruch ſeiner Neutralität gewahrt wäre, bleibt ſtumm und untätig!

Und erſt der Paziſiſt! Unſer Mitbürger, der es wagt, den Friedenszuſtand als etwas Normales hinzuſtellen, der gerade dann zum Aufhören mahnt, wenn die Sache erſt recht losgehen ſoll, dieſer Verräter, der uns in den Arm fällt, ſtatt ſeine Pflicht an unſerer Seite zu tun, dieſer ſentimentale Jammermann, der von Abrüſtung fabelt, den Feind bewundert, von Menſchheitsverbrüderung ſchwärmt, wenn unſere Exiſtenz als Volk auf dem Spiele ſteht; dieſer Phantaſt, der in Friedenszeiten ſchon ſo unerträglich war und in dieſer großen Kriegszeit vollends zur Karikatur wird! Fort mit den Feinden des Vaterlandes! Wer nicht für uns iſt, iſt gegen uns! Wir verlangen, daß Neutrale und Friedensfreunde als fühlende und denkende Menſchen für unſere Sache das Schwert ergreifen. Wenn nicht, ſo werden wir ſie zu zwingen wiſſen: und biſt du nicht willig, ſo brauch ich Gewalt!

Dieſe Karikatur der Neutralen und der Friedensfreunde iſt die geläufige. Gegen ſie wird Sturm gelaufen. So kämpft man gegen Windmühlen. Die alſo töricht Angefochtenen ſollten ſich immer von neuem verteidigen und die Gründe ihrer Haltung ſtets aufs neue darlegen.

Der Neutrale iſt *nicht* gleichgültig und ſelbſtſüchtig; er iſt auch nicht kurzſichtig oder beſchränkt oder eigenſinnig. Er iſt aber *kritiſch vorſichtig, unabhängig*, das Nachbeten des Kriegsevangeliums anderer iſt ihm verhaßt. Er will er ſelbſt bleiben, obſchon man ihm alles Recht dazu von allen Seiten abſtreitet. Mit allen Kräften wehrt er ſich gegen die ſteigende Suggeſtionskraft der offiziellen Wahrheiten, gegen das ſüße Gift der Propaganda unter den Neutralen. Der Neutrale geht von beſtimmten Vorausſetzungen aus, die ihm eigen ſind. So z. B. daß die Schuldfrage in einem Kriege vor ſeinem Ende nicht zu löſen iſt. Oder daß unmöglich in einem Krieg unter Völkern Recht oder Unrecht ganz auf einer Seite ſein kann. Oder daß in jedem Kriege bei Angreifern wie Angegriffenen neben den idealen ſehr reale, neben realen durchaus ideale Motive mitſpielen. Der Neutrale hat eine ausgeſprochene Abneigung gegen Phraſen und Beſchönigungen aller Art. So, wenn es heißt, es kämpfe einer für die Kultur oder für Freiheit und Recht Europas, oder für die kleinen Völker und andere ſchöne Dinge. Er glaubt einfach, daß jeder im Kriege vor allem an *ſich* denke und nimmt ihm das durchaus nicht übel, denn auch der Neutrale denkt an ſich ſelbſt und ſcheint wenig gewillt, für andere zu bluten. Mit dieſer Enthaltung glaubt

er den andern übrigens nützlich zu sein, denn er denkt an den Frieden, an die Notwendigkeit des Anknüpfens zerrissener Beziehungen. Er empfindet vor allem als Mensch im Kriege, nicht als Stammverwandter, oder als Sprachgenosse. Er sieht Menschen kämpfen, irren, leiden und ist davon tief bewegt. Da er aber allen die gleichen warmen Gefühle entgegenbringt und in jedem die Flamme des Hasses gegen die andern emporlodern sieht, muß er oft untätig bleiben, schweigen, um keinen zu verletzen und geduldig warten, bis ein jeder sein Unrecht einsieht und seinen Haß in die Tasche steckt. Doppelt schwer ist heute die Neutralität, weil die Kriegführenden mehr als je die geistige Unterstützung der Neutralen in Anspruch nehmen, sie um Mitarbeit angehen und in ihrer Zustimmung etwas wie eine Rechtfertigung und Trost suchen. War man früher dem Neutralen gegenüber höchst gleichgültig und führte seinen Krieg mit Energie durch, ohne sich um Beifall und Kritik im geringsten zu kümmern, so ist man heute feinfühlig genug, um ohne einen idealen Vorwand und ohne die moralische Billigung Dritter den Krieg nicht mehr ertragen zu können. Daher hat man dem schon entbrannten Kriege nachträglich schnell ein Programm gegeben und sich auf diese Weise ganz entschieden die Zustimmung der Unbeteiligten erzwingen wollen. Da aber beide Parteien die gleiche Taktik einschlugen, ist der Neutrale wieder perplex und muß untätig bleiben, da oft genug beide Teile für das gleiche Ideal zu kämpfen glauben oder doch vorgeben. Er kann darum immer nur antworten, daß kein Mensch und kein Volk das Monopol der Wahrheit, Freiheit, Kultur, Gerechtigkeit und kein Gegner das Monopol der Barbarei, Knechtschaft, Grausamkeit, Heuchelei usw. besitze, sondern daß jedes Volk davon ein Stücklein besitzt, da wir alle Menschen sind, Menschen in dem Sinne, wie Shylock es so beredt darstellt. Auf das geschickte Manöver, von vornherein den eigenen Krieg im Lichte sittlicher Ideale und Vollkommenheit darzustellen, fällt doch nur herein, wer nie als „guter Europäer“ empfunden und den Überblick über das Ganze verloren oder nie gewonnen hat. Es ist merkwürdig, in wie hohem Grade der moralische Krieg, die Selbstverklärung und das Anschwärzen des Gegners, auf die Seelen Dritter nachgewirkt haben. Wie plump ist doch die Methode, unbewiesene Voraussetzungen von vornherein als Dogmen und Axiome hinzustellen. Wenn man eben mit dem Gefühl urteilt, ist alles möglich! Wie gerne glaubt man das Beste von sich, das Schlechteste von den andern; und wie niedrig ist diese Denkweise!

Verallgemeinern, aus zwei Tatsachen ruhig auf zwanzig andere schließen, das Vertrauen dort völlig untergraben, hier unbedingt fordern: Tatsachen hier verschweigen, und dort geschickt gruppieren oder einseitig auswählen, um sie dann als Wahrheit zu verkünden: Es sind die vergifteten moralischen Waffen der europäischen Presse, in deren Namen der heilige Krieg gegen Neutrale und Pazifisten ausgerufen wird.

Das Unerhörte aber im Kampfe gegen ruhig denkende, vorsichtig abwägende, wohlwollende und opferfreudige Menschen ist die gegen sie geführte Verläumdungskampagne. Ohne einen Schatten oder Versuch eines Beweises werden sie als bezahlte Geheimagenten einer feindlichen Macht, als verdächtige Individuen, Spione und Eindringlinge dargestellt, die sich womöglich aus beiden Lagern bestechen lassen, im trüben fischen und eine nationale Gefahr bilden. Es ist heute leichter, ein Deutscher in Frankreich, ein Engländer in Österreich zu sein, als ein der eigenen Nation angehöriger Friedensfreund und „guter Europäer". Weil sich unter den Pazifisten und Neutralen einige wenige räudige Schafe — Geheimagenten der betreffenden Regierungen — eingeschlichen haben, will man nun die 99 Prozent ehrlicher und tätiger Friedensfreunde verdächtigen? Nur Kinder gefallen sich in so törichten Verallgemeinerungen.

Es gibt Länder, in denen von Frieden zu reden und einer Friedensorganisation anzugehören als Verbrechen gilt. Und diese Länder geben vor für Recht und Kultur zu kämpfen? „Jetzt nicht" heißt es; erst muß der entscheidende Erfolg erstritten werden. So reden die einen, und vergessen, daß das „Jetzt nicht" von den Lippen des Gegners ertönen wird, wenn sie selbst es nicht mehr aussprechen. Das ist eben der Hauptgegensatz zwischen Friedensfreunden und Kriegsfreunden: diese glauben an die Möglichkeit und die Wohltaten eines entscheidenden Sieges; jene glauben nur an eine Verständigung mit gegenseitigen Konzessionen auf Grund eines gerechten Ausgleichs der beiderseitigen Forderungen. Heute reden die Kanonen, morgen die Neutralen und die Friedensfreunde; diese, nicht jene haben das letzte Wort. Warum sie also verläumden, mit Schmutz bewerfen, zum Exil zwingen oder ins Gefängnis werfen? Man wird sie brauchen; Grund genug, sie zu schonen. Je weniger man sie versteht, je mehr die Erbitterung gegen sie wächst, desto höhere Bewunderung zollen wir ihrer Tatkraft und ihrem Opfermut.

Kriegsphrasen.

Von ROSA MAYREDER (Wien).

(Schluss).

Es gibt in allen drei Gruppen, bei den Passiven wie bei den Kämpfern, vielleicht sogar bei den Regierenden einzelne, deren Herz in Verzweiflung bebt, wenn sie sich den Zustand der Welt vergegenwärtigen — dieselben einzelnen, die nicht erst durch einen übermächtigen Zwang dazu gebracht wurden, ihr soziales Gewissen, ihr Pflichtgefühl, ihre Aufopferung für eine Sache und ein Werk zu entdecken. Sie haben vor dem Kriege manches geschaffen, was die moderne Epoche vor allen vorhergehenden ausgezeichnet, in erster Linie die der freien gesellschaftlichen Initiative entstammenden Organisationen, in denen sich eine neue Form des Gemeinschaftslebens ankündigte. Aus freiwilliger Arbeit, aus freiwilligen Beiträgen, jenseits aller gesetzlichen Verpflichtungen und weit über sie hinaus sind Schöpfungen sozialer Art entstanden, wie sie keine frühere Zeit gekannt hat. Sie sind die edelsten Früchte der politischen Freiheit, für die seit mehr als einem Jahrhundert viele Märtyrer ihr Blut vergossen haben.

Aber mit Staunen hören wir nun von den Propheten der neuen Zeit, dass die alten Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit nur „Händlerideale" waren und durch neue ersetzt werden sollen. So neulich von Prof. Kjellén, der in seiner Schrift über „die Ideen von 1914" den alten Worten von 1789 die neuen von 1914 entgegenhält. Er nennt sie: Ordnung, Pflicht, Gerechtigkeit. Genau besehen sind diese angeblich neuen Worte allerdings auch recht alte, abgebrauchte Worte. Was sich in dieser Gegenüberstellung offenbart, ist der uralte Kampf, der das menschliche Geistesleben charakterisiert, der Kampf zwischen einer inneren Welt freier persönlicher Betätigung und der äusseren Welt des starren Gesetzes, der Zwangsmassregeln.

Schon zur Zeit Christi hat die Gerechtigkeit als Gesetzeserfüllung ihr Gegenwort in der Barmherzigkeit gefunden, so wie die Pflicht in der Liebe, wie die gesetzliche Ordnung in der freiwilligen Nachfolge.

Allerdings denkt auch Prof. Kjellén nicht an eine unbedingte Abschaffung der mit dem Absterben des „ancien régime" überflüssig gewordenen Worte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern an eine Synthese zwischen ihnen und den neuen Worten von 1914: Ordnung, Pflicht und Gerechtigkeit. Auch diese Synthese wäre aber nichts Neues; denn sie hat doch wohl in dem England des 18. und 19. Jahrhunderts schon so weit eine Verwirklichung erfahren, als es die Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen zulässt.

Dass in der Gegenwart diese Synthese nicht mehr wirksam ist, beweist nur, dass alle Werte und Gegenwerte mitsamt ihrer zeitweiligen Synthese zur Phrase werden, sobald der göttliche Funke erlischt, der sie wahr und lebendig macht. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bedeuten eine der Formeln, die durch das soziale Gewissen ihre wirkende Kraft erhalten — Ordnung, Pflicht und Gerechtigkeit hingegen, setzen, um wirksam zu sein, die suggestive Macht einer Autorität voraus. Und da erst, nicht in der Herrschaft einer bestimmten Formel, offenbart sich der Mangel, der das Schicksal der modernen Menschheit im Tiefsten entscheidet: für die Herrschaft der befreienden Werte fehlt bei der Mehrzahl die Kraft des sozialen Gewissens, für die Herrschaft der von aussen bindenden Werte — die Autorität.

Werte, die nicht tief in der Entwicklung verankert sind, können sehr rasch zur Phrase werden und dem Missbrauch verfallen. Es mag sein, dass seinerzeit schon vor dem Auftreten Napoleons Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit die Kriegsphrase war, an der sich die Generation von 1789 in Frankreich berauschte — so wie Ordnung, Pflicht, Gerechtigkeit die Friedensphrase, mit der Europa nach dem Wiener Kongress von 1815 ein neues Leben beginnen sollte. Ein peinlicher Präzedenzfall, der sich aus dieser

Gegenüberstellung für die Gegenwart aufrollt! Und wenn der grösste Krieg, von dem die Menschheit je heimgesucht wurde, ihr wirklich etwas Neues bringen soll, werden wir es wo anders suchen müssen als bei den alten Worten, die zu lange schon in Gestalt von Phrasen ihren Kredit verloren haben. Gleichviel wer als Sieger oder als Besiegter aus diesem Bankrott Europas hervorgeht, er wird seine Schuldlosigkeit nur dadurch beweisen können, dass er den Mut und die Kraft hat, der Wahrheit ins Angesicht zu sehen.

Wenn die europäische Menschheit nach dem Kriege noch fähig eines neuen Aufschwunges, einer neuen Einsicht ist, so wird sie den Krieg als Frucht und Folge der modernen Zivilisation von anderen Gesichtspunkten aus betrachten müssen als von dem der Kriegsphrasen; sie wird sich dann eingestehen müssen, dass der Krieg nicht bloss eine militärische Sache, ein Werk des soldatischen Heldenmutes und der soldatischen Organisation gewesen ist, sondern im gleichen Masse eine Geschäftssache, an der eine Anzahl Menschen sich bereichert, sich jener Luxusmittel bemächtigt hat, gegen deren schädlichen und entnervenden Einfluss angeblich der Schützengraben als Kuranstalt gedient haben soll; sie wird dann erfahren, dass die verhängnisvolle Ungerechtigkeit in der Verteilung der Lebensgüter, wie sie die wachsende Industrialisierung mit sich bringt, auf der einen Seite die kulturwidrige Verelendung, der Pauperismus, auf der andern die ebenso kulturwidrige Güterüberhäufung, der Mammonismus, durch den Krieg noch weit verschärft worden ist.

Alle Probleme der äusseren Weltgestaltung lassen sich auf eines zurückführen — auf das Machtproblem. Im Zentrum aller Händel und Wirren, die in den menschlichen Zuständen herrschen, steht der Kampf einzelner Gruppen und Personen um die Macht. Dieser Kampf um die Macht zwischen ganzen Völkergruppen oder Staatsgebilden ist jenseits aller Phrasen die wahre Ursache jedes Krieges. Krieg ist von dem Streben nach Macht nicht zu trennen; wer den Krieg als solchen bekämpfen will, müsste vorher das

Prinzip der Macht entwerten — wie es ja sehr logisch das Urchristentum getan hat. Die Gestalt aber, unter welcher das Machtprinzip in der Gegenwart auftritt, ist schlimmer als je eine zuvor; denn sie bedroht die menschliche Seele in ihren schönsten und edelsten Eigenschaften. Man kann sie als die Mechanisierung des Lebens durch die technisch — ökonomische Naturbeherrschung bezeichnen. Es ist das tragische Schicksal des Menschen, dass er immer der Sklave seiner eigenen Schöpfungen wird, weil er deren Folgen nicht im Voraus zu berechnen vermag. Und so geschieht es, dass er auch dort, wo er mit seinem Scharfsinn und seiner Erfindung die elementaren Gewalten, denen er hilflos gegenüberstand, in seinen Dienst zwingt, nur wieder der Sklave der unberechenbaren Wirkungen wird, die sie durch ihre Verbindung mit dem Machtprinzip gewinnen. Die moderne Technik, die das menschliche Leben um so vieles erleichtert, wie die moderne Ökonomik, die seine materiellen Mittel so unendlich vermehrt, kehren sich als Werkzeuge des modernen Imperialismus gegen das Wesen der Person, indem sie die Menschen, zur seelenlosen Masse zusammengeballt, in das Räderwerk der Interessen stossen, die das zivilisierte Leben treiben. Auch der Mensch wird Material und Maschinenbestandteil; so weit er sich dazu eignet, so weit kann er sich behaupten. Was die verflossene Kulturepoche an seelischen Werten aufbaute, muss aber dabei zugrunde gehen.

In diesem Krieg, dessen Ursache im letzten Grunde die Konkurrenz zwischen England und Deutschland als Machthaber der Weltwirtschaft ist, tritt das wahre Wesen der imperialistisch mechanisierten Zivilisation für denjenigen, der das Gespinnst der Phrasen zerreisst, schauerlich zutage; und wie ein sichtbar gewordenes Symbol kann uns seine Artillerie, der Triumph der modernen Waffentechnik erscheinen, deren ungeheure Geschosse die Menschen zu Hunderten zermalmen und schon durch den blossen Luftdruck den Fernestehenden die Augen aus dem Kopfe reissen.

Wenn der Friedenszustand eine beständig wachsende

Überbeanspruchung des menschlichen Nervensystems durch eine technisch-ökonomisch übersteigerte Lebensführung ist, durch eine Zivilisation, als deren innerste Triebfeder wir das imperialistische Gesetz der Ausdehnung und Eroberung erkennen müssen, gibt es da überhaupt die Möglichkeit einer Kultur in dem Sinne, wie sie noch vor zwei oder drei Generationen von Europa repräsentiert wurde? Gegenwärtig ist diese Kultur nur mehr in den Staaten lebendig, die ausserhalb der imperialistischen Konkurrenz liegen, oder auf dem Lande und in kleinen Städten, wo es noch Musse und Ruhe gibt, Proportion zwischen Leistungsfähigkeit und Beanspruchung, jene unerlässlichen Voraussetzungen einer schönen Lebenskultur, die in den Zentren der modernen Zivilisation von dem mörderischen Wirbel des Übermasses zerstampft werden.

Es ist misslich, zu prophezeien. Pessimismus und Optimismus haben sich bisher gegenüber der unerschöpflichen regenerativen Kraft der menschlichen Natur gleicherweise blamiert: die Natur bringt immer unvorhergesehene Wirkungen hervor. Und so mag auch der Krieg ein Teil von jener Kraft sein, „die stets das Böse will und doch das Gute schafft". Wir müssen es abwarten. Mit dem Kriege schwinden auch die Kriegsphrasen; vielleicht geht dann aus der Enttäuschung die Einsicht in seine wahren Gründe hervor und aus der Einsicht die Umwertung. Phrase und Enttäuschung — zwei Dinge, die einander so unähnlich sind wie die schillernde Seifenblase und der schmutzige Tropfen, der von ihr übrig bleibt. Und doch sind sie im Grunde ein und dasselbe.



Utopien sind oft nur verfrühte Wahrheiten.

Lamartine.

Zur Frage der Internationalen Organisation.

Seit einiger Zeit geht eine Flugschrift*) von Hand zu Hand. Sie ist in drei Weltsprachen abgefaßt und ihr Verfasser darf sich mit Recht Europaeus nennen. Er fordert in knapper, klarer, vornehmer Form die Bildung eines europäischen Staatenbundes, in dessen regierender Versammlung jeder Staat nach Verhältnis seiner faktischen Macht vertreten wäre; als Maßstab derselben legt er den durchschnittlichen Staatsaufwand (ohne Schuldenzinsen) der vorhergehenden 5 Jahre zugrunde, ein Fortschritt gegenüber der verwickelteren Methode Umanos (Bevölkerungszahl mit Berücksichtigung des Budgets und der Streitkräfte). Außerdem soll ein Bundesrat, in welchem jeder Staat bloß eine Stimme besitzt, als Appellinstanz und als Oberhaus bei Verfassungsänderungen fungieren. Jeder Staat soll berechtigt sein, nach seinem Ermessen Truppen zu halten und militärische Maßnahmen zu treffen, doch sollen alle Streitkräfte zu Wasser und zu Lande oder ein bestimmter Teil derselben dem Bundesbefehlshaber unterstehen, der jederzeit vom Bundespräsidenten oder vom Bundesrate abberufen werden kann. Militärische Angriffe werden vom Bund abgewehrt. Sonderbündnisse einzelner Staaten sind Hochverrat. „Wenn das geschähe, würde die Entwaffnungsfrage von selbst, ohne besondere Abmachungen gelöst sein. Eine große Wehrmacht würde dann ihrer Zwecklosigkeit wegen von keinem Parlament bewilligt und wohl auch von keiner Regierung gefordert werden. Die Rivalität um die Beherrschung der Meere würde gleichfalls gegenstandslos werden, wenn man in der Bundesverfassung die Freiheit des Handels auf allen Meeren garantieren würde. Um wirtschaftliche Kriege zu vermeiden, müßte das Recht der meistbegünstigten Nation jedem Mitglied des Bundes zugesichert werden.“ Alle nicht autonomen Kolonien sollen durch den Bund gemeinsam verwaltet werden.

Die Originalität der Broschüre besteht in dem Vorschlage, diese Organisation möge von den „politisch maßgebenden Kreisen“ schon jetzt in Angriff genommen werden, da dies den Friedensschluß erleichtern müßte.

*) Internationale Organisation während des Krieges. Keine Utopie, sondern ernste Vorschläge. Zum Besten des Schweizerischen Roten Kreuzes. Bern, Max Drechsel, 1916 (22 S.).

Die Verhandlungen müßten damit beginnen, daß jeder bevollmächtigte Vertreter eines kriegführenden Staates als Grundbedingung, ehe man auf die Einzelheiten des Friedensvertrages eingeht, folgende Erklärung unterzeichne:

„Ich erkläre mich bereit, in Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu treten, unter der Conditio sine qua non, daß sämtliche kriegführende Staaten sich verpflichten, gleichzeitig mit der Annahme der Friedensbedingungen, über die man sich geeinigt haben wird, dem Staaten-Bund beizutreten, dessen Verfassungspunkte in folgendem niedergelegt sind."

Auch die Sprachenfrage löst der Verfasser in origineller Weise. Jedes Mitglied der Bundesversammlung und des Bundesrates soll nämlich einfach in jeder ihm beliebenden Sprache seine Reden halten dürfen, nur erfolgt in der Regel keine Übersetzung in eine andere Sprache. Wer also etwas durchsetzen will, wird von selbst eine möglichst verbreitete Sprache wählen.

Der Verfasser hebt als Vorzug hervor, daß nach seinem Plane den Kleinstaaten im Bundesrate die Mehrheit gesichert würde. „In der Bundesversammlung werden die Staaten der Entente die Mehrheit haben. Da aber dieses Bündnis nur aus dem gemeinsamen Bestreben, die Zentralmächte zu schädigen, entstanden ist, wird es nach dem Kriege auseinanderfallen."

Die Aufrichtigkeit, mit welcher „Europaeus" dies betont, spricht für den vornehmen Charakter des Anonymus, der sich unter dieser Bezeichnung verbirgt. Er will offenbar die größte Schwierigkeit, welche derzeit der Verwirklichung seiner großherzigen Gedanken entgegensteht, nicht verhehlen. Es ist nämlich überhaupt unmöglich, eine europäische Bundesversammlung mit Vertretung aller Staaten nach einem für Alle gemeinsamen Maßstabe der Stimmenzahl zu konstituieren, ohne daß die Entente in dieser Versammlung von vorneherein gegenüber den Zentralmächten die Majorität hätte. Daher können die Staatsmänner der Entente sich verhältnismässig leicht entschliessen, Europa eine Rechtsverfassung in Aussicht zu stellen. Aber für einen deutschen Staatsmann gehört ein anerkennenswerter Mut dazu. Der deutsche Reichskanzler hat ihn in seiner letzten Rede betätigt und dadurch den Gedanken einer internationalen Rechtsverfassung der Verwirklichung näher gebracht als jemals zuvor. Wir haben daher die Vorschläge des großherzigen

Europaeus, der für seine Gedanken unter den leitenden Persönlichkeiten Europas mit feurigem Eifer wirbt, mit möglichster Ausführlichkeit wiedergegeben und möchten aus seinem Begleitbriefe an unsere Redaktion folgenden Passus hinzufügen:

Jeder Tag hat seine Plage, jede Zeit ihre historische Aufgabe. Selbst das Genie eines Napoleon mußte trotz wunderbarer Fähigkeit, die richtigen Mittel zu erkennen, trotz übermenschlicher Willenskraft sie durchzuführen, zuletzt in eine Katastrophe ohne gleichen untergehen, weil das Unhistorische der Aufgabe, welche Napoleon sich gestellt hatte, die Weltmonarchie, in einer zum Nationalbewußtsein erwachten Welt den Zusammenbruch verursachte. Bismarck dagegen hat zur Lösung einer durchaus fälligen historischen Aufgabe – die Einigung Deutschlands – auch die richtigen Mittel angewendet. Ich glaube nicht, dass dieses Ziel anders erreicht werden konnte als durch Blut und Eisen. Ich billige auch diese Methode, wenn die fällige Aufgabe der Geschichte anders nicht gelöst werden kann.

Gegenwärtig aber halte ich für die nächste wichtigste historische Aufgabe im Europäischen Staatenleben die Internationale Organisation. Vorbereitet ist sie, meiner Überzeugung nach, durch diesen Krieg, d. h. ich glaube nicht, daß sie ohne solche Erschütterung zur Notwendigkeit geworden wäre. Man hätte mit Intriguen, Rüstungen, Allianzen weitergewurstelt, unbefriedigend für alle Teile, schwüle, stickige, um nicht zu sagen stinkige Luft. Welche Möglichkeiten eröffnen sich nicht dem Blick beim Gedanken einer zwischenstaatlichen Organisation! Leider ist nirgends ein Staatsmann vom Kaliber Bismarcks oder Cavours in Sicht, und ein solcher wäre notwendig, um diese große Aufgabe zu lösen. Vielleicht kommt die Initiative aus den Völkern selbst, vielleicht aus einem freien neutralen Volke. Qui vivra verra. Jedenfalls lohnt es sich mitzuwirken und ich sehe aller Orten Kräfte sich regen, denen ich zurufen möchte: Schließen wir uns zusammen!

S. F.



Der nächste Friedenspreis.

Von Dr. SIEGMUND FEILBOGEN.

Bekanntlich hat Prof. de Gilbert vorgeschlagen, der diesjährige Nobelpreis möge an die Schweiz verliehen werden. Dieser Gedanke ist auf den ersten Blick sehr sympathisch. Vierzehn Tage vor seinem Tode hat der berühmte Erfinder des Dynamits, welcher von dieser Erfindung die Verunmöglichung der Kriege gehofft hatte, jenes Testament gefertigt, durch welches er die Zinsen seines Vermögens von 44 Millionen Franken zur Verteilung auf fünf verschiedene Preise bestimmte, um damit diejenigen zu belohnen und auszuzeichnen, die im verflossenen Jahre der Menschheit die grössten Dienste geleistet haben. Bedenkt man, dass es unter allen kriegführenden Nationen nicht eine einzige gibt, welcher die Schweiz nicht durch ihre grossartigen Organisationen zugunsten der Gefangenen und Verwundeten aller Länder ausserordentliche und sehr kostspielige Dienste geleistet hätte, so wird man dem Antragsteller darin zustimmen müssen, dass die Eidgenossenschaft wirklich im Laufe der letzten zwei Jahre der Menschheit Dienste geleistet hat, wie kein anderes Land, keine Assoziation, kein Herrscher, kein Privatmann. Aber, wenn die Zuerkennung des Nobelpreises sicherlich nicht über das Verdienst der Schweiz hinausginge, kann man behaupten, dass damit diesem Verdienste volle Gerechtigkeit erwiesen würde? Ganz gewiss nicht. Die Summe beträgt heuer, wo auch der unverliehene Preis von 1914 fällig wird, für den Friedenspreis ungefähr 400,000 Franken. Die Kosten, welche die Schweiz im Dienste der Humanität aufgewendet hat, gehen in die Millionen. Also schon wirtschaftlich bildet der Preis keine ausreichende Entschädigung für die gebrachten Opfer. Auch vom Gesichtspunkte der Ehrung ist die Verleihung einer Auszeichnung durch fünf angesehene Persönlichkeiten Norwegens zwar für einen Privatmann höchst

ehrenvoll, aber für einen Staat kaum angemessen. Die mustergültige Haltung der Schweiz in dieser schweren Zeit kann in würdiger Weise nur durch eine höhere Instanz anerkannt werden, und die einzige höhere Instanz, welche für einen unabhängigen Staat in Frage kommen kann, ist die Gesamtheit aller Staaten des Weltteils, ist Europa.

Darum glauben wir, dass die Entschädigung, welche der Schweiz gebührt, geradezu eine Klausel des Friedensvertrages bilden sollte. Es wäre der reichen und mächtigen Grossstaaten Europas kaum würdig, die wirtschaftlichen Opfer, welche die Schweiz im Interesse aller gebracht hat, einfach zu ignorieren. Soll aber ein Gemeinwesen von der Bedeutung und der Geschichte der Eidgenossenschaft wirklich geehrt werden, so könnte dies unseres Erachtens wieder nur durch ganz Europa geschehen, aber nicht durch die Regierungen, sondern durch die Völker selbst, durch eine allgemeine Subskription, welche den unzähligen Familien, die in allen Nationen diesem Lande ein dankbares Andenken bewahren, auch Gelegenheit geben würde, ihren Dank durch freiwillige Spenden für ein Ehrendenkmal zum Ausdruck zu bringen, welches nicht notwendig die Form eines mehr oder weniger gelungenen öffentlichen Standbildes annehmen müsste, vielmehr in einer dauernden Friedensstiftung oder Anstalt für Volksbildung und Volkswohl bestehen könnte.

Übrigens handelt es sich bisher in dieser Sache nur um den Vorschlag einer von den etwa zehntausend Personen, welche mit Anträgen an das Komitee heranzutreten berechtigt sind. Dieses wird nach den Statuten, welche nur die Verleihung an Einzelne, an „Institute oder Assoziationen“ kennen, die Verleihung an ein Land ohnehin kaum zulassen können. Auch kam der Vorschlag wohl überhaupt zu spät, da Vorschläge für ein bestimmtes Jahr nur bis zum ersten Februar desselben Jahres zulässig sind. Doch mag immerhin die Frage nicht ohne Interesse sein, welche Persönlichkeiten in Europa speziell für ihre Haltung im Laufe der zwei Kriegsjahre den Friedenspreis am meisten verdienen dürften.

Da diesmal ein Doppelpreis zu verleihen ist, und der Einzelpreis statutengemäss in Hälften geteilt werden kann, wie dies wiederholt geschehen ist, so ist augenblicklich für vier Kandidaten Raum. Als solche möchten wir nennen: Romain Rolland, Friedrich Foerster, Bertrand Russell und Umano.

Der Name Romain Rollands dürfte wohl auf keiner Seite Widerspruch erregen. Vor dem Kriege der gefeierte Schriftsteller, hat er sich sofort der Kriegsfurie des eigenen Volkes entgegengestellt und wird von der französischen Presse fast einmütig beschimpft und verfolgt.*)

Friedrich Foerster und Bertrand Russell haben durch ihr mannhaftes Eintreten für Gerechtigkeit gegenüber allen Völkern und durch ihren unerschrockenen Weckruf an das Gewissen des eigenen Volkes die Ehre der europäischen Wissenschaft gerettet. Dafür ist Foerster von dem akademischen Senate seiner eigenen Universität der Verachtung der Jugend denunziert worden; wenn er seine Stellung nicht eingebüsst hat, so hat es seinen Kollegen weniger an Lust als an Macht zu einem solchen Eingreifen gefehlt. In England besitzen die Colleges der Universitäten diese gefährliche Macht und es wurde auch davon in der rücksichtslosesten Weise Gebrauch gemacht. Obwohl Bertrand Russell nicht bloss ein hervorragender Mathematiker, sondern auch der erste Logiker seines Landes ist, hat man ihn von seiner Lehrkanzel an der Universität Cambridge entfernt. Er wird überdies von der Regierung allerhand entwürdigenden Massregeln unterworfen. Ihn durch Verleihung des halben Nobelpreises auszeichnen, hiesse dem ausgezeichneten Denker und Gelehrten eine moralische Stütze in diesem Kampfe gegen die

*) In letzter Stunde erfahren wir zu unserer Freude, dass ein Teil unseres Wunsches sich bereits erfüllt hat, indem Romain Rolland der Literaturpreis der Nobelstiftung zugesprochen wurde. Wir beglückwünschen den französischen Dichter und das Komitee zu dieser sie beide ehrenden Entschliessung und behalten uns vor unsern Vorschlag gelegentlich zu ergänzen, da ja nun R. Rolland für den Friedenspreis schwerlich mehr in Frage kommt.

irre geführte öffentliche Meinung seines Vaterlandes gewähren.

Unter dem Pseudonym Umano verbirgt sich einer der bedeutendsten und zugleich bescheidensten Denker und Forscher, welcher seine hohe Würde in der italienischen Magistratur dem Bestreben geopfert hat, seine ganze Kraft in den Dienst der Friedensidee zu stellen. Ohne Vermögen und unter dem Drucke körperlicher Leiden, hat er auf alles verzichtet, um sein System einer internationalen Rechtsordnung, aus den letzten Grundsätzen einer wohldurchdachten Weltanschauung heraus, vollständig auszubauen.

Alle diese Männer sind mehr oder weniger Märtyrer der Friedensidee und für solche ist wohl in erster Linie der Friedenspreis bestimmt. Ihre Namen zu nennen ist nur verdiente Huldigung. Praktisch dürfte sich allerdings die Frage erledigen wie im Jahre 1914, nämlich durch Vertagung des Friedenspreises,*) die statutenmässig fünfmal stattfinden kann. So oft wird sie gewiss nicht notwendig sein. Und der erste Friedenspreis wird wohl dem zufallen, der sich um den Friedensschluss die grössten Verdienste erworben haben wird.

*) Seither erfolgt. D. Red.



Man hat gesagt und wiederholt: Wo mir's wohlgeht, da ist mein Vaterland! Doch wäre dieser tröstliche Spruch noch besser ausgedrückt, wenn es hiesse: Wo ich nütze ist mein Vaterland.

Goethe, Wilhelm Meisters Wanderjahre.

Der Geist muss die Erinnerung an sein Durchleben der verschiedenen Erdenzeiten in seinen Besitz verwandeln. Was einst Jubel und Jammer war, muss uns Erkenntnis werden, wie eigentlich auch im Leben des einzelnen.

Jakob Burckhardt.

Wir Frauen im Kriege.

Von JOHANNA FRIEDJUNG (Wien).

Während seit anderthalb Jahren in Europa der heißeste und bitterste Kampf tobt, wir Frauen aber dazu verdammt sind, ruhig zuzusehen, wie unsere Lieben sich draußen am Schlachtfelde verbluten oder als Krüppel heimkehren, ging es mir wie so vielen anderen Frauen. Ich habe lange über das furchtbare Geschehen nachgedacht und verzweifelt die Hände gerungen; dann aber überkam mich der zwingende und aufmunternde Gedanke, daß wir Frauen künftig nicht mehr müßig zusehen dürfen, wenn die Männer Politik treiben. Das Blut unserer Söhne wird ja jetzt vergossen und darum sollten auch wir ein Recht haben, über Krieg und Frieden der Völker mitzuentscheiden. Dieser Gedanke ist jetzt in vielen Frauenköpfen erwacht und die Saat, die er ausstreut, wird gute Früchte tragen. Von jetzt an dürfen wir Frauen auch keine Stunde mehr zögern, um uns für die Zukunft Einfluß auf die politischen Vorgänge zu sichern und alles daranzusetzen um eine Wiederholung solch großen Unglücks zu vermeiden.

Unaussprechlich sind die Qualen, die wir jetzt erdulden müssen. Aber das Schlimmste der Übel ist, wenn wir den Krieg als ein unabwendbares Schicksal hinnehmen. Laßt ihn uns ansehen als ein schreckliches Leid, das die Menschheit betroffen hat, weil sie noch nicht reif genug war, solchen Schrecken von sich abzuwenden! Doch seht zu, daß die Menschheit reifer werde! Wir Frauen sind doch die Mütter, die Erzieherinnen der Menschen! Wahrlich, unsere Mutterschaft erstreckt sich unendlich weiter, als auf unsere angestammten Kinder und Kindeskinder, sie umfaßt alles Leben unter der Sonne, vor allem alles Menschenleben. Und unsere Liebe triumphiert über den Haß der feindlich geschiedenen Nationen.

Die Zahl der Opfer, die der Krieg bisher an Toten, Verwundeten und Kranken gefordert hat, ist entsetzlich groß. Und zahlreich sind jene Gefallenen, die dank ihrer hervorragenden Eigenschaften ihren Mitmenschen Führer und Helfer waren. Männer, denen die ganze Menschheit zu Dank verpflichtet war, sind im Kriege umgekommen.

Mancher wird fehlen von den guten Maurern und Pionieren bis

der große Ruf erschallen wird: „Menschen, bauet auf, was niedergestürzt ist und bauet weiter, was nimmer stürzen darf! Bauet den neuen Völkerfrieden!“

Unter all den furchtbaren Verheerungen des Krieges sind die zerschossenen Städte und Dörfer, die zerstampften Wiesen und Felder nicht die schlimmsten. Schrecklicher noch sind die Verheerungen, die der Krieg in der menschlichen Seele angerichtet hat: die rohesten tierischen Instinkte, die unsere Kultur schon längst überwunden wähnte, sind bei einem großen Teil der Kriegführenden mit elementarer Gewalt hervorgebrochen.

Es läßt sich gewiß nicht leugnen, daß der Krieg auch manch edle Eigenschaft — wie Opferfähigkeit, Mut und Ausdauer in den Völkern sowohl als im einzelnen Menschen zu erstaunlicher Entfaltung gebracht hat, und daß er eine gewisse Verweichlichung der begüteteren Volksschichten erheblich zu bessern vermochte. Doch was bedeuten diese Vorteile gegenüber seinen so unfaßbar schweren Schäden?

So werden sicherlich nach Friedensschluß überall, wo es Krieg gegeben, die besten und tüchtigsten Männer bestrebt sein, ihr Volk auf eine höhere Sittlichkeitsstufe zu führen. Und dabei werden sich die Lücken der Edelsten unter den Gefallenen wohl am fühlbarsten machen.

An uns Frauen wird es liegen, diese Lücken auszufüllen. Wir sind nicht mehr die Schwachen, die wir einst gewesen. Wir haben in den letzten Jahrzehnten unsere Bildung und unser Wissen reichlich erweitert. Die herben Enttäuschungen, die der Krieg uns auferlegt hat, die Wunden, die er uns geschlagen, haben uns reif gemacht und wir dürfen uns für fähig halten, an dem neuen Völkeraufbau erfolgreich mitzuwirken. Wir glauben, daß es uns im Verein mit allen gutgesinnten Männern gelingen wird, die Welt in Zukunft vor dem Wahn des Krieges zu bewahren.

Jene Männer der Wissenschaft aber, die einen so starren Glauben an das unabänderliche Walten der Weltgeschichte bekunden, den Glauben an ihre „ehernen Gesetze“, die uns aller Voraussicht nach in einigen Jahrzehnten eine Wiederholung der schrecklichen Kriegsgreuel bringen müßten, die frage ich: „Wer macht denn die Weltgeschichte? Sollte es nicht denkbar sein, daß die menschliche Vernunft, der ja die Natur bereits in so hohem Grade untertan ist, es auch erlernte, Herrscherin über die Geschicke der Völker zu werden?“

Darum wollen wir Frauen die Völker erwecken helfen mit allen Mitteln des Herzens und des Verstandes, die uns zu Gebote stehen. Wir wollen ihnen die Binde des Wahnsinns von den Augen reißen und ihnen sagen, daß es Rettung gibt aus der Knechtschaft der Weltgeschichte, so die Völker nur bewußt in ihr Geschehen eingreifen.

Es erscheint mir als eine der wichtigsten Aufgaben der Frauen, den schädlichen Einfluß jener Presse, die in unverantwortlicher Weise die Beziehungen der Völker untereinander zu vergiften trachtet, in allen Kulturstaaten gleichzeitig zu bekämpfen. In der gegenseitigen Achtung der Nationen erblicken wir die größte Bürgschaft für einen dauernden Frieden und deshalb wollen auch unsere Kinder, oder solche, deren Erziehung uns anvertraut ist, in einem versöhnlichen und friedliebenden Geiste erziehen. Die Liebe zum eigenen Volke braucht weder Haß noch Verachtung anderer Völker in sich zu schließen, denn überall, auch in den von uns feindlichen Ländern, gibt es ja gute und schlechte Menschen wie bei uns.

Sehr wichtig ist es, schon im Kinde ein starkes Rechtsgefühl zu erwecken, damit es ebensowenig Unrecht leide wie Unrecht tue und dereinst, herangewachsen, ein Freund der Gerechtigkeit auch für fremde Völker werde. Es gilt schon jetzt, noch ehe der Kanonendonner verstummt ist, den Boden für einen dauernden Frieden vorzubereiten, damit der Haß nicht zu tief in der Seele der feindlichen Völker Wurzel fasse und der Vernunft Raum zu geben vermöchte, bis einst der große Ruf erschallen wird: „Bauet auf, was niedergestoßen ist und bauet weiter, was nimmer stürzen darf! Bauet den neuen Völkerfrieden!"

Aus Blut und Feuer mag ein fruchtbarer Dünger entstehen, dem neue sittliche Kräfte entsprießen können, Kräfte, wie sie nur eine große Zeit gebären kann. Und solche Kräfte werden wir brauchen und neue Sittlichkeitswerte, auf daß ein neues Menschentum entstehe, das Tod und Leben nicht in den Dienst der Völkerfehde stellen wird, sondern in den Dienst des Aufwärtsstrebens der gesamten Menschheit, in den Dienst gemeinsamer Arbeit und gemeinsamer, internationaler Kulturziele.

Hiezu mögen die Frauen der ganzen Erde einander die Hände reichen.

□□□

Aus meiner Lesemappe.

Von HUGH RICHARDSON (Newcastle-on-Tyne.)

Vor mir liegt eine Zeitschrift, die seit kurzem erscheint. Es ist die Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung.*) Diese Zeitschrift sammelt Tatsachen und Ideen für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas. Sie kann mit dem „Economist" verglichen werden, wie wir ihn unter Leitung Hirsts gekannt haben, enthält aber mehr Leitartikel und weniger Statistik. Sie scheint ausserordentlich gut informiert zu sein; ihre Tendenz ist vernünftig, der Ton gemässigt. Sie ist natürlich durch die Zensur eingeschränkt. Da es unmöglich ist, die Politik der deutschen Regierung offen zu kritisieren, so darf man doch wenigstens „Tatsachen und Ideen sammeln". Die Kritik macht sich der Leser selbst. Die Besprechung der Endziele des Krieges ist gesetzlich verboten. Aber der Geist, in welchem die Endziele des Krieges durchdacht werden sollen, der mag immerhin geweckt, geklärt und geläutert werden. Noch ein anderes Auskunftsmittel bleibt dem deutschen Herausgeber offen. Wenn er nicht sagen darf, was er selbst denkt, kann er ausführlich abdrucken, was der Herausgeber der „Neuen Zürcher Zeitung" in der Schweiz sagt. Wenn wir also nichts so Klares und Bestimmtes finden, wie etwa eine Basis für einen vernünftigen Frieden, so hindert das den Herausgeber nicht, die Spalten der „Holländischen Nachrichten" oder der „Internationalen Rundschau" genau zu studieren, und, da der Nachdruck nicht verboten ist, was er von den Kolonnen brauchen kann, wiederzugeben. Daher ist das Weltpolitische Archiv ein sehr wertvoller Teil der Zeitung.

Dass solch eine Zeitung überhaupt besteht, ist wahrscheinlich den meisten Lesern unseres „John Bull" gänzlich unbekannt. Sie ist nämlich wirklich ein ernstes Blatt und kann nicht, wie „John Bull" von den deutschen Gefangenen, für ein Witzblatt gehalten werden. Sie ist auch nicht eine streng pazifistische Zeitung. Wir lesen darin: „Auch in der Zukunft können wir Deutschen keine pazifistische Politik betreiben, wenn wir frei leben und uns entwickeln sollen. Daraus folgt für uns die Notwendigkeit, diesen Krieg weiterzuführen, koste

*) Herausgeber Staatsminister a. D. Heinrich von Frauendorfer und Professor Dr. Edgar Jaffé. Verlag der neuen deutschen Bücherei, Berlin, S. W. 68, Marktgrafenstrasse 77. Wöchentlich 50 Pfg. (Wie wir erfahren, sind die beiden Herausgeber soeben zurückgetreten. Red.)

es was es wolle, bis wir endlich die geographische Einkreisung gebrochen haben. — Das ist eine Politik, nicht der Eroberung, sondern der Sicherstellung. Wir wollen gerne andere leben lassen, aber wir wollen auch leben, frei und stark leben.“ Das stellt nun sicher den deutschen Geist in seiner besten Form dar.

Mich interessierte besonders ein Artikel von Dr. Alois Fischer (München) über die Psychologie der Friedens-Stimmung und ihre Gefahren. Kriegsmüdigkeit ist ein Ding, aber Friedensbereitwilligkeit ein ganz anderes; ehe Deutschland diese letztere erreicht, werden nicht nur Waffenerfolge und politische Kunstgriffe nötig sein, sondern auch die Revision der bisherigen Ideen über die Friedensvorbereitung. Die neue Denkweise kann in ein einziges Wort zusammengefasst werden; sie bedeutet die Politik des Föderalismus. Wir stimmen gerne zu. — Auch hier in England beobachten wir den langsamen Wechsel der nationalen Stimmungen nach psychologischen Gesetzen. Unabhängig von allen strategischen Ereignissen und politischen Theorien gehen wir durch dieselben Phasen wie die Deutschen, die Begeisterung der ersten Zeit, dann das Durchhalten. — Treibt es uns nur zu hoffnungslosem Stumpfsinn, oder können auch wir hoffen, die Stimmung des Föderalismus zu erreichen?

Wir lesen in unseren englischen Tageszeitungen, dass die Vereinigung der deutschen Presse dem Kanzler Vorstellungen gemacht und eine rücksichtsvollere Behandlung seitens der Zensur verlangt habe; wir merken uns seine Entgegnung, welche eine bessere Behandlung verspricht und Freiheit für die Erörterungen der inneren Politik und der wirtschaftlichen Fragen in Aussicht stellt. Was kann nun die Staats- und Wirtschafts-Zeitung mehr wünschen, da sie sich die gleiche Freiheit des Gedankens und Ausdruckes auch für ihre äussere Politik sichern kann, durch den einfachen Kunstgriff, sie als innere oder Wirtschaftspolitik darzustellen. Wir hoffen, die Zeitung werde diese grössere Bewegungsfreiheit ausnützen. Mit einer solchen Zeitung auf deutscher Seite und mit etwas grösserer Freiheit für Männer wie Hirst diesseits des Wassers, sollten wir rasche Fortschritte zu einer Verständigung machen.

Es herrscht ein Unterschied zwischen dem Geist der englischen Sprache und dem der deutschen, welcher von den Lesern der E. S. W. Z. berücksichtigt werden sollte. Die Deutschen lieben Anspielungen so unbestimmter Natur, so zart hinweisend, dass sie kaum anzudeuten wagen, was sie wirklich meinen. Sie sagen „Führende Kreise“, um anzudeuten: Kaiser und Kanzler. Ein Friede „ohne Demütigung“ heisst: ohne Kriegsentschädigung oder einseitige Abrüstung. Und was kann man sich alles bei der „Neu-Orientierung“ denken? Ich denke

mir am liebsten ein erweitertes Wahlrecht und verlange nicht einmal die sofortige Ausdehnung auf die Frauen. Diese zarten Andeutungen machen die Rede so unklar, dass wir den genauen Sinn der geforderten „realen Garantien“ noch immer nicht verstehen. Wie soll es aber zu einer Verständigung kommen, wenn der eine sich so zart ausdrückt, dass der andere nicht weiss, was gemeint ist?

Unsere englische Sprache hat im Gegenteil zu viel anschauliche Kraft und Präzision; wir nennen einen Spaten nicht immer einfach einen Spaten, sondern sprechen pompös von einem Agrikultur-Instrument, und die Leute stellen sich dann statt eines Spatens gleich einen Dampf-Pflug oder eine Ernte-Maschine mit Selbstbinder vor. So sagen wir auch nicht, dass wir Vasallenstaaten haben wollen, sondern ziehen den stolzen Ausdruck „Freiheit und Unabhängigkeit kleiner Nationen“ vor. Kein Mensch würde einem „Warte- und Zuseh-Verein“ beitreten, aber wir begrüssen die „Hoffnungs- und Reue-Mission“ und warten dann und sehen zu, ob es wirklich Hoffnung auf Reue gibt. Es ist nicht nett von den Ausländern, uns diese Dinge als Beispiele britischer Heuchelei ins Gesicht zu schleudern, wie sie es taten zur Zeit des „perfiden Albion“. Es ist dies nur unsere Art, die Dinge zu bezeichnen, die anmutige, literarische Ausdrucksweise unserer talentvollen Staatsmänner. Erst wenn wir zu ernsten Besprechungen über die Basis eines gerechten Friedens gelangen, wird es wichtig sein, sich solcher Worte zu bedienen, deren Sinn klar und deutlich ist. Gegenwärtig sagt die deutsche Sprache zu wenig und die englische zu viel.

Diese Dinge dürfen wir nicht vergessen, wenn wir uns durch die Zeitung mühen, mit dem Wörterbuch in der Hand. Auch dieses löst nicht alle Schwierigkeiten. Wir müssen die Leser ermutigen, selbst die politische Bedeutung des „Kraft-Parallelogrammes“, des „Kuh-Handels“ und unseres „Pentagramm-Kollegen“ zu finden. Indessen entdecken wir gerade zwischen den Zeilen dieser Zeitschrift einen Geist und eine Stimmung, welche uns Hoffnung und Mut geben für die Zukunft eines vernünftigen Europa.

□□□

Wir haben alle Kraft genug, um die Leiden andrer zu ertragen.

La Rochefoucauld.

Aus Büchern und Flugschriften.

Ernst Zitelmann. *Die Möglichkeit eines Weltrechts.* Duncker und Humblot, Leipzig 1916.

Wer immer dem Gedanken eines einheitlichen Weltrechtes nähertreten will, wird gut tun, diese kurze Abhandlung des berühmten Rechtsforschers sorgfältig zu durchdenken. Denn sie versucht die Vorfragen zu skizzieren, von denen die Möglichkeit, Nützlichkeit, Wahrscheinlichkeit, Notwendigkeit der Vereinheitlichung mehrerer Rechtsordnungen abhängt. Zitelmann reduziert die Rechtssätze auf die drei logischen Kategorien des Sollens, Dürfens, Könnens eines, mehrerer oder aller Rechtssubjekte; die Motive des Gesetzgebers auf ethisch-religiöse Normen, Zweckmässigkeitsgründe, logische Konsequenz; logische Harmonie ist ein Element der Gerechtigkeit. Auch die Arten der Vereinheitlichung werden untersucht (spontane Assimilation, Rezeption, Vereinbarung). Ebenso werden die grossen Interessengebiete der eigenen Persönlichkeit, der Macht über Dinge und über Personen abgesteckt und unterabgeteilt. Kurz, Zitelmann entwirft die Umrisse einer Art von Kritik der reinen Vernunft auf juristischem Gebiet und versucht von da aus zur grundsätzlichen Entscheidung der Frage vorzudringen, unter welchen Bedingungen eine Vereinheitlichung des Rechtes möglich ist. Auf überraschend vielen Gebieten. Er verlangte daher schon in dem Vortrage von 1888, dessen Neudruck mit Nachträgen in diesem Schriftchen vorliegt, dass das damals im Stadium öffentlicher Diskussion befindliche neue Deutsche Bürgerliche Gesetzbuch durch gemeinsame Arbeit der österreichischen und der deutschen Juristenwelt für beide Staatsgebiete anwendbar werde. Wie schade, dass dieser Gedanke nicht ausgeführt wurde; welche Vorarbeit für „Mitteleuropa"! *S. F.*

Prof. Dr. Paul Eltzbacher. *Totes und lebendes Völkerrecht.* München und Leipzig, Duncker & Humblot. 1916.

Wer die Verwüstungen kennen lernen will, welche das Völkerrecht, die Frucht der Jahrhunderte, und damit die Menschlichkeit, die Seele aller Kultur, in zwei Jahren erlitten hat, wird in diesem Büchlein reiches Material finden. Der Verfasser hat sich das Ziel gesetzt, „mit dem ruhigen Auge des Naturforschers" zu beobachten, was totes und was lebendes Völkerrecht ist. Und sein Standpunkt ist recht einfach: Jede Scheusslichkeit, die sich irgend ein Kriegführender, gegen alle bisher anerkannten Regeln des Völkerrechts, erlaubt hat, ist neues, lebendes Völkerrecht, wenn nur folgenden Regeln genügt wird:

1. Der Krieg darf auch gegen die bürgerliche Bevölkerung geführt werden, dagegen ist dieser jede Anwendung von Gewalt

untersagt; dass sie sich wehrt, „ist ebenso verrucht wie widerrechtlich“ und wird als Verbrechen mit verschärfter Kriegführung bestraft.

2. Die bürgerliche Bevölkerung darf nur als Ganzes bekämpft werden; den einzelnen Angehörigen des feindlichen Volkes dürfen immer nur solche Leiden zugefügt werden, die dazu dienen, die Angriffs- oder Widerstandskraft des feindlichen Volkes zu brechen, z. B. indem bei dem feindlichen Volke Angst und Kriegsunlust erzeugt werden.
3. Von mehreren zur Erreichung des Kriegszieles geeigneten Mitteln muss gegenüber der bürgerlichen Bevölkerung das mildeste gewählt werden. Im Kampfe gegen die feindliche Waffenmacht besteht keine Einschränkung, die es geböte, womöglich den Feind unverwundet gefangen zu nehmen, nur im Notfalle ihn zu verwunden und nur im äussersten Notfalle ihn zu töten.

Diese Regeln sollen die Barbarei einschränken; sie sind aber selbst ein wahrer Kodex der Barbarei. Nach Regel 3 ist gegen die Soldaten des Feindes, nach Regel 2 gegen die bürgerliche Bevölkerung einfach alles erlaubt; denn die Einschränkung auf das Ganze der bürgerlichen Bevölkerung ist illusorisch, sobald zur Erregung von Kriegsunlust auch gegen die einzelnen alles erlaubt ist. Nach Regel 2 z. B. wird der Bombenwurf aus Luftfahrzeugen auf unverteidigte Städte ausdrücklich als neues Völkerrecht anerkannt; nach Regel 1 hat der Zivilist ruhig zuzuschauen, bis ihn eine Bombe trifft, auch wenn er z. B. eine Abwehrkanone in der Nähe hätte und zu bedienen wüsste; jede Abwehr wäre „verrucht und widerrechtlich.“

Das ist nicht lebendes Recht, sondern lebendes Unrecht: die Aushungerung von Frauen und Kindern, wie die Bombenwürfe auf diese harmlosen „Feinde“. Mit dieser Methode kann das Recht nicht entdeckt werden; ob eine Tatsache Recht oder Unrecht ist, kann von keinem Naturforscher beobachtet, unterschieden und entschieden werden. Im wahren Interesse der Deutschen erschrickt man, wenn die ganze Tendenz der Schrift darauf gerichtet ist, ihnen mehr „Freiheit zu eigenem kraftvollen Handeln zu geben.“ Diese „grossartigste Entwicklung des Völkerrechtes“ soll vieles rechtfertigen, was sich die Deutschen „leider noch nicht erlauben.“ Sie hätten bedauerlicherweise noch „kein so weites Gewissen“ wie die Engländer.

Also nur vorwärts im Wettbewerb um die Krone der Barbarei! Nach dem Kriege wird es sich zeigen, ob die Verwüstung des Völkerrechtes wirklich so herrliche Siegespreise erzielt hat. Vielleicht werden dann die Völker gerne das „tote Völkerrecht“ wieder ins Leben rufen. *S. F.*

Tous les journaux du front. Berger-Levrault. Paris 1915.

Die Franzosen sind ein Volk von Literaten. Wer noch daran gezweifelt hätte, den müsste dieser Krieg überzeugen. Im Schützengraben, dem Feinde gegenüber, unterbrochen von den pfeifenden,

sausenden, dröhnenden Geschossen, ist der Soldat beschäftigt, für seine Zeitung zu schreiben, zu sorgen, zu arbeiten. Mehr als sechzig dieser Schützengrabenblätter existierten schon 1915. Alle Abstufungen der Technik dienen zu ihrer Anfertigung. Von der Maschinenschrift auf Kerzenpapier, in welcher Form die ersten Nummern des „Echo de l'Argonne" erschienen, bis zu der in Paris gedruckten, luxuriös ausgestatteten „Marmita" sind alle Variationen vertreten in der Auswahl von etwa 20, von denen der Verlag je ein Muster bringt. — Und sonderbar! Je tiefer im Land die Zeitung erscheint, je mehr sie sich in der Ausstattung und Auflage den grossen Zeitungen nähert (der in Châlons sur Marne gedruckte „Poilu" in 13,000 Exemplaren), um so gehässiger wird der Ton; man begegnet den üblichen Hetzphrasen. In den echten Blättern von der Front macht sich ein wohltuend liebenswürdiger, harmloser Humor geltend, der die eigenen Verfehlungen viel öfter zur Zielscheibe nimmt als die des Gegners. So wird einem Offizier, der im Zivil die Stellung eines höheren Beamten einnimmt, gemeldet: „Herr Leutnant, die ‚Boches' sind da". „So, so, danke, sie sollen warten," ist die zerstreut gegebene Antwort. *F. F.*

Paul Lintier. *Ma Pièce.* Souvenirs d'un canonnier 1914. Plon-Nourrit & Cie., Paris 1916.

Dieses Bändchen wirkt wie Soldatenbriefe und ist dem Andenken eines edlen Offiziers geweiht, des Kapitäns Bernard de Brisoult, der ohne Härte und Kommandoton seine Leute zu allem haben konnte, weil er selbst zu allem bereit war und seine Kompagnie und sein Vaterland über alles liebte. „Sein Tod vor dem Feinde hat den von Pulverdampf und Nachtwachen brennenden Augen diese furchtbaren Soldaten-Thränen entrissen." Während der Drucklegung der letzten Seiten ist der Verfasser selbst in seinem 23. Lebensjahre gefallen. Nach diesen an der Schwelle des Buches niedergelegten Mitteilungen fühlt man sich selbst in dieser harten Zeit von der Majestät des Todes ergriffen und zur Nachsicht für den Inhalt gestimmt. Aber eine solche Nachsicht ist nicht notwendig. Aus der Flut der Kriegsliteratur wird dieses anspruchslose Bändchen überleben. So anschaulich, so ungeschminkt, so ergreifend mit seinen warmen Schilderungen von Land, Leuten und Leben, so grossherzig in seiner Hassfreiheit ist dieses Tagebuch eines „einfachen Feldwebels". Man sieht geradezu in das Innenleben einer Marschkompagnie hinein, auch in ihr inneres Seelenleben, wie Hunger, Regen, Krankheit und Rückzug die Leute zermürben, wie sie todmüde und krank doch aushalten und wie man im modernen Kriege siegt, ohne es zu ahnen. Den Schluss bildet der Brief, der den Tod des Kapitäns schildert, und mancher Leser dürfte mit dem Verfasser sagen: Moi aussi j'ai pleuré en lisant cette lettre. *S. F.*

Prof. Dr. **Otto Schlaginhaufen,** Zürich. Vortrag über *Socialanthropologie und Krieg.* Zürich, Rascher & Cie. 80 Cts.

Die Wissenschaft steht den gegenwärtigen Erscheinungen individuellen und nationalen Lebens mit einem weit mehr ausgebildeten Erkenntnisrüstzeug gegenüber, als es früher der Fall war. Mag sie aus diesen oder anderen Gründen in ihrer Wirkungsfähigkeit begrenzt sein, die entwicklungssteigernden Faktoren anzuführen oder nachteilige zu unterbinden — schon deshalb, weil sie zumeist hinter den Tatsachen zurücksteht — so gestalten sich doch im allgemeinen Bewusstsein ihre Erkenntnisergebnisse als Wertmassstäbe für die Erscheinungen. Einen vielseitig ausgearbeiteten, alle Faktoren vom rein wissenschaftlichen Gesichtspunkte berücksichtigenden Beitrag für die Tragweite der heutigen geschichtlichen Ereignisse bietet der Vortrag von Professor Dr. O. Schlaginhaufen, der die Wirksamkeit der natürlichen Auslese in ihrem Einfluss auf die kriegführenden Völker untersucht. Wenn auch verschiedene Umstände die „biologisch ungünstige Wirkung des Krieges mildern" (geistig hohe Veranlagung Militäruntauglicher, rationellere Züchtung guter sanitärer Konstitutionen, schärfere Auslese weiblicher Individuen etc.), so kommt der Verfasser, ganz abgesehen von der Hemmung der natürlichen Auslese durch Kulturfaktoren, doch zu dem Schluss, „dass der Krieg als intrasozialer Züchter der Tendenz der natürlichen Auslese entgegenwirkt" (S. 22). Von noch grösserer Bedeutung wird das Problem von dem Gesichtspunkte, „dass die innere Entwicklung und also im Grunde genommen die Erbanlagen des Volkes" über den Enderfolg eines Krieges entscheiden (S. 23). Selbst wenn andere Umstände diesen entscheidenden Faktor des Krieges auch stark beeinflussen und verschieben, können wir über die am „empfindlichsten fühlbare generative Schwächung" eines Volkes nicht im Zweifel sein. *C. B.*

Dr. **Oskar Stillich.** *Die Bevölkerungsfrage und der Krieg.*

Dr. phil. **Helene Stöcker.** *Moderne Bevölkerungspolitik. Menschlichkeit. Geschlechtspsychologie und Krieg.* (Kriegshefte des Bundes für Mutterschutz. Berlin.)

Der Bund für Mutterschutz, Berlin, sendet uns vier schmale Heftchen wertvollen Inhaltes. Unter verschiedenen Titeln ist ihr Grundproblem dasselbe: Bevölkerung und Krieg. Dr. Oskar Stillich untersucht die Mittel zur Erhaltung und Vermehrung deutscher Volkskraft. In der Theorie machen sich zwei Ansichten geltend: die nationalistische verlangt schrankenlose Volksvermehrung zum Zwecke einer starken Wehrmacht; die individualistische fordert Lebensglück und Entwicklung für jeden Bürger, Qualität statt Quantität; sie rechtfertigt die Beschränkung der Kinderzahl. In der Praxis wirken vor allen Dingen die ökonomischen Verhältnisse. Nun sind die Aussichten auf eine günstige Konjunktur nach dem Kriege, die zahlreiche Eheschliessungen und starken Nachwuchs ermöglichen würde, recht gering, und es gilt, angesichts der realen Lage positive Vorschläge zu machen. Diese fasst Stillich dahin zusammen, dass er die

Wegräumung aller Heiratsverbote (bei Lehrerinnen, Beamtinnen,) aller Heiratsbeschränkungen (beim Militär) fordert; ferner eine radikale Reform des Erbrechtes, Aufbesserung der Beamtengehälter, Beibehaltung der Kriegswochenhilfe und Ausdehnung der Hinterbliebenen-Unterstützung.

Dieselbe Frage behandelt Helene Stöcker und kommt zu ähnlichen Resultaten; aber das ganze Problem ist hier ethisch vertieft und erweitert. Vor allen Dingen verlangt sie von jedem einzelnen grundsätzliche Stellungnahme zur Erscheinung des Krieges und des Staates. Ist der Staat eine wesentlich kriegerische Machtorganisation behufs Raumgewinnung für das Volk? Oder ist er eine Organisation des Friedens und der Sicherheit zum Zwecke des Glückes, des Gedeihens, des gesunden Wachstums jedes einzelnen? Und was heisst „Treue" gegenüber dem Staate? Blinder Gehorsam oder freiwillige Mitarbeit und unter Umständen auch freie Kritik? Helene Stöcker fordert mit Leopold von Wiese einen Staat, dessen höchster Zweck die Pflege starker, freier Persönlichkeiten, wahrer Kulturträger sei, die allein ihrem Volke eine eminente Stellung sichern können. Der Staat als Organ der höchsten Ethik soll den Völkern die Lehre einprägen, dass höchste Güte auch für sie höchste Klugheit ist. Rückkehr zu Kant und Goethe ist ihr Losungswort, ihr praktischer Vorschlag die Schaffung einer grossen Presse, unabhängig von geschäftlichen Interessen, ein Vorschlag, der in den Spalten der Intern. Rundschau schon erhoben und diskutiert worden ist.

Zum Schluss werden alle diese Fragen noch einmal zusammengefasst in der Schrift „Geschlechtspsychologie und Krieg". Hier bewegt sich die unermüdliche Vorkämpferin des „Bundes für Mutterschutz" auf ihrem eigensten Gebiet. Mit dankbarer Freude erkennen wir aus jeder Zeile dieser Schriften eine Frau von tief religiös-sittlichem Empfinden, klarem nüchternen Denken, warmem Herzen und tatkräftigem Handeln.

Nicht das täglich schwankende Kriegsglück allein wird das künftige Schicksal der Völker bestimmen; ihre wahre Kraft liegt vielmehr in den starken, freien Menschen, die sie hervorbringen, und deren Wirken und Wollen die Zukunft gestalten, denn, wie Nietzsche sagt: „Der Mensch ist der Schöpfer aller Dinge". Wollen befreit auch vom Schicksal des Krieges. *M. R.*

Ellen Key, S. Heumann, Rahel Edelstein-Friedmann. *Drei Frauenstimmen im Kampfe für den Völkerfrieden.*

Am 1. August 1916 erschien im „Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich" ein Aufruf von Frau S. Heumann an alle Völker, sie mögen den Frieden um jeden Preis erzwingen. Dieser Aufruf bildet nun das Vorwort zu einem schmalen Heftchen, in dem drei Frauen ihre Stimmen erheben, um uns dem ersehnten Ziele näher zu bringen. Der erste kurze Aufsatz von Ellen Key erweckt schon durch den Namen seiner Verfasserin Interesse und Zutrauen, denn wer kennt nicht diese tapfere Streiterin des Nordens für Fortschritt und Freiheit. Sie betont, dass der Krieg

erst geistig überwunden werden muss, dass der Friede erst in den Seelen der Menschen einziehen muss, ehe er zur äusseren Tatsache werden kann. In dieser Überzeugung fordert sie alle Völker auf zu einer ernsten Gewissensprüfung, denn durch den Sieg auf dem Schlachtfelde werden wir das nicht erringen, wonach wir alle lechzen, sondern nur, „wenn die kämpfenden Völker durch ihre Leiden einen höheren Grad in der Vernunft, im Rechtssinn und in der Masshaltung erreichen, als es der Fall war bei Kriegsausbruch“. Sie wünscht, dass „die vielen kleinen Friedensbewegungen sich nun zu einem starken elektrischen Strom vereinigen mögen, mächtig genug, um die Streitenden zu überzeugen von der Ehrlichkeit unserer Absichten, von der Wärme unserer Sympathie und der Vernunft unserer Gedanken, wenn wir Pazifisten sie beschwören, dem Streite doch ein Ende zu geben, bevor sie ganz und gar verblutet sind.“

Im Anschluss an Ellen Key erörtert Frau Rahel Edelstein-Friedmann den Beruf Europas zur Organisation der anationalen Menschheit, wobei die Verf. freilich, entsetzt über die Ausschreitungen des Nationalgefühls im Weltkriege, die natürliche und unvermeidliche Rivalität der Nationen, die im Frieden die Menschheit in frischem Fortschritt erhält, nicht hoch genug einschätzt. Das Büchlein schliesst mit drei Aufsätzen der Herausgeberin Frau S. Heumann, in denen warmherzig für den Frieden plädiert wird, wie er hier, in dem herrlichen Schweizerland, als unaussprechlicher Segen empfunden wird. *M. R.*

Alexander Morgan, *Education and Social Progress.* Longmans, Green and Co., London 1916.

Diese weit ausschauende Studie über neue Wege und neue Ziele der Erziehung verbindet grosse Wärme mit wissenschaftlicher Sachlichkeit. Das Buch ist in England und für England geschrieben und der Verfasser zögert nicht, auf die grossen Schäden des englischen Erziehungssystems besonders für die ärmeren Klassen der Bevölkerung hinzuweisen. Er trägt auch kein Bedenken, jetzt im Kriege gegen Deutschland die soziale Fürsorge und die Vorzüge des Schulwesens beim Gegner mit treffenden Worten anzuerkennen. Wenn dieses Buch für England vielleicht eine Notwendigkeit war, so liegt sein besonderer Wert für den nichtenglischen Leser darin, dass grundlegende Fragen erörtert werden wie: Die Folgen der Einflüsse im Kindesalter, die mit staatlicher Erziehung verbundenen sozialen Aufgaben, die Beeinflussung dieser Aufgaben durch die Entwicklung der Industrie, die notwendige Reihenfolge der verschiedenen Phasen von Erziehung und Unterricht und die Wesenheit des Lehrberufes. Manche Desiderien des Verfassers sehen wir hier in der Schweiz und anderwärts bereits verwirklicht; seinen Erörterungen zu folgen kann gleichwohl überall fördernd wirken. Aus dieser Schrift spricht ein Schulmann, der sich einen Schulraum ohne Bänke vorstellt, der der individuellen Erziehung des einzelnen Kindes ein beredter Fürsprecher ist, und ein Schulmann, der die

Schule als ein der Veränderung stets bedürfendes Lebendiges erkennt. *F. B-n.*

Hans Blüher. *Ulrich von Wilamowitz und der deutsche Geist 1871 bis 1915. Der bürgerliche und der geistige Antifeminismus. Die Intellektuellen und die Geistigen.* Tempelhof-Berlin. (Nur vom Eigenverlag beziehbar.)

Diese drei Aufsätze bieten anregende Lektüre. Sie treiben ein kokettierendes Versteckespiel mit Gedanken, die nicht immer neu sind und die sich vom Ichbegriffe des Autors meist noch nicht befreit haben. Wir erfahren Dinge darin über die Frauen, die Weininger klarer und endgültiger zu sagen gewusst hat. Der Männerbündlerei wird das Wort geredet, im Gegensatz zur heutigen dekadenten Zeit männlicher Feministen. Wilamowitz wird mit Nietzsches schwersten Bänden totgeschlagen, und es werden Propheten verkündet, nicht zuletzt „man selbst". Wer sich durch den Wust von selbstgefallendem Geworte geduldig durchwindet, steht mehr als einmal plötzlich vor einem guten klaren Satz, der eine unumstössliche Gescheitheit enthält. Wenn der Verfasser so erfreulich jung ist, wie sein Stil ihn zeigt, kann aus diesem Most noch guter Wein sich klären. *F. B-n.*

Fredrick John Gillmann, London. *The Workers and Education.* George Allen and Unwin, Ltd. 1 sh.

Auch diese Broschüre schildert derzeitige Bestrebungen in England, die auch der arbeitenden Bevölkerung Quellen des Wissens zugänglich machen wollen. Es geschieht das in gesunder Umgebung, in kameradschaftlicher Form und in einer den Hochschulen entlehnten Auffassung von Lehrfreiheit. Die Vorlesungen finden zum Teil im Freien statt. Wm. Chas, Braithwaite schreibt im Nachwort: Die Kluft zwischen der gebildeten und ungebildeten Bevölkerung ist noch wesentlicher als der Gegensatz von Stand und Vermögen. Man sollte soziale Probleme ebensowohl mit Hinsicht auf Erziehungsunterschiede als auf solche von Rang und Wohlstand zu lösen suchen. Einen solchen Versuch bedeuten die im vorliegenden Heft erwähnten zahlreichen Sommerschulen, Ferienheime und ähnlich zielende Einrichtungen. *F. B-n.*



Das Erbarmen, ach! wie oft kommt es erst nachgehinkt, wenn die Menschen tod daliegen.

E. Zola.

5. Dezember 1916.

Internationale Rundschau

2. Jahrgang. Fünfzehntes Heft.

Die Wahrheit über den Krieg

Von

E. D. Morel



Druck und Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Kopenhagen: Vor Frue Boglade (Kaj Frimodt).
Stockholm: Albert Bonnier.

Preis: 80 Cts. — 80 Pfg.

Inhalt des 15. Heftes:

Die Internationale Rundschau

erscheint viermal vierteljährlich.
Abonnementspreis Fr. 3.—, Mk. 3.—. Im Postabonnement 20 Cts. Zuschlag.
Einzelne Hefte: 80 Cts., 80 Pfg.

Abonnementsbestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen des In- und Auslandes entgegen; ebenso der Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind **an die Redaktion der Internationalen Rundschau, Bärengasse 6, Zürich** zu adressieren. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn kein Rückporto beiliegt.

Für die Redaktion:
R. W. Huber
Zürich.

Verlag:
Art. Institut Orell Füssli
Zürich.

Mitarbeiter:

L. Barbar, Sofia; **A. Baumgartner**, Zürich; **C. Bergmann**, Russland; **J. Bergman**, Stockholm; **E. Bernstein**, Berlin; **G. Brandes**, Kopenhagen; **F. Brentano**, Zürich; **L. Brentano**, München; **C. Brockhausen**, Wien; **F. H. Broeksmit**, Holland; **G. Cardinali**, Bologna; **E. Clapp**, New York; **A. Daudé-Bancel**, Paris; **E. Dick**, Basel; **Fr. van Eeden**, Holland; **Fr. Foerster**, München; **Fr. Fritschi**, Zürich; **Gemelli**, Turin; **A. Germain**, Arcachon; **H. Gomperz**, Wien; **L. M. Hartmann**, Wien; **R. Hercod**, Lausanne; **P. Hiestand**, Zürich; **L. Hoesch-Ernest**, Amerika; **J. Jastrow**, Berlin; **E. Jones**, London; **Jong van Beek en Donk**, Haag; **Ellen Key**, Schweden; **A. Knapp**, Zürich; **J. R. Kjellén**, Göteborg; **H. Lambert**, Charleroi; **H. Lammasch**, Wien; **O. Lang**, Zürich; **C. Larsen**, Kopenhagen; **V. Lee**, London; **W. Lotz**, München; **E. Mach**, München; **G. Maier**, Zürich; **Rosa Mayreder**, Wien; **E. D. Morel**, London; **C. Oberoutcheff**, Russland; **J. Oehquist**, Helsingfors; **Oda Olberg**, Rom; **Cecil C. Palmer**, Portsmouth; **E. Platzhoff-Lejeune**, Vaud; **H. Richardson**, England; **E. Rignano**, Mailand; **Ch. Roper**, London; **B. Russel**, London; **E. G. Smith**, England; **W. Schücking**, Marburg; **F. M. Stawell**, London; **E. Tcharsky**, Russland; **F. Tönnies**, Eutin; **E. Wavrinsky**, Stockholm; **E. A. Westermarck**, Helsingfors-London; **F. v. Wrangel**, Russland.

Ausserdem haben eine grosse Anzahl führender Gelehrter und Schriftsteller aus allen kriegführenden Staaten ihre tätige Mitwirkung zugesagt und ihrer lebhaften Zustimmung zu dem Unternehmen Ausdruck gegeben.

Die Wahrheit über den Krieg

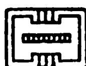
Von

E. D. Morel

Lasset uns beten um den Mut, einzugestehen was Unrecht und Schuld sein mag an uns selbst, und herauszusagen, was an Änderungen notwendig ist in unserem eigenen Benehmen und in unserer Auffassung der Dinge. Nichts ist leichter als andere anzuklagen! Lasset uns lieber beten, daß wir die Kraft haben mögen, uns zu befreien von protziger Selbstgerechtigkeit, salbungsvollem Pharisäertum und heuchlerischer Selbstbeschönigung.

Lasset uns in dieser dunkelsten Stunde der Menschheit arbeiten und kämpfen, auf dass das Ende all der Verwirrung der Friede sei für uns, für unsere Kinder und für alle Kinder der Menschen. Amen.

Morel an die Quäker von Manchester,
17. Dezember 1914.



Die Wahrheit über den Krieg.

Geleitwort.

Die nachfolgenden Ausführungen sind aus dem neuen Buche „Truth and War" von E. D. Morel* in möglichst wortgetreuer Übersetzung zusammengestellt. Zusammenfassungen sind durch kleineren Druck kenntlich gemacht. Einen ähnlichen autorisierten Auszug aus seinem Marokko-Buche haben wir in Nr. 3 unseres ersten Jahrganges geboten. Mit Genugtuung konnten wir damals aus der deutschen und neutralen Presse ersehen, dass dadurch die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf jenes Buch gelenkt wurde, das, zwei Jahre vor dem Kriege geschrieben, mit der Voraussage schwerer Verwicklungen geschlossen hatte. Auch in dem neuen Buche, einer Vereinigung seiner Artikel im „Labour Leader" bis zum Mai 1916, erweist sich E. D. Morel als ein Vorbild edlen Bürgermutes und weitherzigen Europäertums bei aufrichtigem Patriotismus. Mit seiner Darstellung der Kriegsursachen wird sich jeder auseinanderzusetzen haben, welcher einer der Parteien die ausschliessliche Schuld am Ausbruch des Weltkrieges im Juli 1914 zuschreibt. Morel tadelt die Deutschen wie jeder Engländer; aber da er auf ihre Regierung keinen Einfluss hat, verlegt er seine Hauptkraft darauf, die Politik seines eigenen Landes einer freimütigen Kritik zu unterziehen. Wer das als Engländer in England mitten im Kriege wagt, hat ein Recht darauf, dass auch der ausländische Leser dieselbe nationale Selbstkritik übe. Darum haben wir diesem Versuch rückhaltsloser Wahrheitsforschung ein ganzes Heft unserer Zeitschrift gewidmet.

Die Redaktion.

---

* London, Labour Press Ltd., 320 S., 2 sh.

Vorwort des Verfassers.

In den letzten 12 Monaten bin ich einer der meistbeschimpften Männer im britischen Inselreich gewesen. Selbst mein Freund und Kollege J. Ramsay Macdonald hat nicht so viele tückische Verleumdungen erfahren. Keine Ehrlosigkeit ist so gemein, dass man mir sie nicht als Motiv meiner Handlungsweise zugemutet hätte.

Mein Verbrechen ist ein zweifaches. Ich habe mich wie so viele andere an der Bewegung zugunsten eines Dauerfriedens beteiligt ... und überdies liegt gegen mich persönlich noch eine zweite Anklage vor, nämlich dass ich — nach dem Kriegsausbruch gerade so wie vorher — bestrebt war, auch unseren jetzigen Feinden gegenüber gerecht zu sein und, im wahren Interesse meines eigenen Vaterlandes nachzuweisen, dass unmöglich die ganze Schuld an diesem Weltkriege ausschliesslich unseren Feinden zur Last gelegt werden kann. Auf beide Anklagen bekenne ich mich schuldig, ohne jede Einschränkung. Ja, ich habe mit Vorbedacht so gehandelt und mit Vorbedacht werde ich auch fernerhin so handeln.

Morel erzählt nun, wie seine Gegner ihm u. a. seine ausländische Abkunft vorwerfen, nämlich seinen französischen Vater und dessen französischen Namen (Morel-de-Ville). Aber gerade aus Liebe zu den Franzosen habe er immer eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland gewünscht, wie aus Liebe zu den Engländern eine deutsch-englische Verständigung. Seit 1911 arbeite er mit voller Kraft im Dienste dieser Überzeugungen.

Vorher hatte er ein Jahrzehnt hindurch als Sekretär der Kongoreformgesellschaft gegen „das größte Verbrechen, welches an der afrikanischen Rasse seit den Zeiten des Sklavenhandels verübt worden ist“, gekämpft und konnte trotz heftigster Agitation jahrelang es nicht zuwege bringen, die schwerfällige diplomatische Maschine in Bewegung zu setzen. Bald war er sich klar darüber, dass „der Ehrgeiz, die Intriguen, die Eifersucht, die Furcht und das Misstrauen einiger rivalisierender Diplomaten“ den europäischen Staatskanzleien wichtiger waren als die Vertragsbrüche Leopolds II. von Belgien und die Qualen der oft zu Tode gemarterten Eingeborenen.

Nach erfolgreicher Erledigung der Kongo-Kampagne kehrte Morel 1911 nach England zurück und fand sein Vaterland in vollster Krise wegen der Marokko-Angelegenheit. Lloyd George drohte damals Deutschland direkt mit dem Kriege. Und beim

Studium dieser ganzen Verwicklung fand Morel wieder die unheilvolle Hand der Diplomatie am Werke, in geheimen Verträgen mit Krieg und Frieden spielend. Damals schrieb er sein Buch „Marokko und die Diplomatie", einen „Bericht über eine selbst in den Annalen der Diplomatie beispiellose Häufung von Verrat und Betrug an den eigenen Volksgenossen — den Franzosen und Engländern — an Marokko und der ganzen Welt". Das Buch schloss (1912) mit der Erklärung, dass die Welt nicht am Ende, sondern am Anfang der Verwicklungen in der Marokkofrage stehe, welche ihre düsteren Schatten auf das ganze Leben nicht bloss dieser Generation, sondern der kommenden Generationen werfen werde. Und auch daran trug die Hauptschuld das System der geheimen Diplomatie, vermöge dessen in England drei bis vier und in der ganzen Welt „ein paar Dutzend elegante Herren in mittleren oder höheren Lebensjahren" über den Ausbruch des Krieges praktisch so gut wie ohne Kontrolle zu entscheiden hatten. Hören wir nun, was uns Morel über die von ihm so tötlich gehasste Diplomatie zu sagen hat.

Ich habe Gelegenheit gehabt, hinter den Vorhang zu sehen und mich zu überzeugen, wie alle Völker nicht bloss von Afrika, sondern auch von Europa auf Gnade und Ungnade einer Bureaukratie ausgeliefert sind, die im Finstern und im tiefsten Geheimnis arbeitet. Von veralteten Traditionen beherrscht, schlecht informiert, in ihrem Denken dem Pulsschlag der Zeit entfremdet, im Handeln voll zynischer Verachtung für Menschlichkeit und Moral, betreiben die Diplomaten als ihre grossartigste Leistung die Kunst, mit Erfolg zu lügen. Und diese Bureaukratie, deren Horizont durch eine Mauer von engherzigen Vorurteilen beschränkt ist, hält Wohl und Wehe der Nationen in ihrer Hand und denkt dabei ausschliesslich an ihre persönlichen Nebenbuhlerschaften bei der Verfolgung von ehrgeizigen Zielen, welche mit Glück oder Unglück der Massen nicht das Geringste gemein haben. Nach dieser Lehrzeit in den Kreisen der internationalen Diplomatie muss ich offen gestehen, dass mich im September 1914 das Wort des deutschen Reichskanzlers über den „Fetzen Papier", nicht wegen seiner besondern Unehrlichkeit, sondern vielmehr geradezu als ein Akt ausnahmsweiser Ehrlichkeit überraschte. Es ist vielleicht in jener ganzen diplomatischen Aktensammlung die einzige Äusserung, die man rückhaltlos als „ehrlich" bezeichnen

kann; denn hier hat ein zünftiger Diplomat endlich einmal in der Stunde der Not und unter dem Druck heftiger Aufregung die Unehrlichkeit der Diplomatie offen proklamiert, nicht gerade der deutschen Diplomatie, sondern der Diplomatie überhaupt, welche in keinem Lande, unter keiner Verfassung, zu keiner Zeit ihr geschriebenes Wort respektiert hat, wenn ihr der Wortbruch mehr im „nationalen Interesse" zu liegen schien, wie sie dieses gerade auslegte.

Morel hebt dann noch ausdrücklich hervor, dass, wenn er die englische Diplomatie anklage, er damit keineswegs sagen wolle, dass die deutsche irgendwie besser sei. Aber sie anzuklagen sei Sache der Deutschen.

„Den Splitter im fremden Auge zu denunzieren, ist sehr billig, aber es kann nur allzuleicht verhindern, den Balken im eigenen zu entdecken, ja es kann zur Überzeugung führen, dass dergleichen im eigenen Aug' gar nicht existieren könne. Das Nachbarvolk anzuklagen und das eigene tadellos zu finden, das ist die Krankheit, an welcher jetzt jedes Volk leidet und für welche es mit Blut und Tränen büssen muss."

Die geheime Diplomatie.

Schon das Wort Diplomatie hat etwas Mysteriöses an sich; man denkt an ein Allerheiligstes von Amtsgeheimnissen, der gewöhnliche Sterbliche hält unwillkürlich den Atem an, wenn davon gesprochen wird. Und doch bedeutet Diplomatie praktisch einfach eine Abteilung der Staatsregierung, nämlich jene, welche die amtlichen Beziehungen des eigenen Staates zu den anderen Staaten zu regeln hat, also die Organisation des auswärtigen Dienstes.

Der auswärtige Dienst wird vom Staatssekretär der äusseren Angelegenheiten geleitet, einem Mitgliede des gerade amtierenden Ministeriums; dieser wird bekanntlich meist auf Grund seiner Haltung zu Problemen der inneren Politik gewählt, deckt aber durch seine Solidarität auch die äussere Politik des Staatssekretärs, ein Prinzip, für und gegen welches vieles zu sagen wäre. Der Staats-

sekretär oder Minister des Äussern arbeitet mit Hilfe von etwa 40 hohen Ministerialbeamten und 120 Vertretern im Auslande: Botschaftern, Gesandten, Ministern, Räten, Sekretären, Attachés. Von diesen 161 Kavalieren sind etwa ein Dutzend offiziell in der Lage, auf die Entschliessungen des Ministeriums einen entscheidenden Einfluss zu nehmen. Man kann also sagen, dass das Ministerium und mit ihm die auswärtige Politik der Nation im wesentlichen von 12 eleganten Herren beherrscht wird. Denn der auswärtige Dienst befindet sich auch jetzt noch gänzlich in den Händen der Aristokratie und reicher Grundbesitzer. Dieser Zweig der Staatsverwaltung ist das letzte Bollwerk des Adels, seines Regierungs-Monopols und seiner Privilegien. In allen anderen Zweigen des öffentlichen Dienstes ist das demokratische Prinzip zur Herrschaft gelangt, nur die Diplomatie ist davon unberührt geblieben. Warum? Einfach weil die Demokratie selbst, in ihrem Aufstieg zur Macht, diesen Teil der Regierung völlig vernachlässigt hat. Englands Demokratie hat noch immer nicht begriffen, wie unlöslich jedes Bürgers Privat- und Alltagsleben mit den Zielen, dem Verfahren, dem Geiste unserer auswärtigen Politik verquickt und verwoben ist; sie blickt mit scheuem Respekt auf die Diplomatie und ihre geheimen Künste als ein Fach, das über den gemeinen Menschenverstand hinausreicht. In dieser Auffassung ist sie gerade in den letzten Jahren von oben her geflissentlich in jeder Weise bestärkt worden. Jetzt hat die britische Demokratie für ihren Missgriff schwer zu büssen, aber noch immer hat sie keine Ahnung davon, wie drückend ihre Last auch im besten Falle ausfallen muss und wie entsetzlich sie im schlimmsten Falle werden kann.

Ich habe von den 120 auswärtigen Vertretern gesprochen. Da liegt der Fehler des ganzen Systems. Diese 120 grossen Herren, welche viele Vorzüge und nicht wenige Fehler, die Vorzüge und Fehler ihrer Kaste, aufweisen, sind eben blos dem Namen nach Vertreter der Nation. In Wahrheit sind sie nur die Vertreter des Ministeriums, und die Methoden, die Entschliessungen

dieses Ministeriums entziehen sich der Kenntnis der Nation; ihr ganzes Denken spielt sich abseits von den Arterien des nationalen Lebens ab. Solange nun die Nation nicht durchsetzt, dass ihre offiziellen Vertreter für das Ausland auf Grund öffentlichen Wettbewerbs nach Verdienst gewählt und nicht auf dem Wege der Protektion ernannt werden, dass nicht mehr Rang und Reichtum bei der Auswahl der Diplomaten den Ausschlag geben,*) dass sie auch nicht ausschliesslich aus der Aristokratie, sondern aus den Besten aller Gesellschaftsklassen genommen werden, dass vor allem der ganze auswärtige Dienst im Lichte der öffentlichen Kritik und nicht im Dunkel des Geheimnisses arbeite, solange die Nation das alles nicht durchzusetzen vermag, solange werden die Geschicke des ganzen Volkes, solange wird auch Wohl und Wehe jedes Einzelnen, ob arm oder reich, hoch oder niedrig, auf Gnade und Ungnade der Willkür dieser Beamten des auswärtigen Dienstes ausgeliefert bleiben, wie wir alle ihnen heute mit unseren wichtigsten Angelegenheiten ausgeliefert sind.

So steht die Willkürherrschaft der geheimen Diplomatie trennend zwischen den Völkern, dass sie einander gegenseitig und eines des anderen Bedürfnisse nicht verstehen können. Sie ist das grösste Hindernis der Selbstbefreiung der Völker von den Fesseln des Militarismus, von den Schrecken des Krieges. Oft schon im Laufe der Geschichte ist es die englische Nation gewesen, die durch ihre Reformen die Grenzen menschlicher Freiheit erweitert hat. Und wenn sie nur will, so kann sie gerade jetzt die Welt zur Lösung der grössten aller Aufgaben drängen, welche in der Gegenwart dem menschlichen Streben gestellt sind, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Völkern durch Reform der Diplomatie.

*) Vergl. A. Ponsonby, Parlament und auswärtige Politik. Internationale Rundschau, I. Jahrg., No. 1 u. 2.

Ist Deutschland allein schuldig?

Die Gefühle tiefsten Abscheus gegen die Lehren Nietzsches, Treitschkes und der preussischen Militärpolitiker, gegen die Brutalitäten der deutschen Diplomatie und Kriegführung können mich nicht blind machen gegen Tatsachen, wie etwa die folgenden: Dass nicht Deutschland allein eine politisch-militaristische Schule besitzt, deren Einfluss verderblich ist; dass wir von Machiavelli gehört haben, bevor wir von Nietzsche hörten; dass eine aus 300 Persönlichkeiten der intellektuellen Elite Deutschlands bestehende Vereinigung voriges Jahr einen heftigen Angriff gegen Bernhardi veröffentlicht hat;* dass dieser im Vorworte zu seinem Buche selbst darüber klagt, dieses sei notwendig, weil seine Ansichten von der Majorität seiner Landsleute nicht geteilt würden; dass die Heiligkeit internationaler Verträge von jeher von allen Regierungen verhöhnt wurde, sobald man sie als beeinträchtigend für die angeblichen Lebensinteressen der Staaten betrachtete; dass gerade das letzte Jahrzehnt Zeuge war einer wahren Epidemie von Vertragsbrüchen, und schliesslich, dass Deutschland, trotz seines Prahlens, Säbelrasselns und der unsympathischen Berufung seines Herrschers auf die Mitregierung (copartnership) des Allmächtigen tatsächlich die einzige europäische Grossmacht ist, die während der letzten 40 Jahre nicht dem Zeitvertreib des Krieges gefröhnt hat, abgesehen von der unbedeutenden Expedition gegen einen Hottentottenstamm in Südwestafrika.

Wie oft haben wir die Phrase gehört und gelesen von „Deutschlands unprovoziertem Angriff auf Frankreich"!

In Wirklichkeit hat Deutschland Frankreich angegriffen, weil, wenn Deutschland nicht angegriffen hätte, es von Frankreich angegriffen worden wäre. Das ist die reine Wahrheit. Wird dadurch Deutschland von seinem Anteil an der furchtbaren Schuld entlastet, dieses System

* „Der deutsche Chauvinismus" von Prof. Otfried Nippold anlässlich der „Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung" (Stuttgart, Druck von W. Kohlhammer 1913). Es ist eine Sammlung von Äusserungen der ärgsten deutschen Chauvinisten mit entsprechenden Kommentaren.

aufgebaut zu haben, welches 18 Millionen Menschen zu gegenseitiger Vernichtung durcheinander wirbelt, weil ein Mensch in den Strassen einer bosnischen Stadt erschossen worden ist? Gewiss nicht. Aber auch die anderen Regierungen werden ebensowenig entschuldigt. Und wenn die Deutschen ihre Überzeugung ausdrücken, dass sie einen Verteidigungskrieg für ihre nationale Existenz führen, sind sie genau so aufrichtig wie alle anderen Völker und Regierungen, welche dasselbe behaupten. Dies bezeugen auch die französischen Militärschriftsteller.

Zu den gelesensten militärischen Büchern der Franzosen gehörten vor dem Kriege die Schriften von Oberstleutnant Grouard, besonders „La Guerre éventuelle", und Oberst Boucher, „L'Allemagne en péril". Beide Schriftsteller scheinen es als selbstverständlich zu betrachten, dass Frankreich an jedem Krieg Russlands gegen Deutschland teilnehmen würde.

Oberst Boucher drückt sich besonders energisch aus. Mit einer Wahrhaftigkeit, welche einige britische Autoren nicht zu erreichen wissen, weist er darauf hin, dass Deutschlands neues Wehrgesetz von 1913 gegen die slavische Gefahr gerichtet sei. Deutschland zweifle nicht daran, „dass Frankreich, an seinen Verträgen mit unwandelbarer Treue festhaltend, dem russischen Bundesgenossen mit voller Kraft zu Hilfe eilen würde, indem es allerdings für seine Intervention den günstigsten Augenblick zu wählen sich vorbehielte". An anderer Stelle heisst es: „Wenn Deutschland am 11. Tage des Krieges unsere Grenzen nicht überschritten hat, so wird es an uns sein, die direkte Offensive zu ergreifen und die deutschen Grenzen zu überschreiten."

Mit der scharfen Logik und dem klaren Denken des französischen Geistes bietet Oberst Boucher, was vielleicht als das treueste Bild der europäischen Verhältnisse zu Beginn des Jahres 1914 bezeichnet werden kann, eine Ausführung, die würdig ist, ihrem Wortlaut nach zitiert zu werden: „Wie seltsam ist doch die Situation Frankreichs! Es ist der Schmerz über den Verlust unserer beiden schönen

Provinzen Elsass und Lothringen, die uns in so rührender Weise ihre Treue bewahrt haben; es ist unser unerschütterlicher Entschluss, sie von der Tyrannei ihrer Eroberer zu befreien, und unsere Hoffnung, unsere Trikolore wieder über ihren öffentlichen Gebäuden flattern zu sehen, es ist also vor allem eine Gefühlsfrage, welche unserer Feindseligkeit gegen Deutschland zugrunde liegt, und diese Feindseligkeit zwingt uns, in der Triple-Entente den Schutz Russlands und Englands anzunehmen, aber auch die Lebensinteressen dieser unserer Bundesgenossen und Freunde in Schutz zu nehmen. Denn sind wir siegreich, so ist Europa zwar für immer von der deutschen Oberherrschaft frei, aber zugleich wird das Slaventum das Deutschtum zu Boden geschmettert haben und Russland wird kein Hindernis mehr finden, sein ungeheures Reich zu befestigen und noch zu vergrössern. Sind wir siegreich, so bleibt England die Königin der Meere; seine Flotte hat von der deutschen nichts mehr zu fürchten, seinem Handel steht die deutsche Konkurrenz nicht mehr im Wege. Um aber diesen künftigen Angriffen, welche Deutschland von allen Seiten her bedrohen, Widerstand leisten zu können, ist dieser Staat gezwungen, seine militärische Organisation zur höchsten Schlagkraft zu steigern und diese konzentrierte Schlagkraft muss ihre Spitze in letzter Linie gegen uns richten“ ...

Nicht bloss Deutschland hat für den Kriegsfall Vorbereitungen getroffen, sondern ganz Europa, Frankreich, Russland, England ... „Die deutsche Armee war nicht schlagfertiger für einen Angriffskrieg in riesenhaftem Massstab als die britische Flotte für die Verteidigung unserer Nation,“ hat uns Mr. Churchill versichert. Aber die Vorbereitungen Deutschlands, so behauptet man, sind gemacht worden, um den Krieg vom Zaun zu brechen, die Vorbereitungen aller anderen Mächte, um den Krieg zu verhindern. Wie kommt es, möchte ich dagegen fragen, dass die anderen Mächte einen Krieg nicht bloss vorbereitet, sondern geführt haben — Frankreich in unaufhörlichen Kolonialkämpfen, England in Südafrika, Russ-

land in Japan — Deutschland aber nicht? Wie kommt es, dass Deutschland den Krieg gegen seine Nachbarn, die es angeblich unterwerfen wollte, nicht einmal versucht hat, als es dies mit ziemlicher Sicherheit militärischen Erfolges tun konnte? Deutschland konnte Frankreich 1887 niederschmettern, und — nach dem „Standard“ und „Spectator“ zu schliessen — wären unsere regierenden Kreise damals nicht gerade unzufrieden damit gewesen ... Deutschland konnte Frankreich ebenso leicht niederwerfen, als Russland, durch den japanischen Krieg geschwächt, keinen Finger für seinen Bundesgenossen rühren konnte; oder als wir durch unseren Eroberungskrieg gegen die südafrikanischen Republiken in Anspruch genommen waren. Damals scheint der deutsche Kaiser sogar Vorschlägen Frankreichs und Russlands zu einer Koalition gegen England widerstanden zu haben.* „Ein Freund in der Not ist ein wahrer Freund,“ war am 11. November 1899 die Überschrift der „Daily Mail“ über einem Bilde des deutschen Kaisers. Wenn Deutschland die Begierde hegte, Europa zu unterwerfen, warum hat es damit bis zum August 1914 gewartet, wo seine militärische Überlegenheit weniger ausgemacht war als je zuvor?

In der Tat versichert Lord Haldane in einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten: „In früheren Jahren, denke ich, war der Kaiser zweifellos gegen einen Krieg. Aber ich fürchte, seine Opposition ist allmählich schwächer geworden. Seit etwa zwei Jahren scheint sich der Umschlag in die Kriegsstimmung bei ihm vollzogen zu haben“ (Daily Chronicle, 1. April 1915). Ebenso spricht der französische Botschafter in Berlin von „Wilhelm II., dessen persönlicher Einfluss bei vielen Gelegenheiten unter kritischen Umständen zugunsten der Erhaltung des Friedens ausgeübt worden ist,“ während er allerdings aus dem November 1913 jene vielbestrittene Konversation

* Nach den Mitteilungen des Grafen Witte, des französischen Schriftstellers René Pieron und des Burengenerals Botha, von Morel zitiert S. 69. Red.

mit dem König von Belgien und General von Moltke berichtet, die einen ähnlichen Umschlag beweisen soll.

Was also bleibt von der vierzigjährigen planvollen Vorbereitung eines Überfalls übrig, wenn der deutsche Kaiser bis in die letzten Jahre für den Frieden gewirkt hat? Und wann soll er diese Rolle aufgegeben haben, und warum? Vor zwei Jahren, sagt Lord Haldane. Das wäre etwa April 1913 ... Das ist nun eine Tatsache von geradezu entscheidender Bedeutung. Während des langen Zeitraums, in welchem Deutschland sich militärisch sicher fühlte, war seine Politik eine friedliche und des Kaisers Einfluss wurde in vielen kritischen Augenblicken zugunsten des Friedens angestrengt. Dies ist durch Lord Haldane und das französische Gelbbuch, wohlgemerkt, während schon der Krieg tobte, amtlich bestätigt worden ... Erst als die regierenden Kreise mit Recht oder mit Unrecht glaubten, dass die Sicherheit Deutschlands in Europa durch die relativ gewachsene Schlagkraft und durch die Pläne der eventuellen Feinde bedroht sei, erst dann, frühestens vor 3 oder 4 Jahren, hörte nach französischen und englischen Autoritäten das offizielle Deutschland auf, friedlich gesinnt zu sein.

Morel verweist nun auf die Umtriebe der Entente-Diplomatie in der Marokko-Frage und behufs Umwälzungen auf dem Balkan als die Ursachen des etwaigen Umschlags in der Friedensstimmung des deutschen Volkes und des deutschen Kaisers, somit wieder auf eine Schuld der Diplomatie.

Die Lage Deutschlands vor dem Kriege.

Man macht sich gerne darüber lustig, dass Deutschland zum Kriege genötigt gewesen sei. Hören wir, was angesehene Franzosen und Engländer vor dem Kriege über die Lage Deutschlands zu sagen wussten.

In dem Buche, welches den bezeichnenden Titel führt: „L'Allemagne en Péril", sagt Oberst Boucher (1913):

„Von welchem Gesichtspunkte aus die Lage Deutschlands betrachtet wird, immer muss man zugeben, dass seine Zukunft überaus dunkel und seine Lage äusserst gefährlich ist. Von allen Faktoren, welche dazu beitragen,

die Zukunft Deutschlands zu gefährden, ist der wichtigste die Feindseligkeit Frankreichs. Wäre Deutschland auch nur unserer Neutralität sicher, auf welches Ziel könnte es nicht seinen Ehrgeiz richten?"

Marcel Sembat („Faites un Roi, sinon faites la Paix") versucht es, sich in die Haut eines Deutschen zu versetzen und beschreibt die Gefühle, die er als Deutscher verspüren würde, folgendermassen:

„Die Empfindung eines vollwertigen nationalen Daseins habe ich erst seit dem Siege von 1870 und der Begründung des Deutschen Reiches. Seit damals erst zähle ich für etwas in der Welt und habe mein gesichertes Heim. Für Nichts in der Welt, wohl gemerkt, um keinen Preis lasse ich an die Reichseinheit rühren. Sowie man mir sagt, die deutsche Einheit sei in Gefahr, erhebe ich mich, bereit, alles zu opfern. Ob ich nun ein Sozialist, ein katholischer Zentrumsmann, ob ich liberal oder konservativ bin, wann immer jemand die deutsche Einheit zu sprengen droht, stehe ich auf meinem Posten." Und dann zeigt Sembat, wie greifbar nahe die russische Gefahr für das deutsche Volksbewusstsein ist:

„Der Deutsche ist aufgewachsen im Schatten dieser Drohung, eine furchtbare Lawine schwebt über seinem Haupte; jeden Augenblick kann sie sich loslösen und auf ihn niedergehen; eine Lawine von barbarischen und brutalen Massen, von Wilden ohne Zahl, drohend seinen Boden zu überschwemmen, seine Kultur und seine Gesellschaft zu verschlingen" ...

Und derselbe Lloyd George, der heute seinen Landsleuten erzählt, Deutschland sei der einzige verantwortliche Urheber dieses Krieges, den es unternommen habe, um Europa zu unterwerfen, wofür den besten Beweis seine gewaltigen Rüstungen bieten, derselbe Lloyd George richtete an dieselben Landsleute im Jahre 1908 die Frage:

„Könnt ihr denn nicht verstehen, wie sehr Deutschland im Recht ist mit seiner Furcht? Wenn ihr in derselben Lage wäret wie Deutschland, mit Russland auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite, und mit

beiden als Feinden im Falle eines europäischen Krieges, würdet Ihr Euch nicht ebenso waffnen, nicht ebenso bauen?"

Und er beantwortete gleich selbst seine Frage: „Selbstverständlich würdet Ihr es tun."

Deutschlands Friedenswunsch bei Ausbruch des Krieges.

In der Nummer vom 25. August 1914 berichtet der Berliner Korrespondent der Wochenschrift „The New Statesman":

„Jetzt, wo der Krieg bereits ausgebrochen ist, kann ich eine Indiskretion begehen und einen Zwischenfall mitteilen, über welchen ich vorher zum Stillschweigen verpflichtet war. Die reaktionäre Presse forderte damals (in den kritischen Tagen vor Ausbruch des Krieges, Red.) von der Regierung die Unterdrückung der sozialistischen Friedensagitation, durch welche die auswärtige Politik des eigenen Staates geschwächt werde. Am Morgen des Tages, an welchem in ganz Berlin Volksversammlungen zugunsten des Friedens gehalten werden sollten, wurde ein einflussreicher Funktionär der sozialdemokratischen Partei ins Reichsamt des Innern berufen und empfing dort die Mitteilung, dass die Regierung nicht nur nicht daran denke, diese Versammlungen zu verbieten, sondern alle Vorkehrungen treffen werde, damit sie nicht gestört werden. Die Regierung erwarte von den Sozialisten, dass sie ihre Agitation zugunsten des Friedens mit der äussersten Energie fortsetzen. Und so geschah es bis zu dem Augenblicke, in welchem durch die Erklärung des Kriegszustandes jede weitere Agitation der Sozialdemokratie gegenstandslos wurde."

Die Genauigkeit dieser Mitteilung wurde seither in einem Briefe eines deutschen Sozialisten an Ramsay Macdonald via Schweden bestätigt. Und am 1. August schon hat die „Westminster Gazette" eine Depesche publiziert, welche dem Korrespondenten dieses Blattes von der deutschen Regierung mitgeteilt wurde und am

30. Juli an den deutschen Botschafter in Wien abgegangen war, mit der Aufforderung, dem Minister Grafen Berchtold „mit allem Nachdruck und grösstem Ernste“ den Gedankenaustausch mit St. Petersburg zu empfehlen. „Denn wir sind bereit, unsere Pflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, als Bundesgenossen in einen Weltkrieg mitgerissen zu werden, weil Österreich-Ungarn unseren Rat nicht beachtet.“

Zu den üblichen Begründungen der besonderen Entrüstung gegen Deutschland gehört auch, dass es seinen österreichischen Verbündeten von dem drohenden Vorgehen gegen Serbien nicht zurückgehalten habe.

Um das Ereignis von Sarajewo und die Haltung der beteiligten Mächte ohne die Vorurteile und Leidenschaften zu beurteilen, welche uns Engländern das richtige Verständnis erschweren, wollen wir uns einen im ganzen und grossen ähnlichen Fall vorstellen, der uns betreffen würde.

Nehmen wir also an, dass nach Jahren der Reibung — einer beiderseits verschuldeten Reibung — zwischen der indischen Regierung und Afghanistan der Prinz von Wales in den Strassen einer indischen Stadt nahe der afghanischen Grenze ermordet worden wäre, nehmen wir weiter an, die indische Regierung wäre — mit Recht oder mit Unrecht — überzeugt, dass Agenten des Emirs von Afghanistan das Verbrechen angestiftet hätten, so würde — das kann wohl mit Zuversicht behauptet werden — die britische öffentliche Meinung ebenso wild getobt haben wie die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn anlässlich des Mordes von Sarajewo. Würde die englische Regierung sich unter solchen Umständen auf eine Konferenz eingelassen haben? Gesetzt nun, das beleidigte Grossbritannien hätte einen Bundesgenossen, dessen eigene Sicherheit von dem Bündnis mit Grossbritannien abhinge, würde dieser Bundesgenosse es gewagt haben, trotz der Gefahr eines Bruches auf dem Konferenzvorschlage zu bestehen? Gewiss nicht, und besonders nicht, wenn die Grossmacht, deren Einfluss beide Bundesgenossen die herausfordernde Haltung Afghanistans zuschreiben, sich drohend einmengen würde mit der Begründung ihrer Stammesverwandtschaft mit den Afghanen.

Man deklamiert auch gerne darüber, dass Deutschland das völlig ahnungslose Frankreich plötzlich am 2. August 1914 mit einem kurzfristigen Ultimatum überfallen habe.

Wie ahnungslos die Entente damals gewesen ist, habe ich selbst im „Labour Leader“ vom 30. September 1915 festgestellt: „Der britische Botschafter in Wien hatte schon am 15. Juli 1914 aus sicherer Quelle erfahren, welchen Charakter die österreichisch-ungarische Note an Serbien haben werde. Er berichtete am 16. Juli an das auswärtige Amt in London. Man muss vernünftigerweise annehmen, dass dieses dem englischen Botschafter in Petrograd die Nachricht mitteilte. Am 21. Juli war Präsident Poincaré in Begleitung des französischen Ministerpräsidenten und des Ministers für auswärtige Angelegenheiten in Petrograd und zweifellos wurde damals die Entscheidung der französisch-russischen Kombination getroffen.“

Die erwähnte Äusserung des britischen Botschafters in Wien, Maurice de Bunsen (vgl. Nr. 161 des Weissbuches), lautet: „Mir selbst wurde durch den Grafen Berchtold nicht die leiseste Andeutung des kommenden Sturmes gegeben. Ich erhielt vielmehr aus privater Quelle am 15. Juli die Voraussage dessen, was geschehen werde, und telegraphierte Ihnen die Nachricht tags darauf.“

Aus alledem schliesse ich, dass weder das deutsche Volk, noch seine Regierung ein Monopol auf Verrat, Gewalttätigkeit und auf Schlechtigkeit im allgemeinen besitzen; dass man unserem Volke, für das ich — ohne unpatriotisch zu sein — in glücklicheren Tagen Versöhnung und Zusammenarbeit mit dem deutschen erhoffe, einen schlechten Dienst erweist, wenn man eine Gefühlsverfassung ermutigt, die der Vorstellung von der Niederträchtigkeit des deutschen Volkes Nahrung gibt; ja, dass man damit Urteil und Auffassung unseres Volkes verwirrt, das keiner solchen Aufstachelung bedarf, um seine Pflicht zu tun, welcher Art sie auch sein mag. Und ich schliesse ferner, dass man auf diese Weise eine Stimmung hervorruft, die eine Wiederholung der Fehler und eine Fortsetzung der Systeme, die die gegenwärtige

Katastrophe veranlasst haben, ermutigt. Ich glaube auch nicht, dass der Militarismus — sei es der preussische oder irgendein anderer — durch den Militarismus vernichtet werden kann, oder dass bestimmte Verfassungen einem Volke von aussen aufgedrungen werden können. Dagegen glaube ich, dass es nur Täuschung ist, wenn man sich einbildet, eine Nation von achtzig Millionen könne verstümmelt und zu dauernder politischer Inferiorität niedergezwungen werden.

Überdies hat Deutschland sich nicht strafbarer benommen als England. Beide haben dieselbe Schuld, dass sie ihre geheime Diplomatie durch unkontrollierte Geheimverträge über Krieg und Frieden verfügen liessen. Wie anders hätten die Dinge sich gestaltet, wenn die Frage der Allianz mit Frankreich und der Verpflichtung zu militärischer Hilfe offen und ehrlich dem englischen Parlamente vorgelegt worden wäre, solange noch keine Kriegsgefahr die Überlegung lähmte und ohne dass vorher Englands Ehre gebunden gewesen wäre!

Die Geheimdiplomatie und das Schicksal Englands.

Es ist möglich, dass die öffentliche Meinung einen Antrag des Ministers auf militärische und maritime Verständigung mit Frankreich, der ganz offen vor das Parlament gebracht worden wäre, auf Grund amtlicher Darstellung der ganzen internationalen Lage unterstützt hätte. Aber ich halte es für ganz ausgemacht, dass die Unterstützung sich auf den Fall eines von Deutschland mutwillig angegriffenen Frankreich und auf Streitfragen aus dem Verhältnis dieser beiden Länder beschränkt hätte. Unbedingt hätte man die Ausdehnung unserer Verpflichtungen auf Streitfälle verweigert, die aus dem Zusammenhange Frankreichs mit Russland entstehen konnten, welch letzteres die einzige Macht ist, die bei einem allgemeinen europäischen Kriege nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hat. Auf diese Weise wäre die europäische Lage, was die Westmächte anbetrifft, gerettet worden. Eine wirklich liberale, durch geheime Verpflichtungen nicht gefesselte auswärtige Politik hätte während der Jahre, die der Marokkokrise von 1911 folgten, alle

ihre Kräfte darauf konzentriert, die Entladung jenes drohenden Gewitters zwischen Slaven und Germanen auf dem Balkan abzuwenden — am politischen Horizont sah man doch damals schon ganz deutlich die drohenden Vorzeichen! — da es die westeuropäischen Mächte in den Abgrund mit hinabreissen musste. Doch unsere auswärtige Politik konnte diesen Weg nicht einschlagen. Sie war durch ein militärisches und maritimes Abkommen gebunden, das uns nicht nur an Frankreich, sondern auch an Russland fesselte, dessen allgemeiner Mobilisationsbefehl vom 31. Juli den Ausbruch des Krieges überstürzt hat. Diese Fesseln waren es, welche den Erfolg der heftigen Bemühungen des auswärtigen Amtes, während der Krise den Frieden Europas zu bewahren, geradezu im Keime erstickten. Das auswärtige Amt war an Frankreich gebunden und durch Frankreich an Russland. Frankreich befindet sich wegen seines Vertrages mit Russland im Kriege. Und wir, die wir glauben, wegen der Verletzung der belgischen Neutralität im Kriege zu stehen, wir sind aus ganz demselben Grunde im Kriege wie die Franzosen.

Wie nun hat sich dies zutragen können? Ist die englische Nation von ihrer Diplomatie getäuscht worden?

Am 3. August hielt der englische Minister des Auswärtigen eine leidenschaftliche Rede zugunsten der Teilnahme Englands am Kriege Frankreichs gegen Deutschland. Angeblich war damals das Parlament völlig frei in seinen Entschlüssen. Zweimal im Jahre 1913, zweimal wieder 1914 war dem englischen Volke amtlich versichert worden, daß es in keiner Weise gebunden sei, an einem kontinentalen Kriege teilzunehmen. An jenem 3. August nun enthüllte Sir Edward Grey, dass mit Ermächtigung der englischen Regierung, richtiger unter Mitwissen der drei entscheidenden Mitglieder des Ministeriums, schon seit der Krise von 1906 und seither wiederholt „Konversationen“ der engli-

schen Heeres- und Flottenleitung mit den Generalstäben der französischen Armee und Marine stattgefunden hatten, in welchen ein gemeinsamer Kriegsplan ausgearbeitet worden war. Die Voraussetzung dieses französisch-englischen Kriegsplanes war die Absendung eines englischen Expeditionskorps auf den Kontinent und die Verteidigung der französischen Nordseeküste durch die englische Flotte, während die französische Flotte sich im Mittelmeer konzentrierte und die eigene Küste schutzlos den Engländern anvertraute. Gewiss, diese „Konversationen“ begründeten keine formelle juristische Verpflichtung zur Teilnahme am Kriege, aber mehr als das, eine Ehrenpflicht. Sir Edward Grey entwarf in jener Rede ein herzzerreissendes Bild von den zu erwartenden Bombardements der französischen Küste durch die deutsche Flotte, teilte mit, dass er für diesen Fall Tags vorher bereits die englische Hilfe versprochen habe und schloss mit der Erklärung, daß nach seiner Überzeugung die Ehre Englands in dieser Sache bereits engagiert sei, wie es auch tatsächlich der Fall war. Man stelle sich nun die Lage des Parlaments vor. Im ganzen Lande hatte die Kriegspresse, die „Times‘ voran, schon tagelang alle Leidenschaften aufgepeitscht. Die Konservativen standen für den Krieg wie ein Mann, die Liberalen waren unter dem Eindruck der grössten oratorischen Anstrengung ihres Ministers, des Mannes, der wie kein anderer im Parlament angesehen ist und seit so vielen Jahren als der verantwortliche Träger der auswärtigen Politik Grossbritanniens ihren Beifall gefunden hatte. Wollte das Haus ihn jetzt im Stiche lassen, so musste er und mit ihm das Ministerium gestürzt werden, und dies im Momente der grössten nationalen Krise. Welches Parlament hätte das wagen können, selbst wenn es gewollt hätte!

Jene seit 1906 fortgesetzten geheimen militärischen Konversationen hatten eben eine moralische Verpflichtung zur Teilnahme an einem deutsch-französischen Kriege begründet. Nicht in der Form, aber in der Sache kamen sie auf eine englisch-französische Allianz für einen

Land- und Seekrieg hinaus. Man kann auch als Gegner den Standpunkt desjenigen verstehen, der behauptet, dass es richtig gehandelt war, diese Ehrenpflicht zu übernehmen, vielleicht selbst den Standpunkt desjenigen, der mit ihrer Verheimlichung einverstanden ist; aber den Standpunkt kann ich jedenfalls nicht verstehen, dass jene Ehrenpflicht und die daraufhin vollzogenen militärischen Tatsachen angeblich nichts zu bedeuten hatten, und daß das Haus der Gemeinen noch frei war in seinen Entschliessungen, als es in elfter Stunde davon verständigt wurde und die Verantwortung übernehmen sollte. Die geheime Verpflichtung der mächtigsten Männer im Kabinet nun hatte zwei unheilvolle Folgen:

Erstens musste die englische Politik blind der französischen Folge leisten, soweit diese durch den französisch-russischen Vertrag gebunden war, dessen Wortlaut die englischen Minister selbst behaupten nicht gekannt zu haben. Sie musste also auch in einem Falle die volle Kraft Großbritanniens zugunsten Frankreichs aufbieten, in welchem es sich wie bei Ausbruch des Weltkrieges, gar nicht um die Interessen Frankreichs, sondern um einen Balkankrakehl handelte, in den sich einzumengen Russland einen unwiderstehlichen Drang fühlte. Wäre dagegen rechtzeitig die französisch-englische Allianz dem Parlamente vorgelegt worden, so hätte dieses sie vielleicht angenommen, aber jedenfalls nicht in dieser Ausdehnung auf Fälle, deren genaue Voraussetzungen kein Mensch in England kannte oder selbst jetzt noch kennt.

Zweitens waren die leitenden Persönlichkeiten von Anfang der Krise an verhindert, die Stellung Englands klar und unzweideutig der Welt kundzugeben, wie dies Frankreich und Russland wiederholt verlangt hatten. Sie konnten diesen unwiderruflichen Schritt erst machen, als sie im Kabinet, nach einem heftigen Kampfe zwischen der Kriegs- und Friedenspartei, die überwiegende Mehrheit für die Kriegspolitik gewonnen hatten und ausserhalb desselben durch den Druck der Ereignisse, das Parlament in die psychologische Verfassung gelangt war, in welcher ihm

kaum etwas anderes übrig blieb als die Übernahme der Verantwortung für diesen furchtbaren Krieg.

Und gerade diese Unmöglichkeit, sich rechtzeitig klar auszusprechen, erzeugte in Deutschland die verhängnisvolle Hoffnung auf eine Neutralität Englands. Aber wie konnte und durfte Deutschland diese Hoffnung auch für den Fall einer Neutralitätsverletzung gegen Belgien hegen? Um dies zu verstehen, muss man zunächst die Lage kennen, wie sie sich an der belgischen Grenze entwickelt hatte, die allgemeine Kenntnis der europäischen Staatskanzleien von der militärischen Notwendigkeit einer solchen Neutralitätsverletzung, den früheren Standpunkt Englands, das einen Durchmarsch Deutschlands durch Belgien nicht als casus belli anerkannte, und das verhängnisvolle Schweigen Englands über seinen veränderten Standpunkt.

Der Einfall in Belgien.

Bis in die ersten Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts schienen die strategischen Pläne der Deutschen für den Fall eines neuerlichen Krieges mit Frankreich auf dem Gedanken eines konzentrischen Vorstosses durch Elsass-Lothringen zu beruhen. War doch die Annexion dieser Provinzen auf Grund des Krieges von 1870 hauptsächlich deshalb erfolgt, weil die Chefs der deutschen Armee vom Standpunkt der strategischen Verteidigung darauf bestanden, zumal die Franzosen in früheren Zeiten gewöhnlich durch diese Provinzen nach Deutschland vorgedrungen waren.

Aber infolge einer Reihe neuer Umstände veränderte sich nach und nach die militärische Situation zwischen Deutschland und Frankreich vollständig und diese Entwicklung bedeutete einen Umsturz für die strategischen Pläne des deutschen, wie des französischen Generalstabs. Jene bestimmenden Einflüsse waren gleichzeitig politischer und militärischer Natur. Das französisch-russische Bündnis, die Lehren des russisch-japanischen Krieges, die notorische Unüberwindlichkeit der französischen Verteidigungswerke an der deutschen Grenze, die Vervollkommnung des modernen Geschützfeuers, die ungeheure Vermehrung der Truppenzahl und die grösseren Raumerfordernisse für die Entfaltung dieser Armeen sind die

eng miteinander verknüpften Hauptfaktoren, die jene Umwälzungen verursachten. In allgemeiner Übereinstimmung war die militärische Wissenschaft zu folgenden Schlüssen gelangt: Die französischen Verteidigungslinien gegenüber Deutschland konnten einfach nicht durchbrochen werden, und wäre die angreifende Armee auch noch so stark; dies folgte mit Notwendigkeit aus den Bedingungen moderner Kriegführung, welche die Entfaltung ungeheurer Streitkräfte — weit grösserer als zu irgendeiner Epoche der Weltgeschichte — erfordert und der Defensive — durch den destruktiven Charakter, die grosse Ausdehnung und die Unsichtbarkeit des modernen Geschützfeuers — eine grosse Überlegenheit über den Angreifer verleiht. Zwischen Verdun und Lunéville, sowie zwischen Epinal und Belfort, d. h. also fast auf der ganzen Länge der französischen Linien — gab es kaum einen Punkt, der nicht durch das Feuer der schwersten Kanonen beherrscht worden wäre. Das Terrain bietet überdies grosse natürliche Hindernisse, deren Wirkung noch durch eine ununterbrochene Reihe von Batterien, Festungen und Verschanzungen enorm erhöht wird. Es gab drei schmale Breschen: die Belfortbresche, die Lunéville-Neufchâteaubresche und die Stenaybresche, nördlich von Verdun. Aber sie waren nach allgemeiner Annahme als Einfallstore unverwendbar. Ich brauche nicht auf die technischen Details einzugehen: sie sind von zahlreichen Fachschriftstellern mit grosser Ausführlichkeit auseinandergesetzt worden. Wie Oberst Repington dargelegt hat (1911), gab es so grosse Schwierigkeiten, dass „sie die Annahme nahezu ausschliessen, der deutsche Stratege würde sich darauf einlassen, seine Armeen durch diese drei Engen hindurchzuzwängen, um dann mit dem Kopf gegen die Mauer einer französischen Schlachtlinie anzurennen."

Vom Tage des französisch-russischen Bündnisses an konnte die deutsche Strategie vernünftigerweise nur eines zum Gegenstand haben: eine sofortige Offensive gegen Frankreich vorzubereiten in der Hoffnung, einen raschen und überwältigenden Stoss gegen den westlichen

Feind zu führen, ehe die russische Lawine Zeit bekäme, ihre ganze Wucht zu sammeln. Jede andere Politik seitens der deutschen Armeeleitung wäre nach Ansicht der militärischen Fachmänner — und es bedarf keiner besonderen militärischen Kenntnisse, um dies einzusehen — im Falle eines allgemeinen europäischen Krieges direkt selbstmörderisch gewesen.

Im Jahre 1911 schrieb Oberst Repington: „Die Möglichkeit eines Krieges an zwei Fronten ist der Alpdruck der deutschen Strategen und angesichts des Tempos, in welchem Russland seit dem Jahre 1905 seine Feldarmeen aufstellt, wird dieser Alpdruck wohl nicht so bald beschworen werden können."

Schon vor sieben Jahren, vielleicht noch ein paar Jahre früher, musste Deutschland demnach einsehen, dass seine Armeen die befestigten Linien an der französischen Grenze nicht bezwingen konnten; mit anderen Worten, dass ein deutscher Vorstoss gegen Frankreich an der deutsch-französischen Grenze nicht durchzuführen war. Da die strategische Notwendigkeit einer sofortigen Offensive gegen Frankreich nichtsdestoweniger unverändert fortdauerte, musste der deutsche Generalstab einen Plan für eine Offensive gegen Frankreich auf anderer Grundlage ausarbeiten. Welches waren nun die anderen möglichen Grundlagen? Die Schweiz, Belgien und Luxemburg. Die Schweiz kam aus offensichtlichen Gründen nicht in Frage. So blieben nur Belgien und Luxemburg. Eine Offensive gegen Frankreich war daher nur durch Luxemburg und Belgien möglich.

„Geheime" Vorbereitungen Deutschlands gegen Belgien?

In diesem Zusammenhang von Deutschlands „geheimen Vorbereitungen" gegen Belgien zu reden ist geradezu abenteuerlich und doch geschieht es, um die Idee aufrecht zu erhalten als ob gerade der deutschen Politik irgendein besonderes machiavellistischer Charakter anhaften würde. Zweifellos ist die deutsche Diplomatie durch und durch

unehrlich gewesen, aber nur ebenso wie die Diplomaten aller anderen Staaten; was aber Deutschlands Vorbereitungen an der belgischen Grenze betrifft, so haben sie niemanden getäuscht; denn sie sind beizeiten allgemein bekannt worden, genau so wie früher schon ihr Zweck. Die Strategen und Militärschriftsteller wussten alle das Wesentliche darüber, und sie konnten diese Kenntnis nur durch die wohlbekannten Kanäle des offiziellen und geheimen militärischen Informationsdienstes erlangt haben. Überdies scheinen sich die deutschen Militärschriftsteller nicht die geringste Mühe genommen zu haben, diese Tatsachen geheim zu halten. Wenn von dem Durchmarsch durch Belgien abgesehen wurde, so musste die deutsche Strategie den Gedanken an eine Offensive gegen Frankreich ganz fallen lassen und sich in Erwartung des französischen Angriffes mit einer Defensivstellung begnügen. Es blieb Deutschland also nur die Alternative, entweder darauf zu verzichten, einen entscheidenden Stoss gegen Frankreich zu führen, ehe Russland Zeit gehabt hätte, seine Massen zu konzentrieren und in Bewegung zu setzen — oder aber den Durchzug durch Belgien durchzusetzen, womöglich auf friedlichem Wege, wenn nötig mit Gewalt. Durch die erstere Haltung hätte sich Deutschland einem französischen Vordringen durch Elsass-Lothringen ausgesetzt; die Abwehr eines solchen Einfalls war eine schwierigere Leistung, aber nach sachkundiger Meinung nicht so undurchführbar, wie das Bezwingen der französischen Linien deutscherseits. Auch konnte überdies das Deutsche Reich möglicherweise einem französischen Einfall durch belgisches und luxemburgisches Gebiet hindurch ausgesetzt sein; seine Herrscher sowie sein Generalstab waren in Erinnerung an frühere Taten der Franzosen wohl nicht ohne Grund der Ansicht, sie dürften sich, ohne verbrecherisch zu sein, der Gefahr einer solchen Invasion nicht aussetzen. Mit Recht oder Unrecht schloss die deutsche Regierung, sowie Deutschlands Armeeleitung, dass man im Falle eines europäischen Krieges auf eine unmittelbare Offensive gegen Frankreich nicht verzichten

könne, ohne die nationale Einheit und die Existenz des Vaterlandes zu gefährden.

Hier möchte ich noch ausdrücklich hervorheben, dass ich mich bisher nur damit beschäftigte, die militärische Situation Deutschlands in Europa vom Jahre 1906 an so zu schildern, wie sie den Militärdepartements aller europäischen Regierungen, inklusive der unsrigen, bekannt war, und wie sie uns durch die Meinung militärischer Autoritäten Europas, einschliesslich der englischen, dargestellt worden war. Die ethische Seite der Sache habe ich vorläufig ausser Diskussion gestellt.

Vom ethischen Standpunkte allerdings, und daher auch vom Standpunkte einer auf die ethischen Imponderabilien Rücksicht nehmenden Politik, bin ich fest überzeugt, dass die deutsche Regierung einen Akt höchster politischer Weisheit vollbracht hätte, wenn sie das schwere Unrecht des Einfalls in Belgien unterlassen und sich an der französischen Grenze auf die Defensive beschränkt hätte. Aber glaubt irgend jemand ernstlich, dass eine andere Regierung in gleicher Lage den Mut zu einer solchen Handlungsweise gefunden hätte? Wie hätte sie denn der Agitation Stand halten können, die von ihrer Heeresleitung selbst mit dem Kriegsgeschrei geführt worden wäre, Deutschland, an zwei Fronten schwer bedroht, werde in der Schicksalsstunde des Vaterlandes von den eigenen Herrschern verraten! Es ist wahrlich nicht Progermanismus oder Antipatriotismus, sondern die reine nackte Wahrheit, wenn ich die Stellung Frankreichs und Deutschlands unter dieser Voraussetzung folgendermassen beschreibe:

Deutschland:

Zu Lande von jeder Offensive ausgeschlossen, wegen der faktischen Unangreifbarkeit der befestigten französischen Grenzlinie und wegen der belgischen Neutralität;

zur See durch die bekannte englische Drohung am Gebrauche seiner Kriegsflotte verhindert.

Frankreich:

Zu Lande frei zwischen Offensive und Defensive zu wählen, für sich dazu den psychologisch richtigen Moment

auszusuchen, wenn der russische Druck dem französischen Angriff genügend vorgearbeitet hätte und die ganze französische Heeresmacht unter Ansammlung aller Hilfsmittel gegen die deutschen Linien vorbrechen konnte;

zur See frei seine Flotte nach Gutdünken auszunützen, sei es gegen die deutsche Handelsflotte, sei es gegen die Kriegsschiffe der Österreicher im Mittelmeere, und zwar unter vollster Sicherheit vor der deutschen Flotte, dank dem Schutze Grossbritanniens!

Und doch bleibe ich dabei, dass Deutschland in seinem höchsten Interesse weiser gehandelt hätte, alle diese Nachteile und Gefahren auf sich zu nehmen, denn in diesem Falle wäre England sowohl als auch Frankreich in zwei Parteien zerrissen worden, die öffentliche Meinung in neutralen Ländern wäre stark auf Deutschlands Seite gewesen und ich zweifle, ob die auswärtigen Ministerien in Frankreich und in England stark genug gewesen wären, ihre Rolle bis zu Ende zu spielen.

Aber selbst abgesehen vom Einfluss der Berliner Panik auf die Nachricht von der russischen Mobilisation, frage ich noch einmal: Konnte die deutsche oder irgendeine Regierung unter diesen oder ähnlichen Umständen den Mut oder auch nur die Macht haben, diese Linie einzuhalten?

Früherer Standpunkt Englands.

Auf Grund damaliger Publikationen finde ich übrigens, dass England selbst in früherer Zeit den Gedanken eines deutschen oder französischen Durchmarsches durch Belgien von keinem anderen Standpunkt behandelt hat als dem der englischen Interessen. So wurde um 1887, zur Zeit der „Schnäbeli-Affäre" von vielen Publizisten angeführt, dass den englischen Interessen durch Garantien für Wiederherstellung des Status quo am Schlusse des Krieges Genüge getan wäre. Die offizielle englische Meinung jener Zeit war wahrscheinlich in dem berühmten, mit „Diplomaticus" gezeichneten Briefe dargelegt, der im „Standard" vom 4. Februar 1887 er-

schien und redaktionellerseits stark empfohlen wurde. Der darin verkündete Grundsatz, dass es für England ein „Wahnsinn" wäre, einem Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien Widerstand zu leisten, wurde allgemein gebilligt. Die „Pall Mall Gazette" ging sogar noch weiter. Zuerst hob sie nachdrücklich die Bedeutung dieser Behauptung hervor, „da der Standard derzeit als Organ der Regierung und Salisburys bekannt ist"; dann ging die Pall Mall Gazette selbst ans Werk zu beweisen, dass die Verträge von 1831 und 1839 Grossbritannien keinerlei „Obligation" auferlegen, was die Neutralität Belgiens betrifft. Ihr Leitartikel vom 4. Febr. 1887 gelangt auf Grund eingehender Prüfung dieser Verträge zu der nachstehenden Schlussfolgerung:

Es gibt also keine englische Garantie für Belgien. Man kann vielleicht eine solche Garantie künstlich konstruieren. Aber die Sachlage lässt sich folgendermassen zusammenfassen:

1. England leistet keine andere Garantie als Österreich, Frankreich, Russland und Deutschland.
2. Diese Garantie geht überhaupt nicht speziell auf die Neutralität Belgiens.
3. Sie wurde nicht Belgien gewährt, sondern den Niederlanden.

Der „Spectator" vom 5. Februar 1887 bemerkte:

„Die Wahrscheinlichkeit geht dahin, dass wir darauf bestehen werden, Belgien nicht zum Kriegsschauplatz dienen zu lassen, dass wir aber den Durchmarsch durch Belgien nicht hindern werden und tatsächlich nicht hindern können."

Und am 17. Februar 1887 gebraucht der „Standard" merkwürdigerweise fast dieselben Worte wie v. Bethmann-Hollweg im August 1914. „Frankreich konnte warten, aber wir nicht" sagte bekanntlich der Reichskanzler; und das englische Regierungsblatt ein Vierteljahrhundert vorher: „Russland kann warten; auch Frankreich. Doch Deutschland kann es nicht. Deutschland muss auf seine eigene Sicherheit sehen, und man kann unmöglich von

Fürst Bismarck erwarten, dass er seine alten Tage damit verbringe ohnmächtig zuzusehen, wie die geheime Verschwörung durch das stille Anwachsen der Macht Frankreichs und Russlands für sein Vaterland immer gefährlicher wird."

Auch Palmerston, welcher doch selbst den Neutralitäts-Vertrag von 1839 unterzeichnet hat, scheint ihm keine besondere Wichtigkeit beigelegt zu haben. In seiner Antwort an Disraeli vom 8. Juni 1855 sagte er: ... ich bin übrigens nicht geneigt, derartigen Abmachungen sehr viel Bedeutung beizulegen, denn die Weltgeschichte zeigt, dass, wenn ein Streit entsteht und eine kriegführende Nation es für vorteilhaft hält, mit ihrer Armee durch ein solches neutrales Gebiet durchzumarschieren, die Neutralitätserklärungen nicht gerade sehr fromm respektiert zu werden pflegen (zit. bei Bradsford, „Belgium and the Scrap of Paper").

Die Geheimdiplomatie und das Schicksal Belgiens.

Angesichts dieser Umstände war es die Pflicht der englischen Regierung, sowohl dem eigenen Volke als auch Belgien und der Welt, in klaren Worten den festen Entschluß zu verkünden: England wird gegen jeden Staat, dessen Herrscher im Falle eines europäischen Krieges durch militärische Notwendigkeiten zur Verletzung der belgischen Neutralität verleitet würde, die ganze Macht seines Weltreiches in Anwendung bringen. Dies war der einzige Einfluss, der, zu rechter Zeit ausgeübt — z. B. zu irgend einem Zeitpunkt der letzten zwei Jahre vor dem Kriege, während unsere Beziehungen zu Deutschland sich von den Trübungen der Marokkokrise erholten — die Lage an der deutsch-belgischen Grenze vor der Entwicklung ins Gefährliche hätte bewahren können. Wir haben Präzedenzfälle für solche Warnungen, die zu Friedenszeiten in ganz freundschaftlichen Ausdrücken erlassen wurden. Wenn die Warnung missachtet und die deutschen Vorbereitungen an der belgischen Grenze fortgesetzt